5
JACKSON LIBRARY-UNCG
3 0510 0234226S

The University of North Carolina
at Greensboro

JACKSON LIBRARY

THE UNIVERSITY OF NORTH CAROLINA
1891
GREENSBORO

For Building Use Only

Digitized by the Internet Archive
in 2025

https://archive.org/details/berlinermonatshe0005vari

Frank Maloy Anderson

Die Kriegsschuldfrage

Berliner Monatshefte
für internationale Aufklärung

Herausgegeben von der Zentralstelle
für Erforschung der Kriegsursachen
Leitung: Alfred von Wegerer

D
511
A1B4
v.5

INHALT

	Seite
Feldmarschalleutnant Dr. Karl Freiherr von Bardolff: Franz Ferdinand	599
Arthur Weber: Graf Tisza und der Eintritt Italiens in den Weltkrieg	608
Egon Gottschalk: Rumänien und der Dreibund bis zur Krise 1914	632
Alfred von Wegerer: Zur Rede Poincaré's	665
Graf Max Montgelas: Der angebliche Bombenabwurf bei Nürnberg. (Nachdruck)	672
Poincaré's Rede in Lunéville am 19. Juni 1927	675
Hermann Lutz: Das Entscheidende über den „Halt in Belgrad"	679
Monatsbericht: Presseschau, aus Zeitschriften, Bücherschau	690

*

Zu beziehen durch die Post oder den Verlag der Zentralstelle
Berlin NW 6, Luisenstraße 31a / Fernsprecher Norden 5836

5. Jahrgang / Nr. 7 / Juli 1927 / Einzelpreis: 1 Mark

BEZUGSBEDINGUNGEN:

„Die Kriegsschuldfrage“ ist bei allen Postanstalten, Buchhandlungen und der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, Berlin NW 6, Luisenstraße 31 a (Postscheckkonto Berlin 25558) zu beziehen.

Vierteljahresabonnement: . . . . . Inland Mk. 3,—
Ausland Mk. 3,50
(einschl. Porto und Verpackung).

TERMS OF SUBSCRIPTION:

This monthly magazine is obtainable on application to the Central Office for the Investigation of the Causes of the War, Berlin NW 6, Luisenstraße 31 a. (Bankers, Delbrück Schickler & Co., Berlin W 66.)

Price 3.50 Gm. quarterly post free.

CONDITIONS DE LIVRAISON:

La revue mensuelle „Die Kriegsschuldfrage“ parait à la „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen“ Berlin NW 6, Luisenstraße 31 a.

Prix de l'abonnement trimestriel: M. 3,50 (y compris port et emballage) payable à notre compte sur la banque Delbrück Schickler & Co., Berlin W 66.

★

Nachdruck aller Aufsätze nur mit Quellenangabe gestattet.

Bitte an unsere Leser!

Wir richten an unsere geehrten Leser die dringende Bitte, dem Inseratenteil unserer Zeitschrift besondere Beachtung zu schenken.

Ganz besonders möchten wir auf die Inserate der Kurorte in diesem Heft aufmerksam machen.

Der Ausbau des Inseratenteils unserer Zeitschrift wird wesentlich gefördert, wenn unsere Leser sich bei Anfragen an die Kurverwaltungen oder Einkäufen bei den inserierenden Firmen jedesmal auf unsere Zeitschrift beziehen.

SOMMERKURORTE

in denen „Die Kriegsschuldfrage“ ausliegt

BAD MEINBERG

Teutoburger Wald / Station: Horn-Bad Meinberg

Altberühmtes Schlamm- und Kohlensäure-Bad

Hervorrag. Erfolge bei Gicht, Rheuma, Ischias, Herz-, Nerven-, Nieren- und Leberkrankheiten

Eröffnung: 1. Mai Prospekt durch die Kurverwaltung

NEUSTADT im Schwarzwald

830 Meter über dem Meere

Prächtig gelegener Höhenluftkurort

des Hochschwarzwaldes (im Titisee- und Feldberggebiet)

Knotenpunkt für Höhenwanderungen und Autofahrten

Auskunft und Prospekte durch das Kurbüro. — F. 345

BAD SACHSA

Glanzpunkt des Südharzes

durchschnittlich 400 m über d. Meer,
ist angenehmster Kur- und Ferienaufenthalt

Auskunft kostenlos / Kurverwaltung

SCHIERKE im Harz

Der alpine Luftkurort am Brocken. 650—1142 m über dem Meere.

Sommer- und Wintersportplatz

Sein Name wirkt wie ein Programm für **klassische Natur- und Landschaftsschönheit.** Sichere Gelegenheit der Erfrischung und Kräftigung Behagliche Unterkunft in weitbekannten Hotels und Pensionen.

Prospekte und Auskunft kostenlos durch die Kurverwaltung — Verkehrsamt — der Gemeinde Schierke im Harz. Fernruf 50

SOMMERKURORTE

in denen „Die Kriegsschuldfrage“ ausliegt

Bad Sooden-Werra

Das schönste Solbad inmitten herrlicher Bergwaldungen

Bedeutendes Inhalatorium. — Pneumatische Kammern. Sol- und Kohlensäurebäder. Gradierwerk. Besonders Heilerfolge bei Katarrhen der Atmungsorgane, Asthma, Rheuma, Skrofulose, Rachitis. Kurzeit bis Mitte Oktober.

OSTSEEBAD WARNEMÜNDE

Direkter D-Zug: Berlin (4 Stunden), Hamburg (3½ Stunden), Leipzig (Eilzug 7 Stunden)

Waldreiche Umgebung * Herrlicher Sandstrand
Molen * Offene See * Yachthafen

Auskunft durch die Badeverwaltung

Weißer Hirsch Dresden

mit Bühlau

der schönstgelegene klimatische Kurort Sachsens

heilt Stoffwechselkrankheiten, Nervosität, Blutarmut und Arteriosklerose

Er ist das Dorado aller Erholungsbedürftigen

Auskunft: Reisebüros, Kurverwaltung. Fernspr. 37385.

ZOPPOT DAS WELTBAD AN DER OSTSEE

SOMMER- UND WINTERKURORT

Wegen billiger Lebensmittel äußerst preiswerter Aufenthalt
Große Sportwoche 3.—10. Juli — Wasserwoche 10.—17. Juli
Berühmte Waldoper „Götterdämmerung“ 24., 26., 28., 31. Juli u. 2. August
Brunnenkuren / Warmbad mit Inhalatorium / Moorbäder
Kostenlose Auskunft durch die Badeverwaltung. / 1 RM. = 1,25 D. Gulden

Friedrich Stieve

Deutschland und Europa

1890—1914

Umfang 250 Seiten Großoktav mit 3 Karten

Preis broschiert Mk. 4.– / Gebunden Mk. 5.–

★

Kurze Darstellung
der deutsch-europäischen Politik bis zum Kriegsbeginn.
Zusammenfassung alles Wesentlichen, was die
große Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes gebracht hat.
Alle zum Verständnis notwendigen Dokumente und Verträge.
Daher ein Quellenbuch ersten Ranges.

Verlag für Kulturpolitik Berlin

Das führende sozialpolitische Organ Deutschlands ist

„Der Arbeitgeber“

Die offizielle monatlich zweimal erscheinende Zeitschrift der
Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Sie bringt alles auf dem sozialpolitischen Gebiet Wissenswerte in ausführlichen Aufsätzen oder kritisch berichtend und befaßt sich darüber hinaus mit den großen kulturellen und staatspolitischen Fragen, die das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft bewegen. Die Zeitschrift ist daher unentbehrlich für alle diejenigen, die in geistigem Zusammenhang mit den großen Fragen der Sozialpolitik auf den Auffassungen führender deutscher Wirtschaftler bleiben wollen, insbesondere für Vertreter der Wissenschaft, Dozenten und Hörer der Universitäten, für Behörden, Politiker und alle sonst im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten des In- und Auslandes. Bestellungen (vierteljährlich 3 Mark) werden von jeder Postanstalt und beim VERLAG OTTO ELSNER, Berlin S 42, Oranienstr. 140/142, entgegengenommen.

Wanderer

WANDERER-WERKE / SCHÖNAU BEI CHEMNITZ

AUTOMOBILE
schnell und bequem
zuverlässig u. sparsam

Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft

empfiehlt sich
zur preiswerten Anfertigung
sämtlicher Drucksachen und Massenauflagen
Zeitschriften / Zeitungen
Werke

Setzmaschinen * Stereotypie * Rotationsdruck * Flachdruck

Berlin SW 48 / Wilhelmstraße 32
Fernsprecher: Amt Hasenheide Nr. 3123—3125

100 Rasierklingen

5,80 Mark franko

Nichtgefallend: Geld zurück!

Fa. v. Münchhausen * Wesermünde-Lehe

Neue Aufschlüsse über die Hohe Politik Rußlands
während des Weltkrieges

Das Zaristische Rußland im Weltkriege

(„Царская Россия в мировой войне")

**Neue Dokumente
aus den Russischen Staatsarchiven über den
Eintritt der Türkei, Bulgariens, Rumäniens und
Italiens in den Weltkrieg**

Herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung
der Kriegsursachen

LIX, 337 Seiten. Groß-Oktav.
Preis in Pbd. M. 20.— / Ganzleinen M. 25.— / Halbleder M. 30.—

In seinem Vorwort schreibt Alfred von Wegerer:

„... Wer die Dokumente über den Kriegsausbruch aus den Farbbüchern der am Kriege beteiligten Grossmächte, die 1914 in Konflikt geraten sind, durchgelesen hat, wird in den offiziellen Schriftstücken immer wieder Spuren entdecken, dass mit wenigen Ausnahmen die verantwortlichen Staatsmänner die Pflicht in sich fühlten und auch zum Ausdruck brachten, den Krieg, wenn möglich, doch zu vermeiden. In den vorliegenden Dokumenten, die den Eintritt der genannten Staaten in den Krieg enthalten, wird man vergebens nach derartigen Sentimentalitäten suchen. Nachdem zwischen den Grossmächten der Konflikt offen ausgebrochen war, scheint jede Scheu vor dem Kriege an sich geschwunden zu sein, und wir sehen, wie in den Verhandlungen zwischen Russland und der Türkei, Bulgarien, Rumänien und Italien nur rein materielle Gesichtspunkte die Politik beherrschen. Ungeschickt und brutal tritt der Krieg als Geschäft in die Erscheinung. Der ganze hier vorliegende diplomatische Schriftwechsel charakterisiert sich als ein Feilschen der russischen Regierung mit den Regierungen der Länder, die es in den Krieg an seiner Seite hineinziehen will. Unverhüllt zeigen die vorliegenden Dokumente, wie man Monate hindurch angesichts der Verheerungen des Krieges mit kühler Ruhe darüber verhandelte, unter möglichst günstigen Bedingungen „zum Kriege zugelassen" zu werden."

**Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik
und Geschichte m. b. H. / Berlin W 8 / Wilhelmstraße 66**

Beiträge zur Schuldfrage
Herausgegeben von der
Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen

Soeben erscheint das fünfte Heft

DAS FRANZÖSISCHE GELBBUCH von 1914

Berichtigter und durch die nachträglich bekanntgewordenen Dokumente ergänzter Wortlaut der ersten amtlichen Veröffentlichung der Französischen Regierung über den Kriegsausbruch

MIT EINEM VORWORT
VON ALFRED VON WEGERER

Die Aufgabe des neuen Französischen Gelbbuches von 1914, mit den von deutscher Seite festgestellten Verbesserungen und Ergänzungen, besteht darin, den an der Klärung der Kriegsursachen Interessierten in aller Welt zu zeigen, wie dringend notwendig es ist, die Forderung nach endlicher Erschließung auch der französischen Archive zu erheben. Nachdem die Regierungen Deutschlands, Österreichs, Rußlands und jetzt auch die Englische Regierung ihre Archive über den Kriegsausbruch geöffnet haben, kann und darf die Französische Regierung mit der Bekanntgabe ihres Aktenmaterials nicht länger zögern, wenn sie nicht den Verdacht auf sich laden will, daß sich hinter den verschlossenen Türen der französischen Archive Dokumente befinden, durch welche die Französische Regierung von 1914 in ärgster Weise kompromittiert werden könnte.
Wenn mit Locarno ein neuer Geist unter den westeuropäischen Völkern eingezogen sein soll, wird es höchste Zeit, durch Öffnung der bisher noch verschlossen gebliebenen Archive den mit Worten hinreichend bezeugten guten Willen auch durch die Tat zu beweisen; denn jede Verständigung zwischen den europäischen Völkern, die nicht auf der Grundlage der Wahrheit beruht, muß und wird über kurz oder lang hilflos in sich zusammenbrechen.

In Pappe gebunden **M. 9.—**; in Ganzleinen **M. 12.—**; in Halbleder **M. 14.—**

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

Unterstützen Sie

unsere Bestrebungen

durch ein Inserat

in der Zeitschrift

„Die Kriegsschuldfrage"

*

Anzeigenbedingungen

durch

den Verlag der Zeitschrift

Berlin NW 6 / Fernsprecher Norden 5836

Bei Anfragen, Bestellungen und Einkäufen bitten wir auf unsere Zeitschrift „Die Kriegsschuldfrage" Bezug zu nehmen. Der Verlag.

Franz Ferdinand.

Ein Beitrag zur Charakteristik des Wesens des am 28. Juni 1914 in Sarajewo ermordeten Thronfolgers Österreich-Ungarns.

Von Feldmarschalleutnant Dr. Karl Freiherr von Bardolff.

Der Verfasser war vom Jahre 1911 bis zum Tage des Attentats Vorstand der Militärkanzlei des Thronfolgers und wird in absehbarer Zeit ein größeres, historisches Werk über Franz Ferdinand veröffentlichen, dem man mit Spannung entgegensehen darf. Die Schriftleitung.

Es ist bestritten, ob es ein Glück ist, als Prinz geboren zu sein. Das Lastende und Wuchtende der Autorität des Souveräns und einer bleischweren Tradition, eines dichten Formen- und Formelnetzes, die Unterwürfigkeit und Schmeichelei sowie das Peinigende des dauernden Wichtigtuns eines Teiles der höfischen Umgebung, vor allem aber die nahezu unüberbrückbare Abgeschlossenheit im engsten, unverändert gleichbleibenden Kreise beengen und gefährden die freie Entfaltung der jugendlichen Pflanze von allem Anfange an. Sie wächst zumeist nach Regeln und nicht nach der natürlichen Veranlagung. Und diese Art der Aufzucht zeitigt eher Typen als Persönlichkeiten. Im alten Hause Habsburg, das gleich allem Organischen auch dem ehernen Gesetz vom Aufstieg und Abstieg unterworfen war, zeitigte diese Aufzucht den Typus des jungen Erzherzogs. Ob Franz Ferdinand anfangs auch nur ein solcher junger Erzherzog, etwas schmal, etwas schüchtern, etwas verweichlicht und unsicher, aber liebenswürdig, korrekt und gehorsam, ohne Kenntnis des Menschen, des Lebens, ohne Kenntnis vom Kampfe ums Dasein, vom Ringen um die Geltung im Kleinen und im Großen, im Geistigen und im Körperlichen, war, weiß ich nicht. Später war er jedenfalls das gerade Gegenteil eines solchen. Er war kein Typ, er war eine ganz prägnante Persönlichkeit, der letzte Habsburger mit dem Willen zum Schaffen im großen Stil.

Zur üblichen Zeit kam Franz Ferdinand wie fast alle Erzherzoge — ohne weitere Rücksicht auf Neigung und innere Berufung — in die Reihen der aktiven Wehrmacht und die eisernen Klammern der militärischen Disziplin schlossen sich auch um ihn. Der Dienst lehrte auch ihn frühzeitig die Grundlagen jedes dauernd lebensfähigen staatlichen Zusammenlebens, die Unterordnungspflicht jedes einzelnen unter die Interessen der Gesamtheit in der strengsten Weise kennen. Gewiß, auch die alte kaiserliche Armee hatte ihre äußeren und inneren Schwächen und Mängel, aber sie traten weit hinter dem zurück, was sie für die Gesamtheit an Erziehung, Hin-

gebung und Opferwilligkeit erwirkte, was sie an gesundem, triebkräftigem Samen in Kopf und Herz der einzelnen für alle Zukunft legte, was sie an Ertüchtigung und kultureller Förderung der Massen bot.

Auch Franz Ferdinand verdankte manche seiner hervorstechend guten Eigenschaften seinen Lernjahren im Rahmen der Armee, vor allem sein hohes Pflichtgefühl, seine bürgerliche Einfachheit in persönlichen Bedürfnissen, seinen in seltenem Maße ausgebildeten Sinn für Ordnung, Wahrheit und Klarheit in allem und jedem. Das wußte er und lohnte es ihr durch treue Hingebung. Er wußte nicht weniger, was sie politisch für Thron und Reich bedeutete. Aber auch ihren im besten Sinne des Wortes demokratischen Geist hatte er voll erfaßt, der die aristokratische Führung auf Grund der höheren Qualitäten — und nicht der Geburt — zeugen muß. Wer nicht entsprach, wurde auf sein Betreiben hin kaltgestellt, auch wenn es ein Erzherzog war. Sünden gegen diesen Grundsatz der Wehrmacht, gegen diesen ihren völkischen Geist, erzürnten ihn im hohen Grade. Nepotismus, Protektion, Platten- und Cliquenbildungen duldete er nicht. Das schlechte Beispiel, Gelage, Glücksspiel, unwürdige Weiberbekanntschaften, spekulative Eheschließungen, Snobismus und Schuldenmachen, äußeren Schein bei inneren Mängeln, bekämpfte er, wie er nur konnte.

Der gute Geist der Armee war es also, worauf Franz Ferdinand das Hauptgewicht legte. In seiner Erhaltung und Förderung sah er, nachdem er über die Lernjahre hinausgewachsen war, als Kommandant, später als Generalinspektor der gesamten bewaffneten Macht und künftiger oberster Kriegsherr seine Hauptaufgabe.

Der gute echte soldatische Geist vermag vieles, aber nicht alles. Kriegsmäßige Ausbildung und Ausrüstung, Schlagfertigkeit in allen Belangen müssen ihn ergänzen. Der Thronfolger unterstützte daher mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Bemühungen der verantwortlichen Faktoren in diesen Richtungen. In den oft sehr ernsten Kämpfen des Chefs des Generalstabes Conrad und des Kriegsministers Schönaich — jener forderte, dieser sollte und wollte die Forderungen erfüllen, stieß aber auf Widerstände bei den Volksvertretungen und bescheidete sich, im Amte bleibend — stand der Erzherzog unentwegt auf seiten des ersteren. Daß er recht hatte, bewiesen unsere sattsam bekannten, erschütternden Erfahrungen im Kriege. Seiner beharrlichen Einflußnahme war so mancher Erfolg zu verdanken, besonders seitens der Kriegsmarine, die der Protektor-Admiral ganz besonders ins Herz geschlossen hatte. Er nannte sich selbst einen Autodidakten auf maritimem Ge-

Franz Ferdinand und seine Gemahlin begrüßen einen befreundeten Bürger

Erzherzog Franz Ferdinand im Kreise seiner Familie

biete und griff auch niemals irgendwie in die Details des Dienstes ein. Die Bedeutung aber der Kriegsmarine für die Position im Süden der Monarchie, für deren Volkswirtschaft, ihre Bündnisfähigkeit, ihre Weltgeltung hatte er frühzeitig erfaßt.

Franz Ferdinand war sechsundzwanzig Jahre alt geworden und kommandierte ein Infanteriebataillon in Prag, als das Schicksal ihn aus seiner Bahn riß. Kronprinz Rudolf war dahingegangen, und er wurde der Anwärter auf die habsburg-lothringischen Kronen. Jeden Augenblick konnte er unter geschichtlicher Verantwortung vor die Lösung der Aufgabe gestellt werden, die wohl die schwierigste war, die der alte Völkerstaat an der Donau zu vergeben hatte. Ehrgeiz und Pflichtbewußtsein erfuhren eine gewaltige Steigerung. Die Schatten der Sorge, die das Licht der Kronen wirft, zogen allmählich auch über ihn herauf. Es mag der Lücken manche gegeben haben, die auszufüllen waren, um zu „wissen". Das Wissen genügte ihm aber nicht, weil er ja doch verantwortlich urteilen und schaffen mußte. Und er rang nach all dem temperamentvoll und ungeduldig. Er wollte nicht nur berufen, sondern auch auserwählt sein.

Nach wenigen Jahren dieses Ringens um die Geltung sich selber gegenüber erkrankte er an jenem schleichenden Siechtum, das damals noch in unzähligen Fällen zum frühen Ende führte. Er kämpfte einen jahrelangen schweren Kampf ums Leben. Er wollte leben und siegte auch, aber er blieb nicht ganz unverletzt, weder am Leibe noch an der Seele. Er sollte nie mehr zum vollen, befreienden und beglückenden Besitz der Gesundheit gelangen und manche von denen, die sich an den kommenden Herrscher herangeschmeichelt hatten und ihm lieb geworden waren, waren in dieser düstern Zeit von ihm abgefallen, sich der neuen Hoffnung zuwendend.

Dieses niemals wieder Ganzgesundsein vermag sicherlich den Ausgleich der dauernden Zwiespältigkeit in jedes Menschen Brust zu erschweren, kann reizbar, unausgeglichen, ab und zu einmal auch ungerecht machen, kann verbittern. Und wenn sich nach den üblen Erfahrungen mit den freundschaftlich Begünstigten das Nichtglauben an Treue und Dankbarkeit, wenn sich Mißtrauen und die Meinung einstellten, daß letzten Endes bei vielen doch nur der Eigennutz die ausschlaggebende Triebkraft sei, so kann man das verstehen. Je höher die Stellung eines Menschen ist, desto eher vermag er zu erkennen, daß es wenig Herren und viele Diener gibt.

Der Kreis derer, denen er sich anvertrauen konnte, war damit kleiner geworden, die Sehnsucht nach der Menschenseele, die er

lieben, der er sich voll und ganz geben konnte, die sich restlos mit seinem Wesen, es harmonisch ergänzend, vereinigen wollte, war stürmisch in ihm zum Durchbruch gekommen. Und es folgte das dritte große Erlebnis, das auf sein Wesen, Wollen und Wirken von tiefgreifendem, bestimmendem Einfluß war, seine Verheiratung. Vorerst rang er gegen eine Legion von Gegnern, in einem Gewirre von Hindernissen aller Art um den Besitz und dann um die Geltung seiner Gemahlin, die Neid und Mißgunst, Intrigue und Kabale offen und auf Hintertreppen bis über den Tod hinaus verfolgten, der die starre Etikette kalt und zurückweisend in den feierlichen Galaräumen der Hofburg gegenüberstand. Er siegte auch diesmal nach jahrelangem schweren Kampfe, es blieben auch diesmal Narben zurück. Wie es eben leidenschaftlicher Menschen Art ist, unterschied er für alle Zukunft zwischen Widersachern und Helfern in diesem Kampfe. Das ersehnte restlose Glück, das er in seiner Frau, in seinen Kindern, in seinem Heim fand, wirkte aber auch hier vielfach versöhnend.

An seinem Familienleben finden auch die Gegner Franz Ferdinands — und es gab und gibt heute noch deren viele — nichts zu nörgeln. Desto mehr fanden sie an seinem Wesen auszusetzen. Und da scheinen mir vor allem die landläufigen Vorstellungen im Lager seiner Feinde über sein Verhältnis zur katholischen Kirche und zum Protestantismus einer Klärung zu bedürfen. Da ihm das Philosophieren ebensowenig lag wie alles, was an die Phantasie appelliert, rang er sich zu der transzendentalen Weltanschauung, die aus dem religiösen Grundmotiv heraus, ohne Rücksicht auf bestimmte Bekenntnisse, auf Dogmentreue und kirchlichen Ritus, erwächst, nicht durch. Daß das Verhältnis des einzelnen zu all dem Höheren und Höchsten, was er mit seinen Sinnen nicht zu fassen vermag, eine tief innere, rein persönliche Angelegenheit sei, wenn er nur reinen Herzens, reiner Hände ist, wenn er nur auf idealistischer, auf dem Opfergedanken beruhender Weltanschauung fußt, das wollte Franz Ferdinand nicht zugeben. Er war strenggläubiger Katholik und die Herzogin, wie die Frauen ja immer tiefer sind, vielleicht noch strenggläubiger. Infolgedessen war er allem Protestantentum gegenüber ablehnend. Er duldete in seiner Umgebung eher einen glaubenslockeren Katholiken als einen glaubensstarken Protestanten. Und doch ist er auch darin zu begreifen. Bei der Würdigung einer historischen Persönlichkeit kommt es aber doch vor allem darauf an, zu begreifen, warum sie so war und gar nicht anders sein konnte, und es kommt nicht darauf an, an sie irgendeinen einseitigen, absoluten Maßstab anzulegen.

Der Thronfolger in Begleitung des Vorstandes seiner Militärkanzlei — des Autors dieses Artikels — bei einem Morgenspaziergange auf der Insel Brioni am Adriatischen Meer

Erziehung, Tradition, historische Studien, seelische Imponderabilien aller Art bewirkten eben auch bei ihm wie bei so vielen anderen die Überzeugung, daß die Reformation der Anfang vom deutschen Unglück, der Beginn der Einbußen des Hauses Habsburg zugunsten des hohenzollerischen Preußentums, der Ursprung des Niederganges der habsburgischen Idee vom deutschen Kaiserreich war. Er war auch davon überzeugt, daß die Masse der strengen Satzungen eines Bekenntnisses bedürfe, daß das absolute katholische Dogma die beste Schranke gegen allen wie Gift wirkenden Relativismus, gegen Eigenbrödelei und Sektiererei im allerweitesten Sinne des Wortes, also auch im politischen Sinne sei. Wenn ein Teil der katholischen Intellektuellen schon innerlich eklektisch und selbstformend denke, dann solle er des guten Beispiels wegen wenigstens äußerlich halbwegs den guten Katholiken zeigen. Das könne er vor seinem Gewissen schon verantworten und diene damit dem Volksganzen, das doch zum überwiegenden Teil römisch-katholisch sei.

So ungefähr mögen die Gedankengänge Franz Ferdinands über sein Verhältnis zum katholischen Glauben gewesen sein. Er war daher ein gehorsamer Sohn der Kirche in allen spirituellen Dingen, ganz sicherlich hätte er aber niemals geduldet, daß sie an die Machtbefugnisse der Krone und damit an die des Staates rühre. Da war er ganz der gleichwertige Epigone der Großen seiner Ahnen, die gut katholisch waren, sich aber politisch niemals dauernd unter den Machtwillen des Vatikans beugten.

Gewissen Kreisen beliebte es, Franz Ferdinand aus seiner katholischen Gesinnung heraus als einen Finsterling hinzustellen und andere noch weit größere Kreise, die sich von den ersteren willig beherrschen lassen, sagen es ebenso überzeugungsvoll wie ungeprüft nach.

Wer Franz Ferdinand gekannt hat, weiß, daß er kein Finsterling war, weiß, daß er sonnig heiter sein konnte wie nicht leicht einer, daß in ihm, wie in jedem echten Mann ein Kind versteckt war, das gelegentlich auch spielen wollte. Kluge Männer schämen sich nicht dieser Kindlichkeit in ihnen. Auch Franz Ferdinand schämte sich ihrer nicht und neckte und lachte und spielte, wenn das versteckte Kind im echten Mann sich zeigte, wenn er glücklich war, wenn er etwa auf den blauen Wogen seiner geliebten Adria unter den milden Strahlen der Frühjahrssonne im Kreise seiner Familie und einiger seiner Getreuen dahinsegelte.

Einer seiner einstigen Intimen hat später behauptet, daß Franz Ferdinand über das europäische Durchschnittsmaß hinaus unaufrichtig und ebenso mißtrauisch gewesen sei.

Es mag dahingestellt bleiben, ob Aufrichtigkeit und Vertrauensseligkeit Charaktereigenschaften sind, die sich dem Großteil der Menschheit gegenüber als wohl angebracht bewähren. Was versteht man übrigens unter „aufrichtig“ und „unaufrichtig“? Ein gewisses Maß von Unaufrichtigkeit gehört doch zur guten Erziehung des Europäers. Es ist das konventionelle, richtige, gesunde Maß. Erst was darüber hinausgeht, ist Unaufrichtigkeit im üblen Sinne des Wortes. Franz Ferdinand war aber nicht nur nicht unaufrichtig, er war im Gegenteil sehr oft viel zu aufrichtig. Wiederholt enthüllte sich der Erzherzog in meiner Gegenwart Personen gegenüber, die in gar keiner Weise berufen waren, Zeugen der rückhaltslosen Äußerungen seiner Gedanken über dies oder jenes von Bedeutung zu sein, wiederholt versicherte man mich nach Unterredungen unter vier Augen mit Franz Ferdinand, wie erstaunt man über die ungehemmte Offenheit sei, mit der er die Dinge darstelle. Sich verstellen, heucheln zu müssen, war ihm eine schwere Pein. In seiner Stellung gab es gewiß Momente, wo er nicht jedem, den er nicht leiden mochte, es auch sagen konnte, aber unter diesem Zwange litt er schwer. Und wenn er solchen Momenten ausweichen konnte, so tat er es. Er floh lieber, als daß er heuchelte.

Und wie war es mit dem Mißtrauen? Wenn jemand vor einem großen Werk steht, das er schaffen will und noch nichts vor sich sieht als turmhohe, unüberwindlich erscheinende Hindernisse, kann er, wenn er Stimmungsmensch ist — und Franz Ferdinand war Stimmungen unterworfen — vorübergehend auch an sich selbst verzweifeln, gegen sein eigenes Wollen und Können mißtrauisch werden. Wie sollt' er's dann nicht auch gegen andere sein, die er sich als Helfer wünscht und die irgendeinmal merkbar daran zweifeln, ob er denn in der Tat der Große sei, der das Übergroße zu vollenden vermöge.

Aber er war ein Reaktionär, heißt es weiter. Es ist dies ein vollkommenes Fehlurteil, ja es ist weniger, es ist ein hohles demagogisches Schlagwort, das den Unverständigen tausend- und abertausendmal vorgeleiert, das ihnen mit Gewalt eingetrichtert wird, unter der sie sich dann irgendein mittelalterliches Scheusal aus ihrer miserablen Lektüre vorstellen. Ein Teil dieser Unverständigen hat bereits gelernt, über den Erzreaktionär Metternich anders zu denken. Man muß auch über Franz Ferdinand anders urteilen lernen. Er war kein Reaktionär. Er war viel zu klug, um

Franz Ferdinand und der Chef des Generalstabes Conrad von Hötzendorf bei den Manövern in Tabor 1913

nicht zu wissen, daß man Gewesenes in ganz derselben Art und Form, unter ganz denselben Verhältnissen nie wieder herstellen kann, daß es Reaktion in diesem Sinne nicht gibt. Gewiß hätte er versucht, manches dem Geiste, nicht der alten Form nach wiederherzustellen, was nicht mehr war. Ich meine damit zum Beispiel den strenge gehandhabten öffentlichen Ehren- und Sittlichkeitsschutz, den Schutz gegen Korruption und Ausbeutung in allen Spielarten und noch vieles andere mehr. Wenn das unter Reaktion gemeint ist, dann sind die Manen Franz Ferdinands heute in großer, würdiger Gesellschaft, denn solcher Reaktionäre gibt es in Österreich heute zu vielen Hunderttausenden.

Dann wird ihm vorgehalten, daß er hart gewesen sei.

Ganz richtig, Franz Ferdinand war hart, nicht als Mensch im bürgerlichen Sinne, aber als Kämpfer für seine als Pflicht erkannte Geltung, für sein Werk. Nietzsches Zarathustra sagt: „Ach, wo in der Welt geschehen größere Torheiten als bei den Mitleidigen? Und was in der Welt stiftete mehr Leid als die Torheiten der Mitleidigen.“ Der alte Kaiser schien unbeugsam und war letzten Endes doch nachgiebig, der junge Kaiser war sentimental und milde. Franz Ferdinand war hart im Sinne Zarathustras, weil er ein Schaffender sein wollte und alle Schaffenden hart sein müssen, wenn sie in ihrem Schaffen nicht erlahmen sollen. Weichsinn und Milde sind keine Helfer, wo es sich um die Lösung großer, schwerster Aufgaben handelt. Milde und Mitleid können nach der Vollbringung am Platze sein, vorher sind sie's niemals. Er wollte nicht „gütig“, er wollte „gerecht“, er wollte nicht „beliebt“, er wollte „geachtet“ sein. Wer aber dauernd gerecht und geachtet sein, wer etwas Großes vollbringen will, der muß auch hart sein können.

Worin es bestehen sollte, dieses Große, wissen heute mehr oder weniger klar oder unklar alle an politischen Dingen Interessierten. Das Programm für den Thronwechsel und das Manifest beim Regierungsantritt sind wiederholt veröffentlicht,*) besprochen und kritisiert worden. Franz Ferdinand wollte letzten Endes den Aufbau der Monarchie von Grund aus zerschlagen und einen neuen errichten. Bei Aufrechterhaltung des Dualismus, bei einem Weiterschreiten der Abhängigkeit der Krone, der gemeinsamen Institutionen und Österreichs von Ungarn war seiner festen Überzeugung nach der Zerfall des Ganzen als Folgeerscheinung irgend-

*) S. „Die Kriegsschuldfrage“, Jahrgang 1926, S. 338 ff.

welcher Ereignisse in absehbarer Zeit unvermeidlich, und die Aufteilungspläne, mit denen man sich im Auslande bereits mancherorts beschäftigte, waren ihm bekannt. Dieser Völkerstaat bedurfte nach seiner Meinung vor allem einer von eidlichen Bindungen einzelnen Staatsteilen oder Nationen gegenüber freien anationalen Dynastie, einer einheitlichen, anationalen, nicht in nationale Kontingente wie die ungarische und kroatische Landwehr zerfallenden, dynastietreuen Wehrmacht und für die gemeinsamen Belange einer ebensolchen Beamtenschaft. Die deutsche Sprache mußte die Dienstsprache der Wehrmacht und der gemeinsamen Institutionen, das gemeinsame Verständigungsmittel aller sein. Dann bedurfte es einer möglichst scharfen Abgrenzung der einzelnen Nationalitäten, denen die erstrebte Autonomie zu gewähren war, soweit ihr nicht durch Kompetenzen des Reiches Grenzen gesetzt werden mußten. Diese Kompetenzen waren die Einheit dem Auslande gegenüber, die Einheit der Wehrmacht, des Eisenbahnwesens, der Zollgrenze und der gesamten Wirtschaft.

Der Thronfolger wußte sehr wohl, daß dieser Grundgedanke für ein neues Österreich leichter formuliert als durchgeführt sei, und es ist ganz falsch anzunehmen, daß er, einem Phantasten gleich, auch schon die „Vereinigten Staaten von Großösterreich" so gewissermaßen vor sich sah, ein Großösterreich, dem sich womöglich Serbien, Rumänien und ich weiß nicht was von Haus aus freiwillig anschließen. Ebenso wußte er, daß an die Verwirklichung dieses Vorsatzes erst nach dem Tode des alten Kaisers gedacht werden konnte. Vorher galt es nur zu verhindern, daß der Weg dahin ganz verbaut würde, daß die zentrifugalen Kräfte immer mehr das Übergewicht über die zentripetalen bekämen. Es galt, wenigstens den gefährlichsten Angriffen, die in allererster Linie aus dem ungarischen Staatsgedanken heraus gegen die gemeinsamen Institutionen, die Krone und die Armee, unternommen wurden, kraftvoll und rücksichtslos Widerstand zu leisten. Es galt daher einen Kampf gegen den Kaiser selbst, der, gebunden durch seinen Eid auf die ungarische Verfassung, gegenüber den Gravamina, die wegen Nichterfüllung jener „nach ungarischer Interpretation" immer und immer wieder vorgebracht wurden, zum Nachgeben neigte und wiederholt auch nachgab, es galt einen Kampf gegen die gemeinsamen Minister, die nicht gemeinsamer sein wollten als ihr kaiserlicher Herr, einen Kampf gegen die ungarische Regierung, das ungarische Parlament, den madjarischen Adel und die chauvinistische madjarische Presse, einen Kampf gegen alle diejenigen im In- und Auslande, die mit den madjarischen Tendenzen

Franz Ferdinand begrüßt seine Gemahlin im Bad Ilidže bei Sarajevo

sympathisierten, gleichviel, ob sie sie in ihren Wirkungen abzusehen vermochten oder nicht.

Der aufreibendste dieser Kämpfe war der mit dem Kaiser, weil er am meisten an die Seele griff. Franz Ferdinand war seinem Oheim und Kaiser soldatisch ergeben. Aber er stand in keinem rechten persönlichen Verhältnis zu ihm, wenngleich er ihm von ganzem Herzen dankte, daß er seiner Frau und seinen Kindern gegenüber stets ritterlich und gnädig war. Es war ja auch fast unmöglich, mit dem alten Herrn zu einem intimen persönlichen Verhältnis zu gelangen, am allerwenigsten, wenn es sich um Meinungsverschiedenheiten in politischen Dingen handelte. Es war ja vielleicht seiner Lebensweisheit Krönung, daß er alles Persönliche aus den streng ressortmäßig geführten Regierungsgeschäften ausschaltete. War es nun gar der um so viele Jahre jüngere Neffe, der dies und das besser wissen, anders gestalten wollte, so richtete sich die überragende Autorität des Familienoberhauptes steil auf, und mit der mühsam eingeleiteten Aussprache war es für immer zu Ende. Wenn dann auch schriftliche Vorträge wirkungslos blieben, so stand Franz Ferdinand vor dem tragischen, von ihm zu tiefst empfundenen Geschicke, durch Beeinflussungen anderer Wirkungen versuchen zu müssen, die er zur Erhaltung von Thron und Reich für unerläßlich erkannte. Wer will es ihm, dem präsumtiven Erben, übelnehmen, wenn er die Erbschaft, die er sine beneficio inventarii anzutreten hatte, ungeschmälert zu erhalten versuchte.

Ob es Franz Ferdinand gelungen wäre, sein großes Vorhaben auch in die Tat umzusetzen, ob er Geschichte gemacht hätte, wie er es wollte, ob er den drohenden Weltkrieg aufgehalten, zum mindesten um Jahre verzögert hätte, ob er Rußland für Deutschland und Österreich-Ungarn noch zu gewinnen vermocht hätte, was sein sehnlichster Wunsch gewesen war, ob es ihm gelungen wäre, den großen kontinentalen Block zu schaffen, der allein den Frieden Europas zu sichern imstande gewesen wäre, — ich weiß es nicht, niemand weiß es. Aber eines weiß ich — und das mögen heute wohl zumindest alle Deutschen Österreichs wissen — so schlecht hätten sie in seinem Umbau nie gehaust, wie sie heute in dem Neubau der „schuldlosen“ Siegerstaaten hausen. Jener Umbau konnte nicht ausgeführt werden, weil man ihn nicht haben wollte, und der Bauherr mußte von der ruchlosen Hand eines gedungenen Mörderbuben fallen, als erstes Opfer des Weltkrieges. Und dieser Neubau, der hält nicht und kann nicht halten. Da fehlt, um mit einem Symbol zu schließen, der Geist Franz

Ferdinands, der die Nationen in sich einen, jeden einzelnen im Besitze des ihm nach seiner Ehre heiligsten Gutes, seiner Nationalität schützen, der sein Werk auf Gerechtigkeit gegen alle aufbauen und damit den Frieden, die Krönung seines geplanten Werkes auf Erden, erhalten wollte.

Graf Tisza und der Eintritt Italiens in den Weltkrieg.

Von Arthur Weber.

I.

Es ist bekannt, daß Graf Berchtold, der Außenminister der Österreich-Ungarischen Monarchie, im Sommer 1914 es nicht für nötig erachtet hat, Italien über seine Absichten Serbien gegenüber im vorhinein zu informieren und daß diese Unterlassung — die übrigens die Zustimmung der deutschen Reichsregierung gefunden hat [1]) — Italien einen sehr willkommenen Vorwand für seine provisorische Abstinenz, dann für seine territorialen Kompensationsansprüche und endlich für seine Kriegserklärung an die Monarchie bot. Die auf eine Verhinderung des Übergehens Italiens in das Lager der Ententemächte bezüglichen Verhandlungen sind sowohl aus dem Österreich-Ungarischen Rotbuch [2]) als auch in kurzer Fassung aus den Erinnerungen des Grafen Burian [3]) ersichtlich. Die nachstehenden Ausführungen haben nicht die Absicht, die Meinungsdifferenzen zwischen der Monarchie und Italien zu schildern oder vielleicht neue Einzelheiten über die diplomatischen Pourparlers zu bieten, sie wollen nur auf Grund der von der Ungarischen Akademie der Wissenschaften vorgenommenen Publikation der Briefe des gewesenen ungarischen Minister-

---

[1]) Roderich Gooß: Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges. 1919, Wien. S. 76. (Im weiteren zitiert als „Gooß".)

[2]) Österreich-Ungarisches Rotbuch. II. Diplomatische Aktenstücke betreffend die Beziehungen Österreich-Ungarns zu Italien in der Zeit vom 21. Juli 1914 bis 23. Mai 1915. Berlin 1916. (Im weiteren als „Rotbuch" zitiert.)

[3]) Stephan Graf Burian: Drei Jahre aus der Zeit meiner Amtsführung im Kriege. Berlin 1923. (Zitiert als „Burian".)

präsidenten Graf Stefan Tisza [4]) einen Einblick in den geistigen Hintergrund der diplomatischen Kämpfe des Krieges ermöglichen und auf das Wirken von Kräften hinweisen, die fast gar nicht vor die Öffentlichkeit getreten sind, nichtsdestoweniger aber von ausschlaggebendem Einfluß auf die Entscheidungen der Diplomatie der Mittelmächte waren.

Graf Stefan Tisza besaß nicht nur auf Grund seiner verfassungsmäßigen Rechte als Ministerpräsident Ungarns [5]), sondern auch infolge seiner stark ausgeprägten politischen Persönlichkeit einen bedeutenden Einfluß auf die Politik der Monarchie. Seine entschiedene Stellungnahme gegen den Krieg mit Serbien hatte, wie bekannt [6]), sehr weitgehende Konzessionen der Monarchie in der serbischen Frage zur Folge. Wie aber diese seine Einwirkung bis nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte ein Geheimnis blieb, ebenso unbekannt waren bisher seine Bemühungen, mit denen er in seiner Ausnahmestellung als leitender Staatsmann Ungarns und als intimer Freund des Außenministers Baron Burian den Krieg mit Italien zu verhindern versucht hat.

---

[4]) Gróf Tisza István összes munkái. 4. sorozat, harmadik kötet. Levelek, táviratok, távbeszélön küldött izenetek, egyes elöterjesztések és naplószerü feljegyzések 1915 januártól juliusig. Budapest, 1926. (Sämtliche Werke des Grafen Tisza. 4. Reihe, dritter Band. Briefe, Telegramme, telefonische Meldungen, Vorträge und tagebuchartige Aufzeichnungen vom Januar bis Juli 1915.) (Zitiert als „Briefe II".)

[5]) Im Laufe einer Polemik mit dem ehemaligen ungarischen Finanzminister Roland von Hegedüs äußerte sich Graf Berchtold u. a. auch über die Verbindung Tiszas mit dem Wiener Außenministerium. Er schreibt über die Julikrise 1914: „Sämtliche diplomatischen Berichte wurden sowohl an den Grafen Tisza nach Budapest als auch an seinen einflußreichsten Intimus, den Baron Burian, sofort weitergeleitet. Die eingelaufenen Depeschen wurden, gesammelt, durch den Nachtexpreß nach Budapest gebracht, so daß Graf Tisza schon frühmorgens alle Akten zur Verfügung standen. Graf Tisza hielt sich in diesen kritischen Zeiten wenigstens ebensoviel in Wien als in Budapest auf und verkehrte sowohl mit mir als auch mit meinem Sektionschef Graf Forgách täglich mehrere Stunden lang. Übrigens pflog er, wenn er sich in Budapest aufhielt, sowohl mit Graf Forgách als auch mit Baron Burian — mit letzterem kam ich jeden Tag zusammen — auf der zwischen dem ungarischen Ministerpräsidium und dem Außenministerium systemisierten Geheimleitung längere telephonische Unterredungen. Der Kontakt war daher ununterbrochen und möglichst lebhaft." (Hegedüs: Harc a magyar igazságért. — Kampf um das Recht Ungarns — Budapest, 1927. S. 13.)

[6]) Vgl. Weber: Graf Tisza und die Kriegserklärung an Serbien. (Die Kriegsschuldfrage. III. 1925. S. 818.) — Ferner: Horváth: Die Kriegsschuldfrage in der ungarischen Politik. (Die Kriegschuldfrage. IV. 1926. S. 742.) — Franz Herczeg: Graf Stephan Tisza. (Das moderne Ungarn. Wien-Budapest, 1926. S. 36 ff.)

In Berlin war schon Mitte Juli 1914, also noch vor der Kriegserklärung an Serbien, die Besorgnis wegen der zukünftigen Haltung Italiens aufgetaucht [7]); der k. u. k. Botschafter in Rom Mérey warnte seine Regierung vor allzugroßem Vertrauen auf Italien [8]) und riet entschieden zu einem absoluten Ablehnen aller Kompensationsforderungen [9]). Trotzdem konnte sich Berchtold zu einer klaren Auseinandersetzung nicht entschließen. Anfangs wies er die Zumutung von Kompensationen an Italien selbst in der von Deutschland vorgeschlagenen Form einer Entschädigung in Albanien entschieden von sich, dann aber gab er auf deutschen Druck schrittweise immer mehr nach: anfangs in einer vorbehaltlichen Anerkennung der italienisch-deutschen Interpretation des auf einen Balkankrieg bezüglichen Kompensationsartikels des Dreibundvertrages, dann in der vorbehaltlosen Akzeptierung des italienischen Standpunktes und endlich in der stillschweigenden Hinnahme der Besetzung Valonas und der albanischen Insel Saseno durch Italien. Mit der Besetzung Valonas aber verlor Österreich-Ungarn den wichtigsten Trumpf, den es bei den Kompensationsforderungen Italiens noch hätte ausspielen können, und es gab der römischen Außenpolitik so Anlaß, allmählich einen viel weitergehenden Wunschzettel aufzustellen, der sich nicht mehr auf den Balkan beschränkte, sondern in stufenweiser Steigerung bedeutende österreichische Gebietsabtretungen ins Auge faßte. Schon seit Mitte Dezember wiesen Gerüchte darauf hin, daß Italien es auf das „Trentino" abgesehen habe [10]), eine offizielle Bestätigung derselben erfolgte aber erst anfang 1915 in einem Gespräche, das Fürst Bülow, der deutsche Botschafter in Rom, mit dem italienischen Außenminister Baron Sonnino und Giolitti hatte [11]). Hier wurde zum ersten Male das Trentino als territoriale Kompensation für Italien genannt, ohne von Berchtold von vornherein entschieden abgewiesen worden zu sein.

Dieses allmähliche Abgleiten von seiner ursprünglichen Basis — ohne dabei auch nur die allergeringste Zusicherung von Italien hinsichtlich seiner Neutralität oder seines Wohlwollens erreicht zu haben — rief in den politischen Kreisen der Monarchie eine große

---

[7]) Gooß a. a. O. S. 116.
[8]) Ebenda S. 189.
[9]) Ebenda S. 185.
[10]) Rotbuch S. 67. (Berchtold an Macchio, 13. Dez. 1914.)
[11]) Ebenda S. 74. (Berchtold an Macchio, 4. Jan. 1915.) — Über die wenig günstige Stellung des Fürsten Bülow in Rom vgl. die persönlichen Erinnerungen der Gräfin Hetta Treuberg. (Das neue Europa, XIII. Jahrg. 1927. S. 32 ff.)

Beunruhigung hervor. Besonders die Rolle des deutschen Botschafters in Rom Fürst Bülow und die als Einschüchterungsversuche empfundene deutsche Unterstützung der italienischen Ansprüche ließ den Eindruck aufkommen, daß Graf Berchtold nicht der geeignete Mann sei, um die Interessen der Monarchie erfolgreich zu vertreten.

Hier an diesem Punkte griff nun Graf Tisza entscheidend ein, um vielleicht noch im letzten Augenblick eine Änderung der Außenpolitik der Monarchie zu versuchen. Die beiden Hauptbedenken gegen Berchtold lagen in seiner Schwäche den Berliner Wünschen und in seiner Kompensationsbereitschaft Italien gegenüber. Baron Burian, damals noch Minister am allerhöchsten Hoflager, informierte den ungarischen Ministerpräsidenten anfangs Januar über die Lage [12]). Er schilderte die Aktion der deutschen Botschaft in Rom, mit welcher sie im Wege von Privatbriefen an verschiedene Beamte im Wiener Außenministerium das Wiener Kabinett einzuschüchtern und für die Abtretung des Trentino geneigt zu machen suchte. Dann äußerte er sich über die politische Lage: „Die Gefahr eines italienischen Angriffes am 1. März ist vorhanden. Wir müssen die Zeit bis dahin mit offenem Auge ausnützen und, wenn wir an der Sachlage schon nichts ändern können, hauptsächlich keinen taktischen Fehler begehen. Ein solcher taktischer Fehler wäre es meines Erachtens, wenn wir dem Drängen der Deutschen nachgeben und das Trentino den Italienern offen oder im geheimen, in der Hoffnung, daß nun alles wieder in Ordnung sei, hinwerfen würden . . . . . Ich weiß nicht, was am Ende mit dem Trentino werden wird oder mit welchen Opfern wir die Neutralität Italiens werden erkaufen müssen. Da wir aber bis 1. März sicher sind, dürfen wir von dieser kostbaren Zeit keinen Tag auf Kosten der Verschiebung von Fragen verlieren, deren Gewicht und Wert bei einer späteren Konzedierung sich erhöht. Hier besteht nicht das „periculum in mora", sondern im Gegenteil. Wenn wir heute panikartig was immer Italien hinwerfen, können wir sicher sein, daß dieser gute Freund es bis 1. März verdaut haben und an der Spitze seines Heeres neue Gaben verlangen wird. Wir müssen daher pro foro interno ernsthaft erwägen, was wir Italien auf Grund des § 7 als Kompensation geben können, äußerlich aber müssen wir in der zuvorkommendsten Weise auf dem durch Italien vorgezeichneten Weg bleiben und es in der anzubahnenden Konversation dazu bewegen, seine Wünsche auszusprechen." Seiner Ansicht nach sei

[12]) Briefe II. Nr. 697 S. 11.

eine Aussprache Berchtolds mit Unterstaatssekretär Zimmermann und mit dem Reichskanzler Bethmann Hollweg in Berlin dringend notwendig.

Graf Tisza reagierte am 5. Jänuar auf die Informationen Burians und machte sich seinen Standpunkt sowohl hinsichtlich eines energischen Auftretens den Deutschen gegenüber als auch der in den Verhandlungen mit Italien zu befolgenden Taktik vollkommen zu eigen. Gleichzeitig teilte er seine Ansicht auch dem Außenministerium mit. Seine Äußerungen [13]) enthalten eine scharfe Kritik über den Fürsten Bülow, durch dessen Haltung seiner Ansicht nach „die Italiener im schlechtesten Moment aufgewiegelt und ermuntert würden, mit dem Trentino hervorzutreten". Demzufolge müßte man Berlin ganz entschieden zu verstehen geben, daß jede Gebietsabtretung für die Monarchie indiskutabel sei. Ob aber Berchtold der geeignete Mann für diese Unterhaltungen in Berlin sei, darüber erheben sich bereits in dem Privatschreiben an Burian Zweifel. Er befürchtet, daß Graf Berchtold dem deutschen Druck bei persönlichen Verhandlungen nicht standhalten können, und daß sein Benehmen die Deutschen nur zu weiteren Versuchen veranlassen werde. Darum meint er, es auf die Dauer nicht vermeiden zu können, mit Graf Berchtold selbst und auch mit dem Monarchen über die Frage des Außenministeriums zu sprechen.

Die Reise Berchtolds nach Berlin war also beschlossene Sache, als Graf Tisza, der trotz seiner Freundschaft zu dem Außenminister in dessen Energie und Widerstandskraft kein übermäßiges Vertrauen setzte, die Notwendigkeit eines Wechsels in der außenpolitischen Leitung der Monarchie erkannte. Berchtold war seiner Ansicht nach viel zu schwach, als daß er einem stärkeren Druck von Berlin hätte widerstehen können. Ein weiteres Nachgeben in der italienischen Frage aber erschien Tisza als verhängnisvoll für das Prestige und die internationale Stellung der Monarchie [14]). So

---

[13]) Briefe II. Nr. 699 S. 14. Nr. 700 (5. Januar), S. 15. Nr. 708 (6. Januar) S. 19.

[14]) Dieser Auffassung gegenüber ist die Meinung Berchtolds über die Politik Tiszas in der italienischen Frage überaus interessant. Wie bekannt, hat Berchtold über seine Politik bei Kriegsausbruch bisher größtenteils geschwiegen. Eine seltene Ausnahme bilden zwei längere Berichtigungen, die er im Laufe der erwähnten Polemik mit dem ehemaligen ungarischen Finanzminister Roland von Hegedüs geschrieben hat und die von dem Empfänger in ungarischer Übersetzung veröffentlicht wurden. „Die Kriegsschuldfrage" wird demnächst die beiden Briefe Berchtolds in deutscher Rückübersetzung bringen. Diesmal möchte ich nur auf den auf die Italien-Politik Tiszas bezüglichen Passus hinweisen, der folgendermaßen lautet: „Tatsache ist, daß Tisza meinen Standpunkt hinsichtlich des

sah er sich genötigt, eine Entscheidung noch vor der Reise Berchtolds herbeizuführen. Am 10. Januar 1915 begab er sich nach Wien, wo er nach vorherigen Beratungen mit den führenden Diplomaten bei dem Monarchen in Audienz erschien. Die Audienz hatte den Sturz Berchtolds und die Ernennung Burians zum Außenminister zur Folge.

Über dieses wichtige Ereignis existieren eigenhändige Aufzeichnungen Tiszas, die für die ganze Art und Weise dieses seltenen Mannes charakteristisch sind. Ein Auszug in deutscher Sprache dürfte hier am Platze sein [15]).

„Wie sehr es mir auch schwer fiel, gegen einen so loyalen, ehrlichen Kollegen wie Berchtold aufzutreten, ich mußte einsehen, daß die Lebensinteressen der Monarchie es erforderten, daß die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in den jetzigen kritischen Zeiten in stärkere Hände gelange. Mit Anbeginn der Bülowschen Intrigen traten die Nachteile seiner grüblerischen, schwankenden Natur so augenfällig hervor, daß ich die Angelegen-

---

italienischen Versuches, die Verhandlungen in der Kompensationsfrage mit uns auf Grund des Abschnittes VII des Bündnisvertrages aufzunehmen, nicht geteilt hat. Tatsache ist ferner, daß Tisza dies Seiner Majestät zur Kenntnis brachte und in loyaler Weise auch mir darüber Mitteilung machte. Tisza hielt es nämlich für ausgeschlossen, daß der italienische Verbündete uns den Krieg erklären könnte; dementsprechend meinte er, daß es gut wäre, die offizielle Demarche des italienischen Botschafters in höflicher, aber entschiedener Form zurückzuweisen. Seinen Standpunkt verfocht er mit der ihm eigenen zähen Ausdauer, die Herrn von Hegedüs aus individueller Erfahrung ohnehin nicht unbekannt ist. Jedes demgegenüber mögliche Argument scheiterte an seiner felsenfesten Überzeugung, daß Italien mit einem solchen Verrat an seinen Verbündeten in sein eigenes Fleisch schneiden und als zukünftiger Verbündeter für jedermann ein für allemal das internationale Vertrauen verlieren würde. Deshalb würde die „politisch geschulte" italienische Nation niemals einen solchen Weg betreten. Die Gründe, die Tisza bei dieser Gelegenheit gegen die Erledigung der italienischen Kompensationsfrage vorbrachte, bewogen auch mich, einer diesbezüglichen Aussprache mit Italien aus dem Wege zu gehen. Nach unserer Stellungnahme in der Kompensationsfrage aber hatte sich die italienische Regierung bereits dazu entschlossen, weitere politische Schritte — eventuell auch gegen uns — einzuleiten. Damals war unsere militärische Lage auf dem serbischen Kriegsschauplatz eine so precaire, daß ich die Verantwortung für die Folgen unserer in der italienischen Frage eingenommenen abweisenden Haltung unmöglich übernehmen konnte. Meine Auffassung habe ich einige Tage vor meinem am 10. Januar 1915 erfolgten Rücktritt in einem in dem Archiv des Ministeriums hinterlegten Memorandum urkundlich niedergelegt." (Hegedüs: Harc a magyar igazságért. Budapest, 1927. S. 20—21.)

[15]) Briefe II. Nr. 718 S. 30—32.

heit nicht länger aufschieben konnte“.... (Besprechung von ½11 bis 1 bei Berchtold mit Burian, Stürgkh, Mérey, Szécsen und Forgách, dann Frühstück bei dem deutschen Botschafter Tschirschky und nach demselben lange Auseinandersetzung mit Tschirschky und Berchtold.) ...

Der König erwartete mich, und so hatte ich nur noch Zeit, Berchtold in ein anderes Zimmer zu bitten und ihm zu sagen, daß ich trotz aller meiner Sympathien und meiner Hochschätzung gezwungen sein werde, dem König zu erklären, daß in den heutigen Zeiten ein energischerer, seine Politik folgerichtig und entschieden vertretender Mann für den Posten des Außenministers notwendig sei. Wenn aber Seine Majestät keine Änderung wünschen sollte, so würde ich bereitwilligst mit ihm weiter dienen.

In seiner üblichen bon enfant Art erwiderte er: „Ich bin Dir sehr dankbar, wenn Du das sagst. Ich sage es ihm ja immerwährend, mir glaubt er's nicht. Dir wird er's glauben.“ Er fragte mich nur noch, ob ich es dem König sagen werde, daß ich auch mit ihm darüber gesprochen habe.

Seiner Majestät eröffnete ich zuerst meinen Standpunkt über die den Italienern und den Deutschen gegenüber zu befolgende Taktik und fügte bei, daß das Spiel schwierig sei, einen sicheren Erfolg könne ich nicht versprechen, doch sei die Sache noch zu gewinnen, man müsse nur gut spielen. Damit ging ich dazu über, daß Berchtold trotz seiner achtenswerten und sympathischen individuellen Eigenschaften nicht der Spieler sei, den man brauche .....

Der König war nicht überrascht. „Ich habe es mir auch schon gedacht“ — erwiderte er — „nur habe ich nur Einen, der dazu fähig ist, und ich weiß nicht, ob er von Budapest wegkommen kann.“

Ich antwortete, daß ich meiner Ansicht nach unbedingt in Budapest bleiben müßte, daß ich aber jemanden wüßte, der für den Posten vollkommen geeignet wäre. „Wer denn?“ fragte der König und schien nicht ganz überzeugt zu sein, als ich den Namen Burian nannte.

Er hob zwar seine vertrauenswürdige Persönlichkeit und seine guten Eigenschaften hervor, doch äußerte er auch Zweifel. Andererseits erkannte er an, daß außer ihm nur noch Pallavicini in Betracht kommen könnte. Ich selbst betonte, daß ich Burian für viel geeigneter hielte; ich hob hervor, wie sehr er in meinen Augen seit unserem anderthalbjährigen täglichen Verkehr gewachsen sei, und fügte hinzu, daß nach seiner ehrenden

Meinungsäußerung über mich es ihn vielleicht beruhigen dürfte, daß Burian in allen großen Fragen mit mir übereinstimmt und uns eine so enge Freundschaft verbindet, daß diese eine vertraulich-harmonische Zusammenarbeit verbürge.

Der König versprach, über die persönliche Frage noch nachzudenken . . . . . .

Forgách, Montenuovo und Berchtold wollten mich zur Annahme bewegen; ihrer Ansicht nach würde meine Annahme vom Gesichtspunkt des Prestiges der Monarchie und des Gewichtes unserer Aktion eine ganz andere Wirkung haben. Ich aber bin mit mir im reinen: Burian wird seine Aufgabe ausgezeichnet lösen, in vieler Beziehung besser als ich. Ich habe in meiner gegenwärtigen Stellung auch Gelegenheit, auf die auswärtigen Angelegenheiten einzuwirken, mein Abgang aus Budapest würde gleichbedeutend sein mit meinem Ausscheiden aus dem ungarischen öffentlichen Leben. Ich würde damit meiner Nation nicht dienen, könnte meine Pläne nicht zur Ausführung bringen und müßte mein Werk unterbrechen, obgleich die Beendigung desselben auch vom Gesichtspunkt der Konsolidierung und der internationalen Stellung der Monarchie notwendig ist."

Am 14. Januar 1915 wurde Baron Burian zum Minister des Äußern ernannt.

II.

Mit Burians Ernennung wuchs der Einfluß Tiszas auf die auswärtigen Angelegenheiten der Monarchie in so hohem Maße, daß es fast den Anschein hat, als ob in den folgenden zwei Jahren er der eigentliche außenpolitische Leiter Österreich-Ungarns gewesen wäre. Zwischen dem ungarischen Ministerpräsidenten in Budapest und dem Außenminister in Wien entspann sich ein täglicher persönlicher Telephonverkehr. Tisza erhielt von jeder diplomatischen Note, von jedem Bericht der österreich-ungarischen Auslandsmissionen Kenntnis, und vor den Antworten an den Verhandlungspartner wurde seine Zustimmung eingeholt.

Diese Abhängigkeit der auswärtigen Politik hatte ihre guten, aber auch ihre schlechten Seiten. Einesteils konnte so Tisza jeden Schritt der auswärtigen Politik auch dem ungarischen Reichstag gegenüber mit ruhigem Gewissen vertreten, was eine ungestörte Fortsetzung der diplomatischen Verhandlungen sicherte, anderenteils erhielt die Außenpolitik der Monarchie durch den überragenden Einfluß Tiszas ein festgefügtes politisches Programm, das nach der

Gedankenarmut der Berchtoldschen Ära [16]) Aussicht auf bestimmte Erfolge eröffnete. Und doch lag auch eine bedeutende Gefahr in der getroffenen Regelung. Die energische Vertretung der Tiszaischen Politik durch Burian schien gewährleistet, solange alles nach Wunsch verlief. Was geschah aber, wenn ein kleiner Rechenfehler die ganze politische Konzeption Tisza-Burian über den Haufen warf? War auch dann der mehr bürokratisch veranlagte, hartnäckige Burian der geeignete Mann für den Posten des Außenministers, war der immerhin schwerfällige Verkehr zwischen Wien und Budapest auch dann noch die geeignete Form für die Erledigung der außenpolitischen Schwierigkeiten? Die Ereignisse sollten beweisen, daß selbst die aufrichtige Freundschaft und Übereinstimmung Burians und Tiszas trotz aller Energie und Entschiedenheit die Vorteile, die in einer unmittelbaren Entscheidungs- und Anpassungsmöglichkeit an die verschiedenen Einzelphasen des diplomatischen Kampfes lagen, nicht ersetzen konnte. Daß dabei nicht größere Fehler geschahen, darf wohl ebenfalls zugunsten des Grafen Tisza gebucht werden.

Als Burian das Außenministerium übernahm, standen die italienische und rumänische Frage im Vordergrund. In einem Schreiben an den neuen Außenminister vom 15. Januar [17]) und in einem vertraulichen Brief vom nächsten Tage an den Chef der Heeresleitung Conrad von Hötzendorf [18]) skizzierte Tisza sein außenpolitisches Programm. Er sieht die Hauptaufgabe der Wiener Diplomatie in der Vereitelung des vereinten Angriffes der beiden ehemaligen Bundesgenossen. Die Form dafür wäre: „Italien abfinden, Rumänien gegenüber in einer Weise Stellung nehmen, daß es keine Lust habe, kriegerisch gegen uns aufzutreten" (an Conrad).

Den Andeutungen Italiens auf eine eventuelle Abtretung des Trentino gegenüber mußte man ins reine kommen. Tisza wies den Gedanken selbst territorialer Opfer nicht ganz von sich. „Wir

---

[16]) Wie Tisza über die Politik des Grafen Berchtold dachte, kommt in einem Schreiben vom 4. Mai 1915 an den Sektionschef Graf Forgách zum Ausdruck. Hier schreibt Tisza: „Daß Berchtold eine Politik gehabt hätte, ist für mich eine ganz neue Entdeckung. Er ging ja eben darum, weil er keine Politik hatte, nicht wußte, was er wollte, schwankte, à la dérivé zögerte und unser Außenamt eine große Unterlassung und bévue nach der anderen beging. Die ungünstige Wendung in den italienischen Verhandlungen ist auch, wenigstens zum großen Teil, auf die Aktion Bülows und auf unsere unmittelbar vor dem Abgang Berchtolds begangenen Fehler zurückzuführen." (Briefe II. Nr. 1055 S. 279—280.)

[17]) Briefe II. Nr. 717 S. 28—30.

[18]) Ebenda Nr. 726 S. 35—39.

müssen trachten, möglichst wenig zu zahlen und eine Amputation wenn möglich zu vermeiden" (an Conrad). Er ist überzeugt, daß Italien ein Geschäft machen wolle, ohne auf alle Fälle sich für den Krieg zu entscheiden (an Conrad). Sehr wahrscheinlich weiß es noch selbst nicht, ob es den Bruch mit den Mittelmächten wählen oder sich mit anderen Kompensationen begnügen solle. Die Endentscheidung Italiens hänge von der Geschicklichkeit der österreich-ungarischen Diplomatie, von der Stellungnahme der Deutschen, in erster Linie aber von den Ereignissen auf dem Kriegsschauplatz ab. Es sei daher Aufgabe der Außenpolitik der Monarchie, Italien von seinen Forderungen abzubringen und es zu überzeugen, daß die momentanen Erfolge, die es durch die Nachgiebigkeit der Monarchie erreichen könnte, auf keinen Fall die Vorteile der Zukunft aufwiegen würden. In dieser Richtung müßten die Verhandlungen geführt (an Burian) und in die Länge gezogen werden, bis die militärische Lage sich eventuell zu unseren Gunsten auswirken kann (an Conrad). Von der Entscheidung Italiens dürfte auch die Stellungnahme Rumäniens abhängen [19]).

Der Grundgedanke der Tiszaischen Konzeption ist also folgender: Verhandlungen mit Italien unter scheinbarer Zurückweisung aller territorialen Abtretungen, für den Notfall aber auch territoriale Konzessionen. Die Grundbedingung für eine solche Politik des Zuwartens aber war die Voraussetzung einer günstigen Gestaltung der Kriegslage. Diesbezüglich erhielt sowohl Burian als auch Tisza beruhigende Erklärungen von Conrad von Hötzendorf, so daß der obige Gedankengang ohne weiteres zum außenpolitischen Programm der Monarchie erhoben werden konnte [20]).

Conrad stellte am 24. Januar eine entscheidende Aktion gegen die Russen schon für die allernächsten Tage in Aussicht und versicherte, daß dieselbe bis Mitte Februar sich voll auswirken würde [21]). Die Consultà in Rom sollte am 18. Februar zusammentreten und dann erst über den Eintritt in den Krieg entscheiden. Bis dahin hatten also die Mittelmächte Zeit und mußten jede Art von territorialen Konzessionen verweigern. Das einzige, was man Italien zugestehen könnte, wären Konzessionen in Albanien.

---

[19]) Ebenda Nr. 771 S. 72.

[20]) Ebenda Nr. 757 (Conrad an Tisza, 19. Januar 1915) S. 57—59. — Nr. 758 (Tiszas Anwort an Conrad, 24. Januar 1915) S. 59—61.

[21]) Beginn der Karpathenoffensive am 23. Januar 1915. Über die Kriegsereignisse, die bei der Gestaltung der diplomatischen Verhandlungen mit Italien von eigentlich ausschlaggebender Bedeutung waren, vgl. M. Schwarte: Der österreichisch-ungarische Krieg. Leipzig, 1922. S. 94 ff.

Trotz der scheinbaren Übereinstimmung zwischen Tisza und Conrad über die politischen Ziele der nächsten Zukunft ist ein gewisser Unterschied in der beiderseitigen Auffasung nicht zu verkennen. Conrad weist den Gedanken eventueller Abtretungen unter allen Umständen auf das entschiedenste zurück, während das Programm Tiszas weit elastischer ist, die Abweisung der italienischen Forderungen nicht als Prinzip behandelt und sie nur für die nächste Zukunft bis zu der von militärischer Seite für Mitte Februar versprochenen Entscheidung in Galizien aufrechterhält. Für den weiteren Verlauf behält es sich Handlungsfreiheit vor, die sich nach dem Grundsatz einer je billigeren Abfindung Italiens richtet. Daß man etwas wird zahlen müssen, war ja ziemlich klar, es mußte nur vermieden werden, daß man sich auf Konzessionen festlegte, die bei einer günstigen Gestaltung der Kriegslage als zuweitgehend hätten empfunden werden können.

In den Verhandlungen mit Italien merkte man gleich nach dem Amtsantritt Burians eine gewisse Änderung. Der Ton der österreichisch-ungarischen Diplomatie wurde entschiedener, die Widerlegung der italienischen Behauptungen gründlicher, und selbst das Albanien-Problem wurde von neuem hervorgeholt, um in der Kompensationsfrage den Wiener Standpunkt zu unterstützen. Es war klar, daß Italien Erpressungsabsichten hatte, denen gegenüber ein Nachgeben unangebracht und nutzlos war. Gestaltete sich die Kriegslage günstig, so war wohl Italien im Rahmen der durch den Dreibundvertrag gebotenen Rechtslage nicht unschwer auch weiterhin zur Neutralität zu bewegen. Deshalb mußte jedes voreilige Kompensationsversprechen vermieden werden. Demgegenüber war anzunehmen, daß bei einem Durchbruch der Russen in den Karpathen auch Italien nicht mehr zurückzuhalten sein würde. Die Verhandlungen mußten daher auf freundschaftlichem Fuße fortgesetzt werden, ohne bis zu der Entscheidung der Kriegslage überhaupt ein fait accompli zu schaffen.

Demgemäß zogen sich nun die Verhandlungen während der zweiten Hälfte des Januar und im Februar in die Länge. Die Differenzen schienen unüberbrückbar; denn Italien forderte noch vor der Wiedereröffnung der Operationen gegen Serbien eine endgültige Regelung der Kompensationsfrage und das Zugeständnis von territorialen Abtretungen, Burian hingegen regte als Vorbedingung eine vollständige Klärung des beiderseitigen Verhältnisses an[22]). Darüber argumentierte man zwischen Rom und Wien hin und her, ohne zu einer Annäherung der gegenseitigen

[22]) Rotbuch Nr. 104 (11. Februar 1915) S. 90.

Auffassungen zu gelangen. Die Stellungnahme der Monarchie war dabei von der Rücksichtnahme auf die Kriegslage, die von Italien von der Hoffnung auf die Erfüllung seiner national-territorialen Wünsche bedingt.

Mittlerweile setzte eine Beeinflussungsaktion von seiten Italiens in Rumänien ein, die bald zu einem auf sechs Monate anberaumten Defensivvertrag zwischen beiden Mächten führte [23]). Das bedeutete zweifellos eine Verschlechterung der politischen Stellung der Mittelmächte, wozu auch noch die Ereignisse in den Karpathen hinzukamen.

Die an die Kriegslage geknüpften Hoffnungen gingen nicht in Erfüllung, die für Przemysl eingeleitete Entlastungsoffensive scheiterte, die Kriegsstimmung in Italien wuchs von Tag zu Tag [24]), und so konnte die dilatorische Behandlung der italienischen Forderungen nicht fortgesetzt werden. Am 1. oder 2. März war Tisza in Wien und besprach bei dieser Gelegenheit mit Burian das italienische Problem. Das bisherige Programm wurde einer Revision unterzogen und aus der gegebenen Lage folgende Konsequenz abgeleitet [24a]). Der Krieg mit Italien sollte mit Rücksicht auf die militärische Lage unter allen Umständen vermieden werden; da jedoch die Hauptgrundlage der bisherigen Taktik, die Hoffnung auf eine günstige Entwicklung der Kriegslage wankend geworden war, außerdem die Italiener sich — vielleicht aus Prestigegründen für den Ministerpräsidenten Salandra und den Außenminister Sonnino — in eine entschieden feindselige Stimmung hatten hineintreiben lassen und infolge der Politik Bratianus ein italienisch-rumänisch-russischer Vergleich zu erwarten stand, mußte auf Grund der Anträge Sonninos unverzüglich gehandelt werden. Als Form dafür sollte die Vermittlung Deutschlands gewählt werden. Deutschland mußte ermächtigt werden, den Italienern österreichische Konzessionen in Aussicht zu stellen und zu ermitteln, wie weit die italienischen Forderungen gingen und welche Garantien gegen weitere Wünsche geboten würden. Andernteils sollte sich auch Deutschland an den Opfern der Monarchie, und zwar in Form einer in Deutschland aufzunehmenden dringenden Anleihe, beteiligen. Die Konzessionen an Italien dachte man mit der Überlassung des Trentino begrenzen zu können, dem-

[23]) Briefe II. Nr. 804 (7. Februar 1915) S. 90—91.

[24]) Über die Kriegsstimmung in Italien vgl. Sosnosky: Die Kriegsschuld Italiens. (Die Kriegsschuldfrage. IV. 1926. S. 747 ff.)

[24a]) Flüchtige Aufzeichnungen Tiszas vom 3. März 1915. (Briefe II. Nr. 894 S. 143—144.)

gegenüber wollte man sich freie Hand auf dem Balkan sichern und nur bei einer Annektion größerer Gebiete weitere Kompensationen zugestehen.

Bei der Aufstellung dieses Programmes war für Tisza und Burian die psychologische Einschätzung der italienischen Staatsmänner maßgebend. Tisza hoffte, daß Sonnino und Salandra nach einem zweifellosen großen persönlichen Erfolg, wie es die Gewinnung des Trentino war, unbedingt wieder zur Besinnung kommen und umgestimmt werden würden.

Außer den hier erwähnten Punkten, die sich schlagwortartig in den flüchtigen Aufzeichnungen Tiszas vorfinden, scheint Burian bei der Besprechung mit Tisza auch auf seine letzten Unterhaltungen mit dem Wiener italienischen Botschafter Herzog Avarna eingegangen zu sein. Burian hatte Avarna noch am 26. Februar daran erinnert, „daß sein Minister selbst die Wiederaufnahme unserer Besprechungen für den Zeitpunkt des Beginnes unseres neuen Feldzuges gegen Serbien in Aussicht genommen habe“ [25]), und dürfte die Absicht gehabt haben, die Verhandlungen mit Berufung auf diese italienische Anregung weiter hinauszuziehen. Darauf weist nämlich ein Brief Tiszas vom 3. März hin, der unmittelbar nach der Rückkehr aus Wien abgegangen sein muß [26]). Er beschwört darin Burian, alles aufzubieten und „sich ja nicht der Illusion hinzugeben, daß man ruhig warten könne, bis man wieder in Serbien einzumarschieren gedenke. Dies würde nur dann der Fall sein, wenn Italien sich nicht mittlerweile anderwärts engagiert“.

Die Vorstellungen Tiszas scheinen durchgedrungen zu sein und am 8. März fand unter dem Vorsitz des greisen Monarchen in Wien ein Kronrat statt, der Burian die Ermächtigung erteilte, auf Sonninos Vorschlag prinzipiell einzugehen und die Forderung von territorialen Konzessionen seitens Österreichs anzunehmen [27]). Tisza hatte die Zustimmung der ungarischen Regierung bereits am 5. März durchgesetzt.

III.

Schon am 9. März teilte Baron Burian dem italienischen Botschafter mit, daß Österreich-Ungarn beschlossen hätte, „die von seiner Regierung für die Verhandlungen in der Kompensationsfrage verlangte Diskussionsbasis der Abtretung eigenen Gebietes

[25]) Burian S. 39.
[26]) Briefe II. Nr. 895 S. 144.
[27]) Burian S. 42.

anzunehmen“ [28]). Und nun folgte eine fast sechswöchige Verhandlung, deren einzelne Phasen aus dem österreich-ungarischen Rotbuch klar ersichtlich sind. Zuerst die Forderung Italiens nach der prinzipiellen Zustimmung Österreich-Ungarns zu der sofortigen Abtretung österreichischer Gebiete. Eine Forderung, die für die Monarchie schon aus militärisch-kriegstechnischen Gründen nicht annehmbar war, über die aber trotzdem bis zum 23. März, also fast zwei Wochen lang, als conditio sine qua non ernstlich debattiert wurde. Erst am 23. März erklärte sich Sonnino bereit, bei Aufrechterhaltung seiner diesbezüglichen prinzipiellen Forderung, auch auf die Behandlung der konkreten Abtretungsfragen einzugehen. Anstatt aber seine eigenen Wünsche zu formulieren, verlangte er von Österreich-Ungarn ein konkretes Angebot. Burian machte schon am 28. März den gewünschten Vorschlag. Wieder verstrichen zwei Wochen, bis am 10. April der Gegenvorschlag Sonninos erfolgte.

Jetzt nachträglich ist es klar, daß Italien eine endgültige Entscheidung nach Tunlichkeit zu verschleppen bestrebt war und daß seine Verhandlungstaktik aufs engste mit den Ereignissen auf dem Kriegsschauplatz verknüpft war. Die Propaganda der Entente wußte die momentan ungünstige Stellung der Mittelmächte in den Karpathen weidlich auszunützen und die allgemeine Stimmung in Italien gegen die Monarchie aufzustacheln. Die italienische Regierung aber wartete vorläufig noch ab und verhandelte, da ein Umschwung selbst im letzten Augenblick noch möglich war. Am 23. März fiel Przemysl und damit schien das Schicksal Österreich-Ungarns im Norden besiegelt zu sein. Damit war aber auch die Entscheidung für Italien gefallen; denn nur so kann man es erklären, daß noch am selben Tage Sonnino seine bisherige Stellungnahme plötzlich aufgab und von Österreich-Ungarn, wie erwähnt, konkrete Vorschläge über die von ihm beabsichtigten Gebietsabtretungen verlangte. Daß er dabei nicht aufrichtig war und daß jede noch so weitgehende Nachgiebigkeit Wiens fruchtlos bleiben mußte, ist zweifellos.

Die diplomatischen Verhandlungen vom 9. März bis 10. April haben in den Briefen Tiszas nur geringe Spuren hinterlassen. Es ist zwar nicht anzunehmen, daß dieselben ohne die Teilnahme des ungarischen Ministerpräsidenten geführt wurden, seine unmittelbare Einflußnahme scheint sich aber auf persönliche Unterredungen in Wien und auf den eher rezeptiven Telephonverkehr mit dem Minister des Äußern beschränkt zu haben. Erst am

[28]) Rotbuch Nr. 115 (Burian an Macchio) S. 108.

11. April tritt er wieder in den Vordergrund. Baron Burian hatte ihn noch am vorigen Tage telephonisch über die neuen italienischen Forderungen informiert [29]). Dieselben übertrafen Tiszas Erwartungen, doch rät er zu einer drei- bis viertägigen Pause, während welcher der Einfluß Deutschlands und das Fehlschlagen der neuen russischen Offensive sich auswirken könnten. Er war übrigens der Ansicht, daß die Verhandlungen unbedingt weitergeführt werden müßten. Bei dieser Gelegenheit warf Tisza den Gedanken einer persönlichen Aussprache mit den italienischen Staatsmännern auf, zu der er im Notfalle auch selber bereit gewesen wäre. (Auf diese Anregung ist wohl die im Telegramm von Burian an den Botschafter Macchio am 27. April mitgeteilte Idee eines römischen Besuches des Grafen Goluchowsky zurückzuführen. [30])

Gleichzeitig entschließt sich Tisza zu persönlichem Eingreifen und richtet an den Herzog Avarna ein in überaus herzlichem Ton gehaltenes Privatschreiben, das er natürlich auch dem Außenminister vorlegte und von dem er voraussieht, daß es der italienischen Regierung zur Kenntnis gebracht werden würde. Es erübrigt sich wohl, auf den Inhalt dieses in französischer Sprache verfaßten Schreibens [31]) einzugehen, da die darin zum Ausdruck gebrachte politische Überzeugung des ungarischen Ministerpräsidenten auch aus anderen Schriftstücken hervorgeht, die hier eine nähere Behandlung erfordern, da sie in ungarischer Sprache verfaßt und deshalb weiteren Kreisen nicht leicht zugänglich sind.

Selbst nach der Kenntnisnahme der unerfüllbaren Forderungen Italiens gab Tisza die Hoffnung auf eine Einigung nicht auf. Da aber die Möglichkeit einer ungünstigen Entscheidung Italiens in nächste Nähe gerückt war, mußte man sich für den Kriegsfall vorbereiten. Der Wiener Aufenthalt Tiszas am 15. April war wohl der Besprechung der österreich-ungarischen Antwort an Sonnino gewidmet, deren Wortlaut Baron Burian bereits am 16. April telegraphisch dem österreich-ungarischen Botschafter in Rom zur Kenntnis brachte [32]). Bei der Abfassung des Schriftstückes, das in einzelnen Punkten weitere Zugeständnisse enthält, größtenteils aber eine Ablehnung der italienischen Ansprüche darstellt, dürfte die Mitteilung über eine Unterredung des Fürsten Bülow mit Baron Sonnino ausschlaggebend gewesen sein, von der Baron

---

[29]) Briefe II. Nr. 1013 S. 226.
[30]) Rotbuch S. 156—157.
[31]) Briefe II. Nr. 1013 S. 227—229.
[32]) Rotbuch Nr. 144 S. 141.

Burian sowohl durch den Wiener deutschen Botschafter [33]), als auch durch Baron Macchio Mitteilung erhalten hatte [34]). Die Darstellung Bülows mußte den Eindruck erwecken, als ob die Forderungen Sonninos nur als Grundlage für weitere Verhandlungen gedacht waren und man über dieselben diskutieren konnte. Nicht nur der Inhalt, sondern auch der objektiv-kühle Ton der Burianschen Antwort ist wohl dieser Voraussetzung zuzuschreiben.

Graf Tisza war mit der Erledigung Burians nicht zufrieden. Sein Schreiben, das der veränderten Lage bereits Rechnung trägt und gleichzeitig ein neues Programm für die Verhandlungen mit Italien darstellt, ist so interessant, daß eine Wiedergabe in deutscher Übersetzung unerläßlich erscheint. Der Brief an Burian, vom 17. April datiert, lautet folgendermaßen [35]):

„Lieber Freund, ich bin kein nervöser Mensch, doch muß ich die Wichtigkeit des Augenblicks in vollem Maße fühlen. Im wörtlichen Sinne des Wortes steht der Bestand der Monarchie auf dem Spiele, die Versäumung des Augenblicks könnte eine Katastrophe hervorrufen, zu deren Abwendung wir alle unsere Kräfte anstrengen und die nötigen Entschlüsse rechtzeitig fassen müssen.

Und hier muß ich wiederholt der Überzeugung Ausdruck geben, daß wir zur Verbesserung der feindlichen Gesinnung der Italiener mehr tun müssen.

Wir müssen in ihnen den Glauben erwecken, daß sie durch entsprechende Mäßigung sich unsere Freundschaft sichern können und daß sie durch den Bruch mit uns für ihre ganze Zukunftspolitik nützliche Werte von sich werfen. Die Mißstimmung, die wir durch unser dilatorisches Vorgehen verursacht haben, müssen wir versuchen zu zerstreuen; wir müssen in angenehmere, vertraulichere Beziehungen mit ihnen gelangen. Mit ihnen und nicht nur mit Sonnino; denn, wenn letzterer sich als untraitabel erweisen sollte, müßten wir durchsetzen, daß die die Befriedigung der nationalen Wünsche mit einer friedlichen Verständigung verknüpfende politische Richtung durch die Ausschaltung seiner Person zur Geltung komme.

Glaube mir, lieber Freund, in dieser Richtung müssen wir viel mehr tun. Wir müssen darauf verweisen, daß nur ein Teil der italienischen Forderungen unter den Gesichtspunkt der nationalen

[33]) Briefe II. Nr. 1023 (16. April) S. 243.
[34]) Rotbuch Nr. 143 S. 140.
[35]) Briefe II. Nr. 1028 S. 248—249.

Einheit fällt; diese sind wir mit Ausnahme Triests bereit nach Möglichkeit zu honorieren; die übrigen Punkte würden durch solche Machtrücksichten inspiriert, die wir auch schon im Interesse Italiens eliminieren müssen.

Ich bedauere sehr den trockenen, steifen Ton des Aide-Mémoire, und ich würde auch sehr bedauern, wenn Macchio nicht eine eingehende Instruktion erhalten hätte, mit welcher er in Aktion treten könnte.

Ich glaube, daß der Schwerpunkt der römischen Aktion bei den Deutschen liegt, wir müssen jedoch ihre Bemühungen dadurch unterstützen, daß wir die in meinem Schreiben an Avarna berührten Gesichtspunkte in freundschaftlichen, vertraulichen Gesprächen wiederholen und ausführen. All dies würde gleichzeitig mit einem über die Lage am Kriegsschauplatz gewonnenen klaren Bilde seine Wirkung nicht verfehlen, doch haben wir keine Zeit zu verlieren und besonders müßten wir durch unser Verhalten es Sonnino erleichtern, einen freundschaftlicheren Standpunkt einzunehmen . . . .

Das Wesen ist, daß die Zeit vergeht und daß uns nur Tage von dem Augenblick trennen, da die Untätigkeit oder selbst ein nicht entsprechendes Handeln eine unreparable Lage schaffen könnte.

Ich bitte Dich, jede Minute auszunützen, um sämtliche Konsequenzen der Lage sowohl mit den Deutschen, als auch mit dem Militär ins reine zu bringen, und alles zu tun, um die Italiener aus ihrer durch gekränkte Eitelkeit und schlechtes Gewissen verursachten Entfremdung wieder herauszuführen."

Während er sich also einesteils für neue Verhandlungen mit Italien auf Grund gegenseitigen Vertrauens aussprach, betonte er andernteils die Notwendigkeit, auch für den Fall einer italienischen Kriegserklärung Vorsorge zu treffen. In einem vertraulichen Schreiben an Conrad von Hötzendorf skizzierte er noch am 16. April seine diesbezügliche Auffassung[36]): „Kommt es zum Kriege mit Italien, so folgt Rumänien sofort, ohne daß wir in dieser Weltlage auf Bulgarien rechnen könnten. Kurz und gut, es sind dann alle Teufel los, und es bleibt für Deutschland und uns nichts anderes übrig, als schleunigst Frieden zu schließen.

Von diesem Moment an wären alle politischen und militärischen Schritte auf dieses Ziel zu richten.

Auch die militärischen Maßnahmen hätten den Hauptzweck, eine Situation zu schaffen und möglichst lange aufrechtzuerhalten,

[36]) Briefe II. Nr. 1023 S. 244—245.

welche die militärischen Vorbedingungen eines halbwegs anständigen Friedens darbietet.

Diese würden gänzlich fehlen, wenn dem italienischen und rumänischen Einmarsch kein ernster Widerstand geleistet würde. Wer soll mit uns ernstlich über Frieden verhandeln, wenn feindliche Heere von Süden und Osten im Eilmarsch auf Wien und Budapest marschieren und der gänzliche Zusammenbruch in wenigen Tagen erfolgt?

Es wäre — um zu retten, was noch zu retten ist — das einzig mögliche, daß in der Ost- wie der Westfront nur soviel belassen wird, um den Feind eine Zeit lang aufhalten zu können und alles was von dort herausgenommen werden kann, sowie alle neuen Formationen der Deutschen gegen die zwei neuen Feinde aufgestellt werden.

Vielleicht könnte Rumänien zu Anfang seiner Mobilisierung mit einem Ultimatum gestellt und von Pflanzer (entsprechend verstärkt) überrannt werden? . . . . . .

Wir werden alles versuchen, um diese Gefahr abzuwenden, trifft sie aber dennoch ein, so ändert sich auch die Aufgabe der Heeresleitung vollständig. Dieselbe muß also durch rechtzeitige Information in die Lage versetzt werden, alle Konsequenzen dieser Situation zu durchdenken, um im gegebenen Falle sofort handeln zu können."

Die Antwort Sonninos auf das Angebot Burians vom 16. April wurde diesem am 21. April mitgeteilt. Der Eindruck Burians war, daß „das steife Beharren der italienischen Regierung auf ihren sämtlichen Forderungen . . . die Frage immer näher rückte, ob italienischerseits ernstlich auf die Herstellung eines Einvernehmens mit der Monarchie . . . . . abgezielt oder die Verhandlungen nur äußerlich mit dem Hintergedanken fortgesetzt werden, sei es, Zeit für spätere entscheidende Entschlüsse zu gewinnen, sei es, nach erhaltener Orientierung über Österreichs äußerstes Angebot schon demnächst in das Lager der Tripleentente abzuschwenken [37])." Angesichts dieser Lage mußte man sich — wie Tisza dies von vornherein betont hatte — mit der deutschen Regierung über die nächsten Schritte verständigen. Zu diesem Zwecke besuchte Burian am 24. April den Reichskanzler Bethmann Hollweg in Berlin, bei welcher Gelegenheit hinsichtlich der italienischen Frage „eine vollständige Klärung der Lage" stattfand [38]).

---

[37]) Rotbuch Nr. 154 S. 155.
[38]) Burian S. 44.

Mittlerweile hatte die Pression der Entente in Rom ihren Höhepunkt erreicht, und schon am 26. April schloß, ohne daß die Mittelmächte davon eine Ahnung gehabt hätten, Sonnino einen Pakt mit der Entente ab, der Italien binnen vier Wochen zum Losschlagen gegen die Monarchie verpflichtete [39]). Trotz dieses Geheimabkommens setzte aber Italien — wenn auch mit sichtbarer Flauheit — die Verhandlungen fort. Am 4. Mai zerriß Italien den Dreibundvertrag, am 23. Mai erfolgte die Kriegserklärung.

Die Zeit zwischen dem 24. April und dem 23. Mai ist mit fieberhaften Verhandlungen ausgefüllt, in denen die Konzessionsangebote der Monarchie einander auf dem Fuße folgen, wobei Italien in offensichtlicher Verlegenheit auf dem Standpunkte nichtiger Ausflüchte beharrt. Hinter den diplomatischen Angeboten, die von Burian mit dem sichtbaren Ziel einer Hinausschiebung der endgültigen Entscheidung und in fast stoischer Selbstüberwindung gemacht wurden, stand aber die Sorge um die Zukunft, die Notwendigkeit, für den Fall einer ungünstigen Entscheidung Italiens noch bei Zeiten eine Katastrophe abzuwenden. Und hier fiel der programmatische Teil der nächsten Zukunftspolitik wieder dem Grafen Tisza zu.

Die Berliner Verhandlungen Burians hatten Tisza nicht vollkommen zufriedengestellt. Er vermißte in ihnen eine programmatische Einigung für den italienischen Kriegsfall und sah die Notwendigkeit voraus, dem Gedanken eines dringlichen Friedensschlusses in allem Ernst näherzutreten. Eine diesbezügliche Klärung der gegenseitigen Ansichten schien ihm unerläßlich, und da dieselbe in Berlin bei dem Besuche Burians nicht erfolgt war, sah er sich genötigt, selbst die Initiative zu ergreifen. Schon in einem Schreiben vom 27. April ertönen seine ersten Anregungen in dieser Richtung [40]). Sie nehmen in einem Promemoria definitive Gestalt an, das er am 1. Mai dem Minister des Äußern zur Weiterleitung an den Monarchen und an den deutschen Reichskanzler übersendet. Gleichzeitig geht die Denkschrift auch an Baron Conrad ab [41]).

Vor allem stellt er den Grundsatz auf, daß die Monarchie zur Vermeidung des italienischen Krieges selbst vor sehr großen, bis an die Grenze des Möglichen gehenden Opfern nicht zurückscheuen darf. Da aber der Zweifel an den friedlichen Absichten der italienischen Regierung leider berechtigt ist, muß man über die nächsten Aufgaben der Mittelmächte ins klare kommen.

[39]) Czernin: Im Weltkriege. 1919 2. Berlin S. 377.
[40]) Briefe II. Nr. 1043 S. 260—261.
[41]) Ebenda Nr. 1047 S. 268. Nr. 1047a S. 268.

Und nun folgt eine Schilderung der Lage, die in der Folge durchaus gerechtfertigt wurde und hier in ihrem ganzen Wortlaut wiedergegeben werden soll [42]):

„Die Entscheidung liegt jedenfalls in der Hand der italienischen Staatsmänner. Nicht wir, sie werden über Krieg oder Frieden entscheiden. Wollen sie den Krieg, so können wir denselben auch durch Gewährung sämtlicher italienischer Forderungen nicht abwenden, denn es würde Italien in diesem Falle unsere Zugeständnisse nur dazu benützen, um, von denselben Besitz ergreifend, aus einer politisch und militärisch besseren Stellung die Erpresserpolitik gegen die geschwächte und gedemütigte Monarchie fortzusetzen.

Kurz und gut, wir müssen alles tun, um die Kriegsgefahr abzuwenden, können jedoch nicht sicher sein, dieses Ziel erreichen zu können. Italien kann uns den Krieg aufnötigen, und wir müssen mit allen Konsequenzen dieser Eventualität im vorhinein ins klare kommen.

Es wurde in Berlin gesagt, daß es verfrüht wäre, diese Frage in concreto zu besprechen. Ich halte dies für einen verhängnisvollen Irrtum. Fällt die Entscheidung Italiens in diesem Sinne aus, so ist für vorbereitende Studien und Besprechungen keine Zeit mehr. Es hängt dann alles davon ab, daß wir sofort, ohne eine Minute zu verlieren, die notwendigen militärischen und diplomatischen Maßnahmen treffen.

Vom richtigen und sofortigen Handeln hängt es ab, ob wir einen nachteiligen Frieden oder eine Katastrophe zu erleiden haben. Stellen wir den Italienern und den mit ihnen zugleich automatisch losschlagenden Rumänen gar keine oder nur so schwache Truppen entgegen, welche den Widerstand höchstens maskieren können, so ist das vollständige Debacle die Frage weniger Tage oder höchstens Wochen.

Serben, Rumänen und Italiener dringen in Eilmärschen ins Herz der Monarchie, besetzen den größten Teil Ungarns und der Alpenländer und bringen das Ganze in Auflösung. Es wäre dies ein vollständiger Zusammenbruch, welcher die Zentralmächte ihren Feinden wehrlos ausliefern würde. Es kann die Kriegslage im Osten und Westen noch so günstig sein, es bleibt nichts anderes übrig, als sich auf Gnade und Ungnade zu ergeben.

Ich bin fest überzeugt, daß diese verzweifelte Lage bei rechtzeitigem Eingriff abzuwenden ist. Italien gegenüber haben wir

[42]) Ebenda S. 270—272.

eine nicht allzu lange befestigte Grenze. In Rumänien kann vielleicht durch überraschendes Eingreifen unserer am nächsten dieses Landes liegenden Streitkräfte die Mobilisierung und der Aufmarsch gestört und eventuell Bulgarien zum Losschlagen mitgerissen werden.

Sind wir heute in der Lage, Offensivstöße auf dem alten Kriegsschauplatze mit Aussicht auf Erfolg in Angriff zu nehmen, so müssen wir aus unseren dortigen Stellungen sehr beträchtliche Kräfte abziehen können, ohne dadurch die Möglichkeit eines ernsten Widerstandes in unseren befestigten Stellungen zu nehmen.

Wir müssen also dasjenige Minimum gegen die Russen sowie in Frankreich und Flandern belassen, was eine für den Feind verlustreiche, zähe Defensive ermöglicht und uns mit aller verfügbaren Kraft rechtzeitig auf die neuen Feinde werfen.

Es steht ausschließlich den kompetenten Autoritäten zu, zu beurteilen, ob man in dieser Weise einen dauernden Widerstand und hiermit die Voraussetzungen eines mit keinen schweren Verlusten verbundenen Friedens sichern kann. Wenn ja, so kann der Kampf fortgesetzt werden. Im entgegengesetzten Falle haben wir auch so viel erreicht, daß wir die uns meuchlings anfallenden Räuber aufgehalten haben, den vollen Erfolg mit kolossalen Blutopfern zu erkämpfen oder einen von uns anzubietenden vorteilhaften Frieden zu schließen.

Es wäre im Wege eines geeigneten Faktors (König von Spanien oder Dänemark?) der Entente ein Frieden anzubieten, welcher einen erheblichen Erfolg für dieselbe bedeutet, aber die Zentralmächte vor einer vollständigen Niederlage bewahrt und eine Zurückweisung derjenigen italienischen, rumänischen und serbischen Wünsche ermöglicht, welche die Monarchie vollständig zugrunde richten und das Deutsche Reich seines einzigen Verbündeten berauben würden.

Ich will mich heute damit begnügen, auf diese ganze Reihe hochwichtiger Fragen hinzudeuten, welche im vorhinein durchdacht, erwogen und besprochen werden müßten, wenn wir von den Ereignissen nicht überstürzt werden wollen. Es ist unsere Pflicht, auch dieser pessimistischen Entwicklung ins Antlitz zu schauen; ein Ausweichen vor diesen Problemen wäre eine Straußpolitik, für deren verhängnisvolle Konsequenzen wir die allerschwerste Verantwortung zu tragen hätten.

Vor allem wäre es dringend notwendig, daß unsere militärischen Autoritäten die militärische Seite der Frage bis in die letzten

Konsequenzen ausarbeiten, sich über die notwendigen Maßnahmen einigen und der politischen Leitung beider Großmächte die notwendigen Aufschlüsse geben.

Ich wiederhole es, ich bin dafür, daß man alles tut, um dieses Unglück abzuwenden, hoffe auch, daß es uns gelingen wird, uns mit Italien zu verständigen; wir müssen aber auch für die andere Eventualität bereitstehen, denn nur davon hängt es ab, ob wir mit einer schweren Schädigung der Zentralmächte davonkommen oder die Vernichtung der unserer verantwortlichen Führung anvertrauten Staaten herbeiführen."

Eine Ergänzung dieser Darstellung, die vermutlich schon eine auf Baron Burian zurückgehende Milderung des ursprünglichen Tiszaischen Entwurfes sein dürfte, findet sich in dem Brief Tiszas vom 27. April, der Näheres über seine Absichten enthält. Hier heißt es in ungarischer Sprache [43]):

„Man müßte mit den Deutschen eingehender besprechen, auf welcher Grundlage man versuchen sollte, Frieden zu schließen, wenn es nicht gelingt, die italienische Gefahr abzuwenden.

Neben den sachlichen Bedingungen ist auch der modus procedendi sehr wichtig. Sehen wir, daß wir mit den Italienern nicht zurechtkommen, müssen wir uns noch vor ihrem Angriff mit einem Friedensvorschlage an die Entente wenden . . . .

Das Militär müssen wir zur Einhaltung seines Versprechens bewegen, damit in vier Wochen größere Truppen gegen die Italiener zur Verfügung stehen.

Dabei ist noch ein Haken in der Sache. Was geschieht, wenn trotz aller unserer Bestrebungen der italienische Krieg innerhalb vier Wochen ausbricht? Dann müssen wir m. E. den Gedanken an einen Sieg aufgeben, an die italienisch-rumänischen Grenzen bedeutende Kräfte werfen und von der Entente Frieden erbitten.

Freilich müssen wir alles aufbieten, um die Kalamität zu vermeiden. In dieser Beziehung dürfen wir keine Illusionen hegen. Wir werden mehr zugestehen müssen, als was Du heute noch zu konzedieren geneigt bist.

Natürlich sagen wir dies heute noch niemandem. Dem Deutschen ebenso wenig wie jemand anderem. Doch werden wir bei Gelegenheit dies tun müssen."

---

[43]) Ebenda Nr. 1043 S. 260/261.

Der eigentliche Gedankengang Tiszas läßt sich wohl in folgendem rekonstruieren: 1. Erhaltung des Friedens mit Italien selbst gegen weitestgehende Opfer. 2. Sollte ein Ausgleich nicht gelingen, so Verhandlungen bis zur Ausreifung der mittlerweile sich günstig auswirkenden militärischen Lage. 3. In vier Wochen Bereitstellung genügender militärischer Kräfte an der italienischen Grenze. 4. Anknüpfung von Friedensverhandlungen (spanische oder dänische Vermittlung) noch vor der Kriegserklärung Italiens auf Grund der günstigen Kriegslage und bei Einnahme einer Defensivstellung im Osten und Westen. 5. Schleuniges Friedensangebot an die Entente im Falle eines unmittelbaren (vor der Auswirkung der neuen militärischen Lage erfolgten) italienischen Angriffs.

Diese ursprüngliche Konzeption, deren Besprechung mit den Deutschen Tisza für unbedingt notwendig hielt, erfuhr in der endgültigen Fassung auf Burians Wunsch eine Abschwächung, indem der letzte Punkt darin keine Berücksichtigung fand. Selbst in dieser abgeschwächten Form jedoch zögerte Baron Burian, die Denkschrift Tiszas an die deutsche Regierung weiterzuleiten, und versuchte es vorderhand mit einer allgemein gehaltenen Aufforderung in Berlin, „daß die deutsche Regierung sich jetzt klar und bindend darüber äußere, was sie vorzukehren, nämlich welche militärische Maßregeln sie ihrerseits zu treffen gedenkt, falls der Angriff Italiens tatsächlich erfolgt [44]). Mit dieser Lösung gab sich Tisza aber nicht zufrieden und bestand auf der Abschickung seiner Denkschrift.

Der in den ersten Maitagen erfolgte Durchbruch der russischen Front bei Gorlice eröffnete neue Aussichten auf eine Einigung mit Italien. Tisza erfaßte sogleich die neue Lage und regte bei Burian eine neue für Italien endgültig beruhigende Lösung an [45]). Schon am 5. Mai kam Burian den Italienern noch weiter entgegen [46]), und am 6. abends trafen Burian und Tisza mit dem deutschen Reichskanzler und den beiden Generalstabschefs in Teschen zusammen, „wobei alle Eventualitäten gründlich durchberaten wurden [47])". Die Beratungen wurden auf der Grundlage des Tiszaischen Programms geführt, wie dies aus der Tatsache hervorgeht, daß die auf Grund der Teschener Besprechungen an Baron

[44]) Briefe II. Nr. 1051 (Burian an Hohenlohe, 1. Mai 1915) S. 277.
[45]) Ebenda Nr. 1053 (3. Mai), Nr. 1054 (4. Mai). Derselbe Gedanke an Forgách Nr. 1055 (4. Mai) S. 278—280.
[46]) Rotbuch Nr. 172 S. 175.
[47]) Briefe II. Nr. 1057 (an Czernin, 9. Mai 1915) S. 281.

Macchio nach Rom abgegangenen neuen Instruktionen Burians [48]) fast wörtlich mit den in den Briefen Tiszas enthaltenen Ausführungen übereinstimmen.

Das Ergebnis der Teschener Besprechungen kommt in dem angeführten Brief an Czernin zum Ausdruck: „Wir werden das möglichste tun, um Italien vom Losschlagen zurückzuhalten, und selbst in dem Falle, wenn die italienischen Bedingungen unannehmbar wären, auf deren Grundlage weiter verhandeln, um den Bruch hinauszuschieben . . . Jedenfalls wird militärischerseits alles vorbereitet, um im Notfalle die neuen Feinde zu schlagen. Wenn sich der Erfolg gegen die Russen wirklich so großartig entwickelt, wie es zu hoffen ist, so werden wir in der Lage sein, auch die Italiener und Rumänen zu schlagen. Natürlich würden wir sofort auf die Defensive gegen die Russen übergehen und uns mit aller Wucht auf die Italiener und Rumänen werfen . . . Die Situation steht auf der Messerschneide; es ist geradeso möglich, daß Italien in der kürzesten Zeit losschlägt, als daß es den Krieg ganz vermeidet [49])".

Die letzten zwei Wochen vor der Kriegserklärung Italiens vergingen mit fast übermenschlichen Anstrengungen zur Erhaltung des Friedens [50]). Es war klar, daß Sonnino den Krieg wollte, und so erschien als letzte Rettung, daß man den kriegsfeindlichen Faktoren in Italien zur Regierung verhalf. In der letzten Notlage stellten Macchio und Fürst Bülow ohne vorherige Ermächtigung eine Liste der Konzessionen zusammen, die sie nach ihrer Ansicht Italien anbieten mußten, um es vom Losschlagen zurückzuhalten.

[48]) Rotbuch Nr. 176—177 S. 179.

[49]) Briefe II. Nr. 1057 S. 282.

[50]) Mit welchen Mitteln man Österreich-Ungarn in dieser Zeit bearbeitete, dafür ist die römische Erzberger-Episode ein charakteristisches Beispiel. In der ersten Maihälfte hielt sich nämlich der deutsche Reichstagsabgeordnete Erzberger in Rom auf, wo er die Politik Bülows unterstützte und im Wege seiner weitreichenden Beziehungen versuchte, die Wiener Außenpolitik von Rom aus zu beeinflussen. Seine römischen Aufzeichnungen übergab Erzberger nachher dem ungarischen Fürstprimas Csernoch, und von diesem gelangten sie durch die Vermittlung des Erzbischofs Várady im Juni zu Tisza. (Briefe II. Nr. 1176 S. 382.) Aus den Aufzeichnungen geht hervor, daß zu einer Zeit, als die diplomatische Lage der Monarchie durch die großen Karpathensiege sich wesentlich gebessert hatte, Erzberger mit Wissen Bülows im Wege seiner geistlichen Beziehungen einen Einschüchterungsfeldzug gegen die politische Leitung der Monarchie einleitete, der an Rücksichtslosigkeit wohl beispiellos dasteht. Diese für die nicht immer ganz reibungslosen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und der Monarchie überaus aufschlußreichen Aufzeichnungen sind in den Briefen II. S. 345 ff. in deutscher Sprache veröffentlicht und somit allgemein zugänglich.

Diese Liste ließen die Botschafter im Wege des Heiligen Stuhls an Giolitti und durch diesen an den König gelangen, übersandten sie aber gleichzeitig auch Salandra und Sonnino [51]). Baron Burian war mit diesem eigenmächtigen Vorgehen des Botschafters nicht einverstanden und versuchte, dessen Vorschläge nachträglich einzuschränken [52]), doch Tisza gelang es noch rechtzeitig, dies zu verhindern [53]) und so der italienischen Regierung einen sehr willkommenen Vorwand für den endgültigen Bruch vorwegzunehmen.

Am 14. Mai demissionierte die italienische Regierung, am 16. wurde das Kabinett Salandras wieder betraut. Um diesem die Kriegserklärung wenigstens moralisch zu erschweren, erfolgte auf Drängen Tiszas [54]) am selben Tage das letzte Angebot der Monarchie, das Macchio am 18. Mai Sonnino zur Kenntnis brachte. Von italienischer Seite kam keine Antwort, am 23. aber überreichte Herzog Avarna die Kriegserklärung in Wien.

Damit war dieser Abschnitt der Kriegsdiplomatie der Monarchie zu Ende, und die Feindseligkeiten begannen. Die Monarchie befand sich in einer verhältnismäßig günstigen Lage, da die Entwicklung im Norden und Osten den Erwartungen entsprach, während Rumänien noch im letzten Augenblick von einem aktiven Eingreifen durch die Wendung des Kriegsglücks zurückgehalten wurde. So konnten denn noch rechtzeitig die unbedingt notwendigen Truppen den Italienern entgegengeworfen werden.

Rumänien und der Dreibund bis zur Krise 1914.

Eine Studie auf Grund der großen deutschen Aktenpublikation.

Von Egon Gottschalk.

Der Abschluß der deutschen Aktenpublikation ermöglicht es heute, die Politik der Dreibundmächte, soweit sie von Deutschland beeinflußt wurde, vollständig zu erfassen. Dies ist insbesondere wertvoll für das Verständnis der den Balkanländern gegenüber verfolgten Politik. Um das Verhältnis zwischen dem Dreibund und Rumänien in der Krise von 1914 ganz verstehen zu können, muß man sich die Entwicklung vor Augen halten, die seit seiner Begründung dieses Bündnis genommen hat, ein Bündnis, das

[51]) Chiffre-Telegramm Macchios, 10. Mai 1915. (Briefe II. Nr. 1076a S. 296.)
[52]) Rotbuch Nr. 179 S. 182.
[53]) Briefe II. Nr. 1068 (12. Mai) S. 290.
[54]) Ebenda Nr. 1079 (16. Mai) S. 301.

die Eigentümlichkeit hatte, nicht nur vertraglich geheimgehalten werden zu müssen, sondern das schon in frühen Jahren seines Bestehens angesichts der öffentlichen Meinung Rumäniens und der Stimmung im Lande mit einer wahrhaft peinlichen Ängstlichkeit von dem klugen und dreibundfreundlichen König Karl selbst vor einem Teil seiner Minister geheimgehalten gehalten werden mußte. Aus jenem bekannten Memorandum der österreichischen Regierung über die Lage am Balkan, das dem Handschreiben Kaiser Franz Josephs vom 5. Juli 1914 beigefügt wurde (D. D. I Nr. 14 S. 21 ff. [1]), das in seinen Grundzügen jedoch bereits im Mai 1914 in einer Denkschrift des Freiherrn von Flotow entworfen worden war (vgl. „Große Politik" Bd. 39 S. 513), ist häufig irrig gefolgert worden (Kautsky, Poincaré, Fastrez), daß aus den im Memorandum angestellten Erwägungen über die Koalitionsmöglichkeiten am Balkan und die Erfordernisse der dort zu verfolgenden Politik der Vorschlag eines Präventivkriegs gegen Rußland und Serbien hervorgehe. Wie irrig dieser Schluß ist, ergibt mit außerordentlicher Klarheit Zweck und Entstehung des Bündnisses mit Rumänien.

Zweck und Entstehung des Bündnisvertrages.

Rumänien ist erstmals durch den Geheimvertrag vom 30. Oktober 1883 mit dem Dreibund in Verbindung getreten. Der Vertrag geht auf Bismarcks Anregung zurück und stellt sich in der Form lediglich als Vertrag zwischen Rumänien und Österreich-Ungarn dar, dem auf besonderen Wunsch Rumäniens Deutschland durch eine Akzessionserklärung beitrat. Das vermittelnde Glied zwischen Rumänien und dem Dreibund bildete damit Wien. Für Bismarck wie für König Karl von Rumänien war es Rußland, das eine Anlehnung Rumäniens an den Dreibund als im Interesse beider Länder liegend dringend wünschen ließ. Für Rumänien war es namentlich die Furcht, zwischen dem von Rußland abhängigen slawischen Bulgarien erdrückt und zum russischen Spielball herabgewürdigt zu werden [2]). Bismarck jedoch wollte durch Heranziehen von Balkan-

[1]) Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amtes von Graf M. Montgelas und W. Schücking, 1919, werden im folgenden mit D. D. abgekürzt.

[2]) Bismarck berichtet über die Unterredung mit dem rumänischen Ministerpräsidenten Bratianu am 8. September 1883, daß Bratianu „von der Notwendigkeit überzeugt sei, daß Rumänien nur in der Anlehnung an Österreich resp. Deutschland seine Unabhängigkeit für die Zukunft wahren könne, und daß letztere nur von Rußland gefährdet sei: eine Gefahr, die durch die russischen Übergriffe in Bulgarien besonders grell beleuchtet werde, da Rumänien danach bestimmt scheine, eine Enklave zwischen Rußland und seinen bulgarischen Provinzen zu werden." (Große Politik, Bd. 3 Nr. 585 S. 267.)

staaten an den Dreibund Österreich Rußland gegenüber im Sinne der Erhaltung des Friedens stärken. Von vornherein hatte für Bismarck das Bündnis mit Rumänien eine rein defensive Bedeutung. Ohne den Weg der Verständigung mit Rußland ausschließen zu wollen, sah Bismarck in der Stärkung Österreichs das beste Mittel, die russischen Angriffstendenzen zu dämpfen und damit den Frieden zu sichern. Das Interesse Deutschlands an dem Bündnis mit Rumänien war daher von Anfang an ein sekundäres, abgeleitetes, in erster Linie im Sinne Österreichs gelegenes. Bismarck wollte in der Zielrichtung seines Bündnissystems auch Serbien nicht ausgeschlossen wissen, ein Gedanke, den auch Kaiser Wilhelm II. oftmals bis zum Attentat von Sarajewo vertreten hat, der aber an der antiserbischen Gesinnung Österreichs und der großserbischen Agitation nach der Annektionskrise zum Scheitern verurteilt war. Was Bismarck mit dem österreichisch-ungarisch-rumänischen Bündnis bezweckte, zeigen vor allem seine eigenen Ausführungen. Im Telegramm vom 19. August 1883 an den deutschen Botschafter in Wien regt er das Bündnis an.

„Schon jetzt möchte ich mit Rücksicht auf den Besuch des Königs von Rumänien die Frage vertraulich anregen, ob es nützlich und möglich erscheint, unsere Friedensliga mit Italien auch nach Osten hin zu erweitern und dadurch die Politik von Rumänien, eventuell auch Serbiens und der Pforte, in feste Bahnen zu leiten. Außer Rußland und Frankreich ist in ganz Europa kein Staat, der heutigen Tages nicht für Erhaltung des Friedens interessiert wäre. Die Frage, ob es möglich ist, einer solchen Situation Bürgschaften längerer Dauer zu geben, verdient jedenfalls Prüfung. Den festen Punkt jeder derartigen Kristallisation würde immer unser dauerndes Bündnis zu zweien bilden.“ (Große Politik. Bd. 3 Nr. 583 S. 263.)

Der unbedingte Defensivcharakter des Bündnisses mit Rumänien kommt auch in dem weiteren Schreiben Bismarcks an den deutschen Botschafter in Wien vom 15. September 1883 zum Ausdruck:

„Jedenfalls wird man in der Fassung eines etwaigen Abkommens die Vorsicht anwenden müssen, die defensive Erhaltung des Friedens als Bündniszweck auf das stärkste zu akzentuieren und die gegenseitige Zusage der kontrahierenden Mächte aufzunehmen, daß sie sich jeder Provokation, welche den Frieden stören könnte, gegen jede andere Macht enthalten werden, und sich nicht zur Erreichung von Vorteilen, sondern behufs Erhaltung des Friedens verbinden.“ (Große Politik, Bd. 3 Nr. 586 S. 268.)

Bereits zu jener Zeit des ersten Vertragschlusses zwischen Österreich und Rumänien spielte die Frage der österreichischen Rumänen Siebenbürgens und die unbefriedigende Behandlung Rumäniens durch Österreich eine gewisse, wenn auch nicht aus-

schlaggebende Rolle[3]). Daß die Frage der rumänischen Irredenta in Ungarn schließlich zum innerlichen Verfall des österreichisch-rumänischen Bündnisses geführt hat, zeigt die Entwicklungsgeschichte dieses Bündnisses mit auffallender Schärfe von Vertragserneuerung zu Vertragserneuerung bis zur Krise von 1914. Über die Stärke der französischen und russischen Gegenbestrebungen in Rumänien war sich Bismarck nicht im Unklaren. In der erwähnten Aufzeichnung vom 8. September 1883 führte Bismarck mit dem ihm eigenen Weitblick aus:

„Nach Bratianus Worten könnte also unsere defensive Friedensliga über die Kräfte Rumäniens im Falle eines russischen Angriffs verfügen, und mit diesem Lande ein noch wirksameres Bündnis wie mit Italien abschließen. Was mir nicht gefällt, ist, daß Bratianu zunächst von Aix nach Paris geht, wie er angab, um seinen Sohn dort erziehen zu lassen. Schon daß er dies tut, ist charakteristisch . . . ich glaube nicht, daß wir wohl tun würden, uns einem Abschluß mit Rumänien, wenn wir ihn in annehmbarer Gestalt haben können, zu versagen. Wir würden damit des Königs Karl, solange er regiert, gewiß sein, aber ungewiß, ob die Elemente der französischen Umsturzpartei in jenem Lande nicht schließlich stärker sind als der König."

Die spätere Entwicklung hat Bismarck recht gegeben. Bratianus Sohn, in der Krise von 1914 selbst Ministerpräsident, hat seine französischen Sympathien nie ganz verleugnen können. (Über damalige russische Machinationen in Rumänien vgl. Große Politik Bd. 3 S. 595.)

Die Vertragserneuerungen bis zur Balkankrise 1913.

Am 25. Juli 1892 ist der geheime Bündnisvertrag zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien erneuert worden, nachdem Italien am 15. Mai 1888 durch Akzessionserklärung dem Bündnis beigetreten war. Der Abschluß bot beträchtliche Schwierigkeiten, da König Karl sich sehr schwer entschloß, Männer der am Ruder befindlichen konservativen Regierung, wie Florescu, Catargi oder Vernescu, in das Geheimnis einzuweihen, „deren Mitwirkung nicht zu erwarten ist und von denen einige kaum das Geheimnis Rußland gegenüber bewahren dürften". (G. P. Bd. 7 Nr. 1468.) Der wunde Punkt in den Beziehungen Rumäniens zum Dreibund war nach wie vor die rumänische Irredenta in Siebenbürgen. Die Magyarisierungspolitik der ungarischen Regierung warf schon zu dieser Zeit schwere Schatten auf die Dreibundfreundlichkeit Rumäniens. Stärker jedoch wie das Echo der Klagen aus Siebenbürgen war noch die Furcht vor Rußland. Bereits zu jener Zeit

[3]) Vgl. Große Politik Bd. 3 Nr. 585 S. 266.

weist von Bülow, damals deutscher Gesandter in Bukarest, den österreichischen Außenminister Grafen Kálnoky auf „die nachteiligen Folgen“ hin, „welche ein unfreundliches Verhalten der Magyaren gegen die siebenbürgischen Rumänen für die Haltung des Königs Karl wie für die Orientierung der auswärtigen Politik des rumänischen Königreichs nach sich ziehe“ [4]). Auch Reichskanzler Caprivi betonte die Heikelkeit dieser Lage.

„Die fernere Entwicklung der österreichisch-ungarisch-rumänischen Beziehungen liegt demnach lediglich in der Hand von Österreich-Ungarn oder vielmehr in der Hand von Ungarn als Bestandteil der Gesamtmonarchie [5]).“

Der eigentliche Anziehungspunkt an den Dreibund war für Rumänien daher von Anfang an weniger Österreich-Ungarn als Deutschland. Auf den Einwand des deutschen Gesandten in Bukarest von Bülow, daß es sich im Grunde doch nur um ein rumänisch-österreichisches Abkommen handle, bei welchem Deutschland mehr als wohlwollender Zuschauer beteiligt wäre, entgegnete König Karl mit Lebhaftigkeit: „Wenn es sich um einen lediglich rumänisch-österreichischen Vertrag handelte, würde kein Rumäne denselben unterschreiben; der künftige Beitritt Deutschlands ermöglicht erst den Vertrag und gibt demselben in meinen Augen wie in den Augen meiner Minister erst seinen wahren Wert.“ „Deutschland ist der Führer wie es der Begründer des Dreibunds ist“, beginnt Graf Sturdza zwei sehr beachtliche Aufzeichnungen über die rumänisch-magyarischen Differenzen vom Oktober 1893, die für jene Zeit ein ausgezeichnetes Bild der siebenbürgischen Frage geben und auch die Gefahren aufzeigen, deren richtige Voraussicht die Zukunft leider bestätigt hat (vgl. Große Politik, Bd. 7, Nr. 1488 S. 187).

Am 28. April 1902 ist der österreichisch-rumänische Vertrag wieder erneuert worden. Damals wünschte Rumänien in der Form des Bündnisvertrages Gleichberechtigung, also Umgestaltung des Dreibundes zum Vierbund, was jedoch Deutschland ablehnte (vgl. G. P. Bd. 18 Nr. 5798). Eine Veröffentlichung des Vertrages bezeichnete der damalige deutsche Gesandte in Bukarest von Kiderlen-Wächter als unheilvoll angesichts der dann von Rußland gegen Rumänien zu erwartenden Schikanen. Es muß festgehalten werden, daß gerade zu jener Zeit die österreichische Politik durchaus rumänenfreundlich war (vgl. G. P. Bd. 18 Nr. 5809).

---

[4]) Schreiben an den Reichskanzler Caprivi vom 4. August 1891. (Große Politik Bd. 7 Nr. 1471.)

[5]) Schreiben vom 26. März 1891. (Große Politik Bd. 7. Nr. 1469.)

Mit Zuspitzung der Lage auf dem Balkan, insbesondere zur Zeit des Zusammenschlusses Bulgariens mit Serbien zum Balkanbund, treten zwischen Österreich und Rumänien die Kompensationsbestrebungen des letzteren nach bulgarischer Seite hin. In Rumänien machte sich eine ausgesprochene Furcht vor Bulgarien mehr und mehr bemerkbar (vgl. G. P. Bd. 27 Nr. 9761). Schon am 7. August 1909 berichtet von Kiderlen an den Reichskanzler von Bethmann-Hollweg aus Bukarest, daß der jetzige Ministerpräsident Bratianu (Sohn des oben erwähnten langjährigen rumänischen Ministerpräsidenten), als er von König Karl in den geheimem Vertrag eingeweiht wurde, „sichtlich betroffen" und nicht frei von Bedenken gewesen sei. Im Falle des damals drohenden bulgarisch-türkischen Konflikts beabsichtigte Rumänien, gegen Bulgarien loszuschlagen, um eine Gebietserweiterung in der Linie Varna—Ruschtschuk zu erreichen. Da dieser Landstrich ausschließlich mit Bulgaren bevölkert ist, befürchtete Kiderlen davon eher eine Schwächung als eine Stärkung der Macht und Stellung Rumäniens. Schon damals befürchtete Rumänien geheime Abmachungen Österreichs mit Bulgarien (G. P. Bd. 27 Nr. 9768). Rumänien betrachtete eine Vergrößerung und einen Prestigezuwachs Bulgariens ohne Kompensation für Rumänien als untragbar. Daneben sind schon 1909 die Russen an der Arbeit, Rumänien für sich zu gewinnen und die Differenzen mit Österreich auszubeuten. Vgl. namentlich G. P. Bd. 27, Nr. 9796 S. 224.

Weiterentwicklung bis zur Petersburger Konferenz.

Den Ausschlag für das endgültige Zerwürfnis der öffentlichen Meinung Rumäniens mit Österreich-Ungarn gab das Jahr 1913. Unter Außerachtlassen wesentlicher psychologischer Momente operierte die österreichische Diplomatie Rumänien gegenüber recht unglücklich. Dieser Vorwurf ist ihr nicht zu ersparen. Österreich wollte, im wesentlichen aus seiner Antipathie gegen Serbien heraus, Bulgariens Annäherung an den Dreibund durch eine bulgarisch-rumänische Verständigung erzielen, ein Ziel, das, mit unzureichenden Mitteln unternommen, nicht erreicht werden konnte, Rumänien jedoch auf das tiefste kränkte und für den Nationalitätenzwist in Ungarn nur um so empfindlicher machte. Österreich spielte hiermit Rußlands Spiel, das hinter Bulgarien stand, gleichzeitig aber auch um die Freundschaft Rumäniens warb. Rumänien forderte von Bulgarien die Abtretung der Linie Silistria—Balcik und verlangte Unterstützung durch den Dreibund. (G. P. Bd. 34

Nr. 12 809.) Rückhaltlos stellte sich die deutsche Diplomatie hinter Rumänien. Man erkannte in Berlin, daß es sich um ein vitales rumänisches Interesse handelte und der Augenblick zum Handeln außerordentlich günstig war. „Im parlamentarisch regierten Rumänien kann der Volkswille nicht auf die Dauer ignoriert werden, und dieser drängt die Regierung zum energischen Handeln" (von Jagow an den deutschen Botschafter in London, Fürst von Lichnowsky, am 9. Februar 1913; G. P. Bd. 34 Nr. 12 810). Insbesondere von Österreich erwartete Rumänien tatkräftigste Unterstützung seiner territorialen Kompensationsforderungen, war doch der Bündnisvertrag am 5. Februar 1913 erneut abgeschlossen worden (deutsche Akzessionserklärung am 26. Februar, italienische am 5. März 1913). Diese Probe bestand das österreichisch-rumänische Verhältnis nicht. Am 11. Februar 1913 telegraphiert der deutsche Gesandte in Bukarest, Herr von Waldthausen, an das Auswärtige Amt:

„Herr Carp, früherer Chef konservativer Partei, redet offen für Krieg, hat Grafen Waldburg gesagt, wenn Österreich Rumänien nicht unterstütze, müsse letzteres Anschluß an Rußland suchen, und könnte statt Dobrudscha Kompensation in Siebenbürgen in Frage kommen. Vorgestern Volksversammlung der Kulturliga mit kriegerischer Demonstration vor königlichem Palais . . ." (G. P. Bd. 34 Nr. 12 830.)

Die Unterstützungsbereitschaft des österreichischen Außenministers, des Grafen Berchtold, war jedoch eine ziemlich verklausulierte und lediglich diplomatische. „Den rumänischen Standpunkt manu militari durchzusetzen" erklärte Graf Berchtold „als eine Aufgabe, bei der das Ziel in keinem Verhältnis zu den Kosten steht." [6]) Demgegenüber vertrat der österreichische Generalstabschef Conrad von Hötzendorf die Ansicht, daß Österreich „klar und offen rückhaltlos" auf der Seite Rumäniens stehen und dies entschieden deklarieren und dokumentieren müsse.[7]) Die Lage in Bukarest war in jenen Tagen außerordentlich kritisch und drängte dem Kriege zu (vgl. G. P. Bd. 34 Nr. 12 854 und 12 855). Kriegspartei und Volksstimmung verlangten Losschlagen gegen Bulgarien. Rußland verhielt sich zunächst abwartend neutral (vgl. hierzu G. P. Bd. 34 Nr. 12 880, 12 899). Am 21. Februar 1913 nahm Rumänien den Vorschlag der englischen Regierung einer Vermittlung der Großmächte im rumänisch-bulgarischen Konflikt an. Die Botschafter der Großmächte traten zu diesem Zweck in St. Petersburg als Konferenzort zusammen.

---

[6]) Schreiben vom 8. Februar 1913 in Feldmarschall Conrad „Aus meiner Dienstzeit", III, S. 113 ff.

[7]) Conrad a. a. O. III, S. 140 f.

Die Petersburger Konferenz.

Der deutsche Standpunkt auf der Petersburger Konferenz kennzeichnet sich durch das unbedingte Eintreten für die Zuteilung der Stadt Silistria und einiger von Rumänien geforderter Landstriche am Schwarzen Meer an Rumänien (G. P. Bd. 34 Nr. 12 902). Dagegen war der russische Außenminister Sasonow „von dem Standpunkt nicht abzubringen, daß eine Abtretung der Stadt Silistria der Eigenliebe Bulgariens nicht zugemutet werden könne", selbst wenn Krieg oder Frieden davon abhängig sei (G. P. Bd. 34, Nr. 12 918). Die eigentümliche Stellungnahme Österreichs kam zunächst schon darin zum Ausdruck, daß Graf Berchtold anregte, den Bulgaren, um ihnen den Verzicht auf Silistria zu erleichtern, Saloniki zu versprechen, auf das bereits die Griechen Anspruch erhoben, eine Politik, die von Deutschland sofort mit Recht mißbilligt wurde (G. P. Bd. 34 Nr. 12 926). Die Fehler der österreichischen Politik wurden von Anfang an von Deutschland in ihrer ganzen Tragweite für die Zukunft erkannt. Hierüber geben die deutschen Akten immer wieder Zeugnis. Am 5. März 1913 berichtete der deutsche Gesandte in Wien, von Tschirschky, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg u. a.:

„Der Kernpunkt der ganzen Frage dürfte darin liegen, daß man eben hier mit allen Mitteln versucht, Bulgarien für sich zu gewinnen, und es als oberstes Ziel der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik betrachtet, Bulgarien und Rumänien zusammen an den Dreibund heranzubringen. Ich habe schon seit Oktober, als ich in Budapest war und das erste Mal die Mission Conrad von Hötzendorfs nach Bukarest in Frage stand, die damals mit Rücksicht auf den möglicherweise ungünstigen Eindruck, der durch sie in Sofia hervorgerufen werden könnte, unterblieb, den Minister davor gewarnt, de chasser deux lièvres, weil man dann erfahrungsgemäß weder den einen noch den anderen mit nach Hause bringe. Das ganze Auswärtige Ministerium ist aber, wie ich mich auch durch zahlreiche Gespräche mit den Sektionschefs überzeugen konnte, vollkommen von dem Gedanken beherrscht, Bulgarien zu gewinnen. Graf Berchtold entwickelte auch heute wieder mit Eifer den Gedanken, Bulgarien sei der einzige Balkanstaat, mit dem die Monarchie keine widerstreitenden Interessen habe. Bulgarien sei das gegebene Gegengewicht gegenüber Rußland am Balkan, und Österreich-Ungarn müsse alles tun, um es aus dem russischen Einfluß loszulösen ... Ich habe sodann die obige Bemerkung des Ministers, daß Österreich schon wegen seiner eigenen Slawen gezwungen sei, wenigstens mit einer slawischen Balkannation gut zu stehen, benutzt, um ganz beiläufig den Gedanken hinzuwerfen, ob es sich nicht gerade aus diesem Gesichtspunkte heraus empfehlen würde, Serbien dafür auszuwählen ... Der Minister meinte, der Gedanke sei gewiß sehr beherzigenswert. Er fürchte nur, er sei praktisch nicht ausführbar. Serbien sei und bleibe auch nach seiner jetzigen Vergrößerung zu schwach, um gegenüber seinen Nachbarn auf eigenen Füßen stehen zu können, wie dies in

Zukunft hoffentlich bei Bulgarien möglich sein werde. Serbien werde nicht die Kraft finden, sich aus der russischen Umarmung loszulösen, es werde stets ein Exponent des russischen Einflusses bleiben . . . Ich führte demgegenüber aus, daß, wie mir schiene, gerade die zwischen Serbien und Bulgarien bestehenden Reibungsflächen und das Fehlen solcher zwischen Serbien und Rumänien darauf hinwiesen, eher einen Zusammenschluß der beiden letztgenannten Staaten als Gegengewicht gegenüber dem vielleicht allzu mächtigen Bulgarien anzustreben. Dies würde auch den Serben und Rumänen innerhalb der Monarchie sympathisch sein."

Bemerkenswert zu diesem Aktenstück ist die Schlußbemerkung des deutschen Kaisers:

„Ich bin nach wie vor der Ansicht, daß die Combination Serbien, Rumänien, Griechenland unter Österreichs Führung die natürlichere und bessere ist, weil sich auch an sie die Türkei lieber anschließen wird wie an eine Bulgarische. Dann hätte Österreich einen präponderierenden Einfluß auf mindestens 3 slawische Balkanländer, die unter seiner Ägide zu eisernem Ring um Bulgarien gelegt werden könnten. Solchem Druck könnte Sofia auf die Dauer nicht widerstehen, und es würde doch allmählich von selbst sich heranfinden, wenn ihm Rußlands bevormundende Freundschaft zu viel wird. Immerhin ist durch das Bündnis Österreich-Serbien-Griechenland-Rumänien die gefürchtete Allslawische Welle gründlich getheilt. Während auf die von Berchtold beabsichtigte Weise, alle Slawen Rußlands in die Arme mit Kunst und Gewalt getrieben werden." (G. P. Bd. 34 Nr. 12 937.)

Für die österreichische Politik in der rumänisch-bulgarischen Angelegenheit ist besonders der Briefwechsel zwischen Graf Berchtold und Staatssekretär von Jagow vom 13. und 23. März 1913 charakteristisch. Die Grundverschiedenheit der gegenseitigen Auffassungen über die Rumänien und Bulgarien gegenüber zu befolgende Politik kommt hier klar zum Ausdruck [8]). Trotz der

[8]) Aus dem Schreiben des Grafen Berchtold verdienen folgende Sätze hervorgehoben zu werden: „Vom Standpunkt der Zentralmächte nicht minder bedenklich wäre die Befriedigung der rumänischen Wünsche ohne entsprechende Kompensation für Bulgarien . . . Gelingt es, Rumänien und Bulgarien unter einen Hut zu bringen, so wird Rumänien, Bulgarien und die Türkei die Kette bilden, welche dem Vordringen des rusisschen Einflusses nach dem Westen den Weg versperrt, wobei das einer hoffnungsreichen Zukunft entgegengehende Bulgarien überdies einen wertvollen Faktor für die auf Erhaltung des asiatischen Besitzstandes der Türkei gerichteten Bestrebungen des Dreibundes bilden wird. Vom Standpunkt Österreich-Ungarns wäre das Mißlingen der Bemühungen zur Erzielung eines rumänisch-bulgarischen Ausgleichs besonders empfindlich, da Österreich-Ungarn durch die Verhältnisse auf die Pflege guter Beziehungen zu Bulgarien gewiesen ist." (G. P. 34, Nr. 12 969.) Jagow lehnte diese Ansicht ab. „Ich bin mit Ihnen der Ansicht, daß Rumänien nach wie vor für unsere Konstellation einen wichtigen Faktor bildet und wir auch unbedingt versuchen müssen, diesen Staat am Dreibund festzu-

deutschen Warnungen kennzeichnete sich die österreichische Politik auf der Petersburger Konferenz durch das Bestreben, neben der Unterstützung der Forderungen Rumäniens gleichzeitig das Interesse Bulgariens wahrzunehmen. Dementsprechend lauteten die Instruktionen Graf Berchtolds an Graf Thurn, den österreichischen Botschafter in St. Petersburg (vgl. namentlich G. P. 34, Nr. 13 144). Der österreichische Botschafter bestand daher weisungsgemäß auf territoriale Kompensationen für Bulgarien (G. P. 34, Nr. 13 146). Graf Pourtalès berichtet am 12. April 1913 an Bethmann-Hollweg:

„Endlich darf ich nicht verschweigen, daß die meinem österreichisch-ungarischen Kollegen zugegangenen Instruktionen ebenfalls nicht immer geeignet waren, die Aufgabe der Dreibundvertreter zu erleichtern. Ich erkenne zwar gern an, daß Graf Thurn mich in loyalster Weise unterstützt hat. Er mußte aber weisungsgemäß auch mit derselben Wärme Kompensationen an Bulgarien, wie Saloniki und Samothraki, befürworten. Dies führte natürlich dazu, daß ein großer Teil seiner Plädoyers dem Eintreten für diese Kompensationen gewidmet war und er also einen großen Teil seines Pulvers für diesen Zweck verschoß." (G. P. 34, Nr. 13 156, ferner auch Nr. 13 158.)

Auch der deutsche Botschafter in Wien wies Graf Berchthold darauf hin, daß in Bukarest die Verstimmung gegen Wien wachsen müsse, „wenn man sehe, daß man hier auf die Beziehungen zu Bulgarien gleichen Wert lege wie auf diejenigen zu Rumänien, das allezeit fest zu uns gehalten habe" (G. P. 34, Nr. 13 163). Sasonow nützte die Gelegenheit aus, die an sich gereizte Stimmung der Rumänen, verstärkt durch irredentistische Strömungen, noch weiter gegen Österreich aufzuhetzen. Die für Rumänien erreichten Erfolge wurden mit sichtlichem Bemühen auf russisches beziehungsweise französisches Eintreten für Rumänien hingestellt, während trotz der Verpflichtung zur Geheimhaltung die Vorgänge und Beschlüsse auf der Petersburger Konferenz in Bukarest unverzüglich hinterbracht wurden, um Rumänien vom Dreibund loszulösen. Auf diese geschickte Ausnutzung der österreicischen Fehlgriffe durch Rußland und Frankreich ist noch besonders zurückzukommen. Die Petersburger Konferenz endete mit der Abtretung von Silistria an Rumänien, ohne jedoch weitergehende Wünsche Rumäniens zu befriedigen. (G. P. 34, Nr. 13 167, 13 173.)

---

halten . . . . Dagegen verspreche ich mir von der Aussicht, Bulgarien für unser System zu gewinnen, vorderhand sehr wenig. König Ferdinand ist, wie Sie selbst sagen, durchaus unzuverlässig, die Leute, die ihn umgeben, und vielleicht er selbst sind zudem zu fest mit goldenen Ketten an Frankreich geschmiedet, das jetzige Ministerium durchaus russenfreundlich . . ." (G. P. 34 Nr. 13 012.)

Auswirkungen der Petersburger Konferenz, der Krieg gegen Bulgarien.

Bereits am 26. April 1913 berichtete der deutsche Gesandte aus Bukarest:

„Hier herrscht weitgehende Unzufriedenheit, daß in St. Petersburg, wie man annimmt, lediglich Silistria mit drei Kilometern und nichts am Schwarzen Meer bewilligt wurde." (G. P. 34 Nr. 13 213.)

Tatsächlich waren trotz aller Anstrengungen der Dreibundvertreter von den Vertretern der Tripelentente keine weiteren territorialen Kompensationen zu erreichen gewesen. Die deutschen Akten ergeben, daß Deutschland wiederholt mit aller Schärfe die rumänischen Wünsche durchzusetzen gesucht hat. Die Stimmung für einen Krieg gegen Bulgarien begann sich in Rumänien mächtig zu stärken. Trotzdem setzte Graf Berchtold seine bulgarophile Politik fort. (G. P. Bd. 34 Nr. 13 291.) Die unheilvollen Folgen dieser Politik in Rumänien zeigen die zahlreichen Berichte der deutschen Diplomaten. Die Lage wurde von der deutschen Regierung in ihrer ganzen Gefahr erkannt. Am 11. Mai 1913 zeichnet von Jagow auf:

„In weiten Kreisen Rumäniens besteht ein Gefühl der Enttäuschung, ja der Erbitterung über das Ergebnis der Petersburger Konferenzen. Die Haltung der k. und k. Regierung bei diesen Konferenzen, bei denen sie sich fast ebenso sehr für die Interessen Bulgariens wie für diejenigen Rumäniens bemühte, ist in Bukarest bekanntgeworden und hat nach unseren Nachrichten dort ein tiefes Mißtrauen hervorgerufen. Die russische Diplomatie ist bereits mit allen Kräften an der Arbeit, diese Situation auszunutzen und Rumänien dem Dreibund zu entfremden. Ein entschiedenes Eintreten des Dreibundes für Bulgarien würde diesen Bestrebungen schließlich zum Erfolge verhelfen. Wir verlören damit einen sicheren Bundesgenossen für einen unsicheren Kantonisten." (G. P. 34 Nr. 13 292 S. 826; über die Verstimmung in Bukarest vgl. Nr. 13 308.)

Vor allem war Österreich gegen einen Zusammenschluß Rumäniens mit Griechenland und Serbien gegen Bulgarien aus Rücksicht auf seine Stellung gegen Serbien. Obwohl Deutschland die von Österreich daher gewünschte Warnung in Bukarest unterstützen ließ, teilte von Jagow dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin mit, für Rumänien und seine Forderungen sei ein serbo-bulgarischer Konflikt ein entscheidener Moment. (G. P. 35 Nr. 13 348.)

Ähnlich berichtete von Jagow auch an den deutschen Gesandten in Wien am 26. Juni 1913:

„Gegen Österreichs bulgarenfreundliche Politik herrscht in Rumänien und selbst an höchster dortiger Stelle eine weitgehende Verstimmung, und wenn wir auch fortfahren, uns mit den österreichischen Ratschlägen zu identifizieren, würden wir damit meines Erachtens nur erreichen, daß Rumänien sich vollends von uns ab- und Rußland zuwendet. Wir würden damit der Stellung des Dreibundes also nur einen schlechten Dienst erweisen . . . Man kann von Rumänien nicht verlangen, daß es seine eigenen vitalen Interessen lediglich der österreichisch-serbischen Feindschaft unterordnet." (G. P. 35, Nr. 13 423, vgl. auch G. P. 35 Nr. 13 428.)

Im gleichen Sinn auch die Instruktion Zimmermanns (stellvertretender Staatssekretär im Auwärtigen Amt) an den deutschen Gesandten in Wien vom 6. Juli 1913. In bezug auf Rumänien: „Lassen wir es fahren, so jagen wir es Rußland in die Arme zugunsten der Chimäre einer Freundschaft mit Bulgarien." (G. P. Bl. 35 Nr. 13 490.) König Karl erklärte offen dem deutschen Gesandten in Bukarest, in Rumänien habe man für Deutschland große Sympathie, gegen Österreich aber leider Antipathie. (G. P. Bd. 35 Nr. 13 403.) Während dieser bedauerlichen Differenz zwischen der österreichischen und deutschen Diplomatie spitzte sich die Lage in Rumänien immer mehr dem Kriege zu. Anfang Juni erklärte Rumänien, bei einer eventuellen Verschlimmerung der Lage auf dem Balkan nicht indifferent bleiben zu können. Sasonow ließ in Sofia wissen, daß Rußland eine Intervention Rumäniens zulassen und sich nicht rühren werde (G. P. Bd. 35 Nr. 13 423), ließ also zugunsten Rumäniens Bulgarien fallen. Am 3. Juli 1913 mobilisierte Rumänien. Die Rumänen marschierten, ohne Widerstand zu finden, in Bulgarien ein.[9])

Der Bukarester Frieden und seine Revision.

Die Friedensverhandlungen zwischen Rumänien, Griechenland und Serbien einerseits, Bulgarien andererseits, begannen am 30. Juli 1913 in Bukarest. (Vgl. G. P. Nr. 13 691, 13 692, 13 694.)

[9]) Gegen die Befürchtungen Graf Berchtolds vor einer Vergrößerung Serbiens, die nach seiner Ansicht möglicherweise das bewaffnete Eingreifen Österreichs in die Balkankrise erforderlich machte (vgl. den Bericht von Tschirschkys vom 4. Juli 1913, G. P. 35 Nr. 13 483, auch Graf Montgelas, „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage" S. 61 f.), und vor einem Wiederaufleben des Balkanbundes hat der deutsche Gesandte in Wien von Tschirschky stets in mäßigendem Sinne einzuwirken gesucht. Es findet sich in den deutschen Akten nirgends ein Beweis dafür, daß Tschirschky jemals kriegerische Tendenzen der österreichischen Politik unterstützt oder in irgendwelcher Form gefördert hat. Die deutsche Politik zeigte vielmehr das stete Bestreben, Österreich vor schwerwiegenden politischen Fehlern auf dem Balkan zurückzuhalten, um die russisch-französische Einkreisung nach Möglichkeit zu verhindern.

Leider ergaben sich auch bei den Bukarester Friedenverhandlungen erneut Differenzen innerhalb der Dreibundpolitik, die von nachteiliger Wirkung waren. Auf den Friedensverhandlungen spielte das Schicksal der Stadt Kawala eine für die Dreibundpolitik nicht sehr glückliche Rolle. Während Deutschland und Frankreich für Überlassung Kawalas an Griechenland eintraten, Frankreich „aus der Befürchtung heraus, daß Deutschland das Übergewicht in Athen gewinnt" (der französische Außenminister Pichon an Iswolski, Stieve, Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, III S. 208), hatten Österreich und Rußland Kawala den Bulgaren versprochen. Die Unwilligkeit, die über das gesonderte Vorgehen Österreichs bezüglich Kawalas in Berlin herrschte, geht aus dem Bericht Jagows an den deutschen Gesandten in Wien vom 1. August 1913 hervor:

„Wenn Rußland jetzt eine andere Stellung einnimmt, so ist das wegen seiner Protektorrolle über Bulgarien und vielleicht auch wegen seiner weiteren Pläne bezüglich Kawalas nicht zu verwundern. Um so mehr muß es mich aber erstaunen, daß der Widerstand nunmehr von Wien kommt." (G. P. Bd. 35 Nr. 13 700.)

Dieser „Wettlauf zwischen Wien und St. Petersburg um Bulgariens Gunst" (Zimmermann an Tschirschky am 5. August 1913) ergab nicht nur eine unliebsame Divergenz der grundlegenden Anschauungen der leitenden Dreibunddiplomaten, sondern war dazu angetan, Rumänien noch mehr dem Dreibund zu entfremden. Nicht mehr Österreich, der vertraglich unmittelbare Bundesgenosse Rumäniens, sondern Deutschland war es, das allein noch Rumänien auf kurze Zeit dem Dreibund erhielt.[10]) Am 7. August 1913 wurde der Bukarester Friede geschlossen, der Kawala an Griechenland brachte. Österreich-Ungarn und Rußland waren die einzigen Mächte, die sich die Revision der getroffenen Vereinbarungen ausdrücklich vorbehielten. Anläßlich des Friedensschlusses kam es zu einem sehr herzlichen Telegrammwechsel zwischen König Karl von Rumänien und Kaiser Wilhelm II. Aus dem Telegrammwechsel ging mit aller Klarheit hervor, daß Deutschland den Frieden als definitiven betrachtet wissen wollte und den Gedanken einer Revision a limine ablehnte. Deutschland stand auf dem Standpunkt, daß den Wiener Absichten auf Revision des Bukarester Friedens nach Möglichkeit entgegengearbeitet werden müßte.[11]) diente die Veröffentlichung des Telegrammwechsels, die am

[10]) Über den Kawalakonflikt s. namentlich: G. P. Bd. 35 Nr. 13 702, 13 703, 13 706, 13 708, 13 709, 13 713.

[11]) Den Telegrammwechsel zwischen König Karl und Kaiser Wilhelm II. s. G. P. Bd. 35 Nr. 13 732—13 735.

10. August durch Wolffs telegraphischem Bureau auf Wunsch Kaiser Wilhelms II. erfolgte, in Wien außerordentlich verstimmte, aber die verhängnisvollen Revisionsbestrebungen wirklich dämpfte. Die Instruktion an den deutschen Gesandten in Wien vom 9. August 1913 lautete:

„Die in Bukarest mühsam erzielte Einigung zwischen den Balkanstaaten und Rumänien darf unseres Erachtens nicht gefährdet werden. Jeder Eingriff der Großmächte würde zu den ernstesten Bedenken Anlaß geben." (G. P. Bd. 35 Nr. 13 741.)

Nicht ohne Schwierigkeiten gelang es Deutschlands energischem Auftreten in Wien, Graf Berchtold von dem Gedanken einer Revision des Bukarester Friedens abzubringen. Noch am 12. August 1913 erklärte er dem deutschen Gesandten in Wien, daß er den Gedanken nicht los werde, „daß der nächste Krieg — nach Erholung der Balkanstaaten — von seiten Rumäniens, das jetzt im Süden saturiert sei, nach Norden zur Befreiung der ungarischen Rumänen, seitens Serbiens nach Westen zur Befreiung der österreichischen Serben gemeinsam geführt würde. Serbien werde aber in einigen Jahren 500 000 Soldaten haben. Rumänien scheine sich auf eine Schaukelpolitik zwischen Dreibund und Rußland einzurichten. Ihm, dem Minister, erscheine die Zukunft der Monarchie in trübem Lichte. Um so mehr müsse er jetzt auf dem Recht Österreich-Ungarns bestehen, eine Revision des Balkanfriedens anzumelden." (G. P. Bd. 35 Nr. 13 749.)

Wenn die Entwicklung Graf Berchtold recht gegeben hat, so war es gerade seine Politik, die endgültig im Jahre 1913 die rumänische Freundschaft verscherzt hat. Ein vielleicht aber noch viel schwerer ins Gewicht fallender Punkt war die verhängnisvolle Rumänenpolitik der ungarischen Regierung, die mehr und mehr in Rumänien Haß gegen Ungarn erzeugte. Hier hat sich die österreichische Regierung Ungarn gegenüber als zu schwach und zu nachgiebig gezeigt. Eine gesunde Minderheitenpolitik hätte niemals die irredentistischen Bestrebungen so stark werden lassen. Die anwachsende Erbitterung in Rumänien über die Drangsalierung der siebenbürgischen Rumänen durch die Magyaren und die bulgarophile Politik Österreichs während der Balkankrise, das kam alles zusammen und wurde von Rußland und Frankreich bis zur offenen Feindschaft geschürt. Im Herbst 1913 war die innerliche Trennung Rumäniens von Österreich tatsächlich vollzogen. Sasonow war mit den Worten Iswolskis ein politisches Meisterstück gelungen. Gleichzeitig mit der Entfremdung Rumäniens vom Dreibund be-

gannen Rußland und Frankreich mit allen Kräften Rumänien zu umwerben, um Rumänien zur Tripelentente hinüberzuziehen.[12])

Dreibund oder Tripelentente? Bündnissondierungen nach dem Bukarester Frieden.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Bündnissondierungen der Balkanstaaten untereinander und das Ziel ihrer Annäherung. Die Tendenz zur Annäherung an die Tripelentente zur Einkreisung Österreich-Ungarns wird seit Ende 1913 deutlich fühlbar. Im November 1913 setzte sich der später als Deutschenhetzer berüchtigte rumänische Minister Take Jonescu für eine Verständigung zwischen der Türkei und Griechenland ein, wo noch immer die ungelöste Inselfrage die beiden Länder trennte. Die Anstrengungen Take Jonescus schienen von vorübergehendem Erfolg begleitet zu sein. Gleichzeitig gab Rumänien durch Take Jonescu in Athen die formelle Versicherung ab, daß Rumänien einen durch bulgarisches Gebiet erfolgenden Angriff auf Griechenland als casus belli ansehen würde. (G. P. Bd. 36 Nr. 13 891.) Ohne sich direkt für eine Anlehnung an Dreibund oder Tripelentente auszusprechen, machten die Annäherungsbestrebungen zwischen Rumänien, Griechenland und der Türkei Fortschritte. Dazu kommt, daß auch zwischen Serbien, Griechenland und Rumänien eine engere Fühlungnahme stattfand, die angesichts der großserbischen Bewegung ebenso gut gegen Österreich als gegen andere Balkanstaaten gerichtet sein konnte. Die Besorgnisse in Wien entbehrten hier nicht ihres inneren Grundes und man kann den Optimismus Kaiser Wilhelms II. nicht teilen, der zu jener Zeit die Ausgleichung des österreichisch-serbischen Gegensatzes noch für möglich hielt. Dies ist nach dem uns jetzt bekannten Material über die großserbischen Geheimorganisationen, die Narodna Odbrana und die Schwarze Hand für die Zeit nach der bosnischen Krise zu verneinen. Über

[12]) Bemerkenswert ist auch die Stellungnahme Kaiser Wilhelms II., wie sie in dem Schreiben an das Auswärtige Amt vom 16. August 1913 Ausdruck fand. „Österreich, das bisher zwischen Dreibund und Rumänien als Bindeglied gedient hatte, versagte in dieser wichtigen Bundespflicht, indem es sich in starrer Befolgung seiner falschen Serbenpolitik dazu verleiten ließ, mit Sofia so nahe Fühlung zu nehmen, daß die traditionellen Beziehungen zu Bukarest in kritischer Zeit notwendig leiden mußten. Der Augenblick für einen solchen Fehler war um so schlechter gewählt, weil Rußland und Frankreich zur gleichen Zeit augenscheinlich ihre Anstrengungen verdoppelten, um in Rumänien für die Entente zuungunsten des Dreibundes Boden zu gewinnen. Ich mußte also namens des Dreibundes diesen Fehler gutzumachen suchen, selbst auf die Gefahr hin, Österreich vorübergehend zu verstimmen." (G. P. Bd. 36 Nr. 13781 S. 28.)

den serbisch-griechisch-rumänischen Bund urteilte daher auch Graf Berchtold dem deutschen Gesandten in Wien gegenüber am 22. August 1913, „der ganze Bund habe nur einen Sinn, wenn er sowohl Serbien als Rumänien die Anwartschaft auf österreich-ungarisches Gebiet in Aussicht stelle". Hierin würde er besonders dadurch bestärkt, „daß Bulgarien mit der Zeit in den Bund aufgenommen werden solle, der Bund sich mithin nicht gegen die Revanchegelüste Bulgariens richten könne".[13]) Weitere Bündnisfühler sind im Februar 1914 unternommen worden. Am 7. Februar traf der griechische Ministerpräsident Veniselos, am 9. Februar der serbische Ministerpräsident Paschitsch, der letztere von St. Petersburg kommend, in Bukarest ein. Ein formelles Bündnis zwischen den drei Staaten wurde nicht abgeschlossen, dagegen das gemeinsame Interesse an der Erhaltung des Bukarester Friedens als ohnehin bindendes Band festgestellt. Dagegen scheint der Zweck des Besuchs des Herrn Paschitsch nicht nur der gewesen zu sein, mit der rumänischen Regierung in persönlichen Kontakt zu treten (Bericht des deutschen Gesandten in Bukarest vom 13. Februar 1914, G. P. Bd. 36 Nr. 14 296), sondern ging erheblich weiter. Nach seiner eigenen Aufzeichnung über die Audienz vom 2. Februar (Weißbuch, betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges, S. 115) trat Paschitsch dem Zaren gegenüber für ein Bündnis zwischen Rumänien, Serbien und Griechenland gegen Österreich ein:

> „Bei dieser Gelegenheit erwähnte ich, daß ich zur Zeit meines Aufenthalts in Bukarest eine Zusammenkunft mit Bratianu hatte, und daß damals Bratianu von der Idee eines Bündnisses mit Griechenland und Serbien ganz begeistert war, und daß ich über Bukarest heimzukehren beabsichtige, um zu sehen, ob Bratianu bei seiner Bereitwilligkeit und seinen Ansichten geblieben ist."

Auch zwischen Rumänien und der Türkei wurde Fühlung zwecks Abschlusses eines Bündnisses genommen. Diesem Zweck diente namentlich auch die Mission des rumänischen Generals Coanda nach Athen und Konstantinopel im April 1914. Coanda sollte vor allem die Pforte sondieren, ob sie bei einem Verzicht Griechenlands auf die strittigen Inseln bereit wäre, einem Bündnis zwischen Rumänien, Griechenland und Serbien beizutreten. Dieses Bündnis sollte sich auf die Tripelentente stützen, da nach Äußerungen des Generals Coanda ein Zusammengehen Rumäniens mit Österreich-Ungarn wegen der rumänischen Frage nicht mehr möglich wäre. (Vgl. G. P. Bd. 36, Fußnote auf S. 755, ferner Bd. 39 Nr. 15 816, 15 826 und Fußnote.) Am 10. April 1914 meldete der

[13]) G. P., Bd. 36 Nr. 14 137 und Fußnote auf S. 364.

deutsche Botschafter in Konstantinopel, Freiherr von Wangenheim, über eine Unterredung mit dem bulgarischen Gesandten Toschew:

„Bulgarischer Gesandter sagte mir soeben, Frankreich sei unter dem Einfluß Iswolskys eifrig bemüht, Bulgarien in die Arme Rußlands zurückzutreiben. Bulgarien werde diesem Druck so lange wie möglich widerstehen. Wenn es nicht gestützt werde, so bestehe kein Zweifel, daß es Rußland gelingen werde, die jetzige Regierung in Sofia zu stürzen, und sein Ziel zu erreichen. Nach seiner Ansicht bestehe für Bulgarien die einzige Aussicht auf Rettung vor Rußland in einem bulgarisch-rumänisch-türkischen Bündnis unter Anlehnung an den Dreibund. Letzterer würde Rumänien den Vertrag von Bukarest, soweit er das Verhältnis Bulgariens zu Rumänien betreffe, zu garantieren haben. Werde Rumänien sich selbst überlassen, so werde es sich binnen kurzem der Tripelentente anschließen. General Coanda habe hier bestimmt erklärt, daß zwischen Rumänien und Österreich ein Ausgleich unmöglich sei. Also könne Rumänien nur noch durch die von ihm geschilderte Kombination dem Dreibund gerettet werden . . ." (G. P. Bd. 36 Fußnote auf S. 782.)

Der türkische Minister Talaat Bey weilte vom 24. bis 28. Mai 1914 in Bukarest. Eine Allianz mit der Türkei lehnte jedoch damals Rumänien ab, dagegen war es für eine entente amicale mit der Türkei. Der deutsche Botschafter in Konstantinopel berichtete am 30. Mai 1914 über die Reise Talaat Beys an das Auswärtige Amt:

„Talaat Bey sagte mir, er sei mit den Ergebnissen seiner Bukarester Reise sehr zufrieden. Deutschland habe unter allen Mächten den größten Einfluß in Rumänien, während Österreich vollständig ausgespielt habe. An eine Aussöhnung zwischen Bulgarien und Rumänien sei fürs erste nicht zu denken . . . Weiter sei die Frage einer entente cordiale zwischen Rumänien und der Türkei zwecks Garantie der Ruhe am Balkan besprochen worden. Möglicherweise würden Verhandlungen darüber demnächst beginnen. Auf Talaat Beys Frage, wie sich Rumänien verhalten würde, wenn inzwischen Griechenland und die Türkei ein Defensivbündnis schließen würden mit gegenseitigen militärischen Verpflichtungen bei bestimmten Anlässen, habe Bratianu erwidert, daß Rumänien in ein solches Bündnis unter Übernahme entsprechender Verpflichtungen eintreten würde. Einer Erörterung der Frage, ob das neue Bündnis sich dem Dreibund oder der Tripelentente anschließen solle, sei Bratianu aus dem Wege gegangen[14]). Er habe nur gesagt, die Türkei müsse sich sowohl mit Deutschland wie mit Rußland gutstellen. Rumänien wolle sich offenbar verschiedene Wege offenhalten." (G. P. Bd. 36 Nr. 14599.)

Bei der persönlichen Einstellung Bratianus und der österreichfeindlichen Haltung Rumäniens zu dieser Zeit ist dieses Ausweichen höchst bezeichnend und läßt den Schluß zu, daß die führenden rumänischen Staatsmänner, mit Ausnahme König Karls, schon damals an einen engen Anschluß an die Tripelentente dachten und einen solchen für die Zukunft im stillen wünschten.

[14]) Vom Verfasser gesperrt.

Loslösung vom Dreibund.

Im Jahre 1914 ist die öffentliche Meinung Rumäniens vollkommen österreichfeindlich. Die Berichte der deutschen und österreichischen Diplomaten sind hoffnungslos und lassen keinen Zweifel, daß Rumänien in einem jetzt ausbrechenden Krieg seine Bündnispflichten kaum erfüllen wird. Am 6. Juni meldete der deutsche Gesandte aus Bukarest, der italienische Gesandte, Baron Fasciotti, habe ihm mitgeteilt, König Karl habe ihm gesagt, „daß, wenn Italien aus der Tripelallianz ausscheide, Rumänien bei derselben nicht verbleiben würde." (G. P. Bd. 36 Nr. 14 486.) In jenen Tagen war die österreichisch-italienische Spannung in der Albanienfrage sehr stark. Take Jonesco, der langjährige rumänische Innenminister, berichtet in seinen Erinnerungen, daß er im Jahre 1913 zweimal von Poincaré empfangen worden ist. Das erste Mal war es bei der Durchreise nach London am 1. Januar 1913. Jonesco suchte bei Poincaré um französische Unterstützung in den Schwierigkeiten Rumäniens mit Bulgarien nach. Poincaré habe ihm erwidert: „Mein Handeln wird natürlicherweise durch die Tatsache beschränkt, daß Bulgarien die innigsten Beziehungen mit unserem Alliierten unterhält, während ihr, dank euerer Militärkonvention mit Österreich und Deutschland, im Lager unserer Feinde sein werdet, wenn es je zum Ausbruch eines Krieges käme." Jonesco will ihm hierauf gesagt haben, keine Antwort geben zu können. Am 9. September 1913 wurde Take Jonesco zum zweiten Male von Poincaré empfangen. Take Jonesco will hierbei gesagt haben:

„Sie haben mir am 1. Januar eine Frage vorgelegt, auf die ich damals nicht antworten konnte. Heute bringe ich Ihnen die Antwort. Wenn ein Krieg ausbrechen würde — ich hoffe jedoch, daß ein solches Unglück der Menschheit erspart bleiben wird —, werden Sie die rumänische Armee nicht im Lager Ihrer Feinde finden." Und auf weitere Zwischenfragen Poincarés: „Das, was ich Ihnen versichere, hängt nicht von den Personen ab, die an der Regierung sein werden. Nach den Vorgängen dieses Sommers würde niemand Rumänien gegen seinen Willen, die Forderungen seiner Ehre und seines Schicksals marschieren heißen können" [15]).

Diese beiden bereits bekannten Gespräche sind für die damaligen Fortschritte der Annäherung Rumäniens an die Tripelentente so charakteristisch, daß sie auch hier besonders unterstrichen werden müssen. Man muß sich vorstellen: Während die Dreibunddiplomaten in Bukarest alle Anstrengungen machen, um Rumänien zu einer klaren Stellungnahme zum Dreibund zu ver-

[15]) Take Jonesco, Souvenirs, Paris 1919, S. 5 ff.

anlassen und in schweren Zweifeln über die Bundestreue Rumäniens sich befinden, die für die gesamte Balkanpolitik der Mittelmächte eine unerträgliche Unsicherheit auslöst, gibt ein leitender rumänischer Staatsmann an die Gegenseite Versicherungen ab, die dieser die Vornahme bestimmter militärischer und politischer Dispositionen ermöglicht und eine überlegene Zielsicherheit ihrer Einkreisungspolitik verleiht. Während König Karl in seiner Bündnistreue noch im Kronrat vom 3. August 1914 für die Erfüllung der Bündnispflichten Rumäniens dem Dreibund gegenüber eintrat, war der Bündnisvertrag in seinen Händen schon längst ein totes Stück Papier geworden, dessen Veröffentlichung das rumänische Volk nicht mehr verstanden hätte und dessen Pflichten es nicht mehr nachgekommen wäre. Zwischen den beiden Gesprächen Jonescus mit Poincaré lagen die unglückseligen Monate der Petersburger Konferenz und des zweiten Balkankrieges, die eine tiefe Verstimmung gegen Österreich-Ungarn in Rumänien hinterlassen hatten. Bereits im März 1913 berichteten die deutschen Vertreter auf dem Balkan von den erhöhten Anstrengungen der russischen und französischen Diplomatie, um Rumänien vom Dreibund loszulösen und der Tripelentente zuzuführen. Die Beschlüsse der Petersburger Konferenz ließ Sasonow trotz Vereinbarung ihrer vorläufigen Geheimhaltung sofort nach Bukarest mitteilen, um bei Rumänien durch Betonung der österreichischen Bemühungen um eine Verständigung mit Bulgarien die Schuld an dem unbefriedigenden Ergebnis der Konferenz auf die Dreibundmächte abzuwälzen. Am 16. September 1913 berichtet der deutsche Geschäftsträger in Bukarest Graf von Waldburg von einer längeren Unterredung mit dem Chef der liberalen Partei, Herrn Joan Bratianu, der u. a. ausführte:

„Die Mißstimmung gegen Österreich-Ungarn sei eine so weitgehende, daß man heute fast jeden Gebildeten im Lande gegen die Nachbarmonarchie sprechen höre. Österreich habe die beste Absicht gehabt, wäre aber durch seine eigne Politik auf den Weg gelangt, den es gegangen sei. Während die Animosität gegen das befreundete Nachbarland an Boden gewänne, hätten französische und russische Einflüsse eingesetzt, die in Herrn Schebeko und Herrn Blondel eifrige Förderer fanden. Insbesondere der französische Gesandte habe eine lebhafte Tätigkeit zugunsten Rußlands entfaltet und man müsse zugeben, daß dieselbe nicht ohne Erfolg geblieben sei. Sympathien für dieses Nachbarland seien zwar nicht geschaffen worden, aber man dürfe nicht übersehen, daß Bessarabien so gut wie vergessen sei, während die Augen fast jedes Rumänen heute mehr denn je auf Siebenbürgen gerichtet wären. Es liege auf der Hand, daß diese Tendenz durch die geschaffene Mißstimmung gegen Österreich-Ungarn weit an Ausdehnung gewinnen müsse. Die ungewandte Politik Ungarns, die in letzter Zeit wieder in der

Behandlung der Diözesanfrage zutage getreten sei, erhöhe in Rumänien den Unmut gegen diesen Staat“ [16]).

Rußland konnte schon im Herbst 1913 das Werk der Loslösung Rumäniens vom Dreibund als gelungen betrachten. Am 14. August 1913 kann Iswolsky dem russischen Außenminister Sasonow das Kompliment machen:

„Ich habe es als Ihr politisches Meisterstück betrachtet — und denke auch heute noch so —, daß Sie Rumänien von Österreich getrennt haben. Davon träumte ich stets, konnte dies aber nicht erreichen oder verstand es nicht“ [17]).

Aus dieser Lage heraus erklärt sich das Bestreben der österreichischen Diplomaten, namentlich des im Herbst 1913 neu ernannten Gesandten in Bukarest, des Grafen Czernin, das Verhältnis zwischen Rumänien und dem Dreibund durch ein offenes pro oder contra zu klären [18]). Von Jagow war gegen einen solchen Schritt bei dem rumänischen König, wie aus seinem Brief an den deutschen Gesandten in Wien vom 6. Dezember 1913 hervorgeht:

„Eine Publikation des Bündnisses würde mir deshalb an sich auch nicht unzweckmäßig scheinen. Aber ich habe einige Zweifel daran, ob sie im jetzigen Moment tunlich ist. Im Volk und der öffentlichen Meinung Rumäniens ist die Verstimmung gegen Österreich-Ungarn doch jetzt wohl noch recht stark. Besonders wenn man erfährt, daß das Bündnis speziell auf Österreich-Ungarn gestellt ist und wir demselben nur angeschlossen sind, würde die Publikation voraussichtlich eine wenig gute Aufnahme finden. Die Rumänen würden noch mehr wie bisher darüber klagen, daß gerade wir sie „verraten“ haben.“ (G. P. Nr. 15 805.)

Das russisch-französische Werben um Rumänien; die französische Propaganda im Jahre 1914.

Die russisch-französischen Werbungen um Rumänien erreichen ihren Höhepunkt im Frühjahr 1914. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte hierbei das Projekt Sasonows einer Heirat zwischen einer Tochter des Zaren und dem Prinzen Karl von Rumänien. Es fand auch ein Besuch des Prinzen Karl in St. Petersburg statt, ebenso war der Besuch des Zarenpaares in Constanza im Juni 1914 mehr oder weniger im Verfolg dieses Projekts veranlaßt worden, doch wurde der Plan später fallen gelassen [19]). Die sieben-

[16]) G. P. Bd. 39 Nr. 15 795, Schebeko, der damalige russische, Blondel, der damalige französische Gesandte in Bukarest.

[17]) Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskys 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III., S. 240 ff.

[18]) G. P. Bd. 39 Nr. 15 803, 15 804.

[19]) Über das russisch-rumänische Heiratsprojekt vgl. G. P. Bd. 39 Nr. 15 813, 15 820, 15 831, 15 832.

bürgische Frage stand im Anfang des Jahres 1914 im Vordergrund der antiösterreichischen Agitation in Rumänien, die von Rußland mit Geschick geschürt wurde. Die Stimmung in Rumänien kommt am besten in den bewegten Berichten des deutschen Gesandten in Bukarest von Waldthausen zum Ausdruck. Am 23. März 1914 berichtet er von einer Audienz bei dem König von Rumänien:

„Der König berührte dann die von den Russen geschürte antiösterreichische Stimmung in Rumänien sowie den „Zug über die Karpathen", von dem hier gewisse Kreise sprechen. Dabei erwähnte er, daß ein bessarabischer Rumäne Hunderttausende für die rumänische Sache zur Verfügung gestellt habe. Seine Majestät sprach auch von dem siebenbürgisch-rumänischen Drama „Der Herr Notar", das gegenwärtig im hiesigen Nationaltheater aufgeführt wird, und von der bevorstehenden großen öffentlichen Versammlung der rumänischen Kulturliga, auf der das ungarische Wahlgesetz und die Frage der magyarisch-rumänischen Verständigung sowie die österreichische Politik in der Bukowina gegenüber den Rumänen und den Ruthenen besprochen werden sollen." (G. P. Bd. 39 Nr. 15 816.)

In Frankreich war es die Société des Conférences „Le Foyer", die eine ausgedehnte Propagandatätigkeit in Rumänien entfaltete. Im März und April 1914 entsandte diese französische Gesellschaft den Redakteur des „Temps", Herrn Tardieu, den Chefredakteur des „Matin", Herrn Stéphan Lauzanne, das Mitglied des Institut de France, Georges Lacour-Gayet und den General Pelecier, die in Bukarest Vorträge hielten und persönlich vom König auf Wunsch des französischen Gesandten empfangen wurden. Über die Rede Tardieus berichtete der deutsche Gesandte in Bukarest am 12. März 1914:

„Ein Mitglied der Kaiserlichen Gesandtschaft, welches dem Vortrage beigewohnt hat, berichtet, daß Herr Tardieu im Laufe desselben folgende, von der Presse nicht wiedergegebene Äußerungen getan habe. Er habe besonders hervorgehoben, daß die rumänischen Reservisten bei der Mobilmachung unter dem Rufe „Vive la France" sich zu ihren Truppenteilen begeben hätten. Ferner habe er bei der Vergleichung der politischen Rollen Frankreichs und Rumänien deutlich zu verstehen gegeben, daß, wie Frankreich den Unruhestifter in Europa, Deutschland, so Rumänien den Unruhestifter im Balkan, Österreich, unschädlich gemacht hätte und daß sich in dieser Richtung ein gemeinsames Feld fruchtbringender politischer Zusammenarbeit Frankreichs und Rumäniens böte. Einen weiteren Berührungspunkt zwischen Frankreich und Rumänien — und deshalb ein weiteres reales Interesse an gemeinsamer politischer Arbeit — habe Herr Tardieur darin finden wollen, daß Frankreich und Rumänien von ihren unentbehrlichen organischen Bestandteilen (Elsaß-Lothringen, beziehungsweise die rumänischen Teile Österreichs-Ungarns) getrennt seien —, „etwas, was beide Länder nie vergessen und nie verschmerzen könnten" —." (G. P. Bd. 39 S. 483.)

In Paris wurden zwei besondere Propagandagesellschaften gegründet, die sowohl in Frankreich wie Rumänien für die Annäherung der beiden Länder sich in Wort und Schrift einsetzten, die „Amitié franco-roumaine“ und die „Association franco-roumaine“. Hinzu kam die Hetz- und Wühlarbeit der rumänischen Kulturliga, die eine sehr bewegte Protestversammlung gegen die ungarische Minoritätenpolitik abhielt, in der die Rufe „Nieder mit Österreich“ zu vernehmen waren und die in einer Demonstration vor der russischen Gesandtschaft und dem königlichen Palais endete, bei der ebenfalls die Rufe „Nieder mit Österreich“ und „Es lebe Rußland“ ertönten. Wie genau die deutschen amtlichen Stellen von den ganzen Vorgängen unterrichtet waren, zeigt der höchst interessante, direkt dramatisch zu nennende Bericht des deutschen Gesandten von Waldthausen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg vom 8. April 1914. Er ist symptomatisch für die Stimmung in Rumänien und aufschlußreich für das Verständnis der Haltung Rumäniens in der Krise von 1914. Er ist ebenso deprimierend für die Dreibundpolitik gegenüber Rumänien wie lehrreich über die gallo-russische Methode der Bearbeitung der öffentlichen Meinung. In dem sehr ausführlichen Bericht [20]) schließt der deutsche Gesandte aus der Versammlung der Kulturliga und der Aufführung des „Herrn Notar“ im rumänischen Nationaltheater auf den äußerst heftigen Charakter der antiösterreichischen Bewegung, die indirekt auch Deutschland als Mitglied des Dreibundes treffe.

„Es herrscht hier ohne Zweifel zurzeit eine starke französisch-russische Strömung. Man findet in weiten Kreisen, daß Österreich im vorigen Jahre Rumänien in schwierigen Zeiten im Stiche ließ, will die bisherige Behandlung der drei Millionen oder, wie man hier glaubt, vier Millionen ungarische Rumänen durch die Magyaren nicht länger ruhig hinnehmen, verlangt eine veränderte Haltung gegenüber der benachbarten Doppelmonarchie und denkt an einen etwaigen späteren Zug über die Karpathen zur Befreiung der unterjochten Brüder.“

Ebenso pessimistisch war die Berichterstattung des österreichischen Gesandten in Bukarest. Auf seine wiederholte Forderung hin, durch eine gemeinsame Demarche Deutschlands und Österreichs bei Rumänien das Bundesverhältnis zu klären, wurde jene bekannte Denkschrift entworfen, die die Grundlage des erst am 5. Juli 1914 in Berlin überreichten österreichischen Memorandums geworden ist. (D. D. I Nr. 14 S. 21 ff.) In der Hoffnung auf

[20]) Vgl. G. P. 39 Nr. 15 818.

einen Stimungsumschwung hielt es von Jagow als einen „irreparablen Fehler, dem König von Rumänien im gegenwärtigen Moment durch die von Graf Czernin geplante Anfrage gleichsam die Pistole auf die Brust zu setzen". (Brief vom 24. April 1914 an den deutschen Gesandten in Bukarest. G. P. 39 Nr. 15 825.)

In diese Zeit gespanntester Atmosphäre in Bukarest fällt am 14. Juni 1914 der überraschend beschlossene und unverzüglich ausgeführte Besuch des russischen Zarenpaares in Constanza, der als eine Erwiderung eines vor vielen Jahren erfolgten Besuches des Königs von Rumänien in Petersburg hingestellt wurde.

„Ein neues Glied in der Kette der seit etwa Jahresfrist von hier aus Rumänien erwiesenen Freundlichkeiten" (der Botschafter in Petersburg, Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg am 23. Mai 1914. G. P. Bd. 39 Nr. 15 831).

Der russische Außenminister Sasonow begleitete das Zarenpaar und begab sich von Constanza nach Bukarest und von dort nach Sinaia, wo er in Begleitung des rumänischen Ministers Bratianu unter Außerachtlassung der geringsten Anforderungen internationaler Courtoisie eine Autofahrt nach Siebenbürgen unternahm. Diese Dokumentierung der russischen Sympathie für die rumänische Irridentabewegung stellte sich nicht nur als ein unhöflicher und feindlicher Akt gegen Österreich-Ungarn dar, sondern gab gleichzeitig der Loslösung Rumäniens vom Dreibund und der Annäherung an die Tripelentente Ausdruck. Dem rumänischen König gegenüber antwortete Sasonow auf die Frage, ob er, Sasonow, die europäische Situation ebenso gesichert auffasse wie er, der König selbst, bejahend „pourvu que l'Autriche ne touche pas à la Serbie". Ebenso in der dem deutschen Gesandten in Bukarest von Bratianu am 17. Juni 1914 überreichten Abschrift über die Besprechung mit Sasonow („mais il a ajouté que sous aucun prétexte la Russie ne pouvait admettre une agression autrichienne contre la Serbie". G. P. Bd. 39 S. 522). Der damalige österreichische Gesandte in Bukarest Graf Czernin folgert in seinen Erinnerungen „Im Weltkriege" aus dieser Äußerung Sasonow, die auffallenderweise 14 Tage vor dem Attentat in Sarajewo fiel: „Der Verdacht, daß Sasonow damals bereits wußte, daß serbischerseits etwas gegen uns geplant war, läßt sich daher nicht von der Hand weisen" (S. 117) [21]). Die Richtigkeit dieses Schlusses mag dahingestellt bleiben. Auf die Frage des deutschen Gesandten in Bukarest, ob Herr Sasonow versucht habe, Rumänien vom Dreibund ab-

[21]) Vgl. auch das Telegramm des deutschen Botschafters in London an das Auswärtige Amt vom 23. Juli 1914. D. D. II Nr. 129 S. 148.

zuwenden, erwiderte ihm der König in der Audienz am 18. Juni 1914, ein solcher Versuch sei nicht von Herrn Sasonow, sondern von dem polnischen Gesandten Rußlands Herrn Poklewski gemacht worden.

Erzherzog Franz Ferdinand und Rumänien.

Als die Krise von 1914 hereinbrach, war über Rumäniens Haltung kaum ein Zweifel mehr übrig. Innerlich gehörte Rumänien seit 1913 nicht mehr dem Dreibund an. „Aus einem 30 Jahre lang Verbündeten war 1913 ein widerwilliger Freund, 1914 ein verkappter Feind geworden“ [22]). Um es der alten Konstellation zurückzugewinnen, hätte es eines längeren Zeitraums und einer vollkommenen und grundlegenden Änderung der österreich-ungarischen Politik den siebenbürgischen Rumänen gegenüber bedurft. Auch hätte ein längerer Zeitraum bei geschickter Ausnützung der gesamtpolitischen Lage und psychologisch günstiger Momente von selbst einen allmählichen Ausgleich der bulgarisch-rumänischen Gegensätze bringen können, den Österreich-Ungarn im Jahre 1913 erzwingen wollte. Von dem ermordeten Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand wäre in dieser Hinsicht ganz besonders eine Umkehr der österreich-ungarischen Politik zu erwarten gewesen. Die tiefe Unzufriedenheit des Thronfolgers mit der Rumänenpolitik des ungarischen Ministerpräsidenten Graf Tisza zeigte sich noch wenige Tage vor seiner Ermordung bei der Zusammenkunft mit Kaiser Wilhelm II. in Konopischt, dem böhmischen Landgut des Erzherzog-Thronfolgers. In der Frage der Bündnis- und Minderheitenpolitik stand der österreichische Thronfolger in vollem Gegensatz zu der offiziellen Politik am Ballplatz. Dagegen identifizierte er sich mit der Politik des deutschen Kaisers (vgl. G. P. Bd. 39 Nr. 15 709). Die Aufzeichnung des Rats im Kaiserlichen Gefolge Gesandten von Treutler vom 15. Juni 1914 über die beiden Gespräche zwischen dem deutschen Kaiser und dem österreichischen Thronfolger ergibt den gewaltigen Zwiespalt zwischen der Politik des Erzherzog-Thronfolgers und dem Grafen Tisza.

„Ungarn sei der Tummelplatz des Kampfes einzelner Familien, und die oligarchische Regierungsform bedeute geradezu eine Vergewaltigung aller nicht ungarischen Elemente, die weit mehr als 50 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten . . . Er, der Erzherzog, wisse wohl, daß der Kaiser einen sehr guten Eindruck von Tisza gewonnen habe. Das sei aber vielleicht nicht ganz zu Recht geschehen, denn Tiszas Taten entsprächen nicht Tiszas Worten . . . Andererseits hat der Thronfolger von seinem Standpunkt aus offenbar sehr geschickt betont, daß gerade Tisza daran Schuld sei, wenn die Dreibundinteressen schlecht gewahrt

[22]) Freiherr von Hammerstein, „Deutschland, Rumänien und der Weltkrieg“, Berlin 1919, S. 24.

würden, indem er es sei, der entgegengesetzt zu seinen Schönbrunner Versprechungen[23]) die ungarischen Rumänen drangsaliere. Der Erzherzog hat schließlich sogar Seine Majestät gebeten, ob er nicht Tschirschky anweisen lassen könne, Tisza bei jeder Gelegenheit ins Gedächtnis zu rufen, er solle die notwendige Gewinnung der Rumänen durch angemessene Behandlung der in Ungarn lebenden Stammesbrüder nicht aus den Augen verlieren. Seine Majestät hat das mit den Worten versprochen, er wolle Tschirschky auftragen, Tisza immer wieder zuzurufen, „Herr, gedenke der Rumänen". Damit war der Erzherzog sehr einverstanden." (G. P. Bd. 39 Nr. 15 736.)

Am 21. Juli 1914 berichtete der britische Generalkonsul in Budapest über die Gerüchte, daß der Thronfolger „Neigungen zum Trialismus hatte und für die Errichtung eines südslawischen Königreichs als dritten Bestandteil der Habsburger Monarchie war". Nach ihm kann kein Zweifel über das sympathische Interesse bestehen, das der Thronfolger „den Aspirationen der verschiedenen Nationalitäten entgegenbrachte, und große Hoffnungen wurden auf seinen Regierungsantritt sowohl unter den Südslawen als auch unter den Rumänen von Siebenbürgen gesetzt. Diese Tatsachen machen den Mord von Sarajewo nur um so sinnloser. Es ist sicherlich eine Ironie des Schicksals, daß der künftige Herrscher, der allgemein als Verfechter der Rechte der Südslawen galt, der verbrecherischen Propaganda panserbischer Umtriebe zum Opfer fallen mußte". (Britische Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 70.) Es mag auch hier erinnert werden, wie der österreichische Gesandte Graf Czernin die Aufnahme der Nachricht von der Ermordung des Erzherzogs in Rumänien schildert:

„Der erste Eindruck in Rumänien war der des tiefsten und aufrichtigsten Beileides und wahrhafter Konsternation. Niemals hatte Rumänien daran gedacht, daß es ihm gelingen könne, in einem Kriege den Traum seiner nationalen Wünsche zu erfüllen, stets war es nur von der Hoffnung geleitet, daß eine freundschaftliche Auseinandersetzung mit der Monarchie die Vereinigung aller Rumänen bewerkstelligen könne, und eben in dieser Hinsicht hatte man in Bukarest die größten Hoffnungen auf den Erzherzog-Thronfolger gesetzt. So schien mit seinem Tode auch Groß-Rumänien zu Grabe getragen zu sein, und aus jenem Gefühl heraus ist jene aufrichtige Trauer zu verstehen, welche damals alle Kreise Rumäniens erfaßt hatte. Der berüchtigte Take Jonescu hat nach Erhalt der Nachricht in dem Salon meiner Frau heiße Tränen geweint, und die Kondolenzen, die ich erhielt, hatten nicht den Charakter, den solche Manifestationen gewöhnlich tragen, sondern waren Ausbrüche wirklichen und aufrichtigen Schmerzes"[24]).

[23]) Bei seinem Wiener Aufenthalt am 23. März 1914 hatte Kaiser Wilhelm II. ein längeres Gespräch mit dem Grafen Tisza, bei welchem der Kaiser einen ausgezeichneten Eindruck von Tisza erhalten hatte. Tisza versprach eine die siebenbürgischen Rumänen befriedigende Politik. G. P. Bd. 39 Nr. 15 715, 15 716.

[24]) Ottokar Czernin, „Im Weltkriege", S. 114.

Es mag dahingestellt bleiben, ob die Bildung eines Groß-Österreich ein Auskunftsmittel für die Nationalitätennöte der Doppelmonarchie gebildet hätte. Sie hätte jedenfalls dazu beigetragen, die irredentistischen Strömungen auszuschalten. Andererseits stand ihr das Bedenken entgegen, daß die Verschiedenheit der Sprache, Rasse und Kultur der einzelnen Reichsteile Groß-Österreichs nie ein dem deutschen Bundesstaat ähnliches und gleichwertiges Gemeinschaftsgefühl hätte aufkommen lassen. Der Gedanke, Rumänien durch Angliederung an Österreich dem Dreibund zu erhalten, ist wiederholt vor dem Weltkrieg aufgetaucht, ohne jedoch ernsthaft aufgegriffen worden zu sein. Der österreichische Militärattaché in Bukarest berichtete am 22. März 1913:

„Vor einigen Tagen hatte ich ein interessantes politisches Gespräch mit dem Minister Filipescu, in dem er mir seine Pläne für die Zukunft Rumäniens entwickelte. Filipescu, mit dem ich mich angefreundet habe, bekannte sich offen als enragierter Anhänger eines Groß-Österreichs in der Aurel Popovićischen Form[25]), in der Rumänien als Bundesstaat — so etwa wie Bayern — einzutreten hätte. Unter der Regierung König Carols sei dies zwar ausgeschlossen, doch könne es unter seinem Nachfolger vielleicht durchgeführt werden, wenn man es verstünde, den Prinzen Carol für die Idee zu gewinnen. Der Prinz sei in seinem ganzen Denken und Fühlen Rumäne und schon jetzt beseelt von der Einigung der rumänischen Rasse; diese sei aber nur möglich, wenn das Königreich mit Österreich-Ungarn ein Ganzes bilde, denn auf dem Wege irredentistischer Politik sei nichts zu erreichen“ [26]).

Gegen eine feindselige Stellung Rumäniens sah auch der österreichische Generalstabschef Conrad von Hötzendorf neben der Annahme des Kampfes gegen Rumänien als Alternative nur die dauernde und gänzliche Vereinigung Rumäniens mit Österreich um den Preis der Eingliederung Siebenbürgens in das Königreich Rumänien und dadurch Schaffung eines großen mitteleuropäischen Blocks als Schutzwehr gegen das russische Vordringen [27]).

Österreich-Ungarns Angebot der Autonomie Siebenbürgens kam erst im September 1914. Das war zu spät, um auf Rumänien einen bestimmenden Einfluß auszuüben, hatte doch der Dreiverband Rumänien nicht nur die Autonomie, sondern die Annektion Siebenbürgens als Siegespreis im Fall der Teilnahme am Krieg auf der Seite des Dreiverbandes in Aussicht gestellt.

---

[25]) Gliederung Österreich-Ungarns nach nationalen Provinzen ohne Rücksicht auf die historisch gewordene Ländereinteilung der Monarchie.

[26]) Conrad a. a. O. III., S. 205.

[27]) Conrad a. a. O. III., S. 562, Brief an Kaiser Franz Joseph vom 25. März 1914.

Der Ausbruch des europäischen Krieges und die Entscheidung Rumäniens.

Daß der formell noch zu Recht bestehende Bündnisvertrag nur noch toter Buchstabe war, haben die Ereignisse bis zur Erklärung der Neutralität durch Rumänien zwangsläufig gezeigt. Vielleicht wäre dem dreibundfreundlichen greisen König Karl es doch noch gelungen, Regierung und Volk im August 1914 an die Seite des Dreibunds zu bekommen, wenn Italien nicht ebenfalls seinen Bundespflichten sich entzogen hätte. Als am 1. August 1914 der italienische Gesandte in Bukarest im Auftrag seiner Regierung dem König die Erklärung abgab, Italien halte sich bei einer bevorstehenden Konflagration durch das Bündnis nicht für gebunden, da es die Ansicht vertrete, daß eine Provokation Österreich-Ungarns vorliege, sagte der König zum deutschen Gesandten, dem er von der italienischen Erklärung Mitteilung machte, diese Klausel stehe auch in seinem Vertrag (D. D. III., Nr. 582).

Die jetzt neu veröffentlichten russischen Dokumente zum Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg bestärken diese Ansicht[28]). Die Rolle Italiens für die Haltung Rumäniens bei Kriegsausbruch kommt in ihrer vollen Bedeutung namentlich in einem Geheimtelegramm des russischen Gesandten in Bukarest Poklewski vom 15. (28.) August 1914 zum Ausdruck:

„Hier wird es immer klarer, welche Bedeutung die Neutralität Italiens als ein Faktor hat, der es auch Rumänien gestattet, trotz seiner bundesgenössischen Beziehungen zu Österreich und Deutschland seine jetzige Stellung einzunehmen. In kompetenten rumänischen Kreisen ist man auch der Meinung, daß ein kriegerisches Vorgehen Italiens gegen Österreich zweifellos unsern Kriegserfolg sicherstellen wird. Ich denke daher, daß ein endgültiges Herüberziehen Italiens auf unsere Seite um so wertvoller für uns ist, als es fast bestimmt auch Rumänien bewegen würde, seinem Beispiel zu folgen“[29]).

Um Rumänien zu feindlichen Handlungen gegen Österreich zu veranlassen, berichtete Poklewski einige Tage später, sei der Eintritt besonderer Umstände, „wie etwa ein offenes Hervortreten Italiens auf unserer Seite“, erforderlich. Am 24. August meldet ein Geheimtelegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel:

---

[28]) „Das Zaristische Rußland im Weltkrieg.“ Neue Dokumente aus den russischen Staatsarchiven über den Eintritt der Türkei, Bulgariens, Rumäniens und Italiens in den Weltkrieg, herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin, 1927.

[29]) a. a. O. S. 164 Nr. 23.

„Vertraulich erfahre ich, daß der italienische Botschafter seiner Regierung die von ihm auf privatem Wege erhaltenen Mitteilungen über den gewaltigen Eindruck telegraphiert hat, den unser in Galizien erfochtener Sieg in Rumänien gemacht habe, und daß Rumänien sein weiteres Verhalten mit der Stellung in Einklang bringen werde, die Italien einnehmen wird“ [30]).

Am 11. September 1914 teilt Poklewski seiner Regierung ein Gespräch mit dem italienischen Gesandten in Bukarest mit, wonach dieser sich dahin geäußert habe, er halte es als wahrscheinlich, daß Rumänien nicht zögern werde, nach Italien aktiv an der Seite des Dreiverbandes vorzugehen. Bratianu habe ihn vor einigen Tagen gebeten, die rumänische Regierung, wenn auch nur 48 Stunden vorher, davon zu benachrichtigen, sobald Italien sich dazu entschließt, Deutschland und Österreich den Krieg zu erklären [31]). Auch später erklärte Bratianu mehrmals, daß er „in allem dem Beispiel Italiens“ folgen werde. Am 1. Mai 1915 teilte Bratianu Poklewski mit, „die endgültige Klärung der Absichten Italiens erlaube es auch der rumänischen Regierung, in nächster Zukunft am Kriege teilzunehmen“ [32]). Dementsprechend war die rumänische Politik bis zur endgültigen Entscheidung im August 1916 durch das gleiche unehrliche Lavieren zwischen Dreibund und Dreiverband gekennzeichnet, wie die Politik Italiens.

Es ist trotzdem recht zweifelhaft, ob angesichts der antiösterreichischen Volksstimmung Rumänien mitzureißen gewesen wäre, selbst wenn Italien den casus foederis als gegeben betrachtet hätte. Der Gang der Ereignisse in Bukarest ist aus den bereits 1919 veröffentlichten Deutschen Dokumenten zum Kriegsausbruch bekannt. Er sei daher nur in wesentlichen Zügen kurz skizziert.

Am 31. Juli ließ die deutsche Regierung König Karl erklären, daß, wenn Krieg mit Rußland unvermeidlich sein sollte, sie sich dafür einsetzen werde, daß Rumänien als Entgelt für Erfüllung der Bundespflichten und aktive Beteiligung am Kriege auf Dreibundseite Bessarabien erhalte (D. D. Nr. 506, 507, 582). Bulgarien teilte in Bukarest mit, daß Rumänien, solange es mit dem Dreibund gehe, von Bulgarien nichts zu fürchten habe (D. D. Nr. 597). Am 2. August forderte die deutsche Regierung die sofortige Mobilmachung der rumänischen Armee und den Aufmarsch gegen Rußland (D. D. III., Nr. 646). Am gleichen Tage telegraphierte der deutsche Gesandte in Bukarest an das Auswärtige Amt:

---

[30]) a. a. O. S. 166 Nr. 27.
[31]) a. a. O. S. 167 Nr. 30.
[32]) Vgl. namentlich a. a. O. S. 189 Nr. 69; S. 205 Nr. 95 und S. 211 Nr. 107.

„Herr Bratianu möchte Zeit gewinnen, da jetziger Augenblick antiösterreichischer Volksstimmung der ungünstigste wäre und Österreich Rumänien nicht vorher benachrichtigt hätte, so daß keine Zeit gewesen wäre, entgegengesetzte Stimmung herbeizuführen. Sprach Gedanken aus, Rumänien könnte zunächst erklären, daß es Bulgarien nicht angreifen würde, wenn dieses Serbien angriffe. Dadurch würden ebensoviel österreichische Armeekorps zur Verwendung gegen Rußland frei werden wie die der rumänischen Armee. Inzwischen könnte hiesige öffentliche Meinung beeinflußt werden. Auch nach Herrn Bratianu sind starke Truppenbewegungen in Bessarabien im Gange. Am liebsten wäre ihm, wenn Rußland Rumänien angreifen würde, da sich dann hiesige Stimmung ändern würde. Montag Kronrat."

Der Kronrat fand am 3. August 1914 statt. Das Ergebnis teilte Bratianu dem deutschen und österreichischen Gesandten mit. „Nach einem warmen Appell des Königs, den Vertrag ins Leben zu setzen", hatte der Kronrat mit allen gegen eine Stimme dies abgelehnt und den casus foederis für nicht vorliegend erklärt. (D. D. IV. Nr. 811.) Über das persönliche Eintreten König Karls für Erfüllung der Bundespflichten dem Dreibund gegenüber berichtete der deutsche Gesandte am 4. August:

„König ist im Kronrat nach patriotischer Ansprache, die alle tief erschüttert hat, und die er mir vorlas, von allen Staatsmännern aller Parteien, mit Ausnahme Carps, der ihm sehr energisch zur Seite gestanden hat, aber keinen politischen Einfluß mehr besitzt und bei seinen eigenen Parteigenossen keine Unterstützung fand, im Stich gelassen worden, hat Vorgehen mit Dreibund bis zum Schluß mit größter Entschiedenheit verteidigt und vergebens erklärt, er würde, wenn er sein Wort bräche, kein Ansehen mehr haben und Rumänien nicht mehr nützen können. Hat mir ganzen Verlauf der geradezu tragischen Verhandlungen ausführlich erzählt, war schließlich seelisch und durch körperliche Schmerzen so angegriffen, daß er nicht mehr denken konnte, sich zu Bett legen mußte und mich gestern nicht mehr empfangen konnte." (D. D. IV. Nr. 868.)

Hiermit hatte sich Rumänien auch formell vom Dreibund losgelöst, und es war nur noch eine Frage der Zeit und der strategischen Opportunität, wann Rumänien offen in das Lager der Tripelentente übertreten würde. Auch hier geben die neuen russischen Dokumente einen ausgezeichneten Einblick in die rumänische Politik von der Julikrise 1914 ab bis zum Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg. Gewiß, die Lavierungspolitik des rumänischen Ministerpräsidenten Joan Bratianu, jeweils bestimmt durch die Kriegslage und die damit verbundenen Aussichten auf die Erreichung der nationalen Ziele Rumäniens, die der ehrgeizige Bratianu äußerst weit gesteckt hatte, beunruhigte auch zeitweise den Dreiverband und ließ Zweifel an der Aufrichtigkeit Bratianus aufkommen, doch verstand es Bratianu immer wieder, dieses Mißtrauen durch weitgehendste positive Zusicherungen zu zerstreuen.

Rumäniens Kriegsschuldanteil.

Wie Italien so ist auch Rumänien erst lange Zeit nach Kriegsausbruch aktiv in den Krieg an der Seite unserer Feinde eingetreten. Trotzdem kann man bei beiden Ländern historisch gesehen mit Recht von einer Mitschuld am Kriegsausbruch sprechen. Für Italiens Anteil an der Kriegsschuldfrage hat Paul Herre in einem Aufsatz in der Zeitschrift „Die Kriegsschuldfrage" folgende Formel aufgestellt:

> „Italiens Anteil an der Kriegsschuld besteht bezüglich dessen, was als Vorkriegsgeschichte zu bezeichnen ist, darin, daß es durch seine offensiven politischen Wünsche gegenüber dem defensiven Verhalten seiner Verbündeten und die darin begründete Herauslockerung aus dem Dreibundsystem den Kriegswillen und die Kriegsbereitschaft im Ententelager erheblich gestärkt hat. Sein Anteil an der Kriegsschuld in den Kriegsausbruchtagen besteht darin, daß es durch seine Neutralitätserklärung und die damit verbundene Freigabe der französischen Grenze Frankreich den Entschluß zum Kriege wesentlich erleichtert hat [33])."

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt man auch bei der Prüfung der historischen Vorgänge bezüglich Rumäniens. Auch hier in der Vorkriegszeit offensive politische Wünsche und eine überaus starke Irredentabewegung, auch hier in den Kriegsausbruchtagen eine Haltung, die Rußlands Kriegswillen und Angriffsfreudigkeit steigern mußte. Wie Italien, so arbeitete auch Rumänien zunächst auf eine Mäßigung und Nachgiebigkeit in Belgrad hin, aus dem natürlichen Bestreben heraus, die Notwendigkeit der Entscheidung, ob Dreibund oder Dreiverband, möglichst zu vermeiden. Bratianu äußerte sich dem russischen Gesandten Poklewski gegenüber über den Inhalt der österreichischen Note an Serbien, Österreich habe ein gewisses Recht auf Genugtuung von seiten Serbiens, soweit die Frage der Bestrafung der am Verbrechen von Sarajewo schuldigen Personen sowie der sich aus der gerichtlichen Untersuchung ergebenden Tatsachen betrifft. Die Forderungen Österreichs gingen aber weit über diese Grenzen hinaus und machten ihre Annahme durch Serbien sehr schwierig. Trotzdem hat die rumänische Regierung Paschitsch auf dessen Anfrage den Rat erteilt, die österreichischen Forderungen anzunehmen [34]). Auch nach Bekanntwerden der serbischen Antwort hat Bratianu, der die Antwort für versöhnlich hielt, zu weiterer Nachgiebigkeit in Belgrad geraten. Nach der Mitteilung Poklewskis wollte Bratianu Serbien vor materieller Einbuße bewahren und hätte selbst zu diesem Zwecke gegen eine friedliche Besetzung Belgrads durch Österreich nichts einzuwenden gehabt.

[33]) „Die Kriegsschuldfrage", 1927, Nr. 4 S. 309 ff.
[34]) „Das Zaristische Rußland", S. 154 Nr. 1.

„Einen allgemeinen Krieg erachtet Bratianu als Katastrophe für Rumänien und macht gegenwärtig alle Anstrengungen, ihn zu vermeiden [35])." Trotz dieser Haltung im österreichisch-serbischen Konflikt hatte sich Bratianu für den Fall des Eintritts der Katastrophe doch nahezu gleichzeitig in einer Weise politisch festgelegt, die dem Bündnisvertrag mit den Dreibundmächten direkt zuwiderlief und auffällig an Sir Edward Greys „freie Hand" erinnert. Bereits am 28. Juli 1914 meldete Poklewski in einem Geheimtelegramm seiner Regierung nach St. Petersburg:

„Nachdem Bratianu den König augenscheinlich bereits mit dem Inhalte meiner gestrigen Unterredung mit ihm bekanntgemacht hatte, besuchte er mich soeben und wiederholte, er habe nach wie vor kein Recht, eine offizielle Mitteilung über die Haltung zu machen, die Rumänien im Falle eines allgemeineuropäischen Krieges einnehmen werde. Er fand es jedoch für möglich, aus eigenem Antriebe und persönlich von sich aus zu erklären, Rußland habe jedenfalls kein irgendwie feindliches Auftreten von Rumänien zu erwarten. Im weiteren Verlauf der Unterredung war Bratianu weniger bestimmt und man konnte aus ihr eher den Schluß ziehen, daß Rumänien gegenwärtig zur Beobachtung der Neutralität geneigt sei . . .[36])."

Bratianu war leitender rumänischer Staatsmann. Im Kabinett besaß er den überwiegenden Einfluß. Seine „persönliche" Erklärung war daher militärisch für Rußland von ausschlaggebender Bedeutung. Der Zweck des Dreibundbündnisses mit Rumänien, eine russische Armee an der russisch-rumänischen Grenze festzulegen, die sonst gegen Österreich oder Deutschland zur Verfügung gestanden hätte, wurde hiermit illusorisch gemacht. Rußland brauchte vor Rumänien nichts zu fürchten, im Gegenteil! Die Erklärung Bratianus schien dem russischen Gesandten sogar noch weiter zu gehen wie die Inaussichtstellung einer wohlwollenden Neutralität, denn nach seinen Worten hielt er die weiteren Ausführungen Bratianus, die nur den Schluß auf die Neutralität Rumäniens zuließen, als „weniger bestimmt", also als Abschwächung. Und diese Erklärung hatte Rußland bereits am 28. Juli 1914, also schon vor der Anordnung der allgemeinen Mobilmachung gegen Deutschland, in Händen. Denn bereits am 29. Juli bestätigte Sasonow den Empfang des Telegramms. (a. a. O. S. 156 Nr. 4.) Die politische Lage auf dem Balkan war daher für Rußland im Fall eines europäischen Krieges durch die Erklärung Bratianus bedeutend aussichtsreicher geworden, waren doch Bulgarien und die Türkei durch die vorausgegangenen Balkankriege

[35]) a. a. O. S. 155 Nr. 2.
[36]) a. a. O. S. 155 Nr. 3, vom Verfasser gesperrt.

noch gänzlich erschöpft und bildeten keine unmittelbare Gefahr für Rußland. Die dem deutschen Gesandten gegenüber abgegebenen Erklärungen Bratianus vom 2. August 1914, daß es ihm am liebsten wäre, wenn Rußland Rumänien angreifen würde (s. oben), stellen sich daher als vollkommen unwahre Ausflüchte dar, die ein grelles Schlaglicht auf den Charakter Joan Bratianus werfen. Am 30. Juli 1914 telegraphierte Sasonow an Poklewski, daß Rußland bereit sei, den Anschluß Siebenbürgens an Rumänien zu unterstützen [37]). Am 31. Juli teilte Poklewski nach St. Petersburg mit, daß die öffentliche Meinung Rumäniens gegenüber Österreich feindselig gestimmt sei, „während die rumänische Armee schon ein Jahr von der Hoffnung auf ein gemeinsames Vorgehen mit uns gegen die Doppelmonarchie lebt und der alleinige Gedanke eines möglichen Feldzuges gegen Rußland die hiesigen höheren Offiziere tief verstimmt. In Bukarest haben bereits Kundgebungen stattgefunden und weitere werden vorbereitet [38])." Eine „nahestehende" Person habe dem russischen Gesandten versichert, daß das Kabinett diese Tatsachen ausnutzen wolle, um die Neutralität zu bewahren oder sogar gemeinsam mit Rußland gegen Österreich vorzugehen. Am gleichen 2. August, als Bratianu dem deutschen Gesandten mitteilte, daß er Zeit gewinnen möchte, um die rumänische öffentliche Meinung dreibundfreundlich zu beeinflussen, richtete er an den russischen Gesandten die Frage, ob Rußland die Aufrechterhaltung der Neutralität durch Rumänien als einen Ausdruck der Freundschaft Rußland gegenüber betrachten würde, was der russische Gesandte selbstverständlich bejahte. Bratianu bedankte sich für diese „freundschaftliche" Mitteilung [39]). Nach dem Kronrat vom 3. August erklärte Bratianu dem russischen Gesandten, Rumänien hege keinerlei Absichten, Rußland anzugreifen [40]), eine weitere Bestätigung dafür, daß bereits die Neutralitätserklärung ein freundschaftlicher Akt dem Dreiverband gegenüber war. Wenn am 1. Mai 1915 daher Bratianu dem russischen Gesandten erklärte, er habe von Anbeginn des alleuropäischen Krieges an nicht nur fest beschlossen, die Waffen gegen den Dreiverband nicht zu erheben, sondern im Gegenteil mit allen der rumänischen Diplomatie zugänglichen Mitteln sich bemüht, eine Situation zu schaffen, die die Möglichkeit eines aktiven Hervortretens Rumäniens auf Rußlands Seite beschleunigte [41]), so ist an

[37]) a. a. O. S. 156 Nr. 5.
[38]) a. a. O. S. 157 Nr. 6.
[39]) a. a. O. S. 159 Nr. 9.
[40]) a. a. O. S. 161 Nr. 14.
[41]) a. a. O. S. 189 Nr. 69.

der Aufrichtigkeit der Erklärung nicht zu zweifeln, wenn auch Bratianu mit dem Eintritt in den Krieg immer wieder zögerte, um einen strategisch besonders günstigen Augenblick abzuwarten und vielleicht bei einer entscheidenden Niederlage des Dreiverbandes oder Rußlands die Neutralität Rumäniens weiter aufrechterhalten hätte. Tatsächlich hatte sich Bratianu, wenn auch unter bestimmten Bedingungen territorialer Natur, bereits in den ersten Tagen des September 1914 für den Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg entschieden [42]). Die Unaufrichtigkeit des leitenden rumänischen Staatsmanns in den Tagen des Kriegsausbruchs Deutschland und Österreich gegenüber wird durch die russischen Dokumente mit ganzer Schärfe dargetan. Bratianu aber war es gerade, der bereits am 28. Juli 1914 Rußland gegenüber sich persönlich entscheidend festlegte und durch seine Erklärung, daß Rußland von Rumänien im Fall der Katastrophe nichts zu fürchten habe, einen Anteil der Schuld am Kriege sich aufbürdete.

* * *

Die deutschen Akten ergeben ein so ungünstiges Bild von dem Verhältnis Rumäniens zum Dreibund bei Kriegsausbruch, daß sich der unbedingte Schluß daraus rechtfertigt, daß angesichts einer solchen Erschütterung des Bismarckschen Bündnissystems kein deutscher Staatsmann einen Krieg willkommen heißen konnte. Dementsprechend suchte auch die deutsche Diplomatie Rumänien dem Dreibund zu erhalten und in den österreichisch-bulgarisch-rumänischen Konfliktsfällen in friedlichem Sinn einzuwirken. Seit Jahren waren ihr die Gefahren bekannt, die in der österreichischen Balkanpolitik Rumänien gegenüber lagen. Fraglich bleibt, ob sie nicht trotz wiederholter Vorstellungen in Wien dort nicht hätte mit noch größerer Energie auftreten müssen. Deutschland hat Österreich in seine Balkanabenteuer nicht hineingetrieben, sondern ist mehr denn einmal in dem letzten Jahrzehnt vor dem Weltkrieg von den Schritten der österreichischen Diplomatie selbst überrascht worden. Oft hat Deutschland sich gegen seine Überzeugung hinter Österreich stellen zu müssen geglaubt, um nicht isoliert zu werden. Es soll hier nicht die Frage geprüft werden, ob Deutschland ein Vorwurf daraus zu machen ist, daß es auf dem Balkan der österreichischen Diplomatie die Führung überließ. Die Betrachtung des Verhältnisses Rumäniens zum Dreibund weist unwillkürlich auf dieses Problem hin, das für die historische Forschung von größter

[42]) a. a. O. S. 167 Nr. 28.

Bedeutung ist und das allein auf Grund der deutschen Akten wohl kaum gelöst werden kann. In dem Bündnis Österreichs mit Rumänien erblickte Bismarck trotz mancher Bedenken eine erhöhte Garantie für die Erhaltung des europäischen Friedens. Diesen Defensivzweck zu erfüllen, hätte es der Heranziehung weiterer Balkanstaaten zum Dreibund bedurft. Der Dreibunddiplomatie, der vor allem auch der Propagandaapparat fehlte, über den die russische und französische Diplomatie verfügte [43]), ist dieses politische Meisterstück nicht geglückt. Mit dem Abfall Rumäniens aber mußte die Angriffsfreudigkeit Rußlands steigen, zumal Italien bereits zur Tripelentente abgeschwenkt war. Statt des Defensivblocks der Balkanmächte um Österreich, war ein Offensivblock Frankreichs und Rußlands geschaffen worden, der nur auf das Angriffssignal wartete.

Zur Rede Poincaré's.

Alfred von Wegerer.

Die Beschuldigungen Poincarés, die er am 19. Juni in Lunéville gegen Deutschland vorgebracht hat, sind von der deutschen Presse einheitlich zurückgewiesen worden. Nicht allein die verletzenden, übertriebenen, zum Teil falschen Behauptungen waren es, die den Unmut in Deutschland hervorgerufen haben, sondern man empfand es als einen unverantwortlichen Akt des französischen Ministerpräsidenten, gerade jetzt, wo eine an Krisen reiche Atmosphäre über Europa und Asien lagert, durch überflüssiges Wortemachen über längst geklärte Ereignisse die Spannung zwischen Deutschland und Frankreich zu erhöhen. Da von solchen Reden leicht etwas hängen bleibt, wenn es nicht sofort richtiggestellt wird, halten wir es für notwendig, Poincarés Lunéviller Rede, soweit sie mit der Kriegsschuldfrage in Zusammenhang steht, einer Kritik zu unterziehen.

Die Landung des Zeppelin-Luftschiffes in Lunéville.

Am 3. April 1913 landete ein noch nicht staatlich abgenommenes Zeppelin-Luftschiff auf einer Probefahrt von Friedrichshafen aus wegen Motordefekts auf einem Exerzierplatz in Lunéville. An Bord befand sich nur eine militärische Prüfungskommission. Sofort nach

[43]) Vgl. auch Ottokar Czernin a. a. O. S. 145.

der Landung wurde das Luftschiff unter Aufsicht französischen Militärs gestellt, die Instrumente von französischen Sachverständigen eingehend durchsucht und zum Teil photographiert. Die deutschen Luftschiffer und Offiziere wurden von französischen Zivilisten mehrfach beleidigt und mit Steinen beworfen, so daß sie den Eindruck bekamen, „wie im Kriege befindlich" behandelt zu werden[1]). Das Verhalten der amtlichen Stellen dagegen war korrekt, und der französische Ministerpräsident Barthou hatte dem deutschen Botschafter mitgeteilt, die näheren Umstände hätten ergeben, „daß es sich dabei um eine durch höhere Gewalt verursachte, unfreiwillige Fahrtrichtung gehandelt habe". — Aus alledem geht hervor, wie ungerechtfertigt es ist, daß Poincaré jetzt nach 14 Jahren diesen Vorfall wieder aufgreift, den französichen Ministerpräsidenten von damals desavouiert und Deutschland ohne Schatten eines Beweises unlautere Absichten über die Fahrt und Notlandung des Luftschiffes zuzuschieben versucht. —

Wenn Poincaré dann weiter sagt, daß der Reichskanzler von Bethmann Hollweg bei seiner anläßlich des Zwischenfalls im Reichstag gehaltenen Rede das französische Volk schwer beleidigt habe, kann dem nicht zugestimmt werden.

„Drei Tage darauf — sagte Poincaré — begannen im Reichstag die Debatten über den neuen Gesetzentwurf zur Erhöhung der Effektivstärke des Heeres. Es war offenbar, daß man versucht hatte, durch eine kluge Darstellung des Zwischenfalls von Lunéville der Abstimmung vorzuarbeiten. Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg beleidigte in seiner Rede schwer das französische Volk. ‚Die Franzosen haben — sagte er —, temperamentvoll wie sie sind, in den türkischen Niederlagen von Burgas und Kirkilisse deutsche Niederlagen gesehen, und jetzt bilden sie sich ein, sie hätten den Krieg gegen uns schon gewonnen, und sie spekulieren bereits nicht nur auf die Unterstützung der Balkanstaaten, sondern auch auf die der Elsaß-Lothringer'. So klärte das Reich die öffentliche Meinung über die Wahrheit auf!"

Diese Darstellung Poincarés ist nicht ganz richtig. Am 7. April 1913 hielt Reichskanzler von Bethmann Hollweg im Reichstag zwar eine Rede zur Einbringung der neuen Wehrvorlage, erwähnte aber nicht die wenige Tage vorher passierten Zwischenfälle in Lunéville. Er gab in seiner Rede nur einen Überblick über die Beziehungen Deutschlands zu den europäischen Großmächten und behandelte dabei naturgemäß auch das deutsch-französische Ver-

[1]) „Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette" Nr. 15 684 Anlage.

hältnis. Die Worte, die Poincaré Herrn von Bethmann Hollweg zuschreibt, lauten nach dem stenographischen Protokoll [2]) wesentlich anders. Der Reichskanzler führte aus:

„Dem lebhaften französischen Geist erscheint — darin berührt er sich mit panslawistischen Anschauungen — die Niederlage der Türken als Niederlage der Deutschen. Bei Kirkilisse und Lule-Burgas sieht er die Überlegenheit der französischen Geschütze und Instrukteure über die deutschen zur Evidenz nachgewiesen. Der Anschluß der Balkanstaaten an die Tripleentente wird im voraus eskomptiert und damit mit einem Seitenblick auf Elsaß-Lothringen über die Zukunft disponiert. Bei alledem ist ja viel Illusion, aber in der Illusion hat Frankreich schon einmal den Kampf mit uns begonnen." In diesen Worten lag nur eine Anspielung des Kanzlers auf den Beginn des Krieges von 1870, worüber sich Poincaré doch nicht beschweren kann, da er sich in der gleichen Rede selbst rühmt, daß das französische Volk nach 1870 seine Regierung verleugnet hätte.

Der Bombenabwurf über Lunéville am 3. August 1914.

In seiner Rede hat Herr Poincaré weiter erklärt: „Sie wissen mehr als irgend ein anderer, daß zu Beginn des Krieges wieder ähnliche Lügen auftauchten. Das Reich hat in der Erklärung, die es uns übermittelte, nicht nur auf eine Tatsache sich berufen, deren Fälschung leicht erkannt wurde, auf das Bombardement Nürnbergs [3]) durch französische Flieger, sondern am 3. August 1914, um 17 Uhr 22 Minuten, d. h. ungefähr 1½ Stunden, bevor die französische Regierung diese Erklärung erhalten hatte, warf ein deutscher Aeroplan sechs Bomben auf unsere Stadt herab."

Die Mitteilung Poincarés entspricht — nach den deutscherseits hierüber vorliegenden Aufzeichnungen, soweit die Zeitbestimmung für den Bombenabwurf über Lunéville in Frage kommt — nicht ganz den Tatsachen.

Der deutsche Botschafter in Paris, Herr von Schoen, sollte, wie aus dem Telegramm des Reichskanzlers an den Botschafter in Paris Nr. 193 vom 3. August [4]) hervorgeht, die Mitteilung, daß Frankreich Deutschland in den Kriegszustand versetzt habe, um 6 Uhr abends der französischen Regierung mitteilen. In dem Tele-

---

[2]) Schulthess' europäischer Geschichtskalender Jahrgang 1913, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1915, Seite 131.

[3]) Über den angeblichen Bombenabwurf französischer Flieger bei Nürnberg siehe den nachstehenden aus dem „Berliner Tageblatt" vom 7. März 1922 nachgedruckten Aufsatz von Graf Max Montgelas.

[4]) Deutsche Dokumente Nr. 437.

gramm war nicht angegeben, ob 6 Uhr mitteleuropäische Zeit oder 6 Uhr Pariser Zeit gemeint war. Die deutsche Botschaft hat 6 Uhr nachmittags Pariser Zeit angenommen. Der deutsche Botschafter hatte bereits um 5 Uhr 40 Pariser Zeit den Ministerpräsidenten Viviani mündlich von dem Inhalt der Kriegserklärung in Kenntnis gesetzt. Die Übergabe der schriftlichen Note selbst erfolgte nach Angabe des Botschafters etwa 10 Minuten nach 6 Uhr durch den Botschaftsrat Prinz Hatzfeld. Nach den Aufzeichnungen Vivianis in seinem Buch „Réponse au Kaiser" hat der Besuch des Botschafters von Schön bei Viviani etwas (un peu plus tard) nach 6 Uhr 15 abends stattgefunden. Der Widerspruch läßt sich nicht mehr aufklären, da Viviani inzwischen verstorben ist.

Ein deutsches Flugzeug startete um 5 Uhr 45 nachmittags (mitteleuropäischer Zeit) vom Flughafen Bühl dicht bei Saarburg und flog über Maixe, Lunéville wieder zu seinem Flughafen zurück, wo es 8 Uhr 15 abends landete. Nach Meldung des Beobachters wurden über Lunéville sechs Bomben abgeworfen, fünf Bomben fielen innerhalb der Stadt, die sechste auf den Exzerzierplatz. Ziel des Fliegerangriffs war der Flughafen und die Kaserne Lunéville. Die Wirkung der Bomben konnte nicht beobachtet werden. Eine Angabe, wann der Abwurf der Bomben über Lunéville erfolgte, ist nicht in der Meldung enthalten, die Zeit ist aber später errechnet worden. Der Flugweg von Saarburg bis Lunéville über Maixe beträgt etwa 70 Kilometer, was unter den damaligen Verhältnissen einer Flugdauer von 40 bis 50 Minuten entsprach. Zum Hochsteigen des Flugzeuges bis zur militärisch üblichen Flughöhe ist eine weitere Flugdauer von etwa 30 Minuten hinzuzurechnen. Das Flugzeug dürfte demnach nicht vor 7 Uhr abends (6 Uhr Pariser Zeit) Lunéville erreicht haben. Der Kriegszustand zwischen Deutschland und Frankreich war zu dieser Zeit als vorhanden anzusehen.

Der Vorwurf Poincarés in seiner Lunéviller Rede, daß der Bombenabwurf 1½ Stunden vor der Kriegserklärung erfolgt sei, ist nach den hier angestellten Nachforschungen also nicht zutreffend. Der Bombenabwurf hat vielmehr etwa zur Zeit der Notifizierung des Kriegszustandes stattgefunden. Andererseits muß zugegeben werden, daß über den Beginn des Kriegszustandes zwischen der deutschen Botschaft in Paris und dem Auswärtigen Amt in Berlin — und auf Grund der Mitteilung des Auswärtigen Amtes infolgedessen auch beim Generalstab — eine verschiedene, um 1 Stunde differierende, Auffassung bestanden hat.

Der 42. Infanterie-Division, die den Befehl an die betreffende Fliegerabteilung gegeben hat, kann nicht der Vorwurf gemacht

werden, leichtfertig oder voreilig gehandelt zu haben, da von dem Generalstabschef von Moltke den Armeekorps mitgeteilt worden war, daß nach einer Mitteilung des Auswärtigen Amtes um 6 Uhr abends Kriegszustand zwischen Frankreich und Deutschland besteht. Natürlich konnte von den militärischen Kommandos nur 6 Uhr mitteleuropäische Zeit angenommen werden. Die Flieger sind zwar ¼ Stunde vor dem vermeintlich eingetretenen Kriegszustand gestartet, befanden sich aber sicherlich nicht vor 6 Uhr abends jenseits der Grenze. De facto wurde die Grenze von dem deutschen Flugzeug aber eine Stunde vor Notifizierung des Kriegszustandes überflogen.

Es verdient noch, hervorgehoben zu werden, daß der von Poincaré erwähnte Bombenabwurf nur einen ganz unbedeutenden Schaden angerichtet und keinerlei Menschenleben gefordert hat. Nach französischen Feststellungen, die wir dem sonst gerade nicht als Geschichtsquelle zu empfehlenden Buch René Puaux' „Die Lüge vom 3. August 1914" entnehmen, wurde folgender Schaden angerichtet: Eine Bombe durchschlug das Dach einer Schlosserwerkstatt, eine weitere Bombe zertrümmerte einige Fensterscheiben und den Laden eines Kunstgärtners, wobei durch die ausströmenden Gase einige Blumentöpfe verdorben wurden. Die Bomben selbst waren nur ganz kleine Dinger, etwa von der Größe einer Birne und hatten ein Gewicht von 3,5 kg. —

Angesichts der Verheerungen des Weltkrieges und der späteren Fliegerangriffe, wobei wir den Angriff französischer Flieger im Jahre 1917 auf die belgische Stadt Oudenarde, die weit hinter der Front im deutschen Etappengebiet lag, oder den Angriff feindlicher Flieger auf Karlsruhe vom 22. Juni 1916 mit 117 Toten, darunter 82 Kindern[5]) nicht vergessen dürfen, ist es eigentümlich,

---

[5]) Schultheß a. a. O. 1916 I Seite 326 f., wo es heißt: „Amtlich wird am 7. Juli gemeldet: Die amtlichen Ermittlungen über den letzten Fliegerangriff auf Karlsruhe sind abgeschlossen. . . . Auf dem Karlsruher Festplatz, wo Hagenbecks Tierschau ihre Zelte aufgeschlagen hatte, wogte am Nachmittag des 22. Juni eine festlich gekleidete Menge durcheinander. Fröhliches Kinderlachen mischte sich mit den Klängen der Musik. Da traf plötzlich die Meldung ein, daß feindliche Flieger nahten. Noch ehe es möglich war, die Bevölkerung in Sicherheit zu bringen, schlugen bereits die ersten Geschosse ein. In großer Höhe kreisten, durch leichten Dunst fast ganz der Sicht entrückt, die verderbenbringenden Sendboten feindlicher Mordlust über der friedlichen Stadt. Schlag auf Schlag zerbarst jetzt mit dröhnendem Krachen Bombe auf Bombe. Ein Teil der Geschosse traf die Stadtviertel, wo kleine Bürger und Arbeiter wohnten. Auch nahe beim Schloß, wo die Königin von Schweden auf dem Krankenbette lag, schlugen einzelne Bomben ein. Die schlimmsten Verheerungen aber

wenn Poincaré diesen belanglosen Bombenangriff noch jetzt zum Gegenstand einer Denkmalsrede macht.

„Die erdrückende Verantwortlichkeit der kaiserlichen Politik."

Poincaré wirft dem deutschen Volke vor, daß es nicht „aller Wahrheit zum Trotz die erdrückenden Verantwortlichkeiten der kaiserlichen Politik" in Abrede gestellt habe, und fährt dann fort, wenn dies der Fall gewesen wäre, „wäre es niemandem in den Sinn gekommen, ein Volk mit einer gestürzten Regierung gleichzuachten und der Gesamtheit der Deutschen die verabscheuungswürdigen Verbrechen anzurechnen". Poincaré stellt sich demnach trotz aller dokumentarischen Beweise auf den unmöglichen Standpunkt, wie er in der Versailler Kriegsschuldthese zum Ausdruck kommt, daß die kaiserliche Politik eine erdrückende Verantwortung für den Ausbruch des Krieges zu tragen hätte. Wir können uns natürlich an dieser Stelle mit Poincaré deswegen nicht herumstreiten. Es verdient nur festgestellt zu werden, daß es nicht zutrifft, wie in letzter Zeit ab und zu kolportiert wurde, daß Poincaré in bezug auf die Kriegsschuldfrage manches zugelernt habe.

Seine Auffassung, daß das deutsche Volk, wenn es seine Regierung von 1914 desavouieren würde, irgendeine andere Beurteilung zu erwarten hätte, ist volkommen unrichtig. In der berüchtigten Mantelnote vom 16. Juni 1919, bei der von den von Poincaré angeführten „ritterlichen Traditionen Frankreichs" beim besten Willen nichts zu spüren ist, hat man Deutschland jedenfalls etwas ganz anderes mitgeteilt[6]). Es heißt hier wörtlich:

„Das deutsche Volk kann also nicht behaupten, daß, weil es den Krieg nun einmal verloren, seine Regierenden gewechselt, die

---

richtete der Feind in der Nähe des Festplatzes unter den kurz zuvor noch so fröhlichen schuldlosen Kindern an. Als die französischen Flieger nach einer Viertelstunde wieder verschwanden, konnten sie sich des traurigen Erfolges rühmen, daß sie 117 wehrlosen Menschen, darunter 30 Männern, 5 Frauen und 82 Kindern — mitten heraus aus dem blühenden Leben — einen schrecklichen Tod bereitet hatten, und daß weitere 140 Unglückliche, darunter 48 Männer, 20 Frauen und 72 Kinder, verwundet in ihrem Blute lagen. Jammernd irrten verzweifelte Mütter unter schrecklich verstümmelten Leichen umher, um ihre getöteten Lieblinge zu suchen. Drei blühende Knaben hatte eine von ihnen verloren; eine andere, die Witwe eines gefallenen Kriegers, den einzigen Sohn. Soldaten selbst, die draußen im Felde kein Schrecken des Kampfes erschüttert hatte, bekannten, daß ihnen nie zuvor so Furchtbares vor Augen gekommen sei. . . ."

[6]) Die Note hat nicht, wie auch von deutscher Seite noch oft angenommen wird, Clemenceau, sondern Philip Kerr, den Sekretär Lloyd Georges, zum Verfasser.

Gerechtigkeit es wolle, daß es den Folgen seiner Kriegshandlungen entzogen werde."

Es hat also für das deutsche Volk nicht den geringsten Sinn, Poincaré zuliebe von seiner Vorkriegsregierung außenpolitisch abzurücken. Die ganze Redewendung Poincarés ist nur wieder das alte plumpe Manöver, im deutschen Volk Unfrieden zu stiften.

Des Pudels Kern.

Ein weiteres Schreckgespenst für Poincaré ist die Revision des Dawes-Plans. Hier verlangt der französische Ministerpräsident von den deutschen Finanzautoritäten, sie dürften nicht durchblicken lassen, daß binnen zwei Jahren Deutschland eine Revision des Dawes-Plans fordern und nicht mehr die vorgesehenen Zahlungen leisten werde. Poincaré, der doch als Finanzminister wirtschaftlichen Dingen nicht fernsteht, fordert also, daß deutsche Finanzmänner Vogel-Strauß-Politik treiben sollen, anstatt im Interesse der deutschen und der Weltwirtschaft die Dinge zu zeigen, wie sie wirklich sind. Im übrigen ist gerade Poincaré derjenige, welcher die Zahlung der Reparationsschulden von einer These abhängig gemacht hat, die in der Welt der Vernünftigen als widerlegt und unhaltbar betrachtet wird. Müssen wir Poincaré wieder daran erinnern, daß er es doch war, der am 28. Dezember 1920 im „Temps" geschrieben hat:

„Wenn es nicht die Zentralmächte gewesen sind, die den Krieg verursacht haben, warum sollten dann gerade sie verurteilt sein, den Schaden zu bezahlen? Aus einer geteilten Verantwortlichkeit folgt notwendig und gerechterweise auch eine Aufteilung der Kosten."

Ein Nachspiel.

Hardens Plädoyer.

Als am 20. Juni die Kunde nach Deutschland drang, daß der französische Ministerpräsident vor einem Denkmal in Lunéville mit aufreizenden Worten die Fäden zu zerreißen suchte, die mühevoll von den Außenministern diesseits und jenseits des Rheins geknüpft worden waren, hatte wohl niemand gedacht, daß der reaktionäre Poincaré noch Anhänger in Deutschland finden würde. Doch die Hoffnung war trügerisch. Ein fast Vergessener trat auf und verstieg sich in schwindelnder Höhe zu der Auffassung, daß gerade jetzt, nach der Rede Poincarés, „aller Gestirne Gunst der deutschen Republik leuchten".

Die berüchtigte Mantelnote vom 16. Juni 1919, mit den ungeheuerlichen Sätzen, daß es Deutschland gewesen sei, welches

durch den Weltkrieg das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker begangen habe, sind für Harden nur unbedeutende Schriftsätze prozessierender Parteien, und nur ein trügendes Gedächtnisbild hätte den Glauben geschaffen, unserem Volk sei „ein Geständnis seiner Schuld am Kriege erpreßt worden". Wenn ein Gedächtnis trügt, so ist es sicherlich nicht das des deutschen Volkes. Viele Zeugnisse ließen sich hierfür anführen, nur eines sei genannt:

„Die Urheber des Versailler Vertrages wollten, daß er vor allem auf einer moralischen Idee fuße. Sie haben gedacht, daß sie diesen Vertrag nicht nur durch den Sieg rechtfertigen müßten, so wie es früher geschah, sondern, daß sie ihn besonders durch die Feststellung der Schuld selbst am Kriege zu rechtfertigen hätten, und die beiden Kammern Frankreichs haben sich einstimmig dieser Handlungsweise angeschlossen."

Also sprach Poincaré in der Rede der französischen Kammer vom 5. Juli 1922. Auch ist die berüchtigte Mantelnote nicht zu den Akten gelegt worden, sondern sie wird, jedenfalls ihrem Inhalt nach, bis heutigen Tages immer wieder hervorgezerrt, wenn es gilt, den Deutschen zu drücken. Ein Volk, das Achtung vor sich selbst hat, kann diese Note nicht vergessen, es sei denn, daß sie ebenso feierlich zurückgenommen wird, wie sie unter Drohung einer bis an die Zähne bewaffneten Welt der deutschen Republik aufgezwungen wurde.

Der angebliche Bombenabwurf bei Nürnberg.

Die deutsche Kriegserklärung an Frankreich.

Von Graf Max Montgelas.

(Nachdruck „Berliner Tageblatt", 7. März 1922, Nr. 111.)

Noch immer scheint in Frankreich, obwohl nunmehr über zwei Jahre seit der vollständigen Veröffentlichung der deutschen Akten verstrichen sind, die Ansicht zu bestehen, daß die deutsche Kriegserklärung vom 3. August 1914 ausschließlich mit dem Bombenabwurf bei Nürnberg begründet gewesen sei, und daß diese Nachricht lediglich auf betrügerischer und böswilliger Erfindung der obersten Regierungsstellen beruht habe.

I. Die Nachrichten der Kriegserklärung. Die deutsche Viererkommission in Versailles hatte schon in ihrem am 28. Mai 1919 übergebenen Bericht festgestellt, daß vor Uebergabe der deutschen Kriegserklärung zahlreiche

Grenzverletzungen auch auf dem Landwege durch französische Truppen tatsächlich stattgefunden haben, daß jedoch die in der Kriegserklärung an zweiter Stelle erwähnten Fliegerangriffe auf Meldungen beruhten, die „leichtfertig ohne genügende Nachprüfung verwertet wurden". Zur näheren Begründung wurde sodann in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 25. Juni 1919 Nr. 297 unter genauer Angabe von Ort, Zeit und Truppenstärke ausgeführt, daß nach den Kriegsakten des deutschen Generalstabes nicht weniger als neunzig Grenzverletzungen von französischer Seite stattgefunden haben, und zwar 34 auf dem Luftwege, 36 durch Infanterie- und Kavalleriepatrouillen und 20 durch stärkere Abteilungen.

Aus den im Dezember 1919 veröffentlichten „Deutschen Dokumenten zum Kriegsausbruch" ergibt sich ferner:

Die deutsche Regierung verständigte am 3. August schon 10 Uhr vormittags (Dokument Nr. 716) die Pariser Botschaft, daß „deutsche Truppen bisher nirgends die französische Grenze überschritten" hätten, hingegen „wegen fortgesetzter Grenzüberschreitungen durch französische Truppen" der Abbruch der diplomatischen Beziehungen bevorstehe. In der 1 Uhr 5 Minuten nachmittags abgesandten Kriegserklärung (Dokument Nr. 734) war sodann an erster Stelle von Grenzüberschreitungen auf dem Landwege „bei Altmünsterol und auf Gebirgsstraße in Vogesen" die Rede. Das Telegramm von 10 Uhr vormittags (Dokument Nr. 716) kam in gänzlich verstümmeltem Zustande auf der Botschaft an und konnte dort überhaupt nicht entziffert werden. In der Kriegserklärung (Dokument Nr. 734) war der erste Teil, der von den Grenzverletzungen auf dem Landwege handelte, gleichfalls so verstümmelt, daß alle Versuche zur Entzifferung mißlangen. Der zweite Teil, der die Fliegermeldungen enthielt, konnte hingegen, wenn auch nur unvollständig, enträtselt werden. Hierdurch erklärt sich, warum in dem vom deutschen Botschafter übergebenen Text (Nr. 743 b) nur von Grenzverletzungen durch Flieger die Rede ist. Schon der Umstand, daß diese Mitteilung in Form eines persönlichen Briefes in französischer Sprache gehalten war, sollte es jedem politisch geschulten Leser klarmachen, daß es sich hier nicht um den amtlichen Text einer deutschen Regierungserklärung handeln kann.

II. Die beim Auswärtigen Amt vorliegenden Nachrichten. Vor Absendung der Kriegserklärung um 1 Uhr 5 Minuten nachmittags hatte das Auswärtige Amt nach Ausweis der veröffentlichten Akten folgende Meldungen erhalten:

1. über Grenzverletzungen durch Infanterie im Elsaß in der Nacht vom 1. zum 2. August (Dokument Nr. 663);

2. über Grenzverletzungen durch Infanterieabteilungen und Kavalleriepatrouillen im Elsaß sowie durch Flugzeug bei Wesel, ferner über den Versuch der Sprengung eines Eisenbahntunnels, sämtliche Vorkommnisse im Laufe des 2. August (Dokument Nr. 693).

Unmittelbar nach Absendung der Kriegserklärung traf um 1 Uhr 45 Minuten nachmittags eine telephonische Mitteilung des Großen Generalstabes ein, welche die vorstehenden Grenzverletzungen bestätigte und weitere Grenzüberschreitungen durch Patrouillen, durch Infanterieabteilungen, durch Flieger und durch ein Luftschiff berichtete (Dokument Nr. 739).

Wann und wie die Meldung über den Bombenabwurf bei Nürnberg an das Auswärtige Amt gelangt ist, läßt sich nach den Akten nicht feststellen.

III. Der Ursprung der Nürnberger Fliegermeldung. Beim Großen Generalstab lag diese Meldung vor. Das Journal des Oberquartiermeisters I vermerkt am 2. August Nr. 38: „III. Bayerisches Armeekorps meldet: Flieger werfen bei Nürnberg Bomben ab.“ Aus weiteren ungedruckten Akten des Reichsarchivs, die in Abschrift dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß vorgelegt sind, ist nachstehender Sachverhalt zu entnehmen:

Der damalige Stabschef des genannten Korps hat bei den Nachforschungen im Oktober 1919 berichtet, er habe am 1. August — vermutlich Irrtum für 2. August — von der Eisenbahndirektion Nürnberg telephonisch Nachricht über Bombenabwürfe in der Umgegend erhalten, diese Nachricht unter Vorbehalt an den Großen Generalstab weitergegeben und, nachdem die Eisenbahndirektion die Nachricht als unzutreffend erkannt hatte, auch hiervon dem Großen Generalstab durch Fernsprecher Mitteilung gemacht.

Der Eisenbahndirektion Nürnberg war die Nachricht am 2. August sowohl von der Strecke Würzburg—Nürnberg als auch von der Strecke Ansbach—Nürnberg zugegangen; daraufhin verständigt die Linienkommandantur Nürnberg die Eisenbahnabteilung des Großen Generalstabes telegraphisch mit dem Zusatz, daß „sichere Nachricht nicht zu erlangen“. Ein Widerruf dieser Meldung ist, soweit die Akten Aufschluß geben, nicht erfolgt. Da alle Stationen der Strecken Würzburg—Nürnberg und Ansbach—Nürnberg von der Eisenbahndirektion durch Umlauftelegramme von dem angeblichen Vorfall in Kenntnis gesetzt wurden, dürfte auf diese Weise die Nachricht in die Presse gelangt sein.

Die Kriegstagebücher des III. Bayerischen Armeekorps, der 5. Infanteriedivision (Nürnberg), des 21. Infanterieregiments (Fürth bei Nürnberg) und des 7. Infanterieregiments (Bayreuth) enthalten zahlreiche Gerüchte und Telephonnachrichten über feindliche Flieger. Die meisten dieser Nachrichten wurden als unglaubwürdig befunden, jedoch wurden an verschiedenen Stellen Sicherheitsmaßnahmen für alle Fälle angeordnet, was gleichfalls der Presse bekanntgeworden sein wird.

Ob die in der „Vossischen Zeitung“ vom 9. Oktober 1919 aus Genf gebrachte Nachricht zutrifft, wonach ein französischer Flieger am 1. August 1914 über Nürnberg nach Frankreich zurückgeflogen und beim Ueberfliegen von Nürnberg beschossen worden sein will, kann nach den im Reichsarchiv vorhandenen Akten nicht endgültig entschieden werden.

IV. Die Verstümmelung der deutschen Zifferntelegramme. In hohem Grade auffallend ist der Umstand, daß vom Morgen des 3. August an die Zifferntelegrame des Berliner Auswärtigen Amtes an die Botschaft in Paris dort verstümmelt eintrafen (Dokument Nr. 716 und 734, dazu 734a, 776 und 809). Diese Tatsache ist um so auffallender, als das eine am 3. August im Gelbbuch enthaltene Telegramm des französischen Auswärtigen Amtes an den Botschafter in Berlin ankam (Gelbbuch Nr. 149). Die verstümmelt eintreffende deutsche Kriegserklärung ist nach Ausweis der Akten der Pariser Botschaft über England befördert worden, von wo sowohl der deutsche als der französische Botschafter (Gelbbuch 143, 144 und 145) ohne jede Störung mit ihren Regierungen verkehren konnten.

V. Schlußfolgerungen. 1. Die deutsche Kriegserklärung an Frankreich erwähnte in erster Linie Grenzverletzungen auf dem Landwege, erst in zweiter Linie solche durch Flieger.

2. Die unrichtige Meldung über Nürnberg ist darauf zurückzuführen, daß der erste Fernspruch des Stabschefs des III. Bayerischen Korps ohne den beigefügten Vorbehalt, die Widerrufmeldung aber überhaupt nicht in das Operationsjournal des Großen Generalstabes eingetragen wurde. Hier liegt eine schlimme Leichtfertigkeit des betreffenden Fernsprechoffiziers vor.

3. Auch das Auswärtige Amt hätte von sich aus dem Sachverhalt weiter nachgehen sollen, als am Nachmittag des 3. August, nach Absendung der Kriegserklärung, eine den Vorfall in Zweifel ziehende Meldung der Münchener Gesandtschaft eintraf (Dokument Nr. 758). Dabei kommt freilich in Betracht, daß im richtigen Text der Kriegserklärung (Dokument Nr. 734) das Vorkommnis bei Nürnberg eine sehr nebensächliche Rolle spielt.

4. Infolge der Verstümmelung aller Zifferntelegramme war vom Morgen des 3. August ab der normale diplomatische Verkehr zwischen Deutschland und Frankreich unterbunden. Die Schuld hierfür liegt nicht auf deutscher Seite.

Poincaré's Rede in Lunéville am 19. Juni 1927.*)

Indem ich heute im Auftrage der Regierung der Republik gekommen bin, um das ruhmvolle Andenken an 872 ihrer für das Vaterland gestorbenen Mitbürger zu feiern und ihren Familien die unwandelbare Anteilnahme der staatlichen Stellen auszudrücken, kann ich mich persönlicher Empfindungen nicht erwehren, die meine durch den dienstlichen Auftrag in mir hervorgerufene innere Bewegung noch steigern. Wie Herr Dr. Bichat zu erwähnen die Güte hatte, bin ich durch bereits sehr alte Bande mit Ihrer Stadt verknüpft, und auf Schritt und Tritt tauchen mir liebe Erinnerungen wieder auf. Selbst der Name Ihres Bürgermeisters ruft in meinem Geiste die Zeit meiner Jugend wach, und ich gedenke der hervorragenden Verdienste des damaligen Rektors Ernest Bichat um die Entwicklung der Universität Nancy. Das Schloß Leopolds und Stanislaus', der Kanal von Vezouse und die grünenden Anlagen zeigen mir Bilder, die ich vor 40 Jahren vor Augen hatte, als ich, damals Unterleutnant der Reserve im 2. Jäger-Bataillon zu Fuß und bereits Deputierter des Departements Meuse, gekommen war, um einige Augenblicke im Kasino der Offiziere der Garnison zu verweilen. Das war kurz nach dem Zwischenfall Schnaebele. Wir hatten die schmerzliche Empfindung, daß durch den Vertrag von Frankfurt jenseits unserer neuen Grenze eine französische Bevölkerung trotz ihrer wiederholten Proteste von uns ferngehalten würde und daß wir trotz unseres Verzichts den kaiserlichen Launen und Brutalitäten auf Gnade und Ungnade ausgeliefert waren. Wie ganz Frankreich hielten auch wir treu am Frieden fest und uns blieb nichts, als Umschau zu halten und die Blicke auf die lothringischen Felder zu werfen, um zu sehen, wie unsere Bauern, zur mütterlichen Erde geneigt und ganz in ihre Arbeit versunken, weit davon waren, an einen Krieg zu denken.

*) Übersetzung nach dem im „Temps" vom 20. Juni 1927 veröffentlichten Wortlaut der Rede.

Je mehr die Zeit verging, um so mehr lehnte unsere Demokratie, die sich sozialen Werken zuwandte, jeden kriegerischen Gedanken ab. Trotzdem aber vermochte sie es nicht, sich dem Waffenlärm zu verschließen, der jenseits der Vogesen immer mehr anschwoll. Die Einwohner von Lunéville selbst haben rund ein Jahr vor Ausbruch der Feindseligkeiten einen sehr charakteristischen Zwischenfall kennengelernt. Mehrere deutsche Seeleute waren in Helgoland am 5. März 1913 in Ausübung ihres Dienstes tödlich verletzt worden, und der Präsident der französischen Republik hatte an den deutschen Kaiser ein Beileidstelegramm gesandt. Knapp einen Monat später, am 3. April 1913, ging ein lenkbares Luftschiff der Firma Zeppelin, der L.-Z. 16, der nur wenig Ballast und Betriebsstoff mit sich führte, auf dem Manöverfelde von Lunéville nach einer eigenartig verdächtigen Fahrt nieder. Mit drei Offizieren war er aus Friedrichshafen abgefahren, hatte französisches Gebiet in der Umgegend von Belfort überflogen und wurde nacheinander in Xertigny, in Passavant, in Epinal, in Manoviller mit wechselnder Flughöhe gemeldet. Unter Verletzung der Luftschiffahrtsbestimmungen kreuzte er geheimnisvoll hin und her auf der ganzen französischen Grenze, die mit Befestigungsanlagen versehen ist. Sobald das Luftschiff, das eine Länge von 140 Metern hatte, gelandet war, wurde es von Soldaten umgeben, die auf dem Exerzierplatz manövrierten. Sie schützten es gegen jede Beschädigung und hielten alles von ihm fern bis zur Ankunft der Behörden. General Hirschauer, der damals Generalinspektor des Luftfahrtwesens war, wurde im Auftrag der Regierung von Paris dorthin geschickt, um eine beschleunigte Untersuchung einzuleiten, und auf seinen Bericht hin wurde beschlossen, daß das Luftschiff mit seiner Mannschaft auf dem Luftwege nach Deutschland zurückkehren dürfe, nachdem es seinen Betriebsstoff ergänzt, seine Ballons wieder gefüllt und die Beschädigungen repariert habe. Die Offiziere sollten im Automobil nach Deutsch-Avricourt ohne jede Belästigung zurückkehren. Am folgenden Tage begab sich der deutsche Botschafter in Paris zu dem Außenminister Herrn Pichon und drückte ihm „seine lebhafte Dankbarkeit aus für die Art und Weise, wie die französische Regierung diesen bedauerlichen Zwischenfall beigelegt hätte". Kaum aber war das Luftschiff in Metz angekommen, kaum waren die Offiziere, die sich darin befunden hatten, nach Straßburg zurückgekehrt, als sich in der Presse jenseits des Rheins ein Schimpfen gegen Frankreich erhob und die kaiserliche Regierung selbst Herrn von Schoen noch einmal an den Quai d'Orsay senden zu müssen glaubte, um sich ungerechterweise über die Haltung der französischen Zivilbehörden zu beschweren, über die angebliche Behinderung des Kapitäns und des Piloten in der Benutzung des Telegraphen, über die gehässigen, unserer friedlichen Bevölkerung angedichteten Demonstrationen, über die beleidigenden, mit Bleistift an der Gondel angebrachten Inschriften. Und mehr noch, als die kaiserliche Regierung erfahren hatte, daß unser Unterpräfekt zum Präfekten ernannt worden war, hatte sie die Geschmacklosigkeit, ihr Veto gegenüber dieser ganz ordnungsmäßigen Beförderung einzulegen. So kam es, daß aus einer Angelegenheit, für die uns keinerlei Verantwortlichkeit traf und die von Frankreich mit vollendetem Takt erledigt worden war, die öffentliche Meinung, getäuscht durch eine außerordentlich lärmende Presse und durch das Verhalten des Berliner Kabinetts selbst, gegen uns die verleumderischesten und widersinnigsten Schlüsse zog.

Drei Tage darauf begannen im Reichstag die Debatten über den neuen Gesetzentwurf zur Erhöhung der Effektivstärke des Heeres. Es

war offenbar, daß man versucht hatte, durch eine klug angebrachte Darstellung des Zwischenfalls von Lunéville der Abstimmung vorzuarbeiten. Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg beleidigte in seiner Rede schwer das französische Volk. „Die Franzosen haben — sagte er —, temperamentvoll, wie sie sind, in den türkischen Niederlagen von Burgas und Kirkilisse deutsche Niederlagen gesehen, und jetzt bilden sie sich ein, sie hätten den Krieg gegen uns schon gewonnen, und sie spekulieren bereits nicht nur auf die Unterstützung der Balkanstaaten, sondern auch auf die der Elsaß-Lothringer." So klärte das Reich die öffentliche Meinung über die Wahrheit auf!

Sie wissen mehr als irgendein anderer, daß zu Beginn des Krieges wieder ähnliche Lügen auftauchten. Das Reich hat in der Erklärung, die es uns übermittelte, nicht nur auf eine Tatsache sich berufen, deren Fälschung leicht erkannt wurde, auf das Bombardement Nürnbergs durch französische Flieger, sondern am 3. August 1914, um 17 Uhr 22 Minuten, d. h. ungefähr anderthalb Stunden, bevor die französische Regierung diese Erklärung erhalten hatte, warf ein deutscher Aeroplan sechs Bomben auf unsere Stadt herab. Das war der Anfang Ihrer Prüfungen. Einige Monate später, am 3. Dezember 1914, kam ich nach Lunéville und fand es in Trümmern. Die Stadt war seit dem 22. August von dem Feinde besetzt gewesen, während unsere zweite Armee sich auf den Grand-Couronné von Nancy zurückzog. Hier, wie in vielen anderen lothringischen Gemeinden, wie auch in so zahlreichen belgischen Städten, hatten die kaiserlichen Offiziere die falsche Behauptung aufgestellt, von Zivilpersonen sei auf sie geschossen worden, und das nahmen sie zum Vorwand, um deren Häuser niederzubrennen und Unschuldige zu massakrieren. Während blutige Schlachten sich vor Ihren Toren abspielten, während das XX. Armeekorps durch Wunder der Tapferkeit sich auszeichnete bei der Ferme de la Faisandrie, bei dem Hügel von Frascati, bei der Ferme Saint-Evre, waren Sie den schrecklichsten Qualen ausgesetzt, gezwungen, schwere Kriegskontributionen zu zahlen, und genötigt, dem Feinde Geiseln auszuliefern. Nach der Befreiung durch unser XV. Armeekorps am 12. September haben Sie nicht mehr unter erneuten feindlichen Angriffen zu leiden gehabt, aber stets waren Sie, vor dem Waffenstillstand, nahe der kämpfenden Front, und Sie mußten alle Arten von Beschießungen ertragen, durch Geschütze, durch Aeroplane, durch Zeppeline. Als ich Sie am 14. Mai 1916 wiedersah, nachdem ich die Truppen im Walde von Parroy besucht hatte, fand ich in einer teilweise zerstörten Stadt eine ruhige, duldsame Bevölkerung, entschlossen, durchzuhalten, und voll Vertrauen auf den Sieg. Und doch hatte einige Wochen vorher das deutsche 380er Geschütz, das von Hampont aus Nancy bombardierte, acht Geschosse auf die Eingänge Ihrer Stadt geworfen.

Wollte man von Ihnen verlangen, daß Sie diese tragischen Stunden vergessen sollen, so hieße das, Sie zu verleiten, einen Teil von Ihrem Selbst aufzugeben. Ihre Leiden gehören Ihnen, und der Mut, den Sie bewiesen haben, ehrt Sie viel zu sehr, als daß in Ihren Annalen die Spur davon nicht feierlich gehütet werden sollte. Damit ist aber nicht gesagt, daß weder die Einwohner von Lunéville, noch die Lothringer, noch die Franzosen in ihren furchtbaren Erinnerungen an den Krieg ewige Rachegefühle gegen eine Nachbarnation hegen sollen. Wenn Deutschland nach seiner Niederlage offen die Regierung und die Militärkaste, die es in den Krieg gezerrt hat, verleugnet hätte, wenn es unsere eigne Ab-

lehnung der Vergangenheit von 1870 nachgeahmt hätte, wenn es nicht aller Wahrheit zum Trotz die erdrückenden Verantwortlichkeiten der kaiserlichen Politik in Abrede gestellt hätte, wäre es niemandem in den Sinn gekommen, ein Volk mit einer gestürzten Regierung gleichzuachten und der Gesamtheit der Deutschen die verabscheuungswürdigen Verbrechen, deren wir Zeugen gewesen sind, anzurechnen. Wir sind viel zu gerecht, um nicht aus eignem Antrieb die notwendigen Unterscheidungen zu machen, und kein Mensch unter uns verfolgt das gesamte deutsche Volk mit Haß und Rache, was ja auch eigenartig abstechen würde von den ritterlichen Traditionen Frankreichs. In seiner langen und herrlichen Geschichte hat unser Land jedesmal, wenn es siegreich war, dem Besiegten von selbst die Hand entgegengestreckt.

Unter einer Bedingung allerdings: daß man nicht versucht, ihm weder diesen Sieg streitig zu machen, noch den Kampf wieder aufzunehmen. Was unglücklicherweise den Frieden, seitdem er erklärt worden ist, zu stören gedroht hat, ist sicherlich nicht der böse Wille Frankreichs; niemals hat Frankreich etwas über die Verträge hinaus erreichen wollen oder außerhalb derselben; es hat nur die Sicherheit seiner Grenzen und die Zahlung der Reparationskosten verlangt, und das tut es noch immer. In Locarno wie in Genf hat es, meiner Ansicht nach, deutliche Beweise seines Friedenswillens gegeben. Warum aber schickte Deutschland vor 14 Tagen ostentativ nach Lissabon ein Kriegsschiff, das es „Elsaß" nennt? Warum hat ein Reichsminister, und keiner von den unbedeutenden, in seinen Reden am 1. und 3. November 1925, also nach Locarno, gesagt, daß der Verzicht auf eine bewaffnete Macht Deutschland einfach zudiktiert worden ist unter der Feststellung, daß es keine bewaffnete Macht mehr besitzt? Warum hat er erklärt, daß es einen irgendwie gearteten moralischen Verzicht auf Provinzen oder deutsche Bevölkerungsteile nicht gäbe? Und warum hat ein anderer Minister noch ausdrücklicher hinzugefügt, er betrachte das Elsaß als eine deutsche Provinz und, der Gewalt weichend, habe Deutschland auf keinerlei deutsches Land verzichtet? Kann die Berliner Regierung glauben, daß eine solche Auslegung der Vereinbarungen von Locarno den Gefühlen Frankreichs entspricht?

Warum deuten andererseits hohe Finanzautoritäten des Reichs schon jetzt an, daß vor Ablauf von zwei Jahren Deutschland eine Revision des Dawes-Planes verlangen und die vorgesehenen Zahlungen nicht mehr leisten werde? Sind das in Wahrheit hinsichtlich zweier Fragen von vitaler Bedeutung für Frankreich weise und versöhnliche Worte? Wenn Deutschland uns offen sagte: „Ich habe auf Elsaß-Lothringen verzichtet, das ich Euch mit Gewalt im Jahre 1871 entrissen habe und das einstimmig gegen die Annexion protestiert hatte; ich werde nicht versuchen, es Euch wieder zu nehmen, weder durch eine neue Gewalttätigkeit, noch durch List oder auf irgendeine sonstige Weise." Wenn gleichzeitig, wie es die Botschafter-Konferenz verlangt hatte, es sich endlich bereiterklären würde, seine Polizei zu reorganisieren, seine militärischen Verbände aufzulösen, seine Waffenlager und Kasernen zu veräußern, die es vertragswidrig noch erhält, seine verbotenen Befestigungsanlagen zu zerstören, so würde es der Welt Unterpfänder des Friedens geben, die alle Besorgnisse zerstreuen und eine Annäherung erleichtern würden, die wir wahrlich nicht in letzter Linie wünschen.

Vor einigen Wochen habe ich, wie es alle meine Vorgänger getan haben, vor aller Oeffentlichkeit auf den zwei Bedingungen bestanden:

Reparationszahlungen und Sicherheit. Diese paar Worte von mir sind in vielen deutschen Zeitungen entstellt wiedergegeben und vielfach mit Gehässigkeit kommentiert worden. Man hat mich wie einen Größenwahnsinnigen hingestellt und behandelt, als eine ruppige Personifikation unseres armen Lothringens, unfähig, andere Absichten als die auf Rache großzuziehen. Wenn ich von derartigen Leidenschaften erfüllt wäre, so würden Sie die ersten sein, die mich verleugneten. Wir verabscheuen nicht allein den Krieg, weil diese Gegend darunter noch mehr gelitten hat als andere Gebiete Frankreichs; sondern wir haben noch weit mehr wie der übrige Teil unseres Landes Interesse daran, gute Beziehungen mit unsern Nachbarn wieder aufzunehmen. Hoffen wir, daß wir sie in gegenseitigem Vertrauen und ohne Hintergedanken wieder aufnehmen können. Wir sind sicher, daß dies der Wunsch unserer Toten sein würde, wenn sie noch unter uns weilten. Sie haben nicht für die Vernichtung oder die Demütigung eines fremden Volkes gekämpft. Sie kämpften für die Freiheit ihres Vaterlandes. Sie haben nicht nach Eroberungen getrachtet; sie haben nur gedacht, daß ein ihnen aufgezwungener Krieg nicht zu Ende gehen dürfte, bevor nicht Frankreich die Provinzen, die ihm entrissen worden waren, zurückerhalten hätte. Der Sieg hat ihre Anstrengungen gekrönt. Frankreich hat nichts weiter zu wünschen als den Frieden, wie er in der Innehaltung der Verträge begründet ist. Es hat gestern nichts anderes gewollt, will heute nichts anderes und wird auch morgen nichts anderes wünschen.

Das Entscheidende über den „Halt in Belgrad".

Von Hermann Lutz.

In seinem bekannten „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage", Berlin und Leipzig 1923, Seite 123/4, hat Graf Max Montgelas in bezug auf das lange Zögern Wiens, zum deutschen und englischen Vorschlag des österreichischen Faustpfandes, des „Halt in Belgrad", Stellung zu nehmen, geschrieben:

„Welches waren nun aber die Gründe für das unbegreiflich scheinende Zögern in Wien? Das vorgeschützte „Einholen der Befehle des Kaisers" war ja selbstverständlich nötig, doch der Weg vom Ballhausplatz bis zur Hofburg, wohin Franz Joseph am 30. von Ischl zurückgekehrt war, ist nicht weit. Die wahren Ursachen sind sicherlich andere gewesen. Zunächst mußte Tisza gehört werden — D 440. Das war der Fluch der Doppelmonarchie, daß die auswärtige Politik an zwei Orten zugleich gemacht werden mußte. Dann kam aller Wahrscheinlichkeit nach eine noch wenig erörterte militärische Schwierigkeit. Die Beschränkung der Operationen auf Belgrad und Umgebung war einfach durchzuführen, wenn der österreichische Kriegsplan den direkten Vormarsch dorthin vorsah. Conrad aber wollte auf weiten Umwegen an

der Nordwestecke des Königreichs die Offensive ansetzen, so daß er auf denkbar schlechtesten Verbindungen halb Nordserbien von West nach Ost durchziehen mußte, bis er zur Hauptstadt gelangte. In dieses strategische Geheimnis war man in Berlin nicht eingeweiht, sonst würde man vielleicht das Wort Belgrad weniger betont haben."

Die „Viererkommission" in Paris, der Graf Montgelas angehörte, hatte diese militärische Seite der Sache offenbar noch nicht in Betracht gezogen; denn sie meinte: „Mit dem erwähnten Vermittlungsvorschlag vom 29. Juli nachmittags (Blaubuch Nr. 88) war der Weg zur Erhaltung des Friedens gefunden." [1]) Noch 1921 haben Professor Hans Delbrück und Graf Max Montgelas gemeinsam den „Halt in Belgrad" als einen „aussichtsvollen Vorschlag" gewertet.[2]) Meines Wissens als Erster hat sodann Graf Montgelas in seinem „Leitfaden" den „Halt in Belgrad" in neues Licht gerückt (siehe oben) und damit eine Frage aufgeworfen, deren Untersuchung notwendig war. Ihr hat sich Herr A. von Wegerer im Dezemberheft 1923 der „Kriegsschuldfrage", Seite 130 ff., gewidmet. Über die Gründe, warum Wien den Vorschlag abgelehnt habe, heißt es da (Seite 132):

„Wie uns Tschirschky mitteilt, waren die beiden einflußreichsten Persönlichkeiten im österreichischen Auswärtigen Amt, Graf Forgách und Graf Hoyos, der Ansicht, daß für diese Entscheidung über den „Halt in Belgrad" die Ansicht Tiszas eingeholt werden müsse, der erst am 31. Juli in Wien erwartet wurde. — Den Grund kann man kaum für stichhaltig ansehen, da man Tiszas Ansicht wohl telephonisch hätte erfahren können. Auch die Angabe, daß die Stimmung in der österreichischen Armee und im Volke eine Einschränkung der militärischen Operationen nicht zulasse, kann nicht als triftiger Grund angesehen werden." [3])

Herr von Wegerer kam dann in der Meinung, die angezogene Stelle aus dem „Leitfaden" bringe uns „auf den richtigen Weg", zu dem überraschenden Ergebnis, „das Verhängnisvolle" bei dem deutschen und englischen Gedanken des Faustpfandes und „Halt in Belgrad" sei gewesen, daß er „sich praktisch nicht verwirklichen ließ und an der Unmöglichkeit seiner Ausführung auch zugrunde ging." [4])

---

[1]) „Deutschland schuldig? Deutsches Weißbuch über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges", Berlin 1919, Seite 59. Einklammerung und Sperrdruck im Original.

[2]) „Versailles! Volkskommentar des Friedensdiktats", herausgegeben von Freiherrn von Lersner, Berlin 1921, Seite 50/1. Ähnlich im „Leitfaden" Seite 110: „. . . sehr geschickte, deutscher Initiative zu verdankende Vorschlag „Halt in Belgrad", der wie kaum ein anderer geeignet war, einen Ausweg aus der schwierigen Lage zu zeigen."

[3]) Daß dies doch ein triftiger Grund war, wird sich noch zeigen.

[4]) Seite 130. Ähnlich kategorisch auf Seite 133.

Dazu schrieb ich im Fußnotenteil meines Buches „Lord Grey und der Weltkrieg", Berlin 1927, Seite 391, dem könne ich durchaus nicht beipflichten, und ich verwies dabei auf meine Darlegung im PG., d. h. einem Gutachten über die Julikrise 1914, das ich im Winter 1923/24 dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Reichstages vorzulegen hatte [5]). Ohne Kenntnis meiner Gründe hat darauf Herr Generalstabsoberstleutnant a. D. Rudolf Kißling-Wien auf Veranlassung von Herrn von Wegerer im Märzheft 1927 der „Kriegsschuldfrage", Seite 231 ff., „Die praktische Undurchführbarkeit eines Handstreiches auf Belgrad" erneut dargelegt, um — unter Hinweis auf die zitierte Stelle meines Buches — „diesen abwegigen Ansichten nochmals entgegenzutreten . . . ." Diese Arbeit mit Kartenbeilage ist, wie der vorausgegangene Artikel Herrn von Wegerers, in militärischer Hinsicht sehr beachtenswert. Bei Kißling erscheint da und dort der Handstreich auf Belgrad als nicht ganz so undurchführbar, und der Verfasser legt das entscheidendere Gewicht auf „das verläßliche Behaupten der Stadt". Nur macht er dabei, genau so wie Herr von Wegerer im Dezember 1923, den Fehler, die für die Beurteilung des Ganzen unentbehrlichen politischen Dokumente der Zeit nicht gebührend heranzuziehen. Das hat meine Gegner zu einer starken Überschätzung der rein militärischen Seite der Sache verführt, was, wenn man meine Argumente gekannt oder sie bei mir erfragt hätte, wohl nicht so einseitig der Fall gewesen wäre.

Zu dem Artikel Herrn von Wegerers im Dezemberheft 1923 der „Kriegsschuldfrage" gedachte ich, in dem zu veröffentlichenden PG. folgendes auszuführen:

> „Der Verfasser übersieht dabei, daß es sich gar nicht allein um Belgrad, sondern auch um „andere Plätze" und allgemein um „Grenzgebiete" gehandelt hat. Er übersieht ferner, daß dem Ganzen der Gedanke zugrunde lag, die Serben sollten gar keinen ernsthaften Widerstand leisten. Denn die Einigung auf ein Faustpfand, die zwischen London, Berlin, Rom und Jules Cambon bestand, setzte einen entsprechenden Druck auf Serbien voraus, keinen Widerstand zu leisten (vgl. Österreichisches Rotbuch 1919 Teil II Nr. 90). Sobald also die allseitige Einigung über eine Besetzung Belgrads als Faustpfand erzielt war, konnten auch geringe österreichische Kräfte Belgrad besetzen. Ich verweise hierbei darauf, daß Sasonow schon zu Beginn der Krise den Serben geraten hatte, einem österreichischen Angriff auszuweichen und

[5]) Der Inhalt des Gutachtens ist an sich geheim. Vom Geschäftsführer des Untersuchungsausschusses erhielt ich die Erlaubnis, die Ergebnisse meiner Forschung in dem angeführten Buch über Lord Grey zu verwerten. Das Gutachten selbst unterliegt zurzeit der Neubearbeitung und soll noch in diesem Jahre veröffentlicht werden.

sich ins Innere des Landes zurückzuziehen, was die Serben auch mit Beginn ihrer Mobilmachung getan haben; erst als der befürchtete österreichische Angriff ausblieb, rückten die Serben wieder vor. Wenn man aber auch über diese Punkte verschiedener Meinung sein kann, so sind doch folgende Tatsachen dazu angetan, die Beweisführung A. von Wegerers zu widerlegen: weder die österreichischen noch die deutschen Akten enthalten nämlich auch nur eine Andeutung, daß die militärische Unmöglichkeit, Belgrad rasch zu besetzen, die Beschlüsse Wiens im geringsten beeinflußt hat! Ja, wir haben einen absoluten Beweis, daß offenbar keinerlei Erwägungen, wie sie A. von Wegerer für Österreich-Ungarn annimmt, den Ballplatz beschäftigt haben. Denn bei Erörterung des Vorschlags „Halt in Belgrad" führte Graf Berchtold in der Ministerratssitzung am 31. Juli morgens aus (Ö. III Nr. 79):

„Wir hätten von einer einfachen Besetzung Belgrads gar nichts, selbst wenn Rußland hierzu seine Einwilligung geben würde. Alles dies wäre Flitterwerk, Rußland würde als Retter Serbiens und namentlich der serbischen Armee auftreten. Letztere würde intakt bleiben, und wir hätten in zwei bis drei Jahren wieder einen Angriff Serbiens unter viel ungünstigeren Bedingungen zu gewärtigen."

Kein Wort davon, daß man Belgrad nicht besetzen könne; dafür aber die Begründung: „Wenn die Aktion jetzt nur mit einem Prestigegewinn endete, so wäre sie ... ganz umsonst unternommen worden." Diese Erwägung allein war für die Ablehnung Wiens ausschlaggebend, und zwar im Bewußtsein der militärischen Hilfe Deutschlands [6]). Hätte die Unmöglichkeit, Belgrad rasch zu besetzen, irgendeine wesentliche Rolle gespielt, dann würden die Akten, dann würde insbesondere das Protokoll des Ministerrats vom 31. Juli morgens etwas davon zu berichten wissen."

Das wollte ich den Ausführungen Herrn von Wegerers entgegenhalten. Kißlings Artikel hat mich nun veranlaßt, diesen, zusammen mit dem Aufsatz Wegerers vom Dezember 1923 und meinen Gegenargumenten, den Herren Grafen Berchtold, Forgách und Hoyos zur Stellungnahme vorzulegen, da sie vor allem berufen waren, den Sachverhalt aufzuklären, unter ihnen natürlich in erster Linie Herr Graf Berchtold, der damalige österreichisch-ungarische Außenminister. Nachstehend die erhaltenen Antworten, soweit ihre Veröffentlichung angängig ist.

Graf Alexander Hoyos teilte am 22. März mit, daß es ihm mangels jeder Unterlage heute nicht mehr möglich sei, sich ein

[6]) Nach Conrad Band IV Seite 152 hat Moltke dem österreichischen Militärattaché in Berlin am 30. Juli u. a. gesagt, Wien solle den „von England erneuert eingebrachten Schritt zur Erhaltung des Friedens ablehnen". Es handelte sich dabei um den „Halt in Belgrad". Die Korrektheit der Berichterstattung des österreichischen Militärattachés wurde angezweifelt, namentlich da gleichzeitige andere Telegramme von militärischer Seite aus Berlin davon nichts melden. Der Fall wird im Zusammenhang mit der Haltung Moltkes in der Julikrise 1914 zu prüfen sein.

solch klares Bild von der Sache zu machen, um zu dem Meinungsunterschied ein Urteil abgeben zu können. Er wisse aber „bestimmt, daß Baron Conrad sich gegen jede Aktion gegen Belgrad vor Beendigung des Aufmarsches ausgesprochen hat", und Graf Hoyos glaubt, „daß die Entschließung des Grafen Berchtold jedenfalls hierdurch beeinflußt wurde".

Botschafter a. D. Graf J. Forgách sah sich infolge des Mangels an dokumentarischen Unterlagen ebenfalls außerstande, publizistisch verwertbare Aufklärungen über den Fall zu geben. Er hebt indes auch hervor, daß man militärischerseits jeder überhasteten Aktion, jedem „Handstreich" usw. vollkommen abgeneigt war; die militärischen Stellen wollten genau nach den im Generalstab ausgearbeiteten Plänen vorgehen und lehnten das Eingehen auf abweichende, plötzlich und unvorbereitet auftauchende Ideen ab.

Hier nun wörtlich die Auskunft von Graf Berchtold.

„Wien, 29. April 1927.

Ihre sehr geschätzte Mitteilung vom 18. März l. J. habe ich infolge längerer Abwesenheit von der Heimat erst mit einiger Verspätung zu erhalten die Ehre gehabt. — Sie richten die Aufforderung an mich, in einer „Meinungsverschiedenheit", die sich bei publizistischer Erörterung der seitens Deutschlands und Englands in den letzten Julitagen 1914 in Vorschlag gebrachten, als „Halt in Belgrad" bekanntgewordenen Lösung ergeben hätte, Stellung zu nehmen. Es wäre — wie Sie beifügen — von geschichtlichem Werte, meine diesbezügliche Ansicht in Erfahrung zu bringen.

Wenn ich Euer Wohlgeboren gut verstanden habe, besteht die Auffassungsdifferenz darin, daß Sie politische Gründe für unsere reservierte Haltung gegenüber dieses Vorschlages als maßgebend betrachten, indes von anderer Seite in den dagegen anzuführenden gewichtigen militärischen Bedenken das Motiv für unsere verklausulierte Schlußfassung erkannt wird.

Auf Grund meiner Kenntnis der damaligen Sachlage kann ich die Versicherung abgeben, daß Ihre Darstellung in merito richtig, die der Gegenseite aber auch nicht unrichtig ist. Sowohl politische wie militärische Gesichtspunkte haben bei Einschätzung und Beurteilung der gewiß wohlintentionierten und auf ersten Blick bestechenden, näherer Prüfung jedoch nicht standhaltenden Proposition entscheidend mitgespielt.

Was die politischen Bedenken anlangt, muß vor allem im Auge behalten werden, daß die Frage der vorübergehenden Besetzung Belgrads im Zusammenhange mit einer englischerseits in Aussicht genommenen Vermittlung à quatre vorgebracht worden ist, die Okkupation serbischen Gebietes somit nicht der einfachen Durchbringung unserer an Serbien gerichteten, noch unbefriedigt gebliebenen Forderungen zu dienen hatte, sondern einer diplomatischen Aktion Vorschub leisten sollte, bei welcher von vier vermittelnden Großmächten bloß eine politisch auf unserer Seite stand. Daß auf diesem Wege unsere Interessen in einer Lebensfrage von vornherein aufs Spiel gesetzt worden wären, bedarf wohl keiner

eingehenden Begründung. Hierzu kommt, daß die damals im Savekönigreiche eingelebte Ansicht, unverwundbar die desagregierende Wühlarbeit der Zertrümmerung des Habsburger Reiches zu Ende führen zu können, dadurch nur neue Nahrung erhalten hätte. Ebenso wie nach unseren sogenannten „diplomatischen Erfolgen" von 1909 und 1913 wäre von einem derartigen Schaumanöver, insofern Serbien sich demselben akkomodiert hätte, nichts zurückgeblieben als vermehrte Verbitterung bei gestärktem Zutrauen in das schließliche Gelingen des klarumrissenen destruktiven Programmes gegenüber der Monarchie.

Diese politische Rückwirkung hätte mit mathematischer Folgerichtigkeit in Erscheinung treten müssen, im Falle die theatralisch inszenierte Aktion tatsächlich geglückt wäre. Von der maßgebenden militärischen Stelle ist aber letzteres stark in Zweifel gezogen und das leichthin als „Handstreich" bezeichnete Unternehmen als gewagtes Abenteuer aufgefaßt worden, für welches, namentlich im Hinblick auf die in Serbien herrschende Stimmung, keine Verantwortung übernommen werden konnte. General der Infanterie (nachmaliger Feldmarschall) Freiherr Conrad von Hötzendorf, mit welchem ich mich zu jener Zeit täglich zusammenfand, hat dies klipp und klar zum Ausdruck gebracht und in einer gemeinschaftlich mit mir ad hoc genommenen Audienz auch dem Monarchen vorgetragen. —

Daß die weittragende Folgenschwere und der heikle Charakter des Gegenstandes eine persönliche Fühlungnahme der gemeinsamen Minister und beiderseitigen Regierungschefs nötig machte, hatte in der Struktur der Doppelmonarchie ihren Grund, wobei es ausgeschlossen erschien, die vielköpfige Beratung auf telephonischem Wege auszutragen.

Wenn die in Betracht gekommenen militärischen Gründe im einschlägigen Ministerratsprotokoll nicht erwähnt sind, erklärt sich dies damit, daß die Stenogramme nie ganz vollständig waren und speziell militärische Auskünfte streng geheimer Natur in gegebenen Fällen nicht in dieselben aufgenommen wurden. —

Ich glaube damit Ihre eingangs zitierte Fragestellung, soweit sich dies im Rahmen eines Schreibens und ohne Konsultierung der mir nicht zugänglichen heimischen Archive tun läßt, erschöpfend beantwortet zu haben und stelle Euer Wohlgeboren gern anheim, die vorstehenden Ausführungen Ihrer objektiven Forschungsarbeit einzufügen und nach Gutdünken zu verwerten.

Empfangen . . . . .

Leopold Graf Berchtold." [7])

Diese Auskunft, für die ich Herrn Grafen Berchtold auch an dieser Stelle meinen ergebensten Dank ausspreche, ist in ihrer Bestimmtheit von ausschlaggebendem Wert; sie ist geeignet, den Fall in entscheidender Weise aufzuklären.

Alle drei Herren sind einig darin, daß die maßgebenden Militärs aus militärischen Gründen Bedenken gegen den Plan hatten.

[7]) Die Originale der Schreiben wurden der Schriftleitung der „Kriegsschuldfrage" am 3. und 23. Mai gleichzeitig mit dem vorliegenden Aufsatz vorgelegt.

Es ist hierbei notwendig, dem Fall an Hand der Erinnerungen Conrads nachzuspüren. Am 5. April 1913 fragte ihn Graf Berchtold: „Könnte jetzt Belgrad als Faustpfand besetzt werden?" Darauf Conrad: „Dazu gehört die B-Mobilisierung, um sich auch dort halten zu können." [8]) Nun war 1914 die Mobilisierung für den Fall B = Balkan am 25. abends angeordnet, der Vormarsch der acht Armeekorps war jedoch nach dem Aufmarschplan des Generalstabes erst am 10. oder 12. August möglich. Immerhin ist zu beachten, daß dann direkt vor Belgrad die 7. Infanteriedivision, beiderseits unmittelbar daran anschließend je zwei weitere Divisionen, und hinter der 7. Division noch die 8. Marschbrigade zu liegen kamen, also $5^1/_2$ Divisionen nicht allzu weit von Belgrad entfernt [9]). Welche Teile davon um den 31. Juli 1914 Belgrad besetzen, welche Streitkräfte sonst rasch zur Besetzung der Stadt herbeigeschafft werden konnten, entzieht sich meiner Kenntnis. Die Frage ist auch nicht von entscheidender Bedeutung. Ungleich wichtiger ist, wie sich Conrad selbst zum „Halt in Belgrad" geäußert hat. Er berichtet auf Seite 150 ff. seines 4. Bandes darüber. Conrad warf z. B. in der Audienz am 30. Juli nachmittags (auf die Graf Berchtold im obigen Schreiben Bezug nimmt) ein, „daß wir die Feindseligkeiten gegen Serbien jetzt, da alles im Zuge sei, nicht einstellen könnten — bei der Stimmung der Armee sei dies nicht möglich" — ein Argument, das, wie wir gesehen haben, die Grafen Forgách und Hoyos am selben Nachmittag des 30. Juli dem deutschen Botschafter gegenüber ebenfalls verwerteten [10]), von dem aber Herr von Wegerer im Dezember 1923 meinte, es könne „nicht als triftiger Grund angesehen werden". [10a])

Zum 31. Juli bemerkte Conrad sodann (Seite 153): „. . . eine Besetzung Belgrads erschien ohne Krieg gegen Serbien nicht möglich." Das kann im Sinne von Wegerer-Kißling ausgelegt werden, muß es jedoch nicht. Conrad hat vielmehr diese Äußerung offenbar anders gemeint. Er schrieb nämlich am 1. August nachmittags an Moltke u. a. (Seite 164/65) [11]):

---

[8]) Feldmarschall Conrad, „Aus meiner Dienstzeit 1906—1918", Band III, Wien 1922, Seite 238. Dort „halten" von Conrad gesperrt.

[9]) Conrad Band IV, Wien 1923, Anlage 8.

[10]) „Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch", herausgegeben von Graf Max Montgelas und Prof. Walter Schücking, 4 Bände, Charlottenburg 1919, Nr. 465.

[10a]) Herr von Wegerer hatte damals natürlich noch keine Kenntnis von dem 4. Bande Conrads.

[11]) Conrad sandte den Brief am 1. August, nachmittags 7 Uhr, ab, gab ihm aber das Datum vom 2. August.

„Es war zu hoffen, daß diese Maßnahme [12]), verbunden mit dem energischen diplomatischen Druck der anderen Mächte, insbesondere Deutschlands, Rußland von einer feindlichen Aktion gegen die Monarchie abhalten, dieser also die Möglichkeit geben würde, die Aktion gegen Serbien durchzuführen.

Wir konnten und mußten bei dieser Sachlage an der Idee der Offensive gegen Serbien umsomehr festhalten, als wir uns nicht dem aussetzen konnten, daß Rußland durch eine bloße Drohung uns von der Aktion gegen Serbien abzieht, ohne darauf den Krieg gegen uns zu führen . . .

. . . Wir mußten also bei unserer Absicht bleiben, die Aktion gegen Serbien fortzusetzen . . . ."

Conrads Gedankengänge liegen hier klar zutage. Sehr wichtig ist dabei die Tatsache, daß Feldmarschall Conrad die militärische Unmöglichkeit, Belgrad rasch zu besetzen, gleichfalls mit keinem Wort erwähnt! [13]) Er war doch aber gewiß der maßgebende Mann dazu. Dies völlige Fehlen bei der sonst so genauen Schilderung Conrads, der jeden Zettel von irgendwelchem Belang aufgehoben hat, muß mit zwingender Überzeugungskraft zu der Annahme führen, daß die militärischen Bedenken gegen die Besetzung Belgrads in gar keinem Fall ausschlaggebend waren.

Graf Berchtold hat bemerkt, daß in der Ministerratssitzung nicht alles, namentlich Militärisches nicht, protokolliert wurde. Das findet seine Bestätigung in einem Vergleich der österreichischen Akten mit dem Werke Conrads (z. B. wichtige Auslassung in Ö. I Nr. 26 hinsichtlich der von Conrad geforderten „Grenzberichtigungen": Conrad IV Seite 91). Auch hat Conrad an der Ministerratssitzung am 31. Juli gar nicht teilgenommen, wohl aber Kriegsminister Krobatin [14]).

In der Darlegung des Herrn Grafen Berchtold vermisse ich einen wichtigen Punkt: daß nämlich die Besetzung Belgrads im Einvernehmen mit den Mächten erfolgen, daß also die serbische Armee sich kampflos zurückziehen sollte. London und Berlin waren ja in dem Vorschlag des „Halt in Belgrad" einig. Jules Cambon in Berlin hat die Besetzung Belgrads

---

[12]) Conrad meinte damit die Erklärungen, „daß unsere feindseligen Maßnahmen nur gegen Serbien gerichtet, die weitere Mobilisierung nur eine Schutzmaßnahme gegen die russische Bedrohung sei".

[13]) Kißling beruft sich bei seinen Ausführungen auf kein einziges Zeugnis Conrads aus dem Jahre 1914.

[14]) Conrad IV, Seite 155; Ö. III Nr. 79.

ebenfalls zugestanden [15]). In der Tat konnte sich weder Frankreich noch sonst eine Macht gegen die Besetzung Belgrads aussprechen, solange Rußland dies Zugeständnis machte. Das aber wird von mancher Seite bestritten, m. E. mit Unrecht. Wir haben folgende Belege: Am 24. Juli riet Sasonow den Serben, im Falle eines österreichischen Einfalles keinen Versuch zum Widerstand zu machen, sondern sich zurückzuziehen, dem Feinde die Möglichkeit zu geben, „kampflos das Territorium zu besetzen und an die Großmächte einen Aufruf" zu richten [16]); am 25. Juli stellte es der russische Ministerrat dem Außenminister frei, „die Verhandlungen selbst in dem Falle fortzuführen, daß Belgrad besetzt würde" [17]); der russische Botschafter in Wien hielt die zeitweilige Besetzung Belgrads für zulässig [18]); die 2. Formel Sasonows enthält implicite dies Zugeständnis [19]); Pierre Renouvin kommt daher zu dem Ergebnis, daß Rußland die Besetzung Belgrads gestattet hätte [20]) — freilich nur, wenn Wien sich zu einer Modifikation seiner Forderungen an Serbien bereit erklärte. Das hat es aus politischen Gründen, die Graf Berchtold dargelegt hat, nicht getan. Der österreichisch-ungarische Außenminister erklärte aber ferner am 31. Juli im Ministerrat:

„. . . Rußland würde als Retter Serbiens und namentlich der serbischen Armee auftreten. Letztere würde intakt bleiben . . ."

Graf Berchtold hat demnach 1914 anerkannt, daß bei dem „Halt in Belgrad" die serbischen Truppen vor den österreichischen kampflos zurückgehen sollten. Es handelte sich also keineswegs, wie Herr Oberstleutnant Kißling meint, um „das Phantasiegebilde eines Handstreiches gegen Belgrad", sondern um die Besetzung der Stadt im Einvernehmen mit den Mächten, es handelte sich nicht um eine

[15]) Neue Britische Dokumente Nr. 281. Vgl. Französisches Gelbbuch Nr. 112.

[16]) „Der Beginn des Krieges 1914. Tagesaufzeichnungen des ehemaligen russischen Außenministeriums", mit einem Vorwort von A. von Wegerer, Berlin 1924, Seite 43. Gunther Frantz in „Current History"-New York, März 1927, Seite 853. Vgl. Neue Brit. Dokumente Nr. 107 und 125.

[17]) Französisches Gelbbuch Nr. 50.

[18]) Neue Brit. Dokumente Nr. 199 (dort ebenfalls Rückzug der Serben vor österr. Vormarsch), Nr. 676; Alfred Dumaine, „La dernière Ambassade de France en Autriche", Paris 1921, Seite 142—43.

[19]) „Das russische Orangebuch von 1914", herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, Berlin 1925, Nr. 130; D Nr. 421.

[20]) „Les Origines Immédiates de la Guerre", Paris 1925, Seite 135, 172, 263.

rein militärische Angelegenheit, sondern richtiger um eine diplomatische Aktion mit militärischen Mitteln, um zu einem friedlichen Austrag zu kommen. Dazu wäre noch zu bemerken, daß ja nicht bloß Belgrad, sondern auch „andere Plätze", allgemein „Grenzgebiete" Serbiens in Betracht kamen, und meine militärischen Gegner werden wohl kaum bestreiten wollen, daß irgendwo an der Grenze derartiges Gebiet als „Faustpfand" von österreichisch-ungarischen Truppen besetzt und evtl. behauptet werden konnte.

Somit ist der Fall — es handelt sich um die Frage: Waren militärische oder politische Gründe für Wien maßgebend[21])? — nun genügend geklärt. Ich habe meine frühere Auffassung dahin zu modifizieren, daß neben den überwiegenden politischen Gründen für die ablehnende Haltung Wiens auch die von Wegerer-Kißling vorgebrachten militärischen Bedenken zur Geltung kamen; sie haben, wie Graf Hoyos sich erinnert, die Entschließung des Grafen Berchtold jedenfalls „beeinflußt". Meine Darstellung war „in merito richtig", das heißt im wesentlichen richtig, die der Gegenseite „auch nicht unrichtig". Graf Berchtold gibt dadurch ganz deutlich zu erkennen, daß die politischen Gründe für die Ablehnung die militärischen überwogen. Das wird, wie oben dargelegt, durch eine Prüfung der Akten noch über das Zeugnis Berchtolds hinaus erheblich gestützt. Es wird hierbei immer erstaunlich bleiben, daß z. B. der deutsche Botschafter in Wien, der in jenen Tagen Conrad öfters sah, nie etwas von der These Wegerer-Kißling zu melden wußte.

So hat sich der Hinweis des Grafen Montgelas als wertvoll zur Vertiefung des Problems erwiesen. Seine vorsichtige Formulierung steht im Einklang mit dem Ergebnis der Untersuchung. Die militärischen Bedenken haben mitgewirkt, wenn auch die Akten darüber schweigen. Aber nicht sie, sondern die politischen Gründe haben für die Haltung Wiens den Ausschlag gegeben.

[21]) Die zweite Frage: Welches waren die politischen Gründe und wie berechtigt waren sie? kann hier nur gestreift, nicht erschöpfend behandelt werden. Gegen die betreffenden Ausführungen meiner Gegner wende ich mich also im allgemeinen nicht, nur gegen ihre Theorie, daß die militärischen Gründe ausschlaggebend waren.

Der Stand der Zentralstelle fur Erforschung der Kriegsursachen auf der Berliner Ausstellung „Der deutsche Frontkämpfer"

Kleine Mitteilungen.

Paschitsch und die englische Vermittlung.

Zu meinem Artikel über die neuen britischen Dokumente im Juniheft 1927 dieser Zeitschrift ist (Seite 577/78) nachzutragen, daß Sasonow seine in Paris bekannt gewordene Absicht tatsächlich ausgeführt hat. Er telegraphierte am 25. Juli „dringend" an den russischen Geschäftsträger in Belgrad:

„Angesichts der besonderen Stellung Englands, dessen Unparteilichkeit in der vorliegenden Frage keinem Zweifel unterliegt, könnte ein Krieg zwischen Österreich und Serbien vielleicht noch verhindert werden, wenn die serbische Regierung sich mit der Bitte um Vermittlung an die englische Regierung wenden und die letztere diese Rolle auf sich nehmen würde. Sie könnten hierüber mit Paschitsch sprechen und ihm diesen Gedanken nahelegen."

Sasonow gab hiervon dem russischen Botschafter in London Kenntnis mit der Weisung:

„Im Falle eines derartigen Schrittes der Serben in London wollen Sie ihn energisch unterstützen." [1])

Paschitsch ist auf diesen Wunsch Sasonows nicht eingegangen. Über das „Warum?" sind vorerst nur Vermutungen möglich. Abgesehen davon sind in dem Telegramm Sasonows nach Belgrad zwei Punkte von Interesse: Er rechnete offenbar mit ziemlicher Sicherheit auf den Krieg zwischen Österreich und Serbien, also auf eine ungenügende serbische Antwort, und er hielt die britische Regierung für unparteiisch, anscheinend im Unterschied zur öffentlichen Meinung Englands. Denn am selben 25. Juli beklagte sich Sasonow dem britischen Botschafter gegenüber, „mit Ausnahme der „Times" stünde fast die gesamte Presse Englands auf seiten Österreichs . . ." (B. D. Nr. 125). Vielleicht war das ein Grund für die Ablehnung Paschitschs.

Hermann Lutz.

[1]) „Der Beginn des Krieges 1914. Tagesaufzeichnungen des ehemaligen Russischen Außenministeriums", mit einem Vorwort von Alfred von Wegerer, Berlin 1924, Seite 44.

MONATSBERICHT.

AMERIKA.

The Last of the Kaisers. by James W. Gerard. Former United States Ambassador to Germany.

Current History, Juni 1927.

Gerard, der bei Kriegsausbruch 1914 amerikanischer Botschafter in Berlin war, bespricht das Buch Emil Ludwigs über Wilhelm II. Gerards Darstellung, die in mancher Hinsicht sehr interessant ist, entnehmen wir nachfolgende Stellen:

„Wie jeder weiß, der die deutschen Verhältnisse kennt, war der Kaiser im politischen Sinne kein Autokrat. Der Kaiser selbst fühlte sich nicht als Autokrat, denn er hat mir oft gesagt: ‚Ich wollte, ich hätte so viel Macht wie Ihr Präsident' . . . . .

Es besteht kein Zweifel darüber, daß der Krieg in Deutschland gern gesehen wurde; nicht nur von den Hohenzollern, sondern auch von der großen herrschenden Klasse des preußischen Adels, den Nachkommen der Deutschritter und Schwertritter, die die slawische Bevölkerung Preußens unterjochten und zu Sklaven machten, und ganz besonders betrachtete der Große Generalstab, seine Einrichtung in ihrer Macht so kennzeichnend für Deutschland, den Krieg als ein sehr wünschenswertes Ding — wo allein männlicher Ehrgeiz und Unternehmungsgeist sich betätigen könne.

Ich habe den Eindruck, daß der Kaiser, selbst wenn er in den für 1914 vorbereiteten Krieg einwilligte, im letzten Augenblick den Frieden wünschte. Es ist eigentümlich, daß in dieser Frage über den Friedenswillen des Kaisers mein Gedächtnis von dem zweier Freunde abweicht, die ich beide ehrlich bewundere: Oberst House und Herr von Gwinner. Als Oberst House im Mai 1914 eine Besprechung mit dem Kaiser in Potsdam hatte, schlug der Kaiser nach Aussage von Oberst House ein Bündnis zwischen England, Deutschland und den Vereinigten Staaten vor, um den Frieden der Welt zu schützen. Nach meiner Erinnerung schloß der Kaiser Frankreich mit ein, indem er sagte, daß er einen Bund dieser vier hochzivilisierten Völker wünsche, und ich glaube, daß der Kaiser die Richtigkeit meiner Erinnerung bestätigt hat.

In einem Aufsatz, den ich für „Current History" geschrieben habe, sagte ich, Herr von Gwinner habe mir erzählt, daß der Kaiser unmittelbar nach Ausbruch des Krieges Bedenken gehabt habe, den Krieg zu erklären, und daß die Offiziere des Großen Generalstabs gedroht hätten, ihre Schwerter über ihren Knien zu

zerbrechen, wenn er sich weigere, zu unterschreiben. Herr von Gwinner leugnet dies jetzt. . . . . .

Es ist ein Unglück, daß Europa das Säbelgerassel des Kaisers ernst nahm und daß durch sein loses Gerede dem deutschen Namen viel Schaden zugefügt wurde. . . . . .

Solche Reden machten es den Völkern der alliierten und assoziierten Mächte leicht, solch lächerliche Geschichten, die während des Krieges in Umlauf waren, zu glauben, wie die, daß die Deutschen bei ihrem Einbruch in Belgien die Hände kleiner Kinder abgeschnitten hätten. Des Kaisers maßloses Gerede war sein größter Fehler. . . . . .

Nichts stand ihm so schlecht wie die Art seines Abgangs. Hätte er sich an die Spitze eines Häufleins Reiter gestellt und wäre gegen die amerikanischen Reihen angeritten, so wäre er aller Wahrscheinlichkeit heute noch Kaiser; und im Hinblick auf seine Begabung für Theatralik ist es überraschend, daß die Flucht nach Holland jemals erfolgte.

Aber man darf die Nervenanspannung nicht vergessen, unter welcher der Mann nach all der Verantwortlichkeit von vier Kriegsjahren litt, noch auch die Tatsache, daß seine ältesten und besten Ratgeber nicht nur zu diesem Vorgehen rieten, sondern darauf bestanden. Wahrscheinlich hat Ludwig den Nagel auf den Kopf getroffen, wenn er sagt, daß vielleicht Sehnsucht nach Märtyrertum und die deutsche Vorliebe für einen tragischen Abschluß die entscheidenden Gründe für seinen Thronverzicht waren. . . . . .

Es ist heute Mode, auf den Kaiser herabzusehn, aber wir dürfen bei seiner Beurteilung nicht vergessen, daß Deutschland unter seiner Regierung mit überraschender Schnelligkeit einen gewaltigen Platz in der Welt erreichte. Das deutsche Heer war das größte in der Welt, die deutsche Flotte sehr leistungsfähig. Was den Handel betrifft, so war alles Gold der Erde auf dem Wege, den deutschen Truhen zuzufließen. Überall wetteiferten die Deutschen mit allen Völkern auf den Weltmärkten. Beherrschend standen sie da in manchen Industrien, wie in Chemikalien und Farbstoffen, und in der Eisen- und Stahlindustrie bedrohten sie England und die Vereinigten Staaten. Der Imperator und das Vaterland waren die größten seefahrenden Schiffe, und ungezählte Handelsschiffe durchsegelten die sieben Weltmeere. Und man mag sich über die deutschen Junker lustig machen, so viel man will, kein Land mit einem so verwickelten politischen, militärischen und wirtschaftlichen System ist jemals so ohne alle und jede Bestechung

regiert worden, während das Volk im ganzen von hoher Vaterlandsliebe und strengem Pflichtgefühl beseelt schien.

Wenn Deutschland unter der Regierung des Kaisers den höchsten Gipfel der Macht und des Wohlstandes in seiner Geschichte erreichte, wenn der Kaiser sich dem Eintritt in den Weltkrieg widersetzte (und das gibt Ludwig zu), und wenn er gegen den rücksichtslosen U-Boot-Krieg war, der die Vereinigten Staaten mit hereinzog, und die deutsche Niederlage herbeiführte, dann scheint es, daß dieser Mann trotz seiner offenkundigen Schwächen und seines Säbelgerassels einen etwas besseren Platz in der Geschichte verdient, als Emil Ludwig ihm zuerkennt.

Im Laufe der Zeit mag das deutsche Volk, indem es die Schrecken des Krieges vergißt, die der Kaiser, wenn man alles in Betracht zieht, doch abzuwenden versuchte, und indem es des mächtigen und ruhmvollen Deutschland von 1914 gedenkt, zwar nicht den Kaiser, aber vielleicht einen seiner Nachkommen auf einen konstitutionellen Kaiserthron zurückrufen, so daß der Untertitel von Ludwigs Buch „Der letzte der Kaiser", sich als falsche Voraussagung erweist."

Lansing and Scott again challenged. Von St. John Gaffney, Former American Consul-General.

The Progressive, 15. Mai 1927.

Bekanntlich hat die amerikanische Friedensdelegation in Versailles zu dem Bericht der Kriegsschuldfragenkommission einige Vorbehalte gemacht, die sich u. a. auf den unvollständig veröffentlichten Wiesner-Bericht aus Sarajewo stützten. Herr von Wiesner hat, wie den Lesern dieser Zeitschrift bekannt ist, zu wiederholten Malen ausführlich gegen diese tendenziöse Auswertung seines Berichtes Protest erhoben und an die beiden amerikanischen Delegierten, Robert Lansing und James Brown Scott, das Ersuchen gerichtet, ihr Urteil von 1919 auf Grund der heute vorliegenden Dokumente und Enthüllungen zu revidieren. Herr von Wiesner hat von keinem der beiden amerikanischen Politiker auch nur eine Antwort erhalten.

In dem vorstehenden Aufsatz des „Progressive" wendet sich Gaffney in der gleichen Angelegenheit gegen seine beiden Landsleute.

Gaffney schreibt:

„Anstatt an der großen internationalen Bewegung von Gelehrten und Historikern, welche bestrebt ist, die Wahrheit über

den Ursprung des Krieges aufzudecken, mitzuwirken, sind diese beiden Männer der Verschwörung des Schweigens beigetreten. Die einzige kürzlich von Lansing gemachte Äußerung über das Thema erschien in „Current History“ November 1925 und lautet folgendermaßen:

„Der Fall ist erledigt und wird auch nicht wieder aufgenommen werden. Das Urteil der Schuld ist von der heutigen Generation über die militaristische deutsche Regierung gefällt, und dieses Urteil wird den kommenden Jahren standhalten können.“

Diese Anführung gibt ungefähr eine Idee von dem Denken und der Mentalität des Mannes, welcher Vizepräsident der „Carnegie Foundation for International Peace“ ist. Sein Kollege Scott ist Sekretär desselben Instituts. Ist es also erstaunlich, daß das amerikanische Volk die Ziele und Tätigkeiten einer solchen Gesellschaft mit Mißtrauen betrachtet, wenn zwei ihrer ersten Beamten angesichts der hier angeführten Anklagen Schweigen bewahren? Es ist ein trauriger Kommentar für die amerikanische Ehre und den amerikanischen Charakter, wenn Männer ihres Ranges nicht den Mut besitzen, der Wahrheit ins Gesicht zu schauen.

Die Bewegung zu einer Untersuchung durch das „Senate Comittee on Foreign Relations“ über das Verhalten von Lansing und Scott als Vertreter der amerikanischen Regierung in dieser berüchtigten Kommission ist sowohl angemessen als zeitgemäß. Wir werden die volle Wahrheit über die Verhandlungen der Kommission nicht eher erfahren, als bis diese beiden Herren nicht einem scharfen Kreuzverhör durch die Senatoren Borah und Reed, Missouri, in einer besonderen Sitzung dieser Körperschaft unterzogen werden.“

*

BELGIEN.

Belgiens Antwort auf den Bericht des Untersuchungsausschusses des Reichstages über das Völkerrecht im Weltkriege.

Am 23. Mai teilte die belgische Regierung offiziell mit, daß sie, sobald sie den genaueren Bericht über die Schlußfolgerungen des Untersuchungsausschusses des Reichstages über die Verfehlungen im Kriege erhalten haben werde, die nötigen Maßnahmen treffen werde, um den Bericht hinsichtlich der Frage der Neutralitätsverletzung, der Deportationen und der Verletzungen der international gesicherten Rechte der Zivilbevölkerung richtigzustellen.

Am 23. Juni hat der belgische Außenminister Vandervelde in der belgischen Kammer erklärt:

„Am 24. Mai hat mich Herr Devèze gefragt, ob die Regierung die Absicht habe, auf die Schlußfolgerungen der Berichte des Untersuchungsausschusses des Reichstages hinsichtlich Belgiens zu antworten. Ich habe ihm entgegnet, daß diese Berichte, sobald sie eingegangen seien, einem eingehenden Studium durch mein Departement unterzogen würden. Ich kann heute der Kammer die ersten Mitteilungen machen, die die Regierung hinsichtlich dieser Dokumente geben muß. Der Bericht, den ich die Ehre habe niederzulegen, ist mit der wertvollen Unterstützung des Herrn de Ridder, Generaldirektors der Archive, ausgearbeitet worden und bezieht sich auf die Frage der belgischen Neutralität und der Maasbefestigungen. Andere Berichte, hauptsächlich über die Frage der Deportationen, sind augenblicklich in Vorbereitung. Ich werde sie ebenfalls in dem Büro der Kammer hinterlegen, sobald ihre Fertigstellung beendet sein wird."

Auf Vorschlag des Abgeordneten Brunet beschloß die Kammer die Drucklegung und Verbreitung des Berichts über die belgische Neutralität.

★

DEUTSCHLAND.

Stresemann über die deutsche Zukunft.

Tägliche Rundschau, 27. Mai 1927, Nr. 244.

Am 26. Mai hielt der Reichsaußenminister Dr. Stresemann im Deutschen Auslandsinstitut in Stuttgart eine Rede, in der er u. a. sagte:

„Ich bekenne mich zu dem Glauben an die Zukunft, und ich bin der Meinung, daß weder ein einzelner Mensch noch ein Volk eine Zukunft hat, wenn es nicht den Glauben an diese Zukunft in sich trägt. Ich sehe diesen Glauben an die Zukunft begründet in dem Glauben daran, daß der Sturz des deutschen Volkes nicht auf seiner Schuld begründet ist, daß es das Recht hat, moralisch sich so frei zu fühlen wie irgendein anderes Volk dieser Erde."

Die englischen Dokumente zum Kriegsausbruch. Von Hans Delbrück.

Zeitschrift für Politik. Mai 1927.

In seiner Besprechung der Britischen Dokumente zum Kriegsausbruch sagt Professor Delbrück: Die historische Frage, deren Beantwortung der Historiker von der englischen Aktenpublikation

erwarte, dürfe nicht lauten: „Weshalb habt ihr an dem Kriege teilgenommen?“, sondern immer nur: „Weshalb habt ihr den Krieg nicht verhindert?“

Professor Delbrück führt dann weiter aus:

„Wenn die Engländer wußten, daß sie bei Ausbruch eines allgemeinen Krieges daran teilnehmen und auf der Seite des Zweibundes stehen mußten, und doch den Krieg, wie sie einmütig behaupten, nicht wünschten, weshalb haben sie nicht alles getan, was in ihren Kräften stand, um den Krieg zu verhindern? Sie haben diese und jene diplomatische Aktion versucht; sie haben das Bestreben Deutschlands, zwischen Österreich und Rußland zu vermitteln, unterstützt, aber sie haben nicht das getan, was allein wirksam gewesen wäre, nämlich, den Russen mit allem Nachdruck abzuraten von der Mobilmachung. Dies ist der Punkt, der bisher immer noch in einem gewissen Halbdunkel lag und über den uns nunmehr die Dokumente vollständige Klarheit geben.“

Professor Delbrück wendet sich in seiner Abhandlung der Frage zu, ob auch die englische Aktenpublikation den Beweis für Dokumentenfälschungen in dem ursprünglichen englischen Blaubuch ergebe. Professor Delbrück bejaht diese Frage, er sieht den Beweis gegeben.

„Hat nun der Herausgeber der englischen Dokumente, Professor Headlam-Morley, historischer Beirat des britischen Auswärtigen Amtes — fragt Professor Delbrück — aus den von ihm herausgegebenen Akten dieselben Schlüsse gezogen, zu denen die deutschen Kritiker gelangt sind, und denen, wie ich glaube, unbefangener Sinn sich unmöglich entziehen kann? Das ist leider nicht der Fall. Wenn Regierungen bei Ausbruch eines Krieges ihre diplomatischen Karten nicht vollständig aufdecken, um vor ihrem Volke vielleicht gemachte Fehler zu verhüllen, so wird man das nicht so strenge beurteilen. Auch auf deutscher Seite hat man eine gewisse Verschleierung geübt, die, wie wir heute sagen dürfen, gar nicht notwendig war. Headlam-Morley aber behauptet, daß in dem englischen Blaubuch von 1914 nichts tendenziös unterdrückt oder im Text verändert worden sei. „Sir Edward Grey und seine Mitarbeiter im Auswärtigen Amt waren der Ansicht, daß sie in den kritischen Tagen zu Ende Juli, Anfang August stets alles, was in ihrer Macht stand, getan hätten, um den Ausbruch des Krieges zu verhüten; sie glaubten, daß dies auch der Wunsch ihrer Verbündeten Frankreich und Rußland gewesen sei; es gab daher ihrer Meinung nach nichts zu verbergen, und sie wünschten, daß die Veröffentlichung so vollständig wie möglich sei.“ Dieser Selbsttäuschung Headlam-Morleys möchten die deutschen Kritiker nun doch wohl ein Ende bereitet haben. Aber die Befangenheit des Historischen Beirats des Londoner Auswärtigen Amtes hat sich an einer anderen Stelle in noch viel stärkerem Maße gezeigt. Gleichzeitig mit der Veröffentlichung der Dokumente hat er in der „Quarterly Review“, Januarheft, einen Artikel über den Ursprung des Krieges veröffentlicht, der den Eindruck macht, als ob ihm von den Enthüllungen, die in den letzten Jahren ans Licht gekommen sind, sehr viel entgangen sei und daß er von den wissenschaftlichen Untersuchungen, die dem großen Problem gewidmet sind, nur eine sehr oberflächliche Kenntnis genommen hat.“

Doumergue über die Schuldfrage. Von Alfred von Wegerer.
Tägliche Rundschau, 21. Mai 1927, Nr. 235.

Im Anschluß an die Rede, die der Präsident der französischen Republik, Doumergue, in der Londoner Guildhall gehalten hat (vergl. „Die Kriegsschuldfrage", Juni 1927, S. 489 ff.), schreibt Alfred von Wegerer:

„Wir haben es hier mit einem Musterbeispiel zu tun, wie die Kriegsschuldlüge stets als Mittel der praktischen Politik auftaucht, wenn man ihrer bedarf. Um das Versailler Friedensdiktat einer des Kämpfens müde gewordenen Welt gegenüber unter Dach zu bringen, wurde die Versailler Kriegsschuldthese zuerst aufgestellt. Sie wurde wieder hervorgekehrt, um aus Deutschland das Menschenmögliche an Kriegstributen zu erpressen, sie wird stets wach gehalten, um Deutschland moralisch niederzudrücken und seine Zahlungen fortlaufend sicherzustellen. Jetzt wird die Versailler Kriegsschuldthese neu auflackiert, um der Entente cordiale und ihren Trabanten das moralische Air zu geben, dessen sie für den großen Kampf gegenüber Rußland bedarf. So wird die Kriegsschuldlüge stets herhalten müssen, um heute dieses, morgen jenes politische Ziel zu erreichen oder doch zu begünstigen.

Rußland hat wohl neben Deutschland am meisten dazu beigetragen, die Wahrheit über die Kriegsschuldfrage ans Tageslicht zu fördern, heute kann dies für Rußland Früchte tragen, denn die Rede Doumergues wird wohl nicht nur Widerhall, sondern auch Widerspruch finden. Die Russen mögen aber erkennen, daß sie an einer Beseitigung der Versailler Kriegsschuldthese künftighin ebenfalls ein besonderes Interesse haben müssen.

Von uns wird man verlangen dürfen, daß, wenn von französischer oder englischer Seite ein Staatsmann auftritt, um durch eine Rede das Lügengewebe von Versailles erneut zu festigen, von unserer Seite sofort ein Dutzend Reden gehalten werden müssen, um die Versailler These erneut in Trümmer zu schlagen. Man komme nicht mit leeren Ausflüchten, im Laufe der Zeit werde sich die Wahrheit schon durchsetzen. Nein, ohne unser Zutun, ohne aktives, initiatives politisches Vorgehen werden wir niemals unser Ziel erreichen. Die Rede Doumergues muß für uns eine Lehre sein, daß die Beseitigung der Versailler Kriegsschuldthese eine Staatsnotwendigkeit ist, der sich keine Regierung entziehen darf."

Völkerrecht im Weltkrieg.

Zu den von dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Deutschen Reichstages herausgegebenen fünf Bänden über das „Völkerrecht im Weltkrieg" hat sowohl die in- wie ausländische Presse sehr eingehend Stellung genommen, zum Teil in scharf ablehnender Form wie in Frankreich und Belgien. Der „Temps" vom 21. Mai 1927 schreibt über das Werk: „Wenn dieser Bericht dem entspricht, was von jenseits des Rheins gemeldet wird, so ist das mindeste, was man davon sagen kann, daß er ein Denkmal der Schamlosigkeit darstellt. Man beansprucht, daß das kaiserliche Deutschland von der Anklage freigesprochen werde, das Völker-

recht verletzt zu haben, während doch dieser Krieg so, wie ihn die Deutschen führten, eine Herausforderung aller menschlichen und christlichen Gesetze war."

In wesentlich anderer Weise nimmt der Berner „Bund" zu dem Werk Stellung. In seiner Nummer vom 27. Mai 1927 schreibt er:

„Die Herausgeber haben sich ihre Aufgabe nicht leicht gemacht und alles getan, damit ihre Feststellung vor der Kritik des Auslandes in Ehren bestehen könne. Von positivem Wert ist unter allen Umständen der Nachweis, welche tatsächlichen Mängel das Völkerrecht bei Kriegsbeginn aufwies und auch heute noch aufweist; denn hier hat die praktische Arbeit der Rechtslehrer im Völkerbunde und der Regierungen einzusetzen.

Ob im übrigen aber die mühevolle Arbeit des Untersuchungsausschusses die daran geknüpften Erwartungen rechtfertigen wird? Alle Objektivität der Herausgeber kann nicht verhindern, daß man ihre Feststellungen als einseitige Auffassung einer Partei erklären wird, die besonderes Interesse daran hat, die gegen sie gerichteten Anschuldigungen zu bestreiten und dafür die früheren Gegner zu belasten. Stärkere Wirkung wäre zweifellos erzielt worden, hätte man mindestens neutrale Juristen und Historiker mit der Aufgabe betraut. Es kommt noch hinzu, daß die ganze Art, wie die Veröffentlichung in Szene gesetzt wurde, eine für Deutschland freilich sehr charakteristische Weltfremdheit und Mangel an psychologischem Einfühlungsvermögen verrät.

Infolge unzulänglicher Vorbereitung gestaltete sich die parlamentarische Einführung des Werkes durch den Ausschußvorsitzenden Dr. Bell, den ehemaligen Kolonialminister und Unterzeichner des Versailler Vertrags, zu einem ausgesprochenen Fehlstart. Denn Sozialdemokraten und Kommunisten in holdem Verein benutzten die willkommene Gelegenheit, um die Tendenz der Veröffentlichung in unsachlichster Weise zu verdächtigen und der gegnerischen Propaganda Stichworte zu liefern. Herr Bell, in seinem würdevoll akademischen Vortrag unliebsam unterbrochen, besaß nicht die nötige Schlagfertigkeit der lärmlustigen Opposition den Mund zu stopfen, und ebensowenig vermochte es die Verteidigungsrede Schückings, so daß die Reichstagssitzung, von der man sich jedenfalls einen wirksamen Eindruck nach außen versprochen hatte, höchst unharmonisch ausklang und nur das klägliche Bild eines durch Parteihader zerrissenen Parlaments zurückblieb. Solange die deutsche Volksvertretung in diesen Fragen sich nicht zu einheitlicher Auffassung aufzuschwingen vermag, läßt sich nicht erwarten, daß das Ausland den deutschen Bemühungen zur Klärung der Schuldfrage die erhoffte Gerechtigkeit widerfahren läßt."

Der Reichstag gegen die Schuldlüge. Von Karl Kortüm.
„Der Stahlhelm", 29. Mai 1927, Nr. 22.

Was ist von der Kriegslüge übrig? Von Dr. Eugen Fischer.
„Thüringer Allgem. Ztg.", 21. Mai 1927, Nr. 139.

„Völkerrecht im Weltkrieg." Von Oberst a. D. Hugo Kaupisch.
„Rhein- und Ruhrzeitung" (Duisburg), 19. Mai 1927, Nr. 232.

Moralische Offensive. Von Dr. Kurt Baschwitz.
„Deutsche Allgemeine Zeitung", 28. Mai 1927, Nr. 245.

Dr. Baschwitz wendet sich gegen den Artikel des „Temps" vom 21. Mai, der das Untersuchungswerk des Reichstages, wie oben erwähnt, in so ausfallender Form bespricht. Zu dem „Denkmal der Unverschämtheit", das der „Temps" angesichts des Reichstagsausschusses errichtet habe, gehöre auch eine kleine Enthüllungsansprache.

„In Deutschland — schreibt Baschwitz — stößt die Forderung, daß wir jetzt endlich zur moralischen Offensive übergehen müßten, auf den Widerspruch ängstlicher Gemüter. Können wir denn nicht mit den bisherigen Erfolgen unserer ruhigen, sachlichen, wissenschaftlich nüchternen Aufklärungsarbeit zufrieden sein? Gewiß, das können wir. Aber nicht in solchem Umfange, wie viele Deutsche glauben. Der an einen Ausspruch von Lloyd George anknüpfende Zwischentext in dem ausgezeichneten Weltkriegsfilm, daß niemand mehr an die deutsche Alleinschuld glaube, ist eine fromme Selbsttäuschung.

Vielmehr kann die französische, aber auch die englische und der größte Teil der neutralen Presse noch immer so schreiben, als existierten weder die russischen Enthüllungen noch das englische Dokumentenwerk, von den deutschen Aktenveröffentlichungen gar nicht zu sprechen. Es findet zwar eine internationale Diskussion ehrlicher, wissenschaftlich forschender Wahrheitssucher statt. Die deutsche Öffentlichkeit nimmt daran teil. Aber in den anderen Ländern geht sie offenbar über die Köpfe der meisten Zeitungsleser hinweg.

Immerhin ist es schon ein gewaltiger Fortschritt, daß diese Diskussion eingesetzt hat. Ist es doch auch ganz entschieden das Verdienst der deutschen Aktenpublikation, daß die Engländer veranlaßt wurden, nun auch ihrerseits die Archive zu öffnen. Die Franzosen tun dies nicht; sie können es auch nicht, namentlich solange Poincaré am Ruder ist. Daran soll man sie jedesmal erinnern, so oft sie den Mund auftun, um von Kriegsschuld und Mißtrauen und Rüstungsbedürfnis zu reden.

Denn in dem „gewaltigen moralischen Prozeß der Gegenwart", wie Alfred von Wegerer kürzlich die Auseinandersetzung über die Schuldfrage genannt hat, geraten wir, wenn wir uns immer nur defensiv verhalten, so ganz allmählich und unmerklich in geistige Abhängigkeit von der Versailler Fragestellung."

Die Britischen Dokumente zum Kriegsausbruch. Von Alfred von Wegerer.

„Deutscher Offizierbund", 1927, Nr. 17 u. 18.

Eine umfassende Würdigung der Britischen Dokumente.

Wider die Kriegsschuldlüge. Ein offener Brief an den Königsberger Kirchentag. Von Landessuperintendent Rische, Wismar.

„Kreuzzeitung", 16. Juni 1927, Nr. 279.

Rische tritt für Stellungnahme zur Kriegsschuldfrage auf dem Königsberger Kirchentag ein.

Kirche und Kriegsschuldfrage.

„Berliner Lokalanzeiger", 19. Juni 1927, Nr. 286.

Auf der Königsberger Kirchentagung wandte sich Professor Dr. Kahl in seinem Referat „Kirche und Vaterland" gegen die Kriegsschuldlüge.

Minister Koch gegen die Kriegsschuldlüge.

„Reichsbote", 21. Juni 1927, Nr. 145.

Auf einer Kundgebung der Bremer deutschnationalen Arbeiter sprach Reichsverkehrsminister Dr. Koch über die Frage, welches Interesse die Arbeiterschaft an der Zerstörung der Kriegsschuldlüge habe. Die Frage der Kriegsschuld sei keine theoretische, sondern eine eminent praktische Frage.

Nochmals Churchills Kriegserinnerungen. Von Hans Delbrück.

„Deutsche Allgemeine Zeitung", 12. u. 16. Juni 1927, Nr. 269 u. 275.

Stresemanns Antwort an Poincaré.

„Tägliche Rundschau", 24. Juni 1927, Nr. 289.

In seiner Reichstagsrede vom 23. Juni nahm Stresemann auch zu der Rede Poincarés in Lunéville vom 19. Juni Stellung. Stresemann führte aus:

„Auch soweit die Rede von Lunéville wieder auf die Kriegsschuldfrage anspielt und alte Vorwürfe gegen die Art der deutschen Kriegsführung erneuert, glaube ich auf eine nochmalige Widerlegung verzichten zu können. Dazu berechtigt mich die Tatsache, daß die Aufklärung der öffentlichen Meinung zu weit vorgeschritten ist, als daß noch zu befürchten wäre, daß derartige Behauptungen ein gläubiges Ohr fänden."

Kriegsnotwendigkeiten und Repressalien: Zwei Feinde des Völkerrechts. Von A. Mendelssohn-Bartholdy.

„Europäische Gespräche", Juni 1927.

In seinem Aufsatz, der in der Hauptsache sich mit dem neuen Werk des Untersuchungsausschusses über das Völkerrecht im Weltkrieg beschäftigt, wendet sich Mendelssohn-Bartholdy zunächst gegen die, welche an seiner Rede im Reichstag anläßlich des Abschlusses der Aktenveröffentlichung Anstoß genommen haben. Mendelssohn-Bartholdy hatte die politischen Führer der Vorkriegszeit als Opfer eines Systems bezeichnet, „in dem selbst das geschickteste und eifrigste Bemühen um die äußerliche Erhaltung des Friedens vergeblich bleiben mußte, so sehr war dieses System selbst mit dem Krieg verheiratet". Man hätte aus den 15 000 Aktenstücken der Großen Politik getrost alle Namen weglassen können, das würde an ihrem Inhalt nichts geändert haben; „wer die Kriegsvorgeschichte — sagt Mendelssohn — so läse, der lernte aus ihr, daß man gar nichts gewonnen hätte, wenn man in einem großen allgemeinen Völkergericht all diese Kanzler und Kanzlisten, diese Fürsten und Diplomaten, wie es einer von ihnen in der Zeit des Friedensschlusses so freundlich-naiv einem anderen zugedacht hat, gehängt und ihre Gebeine in die vier Winde geworfen hätte, übrig gelassen hätte aber die Verbände und Legionen, übrig gelassen die Zeitungen, übrig gelassen uns alle, die wir mitlaufen, wenn es einen Paradeschritt auf der Straße gibt, Militärmusik, zweierlei Tuch, Orden — und große Worte. Daß nicht die Weisen herrschen, sondern die Narren und die aufgeblasensten Narren am allerprächtigsten, daran sind die Narren gar nicht schuld, die Weisen zum Teil, und wir, das Publikum, ganz und gar".

Dragutin Dimitrijewitsch. Von Hermann Wendel.

„Frankfurter Zeitung", 1927, Nr. 371, 374, 377, 381.

Die Dreibundpolitik. Gegensätze im Dreibund während der Balkanwirren im Jahre 1913. Von Professor Dr. Roloff.

„Gießener Anzeiger", 1. Juni 1927, Nr. 126.

Das Evangelium des Quai d'Orsay. Von Richard Foerster.

„Dammert's Tagesfragen", 22. Juni 1927.

Die Bedeutung der Kriegsschuldfrage. Von Korvettenkapitän von Abendroth.

„Sächsische Landesblätter des D. O. B.", 1927, Nr. 10.

Die Bereinigung der Kriegsschuldfrage. Von Prof. Dr. Görcke.
„Deutsche Tageszeitung", 31. Mai 1927, Nr. 251.

Wann beginnt unser Kampf gegen die Kriegsschuldlüge ernstlich? Von Prof. Dr. Hennig.
„Der Deutschenspiegel", 20. Mai 1927.

Sarajewo und Saloniki. Von Richard Foerster.
„Tägliche Rundschau", 23. Juni 1927, Nr. 144.

Eine Kundgebung der Deutschen Studentenschaft zum 28. Juni.

Am 28. Juni fanden an allen Deutschen Hochschulen Kundgebungen gegen Versailler Vertrag und Kriegsschuldlüge statt. In Berlin sprachen Großadmiral von Tirpitz und Professor Georg Karo (Halle). Die in Berlin gefaßte Resolution der Studentenschaft hat folgenden Wortlaut:

„Der 28. Juni, da 1914 in Sarajewo die ersten verhängnisvollen Schüsse des Weltkrieges fielen, da man fünf Jahre später ein wehrlos gemachtes Volk zur Unterschrift unter das Versailler Diktat zwang, sei als schwerster Schicksalstag im Deutschen Volke nie vergessen.

Noch immer soll die ungeheuerliche Lüge von deutscher Schuld und deutschem Kriegswillen, die deutsche und ausländische wissenschaftliche Forschung längst entlarvt hat, das Versailler Diktat und den Fluch über Deutsches Volk begründen.

Die deutsche Studentenschaft erhebt heute, und darin einig mit dem ganzen Deutschen Volke, wiederum den Ruf gegen das erpreßte Schuldbekenntnis. Die Deutsche Studentenschaft soll und wird nicht eher den Ruf verklingen lassen, bis die deutsche Ehre auch durch die Befreiung vom Versailler Diktat und seinem Artikel 231 wiederhergestellt ist."

Zur Rede Poincarés. Von Alfred von Wegerer.
„Deutsche Allgemeine Zeitung", 23. Juni, Nr. 288.

Gekürzte Darstellung des in diesem Heft über die Rede Poincarés veröffentlichten Aufsatzes des Verfassers. Berichtigung zu diesem vorstehenden Artikel: Der angebliche Bombenabwurf bei Nürnberg war am 2. August, nicht am 3. August 1914 gemeldet worden.

★

ENGLAND.

Lord Lansdowne †.

Am 4. Juni 1927 ist in London der ehemalige britische Außenminister Lord Lansdowne im Alter von 82 Jahren gestorben.

Lord Lansdowne hat zusammen mit Paul Cambon, dem französischen Botschafter in London, und mit Delcassé, dem französischen Außenminister, die ersten Fäden geknüpft zwischen London und Paris, die dann am 8. April 1904 zur Unterzeichnung des Vertrages führten, der bis zum heutigen Tage die Grundlage der englisch-französischen Entente cordiale geblieben ist.

★

FRANKREICH.

Die Öffnung der französischen Archive.

„Berliner Tageblatt", 22. Juni 1927, Nr. 290.

Im „Oeuvre" tritt Professor Aulard aufs neue für die Öffnung der französischen Archive ein. Es genüge nicht, daß Frankreich seine Unschuld versichere, diese Unschuld müsse durch unwiderlegliche Zeugnisse auch bewiesen werden. Der Artikel 231 des Versailler Vertrages sei der Sache der Wahrheit eher schädlich als nützlich, denn das in ihm enthaltene Schuldbekenntnis sei dem besiegten Deutschland durch Gewalt abgezwungen worden. Eine umfassende Aktenveröffentlichung sei im Interesse Frankreichs notwendig und dürfe nicht länger aufgeschoben werden.

Die englisch-französischen Beziehungen. Von Pertinax.

„Kölner Tageblatt", 9. Juni 1927, Nr. 266.

Im Zusammenhang mit dem Besuch des Präsidenten der Republik Doumergue in London erwähnt Pertinax, der Leiter der außenpolitischen Redaktion des „Echo de Paris", eine bisher nicht bekannte Äußerung von Paul Cambon, der bei Kriegsausbruch 1914 französischer Botschafter in London war. Am 24. Juli 1914 habe Paul Cambon erklärt: „Es stände durchaus bei Sir Edward Grey, die Ereignisse aufzuhalten, wenn er unverzüglich erklärte, daß er auf Seiten Frankreichs und Rußlands stehe. Die Spaltungen im Kabinett werden ihn jedoch zum Zögern zwingen. Daraus werden die Deutschen den Schluß ziehen, daß sie auf Englands Neutralität rechnen können. Wenn dann die Wahrheit sich herausstellt, werden sie nicht mehr zurück wollen."

La Responsabilité de l'Allemagne.

Les Cahiers des Droits de l'Homme.

Am 2. Oktober 1926 hatte Reichsaußenminister Dr. Stresemann in Köln erklärt: „Wir sind bereit, uns jedem unparteiischen Gerichtshof zu stellen, der die Ursachen des Weltkrieges unter-

sucht, der deshalb will, daß die Wahrheit entschieden werde." An diese Worte knüpft die französische Liga für Menschenrechte an und sagt, daß sie von Anfang an in der gleichen Richtung gearbeitet habe. Ein derartiges Schiedsgericht könne aber erst dann ins Auge gefaßt werden, wenn Frankreich seine Archive über den Kriegsausbruch geöffnet habe. Die Liga wird noch einmal vorstellig werden, damit die Veröffentlichung beschleunigt durchgeführt wird.

*

JUGOSLAWIEN.

Verbot eines Buches.

„Politika" (Belgrad), 22. Mai 1927.

Durch Verfügung des Ministers des Innern ist die Einfuhr und die Verbreitung des Buches von Dr. Boghitschewitsch, das in Paris unter dem Titel „Le Procès de Salonique" erschienen ist, verboten.

Aus Pasitsch's Memoiren.

„Morgenblatt" (Zagreb), 9. April bis 8. Mai 1927.

Belgrader Zeitungen haben die ersten Auszüge aus den Memoiren des verstorbenen Ministerpräsidenten Pasitsch veröffentlicht. Das Zagreber „Morgenblatt" bringt eine deutsche Übersetzung. Für die unmittelbare Vorgeschichte des Krieges und den Kriegsausbruch selbst kommen die bisher erschienenen Teile der Memoiren nicht in Betracht. Man darf gespannt sein, ob auch die anderen Teile in Kürze bekanntgegeben werden.

Die Organisation „Einigung oder Tod" (Schwarze Hand). Von A. Popović.

„Nova Ewropa", 11. Juni 1927.

In seiner interessanten Studie schreibt Popović über die Entstehung der Organisation „Einigung oder Tod":

„Die Hauptursache, daß die jungen Offiziere sich in die Verschwörung vom 29. Mai 1903 einließen, lag darin, daß man in den breiteren Volksschichten, namentlich aber im Kreise der Offiziere, die Empfindung hatte, es werde in nationalen Dingen überhaupt nichts getan. Man glaubte, daß sich die Tätigkeit des letzten Obrenović einzig und allein auf den innern politischen Kampf zum Zweck der Befestigung der Dynastie beschränke und die nationale Aktion vollständig hintangesetzt werde. Eine Ansicht, die auch die

Opposition, in erster Linie die radikale Partei, gegen das damalige Regime geltend machte. Und tatsächlich, als nach dem 29. Mai gewisse Dokumente veröffentlicht wurden — insbesondere der Text der zwischen weiland König Milan und Österreich abgeschlossenen geheimen Konvention — ergab sich, daß diese Ansicht gerechtfertigt war.

Der 29. Mai unterbrach, wenn auch in brutaler Weise, den innerpolitischen, zwischen dem Herrscher und den Politikern geführten Kampf und ermöglichte die Arbeit auf nationalem Gebiet, an die man auch sofort herantrat. Hauptobjekt dieser Aktion war Makedonien mit Altserbien, Provinzen, die unter türkischer Verwaltung standen. Diese Bewegung umfaßte gleich von Anbeginn auch die übrigen südslawischen Provinzen, nämlich die unter österreichischer Verwaltung stehenden, jedoch damals noch so nebenher, mehr um die Geister für die Hauptaktion heranzubilden.

Die hauptsächlichen Träger der Aktion in Makedonien — einer Aktion, die gekennzeichnet ist durch eine ganze, unter dem Namen der „makedonischen Freischärleraktion" bekannte Epopöe — waren neben der damaligen Jugend unsere jungen Offiziere, und zwar in erster Reihe die, die an dem Maiumsturz tätigen Anteil genommen hatten. In dieser Aktion, im Kampfe für Makedonien und seine Bevölkerung, waren nicht bloß Männer aus Serbien engagiert, es gab auch Kämpfer aus den übrigen Gebieten des Serbentums, vornehmlich aus Bosnien. Allen aber taten es in dieser Aktion in Südserbien *) die dortigen Städter unserer Nationalität zuvor, in erster Linie Kulturarbeiter und Geistliche. Ihrem bis zur Selbstentäußerung, bis zur Lebensverneinung getriebenen Eintreten sind die Erfolge unserer Freischärleraktion in Makedonien zu danken.

Diese Freischärleraktion zeitigte von ihrem Beginn (1904) bis zur jungtürkischen Revolution und der Annexionskrise (1908) glänzende Resultate und ihre Erfolge waren schon 1906 so groß, daß sie die Türkei, Österreich und Bulgarien mit Sorge erfüllten. Um ein Kleines hätte Bulgarien deshalb schon damals einen Krieg provoziert. Aber sie konnten unsere Erfolge nicht hindern. Unsererseits begann man allmählich betreffs unserer Aspirationen auf den Süden mit größerer Zuversicht in die Zukunft zu blicken. Die Arbeit für die Freischärleraktion und ihre Erfolge und — im Zusammenhang damit — die Erwägungen über die Bedürfnisse und das Leben unserer Konnationalen in jenen Gebieten ließen eine

*) Südserbien — jetzige amtliche Bezeichnung Makedoniens.

Anzahl von Personen, die sich aktiv an der Aktion beteiligten, zur Erkenntnis und Überzeugung gelangen, daß die Einigung unserer Nation nur durch eine revolutionäre Aktion und durch revolutionäre Tätigkeit in den unerlösten Provinzen durchgeführt und erreicht werden könne."

*

ÖSTERREICH.

Mr. Churchill und der Weltkrieg. Die Schäden der „Generalspolitik". Von Joseph Caillaux.

„Neue Freie Presse", 22. Mai 1927, Nr. 22 516.

In einer sehr interessanten Besprechung der beiden letzten Bände der Memoiren Churchills kommt Caillaux unter anderem auch auf den französischen Aufmarschplan Nr. 17, der bei Kriegsausbruch 1914 zugrunde gelegt wurde, und auf die im französischen Generalstabe über Deutschlands Absichten bestehenden Auffassungen zu sprechen: „Die militärischen Besprechungen, welche während der ganzen Periode der Spannung, die dem Zwischenfall von Agadir folgt, stattfanden, befestigten bei den Regierungsmännern die Überzeugung, der französische Generalstab erwarte, die Deutschen würden, sobald der Krieg erklärt war, in Belgien einfallen und er treffe dementsprechende Dispositionen."

Gespräch mit dem Chauffeur Franz Ferdinands. Seine Erinnerungen an das Attentat in Sarajewo.

„Neues Wiener Journal", 9. Juni 1927.

Der Chauffeur, der am 28. Juni 1914 das Auto des Erzherzogs Franz Ferdinand in Sarajewo führte, berichtet über das Attentat:

„Während der Rückfahrt vom Hauptpostamt", erzählt Divjak, „bildete die Bevölkerung in den festlich beflaggten Straßen ein mehrreihiges Spalier und begrüßte das Erzherzogspaar mit Zurufen und Blumengrüßen. Wir fuhren langsam den Fluß entlang. Bevor wir aber zur Brücke kamen, schleuderte jemand aus der Menge einen Blumenstrauß, der direkt ins Auto fiel. Der Thronfolger bemerkte, daß aus dem Blumengewinde der Rauch einer Lunte aufstieg, erfaßte geistesgegenwärtig die Bombe und schleuderte sie rücklings aus dem Wagen, wo sie unmittelbar darauf unter heftiger Detonation explodierte. Der Thronfolger", erzählt Divjak, „wendete sich sofort ohne Zeichen von besonderer Aufregung seiner Gemahlin zu und suchte sie zu beruhigen. In rascher Fahrt erreichten wir

nach kaum einer Minute das Regierungsgebäude, wo Franz Ferdinand verbittert die Worte aussprach: „Mit Bomben also empfangt Ihr mich?!“

Die dringenden Vorstellungen des Feldzeugmeisters Potiorek und des Kriegsministers Krobatin, die Straße sofort evakuieren zu lassen, wehrte der Thronfolger entschieden ab. „Wozu?“ fragte er, „die Bevölkerung mag bleiben. Ich will, daß mich das Volk sieht, denn dazu bin ich ja hergekommen“. Die Fahrt wurde also in gemäßigtem Tempo durch das Menschenspalier fortgesetzt. Die beiden vor dem Wagen des Thronfolgers fahrenden Autos waren bei einer Kreuzung geradeaus weitergefahren, was nicht im Programm vorgesehen war, worauf mir Franz Ferdinand plötzlich zurief: „Halt! Nach rechts abbiegen!“ Ich bremste rasch ab und war eben im Begriffe, das Rückwärtsgetriebe einzuschalten, als sich blitzschnell das Unerwartete ereignete.

Gerade in dem Augenblick, als mein Auto zum Stillstand kam, krachten von rechts aus der Menge Schüsse. Ich riß den Wagen, so rasch es nur ging herum, ein unbeschreiblicher Tumult brach los, die Menge wich scheu zurück und gab die Bahn frei, niemand wußte, was eigentlich geschehen sei. Es war genau um 11 Uhr 10 Minuten vormittags. In rasendem Tempo ging es zurück zum Konak. Ich riß den Wagenschlag auf und sah, daß der Erzherzog noch Lebenszeichen von sich gab und röchelte und daß aus seiner durchschossenen Kehle das Blut in Strömen quoll und die Uniform purpurrot färbte. Die Herzogin von Hohenberg wies keinerlei Blutspuren auf, doch war der Eintritt des Todes aus ihren Zügen bereits deutlich erkennbar. Ich und einige Diener trugen den Erzherzog, der wiederholt den Versuch machte, zu sprechen, aber nur einige unartikulierte Laute hervorbrachte, in den Konak und betteten ihn auf ein Sofa.“

Ein deutscher Diplomat aus der Bismarckzeit. Die Denkwürdigkeiten des Botschafters General von Schweinitz.

„Neue Freie Presse“, 29. Mai 1927, Nr. 22 523.

Die kritischen Juli-Tage 1914. Von M. Auffenberg-Komarow, Kriegsminister a. D.

„Neues Wiener Journal“, 22. Mai 1927, Nr. 12 032.

General von Auffenberg-Komarow, der Anfang dieses Jahres sein 75. Lebensjahr vollendet hat, schildert in dem vorstehenden Artikel die nicht immer harmonische Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Stellen in Wien vor Kriegsausbruch 1914.

Das Sarajewoer Attentat und der Saloniker Prozeß von Professor Dr. Hans Übersberger.

„Neues Wiener Tageblatt", 31. Mai 1927, Nr. 149.

Erster Teil einer umfassenden Würdigung des neuen Buches von Dr. Boghitschewitsch: „Le Procès de Salonique."

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren haben, ist die Veröffentlichung des zweiten Teiles dieses Aufsatzes unterblieben, weil von seiten der jugoslawischen Regierung dem „Neuen Wiener Tageblatt" gedroht wurde, sie würde der Zeitung das Post-Debit für Jugoslawien entziehen, wenn sie den Schlußartikel bringt. Unter Androhung der gleichen Maßnahme wurde erreicht, daß in einer anderen großen Wiener Zeitung eine Besprechung des Buches unterblieben ist.

Unverständlich bleibt nur, daß die Wiener Zeitungen nicht von sich aus gegen diesen Terror schärfsten Protest erhoben haben.

Der Prozeß von Saloniki 1917.

„Österreichische Wehrzeitung", 6. und 13. Mai 1927.

★

UNGARN.

Graf Nikolaus Szécsen. Von Graf Albert Apponyi.

„Pester Lloyd", 18. Mai 1927, Nr. 112.

Graf Apponyi widmet dem im vergangenen Jahre verstorbenen Grafen Szécsen, dem letzten österreichisch-ungarischen Botschafter in Paris, der auch zu den Mitarbeitern unserer Zeitschrift gehört hat, einen warmherzigen Nachruf.

La correspondance du comte Etienne Tisza. Von Eugène Horváth.

„Revue de Hongrie", 15. Mai/15. Juni 1927.

Eine Studie auf Grund der von der ungarischen Akademie der Wissenschaften veröffentlichten Briefe des Grafen Tisza. Professor Horváth schließt seine Darlegungen mit den Worten: „Das Studium der Briefe, von denen wir nur einige näher kritisiert haben, berechtigt uns zu der Schlußfolgerung, daß Tisza dem Krieg nur schweren Herzens und nach einem inneren Kampf zugestimmt hat, aber daß er eine unerschütterliche Festigkeit in der Verteidigung entfaltete. Unsere Schlußfolgerung wäre nicht gerecht und nicht

objektiv, wenn wir nicht der Gefahr Rechnung tragen würden, die Tisza in dem Angriff des zaristischen Rußland sah und vor der er sich von seiner Verantwortung nicht freimachen konnte, ohne zugleich seine Nation und sein Vaterland in der schwersten Stunde der Krisis aufzugeben."

Bücherschau.

Barnes, Harry Elmer: „The Genesis of the World War", An Introduction to the problem of war Guilt. Alfred A. Knopf, New-York 1927, 754 Seiten (zweite Auflage).

Barnes, Harry Elmer: Soziologie und Staatstheorie. Universitäts-Verlag Wagner, Innsbruck 1927, 230 Seiten.

Kabisch, Ernst: „Ergänzungen zu Streitfragen des Weltkrieges", Bergers Literarisches Büro und Verlagsanstalt, Stuttgart 1927, 27 Seiten.

Kawerau, Siegfried: „Denkschrift über deutsche Geschichts- und Lesebücher, vor allem seit 1923." Hensel & Co. Verlag, Berlin 1927, 208 Seiten.

Kawerau hat den Versuch unternommen, die wichtigsten im Gebrauch befindlichen deutschen Geschichts- und Lesebücher auf ihren Charakter und ihre Einstellung zu den wesentlichsten Fragen der Vorkriegs- und Nachkriegszeit zu prüfen. Dieser Versuch ist mißlungen. Er ist gescheitert an der Einstellung des Verfassers. Kawerau steht den wichtigsten deutschen Fragen der Vorkriegs- und Nachkriegszeit in hohem Maße voreingenommen gegenüber.

Zum Beweise möge eine Kritik des wichtigsten Kapitels seiner Denkschrift über die Vorgeschichte des Krieges, den Kriegsausbruch sowie über die Kriegsschuldfrage dienen.

Kawerau schreibt, „das gewaltigste Werk, was uns zur Selbstbesinnung gegeben wurde, sei ‚Die Tragödie Deutschlands' von einem Deutschen". Dieses Buch ist durchaus einseitig in seinem Urteil. Sein Verfasser ist unbekannt. „Eine der besten Studien über die Vorgeschichte des Krieges und den Kriegsausbruch" nennt Kawerau weiter eine kleine Broschüre von Walter Fabian, die, 1925 erschienen, zahlreiche, zum Teil groteske Fehlurteile gegen Deutschland aufweist. Kawerau aber ist der Ansicht, daß an Fabians Behauptungen über den Kriegsausbruch „nicht mehr zu rütteln" sei.

Kawerau hat sich nicht der Mühe unterzogen, in seiner Denkschrift auch nur die wesentlichsten Feststellungen der Kriegsschuldforschung zu beachten. So bringt er neben seinen ganz einseitig orientierten Urteilen gegen die deutsche Regierung auch direkt falsche Datenangaben für die Tage des Kriegsausbruchs 1914 (so auf S. 75 u. 76). Den Greyschen Konferenzvorschlag vom 26. Juli — den übrigens Kawerau mit dem

Vermittlungsvorschlag zu vieren vom 24. Juli verwechselt — stellt Kawerau in übertriebenem Maße heraus, ohne auch nur zu erwähnen, weshalb die deutsche Regierung diesen Vorschlag nicht annehmen konnte, und ohne zu sagen, daß Grey seinen Vorschlag selbst zugunsten der aussichtsreicheren deutschen Anregung einer direkten Aussprache Wien—Petersburg zurückgezogen hat. Kawerau aber erklärt, die deutsche Regierung hätte übersehen müssen, „daß die Ablehnung von Greys Vorschlag den allgemeinen Krieg bedeute".

Weit schlimmer aber noch ist die Darstellung, die Kawerau den entscheidenden Tagen des 30. und 31. Juli 1914 widmet. Er stützt sich in seinen Ausführungen ganz offensichtlich auf die Thesen, die der Österreicher Heinrich Kanner immer wieder in der Presse und zuletzt in seinem Buche „Der Schlüssel zur Kriegsschuldfrage" aufgestellt hat. Kawerau ist anscheinend nicht in der Lage, ein selbständiges Urteil über die letzten Phasen der Verhandlungen vor Kriegsausbruch zu fällen. Er erwähnt mit keinem Wort, daß Österreich-Ungarn durch die bereits am 29. Juli in den europäischen Hauptstädten offiziell notifizierte russische Teilmobilmachung in höchstem Maße bedroht war, sondern konstruiert einen deutschen Kriegswillen auf Grund des bekannten Telegrammwechsels Moltke—Conrad, der ohne Kenntnis der russischen weitgehenden militärischen Mobilmachungsmaßnahmen naturgemäß nicht zu verstehen ist. Ein sorgfältiges Studium, das für eine Denkschrift wohl unerläßlich hätte sein müssen, würde wohl auch Kawerau gezeigt haben, wie berechtigt Moltkes Warnungen gewesen sind.

Kawerau zögert auch keinen Augenblick, die von Kanner in seinem bereits erwähnten Buche aufgestellte These, daß zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn seit 1909 eine Militärkonvention bestanden habe, in seiner Denkschrift zu wiederholen. Er schreibt darüber: „Diese Militärkonvention von 1909 verpflichtete Deutschland zur Kriegserklärung, sobald Rußland zur Mobilisierung gegen Österreich schritt." Wir empfehlen Herrn Kawerau dringend, die Kritik nachzulesen, die der amerikanische Historiker Prof. Sidney B. Fay im Januarheft 1927 der „American Historical Review", dem Buche von Kanner gewidmet hat, und in der Fay in sehr eingehender Form die törichten Behauptungen von einer deutsch-österreichischen Militärkonvention widerlegt. Zum Schlusse soll noch auf zwei Behauptungen hingewiesen werden, die Kawerau in seiner Denkschrift aufstellt: er schreibt: „Es gilt hier, noch eine Legende der deutschen Geschichtsbücher zu zerstören: als bedeutete Rußlands Mobilmachung den Krieg! Das ist längst und vollständig widerlegt, obgleich Gerstenberg es steif und fest behauptet . . . ebenso falsch ist der Vorwurf, Viviani hätte am 31. Juli den deutschen Botschafter beschwindelt. Die Sache verhält sich so: Das Telegramm Paléologues mit der Meldung der russischen Generalmobilisierung ist erst nach der Unterhaltung Vivianis mit Schoen in Paris eingetroffen; im deutschen Weißbuch, Juni 1919, ist die Abgangszeit des Telegramms in Petersburg als Ankunftszeit in Paris angegeben."

Zur ersten Behauptung von Kawerau ist nicht viel zu sagen. Wer heute noch nicht einsehen will, daß die russische allgemeine Mobilmachung den Krieg bedeutete, verrät eine so große Kenntnislosigkeit über die Vorgeschichte und den Ausbruch des Krieges, daß er eine Denkschrift in dieser Materie besser nicht geschrieben hätte.

Zur zweiten Behauptung muß festgestellt werden, daß die französische Regierung, wie wir aus den nachträglich durch die Forschungen des französischen Historikers Pierre Renouvin bekannt gewordenen Fälschungen des französischen Gelbbuches erfahren haben, bereits am späten Abend des 30. Juli 1914 über die Anordnung der ersten Maßnahmen zur russischen allgemeinen Mobilmachung unterrichtet war. (Vergl. „Das Französische Gelbbuch von 1914". Berichtigter und ergänzter Wortlaut der ersten amtlichen Veröffentlichung der französischen Regierung über den Kriegsausbruch. Herausgegeben von Alfred von Wegerer, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Berlin 1926 Nr. 102, II.)

August Bach.

Michel, Ersilio: „Bibliografie Tedesche della Guerra", Officio Storico del Comando di Stato Maggiore, Rom 1927, 5 Seiten.

v. Moser, Generalleutnant: „Die Vorkriegszeit, der Weltkrieg und der Zukunftskrieg im Augenwinkel der jüngeren und der älteren deutschen Generation." Dob-Verlag G. m. b. H., Berlin 1927, 36 Seiten.

Recouly, Raymond: „La Troisième République." Librairie Hachette, Paris 1927, 335 Seiten.

Seymour, Charles: „Papiers Intimes du Colonel House". Payot, Paris 1927, 2 Bände.

Steinhausen, Georg: „Der politische Niedergang Deutschlands in seinen tieferen Ursachen." A. W. Zickfeldt Verlag, Osterwieck am Harz, 1927, 206 Seiten.

Verlag: Zentralstelle f. Erforschung d. Kriegsursachen, Berlin NW6. Postscheck: Bln. NW7 Nr. 25 558.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Alfred von Wegerer, Berlin NW 40.
Druck: Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin SW 48.

Bitte an unsere Leser!

Wir richten an unsere geehrten Leser die dringende Bitte, dem Inseratenteil unserer Zeitschrift besondere Beachtung zu schenken.

Ganz besonders möchten wir auf die Inserate der Kurorte in diesem Heft aufmerksam machen.

Der Ausbau des Inseratenteils unserer Zeitschrift wird wesentlich gefördert, wenn unsere Leser sich bei Anfragen an die Kurverwaltungen oder Einkäufen bei den inserierenden Firmen jedesmal auf unsere Zeitschrift beziehen.

SOMMERKURORTE

in denen „Die Kriegsschuldfrage“ ausliegt

BAD MEINBERG

Teutoburger Wald / Station: Horn-Bad Meinberg

Altberühmtes Schlamm- und Kohlensäure-Bad

Hervorrag. Erfolge bei Gicht, Rheuma, Ischias, Herz-, Nerven-, Nieren- und Leberkrankheiten

Eröffnung: 1. Mai Prospekt durch die Kurverwaltung

NEUSTADT im Schwarzwald

830 Meter über dem Meere

Prächtig gelegener Höhenluftkurort des Hochschwarzwaldes (im Titisee- und Feldberggebiet)

Knotenpunkt für Höhenwanderungen und Autofahrten

Auskunft und Prospekte durch das Kurbüro. — F. 345.

BAD SACHSA

Glanzpunkt des Südharzes

durchschnittlich 400 m über d. Meer, ist angenehmster Kur- und Ferienaufenthalt

Auskunft kostenlos / Kurverwaltung

SCHIERKE im Harz

Der alpine Luftkurort am Brocken. 650—1142 m über dem Meere.

Sommer- und Wintersportplatz

Sein Name wirkt wie ein Programm für **klassische Natur- und Landschaftsschönheit.** Sichere Gelegenheit der Erfrischung und Kräftigung Behagliche Unterkunft in weitbekannten Hotels und Pensionen.

Prospekte und Auskunft kostenlos durch die Kurverwaltung — Verkehrsamt — der Gemeinde Schierke im Harz. Fernruf 50

SOMMERKURORTE
in denen „Die Kriegsschuldfrage“ ausliegt

Bad Sooden-Werra
Das schönste Solbad inmitten herrlicher Bergwaldungen

Bedeutendes Inhalatorium. — Pneumatische Kammern. Sol- und Kohlensäurebäder. Gradierwerk. Besonders Heilerfolge bei Katarrhen der Atmungsorgane, Asthma, Rheuma, Skrofulose, Rachitis. Kurzeit bis Mitte Oktober.

OSTSEEBAD
WARNEMÜNDE

Direkter D-Zug: Berlin (4 Stunden), Hamburg (3½ Stunden), Leipzig (Eilzug 7 Stunden)

Waldreiche Umgebung * Herrlicher Sandstrand
Molen * Offene See * Yachthafen

Auskunft durch die Badeverwaltung

Weißer Hirsch Dresden
mit Bühlau

der schönstgelegene klimatische Kurort Sachsens

heilt Stoffwechselkrankheiten, Nervosität, Blutarmut und Arteriosklerose

Er ist das Dorado aller Erholungsbedürftigen

Auskunft: Reisebüros, Kurverwaltung. Fernspr. 37385.

ZOPPOT DAS WELTBAD AN DER OSTSEE

SOMMER- UND WINTERKURORT

Wegen billiger Lebensmittel äußerst preiswerter Aufenthalt

Brunnenkuren / Warmbad mit Inhalatorium / Moorbäder

Kostenlose Auskunft durch die Badeverwaltung. / 1 RM. = 1,25 D.Gulden

Friedrich Stieve

Deutschland und Europa

1890—1914

Umfang 250 Seiten Großoktav mit 3 Karten

Preis broschiert Mk. 4.— / Gebunden Mk. 5.—

★

Kurze Darstellung
der deutsch-europäischen Politik bis zum Kriegsbeginn.
Zusammenfassung alles Wesentlichen, was die
große Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes gebracht hat.
Alle zum Verständnis notwendigen Dokumente und Verträge.
Daher ein Quellenbuch ersten Ranges.

Verlag für Kulturpolitik Berlin

Das führende sozialpolitische Organ Deutschlands ist

„Der Arbeitgeber"

Die offizielle monatlich zweimal erscheinende Zeitschrift der
Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Sie bringt alles auf dem sozialpolitischen Gebiet Wissenswerte in ausführlichen Aufsätzen oder kritisch berichtend und befaßt sich darüber hinaus mit den großen kulturellen und staatspolitischen Fragen, die das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft bewegen. Die Zeitschrift ist daher unentbehrlich für alle diejenigen, die in geistigem Zusammenhang mit den großen Fragen der Sozialpolitik auf den Auffassungen führender deutscher Wirtschaftler bleiben wollen, insbesondere für Vertreter der Wissenschaft, Dozenten und Hörer der Universitäten, für Behörden, Politiker und alle sonst im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten des In- und Auslandes. Bestellungen (vierteljährlich 3 Mark) werden von jeder Postanstalt und beim VERLAG OTTO ELSNER, Berlin S 42, Oranienstr. 140/142, entgegengenommen.

Wanderer

WANDERER-WERKE / SCHÖNAU BEI CHEMNITZ

AUTOMOBILE
schnell und bequem
zuverlässig u. sparsam

Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft

empfiehlt sich
zur preiswerten Anfertigung
sämtlicher Drucksachen und Massenauflagen
Zeitschriften / Zeitungen
Werke

Setzmaschinen * Stereotypie * Rotationsdruck * Flachdruck

Berlin SW 48 / Wilhelmstraße 32
Fernsprecher: Amt Hasenheide Nr. 3123—3125

100 Rasierklingen

5,80 Mark franko

Nichtgefallend: Geld zurück!

Fa. v. Münchhausen * Wesermünde-Lehe

Neue Aufschlüsse über die Hohe Politik Rußlands
während des Weltkrieges

Das Zaristische Rußland im Weltkriege

(„Царская Россия в мировой войне")

**Neue Dokumente
aus den Russischen Staatsarchiven über den
Eintritt der Türkei, Bulgariens, Rumäniens und
Italiens in den Weltkrieg**

Herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung
der Kriegsursachen

LIX, 337 Seiten. Groß-Oktav.
Preis in Pbd. M. 20.— / Ganzleinen M. 25.— / Halbleder M. 30.—

In seinem Vorwort schreibt Alfred von Wegerer:

„... Wer die Dokumente über den Kriegsausbruch aus den Farbbüchern der am Kriege beteiligten Grossmächte, die 1914 in Konflikt geraten sind, durchgelesen hat, wird in den offiziellen Schriftstücken immer wieder Spuren entdecken, dass mit wenigen Ausnahmen die verantwortlichen Staatsmänner die Pflicht in sich fühlten und auch zum Ausdruck brachten, den Krieg, wenn möglich, doch zu vermeiden. In den vorliegenden Dokumenten, die den Eintritt der genannten Staaten in den Krieg enthalten, wird man vergebens nach derartigen Sentimentalitäten suchen. Nachdem zwischen den Grossmächten der Konflikt offen ausgebrochen war, scheint jede Scheu vor dem Kriege an sich geschwunden zu sein, und wir sehen, wie in den Verhandlungen zwischen Russland und der Türkei, Bulgarien, Rumänien und Italien nur rein materielle Gesichtspunkte die Politik beherrschen. Ungeschickt und brutal tritt der Krieg als Geschäft in die Erscheinung. Der ganze hier vorliegende diplomatische Schriftwechsel charakterisiert sich als ein Feilschen der russischen Regierung mit den Regierungen der Länder, die es in den Krieg an seiner Seite hineinziehen will. Unverhüllt zeigen die vorliegenden Dokumente, wie man Monate hindurch angesichts der Verheerungen des Krieges mit kühler Ruhe darüber verhandelte, unter möglichst günstigen Bedingungen „zum Kriege zugelassen" zu werden."

**Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik
und Geschichte m. b. H. / Berlin W 8 / Wilhelmstraße 66**

Beiträge zur Schuldfrage
Herausgegeben von der
Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen

FÜNFTES HEFT

DAS FRANZÖSISCHE GELBBUCH von 1914

Berichtigter und durch die nachträglich bekanntgewordenen Dokumente ergänzter Wortlaut der ersten amtlichen Veröffentlichung der Französischen Regierung über den Kriegsausbruch

MIT EINEM VORWORT
VON ALFRED VON WEGERER

Die Aufgabe des neuen Französischen Gelbbuches von 1914, mit den von deutscher Seite festgestellten Verbesserungen und Ergänzungen, besteht darin, den an der Klärung der Kriegsursachen Interessierten in aller Welt zu zeigen, wie dringend notwendig es ist, die Forderung nach endlicher Erschließung auch der französischen Archive zu erheben. Nachdem die Regierungen Deutschlands, Österreichs, Rußlands und jetzt auch die Englische Regierung ihre Archive über den Kriegsausbruch geöffnet haben, kann und darf die Französische Regierung mit der Bekanntgabe ihres Aktenmaterials nicht länger zögern, wenn sie nicht den Verdacht auf sich laden will, daß sich hinter den verschlossenen Türen der französischen Archive Dokumente befinden, durch welche die Französische Regierung von 1914 in ärgster Weise kompromittiert werden könnte.
Wenn mit Locarno ein neuer Geist unter den westeuropäischen Völkern eingezogen sein soll, wird es höchste Zeit, durch Öffnung der bisher noch verschlossen gebliebenen Archive den mit Worten hinreichend bezeugten guten Willen auch durch die Tat zu beweisen; denn jede Verständigung zwischen den europäischen Völkern, die nicht auf der Grundlage der Wahrheit beruht, muß und wird über kurz oder lang hilflos in sich zusammenbrechen.

In Pappe gebunden **M. 9.—**; in Ganzleinen **M. 12.—**; in Halbleder **M. 14.—**

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

Unterstützen Sie

unsere Bestrebungen

durch ein Inserat

in der Zeitschrift

„Die Kriegsschuldfrage"

*

Anzeigenbedingungen

durch

den Verlag der Zeitschrift

Berlin NW 6 / Fernsprecher Norden 5836

Bei Anfragen, Bestellungen und Einkäufen bitten wir auf unsere Zeitschrift „Die Kriegsschuldfrage" Bezug zu nehmen. Der Verlag.

„Zur Frage der rechtlichen Beurteilung des Versailler Vertrages".

Von Professor Dr. jur. C. A. Reuterskiöld, Upsala.

Im nachstehenden bringen wir den ersten uns zugegangenen Aufsatz, der eine Stellungnahme zu den Ausführungen von Dr. Friedrich von Wiesner (Wien) „Zur Frage der rechtlichen Beurteilung des Versailler Vertrages" im Märzheft unserer Zeitschrift enthält. Wir sind Herrn Professor Dr. Reuterskiöld für die Mitteilung seiner Auffassung besonders dankbar und hoffen, daß sich nun auch noch weitere Sachverständige zum Wort melden. Herr Dr. Reuterskiöld ist Professor an der Universität Upsala (Schweden) für Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht und Direktor des Seminars für Staatsrecht. Professor Reuterskiöld war Präsident der Zentralkommission für neutrale Untersuchung des Weltkriegs und gehört jetzt, zusammen mit Herrn Professor Almquist, der schwedischen Delegation dieser Organisation an.

Die Schriftleitung.

Im Märzheft dieses Jahrgangs der Berliner Monatshefte für internationale Aufklärung sind einige interessante Bemerkungen über die rechtliche Beurteilung des Versailler Vertrags von Herrn Dr. von Wiesner zu weiterer Erörterung vorgelegt worden. Die Frage ist auch derart, daß eine wissenschaftliche Untersuchung derselben nicht nur als erwünscht, sondern sogar als notwendig scheint: der Verfasser hat ganz recht, „daß mit der Erörterung der Rechtsfrage nicht länger gezögert werden sollte", und ich möchte denn, der Einladung der Leitung dieser Monatshefte Folge leistend, dem Wunsche des Verfassers, eine Diskussion in Fluß zu bringen, durch einen kurzen Beitrag meinerseits entgegenkommen.

Mit dem Verfasser bin ich darüber einverstanden, daß die Ersatzpflicht Deutschlands dem Art. 231 gemäß weder im Vorkriegsrecht begründet, das keine allgemeine Schadenersatzpflicht aus Kriegshandlungen gekannt hat, noch unbedingt im Friedensvertrage stipuliert ist. Somit muß auch zugegeben werden, daß Art. 231 implicite eine von beiden Parteien als rückwirkend anerkannte Norm enthält, welche eine derartige Ersatzpflicht völkerrechtlich begründet. Aber ich glaube nicht, daß diese Norm eine Formulierung und einen Inhalt haben möchte, wie der Verfasser es meint: seine Formulierung ist einerseits zu eng, andererseits zu weit. Als Hintergrund der Norm sind nämlich, meines Erachtens, die Bestimmungen des den Friedensvertrag einleitenden Völkerbunds-

aktes anzusehen, und demgemäß scheint die Norm nicht nur den Krieg zwischen den Alliierten und Assoziierten einerseits, Deutschland und seinen Verbündeten andererseits, sondern alle dem Völkerbundsakte gemäß nicht erlaubten Kriege zu berücksichtigen, aber zugleich die Schadensersatzpflicht einer Kriegspartei auch zu diesen unerlaubten Kriegen und seinen Urhebern einzuschränken. Schon in der Einleitung des Friedensvertrags ist schroff genug hervorgehoben, daß Deutschland den Weltkrieg nicht nur durch Angriffe angefangen, sondern auch seinen Gegnern aufgenötigt hat, und im Art. 231 wird auf Grund dieser von den Alliierten und Assoziierten behaupteten und in demselben Artikel von Deutschland anerkannten und somit scheinbar festgestellten Tatsache die Ersatzpflicht Deutschlands für alle Verluste und Schäden vereinbart, die den Alliierten und Assoziierten sowie deren Staatsangehörigen aus dem Kriege, als dessen Urheber Deutschland erklärt wird, erwachsen sind. Der Grund der Ersatzpflicht Deutschlands möchte also zwiefach sein: einerseits weil der Krieg als ein unerlaubter Krieg gestempelt wurde, andererseits weil Deutschland für den Ausbruch dieses Krieges allein verantwortlich war. Die Ersatzpflicht ist deshalb mit der Tatsache jener Verantwortlichkeit gewissermaßen kausal verbunden worden.

In welcher Weise wird aber die sogenannte Tatsache der Verantwortlichkeit Deutschlands bewiesen und festgestellt? Nur durch die eigene Anerkenntnis Deutschlands, und diese Anerkenntnis der alleinigen Kriegsschuld und Urheberschaft, meint der Verfasser, entspricht auch nicht „dem eingeschränktesten Maß von freiem Willen", welchen das Völkerrecht doch „prinzipiell für die Rechtsgültigkeit einer Willenserklärung verlangt". Nun ist es aber in völkerrechtlichen Dingen nicht so sehr angemessen, den Begriff des freien Willens der Staaten oder der Mächte der internationalen Welt in die Diskussion und die Argumentierung hereinzuführen, und ich möchte behaupten, daß es in diesem Falle, auch für den Zweck des Verfassers, nicht nötig ist. Die Anerkenntnis Deutschlands bedeutet nämlich nicht und kann überhaupt nicht bedeuten, daß die anerkannte Tatsache dadurch geschaffen wurde, weil sie jedenfalls, um anerkannt werden zu können, schon vorher existieren mußte; durch die Anerkenntnis befreiten sich die Alliierten und Assoziierten nur von der Beweislast der von ihnen behaupteten Tatsache. Wenn es aber nachher zur vollen Evidenz beglaubigt wird, daß jene behauptete und sogar anerkannte Tatsache gar keine Tatsache ist, dann kann selbst die nicht angefochtene Anerkenntnis auch keinen Beweis für ihre behauptete Existenz liefern.

Professor Dr. jur. C. A. Reuterskiöld, Upsala.

Ganz richtig hebt der Verfasser hervor, daß die Ersatzpflicht Deutschlands durch die Norm des Art. 231 „a priori ausgeschlossen war, wenn der Kriegsausbruch auch noch durch eine oder mehrere andere Ursachen bedingt war, die nicht im Angriffs- und Aufzwingungswillen" Deutschlands lagen: in diesem Falle existiert weder der im Art. 231 vorausgesetzte unerlaubte Krieg noch die Verantwortlichkeit Deutschlands für denselben als Tatsache. Aber der Art. 231 hat die Ersatzpflicht ausdrücklich auf diese Verantwortlichkeit als Tatsache aufgebaut, und wenn die Tatsache hin ist, dann fehlt es auch der stipulierten Ersatzpflicht an jedem haltbaren materiellen Rechtsgrund. Die wichtigen Aktenpublikationen, die nach Beendigung des Weltkrieges herausgegeben sind, haben nun volle Beweise geliefert, daß jene im Art. 231 behauptete und anerkannte Tatsache doch keine Tatsache ist, sondern vielmehr, daß der Weltkrieg aus mannigfachen, zusammenwirkenden Ursachen sogar gegen den Willen und die Wünsche verschiedener Mächte, insbesondere Deutschlands, herausgebrochen ist. Gibt es denn jetzt eine Möglichkeit, die Stipulation des Art. 231 anzufechten?

Der Verfasser will diese Frage bejahen, weil er die deutsche Anerkenntnis als wirkliche Willenserklärung verneint. Wenn man sich aber dieser Auffassung nicht anschließen kann, steht die Frage noch offen und muß weiter untersucht werden; sie möchte z. B. folgenderweise formuliert werden: kann die Anerkenntnis einer Tatsache, die jeden haltbaren materiellen Grund entbehrt, doch völkerrechtliche Wirkungen behalten?

Meines Erachtens sind hier zwei Möglichkeiten zu beachten. Die Verbindung der Anerkenntnis mit der anerkannten Tatsache kann entweder materielle oder nur formelle Bedeutung haben. Im ersten Falle wird die Tatsache selbst Hauptsache, und die Anerkenntnis wird eine Nullität, wenn nachher die Nichtexistenz der Tatsache dargetan wird; im zweiten Falle aber bezieht sich die Anerkenntnis mehr auf diejenigen Wirkungen, welche mit ihr beabsichtigt sind, als auf ihren Grund, die Tatsache, welche nur als Erklärungsgrund, nicht als Beweggrund erscheint. Im ersten Falle möchten die Wirkungen der fehlerhaften Anerkenntnis anfechtbar sein; im zweiten allerdings formell nicht, weil die Fehlerhaftigkeit des Erklärungsgrundes doch die Ungültigkeit der mit der Anerkenntnis verknüpften Wirkungen kaum herbeiführen kann. Der zweite Fall liegt nun völkerrechtlich betreffs Art. 231 vor, aber politisch stellt sich die Sache etwas anders.

Es ist nämlich offenbar, daß die erwiesene Nichtexistenz der für die deutsche Ersatzpflicht grundlegenden, aber fehlerhaft

behaupteten und fehlerhaft sogar anerkannten Tatsache — die alleinige Verantwortlichkeit Deutschlands für den Kriegsausbruch — nicht ohne größte Bedeutung für den Völkerbund bleiben kann, insoweit der Völkerbundsakt selbst u. a. erklärt hat, daß „pour développer la coopération entre les nations et pour leur garantir la paix et la sûreté, il importe .... d'autre tenir au grand jour les relations internationales fondées sur la justice et l'honneur". Es ist jedem Mitglied des Völkerbunds, dem Art. 11 gemäß, gestattet, „à titre amical, d'appeler l'attention de l'Assemblée ou du Conseil sur toute circonstance de nature à affecter les relations internationales et qui menace par suite de troubler la paix ou la bonne entente autre nations, dont la paix dépand". Wenn der Völkerbund, dem sogar mehrere wichtige Aufgaben betreffs Ausführung des Versailler Vertrags übertragen sind, konstatieren muß, daß eine Bestimmung des Vertrags selbst ganz in der Luft schwebt und das „la justice et l'honneur" und ebenso „la bonne entente" zwischen zwei oder mehreren seiner eigenen Mitglieder beeinträchtigt werden, weil der Eine einem oder mehreren der Anderen Leistungen formell noch schuldet, die keinen Realgrund, dem Wortlaut und dem internationalen Geiste des betreffenden Art. 231 gemäß, weiter haben, dann muß es allerdings als eine Pflicht des Bundes betrachtet werden, den Art. 19 des Völkerbundsaktes in Anwendung und Erinnerung zu bringen, und demgemäß „inviter les membres de la société à procéder à un nouvel examen des traités devenus inapplicables ainsi que des situations internationales, dont le maintien pourrait mettre en péril la paix du monde", weil sie eben „la justice et l'honneur" widersprechen und weil sie mit der im Art. 231 des Versailler Vertrags implicite enthaltenen Norm betreffs Schadensersatzpflicht einer Kriegspartei nur infolge eines unerlaubten Krieges in Widerspruch kommen. Leistungen aber, die schon erfüllt sind, möchten völkerrechtlich hierdurch kaum beeinflußt werden.

Die Anfechtbarkeit des Art. 231 ist somit zwar nicht juristisch und formell, aber tatsächlich und politisch in unbestreitbar völkerrechtlichen Formen möglich, sobald die Nichtexistenz der im Art. 231 erwähnten Tatsache der alleinigen Verantwortlichkeit Deutschlands für den Weltkrieg dargetan worden ist.

Der Stand der Kriegsschuldfrage.

Von Harry Elmer Barnes.

I. Die Kriegsveranwortlichkeit der europäischen Mächte.

1. Französisch-russische Diplomatie, 1912—1914.

Die durch das russische „Livre noir" enthüllten Tatsachen über einen europäischen Krieg und über die Vorbereitungspläne Iswolskis und Poincarés für einen Krieg, der zur rechten Zeit während einer geeigneten Krise auf dem Balkan ausbrechen sollte, sind in keiner Weise durch die seit 1924 herausgegebenen Veröffentlichungen widerlegt worden. Im Gegenteil ist die Anklage, besonders durch die neuen Dokumente in der Stieveschen Sammlung und durch Dr. Stieves bewundernswerte Untersuchung in seinem Buch über „Iswolski und der Weltkrieg", erweitert und bestätigt worden. Poincaré hat sich selbst der Anstrengung unterzogen, diese Belastungen in den ersten drei Bänden seiner Memoiren zu entkräften, was aber vollständig erfolglos geblieben ist [1]) *). Er hat in gewissen Einzelheiten nachgewiesen, daß Iswolski im Unrecht sei, aber nirgends in wesentlichen Punkten. Da es ihm selbst mißlang, kann man mit Recht bezweifeln, daß es überhaupt jemandem gelingen wird. Das einzige, das zu seinen Gunsten gesagt werden kann, ist von Professor Fay gesagt worden, der ehrlich zugibt, daß Poincaré auf den Krieg hingearbeitet und ihn unvermeidlich gemacht habe, aber annimmt, er habe so gehandelt aus dem Gefühl heraus, daß ein Krieg unvermeidlich wäre und unter den günstigsten Bedingungen für Frankreich und Rußland begonnen werden müßte [2]). Der schärfste Beweis gegen diese nachsichtige Auslegung ist Poincarés eigenes Zugeständnis vom Jahre 1912, daß Deutschland auf einer Annäherung an Frankreich bestände, daß diese aber nicht in Frage käme, da die Rückgabe von Elsaß und Lothringen nicht erfolge [3]). Die Haltung Deutschlands gegenüber Frankreich vom Jahre 1912 bis 1914 ist am besten von dem hervorragenden französischen Publizisten Fabre-Luce in folgende Worte gefaßt worden [4]):

„Kurzum, mit Änderungen ihrer Taktiken suchten die Deutschen beständig, bis 1913, nach einer Aussöhnung, bis sie, da sie alle ihre Vorschläge zurückgewiesen sahen, überzeugt sein mußten, daß Frankreich den Krieg wollte, und wandten ihre ganze Aufmerksamkeit darauf, ihre Rüstungen zum Zweck sicherer Verteidigung zu verstärken."

---

*) *Die Anmerkungen befinden sich am Schluß des Aufsatzes.*
Die Schriftleitung.

Bis die Franzosen eine vollständige Veröffentlichung ihrer diplomatischen Dokumente in gleicher Weise wie die Deutschen, Russen und Engländer vornehmen, müssen wir alle französischen Unschuldsansprüche mit zweifelhaften Augen betrachten und alle französischen Klagen über Ausbeutung und falsche Darstellung durch russische Diplomaten ebenso. Eine hervorragende Autorität, die die Roten Archive gründlich durchforscht hat, deutete dem Verfasser an, daß Poincaré immer auf Rückgewinnung Elsaß und Lothringens bedacht gewesen ist und durch den Besuch in St. Petersburg im Jahre 1912 zu einem Anwalt des Krieges geworden ist. Er glaubt, daß Poincaré seinerzeit derartig über die Ausdehnung und Dauer der russischen Pläne hinsichtlich des nahen Ostens erstaunt war, daß er sich entschloß, Frankreich müsse kühn vorstoßen, wenn es irgend etwas durch das französisch-russische Bündnis erzielen wollte.

2. Serbien und die Ermordung Franz Ferdinands.

Die köstliche Kriegslegende von einem armen, unschuldigen, kleinen Serbien, das tapfer seiner Auslöschung durch den brutalen, nicht herausgeforderten Streithahn Habsburg trotzte, wurde schon 1923 durch die Enthüllung, daß Anlage und Ausführung des Attentats von der führenden Stelle des serbischen Generalstabs ausging, und daß eine der beiden hauptsächlich in Frage kommenden Personen, Milan Ciganowitsch, ein Regierungsbeamter und Agent des Premierministers Paschitsch von Serbien war, ins Wanken gebracht [5]). Noch konnte man direkt die serbische Regierung kaum verantwortlich machen. In den letzten drei Jahren sind die Enthüllungen über die serbische Schuld an der Ermordung des Erzherzogs aber wahrhaft überraschende gewesen.

Im Jahre 1924 enthüllte der Unterrichtsminister des serbischen Kabinetts vom Jahre 1914, Ljuba Jowanowitsch, in einem Sammelwerk zum zehnten Jahrestag des Ausbruchs des Weltkrieges, der die serbischen Bestrebungen nach einem Großserbien verwirklichte, wie die Kabinettsmitglieder in den letzten drei Wochen vor dem Attentat durch den Premierminister Paschitsch über das Attentat unterrichtet worden seien. Er gab auch zu, daß keine Schritte zur Hemmung der Verschwörung unternommen wurden und keine hinreichende Warnung an Österreich ergangen sei [6]). Die einzige scheinbare Warnung erfolgte durch den Wink des serbischen Gesandten in Wien an den österreichischen Minister der bosnischen Angelegenheiten und lautete dahin, daß bei einer Reise Franz Ferdinands nach Sarajewo irgendein bosnischer Soldat eine Platz-

patrone durch eine scharfe ersetzen könnte. Es ist zweifelhaft, ob sogar diese zweideutige Rechtfertigung einer Warnung je den österreichischen Hof oder das Außenministerium erreicht hat[7]):

Diese Enthüllung durch Jowanowitsch war ein heftiger Schlag für jene, die gleich R. W. Seton-Watson, dem „father of Jugo-Slavia", standhaft die Unschuld Serbiens aufrechterhalten hatten[8]). Mehr als zwei Jahre danach drängte Seton-Watson seinen Freund Paschitsch die Angaben von Jowanowitsch öffentlich zu widerlegen. Das einzige, was er jedoch erreichen konnte, war, daß er den alten Premierminister zu der Feststellung veranlaßte, daß er ungezwungenermaßen die fragliche Mitteilung vor Zusammentritt des Kabinetts gemacht habe, daß er wegen des Attentats das Kabinett nicht einberufen habe[9]). Das war natürlich für Seton-Watson kaum befriedigend, und er bemühte sich verzweifelt durch Verbergungsmethoden seinen Freunden beizustehen. Er verfaßte ein bedeutsames Buch, in dem er die Behauptungen während des Krieges über die Schlechtigkeit Österreich-Ungarns wieder aufgriff und dann viel Material über viele Gruppen und Personen brachte, die irgend wann und irgendwie auf Franz Ferdinand geschossen haben würden, wenn es nicht durch ein Mitglied der von Belgrad geleiteten Schwarzen Hand geschehen wäre[10]). So trat der Mann, der sich damit gebrüstet hatte, er würde mit Professor Fays und mit Miß Durhams Werk kurzen Prozeß machen, wenn er sich ernstlich in die serbische Angelegenheit eingearbeitet hätte, allmählich und schmählich von der Bühne der Kriegsschulddiskussionen ab[11]). Während des verflossenen Winters hat Jotza Jowanowitsch, der serbische Gesandte in Wien von 1914, sein Land rein zu waschen versucht, indem er feststellte, daß tatsächlich zwei Attentate im Jahre 1914 vorgekommen seien. Das eine, welches Paschitsch aufdeckte und dem Kabinett mitteilte, wurde vereitelt, indessen das andere, von dem Paschitsch nichts wußte, zur Ausführung gelangte. Das ist der offenbarste Unsinn, da wir wissen, daß das Attentat, auf das sich Ljuba Jowanowitsch bezieht, das eine war, welches tatsächlich zur Ermordung des Erzherzogs führte. Ferner würde, wenn irgend etwas derartiges der Fall gewesen wäre, dies von Seton-Watson enthüllt worden sein, während er sich verstimmt um Belgrad herum langweilte und beschönigende Mitteilungen über die Serben erwartete. Dokumente, welche während der österreichischen Besitznahme Serbiens im Weltkrieg aufgefunden wurden und bereits von Miß Durham und anderen untersucht worden sind, erweisen endgültig, daß die Aktionen der Schwarzen Hand sowohl von Belgrad angeregt wie auch geleitet wurden[12]). Innerhalb der letzten drei

Jahre haben wir auch den endgültigen Beweis gefunden, daß die serbische Königsfamilie von der Arbeit der Schwarzen Hand Kenntnis hatte und sie durchaus unterstützte. Wie mir Mitglieder der „Schwarzen Hand“ 1926 während meines Aufenthaltes in Wien sagten, soll sowohl der König, wie auch der Kronprinz mit dem Attentat von 1914 vertraut gewesen sein[13]).

Die Verbindung der militärischen wie der bürgerlichen serbischen Regierung mit der Attentatsverschwörung steht jetzt außer jedem Zweifel. Dimitrijewitsch ist jetzt nächst Karageorge der Hauptheld geworden mit Prinzip als drittem Glied im Dreigestirn. Hinter diesem Problem steht das noch aktuellere und dramatischere einer möglichen Zusammenarbeit von Russen und Serben in dieser Angelegenheit. Es scheint wenig Grund zu der Behauptung einiger Schriftsteller vorhanden zu sein, daß Rußland tatsächlich die Verschwörung angestiftet habe[14]). Andererseits besteht ein fast endgültiger Beweis, daß gewisse Russen bereits im voraus von der Verschwörung wußten, sie billigten und Zusicherung russischer Hilfe gaben. Die Frage ist deswegen wichtig, weil, wenn bewiesen werden kann, daß Russen die Ermordung billigten und den Mitschuldigen der Mörder Schutz versprachen, dann die ganze Kriegsschuldfrage wohl an diesem Punkte, mit Serbien und Rußland als den ursprünglichen Missetätern, stehen bleiben kann.

Einer Tatsache sind wir gewiß, nämlich der, daß Oberst Dimitrijewitsch, der das Attentat leitete, in heimlichem Einverständnis mit Artamanow, dem russischen Militärattaché in Belgrad, arbeitete, und mit Kenntnis des russischen Gesandten in Belgrad, Hartwig. Diese beiden Leute waren lange vor dem 28. Juni 1914 mit der Verschwörung vertraut und klärten entweder ihre Heimatregierung nicht auf oder die Russen machten gar nicht den Versuch, die Verschwörung niederzuschlagen[15]).

Welches ist der Beweis, daß Russen in Paris und Petersburg im voraus die Verschwörung kannten? Robert Dell neigt zu der Annahme, daß, wegen der Verbindung des serbischen Königs mit Iswolski kurz nach der Ermordung, Iswolski die Verschwörung kannte[16]). Es ist von einer Anzahl unabhängiger Quellen festgestellt worden, daß Dimitrijewitsch, bevor er die Zustimmung zur Entsendung der Mörder nach Bosnien gab, den Schutz Rußlands für Serbien gegen Österreich für den Fall eines österreichischen Angriffs sicherstellte[17]). Miß Durham glaubt, daß der Beweis dafür spricht, daß der russische Generalstab sicher von der Verschwörung wußte und sie billigte[18]). Im Juni 1914 besuchten Sasonow und der Zar Rumänien; damals erkundigte sich

Sasonow nach der wahrscheinlichen Haltung Rumäniens für den Fall, daß Unstimmigkeiten aus Franz Ferdinands bevorstehendem Besuch in Sarajewo erwüchsen, sicher ein höchst interessantes Zusammentreffen [19]). Was auch immer das endgültige Resultat der Nachforschung auf diesem Gebiet sein mag, so ist jedenfalls offenbar, daß die Legende vom armen, kleinen Serbien endgültig überwunden ist, und daß wir heute eine wesentlich andere Grundlage zur Beurteilung der Taten und der Politik der österreichischen und serbischen Führer im Jahre 1914 haben.

3. Österreich-Ungarn.

Ebenso wie die Untersuchung der Kriegsschuldfrage in den Jahren 1919—1923 eine deutliche Besserung des Falles Deutschland in den Augen der Welt ergeben hat, so ist auch während der letzten drei Jahre die Anklage gegen Österreich wesentlich gemildert worden. Scheinbar kann an dem Bilde, wie es 1924 festgelegt wurde, nichts mehr geändert werden, nämlich, daß Österreich entschlossen war, einen Straffeldzug gegen Serbien zu führen, und daß das Ultimatum lediglich einen diplomatischen Ausweg bedeutete, zu dem Zuflucht genommen wurde, um die Wahrscheinlichkeit zu verringern, Rußland mit hineinzuziehen und einen allgemeinen europäischen Krieg heraufzubeschwören. Es sollte jedoch darauf hingewiesen werden, daß bedeutende Österreicher diese Darstellung der Tatsachen auf das entschiedenste leugnen. Im Sommer des Jahres 1926 war der Verfasser dieser Zeilen anwesend, als Dr. Friedrich von Wiesner einer Reihe von Fachleuten in der Kriegsschuldfrage ausführlich auseinandersetzte, daß in der Zeit zwischen dem 19. und 23. Juli 1914 die Österreicher beschlossen hätten, mit einer vollkommenen Annahme des serbischen Ultimatums vorlieb zu nehmen. Er führte weiter an, daß das Ultimatum, wie es zum Schluß abgefaßt war, formuliert wurde, nicht etwa in der Hoffnung eine serbische Verweigerung gewisser Abschnitte zu erzielen, sondern aus dem Grunde, daß die angeführten Bedingungen als die geringsten erschienen, um Österreich vor serbischen Drohungen sicherzustellen.

Unsere heutigen Kenntnisse über die Art und den Umfang der serbischen Intrigen und Komplotte, die zum großen Teil von dem mutigen serbischen Diplomaten und Gelehrten Dr. M. Boghitschewitsch herrühren [20]), bilden eine hinreichende Begründung dafür, daß die Lage für Österreich folgende war: 1. Sich fügen in allmähliche Vernichtung, 2. Einwilligung Serbiens in das Ultimatum oder 3. Krieg gegen Serbien. Diese Ansicht wird durch die Meinung

unterstützt, die im Jahre 1914 sowohl vom britischen Botschafter de Bunsen in Wien wie vom französischen Botschafter Dumaine in Wien ausgesprochen wurde [21]). Mit anderen Worten, es wird mit der Zeit immer schwieriger, zu zeigen, wie ein Land, das sich in der Lage Österreichs im Jahre 1914 befand, irgend etwas anderes hätte machen können als Krieg oder serbische Einwilligung in das Ultimatum.

Wenn ein Krieg mit Serbien notwendig war für den Fall, daß Serbien sich dem Ultimatum nicht unterwarf, so bezieht sich das Wesentliche, sofern die österreichische Schuld am Weltkrieg in Frage kommt, darauf, ob Österreich seine Vorbereitungen für einen etwaigen Krieg gegen Serbien in einer Art vorbereitete, die am wenigsten geeignet war, allgemeine Feindseligkeiten zu entfachen. Es kann nicht länger daran gezweifelt werden, daß Österreich die größten Anstrengungen machte, die Ausführung eines Straffeldzuges durchzuführen, ohne zur gleichen Zeit einen europäischen Krieg herbeizuführen. Besonders auf das Drängen Tiszas hin verwarfen seine Diplomaten den Plan der Militärpartei, in Serbien sofort einzufallen, zugunsten eines zu lang hinausgeschobenen diplomatischen Ultimatums, das der Entente den großen Zeitvorsprung gab, mit dessen Hilfe sie die Zentralmächte einer diplomatischen Demütigung oder Waffenprobe aussetzen konnten [22]). Die kürzlich veröffentlichten britischen Dokumente zeigen, wie am 16. Juli, noch ehe das Ultimatum seine endgültige Fassung erhielt, die Österreicher nach England zwei „Fühler" ausstreckten, um anzudeuten, daß Österreich gegen Serbien scharfe Maßnahmen im Schilde führte. Die englischen Antworten waren so gefaßt, daß selbst die Russen sie als einen ausdrücklichen Antrieb für Rußland betrachteten, seine Pläne zur Ausführung zu bringen [23]). Ebenso wie Deutschland, rechnete dann auch Österreich auf britische Neutralität und glaubte wahrscheinlich ganz richtig, daß Rußland und Frankreich keinen Krieg ohne Zusicherung britischer Hilfe führen würden. Um zu verhüten, daß Poincaré und die russischen Aufwiegler sich für den Krieg entscheiden, bevor Poincaré Petersburg verlassen hatte, zögerte Österreich mit der Unterbreitung seines Ultimatums an Serbien bis zur Abreise Poincarés aus Rußland [24]). Nachdem Serbien am 25. vor der Kriegserklärung das Wesentliche der österreichischen Forderung verworfen hatte, hatte Österreich direkte Zusicherung von Grey erhalten, daß er nicht gegen einen österreichischen Krieg mit Serbien eingenommen war, vorausgesetzt, daß Rußland nicht mit hineinverwickelt würde [25]).

Der Hauptfaktor zugunsten Österreichs und das Nachteiligste für die Entente wird der Versicherung zugeschrieben, die Österreich in Übereinstimmung mit seiner Kriegserklärung an Serbien gab, nämlich, daß es nicht die Herrschaft oder die territoriale Integrität Serbiens zu schwächen gedachte. Rußland hatte seine Berechtigung für Serbiens Sache einzustehen, damit begründet, daß es nicht zusehen wollte, wie Serbien vernichtet würde [26]). Wenn Österreich genügend Sicherheiten gegeben hätte, daß weder eine politische noch territoriale Vernichtung Serbiens geplant sei, wäre der russische Grund zum Eingreifen hinfällig geworden. Die Angst, welche die Kriegsanstifter bezüglich der Veröffentlichung dieser österreichischen Zusicherung empfanden, wird dadurch plausibel gemacht, daß Sasonow die Versprechungen, welche er von dem österreichischen Botschafter erhalten hatte, in London und Paris verheimlichte [27]). Ferner hat uns Graf Szecsen, der österreichische Botschafter in Paris im Jahre 1914, erzählt, wie sich die französischen Autoritäten und Iswolski beide weigerten, seinen Informationen über das österreichische Versprechen, Serbien nicht zu zerstückeln oder seine politische Unabhängigkeit zu verletzen, Gehör zu schenken [28]). Schließlich verrät Nr. *223* des Russischen Orangebuches die Tatsache, daß die österreichischen Botschafter in London und Paris die österreichischen Zusicherungen veröffentlicht hätten, die Sasonow gegeben wurden, und daß Poincaré und Iswolski es für notwendig erachteten, sofort eine lügenhafte Verneinung herauszubringen, um die franko-russische Situation in Englands Augen zu retten. Mit anderen Worten, noch vor der ersten russischen Generalmobilmachungsorder wußten die Russen, daß sie in militärischer Hinsicht nicht zu intervenieren brauchten, um Serbien vor dem Untergang zu schützen. Endlich, am 31. Juli, fand sich Österreich bereit, mit Rußland die Bedingungen des österreichischen Ultimatums an Serbien zu erörtern und das britische Vermittlungsangebot bezüglich des österreichisch-serbischen Konfliktes in Erwägung zu ziehen, was eine vollständige Änderung seiner bisherigen Stellung bedeutete [29]). Ohne Rücksicht auf das Vorausgegangene, bestand es auf Fortsetzung seines Vormarsches in Serbien; es bedeutete aber ein großes Zugeständnis seitens Österreichs, in Unterredungen und Interventionen einzuwilligen, während es sich unmittelbar der russischen Mobilmachung gegenübergestellt sah.

Im Lichte der obigen Tatsachen und ferner mit Rücksicht darauf, daß Österreichs Handlung auf Selbsterhaltung begründet war, während die russische Intervention eine heuchlerische leere Ausflucht im Interesse des Prestiges [30]) war, müssen wir unbedingt

die Stellungnahme aufgeben, die im „Current History"-Artikel von 1924 vertreten war, als wir in erster Linie Österreich die Verantwortung am Kriege zuschrieben. Heute ist es gewiß, daß es in relativer Schuld hinter Serbien, Rußland und Frankreich und nach Deutschland und England in relativer Unschuld rangiert.

4. Deutschland.

Die wichtigsten Tatsachen in bezug auf Deutschland und seine Verantwortlichkeit an der Krisis von 1914 hatten bis Anfang des Jahres 1924 eine Klärung erfahren. Tatsächlich blieb nicht mehr viel zu sagen übrig, nachdem die Artikel von Professor Fay in der „American Historical Review" für 1920 erschienen waren. Es wurde dann bewiesen, daß, nachdem die Krisis nach dem 26. Juli akut wurde, Deutschland seine Blankoschecks an Österreich rückgängig machte und begeistert mit England zusammen arbeitete in dem Bestreben, Österreich zurückzuhalten und eine allgemeine Katastrophe zu verhindern.

Sowie es einmal klar wurde, daß Deutschland nicht länger beschuldigt werden konnte, absichtlich den Krieg herbeigeführt zu haben, nahmen die Hüter des Kriegsepos davon Abstand, Artikel 231 des Versailler Vertrages zu verteidigen, und gründeten ihre Anklage gegen Deutschland auf die Behauptung, daß es hauptsächlich verantwortlich gewesen sei für das europäische System von Militarismus, Nationalismus, Geheimdiplomatie und gegensätzlichen Vereinbarungen, welche den Krieg nach dem Mord des Erzherzogs im Jahre 1914 ermöglichten [31]). Die vollständige Veröffentlichung der deutschen Dokumente aus dem Zeitabschnitt zwischen 1870 und 1914 hat diese Thesis ebenso unhaltbar gemacht wie die Sage von der Potsdamer Konferenz. Um die völlige Unhaltbarkeit der Legende, daß Deutschland beinahe ausschließlich verantwortlich für die Krisis von 1914 sei, darzulegen, können wir nichts Besseres tun, als die allgemeine Ansicht jenes Verfassers anführen, der mehr als irgend sonst jemand Unparteiigkeit und Ansehen in dieser besonderen Frage vereinigt. Mit Rücksicht auf die Bedeutung der „Großen Politik" für ein Verstehen der deutschen Politik nach 1870, zieht Professor Sidney Bradshaw Fay die folgenden Schlüsse [32]):

„In den Jahren 1871—1890 war Bismarcks großes Ziel, den Frieden Europas zu erhalten. Dies führte er mit Hilfe eines geschickt gewobenen Netzes von Bündnissen erfolgreich durch, im Interesse der monarchischen Solidarität der drei östlichen Kaiserreiche und der Bewahrung des status quo, wie er durch den

Frankfurter Frieden geregelt war. Diese Bündnisse waren sämtlich nach Form und Wesen in der Hauptsache Abwehrbündnisse mit der Ausnahme, daß Italien im Jahre 1887 Deutschland Zusicherungen bezüglich Nordafrikas abgewann, deren Zweck sich kaum als Abwehr bezeichnen läßt. Sein Ziel, den Frieden zu wahren, konnte Bismarck erreichen, weil er stets so klug war, die eigenen Interessen sowohl seiner Nachbarn wie auch Deutschlands zu berücksichtigen.

Nach dem Jahre 1890 bildete das französisch-russische Bündnis ein Gegengewicht gegen den Dreibund. Auch dieser neue Mächtezusammenschluß, der Bismarcks größte Sorge gewesen war, richtet anfangs sein Ziel auf die Erhaltung des Friedens, weil er dem Wesen nach ursprünglich eine Abwehrmaßnahme und nicht stärker als der Dreibund war. Er hielt dem Dreibunde gerade das Gleichgewicht, keine der Mächtegruppen war ausgesprochen stärker als die andere. So bildete keine eine Drohung für die andere und keine wünschte oder wagte es, die andere anzugreifen. Dies Verhältnis änderte sich, als England sich entschloß, seine „splendid isolation“ aufzugeben. Herrn Joseph Chamberlains Fühlungnahme mit Deutschland wegen eines Bündnisses zur Zeit der Jahrhundertwende ließ den Grafen Bülow und den Kaiser kalt, die über Englands scheinbaren Mangel an Bereitwilligkeit aufgebracht waren, Deutschland auf kolonialem Gebiete hinsichtlich Samoas, der portugiesischen Kolonien und Chinas Vorteile einzuräumen, und die vermeinten, daß die internationale Lage es noch für Deutschland nicht wünschenswert mache, mit England ein Bündnis einzugehen. Wie es sich später erwies, war dies ein schwerer Irrtum auf ihrer Seite. Und doch steht es durchaus nicht fest, daß tatsächlich ein wirkliches Bündnis mit England für sie zu haben gewesen wäre, selbst wenn sie Chamberlains Anbietungen gegenüber größeres Entgegenkommen gezeigt hätten; denn Chamberlain konnte nicht voll auf Unterstützung weder durch Lord Salisbury noch durch den Rest des Kabinetts rechnen; ferner wäre ein solches Bündnis nur in dem Falle möglich gewesen, daß Deutschland das Tirpitzsche Programm für eine Großflotte aufgegeben hätte. Und dieses Zugeständnis wollte der Kaiser nicht machen.

Nach Ablehnung der Anträge Chamberlains wandte sich England an Japan und Frankreich und schloß das Bündnis vom Jahre 1902 und die Entente des Jahres 1904 ab. Diese letzte gab England freie Hand in Ägypten und Frankreich freie Hand in Marokko und bedrohte die Handelsinteressen und politischen Rechte Deutschlands in einer Angelegenheit, wegen der es nicht befragt worden war. Holstein kennzeichnete die Lage damals wie folgt: „Lassen wir uns

aber jetzt in Marokko stillschweigend auf die Füße treten, so ermutigen wir zur Wiederholung anderswo“ (Große Politik, Band XX, Seite 209). Graf Bülows Marokkopolitik ging darauf aus, dies zu verhüten. Vom Rechtsstandpunkt aus betrachtet, besaß er ein gutes Recht, aber dies vertrat er politisch in unglücklicher Weise, weckte unvergänglichen Groll auf seiten Frankreichs und in den Engländern den Glauben, er versuche die soeben begründete englisch-französische Entente zu schwächen oder zu zerstören. Darüber wurde aus der ersten Marokkokrise fast mehr ein englisch-deutscher als ein französisch-deutscher diplomatischer Konflikt. Dies führte unmittelbar zu den Militär- und Marine-„Konversationen“ zwischen England und Frankreich (und Belgien), die sich allmählich mit dem praktischen Ergebnis zu Bindungen auswuchsen, daß Frankreich für den Fall eines deutschen Angriffes von britischer Seite Waffenhilfe zugesagt wurde (trotzdem Sir Edward Grey sich wiederholt „freie Hand“ vorbehalten hatte). Deutschland beabsichtigte nicht, einen Angriff zu unternehmen, aber seine immer stärker werdende Flotte und seine Agadir-Politik ließen England und Frankreich das Gegenteil befürchten.

Während der Jahre 1904 bis 1914 neigte Europa immer mehr einer scharfen Spaltung in zwei gegnerische Gruppen zu — Dreibund und Triple-Entente. Aber diese hielten sich das Gleichgewicht nun nicht länger. Der Dreibund wurde der verhältnismäßig schwächere, und zwar infolge Italiens zweifelhafter Bundestreue seinen angeblichen Verbündeten gegenüber und infolge der Gefahren, die innere Schwierigkeiten und das Erwachen nationalistischer Bewegungen bei seinen Balkannachbarn für Österreich im Gefolge hatten. Die Triple-Entente jedoch neigte dazu, verhältnismäßig stärker zu werden und sich stärker zusammenzuschließen. Englische Befürchtungen im Hinblick auf die deutsche Flotte, russische Balkanpläne und französische Schmerzen wegen Elsaß-Lothringens und die Marokkokrise führten dazu, daß die zwischen England, Rußland und Frankreich geknüpften Bande durch eine Reihe von Militär- und Marineabmachungen und durch engeres diplomatisches Zusammenwirken weiter verstärkt wurden. An Bevölkerungszahl, natürlichen Hilfsquellen, Flotten- und vielleicht auch Heeresstärke überragte die Triple-Entente den Dreibund. Unter diesen Verhältnissen lag es unzweifelhaft in Deutschlands Interesse, Frieden zu halten, und zu diesem Zwecke setzte es seinen Einfluß dementsprechend dort ein, woher Gefahr am ehesten zu erwarten war, und das war aus einem Zusammenstoße zwischen Österreich und Rußland über Balkanfragen. In der Annexionskrise

während der Jahre 1908—1909 trug Deutschland dazu bei, die Lösung zu finden, die es Iswolski ermöglichte, sich aus der Verlegenheit zu ziehen, in die er durch die Buchlau-Affäre und die Weigerung Sir Edward Greys geraten war, der Öffnung der Meerengen für die Kriegsschiffe Rußlands, aber nicht für die der anderen Großmächte zuzustimmen. In dem Balkankriege war Deutschlands Zusammengehen mit England ausschlaggebend und verhinderte den Ausbruch eines Weltbrandes. Während Herr Poincaré dazu neigte, Rußland bei seiner gewagten Politik der Unterstützung Serbiens zum Vorgehen zu drängen, war Deutschland bereit gewesen, die Forderungen seines österreichischen Bundesgenossen auf ein bescheideneres Maß zurückzuführen. In der Angelegenheit Liman von Sanders machte Deutschland des lieben Friedens willen bereitwillig Zugeständnisse, um zu einer Rußland befriedigenden Lösung zu kommen. Wenn es auch der Wahrheit entspricht, daß Deutschland — nicht weniger als alle anderen Großmächte — in gewissen Dingen dazu beitrug, eine Lage zu schaffen, die schließlich zum Weltkriege führte, so ist es doch gänzlich falsch, zu behaupten, daß Deutschland es absichtlich darauf angelegt habe, Krieg herbeizuführen, oder daß es ihn allein verschulde. Im Gegenteil, Deutschland bemühte sich in wirksamerer Weise als irgendeine andere Großmacht, außer England, darum, Krieg zu verhüten, und zwar nicht nur in den letzten Julitagen des Jahres 1914, sondern auch in den unmittelbar vorausgehenden Jahren."

Die ewigen alten Legenden, welche die Entente gegen Deutschland anführte, waren durch die eingehenden Nachforschungen bis zum Januar 1924 überholt worden. Professor Fay hatte das Potsdamer Märchen in seinen Artikeln aus dem Jahre 1920 widerlegt und Herrn Morgenthau einen Todesstoß in der „Kriegsschuldfrage" (Mai 1924) versetzt. Graf Montgelas und Fabre-Luce haben mit der Legende des Szögyény-Telegramms, welches beweisen sollte, daß Deutschlands diplomatische Vorschläge vom Jahre 1914 nicht in gutem Glauben gemacht wurden, völlig aufgeräumt [33]). Montgelas und auch andere zeigten, daß Bethmann Hollwegs Anfrage vom 29. Juli bezüglich Englands Stellungnahme im Kriegsfall keineswegs ein Beweis für Deutschlands Wunsch oder Entschluß, zu jener Zeit Krieg zu führen, bedeutete [34]). Nach dieser Anfrage strengte sich der Kanzler mehr denn je an, den Frieden aufrechtzuerhalten. Während Bethmann diese Frage erst am 29. stellte, hatte Sasonow schon am 24. den Versuch gemacht, England zu einer Aeußerung zu zwingen; Iswolski hatte am 27. damit geprahlt, daß der Krieg unvermeidlich sei, und am 29. gestand Sasonow, daß er einen Krieg

für unvermeidlich erachte, und daß alles aufgeboten werden müßte, um England für Rußland und Frankreich zu gewinnen [35]). Die Theorie, daß Deutschland hinter der österreichischen Politik gegen Serbien stecke, wurde von Fay, Montgelas und von Jagow widerlegt [36]). Renouvin, Fabre-Luce und Poincarés Theorie, nach welcher Deutschland sich am 30. Juli für den Krieg entschied, noch ehe es von der russischen allgemeinen Mobilmachung erfahren hatte, war von Fay und Montgelas völlig unterminiert worden [37]). Die Ansicht, daß Deutschland keinerlei diplomatische Friedenspläne im Jahre 1914 anregte und sämtliche Vorschläge, welche diesbezüglich von anderen Mächten gemacht wurden, ablehnte, ist von Ewart und Fay widerlegt worden [38]).

Eine einzige wichtige Erdichtung ist seit 1924 verbreitet worden. Sie basiert zum größten Teil auf einem Briefwechsel zwischen Moltke und Conrad von Hötzendorf aus dem Jahre 1909, welcher in Conrads Memoiren enthüllt wird. Es wird behauptet, daß dieser Briefwechsel die Grundlage für eine militärische Abmachung bildete, welche im Geheimen die Bedingungen der Tripel-Allianz ersetzte und auch die Diplomatie von Bethmann Hollweg im Jahre 1914 unterwühlte [39]). Professor Fay und Graf Montgelas stürzten sich beide sofort auf dieses Märchen und räumten gründlich damit auf [40]). Einige ehrbare Autoritäten, begierig, an der ursprünglichen Sache gegen Deutschland etwas zu retten, behaupteten, daß ein Punkt der Anklage noch immer bestehen bleibt, nämlich, daß Deutschland Österreichs Politik hätte genauer überwachen sollen und auf ein gemäßigteres Programm in Wien hätte bestehen müssen [41]). Wenn, wie wir schon oben zu zeigen versucht haben, Österreichs Politik ungefähr so gehalten wurde, wie es unter den gegebenen Verhältnissen möglich war und am wenigsten dazu geeignet erschien, einen europäischen Krieg zu entfachen, so verblaßt auch dieser letzte Rest der Anklage aus der Kriegsepoche.

Aus den kürzlich veröffentlichten britischen Dokumenten ist zu ersehen, daß Sir Edward Goschen, der britische Botschafter in Berlin im Jahre 1914, völlig davon überzeugt war, daß sowohl die deutsche regierende Gruppe als auch die Finanzkreise absolut gegen einen Krieg waren und den Frieden zu erhalten wünschten [42]). Gleich bedeutsam ist der Bericht des Berliner Korrespondenten vom Pariser „Matin" im Jahre 1914, welche Zeitung sicherlich nicht gerade prodeutsch bezeichnet werden kann. Professor J. F. Scott faßt seine Berichte während des Höhepunktes der Julikrisis folgendermaßen zusammen [43]):

Harry Elmer Barnes

Noch bezeichnender ist, daß der Berliner Korrespondent des Pariser „Matin“ Bericht über Bericht nach Hause schickte, in welchen er Deutschlands Wunsch nach Frieden kommentierte. „Was Deutschland betrifft“, telegraphierte er am 26. Juli, „so wünscht es keinen Krieg. Seine Regierung wenigstens wünscht keinen, wenn Deutschland mobil macht, so geschieht es mit Widerstreben, es wird es tun, weil es durch Rußland dazu gezwungen wird. Seine Presse ist nicht auf Krieg eingestellt“. Am 27. wiederholte er seine Meinung, „Deutschland wünscht sicherlich keinen Krieg“, schrieb er am darauffolgenden Tag, „seine heutigen Zeitungen drücken dieses ganz klar aus“. Am 29. behauptete er mit Bestimmtheit, daß Deutschland den Krieg „heute weniger als gestern wünsche, gestern weniger als den Tag zuvor“. Er deutete darauf hin, daß das Deutsche Reich glänzenden industriellen und kommerziellen Wohlstand genoß. „Soll es dieses alles riskieren“, fragte er, „weil die Serben Österreich gekränkt haben?“ Am 30. Juli veröffentlichte der „Lokalanzeiger“ einen falschen Bericht, der auch sofort widerlegt wurde, daß Deutschland mobil mache. Der Korrespondent des „Matin“ schrieb bezüglich des Eindrucks, den dieser Bericht auf das Volk in den Straßen der deutschen Hauptstadt gemacht hatte: „Trauer und Sorge waren auf allen Gesichtern zu lesen. Kein einziger patriotischer Ruf erklang, und als eine halbe Stunde später die Nachricht verbreitet wurde, daß der Zeitungsbericht über die Mobilmachung falsch sei, war die Erleichterung enorm groß, die Reaktion und die Freude unmittelbar.“

Was die große moralische Anklage gegen Deutschland im Jahre 1914 betrifft, abgesehen von der Beschuldigung der tatsächlichen Schuld am Kriege, nämlich des Einfalles in Belgien, so kann nicht mehr daran gezweifelt werden, daß, wenn England versprochen hätte, neutral zu bleiben für den Fall, daß Deutschland Belgien respektiere, Deutschland dieses bereitwilligst getan hätte. Auch bestehen kaum mehr Zweifel darüber, daß, falls England vorher eine ausdrückliche Warnung für den Fall einer Invasion in Belgien hätte laut werden lassen, Deutschland seine Pläne geändert hätte.

Die Tatsachen, welche hier angeführt werden, beweisen keineswegs, daß Deutschland nicht seinen Teil dazu beitrug, den bedauernswerten internationalen Zustand der Dinge, wie sie im Jahre 1914 in Europa herrschten, herbeizuführen. Was sie bezwecken wollen, ist, zu zeigen, daß Deutschland weit davon entfernt ist, die Hauptschuld zu tragen, und daß es zusammen mit England als eine der zwei

größten Mächte rangiert, welche, trotz der Fehler, die in ihrer Politik begangen wurden, tatsächlich den Frieden von Europa zwischen 1871 und August 1914 aufrechtzuerhalten wünschte. Die Tatsachen, die mit der Krisis von 1914 zusammenhängen, beweisen natürlich nicht, daß während eines Zustandes allgemeiner Anarchie in Europa Deutschland immer auf seiten der Friedenspartei und die Entente auf derjenigen des Krieges gestanden hätten. Der Zufall wollte es, daß die Hauptziele der französischen und der russischen auswärtigen Politik nur durch einen Krieg zu erreichen waren, während Deutschland in der Lage war, aus der Aufrechterhaltung des status quo Nutzen zu ziehen. Hätte andererseits die Türkei Rußland im Jahre 1911 nachgegeben, die Meerengen geöffnet und das Projekt Berlin—Bagdad verhindert, so kann es möglich sein, daß um das Jahr 1914 herum Rußland ein Bollwerk des europäischen Friedens geworden und Deutschland bereit gewesen wäre, unter günstigen Bedingungen zu kämpfen, um seine Interessen im nahen Osten zu fördern.

5. Rußlands unmittelbare Verantwortung für den Weltkrieg.

Die Fortschritte, welche die wissenschaftlichen Forschungen im Hinblick auf das Problem der Verantwortung am Kriege während der letzten drei Jahre gemacht haben, beweisen, daß so sehr sie auch durch England und Frankreich ermutigt worden sein mag, Rußland die einzige Großmacht war, welche die unmittelbare Verantwortung trug, den Weltkrieg im Jahre 1914 heraufbeschworen zu haben. Es ist unmöglich, die russischen Dokumente aus der Zeit zwischen 1904 und 1914 zu lesen und daran zu zweifeln, daß Rußland um jeden Preis in den Besitz der Meerengen zu kommen gedachte. Im Jahre 1913 wurde es klar, daß dieses Ziel mit einem Krieg bezahlt werden müßte [44]). Sogar ein so vorsichtiger und wohlunterrichteter Schriftsteller, wie G. Lowes Dickinson behauptet, daß niemand die diplomatische Vorkriegs-Literatur lesen und weiter in der Meinung verharren kann, daß Rußland nicht bis zum Jahre 1916 oder 1917 [45]) einen europäischen Krieg heraufbeschworen hätte. Wir wissen, daß Rußland es vorgezogen hätte, mit dem Kriege ein Jahr oder mehr zu warten, damit seine Kriegsvorbereitungen vollständig durchgeführt würden [46]). Doch Rußlands Furcht vor möglicher britischer Abtrünnigkeit siegte über die Bedenken der unvollständigen Rüstungen [47]). Trotz des von Suchomlinow verursachten Lärms im März und Juni 1914, der zum Teil in Szene gesetzt wurde, um den französischen Militaristen zu helfen und die französischen

Sozialisten daran zu hindern, das dreijährige Dienstzeitgesetz umzustoßen, besteht wenig Zweifel darüber, daß diese Äußerungen und General Danilows Mémoire vom März 1914 tatsächlich das Vertrauen der Russen in ihre Vorbereitungen für einen kurzen Krieg widerspiegelten [48]). Sie glaubten tatsächlich, daß es mit englischer Hilfe nur ein kurzer Krieg sein würde, denn Sasonow hatte Ende Dezember 1913 die Meinung geäußert, daß Frankreich und Rußland allein Deutschland und Österreich besiegen, aber daß sie mit englischer Hilfe Deutschland vernichten könnten [49]).

Die Umrisse des russischen Vorgehens während der Krisis von 1914 wurden durch das militärische Protokoll von 1912 geliefert, welches bestimmte [50]):

„Andererseits kann es sich als vorteilhaft erweisen, aufzumarschieren, ohne die Feindseligkeiten zu beginnen, damit dem Gegner nicht unwiderbringlich die Hoffnung genommen wird, der Krieg könne noch vermieden werden. Unsere Maßnahmen können hierbei durch geschickte diplomatische Verhandlungen maskiert werden, um die Befürchtungen des Gegners möglichst einzuschläfern.

Wenn solche Maßnahmen die Möglichkeit geben, einige Tage zu gewinnen, so müssen sie unbedingt ergriffen werden."

Genau so wurde im Jahre 1914 vom 24. Juli an verfahren. Das Ergebnis des geheimen Kronrates vom 24. Juli wurde erstmalig im „Current History" vom Januar 1926 veröffentlicht *). Serbien wurde geraten, sich Österreich gegenüber Mäßigung aufzuerlegen und jeden unbefugten Angriff zu vermeiden, um die europäische Stimmung nicht zu reizen. Gleichzeitig wurden weitgehendste militärische, Marine- und Finanzpläne formuliert mit Rücksicht auf einen etwaigen europäischen Krieg. Am nächsten Morgen auf einer neuen Beratung wurde Sasonow die Mobilisierung von 1 100 000 Mann nach Gutdünken übertragen [51]). Am Nachmittag des gleichen Tages (des 25.) äußerte Sasonow Buchanan gegenüber, daß, seitdem Frankreich sich ganz und gar auf Seite Rußlands gestellt hatte, Rußland vollkommen bereit sei, alle Wagnisse des Krieges auf sich zu nehmen [52]). Von General Dobrorolski erfahren wir, daß in dem Kronrat vom 25. und in der russischen Generalstabsversammlung am gleichen Abend der Krieg beschlossen wurde, und daß alle weiteren diplomatischen Handlungen der Russen lediglich

*) *Deutsche Übersetzung „Die Kriegsschuldfrage" 1926 Seite 209 f. Die Schriftleitung.*

ein Schutz für die russischen militärischen Maßnahmen darstellten [53]): „Der Krieg war schon beschlossen, und der ganze Telegrammwechsel zwischen der deutschen und der russischen Regierung war nichts anderes als eine „mise en scène" eines historischen Dramas [54])." Es wird daher für Professor Schmitt sehr schwierig sein, zu beweisen, daß der russische Entschluß zum Krieg nach der österreichischen Kriegserklärung an Serbien am 28. Juli erfolgte [55]).

Am 26. Juli begann man mit den vorläufigen Maßnahmen für die Mobilisation und diese wurden dann ohne Unterbrechung durchgeführt. Der 28. war ein kritischer Tag. Die britischen und deutschen diplomatischen Vorschläge erweckten den Anschein einer Bedrohung der Kriegsparteien in Serbien, Rußland und Frankreich, während das österreichische Bombardement von Belgrad, das in Petersburg am 29. bekannt wurde, eine vortreffliche, offensichtliche Entschuldigung für eine ausschlaggebende russische Aktion darstellte. Am 28. wurde der Entschluß gefaßt, zur Generalmobilmachung überzugehen, was mit einem europäischen Krieg gleichbedeutend war [56]). Mit auf Grund von Mitteilungen über das Bombardement von Belgrad wurde die Order vom Zaren am 29. bewilligt und dann durch den Druck, den der Kaiser auf den Zaren ausübte, annuliert. Die Teilmobilmachung von 1 100 000 Mann wurde statt dessen befohlen. Am 30. wurde der Zar schließlich überredet, den Befehl zur allgemeinen Mobilmachung zu erlassen, genau wissend, daß er einen allgemeinen Konflikt nach sich ziehen würde. „Vergessen Sie nicht", sagte er zu Sasonow, „daß es sich darum handelt, Tausende und Abertausende in den Tod zu jagen" [57]). So wie Dobrorolski es hinstellt [58]): „Die Sache hatte unwiderruflich begonnen. Eine Änderung war nicht mehr möglich."

Der Prolog des großen Dramas hat begonnen! Eine weitere Bestätigung der autoritativen Feststellung Dobrorolskis, daß Sasonows diplomatische Vorschläge Schwindel und nur eine Ablenkung von den militärischen Maßnahmen waren, die bald alle Diplomatie hoffnungslos machen sollten, findet sich in dem kürzlich veröffentlichten Brief des Premierministers Paschitsch an seinen Generalstabschef vom 31. Juli 1914 [59]):

„Aus den Berichten unseres (des serbischen) Gesandten in Petersburg ergibt sich, daß Rußland jetzt verhandelt und die Verhandlungen in die Länge zieht, um Zeit für die Mobilmachung

und die Konzentrierung seines Heeres zu gewinnen. Sobald seine Mobilmachung beendet ist, wird es Österreich den Krieg erklären."

Ferner brüstete sich General Palizyn, der russische Generalstabschef im Jahre 1915, wie die Russen es verstanden hätten, Zeit zu gewinnen, indem sie die Österreicher und die Deutschen über die Bedeutung der russischen Mobilmachungspläne täuschten [60]):

„Man vergegenwärtige sich nur, was eingetreten wäre, wenn die Österreicher ihre Truppen ganz auf uns geworfen hätten. Wir würden unsern Marsch an die Front nicht haben durchführen können und die Österreicher würden uns Teilniederlagen beigebracht haben. Aber sie glaubten lange Zeit nicht, daß wir den Krieg erklären würden. Sie richteten ihre ganze Aufmerksamkeit auf Serbien in der vollen Überzeugung, daß wir uns nicht rühren würden. Unsere Mobilmachung traf sie wie ein Blitzschlag. Dann war es für sie zu spät. Sie hatten sich mit Serbien festgelegt. Auch die Deutschen ließen die ersten Tage vorübergehen, ohne zu handeln. Im ganzen gewannen wir zwölf Tage. Unsere Feinde begingen einen großen Fehler (indem sie die russischen diplomatischen Bemühungen für ehrlich hielten) und überließen uns damals einen unberechenbaren Vorteil."

Was die Frage angeht, ob die russische Mobilmachung den Krieg unvermeidlich machte, so ist dies eine so feststehende Tatsache, daß sie keiner weiteren Erörterung bedarf. Den letzten Versuch, die These zu verteidigen, daß sie nicht den Krieg bedeutete, hat Charles Altschul in der „Current History" vom Juni 1926 gemacht; er wurde von Dr. Ernst F. Henderson in der Augustnummer derselben Zeitschrift schnell widerlegt [61]). Über diesen Punkt können wir am besten die Meinung des russischen militärischen Sachverständigen, des Generals Gurko, anführen, der im Jahre 1919 schrieb [62]):

„Vom deutschen Standpunkt aus war der Beginn der russischen Mobilmachung für Deutschland gleichbedeutend mit der Notwendigkeit, die militärischen Operationen sofort zu beginnen. Um dies zu verstehen und zu billigen, müssen wir die Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, daß die Hauptbedingung für einen deutschen Erfolg die Möglichkeit war, daß es sein ganzes mobilisiertes Heer an die Front brachte und sofort in das feindliche Gebiet einfiel, bevor diese Staaten mit ihren Vorbereitungen fertig waren und insbesondere bevor die russische Mobilmachung vollendet war.

Hätte aber Deutschland beim Beginn der russischen Mobilmachung auf eine Kriegserklärung von seiten Rußlands gewartet,

in der Annahme, daß Rußland sich auf eine bloße Mobilmachung ohne Kriegserklärung beschränken würde, dann würde Deutschland diesen Vorteil verloren haben und er würde Rußland zugute gekommen sein. Deutschland durfte dieses Risiko nicht laufen, und aus diesem Grunde mußte nach Lage der Dinge die russische Mobilmachung automatisch die deutsche Mobilmachung hervorrufen.

Es gibt vielleicht Leute, die zu dem Schluß kommen, daß Deutschland sich auf eine bloße Mobilmachung hätte beschränken können; aber ein solches Verfahren hätte dieselbe nachteilige Wirkung gehabt, wenn auch in etwas geringerem Grade. Der oben erwähnte Vorteil bezog sich nicht nur auf die Mobilmachung, sondern auf die Möglichkeit, sofort mit dem Einmarsch in das feindliche Gebiet zu beginnen. Das Heer mobil zu machen und dann den Feinden zu gestatten, unbelästigt dasselbe zu tun, damit würde Deutschland seinen besten Trumpf aus der Hand gegeben haben — nämlich seine Feinde anzugreifen, während sie mit ihrer Mobilmachung noch nicht fertig waren. Die russische Mobilmachung bedeutete also für Deutschland die Notwendigkeit, den Krieg zu erklären, ohne einen einzigen Tag zu verlieren.

Es besteht unzweifelhaft ein Unterschied. Deutschland müßte die russische Mobilmachung mit einer Kriegserklärung beantworten; wir konnten uns auf eine bloße Mobilmachung beschränken, um so mehr, als es in unserm Vorteil lag, den Zeitpunkt der Kriegserklärung hinauszuschieben, wenn sich ihre Notwendigkeit herausstellen sollte."

Alles dies könnte zutreffend sein und doch könnte Rußland gerechtfertigt sein, wenn nachgewiesen werden könnte, daß es aus einem berechtigten Grunde zum Kriege entschlossen war. Dieser Grund war die Behauptung, daß Rußland traditionell und moralisch verpflichtet war, alle slawischen Völker Europas zu schützen. Angesichts der Tatsache, daß es der russische Minister des Auswärtigen war, der die Einverleibung von Bosnien und der Herzegowina im Jahre 1908 angeregt hat, und daß Rußland der Türkei im Jahre 1911 ein Bündnis gegen die slawischen Balkanstaaten angeboten hatte, kann man kaum die Ansicht vertreten, daß Rußlands Anspruch, als Beschützer der Serben aufzutreten, viel Beachtung beanspruchen kann. Hierüber möchten wir die Ansicht des entschieden deutschfeindlichen britischen Botschafters in Paris, Sir Francis Bertie, beibringen. Er schrieb am 26. Juli 1914 in sein Tagebuch [63]):

„Rußland tritt als der Beschützer Serbiens auf; mit welchem Recht außer etwa auf Grund des verwerflichen Anspruchs, daß es von Rechts wegen der Beschützer aller Slawen ist? Was für ein Blödsinn!“

Am 27. Juli schrieb er an Sir Edward Grey [64]):

„Man sollte die Französische Regierung . . . . veranlassen, einen Druck auf die Russische Regierung auszuüben, daß sie die absurde und veraltete Haltung Rußlands, der Beschützer aller slawischen Staaten zu sein, was sie auch anstellen mögen, fallen läßt, denn dies wird zum Kriege führen.“

Am 27. wies Bertie auch Grey darauf hin, daß selbst Bienvenu-Martin, der stellvertretende französische Minister des Auswärtigen, zugebe, die russische Beschützung Serbiens sei kein genügender Grund für eine französische Einmischung [65]):

„Ich (Bertie) sei fest überzeugt, daß die öffentliche Meinung in England einen Krieg zur Unterstützung Rußlands nicht billigen werde, wenn es als Beschützer der Slawen einen Streit mit Österreich wegen der österreichisch-serbischen Schwierigkeit vom Zaun bräche. Er (Bienvenu-Martin) gab zu, aber nicht als Minister, daß es schwer sein werde, die französische öffentliche Meinung in einem Fall wie diesen zum Standpunkt des Losschlagens zu bringen.“

Obgleich Rußland die Initiative zum überstürzten Beginn der Feindseligkeiten ergriff, können Frankreich und Großbritannien von ihrem Anteil an der Verantwortung nicht losgesprochen werden. Schon am 22. Juli verhinderte Poincaré Greys Plan, durch direkte Aussprachen zwischen Wien und St. Petersburg eine Krisis zu vermeiden, und während der ganzen Krisis hielt er Sasonow davon zurück, in dem Programm, eine feste französisch-russische Front gegen Deutschland zu bilden, schwankend zu werden [66]). Indem Grey den Russen am 25. zu verstehen gab, daß das österreichische Ultimatum an Serbien die russische Mobilmachung rechtfertige, indem er ihnen ferner am 25. sagte, Deutschland werde nicht mobilmachen, wenn Rußland nur gegen Österreich mobilisiere, und indem er ihnen am 27. mitteilte, die Mobilmachung der englischen Flotte könne als ein Beweis der britischen Intervention aufgefaßt werden, ermutigte er unbewußt, aber sehr wirkungsvoll, in allen Stadien die verhängnisvollen russischen militärischen Maßnahmen [67]). Ferner besteht kein Zweifel, daß Nicolsons langer Privatbrief an Buchanan vom 28. Juli dazu beitrug, den Russen in der entscheidenden Frage der britischen Intervention Vertrauen einzuflößen [68]).

6. Das französische Zusammenspiel mit Rußland.

Die Sammlung von Beweisen gegen Frankreich bei den in den letzten drei Jahren durchgeführten Untersuchungen der Tatsachen hat ein ähnliches Ergebnis gezeitigt wie der Aufbau der wohlbegründeten Klage gegen Rußland. Vor drei Jahren wurde von Verteidigern der Entente behauptet, es liege keinerlei Beweis dafür vor, daß Frankreich den Plan der Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen als einen Teil der Verständigung über die Ziele des französisch-russischen Bündnisses betrachtet habe [69]). Die Veröffentlichung des Buches von Ernest Judet über Georges Louis zeigt jedoch, daß man selbst vor dem Jahre 1910 völlig einig darüber war, daß die Meerengen und Elsaß-Lothringen als Grundpfeiler des Bündnisses untrennbar miteinander verbunden seien. So sagt Louis in seinem Tagebuch [70]):

„Bei den Grundlagen des französisch-russischen Bündnisses bilden Konstantinopel und die Meerengen das Gegenstück zu Elsaß-Lothringen.

Das steht zwar nicht in dem formellen Vertrage, aber es ist der Hauptgegenstand des Bündnisses, der als selbstverständlich gilt.

Sollten die Russen in ihren Verhandlungen mit uns die Frage der Meerengen aufwerfen, so müssen wir antworten: „Einverstanden, wenn Ihr uns bei Elsaß-Lothringen unterstützt."

Dieselbe Auffassung habe ich in der Korrespondenz von Hanotaux mit Montebello gefunden."

Aus den Urkunden, die als Anhang zu Stieves „Iswolski und der Weltkrieg" abgedruckt sind, ergibt sich, daß Delcassé bei seiner Sendung nach Rußland im Jahre 1913 die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen mit den Russen erörtert hat, und daß bei Ausbruch des Krieges Frankreich darauf bestand, die Vernichtung der wirtschaftlichen Macht Deutschlands hinzuzufügen. Dieser letztere Vorschlag wurde wahrscheinlich von britischer Seite angeregt [71]).

Die Anklage gegen Frankreich ist mehr und mehr eine Anklage gegen Poincaré geworden *). Wie Dupin hervorhebt, irrt selbst Demartial, indem er Viviani zuviel Verantwortung zuschiebt [72]). Im Jahre 1924 erfuhren wir aus den Memoiren von Paléologue, daß Poincaré die Kriegspartei in St. Petersburg sehr gestärkt und ermutigt hat [73]). Dr. Stieve erhielt die Erlaubnis, aus den britischen Dokumenten (jetzt als Nr. 101 der British Documents on the Origins of the War), den vollen Beweis zu erbringen, daß Poincaré bei

*) *Vergl. hierzu den Aufsatz von Demartial in diesem Heft.*
Die Schriftleitung.

seinem Aufenthalt in St. Petersburg die Bedingungen des französisch-russischen Bündnisses in ihrer umfassendsten Form und in unmittelbarer Beziehung zu der schwebenden österreichisch-serbischen Krise bekräftigt hat. Baron Schillings Tagebuch des Russischen Auswärtigen Amtes vom Jahre 1914 machte die bombastischen Reden, die Poincaré während seines Aufenthaltes in St. Petersburg hielt, bekannt, die, wie Paléologue den Russen mitteilte, wie bindende diplomatische Schriftstücke angesehen werden sollten [74]) **). Diese vollständigen britischen Dokumente enthüllten ferner die Tatsache, daß Poincaré schon am 22. Juli, als er noch in Petersburg war, gegen Greys klugen Vorschlag, einer ernsten Spannung durch direkte Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg vorzubeugen, Widerspruch erhob. Mit andern Worten, er bestand darauf, Deutschland der starren doppelten Front Frankreichs und Rußlands gegenüberzustellen und die Zentralmächte zu zwingen, eine demütigende diplomatische Niederlage hinzunehmen oder zum Kriege zu schreiten [75]). Mehr denn je können wir dem ausgezeichneten französischen Sachverständigen, Alfred Fabre-Luce, darin beistimmen, daß nach Poincarés Besuch in Rußland „wenig Aussicht vorhanden war, den Krieg abzuwenden“ [76]).

Die Anklage gegen Poincaré beruht nicht nur auf seinem Verhalten während seines Aufenthalts in St. Petersburg, sondern auch auf seiner Handlungsweise nach seiner Rückkehr. Lord Berties Mitteilungen an Grey, die jetzt in den britischen Dokumenten vollständig wiedergegeben sind, zeigen trotz Berthelots Verdrehungen der im „Echo de Paris“ [77]) veröffentlichten deutschen Mitteilungen deutlich, daß Frankreich vor Poincarés Rückkehr sehr für den Frieden war und daß er die Strömung im Sinne des Krieges umlenkte [78]). Wie wir oben gezeigt haben, erklärte selbst der stellvertretende auswärtige Minister Frankreichs vor Poincarés Heimkehr, er glaube nicht, daß Frankreich wegen eines so geringen Anlasses wie die russische Intervention zugunsten Serbiens zum Schlagen gebracht werden könne. Poincarés Stimmung und Verhalten bei seiner Rückkehr nach Frankreich ergeben sich aus der

---

*) *Die Reden sind in den „Tagesaufzeichnungen des ehemaligen russischen Außenministeriums“ von Baron von Schilling nicht mitaufgenommen worden, sondern der deutsche Herausgeber, die „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen“, hat die Reden im Anhang beigefügt. In der englischen Übersetzung, die bei Allen & Unwin herausgekommen ist, wurden der von der Zentralstelle beigefügte Anhang sowie alle Fußnoten des deutschen Herausgebers mitübersetzt, ohne daß dies irgendwie kenntlich gemacht worden wäre.*

Die Schriftleitung.

folgenden kürzlich von Margueritte, Dupin und Charpentier veröffentlichten Anekdote. Als er das Schiff bei Dünkirchen am Mittag des 29. Juli verließ, wurde er vom Senator Trystram gefragt, ob er glaube, daß der Krieg vermieden werden könne. Poincaré erwiderte: „Das wäre ein großer Jammer, denn wir werden niemals wieder günstigere Umstände finden“ [79]).

Seit 1924 ist bekannt, daß Poincaré sich in dem Ministerrat in der Nacht vom 29. Juli endgültig für den Krieg entschied, als er den Russen sagen ließ, sie sollten ihre Mobilisierungspläne fortführen, die doch sicher Krieg bedeuteten [80]). Von dieser Zeit ab bestand Poincarés Programm darin, die Opposition gegen seine Kriegspläne zu unterdrücken und Täuschungen und Ausflüchte zu formulieren, die bestimmt waren, die Welt und besonders das Publikum in Frankreich, England und Italien über die wahre Absicht der Politik Frankreichs irrezuführen. Viviani und Messimy haben im Jahre 1919 zugegeben, daß der Befehl, die Truppen zehn Kilometer von der Grenze zurückzuziehen, nur eine diplomatische List war, und die neuen britischen Dokumente zeigen, daß selbst im Juli 1914 Paul Cambon zu Grey sagte, daß der Befehl „um der englischen öffentlichen Meinung willen“ gegeben worden sei [81]). Pazifistische Versammlungen und Demonstrationen gegen den Krieg wurden vom 29. ab streng unterdrückt [82]) und Jaurès' Ermordung, die auf Anstiften von Iswolski und der russischen Geheimpolizei erfolgte, beseitigte von der Bühne die Hauptfigur, die kräftig genug gewesen wäre, um Poincaré entgegenzutreten und seine Machenschaften zu enthüllen [83]). Aus ähnlichen Gründen weigerte sich Poincaré, den Erlaß des französischen Mobilmachungsbefehls zu genehmigen, bevor Deutschland den Zustand der drohenden Kriegsgefahr verkündet hatte [84]), und lehnte er es ab, Deutschland den Krieg zu erklären. Er fürchtete hinsichtlich des letzteren Punktes insbesondere, daß man auf einer Debatte über die Verpflichtungen Frankreichs nach den Bestimmungen des französisch-russischen Bündnisvertrages bestehen könnte [85]).

Noch ruchloser waren die französischen Fälschungen der Daten in der Reihenfolge der russischen, österreichischen, französischen und deutschen allgemeinen Mobilmachung und die falsche Behauptung eines angeblichen deutschen Angriffs auf französisches Gebiet. Wir wissen jetzt, daß die Franzosen ganz genau über die tatsächlichen Daten der verschiedenen Mobilmachungen unterrichtet waren, aber sie fälschten diese und stellten es so dar, als ob die russische und die französische Mobilmachung der österreichischen bzw. der deutschen gefolgt wären und versuchten zu

beweisen, daß die russische und französische Mobilmachung als Abwehrmaßnahmen gegen österreichische und deutsche Angriffe angeordnet wären. In seiner schneidenden Darlegung der französischen offiziellen Lügen des Jahres 1914, „L'Evangile du Quai d'Orsay", hat Georges Demartial gezeigt, daß das französische Gelbbuch von 1914 die Tatsachen über die russische Mobilmachung in mehr als zehn Dokumenten unterdrückt und in einigen zwanzig anderen die Tatsachen gefälscht hat[86]). Zuweilen sind diese Fälschungen staunenerregend. Dies wird am besten beleuchtet durch das Telegramm Nr. 118 des Gelbbuchs, das von Paléologue aus Petersburg am Morgen des 31. Juli um 10.45 abgesandt wurde. Der ursprüngliche und authentische Text desselben war die lakonische Meldung Paléologues: „Die allgemeine Mobilmachung der russischen Armee ist befohlen."

Nachdem es durch die amtlichen französischen Herausgeber ordentlich zurechtgestutzt war, nahm es im Gelbbuch folgenden Umfang und Inhalt an:

„Auf Grund der allgemeinen Mobilmachung Österreichs und der von Deutschland seit sechs Tagen geheim aber unausgesetzt betriebenen Mobilisierungsmaßnahmen ist der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung des russischen Heeres erlassen worden, da Rußland nicht ohne die schwerste Gefahr sich weiter zuvorkommen lassen kann; in Wirklichkeit entsprechen seine militärischen Maßnahmen nur den von Deutschland getroffenen.

Aus gebieterischen strategischen Gründen konnte Rußland, nachdem es erfahren hatte, daß Deutschland rüste, die Umwandlung der teilweisen Mobilisierung in die allgemeine Mobilisierung nicht länger hinausschieben."

Um die hierin liegende Verdrehung klarzustellen, scheint es richtig, die Daten der verschiedenen allgemeinen Mobilmachungen anzugeben:

Rußland. Befehl 30. 7., 4 Uhr nachmittags freigegeben (einwandfreier dokumentarischer Beleg fehlt), telegraphisch ausgegeben 6 Uhr nachmittags, „British Documents" Nr. 347 Anmerkung.

Österreich. Befehl 31. 7., 11 Uhr 30 vormittags unterzeichnet, im Kriegsministerium eingetroffen 12 Uhr 23 nachm. („Parlamentarischer Untersuchungs-Ausschuß" Heft II, 1921, Seite 86).

Frankreich. Befehl 1. 8., 3 Uhr 30 nachmittags unterzeichnet, telegraphisch ausgegeben 3 Uhr 55 nachmittags (Französisches Generalstabswerk Band I, Teil I, Seite 81).

England. Befehl Flotte 2. 8., 2 Uhr 25 vormittags, Landheer 4. 8., 4 Uhr nachmittags (Reichsarchiv „Der Weltkrieg 1914—1918“ I. Band, Seite 91).

Von gleicher Art wie diese Fälschungen waren die unrichtigen Darstellungen über den Stand der deutschen Kriegsbereitschaft und die deutschen militärischen Maßnahmen an der Grenze. Dieser bedurfte man, um das französische Volk und das britische Kabinett zu beeinflussen [87]). Welche Beunruhigung durch die Verdrehungen hervorgerufen wurde, zeigt sich in dem Dokument Nr. 319 der jüngst veröffentlichten britischen Sammlung.

Ein anderer berühmter Kunstgriff Poincarés, um zugleich den Ausbruch des Krieges zu sichern und ihn verhältnismäßig gefahrlos für die Entente zu machen, war sein Appell zunächst an Lord Bertie und dann unmittelbar an Georg V., daß England seine bedingungslose Solidarität mit Frankreich und Rußland erklären solle, mit der Begründung, daß dies Deutschland von seinen Angriffsplänen abschrecken und den Frieden erhalten würde [88]). Er sagte ferner dem König, daß Frankreich von Anfang an Rußland zur Mäßigung gedrängt habe und Rußland in allen Stadien diesem Rat gefolgt sei. Das direkte Gegenteil ist natürlich wahr, nämlich daß von Anfang an Frankreich Rußlands Angriffslust ermutigt hatte und daß Sasonow am 27. sowohl Frankreich als England darauf hingewiesen hatte, daß Rußland keine Mäßigungsvorschläge hinnehmen würde [89]). Auch war es Rußland, das damals zurückgehalten werden mußte, wenn man den Frieden bewahren wollte. Lord Bertie durchschaute diesen Schwindel sehr klar und deutlich. In einem Telegramm vom 30. Juli sagte er [90]):

„Anstatt auf die Russische Regierung im Sinne der Mäßigung einen Druck auszuüben, erwarten die Franzosen von uns, daß wir den Deutschen zu verstehen geben, daß wir kämpfen werden, wenn der Krieg ausbricht. Wenn wir Frankreich und Rußland jetzt eine Zusicherung bewaffneten Beistandes gäben, würde Rußland anspruchsvoller werden und Frankreich würde ihm auf dem Fuße folgen.“

Da er von Buchanan, Bunsen, Goschen und Bertie über die tatsächliche Reihenfolge der Mobilmachungen unterrichtet war, war Grey sich über die französischen Fälschungen und Winkelzüge im Jahre 1914 vollständig im klaren, aber diese Kenntnis genügte nicht, um ihn von seinem Entschluß, unter allen Umständen auf Frankreichs Seite zu stehen, abzubringen.

Einige Kenner des Problems der Verantwortlichkeit für den Krieg geben zu, daß die obige Zusammenstellung der Beweise gegen Poincaré mit den Tatsachen übereinzustimmen scheint, meinen aber, daß dies kaum glaublich sein könne, weil Poincaré nur der Präsident Frankreichs gewesen sei, und dieser Beamte nur ein zeremoniöses Schiffsgalion sei [91]). Diese Frage ist in einer gelehrten Abhandlung von Professor Lindsey Rogers in der Zeitschrift Political Science Quarterly vom Dezember 1925 erörtert worden. Er zeigt, daß der französische Präsident weit größere Macht in der äußeren als in der inneren Politik hat, und daß er, wenn er seine Politik heimlich macht und keinen starken Gegner im Kabinett hat, in der auswärtigen Politik fast unumschränkt sein kann. „Solange der Präsident im dunkeln arbeitet, kann er sehr mächtig sein, der Grad seiner Macht hängt von der Güte seiner Sache und der Schwäche oder Stärke der Ministerien ab. . . Solange sein Einfluß geheim ist, kann er nur durch die Unabhängigkeit und Charakterstärke des Kabinetts eingeschränkt werden [92])." Geheimdiplomatie und schwache auswärtige Minister waren die vorherrschenden Charakterzüge von Poincarés Regime vom Jahre 1913 bis zum Ausbruch des Krieges. Professor Rogers ist sogar der Meinung, daß die Denkschrift von Georges Louis und Alexander Ribot zuverlässige Beweise dafür erbringt, daß Poincaré als Präsident sogar diese konstitutionellen Beschränkungen der Exekutive in auswärtigen Angelegenheiten überschritten hat.

Kurz, die Lage bezüglich der Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Krieges in Frankreich zeigt eine schlagende Ähnlichkeit mit der Dreyfus-Angelegenheit vor einem Menschenalter, mit Victor Margueritte in der Rolle von Zola. Jetzt ist Mathias Morhardt, einer der Hauptkämpfer für Wahrheit in der Dreyfus-Verschwörung, Präsident der bedeutendsten Organisation, welche bemüht ist, die Tatsachen über Poincarés Anteil an dem großen Unheil, das die Jahre 1914—1918 über Frankreich brachten, ans Licht zu bringen.

7. England und der Ausbruch des Krieges.

Da die britischen Dokumente über die Krisis von 1914 jetzt vollständig vorliegen, können wir über die Tatsachen hinsichtlich der britischen Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Weltkrieges ein einigermaßen endgültiges Urteil fällen. Es ist, nebenbei bemerkt, von Interesse, daß sie eine fast vollständige Widerlegung der Darstellung, die Grey in seinen Memoiren bietet, bilden. Was Grey selbst betrifft, so bleibt der Eindruck im ganzen derselbe wie früher, nämlich, daß er weder der Geisteskoloß und die glänzende Licht-

gestalt, wie er von Gilbert Murray und Bernadotte Schmidt dargestellt wird, noch der geschickte und böswillige Über-Macchiavell war, wie er von manchen Schriftstellern, insbesondere nationalistischen deutschen Kritikern, geschildert wird. Wenn irgend etwas Kolossales an Grey ist, so ist es die Bekundung von wohlmeinender Unwissenheit und Unfähigkeit in einem öffentlichen Amt, für das er nach Temperament, Neigung und sachlicher Vorbildung ungeeignet war.

Die neuen Tatsachen, die wir aus den britischen Dokumenten über Grey erfahren, heben sich hinsichtlich der Frage seiner Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Krieges nahezu gegenseitig auf. Einst glaubte man, daß Grey zum Teil entlastet werden könne, weil er in Unkenntnis über die wichtigsten Tatsachen der Krisis von 1914 war und von Sasonow und Poincaré gröblich getäuscht wurde. Dieser Milderungsgrund kann nicht länger geltend gemacht werden. Er wurde eingehend und rechtzeitig über alle wichtigen Punkte durch die britischen Botschafter in den vier maßgebenden kontinentalen Hauptstädten unterrichtet. Andererseits zeigen die Dokumente, daß Grey viel abgeneigter war, in den Konflikt einzutreten, als wir bisher angenommen hatten, und daß er etwas weniger bildsam in den Händen Paul Cambons war, als wir geglaubt hatten. Wir können ferner Benckendorffs Urteil, daß Grey der leitende Geist der aggressiven Elemente war, die England in den Krieg trieben, nicht mehr als richtig anerkennen. Die Dokumente zeigen, daß seine verantwortlichen Untergebenen, Sir Eyre Crowe und Sir Arthur Nicolson, viel mehr als Grey darauf drangen, daß England Frankreich und Rußland unverzüglich folge.

Die neuerdings veröffentlichten britischen Dokumente liefern den endgültigen Beweis, daß England nicht durch unzweideutige und bindende vertragliche Verpflichtungen gegenüber Frankreich oder Rußland genötigt war, in den Krieg einzutreten. Im Jahre 1914 gab es einige Engländer, die meinten, England sei wenigstens durch eine Ehrenpflicht gebunden, Frankreich zu unterstützen. Es ergibt sich jedoch mit absoluter Deutlichkeit, daß das, was das meiste Gewicht bei den Mitgliedern des englischen Kabinetts, die den Eintritt in den Krieg befürworteten, gehabt hatte, dieselbe Rücksichtnahme auf angebliche britische Interessen war, die die kriegerische Stimmung Englands bei der zweiten Marokkokrisis hervorgerufen und zu dem Grey-Cambon Schriftwechsel im November 1912 geführt hatte. Das bedeutet jedoch, daß Großbritannien tatsächlich genau so gebunden war als ob es durch Vertrag gebunden gewesen wäre. Das Quellenmaterial über die Kriegsschuld, das wir jetzt besitzen,

beweist, daß es schwer sein würde, sich eine mögliche Situation in den internationalen Beziehungen vorzustellen, in der Rußland und Frankreich sich England unter abstoßenderen Umständen und Österreich und Deutschland unter günstigeren Auspizien präsentierten als in der Krisis von 1914. Grey bestand jedoch ohne Zögern auf seinem Entschluß, sein Schicksal mit dem Frankreichs und Rußlands zu verbinden, sobald es klar war, daß diese Mächte entschlossen waren, den Konflikt aufzunehmen. Der Schlüssel zur englischen Politik des Jahres 1914 ist von Crowe und Nicolson in ihren Bemerkungen vom 25. Juli, die sie Buchanans Mitteilungen an Grey vom 24. Juli beifügten, in bewundernswerter Weise klargelegt. Man muß beachten, daß dies in einem ziemlich frühen Zeitpunkt der Krisis war, nämlich, bevor die serbische Antwort an Österreich übergeben war. Crowes Würdigung der internationalen Lage zu dieser Zeit lautet folgendermaßen[95]):

„Die Zeit ist vorüber, da man bei einem Versuch, Rußland zurückzuhalten, auf Frankreichs Unterstützung hätte rechnen können.

Es ist klar, daß Frankreich und Rußland die Herausforderung, die man ihnen entgegengeschleudert hat, aufnehmen werden. Was wir auch über die Berechtigung der österreichischen Anklagen gegen Serbien denken mögen, Frankreich und Rußland meinen, daß dies nur Vorwände sind und daß die größere Sache Dreibund gegen Dreibund endgültig aufgerollt ist.

Ich glaube, es wäre unpolitisch, um nicht zu sagen gefährlich, für England, den Versuch zu machen, diese Meinung zu bestreiten oder die klare Sachlage durch irgendwelche Vorstellungen in St. Petersburg oder Paris zu verdunkeln.

Der Punkt, auf den es ankommt, ist, ob Deutschland unbedingt entschlossen ist oder nicht, diesen Krieg jetzt zu führen.

Es besteht noch die Möglichkeit, es schwankend zu machen, wenn es zu der Erkenntnis gebracht wird, daß der Krieg England auf der Seite Frankreichs und Rußlands finden wird.

Ich kann nur e i n e n wirksamen Weg befürworten, der deutschen Regierung dies zu Gemüte zu führen, ohne uns in diesem Stadium unbedingt endgültig zu engagieren. Wenn in dem Augenblick, da Österreich oder Rußland zu mobilisieren beginnt, Seiner Majestät Regierung Befehl gibt, daß unsere ganze Flotte sofort auf Kriegsfuß gesetzt wird, so ist es möglich, daß Deutschland die Ernsthaftigkeit der Gefahr begreift, der es ausgesetzt sein würde, wenn England an dem Kriege teilnimmt.

Vorausgesetzt, daß dieser Beschluß jetzt sofort gefaßt werden könnte, würde es richtig sein, die französische und russische Regierung davon zu benachrichtigen, und das wäre wiederum das Beste, was wir tun könnten, um zu verhindern, daß sich zwischen England und Rußland eine sehr ernste Lage herausbildet.

Es ist schwer, nicht mit Herrn Sasonow darin übereinzustimmen, daß England, wenn der Krieg kommt, doch früher oder später hineingezogen werden wird. Wir werden nichts dadurch gewinnen, daß wir uns zu keinem Entschluß darüber aufraffen, was wir unter gewissen Umständen, die morgen eintreten mögen, tun können.

Sollte der Krieg ausbrechen und England abseits stehen bleiben, so gibt es folgende zwei Möglichkeiten:

a) Entweder gewinnen Deutschland und Österreich, zerschmettern Frankreich und demütigen Rußland. Wenn dann die französische Flotte hin ist und Deutschland mit der willigen oder unwilligen Beihilfe von Holland und Belgien sich im Besitze des Kanals befindet, was wird dann die Lage Englands, das ohne Freunde dasteht, sein?
b) Oder Frankreich und Rußland siegen. Wie würden sie sich dann gegenüber England stellen? Wie würde es mit Indien und dem Mittelmeer werden?

Unsere Interessen gehen mit denen von Frankreich und Rußland zusammen in diesem Kampfe, der nicht um den Besitz Serbiens geführt wird, sondern der ein Kampf ist zwischen Deutschland, das eine politische Diktatur in Europa anstrebt, und den Mächten, die ihre eigene Freiheit zu bewahren wünschen. Wenn wir zur Vermeidung des Streites dadurch beitragen könnten, daß wir unsere, zur sofortigen Verwendung bereite Seemacht einmal zeigten, so wäre es falsch, diesen Versuch nicht zu machen.

Was daher auch unsere endgültige Entscheidung sein mag, so sollten wir nach meiner Meinung schon jetzt beschließen, die Flotte zu mobilisieren, sobald irgendeine andere Großmacht mobilisiert, und diesen Beschluß unverzüglich der französischen und russischen Regierung mitteilen."

Nicolson bemerkte hierzu: „Die von Sir Eyre Crowe angeregten Punkte verdienen ernste Erwägung, und ohne Frage wird das Kabinett die Lage erörtern. Unsere Haltung während der Krise wird von Rußland als ein Prüfstein angesehen werden, und wir müssen uns in acht nehmen, daß wir uns Rußland nicht entfremden." Die oben umrissene Politik wurde von den Engländern während der Krise mit Entschlossenheit verfolgt. Dies bedeutete, daß England

unvermeidlich eine Quelle der Ermutigung für die französisch-russische Kriegsstimmung und unwiderruflich gezwungen wurde, am Kriege teilzunehmen. Seine einzige Hoffnung, den europäischen Krieg abzuwenden, bestand darin, Rußland zurückzuhalten oder Englands Neutralität zu erklären. Aber England weigerte sich sowohl das eine wie das andere zu tun. Dennoch können wir nicht sagen, daß Crowe und Nicolson den Krieg um seiner selbst willen wünschten. Am 30. fügte Crowe dem Dokument Nr. 318 die folgenden Überlegungen bei in bezug auf die französischen und russischen Bitten um eine britische Erklärung über eine unweigerliche Solidarität mit diesen Mächten [96]):

„Was für die Regierung Seiner Majestät von großem Gewicht sein muß, ist die Erwägung, daß sie durch eine Erklärung unbedingter Solidarität mit Frankreich und Rußland diese Mächte nicht etwa verleitet und bestimmt, den Kriegspfad zu wählen. Falls und in dem Augenblick jedoch, wo es sicher ist, daß Frankreich und Rußland den Krieg nicht vermeiden können und hineingehen, dann ist meine Meinung, was sie auch wert sein mag, daß wir in diesem Falle sofort und entschlossen intervenieren."

Um dieselbe Zeit, da Crowe und Nicolson versuchten, Grey dahin zu beeinflussen, daß er Frankreich und Rußland gegenüber eine günstige Haltung einnehme, arbeiteten sie unablässig daran, ihn gegen Deutschland einzunehmen, indem sie einen fast unglaublich bösartigen Feldzug zur Verleumdung deutscher Taten und deutscher Politik eröffneten. Ihre Verdrehungen, bei offenkundiger Verleugnung von Tatsachen, die ihnen beiden bekannt waren, sind manchmal ganz unglaublich und lassen im Vergleich damit die Ausfälle des Kaisers gegen England in seinen Randbemerkungen zu den deutschen Dokumenten als ruhige und tiefdringende Analysen erscheinen. (S. Britische Dokumente, Nr. 149, 174, 185, 249, 264, 293.)

In seiner allgemeinen Stellungnahme zur Frage der Intervention auf seiten Frankreichs und Rußlands im Falle eines Krieges stimmte Grey mit Crowe und Nicolson völlig überein. Er war nur vorsichtiger in den Einzelheiten und der Art seines Vorgehens. Er zögerte, weil er Frankreich und Rußland nicht anreizen wollte, weil es ihm ferner höchst unangenehm war, zuzugeben, was er im Unterhaus geleugnet hatte, nämlich ein geheimes britisches Einverständnis mit Frankreich, und endlich, weil er fürchtete, daß die Abstimmung im Kabinett und Unterhaus gegen ihn gehen könnte, wenn er zu hastig wäre. Churchill wird in den Dokumenten hingestellt als „rearing to go", und zwar ganz und gar mit Crowe und Nicolson.

Neben den Erwägungen der internationalen Politik, die Grey dahin führten, sein Los mit dem der Entente zusammenzuwerfen, ist nicht zu vergessen, daß auch in der inneren britischen Politik starke Kräfte am Werke waren, die Kriegspartei zu unterstützen. Die Konservativen unter Führung von Bonar Law waren überzeugt, daß ein Krieg die konstruktive Agrarreform und die finanziellen Maßnahmen Lloyd Georges, wenn nicht vernichten, so doch verzögern würde, während die Ulsterleute, unter Führung von Sir Edward Carson, glaubten, der Krieg böte ihnen eine wirkliche Aussicht darauf, die Einführung des Home-Rule-Gesetzes in Irland zu verhindern.

Nicht nur unterließ England jeden Versuch, Rußland zurückzuhalten, abgesehen von Buchanans Warnung an Sasonow, daß Rußlands Mobilmachung unfehlbar einen europäischen Krieg bedeuten würde, sondern es ermutigte Rußland tatsächlich in seiner aggressiven Politik. Greys Erklärungen vom 25. über die russische und österreichische Mobilmachung ermutigten Rußland bei seinen vorläufigen militärischen Maßnahmen. Greys Auskunft vom 27., daß die Mobilmachung der britischen Flotte als Beweis für die englische Intervention angesehen werden sollte, hatte großen Einfluß auf den russischen Entschluß, zu der verhängnisvollen allgemeinen Mobilmachung zu schreiten [97]). Auch machte Großbritannien keinerlei Versuch, Frankreich zur Vernunft zu bringen, trotz der Mahnungen Lord Berties. Grey betrieb nicht einmal seine Bemühungen, die Franzosen zu einer Erwägung der deutschen Neutralitätsvorschläge zu bringen, mit dem nötigen Nachdruck [98]). Das höchste, was Grey tat, war, in bezug auf die Übernahme einer definitiven Verpflichtung Cambon gegenüber eine hinzögernde Politik zu treiben, und einmal, als seine ausweichende Art Cambon ganz besonders in Verlegenheit setzte, gestattete er ihm, einen falschen Bericht über Greys Stellungnahme nach Paris zu senden, um die französischen Behörden nicht zu beunruhigen [99]).

Die vollständigen britischen Dokumente bestätigen, was aus dem Blaubuch schon zur Genüge erhellte, nämlich, daß es nichts gab, was Deutschland im Jahre 1914 hätte tun können, das England vom Kriege ferngehalten hätte, es sei denn, daß Deutschland bereit gewesen wäre, bei Seite zu stehen und einem Angriff Rußlands auf Österreich zuzusehen mit der sich daraus ergebenden Vernichtung des Dreibundes und der völligen diplomatischen Isolierung Deutschlands.

Im besonderen enthüllen die vollständigen Dokumente mit großer Gründlichkeit die Ausschlachtung des belgischen Vorwandes

durch Grey. Wir haben bereits klargestellt, daß Grey, Crowe und Nicolson ihre allgemeine Haltung in bezug auf die künftige britische Politik in der Krise bis zum 25. Juli formuliert hatten, und auf keinem ihrer Gründe für eine britische Intervention wirkte irgendeine Erwägung zugunsten Serbiens oder Belgiens ein. Die Redensart vom Schutze der „armen, unschuldigen kleinen Völker" tauchte erst auf, nachdem der Entschluß zu intervenieren bereits gefaßt war und ein hohes sittliches Kampfziel als wünschenswert erschien, um die Unterstützung der britischen öffentlichen Meinung zu gewinnen. Ehe Grey am 31. seine berühmte Frage an Frankreich und Deutschland richtete über ihren Standpunkt zur Frage der belgischen Neutralität, wußte er aus Goschens Unterhaltungen mit Bethmann-Hollweg, was Deutschlands Haltung sein würde. Noch bezeichnender ist, wie Bourgeois und Pagès aus unveröffentlichtem französischen Material bewiesen haben, daß Grey am 31. Juli, noch bevor er eine Antwort von Frankreich oder Deutschland empfangen hatte, Cambon erzählte, daß er persönlich überzeugt sei, daß England sofort intervenieren solle [100]). Er wagte es jedoch nicht, ein bestimmtes Versprechen zu geben, da er im Kabinett und Unterhaus eine ungünstige Abstimmung fürchtete, falls er dort nicht mit der Aussicht auf eine Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland drohen könne. Es war lange vor 1924 bekannt, daß England durch den Vertrag von 1839 nicht gebunden war, die belgische Neutralität zu schützen, daß Grey den deutschen Vorschlag, die belgische Neutralität zu achten gegen das Versprechen britischer Neutralität, kühl zurückwies, und daß Grey Belgien nur mit Mühe dahin brachte, bei der Entente um bewaffneten Schutz zu bitten [101]). Niemand hat die wesentlichen Tatsachen in bezug auf Großbritannien und die belgische Streitfrage klarer festgestellt als der glänzende französische Schriftsteller Fabre-Luce:

„In Wirklichkeit hatte der Einmarsch in Belgien dieselbe Rolle gespielt in der englischen öffentlichen Meinung, wie die russische Generalmobilmachung in Deutschland, und die falsche Entschuldigung der Nürnberger Beschießung in Frankreich. Es war eine willkommene Schicksalswendung zur Rettung einer bedrohten Regierung gewesen, ein Mittel, das angewandt wurde, um dem Volke den Nutzen eines Krieges vor Augen zu führen, den die Führer für notwendig hielten. Es schien ein genügender Grund für eine Tat zu sein, zu der man sich aus weniger guten Gründen bereits entschlossen hatte. Es sicherte die Zurückführung eines politischen und wirtschaftlichen Widerstreits auf einen sittlichen Satz und brachte auf diese Weise geistige Kräfte in den Krieg."

Kurz und gut, wenn man zugibt, daß es im Interesse Großbritanniens lag, einen europäischen Krieg im Jahre 1914 zu haben und in diesem Krieg auf seiten der Entente zu kämpfen, dann beweisen die britischen Dukumente, daß Grey und seine Genossen ihre Karten mit großem Geschick ausgespielt haben. Wenn sie wirklich einen europäischen Krieg zu vermeiden wünschten, dann muß man, bei aller Billigkeit, feststellen, daß sie sich äußerst — ja verbrecherisch — dumm benommen haben. Wenn England den Druck auf Rußland geübt hätte, den Deutschland auf Österreich übte, oder wenn es seine Neutralität erklärt hätte, dann ist es wenig wahrscheinlich, daß es überhaupt einen europäischen Krieg gegeben hätte. Da man kaum behaupten kann, daß Grey, Crowe und Nicolson wirklich einen Krieg wollten, muß das Urteil wahrscheinlich lauten, daß sie infolge Voreingenommenheit für Frankreich und Furcht vor Deutschland, wozu im Falle Nicolson noch eine glühende Neigung zu Rußland kommt, so blind waren, daß sie im Juli 1914 das Opfer einer verhängnisvollen Kurzsichtigkeit wurden in bezug auf die Wirklichkeiten der europäischen Lage. Die britischen Dokumente bilden in Wirklichkeit den Grundstein für den Bogen des Revisionismus. Man darf mit völliger Sicherheit behaupten, daß es in der Geschichte wenige Beispiele gibt, wo eine Stellung, die auf Grund von vergleichsweise zureichenden Quellen eingenommen war, so voll und ganz bestätigt wurde, wie es durch die vollständige Veröffentlichung der britischen Dokumente über die Krise des Jahres 1914 im Fall einer selbst etwas ins Extreme gehenden Form des Revisionimus geschehen ist. Wenn die französischen Dokumente herauskommen, falls dies jemals geschieht, dann können sie wenig mehr tun, als die Oberfläche des Baues abzurunden und zu glätten.

8. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen über die Verantwortung für den Weltkrieg.

Als eine kurze Zusammenfassung des Standes der wissenschaftlichen Ansichten über die Verantwortlichkeit für den Krieg gibt es kaum etwas Besseres als das folgende Zitat aus C. Lowes Dickinsons meisterhafter „Internationale Anarchie“ [102]):

„Das kleine Serbien stand auf dem Punkte, seinen nationalen Ehrgeiz auf Kosten der Völker und Kulturen dreier Erdteile zu befriedigen . . . Seit Jahren hatte der kleine serbische Staat den österreichischen Staat untergraben . . . Was sollte Österreich zu seiner Selbstverteidigung tun? Man kann sich eine Welt vorstellen, in der Österreich nicht den Wunsch gehabt haben würde, eine Nationalität gegen ihren Wunsch niederzuhalten. Aber das

würde nicht die Welt der Geschichte in Vergangenheit und Gegenwart sein. Niemals hat ein Reich vor den Kräften der Nationalität, die es zu zerreißen suchen, Verzicht geleistet. Immer hat es gekämpft. Und ich glaube nicht, daß es jemals einen Staat gegeben hat, der unter gleichen Umständen nicht wie Österreich beschlossen hätte, der Drohung ein für allemal durch Krieg ein Ende zu bereiten . . . Mit jedem weiteren Jahr würde die Lage Österreichs schlechter, die Serbiens besser werden. Das war wenigstens, und nicht ohne Grund, die Meinung der Österreicher. Sie nahmen die Gefahr nach den bei solchen Dingen gewöhnlich geltenden Regeln auf sich. Man kann ihnen vorwerfen, daß sie sich verrechnet haben, aber ich verstehe nicht, wie irgend jemand, der die Grundsätze anerkennt, von denen die Staatspolitik immer diktiert wurde, sie eines Unrechts bezichtigen kann . . . Deutschlands Diplomatie war schwerfällig, dumm und unehrlich. Zugegeben, sie sei so gewesen! Aber Deutschlands Politik war so, wie die jedes andern Staates in seiner Lage auch gewesen sein würde. Die Ententemächte sagen, Deutschlands Missetat war seine Rückendeckung Österreichs. Die Deutschen sagen, die Missetat war die Rückendeckung Serbiens durch Rußland. Um diesen Punkt dreht sich in der Tat der ganze Streit. Nach meiner Meinung ist die deutsche Stellungnahme die vernünftigere.

Was man fragen sollte, ist, warum wurde der Krieg nicht lokalisiert, wie Österreich und Deutschland es planten und wünschten? Darauf gibt es nur eine Antwort: weil Rußland dies nicht zulassen wollte. Warum nicht? . . . Die Antwort ist, daß es Konstantinopel und die Dardanellen begehrte; daß es einen Zugang zum Mittelmeer begehrte; daß es eine Ausdehnung seines Gebiets und Einflusses begehrte; daß es eine „historische Mission" hatte; daß es sich Sicherheit schaffen mußte; kurz, der ganze Mischmasch von Aberglauben, der alle Staaten unter den Bedingungen der bewaffneten Anarchie beherrscht . . . Frankreich zog in den Krieg wegen des Gleichgewichts der Mächte und um Elsaß-Lothringen zurückzuerobern; und der technische Vorteil, den es dadurch errang, daß es wartete, bis die Kriegserklärung von Deutschland kam, ändert nichts an der Sachlage. Es war seit mindestens zwei Jahren bekannt gewesen, es war mehr als einmal während der Krise von neuem bestätigt worden, daß, wenn Deutschland gegen Rußland zöge, Frankreich gegen Deutschland ziehen werde . . . Jedenfalls seit dem Jahre 1912 würde Frankreich in den Krieg gezogen sein, sobald Rußland es tat. Und glaubt irgend jemand, der die vorhergehenden Kapitel gelesen hat und

sich über den Zustand Europas klar ist, daß Rußland den Krieg nicht ein oder zwei Jahre später begonnen haben würde? . . . Und England? . . . Es hatte militärische und maritime Verpflichtungen gegen Frankreich, die es wie ein Saugrohr in den Krieg zogen, ob es wollte oder nicht. Und jene Annäherung an die andern beiden Staaten der Entente wurde vollzogen aus keinem andern Grunde, als um das Gleichgewicht der Mächte zu erhalten. Wir waren in größere Furcht vor Deutschland als vor unsern Erbfeinden Frankreich und Rußland geraten. Nach all unsern Verpflichtungen gegenüber Frankreich würde es gemein gewesen sein, es im Stich zu lassen. Zugegeben! Aber was waren die Ziele, um die jene Verpflichtungen eingegangen waren? Unsere eigene Macht, unser eigenes Reich, unsere eigene Sicherheit."

In dem Artikel in Current History, Mai 1924, machte der Verfasser einen Versuch, die europäischen Staaten je nach ihrer Verantwortlichkeit in eine Reihenfolge zu bringen. Vielleicht geht das, aber vermutlich ist es besser, die Sache einfach auf sich beruhen zu lassen und zu sagen, daß Serbien, Rußland und Frankreich im Jahre 1914 die einzigen Staaten waren, die einen europäischen Krieg wollten. Österreich bestand auf einem lokalen Strafkrieg, hoffte aber inbrünstig, daß er davor behütet werden möchte, sich zu einem allgemeinen Krieg auszuwachsen. Deutschland, England und Italien waren nach dem 26. Juli gegen jede Art Krieg, waren aber zu kurzsichtig, dumm, selbstisch und saumselig, um das Unheil abwenden zu können.

Wenn man zu einem klaren Verständnis über den Ausbruch des Krieges kommen will, so muß man ferner die Behauptung gewisser Schriftsteller, der Krieg sei das unvermeidliche Ergebnis des europäischen Systems der internationalen Anarchie und widerstreitender Bündnisse gewesen, aufgeben. Niemand könnte mit größerer Bereitwilligkeit als der Schreiber dieser Zeilen zugeben, daß durch das europäische System des Jahres 1914 eine gefährliche und drohende Lage geschaffen war, aber dieses System hatte seit vierzig Jahren ohne einen größeren Krieg bestanden. Ohne Frage waren es die besonderen Persönlichkeiten und politischen Methoden des Jahres 1914, die den großen Zusammenbruch herbeiführten. Dies kann man ganz bestimmt einfach dadurch beweisen, daß man sich vorstellt, was das Ergebnis der Krise nach der Ermordung des Erzherzogs gewesen sein würde, wenn Tisza die österreichische Politik, Caillaux die französische geleitet hätte, wenn Kokowsow an Stelle von Sasonow russischer Außenminister und Lord Morley oder Earl Loreburn an Stelle von Sir Edward Grey gestanden hätte.

Unter solchen Umständen ist es völlig unvorstellbar, daß ein Krieg erfolgt wäre. In der Tat ist es höchst wahrscheinlich, daß es keinen Krieg gegeben hätte, wenn nur ein einziger Mann ausgewechselt worden wäre, nämlich, wenn Caillaux die Geschicke Frankreichs geleitet hätte an Stelle des wackeren Lothringers.

Ein anderer Irrtum in bezug auf die Verantwortlichkeit für den Krieg, den es zu bekämpfen gilt, ist die von Dr. Cochran in „Current History" vom Mai 1927 erörterte Anschauung, daß der Revisionismus einen äußersten, gefühlsmäßigen Schwung des Pendels von den Erdichtungen der Kriegszeit darstellt, und daß die Wahrheit am Ende etwa in der Mitte zwischen den von William Stearns Davis in seinem Buch „Wurzeln des Krieges" vertretenen und den in dem verlängerten Aufsatz erörterten Ansichten zu finden sein werde. Dies ist sicherlich eine gutmütige Stellungnahme, die beim ersten Anblick vernünftig erscheint. Die Sache ist aber die, daß wir durch die Kriegspropaganda in bezug auf die schwarze Verruchtheit der Mittelmächte und die lammgleiche Unschuld der Entente so geblendet waren, daß wir noch heute auf die Bloßstellung Serbiens, Frankreichs und Rußlands in dem Maße, wie sie durch die Dokumente erfolgt ist, nicht vorbereitet sind. Fast ohne Ausnahme hat das gesamte neue Material der letzten drei Jahre dazu gedient, selbst eine sehr weitgehende Form des Revisionismus zu stützen, und es besteht geringe Wahrscheinlichkeit dafür, daß irgend welches milderndes Material von Wichtigkeit in Zukunft herauskommen wird zugunsten der Sache der Entente. Gäbe es solches Material, so wäre es längst ans Licht gekommen. Auf der anderen Seite haben wir die Trumpfkarten gegen die Entente noch auszuspielen, nämlich die französischen Dokumente und die russische Geheimkorrespondenz mit Serbien. Statt deshalb wieder in eine so schwachmütige Haltung zu verfallen wie Professor Schmitt in „Foreign Affairs" vom Oktober 1926, dürfen wir sicher sein, daß der Revisionismus sich um keinen Fußbreit zurückziehen, sondern fortfahren wird, die konservativeren Geschichtsschreiber noch auf lange Zeit hinaus außer Atem zu bringen.

II. Die Einwirkung der Frage der Verantwortlichkeit auf die gegenwärtige europäische Lage.

Die Frage der Verantwortung für den Krieg kann nicht betrachtet werden, als wäre es einfach eine isolierte und innere Angelegenheit der historischen Wissenschaft. Wäre das der Fall, so würden wir den Geschichtsschreibern gern gestatten, ihre feinsten Probleme während der nächsten zehn Generationen im abgeschlossenen Kämmerlein zu sezieren. In Wirklichkeit ist aber

diese Frage heute von höchster Wichtigkeit für die Öffentlichkeit, da wir noch immer der „internationalen Anarchie" von 1914 und der drohenden Gefahr eines neuen europäischen Krieges gegenüberstehen. Die internationale Stellungnahme in Europa beruht heute in hohem Grade auf den Neigungen und Haßgefühlen, die der Krieg hervorgebracht hat, und auf dem Begriff der Verantwortlichkeit, der sich daranschließt. Es ist ungemein schwer, den Bau von Locarno auf den Grundmauern von Versailles zu errichten. Die politischen Haupthindernisse des Friedens in Europa — Südtirol, Mazedonien, der polnische Korridor, Schlesien, Bessarabien, das zerstückelte Ungarn, Österreich, dem der Anschluß an Deutschland verboten ist, und das geächtete Rußland — sind zum größten Teil das Ergebnis eines Friedensvertrages, der auf den schreiendsten Kriegslügen und -heucheleien gegründet wurde. Ebenso ist die Hauptquelle der finanziellen Unbeständigkeit und Armut in Europa — das Reparationssystem — die Geldstrafe, die den angeblich schuldigen Völkern auferlegt wurde, die sich als viel weniger verantwortlich erwiesen haben als die meisten ihrer Richter.

Von noch größerer Wichtigkeit ist die Wirkung der Frage der Verantwortlichkeit für den Krieg auf das Problem einer Beseitigung der Kriegsdrohung selbst. Wenn wir nur einsehen können, wie unglaublich wir durch die Kriegspropaganda über die wirklichen Tatsachen und Streitpunkte in Verbindung mit den Ereignissen der Jahre 1912—1918 getäuscht worden sind, dann sollten wir in der Lage sein, die Propaganda der nächsten Vorkriegszeit etwas eingehender zu prüfen. Und wiederum, wenn wir klar erkennen, wie jämmerlich es uns mißlungen ist, die angeblichen Hauptziele der Entente — das Ende aller Kriege, die Abschaffung des Militarismus, Entwaffnung, Weltdemokratie, Idealismus und Zusammenarbeit in internationalen Beziehungen, Weltorganisation und internationale Sicherheit — zu erreichen, dann sollten wir verstehen lernen, wie nichtig die Hoffnung ist, auf dem Wege kriegerischer Anstrengungen aufbauende und friedliche Ergebnisse zu sichern. Endlich hat der Krieg bewiesen, wie wenig Dankbarkeit man von Verbündeten erwarten darf und wie wenig man sich auf den Bestand internationaler Beziehungen verlassen kann, wenn sie den Spannungen des Krieges ausgesetzt werden. Das Reinergebnis der obigen Tatsachen dürfte beweisen, wie notwendig es ist, der militärischen Drohung geradenwegs durch Ächtung des Krieges zu begegnen und dadurch, daß man alles nur Mögliche tut, irgendeine zureichende Art internationaler Organisation zu schaffen, um verzückte Patrioten und kriegerische Diplomaten im Zaum zu halten.

Anmerkungen zu vorstehendem Aufsatz.

[1]) Siehe A. Fabre-Luce, in „Europe", 15. April 1926; und H. E. Barnes, in New-York Nation, 15. Juni 1927.

[2]) S. B. Fay, in „New Republic", vom 8. Dezember 1926.

[3]) M. Montgelas, „The Case for the Central Powers", Seite 52.

[4]) A. Fabre-Luce, The Limitations of Victory, Seite 101—102.

[5]) S. Stanojevitch, Die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand.

[6]) L. Jowanowitsch, Der Mord von Sarajewo.

[7]) M. Edith Durham, The Serajevo Crime, Seite 148—157.

[8]) Siehe H. W. Nevinson in der New York Nation, vom 16. Februar 1927, und R. W. Seton-Watson, in Foreign Affairs, April 1925.

[9]) Siehe den kurzen Auszug in Current History, Februar 1927, Seite 662; und „Die Kriegsschuldfrage", Januar 1927, Seite 58, 60.

[10]) Siehe meine Kritik seines Buches in der „Revue de Hongrie", 15. April 1927.

[11]) Er griff Professor Fay bei dem Richmond meeting der „American Historical Association" im Dezember 1924 heftig an, und Miß Durham in der „Slavonic Review" Dezember 1926.

[12]) The Sarajevo Murder Plot, in Current History, Februar 1926.

[13]) Dies wurde mir bestätigt durch Mitglieder der „Schwarzen Hand" 1926. Siehe die Aufsätze in „Die Kriegsschuldfrage", Juli und September 1926.

[14]) R. Dell, in der London „Nation", vom 19. September 1925, Seite 723.

[15]) Siehe Victor Serge in „Clarté" Mai 1925; Boghitschevitsch, „Le Procès de Salonique; M. E. Durham, „The Serajevo Crime", Seite 197—199. Die früheren Kenntnisse von Artamanov und Hartwig bezüglich des Komplotts wurden dem Schreiber von Mitgliedern der „Schwarzen Hand" 1926 wieder bestätigt.

[16]) Dell, loc. cit.

[17]) Wie in der Fußnote 52. Diese Tatsache wurde mir auch bestätigt durch obenerwähnte Serben. Siehe Clarté, Seite 210.

[18]) M. E. Durham, „The Sarajevo Crime", Seite 201.

[19]) In der „Kriegsschuldfrage" vom Juli 1926 ist ein guter Aufsatz über den rumänischen Besuch.

[20]) Siehe sein „Les Causes de la Guerre" neue Ausgabe, Paris 1925, und sein Buch „Le Procès de Salonique".

[21]) British Documents on the Origins of the War, Band XI, Nos. 21, 28, 29, 40, 55, 56, 265.

[22]) Barnes, „Genesis of the World War", Seite 178—182.

[23]) British Documents, Nr. 50, 56, 58.

[24]) Österreichisches Rotbuch, Band 1, Seite 49—50.

[25]) Deutsche Dokumente über den Kriegsausbruch, Seite 187; British Documents, Nr. 125.

[26]) British Documents, Nr. 188.

[27]) Österreichisches Rotbuch, Band 3, Seite 14—15, 17—19; Montgelas: The Case for the Central Powers, Seite 162.

[28]) „Die Kriegsschuldfrage", Februar 1926, Seite 66—69.

[29]) Österreichisches Rotbuch, Band 3, Nr. 65, 80.

[30]) Cf. G. P. Gooch, Recent Revelations of European Diplomacy, Seite 209.

[31]) Bernadotte Schmitt, in „Foreign Affairs", Oktober 1926, Seite 147; über eine scharfe Stellungnahme zur deutschen Verantwortlichkeit siehe W. S. Davis „Europe since Waterloo".

[32]) „Die Kriegsschuldfrage", Dezember 1926, Seite 901—903.

[33]) M. Montgelas, The Case for the Central Powers, Seite 211—213; A. Fabre-Luce, The Limitations of Victory, Seite 47—49.

[34]) Montgelas, op. cit., Seite 143, 145.

[35]) British Documents, Nr. 101, 216; Russisches Orangebuch, Romberg, Nr. 1551.

[36]) Fay in American Historical Review, Juli und Oktober 1920; Montgelas, op. cit. Seite 113—120, 204—211; G. von Jagow, Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges; und Aufsatz in „Current History", August 1927.

[37]) Fay, in „Political Science Quarterly", Dezember 1925, Seite 628 bis 629; Montgelas in „Current History", April 1927.

[38]) J. S. Ewart, The Roots and Causes of the War, 1914—1918, Band 2, Seite 1073 ff.; Fay, in „American Historical Review", Oktober 1920.

[39]) B. E. Schmitt, Recent Disclosures concerning the Origins of the World War, Seite 21—23; H. Kanner, „Der Schlüssel zur Kriegsschuldfrage".

[40]) Wie in der Fußnote 26. Siehe I. von Schäfer in „Die Kriegsschuldfrage", August 1926.

[41]) Eine Meinung von Dr. Gooch mir gegenüber geäußert anläßlich seines Besuchs in diesem Land.

[42]) British Documents, Nr. 677.

[43]) J. F. Scott, Five Weeks, Seite 148—149.

[44]) F. Stieve, Iswolski und der Weltkrieg, Seite 186—195, 217—246.

[45]) The International Anarchy, Seite 466.

[46]) Clarté, Mai 1925, Seite 207.

[47]) Barnes, Genesis of the World War, Seite 485—490.

[48]) Wie in der Fußnote 81; und G. Frantz, Rußlands Eintritt in den Weltkrieg.

[49]) Stieve, op. cit., Seite 225—226.

[50]) Frantz, op. cit., Anlage 82.

[51]) British Documents, Nr. 125.

[52]) Ibid.

[53]) S. Dobrorolski, Die Mobilmachung der russischen Armee 1914.

[54]) Ibid.

[55]) B. Schmitt, in „Foreign Affairs", Oktober 1926, Seite 143.

[56]) Schilling, How the War began in 1914, Seite 15—16.

[57]) Barnes, op. cit., Seite 341—349.

[58]) Ibid.

[59]) „Die Kriegsschuldfrage", November 1926, Seite 836—837.

[60]) „Current History", März 1927, Seite 855—856.

[61]) Loc. cit., Chronicles, Seite VIII—X.

[62]) „Current History", März 1927, Seite 857—858.

[63]) The Diary of Lord Bertie, 1914—1918, Band 1, Seite 1.

[64]) British Documents, Nr. 192, cf. auch Nr. 134.

[65]) Ibid., Nr. 129.

[66]) Ibid. Nr. 76. cf. W. L. Langer in „Saturday Review of Literature", 30. April 1927, Seite 781—782.

[67]) British Documents, Nr. 112, 132, 177. Graf Pourtalès hat den Verfasser selbst informiert, daß er glaubt, Greys Telegramm vom 27. über die britische Flotte habe mehr Einfluß auf die Russen gehabt als irgendein anderer Faktor und den Russen den Mut gegeben zu der entscheidenden allgemeinen Mobilmachung. Diese Ansicht wird auch von der Reuter-Korrespondenz in St. Petersburg im Jahr 1914 geteilt, ebenso von dem belgischen Geschäftsträger.

[68]) British Documents, Nr. 239.

[69]) Siehe Bernadotte Schmitt, „Recent Disclosures", Seite 14—15, für einen Ausdruck über diese Meinung ebenso spät wie 1926.

[70]) E. Judet, „Georges Louis", Seite 143.

[71]) Op. cit., Seite 247—249.

[72]) G. Dupin, in „The Progressive", 1. Juni 1927, Seite 373—375.

[73]) M. Paléologue, Memoiren.

[74]) Schilling, How the War began in 1914, Seite 31—32, 113—116.

[75]) Langer, in „Saturday Review of Literature", 30. April 1927; S. B. Fay in „American Historical Review", April 1927, Seite 602.

[76]) The Limitations of Victory, Seite 182—183.

[77]) Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch, Nr. 170. J. F. Scott, Five Weeks, Seite 190—191; British Documents, Nr. 193.

[78]) British Documents, Nr. 129, 134, 192, 193, 270, 318, 320.

[79]) V. Margueritte, „Les Criminels", Seite 274; A. Charpentier, „Les Responsabilités de M. Poincaré".

[80]) Russisches Orangebuch (Romberg), Nr. 208, 210, 212. Fabre-Luce, op. cit., Seite 184—185.

[81]) British Documents, Nr. 447.

[82]) Russisches Orangebuch (Romberg), Nr. 218.

[83]) Jaques Mesnil, Mitarbeiter der „Humanité", hat die Mittäterschaft Iswolskis bei der Ermordung Jaurès bewiesen. Der Mörder wurde als allgemeiner Wohltäter Frankreichs freigesprochen.

[84]) Russisches Orangebuch (Romberg), Nr. 218.

[85]) Ibid., Nr. 222.

[86]) Siehe den bemerkenswerten Aufsatz von Montgelas in „Die Kriegsschuldfrage", April 1927, Seite 376—381.

[87]) British Documents, Nr. 319, Anlage 338, cf. Montgelas, in „Die Kriegsschuldfrage", Februar 1927, Seite 126—128.

[88]) British Documents, Nr. 318, 320; R. Poincaré, The Origins of the War, Seite 238—239, 249—250.

[89]) M. Morhardt, „Les Preuves", Seite 117—146, 298—307. Russisches Orangebuch (Romberg), Nr. 1521.

[90]) British Documents, Nr. 320.

[91]) Siehe Mack Eastman in „Canadian Forum", Mai 1926; Juni 1927.

[92]) Rogers, loc. cit., Seite 551.

[93]) Ibid., Seite 551—552.

[94]) Trotz aller Mißgunst bleibt die vornehmste und wahrheitsgetreuste Bearbeitung das kürzlich erschienene Werk von Hermann Lutz „Lord Grey und der Weltkrieg". Eine englische Übersetzung soll bald erscheinen. Einschneidender und kritischer sind die Aufsätze von Graf Montgelas in „Die Kriegsschuldfrage", Mai-Juli 1926.

[95]) British Documents, Nr. 101.

[96]) British Documents, Seite 201.

[97]) British Documents, Nr. 112, 132, 177, 239.

[98]) Ibid., Nr. 419, 426, 447, 453, 460.

[99]) Ibid., Nr. 426.
[100]) Bourgeois et Pagès, „Les Origines et les Responsabilités de la grande Guerre", Seite 58.
[101]) Barnes, „Genesis of the World War", Seite 542 ff.; Ewart, „Roots and Causes of the Wars", Kapitel XIV.
[102]) Dickinson, op. cit., Seite 429, 463—466.

Die neue Ausgabe der „Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch"[1]).

Graf Max Montgelas.

Von den im Dezember 1919 herausgegebenen „Deutschen Dokumenten zum Kriegsausbruch" sind in rascher Aufeinanderfolge drei Auflagen in den Handel gebracht worden. Als auch die dritte vergriffen war, ist der Verlag an die Herausgeber mit der Anfrage herangetreten, ob sie anläßlich des erforderlichen Neudrucks vielleicht Ergänzungen und Berichtigungen vorzunehmen wünschen. Daraufhin wurde eine nochmalige Durchsicht der Originalakten des Auswärtigen Amtes vorgenommen und deren Ergebnis verwertet. Herr Karl Kautsky war durch seine Übersiedlung nach Wien zwar verhindert, an der erneuten Nachforschung in den Archiven persönlich teilzunehmen, er ist jedoch im voraus von jeder einzelnen Änderung benachrichtigt worden und hat sich mit sämtlichen Vorschlägen einverstanden erklärt, die von Professor Walther Schücking und mir gemacht wurden.

Abgesehen vom Nachtrag der Ankunftszeiten einiger besonders wichtiger Telegramme, die aus den Akten der deutschen Botschaften oder aus fremden Quellen ermittelt werden konnten, handelt es sich bei den Änderungen um die Aufnahme neuer Dokumente und nur in zwei Fällen um Berichtigungen.

I.

Neu aufgenommen sind die nachstehenden Aktenstücke:

1. Es war ein bedauerliches Übersehen, daß bei der ersten Ausgabe als erstes Dokument ein russischer Zeitungsartikel vom 13. Juni veröffentlicht wurde, hingegen nicht der amtliche Bericht

[1]) „Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch." Neue und vermehrte Ausgabe. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. 1927.

über ein ungleich wichtigeres Ereignis von demselben Tage, die Zusammenkunft in Konopischt[2]). Hat sich doch gerade um diese Begegnung zwischen Kaiser Wilhelm und dem Erzherzog-Thronfolger ein Netz der absurdesten und abenteuerlichsten Legenden gewoben. Noch im vorigen Jahre hat der langjährige Times-Korrespondent Henry Wickham Steed in seinem Buche „Through Thirty Years" ohne Widerruf und ohne Bedauern erzählt, daß er im Jahre 1917 auf Grund der Mitteilungen „eines am österreichischen Hofe angestellten und mit dem Erzherzog bekannten" jungen Mannes in der Zeitschrift „Nineteenth Century" folgendes Schauermärchen veröffentlichte: Kaiser Wilhelm habe dem Erzherzog in Konopischt erklärt, er werde jetzt rasch einen Krieg gegen Frankreich und Rußland machen. Nach Niederwerfung dieser beiden Mächte würden zwei neue Königreiche für die Söhne des Erzherzogs gebildet werden, nämlich ein Großpolen vom Baltischen bis zum Schwarzen Meere und ein böhmisch-ungarisch-südslawisches Reich. Deutsch-Österreich mit Triest solle der Neffe Franz Ferdinands, der spätere Kaiser Karl, erhalten. Diese drei Länder würden zu Lebzeiten des Erzherzogs unter dessen Oberhoheit stehen, nach seinem Tode jedoch Bundesstaaten des Deutschen Reiches werden. Weiterhin wurde in dem Artikel 1917 zwar nicht direkt behauptet, jedoch angedeutet, daß wegen dieses an der österreichisch-ungarischen Monarchie geübten Landesverrats der nach anderen Stellen des Steedschen Buches angeblich halbverrückte, an Paralyse leidende und daher von verkleideten „Krankenwärtern in Livree" umgebene Thronfolger von den Österreichern selber umgebracht worden sei (!).

Angesichts solcher, acht Jahre nach Einstellung der Feindseligkeiten betriebener Geschichtsschreibung soll hier nochmals wiedergegeben werden, was der Gesandte am kaiserlichen Hoflager von Treutler in einem am 16. Juni 1914 in der Wilhelmstraße eingehenden Schreiben über Konopischt berichtet hat:

„S. M. der Kaiser und König haben am zweiten Tage des Aufenthalts in Konopischt, am 13. d. M., vor und nach dem Diner je eine politische Aussprache mit dem Erzherzog-Thronfolger gehabt.

Die erste Unterredung ging von dem kurz vorher eingetroffenen Athener Telegramm aus, nach dem die Streitigkeiten zwischen der Türkei und Griechenland einen ernsten Charakter anzunehmen drohen. Im Verlaufe dieses Gespräches wurde ich von Sr. M. gerufen. Allerhöchst-

[2]) Der Bericht ist während des Drucks der neuen Ausgabe auch im 39. Band der „Großen Politik der Europäischen Kabinette" unter Nr. 15 736 veröffentlicht worden. Er war vorher schon abgedruckt in der Zeitschrift „Deutsche Politik" vom 14. Mai 1920 und in meinem „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage" S. 191 f.

dieselbe gab mir in Gegenwart des Erzherzogs ein Resumé über die bisher geführte Unterhaltung, welches ungefähr folgendermaßen lautete:

„Ich habe dem Erzherzog den Inhalt des Athener Telegramms mitgeteilt. Wir sind übereingekommen, daß angesichts der erfolgten Zuspitzung der Situation der König von Rumänien sondiert werden muß, wie er die Lage beurteilt und ob, bzw. mit welchen Mitteln er versuchen wird, eine Tangierung der Abmachungen des Bukarester Friedens zu vermeiden und eventuell zu verhindern." Der Erzherzog gab lebhaft seine Zustimmung zu diesen Äußerungen Sr. M. und warf die Frage auf, ob der König wohl geneigt sein werde, einzugreifen. Ich erwiderte, es sei wohl wahrscheinlich, daß der König Carol in dem von uns gewünschten Sinne tätig sein werde, da sein erhebliches Interesse an der Aufrechterhaltung des Bukarester Friedens sich mit dem unsrigen decke. Demgemäß wurde verabredet, daß S. M. dem Auswärtigen Amte eine entsprechende Instruktion zugehen lassen werde, während der Erzherzog den Grafen Berchtold zu ersuchen versprach, eine gleiche Demarche des österreichischen Gesandten in Bukarest anzuordnen.

Zum Schluß konstatierten die beiden hohen Herren ihre übereinstimmende persönliche Abneigung gegen den König von Bulgarien und S. M. erzählte, daß dieser einer Ihm zugegangenen neueren Nachricht zufolge diese Abneigung kenne, sich aber ernstlich bemühen wolle, seine beiden Gegner zu gewinnen.

Über das zweite Gespräch, das nach dem Diner unter vier Augen stattfand, erzählte mir S. M. am anderen Morgen das folgende:

Der Erzherzog habe, von den aktuellen Fragen ausgehend, zuerst sich sehr mißbilligend über Italien ausgesprochen. Der Umstand, daß Italien einen Mann wie Aliotti nach Durazzo (Albanien) gesandt habe und dort halte, beweise seine mala fides. Auch die Ereignisse in Triest und ihr Echo in Italien zeigten, daß Italien es dem Bundesgenossen sehr schwer mache, in Frieden zu leben; auf die Dauer sei ein solches Verhältnis unmöglich. Dazu scheine es dem König von Italien an dem guten Willen zu fehlen, diese Zustände zu ändern. Er, der Kaiser, habe versucht, den Erzherzog zu beschwichtigen. Er habe besonders darauf hingewiesen, daß in den Grenzländern wohl auf beiden Seiten durch die Unterorgane Fehler gemacht würden, die dann in weiteren Kreisen üble Folgen zeitigten. Was den König betreffe, so habe auch Er jahrelang sich oft überwinden müssen und erst bei der letzten Zusammenkunft in Venedig habe sich ein wärmeres Verhältnis angebahnt. Augenscheinlich habe der König viel gelernt, und die neuen, durch den Tripolis-Krieg geschaffenen Verhältnisse hätten den Italienern, besonders auch gerade dem Monarchen, gezeigt, daß Frankreich der wahre Gegner sei, und dadurch eine allgemein richtigere Bewertung des Dreibundes hervorgerufen. S. M. hat Sich im Hinblick auf das Zusammentreffen des Thronfolgers mit dem König bei unseren Manövern augenscheinlich sehr viel Mühe gegeben, das Mißtrauen des Thronfolgers zu zerstreuen.

Das Gespräch ging dann auf Ungarn über, und hier soll der Thronfolger noch schroffer und mit ungemein deutlichen Ausdrücken seiner Abneigung Ausdruck gegeben haben. Er hat die ungarischen Zustände als völlig anachronistisch und mittelalterlich hingestellt.

Ungarn sei der Tummelplatz des Kampfes einzelner Familien und die oligarchische Regierungsform bedeute geradezu eine Vergewaltigung aller

nicht ungarischen Elemente, die weit mehr als 50 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten. Die Zahl der Magyaren sei immer falsch angegeben worden, in Wirklichkeit seien es vielleicht $2^1/_2$ Millionen. Wie der Mann an der Spitze heiße, sei meist Nebensache; jeder Ungar strebe mehr oder weniger offen danach, für Ungarn auf Kosten Österreichs und zuungunsten der Gesamtmonarchie Vorteile zu erlangen. Er, der Erzherzog, wisse wohl, daß der Kaiser einen sehr guten Eindruck von Tisza gewonnen habe. Das sei aber vielleicht nicht ganz zu Recht geschehen, denn Tiszas Taten entsprächen nicht Tiszas Worten. In Wahrheit sei Tisza schon Diktator in Ungarn und strebe danach, auch in Wien als solcher aufzutreten. „Schon jetzt zittere Wien, wenn Tisza sich auf die Reise mache, und alles läge auf dem Bauch, wenn er in Wien aussteige." Dabei sei es besonders bedenklich, daß Tisza sich offen dazu bekannt habe, er sähe die Selbständigkeit der ungarischen Armee als ein zu erstrebendes Ideal an.

S. M. hat den Thronfolger unterbrochen, um ihm zu sagen, daß Er selbstverständlich Tisza mißbillige, wenn Er höre, daß er unbotmäßig sei und danach strebe, zuungunsten Österreichs das Schwergewicht der Monarchie zu verlegen. Er halte ihn aber für einen so kräftigen, seltenen Mann, daß Er nur empfehlen könne, ihn nicht über Bord zu werfen, sondern ihn unter eiserner Faust zu halten und dann seine schätzenswerten Gaben auszunutzen.

Ich habe den Eindruck, daß S. M. bei dieser Gelegenheit mit Erfolg beabsichtigte, dem Erzherzog entgegenzukommen, ohne ihn durch zu rasches Aufgeben seiner bekannten guten Ansichten über Tisza mißtrauisch zu machen. Andererseits hat der Thronfolger von seinem Standpunkt aus offenbar sehr geschickt betont, daß gerade Tisza daran schuld sei, wenn die Dreibundinteressen schlecht gewahrt würden, indem er es sei, der entgegengesetzt zu seinen Schönbrunner Versprechungen die ungarischen Rumänen drangsaliere. Der Erzherzog hat schließlich sogar S. M. gebeten, ob er nicht Tschirschky anweisen lassen könne, Tisza bei jeder Gelegenheit ins Gedächtnis zu rufen, er solle die notwendige Gewinnung der Rumänen durch angemessene Behandlung der in Ungarn lebenden Stammesbrüder nicht aus den Augen verlieren. S. M. hat das mit den Worten versprochen, Er wolle Tschirschky auftragen, Tisza immer wieder zuzurufen „Herr, gedenke der Rumänen". Damit war der Erzherzog sehr einverstanden.

Zur Beleuchtung dieses Teiles der Unterhaltung darf ich vielleicht auch anführen, daß kurz vorher Oberst Bardolff mich auf Tisza angeredet und sehr vorsichtig der „in Konopischt bestehenden Befürchtung" Ausdruck gegeben hatte, wir hätten durch die jahrzehntelange Vertretung der Doppelmonarchie in Berlin durch ungarische Botschafter die Verhältnisse durch ungarische Brillen zu sehen gelernt. Ich wies ihn darauf hin, daß wir ja auch durch unsere eigenen Vertretungen informiert würden, man brauche dies nicht zu besorgen; ich wisse schon, daß die Befürchtung daher käme, daß mein Allergnädigster Herr Sich offen und vorteilhaft über Tisza ausgesprochen habe. Dies liege aber viel einfacher, als man anzunehmen scheine. Tisza sei ein so tatkräftiger, energischer Mann, daß es ganz natürlich sei, wenn er einen starken Eindruck auf den Kaiser gemacht habe; im übrigen werde sich S. M. sicher dem nicht entziehen, wenn der Erzherzog Ihm die Gründe für eine gegenteilige Beurteilung mitteilen werde.

Im Zusammenhang mit diesen Auslassungen des Erzherzogs und seines Vertrauensmannes war es von besonderem Interesse, daß Seine Kaiserliche Hoheit sich S. M. gegenüber dazu bekannte, er habe den Nachfolger Szögyénys empfohlen und hoffe, Prinz Hohenlohe werde die besten Dienste leisten.

Czernins Auftreten in Bukarest, besonders das bekannte Interview, tadelte Seine Kaiserliche Hoheit offen auf das schärfste, obgleich ja Czernin sein Protegé ist.

Über Böhmen und die Mißerfolge des Fürsten Thun sprach der Erzherzog ebenfalls mit großer Offenheit und betonte erfreulicherweise die Notwendigkeit des Schutzes der Deutschen, die das „Ferment" bilden müßten. „Ein Ausgleich" könne nicht mehr von der Partei erhofft, er müsse vielmehr von Wien aus oktroyiert werden.

Rußland ist nach des Erzherzogs Meinung nicht zu fürchten; die inneren Schwierigkeiten seien zu groß, um diesem Lande eine aggressive äußere Politik zu gestatten.

Die Schlußworte des Erzherzogs 14 Tage vor seiner Ermordung zeigen, wie wenig in Konopischt von einem Angriffskrieg gegen Rußland oder das mit diesem verbündete Frankreich die Rede sein konnte. Das politische Glaubensbekenntnis Franz Ferdinands war ja zudem bekanntlich „Erneuerung des Dreikaiserbündnisses unter möglichem Anschluß Englands" [3]).

2. Ein Privatbrief des Botschafters von Tschirschky an Staatssekretär von Jagow vom 11. Juli 1914.

Der schon vom Parlamentarischen Untersuchungsausschuß (erster Unterausschuß Heft 1 S. 119 f.) veröffentlichte Brief ist dem Archiv der deutschen Botschaft in Wien entnommen und darf nach der Person des Empfängers den Akten des Auswärtigen Amtes zugezählt werden. Das Schreiben ist insofern bemerkenswert, als Berlin damals über die hauptsächlichsten, an Serbien zu stellenden Forderungen nur erfuhr: Feierliche amtliche Erklärung, auch durch Armeebefehl, dass Serbien sich von der großserbischen Politik lossage; Einsetzung eines Organs der österreichisch-ungarischen Regierung zur Überwachung der genauen Einhaltung dieser Zusage; kurze Frist, vielleicht nur 48 Stunden, für die Antwort; bei ungenügender Antwort sofortige Mobilisierung gegen Serbien.

3. Eine Weisung des Auswärtigen Amtes an den deutschen Geschäftsträger in Athen vom 25. Juli, deren Kenntnis notwendig ist, um eine richtige Beurteilung eines Telegramms Königs Konstantin von Griechenland an Kaiser Wilhelm (Dokument 243) zu ermöglichen.

---

[3]) Bericht des deutschen Militärattachés in Wien Grafen Kageneck vom 27. Februar 1913 „Große Politik der Europäischen Kabinette" Bd. 34 I. Nr. 12 891 Fußnote ***.

In dieser amtlichen Weisung nach Athen war dargelegt, daß nach zahlreichen, in Berlin eintreffenden Nachrichten Griechenland geradezu fieberhaft zu einem Kriege gegen die Türkei rüste. Von einem solchen Vorhaben wurde im kaiserlichen Auftrage dringend abgeraten. Es handelte sich also nicht, wie mangelhaft unterrichtete Kritik aus der Antwort des griechischen Königs gefolgert hat, um ein Telegramm Kaiser Wilhelms mit der Aufforderung, sofort gegen Serbien loszuschlagen.

4. Ein Telegramm des Großen Generalstabes an den deutschen Militärattaché in Petersburg vom Abend des 27. Juli des Inhalts, daß in Deutschland keinerlei militärische Maßnahmen beabsichtigt seien.

Dieses auch schon vom Parlamentarischen Untersuchungsausschuß (1. Unterausschuß Heft 2, S. 59) veröffentlichte Dokument konnte seinerzeit in die erste Ausgabe nicht aufgenommen werden, weil die Klarschrift des wegen Vernichtung des Schlüssels nicht mehr entzifferbaren Telegramms noch nicht aufgefunden war. Die Depesche ist einer der vielen Beweise für die außerordentliche Zurückhaltung Deutschlands mit allen militärischen Maßnahmen. Man bedenke, daß schon tags vorher (26. Juli) in Rußland die Kriegsvorbereitungsperiode für das ganze Reich angeordnet, in Frankreich an demselben Tage (27. Juli) der Abtransport aller entbehrlichen Truppen aus Afrika nach dem Mutterlande angeregt wurde, endlich wenige Stunden vor Absendung der Depesche die Versetzung der an der deutschen Front liegenden russischen Festung Kowno in Kriegszustand bekannt geworden war (Dokument 264).

5. Der Brief, den Generaladjutant von Plessen am Vormittag des 28. Juli im Auftrag Kaiser Wilhelms an den Chef des Generalstabes, Generaloberst von Moltke, richtete, unmittelbar nachdem der Kaiser persönlich an Staatssekretär von Jagow geschrieben hatte, daß nach der serbischen Antwort für Österreich jeder Grund zum Kriege gegen Serbien fortfalle und eine vorübergehende Besetzung serbischen Gebiets als Faustpfand genüge (Dokument 293).

Dieses Schreiben gehört zwar nicht zu den Akten des Auswärtigen Amtes. Da es jedoch eine sehr wichtige Ergänzung von Dokument 293 bildet und in diesem erwähnt wird, für den Forscher jedoch schwer greifbar ist,[4]) haben die Herausgeber sich entschlossen, es in einer Fußnote anzuführen. Der Brief lautet:

[4]) Der Brief ist meines Wissens bisher nur in der Zeitschrift „Deutsche Politik“ vom 18. Juli 1919 veröffentlicht. Die Richtigkeit des Wortlauts ist den Herausgebern durch Generaloberst von Plessen auf Anfrage bestätigt worden.

„S. M. der Kaiser und König lassen Ew. Exz. Folgendes mitteilen:

Die Antwort der Serben auf das österreichische Ultimatum liegt jetzt vor. Nach Kenntnisnahme desselben finden S. M., daß die Serben im wesentlichen alle an sie gestellten Forderungen zugestanden haben und daß damit für Österreich-Ungarn der Anlaß zum Kriege fortfällt. Sir Edward Grey hat in Folge der gleichen Auffassung uns zur Vermittlung aufgefordert, welcher Aufforderung wir nicht anders als in zusatzloser Weitergabe entsprechen konnten, wenn wir nicht den Vorwurf auf uns laden wollten, daß wir zum Kriege trieben.

Auf alle Fälle müßte Österreich-Ungarn aber ein Faustpfand mit Beschlag belegen, als Bürgschaft, daß die gemachten Versprechungen von den Serben auch eingehalten werden."

Wenn man die Weisung Moltkes vom Abend des 27. und das Schreiben Plessens vom Vormittag des 28. Juli liest, dann wird man zugeben müssen, daß die militärischen Stellen Deutschlands die ihnen zur Last gelegte „Kriegstreiberei" in recht eigenartiger Weise und mit sehr untauglichen Mitteln ausgeübt haben. Die deutschfeindliche Publizistik wird indessen nach wie vor dafür sorgen, daß beide Dokumente der Masse der Völker der Entente niemals bekannt werden.

6. Die Tagesberichte des Großen Generalstabes an das Auswärtige Amt vom 28. und 30. Juli.

Im Gegensatz auch zu der jüngsten englischen Aktenpublikation sind von deutscher Seite bekanntlich nicht nur die diplomatischen, sondern auch sehr viele militärische Akten zur Vorgeschichte des Krieges veröffentlicht worden. So insbesondere:

a) Bericht über die Denkschriften des Großen Generalstabes an das Auswärtige Amt von Anfang 1909 bis 1. August 1914 in Heft 2 Abschnitt IV des 1. Unterausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses;

b) ebendort Inhaltsangabe aller Schreiben jeder Art des Generalstabes an das Auswärtige Amt in der Zeit vom 4. bis 23. Juli;

c) die wichtigsten und geheimsten Aktenstücke der Mobilmachungsabteilung des preußischen Kriegsministeriums ab 23. Juli nebst einigen Verfügungen der Verwaltungsabteilung und der Etatsabteilung in Heft 2 Abschnitt I;

d) in den vier Bänden der „Dokumente zum Kriegsausbruch" 47 schriftliche oder telephonische Mitteilungen des Generalstabes, Admiralstabes, Kriegsministeriums und Reichsmarineamts an das Auswärtige Amt während der Krise 1914;

e) in den „Bayerischen Dokumenten zum Kriegsausbruch“ 13 Berichte des bayerischen Militärbevollmächtigten in Berlin an das Bayerische Kriegsministerium.

Immerhin fehlten bei uns noch zwei Tagesberichte des Generalstabes, und zwar aus dem Grunde, weil von ihnen 1914 der eine verspätet, der andere gar nicht zu den Akten der Wilhelmstraße genommen worden war. Im Interesse der Vollständigkeit war es geboten, diese inzwischen auch durch die „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen“ bekanntgegebenen Dokumente in die neue Ausgabe aufzunehmen.

Böswillige Kritik hat den ersten der beiden Berichte, den vom 28. Juli, gegen Deutschland ausnützen wollen, weil der Abschnitt über Frankreich mit den Worten begann:

„Paris vollkommen ruhig. Presse auffallend gemäßigt. Von Mobilmachung nichts zu spüren.“

Diese Kritik verschwieg, daß der Bericht fortfuhr:

„Höhere Offiziere von Urlaub einberufen. Kommandanten auf ihren Plätzen. Truppen von Übungsplätzen zurückgezogen. An der Grenze: Erhöhte Beobachtung. Scheinwerfer zur Beleuchtung der Grenze bereit. In Lunéville und Nancy werden die Truppen zurückgehalten. Die Eisenbahnbrücke bei Lunéville und der Kanaltunnel zwischen Commercy und Toul werden militärisch bewacht. Belfort alarmbereit.“

Bei diesen umfassenden Maßnahmen der Franzosen ist es begreiflich, daß sich tags darauf die Nachrichtenabteilung des französischen Generalstabs darüber wunderte, wie geringfügig die in Deutschland getroffenen Schutzmaßregeln seien (Tagesbericht vom 29., Dokument 372).

Noch bedrohlicher waren am 28. die Nachrichten aus Rußland, worin es u. a. hieß:

„Sicher, daß Rußland auch an der deutschen Grenze gewisse militärische Maßnahmen trifft, die als Vorbereitung für einen Krieg aufgefaßt werden müssen. Wahrscheinlich Ausspruch der „Kriegsvorbereitungsperiode“ für das ganze Reich ausgesprochen. Truppen allgemein aus den Lagern in die Standorte zurückkehrend. Grenzwache überall kriegsmäßig ausgerüstet und marschbereit.“

Der Bericht vom 30. Juli läßt sodann das Bevorstehen der Katastrophe deutlich vorhersehen. Darin ist über Rußland zu lesen:

„Kriegsvorbereitungsperiode im deutsch-russischen Grenzgebiet weit vorgeschritten, mit schnellerem Verlauf der Mobilmachung muß gerechnet werden. Kowno, Grodno, Riga, Bjalistok, Wilna im Kriegszustand. Armierung der Festungen im Gange. Grenz- und Bahnschutz durchgeführt. Feuer an der ganzen Ostseeküste gelöscht. Nachrichten über Transport von Truppen aus Finnland in südlicher Richtung mehren sich.“

Es war ein Beweis seltenen Unverstandes, daß nach dem ersten Bekanntwerden dieser Berichte die deutschfeindliche Propaganda die verleumderische Behauptung vorbrachte, die Herausgeber hätten diese Dokumente, die doch die Entente und nicht Deutschland belasten, in dem Bestreben der Rechtfertigung Deutschlands unterschlagen. Blinder Haß treibt eben seltsame Blüten.

7. Ein Telegramm des Botschafters von Schoen aus Paris, das am 30. Juli 3 Uhr 25 nachm. aufgegeben war und 6 Uhr 25 in der Wilhelmstraße eintraf. Es lautete:

„Tendenziöse Nachricht Mittagsblatts, daß Ministerrat partielle Mobilmachung und Einberufung Reserven ins Auge gefaßt habe, offiziös nachdrücklichst dementiert."

Die Herausgeber haben seinerzeit dieses Telegramm als belanglos angesehen und nicht veröffentlicht. Der Unfug, der inzwischen von deutschfeindlicher Seite mit dem gleichzeitigen Extrablatt des „Berliner Lokalanzeigers" getrieben worden ist, hat gezeigt, daß der Depesche immerhin einige Wichtigkeit zukommt, so daß ihre Bekanntgabe geboten war. Heute wissen wir zudem, daß der Pariser Ministerrat am Vormittag des 30. Juli tatsächlich die Aufstellung des Grenzschutzes unter Einhaltung einer Entfernung von zehn Kilometern von der Grenze[5]) (behufs Täuschung der öffentlichen Meinung in England) beschlossen hatte. Das Pariser Mittagsblatt hatte ferner trotz des „nachdrücklichen Dementis" Recht mit seiner Behauptung, daß die Einberufung von Reserven ins Auge gefaßt worden war. Die Ausführung der Maßnahme wurde allerdings auf den folgenden Tag, 31. Juli, verschoben, an dem der britische Militärattaché in Paris die „Mobilisierung" der fünf französischen Grenzkorps meldete.[6])

8. Ein Telegramm des Generalobersten von Moltke an den österreichischen Generalstabschef, das am 31. Juli 7 Uhr 45 vorm. in Wien eingetroffen ist.

Dieses Telegramm gehört nicht zu den Akten des Auswärtigen Amts, es ist auch in den deutschen militärischen Akten nicht aufgefunden worden, ebensowenig in den Akten des Wiener Kriegsarchivs und im Nachlaß des Grafen Conrad. Es ist lediglich aus dem IV. Bande der Kriegserinnerungen des österreichischen Feldmarschalls bekannt und dort wiedergegeben nach einer in Kurz-

---

[5]) Poincaré „Les Origines de la Guerre" S. 255 und Messimy in R. Recouly „Les Heures tragiques d'Avant-Guerre" S. 76. Ferner französisches Generalstabswerk Bd. I Anlage 15.

[6]) Englische Dokumente Nr. 358. Ferner französisches Generalstabswerk Bd. I Anlage 17.

schrift gemachten Aufzeichnung eines Adjutanten Conrads.[7]) Man kann daher verschiedener Ansicht darüber sein, ob eine solche Depesche, deren Wortlaut nicht zweifelsfrei feststeht, in eine Sammlung amtlicher Dokumente aufgenommen werden soll. Die Veröffentlichung dürfte aufs neue beweisen, daß den deutschen Aktenpublikationen nichts ferner liegt als irgend etwas zu verschweigen, auch wenn es Anlaß zu unfreundlicher Kritik bieten kann. Das Telegramm lautet:

„Russische Mobilisierung durchhalten: Österreich-Ungarn muß erhalten bleiben, gleich gegen Rußland mobilisieren. Deutschland wird mobilisieren. Italien durch Kompensationen zur Bundespflicht zwingen."

Der erste Teil, die Aufforderung an Österreich-Ungarn, doch endlich auf die russische Mobilmachung zu antworten, ist völlig einwandfrei. Es war eine schwere Unterlassungssünde der Monarchie, daß sie auf die am 29. offiziell notifizierte, gegen sie gerichtete russische Mobilmachung nicht sofort die defensive Gegenmaßnahme getroffen hatte. „Mobilmachung gegen Mobilmachung" ist Grundsatz auch des strengsten Pazifismus. Die Wiener Passivität bedeutete eine Gefährdung der Sicherheit des eigenen Landes und damit auch indirekt des verbündeten Deutschen Reichs. Moltke hatte somit nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, den Bundesgenossen zu mahnen.

Einwandfrei ist auch der Schluß der Depesche, daß Wien die von Italien gewünschten Kompensationen zugestehen solle. Rein formal könnte man darin ein unberechtigtes Übergreifen auf das politische Gebiet erblicken. Doch berührten sich hier Politik und Strategie so nahe, daß die Grenze schwer zu ziehen ist. Auch konnte Moltke sicher sein, mit diesem Rate ganz im Sinne der politischen Leitung zu handeln.

Fraglich könnte scheinen, ob das Versprechen „Deutschland wird mobilisieren" gerechtfertigt war. Moltke wußte, daß er einen Mobilmachungsbefehl für das deutsche Heer erst werde erwirken können, wenn Rußland die allgemeine Mobilmachung angeordnet habe. Die Zusage läßt sich jedoch dadurch erklären, daß dem deutschen Generalstab um diese Zeit zwei aus verschiedenen zuverlässigen Quellen stammende Nachrichten vorlagen, nach denen in Rußland — wie es ja tatsächlich der Fall gewesen ist — die allgemeine Mobilisierung schon ausgesprochen war. Später entschloß sich Moltke allerdings, noch eine dritte Bestätigung abzuwarten, die dann am 31. Juli kurz vor Mittag auch eintraf.[8])

[7]) Siehe den Aufsatz von Schäfers in „Die Kriegsschuldfrage" August 1926 S. 526 und Anm. 24.

[8]) Gespräch Moltke-Haeften in Schultheß' Geschichtskalender 1917 S. 996 ff. und Dokument 473. Nicht aufgenommen konnte natürlich werden

9. Die zur Zeit der ersten Ausgabe noch nicht bekannten Berichte des bayerischen Militärbevollmächtigten in Berlin, die inzwischen in der dritten Auflage der „Bayerischen Dokumente zum Kriegsausbruch“ veröffentlicht worden sind.

Diese Berichte wurden, obwohl nicht zu den Akten des Auswärtigen Amts gehörend, aus den gleichen Gründen aufgenommen wie 1919 die Berichte der Bayerischen Gesandtschaft in Berlin.

10. Die handschriftlichen Notizen des Botschafters von Tschirschky auf den ihm zugehenden Erlassen des Auswärtigen Amtes.

Diese den Akten der deutschen Botschaft in Wien entnommenen und vom Parlamentarischen Untersuchungsausschuß (1. Unterausschuß Heft 1 S. 97 ff.) veröffentlichten Notizen sind augenscheinlich in der Weise entstanden, daß der Botschafter die ihm aus Berlin zugehenden Erlasse zu seinen Besprechungen am Ballplatz mitnahm und sich darauf die ihm von österreichischer Seite gemachten Mitteilungen kurz skizzierte, mitunter unter Anwendung einiger Zeichen der Gabelsbergerschen Kurzschrift. Diese Notizen sind daher für Beurteilung des Gedankenaustausches Tschirschky-Berchtold von Bedeutung, weshalb sie in der neuen Ausgabe den jeweils in Betracht kommenden Dokumenten in Anmerkungen beigesetzt wurden.

11. Ein Verzeichnis des Inhalts aller jener in der kritischen Zeit zwischen dem Auswärtigen Amt und der Botschaft in Wien gewechselten Telegramme, die in der ersten Ausgabe auf gemeinsamen Beschluß der drei Herausgeber als völlig belanglos weggelassen worden waren.

Die Aufnahme dieses Verzeichnisses [9]) empfahl sich, um der perfiden Verdächtigung, daß von der Korrespondenz Wien-Berlin und umgekehrt irgendwelche Aktenstücke, wie besondere kaiserliche Instruktionen an Tschirschky, Verweise an den Botschafter und dergleichen unterschlagen worden seien, den Boden zu entziehen. Es liegt nunmehr ein lückenloses Verzeichnis aller Telegrammnummern vor.

---

ein Telegramm des österreichischen Militärattachés in Berlin über ein Gespräch mit Moltke, worin dieser sich ähnlich äußerte wie in obigem Telegramm, außerdem auch anfügte, daß „erneut eingeleitete“ oder „etwaige erneut eingeleitete“ Schritte Englands zur Erhaltung des Friedens „abgelehnt seien“ oder „abzulehnen seien“ (Text nicht zweifelsfrei festzustellen. Siehe „Kriegsschuldfrage“ August 1926 S. 525 und Anm. 21.) Dieses Telegramm ist als österreichisch-ungarisches, nicht als deutsches Dokument zu behandeln.

[9]) Schon veröffentlicht in „Die Kriegsschuldfrage“ vom Dezember 1924 S. 574 ff.

II.

Von den beiden vorgenommenen Berichtigungen ist nur die eine von Bedeutung, die sich auf das Protokoll der Sitzung des Preußischen Staatsministeriums vom 30. Juli (Dokument 456) bezieht. Dort war in der ersten Ausgabe (S. 176/77) ein Abschnitt der Rede des Reichskanzlers in folgendem Wortlaut abgedruckt:

„d) Deutschland und England hätten alle Schritte getan, um einen europäischen Krieg zu vermeiden. Die Mobilisierung Rußlands sei zwar erklärt, seine Mobilisierungsmaßnahmen seien mit den westeuropäischen nicht zu vergleichen . . ."

Das klang so, als habe Herr von Bethmann es als seine persönliche Meinung ausgesprochen, daß die russische Mobilmachung nicht den Krieg bedeute. Nun hatte der Kanzler jedoch in der Zeit vom 26. bis 29. Juli nicht weniger als fünfmal erklärt (Dokumente 198, 199, 200, 219, 342), daß die allgemeine Mobilisierung Rußlands den europäischen Krieg unvermeidlich machen würde, und dreimal, daß schon die russische Teilmobilmachung gegen Österreich den Frieden ernstlich gefährde (Dokument 388, 399, 409). Er konnte sonach unmöglich am 30. das Gegenteil behauptet haben.

Mehrere Jahre haben denn auch die deutsche und die ausländische Forschung die anscheinend mißverständlich wiedergegebene Äußerung des Redners nicht aufgegriffen. Im Sommer 1922 wurde jedoch in einer ausländischen Zeitschrift versucht, Herrn von Bethmann als Kronzeugen für die Harmlosigkeit von Mobilmachungen hinzustellen. Dieses Mal hatte die böse Tat eine gute Wirkung. Auf Grund des erwähnten Aufsatzes fand eine Nachprüfung in den Archiven statt, ob denn der auch stilistisch nicht einwandfreie Text des Protokolls richtig sei. Es ergab sich tatsächlich, daß er anders lautete, nämlich:

„d) Deutschland und England hätten alle Schritte getan, um einen europäischen Krieg zu vermeiden. Die Mobilisierung Rußlands habe diese Schritte konterkarriert. Rußland habe zwar erklärt, seine Mobilisierungsmaßnahmen seien mit den westeuropäischen nicht zu vergleichen . . ."

Diesen richtigen Wortlaut zeigte ebenso die vom Preußischen Staatsministerium im Herbst 1919 übersandte Vervielfältigung des Protokolls. Nur die von dieser Vervielfältigung hergestellte Abschrift, die seinerzeit der Druckerei übersendet worden war, hatte den fehlerhaften Text, bei dem die oben in Sperrdruck hervorgehobenen sechs Worte „habe diese Schritte konterkarriert. Rußland habe" weggelassen und durch das eine

Wort „sei“ ersetzt waren. Schon unmittelbar nach dieser Feststellung haben die drei Herausgeber beschlossen, daß eine Richtigstellung des Dokuments 456 geboten sei.[10])

Bei der Drucklegung der Neuausgabe hat der Preußische Herr Ministerpräsident mit Schreiben St. M. I. 2919 vom 8. März 1927 nochmals eine beglaubigte Abschrift der angeführten Stelle des Protokolls übersendet, die bei der „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen“ (Berlin NW. 6, Luisenstraße 31 A/III) aufbewahrt ist und dort eingesehen werden kann. Einer Anregung, daß ein Faksimile der betreffenden Sätze hergestellt werden möge, wurde nicht entsprochen, da das Protokoll in Maschinenschrift hergestellt ist, so daß auch einer photographischen Wiedergabe keine größere Beweiskraft zukäme als dieser amtlichen Bestätigung des höchsten Beamten der Preußischen Regierung.

Von geringerer Bedeutung ist die zweite Berichtigung, die sich nur auf die Vorbemerkungen bezieht und die feststellt, daß am 5. Juli 1914 auch Kriegsminister Falkenhayn von Kaiser Wilhelm empfangen worden ist. Im Anschluß daran ist in der neuen Ausgabe der Brief abgedruckt, den der Minister unmittelbar nach dem Empfang an den zur Kur in Karlsbad weilenden Chef des Generalstabes, Generaloberst von Moltke, sandte, und dessen Urschrift im Reichsarchiv vorliegt. Falkenhayn schreibt:

Eigenhändig und streng geheim!

Berlin W. 66, den 5. 7. 1914.

Sehr verehrte Exzellenz!

Heute nachmittag beorderten mich S. M. der Kaiser und König nach dem Neuen Palais, um mir mitzuteilen, daß Österreich-Ungarn entschlossen scheine, die auf der Balkanhalbinsel gegen Österreich angezettelten Umtriebe nicht länger zu dulden und zu diesem Ende erforderlichenfalls zunächst in Serbien einzurücken; sollte Rußland dies nicht dulden wollen, so sei Österreich nicht gewillt, nachzugeben.

S. M. glaubten diese Absicht aus den Worten des österreichischen Botschafters entnehmen zu sollen, als dieser heute mittag ein Memorandum der Regierung zu Wien und ein Handschreiben des Kaisers Franz Joseph überreicht hatte.

Dies Gespräch habe ich nicht mit angehört, kann mir also kein Urteil darüber erlauben. Dagegen haben S. M. das Handschreiben wie das Memorandum vorgelesen, und aus ihnen habe ich, soweit es bei der Schnelligkeit des Vorganges möglich war, zu einer Ansicht darüber zu kommen, die Überzeugung von einem festen Entschluß der Wiener Regierung nicht gewonnen. Beide schildern die allgemeine Lage der Doppelmonarchie infolge der panslawistischen Treibereien sehr düster. Beide halten es auch für nötig, daß schleunigst etwas dagegen geschieht.

[10]) Richtiger Wortlaut bekanntgegeben in meinem „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage“ S. 198.

Von einem kriegerischen Austrag sprechen aber beide nicht, vielmehr deuten sie „energische“ politische Schritte, z. B. den Abschluß eines Vertrages mit Bulgarien, an, für die sie sich die Unterstützung des Deutschen Reiches sichern wollen.

Diese Unterstützung soll mit einem Hinweis darauf zugesagt werden, daß es in allererster Linie Sache Österreich-Ungarns sein würde, die in seinem Interesse erforderlichen Schritte zu tun.

Der Herr Reichskanzler, der auch in Potsdam war, scheint ebensowenig wie ich daran zu glauben, daß es der österreichischen Regierung mit ihrer immerhin gegen früher entschiedeneren Sprache Ernst ist. Wenigstens hat er nicht nur keine Bedenken gegen den Antritt der Nordlandreise erhoben, sondern ihn sogar empfohlen. Sicherlich werden in keinem Fall die nächsten Wochen eine Entscheidung bringen. Ehe der Vertrag mit Bulgarien geschlossen sein wird, vergeht lange Zeit. Ew. Exz. Badeaufenthalt wird also kaum eine Abkürzung zu erfahren brauchen. Immerhin hielt ich es, obwohl ich keinen Auftrag dazu habe, für angezeigt, Sie über die Zuspitzung der Lage zu unterrichten, damit Überraschungen, die schließlich immer einmal eintreten könnten, nicht ganz unvorbereitet kommen.

Indem ich meinen aufrichtigen Wünschen für den Erfolg der Kur Ausdruck zu geben mir gestatte, bin ich in alter verehrungsvoller Anhänglichkeit und vorzüglicher Hochachtung wie stets

Ew. Exz.

völlig ergebener

v. Falkenhayn.

III.

Hinsichtlich der in der neuen Ausgabe nachgetragenen Ankunftszeiten wichtiger Telegramme darf besonders aufmerksam gemacht werden auf die am 30. Juli auf der deutschen Botschaft in Petersburg von Berlin empfangenen Weisungen. Es ist deutlich zu erkennen, wie unwahr die Behauptung ist, der erneute Befehl zu der erstmals schon am 29. angeordneten, in letzter Stunde jedoch eingeschränkten allgemeinen Mobilmachung sei durch irgendwelche aus der deutschen Reichshauptstadt eintreffende Nachrichten veranlaßt worden.[11]) Das gilt namentlich von nachstehendem Telegramm Kaiser Wilhelms an den Zaren (Dokument 420):

„Best thanks for telegram. It is quite out of the question that my ambassadors language could have been in contradiction with the tenor of my telegram. Count Pourtalès was instructed to draw the attention of your government to the danger and grave consequences involved by a mobilisation; I said the same in my telegram to you. Austria has only mobilised against Servia and only a part of her army. If, as it is now the case, according to the communication by you and your Government, Russia mobilises against Austria, my rôle as

[11]) Siehe dazu auch „Deutsche Rundschau“ Juli 1922 „Der 30. Juli 1914 in Petersburg“.

mediator you kindly intrusted me with and which I accepted at your express prayer, will be endangered if not ruined. The whole weight of the decision lies solely on your shoulders now who have to bear the responsibility for Peace or War."

Übersetzung.

Besten Dank für Telegramm. Es ist ganz ausgeschlossen, daß die Sprache Meines Botschafters mit dem Inhalt Meines Telegramms in Widerspruch gestanden haben könnte. Graf Pourtalès war angewiesen, Deine Regierung auf die Gefahr und die ernsten Folgen einer Mobilmachung aufmerksam zu machen. Das gleiche sagte Ich in Meinem Telegramm an Dich. Österreich hat nur gegen Serbien mobil gemacht und nur einen Teil seines Heeres. Wenn, wie es jetzt nach Deiner und Deiner Regierung Mitteilung der Fall ist, Rußland gegen Österreich mobil macht, so wird Meine Vermittlerrolle, mit der Du Mich gütigerweise betraut hast, und die Ich auf Deine ausdrückliche Bitte übernommen habe, gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht werden. Das ganze Gewicht der Entscheidung ruht jetzt ausschließlich auf Deinen Schultern, sie haben die Verantwortung für Krieg oder Frieden zu tragen.

Einige Verleumder Deutschlands behaupten bekanntlich, Nikolaus II. sei zu seinem tragischen Entschluß durch ein „beleidigendes" Telegramm Kaiser Wilhelms veranlaßt worden. Nun wird man überhaupt bei vorurteilsfreier Prüfung in dem vorstehenden Friedensappell keine Beleidigung des russischen Monarchen erblicken können. Ferner war schon in der ersten Ausgabe mitgeteilt worden, daß die Depesche erst 3 Uhr 30 nachmittags vom Auswärtigen Amt zum Haupttelegraphenamt geschickt worden ist, so daß ein rechtzeitiges Eintreffen zu so verhängnisvoller Wirkung nicht möglich war (3 Uhr 30 = 4 Uhr 30 Petersburger Zeit). Inzwischen hat sich aus den „Tagesaufzeichnungen des russischen Außenministeriums"[12]) noch ergeben, daß die 3 Uhr 30 von der Wilhelmstraße abgesandte Depesche erst 3 Uhr 51 auf dem Haupttelegraphenamt aufgeliefert wurde und erst 6 Uhr 30 nachmittags (Petersburger Zeit) auf Schloß Petershof eintraf, das ist nicht nur einige Stunden, nachdem Sasonow seinem widerstrebenden Herrscher das unglückliche „Ja" abgerungen hatte, sondern auch später, als die telegraphische Mobilmachungsorder von der russischen Hauptstadt in alle Zentren des weiten Reiches versandt war[13]).

---

[12]) S. 30 Anm. 49.

[13]) Dobrorolski „Die Mobilmachung der russischen Armee" S. 29.

Zur Vorgeschichte des Weltkrieges.

Das Krisenjahr 1912.

Von M. Freiherrn von Auffenberg-Komaróv,
Kriegsminister a. D.

Das Jahr 1912 bedeutet den letzten Vorläufer vor der Weltkatastrophe. Während dessen Verlaufes fand auch die endgültige Schürzung des Knotens statt, aus dem das langdrohende Ungewitter mit elementarer Kraft losbrechen sollte.

Ich möchte im nachfolgenden jene Auffassungen wiedergeben, wie sie an den Wiener Zentralstellen, also vom Standpunkt der Donaumonarchie aus, gesehen und beurteilt wurden.

Im allgemeinen befand man sich in jener selbstzufriedenen, gemütlichen Stimmung, die ein Charakteristikum der österreichischen Mentalität auch in wichtigen politischen Belangen bildete. Man stand hierbei noch immer unter dem Eindruck der Ereignisse vom Winter 1908/9, die — scheinbar — für die Donaumonarchie einen so günstigen Abschluß genommen hatten. Die Marokko-Krise störte nicht wesentlich die Ruhe der Maßgebenden, und selbst die türkisch-italienischen Gegensätze, die mit der Okkupation Lybiens den Charakter eines Gewaltkonflikts angenommen hatten, erbrachten keine einschneidende Änderung in der quietistischen Beurteilung der Gesamtlage. Genau genommen freute man sich sogar ein wenig, daß Italiens stete Aspirationen nach einer andern Richtung abgelenkt waren, die leicht zu Verstimmungen mit der „Schwesternation" Frankreich führen konnten. Auch war man durchaus nicht betrübt, daß sich in Lybien lange Zeit hindurch keine militärischen Erfolge italienischerseits einstellen wollten. Die steten Warnungen oberster militärischer Faktoren hatten doch bewirkt, daß man an der Bündnistreue Italiens zu zweifeln begann.

Bekanntlich fand dann im Vorfrühjahr 1912 unter der Patronanz Rußlands das Bündnis der vier christlichen Balkanstaaten statt. Es konnte sich folgerichtig nur gegen die Türkei oder Österreich-Ungarn richten, doch wurde auch darin für die Monarchie noch kein bedrohliches Moment erblickt. Auf keinen Fall erfuhr aber die eminente Friedensneigung der diplomatischen sowie der obersten Staatsleitung die geringste Einbuße. Auch dann nicht, als die bedeutenden, relativ sogar kolossalen Rüstungsbestellungen seitens der Balkanstaaten, namentlich Serbiens, offiziell bekannt wurden.

Der Grund für diese vielleicht absonderlich erscheinende Interesselosigkeit lag — abgesehen von der prinzipiell friedensgewillten

Einstellung — in dem Umstande, daß sich in der inneren Politik der Monarchie wieder große Schwierigkeiten ergeben hatten, die die Aufmerksamkeit der Zentralstellen im hohen Maße absorbierten. Sie resultierten aus den nicht zu behebenden nationalen Aspirationen, namentlich aus den seitens Ungarns leidenschaftlich verfochtenen Ansprüchen auf vollste staatliche Selbständigkeit, insbesonders in Fragen der Armee. Und da sich hierbei in letzter Instanz der Widerstand der Krone doch fühlbar machte, so kam es zu einem latenten Leerlauf der parlamentarischen Maschine, wodurch jeglicher Fortschritt in der so notwendigen Ausgestaltung des gemeinsamen Heeres frustiert wurde. Begreiflicherweise war dies ein weiterer Anlaß, jeglicher Austragung aus dem Wege zu gehen, die zu einer Konfliktsstimmung führen konnte. Die Besuche zweier Balkanpotentaten, der Könige von Bulgarien und Montenegro, die im Sommer jenes Jahres stattfanden, bekräftigten noch diese friedliche, ja nahezu sorglose Grunddisposition. Noch im September versicherte ein höherer diplomatischer Funktionär der Botschaft in Konstantinopel, daß keinerlei ernste Gefahr bestünde. Sollte jedoch eine solche doch auftauchen, so könne es keinem Zweifel unterliegen, daß die Türken mit ihren Gegnern bald fertig werden dürften. Fast unmittelbar darauf kam aber eine Reihe authentischer Nachrichten, welche die Situation doch in einem andern Licht erscheinen ließen, so daß die bei Eröffnung der Delegation gehaltene Thronrede auf einen ernsteren Ton gestimmt war, ohne jedoch eine akute Gefahr ahnen zu lassen. Acht Tage später flog nun zur allgemeinen Überraschung die am Balkan gelegte Mine auf: die vier christlichen Staaten mobilisierten gegen die Türkei und traten sehr bald auch in Aktion.

Die Situation, die sich hieraus für die Donaumonarchie ergab, war weder leicht noch erfreulich. Vor allem dadurch, daß jegliche wesentliche Änderung im balkanischen Staatenkomplex den bestandenen Willen zu unbedingter Neutralität auf eine harte Probe stellen mußte. Daß aber wesentliche Änderungen das Resultat sein würden, war, namentlich bei Erfolgen der christlichen Staaten, als totsicher anzusehen. Diese stellten sich auch in rascher Folge ein, damit aber auch die Verlegenheit der diplomatischen Leitung Österreich-Ungarns. Die Situation war — wie erwähnt — gewiß nicht leicht. Hinter den Balkanstaaten stand zweifelsohne Rußland, das sich in einer weit besseren politischen und namentlich militärischen Situation befand als vier Jahre vorher; auch war bei den eigenen slawischen Völkern der Monarchie gewiß keine Begeisterung bei einer eventuellen Aktion gegen die Balkanstaaten zu

erwarten. Andererseits schädigte jede Machterweiterung dieser Staaten das Ansehen und die materiellen Interessen der Monarchie. So verfiel man denn nach altem Rezept in eine Politik von Fall zu Fall. („De chute en chute", wie ein geistreicher Kopf dies einst nannte.) Eine Politik mit einem ganz bestimmten Ziel wurde weder befolgt noch geplant. In meiner damaligen Stellung als Kriegsminister proponierte ich — im Interesse einer endgültigen Klärung — eine gemeinsame Konferenz unter Vorsitz des Monarchen. Diese fand auch am 19. November in Budapest statt. Doch bestand das Resultat dem Wesen nach nur in der Verfügung einiger militärischer Maßnahmen, namentlich von Standeserhöhungen *) in mehreren Korpsbezirken. Ich entschloß mich hierzu nur sehr ungern, da — abgesehen von den großen Auslagen — hierdurch die Stimmung in weiten Kreisen der Bevölkerung erregt wurde, was in weiterer Folge leicht zu gar nicht beabsichtigten schärferen Maßnahmen oder zu einer Lockerung der Zügel führen konnte. Doch bei der Präsenzstandesmisere, die namentlich bei der Infanterie herrschte, gab's kein anderes Mittel. Was mich aber besonders bewog, eine ernste Komplikation in — voraussichtlich — größten Dimensionen nicht herbeizuwünschen, war der Umstand, daß es mir endlich — großenteils auf eigene Verantwortung handelnd — gelungen war, eine relativ sehr bedeutende Standesvermehrung der Artillerie durchzuführen. Nachdem diese sich jedoch erst im kommenden Frühjahr voll geltend machen konnte, so wollte ich eben jede Störung vermieden sehen.

Von diesem — relativ unbedeutenden — Umstand abgesehen, war aber wohl auch sonst die Stimmung jeglichem ernsten Konflikt abgeneigt. Nicht nur in traditioneller Weise in Österreich-Ungarn, sondern wohl auch in den meisten Staaten Europas. Natürlich weit weniger aus Menschlichkeitsrücksichten, als aus der Ursache, als eine ernste Friedensstörung nicht, noch nicht in dem eigenen Interesse dieser Staaten gelegen war. Äußerlich kam daher der Umstand wesentlich zustatten, daß Kaiser Franz Josef Ende November ein Handschreiben an den Zar richtete, in dem er aufrichtig gemeinte friedliche Versicherungen gab, die dann auch seitens des Zaren Nikolaus erwidert wurden, was speziell bei einer Audienz des österreichisch-ungarischen Botschafters Graf Thurn Valsassina zu solennem Ausdruck kam. Dies wirkte schließlich ernüchternd auch auf die erfolgberauschten Balkanvölker, deren

---

*) *Standeserhöhung bedeutet hier eine Erhöhung des Bestandes an Unteroffizieren und Mannschaften bei den einzelnen Formationen.*
Die Schriftleitung.

Aspirationen, namentlich jene Serbiens, völlig größenwahnsinnig geworden waren. Auch brachte sie die Beuteteilung derart durcheinander, daß sie — bekanntermaßen — in blutigen Streit gerieten, an denen auch das nicht minder beutelustige Rumänien wohlfeilen Anteil nahm, wobei dem Staate Bulgarien, der die größten Opfer gebracht hatte, alles Gewonnene wieder entrissen wurde.

Vom Sommer 1913 an trat dann wieder eine gewisse Ruhe ein. Doch kein objektiv Denkender konnte anders urteilen, als daß dies eine Ruhe vor dem Sturm sei und speziell bei den Balkanstaaten eine Ruhe der Ermattung doch auch der Sammlung bedeutete. Keine der großen Fragen, die das Jahr 1912 geboren hatte, war zu einer endgültigen Lösung gelangt, dagegen waren andere sachliche Fragen noch dazugetreten. Gleichgeblieben war nur die Friedensstimmung und der Friedenswille der Mittelmächte, ganz besonders Österreich-Ungarns. Gestützt wurde dieser Friedenswille durch die stets wachsende Erkenntnis, daß jeglicher Waffengang, in den eine Großmacht eingreifen würde, zu einem allgemeinen, zu einem Großkrieg führen würde, wobei die Mittelmächte nur auf ihre eigenen Kräfte rechnen könnten. Der maßgebendste Faktor in der österreichisch-ungarischen Monarchie schmeichelte sich allerdings im Stillen vielleicht noch mit der Hoffnung, daß England doch nicht auf den Plan treten werde. Bündige Versicherungen, die jedoch aus einer älteren Zeit stammten, schienen zu dieser Hoffnung zu berechtigen, die sich dann leider als trügerisch erwiesen hat.

Es sei schließlich noch besonders erwähnt, daß die verantwortlichen militärischen Stellen sich im Jahre 1912 keinerlei Illusionen über die tatsächliche politische und speziell militärpolitische Situation hingaben, doch eben darum auch jeglicher aggressiven, geschweige denn imperialistischen Zielrichtung weit entfernt standen. Im Gegensatz zur Krise in den Jahren 1908/9, wo militärische Faktoren — auf Grund der damaligen allgemeinen Situation — eine gewaltsame Lösung der die Monarchie in ihrem Lebensnerv berührenden Fragen als richtig und aussichtsreich erkannt und auch angeraten hatten.

Der „Wegweiser“ durch das große Aktenwerk der deutschen Regierung.

Von Oberst a. D. Bernhard Schwertfeger.

Der Wegweiser verdankt seine Entstehung einer praktischen Notwendigkeit, die ich bei der Durchsicht der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes persönlich sehr lebhaft empfand. Die Masse der mitgeteilten Aktenstücke ist so groß, daß sie über die vorhandene Kapiteleinteilung hinaus einer weiteren Gliederung bedürftig erschien, diese jedenfalls recht wünschenswert machte. Auch war für ein schnelles Zurechtfinden in den Dokumenten ein genaues Verzeichnis sämtlicher in dem großen Aktenwerke enthaltenen Dokumente erforderlich; dieses mußte der zeitlichen und räumlichen Anordnung des großen Werkes genau folgen. Ferner schien es erwünscht, die in großer Anzahl vorhandenen fremdsprachigen Dokumente in deutscher Übersetzung den Wegweisern beizugeben. Seitens verschiedener Kritiker ist diese Notwendigkeit bestritten worden, da solche Persönlichkeiten, die sich überhaupt mit dem Lesen diplomatischer Aktenstücke beschäftigen, auch in der Lage seien, die fremdsprachigen Texte zu verstehen. Trotzdem ist mir auch manches zustimmende Wort gerade wegen der Beigabe meiner deutschen Übersetzungen zugegangen.

Je mehr meine Arbeit an den Wegweisern, die jedesmal im unmittelbaren Anschluß an die jeweils zur Veröffentlichung heranstehenden Teile des großen Aktenwerkes erfolgte und im ganzen etwa 4½ Jahre in Anspruch genommen hat, Fortschritte machte, um so lebhafter empfand ich das Bedürfnis nach einer synchronistischen Übersicht der bis auf die gewaltige Zahl von 15 889 anwachsenden Dokumente. Den ersten Versuch solcher die Übersicht erleichternder Zusammenstellungen habe ich im 2. Bande meines Wegweisers gemacht, diese Tabelle sodann durch Hinzufügung geschichtlich wichtiger Daten sachlich erweitert und schließlich im abschließenden 8. Bande des Wegweisers, wie ich glaube, eine Form gefunden, die man als im großen und ganzen gelungen bezeichnen darf. Bei dem gewaltigen Umfange der letzten Serie des Aktenwerkes mit seinen Bänden 34 bis 39 in neun gebundenen Einheiten mußte ich in dem abschließenden Bande V, 3 meines Wegweisers darauf verzichten, sämtliche fremdsprachigen Dokumente in deutscher Übersetzung zu bringen, und in dieser Beziehung eine Auswahl treffen. Ich habe daher alle diejenigen Stücke ausgeschlossen, die sich auf wirtschaftliche Spezialprobleme, wie die Bagdad-Bahn, die türkische Staatsschuld und dergleichen, beziehen.

Beim Abschlusse einer so gewaltigen Arbeit, deren Entstehung, wie ausdrücklich hervorgehoben werden mag, einzig und allein auf meine eigene Initiative und die meines Verlegers[1]) zurückgeht, ist es dem Autor wohl gestattet, einige persönliche Worte zu sagen und vor allem zu erklären, was diese Wegweiser bezwecken. Sie verdanken ihre Entstehung der Publikationsmethode der Herausgeber des großen Aktenwerkes. Schon bei der Durchsicht der ersten Textbände aus der Bismarck-Zeit wurde es deutlich, wie durchaus dringend die Aktensammlung einiger weiterer Ergänzungen bedurfte. Für die Schaffung synchronistischer Zusammenstellungen war hauptsächlich auch die Erwägung entscheidend, daß in dem großen Aktenwerk eine nicht unerhebliche Anzahl von Aktenstücken getrennt und in ihren einzelnen Teilen unter verschiedenen Kapiteln veröffentlicht worden ist. Mit Hilfe der synchronistischen Zusammenstellungen ist es möglich, sie ohne weiteres wieder zu vereinigen und an jedem Tage des Zeitraumes zwischen 1870 und 1914 sich darüber klar zu werden, was an diesem Tage in Berlin bekannt war und von dort aus verfügt worden ist.

Für den Leser, der das große Aktenwerk nicht selbst besitzt, bieten die Wegweiser, wie mir von verschiedenen urteilsfähigen Lesern wiederholt bestätigt worden ist, einen gewissen, wenn auch sicherlich nur bescheidenen Ersatz für das Aktenwerk selbst, und zwar in den zusammenfassenden Texten, die in jedem Wegweiserbande als Hauptteil am Anfang stehen. Was den historischen Wert dieser kurzen Zusammenfassungen anbelangt, so bin ich mir dessen völlig bewusst, dass der von mir aus den Aktenstücken und möglichst in der Sprache der Dokumente herauskristallisierte Text nur einen Versuch darstellt, den Versuch nämlich, die Leitmotive aus der Symphonie des mitunter überaus verwickelten Geschehens herauszuhören und in einer möglichst faßlichen Form wiederzugeben. Es mag sein, daß bei dem einen oder anderen Aktenstücke dieser oder jener Gedanke noch schärfer hätte hervorgehoben werden können. Das ist schließlich Sache des persönlichen Empfindens. Ich darf aber erklären, daß es immer mein ernstes Bestreben gewesen ist, nur die Sprache der Dokumente zu Wort kommen zu lassen. Ich selbst wollte nicht mehr sein als ein unparteiischer Vermittler des für den einzelnen so unendlich schwer zugänglichen Akteninhalts. Wegen der Verschiedenheit meiner Behandlungsform bei solchen Vorgängen, die mit der Frage der Schuld am Kriege näher zusammenhängen, und bei anderen poli-

[1]) Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin W8 (Hans Moeller).

tischen Ereignissen, die mehr Nebenkriegsschauplätze der deutschen Politik bedeuteten, glaube ich mich nicht entschuldigen zu müssen. Das Beste ist des Guten Feind: Bei der großen Aktenpublikation, die wir zur Erschütterung des Fehlspruches von Versailles benutzen wollen, kam es meines Erachtens in erster Linie darauf an, möglichst schnell und möglichst zuverlässig einen Zugang zu den Akten selbst zu bahnen. Dabei wolle sich der Leser gegenwärtig halten, daß infolge des beispiellosen Anwachsens der Aktenpublikation von ursprünglich etwa 20 Bänden auf deren 53 [2]) auch ganze acht Wegweiserbände notwendig geworden sind. Die Freiwilligkeit der übernommenen Aufgabe und der kategorische Imperativ der Pflicht gegenüber einer Arbeit, die ich für Deutschlands Kampf in der Schuldfrage als unabweisbar empfand, haben mir die Fortsetzung und Vollendung der aufreibenden und, da es sich um eine wissenschaftliche Arbeit aus zweiter Hand handelt, in gewissem Sinne etwas undankbaren Aufgabe ermöglicht.

Einen gewaltigen Abschnitt deutscher Geschichte vermitteln uns die von 1870—1914 reichenden Bände der großen Aktenpublikation. Umfassen die ersten sechs Bände den Zeitraum vom Deutsch-Französischen Kriege bis zum Rücktritt des Fürsten Bismarck im März 1890 und zeigen sie uns Deutschland auf dem Gipfel seiner politischen Macht, so erleben wir, wenn wir die Akten der Jahre zwischen 1890 und 1914 gewissenhaft verfolgen, den allmählichen Abstieg bis zu der Weltlage, in der uns 1914 der Weltkrieg traf und von dem Gipfel unserer glücklichsten deutschen Epoche in das tiefe und fast hoffnungslose Tal der Erniedrigung und Verfemung Deutschlands hinunterführte. Deutschlands so überaus glänzend und glücklich verlaufener Krieg mit Frankreich steht am Anfange, der Weltkrieg am Ende der Entwicklung. Kriege sind ja immer die Marksteine weltgeschichtlicher Entwicklung gewesen. Aus Störungen der gegenseitigen Beziehungen der Völker erwachsend, sind sie im Verlaufe der Weltgeschichte stets als der akute Ausbruch einer sich mehr oder weniger lange vorbereitenden Krankheitsentwicklung eben dieser gegenseitigen Völkerbeziehungen angesehen worden. Bis 1914 galten Kriege als vielleicht unerfreuliche, jedenfalls aber als völkerrechtlich erlaubte Betätigungsformen staatlichen Lebens. Noch niemals in der Geschichte ist die Frage der Schuld am Ausbruch eines Krieges in der Weise ausgebeutet und zur moralischen und wirtschaftlichen Vernichtung des Unterliegenden benutzt worden, wie wir es bei den sogenannten Friedensverträgen von

[2]) Ein 54. bald erscheinender Band wird das Namenregister der letzten 20 Bände enthalten.

Versailles und St. Germain in bezug auf Deutschland und seinen Hauptverbündeten haben erleben müssen.

Man hat uns nebst unseren Bundesgenossen im Artikel 231 des Versailler Vertrages als Urheber für alle Schäden des Weltkrieges haftbar gemacht. In der berüchtigten Mantelnote vom 16. Juni 1919 hat man die sachlich nüchternen Feststellungen des Artikels 231 durch schärfste und entehrende Angriffe gegen Deutschlands Vorkriegspolitik ergänzt und zu begründen versucht. Demgegenüber steht die Tatsache fest und kann durch keine noch so hoch entwickelte Verdrehungskunst aus der Welt geschafft werden, daß Deutschland vom Frankfurter Frieden bis zum August 1914, also 43 Jahre, in Frieden gelebt und sich dabei eines wirtschaftlichen Aufstiegs von unerhörter Größe erfreut hat, während zahlreiche andere Völker Kriege führten. Deutschland tat mit der Veröffentlichung seiner diplomatischen Geheimakten aus dem Gesamtzeitraume von 1871 bis 1914 einen ganz außergewöhnlich wichtigen Schritt, indem es das Urteil darüber, ob Deutschland wirklich nach der Weltherrschaft gestrebt hat und den Weltkrieg wünschen konnte, in das objektive Ermessen aller derjenigen stellte, die überhaupt in der Lage sind, in einer Frage von so entscheidender Tragweite leidenschaftslos zu urteilen. Die Öffnung der deutschen Geheimarchive ist eine Tat, die auf die Kulturwelt nicht ohne Wirkung bleiben konnte, und deren Erfolge wir bereits zu spüren beginnen.

Von größter Bedeutung war zunächst der aus dieser Veröffentlichung sich ergebende Publikationszwang für die anderen Mächte. Das politische Weltgeschehen ist so vielgestaltig, und die Interessen der einzelnen Staaten bedingen sich so unmittelbar, daß eigentlich jede Handlung und jede Unterlassung eines Staates in dem Verhalten der Staatsmänner im anderen Lager ihre Auswirkung, Entgegnung oder Erläuterung findet. Dauernd ist in den Akten von dem Verhalten der führenden Staatsmänner der anderen Länder die Rede. Für diese nicht nur, sondern auch für ihre Regierungen war es unabweisbar, nun auch zu den Vorgängen Stellung zu nehmen, die sonst notgedrungen nur in deutscher Beleuchtung erscheinen würden. Mit Genugtuung dürfen wir feststellen, daß England bereits begonnen hat, seine Vorkriegsakten vorzulegen, und daß in Italien und Frankreich die anfänglichen Hemmungen gegen einen derartigen Schritt allmählich überwunden zu werden scheinen. So wird sich aus der deutschen Aktenpublikation allmählich ein Aktenwerk aller am Weltkriege beteiligt gewesenen Staaten entwickeln, das es ermöglicht, das Schuldverdikt von Versailles auf seine Berechtigung zu prüfen.

Was ist nun das Gesamtergebnis unserer großen Publikation? Hat Deutschland nach der Weltherrschaft gestrebt? Ist Deutschland auf einen Präventivkrieg ausgegangen? Hat Deutschland seine Nachbarn geknechtet und auf ihrem Gebiete, wie es die Mantelnote behauptet, Unruhen zu erregen und sogar Kriegsvorbereitungen zu treffen gesucht? Hat Deutschland günstige, sich ihm bietende Gelegenheiten benutzt, um auf dem Wege zur Weltherrschaft, zunächst einmal zur Hegemonie in Europa selbst, einen entscheidenden Schritt vorwärts zu tun? Hat es beispielsweise die Zeit genützt, wo Rußland im Fernen Osten durch seine Kämpfe mit Japan festlag, oder wo England alle Hände voll zu tun hatte, um den Burenkrieg zum Abschluß zu bringen? Ist Deutschland zu irgendeinem Zeitpunkte zwischen 1871 und 1914 darauf ausgegangen, seine zweifellose militärische Überlegenheit Frankreich gegenüber auszunutzen, etwa ehe es seine neuen Befestigungen gegenüber unserer Westgrenze fertiggestellt hatte?

Auf alle diese Fragen gibt es auf Grund unseres großen Aktenwerkes nur ein klares, historisch begründetes und von keiner Seite bestreitbares Nein. Deutschland hat keine der sich ihm bietenden Gelegenheiten zum Kriege ausgenutzt, Deutschland ist über keines seiner Nachbarländer hergefallen und hat nie versucht, auf ihren Gebieten Unruhen zu erregen. Das Ziel der deutschen Außenpolitik war vielmehr einzig und allein die Sicherung des Besitzstandes, wie ihn Deutschland durch den Frankfurter Frieden erreicht hatte. Ob die Wege der deutschen Politik hierbei immer die richtigen gewesen sind, steht nicht zur Erörterung und geht nur uns Deutsche an. Ganz unbestreitbar ist Deutschland, nachdem 1890 das Bismarcksche Bündnissystem an einem entscheidenden Punkte gelockert war, in steigendem Maße in eine gewisse Isolierung hineingeraten. Rußland fand den Anschluß an Frankreich; England verständigte sich in seiner Entente cordiale vom April 1904 mit Frankreich über Marokko und Ägypten, und schließlich wurde sogar Wirklichkeit, was der geheimnisvolle Ratgeber im deutschen Auswärtigen Amte, Fritz v. Holstein, immer als völlig unmöglich angesehen hatte, Rußland und England verständigten sich am 31. August 1907 über Tibet, Afghanistan und Persien. Damit war der Ring der Einkreisung um Deutschland geschlossen. Nach keiner Seite hin vermochte Deutschland noch einen wertvollen Anschluß zu gewinnen. Kam es einmal zum Kriege, auf den alle Zeichen schon Jahre vor 1914 hindeuteten, so mußte Deutschland damit rechnen, zunächst einzig und allein auf das immer mehr zerfallende Österreich-Ungarn

gestützt, einen Dreifrontenkrieg von unerhörter Schwere auszufechten. Denn darüber bestand kein Zweifel, durfte jedenfalls kein Zweifel bestehen, daß England die schnelle Überrennung Frankreichs durch Deutschland niemals zugeben würde. Die englischen Staatsmänner haben in ihren häufigen Auseinandersetzungen mit den deutschen Botschaftern in London hieran nicht den geringsten Zweifel gelassen. Wehrte sich Deutschland in einem etwaigen Zukunftskriege gegen die ihm bevorstehende Umzingelung aber durch einen Vormarsch über belgisches Gebiet, um so schneller und wirkungsvoller hinter die französische Sperrfortlinie zu gelangen, so mußte es damit rechnen, durch dieses Verfahren der englischen Politik einen außerordentlich wirkungsvollen Ausgangspunkt für ihre Kriegspropaganda zu verschaffen.

Am erschütterndsten wirkt vielleicht in dem großen Aktenwerke des Auswärtigen Amtes die uns daraus in lückenloser Vollständigkeit erwachsende Erkenntnis, in wie hohem Maße vor dem Weltkriege Deutschland von den Lebensbedingungen seines Hauptverbündeten, der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie, abhängig geworden war. In der ganzen Welt sprach man von dem bald eintretenden Zerfall Österreich-Ungarns, und niemand konnte an der Tatsache vorübergehen, daß in einem Zukunftskriege ein einheitlich geschlossener Kampfwille der verschiedenen Länder Österreich-Ungarns gar nicht zu erwarten war. Im Gegenteil: was im Frieden von St. Germain Wirklichkeit geworden ist — allerdings unter brutaler Mißachtung der Deutsch-Österreicher —, die Auflösung der Donaumonarchie in ihre verschiedenen Nationalitäten, das ließ sich allzu deutlich schon lange Jahre vor dem Weltkriege vorausahnen. Auch in diesem Zusammenhange möchte ich an den in dem großen Aktenwerk enthaltenen Privatbrief des deutschen Botschafters v. Tschirschky aus Wien vom 22. Mai 1914 an den Staatssekretär v. Jagow [3]) erinnern, in dem es heißt: „Wie oft lege ich mir in Gedanken die Frage vor, ob es wirklich noch lohnt, uns so fest an dieses in allen Fugen krachende Staatengebilde anzuschließen und die mühsame Arbeit weiterzuleisten, es mit fortzuschleppen. Aber ich sehe noch keine andere politische Konstellation, die uns einen Ersatz für das immerhin noch vorhandene Plus bieten könnte, das in der Allianz mit der mitteleuropäischen Macht liegt, denn ohne diese Allianz müßte unsere Politik notgedrungen auf eine Aufteilung der Monarchie hinzielen."

[3]) Dokument Nr. 15734 (Band 39).

Konnte Deutschland bei der Lage, in die es zwischen den europäischen Mächten geraten war, einen Krieg wünschen? Gab es für einen solchen überhaupt auch nur irgendein vernünftiges Ziel? Das Aktenwerk belehrt uns darüber, daß solche Ziele nicht vorhanden waren, daß Deutschland vielmehr eine kriegerische Auseinandersetzung fürchten mußte und gefürchtet hat. Denn nicht einmal auf den festen Bestand des Dreibundes durfte es rechnen. Stand England gegen uns, so konnte Italien — trotz aller Dreibundfreundlichkeit der beiden Generalstabschefs Pollio und Cadorna — nicht mit uns gehen. Ebensowenig durften wir auf Rumänien rechnen, das wegen der serbischen Politik Österreich-Ungarns in scharfen Gegensatz zu der Wiener Außenpolitik geraten war und schon mehrere Monate vor dem Weltkriege für den Dreibund endgültig verloren gegeben werden mußte. Dafür bestand höchstens die Möglichkeit, die Türkei und vielleicht Bulgarien der Sache der Mittelmächte anzuschließen; beide Mächte waren aber durch ihre jahrelangen Kriege, die Türkei auch durch ihre inneren Unruhen, erheblich geschwächt.

Von dem großen Aktenwerke wird die befreiende Erkenntnis ausgehen, daß Deutschlands Lage 1914 es in keiner Weise zum Kriege ermutigen konnte, zumal Kriegsziele überhaupt gar nicht bestanden. Nur mit tiefster innerer Anteilnahme wird man in Deutschland aus den Akten entnehmen, welch ungeheure Mühe die deutschen Staatsmänner haben aufwenden müssen, um nur das innere Gefüge des Dreibundes einigermaßen aufrechtzuerhalten. Immer wieder galt es, zwischen Wien und Rom, zwischen Wien und Bukarest zu vermitteln, wobei hervorgehoben werden muß, daß man in Deutschland die serbische Politik Österreich-Ungarns keineswegs für richtig gehalten hat. Bei der großen Krisis des Jahres 1914 stellte sich Deutschland an die Seite seines Bundesgenossen, da es keinen anderen Weg mehr sah. Der Weltkrieg kam, für Deutschland sinn- und ziellos, als Ergebnis und Auswirkung einer Bündnispolitik, die rechtzeitig umzustellen man verabsäumt hatte.

Meinen Wegweisern möchte ich wünschen, daß sie allen jenen Deutschen, denen es aufrichtig um das Finden der Wahrheit zu tun ist, ein zuverlässiges und ehrliches Hilfsmittel sein möchten. Dann wäre ein jahrelanger Aufwand nicht umsonst vertan.

Unser angeblicher Hass gegen Herrn Poincaré.

In seinem Mai-Artikel der „Zeitschrift für Politik“ gibt Herr Professor Delbrück seinem Erstaunen über folgende Behauptung seines englischen Kollegen Headlam-Morley Ausdruck: „Die Franzosen, die in der Frage über den Ursprung des Krieges der deutschen Ansicht zuneigen, gehorchen nur ihrem Haß gegen Poincaré.“ Diese Auffassung ist tatsächlich vollkommen falsch. Spezialisten in der Kriegsursachenfrage, die sich aus politischer Verbissenheit ihrer Regierung gegenüber ungerecht gezeigt haben, von denen sehe ich genug in Deutschland, und ihre Namen sind in aller Munde. In Frankreich sehe ich keine. Wohl gibt es Männer, die mit Herrn Poincaré heftige Polemiken hatten, wie die Herren Renauld, Judet, Margueritte. Aber ihre Erbitterung stammt nicht aus der Vorkriegszeit. Wenn Herr Headlam-Morley ihre Polemiken gelesen hat, so konnte er im Gegenteil merken, daß sie vor dem Kriege mit Herrn Poincaré persönliche und herzliche Beziehungen unterhielten.

Was mich anbetrifft, so habe ich zu Herrn Poincaré weder in naher noch in entfernter Verbindung gestanden, aber vor dem Kriege hatte ich für keinen Franzosen größere Bewunderung. Zweimal bin ich ins Kino gegangen. Das erste Mal war es zufällig am Tage seiner Wahl zum Präsidenten der Republik. Als sein Name und sein Bild auf der Leinwand erschienen, habe ich mir die Hände wundgeklatscht.

Selbst heute noch empfinde ich keinerlei persönlichen Haß gegen Herrn Poincaré. Wäre er zu einer anderen Zeit geboren worden, so hätte er in der Geschichte als ein Richelieu, ein Mazarin, ein Pitt ruhmvoll weitergelebt. Sein Unglück — und auch das unsrige — wollte es, daß er, der mit einer Demokratie zu tun hatte, das Recht zu haben glaubte, diese zu betrügen, um sie zur Annahme des Kriegs zu veranlassen. Die ganze soziale und intellektuelle Oberschicht des Landes macht sich noch heute zu seinem Mitschuldigen. Nicht anders haben ein Asquith und ein Wilson gehandelt und dieselben Mitschuldigen gefunden. Der Fall Poincaré hat daher nichts Persönliches, nichts Politisches an sich. Er ist der Prozeß einer Epoche, der Prozeß der patriotischen Lüge, der die heutige Welt ebenso vergiftet, wie der religiöse Haß es vor vier Jahrhunderten tat, und der denselben ewigen Grund hat: die menschliche Dummheit und Gemeinheit.

Georges Demartial.

Wie Kriege entstehen können.

Der Siam-Konflikt von 1893 zwischen England und Frankreich.

Von C. Oehlrich.

Graf Coudenhove-Kalergi, der Hauptträger der Pan-Europa-Idee, schrieb kürzlich über den Adriakonflikt zwischen Italien und Jugoslawien: „Europa ist dieser Tage knapp einem Kriege entronnen. Dieses Ereignis hat wie ein Blitz die ganze Unsicherheit unserer politischen Lage beleuchtet. Wer es bisher nicht wußte, weiß es nun: der europäische Friede hängt am Zufall. Ohne jegliche stabile Basis kann er durch den Lufthauch eines falschen Gerüchts umgeblasen werden".

Diese Feststellung ist vielleicht überraschend in der Ära des Völkerbundes und für diesen kompromittierend, keineswegs aber neu. 1913 meinte der französische Politiker d'Estournelles de Constant, Kriege brauchten nicht das Ergebnis berechnender Diplomatie zu sein, sie könnten entstehen „durch Zufall, Mißverständnisse und Borniertheit". Und: „Wo die Interessen kollidieren, entsteht eine gefährliche Atmosphäre des Mißtrauens . . . und der kleinste Vorfall kann sich zu bedrohlicher Wichtigkeit steigern", heißt es in Greys Memoiren.

Der Krieg erscheint dann also nicht, wie Clausewitz lehrt, als eine Fortsetzung der Diplomatie mit anderen Mitteln, ein bewußt von den Staatsmännern gewählter Weg zur Entscheidung anders unlösbarer Interessengegensätze, sondern er entspringt dann der Unzulänglichkeit der Diplomaten, die in eine gespannte Situation hineinplatzende Mißverständnisse oder Zufälle nicht meistern können. Das wird mancher nur theoretisch oder höchstens für unbedeutende Fälle gelten lassen wollen, und es wird lange dauern, ehe man allgemein auch den Weltkrieg zu diesen Fällen rechnet, wo, wie es Lloyd George schon in einer Rede am 22. Dezember 1922 aussprach, niemand an leitender Stelle eigentlich den Krieg wollte und die Welt in die Katastrophe hineinglitt oder vielmehr taumelte und stolperte.

Einerseits scheut man sich, zu glauben, andererseits bestehen Schwierigkeiten, dokumentarisch klar zu erweisen, daß die Beziehungen zwischen Großmächten durch Zufälle und Mißverständnisse gefährdet werden und diese sich stärker als der Friedenswille erweisen könnten. Aber man wird sich doch an diesen abstrusen Gedanken gewöhnen müssen.

Als klares und durchsichtiges Beispiel möge der Siamkonflikt zwischen England und Frankreich im Jahre 1893 angeführt werden,

interessant vielleicht besonders, weil die Kontrahenten die späteren Entente-Freunde sind, vielleicht dem Gedächtnis nicht so nahe liegend wie der spätere Faschoda-Zusammenstoß, aber bemerkenswert dadurch, daß man hier kaum von Interessen lebenswichtiger Natur sprechen kann, aus denen sich eventuell die Notwendigkeit eines Krieges hätte herleiten lassen, sondern daß hier durch das Hineinspielen eines Zufalls, eines Mißverständnisses in eine mehr oder weniger untergeordnete Frage, die allerdings die öffentliche Meinung und die Presse diesseits und jenseits des Ozeans lebhaft beschäftigte, die Beziehungen zweier europäischer Großmächte bis zum Reißen gespannt wurden und nur die überraschend schnelle Aufklärung des Mißverständnisses den Einsatz von Gut und Blut verhinderte.

Nachdem England (1885) sich durch die Besetzung Birmas ein östliches Glacis vor Indien geschaffen hatte, lag zwischen seinem vorderindischen Besitz und der indo-chinesischen Interessensphäre Frankreichs als Pufferstaat Siam; dies hatte die Kolonialmüdigkeit Frankreichs, die ein wenig erfolgreicher Krieg in Tonking hervorgerufen hatte, ausnutzend, versucht, den Franzosen ihre Vorherrschaft in Annam und Kambodscha streitig zu machen, die wesentlich dem Laufe des Mekong-Flusses folgende Grenzlinie zuungunsten Frankreichs zu verschieben, und hatte dadurch schließlich gesicherten französischen Besitz bedroht. Aus dem französischen Versuch, mit Gewalt die verlorene Position — das linke Mekong-Ufer — zurückzugewinnen, hatten sich Feindseligkeiten entwickelt, die größeren Umfang anzunehmen drohten. Frankreich entsandte Mitte Juli 1893 ein Kanonenboot den Menam hinauf vor die siamesische Hauptstadt Bangkok und verlangte in einem Ultimatum Respektierung seiner Rechte.

England hatte ein natürliches Bedürfnis, Siam als Pufferstaat zwischen Birma und Indo-China zu erhalten, und mußte jetzt befürchten, daß dieser Staat zu stark unter Frankreichs Einfluß geriet. Als sich jetzt die französische Regierung nicht an ihre England erteilte Zusage hielt und weitere Kanonenboote zur Blockade nach Bangkok entsandte, ließ auch England Kriegsschiffe den Menam aufwärts vor die siamesische Hauptstadt fahren, um die Blockade zu verhindern.

So lag die Situation, als am 30. Juli, einem Sonntag, der englische Außenminister, Lord Rosebery, Mitglied des liberalen Kabinetts Gladstone, das Foreign Office aufsuchte. Er fand zwei bedeutsame Telegramme vor; das eine besagte, ein französischer Kreuzer habe seine Kanonen gegen eines der englischen Kriegs-

schiffe gerichtet und sich damit eine Insulte zuschulden kommen lassen, die — wie Grey meint — „nach den zur See herrschenden Gebräuchen den Kapitän des britischen Schiffes berechtigt hätte, das Feuer gegen das französische Schiff zu eröffnen". Das andere Telegramm enthielt die Meldung, der französische Kommandant habe die Blockade verkündet und den englischen Schiffen befohlen, sich zurückzuziehen.

Das waren zwei klare Beleidigungen. Rosebery hatte die Alternative: entweder nachgeben oder den Krieg riskieren; er wählte die zweite Möglichkeit. England durfte sich die Beleidigung nicht gefallen lassen und Rosebery traf alle durch die Lage gebotenen Maßnahmen. Zunächst mußte die französische Drohung beantwortet werden: Lord Rosebery telegraphierte sofort nach Bangkok zurück, die englischen Schiffe sollten ihren Standort auf keinen Fall verlassen, und der englische Botschafter in Paris wurde beauftragt, am Quai d'Orsay gegen das französische Vorgehen zu protestieren. Zum anderen mußten die politischen Vorbereitungen für den Ausbruch des englisch-französischen Krieges getroffen werden; die deutsche Haltung war von hoher Bedeutung und es galt sich Deutschlands zu versichern; so ließ Rosebery spät in der Nacht dem bei den Regatten in Cowes weilenden deutschen Kaiser durch den Privatsekretär der englischen Königin ein Telegramm überbringen: „Französische Regierung verlangt von uns Zurückziehung der bei Bangkok liegenden Kanonenboote. Ich habe dies verweigert. Wünsche Graf Hatzfeldt sofort in London zu sehen."

Die Presse wurde alarmiert und Artikel über den Krieg mit Frankreich wegen Siam waren in Vorbereitung.

Dem englischen Minister und dem deutschen Vertreter Metternich, der an Stelle des erkrankten Hatzfeldt im Foreign Office erschien, blieb nichts, als sich die Gründe für den plötzlichen Szenenwechsel erklären zu lassen.

Weitere Telegramme waren im Foreign Office während der Nacht eingetroffen: eine Forderung, sich zurückzuziehen, war an die englischen Schiffe nicht ergangen; der französische Kommandant hatte allerdings einen durch die Verhältnisse erklärlichen Stellungswechsel der englischen Schiffe verlangt, die ungenügenden französischen Kenntnisse eines englischen Konsulatsbeamten daraus aber eine beleidigende Forderung gemacht. Des weiteren hatte sich der französische Kapitän wegen des Richtens der Geschütze gegen die englischen Fahrzeuge sogleich und ohne dazu aufgefordert zu sein, entschuldigt. Da überdies die französische Regierung die von den Engländern beanstandete Blockade aufhob, Siam sich den

französischen Forderungen fügte, löste sich überraschend die „kurze aber schwere Krisis", die, trotz aller Ableugnungsversuche, von Grey und anderen aktiven Diplomaten jener Zeit offen zugegeben wird, an die man sich aber später weder im Foreign Office, noch am Quai d'Orsay gern erinnerte, und über die nie ein Weißbuch herausgegeben wurde, da sich die Parteien in der Auswahl der Dokumente nicht einigen oder sich vielleicht nicht entschließen konnten, ein solches Armutszeugnis ihrer Diplomatie der Öffentlichkeit preiszugeben, nicht eingestehen wollten, daß der Friede durch den faux-pas eines französischen Kapitäns und das Versehen eines englischen Konsulatsbeamten, durch Mißverständnis und Zufall, ernstlich gefährdet wurde.

Zu den Memoiren des Generals von Falkenhayn.

In meiner Erwiderung auf den Aufsatz „Gerards Ansichten über den preußischen Militarismus" im Juliheft 1926 „Die Kriegsschuldfrage", Seite 465, habe ich eine Stelle aus dem Tagebuch des Kriegsministers von Falkenhayn angeführt: „Bewege Moltke, mit mir zu Jagow zu gehen, um die törichte vorzeitige Kriegserklärung an Rußland zu verhindern", und in der Fußnote dazu bemerkt:

„Nach Auffassung des Staatsministers von Jagow hat die angeführte Unterredung nicht am 1., sondern am 2. August stattgefunden. Weitere Erhebungen über diesen strittigen Punkt sind noch im Gange."

Die Auffassung des Staatsministers von Jagow hat sich nunmehr als die richtige herausgestellt. Die Eintragung „bewege Moltke usw." steht zwar in den Aufzeichnungen des Generals von Falkenhayn unter dem 1. August, sie ist aber, wie eine Einsichtnahme in das Tagebuch ergeben hat, deutlich als nachträgliche Einfügung zu erkennen. Daß die Nachtragung irrtümlicherweise unter dem 1., anstatt unter dem 2. August erfolgt sein muß, ergibt sich aus Akten des Reichsarchivs, wonach General von Falkenhayn im Juni 1919 an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg selbst geschrieben hat, daß der fragliche Schritt beim Staatsminister von Jagow „in den frühen Morgenstunden des 2. August" stattgefunden hat.

Die Auffassung des Staatsministers von Jagow, daß es zu dieser Zeit zu spät war, der Absicht der beiden Generale noch zu entsprechen, kann nicht in Zweifel gezogen werden. Das Telegramm, betreffend die Kriegserklärung an Rußland [1]), war am 1. August 12 Uhr 52 vormittags abgegangen und hatte Graf Pourtalès den Auftrag, die Erklärung am gleichen Tage 5 Uhr nachmittags abzugeben. Eine Bestätigung, daß der deutsche Botschafter seinen Auftrag ausgeführt hatte, war zwar am Vormittag des 2. August noch nicht eingetroffen. Es herrschten daher auch in der Nacht vom 1. zum 2. August gewisse Zweifel darüber, ob tatsächlich Kriegszustand mit Rußland besteht. Eine um 4 Uhr morgens einlaufende Meldung des Generalstabs über den Vormarsch von zwei Schwadronen Kosaken auf Johannisburg brachte dann dem Kanzler die Gewißheit, daß „dadurch tatsächlicher Kriegszustand" mit Rußland besteht [2]).

Wir möchten noch hervorheben, daß der Schritt der beiden Generale nicht etwa aus dem Gedanken heraus erfolgt war, daß der Krieg mit Rußland durch ein Anhalten der Kriegserklärung in letzter Minute noch hätte verhindert werden können, sondern weil man es für überflüssig und nachteilig hielt, das Odium der Kriegserklärung auf sich zu nehmen, nachdem der Kriegszustand auf Grund der vorliegenden Grenzzwischenfälle bereits eingetreten und der Krieg durch die Gesamtlage bedingt war.

Alfred von Wegerer.

Orchies.

Deutsche und französische Dokumente.

Am 24. Juli hat der französische Ministerpräsident Poincaré in der nordfranzösischen Stadt Orchies das neue Rathaus der Stadt, das nach der Zerstörung während des Krieges neu errichtet worden ist, eingeweiht. Poincaré hielt hierbei eine Rede, in der er unter anderem sagte:

„Seit dem Beginn des Krieges hatte die Verletzung der belgischen Neutralität der deutschen Armee gestattet, diese Nordgrenze, die Frankreich im Vertrauen auf die internationalen Ver-

[1]) Deutsche Dokumente 542.
[2]) Deutsche Dokumente 629.

pflichtungen ungenügend geschützt hatte und die der Feind verwundbarer wußte als die Ostgrenze, zu bedrohen. Am 18. August 1914 war unter Befehl des Generals d'Amade eine Gruppe der territorialen Division gebildet worden, deren Aufgabe es war, zwischen Dünkirchen und Maubeuge eine Abwehrstellung einzunehmen. Am 22. wurde die Fühlungnahme mit den ersten deutschen Patrouillen hergestellt und sehr bald wurde der Druck so stark, daß am 23. Tournai und Antoing geräumt werden mußten. Vergeblich versuchte die 88. territoriale Division unter dem General Dennery vorübergehend Tournai wieder zu nehmen. Unsere Truppen waren gezwungen, sich zurückzuziehen. Durch Rumes, Mouchin und Nomain gelangte das 21. territoriale Infanterieregiment, in ständiger Abwehr des Angriffs, trotz des Bombardements und trotz der Beunruhigung durch Maschinengewehr-Autos, am Nachmittage nach Orchies. Unter Feuer durchschritt es die Stadt und setzte seinen Rückzug auf Arras fort. Kaum war es hinaus, so sahen Sie die Deutschen ankommen, und einen Monat lang erfuhren Sie nichts mehr von der französischen Armee. Aber am 22. September, nach dem Sieg an der Marne, verließ General Plantey Dünkirchen mit einem in Douai zusammengestellten Détachement und erhielt den Befehl, zwischen Cambrai und Valenciennes die rückwärtige Verbindung des Feindes abzuschneiden. Diese mit der Eisenbahn abtransportierte Kolonne wurde am Abend ausgeladen und besetzte die Linie Douai—Orchies. Sie ließ hier das 1. Bataillon des 6. territorialen Artillerieregiments, eine Batterie des 41. Feldartillerieregiments und eine Schwadron des 6. Jägerregiments zu Pferde. Sieben vorgeschobene Posten wurden sofort um Orchies placiert. Unsere Soldaten fanden in der Stadt ein Lazarett, das die Deutschen eingerichtet hatten. 54 verwundete Franzosen wurden dort sorgsam gepflegt.

Die Nacht verlief ruhig, aber am anderen Tage, am 23., zeigten sich am Morgen deutsche Lastautomobile auf der Straße von Valenciennes, und ein Offizier, der sich auf dem ersten Wagen befand, schoß mit seinem Revolver auf einen unserer Posten und tötete ihn. Unsere Leute antworteten, und nach einem blutigen Scharmützel bemächtigten sie sich drei der Lastwagen. Die übrigen Wagen fuhren in Hast zu den feindlichen Linien zurück. Ein gefangener Deutscher erklärte, daß seine Kameraden und er zum Roten Kreuz gehörten. Waren sie gekommen, um die verwundeten Franzosen als Gefangene fortzuführen? In jedem Fall hatten sie sich nicht unserem Posten zu erkennen gegeben, und sie hatten keinen stichhaltigen Grund, in die Stadt einzudringen.

Auch diesmal blieb es in der Nacht noch ruhig, aber am anderen Tage, dem 24., wurden unsere Vorposten gegen 6 Uhr 30 morgens angegriffen, deutsche Soldaten betraten Orchies, nahmen Zivilisten als Geiseln mit sich, töteten eine Frau durch Bajonettstiche und steckten 16 Häuser in Brand. Unseren Truppen gelang es, die Angreifer, die sich auf Valenciennes kämpfend zurückzogen, zurückzuschlagen; aber gegen Abend gab General Plantey unserem territorialen Détachement den Befehl, Orchies zu räumen und sich auf Leforest zurückzuziehen, da er die Einschließung von Douai befürchtete. Da die Bevölkerung, über diesen Abmarsch sehr beunruhigt, neue Brandstiftungen befürchtete, faßte sie am Abend den schweren Entschluß, ihr Heim aufzugeben. Am 25. rückte ein deutsches Pionier-Bataillon unter Major Dittel in Orchies ein, brannte es vollständig nieder und zog sich zufrieden zurück. Einige Tage später meldete das „Wolff-Büro", daß ein deutsches Militärlazarett in Orchies durch Franktireurs angegriffen worden sei, und daß eine am anderen Tage ausgesandte Strafexpedition gescheitert wäre, aber daß sie am 25. den Ort verlassen vorgefunden und ihn dem Erdboden gleichgemacht hätten. Zwei verschiedene, aber gänzlich falsche Versionen sind seit der Zeit aufgekommen. Aber jedesmal, wenn die kaiserliche Armee völkerrechtswidrige Verbrechen beging, hat sie sich als Ausrede der Legende der Franktireurs bedient, und auch jetzt benutzt der Untersuchungsausschuß des Reichstages diesen absurden Vorwand, um die zu Beginn des Krieges in Belgien begangenen schrecklichen Gewalttaten zu entschuldigen.

Wenn wir diese falschen Behauptungen unwidersprochen lassen, so wird man sie als feststehende Wahrheiten ansehen."

Die angeführte Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros vom 30. September 1914 hatte folgenden Wortlaut:

„Der Generalstabsarzt der Armee und Chef des Feldsanitätswesens von Schjerning hat dem Kaiser folgende Meldung erstattet: Vor einigen Tagen wurde in Orchies ein Lazarett von Franktireurs überfallen. Bei der am 24. September gegen Orchies unternommenen Strafexpedition durch das Landwehrbataillon Nr. 35 stieß dieses auf überlegene feindliche Truppen aller Gattungen und mußte unter Verlusten von acht Toten und 25 Verwundeten zurück. Ein am nächsten Tage entsandtes bayerisches Pionierbataillon stieß auf keinen Feind mehr. Es fand Orchies von den Einwohnern verlassen. Im Orte wurden 20 beim Gefecht am vorhergehenden Tage verwundete Deutsche grauenhaft verstümmelt aufgefunden. Ohren und Nasen waren ihnen abgeschnitten und man hatte sie durch Einführen von Sägemehl in Mund und Nase erstickt. Die Richtigkeit des darüber aufgenommenen Befundes ist von zwei französischen Geistlichen unterschriftlich bestätigt. Orchies ist dem Erdboden gleichgemacht."

Eine offiziöse deutsche Erklärung.

Wolffs Telegraphisches Büro veröffentlicht am 27. Juli folgende offiziöse deutsche Erklärung:

Berlin, 27. 7. Zu der Rede des französischen Ministerpräsidenten in Orchies erfahren wir von maßgebender Seite:

„Der französische Ministerpräsident hat wieder einen großen Teil seiner Ausführungen der Vergangenheit gewidmet. Er meint, die vergangenen Dinge erst dann in den Archiven der Geschichte ruhen lassen zu können, wenn Deutschland aufhöre, seine Schuld am Kriege und die Greueltaten deutscher Truppen zu bestreiten. Nur für sich selbst nimmt er das Recht in Anspruch, falsche Darstellungen zu widerlegen, um den Glauben an sie in der Öffentlichkeit zu zerstören. Einen solchen Anspruch auf einseitige Feststellung der Wahrheit wird niemand dem französischen Ministerpräsidenten zuerkennen. Wenn auch bei dieser Gelegenheit davon abgesehen werden kann, auf seine bekannten allgemeinen Behauptungen über die Schuld am Kriege nochmals einzugehen, ist es doch notwendig, auf den Teil seiner Ausführungen zu antworten, in dem er konkrete Vorgänge aus der Kriegszeit schildert und bestimmte Vorwürfe gegen die deutsche Armee erhebt.

Es handelt sich hierbei um die Ereignisse, die sich in den Tagen vom 23. bis 25. September 1914 in Orchies abgespielt haben. Wir besitzen über diese Ereignisse urkundliches Material, das wir jederzeit der Öffentlichkeit unterbreiten können. Darunter befindet sich namentlich:

Ein Auszug aus dem dienstlichen Bericht des Führers der bei den Vorgängen beteiligten Abteilung der freiwilligen Krankenpflege vom 26. September 1914;

ein ausführlicher Bericht des französischen Krankenpflegers und Geistlichen J. Caudon vom 26. September 1914, der vom Komitee des Roten Kreuzes in Lille nach Orchies entsandt war;

eine kürzere schriftliche Aussage des französischen Pfarrers Louis Ducroquet;

die eidliche Aussage der beiden Ärzte des beteiligten deutschen Bataillons.

Aus diesen Berichten ergibt sich in voller Klarheit und Bestimmtheit folgendes Bild der Ereignisse:

Am 23. September 1914 fuhr eine Kolonne von sieben Automobilen der freiwilligen Krankentransportabteilung der VII. deutschen Armee von St. Armand nach Orchies, um in der dortigen Gegend, wie schon mehrmals in den Tagen zuvor, deutsche und französische Verwundete aufzusammeln und der Pflege zuzuführen. Sie wurde, obwohl sie weithin sichtbar das Abzeichen des Roten Kreuzes führte, und obwohl sie nach ihrer ganzen Zusammensetzung ohne weiteres als Sanitätsformation zu erkennen war, aus dem Orte Orchies von einer größeren Anzahl französischer Soldaten und Zivilisten heftig beschossen. Wegen dieses groben Völkerrechtsbruches unternahm am 24. September das Landwehrbataillon 35 eine Expedition gegen Orchies. Es stieß dabei jedoch auf starken Widerstand und mußte unter Zurücklassung von acht Toten und 35 Vermißten zurückgehen. Daraufhin erhielt am 25. September das 1. Bataillon des I. bayerischen Pionierregiments den Befehl zur Ausführung der Expedition. Bei seiner Ankunft in Orchies war der Ort nahezu leer, denn die Bevölkerung war inzwischen unter Führung des Bürgermeisters entflohen. Den ein-

rückenden deutschen Soldaten bot sich ein schrecklicher Anblick. Sie fanden 21 von ihren Kameraden, die am Tage zuvor verwundet oder unverletzt in Gefangenschaft geraten waren, als furchtbar verstümmelte Leichen vor. Ob die Täter französische Soldaten oder Franktireurs oder, wie der eine französische Geistliche in seiner Aussage vermutete, Turkos waren, kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls war es völlig zweifellos, daß die wehrlosen Gefangenen in empörender Weise hingemordet waren. Es ist richtig, daß das Pionierbataillon nun die Häuser der schuldigen Stadt dem Erdboden gleichmachte.

Das ist die Wahrheit über Orchies. Die Zerstörung des Ortes war nicht, wie die französische Darstellung behaupten will, ein Verbrechen der deutschen Truppen, sondern sie war die Vergeltung für schwere Völkerrechtsbrüche französischer Kämpfer."

Französische Dokumente über Orchies.

Am 29. Juli veröffentlicht die Agentur Havas zwei umfangreiche Dokumente. Wir geben ihren Inhalt nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 29. Juli, Nr. 350, wieder:

Das erste Schriftstück ist ein vom 25. September 1914 datierter Bericht des Bürgermeisters von Orchies an den Präfekten des Nord-Departements, das zweite eine von einem nicht näher bezeichneten Trochon stammende Darstellung der Vorgänge, die angeblich von allen Einwohnern von Orchies bestätigt wurde. In dem

Bericht des Bürgermeisters

heißt es: „Am 22. dieses Monats gegen 7 Uhr abends kam in Orchies ein Zug mit 800 Mann unserer Infanterie und zwei Maschinengewehren an. Einige Augenblicke später kam ein zweiter Zug mit Jägern zu Pferde und einer Artilleriebatterie. Die Vorposten wurden sofort um die Stadt herum aufgestellt. Die Nacht war ruhig, aber am nächsten Morgen, dem 23., von 8 bis 9 Uhr, zeigten sich auf der Straße nach Valenciennes sieben deutsche Rote-Kreuz-Automobile. (Die nach Orchies kamen, um Verwundete abzuholen.) Von diesen Autos tötete das erste durch einen Schuß aus der Nähe unsere Wache des Vorpostens bei dem Eisenbahnübergang an der Linie Orchies—Nomain. Unsere Soldaten erwiderten das Feuer sofort und durchlöcherten drei Autos, die ergriffen und nach Orchies gebracht wurden, wo unsere begeisterte Bevölkerung unsere Soldaten mit Blumen bedeckte.

Drei Deutsche wurden getötet, der vierte starb bei der Ankunft in der Ambulanz. Diese vier Toten trugen eine Erkennungsmarke mit dem Roten Kreuz.

Unsere Soldaten behaupteten jedoch, daß die Autos nicht die Fahne des Roten Kreuzes trugen. (Diese Behauptung steht im Widerspruch zu der obigen Feststellung des Bürgermeisters: „Am nächsten Morgen, dem 23., von 8 bis 9 Uhr, zeigten sich auf der Straße nach Valenciennes sieben deutsche Rote-Kreuz-Automobile." Sie steht auch im Widerspruch zu der folgenden Aussage des Zeugen Trochon. Red.) Ein deutscher Stabsarzt, der sich unter eine Brücke geflüchtet hatte, wurde gefangen genommen; zwei Kugeln seines Revolvers waren abgeschossen. Unser Offizier wies darauf hin, und der Offizier zog mit seinen Leuten daraus den Schluß, daß er unsere Wache getötet hatte. Die vier deutschen Autos, die entkommen waren, kehrten nach Valenciennes zurück.

Außer den erwähnten vier Toten wurden einige Deutsche, die geflüchtet waren, gleichfalls getötet und in das Hospital gebracht. Ihre Zahl habe ich nicht genau erfahren.

Die nächste Nacht vom 23. auf den 24. war ruhig, aber gegen 6½ Uhr morgens am 24. wurden unsere Posten wiederum auf der Straße nach Valenciennes und nach Marchiennes vom Feinde angegriffen. Diese Angriffskolonne setzte beim Durchzuge ein Anwesen, das erste auf dem Gebiete in Orchies, in Brand, sowie alle Häuser, denen sie sich näherte, im ganzen 16 Häuser, sowie einen Getreideschuppen, zahlreiche Schober und eine Windmühle. Die Deutschen hatten außerdem Zivilisten requiriert, die sie vor sich hergehen ließen. Einige wurden mitgenommen, eine Frau, die mehrere Bajonettstiche erhalten hatte, starb gegen abend. Dieser Angriff wurde von unseren Truppen zurückgewiesen.

In der Darstellung von Trochon

heißt es: „Die Deutschen hatten in Orchies eine Ambulanz untergebracht und seit etwa drei Wochen waren ungefähr 30 französische Verwundete dort in Behandlung. Am 23. September hatten sie, wahrscheinlich in der Absicht, diese Verwundeten abzuholen, von Valenciennes sieben Autos geschickt, in denen sich Leute mit der Armbinde des Roten Kreuzes, aber mit Waffen versehen, befanden. Zwischen St. Amand und Orchies traf der Zug auf einen unserer Vorposten.

Als die Wache die Fahne mit dem Genfer Kreuz, die auf den Wagen angebracht war, an der Straße bemerkte, kreuzte sie das Bajonett vor dem ersten Auto, auf dem neben dem Chauffeur ein deutscher Offizier saß.

Dieser letztere streckte den Franzosen mit einem Revolverschuß aus nächster Nähe zu Boden. Auf den Lärm hin und angesichts ihres leblosen zu Boden gestreckten Kameraden schossen die Leute des Postens auf die Autos, die sich nun anschickten, die Flucht zu ergreifen.

Dies gelang vier Autos, aber drei blieben in den Händen der unsrigen. Alle, die sich darin befanden, oder fast alle, wurden getötet.

Am übernächsten Tage vollzog sich die Tragödie, bei der Orchies vernichtet wurde. Das Ereignis war schon am Vorabend von einem gefangenen deutschen Unteroffizier angekündigt worden. Die Deutschen waren am 24. mit Verstärkung wiedergekommen, und die Franzosen hatten sich nach verschiedenen Kämpfen zurückgezogen. Am Nachmittag des 25., gegen 2 Uhr, kamen so ziemlich von allen Seiten Gruppen von 20 bis 30 Infanteristen, im ganzen 600 bis 800 Mann, vor ihnen Kavalleristen und Radfahrer. Sie trugen alle einen Gürtel, der einem Rettungsgürtel ähnlich sah. Diese Truppe war von dem Major Dittel befehligt, der nach Einschließung der Stadt Posten aufstellte, um das Verlassen oder Betreten der Stadt zu verhindern. Sodann begab er sich in das Lazarett, und nachdem er die wenigen dort befindlichen deutschen Soldaten hatte abholen lassen, sprach er die Worte: Orchies wird bestraft werden. Die Deutschen verbreiteten sich hierauf über die Stadt und legten in den Häusern Brandbomben, die sie aus ihren Gürteln entnahmen. Bald war die Stadt nur noch ein ungeheurer Brandherd, in dem ungefähr 1200 bis 1300 Häuser verschwanden. Der Bericht erwähnt sodann die bekannten von deutscher Seite veröffentlichten Darstellungen des Vorfalls und führt zum Schluß aus: Es ist notorisch, daß kein Freischärlerkorps sich während der letzten Feindseligkeiten in Orchies oder anderswo gezeigt hat und daß der Name Franktireur selbst nur noch eine Reminiszenz an die zum letztenmal bei

uns in den Jahren 1870/71 zugelassenen militärischen Gelegenheitsformationen ist. Zu der Behauptung, daß die Einwohner deutsche Verwundete ausgeplündert und verstümmelt haben sollen, sagt Trochon: Diese Behauptung wird durch alle hierüber eingeholten Zeugnisse widerlegt, insbesondere durch das Zeugnis der Damen vom Roten Kreuz und der französischen Ärzte, die die deutschen Verwundeten in Orchies gepflegt haben.

Wahrheit ist, daß einige schlechte Subjekte, Strolche der schlimmsten Sorte, von denen übrigens keiner aus Orchies war, die Leichen der in der Umgebung der Stadt gefallenen deutschen Soldaten ausgeplündert und verstümmelt haben.

Dies war zweifellos eine abscheuliche Schändung, deren Urheber eine ernste Bestrafung verdienten, durch die sich jedoch die Zerstörung der Stadt nicht rechtfertigen ließ, deren Bewohner überdies nichts mit der Angelegenheit zu tun hatten."

Deutsche Dokumente über Orchies.

Am 30. Juli werden von deutscher amtlicher Seite folgende deutsche Dokumente über Orchies bekanntgegeben:

I.

Auszug aus dem dienstlichen Bericht des Freiherrn Stolzingen, Führers der bei den Vorgängen beteiligten Abteilung der freiwilligen Krankenpflege.

Valenciennes, 26. September 1914.

. . . Am 22. September 1914 bin ich mit dem unter meiner Führung stehenden Depottrupp (40 Mann) hier eingetroffen; die anderen Trupps der freiwilligen Krankenpflege sind noch in Belgien auf dem Wege hierher. Am 23. morgens 9 Uhr fuhren auf Anforderung des Etappenarztes Generalarzt Dr. Schmitt und des Oberstabsarztes Dr. Morgenrot sieben Autos mit militärischem Krankentransportpersonal und 13 Mann meines als solchen hier unbeschäftigten Depottrupps hier ab, um in den benachbarten Orten in der Umgebung des Etappentransports dort liegende Verwundete zu sammeln und in das hiesige Kriegslazarett zu bringen. Solche Expeditionen hatten in den vorausgegangenen Tagen wiederholt unter Führung von Graf Reichenbach und von Zitzewitz stattgefunden, ohne angegriffen zu werden. Ich selbst hatte am 22. nachmittags eine solche Fahrt ausgeführt und war überall von der Bevölkerung gut aufgenommen worden.

Die Kolonne am 23. stand unter Führung des Oberstabsarztes Morgenrot und Oberarztes Lichtenberger (Görwy 1); meine Leute wurden von dem stellvertretenden Zugführer Schnurr (Baden-Baden) geführt.

Die Kolonne nahm in St. Amand 12 französische Verwundete auf und fuhr in der Richtung auf Orchies weiter. In Orchies waren schon viermal militärische Sanitätsmannschaften und Truppen gewesen, ohne angegriffen zu werden. Unsere Kolonne erhielt ungefähr ein Kilometer von Orchies entfernt plötzlich Feuer. Oberstabsarzt Morgenrot befahl umzukehren, zur Deckung des Rückzuges nahmen die mit Karabiner bewaffneten militärischen Transportmannschaften und Chauffeure das Feuer auf. Meine Sanitäter waren nur mit Seitengewehren bewaffnet.

Die Angreifer, teils uniformierte Franzosen, teils Franktireure, waren zahlreich; genau konnte die Zahl nicht festgestellt werden.

Der Angriff erfolgte gegen 12 Uhr. Nur vier Autos folgten, bei der Rückkehr fehlten sieben Sanitäter und Oberarzt Lichtenberger. Oberarzt Lichtenberger wurde zuletzt gesehen, als er mit dem Karabiner den Leuten etwa 50 Meter vorausging, um das Wenden des Autos zu decken. Der Etappeninspekteur Exzellenz v. Gröben versagte mir die sofort erbetene Erlaubnis zu alsbaldigen Recherchen nach dem Verbleib der Vermißten.

Am 24. wurde von hier eine Kompagnie des 35. Landwehr-Regiments nach Orchies gesandt, konnte aber nichts ermitteln, da sie an derselben Stelle auf starke feindliche Abteilungen stieß und schwere Verluste erfuhr.

Am 25. wurde das inzwischen hier eingetroffene bayerische Festungs-Pionier-Bataillon Ingolstadt nach Orchies gesandt. Graf Reichenbach, von Zitzewitz und ich schlossen uns an, von den Sanitätsmannschaften nahmen wir wegen der Gefahr keine mit . . . Der Ort des Überfalls ist etwa ein Kilometer von Orchies entfernt, von einer geraden, mit Pappeln bepflanzten Straße, etwa 150 Meter von dem ersten, auf der Karte eingezeichneten Bahnübergang von Orchies.

Auf dem Ort des Überfalls lagen Glassplitter von den zerschossenen Fenstern des Autos, Blutlache und eine ungebrauchte wollene Binde. Die sorgfältigste Absuchung der Umgegend durch Graf Reichenbach, von Zitzewitz und mir war völlig ergebnislos. Wir konnten von den Vermißten und ihrer Ausrüstung nicht das Geringste finden. Auch von keinen Gräbern usw., Nachfrage bei Einwohnern von Orchies und einem dort gefundenen deutschen Verwundeten vom 24. war ergebnislos. Von den drei fehlenden Autos wurde weder in der Umgebung des Überfalls noch in Orchies etwas gefunden. Auf dem Ort des Überfalls war ein kleiner Brandplatz, ein Automotor oder Benzinbehälter scheint ausgebrannt zu sein.

gez. Freiherr von Stolzingen.

II.

Bericht des französischen Krankenpflegers und Geistlichen I. Caudon vom 26. September 1914. Wörtliche Übersetzung.

Endesunterzeichneter, Ignace Caudon, Krankenwärter vom Roten Kreuz, katholischer Mönch, erklärt, daß er in diesem Bericht die volle Wahrheit gibt. Er schwört es bei seiner Ehre und vor Gott.

Am 25. wird dem Komitee vom Roten Kreuz in Lille gemeldet, daß in Orchies infolge des Kampfes vom Tage zuvor, der in der Bevölkerung eine Panik erzeugt hat, hilflose Verwundete und auf den Feldern vielleicht noch unbegrabene Tote sind und daß Greise mit Nahrung versehen und abtransportiert werden müsen.

Wir machen uns mit Lebensmitteln und ärztlichem Bedarf auf den Weg. Die Stadt ist verödet; in den Straßen finden wir jammernde Greise; wir fragen sie, ob sie Lebensmittel brauchen, und versprechen ihnen, ein Obdach zu verschaffen. Man macht mich auf einen deutschen Verwundeten in einem Laden aufmerksam, damit ich ihn verbinde. Er ist bereits genäht worden und hat einen Notverband; ich beabsichtige, einen neuen Verband zu machen und den Kranken im Automobil in ein Lazarett schaffen zu lassen, wo seine Wünsche besser verstanden werden und alles Erforderliche vorhanden ist. Wir treffen einen Trupp Arbeiter, die soeben drei Tote auf dem Kirchhof beerdigt haben.

Wir bitten sie und andere Vorübergehende, mitzuhelfen. Wir holen uns Schaufeln aus den Bauernhöfen und ich mache mich auf, um die ver-

schiedenen Stellen abzusuchen, wo noch Tote sind. Ich ging zuerst an der Eisenbahn entlang, da liegen drei Leichen. Ich lasse sie auf einen Wagen legen und ordne an, ein Grab von 1,50 Meter zu graben.

Ich stelle zum erstenmal mit Bedauern die törichten, zwecklosen Grausamkeiten fest, die an den Toten und vielleicht deutschen Verwundeten zu bemerken sind. Die Unglücklichen sind ganz ausgeraubt worden, sogar die Strümpfe hat man ihnen genommen. Die Papiere und Erkennungsmarken hat die städtische Behörde morgens an sich genommen; sie hat angeordnet, mit der Beerdigung der Toten zu beginnen, und wird, wie ich vermute, den zuständigen Behörden die Angaben über Namen der Toten usw. übermitteln.

Während ich die Beerdigung beaufsichtige, sehe ich auf der Straße laufende Menschen, die rufen, es kämen Truppen. Die arbeitenden Leute wollen fort. Auf der Straße sehe ich von weitem Rauch und Fahrräder, und ich höre einen Schuß. Ich ziehe mich deshalb in einen Bauernhof zurück; die armen Menschen nehmen mich auf, und ich beruhige sie; ein Greis liegt zu Bett; da er Wunden an den Beinen hat, leiste ich ihm Hilfe. In diesem Augenblick kommen ein Leutnant und mehrere Mann, um das Haus zu durchsuchen; sie finden nichts, ich zeige meine Papiere, er findet sie in Ordnung und sagt uns, wir sollten da bleiben. Der Herr Kommandant befiehlt sodann (wie ich später erfuhr), zur Strafe für die begangenen Verbrechen, die Stadt zu verbrennen, jedoch die Kirche zu schonen.

Da die Feuersbrunst noch herankommt, gehe ich fort und stütze die beiden alten Leute, bei denen ich Unterschlupf gesucht hatte. Eine Schildwache sagt uns, wir sollten umkehren, und drang darauf, daß ich zu einem Offizier ginge, da Befehl gekommen war, die auf den Straßen der Stadt angetroffenen Personen zu sammeln und zur Verfügung des Herrn Kommandanten zu halten. Der Offizier empfängt mich und fordert mich auf, mich hinzusetzen und zu warten, bis ich zum Kommandanten gebracht werden kann.

Bald darauf werde ich auf die Landstraße geführt. Greise werden dort im Automobil nach Valenciennes gebracht. Es ist ihnen gesagt worden, sie sollten ihre Häuser verlassen, damit sie nicht mit verbrennen. Ich glaube den Verwundeten vorbeifahren zu sehen, den ich besucht hatte; ich freue mich darüber.

Bald danach kommen Mannschaften; sie werfen Gräber aus und bringen die Toten herbei. Auch die in Orchies angetroffenen Zivilpersonen werden herbeigebracht.

Der Kommandant kommt; er spricht mir seine Empörung über die begangenen Gewalttaten und zeigt mir hier abgeschnittene Finger, dort ein zerstörtes oder ausgerissenes Auge.

Ich spreche ihm unser Bedauern aus und sage ihm, daß wir persönlich die Aufgabe hatten, allen Ruhe und Güte zu predigen. Wem sind diese Toten zuzuschreiben?

Dreierlei kann ich mit Bestimmtheit sagen:

1. Unter unseren Truppen waren Turkos, und man weiß, wieviel Mühe es unseren Offizieren oft macht, diese afrikanischen Truppen von Unmenschlichkeiten und Unvorsichtigkeiten abzuhalten. Die Leichen lagen einzeln; die Aufsicht durch die Offiziere war also schwierig.

2. Die Bevölkerung von Orchies hatte sich aus dem Dorfe völlig zurückgezogen, und der Tag zuvor scheint also keine Rolle in der Angelegenheit gespielt zu haben.

3. Soviel ich weiß — es ist mir gesagt worden — haben Landstreicher, die es ja leider überall gibt, heute früh Leichen bestohlen.

Mit einem anwesenden Priester schreiten wir zur Einsegnung der Gräber und sprechen die Gebete. Die Soldaten sind anwesend, kommen zu Fuß an, es ist ein eindrucksvolles Schauspiel. Der Kommandant hält eine Rede an die Truppen. Drei Hurras erklingen, drei Salven werden abgegeben und die Kreuze werden errichtet.

Der Kommandant hört unsere Erklärungen an und will die versammelten Zivilpersonen nicht erschießen lassen. Er bittet mich höflich, mit dem Ambulanzwagen nach Valenciennes zu fahren und dort zu bestätigen, was ich gesehen hätte. Ich habe persönlich über keine Unhöflichkeit zu klagen gehabt.

Urkundlich dessen gebe ich diese Bestätigung ab. Ich habe unterschrieben und bitte den Herrn Major, mich nach Lille zurückkehren zu lassen, von wo ich heute mit einem Arzte abfahren mußte, um in der Nähe der Schlachtfelder Ambulanzen einzurichten.

gez. I. Caudon.

Auf Wunsch des Herrn Kommandanten füge ich folgendes hinzu:

Ich habe etwa zwanzig Soldaten gesehen, die so verstümmelt waren.

Ich habe Gesichter gesehen, die mit Instrumenten zerfetzt waren, die keine Kriegswaffen sind.

gez. I. Caudon,
Krankenwärter vom Roten Kreuz, katholischer Mönch,
Lizentiat der Philosophie.

Für richtige Abschrift:
Kanzleisekretär.

III.

Niederschrift des französischen Pfarrers Louis Ducroquet. (Wörtl. Übersetzung).

Bin am 25. September 1914 den Leichnamen deutscher Soldaten vom Tage zuvor in Orchies gegenübergestellt worden. Ich habe feststellen müssen, daß sie die Spuren zahlreicher grausamer Verletzungen trugen.

Ich füge hinzu, daß ich sie nicht aus genügender Nähe untersucht habe, um auf mein Gewissen über den Ursprung der Verletzungen urteilen zu können. Ich bin in Kriegsdingen nicht erfahren genug, um darüber sachverständig sprechen zu können, und mein Gewissen verbietet mir, Dinge zu bestätigen, über die ich keine Gewißheit habe. Es ist möglich, daß gewisse Verletzungen das Ergebnis eines heftigen Nahkampfes sind. Ich habe eine sehr verstümmelte Hand gesehen. Im Munde eines Toten habe ich einen weißlichen Stoff gesehen, der vielleicht Sägemehl war. Ich habe einen Schädel gesehen, der oben eingeschlagen war. Die Gesichter waren geschwollen.

gez. L. Ducroquet,
Pfarrer in Flines les Raches.

Obgleich ich Priester bin und dem militärischen Leben fernstehe, glaubte ich, diesen Bericht schreiben zu können. Ich füge hinzu, daß ich dafür gesorgt hätte, daß den Toten die letzten Ehren erwiesen würden,

Die Gräber der am 24. September 1914 bei Orchies ums Leben gekommenen deutschen Soldaten.

wenn das nötig gewesen wäre, und daß ich glücklich gewesen wäre, wenn ich über ihren sterblichen Ueberresten die Gebete hätte sprechen können, die für die Abgeschiedenen so wertvoll sind.

gez. L. Ducroquet,
Pfarrer in Flines les Raches.

Stempel.

Für richtige Abschrift:
Unterschrift.
Kanzleisekretär.

IV.

Dienstlicher Tatbericht der beiden Bataillonsärzte Dr. Neumann und Dr. Grünfelder vom 26. September 1914:

„Das I. Bat. des I. Bayer. Pionier-Regts. hatte den Auftrag, gegen den Ort Orchies, 24 Kilometer von Valenciennes entfernt, vorzugehen. Als das Bataillon 500 Meter von dem Orte Orchies entfernt war, bemerkte die Spitze im Straßengraben den Leichnam eines deutschen Kameraden. Es fielen sofort die bei sämtlichen Toten wiederkehrenden Erscheinungen auf, daß der Leichnam seiner Schuhe und Strümpfe beraubt und sämtlicher Erkennungszeichen bar war. Der Mann war von rückwärts niedergeschossen worden, lag aber auf dem Rücken und hatte Mund und Nasenlöcher mit Sägespänen vollgepfropft. Der rechte Arm war wie beim größten Teil der Leute in typischer Abwehrbewegung erstarrt. Die Totenstarre war noch nicht vollkommen gelöst.

Nach weiterem Absuchen des großen Feldes fanden wir noch zwanzig Soldaten; ein Mann, der 200 Meter vor der Windmühle vor dem Ort lag, hatte eine Hiebverletzung am rechten Ohr erhalten und war dann, da die Verletzung nur eine Fleischwunde nach sich gezogen hatte, in barbarischer Weise mißhandelt worden. Das linke Ohr war glatt abgeschnitten, das Gesicht blaurot, eine Folge des Erstickungstodes, an dem der Mann zugrunde ging. Mund, Nase und Augen sind mit Sägespänen vollgepfropft, am Hals Würgemale zu sehen. Das Gras rings um den Toten ist in einer Entfernung von 20 Meter im Umkreis vollkommen niedergetreten; das beweist, daß die barbarische Tat das Werk mehrerer war.

Zu diesen Gefallenen gesellte sich noch ein Vizefeldwebel, dem das Schädeldach zertrümmert wurde, das Gehirn quoll heraus; ein vierter zeigte an der linken Schläfe eine Schnittwunde, die nicht tödlich gewirkt haben kann. Der Goldfinger war diesem Mann glatt am Knöchel abgeschnitten, und in der Bauchwand saßen vier Schußlöcher, die von Pulverschmauch eingefaßt waren, ein Zeichen, daß die Schüsse aus unmittelbarer Nähe abgegeben wurden. Den Einschußöffnungen entsprachen vier Ausschußöffnungen am Rücken. Außerdem waren noch fünf Leute erschlagen worden. Sie zeigten nur Verletzungen, die durch stumpfe Gewalt herbeigeführt sein konten. Ein Mann hatte am rechten Nasenflügel einen Streifschuß, der die Oberlippe und das Kinn abriß. Das Gesicht war vom Pulverschmauch geschwärzt, die Wundränder verbrannt, ein Beweis für die unmittelbare Nähe des abgegebenen Schusses. Am barbarischsten schienen die Leute der Gegend mit einem Mann umgegangen zu sein, dem die Augen ausgestochen waren; das rechte Auge war vollkommen enthöhlt, das linke Auge ausgelaufen. Die Todesursache dieses Menschen konnte nur auf diese Verletzung zurückgeführt werden.

Aus den festgestellten Tatsachen ergab sich, daß ein großer Teil der Leute unverwundet in die Hände der Feinde gefallen war. Die Feinde suchten einen Fluchtversuch unserer Kameraden dadurch zu verhindern, daß sie ihnen die Hosenträger abschnitten, sämtliche Knöpfe abgetrennt und sie der Schuhe beraubt hatten. Kein Mann hatte seinen Ring mehr an der Hand; die Stelle, wo der Ring saß, war deutlich erkennbar.

Das erste Bataillon des ersten Bayerischen Pionierregiments beerdigte 21 Leute des Landwehrinfanterieregiments 35 in drei Gräbern an der Straße, 500 Meter südöstlich von Orchies. Die Namen der Gefallenen wurden zum Teil festgestellt."

VI.

Eidliche Aussage des Hauptmanns Düll vom Bayerischen Pionierregiment Ingolstadt.

Wiesbaden, den 30. Dezember 14.

Gegenwärtig:

Leutnant d. Res. Neuendorff
als Gerichtsoffizier,

Feldwebel Burbach
als Militärgerichtsschreiber.

Es erscheint Hauptmann Düll vom Bayerischen Pionier-Regiment Ingolstadt und erklärt:

Ich heiße August Düll, bin 36 Jahre alt, evangelischer Religion, zu Ingolstadt wohnhaft, z. Zt. im Teillazarett, Ev. Vereinshaus zu Wiesbaden.

Mein Bataillon, das 1. des Bayer. Pionier-Regiments, erhielt am 25. September den Befehl, gegen den Ort Orchies, der etwa 27 Kilometer von Valenciennes entfernt ist, eine Strafexpedition zu unternehmen. Bevor uns dieser Auftrag erteilt worden war, waren schon, und zwar tags zuvor, zwei Kompagnien des Landwehr-Regiments 35 ebenfalls nach Orchies geschickt gewesen, um Orchies, von dessen Bewohnern an deutschen Soldaten Grausamkeiten verübt sein sollten, dadurch von weiteren abzuhalten, daß es niedergebrannt wurde.

Als wir in die Nähe von Orchies kamen, fanden wir zwar keine von denjenigen Verstümmelten vor, wegen deren die erste Strafexpedition des 35. Landwehr-Regiments veranstaltet worden war, wohl aber völkerrechtswidrig behandelte Angehörige des 35. Landwehr-Regiments. Etwa einige Minuten von Orchies stießen wir auf die ersten toten Verwundeten. Sie lagen links der Straße, und zwar zwei Landwehrleute vom Regiment 35. Der Bataillonskommandeur ordnete jetzt an, daß eine Kompagnie in den Ort rücken sollte, eine Kompagnie auf der rechten Seite um Orchies herumrücken sollte, während meine Kompagnie an der Stelle, wo dies angeordnet wurde, halten blieb. Die beiden anderen Kompagnien fanden nichts Wesentliches, meine Kompagnie jedoch, die ich in einzelnen Patrouillen auseinandergeschickt hatte, um das Gelände abzusuchen, fand außer den beiden schon erwähnten Leichen noch neunzehn weitere vom Regiment 35. Ich ließ die sämtlichen Leichen in eine Reihe legen, um Uebersicht zu gewinnen.

Alle Leichen wurden sowohl den Pfarrern von St. Amand und eines Nachbarorts wie auch den in Orchies noch anwesend gewesenen etwa

„Wide World Photos", Berlin SW 68.

Harry Elmer Barnes (U. S. A.)
bei der „Gesellschaft für Erforschung der Kriegsursachen", Juli 1927.

Sitzend, von links nach rechts: Ministerialdirektor Dr. Freytag, Prof. Harry Elmer Barnes, Reichsaußenminister a. D. Dr. Rosen, Alfred von Wegerer
stehend, von links nach rechts: Victor Augustin Wroblewski, Major a. D. Gunther Frantz, Hans Draeger, Dr. Bertling, August Bach.

fünfzig Einwohnern dadurch gezeigt, daß diese an der Reihe der Getöteten vorbeigeführt wurden, um sich selbst von dem Zustand der Leichen zu überzeugen.

Allen Leichen fehlten die Stiefel, Strümpfe, Knöpfe, Tressen und sonstige Abzeichen, die sämtlichen Ausrüstungsstücke, Leibriemen, Patronentaschen, Tornister, Brotbeutel, die Bewaffnung, Gewehr und Seitengewehr, Brustbeutel, der vollkommene Taschеninhalt, alle Wertgegenstände, schließlich Erkennungsmarken, Soldbuch usw.

Bei einzelnen war noch eine gewisse Körperwärme bemerkbar. Alle zeigten Spuren gewaltsamen Todes; so war es auffallend, daß die meisten noch in der Gliederstarre die Arme oder einen derselben abwehrend vor den Kopf hielten.

Bei fast allen waren die Oeffnungen des Gesichts von einer sägespänartigen Masse verstopft, die bei genauer Untersuchung mir am nächsten Tage vom Kompagniearzt als mit Sägespänen identisch bezeichnet wurden.

Ich kann dann folgende Einzelheiten feststellen, die ich in dem etwa zwei Stunden betragenden Zwischenraum, der zwischen dem Zusammenrichten der Leichen und der Beerdigung lag, in voller Ruhe und unter aufmerksamster Betrachtung der Leichen gemacht und meinem Gedächtnis fest eingeprägt habe.

Bei einer Leiche war der gesamte Augeninhalt mit Augenlidern bei beiden Augen aus den Augenhöhlen herausgeschnitten oder gerissen. Infolgedessen war die ganze Umgebung der Augen mit geronnenem schwarzen Blut dick bedeckt und überhaupt der gesamte Eindruck des grausam entstellten Gesichts ein fürchterlicher. Bei derselben Leiche war der Zeigefinger der linken Hand an der Fingerwurzel angeschnitten bis auf den Knochen. Es hatte den Eindruck, als wenn der betreffende Täter die Absicht gehabt hätte, die Finger von den Händen abzutrennen, was ihm aber mißlungen sei. Bei zwei anderen Leichen waren die Ohrmuscheln vom Kopf abgeschnitten. Bei mindestens fünf der anderen Leichen waren die Schädeldecken anscheinend mit stumpfen Instrumenten, etwa mit Kartoffelhacken, aufgespalten, so daß das Hirn bloß zutage lag. Eine der Leichen hatte vier oder fünf Schußwunden im unteren Teil des Leibes, die nach Angabe meines Kompagniearztes nach der Art der Verwundung von Schüssen herrühren mußten, die aus unmittelbarer Nähe aus einem kleinen Taschenrevolver abgegeben waren.

An der jedesmaligen Fundstelle der Leichen war der Boden in einem Umkreise von ein bis zwei Metern derart zerstampft bzw. zusammengetreten, daß ein sicherer Schluß dahin gezogen werden konnte, daß in den einzelnen Fällen der Betreffende jedesmal sich gegen eine Anzahl Menschen zu verteidigen gehabt haben mußte, von denen er wohl langsam zu Tode gemartert worden sein mußte.

Hinsichtlich der sämtlichen vorbeschriebenen Verstümmelungsfälle wurde seitens der in Orchies zurückgebliebenen etwa 50 Personen die volle und alleinige Schuld auf den anarchistischen Teil der Ortsbevölkerung und einige nicht näher bezeichnete Frauen geschoben. Hiergegen sprach jedoch völlig das Verhalten der Bevölkerung von Orchies. Anstatt wie in sämtlichen umliegenden Ortschaften, deren Bevölkerung sich nichts hatte zuschulden kommen lassen, in ihren Wohnungen zu bleiben und ihrem Gewerbe bezw. ihrer Beschäftigung nachzugehen, war bis auf die genannten zurückgebliebenen Personen die gesamte Ortschaft von nahezu 5000 Per-

sonen ausgewandert, einschließlich des Pfarrers und Bürgermeisters. Namentlich die beiden letzteren waren in den anderen umliegenden Ortschaften schon im Interesse der Bevölkerung zurückgeblieben. Der Befund der Häuser, die betreten wurden, zeigten die Merkmale plötzlichen unvorbereiteten Aufbruchs. Die Bevölkerung mußte panikartig beim Annähern unserer Truppe geflohen sein. Für die rechtzeitige Benachrichtigung der Bevölkerung mochten die dort üblichen optischen Mittel, die bei dem dafür wie geschaffenen ebenen Gelände wohl Verwendung gefunden hatten, gesorgt haben. Übrigens war bei unserem Einrücken in Orchies die Telephonleitung dorthin, von St. Amand aus, noch nicht vollständig beseitigt.

Zwischen meinem Halteplatz und Orchies befand sich ein kleiner Schuppen, in dem ich u. a. 12 französische Infanterie- und 2 Artilleriewaffenröcke und vielleicht 15 Tornister mit Briefinhalt usw. vorfand.

Da die Regimentsbezeichnung über zweihundert war, mußte geschlossen werden, daß es sich um Ausrüstungs- und Bekleidungsstücke von Angehörigen der Territorialtruppe gehandelt hat.

v. g. u.

gez. Düll.

Zeuge wurde hierauf vorschriftsmäßig gemäß § 197 M.-Str.-G.-O. vereidigt, nachdem pflichtgemäß auf die Bedeutung des Eides hingewiesen war.

g. w. v.

gez. Neuendoll. gez. Burbach.

MONATSBERICHT.

AMERIKA.

A British Historian on War Origins. By Sidney B. Fay.
„Current History", Juli 1927.

Professor Fay widmet dem neuen Werk von Professor Gooch: „Recent Revelations of European Diplomacy" eine größere Besprechung. Gooch verbinde neben umfassender Kenntnis der modernen europäischen Geschichte ein sympathisches Verständnis für die Völker und Nationen. Sein letztes Buch wolle, wie Gooch selber sage, „eine Plauderei, keine Bibliographie" sein. Aber es sei weit mehr als das, es gebe eine zusammenfassende Übersicht der wichtigsten Veröffentlichungen für die Periode von der Thronbesteigung Wilhelms II. bis zum Versailler Friedensvertrag.

The English Documents Dissected by an Eminent French Publicist.
„The Progressive", 15. Juni 1927.

Der „Progressive" veröffentlicht im Auszuge den Aufsatz über die neuen britischen Dokumente, den Georges Demartial im Maiheft 1927 „Die Kriegsschuldfrage" gebracht hat.

Britains Responsibilities in 1914. By Count Max Montgelas.
„The American Monthly", Juli 1927.

Der „American Monthly" druckt die von Graf Montgelas im Februarheft 1927 der englischen „Foreign Affairs" veröffentlichte Kritik der neuen britischen Dokumente ab. (Vergl. „Die Kriegsschuldfrage", März 1927, S. 270.)

„Recent Revelations of European Diplomacy." By Bernadotte E. Schmitt.
„The American Historical Review", July 1927.

In einer Besprechung des Buches von G. P. Gooch „Recent Revelations of European Diplomacy" sagt der amerikanische Professor Bernadotte E. Schmitt über die russische Mobilmachung folgendes:

„Bei diesem letzten Punkt unterläßt es Dr. Gooch in seiner Auseinandersetzung von Tirpitz's „Politischen Dokumenten" und Zwehls „Erich von Falkenhayn" zu erwähnen, daß beide, der Admiral und der General ebenso wie Moltke sich dem widersetzen, die Mobilmachung zu einem casus belli zu machen, was die berühmte deutsche Beweisführung vollständig umwirft (which plays havoc with the classic German contention)."

Diese Auffassung Professor Bernadotte Schmitts läßt sich unseres Erachtens aus den angeführten Memoirenwerken nicht herauslesen. Wir zitieren hierzu nur einige Stellen:

Tirpitz „Politische Dokumente" Seite 11 und 12: „Der Chef des Generalstabes war zwar, seitdem die Nachricht über die russische Gesamtmobilmachung vorlag, zu der Überzeugung gekommen, daß der Krieg für uns unvermeidlich geworden sei und daß wir nach unserer Kenntnis über die russischen Mobilmachungsvorbereitungen mit unserer eigenen Mobilmachung und der daran sofort sich anschließenden militärischen Aktion nicht zögern dürften, wenn wir nicht in eine militärisch völlig unhaltbare Lage gebracht werden sollten." . . . „Daß nach erfolgter Mobilmachung der Krieg überhaupt noch zu vermeiden war, glaubte ich freilich nicht annehmen zu können."

H. von Zwehl: „Erich von Falkenhayn, eine biographische Studie" Seite 58: „An Rußland wird ein mit 12 Stunden befristetes Ultimatum beschlossen, sich sofort aller Maßnahmen gegen Deutschland und Österreich zu enthalten, widrigenfalls wir mobilisieren würden, was den Krieg bedeutet." . . . „Von Rußland gingen die unwahren Versicherungen des Zaren über seine friedlichen Absichten ein."

Die „Erinnerungen, Briefe, Dokumente 1877—1916“ des Generaloberst Helmuth von Moltke enthalten in der Zeit vom 27. Juli bis 29. August 1914 überhaupt keine Angaben.

Da auf Grund der kurzen Angaben von Professor B. E. Schmitt eine wissenschaftlich exakte Auseinandersetzung über diesen Punkt kaum möglich ist, haben wir an Herrn Professor Bernadotte Schmitt die sehr ergebene Bitte gerichtet, seine Auffassung näher darzulegen. Wir werden also voraussichtlich später noch einmal hierauf zurückkommen.

★

BELGIEN.

Der Kampf um die Verletzung der belgischen Neutralität.

Wie bereits im Juliheft „Die Kriegsschuldfrage“ mitgeteilt wurde, hat die belgische Regierung in der Kammer angekündigt, daß sie auf die Feststellungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Reichstages hinsichtlich der Verletzung der belgischen Neutralität antworten werde. Diese Antwort ist am 24. Juni der belgischen Kammer vorgelegt worden. Der Bericht ist verfaßt von dem Generalsekretär im belgischen Auswärtigen Amt Baron de Ridder.

Die belgische Antwort geht aus von den in dem Gutachten des Professors Dr. Bredt über „Der deutsche Reichstag im Weltkrieg“ aufgestellten Behauptungen. Bredt hatte geschrieben: „Der Reichskanzler wußte damals noch nicht, daß Belgien keineswegs neutral gewesen war, daß vielmehr ein weitgehendes Einvernehmen mit unseren Feinden längst bestand. Dem deutschen Generalstab war andererseits völlig klar, daß von einer belgischen Neutralität gar keine Rede sein konnte. Dem französischen Generalstabe war der Schlieffensche Plan in etwa bekannt, und der französische Aufmarsch war schon demgemäß eingestellt. Aber auch die belgische Heeresleitung hatte sich in dieser Weise vorbereitet. Die belgischen Befestigungen von Lüttich und Namur lagen an der deutschen Grenze; die Kolossalfestung Antwerpen sollte im Notfalle die ganze Armee aufnehmen können; an der französischen Grenze lagen überhaupt keine Befestigungen.“

Auf diese Ausführungen stützt sich die Widerlegung der belgischen Regierung, die sehr weit zurückgreift und mit dem Jahre 1852 einsetzt. In diesem Jahre habe Belgien, beunruhigt durch mancherlei Bestrebungen Napoleons III., sich entschlossen gehabt, in Antwerpen ein befestigtes Lager zu errichten. Die Arbeiten hätten sofort begonnen und seien von der deutschen Regierung gebilligt worden. Etwas später habe der preußische Militär-

attaché in Brüssel geraten, auf die Forts von Antwerpen zu verzichten und Befestigungen an der Maas zu schaffen, wo nach seiner Ansicht die Verteidigung der belgischen Provinzen konzentriert werden mußte. Die gleichen Gedanken habe Moltke im Oktober 1858 ausgesprochen und seinerseits Maasbefestigungen gefordert. Er habe an die Schaffung eines befestigten Lagers bei Namur gedacht, das für das Land den denkbar größten Schutz bedeuten würde. Im Jahre 1875 wurde der deutsche Militärattaché in Brüssel erneut bei dem belgischen Kriegsministerium vorstellig und betonte die zwingende Notwendigkeit, Namur und Lüttich zu befestigen. Die gleiche Demarche wurde 1887 von dem deutschen Gesandten in Brüssel gegenüber dem belgischen Ministerpräsidenten und späterhin gegenüber dem König Leopold II. wiederholt. Als dann die belgische Regierung die Befestigungen an der Maas in Angriff nahm, fand ihr Entschluß in Berlin die lebhafteste Zustimmung.

Der belgische Bericht bemerkt im Anschluß an diese historischen Ausführungen, daß Professor Bredt offenbar im Gegensatz zu Schwertfeger und Graßhoff diese Vorgänge nicht gekannt habe.

In der Rede, die Poincaré am 16. Juli in Laeken in Belgien anläßlich der Einweihung des Denkmals für den unbekannten französischen Soldaten gehalten hat, ist er auch seinerseits auf diese belgisch-deutsche Diskussion zu sprechen gekommen und hat u. a. gesagt: „Wenn Dr. Bredt in einem vor kurzem veröffentlichten amtlichen Bericht nicht geschrieben hätte, daß die Errichtung der belgischen Maasfestungen eine Verletzung der Neutralität und eine feindliche Maßnahme gegen Deutschland dargestellt hätten, so hätte Vandervelde sich nicht die Mühe zu machen brauchen, nachzuweisen, daß Deutschland nicht nur 1858, 1875 und 1887 diese Arbeiten gekannt und gebilligt hat, sondern sie sogar gewünscht und dazu ermutigt hatte."

Auch in der Note der belgischen Regierung über die deutsche Reichswehr vom 19. Juli 1927 wird einleitend noch einmal diese Diskussion gestreift. In dieser Note heißt es:

„Die Reichsregierung bezieht sich in ihrem Protest gegen die im Senat durch Herrn de Broqueville abgegebenen Erklärungen auf die Gefühle des Friedens und der vertrauensvollen Verständigung, die in den Beziehungen der Staaten vorherrschen sollen, die durch die Völkerbundssatzung und den Vertrag von Locarno verbunden sind. Die belgische Regierung läßt sich dauernd von diesen Gefühlen leiten. Die Beunruhigung, der der Wehrminister hinsichtlich der Sicherheit Belgiens und der Beobachtung des Versailler Vertrages durch Deutschland, der gleichermaßen die Signatarstaaten des Locarno-Vertrages bindet, Ausdruck gegeben hat, widerspricht dem keinesfalls. Man kann sich übrigens wundern, daß die Reichsregierung glaubt, Belgien vorwerfen zu müssen,

diese Gefühle zu verkennen, während kürzlich vom Reichstag veröffentlichte und in der ganzen Welt verbreitete amtliche Dokumente die Legende wieder ins Leben zu rufen versuchten, daß Belgien selbst seine Neutralität verletzt habe, und seine Regierung und Bevölkerung wiederum beschuldigten, Verbrechen gegen das Völkerrecht und gegen die Menschlichkeit begangen zu haben."

Mit Recht schreibt die „Volonté" in ihrer Nummer vom 20. Juli, wenn man die deutsche Kriegsschuld zur Grundlage der gegenwärtigen Organisation Europas machen wolle, so baue man auf Sand. Wenn man ein endgültiges Urteil über die Ereignisse von 1914 fällen wolle, dann hätten die Geschichtsschreiber der Zukunft das Wort, und wenn die französischen Staatsmänner diesen Prozeß beschleunigen wollten, so sollten sie endlich damit den Anfang machen und nicht mehr eifersüchtig ihre Dokumente im Quai d'Orsay verwahren.

Zur letzten belgischen Note wird in Berlin am 26. Juli eine offiziöse Erklärung veröffentlicht, in der es heißt:

„Was die Bemerkungen der belgischen Regierung zu den Veröffentlichungen des Untersuchungsausschusses des Reichstages anlangt, so ist nicht verständlich, inwiefern die Arbeit dieses Untersuchungsausschusses in irgendeinem Zusammenhang mit der Angelegenheit Broqueville stände und in Verbindung damit erörtert werden könnte. Bei den Veröffentlichungen des Untersuchungsausschusses des Reichstages handelt es sich um ein Verfahren, das bekanntlich durch einen Beschluß der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung vom August 1919 aus Anlaß der im Versailler Vertrag (Art. 227 bis 231) gegen Deutschland erhobenen Anschuldigungen eingeleitet wurde und nunmehr nach siebenjähriger Arbeit vor dem Abschluß steht. Die belgische Regierung hat eine der von ihr dem belgischen Parlament vorgelegten Denkschriften über die Veröffentlichungen des Untersuchungsausschusses unlängst auch der deutschen Regierung mitgeteilt. Diese beabsichtigt, die belgische Denkschrift dem Untersuchungsausschuß zu übermitteln."

★

DEUTSCHLAND.

Die Stellungnahme der Deutschen Studentenschaft zur Kriegsschuldfrage.

Am 28. Juni 1927 wurde an fast allen deutschen Universitäten und Hochschulen von der Studentenschaft zur Kriegsschuldfrage in öffentlichen Kundgebungen Stellung genommen. Über die Berliner Kundgebung haben wir bereits im letzten Hefte dieser Zeitschrift berichtet.

In Breslau fand die Kundgebung in der Aula Leopoldina der Universität statt. Geheimrat Professor Dr. Helfritz sprach über die Kriegsschuldlüge, ihre Entstehung und ihre Auswirkung.

In Danzig stellte sich die Vollversammlung der Studentenschaft nach einem Vortrage ihres Vorsitzenden einmütig hinter die Kundgebung der Berliner Studenten.

In Gießen sprach in der Aula der Universität Professor Dr. Roloff über die Vorgeschichte und den Ausbruch des Weltkrieges.

In der Protestkundgebung der Grazer Deutschen Studentenschaft sprach der Rektor der Technischen Hochschule, Professor Dr. Koller, über die Kriegsschuldfrage.

In Greifswald hielt Professor Dr. Beyer eine Rede über „Die Ethik der Kriegsschuldfrage".

In Hannover hatte die Studentenschaft zu einer Protestversammlung in die Stadthalle eingeladen. Den Vortrag hielt Oberst a. D. Bernhard Schwertfeger über das Thema: „Der Weltkrieg der Dokumente."

In Jena sprach auf der von der Studentenschaft veranstalteten akademischen Kundgebung Professor Dr. Cartellieri über das Thema: „Weltkrieg und Kriegsschuldfrage."

In Innsbruck sprach in der Kundgebung der Studentenschaft Professor Dr. Dendel über die Kriegsschuldfrage.

In Köln sprach Professor Dr. Kallen.

In Königsberg hatte die Studentenschaft Professor Dr. Rothfels zu einem Vortrag über die Vorgeschichte des Weltkrieges gewonnen.

In München wies Geheimrat Oncken in seinem Vortrage auf das ungeheure Verhängnis des den Deutschen im § 231 des Versailler Vertrages aufgezwungenen Schuldbekenntnisses hin.

Die Kriegsschuldfrage auf der Tagung des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände.

Vom 5. bis 8. Juli hielt der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände in Goslar eine Reichstagung ab. Das Referat über das Thema „Deutschlands Kriegsschuld in der öffentlichen Meinung der Welt" hatte Oberst a. D. Schwertfeger übernommen.

Im Anschluß an diesen Vortrag wurde folgende Resolution angenommen:

„Durch die gesamte historische Forschung, die sich vor allem auf die Große Aktenpublikation des Deutschen Auswärtigen Amtes und die Veröffentlichungen aus den russischen Archiven gründet, ist der Vorwurf von der Schuld Deutschlands am Weltkriege als Lüge einwandfrei nachgewiesen. Deshalb fordert die von dem Arbeitsausschuß Deutscher Verbände einberufene Reichstagung zu Goslar von der Deutschen Reichsregierung, in wirksamer Weise dem In- und Auslande gegenüber zum Ausdruck zu bringen,

daß sie einen Widerruf des Artikels 231 des Versailler Vertrages für unerläßlich hält und entsprechend den hohen Gesetzen der christlichen Moral die Anerkennung dieses Standpunktes seitens der Signatarmächte nunmehr erwarten muß, nachdem sie selbst in zahlreichen amtlichen Erklärungen, insonderheit in der des Reichskanzlers Dr. Marx vom 29. August 1924 und in der Note vom 26. September 1925, über ihre Ansicht keinen Zweifel gelassen hat."

Die für die weitere Arbeit wichtigen Richtlinien wurden in folgender Entschließung festgelegt:

„Die vom Arbeitsausschuß Deutscher Verbände einberufene Reichstagung zu Goslar erklärt, daß sich sein überparteilicher Charakter als die richtige Grundlage für eine ersprießliche Arbeit bewährt hat. Sie fordert von dem Arbeitsausschuß Deutscher Verbände, daß er bei der Fortsetzung seiner Arbeiten folgende Punkte berücksichtigt:

1. Er soll auf die Reichsregierung einwirken, daß sie jedesmal, wenn von ausländischen amtlichen Stellen aus Deutschland der Schuld am Weltkriege bezichtigt wird, tunlichst anschließend an die Anklage in einer der Form der Bezichtigung entsprechenden Weise Einspruch gegen die Anschuldigung erhebt und dafür Sorge trägt, daß der Widerspruch zur Kenntnis der Regierung, von der sie ausgeht, gelangt.
2. Der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände soll bei der Regierung dahin wirken, daß die sich auf mehr als 70 Milliarden Goldmark belaufende Summe der Gesamtleistungen Deutschlands auf Grund des Friedensvertrages genau ermittelt und bei allen Veröffentlichungen, die die Leistungen aus dem Friedensvertrag betreffen, in der jeweiligen Gesamthöhe ausdrücklich bekanntgegeben wird.
3. Es wird begrüßt, daß durch die Belieferung der Lehrer- und Schülerbibliotheken aller Schulgattungen mit dem Buch „Deutschland und Europa 1890 bis 1914" von Dr. Friedrich Stieve die Grundlage für eine einheitliche und sachgemäße Behandlung der Kriegsschuldfrage gegeben ist. Der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände soll seine Bemühungen um die Behandlung des Versailler Diktates und insbesondere der Kriegsschuldfrage innerhalb des Schulunterrichts fortsetzen.
4. Der beim Arbeitsausschuß Deutscher Verbände gebildete Ausschuß der Lehrerorganisationen für die praktische Durchführung der Forderung zu 3 kann nach Bedürfnis in geeigneter Weise erweitert werden."

Die Denkwürdigkeiten des Botschafters General von Schweinitz. Von Fürst Lichnowsky.

„Berliner Tageblatt", 12., 15. und 20. Juli 1927, Nr. 324, 330, 338.

In seiner Würdigung der Persönlichkeit des Botschafters von Schweinitz schreibt Fürst Lichnowsky u. a.: „Wer die kürzlich erschienenen Denkwürdigkeiten des Botschafters General von Schweinitz aufmerksam liest, der muß zu der Überzeugung gelangen, daß dieser Mann, der von 1876—92 Botschafter in St. Petersburg und

vorher Gesandter und Botschafter in Wien beziehungsweise Militärbevollmächtigter am russischen Hof war, ein Memoirenwerk von ungewöhnlicher Bedeutung, eine Geschichtsquelle ersten Ranges hinterlassen hat. Wenn die Lektüre beendet ist, bedauert man, daß dieser Diplomat nicht der Nachfolger Bismarcks wurde."

R. W. Seton-Watsons „Sarajewo". Kritische Bemerkungen. Von R. v. B.

„Deutsche Rundschau", Juli 1927.

Der Verfasser sagt in seiner Kritik des Buches von Seton-Watson, er müsse gegen den Teil des Werkes, der sich mit der Entwicklung des Gegensatzes zwischen Österreich-Ungarn und Serbien befasse, folgende Vorwürfe erheben: „1. Nichtberücksichtigung der schwierigen Lage Österreichs, 2. Bagatellisierung der serbischen Provokation und Agitation gegen die Monarchie, 3. Nichterwähnung des Umstandes, daß der radikale, revolutionäre und terroristische Charakter der jugoslawischen Bewegung ein Haupthindernis für die Änderung der österreichischen Südslawenpolitik bildete."

Den Gipfel der Inobjektivität erreiche Seton-Watson hinsichtlich der Enthüllungen des Ministers Ljuba Jowanowitsch. Das Schlußurteil des Verfassers lautet: „Seton-Watson hat nicht als objektiver Historiker und Forscher geschrieben, sondern sich die Rolle des Richters zugeteilt, ist aber dabei in die Rolle des Staatsanwaltes verfallen. Es kann also sein Buch schwerlich als ein Beitrag zur historischen Wahrheit angesehen werden, wenn es auch viel wertvolles Material und eine konzentrierte Darstellung eines der wichtigsten Vorkriegsprobleme, allerdings nur aus einem bestimmten Gesichtswinkel gesehen, enthält."

Die Rolle der Deutschamerikaner in der Kriegsschuldfrage. Eine Rede des Botschafters von Maltzan.

„Deutsche Allgemeine Zeitung", 16. Juli 1927, Nr. 328.

Zu Ehren der Stadt Bremerhaven anläßlich ihres langjährigen Bestehens wurde vom Norddeutschen Lloyd an Bord des Dampfers „Columbus" in Bremerhaven ein Festessen gegeben. U. a. sprach auch der deutsche Botschafter in Washington, von Maltzan. Er sagte in seiner Rede:

„Dem deutschamerikanischen Element sei es mit zu verdanken, daß allmählich eine Bresche in den Wall geschlagen werde, der in der Kriegsschuldfrage zwischen hüben und drüben besteht. In diesem Sinne wirkten nicht nur Barnes, sondern auch andere amerikanische Persönlichkeiten, wie z. B. der Senator Johnson von San Francisco, der energisch gegen die Legende von den Kindermißhandlungen und der Leichenfettver-

wertung durch die Deutschen Stellung genommen und mit diesen Erklärungen auch im Senat starken Beifall gefunden habe. Man sehe daraus, daß in manchem hervorragenden Kopf Amerikas die Kriegsschuldfrage ins Rollen gekommen sei, und daß man Deutschland Verständnis entgegenbringe. Wenn ein solcher Umschwung der Erkenntnis drüben erreicht sei, so sei das mit Hilfe der vornehmen und zurückhaltenden Stellung der Deutschamerikaner geschehen."

Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch. Von Theodor Graf Montgelas.

„Leipziger Neueste Nachrichten", 2. Juli 1927.

Besprechung der neuen Ausgabe der Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch.

Der Stand der Kriegsschuldfrage. Von Dr. Kurt Jagow.

„Deutsche Allgemeine Zeitung", 15. Juli 1927, Nr. 326.

In seiner Übersicht über den gegenwärtigen Stand der Kriegsschuldfrage kommt Jagow zu folgender Schlußfolgerung: „Ein Volk wie das deutsche kann mit dem Makel, der ihm in Versailles angeheftet wurde, schlechterdings nicht leben. Eine Initiative, die sich politisch auswirkt, können wir von dem ehemaligen Feindbund nicht erwarten; von England und Frankreich ist in dieser Beziehung nichts zu erhoffen.

An uns allein ist es, die deutsche Ehre zu wahren. Auf unserer Regierung ruht die Verantwortung, die ihr von niemandem abgenommen werden kann. Der Außenminister Stresemann hat diese Verpflichtung auch anerkannt, als er am 6. Juni 1924 im Reichstag erklärte: Gegenüber dem, was an Kritik über die angebliche Untätigkeit der Regierung gesagt wird, muß ich die Frage aufwerfen: Was soll die Regierung in dieser Frage tun? Sie ist durchaus bereit, die Aufrollung der Kriegsschuldfrage in die Hand zu nehmen nach dem Abschluß der deutschen Veröffentlichungen."

Orchies. Von Alfred von Wegerer.

„Tägliche Rundschau", 26. Juli 1927, Nr. 343.

Wegerer weist die von Poincaré in seiner Rede in Orchies am 24. Juli aufgestellten Behauptungen unter Verwendung des kürzlich herausgegebenen Materials des parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Völkerrecht im Weltkrieg 1914—1918" zurück.

Wegerer schreibt:

Der zweite Anklagepunkt in der Rede Poincarés bildet der Vorwurf, daß Deutschland nach wie vor „die Verantwortung der Mittelmächte am Ausbruch des Krieges bestreitet".

Hier können wir Herrn Poincaré nur erwidern, daß nicht nur die Deutschen die Verantwortung der Mittelmächte bestreiten, sondern daß dank der wissenschaftlichen Forschung in der Kriegsschuldfrage in allen Ländern hervorragende Sachverständige aufgetreten sind, die die Unhaltbarkeit der Versailler Kriegsschuldthese auf das überzeugendste dargetan haben . . .

Die Zeiten sind ein für allemal vorbei, wo der Siegeszug der Wahrheit in der Kriegsschuldfrage noch aufgehalten oder abgelenkt werden könnte. Poincaré wird sich hier nicht als der Stärkere erweisen. Auch das plumpe Manöver, das Poincaré bei jeder Gelegenheit versucht, im deutschen Volk Uneinigkeit zu schaffen, indem er behauptet, daß er nicht daran denke, die Verantwortlichkeit für den Krieg und die Art und Weise, wie er geführt werden mußte, unserem ganzen Volk aufzubürden. Das ist natürlich nichts wie eine Phrase. Es ist selbstverständlich, daß die Nachkriegsgeneration, also rund alle Leute bis zum 25. Lebensjahre, für den Krieg in keiner Weise verantwortlich gemacht werden kann. Aber darum dreht es sich hier gar nicht. In der Mantelnote vom 16. Juni 1919 werden alle abscheulichen Anklagen gegen „die Deutschen" oder gegen „Deutschland" gerichtet.

Wenn sich aber alle Deutschen ohne Unterschied der Partei, des Alters und des Geschlechts gegen die brutale Lüge wenden, daß es Deutschland gewesen ist, das „das größte Verbrechen an der Menschheit" begangen haben soll, so hat das seinen guten Grund darin, daß alle diese Deutschen unter den Folgen von Versailles täglich zu leiden haben.

Diese Folgen sind es, die neben der Wiederherstellung der Wahrheit und der Ehre der Nation in Deutschland die Energien lebendig machen, die notwendig sind, um die Versailler Kriegsschuldthese bis auf den letzten Stein zu zertrümmern."

*

FRANKREICH.

Fin d'ambassade à Berlin 1914.

„Revue des deux Mondes", 15. Juni 1927.

Der vorstehende Artikel in der „Revue des deux Mondes" hat anscheinend den früheren Botschafter in Berlin Jules Cambon selbst zum Verfasser oder aber ist auf Grund von Notizen des Botschafters geschrieben. Es ist bezeichnend, wie eng sich der Artikel an die im Französischen Gelbbuch von 1914 veröffentlichten Dokumente anschließt und nur zerstreut einiges neue Material bringt. Hier sei nur auf die in diesem Aufsatz erwähnten, bisher nicht bekannten Tatsachen aufmerksam gemacht.

Anfang Juli begab sich Cambon nach Paris, um mit dem neuen französischen Ministerpräsidenten Viviani, der erst seit dem 13. Juni im Amte war, über die österreichisch-serbische Krise Rücksprache zu nehmen. Am 27. Juli, in einer Unterredung, die Cambon mit Jagow hatte und die im Französischen Gelbbuch unter Nr. 74 wiedergegeben ist, sagte der Botschafter unter anderem dem Staatssekretär: „Sind Sie verpflichtet, Österreich überallhin zu folgen?"

Da Jagow schwieg, fuhr Cambon fort: „Sie erinnern mich an eine Fabel von Florian, ich glaube sie heißt ‚l'Amour et la Folie'. Kennen Sie sie?" „Nein." — „Nun, sie lautet kurz: Die Liebe, eine Binde über den Augen, reicht die Hand einer Frau, der Narrheit, die sie einem Abgrund zuführt. Die Gruppe dieser beiden Personen aus der Fabel erinnert mich an die Gruppe, die Deutschland augenblicklich mit Österreich bildet." Die vorstehenden Worte des Botschafters sind in der Nr. 74 des Gelbbuches nicht veröffentlicht. Am 31. Juli haben Jagow und Cambon eine Unterredung, die im Gelbbuch Nr. 116 erwähnt ist. Das dort veröffentlichte Dokument scheint aber unvollständig zu sein oder die in der „Revue des deux Mondes" mitgeteilten Worte sind den Tagebuch-Notizen des Botschafters entnommen. Nach der „Revue des deux Mondes" habe Cambon nach beendigter Unterredung zu Jagow gesagt: „Wissen Sie, daß Sie in einen Krieg mit England gehen?" „Nein", antwortete Jagow. „Ich glaube" — entgegnete Cambon —, „daß ich zu den Männern in Europa gehöre, die am besten über das unterrichtet sind, was in England vor sich geht, und ich sage Ihnen, daß Sie einem Kriege mit ihm entgegengehen." „Sie täuschen sich", beharrte Jagow. Der englische Botschafter, den Cambon dann aufsuchte, bestätigte die Worte seines französischen Kollegen: „Was Sie ihm gesagt haben, wird, glaube ich, eintreten, aber ich bin leider nicht autorisiert, es zu sagen."

La Publication des Archives diplomatiques.

„Les Cahiers des Droits de l'Homme", 25. Juni 1927.

Auf die letzte Antwort der französischen Regierung über die Veröffentlichung der französischen Vorkriegsakten (vergleiche „Die Kriegsschuldfrage" Juni 1927, Seite 590) hat nunmehr die „Liga für Menschenrechte" eine ausführliche Antwort gegeben, in der sie der französischen Regierung ihr starkes Befremden über die erneute Verschleppung der Öffnung der französischen Archive ausspricht.

Inzwischen hat der Finanzausschuß der französischen Kammer am 28. Juni, entsprechend einem Antrag des radikalen Abgeordneten Joseph Paganon, eine Summe von 200 000 Franken für die Veröffentlichung der französischen Vorkriegsakten in den Haushalt des Außenministeriums für 1928 eingebracht.

Les Crimes de l'Allemagne pendant la Guerre. Von James Donnadieu.

„Figaro", 4. Juli 1927.

Der Verfasser wendet sich in seinen Ausführungen in scharfer Form gegen die Feststellungen des Untersuchungsausschusses des

Reichstages über die Völkerrechtsverletzungen während des Weltkrieges.

Le Recueil diplomatique et la Guerre. Von Auguste Gauvain.
„Journal des Débats", 7. Juli 1927.

Révélations historiques et Responsabilités allemandes.
„L'Information", 8. Juli 1927.

Beide Aufsätze beschäftigen sich mit der „Großen Politik der Europäischen Kabinette" und ihrer französischen Übersetzung, von der bis jetzt die beiden ersten Bände vorliegen. Übereinstimmend betonen beide Aufsätze die Notwendigkeit einer parallelen französischen Veröffentlichung. In dem Artikel der „Information" wird mitgeteilt, daß unter Leitung von Henri Hauser sich eine kleine Gruppe gebildet habe, die im nächsten Jahr eine Geschichte der Weltpolitik von 1871 bis 1914 veröffentlichen will. Gauvain tritt in seinem Aufsatz dafür ein, daß gleichzeitig mit der französischen Übersetzung der „Großen Politik der Europäischen Kabinette" ein kritischer Kommentar-Band in Frankreich herausgegeben werde. „Wir dürfen das Wort den deutschen Herausgebern nicht allein überlassen. Von diesem Gesichtspunkt aus ist unser Propagandadienst beklagenswert. Vor und nach dem Kriege hat man bedeutende Summen für überflüssige Angelegenheiten oder für die Verbreitung von Werken ohne Interesse, wenn nicht gar schädlichen Inhalts, ausgegeben. Es wird Zeit, daß man von jenen ‚Spezialfonds' jetzt einen besseren Gebrauch macht."

L'Anniversaire de l'Entrée de l'Italie dans le Front unique de la Guerre.
„Figaro", 24. Mai 1927.

Zum zwölfjährigen Jahrestag des Eintritts Italiens in den Weltkrieg bringt der „Figaro" einige Aufsätze über die Bedeutung dieses historischen Ereignisses. Der ehemalige französische Botschafter in Rom, Camille Barrère, schreibt: „Die Neutralitätserklärung Italiens für den Fall eines deutschen Angriffs, die lange vorher im stillen durch geheime Abkommen vorbereitet war, und mehr noch sein Eintritt in den Krieg erzeugten in ganz Frankreich die stärkste Begeisterung. Dies war nicht mehr als gerecht. Die öffentliche Meinung Frankreichs hatte das Empfinden für die enorme moralische und materielle Bedeutung dieses großen historischen Ereignisses. Denn Italien ergriff die Waffen gegen seine Verbündeten von gestern. Bedeutete dies nicht die eklatanteste Verurteilung ihres Ver-

brechens, einen Weltkrieg entfesselt zu haben, den unsere Nachbarn jenseits der Alpen eifrig bemüht gewesen waren zu beschwören?"

André Chaumeix schreibt über die diplomatischen Verhandlungen Italiens bei Kriegsausbruch und bei Eintritt in den Weltkrieg, und Robert de Flers schildert den Eindruck, den die ersten französischen Truppen, die zur Unterstützung der italienischen Armee entsandt waren, in Italien empfanden.

★

ÖSTERREICH.

Der Mord von Sarajewo und der Prozeß von Saloniki. Von Gesandter a. D. Dr. von Wiesner.

„Schönere Zukunft", 1927, Nr. 40 u. 41.

Im Rahmen einer Besprechung des neuen Buches von Dr. Boghitschewitsch „Le Procès de Salonique" gibt Wiesner einen Überblick über den heutigen Stand der Forschung, soweit das Attentat von Sarajewo in Frage kommt. Wiesner sieht eine Klärung der Sachlage in zwei Punkten eingetreten:

„Das Attentat ist nicht der Initiative der jungen Bosniaken entsprungen, wie serbischerseits immer hervorgehoben und auch von der Kriegsschuldkommission betont worden ist, sondern es entsprang dem Kopfe des Obersten Dimitrijević und wurde von ihm durch Major Tankosić im Rahmen der serbischen Verschwörerorganisation „Schwarze Hand" ins Werk gesetzt, wobei sich die serbischen Verschwöreroffiziere die jungen bosnischen Studenten und Lehrer als ausführende Organe des Mordplanes auswählten. Hat das Attentat schon dadurch einen ganz anderen Charakter erhalten, so kommt hierzu noch die nicht mehr wegzuleugnende Tatsache, daß der serbische Hof, die serbische Regierung, der russische Gesandte und der russische Militärattaché in Belgrad von der Absicht des Obersten Dragutin Dimitrijević, des Chefs des Evidenzbüros des Generalstabes, Kenntnis hatten und nichts zu dessen Verhütung unternahmen."

Von Bismarck bis Bethmann Hollweg. Von Theodor von Sosnosky.

„Das Neue Reich", 2. Juli 1927.

Sosnosky bespricht das Buch von Friedrich Stieve: „Deutschland und Europa 1890—1914." „Mit tiefer Beschämung" — schreibt er — „und, offen gestanden, mit Neid müssen wir Österreicher uns sagen, daß wir unsererseits auf nichts verweisen können, was sich mit dieser bedeutsamen historischen Veröffentlichung auch nur entfernt messen könnte. Nichts auch läßt erhoffen, daß man an zuständiger Stelle an derartiges denkt."

„Der Prozeß von Saloniki" im Juni 1917.

„Der Österreicher", 1927, Nr. 6.

Eine ausführliche Besprechung des neuen Buches von Dr. Boghitschewitsch „Le Procès de Salonique".

*

RUMÄNIEN.

König Ferdinand †.

Am 19. Juli starb in Sinaia im Alter von 62 Jahren König Ferdinand von Rumänien. Im Jahre 1889 wurde er, als Neffe des König Carol von Rumänien, zum Thronfolger bestimmt. Er trat sein Amt als König in der schwersten Zeit an, im Oktober 1914. Im Gegensatz zu seinem Onkel, der zwar auch ein Eintreten Rumäniens in den Krieg an Seite der verbündeten Mittelmächte nicht erlangen konnte, aber doch bis zu seinem Tode eine ehrliche Neutralitätspolitik verfolgte, ging Ferdinand sehr bald andere Wege, die ihn in das Lager der Entente führten. Ein starker bestimmender Faktor in seinem politischen Leben war stets die Königin gewesen, die Nichte Eduards VII., die frühere Prinzessin Mary von Großbritannien und Irland. Sie war wohl auch die treibende Kraft, die Ferdinand bestimmte, sich 1922 in dem alten siebenbürgischen Städtchen Karlsburg zum Herrscher aller Rumänen krönen zu lassen.

Bücherschau.

Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914: Vollständige Sammlung der von Karl Kautsky zusammengestellten Aktenstücke mit einigen Ergänzungen. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes nach gemeinsamer Durchsicht mit Karl Kautsky herausgegeben von Graf Max Montgelas und Professor Walter Schücking. Neue, durchgesehene und vermehrte Ausgabe. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1927, 4 Bände.

Siehe die Besprechung der neuen Ausgabe der Dokumente durch Graf Max Montgelas in diesem Heft.

Litzmann, Karl, General d. I. a. D.: „Lebenserinnerungen." Erster Band. Verlag R. Eisenschmidt, Berlin 1927, 437 S.

Pohl, Heinrich: „Die Elsaß-Lothringische Frage.“ Eine Studie zur Kritik des Versailler Vertrages. Verlag von Ferdinand Enke, Stuttgart 1927, 63 S.

Renouvin, Pierre: „Les Origines immédiates de la Guerre.“ (28 juin — 4 août 1914). 2e édition, revue et mise à jour. Alfred Costes, Paris 1927, 326 S.

Wir kommen auf die 2. Ausgabe des Buches von Renouvin noch eingehend zurück.

Schwertfeger, Bernhard: „Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914. Ein Wegweiser durch das große Aktenwerk der Deutschen Regierung.“ Fünfter Teil. Dritte Abteilung. Europa vor der Katastrophe 1912—1914. Band 34 bis 39. 8. Band des Gesamtkommentars. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1927, 282 S.

Siehe die Charakterisierung dieses Werkes in dem Aufsatz von Oberst Schwertfeger in diesem Heft.

Sprecher von Bernegg, Th., Oberstkorpskommandant: „Fragen der Schweizerischen Landesverteidigung nach den Erfahrungen in der Zeit des Weltkrieges.“ Verlag Gebr. Leemann & Co., A.-G., Zürich 2, 1927.

In diesem Aufsatz, der u. a. eine eingehende Besprechung des französisch-englischen Aufmarschplanes enthält, schreibt Sprecher von Bernegg:

„Das französische Generalstabswerk über den Weltkrieg: ‚Les armées françaises dans la grande guerre‘, I. Bd. (Paris, Impr. Nat., 1922, 4°), enthält ziemlich eingehende Angaben über die Absichten und Operationspläne des französischen Heeres. Danach rechnete der französische Generalstab schon seit 1878 mit dem deutschen Durchbruch durch Belgien und Luxemburg, ja zeitweise sogar mit der Allianz Deutschland-Belgien, so im Plan IV und Plan V. Von 1887 an, d. h. seit dem fertigen Ausbau der Hauptfestungen und des strategischen Bahnnetzes, wurde mit Kriegsplan VIII die eigene Offensive in Aussicht genommen; von 1892 an, im Verlaß auf die russische Allianz, die „offensive immédiate“. Am 21. Dezember 1893 faßte der Oberste Kriegsrat den Beschluß, auf jede Offensive in der Alpenfront zu verzichten. Im August 1914, bei Ausbruch des Krieges, galt der Plan XVII, der im April und Mai 1913 definitiv genehmigt und auf den 15. April 1914 in Kraft erklärt worden war. Darin wird angenommen, daß sich Italien abwartend verhalte und sich dann auf die Seite schlage, die ihm den sichersten Gewinn verspreche. Man rechnete damit, daß die russische Armee am 15. Mobilmachungstage die Offensive beginnen und zwischen dem 20. und 23. Mobilmachungstag mit sämtlichen 28 Armeekorps vorgehen werde. Von England hatte man anscheinend noch keine bestimmten Zusicherungen für die Unterstützung auf dem Festland, da-

gegen heißt es (S. 19 des zitierten Werkes) „sur mer nous pouvons cependent sans témérité escompter l'appui effectif de la flotte britannique". Nebenbei gesagt, geht daraus klar hervor, daß die Verhandlungen von Sir Ed. Grey mit dem deutschen Botschafter Lichnowsky über die englische Neutralität im Juli 1914 nicht ernst gemeint sein konnten. Hinsichtlich der englischen Festlandunterstützung wird angegeben, schon 1911 habe das englische Kriegsministerium erklärt, es seien sechs Infanteriedivisionen für den Kontinent in Aussicht genommen, und seither hätten häufige Besprechungen zwischen beiden Generalstäben deshalb stattgefunden, besonders noch am 20. Juli 1914 in Paris zwischen General Wilson, dem englischen, und General Dubail, dem französischen Generalstabschef. Zu unserer Kenntnis ist während des Krieges in bezug auf diese Verhältnisse nur gelangt, daß die englische Armee eine sehr eingehende Erkundung von Belgien hatte vornehmen lassen, umfassend Verkehrs-, Lebens- und Unterkunftsmittel aller belgischen Provinzen und Ortschaften. Unsere Nachrichtensektion war im Besitz dieses gedruckten, also zur Verteilung an die Truppen bestimmten Berichtes gelangt."

Kleine Mitteilung.

Wir richten an unsere Leser die höfliche Bitte, überzählige Hefte aus früheren Jahrgängen unserer Zeitschrift, die nicht gesammelt werden, uns zur Verfügung zu stellen, damit wir die Möglichkeit haben, die zahlreichen Bestellungen auf frühere Jahrgänge der Zeitschrift ausführen zu können.

Die Schriftleitung.

Verlag: Zentralstelle f. Erforschung d. Kriegsursachen, Berlin NW6. Postscheck: Bln. NW7 Nr. 25558.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Alfred von Wegerer, Berlin NW 40.
Druck: Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin SW 48.

Bitte an unsere Leser!

Wir richten an unsere geehrten Leser die dringende Bitte, dem Inseratenteil unserer Zeitschrift besondere Beachtung zu schenken. Der Ausbau des Inseratenteils unserer Zeitschrift wird wesentlich gefördert, wenn unsere Leser sich bei Anfragen oder Einkäufen bei den inserierenden Firmen jedesmal auf unsere Zeitschrift beziehen.

Ost-Europa

Zeitschrift

für die gesamten Fragen des europäischen Ostens

Herausgegeben von
Professor Dr. Otto Hoetzsch, M. d. R.

Im Auftrage der **Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas** in Verbindung mit Otto Auhagen, Berlin / Otto Goebel, Hannover / Arthur Luther, Leipzig / Fritz Karl Mann, Institut für ostdeutsche Wirtschaft, Königsberg / Richard Salomon, Hamburg / Friedrich Schönborf, Ost-Europa-Institut, Breslau / Hermann Schumacher, Berlin / Max Sering, Berlin / Kurt Wiedenfeld, Leipzig

Das ausgezeichnete Organ zur Erschließung der Probleme des Ostens

Politik / Kriegsschuldfrage / Wirtschaft / Geistesleben

Erscheint monatlich. — Vierteljahrspreis 6.— RM.

Verlangen Sie ein unberechnetes Probeheft auf Grund dieser Anzeige

Ost-Europa-Verlag, Berlin W 35 und Königsberg i. Pr.

Friedrich Stieve

Deutschland und Europa

1890—1914

Umfang 250 Seiten Großoktav mit 3 Karten

Preis broschiert Mk. 4.— / Gebunden Mk. 5.—

★

Kurze Darstellung
der deutsch-europäischen Politik bis zum Kriegsbeginn.

Zusammenfassung alles Wesentlichen, was die große Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes gebracht hat.

Alle zum Verständnis notwendigen Dokumente und Verträge.

Daher ein Quellenbuch ersten Ranges.

Verlag für Kulturpolitik Berlin

Wanderer

WANDERER-WERKE / SCHÖNAU BEI CHEMNITZ

AUTOMOBILE
schnell und bequem
zuverlässig u. sparsam

Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft

empfiehlt sich
zur preiswerten Anfertigung
sämtlicher Drucksachen und Massenauflagen
Zeitschriften / Zeitungen
Werke

Setzmaschinen * Stereotypie * Rotationsdruck * Flachdruck

Berlin SW 48 / Wilhelmstraße 32
Fernsprecher: Amt Hasenheide Nr. 3123—3125

100 Rasierklingen

5,80 Mark franko

Nichtgefallend: Geld zurück!

Fa. v. Münchhausen * Wesermünde-Lehe

Wer

Aufbauarbeit

leisten will, lese die Monatshefte

Heimat und Volk

die über nationale Fragen eingehend unterrichten, den bodenständigen Heimatgedanken pflegen und vertiefen, den berufsständischen Gedanken pflegen und fördern und den Weg weisen, wie der Neuaufbau unseres Volkes und Vaterlandes geschehen kann.

*

Bezugspreis vierteljährlich nur **1.25** RM., für das Ausland halbjährlich **3.00** RM. — Bezug durch die Hauptgeschäftsstelle, **Berlin S. 14.** Postscheckkonto: Berlin 107928.

Bei Anfragen, Bestellungen und Einkäufen bitten wir auf unsere Zeitschrift „Die Kriegsschuldfrage" Bezug zu nehmen. **Der Verlag.**

Albaniens Werdegang.

Von Sektionschef a. D. Alfred Rappaport[1]), Wien.

Das Stiefkind unter den Balkanvölkern.

Mögen die Skypetaren von den Pelasgern oder den Illyrern, von den Mazedoniern oder den Thraziern abstammen, mögen sie mit Recht oder Unrecht Alexander den Großen und Pyrrhos zu den Ihrigen zählen, den Beweis seiner Tüchtigkeit und Begabung hat dieses älteste Volk der Balkanhalbinsel nicht nur unter dem Nationalhelden Skanderbeg, nicht nur durch die stradiotischen Söldner erbracht, die durch mehr als ein Jahrhundert sich im Dienste der italienischen Staaten geschlagen haben, sondern auch vor allem durch die Hunderttausende seiner Söhne, die in allen Kriegen der türkischen Sultane geblutet haben, und durch die lange Liste von hervorragenden Albanern, die in den osmanischen Annalen unter den Vezieren, Generalen und Rechtsgelehrten der Pforte erscheinen. Freilich hat der urwüchsige Trotz der Skypetaren, dieser einstigen Hauptträger des mohammedanischen Druckes auf die Balkannachbarn, ihnen den unversöhnlichen Haß dieser

[1]) Nach langjähriger Tätigkeit im k. u. k. Konsulardienste (Albanien, Mesopotamien und Mazedonien) von Graf Aehrenthal (1909) ins Ministerium des Äußern einberufen, war der Verfasser als stellvertretender Orientreferent und Fachmann für Albanien an der Bearbeitung der in diesem Aufsatze behandelten Angelegenheiten mittätig. Vom Kaiser Franz Josef durch Verleihung des erblichen Ritterstandes (mit dem Prädikate „von Arbengau") und von Kaiser Wilhelm II. mit dem Kronenorden II. Klasse mit dem Sterne ausgezeichnet, trat er 1920 als Sektionschef in den Ruhestand. Seither schrieb er zahlreiche außenpolitische Aufsätze, ferner „mazedonische Erinnerungen" („Au Pays des Martyrs", Paris 1927). Die Schriftleitung.

zugezogen, wozu noch, als die Reformsultane die Hand an die alten Stammes- und Herrenvorrechte legten, Auflehnung gegen Stambul und Repression durch die Türken kamen[2]). Den Albanern ging eben die Treue zum Clan und zum angestammten Häuptlingsgeschlechte über alles, und diese Urform der Vaterlandsliebe hat bei ihnen erst spät, viel zu spät dem modernen Nationalbewußtsein Platz gemacht, zu einer Zeit, wo alle anderen Hämusnationen schon längst die politische Mündigkeit erreicht hatten. Byrons Verse

> Fierce are Albania's children, yet they lack
> Not virtues, were these virtues more mature[3])

waren noch ein Jahrhundert nach des Dichters Besuch bei Ali Pascha Tepeleni für die Stellung der Skypetaren innerhalb der Völkerfamilie der Balkanhalbinsel bezeichnend.

Nicht alles an der politischen Unreife der Albaner hat allerdings die Türkenherrschaft verschuldet, denn die religiöse Spaltung bestand schon vorher und wurde durch das Eindringen des Halbmondes nur verschärft, und die Stammesfehden nebst der Blutrache sind ein Erbteil des Mittelalters gewesen. Allein der Widerstreit der politischen Anschauungen, der bald von der Religion, bald von auswärtigen Einflüssen bedingt war, erklärt sich vorwiegend aus dem Übergewichte des Islams, das den Gegendruck der Christenwelt auslöste. Noch verhängnisvoller war es aber für die Skypetaren, daß Europas Diplomatie sie lange Zeit für eine „quantité négligeable" ansah, für ein zwar unbequemes, aber doch noch gänzlich unmündiges Element der Türkei, für eine Art „europäischer Kurden", auf die man keine besondere Rücksicht zu nehmen brauchte. So waren im hellenischen Freiheitskriege und in den montenegrinischen Grenzkämpfen schon beträchtliche Teile des territorialen Erbes der Albaner verlorengegangen, als die sonst recht wenig, in diesem Punkte aber doch übereinstimmenden Friedensverträge von San Stefano und Berlin diesem Stiefkinde unter den Balkanvölkern noch die ganze Nordostecke seines Sprachgebiets (westlich von der bulgarischen Morava) entrissen. So kam es, daß die bisher enklavenartig von Skypetaren umschlossen gewesenen Kossovoserben zum nächsten Gegenstande der Belgrader „Irredenta" gemacht, ja überhaupt den Balkannachbarn der Gedanke nahegelegt wurde, Albanien als eine leicht erwerb- und entnationalisierbare „terra nullius" anzusehen, was der Grundgedanke des Teilungs-

[2]) Näheres bei Ippen, Beiträge zur inneren Geschichte Albaniens im XIX. Jahrhunderte, in Thalloczy, Illyrisch-albanische Forschungen. München und Leipzig 1916.

[3]) Childe Harold II., 65.

projektes des Balkanbundes (1912) werden sollte. Der wahrscheinlich von Sultan Abdul Hamid ausgehende Versuch nach dem Berliner Kongresse, alle Albaner, Mohammedaner und Christen, Verfechter der alten Vorrechte oder Anhänger der modernen Nationalidee zur „albanischen Liga“[4]) zu vereinen, um sich der Durchführung der territorialen Bestimmungen zu widersetzen, hat seinen Zweck nicht erreicht, denn die wenigen von der europäischen Diplomatie zugestandenen Grenzberichtigungen wurden durch den Verlust des rein albanischen Dulcigno, das über britischen Antrag an Montenegro kam, wettgemacht. Kaum hatten aber die Albaner „ihre Schuldigkeit getan“, da ließ sie der Sultan durch Derwisch Pascha zu Paaren treiben und massenhaft in die Verbannung schicken.

Die Statistik ist niemals die starke Seite der türkischen Verwaltung gewesen, und die Balkanstaaten haben schon gar kein Interesse, daran feststellen zu lassen, wie viele Albaner sie einverleibt und auf die eine oder andere Weise entnationalisiert haben. Man wird daher kaum jemals mit Genauigkeit angeben können, wie groß die Verluste gewesen sind, die das ursprüngliche albanische Sprachgebiet vor und nach der Balkankrise erlitten hat. Der in dem beigegebenen Kärtchen unternommene annähernde Veranschaulichungsversuch trachtet jedoch durch Zurückgreifen auf ältere Quellen den ursprünglichen Zustand halbwegs wiederherzustellen, gleichzeitig aber durch vorzugsweise Zugrundelegung der Arbeit eines Russen (der anläßlich der slawischen Ausstellung von Moskau [1867] von Mirkowitsch herausgegebenen „Karta Slavjanskih Narodnostej“) die Unparteilichkeit zu wahren.

II. Die Albanienpolitik der Balkanstaaten und der Großmächte.

Sollte dieser Abbröckelungsprozeß bis zur völligen Aufteilung Albaniens unter die Balkanstaaten fortgesetzt werden? Sollte ihm durch Autonomisierung des Landes Einhalt geboten werden? Sollten Großmächte sich des ganzen Landes oder einiger Punkte desselben bemächtigen? Aus diesen drei Fragen setzte sich das Problem der Albanienpolitik zusammen, das mit dem Herannahen des Zusammenbruchs der türkischen Herrschaft über Rumelien immer mehr in den Vordergrund trat und mit der Balkankrise von 1912 aktuell geworden ist.

Daß die Balkanstaaten, und zwar natürlich vor allem Montenegro, Serbien und Griechenland, auf dem Aufteilungsstandpunkte standen und daß Rußland sie darin bestärkte, braucht ebensowenig

[4]) Siehe Ippen, Beiträge usw., wie in der früheren Fußnote angeführt.

gesagt zu werden, als daß man auf dieser Seite dem Gedanken eines albanischen Staates mit der größten Skepsis begegnete. Allerdings ist dieser Zweifel kaum jemals mit der gleichen Brutalität ausgesprochen worden, wie in dem am 18. Januar 1912 der Londoner Konferenz vorgelegten montenegrinischen Memorandum[5]): „L'expérience ne tardera pas á prouver l'inanité des efforts de faire sortir du chaos des clans albanais un Etat viable et civilisé...". (Nicht unerwähnt darf in diesem Zusammenhange bleiben, daß auch die Slawen des Habsburgerreiches diesen Standpunkt einnahmen und der Politik des Ballhausplatzes opponierten, ja, daß es auch in Italien Elemente gegeben hat, die bloß aus Abneigung gegen Österreich meinten, man solle Albanien mehr oder minder den Balkanstaaten überlassen.)

Der Autonomisierungsgedanke lag seit dem am 5. und 6. November 1897 zwischen Graf Goluchowski und Visconti Venosta zu Monza mündlich und durch den Notenwechsel vom 20. Dezember 1900 bzw. 9. Februar 1901 auch schriftlich abgeschlossenen „albanischen Akkord" der Albanienpolitik Österreich-Ungarns und Italiens zugrunde und bildete dank der Unterstützung des Deutschen Reichs während der großen Balkankrise das gemeinsame Ziel der Dreibundpolitik.

Vorangegangen ist dieser Albanienpolitik der Kabinette von Wien und Rom die Bestimmung des Artikels VII des Dreibundvertrags, der unter anderem jede, wenn auch nur zeitweilige Änderung des bestehenden Zustands an der Adriaküste vom beiderseitigen Einvernehmen bzw. von Kompensationen abhängig machte. Je näher nun der Fall eines Zusammenbruchs der Türkenherrschaft über Albanien heranzurücken schien, desto schwächer mußte dem Wiener (und wohl auch dem römischen) Kabinette die Gewähr erscheinen, die diese Vertragsbestimmung gegen die Festsetzung einer anderen Macht (sei es auch einer verbündeten) an der albanischen Küste bot. Es lag daher nahe, sich im vorhinein auf das Desinteressement und die Autonomisierung festzulegen. Daß Graf Goluchowski dies vorerst in St. Petersburg versuchte, lag in der allgemeinen Richtung dieses Staatsmanns, daß in der russischen Antwortsnote ein etwas kühler Ton angeschlagen ward[6]), in der bereits erwähnten Übereinstimmung Rußlands mit der negativen Albanienpolitik der Balkanstaaten. Die damals in Berlin besorgte

[5]) Österreichisch-Ungarisches Rotbuch, betreffend die Ereignisse am Balkan, Nr. 245, Beilage.

[6]) Vgl. G. P. Kap. LXXIX Nr. 3126 samt Fußnote.

Basar in Tirana

Verstimmung Roms über jenen Gedanken[7]) mag bis zu einem gewissen Grade zugetroffen haben, hat aber nicht gehindert, daß noch in demselben Jahre 1897 der „Akkord" mit Österreich-Ungarn abgeschlossen wurde.

Belastet wurde die gemeinsame Albanienpolitik Österreich-Ungarns und Italiens durch vier verschiedene Momente: Erstens durch die mit der „Irredenta" zusammenhängende österreichfeindliche Richtung im Apenninenkönigreiche, die schon während der Balkankrise Giolitti und Marchese di San Giuliano öfters zögern ließ, in albanischen Dingen gemeinsam mit Wien aufzutreten, und im Jahre 1914 jenen Rückschlag der Triester Affären auf dem Gebiete der Albanienpolitik hervorrief, der für die Stellung des Fürsten Wilhelm in Durazzo so verhängnisvoll werden sollte[8]). Zweitens der Anspruch Österreich-Ungarns auf das Schutzrecht über die katholische Kirche Albaniens. Daß Italien sich diesem Protektorate gegenüber ungefähr ebenso ablehnend, wie das Deutsche Reich dem analogen Anspruche Frankreichs im übrigen Oriente gegenüber verhielt, bedeutete zwar zeitweise eine Verlegenheit, nicht zuletzt auch für den Vatikan, hat aber kaum jemals den unmittelbaren Anlaß ernsterer Differenzen gegeben. Am ehesten war dies noch der Fall, als man von Wien aus die bisherige italienische Unterrichtssprache der geistlichen Anstalten durch die Landessprache ersetzen ließ und damit den Staatsschulen Italiens Konkurrenz zu machen versuchte, was übrigens das einzige praktische Ergebnis des am Ballhausplatze wiederholt erörterten, aber immer wieder aufgegebenen Gedankens war, das sonst nur eine altehrwürdige Tradition der katholischen Habsburgermonarchie darstellende Kultusprotektorat politisch zu verwerten.

Eine dritte Divergenz zwischen der Wiener und der römischen Albanienpolitik beruhte auf der geographischen Lage. Diese brachte es mit sich (und der Verlauf der Balkankrise zeigte es mehrmals), daß Italien sich vorzugsweise für die Küste und den Süden inter-

[7]) Vgl. von Holsteins Aufzeichnung vom 13. Juli 1897 G. P. Kap. LXXIX Nr. 3130.

[8]) Im Verlaufe der Balkankrise ergab sich eine derartige Überlastung des Ministers Grafen Berchtold und seiner Stellvertreter durch die unzähligen Einzelheiten der albanischen Angelegenheiten, daß der Verfasser betraut wurde, darüber direkt mit der italienischen Botschaft in Verkehr zu treten. Bei seinen durch viele Monate fast täglich sich ergebenden Unterredungen mit Herzog Avarna hat der Verfasser nicht bloß den Eindruck von der absoluten Loyalität des Botschafters gewonnen, sondern auch die Rückwirkung der „Irredenta"-Frage auf die albanische beobachtet, die mit Aliottis Ernennung zum Gesandten in Durazzo ihren verhängnisvollen Höhepunkt erreicht hat.

essierte, während man in Wien schon infolge der Wichtigkeit eines lebensfähigen Albaniens für das Balkangleichgewicht und zwecks Hintanhaltung eines übermäßigen Macht- und Prestigezuwachses Serbiens dem Norden und dem Binnenlande nicht mindere Bedeutung beimessen mußte.

Endlich läßt sich auch nicht in Abrede stellen, daß hüben und drüben hie und da expansionistische Unterströmungen, gewissermaßen Reminiszenzen an längst vergangene Zeiten (in Österreich an jene der Türkenkriege, in Italien an die Glanzperiode der Republik Venedig) sich geltend machten und die „Akkord"-Politik zu stören drohten. Auf österreichischer Seite waren diese „Rückfälle" selten und eher dilettantischen Ursprungs, auf italienischer Seite kamen sie vielleicht etwas häufiger vor, und beruhten vorzugsweise auf einer Überschätzung des maritimen Wertes Valonas, das 1914 bis 1920 tatsächlich besetzt wurde [9]).

Die allerneuste Phase der italienischen Albanienpolitik weist übrigens eine trotz aller Ableugnung unverkennbare Ähnlichkeit mit jener auf, die Österreich-Ungarn während der Großen Balkankrise verfolgte, nachdem der Tiranavertrag seiner Genesis und seinem Wesen nach doch nichts anderes als eine Maßnahme zum Schutze Albaniens gegen den serbischen Expansionsdrang darstellt.

Was die Westmächte anbelangt, so hatte Frankreich einmal, namentlich unter den beiden Napoleons, nicht nur mit den albanischen Machthabern von Skutari und Janina engere Beziehungen gepflogen, sondern auch (bisweilen im bewußten Gegensatze zu dem österreichischen Schutzrechte über die katholische Kirche Albaniens) sich um die Freundschaft der Mirditen und ihrer erblichen „Kapitane" beworben, bis der Zweibund und das fortschreitende Einschwenken ins russische Fahrwasser das Pariser Kabinett zum zweiten Förderer der albanienfeindlichen Balkanstaaten machte.

Ganz anders verhielt sich England, dem aus Gründen des Gleichgewichts im Mittelmeere die Autonomisierung Albaniens gewisse Vorteile gewähren konnte und wo überdies eine albanophile Unterströmung in angesehenen Gesellschaftskreisen vorlag, deren Erklärung darin besteht, daß die Erinnerung an die Romantik der eigenen Vorzeit (insbesondere Schottlands) den Briten seit jeher ein gewisses Verständnis für das Gehaben urwüchsiger Berg-

[9]) Schon während der zweiten Skutariaffäre (siehe Abschnitt VIII) und anläßlich der damaligen Erörterung einer Mandatserteilung an Österreich und Italien bereitete letztere Macht eine Expedition nach Valona vor (Anf. Mai 1913. — Vgl. G. P. Kap. CCLXXII Nr. 13 265 samt Fußnote).

völker eingeflößt hat. Überdies war England im Jahre 1912 noch lange nicht so weit wie zwei Jahre später in die Ententepolitik hineingeraten, und so kam es, daß während der Balkankrise Sir Edward Grey zusammen mit den Staatssekretären von Kiderlen und von Jagow für die Sache des Friedens und gleichzeitig für die Errichtung des albanischen Staates tätig sein konnte.

III. Albanien von der jungtürkischen Revolution bis zur Balkankrise.

Daß der „Verbrüderungstaumel" der jungtürkischen Revolution vom Juli 1908 nicht von Dauer sein würde, war vorauszusehen. Trotzdem ist das Verhältnis der Jungtürken sowohl zu den Albanern als auch zu den anderen Balkanvölkern so lange ein leidliches geblieben, als das „Komitee für Einheit und Fortschritt" seinen Sitz in der „Wiege der Freiheit", in Saloniki, beibehalten hat. Mit seiner Verlegung nach Konstantinopel setzte aber automatisch der Rückfall in die zentralistische Politik der Reformsultane und damit eine ganz Rumelien umfassende Unzufriedenheit ein. In Mazedonien und Thrazien sehnten sich die Christen nach den internationalen Reformen zurück und erhoben die Banden wieder ihr Haupt, in Albanien folgte Revolte auf Revolte und Repression auf Repression, und überdies machte sich der Unmut der Skypetaren in Grenzkämpfen gegen Montenegro Luft.

Diese Dinge haben schließlich zum Balkanbunde vom Mai 1912 und kaum ein Halbjahr später zum Kriege der vier Balkanstaaten gegen die Türkei geführt. Die Bestimmung des griechisch-serbischen Bündnisvertrages von der künftigen gemeinsamen Grenze beider Staaten lief auf eine Teilung Albaniens hinaus und beruhte nicht zuletzt auf der irrigen Meinung, die Unzufriedenheit mit den Jungtürken werde den Albanern die Fremdherrschaft als ein geringeres Übel erscheinen lassen. Der Gedanke des Kabinetts Ghasi Muchtar Pascha, der drohenden Gefahr durch Dezentralisation der Verwaltung zu begegnen, kann leider ebenso spät als der daran anknüpfende Vorschlag des Grafen Berchtold vom 13. August 1912 [10]) (und übrigens auch Sasonows Gegenprojekt). Was Graf Berchtolds Absichten anbelangt, so will der Verfasser, der an den diesbezüglichen Beratungen teilnahm, nicht unerwähnt lassen, daß der von dem Freiherrn von Wangenheim am 8. September nach Berlin gemeldete Ausspruch des Militärattachés Obersten Pomiankowski „An der Türkei liegt uns gar nichts, an Albanien hingegen alles" [11])

[10]) Oesterr.-ungar. Rotbuch, betr. die Ereignisse am Balkan, Nr. 1.
[11]) Vgl. G. P. Kap. CCXLII Nr. 12 142.

keinesfalls den Absichten des österreich-ungarischen Ministers des Äußern entsprach, der mit seiner leider vielfach mißverstandenen Demarche nichts anderes als einen noch in letzter Stunde unternommenen Versuch im Auge hatte, die Türkei vor dem drohenden Angriffe, Albanien aber vor der Aufteilung zu bewahren.

IV. Die ersten zwei Monate der Balkankrise.

Mit der Kriegserklärung Montenegros am 8. Oktober (der am 17. die drei andern Verbündeten nachgefolgt sind) war die Große Balkankrise ausgebrochen, und die Interventions- und Mediationsdemarchen der Großmächte wenigstens in diesem ersten Stadium der Krise sind kaum als viel mehr als die Erfüllung einer traditionellen, aber so ziemlich aussichtslosen Pflicht zu werten.

Für die Entwicklung der Albanienfrage sind die beiden ersten Monate der Krise ziemlich unfruchtbar geblieben. Graf Berchtold hat zwar schon sehr bald (am 30. Oktober) seinen Standpunkt der Ablehnung des serbischen Zuganges zur Adria und der freien Entwicklung Albaniens dem Botschafter Grafen Szögyény in Berlin mitgeteilt und ihn Italien gegenüber schon am 9. und 17. November in seinen Depeschen an Herrn von Mérey ziemlich eingehend entwickelt [12]). Der ihm öfters und von verschiedenen Seiten gemachte Vorwurf, er lasse die Mächte über seine Absichten, über das Minimum seiner Forderungen im unklaren (und den wohl die unüberwindliche Schwierigkeit erklärt, sich auf ein allen Möglichkeiten der südslawischen Frage und der serbischen Prätentionen Rechnung tragendes Programm von vornherein festzulegen) [13]), kann daher schwerlich von seiner Albanienpolitik gelten. Italien hat wohl etwas gezögert, was mit seinem anfänglichen (wirklichen oder angeblichen) Zweifel an den Erfolgen der Balkanverbündeten begründet wurde [14]), vor allem aber wohl auf die aus Rücksicht auf die österreichfeindlichen Kreise bestehende Abneigung des römischen Kabinetts zurückzuführen war, die Gemeinsamkeit der Albanienpolitik mit Wien gar zu sehr zu unterstreichen [15]). So kam es, daß die Consulta sich zu den vom Ballhausplatze aus schon längst

[12]) Österreichisch-Ungarisches Rotbuch, betreffend die Ereignisse am Balkan, Nr. 60, 80 und 107.

[13]) Vgl. G. P. Kap. CCLXIV Nr. 12 318 und Kap. CCLXV Fußnote zu Nr. 12 461, S. 435, ferner Nr. 12 487.

[14]) Äußerungen Graf Berchtolds in von Tschirschkys Berichten vom 28. Oktober, G. P. Kap. CCLXIV Nr. 12 304.

[15]) Vgl. Berichte des Botschafters von Jagow vom 13. u. 27. November, G. P. Kap. CCLXIV Nr. 12 382 und Kap. CCLXV Nr. 12 460.

Tirana, Moschee nebst Kloster der tanzenden Derwische

erfolgten Mahnungen an Serbien und Montenegro erst dann herbeigelassen hat, als die Heere dieser beiden Staaten die Adriaküste erreichten [16]).

Mit dieser, trotz der kleinen Unstimmigkeiten doch auf dem „Akkord" aufgebauten Stellungnahme der beiden verbündeten Mächte und ihrer Unterstützung durch das Deutsche Reich war die diplomatische Entwicklung der albanischen Sache vorläufig erschöpft, denn die einschlägigen Verhandlungen sowohl mit den Balkanstaaten als auch mit den Mächten der Tripelentente haben sich bis zur Londoner Konferenz in einem kläglichen „Circulus vitiosus" bewegt. „Vous m'avez dit l'autre jour que vous trouviez que les chances d'une solution satisfaisante de la question du port sur l'Adriatique avaient fait un pas en arrière. Après une conversation que j'ai eu hier avec M. Sasonow, j'ai l'impression que nous n'avons pas fait un pas, mais plusieurs pas en arrière", sagte am 20. November Marchese della Torretta zu Graf Pourtalès [17]), und dieses Wort des geistreichen Sizilianers kennzeichnet besser als lange Auseinandersetzungen die Zickzacklinie, in der sich die albanische Frage bis zur Londoner Konferenz, noch dazu mit allen möglichen Varianten des auch auf dem Balkan absurden „Korridor"-Gedankens, bewegt hat. Die einzige, wenn auch gewiß nicht zu überschätzende Tat während der zwei Monate hat der Albaner Ismail Kemal Bey Vlora gesetzt, indem er am 28. November zu Valona die Unabhängigkeit seines Vaterlandes proklamierte [18]). Der Chef der provisorischen Regierung war wohl ein aus der türkischen Schule hervorgegangener „Mann der kleinen Mittelchen", dem es zur tatsächlichen Ralliierung seiner Landsleute an Einfluß und Verwaltungskunst fehlte. Allein, diplomatischen Scharfblick hatte er, denn es war nicht nur die Zeit richtig gewählt, um durch eine Kundgebung des albanischen Volkswillens den Förderern der albanischen Unabhängigkeit die Grundlage für ein tatkräftiges Auftreten auf der kommenden Konferenz zu bieten, sondern es war auch entschieden klug, die Manifestation an einem Orte vorzunehmen, der dem Zugriffe der Balkanverbündeten entrückt war, so daß es den letzteren nicht gar so leicht möglich war, die ihnen unbequeme provisorische Regierung der Skypetaren einfach mundtot zu machen.

Die vielverbreitete Auffassung, die Albanienpolitik des Grafen Berchtold und ihre Unterstützung durch das Deutsche Reich sei

---

[16]) Österreichisch-Ungarisches Rotbuch, betreffend die Ereignisse am Balkan, Nr. 88.

[17]) Vgl. G. P. Kap. CCLXV Nr. 12 413.

[18]) Österreichisch-Ungarisches Rotbuch, betreffend die Ereignisse am Balkan, Nr. 136.

ein Übergang zwischen der Annexionspolitik des Grafen Ährenthal und dem Juli-Ultimatum von 1914 oder, wie sich andere ausdrücken, eine Stufe der Klimax gewesen, deren Höhepunkt der Ausbruch des Weltkriegs war, läßt sich auch aus den Vorgängen in den ersten zwei Monaten der Balkankrise unschwer widerlegen. „Einen Krieg könnte ich natürlich leicht in 24 Stunden provozieren", sagte Graf Berchtold am 6. Dezember zu Botschafter von Tschirschky. „Das will ich aber nicht, und ich bin mir der Verantwortung, die ich dem Deutschen Reiche gegenüber trage, vollkommen und jeden Augenblick bewußt." Und wenn der österreich-ungarische Minister unmittelbar vorher die Absicht ausspricht, auf friedlichen Wege, womöglich mit einem diplomatischen Erfolge, jedenfalls aber mit Ehren aus der damaligen Lage herauszukommen, so mag man dies, wenn man will, als eine Art Prestigepolitik bezeichnen, allein es geht aus den folgenden Ausführungen des Grafen Berchtold ganz klar hervor, daß er die Erhöhung des Ansehens des Habsburgerreiches nicht seiner selbst willen, sondern zu dem berechtigten Zwecke der Selbsterhaltung der Monarchie gegenüber der südslawischen Gefahr anstrebte, und derselbe rein defensive Charakter lag auch den damals und später von Wien aus ergriffenen militärischen Vorsichtsmaßnahmen zugrunde [19]). Wenn auf österreichischer Seite Fehler begangen wurden, so sind sie höchstens auf preßpolitischem Gebiete zu suchen, so in der Affäre des Konsuls Prochaska in Prisren. Die Erklärung dieser leidigen Episode liegt übrigens nicht so sehr in einer vielfach angenommenen Verstimmung Herrn von Kanias gegen Graf Berchtold [20]) als in der Wirkung der herausfordernden Hartnäckigkeit, mit der die Serben die Verbindung des Konsuls mit seiner Regierung unterbanden, auf das Temperament des unter Graf Ährenthal bewährten Pressechefs. In gewissem Sinne ein Gegenstück hierzu stellt der Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 26. November dar, der „kalte Wasserstrahl", wie sich von Kiderlen ausdrückte [21]), der in Wien, wohl mißverständlich, als ein Abrücken aufgefaßt wurde, allerdings keineswegs der erste oder letzte Fall während der Balkankrise, wo man am Ballhausplatz einen Augenblick lang den Eindruck hatte, daß die österreich-ungarische Albanienpolitik von Berlin aus nicht genügend unterstützt werde. Heute, wo alle diese Dinge schon so weit zurückliegen, bilden diese kurzfristigen Mißverständnisse eigentlich doch

[19]) Bericht des Botschafters von Tschirschky vom 6. Dezember, G. P. Kap. CCLXV Nr. 12 487.

[20]) Vgl. von Tschirschkys Privatbrief an Unterstaatssekretär Zimmermann vom 29. Dezember, G. P. Kap. CCLXVIII Nr. 12 593.

[21]) Vgl. G. P. Kap. CCLXV Nr. 12 453 und Fußnote auf Seite 424.

Tirana, Markttag zur Zeit der österreichisch-ungarischen Besetzung

nichts anderes mehr als einen nicht geringeren Beweis der deutschen Friedensliebe, als die erfolgreichen Bemühungen des Auswärtigen Amtes um das Zustandekommen der Londoner Konferenz.

Ganz anders sah es in dieser Beziehung auf der Gegenseite aus. Bei Sasonow spielten wohl die Schwäche und Unentschlossenheit (genau so wie bei seinem Herrscher) die allergrößte Rolle, und nichts ist bezeichnender dafür, als daß er schon am 8. Oktober von Kiderlen gegenüber die Bemerkung, er würde auch gerne nach Wien gehen, sofort wieder mit dem Zusatz zurücknahm: „On crierait trop!“ [22]) Unter dem „on“ waren Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch, die montenegrinischen Großfürstinnen und die Kriegspartei, Iswolsky und Hartwig, zu verstehen, und für die Provokationen und Taktlosigkeiten des letzteren [jetzt steht auch der Ausspruch: „L'affaire de la Turquie est faite. Maintenant c'est le tour de l'Autriche“ fest [23])] fand Sasonow nur die merkwürdige Ableugnung: „Vous pouvez dire de Hartwig ce que vous voulez, mais vous ne pouvez pas dire qu'il est un imbécile!“ Es fällt einem unwillkürlich das Bismarcksche Wort von der „russischen Dummheit“ ein, wenn man sieht, wie damals (und später) das ungeheure Zarenreich von den kleinen Balkanstaaten am Gängelbande geführt wurde. Nicht für Wien, sondern für St. Petersburg bestand die Gefahr des „Hineintaumelns“ [24]) in den Krieg, und daß sie 1912—1913 vermieden wurde, war nicht das Verdienst der russischen Diplomatie, sondern lediglich darauf zurückzuführen, daß das segensreiche Zusammenwirken zwischen Berlin und London damals noch möglich war, ferner daß Graf Berchtold dort, wo es, wenn auch auch unter Opfern, halbwegs anging, den Grundsatz von der Nachgiebigkeit des Klügern befolgt hat, wie wir besonders im Abschnitt VII im Falle Djakova sehen werden.

Ganz eigentümlich und als Gegenstück zu der Kriegsschuldthese, daß Deutschland „Mißtrauen gesät“ und sich „der Täuschung, der Intrige“ bedient habe, ist es zu beobachten, wie man in diesen zwei ersten Monaten von Paris aus immer wieder mit den abgebrauchten Phrasen herumwarf, die noch aus der Zeit stammten, wo es wirklich noch ein „europäisches Konzert“ gab [25]), wie man auf der einen Seite die Balkanstaaten in ihren albanien-

[22]) Von Kiderlens Aufzeichnung vom 9. Oktober 1912, G. P. Kap. CCLXIII Nr. 12 256.

[23]) Siehe G. P. Fußnote zu Kap. CCLXV Nr. 12 417.

[24]) Vgl. von Tschirschkys Bericht vom 18. November, G. P. Kap. CCLXV Nr. 12 402.

[25]) Vgl. Österreichich-Ungarisches Rotbuch, betreffend die Ereignisse am Balkan, Nr. 3, 24, 34, 127 und 131, ferner G. P. Kap. CCLXIV Nr. 12 307.

feindlichen Bestrebungen (darunter wiederum die „Korridor"-Absurdität) förderte, wie man auf der anderen das Wiener Kabinett durch die Zusicherung abfertigen wollte, es handele sich nur um provisorische Kriegsoperationen, vor allem aber, wie unterdessen Cambon zwischen Berlin und Petersburg die Rolle des „shakespeareschen Jago" [26]) übernahm, noch dazu in so wenig geschickter Weise, daß Sasonow auf des Grafen Pourtalès Bemerkung „Evidemment quelqu'un a voulu nous brouiller", sich gar nicht die Mühe gab, die Sache zu verbergen, sondern lächelnd erwiderte: „Cela se peut!" [27]).

V. Die Londoner Botschafterkonferenz.

Die Große Balkankrise hat das Ende nicht nur der türkischen Herrschaft über Albanien und Mazedonien, sondern auch der maßgebenden Stellung herbeigeführt, die die europäischen Großmächte seit den Verträgen von Paris und Berlin hinsichtlich der Regelung der Orientfrage eingenommen hatten. Das in zwei Gruppen gespaltene Europa fühlte sich dazu weder berufen noch imstande, dem nahen Osten seinen Willen aufzunötigen, sondern die allgemeine Tendenz ging immer mehr dahin, die Balkanvölker ihre Angelegenheiten selbst regeln zu lassen. Nur ein kleines Restchen der Angelegenheiten, die einst dem europäischen Konzerte unterstanden, haben sich die Großmächte Ende 1912 zur eigenen Entscheidung vorbehalten; die serbische Hafen-, die albanische und die Inselfrage; und dem Verhältnisse dieser drei verhältnismäßig kleinen Probleme zu der völligen Umwälzung auf der Hämushalbinsel entsprach es auch, daß diesmal nicht ein Kongreß der sechs Großmächte, sondern bloß eine Konferenz ihrer Londoner Botschafter, die am 17. Dezember zusammentrat, die Regelung übernahm.

Gerade so, wie der Berliner Kongreß den Zweck hatte, einen Konflikt zwischen Rußland und Großbritannien zu verhüten, galt es diesmal, die Gefahr einer kriegerischen Verwicklung zwischen Österreich-Ungarn und Rußland, die infolge der Bundesverpflichtungen ein Weltkrieg zu werden drohte, auszuschalten. Marchese Imperiali hat das durch die Hafen- und albanische Frage entstandene gespannte Verhältnis zwischen Wien und St. Petersburg bzw. den beiden Mächtegruppen durch den treffenden Vergleich mit der in Neapel beim Feste des heiligen Gennaro üblichen Begegnung zwischen dem Kardinal und dem Sindaco gekenn-

[26]) Von Kiderlens Privatbrief an Graf Pourtalès vom 18. November (G. P. Kap. CCLXIV Nr. 12 389).

[27]) Graf Pourtalès' Bericht vom 23. November (G. P. Kap. CCLXV Nr. 12 492).

zeichnet. „Keiner von beiden dürfe dem anderen gegenüber sich etwas vergeben, und beide müßten die gleiche Anzahl von Schritten zurücklegen, um sich in der Mitte der Kirche treffen zu können.“ [28]) Sir Edward Grey hob hinwieder mehr als einmal hervor, die Erhaltung des Friedens sei nur dadurch möglich, daß Rußland nicht abermals vor die Situation von 1909 gestellt werde. So kam es, daß von Kiderlens Anregung vom 18. November 1912 [29]) in London günstig aufgenommen wurde und der englische Staatssekretär die dem britischen und dem Deutschen Reiche zufallende Vermittlerrolle kurz und treffend mit den Worten begründete: „Neither Government is directly interested in promoting or preventing the acquisition by Servia of port on the Ariatic, and neither considers that this question is a sufficient reason for war between the Great Powers“ [30]).

Bevor indes die Konferenz zusammentrat, galt es noch zwei Hindernisse zu beseitigen, so vorerst den in Berlin und Wien aus mannigfachen Gründen, namentlich aber wegen Iswolskys Anwesenheit in Paris, Anstoß erregenden Gedanken, die Konferenz in der französischen Hauptstadt abzuhalten. Die Wahl von London statt Paris gelang es übrigens leicht und noch dazu ohne die Franzosen zu verletzen, zu erreichen. Wesentlich schwieriger war es darüber hinwegzukommen, daß Graf Berchtold die Autonomisierung Albaniens und die serbische Hafenfrage nicht in Diskussion gestellt haben wollte. Schließlich nahm man aber seinen Standpunkt in der milderen Form an, daß Graf Mensdorff nur an der Erörterung eines wirtschaftlichen Zuganges Serbiens zur Adria teilnehmen könne.

Mit dieser Vorabmachung war aber auch im Prinzip entschieden, daß die Gründung des albanischen Staates erfolgen würde, und daß ein territorialer Ausgang Serbiens zum Adriatischen Meere (damit auch das unsinnige „serbische Couloir“) erledigt war.

VI. Die Lösung der Hafenfrage und die Organisation Albaniens.

Tatsächlich sind bereits in der ersten Reunion vom 17. Dezember 1912 folgende Beschlüsse zustande gekommen: 1. die Schaffung eines autonomen und lebensfähigen Albaniens, das der

[28]) Vgl. Bericht Fürst Lichnowskys vom 1. Dezember 1912, G. P. Kap. CCLXVI Nr. 12 512.

[29]) Vgl. seine Depesche an Fürst Lichnowsky, G. P. Kap. CCLXVI Nr. 12 500.

[30]) In dem von Sir W. E. Goschen dem Auswärtigen Amte am 29. November 1912 übersandten Aide-mémoire, G. P. Kap. CCLXVI Nr. 12 504.

ausschließlichen Bürgschaft und Überwachung durch die Großmächte unter der Oberhoheit des Sultans unterstehen soll; 2. daß Albanien im Norden mit Montenegro, im Süden mit Griechenland eine gemeinsame Grenze erhalte; 3. daß Serbien ein wirtschaftlicher Zugang zur Adria durch einen freien und neutralen albanischen Hafen unter gewissen zwischenstaatlichen Bürgschaften zugebilligt werde [31]). Es braucht wohl kaum erst gesagt zu werden, daß der erste Punkt seine Spitze gegen den Teilungsplan der Balkanstaaten, der zweite namentlich gegen den Gedanken des serbischen territorialen Zugangs zum Adriatischen Meere (sei es auch nur in der sonderbaren Form des Korridors) richtete, während der dritte Serbien für den Entgang entschädigen sollte.

Diese Entschädigung hätte freilich nur dann einen Sinn gehabt, wenn es Serbien wirklich auf die wirtschaftliche Seite der Hafenfrage angekommen wäre. Hieran hat man freilich einigen Grund zu zweifeln, da jeder Kenner der serbischen Volkspsyche zugeben muß, daß in jenem Lande viel mehr Interesse für Politik als für Volkswirtschaft besteht, bzw. letztere immer nur zum Vorwande ersterer dient. So war es einst mit der Donauadriabahn der Fall, so verhält es sich mit der jetzt zwischen Belgrad und Athen strittigen Salonikifrage, und man hat auch allen Grund anzunehmen, daß das ganze Geschrei, das im Herbste 1912 wegen des Adriahafens erhoben wurde und das in den beiden ersten Monaten der Krise so sehr dazu beigetragen hat, die Gefahr einer internationalen Konflagration zu erhöhen, im Grunde doch nur den Zweck hatte, den auf Albanien gerichteten Landhunger der Belgrader Machthaber in den Augen Europas zu beschönigen oder seine Befriedigung wenigstens für die Zukunft vorzubereiten. Hierfür spricht nicht nur die Raschheit, mit der man das ursprünglich auf San Giovanni di Medua gerichtete Verlangen plötzlich auf Durazzo umstellte, als der Gedanke eines sich längs der montenegrinischen Grenze hinschlängelnden Couloirs auftauchte, noch mehr aber der Umstand, daß man sich serbischerseits mit der Londoner Lösung verhältnismäßig rasch und leicht abfand [32]), weil man eben andere Mittel (vgl. Abschnitt VII und X) versuchte, um sich albanischen Boden auf Umwegen anzueignen. So kam es, daß die nach langen, aber im Grunde nicht besonders schwierigen Verhandlungen zwischen Wien und St. Petersburg zustande gekommene „Interprétation des

[31]) Vgl. Österreichisch-Ungarisches Rotbuch, betreffend die Ereignisse am Balkan, Nr. 170 und G. P. Kap. CCLXVII Nr. 12 545.

[32]) Vgl. Österreichisch-Ungarisches Rotbuch, betreffend die Ereignisse am Balkan, Nr. 125, 128, 139 und 196.

Brücke bei Tirana

accès commercial“ [33]), die am 28. Juni der Londoner Reunion vorgelegt und bald darauf von dieser genehmigt ward [34]), nur mehr eine Rolle gespielt hat, als es galt, den Serben die bittere Pille des Räumungsverlangens der Mächte zu verzuckern [35]), tatsächlich aber später nie mehr praktisch zur Geltung gekommen ist.

Ganz anders verhielt es sich mit dem ersten Punkte des Beschlusses vom 17. Dezember, der die Autonomisierung Albaniens beibehielt. Sein schwacher Punkt war das Eigenschaftswort „lebensfähig“ (viable), das, wie die langwierigen Grenzerörterungen (Abschnitt VII und IX) zeigen werden, nicht von allen Seiten als unverrückbar angesehen wurde. Im übrigen ist es jedoch hinsichtlich der Organisation Albaniens im großen und ganzen bei diesem ersten Beschlusse geblieben, der die Ausarbeitung eines Entwurfes über die Einzelheiten durch die Kabinette von Wien und Rom vorsah. Daß trotz dieser Bestimmung diese beiden Regierungen sich eigentlich nur das Vorschlagsrecht für die Designierung des Fürsten vorbehalten, im übrigen aber das albanische Statut (namentlich hinsichtlich der Kontrollkommission und der Gendarmerie) mehr auf internationaler Basis ausgearbeitet haben, war die Folge der namentlich in Italien bestehenden Abneigung gegen ein „Tête-à-tête“ beider Mächte [36]). Obwohl der Entwurf selbst in Anlehnung an den Reunionsbeschluß vom 17. Dezember 1912 noch an der türkischen Oberhoheit festhielt, so befürworteten doch Österreich-Ungarn und Italien das Fallenlassen dieser Bestimmung, was schon deshalb nahelag, weil die Hohe Pforte in den Friedenspräliminarien die Verfügung über Albanien den Großmächten überlassen hatte [37]). Rußland hielt zwar noch eine Zeitlang an der ursprünglichen Bestimmung fest, gab aber bald nach, zumal selbst die Türken, die öfters auf die Albaner schlecht zu sprechen waren [38]), sich daran desinteressiert zeigten. So kam denn

---

[33]) Vgl. Österreichisch-Ungarisches Rotbuch, betreffend die Ereignisse am Balkan, Nr. 640, ferner G. P. Kap. CCLXVII Nr. 12 664.

[34]) Vgl. Österreichisch-Ungarisches Rotbuch, betreffend die Ereignisse am Balkan, Nr. 645.

[35]) Vgl. Österreichisch-Ungarisches Rotbuch, betreffend die Ereignisse am Balkan, Nr. 762.

[36]) Vgl. G. P. Kap. CCLXIX Nr. 12 735, Seite 252.

[37]) Vgl. G. P. CCLXXII Nr. 13 289 und Österreichisch-Ungarisches Rotbuch, betreffend die Ereignisse am Balkan, Nr. 518.

[38]) Noch im April 1914 hörte der Verfasser in den Straßen Stambuls eine Schmähschrift gegen die Skypetaren ausrufen, die den Titel „Arnaudlar neler japdy!“ (was die Albaner alles angestellt haben!) trug.

in der Reunion vom 29. Juli 1913 der [39]) durch eine Subkommission vorbereitete Beschluss der Organisation Albaniens zustande: Albanien wurde ein autonomes, souveränes Fürstentum unter der Bürgschaft der sechs Mächte, die den Fürsten zu designieren hatten; das Band mit der Türkei wurde gelöst; die Neutralität des Fürstentums von den Großmächten verbürgt; eine auf zehn Jahre ernannte, aus Vertretern der Großmächte und Albaniens bestehende Kontrollkommission sollte die Zivil- und Finanzverwaltung überwachen; bis zu der binnen längstens sechs Monaten erfolgenden Einsetzung des Fürsten und der Bildung einer endgültigen Regierung sollte die Kontrollkommission auch die bestehenden Behörden und die Gendarmerie überwachen; schließlich wurde noch die Einsetzung einer international organisierten und von fremden Offizieren geleiteten Gendarmerie beschlossen. Ursprünglich hätte Schweden diese Offiziere beistellen sollen; als es aber ablehnte, übernahmen die Niederlande die Aufgabe.

Sobald sich Wien und Rom auf die Kandidatur des Prinzen Wilhelm zu Wied auf den albanischen Fürstenthron geeinigt und sich durch König Carol von Rumäniens Vermittlung der bedingten Zustimmung des Anwärters versichert hatten, wickelte sich alles weitere vorläufig ohne Hindernis ab. Schon am 8. November 1913 konnte der rumänische König die erfolgte Gutheißung durch die sechs Mächte feststellen, und nach einer Rundreise durch die Hauptstädte und dem Empfang einer von Essad Pascha Toptani geführten albanischen Huldigungsdeputation auf Schloß Neuwied (21. Februar 1914) landete Fürst Wilhelm I. am 7. März 1914 zu Durazzo, wo er seine Residenz aufschlug.

VII. Allgemeines über die albanischen Grenzfragen; die Verhandlungen über die Nord- und Nordostgrenze.

Wir kehren nun zur Londoner Konferenz zurück und gelangen zu der über ein Jahr anhaltenden förmlichen Sabotage, die die Balkannachbarn gegen die Lebensfähigkeit Albaniens gerichtet haben. Weder „Täuschung, noch Intrigue, noch Grausamkeit", kurz keine der Methoden, die die Kriegsschuldthese Deutschland fälschlich zuschreibt, wurde von den durch Rußland und bis zu einem gewissen Grade auch von Frankreich unterstützten Regierungen von Belgrad, Cetinje und Athen verschmäht, um das albanische Staatsgebiet zu verkleinern bzw. seine Räumung zu verschleppen.

[39]) Vgl. Österreichisch-Ungarisches Rotbuch, betreffend die Ereignisse am Balkan, Nr. 758.

Der Nichtfachmann, dem die albanischen Grenzfragen etwas verwickelt erscheinen müssen, kann sehr leicht, wenn auch nicht in die Einzelheiten, so doch in die Gesamtheit derselben Einblick gewinnen, wenn er sich an der Hand des beiliegenden Kärtchens vor Augen hält, daß (hauptsächlich des Sumpffiebers halber) die Küstenorte sowie die mittelalbanischen Binnenstädte, einschließlich der jetzigen Hauptstadt Tirana, verhältnismäßig unbedeutend sind, während die ansehnlicheren städtischen Ansiedlungen (Skutari, Ipek, Djakova, Prizrend, Dibra, Kortscha, Janina und Argyrokastro) eine peripherische Lage haben; daß unter diesen Städten Skutari, Djakova, Dibra und Argyrokastro fast keine, die anderen eine fremdrassige Minderheit von wechselnder Stärke aufweisen; daß, während im Norden trotz aller Vermischung albanischer und slawischer Siedelungen in den Grenzgebieten beide scharf auseinander gehalten werden können, dies im Süden zwischen Albanern, Aromunen und Griechen infolge der sonderbaren Erscheinung der Zweisprachigkeit[40]) erschwert ist, die hier, wie übrigens auch in Mazedonien, auf griechischer Seite den Mythus von den „allophonen Hellenen" hervorbrachte, während bei den Gegnern wohl mit Recht der Vorwurf der „Gräkomanie" erhoben wird.

Der Unterschied zwischen dem Standpunkte der Mächte in der albanischen Grenzfrage bestand nun darin, daß der Dreibund die Einbeziehung fast aller jener peripherischen Städte und der gleichnamigen Kreise und Bezirke im Interesse der Lebensfähigkeit Albaniens forderte[41]), die Gegner hingegen dies ablehnten. Nach dem Entwurfe der Balkanstaaten wäre der neue Staat auf ein Gemeinwesen von nicht einmal 400 000 Einwohner herabgedrückt worden[42]).

Die Verhandlungen über diesen Gegensatz wurden abwechselnd in London und zwischen den Kabinetten geführt. Insbesondere mußte hinsichtlich der albanischen Süd- und Südostgrenze, namentlich wegen ihres Zusammenhangs mit der griechischen Inselfrage, so lange, und zwar vorzugsweise zwischen Rom und Athen, unter-

[40]) Hierdurch ist schon mancher Reisender irregeführt worden, so namentlich der spätere italienische Außenminister Marchese di San Giuliano, was für das Schicksal Janinas, der einstigen Hauptstadt Ali Pascha Tepelenis, verhängnisvoll werden sollte. Österreichisch-Ungarisches Rotbuch über die Ereignisse am Balkan Nr. 161 und G. P. Kap. CCLXVIII Nr. 12 715.

[41]) Die Grundlage bildete der österreichisch-ungarische Entwurf, ein Meisterwerk des dem Grafen Mensdorff als Berater beigegebenen hervorragenden Albanienkenners, des späteren Gesandten Theodor Ippen.

[42]) Vgl. Österreichisch-Ungarisches Rotbuch, betreffend die Ereignisse am Balkan, Nr. 218 und 247.

handelt werden, daß dieses Problem in London erst unmittelbar vor Konferenzschluß gelöst werden konnte.

Die Schwierigkeiten, die sich bezüglich der Nord- und Nordostgrenze ergaben und zu einer abermaligen sehr bedenklichen Spannung zwischen Wien und St. Petersburg geführt haben, hielten während des ersten Vierteljahres 1913 an und betrafen (von geringfügigeren Punkten ganz abgesehen) das Schicksal der Städte Skutari, Djakova und Dibra nebst den zugehörigen Landschaften. Nachdem Graf Berchtold ohnehin darauf gefaßt war, wegen Ipek und Prizrend nachzugeben, mußte er die Einbeziehung der erstgenannten reinalbanischen Städte in den neuen Staat mit um so größerem Nachdrucke fordern, als die gegnerischen Argumente derart fadenscheinig waren, daß hier wiederum nichts anderes als eine offenkundige „Täuschung und Intrigue" vorliegt. Erscheint es doch unglaublich, daß man Albanien lebenswichtige Gebiete abzusprechen und damit gleichzeitig den Frieden in Frage zu stellen wagte, nur weil bei Skutari der Wunsch der landhungrigen Montenegriner, und daher ein Interesse der Dynastie Petrowitsch Njegusch dafür sprach, weil in Djakova eine orthodoxe Klosterniederlassung (Metochie) bestand[43]) und weil es in der Umgebung Dibras serbische Dörfer gab, die ohnehin an Serbien gefallen wären.

Die Unhaltbarkeit dieser Argumente und die fortlaufende diplomatische Arbeit des Auswärtigen Amts und des Foreign Office, die immer wieder in St. Petersburg und in Wien darauf hinwiesen, daß es dieser Grenzdifferenzen halber doch nicht angehe, die Abrüstung Österreich-Ungarns und Rußlands in Frage zu stellen, haben Mitte Februar endlich dazu geführt, daß Sasonow hinsichtlich Skutaris unter gewissen Bedingungen nachgab. Hiermit wäre mit dem ersten Skutaristreit (der zweite wird in Abschnitt VIII abgesondert behandelt) auch die ganze nordalbanische Grenzsache erledigt gewesen, wenn man sich in St. Petersburg mit den von Graf Berchtold gemachten Gegenzugeständnissen (eine Uferlandschaft des Skutarisees, später sogar die Stadt Dibra) begnügt und nicht auch auf der Zuweisung Djakovas an Serbien bestanden hätte.

So spitzte sich die nordalbanische Grenzfrage zu einer neuerlichen Krisis zu, die vielleicht noch viel gefährlicher als die bisherige war und daher zu neuerlichen Vermittlungsversuchen der Kabinette von Berlin und London geführt hat. Diese waren von wechselndem Erfolge begleitet. Graf Berchtold hätte, obwohl er sonst prinzipiell

[43]) Das in der Umgebung Djakovas gelegene alte Serbenkloster Visoki Decani wäre auch nach dem österreichisch-ungarischen Grenzprojekte außerhalb Albaniens verblieben.

gegen die Überlassung der Entscheidung strittiger Grenzfragen an die nur mit der Lösung der Terraineinzelheiten zu betrauende Grenzkommission war, in eine Entscheidung der Djakova-Frage durch einen ad hoc zu entsendenden Ausschuß eingewilligt, doch wurde dies russischerseits mit Winkelzügen beantwortet. Verschärft ward die Lage dann noch durch arge Gewalttaten, die die Montenegriner gerade in und um Djakova verübten [44]), andererseits deutete eine Äußerung Sasonows an, daß die sonst bemerkbare Entspannung zwischen Wien und St. Petersburg sich auch in der nordalbanischen Grenzfrage fühlbar machen werde [45]).

Gerade in diesem Augenblicke, am 20. März 1913, entschloß sich nun Graf Berchtold, die Zuweisung Djakovas an Serbien (später kam es tatsächlich an Montenegro) zu konzedieren. Was diesen ziemlich unvermittelten Entschluß anbelangt, über den die amtlichen Aktensammlungen kaum einen Aufschluß bieten, den aber private Veröffentlichungen aufzuklären trachten [46]), so hat derselbe am Ballhausplatze nicht minder als anderwärts überrascht, ja im orientalischen Referate, wo der Verfasser damals tätig war, geradezu unangenehm berührt. Wir diskutierten lebhaft, ob der Anstoß aus Berlin oder aus Wiener Hofkreisen stamme; eines aber stand fest, daß der Entschluß der Friedensliebe des Ministers entsprang. Denn ich erinnere mich, daß Graf Berchtold, als ich ihn einige Tage vorher neuerdings die Gründe vorgetragen hatte, die für die Belassung Djakovas bei Albanien sprachen, einwarf: „Das ist alles richtig, aber kann man es nur deshalb auf einen Krieg ankommen lassen?“ [47]).

So kam am 22. März 1913 endlich der Beschluß über die albanische Nord- und Nordostgrenze in London zustande [48]) unter gleichzeitiger Erklärung der Notwendigkeit der von Graf Berchtold geforderten Schutzmaßnahmen für die katholische, mohammedanische und albanische Bevölkerung der an Serbien und Montenegro fallenden Gebiete.

---

[44]) Vgl. G. P. Kap. CCLXX Nr. 12 996, 12 997, 13 000 und 13 004.

[45]) Sasonow sagte zu Graf Thurn: „Il me semble que nous avons fait un grand pas en avant“. Österreichisch-Ungarisches Rotbuch, betreffend die Ereignisse am Balkan, Nr. 329.

[46]) Vgl. Österreichisch-Ungarisches Rotbuch, betreffend die Ereignisse am Balkan, Nr. 333 und G. P. Kap. CCLXX Nr. 13 002 nebst Fußnote zu Seite 538.

[47]) Die Übereinstimmung dieser Äußerung mit der durch Marchese Imperiali Fürst Lichnowsky mitgeteilten Auffassung Marchese di San Giulianos ist wohl nur eine zufällige.

[48]) Vgl. Österreichisch-Ungarisches Rotbuch, betreffend die Ereignisse am Balkan Nr. 346 und G. P. Kap. CCLXX Nr. 13 008.

An der damals festgelegten Linie hat die vom 3. Oktober 1913 bis in den Weltkrieg hinein tätige Grenzkommission trotz mannigfacher Intriguen keine wesentlichen Änderungen vorgenommen, und sind auch die Unterschiede gegenüber der heutigen Grenze, die die Botschafterkonferenz von Paris nach dem Weltkriege festgelegt und im Jahre 1926 ein wenig abgeändert hat, so geringfügig, daß sie hier unberücksichtigt bleiben können.

VIII. Die Belagerung und Räumung Skutaris durch die Montenegriner [49]).

Heute, wo Montenegro, dieser einstige Nutznießer der österreichisch-russischen Nebenbuhlerschaft, von der Landkarte verschwunden ist, und man daher mehr Verständnis für die Romantik des einstigen Zaunkönigtums am Lovčen hat, dessen Sehnsucht nach den fruchtbaren Ebenen von Skutari und Prizrend im Volksliede „Ovamo, ovamo!“ zum Ausdrucke kam, ist man gewiß geneigt, die Haltung König Nikolaus' während der Balkankrise milde zu beurteilen und manchen Winkelzug desselben auf das Konto der „Diplomatie der Schwachen“ zu schreiben. Allein über zwei Dinge kommt man doch nicht hinweg, über das unnötige Blutvergießen und die unerhörten Grausamkeiten bei der Belagerung von Skutari, dann aber über die gewissenlose Spekulation auf die internationalen Gegensätze, die darauf ausging, den Aspirationen eines Zwergstaates zuliebe die Millionenvölker Europas sich gegenseitig zerfleischen zu lassen. Wenn die Kriegsschuldthese nicht überhaupt ein Unsinn ist, so müßte sie daher vor allem auf das Verhalten Montenegros und seiner Gönner während der Balkankrise angewendet werden.

Es sollen hier nicht die unzähligen Mahnungen und Warnungen, Demarchen und Ratschläge wiederholt werden, die seit dem Herbste 1912 an die Regierung von Cetinje von den verschiedensten Seiten aus gerichtet worden sind, und die bald die Respektierung der auf Albanien bezüglichen Beschlüsse Europas, bald die Unterlassung der verübten Grausamkeiten, bald die Aufhebung der ruchlosen Belagerung zum Ziele hatten. Die Hartnäckigkeit des Widerstands, die teils auf Einflüsterungen allslawischer Kreise, teils auf der Besorgnis vor der für die Dynastie Petrovic-Njegusch bestehenden allserbischen Gefahr beruhte, mußte notwendigerweise die Mächte, und namentlich wegen der Nachbarschaft und dem

[49]) Österreichisch-Ungarisches Rotbuch, betreffend die Ereignisse am Balkan (insbesondere von Seite 133 bis 387), ferner G. P. Kap. CCLXX bis CCLXXII.

Tirana, am Stadteingang

besonderen Interesse an Skutari das Wiener Kabinett in eine schwierige Lage bringen.

So ergab sich gerade, als der erste Skutaristreit in den ungleich heikleren Djakovakonflikt übergegangen war, die zweite Skutariaffäre, indem die Frage entstand, ob der durch König Nikolaus' Haltung nötig gewordene Druck auf Cetinje durch eine österreich-ungarische Sonderaktion, durch ein auf Grund eines europäischen Mandats erfolgendes gemeinsames Einschreiten Österreich-Ungarns und Italiens oder durch eine internationale Flottendemonstration und Blockade zu erfolgen haben werde. Da erstere Eventualität nicht nur die Spannung zwischen Wien und St. Petersburg neuerlich verstärkt, sondern auch in Italien Mißtrauen erweckt, und die zweite die Reibungsflächen zwischen der Habsburgermonarchie und dem Appeninenkönigreich vermehrt hätte, war jedenfalls der am 28. März 1913 zu London zustandegekommene Beschluß der Flottendemonstration als der vorteilhafteste Ausweg zu betrachten, wobei es dahingestellt bleiben mag, ob das Hauptverdienst den vermittelnden Kabinetten von Berlin und London, der Zustimmung von Paris oder dem tatkräftigen Auftreten Graf Berchtolds zufällt, das den Stein ins Rollen brachte.

Auch die Flottendemonstration, an der kein russisches Schiff teilnahm, hat nicht sofort zur Nachgiebigkeit der Regierung von Cetinje geführt, ja es mußte sogar zu einer Verschärfung und Ausdehnung der Blockade gegriffen werden, denn unterdessen hatten Verhandlungen mit dem an die Stelle des ermordeten türkischen Kommandanten von Skutari getretenen Essad Pascha Toptani, dessen maßlosem Ehrgeize die Montenegriner zu schmeicheln verstanden, zur Übergabe der Festung geführt, was die Lage verwickelte. Schließlich verstand sich aber König Nikolaus doch (wahrscheinlich über russischen oder französischen Rat) zur Übergabe der eroberten Stadt an den Admiralsrat, und am 16. Mai wehten die Flaggen des Deutschen Reiches, Österreich-Ungarns, Frankreichs, Italiens und Großbritanniens über der Zitadelle von Skutari.

Für Albanien hat die zweite Skutariaffäre zwei gar nicht unbedenkliche Folgen zurückgelassen. Von ihr datiert das Streben Essad Toptanis, sich mit Hilfe der Feinde seines Vaterlandes in den Besitz der obersten Gewalt zu setzen, was für das Schicksal nicht bloß des von Europa berufenen Fürsten, sondern des Landes selbst während der nächsten Jahre entscheidend geworden ist. Die zweite Folge war aber die internationale Besetzung der Stadt (zuerst durch Matrosen-, dann durch Landtruppendetachements), wodurch das

ohnehin schon im Lande bestehende Verwaltungschaos (in Valona die Regierung Ismail Kemals, in Tirana jene Essad Toptanis, in Alessio das Regime des Malissorenhäuptlings Ded Zoku) vermehrt und die Aufgabe der Kontrollkommission, die dem Fürsten die Wege ebnen sollte, nicht gerade erleichtert wurde.

IX. Die albanische Süd- und Südostgrenze und die Epirusfrage [50]).

Die Angelegenheit der griechisch-albanischen Grenze wurde erst in den Schlußsitzungen der Londoner Konferenz am 11. und 12. August 1913 erledigt. Diese Verzögerung, die Unklarheit, die sowohl der bisherigen Lage in diesem Teile der albanischen Frage als auch dem vorgenannten Reunionsbeschlusse und der weiteren Entwicklung eigentümlich war, aber auch der Umstand, daß es hinsichtlich dieses Teilproblems kaum jemals zu wirklich ernsten internationalen Spannungen gekommen ist, erklären sich daraus, daß hier der Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Rußland weit weniger mitspielte als in den Fragen, wo serbische und montenegrinische Ansprüche in Betracht kamen. Verwickelt und verzögert wurde die Lösung besonders durch das Junktim mit der Inselfrage, das zeitweise zu Gegensätzen zwischen Rom und Athen führte, bei denen nicht nur der Zweibund, sondern auch England dem griechischen Standpunkt im allgemeinen freundlich gegenüberstanden, was auch bisweilen auf das Gebiet der südalbanischen Grenzfrage selbst hinüberspielte. Schwierig war die Stellung des Deutschen Reiches, das einerseits den Standpunkt seiner Verbündeten, besonders Italiens, und das Interesse der Türkei in der Inselfrage zu fördern hatte, anderseits aber doch vermeiden wollte, Griechenland, wo König Konstantin dreibundfreundlich war und Venizelos sich damals wenigstens noch so gebärdete, in das andere Lager übergehen zu lassen [51]). Jedenfalls erscheint dieser Teil der Balkankrise als ein bemerkenswertes Vorspiel sowohl zu dem Ringen der beiden Mächtegruppen um Griechenland während des Weltkrieges, als auch zu der Annexion des Dodekanes durch Italien.

Die Reunionsformel vom 11. August [52]) suchte die Gegensätze dadurch zu versöhnen, daß sie die albanische Süd- und Südostgrenze in viel unbestimmterer Weise festsetzte, als dies die Londoner Konferenz bezüglich der Nord- und Nordostgrenze getan hatte. Koritza und Argyrokastro samt Umgebung wurden zwar Albanien end-

[50]) Vgl. G. P. Kap. CCLXXII, CCLXXV, CCLXXIX (A) und CCLXXI.
[51]) Vgl. G. P. Kap. CCLXXIX, besonders Nr. 13 918 und 13 920 (auch Anhang zu Kap. CCLXXIII).
[52]) Österreichisch-Ungarisches Rotbuch, betreffend die Ereignisse am Balkan, Nr. 809.

gültig zugewiesen, sonst sollte aber innerhalb des Gebietes, das zwischen dem vom Dreibunde und dem von Griechenland vorgeschlagenen Grenzzuge lag, die an Ort und Stelle zu entsendende Kommission die Grenze auf Grund ethnographischer Feststellung (nach der Muttersprache), aber ohne Berücksichtigung von Volksbegehren und anderen politischen Kundgebungen ziehen. (Die auf die Aromunen bezügliche Bestimmung bleibt hier unberücksichtigt, weil deren Gebiet schließlich infolge einer griechisch-rumänischen Abmachung an Griechenland gefallen ist.)

Noch bevor der Beschluß zustandegekommen war, hatten die „allophonen Hellenen" des Epirus (ob mit oder ohne Anregung aus Athen, sei dahingestellt) eine Organisation geschaffen, die eine Griechenland ungünstige Abgrenzung durch die Großmächte durch List oder Gewalt verhindern sollte. Als Gegenzug gegen diese „gräkomane" Intrigue war eben in die Londoner Formel der Passus von der Nichtberücksichtigung politischer Kundgebungen aufgenommen worden.

Weder dies, noch die der Kommissionsentsendung vorangegangenen Demarchen der Mächte in Athen haben freilich verhüten können, daß, sei es durch Gewalt, sei es durch Geld und gute Worte zum Hellenismus bekehrte Epiroten bei Ankunft der Kommission ein schmähliches Spiel begannen, das alles weit übertroffen hat, was jemals, selbst auf der Balkanhalbinsel, in dieser Hinsicht geleistet worden ist. Die Berichte der Kommission geben ein lebhaftes Bild von der Komödie, die die „Gräkomanen" [53]) aufführten und die mehr als einmal ins Tragische umzuschlagen drohte. Es ist geradezu bewundernswert, daß die internationale Kommission trotzdem dank der Unterstützung der Mächte bei ihren Schlußarbeiten zu Florenz im Dezember 1913 eine brauchbare, ja noch heute in allen wesentlichen Punkten gültige Südgrenze Albaniens schaffen konnte. Damit war freilich die Räumung Südalbaniens durch die hellenischen Truppen noch lange nicht erreicht, und als eine (allerdings durch das Wiederauftauchen der Inselfrage nicht gerade erleichterte) Pression der Mächte einsetzte, traten an die Stelle der griechischen Streitkräfte angebliche „epirotische Antarten", die vielfach mit ersteren identisch gewesen sein sollen. Dieser „Epirotenaufstand" und das zu seiner Beilegung zwischen der Kontrollkommission und den Epirotenführern Zographos und Karopanus in Korfu geschlossene Abkommen hat von allem An-

[53]) Die Feststellung der Muttersprache mußte diesen Überläufern vom Albaner- zum Griechentume ungelegen kommen.

beginn die Stellung des Fürsten Wilhelm I. und seiner Regierung erschwert, und mit zu der unmöglichen Lage beigetragen, die kurz darauf entstehen sollte (vgl. Abschnitt XI).

X. Die Räumung Albaniens durch die Serben [54]).

Wenn ich hier alle Schritte aufzählen wollte, die, sei es von einzelnen Mächten, sei es gleichzeitig von mehreren, in Belgrad unternommen wurden, um die serbische Regierung über Europas Absichten und Beschlüsse betreffend Albaniens zu unterrichten, sie zu mahnen oder zu warnen, so müßte vorliegender Abschnitt den Umfang des ganzen Aufsatzes übersteigen. Noch ermüdender für den Leser wäre es aber, wenn ich hier alle Ausflüchte, Winkelzüge und Lügen wiederholen wollte, mit denen Serbien versucht hat, gegen den Willen Europas zuerst an der Adriaküste, dann aber wenigstens im albanischen Binnenlande zu verbleiben, noch mehr aber, wenn ich alle unerhörten Bedrückungen und Grausamkeiten rekapitulieren wollte, die an der albanischen Bevölkerung durch die serbischen Truppen und Behörden begangen worden sind, um sie dem Willen der Belgrader Machthaber zu beugen.

Um darzulegen, wie das albanische Territorium endlich von den Serben befreit wurde, und gleichzeitig zu zeigen, von welcher Seite damals mit „Täuschung, Intrigue und Grausamkeit" vorgegangen wurde, genügt aber eine kurze Darstellung der Vorgänge, die sich nach der Londoner Konferenz, die mit diesem Probleme nicht fertig geworden war, abgespielt haben.

Während noch zu Anfang September 1913 die Anwesenheit serbischer Truppen im Lande der Mirditen, also auf unzweifelhaft albanischem Boden festgestellt wurde, war in dem am 11. desselben Monats unterzeichneten Annexionsukas König Peters die Londoner Grenze als jene Serbiens anerkannt worden und hatten die Truppen des Königreichs darauf angeblich den Befehl erhalten, auf diese Grenze zurückzugehen. Bald stellte sich allerdings heraus, daß der Befehl tatsächlich nicht auf die Londoner Grenze, sondern auf eine ganz willkürlich auf albanischem Gebiete gezogene „strategische Linie" lautete. Am 19. wurden, wiederum entgegen einem Londoner Reunionsbeschlusse [55]), die Märkte von Djakova und Dibra für die umliegenden Bergstämme gesperrt und dies mit einem ausgebrochenem Albaneraufstande begründet. Gleichzeitig wurden die

[54]) Siehe Österreichisch-Ungarisches Rotbuch, betreffend die Ereignisse am Balkan, namentlich Nr. 864, ferner G. P. Kap. CCLXXX.

[55]) Vom 11. August 1913. Österreichisch-Ungarisches Rotbuch, betreffend die Ereignisse am Balkan, Nr. 805.

Tirana, Markttag zur Zeit der österreichisch-ungarischen Besetzung

serbischen Truppen unter derselben Motivierung auf die „strategische Linie“ (die sie wahrscheinlich nie verlassen hatten) zurückbeordert.

Über die Ausrottungsmaßnahmen, zu denen die Niederwerfung des natürlich durch den serbischen Terror ausgelösten Aufstandes geführt hat, berichtet unterm 22. November 1913 Major von Laffert, deutscher Delegierter zur nordalbanischen Grenzkommission[56]):

„Dibra, vor kurzem eine Stadt von über 30 000 Einwohnern, ist völlig verlassen. Nur ein kleines serbisches Viertel ist bewohnt. Die Häuser sind nicht zerstört, aber bis auf das letzte ausgeplündert.

Die Serben haben ein großes Glück gehabt, daß die Albaner diesen unglückseligen Aufstand unternahmen. Indem sie alle Albaner ohne Unterschied als Rebellen erklärten und jeden, ob bewaffnet oder nicht, ohne Gnade niederschossen, veranlaßten sie diese ungeheure Panik, die sie mit einem Schlage von einer mißliebigen Bevölkerung von über 100 000 Menschen befreite. Mit rücksichtsloser Zielbewußtheit und ohne sich um das philanthropische Wehegeschrei Europas zu kümmern, zogen sie die von ihrem Standpunkte einzig richtige Konsequenz.

In der Umgebung von Dibra ist fast jedes Dorf eine völlige Brandstätte. Dazwischen finden sich einzelne wohlerhaltene serbische Dörfer. Ihre Bewohner bemühen sich, die noch immer auf den Feldern stehenden Ernten der albanischen Dörfer einzubringen.“

Die nichts weniger als sentimentale noch auch serbenfeindliche Auffassung von Lafferts erhöht die Beweiskraft seiner Darlegung.

Es folgten nun Schritte auf Schritte der Dreibundmächte in Belgrad, wobei jenem des k. und k. Geschäftsträgers von Storck vom 30. September, über ausdrücklichen Befehl Graf Berchtolds noch jeder komminatorische Charakter fernlag, während Pašič und seine Mitarbeiter teils widerspruchsvolle, teils direkt unwahre Angaben machten und die Note von der provisorischen Eigenschaft der Wiederbesetzung (!) albanischen Gebietes und von der durch den Aufstand hervorgerufenen Notwendigkeit derselben anschlugen.

Als nun am 9. Oktober Graf Berchtold in einer ganz freundschaftlichen Form, sogar mit einem an die Adresse der serbischen Armee gerichtetem Komplimente, die Belgrader Regierung vor den ernsten Folgen warnen hatte lassen, und Pašič die nichtige Phrase vom Provisorium und von der Achtung vor den Londoner Beschlüssen abermals wiederholt hatte, trafen unmittelbar darauf in

[56]) G. P. Kap. CCLXXIX (A) Nr. 13 999.

Wien beunruhigende Meldungen ein, wie die von der Niederbrennung von 28 albanischen Dörfern durch die Serben und von ihrer Absicht, die Besetzung bis weit nach Mittelalbanien hinein vorzuschieben. Dies veranlaßte Graf Berchtold, der in Berlin und Rom schon vorher neuerliche Warnungen an Serbien angeregt hatte, sich auf den Standpunkt zu stellen, es müsse jeder einzelnen Macht überlassen bleiben, wie sie die Beachtung der Londoner Beschlüsse sicherstellen wolle.

Dementsprechend hat über seinen Auftrag von Storck am 15. Oktober an Pašič die Anfrage gerichtet, ob Serbien bereit sei, „binnen einer bestimmten Frist" seine Truppen aus Albanien zurückzubeordern, und von der Antwort das weitere Verhalten Österreich-Ungarns abhängig gemacht. Auf diesen (zwei Tage später durch Deutschland nachdrücklichst und durch Italien freundschaftlich unterstützten) Schritt hat der serbische Ministerpräsident die wohl etwas leichtfertige Antwort erteilt, der Vormarsch der Serben nach Albanien werde eingestellt, die Zurückziehung der in jenem Lande stehenden Truppen hänge aber von der Entwicklung der dortigen Verhältnisse ab.

Vorstehendes hat für die Beurteilung der am 18. Oktober in Belgrad überreichten weiteren Note Graf Berchtolds vom 17. Oktober, worin binnen acht Tagen die Räumung Albaniens gefordert (und übrigens auch erreicht worden ist), eine ganz besondere Bedeutung. Der beliebte Vergleich mit dem Juli-Ultimatum 1914, dessen Vorgänger diese Note gewesen wäre, hinkt nämlich in mehr als einem Punkte. Man läßt sich durch die scharfe Fassung (der erste vom Verfasser dieses Aufsatzes geschriebene Entwurf war milder, wurde aber abgeändert, weil Baron Burian in einem Gespräche mit Graf Berchtold meinte, die Note müsse „scharf wie ein Rasiermesser" sein) verleiten, sie als ein wirkliches Ultimatum zu bezeichnen, ohne zu bedenken, daß hier das Petit nicht eine Forderung Österreich-Ungarns, sondern ein Serbien bereits unzählige Male bekanntgegebener Beschluß Europas war, vor allem aber, daß Serbien noch am 15. Oktober die Möglichkeit geboten war, die Räumungsfrist selbst zu bestimmen, und es diese Möglichkeit rein mutwillig verscherzt hat. Wenn man in der großen deutschen Aktenpublikation die diesbezüglichen Äußerungen russischer Staatsmänner liest [57]), so bemerkt man allerdings eine bedeutende Verstimmung über jenen Schritt Graf Berchtolds, kann aber keine Spur davon finden, daß man in St. Petersburg auch nur einen Augenblick daran gedacht hätte, Serbien zu etwas anderem als zur Nachgiebigkeit zu raten.

[57]) G. P. Kap. Nr. 14177, 14185, 14191, 14199, 14200 und 14201.

XI. Albanien von der Balkankrise bis zur Gegenwart [58]).

Daß die Errichtung eines Balkanthrones ein Wagnis darstellt, hatten bereits Otto von Bayern und Alexander von Battenberg erfahren müssen. Noch viel heikler war aber die Aufgabe des an die Spitze des jungen Albaniens berufenen Prinzen zu Wied. Denn zu den örtlichen Schwierigkeiten (namentlich den Ränken Essad Paschas und der von ihm geschürten mittelalbanischen Bauernbewegung sowie den fortdauernden „epirotischen" Wirren) kam noch das dem Weltkriege vorangehende Zerwürfnis zwischen Wien und Rom und dann die große Katastrophe, so daß die im September 1914 unter Rechtsverwahrung erfolgte Abreise aus Durazzo als die unvermeidliche Folge einer ohne Schuld des Fürsten unmöglich gewordenen Situation erscheint. Diese eigentlich selbstverständliche Feststellung erheischt die Gerechtigkeit nicht allein gegen den Fürsten selbst, über den vielfach unverdient harte Urteile gefällt worden sind, sondern auch gegen Graf Berchtold. Das diesem vorgeworfene anfängliche Schwanken zwischen einem mohammedanischen, katholischen und protestantischen Kandidaten ist nichts anderes als ein Symptom der Vor- und Umsicht, mit der er bei der Auswahl zu Werke ging; als er sich aber für den Prinzen zu Wied entschieden hatte, zögerte er nicht, für ihn einzutreten, und hat hierbei sogar die Wünsche einflußreicher Wiener Hofkreise, die auch dann noch einen katholischen Fürsten wollten, beiseitegeschoben [59]). Übrigens war es kaum denkbar, daß sich die Mächte so rasch auf einen anderen Anwärter, als auf den Neffen der Königin von Rumänien geeinigt hätten, was sehr wichtig war, weil die Besetzung des Thrones von mehreren Seiten, darunter auch von Sir Edward Grey, urgiert wurde, und es ferner klar war, daß ein Aufschub den Ränken Essad Paschas und der Balkannachbarn zugute gekommen wäre.

Mit der Abreise des Fürsten, der formell die Regierung der internationalen Kontrollkommission übergeben hatte, setzte die Diktatur des ehrgeizigen Essad Toptani ein, der schon bei der Kapitulation von Skutari sich den Erbfeinden seines Vaterlandes in die Arme geworfen hatte, allein keineswegs auf lange Zeit. Denn auf die italienische Besetzung Valonas folgte der fluchtartige serbische Durchmarsch, auf diesen aber die sukzessive Okkupation verschiedener Teile des Landes durch die Kriegführenden, bis der

---

[58]) G. P. Kap. CCLXXXII.

[59]) Über die Vorgeschichte der Kandidatur des Prinzen zu Wied. Vgl. u. a. G. P. Kap. CCLXXIX (B) Nr. 14037 nebst Fußnote auf S. 275 und 276.

Diktator, als ihm kein Betätigungsfeld mehr verblieb, sich nach Paris begab, wo ihn nach Kriegsende die Mordwaffe des Nationalisten Avni Rustem ereilte.

Unterdessen war Albanien ein Nebenkriegsschauplatz geworden, wo die Malaria mehr Opfer als die Waffen gefordert hat, wo aber politische Experimente, wie die Errichtung der provisorischen Regierung Sabri Beys in Ober-Dibra und die unter französischer Aegide erfolgte Ausrufung der Republik in Kortscha ausnahmslos gescheitert sind. Das an Albanien oft bewährte Glück im Unglück hat es gewollt, daß nach Kriegsende eine nach der andern der fremden Besatzungen das Land geräumt hat. Zuletzt, im Jahre 1920, sind die Italiener von Valona (nicht aber von der Insel Saseno) abgezogen. Drei Vorteile ließen die fremden Garnisonen in Albanien zurück: der durch die Barzahlung der Lieferungen bedingte momentane Wohlstand hielt freilich nicht lange an; dauernder war schon der technische Fortschritt, der vor allem in den von den Truppen gebauten Straßen bestand. Der wichtigste Vorteil bestand aber in dem durch die militärische Fremdherrschaft gesteigerten Verständnis für die nationale Einigung, was sich 1920 auf dem Nationalkongresse von Luschnja zeigte, wo die Albaner ihr Schicksal selbst in die Hand nahmen.

Die dort beschlossene vorläufige Verfassung ließ die Frage der Staatsform offen und stellte eine viergliedrige Regentschaft mit dem Sitze in Tirana an die Spitze des neuerstandenen albanischen Staatswesens. Diese Regentschaft hat namhafte außenpolitische Erfolge, so die Aufnahme Albaniens in den Völkerbund, die beinahe vollständige Wiederherstellung der Grenzen von 1913[60]) durch die Botschafterkonferenz und die Vereitelung eines griechischen Anschlages auf die Landschaft Chimara erreicht. Auch im Innern herrschte so lange Ordnung, bis der alte Haß der nordalbanischen Katholiken gegen die Mohammedaner einen Mirditenaufstand entfesselte. Dieser wurde zwar bald beigelegt, führte aber eine militärische Intervention Südslawiens herbei, das der Versuchung nicht widerstehen konnte, seinen traditionellen Drang nach der albanischen Küste zu betätigen. Der Völkerbund und vielleicht noch mehr Italiens energische Sprache geboten und erreichten die Zurückziehung der südslawischen Invasion. Als Vorbeugung gegen eine allfällige Wiederholung räumte die Botschafterkonferenz im No-

[60]) Unter den Änderungen besteht die wichtigste darin, daß die Insel Saseno Italien verblieben ist.

vember 1921 Italien ein gewisses Vorzugsrecht zur Intervention in Albanien ein, das sich anläßlich der im folgenden Jahre erfolgten Registrierung des betreffenden Protokolles beim Völkerbunde in ein Eventualmandat verwandelt hat, von dem indes das römische Kabinett bisher keinen Gebrauch gemacht hat.

Die Umtriebe radikaler Agrarreformer und einer Offiziersclique führten in den folgenden Jahren vorerst zum Sturze der ersten, dann zur Errichtung einer kurzlebigen zweiten Regentschaft, endlich zur Diktatur des jugendlichen Ahmed Zogu aus Mati, der allmählich die Schwenkung von den linksstehenden Elementen zu seinen Standesgenossen, den Beys, vollzog. Durch eine Verschwörung der Radikalen, der katholischen Malkontenten und der Offiziersclique wurde er im Sommer 1924 gestürzt. Nur sechs Monate blieb diese nicht sehr kompakte Koalition am Ruder, an deren Spitze der begabte Schriftsteller und erste Bischof der von ihm geschaffenen orthodox-nationalen Kirche Albaniens Mgr. Fan Noli stand. Zu Weihnachten desselben Jahres erfolgte von Südslawien her der Gegenputsch Ahmed Zogus, den die Belgrader Machthaber geduldet, den angeblich englische Erdölinteressenten finanziert, und an dem russische Söldner der einstigen Wrangel-Armee teilgenommen haben.

Anfangs 1925 wurde Albanien Republik mit einer nach dem Zweikammersystem organisierten Volksvertretung und Ahmed Zogu zum Staatspräsidenten gewählt. Das neue Regime hat mit rücksichtsloser Tatkraft die Ordnung im Innern, trotz aller Ränke der ins Ausland geflüchteten Opposition, aufrechterhalten. Es wendet der Volkswirtschaft große Sorgfalt zu und versuchte mit allen Nachbarn gute Beziehungen zu pflegen. Doch scheint man südslawischerseits Ahmed Zogu wegen des ihm seinerzeit gewährten Asyls (ein angeblicher Schutzvertrag, den er im Herbste 1924 mit den Südslawen abgeschlossen hätte, ist wohl als apokryph zu betrachten) seine Wirtschaftsabmachungen mit Italien vorgeworfen zu haben, obwohl Belgrad hierfür keinerlei Ersatz zu bieten vermochte. Daß man deshalb gleich zur altbalkanischen Verschwörertaktik gegriffen und den kleinen Aufstand von Schala und Puka (November 1926) angestiftet hat, ist ziemlich wahrscheinlich, wenn auch nicht strikt beweisbar. Daraufhin hat Ahmed Zogu nicht nur energische Repressivmaßnahmen ergriffen, sondern auch eine außenpolitische Taktik angewendet, die auf der schließlich von allen albanischen Machthabern gemachten Erfahrung beruhte,

daß die Balkananrainer unverläßlicher, minder hilfsbereit und anspruchsvoller seien als der große Nachbar auf der anderen Adriaküste. So wurde denn am 27. November der Sicherheits- und Freundschaftsvertrag von Tirana mit Italien abgeschlossen, der zu der aus der Tagespresse bekannten Spannung zwischen Rom und Belgrad geführt hat.

Bronewskis Schlußbericht.

Der nachstehend wiedergegebene Schlußbericht des Botschaftsrates der Berliner russischen Botschaft, A. Bronewski, ist in dem in Moskau 1922 erschienenen Dokumentenwerk: „Die deutsch-russischen Beziehungen 1873—1914“ veröffentlicht worden. Das Dokumentenwerk selbst wurde uns liebenswürdigerweise kürzlich auf Veranlassung des Herrn Professor Pokrowski (Moskau) von der „Gesellschaft für kulturelle Verbindung der Sowjet-Union mit dem Auslande“ zur Verfügung gestellt.

Wenn der sehr eingehende Bericht des russischen Botschaftsrats auch heute keinerlei Enthüllungen mehr enthält, so gibt er doch ein sehr anschauliches Bild davon, wie die Vorgänge während der Julikrisis 1914 von der russischen Botschaft beurteilt wurden.

Auffallend ist die Stellungnahme der russischen Botschaft zum Attentat von Sarajewo. Während Bronewski sich von dem stellvertretenden serbischen Geschäftsträger Jovanowitsch sehr eingehend über die Verhöre serbischer Studenten in Berlin, die der Organisation „Einheit“ angehörten, unterrichten läßt, behauptete er Herrn von Jagow gegenüber, daß ihn das Schicksal der Mörder und ihrer Komplizen überhaupt nicht interessiert.

Beachtenswert ist ferner, daß in dem ganzen Bericht Bronewskis die Lokal-Anzeiger-Affaire mit keinem Wort erwähnt wird.

An einzelnen Stellen haben wir erläuternde Hinweise gegeben, die in Kursivschrift gesetzt sind.

Die Schriftleitung.

Bald nach der Ermordung Erzherzog Franz Ferdinands wurde die Absicht der österreichisch-ungarischen Regierung bekannt, sofort nach Beendigung der Untersuchung der Serbischen Regierung einige Forderungen zu stellen, die sich auf die Bestrafung einer Reihe von Urhebern und Beteiligten des Serajewoer Verbrechens, die sich angeblich in den Grenzen des Königreichs aufhalten sollten, sowie überhaupt auf die Unterbindung der großserbischen Propaganda beziehen sollten.

Seit der Ermordung des Erzherzogs begann die Berliner Presse in sehr austrophilen Aufsätzen über Serbien herzufallen, indem sie, dem Beispiel ihrer österreichischen Kollegen folgend, die Verantwortung für die Tätigkeit einzelner Personen und Organisationen auf das ganze Land wälzte. Häufig genug erschienen hierbei rußlandfeindliche Aufsätze und Notizen: unter anderem veröffentlichte der halboffizielle „Lokal-Anzeiger" zwei gegen Rußland gerichtete Artikel (gerüchtweise wurde gesagt, scheinbar fälschlich, daß der eine Aufsatz der Feder des Freiherrn von Tschirschki entstammte), in denen in der Hauptsache auf unsere immer mehr anwachsenden Rüstungen hingewiesen wurde, womit das Bestehen aggressiver Pläne bei uns unzweifelhaft bewiesen werden sollte [1]). Ich verfehlte nicht, die Aufmerksamkeit des Staatssekretärs des Auswärtigen auf die beiden Aufsätze des „Lokal-Anzeigers" zu lenken: dieser verschanzte sich anfangs hinter seiner Unkenntnis der Artikel und sagte, nachdem er die von mir ihm überlassenen Ausschnitte gelesen hatte, offenherzig: „Que voulez-Vous! je déplore ces articles, mais je ne peux rien faire"; hierauf begann er seiner Gewohnheit gemäß sich auf den deutschfeindlichen Ton der „Nowoje Wremja" zu berufen, einer Zeitung, die nach seiner Meinung der russischen Regierung keinesfalls ferner steht als der „Lokal-Anzeiger" der deutschen.

Gleichzeitig konnte man, wenn auch sehr selten, einzelne nüchterne Stimmen vernehmen; so fiel die „Frankfurter Zeitung" in einem ausführlichen Leitartikel über die österreichische Politik her: Österreichs Verhalten, die ganze Welt von der bevorstehenden Übermittelung irgendwelcher Forderungen an Serbien in Kenntnis zu setzen und dann ganz Europa in Aufregung und Ungewißheit für den am kommenden Tage zu erwartenden Schritt zu halten, wurde als vollkommen unzulässig kritisiert; es wurde ferner darauf hingewiesen, wie schädlich derartige Maßnahmen für das wirtschaftliche und finanzielle Leben usw. sind.

Auf Veranlassung der österreichisch-ungarischen Botschaft in Berlin sowie infolge von Denunziationen einiger in Berlin lebender Österreicher richtete die Polizei ihre Aufmerksamkeit auf die serbischen Studenten der Berliner Universität und anderer Speziallehranstalten; diejenigen Studenten, welche der serbischen Gesellschaft „Einheit", deren Ziel die Zusammenfassung der in Berlin lebenden serbischen studierenden Jugend ist, angehörten, wurden einem, übrigens ziemlich oberflächlichen Verhör unterzogen,

[1]) *Der „Lokal-Anzeiger" hatte nicht die von Bronewski behauptete Sonderstellung. Der fragliche Artikel war, wie wir von maßgebender Seite erfahren haben, von der Regierung auch nicht inspiriert.*

wobei jedesmal die Frage gestellt wurde: „Billigen Sie vielleicht den Mord von Serajewo?“ Bei vier der aktivsten Mitglieder der Gesellschaft „Einheit“, die überhaupt keine politischen Ziele verfolgt, wurde eine Durchsuchung der bei ihnen gefundenen Bücher und Korrespondenz vorgenommen; es ist hierbei charakteristisch, daß nach den Mitteilungen des serbischen Geschäftsträgers die Durchsicht viel Zeit in Anspruch nahm, da die Polizei den Übersetzern — österreichischen Untertanen — mißtraute und hierfür einen mit den slawischen Sprachen vertrauten Deutschen ausfindig machen wollte. Herr Jowannowitsch hatte überhaupt den Eindruck, als ob das Polizeipräsidium eine formale Befriedigung der österreichischen Forderungen im Auge hatte.

Die Stellungnahme der deutschen Regierung zu dem bevorstehenden Schritt des Wiener Kabinetts gegen Serbien wurde erst durch eine Mitteilung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 7./20. Juli klargestellt, in der der deutsche Offiziosus die Berechtigung des Strebens der österreichisch-ungarischen Regierung, Klarheit in ihre Beziehungen zu Serbien zu bringen, anerkannte und die Hoffnung aussprach, daß es dank der verständigen Nachgiebigkeit Serbiens gelingen werde, eine ernste Krise zu vermeiden, und daß die bevorstehenden österreichisch-serbischen Auseinandersetzungen lokalisiert bleiben würden.

Bei dem am nächsten Tage stattfindenden diplomatischen Empfang beim Staatssekretär des Auswärtigen sagte ich Herrn von Jagow, daß ich mit großer Befriedigung die gestrige Mitteilung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gelesen habe, da die von der deutschen Regierung in der vorliegenden Frage eingenommene Haltung wohl die beste Garantie dafür sei, daß die österreichischen Forderungen gerecht und für Serbien annehmbar sein würden.

Der Staatssekretär entgegnete mir, daß ich mich geirrt habe, ihm sei bisher nichts darüber bekannt, worin die Forderungen Österreichs bestehen würden. Ich äußerte hierauf mein stärkstes Erstaunen, daß die deutsche Regierung in so einem Falle Österreich carte blanche erteilt habe, was allein Wien bewegen könnte, nicht das erforderliche Maß zu halten.

Zur Erklärung sagte mir Herr von Jagow, für ihn stehe es fest, daß Österreich nicht länger die großserbische Propaganda und überhaupt die nach den Erfolgen 1912/13 maßlos angewachsene Megalomanie der Serben dulden könne; für die Donaumonarchie sei dies eine Lebensfrage; jedem Staate müsse es überlassen bleiben, festzustellen, was für ihn Lebensfrage ist; das sei der Grund, weshalb er sich der Prüfung, worin die Forderungen Österreichs bestehen würden, enthalten habe; wenn Österreich tatsächlich über

alle Beweise verfüge, daß das Serajewoer Verbrechen in Belgrad vorbereitet worden sei und daß von dort aus die die Ruhe in der Monarchie störende großserbische Propaganda geleitet werde, so sei Österreich allein berechtigt, festzustellen, welche Bedingungen es dem unruhigen Nachbar im Interesse seiner eigenen Sicherheit aufzuerlegen habe.

Ich konnte Herrn von Jagow nur meine schon zu Beginn der Unterhaltung geäußerte Befürchtung wiederholen, daß eine solche bedingungslose Unterstützung, wie er sie Österreich zugesichert habe, letzteres veranlassen könnte, seine Ansprüche zu erhöhen, und fügte hinzu, daß gerade Österreich in den letzten Jahren besonders mit den Begriffen „Lebensfrage", „Lebensinteresse" Mißbrauch getrieben habe, wobei es jedesmal ganz Europa an den Rand des Krieges gestellt habe.

Dem den Staatssekretär ebenfalls am 8./21. Juli besuchenden französischen Botschafter sagte jener dasselbe wie mir; er ergänzte nur die Reihe der Beweggründe, die ihn davon abgehalten haben, sich mit dem Inhalt der österreichischen Forderungen bekannt zu machen, durch folgendes, ziemlich schwaches Argument: seine Abneigung, sich in Zukunft den Vorwürfen der Schwachheit seitens derjenigen auszusetzen, die die österreichische Note als nicht genügend energisch ansehen würden, und umgekehrt die Rücksicht auf die weitgehenden Forderungen der Vertreter der entgegengesetzten Richtung.

An demselben Abend hatte ich zufällig ein Gespräch mit einer nichtoffiziellen Persönlichkeit, das ich nicht unerwähnt lassen will. Es ist dies der Hausarzt der Kaiserlichen Botschaft, der schon zu den Zeiten des Grafen Osten-Sacken den Botschafter öfters in ausländische Kurorte begleitet hat und sogar während der langwierigen Krankheiten des Grafen monatelang im Botschaftsgebäude gewohnt hat. Seit dem April dieses Jahres ist dieser Leibarzt des Kronprinzen geworden. Dieser Mann, der in Anbetracht der genannten Umstände ziemlich leicht den Versuch machen konnte, nebenseitlichen Einflüssen Geltung zu verschaffen, hat meines Erachtens nicht umsonst und nicht auf eigene Veranlassung sich an diesem Abend zum erstenmal mit mir in einer mich überraschenden Schärfe und Geradheit unterhalten.

Nach Ansicht meines Partners berührt die zwischen Österreich und Serbien bevorstehende Auseinandersetzung niemandes direkte Interessen und kann darum auch nicht den Vorwand für irgendeine Intervention abgeben. Auf meine Bemerkung, daß wir, wenn die Forderungen Österreichs über die Grenzen einer Bestrafung serbischer Untertanen, die, sei es auch nur indirekt, mit dem

Serajewoer Mord in Verbindung stehen, hinausgehen und die politische Versklavung Serbiens bezwecken, zu solchen Versuchen kaum gleichgültig bleiben könnten, entgegnete mein Partner mit Nachdruck, Rußland habe nicht das geringste Recht zu einer Intervention; eine solche würde schließlich zu sehr ernsten Folgen führen. Ich entgegnete, daß wir uns Österreich zuliebe nicht von heute auf morgen von unserer Vergangenheit lossagen und dem weiteren Schicksal der von uns zu selbständigem Leben erweckten slawischen Staaten gleichgültig zusehen könnten. Hierauf wurde mir mit einer mich erstaunenden Schärfe erwidert: „Ja, wenn das der Fall wäre, dann müßten wir meiner Meinung nach ganz energisch eingreifen."

Im Laufe der weiteren Unterhaltung beklagte Herr G.[1a]) die stets unentschlossene und ängstliche Politik Österreichs gegenüber Serbien und bezeichnete diese als den Grund der Schwäche der Monarchie: bald mobilisiere Österreich seine Streitkräfte, bald entlasse es sie wieder. Hierbei sagte er wieder mit Nachdruck: „Wenn wir erst unsere Armee mobilisieren, dann seien Sie überzeugt, gehen wir vorwärts!" Ich möchte hier einschalten, daß gerade am nächsten Morgen der französische Marineagent mich von dem Gerücht verständigte, daß einzelne deutsche Reservisten die vorläufige Mitteilung von der Möglichkeit einer Mobilmachung (avis préalable de mobilisation) erhalten haben sollen [2]), wie seinerzeit während der Marokkokrisis und zu Beginn des Jahres 1913 anläßlich der durch Serbiens Streben, sich an der Adria festzusetzen, entstandenen Verwickelungen. Ich habe daher nicht versäumt, den französischen Botschafter von meinem obigen Gespräch in Kenntnis zu setzen, der ebenfalls geneigt war, anzunehmen, daß Herr G. nicht auf eigene Initiative sich mir gegenüber im geschilderten Sinne geäußert haben wird.

In der Woche vor dem österreichischen Ultimatum habe ich mehrmals versucht, die Stimmung der Beamten im Auswärtigen Amt durch Kollegen feststellen zu lassen. Wie mir verschiedene Kollegen, die an der Frage weniger interessiert sind als ich und daher auf eine größere Aufrichtigkeit rechnen können, mitteilten,

---

[1a]) *Die Aussagen des Herrn G. konnten wir nicht nachprüfen, da ein Herr G. als Leibarzt des Kronprinzen nicht bekannt ist. Der damalige Arzt des Kronprinzen hatte einen anderen Namen. Die Schriftleitung.*

[2]) *Das Gerücht war nicht zutreffend. Vergl. Wegerer „Ein Irrtum der Ententekommission", „Die Kriegsschuldfrage", Jahrg. 1 Seite 61 ff. und „Das Russische Orangebuch von 1914" Nr. 6. Die Schriftleitung.*

ist tatsächlich von dem Entschluß der deutschen Regierung, ihren Verbündeten bei der bevorstehenden Auseinandersetzung mit Serbien in jeder Hinsicht zu unterstützen, gesprochen worden; aber im Anschluß an den unvermeidlichen offiziellen Teil der Unterhaltung ist mit kritischen Äußerungen über Österreich nicht gespart worden, mit dem Zusatz, Deutschland habe diese österreichischen Praetensionen satt, die Österreicher wüßten selbst nicht, was sie wollten, usw.

Am 11./24. Juli wurde der am vorhergehenden Abend von der österreichisch-ungarischen Regierung in Belgrad unternommene Schritt bekannt. Nach Rücksprache mit dem französischen Botschafter beschloß ich, in der Überzeugung, bald entsprechende Instruktionen zu erhalten, meinen Besuch beim Staatssekretär auf den folgenden Tag zu verschieben; Herr Cambon aber, der umgekehrt auf baldige Instruktionen nicht rechnen durfte, da das Haupt der französischen Regierung und der Präsident selbst sich auf hoher See befanden, hatte keinen Grund, seinen Besuch zu verschieben, und beschloß, Herrn von Jagow am selben Abend aufzusuchen und mich von dem Ergebnis seiner Unterhaltung unverzüglich in Kenntnis zu setzen. Da es bei dem weiteren Verlauf der Dinge darauf ankam, alles zu versuchen, mäßigend auf die österreichische Regierung einzuwirken und sie von neuen, nicht wieder gutzumachenden Schritten abzuhalten, so beabsichtigte Herr Cambon, nur festzustellen, inwieweit man in dieser Beziehung auf das Berliner Kabinett rechnen könne, dessen Stimme, als die eines Verbündeten, Aussicht hätte, in Wien gehört zu werden.

Herr Cambon holte bei Beginn seiner Unterredung weit aus. Er fragte, ob es wahr sei, daß die österreichisch-ungarische Regierung sich heute an die Großmächte mit einer erklärenden Note über ihr Vorgehen in Serbien gewandt habe. Der Staatssekretär antwortete bejahend und fügte hinzu, daß die von Baron Giesl in Belgrad übergebene Note in sehr energischen Ausdrücken abgefaßt sei. Herrn Cambons Annahme, daß Herr von Jagow hiervon wohl früher verständigt worden sei, wurde in Abrede gestellt, worauf der französische Botschafter sein Erstaunen darüber ausdrückte, daß die deutsche Regierung Österreich unterstützt habe, ohne zu wissen, wohin ein solcher Schritt sie selbst führen könnte. „Vous allez a l'aventure!“ rief Herr Cambon aus, dabei ständig betonend, daß er nur in seinem eigenen Namen spreche. Herr von Jagow entgegnete hierauf lächelnd: „C'est même seulement pour cela que je Vous le laisse dire.“

Weiter wies der französische Botschafter darauf hin, daß es für Serbien unmöglich sei, alle österreichischen Forderungen an-

zunehmen; selbst wenn König Peter darauf eingehen würde, würde das Volk es ihm unmöglich machen, sein Versprechen zu erfüllen: es würde zu solchen Unruhen und Tumulten kommen, daß diese inneren Erschütterungen den Nachbarstaat Österreich sogar zur Besetzung eines Teils von Serbien veranlassen könnten. Ob denn der Staatssekretär die Möglichkeit einer solchen aufregenden Wendung nicht vorausgesehen habe?

Hierauf antwortete Herr von Jagow, daß das von seinem Partner entworfene Bild zu schwarz sei und daß alles gut enden werde, wenn nur Serbiens Freunde ihm den Rat geben würden, sich unverzüglich zufriedenzugeben. Diese letzten Worte benutzte Herr Cambon, um die ihn interessierende Frage anzuschneiden. Er sagte, daß, wenn auf der einen Seite die Freunde Serbiens nicht zögern werden, diesem ganz kategorische Ratschläge zur Vernunft zu geben, so könne auf der anderen Seite auch über die Deutschland zufallende Rolle kein Zweifel sein: sie bestehe darin, so bald wie möglich auch in Wien Ratschläge zur Vernunft und Mäßigung zu erteilen, deren man dort nicht weniger bedürfe als in Belgrad.

Herr von Jagow antwortete erst, daß die Bereitwilligkeit Deutschlands, in dem angegebenen Sinne auf Wien einzuwirken, von den weiteren Umständen abhängen werde; sich verbessernd, wurde er dann aber immer unzugänglicher und bewies hartnäckig die Notwendigkeit, daß Serbien sich unterwerfen müsse, nachdem es nun einmal durch seine ständigen Herausforderungen Österreich zu den äußersten Maßnahmen gebracht habe.

Aus der Unterhaltung mit Herrn von Jagow nahm Herr Cambon den Eindruck mit, daß der Österreich zwar lebhaft unterstützende deutsche Außenminister den Gedanken der Möglichkeit seines Einwirkens auf Wien nicht ganz von der Hand weist. Am anderen Tage, am 12./25. Juli, erhielt ich vom Herrn Außenminister die telegraphische Weisung, den Staatssekretär des Auswärtigen zu bitten, auf Wien einzuwirken, damit das letztere die der serbischen Regierung zur Annahme der österreichischen Forderungen gestellte Frist verlängere; bekanntlich lief diese Frist an demselben Tage um 6 Uhr nachmittags ab.

Um 1 Uhr gab ich den Auftrag, Herrn von Jagow zu bitten, mich in einer eiligen Sache zu empfangen; auf die Antwort, daß der Staatssekretär mich um $6^1/_2$ Uhr erwarte, entgegnete ich, daß das leider etwas spät sei; schließlich wurde mir mitgeteilt, daß Herr von Jagow mich gegen $4^1/_2$ Uhr empfangen werde. In der Befürchtung jedoch, daß der Staatssekretär, um unserem Wunsche auszuweichen, sich auch dann darauf berufen werde, daß derselbe zu spät komme, faßte ich den Inhalt des erhaltenen Telegramms mit

allen darin enthaltenen Beweggründen schriftlich zusammen und übersandte den Brief Herrn von Jagow gegen 3 Uhr nachmittags [3]).

Als ich um 4,30 Uhr zum Staatssekretär hereinging, wußte ich schon, was er mir sagen wird, da ich, unterwegs beim französischen Botschafter vorsprechend, erfahren hatte, daß der englische Geschäftsträger soeben bei Herrn von Jagow gewesen war; der englische Geschäftsträger hatte Herrn Cambon von dem unbefriedigenden Resultat des dem unsrigen analogen Schritts der englischen Regierung verständigt.

Tatsächlich sagte der Staatssekretär mir, Wort für Wort, wie meinem englischen Kollegen, daß er unseren Wunsch Wien übermittelt habe, aber befürchte, daß wegen der Abreise des Grafen Berchthold nach Ischl sowie wegen des späten Zeitpunkts nichts zu machen sein werde, dazu sei in Wien zurzeit keine genügend autoritative Persönlichkeit vorhanden, um die Verantwortung für die Änderung der ursprünglichen Entschlüsse zu übernehmen. Da Herr von Jagow gleichzeitig die Befürchtung äußerte, daß die Verlängerung der Frist das Selbstbewußtsein der Serben steigern könne, entgegnete ich, daß es umgekehrt Sache aller aufrichtigen Freunde Serbiens sein werde, ihm schnelle und vernünftige Nachgiebigkeit anzuraten.

Auf meine Frage, wie eigentlich die Übermittelung unseres Wunsches nach Fristverlängerung an Wien aufzufassen wäre, antwortete Herr von Jagow mir, wie Sir Horace Rumbold, daß er mehr nicht tun könne, als die Aufmerksamkeit auf unseren Wunsch zu lenken.

Im Laufe unseres ziemlich langen Gesprächs sagte ich unter anderem dem Staatssekretär, daß ich jetzt nach Kenntnisnahme des Textes der österreichischen Note, die einen Haß gegen Serbien atme, wie er nur von dem seinerzeit nicht ohne Skandal aus Belgrad entfernten Grafen Forgách an den Tag gelegt worden war, zu glauben beginne, daß die Deutsche Regierung tatsächlich von dem Inhalt derselben nicht verständigt worden war, da sie sich anderenfalls wohl kaum mit dieser Fassung einverstanden erklärt hätte. Ich bat Herrn von Jagow erneut, Wien die Verlängerung der nach einer Stunde ablaufenden Frist zu empfehlen, und fügte hinzu, daß die deutsche Regierung, als der österreichischen am nächsten stehende, eine ungeheure Verantwortung auf sich nehmen würde, wenn sie die Erteilung eines mäßigenden Rates ablehnen würde. „Nur Ihr Rat könnte Wien zurückhalten, ohne seine Eigenliebe zu verletzen. Ihre Verantwortung wäre daher sehr groß, wenn Sie es ablehnen würden,

[3]) *Vergl. „Deutsche Dokumente" Nr. 172. Die Schriftleitung.*

ihn zu erteilen.“ Der Staatssekretär vermied eine direkte Antwort und berief sich darauf, daß es überhaupt sehr verantwortungsvoll sei, Ratschläge zu erteilen, besonders in Fragen, die die Eigenliebe des einen oder anderen Staates berührten; für Österreich sei es wahrscheinlich gegenwärtig sehr schwer, zurückzuweichen. Ich bemerkte hierauf, daß es bei Streitenden in erster Linie darauf ankomme, zu verhindern, daß sie zusammenstoßen, um Zeit zur Erörterung der Lage zu gewinnen; es sei indessen unmöglich, auch nur dieses Resultat ohne Mitwirkung der deutschen Regierung zu erreichen.

Herr von Jagow wiederholte, daß er die österreichischen Forderungen vordem nicht gekannt habe, gab zu, daß sie ziemlich hart seien, schloß aber damit, daß er sie dennoch für gerecht und von Serbien verdient halte. „Seit meinem Eintritt ins Amt, d. h. seit über $1^1/_2$ Jahren, habe ich immer wieder Herrn Paschitsch auf die Notwendigkeit hingewiesen, das Verhältnis zu Österreich zu ändern und sich von der herausfordernden und die Nachbarmonarchie reizenden Richtung der serbischen Politik loszusagen. Aber Herr Paschitsch hat meinen Ratschlägen nicht die geringste Beachtung geschenkt. Seine eben erst bei der Beerdigung des Herrn Hartwig gehaltene Rede war nichts anderes als eine offene Verherrlichung des Panslawismus und enthielt indirekte Angriffe auf Österreich. Was Ihre für die Zukunft ausgesprochenen Befürchtungen anbetrifft, so teile ich sie nicht; zwischen Österreich und Serbien wird es zu keinem Kriege kommen, es wird nur eine kleine Exekution sein.“ Da Herr von Jagow seine Ausführungen mit dem Hinweis darauf schloß, daß die Frist des Ultimatums sofort abgelaufen sei, bemerkte ich, daß außer dem Telegraphen zwischen Berlin und Wien auch noch eine Telephonverbindung bestehe, deren er sich auf Wunsch bedienen könne; hierauf rief Herr von Jagow aus: „Ah, non, merci! si je commençais a parler avec ces messieurs par téléphone, je n'aurais que cela à faire toute la journée!“

Im Laufe der Unterhaltung wies ich mehrfach, wenn auch versteckt, auf die möglichen furchtbaren Folgen der österreichischen Hartnäckigkeit hin — Hinweise, wie sie auch in der mir übergebenen Instruktion enthalten sind. Auf jeden solchen Hinweis reagierte der Staatssekretär nicht anders als mit der Bemerkung, daß eine solche Perspektive so furchtbar sei, daß er an sie überhaupt nicht denken will, wobei er hinsichtlich der Serben hinzufügte: „Ce sont des assassins, comment pouvez-Vous les defendre ainsi!“ Ich entgegnete hierauf, daß das Schicksal der Mörder und ihrer Komplicen uns im Gegenteil überhaupt nicht interessiert.

Am Morgen desselben 11./24. Juli gelang es mir zufällig, die Stellungnahme der griechischen Regierung zu den möglichen Folgen des österreichisch-serbischen Konflikts zu erfahren: ich besuchte den griechischen Gesandten und fand ihn in telephonischer Unterhaltung mit dem soeben in München eingetroffenen griechischen Premierminister. Nach Beendigung des Gesprächs sagte Herr Theotoki mir, Veniselos habe ihn beauftragt, unverzüglich der deutschen Regierung zur Kenntnis zu bringen, daß Griechenland, im Falle Bulgarien den Wunsch äußern sollte, sich die gegenwärtige schwierige Lage Serbiens zunutze zu machen, zum Schutze seiner eigenen Interessen kein tatenloser Zuschauer dieses Angriffs bleiben würde; diese Erklärung sollte in bestimmtester Form abgegeben werden, um dem Staatssekretär jeden Zweifel an dem von Veniselos gefaßten Beschluß zu nehmen. Herr Theotoki entledigte sich noch an demselben Abend seines Auftrages. Er teilte mir nachher interessante Einzelheiten aus seiner Unterredung mit Herrn von Jagow mit. Auf die ihm gemachte Erklärung äußerte Herr von Jagow sein Erstaunen, daß die griechische Regierung in einem möglichen Angriff Bulgariens auf Serbien eine Bedrohung ihrer Interessen sehe. Herr Theotoki wies zuerst auf die Vertragsbedingungen hin, die seine Regierung mit der serbischen verknüpfen, und bewies dann, daß Bulgarien, nachdem es sich widerstandslos mit Serbien auseinandergesetzt haben wird, zweifellos seine Waffen gegen Griechenland wenden wird, das dann isoliert dastehen würde, da es nicht mehr auf die Unterstützung Serbiens rechnen könnte. Schließlich erinnerte Herr Theotoki daran, daß die deutsche Regierung erst vor zehn Monaten als erste den Bukarester Vertrag und die in demselben festgesetzten Grenzen der Balkanstaaten anerkannt und sich irgendwelchen Änderungen desselben widersetzt habe. Ungeachtet aller Einwände des griechischen Gesandten blieb Herr von Jagow bei seiner Ansicht und äußerte sein Bedauern und Erstaunen, daß die griechische Regierung einen falschen Standpunkt einnimmt. Nicht weniger als Herr von Jagow war auch Herr Theotoki über diese Hartnäckigkeit des deutschen Außenministers und seine offenen Bemühungen, Bulgarien die Handlungsfreiheit gegenüber Serbien zu sichern, erstaunt. Es war klar, daß die griechische Mitteilung auf Herrn von Jagow einen sehr unangenehmen Eindruck gemacht hat.

Am Abend dieses Tages fanden in den Straßen Berlins die ersten kriegerischen Manifestationen statt; auf den Straßen trugen Trupps von Jugendlichen, wie nachher behauptet wurde, hauptsächlich österreichische Untertanen, die von ihrem Konsulat von der in Österreich-Ungarn bevorstehenden Teilmobilmachung verständigt

worden waren, Bilder der Herrscher Franz Joseph und Wilhelm, riefen „hoch“ vor der österreichischen und italienischen Botschaft sowie „Krieg“ und „Nieder mit Serbien“. Gegen Mitternacht wurde die Haltung der Menge immer herausfordernder, und vor dem Gebäude der Kaiserlichen Botschaft erfolgten die ersten feindseligen Demonstrationen: man hörte einzelne Rufe, wie „Pfui“, „abfahren“ usw. Die Polizei sah tatenlos zu und begann erst mit der Herstellung der Ordnung, als gegen 2 Uhr nachts der Titulärrat der Kaiserlichen Botschaft Katarshi telephonisch das Polizeipräsidium auf die Vorgänge vor der Botschaft aufmerksam machte.

Am anderen Tage, am Sonntag, schrieb ich dem Staatssekretär einen Brief, in dem ich auf die ungehörigen Ausfälle der Menge vor der Botschaft hinwies, und bat um Mitteilung, welche Maßnahmen die Polizei zu treffen gedenke, um die Wiederholung dieser betrüblichen Vorgänge zu verhindern. Ich muß bekennen, daß nach Absendung des Briefes keine halbe Stunde vergangen war, als der Chef der politischen Abteilung des Ministeriums, Herr von Stumm, in der Botschaft erschien, um die Entschuldigung der deutschen Regierung zu überbringen; er teilte mit, daß von jetzt ab das Gebäude der Botschaft durch eine ansehnliche und vollkommen ausreichende Polizeiabteilung bewacht werden würde. Herr von Jagow wiederholte mir sein Bedauern über das Vorgefallene bei meinem nächsten Zusammensein mit ihm.

Am Morgen desselben 13./26. Juli wurde bekannt, daß Kaiser Wilhelm, dessen Rückkehr aus den norwegischen Gewässern auf den 2. August n. St. festgesetzt war, seinen Aufenthalt dort um fünf Tage abgekürzt, sich von der „Hohenzollern“ auf den schneller gehenden Kreuzer „Rostock“ begeben hat und am nächsten Tage eilig nach Potsdam zurückgefahren ist. Das war das erste allen erkennbare Symptom der ernsten Lage.

Zum ersten Male verhielt sich auch der Staatssekretär an diesem Abend in einem Gespräch mit dem französischen Botschafter ernster zu der augenblicklichen Krisis, in dem er die Umstände erwähnte, unter denen die Krise zu einem bewaffneten Konflikt führen könnte; nach seinen Worten würde die Mobilisierung der russischen Armee unweigerlich die Mobilmachung in Deutschland zur Folge haben, und wenn letzteres seine Armee mobil macht, wäre der Krieg unvermeidlich. Auf Herrn Cambons Bemerkung, daß man unterscheiden müsse, wo und gegen wen Rußland gezwungen werden könnte, mit Kriegsvorbereitungen zu beginnen, sagte Herr von Jagow nach einigem Schwanken, daß er im vorliegenden Fall unsere Mobilisierung an den deutschen Grenzen im Auge habe. Gleichsam, um seinen Gedanken näher auszuführen,

wiederholte er dann: „Wir würden uns gezwungen sehen, zu mobilisieren, 1. wenn Rußland an unserer Grenze mobil macht, 2. wenn russische Truppen in österreichisch-ungarisches Gebiet eindringen. Bedauerlicherweise beabsichtigte Herr von Jagow nur bei seinen obigen Ausführungen, Herrn Cambon von der dringenden Notwendigkeit für Frankreich, mäßigend auf Petersburg einzuwirken, zu überzeugen. In seiner Antwort wies der französische Botschafter nach wie vor seinem Partner gegenüber darauf hin, daß es Sache der deutschen Regierung sei, damit anzufangen, um selbst auf diejenige Macht einzuwirken, deren Handlungsweise die augenblickliche Krise heraufbeschworen hat; in den letzten aufregenden Tagen hörte ich viermal durch Herrn Cambon von immer denselben Hinweisen des Staatssekretärs (Il me répète toujours: „faites dire à Petersbourg“ et je lui réponds — „allez à Vienne.“)

Am 14./27. Juli erhielt ich eine telegraphische Instruktion des Herrn Außenministers, durch die ich von der am Vorabend stattgefundenen Unterredung des Herrn Ministers mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Petersburg, in der die Serbien gestellten zehn Forderungen besprochen worden waren, verständigt wurde. Hofmeister[4]) Sasonow war der Ansicht, daß, wenn Graf Szapary von seiner Regierung bevollmächtigt werden würde, mit ihm in einen weiteren Gedankenaustausch einzutreten, die Möglichkeit sich eröffnen würde, einen für beide Teile annehmbaren Ausweg aus der gegenwärtigen Lage zu finden; ich wurde daher beauftragt, das Berliner Kabinett zu bitten, in Wien diesen Weg einer friedlichen Lösung zu empfehlen, den zu gehen sich Graf Szapary augenscheinlich bereit gezeigt hat. Gleichzeitig wurde ich von dem Vorschlag Sir Edward Greys in Kenntnis gesetzt, den anzunehmen die Kaiserliche Regierung jederzeit bereit war, für den Fall, daß es unmöglich sein würde, durch direkte russisch-österreichische Verhandlungen zum Ziel zu kommen.

Meine Unterhaltung mit dem Staatssekretär dauerte ziemlich lange. Herr von Jagow sagte, daß er von unserem Vorschlag schon durch ein Telegramm des Grafen Pourtalès verständigt worden war; letzterer hat sich dabei dahin geäußert, daß, wenn Graf Szapary sich auf eine solche Unterhaltung mit dem russischen Außenminister eingelassen hat, er sie auch fortsetzen soll. Er, von Jagow, schloß sich vollkommen dem Standpunkt des Grafen Pourtalès an und sagte, er werde ihn zur Kenntnis des deutschen Botschafters in Wien bringen.

[4]) *Mit einem Ehrenamt verbundener Ehrentitel im russischen Hofdienst. Die Schriftleitung.*

Ich betonte, daß wir mehr wünschten als eine einfache Weiterleitung, er solle nämlich dem Wiener Kabinett empfehlen, auf diesem Wege zu einer Einigung zu gelangen. Der Minister berief sich auf die Notwendigkeit, mit der erforderlichen Vorsicht in Wien vorzugehen, und sagte, daß die Weiterleitung des Telegramms vom Grafen Pourtalès schon zeige, daß der Staatssekretär selbst den angegebenen Weg der Verhandlungen mit Petersburg empfehle.

Ich wies ferner auf die gute Seite unseres Vorschlages hin, daß die Herstellung eines freundschaftlichen Gedankenaustausches zwischen Petersburg und Wien — selbst wenn er nicht zu einer einigenden Formel führen sollte — die Möglichkeit gibt, Zeit zu gewinnen, wie sie zur Verwirklichung des verwickelteren englischen Vorschlages nötig ist. Hierauf entgegnete Herr von Jagow, daß er selbst eher unseren Vorschlag billige, und zwar um so mehr, als der englische unpraktisch und daher nicht realisierbar sei.

Der Staatssekretär sagte unter anderem, daß er mit Befriedigung vom Grafen Pourtalès gehört habe, Hofmeister Sasonow zeige sich in den letzten Tagen sehr zugänglich: „Car les premiers jours M. Sazonoff était tout à fait intraitable. Je sais d'ailleurs très bien qu'il n'aime pas les Autrichiens."

Da ich vom serbischen Geschäftsträger erfahren hatte, daß er am Morgen desselben Tages Herrn von Jagow den ihm telegraphisch übermittelten Text der serbischen Antwort auf die österreichische Note mitgeteilt hatte, erwähnte ich diesen Umstand und machte den Staatssekretär auf die weitestgehende Nachgiebigkeit aufmerksam, die Serbien an den Tag gelegt hat, und daß jetzt wohl die Reihe an Österreich sei, diese Stimmung zu benutzen, bevor etwas geschehe, das nicht mehr gutzumachen sei: so könne Österreich z. B. die Ansicht äußern, daß Baron Giesl sich etwas zu sehr mit seiner Abreise aus Belgrad beeilt habe, und in der Zeit durch einen Meinungsaustausch mit Rußland — sei es in Petersburg oder sei es selbst in Wien — den Versuch machen, ein neues Minimum seiner Forderungen und die Methoden ihrer Befriedigung durch die serbische Regierung festzusetzen. Da es sich um eine das Prestige zweier Großmächte berührende Frage handele, so könnte man außerordentliche Maßnahmen der Presse gegenüber anwenden, damit das zu erreichende Kompromiß nicht als Sieg der einen und Niederlage der anderen Partei interpretiert werde.

Der Staatssekretär antwortete, daß die serbische Note tatsächlich den Eindruck der Bereitwilligkeit, die österreichischen Forderungen zu befriedigen, mache; aber in einigen der wichtigsten Punkte der Antwort fänden sich wesentliche Vorbehalte, weswegen Österreich alle Ursache habe, zu befürchten, daß in Zukunft die

Ergebnisse in nichts zusammenschrumpfen würden. Österreich könne sich auf Gutwilligkeit Serbiens nicht verlassen. Mit Rücksicht auf das oben Dargelegte könne er ungeachtet meiner Beweisführung es nicht auf sich nehmen, Österreich — in einer Lebensfrage — Nachgiebigkeit anzuraten; ein solcher Entschluß sei Österreichs eigene Sache. Daher könne er nicht mehr tun, als was er mir zu Beginn unserer Unterredung versprochen habe, nämlich das Telegramm vom Grafen Pourtalès dem Freiherrn von Tschirschki zur Übermittlung in Wien zuzusenden.

Unmittelbar nach mir hatte der französische Botschafter, der die Weisung erhalten hatte, den Vorschlag Sir Edward Greys bei der deutschen Regierung voll und ganz zu unterstützen, eine Unterredung mit dem Staatssekretär. Herr Cambon erblickte eine bedenkliche Seite in der Erwähnung einer „Konferenz", da er schon befürchtete, daß Herr von Jagow, dessen Stellungnahme zur vorjährigen Londoner Konferenz er kannte, sich zum Greyschen Vorschlag ablehnend verhalten werde. In seiner Unterhaltung mit dem Staatssekretär betonte der französische Botschafter daher in der Hauptsache die Notwendigkeit einer gemeinsamen Einwirkung Englands, Frankreichs, Deutschlands und Italiens auf Wien wie auch auf Petersburg, wobei er darauf hinwies, daß eine solche gemischte Gruppierung der Mächte große Aussichten auf Erfolg habe, da sie die in kritischen Momenten gefährliche Gegenüberstellung der Mächte des Dreibunds denen des Dreiverbands vermeide. Nach Ansicht Herrn Cambons müßte die Einwirkung der genannten vier Mächte in einem unverzüglich in Wien und Petersburg zu erteilenden Rat bestehen, der ungefähr folgendermaßen formuliert werden könnte: „S'abstenir de tout acte de nature à aggraver l'état actuel des choses." Hierdurch würde vermieden werden, die Notwendigkeit für Österreich, sich eines Angriffs auf Serbien zu enthalten, zu erwähnen.

Die Ablehnung, die der Greysche Vorschlag durch den Staatssekretär erfuhr, machte auf den französischen Botschafter einen sehr ungünstigen Eindruck, was er Herrn von Jagow gegenüber auch nicht verbarg, indem er ihm ohne Umschweife erklärte: „S'il y a du sang versé — Vous en serez personnellement responsable."

An demselben Tage besuchte auch der schleunig von seinem Urlaub zurückgekehrte englische Botschafter den Staatssekretär. Von ihm erfuhr ich ebenfalls, daß Herr von Jagow sich zu dem Greyschen Konferenzvorschlag ablehnend verhalten hat, und zwar unter der Motivierung, daß eine solche Konferenz eine Art oberstes Schiedsgericht über zwei Mächte darstellen würde. Dagegen ver-

ständigte Herr von Jagow den Botschafter von einem soeben vom Grafen Pourtalès eingetroffenen Telegramm über eine Unterredung des letzteren mit Hofmeister Sasonow anläßlich der direkten Verhandlungen des Ministers mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Petersburg. Der Staatssekretär bevorzugte den Weg der direkten russisch-österreichischen Verhandlungen.

Die Tatsache, daß der Staatssekretär, der in einem so kritischen Moment den Botschaftern von England und Frankreich sowie mir seine ablehnende Haltung zum Greyschen Vorschlag auseinandergesetzt hatte, mit keinem Worte seine Bereitwilligkeit, auf ihn zurückzugreifen (bzw. einen anderen Vorschlag zu prüfen), andeutete für den Fall der Erfolglosigkeit unserer Unterhaltungen mit Österreich, läßt einen gewissen Zweifel an der Aufrichtigkeit seines Wunsches, den Konflikt zu vermeiden, auftauchen. Daher benützte ich die Rückkehr des italienischen Botschafters nach Berlin, um die Möglichkeit zu haben, meine persönlichen Eindrücke und Zweifel nachzuprüfen.

Auf meine Frage, was er über den österreichischen Schritt denke, antwortete Herr Bolatti, daß der Ton der österreichischen Note vom 10./23. Juli, die ihm vollkommen unerwartet gekommen sei, ihn sehr erstaunt habe: es sei klar gewesen, daß Österreich seine Beziehungen zu Serbien nicht klären und in Ordnung bringen, sondern im Gegenteil durch eine Herausforderung die Sache zum Bruch treiben wolle. Nach den Worten Bolattis hat er diesen seinen Eindruck hier nicht verschwiegen, wobei er hinzufügte, daß er aus eigener Erfahrung genau wisse, wie man ein Ultimatum, das zum Kriege führen soll, redigiert, da er selbst das italienische Ultimatum an die Türkei, das zum Tripoliskrieg führte, abgefaßt hat: tagelang habe er über eine Reihe von für die Türkei unannehmbaren Forderungen nachgedacht, doch nehme er an, daß es ihm gelungen sei, die italienische Note in einem den internationalen Beziehungen mehr entsprechenden Tone abzufassen, als wie es jetzt die österreichische Diplomatie getan habe.

Indem ich an das soeben von meinem Partner geäußerte Urteil über das österreichische Ultimatum und seine Endziele anknüpfte, äußerte ich die Ansicht, daß das Streben Österreichs — Serbien militärisch zu zerschmettern oder politisch zu versklaven — in Italien wohl nicht die geringste Sympathie finden dürfte; erschienen die großserbische Propaganda und sogar die möglichen, auf die österreichischen Gebiete mit serbischer Bevölkerung gerichteten Wünsche des jungen Königreichs im Gegenteil der italienischen öffentlichen Meinung viel verständlicher. Ich vertrat die Ansicht, daß im gegenwärtigen Moment der italienischen Regierung die be-

deutende und dankbare Rolle zufalle, die aggressiven Anschläge Österreichs zu mäßigen; diese Anschläge würden wahrscheinlich von Deutschland unterstützt, ihre Verwirklichung könnte aber europäische Verwickelungen zur Folge haben, wobei Italien von Österreich gegen seinen Willen in ein ihm unsympathisches Abenteuer hereingezogen werden könnte.

Herr Bolatti erklärte sich mit diesen Ausführungen einverstanden und sagte, daß die Haltung seiner Regierung in der augenblicklichen Krise natürlich eine mäßigende sein könne.

Was die bisherige Rolle Deutschlands angehe, so sagte ich dem italienischen Botschafter, daß, wenn ich auch persönlich an der Abneigung Deutschlands, es zum Kriege kommen zu lassen, nicht zweifle, man doch andererseits in Anbetracht der bedingungslosen Unterstützung Österreichs und der geringen Bemühungen, schleunigst einen schnellen Ausweg zu finden, auf den Gedanken kommen könne, daß die Kriegspartei die Oberhand gewinne und die Idee des „Präventivkriegs" triumphiere, zu der sich der deutsche Kronprinz im Laufe des letzten Monats zweimal offen bekannt hat [5]).

Gegen diese Annahme protestierte Herr Bolatti auf die entschiedenste Weise, wobei er hinzufügte, er könne sich dafür verbürgen, daß die deutsche Regierung keinen Krieg wünsche und gegenwärtig über die entstandene Lage aufs äußerste besorgt sei, da sie aus derselben keinen Ausweg sähe. Diese Versicherungen wiederholte der italienische Botschafter mehrere Male in aufrichtigstem und überzeugendstem Tone. Seinerseits interessierten ihn die Absichten Rußlands; ich entgegnete, daß wir uns wahrscheinlich nicht teilnahmslos zum Schicksal Serbiens verhalten und für dasselbe eintreten würden. Ich erwähnte auch, daß wir uns nach der mir gegenüber geäußerten Ansicht Herrn von Jagows mit einer Zusicherung Österreichs, in Serbien keine territorialen Erwerbungen anzustreben, zufriedengeben könnten, und führte meine Antwort an den Staatssekretär an, den ich auf den zweifelhaften Wert solcher Zusicherungen hingewiesen und mit einigen geschichtlichen Beispielen aus der letzten Zeit belegt hatte. Herr Bolatti stimmte mir bei und fügte hinzu: „Parbleu, c'est notre cas pour le Dodécanéze!"

Da ich die nahen Beziehungen Herrn Bolattis zur Wilhelmstraße kannte, so verfehlte ich nicht, ihm beim Fortgehen zu verstehen zu geben, daß wir meiner persönlichen Meinung nach schon das letzte Wort gesprochen hätten und ich voraussähe, daß eine weitere österreichisch-deutsche Hartnäckigkeit die Abreise der Kaiserlichen Botschaft aus Berlin zur Folge haben werde.

[5]) *Vergl. Dokumente Nr. 84. Die Schriftleitung.*

Derselbe Tag (14./27. Juli) brachte als neues schlechtes Vorzeichen die von den Zeitungen für den nächsten Tag gemeldete Rückkehr des Kronprinzen aus Danzig nach Potsdam; mir schien es, daß die Anwesenheit der unausgeglichenen, nach selbständigem Hervortreten strebenden und sich für ein militärisches Genie haltenden Persönlichkeit des Thronerben in der Umgebung des Kaisers während kritischer Tage die Aussichten eines friedlichen Ausganges der Krise wesentlich herabmindere. Mit Erleichterung las ich am nächsten Morgen, daß die Rückkehr nicht stattfinden wird; leider traf der Kronprinz einen Tag später (am 16./29. Juli) doch in Potsdam ein.

Meine letzte Zusammenkunft mit Herrn von Jagow fand am Dienstag, den 15./28., abends, statt, am Vorabend der Rückkehr des Kaiserlichen Botschafters nach Berlin. Auf meine Frage, ob wir uns nicht seit gestern einer friedlichen Lösung der Krise nähern, antwortete der Staatssekretär, daß er am Morgen ein Telegramm vom Grafen Pourtalès erhalten habe, aus dem er zu seiner Freude ersehe, daß Hofmeister Sasonow immer mehr geneigt sei, durch gemeinsame Bemühungen ein annehmbares Kompromiß zu finden. Da Herr von Jagow sich mir gegenüber in diesem Sinne schon gestern geäußert hatte und die Wiederholung dieser Phrase, noch dazu mit einer gewissen Betonung, bedeuten konnte, daß er aus unserer oben erwähnten Bereitwilligkeit zu einem Kompromiß den Schluß ziehen könnte, daß ein einseitiges Nachgeben unsererseits im Bereich der Möglichkeit liege, so hielt ich es für angebracht, zu entgegnen, daß unser Außenminister wahrscheinlich einem Kompromiß von Anfang an nicht abgeneigt gewesen ist, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß ein solcher nicht nur für Österreich, sondern auch für Rußland annehmbar sei.

Hierauf entgegnete Herr von Jagow, daß die Lage Österreichs in der vorliegenden Frage bedeutend schwieriger sei als die Rußlands, daß Österreich bestrebt sein müsse, sich nach innen und außen hin zu sichern, und daß man daher von Rußland größere Nachgiebigkeit erwarten müsse, da dessen Lebensinteressen gegenwärtig von niemand angetastet würden usw.

Ich widersprach dem Staatssekretär, indem ich darauf hinwies, daß es nicht zulässig sei, wenn Österreich mit einem Federstrich unseren seit Jahrhunderten entstandenen Einfluß auf dem Balkan beseitigen wolle usw. Herr von Jagow beendete diesen Teil der Unterhaltung mit den Worten: „Jeder von uns wird in dieser Frage bei seiner Meinung bleiben; ich kenne Ihre Beweisführung schon im voraus und kann mich mit ihr nicht einverstanden erklären. Sie kennen meine und können sie auch nicht anerkennen."

Als ich aber fragte, ob er vom Wiener Kabinett eine Antwort über die Möglichkeit privater Verhandlungen in Petersburg bekommen habe, antwortete Herr von Jagow verneinend und berief sich erneut auf die Schwierigkeit, Wien in einer für dasselbe so kitzligen Frage zu beeinflussen. Als ich darauf bemerkte, daß, wenn der von uns vorgeschlagene Ausweg noch keineswegs gesichert ist, man doch den englischen Vorschlag nicht aus dem Auge verlieren dürfe, berief sich der Staatssekretär darauf, daß ihm die Idee selbst, eine neue Konferenz einzuberufen, unsympathisch sei; daß sogar während der vorjährigen Londoner Botschafterberatung alle danach gestrebt hätten, das Wort „Konferenz" zu vermeiden. Abgesehen davon würde die neue Konferenz eine Art oberstes Schiedsgericht darstellen, und er könne sich nicht vorstellen, wie eine Mächtegruppe ein Gericht über zwei andere Mächte zusammenberufen könnte, ohne daß diese das gewünscht hätten.

Nach diesen Äußerungen bemerkte der Staatssekretär besorgt, daß wir angeblich an der österreichischen Grenze mobilisierten und er fürchte, daß es Österreich unter solchen Umständen schwer sein werde, sich mit uns zu verständigen, um so mehr, als es selbst nur die gegen Serbien bestimmten acht Korps mobilisiere und an unserer Grenze nicht die geringsten Vorbereitungen treffe. Da ich nicht wußte, wieweit diese Mitteilungen Herrn von Jagows wahr seien, beschränkte ich mich darauf, zu bemerken, nach mir zugegangenen privaten Nachrichten treffe Österreich auch an unserer Grenze Vorbereitungen, was augenscheinlich auch unsererseits entsprechende Maßnahmen hervorrufen könne[6]); ich unterstrich, daß wir auf jeden Fall an der deutschen Grenze nichts unternähmen. Herr von Jagow erwiderte, daß auch dort auf unserer Seite verschiedene ausgesprochene Vorsichtsmaßnahmen zu bemerken seien: der Grenzübergang sei erschwert, Eisenbahnwagen würden ins Innere abtransportiert; er stimmte mir übrigens gleich darin bei, daß solche Maßnahmen nicht den Charakter militärischer Vorbereitungen tragen.

Die Tatsache, daß die österreichische Regierung sich bisher nach den Worten Herrn von Jagows nicht über die Möglichkeit von Verhandlungen in Petersburg geäußert hat, und daß die deutsche Regierung andererseits den englischen Vorschlag endgültig begraben hat, mußte Befürchtungen auslösen, was ich dem Staatssekretär gegenüber auch nicht verbarg, indem ich ihm sagte, daß

[6]) *Die Nachrichten waren nicht zutreffend. Vergl. Demus-Morau „Tagebuchaufzeichnungen", „Die Kriegsschuldfrage", August 1926 Seite 549 ff. Die Schriftleitung.*

die Ablehnung des Greyschen Vorschlags durch Österreich (da das Verhalten Deutschlands dazu, wie ich hinzufügte, wohl durch die Stellungnahme der unmittelbar interessierten Macht — Österreichs — bedingt sei) und die Langsamkeit, mit der das Wiener Kabinett auf unseren Vorschlag reagiere, keine günstigen Symptome seien; aus der durch den Bruch zwischen Österreich und Serbien geladenen Atmosphäre müsse man so schnell wie möglich einen Ausweg suchen; da aber Österreich in dieser Beziehung nicht nur keine Eile, sondern auch nicht die geringste Bereitwilligkeit an den Tag lege, so dürfe man wohl zweifeln, ob es einen friedlichen Ausgang wünsche und ob es nicht bestrebt sei, einige Tage zu gewinnen, sei es, um größere militärische Vorbereitungen zu treffen, sei es, um eiligst Teile des serbischen Gebiets als Faustpfand zu besetzen. Der Staatssekretär zerstreute meine Besorgnisse nicht und beschränkte sich auf die für ihn im augenblicklichen Moment bestehende große Schwierigkeit, offen auf das Wiener Kabinett einzuwirken.

Über die Einzelheiten dieses Gesprächs und die aus demselben mitgenommenen ungünstigen Eindrücke verständigte ich Sir Edward Goschen und den französischen Botschafter; letzterer übrigens sah die ganze Sache seit der Ablehnung des Greyschen Vorschlages durch Herrn von Jagow für fast verloren an.

Am Abend dieses 15./28. Juli fanden an dreißig verschiedenen Stellen der Hauptstadt Protestversammlungen der Sozialdemokraten gegen die in einem Teil der deutschen Gesellschaft Platz greifende kriegerische Stimmung statt. Da die Absicht der Sozialdemokraten, gegen die Kriegsidee zu demonstrieren, vorher bekannt wurde und es keinem Zweifel unterlag, daß die Berliner Behörden, die sich zu den chauvinistischen Manifestationen so gleichgültig verhalten hatten, selbst als diese eine die öffentliche Ordnung bedrohende Wendung nahmen, gegen die Demonstrationen zugunsten des Friedens alle zur Verfügung stehenden Maßnahmen treffen werden, erstaunte es mich nicht, als Herr von Jagow mir am Montagabend — gleichsam im Zusammenhang mit den Unruhen vor dem Botschaftsgebäude am Sonnabend — sagte, daß die Regierung beschlossen habe, von jetzt ab keine Straßendemonstrationen mehr zuzulassen. Ungeachtet des sehr starken Polizeiaufgebots, das man überall an den Versammlungsstellen der Sozialdemokraten sehen konnte, gelang es ziemlich ansehnlichen Gruppen bis zu den Linden durchzudringen, wo man Rufe „Nieder mit dem Krieg“ hören konnte. Um den Eindruck dieser Rufe bei der promenierenden Menge zu verwischen, wurden sofort Gegen-

manifestationen, bei denen patriotische Lieder gesungen wurden, organisiert. Die letzteren Umzüge wurden offenkundig von einigen der singenden Menge in Autos vorausfahrenden Leuten geleitet.

Es ist charakteristisch, daß der sozialdemokratische „Vorwärts" als einzige Berliner Zeitung anläßlich der serbischen Antwort an Österreich einen sehr vernünftigen Aufsatz veröffentlichte, in dem die äußerste Nachgiebigkeit der serbischen Regierung festgestellt wurde.

Überhaupt kann die Stellungnahme der Berliner Presse zu der serbischen Antwortnote als deutlicher Beweis dienen, mit welchen Mitteln in den letzten Tagen die öffentliche Meinung in Deutschland bearbeitet worden ist. Am Morgen des 14./27. Juli erhielt der serbische Geschäftsträger telegraphisch den Text der Note und machte mich mit ihrem Inhalt bekannt; Herrn Jowannowitsch wie mir erschien es wünschenswert, daß die Übersetzung des Dokumentes möglichst bald in der Berliner Presse erscheine, da man damit rechnen konnte, daß die von Serbien gezeigte, alle Erwartungen übersteigende Nachgiebigkeit auf das voreingenommene deutsche Publikum einen für Serbien günstigen Eindruck machen und umgekehrt die Hartnäckigkeit Österreichs zurücktreten lassen werde. Aber unter den verschiedensten Vorwänden lehnten die wichtigsten Zeitungen es ab, die serbische Note zu veröffentlichen; gleichzeitig weigerten sich auch die örtlichen Telegraphenagenturen, die Note abzudrucken; die Agentur Wolf veröffentlichte sie nach $1^1/_2$ Tagen und erst nach Erhalt der offiziellen österreichischen Kritik an der serbischen Antwort; dabei wurde die Note in der Form veröffentlicht, daß nach jedem Punkt der Antwort der österreichische, ihre vollkommene Unzulänglichkeit beweisende Standpunkt veröffentlicht wurde [7]); das Ergebnis dieser Bemühungen war, daß die Mehrzahl der Berliner Zeitungen bei der Erörterung der serbischen Note sie als „heuchlerische Antwort Serbiens" charakterisierten.

Es ist ferner nicht ohne Interesse, daß, als der serbische Geschäftsträger bei einem zufälligen Zusammentreffen mit dem österreichischen Botschafter im Auswärtigen Amt diesem die serbische Antwort zeigte, Graf Szögyény sie vollkommen befriedigend fand und die Hoffnung aussprach, daß sich alles zum Guten wenden werde. Als demselben österreichischen Botschafter zwei Tage später der Botschafter einer neutralen Macht sein Erstaunen

[7]) *Vergl. „Österreichisches Rotbuch 1919" Nr. 96. Die Schriftleitung.*

darüber aussprach, daß Österreich sich mit einer so vernünftigen Antwort nicht zufriedengegeben habe, antwortete er ungeduldig, keine Antwort hätte seine Regierung zufriedenstellen können, da sie nur das eine im Auge hatte — mit dem unruhigen Nachbarn Schluß zu machen.

Zum Schluß sei festgestellt, daß im Gegensatz zu den ganz kategorischen Versicherungen Herrn von Jagows, ihm seien die Forderungen, mit denen sich die österreichische Regierung am 10./23. Juli an Serbien wandte, vorher nicht bekannt gewesen, Graf Szögyény — nach Beginn der österreichischen Operationen gegen Belgrad — zugegeben hat, daß diese Versicherungen des Staatssekretärs nicht ganz der Wahrheit entsprechen [8]): wenn die deutsche Regierung etwas nicht wußte, so war es nur der endgültige Text des österreichischen Ultimatums; was aber die einzelnen Forderungen anbetrifft, die in ihm gestellt werden sollten, so waren diese dem Berliner Kabinett vorher mitgeteilt.

Das italienische Generalstabswerk im Lichte der Kriegsschuldfrage.

Von Paul Herre.

Von dem italienischen Generalstabswerk über den Weltkrieg liegen die beiden ersten Halbbände vor [1]). Es ist eine rein militärwissenschaftliche Arbeit, und in dieser Zeitschrift würde nicht von ihr zu sprechen sein, wenn sie nicht eine Reihe von Ausblicken auf die Vor- und Entstehungsgeschichte des Weltkrieges enthielte, die um so bedeutsamer sind, als es sich um ein amtliches italienisches Werk handelt.

Zu einigen allgemeinen Bemerkungen fordert zunächst die militärische Darstellung heraus. Sie stellt unter den parallelen Werken insofern ein Kuriosum dar, als sie mit keinem Wort von gemeinsamen Vorbereitungen mit den Verbündeten, auf Grund von

[8]) *Die Auffassung des Grafen Szögyény war eine irrtümliche. Vergl. „Parlamentarischer Untersuchungsausschuß", Heft 1 Seite 29 ff. Die Schriftleitung.*

[1]) Ministero della guerra, Comando del Corpo di Stato maggiore — Ufficio storico: L'Esercito italiano nella grande guerra (1915—1918). Vol. 1 u. 1 bis: Le forve belligeranti. 316 u. 71 Anlagen. Roma, Provzeditorato generale dello Stato, Libreria 1927 — Anno V.

Abmachungen, von Aufmarschplänen im Kriegsfalle, Verabredungen für gemeinsame Aktionen usw. spricht, denn diese Verbündeten waren im Kriege — die Feinde. Demgemäß beschränken sich die Ausführungen auf die Schilderung der Etatsverhältnisse und der durch diesen Rahmen bestimmten Arbeiten am Ausbau des Heeres, an seiner Bewaffnung, am Festungswesen usw. Für diese Dinge können die Bearbeiter des Guten nicht genug tun, offensichtlich von dem Bestreben beherrscht, dem Leser die peinliche Lücke nicht allzu bemerkbar zu machen. Für denjenigen, der nicht in das nationalistische Anschauungssystem des faschistischen Italien eingespannt ist, bleibt sie doch bestehen, und die auf die Kriegsschuldfrage bezüglichen Ausführungen sorgen dafür, daß sie, zumal dem deutschen Leser, so eindrücklich wie möglich zum Bewußtsein gelangt. Ihnen sei unsere Aufmerksamkeit zugewandt.

Nur sechs Einleitungs-Druckseiten (S. XIX—XXIV) sind der Entstehung und dem Ausbruch des Krieges gewidmet. Auch ihnen merkt der sorgfältige Leser durchaus das Unbehagen an, das die Bearbeiter bei Behandlung der delikaten Materie erfüllt hat, und deutlich läßt sich das Bemühen erkennen, über diese Fragen möglichst schnell hinwegzugleiten und sich auf jene Gegenstände zu konzentrieren, wo man mit der bösen Politik nichts zu tun hat. Aber gerade die knappen Bemerkungen lüften den Schleier vielfach mehr als es weitschweifige Erörterungen könnten, und es bleibt genug übrig, um die Auffassung des italienischen Generalstabs kennen zu lernen und die kritische Sonde daran zu legen.

Nach einigen vorsichtigen Bemerkungen über die Schwierigkeit einer Beantwortung der Frage nach den Ursachen des Weltkrieges wird festgestellt, daß mannigfaltige Faktoren, wie politische und wirtschaftliche Gegensätze und hegemoniale Bestrebungen die Großmächte verfeindet hatten und daß die ungeheuren Rüstungen zu Wasser und zu Lande die Feindschaften zur unmittelbaren Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes steigerten. Das läßt sich hören. Aber der Pferdefuß erscheint bei der kurzen Besprechung der politischen Ziele der einzelnen Großmächte. Von England ist merkwürdigerweise überhaupt nicht die Rede, ebensowenig von dem verhaßten Österreich-Ungarn: alles wird auf Deutschland zugespitzt. Das russisch-französische Bündnis wird nur als die Antwort auf die Pläne Deutschlands hingestellt. Nach zwei siegreichen Kriegen (1866, 1870), die ihm in Europa die tatsächliche Suprematie verschafft hatten, rüstete dieses zu einem dritten und größeren Kriege, der ihm die unbestreitbare Vorherrschaft über die ganze Welt sichern sollte.

Das alte Märchen vom deutschen Weltherrschaftsstreben und die Notwendigkeit, ihm entgegenzutreten, müssen also zur Erklärung des großen Ringens herhalten. Es kann in Deutschland nur eine schwere Enttäuschung hervorrufen, daß sich der italienische Generalstab diese Version der ententistischen Kriegspropaganda ohne Einschränkung zu eigen gemacht hat, und ich stehe nicht an, das als den beschämenden Ausdruck unritterlicher Gesinnung zu bezeichnen, der ihm wenig Ehre macht. Denn es läßt sich jederzeit beweisen, daß dem italienischen Offizierkorps der wahre Charakter des Krieges durchaus bekannt war. An Stelle alles anderen braucht nur an die Äußerungen des General Pollio erinnert zu werden, die dieser wenige Monate vor dem Ausbruch des Weltkrieges zum deutschen Militärattaché in Rom, Major von Kleist, getan hat und die auf den Ratschlag hinausgingen, den in Vorbereitung befindlichen eisernen Ring um die Dreibundmächte durch ein baldiges Losschlagen zu sprengen [2]). Es ist nicht anzunehmen, daß die klare geschichtliche Einsicht des letzten Generalstabschefs der Vorkriegszeit seinen Nachfolgern trotz der veränderten politischen Verhältnisse ganz verloren gegangen ist, und man wird bei der Beurteilung ihres Verhaltens an die strenge faschistische Zensur denken, der auch das Heer unterworfen ist. Indessen die Verantwortlichkeit für die Übernahme der törichtesten Ladenhüter der alten Hetzpropaganda bleibt voll bestehen, um so mehr als es mit dieser ersten Entgleisung keineswegs sein Bewenden hat.

Denn ähnlich parteiisch und voreingenommen wie die Behauptungen über die allgemeinen Kriegsursachen sind die Bemerkungen über die Vorgänge der letzten Vorkriegsjahre. Der russisch-japanische Krieg, die Marokkofrage, die Algeciraskonferenz, die neuen Eroberungen in Afrika, die Annexion Bosniens und der Herzegowina werden als Äußerungen des kranken Zustandes des Völkerlebens bezeichnet. Dagegen ist von dem italienischen Überfall auf Tripolis nur im Sinne einer selbstverständlichen geschichtlichen Tatsache die Rede, obschon die daran sich knüpfenden und kritisch gesehenen Folgen — Schwächung der Türkei und Ermutigung der Balkanstaaten mit Aufrollen der Orientalischen Frage — Italien als den eigentlichen Urheber dieser verhängnisvollen Ereigniskette deutlich erkennbar machen. In demselben Geiste wird die merkwürdige Behauptung aufgestellt, daß die während des Balkankrieges erfolgte letzte Erneuerung des Dreibundvertrages Deutschland einen „ungeheuren Vorteil" eintrug;

[2]) Wolfgang Foerster, Die deutsch-italienische Militärkonvention. „Die Kriegsschuldfrage", Maiheft 1927, Seite 407.

Deutschland habe vor allem durch Österreich-Ungarn hindurch den Weg nach dem Osten offen halten wollen zur Verwirklichung jenes Mitteleuropa, das mit der Eroberung Asiens bis zum Persischen Golf die englische Hegemonie in der Welt brechen wollte. Dies alles in Verbindung mit der Erneuerung des Dreibundvertrages vom 5. Dezember 1912, die zuerst von Italien angeregt war und mit dem Österreich-Ungarn abgerungenen Zusatzprotokoll über Tripolitanien und Albanien Italien allein Gewinn brachte! Man ist berechtigt zu fragen: entlädt sich hier Unwissenheit oder Bösartigkeit?

Kaum ist diese Frage noch aufzuwerfen hinsichtlich des Urteils über die allmähliche Herauslockerung Italiens aus dem mitteleuropäischen Bündnissystem. Über die durchaus illoyalen Abmachungen mit Frankreich aus den Jahren 1900 und 1902 verlautet kein Wort, obschon sie gerade für die militärischen Verhältnisse Italiens in der Vorkriegszeit von größter Bedeutung waren; es heißt einfach: „schon" in der Algecirasfrage habe sich Italien Frankreich genähert. Und dann folgt ein Satz, der den unversöhnlichen Gegensatz zwischen den heute geltenden nationalistischen Schlagworten und dem früheren realpolitischen Wollen in Italien enthält: „durch das Verhängnis der Dinge gelangte Italien zum Bruch jener Allianz, in der seine nationale Würde mehr noch als sein Interesse in jedem Augenblick und in jeder Konjunktur geschmälert war." Solche Phrasen haben mit objektiver Geschichtsschreibung nichts mehr zu tun.

Der unwissenschaftlichen Darstellung der Entstehung entspricht die des Ausbruchs des Weltkrieges. Das österreichisch-ungarische Ultimatum (es wird fälschlich auf den 25. Juli datiert!), nicht etwa der Mord von Sarajewo warf den Funken in das Pulverfaß. Zur Rechtfertigung des Verhaltens Italiens dient natürlich das aggressive Vorgehen der beiden Verbündeten, und selbstverständlich wird zum Beweis der bösen Absichten Österreich-Ungarns auf dessen Interventionsantrag vom Herbst 1913 gegenüber dem „kleinen und tapferen Volk" Serbiens hingewiesen. Danach aber heißt es: „Die Geschichte, die zuverlässige und unparteiische Vorkämpferin der Wahrheit, wird einst ihr ernstes und gelassenes Wort sprechen. Das italienische Volk erwartet vertrauensvoll und sicher diesen Urteilsspruch. Und in der Sicherheit und dem Stolz seines Geistes kümmert es sich nicht um die nicht ernst zu nehmenden Urteile der ehemaligen Verbündeten, und mit Verachtung sieht es über die Behauptungen und Beschimpfungen der feindlichen militärischen Führer hinweg, die mit kunstvoller Veränderung der Wahrheit die wahren Gründe ihrer Niederlage verschleiern wollen." Vollends

diese Sätze offenbaren, in welchem Maße das illusionistische nationale Selbstgefühl des neuen Italien auch über den Generalstab Gewalt gewonnen hat. Mit einer solchen Sprache ist eine wissenschaftliche Verständigung nicht möglich.

Mit der gleichen Parteilichkeit wird erst recht der Eintritt Italiens in den Krieg behandelt. In dunklen Andeutungen wird da von delikaten Verhandlungen und wichtigen Notenwechseln gesprochen und kurz und bündig konstatiert, daß die Vorschläge der Verbündeten zurückgewiesen wurden, weil das Nationalgefühl sie in keiner Weise annehmen konnte. Ohne der Verhandlungen mit den Ententemächten Erwähnung zu tun, wird die Kündigung des Dreibundvertrages seitens Italiens am 3. Mai 1915 damit gerechtfertigt, daß dieser virtuell — notabene 10 Monate vorher! — von Österreich-Ungarn verletzt worden sei, und in offensichtlicher Vertuschung des kausalen Zusammenhangs wird von dem „gleichzeitigen" Abschluß des Londoner Vertrages — er fand bereits am 26. April statt! —, auf Grund dessen Italien an der Seite der Entente in den Krieg trat, Mitteilung gemacht. Ein ähnliches Umgehungsmanöver wird bei der Erzählung des Zustandekommens der Kriegserklärung Italiens an Österreich-Ungarn vorgenommen. Gewiß konnte sich der Außenminister Sonnino dabei auf die Stimme des Parlaments stützen, aber es wird verschwiegen, mit welchen Gewaltmitteln die Mehrheit zugunsten der Kriegserklärung zustande gebracht war. Freilich kein anderer als Mussolini stand damals an der Spitze jener Minderheit, die mit Hilfe des ententistischen Goldes und der Straße das italienische Volk in den Krieg hetzte. Man begreift, daß heute aus Italien keine historische Darstellung kommen kann, die die Vorgänge der Jahre 1914/15 anders beurteilt, am wenigsten eine solche amtlichen Charakters. Nur in einem Punkte hat die Erzählung des Generalstabs sicherlich recht: daß die italienische Neutralität von Anfang an Frankreich zugute gekommen ist, indem diesem dadurch die volle militärische Sicherheit an der Alpenfront geschenkt wurde, und daß der Bruch Italiens mit den Verbündeten der Entente eine bedeutsame Entlastung brachte. Man darf vermuten, daß dieser Gesichtspunkt, d. h. die Betonung der Verdienste, die sich Italien um die Erkämpfung des Sieges erworben hat, in den späteren Bänden eine wichtige Rolle spielen wird.

Im übrigen bietet die eigentliche militärische Darstellung für die Kriegsschuldforschung nur wenig neuen Aufschluß, obschon sie weit in die Vorkriegszeit zurückreicht. Vor allem läßt sie nicht erkennen, inwieweit die Rüstungen ihr Gesicht gegen Österreich-

Ungarn oder gegen Frankreich kehrten. Von den letzteren ist mit keinem Worte die Rede, aber obwohl das kein Beweis ist, daß nicht auch an der Westgrenze gewisse Verteidigungs- oder Angriffsmaßnahmen getroffen waren, läßt sich aus den mitgeteilten Einzelheiten schließen, daß sie neben denen an der Nordostgrenze kaum eine Rolle spielten. Die außerordentlich ins Detail gehenden Angaben über den Heereshaushalt und seine Anwendung sind hier nicht zu besprechen. Bemerkenswert sind dagegen die ständig wiederholten Klagen über die Unzulänglichkeit der für Heer und Heeresbedarf zur Verfügung gestellten Mittel; sie dienen der Rechtfertigung der Tatsache, daß das italienische Heer bei Kriegsausbruch in keiner Weise fertig war, und der Anteil, den das Tripolisunternehmen daran gehabt hat, wird geflissentlich herabgemindert. Die Denkschrift Cadornas vom August 1914, die (S. 67 bis 69) mit ihrer sprechenden Aufzählung der bestehenden Mängel zum Abdruck gelangt, ist das bezeichnende Gegenstück zu seiner Denkschrift vom 31. Juli 1914 über den Nordwestaufmarsch und die Entsendung italienischer Truppen an die deutsche Front[3]). Während die letztere nur einen historischen Erinnerungswert besitzt, bildet die erstere die Grundlage für die Fertigmachung des italienischen Heeres zum Angriff auf die Verbündeten.

Aus dieser Zeit der Vorbereitung auf den großen Kampf verdient eine Einzelheit, die für die Einstellung der Bearbeiter besonders charakteristisch ist, noch Erwähnung. Nach der Schilderung S. 156 war die militärische Lage Italiens im September 1914 verglichen mit der Österreich-Ungarns derart, daß die genaue Durchführung des Mobilisations-und Aufmarschplanes von 1913 unrätlich schienen. Denn während Italien seine Mobilisation noch beginnen mußte, habe Österreich-Ungarn die seinige schon vollendet gehabt. Dieses habe deshalb in jedem Augenblick von der russischen und serbischen Front Teile seiner bereits mobilisierten Truppen wegziehen und unter Benutzung der zahlreichen Eisenbahnen schnell gegen das Gros des noch in der vollen Krise der Mobilisation und des Aufmarsches befindlichen italienischen Heeres werfen können. Es ist schwer, diese Annahme als Grund für die entsprechenden Änderungen der Mobilisation und des Aufmarsches ernst zu nehmen.

---

[3]) Foerster a. a. O. 410—416. Übrigens sei bemerkt, daß das Generalstabswerk (S. 67) als Todestag des Generals Pollio den 1. Juli bezeichnet, während General Alberti in seinem Buche „General Falkenhayn“ (S. 99) den 28. Juni als solchen nennt; danach auch Foerster S. 409. Cadornas Ernennung zum Generalstabschef erfolgte am 10. Juli (Generalstabswerk S. 67), sein Amtsantritt am 27. Juli (Alberti S. 99).

Hat die italienische Heeresleitung wirklich mit einer solchen Offensivaktion Österreich-Ungarns gerechnet? Zu einer Zeit als die k. und k. Truppen in Galizien in schwerstem Kampf standen, als die Wiener Regierung alles andere denn einen Bruch mit Italien begehrte und als von Rom her noch die Aufrechterhaltung der Neutralität und sogar die Möglichkeit eines Eintritts in den Krieg an der Seite der Verbündeten versichert wurde? Welch schlechtes Gewissen, welch Unterlegenheitsgefühl spricht aus dieser Tatsache! Welch schlagenden Beweis aber liefert diese einseitige militärische Wendung gegen die Donaumonarchie zugleich für die innere Unwahrhaftigkeit einer Hinhaltungspolitik von zehn Monaten gegenüber den Verbündeten! Sie war wirklich eine „Schraube ohne Ende", wie die Österreicher sagten, und der tiefsittliche Kanadier John S. Ewart spricht namens des Weltgewissens, wenn er in seinem bekannten Werke über „die Wurzeln und Ursachen der Kriege (1914 bis 1918)" über das berüchtigte Wort Salandras vom Sacro

Wenn man das italienische Generalstabswerk für dieses Stadium sei, nur müßte das Adjektiv statt heilig vielmehr räuberisch, imperialistisch oder verräterisch lauten.

Wenn man das italienische Generalstabswerk für diese Studien vom Kriegsausbruch bis zum Eintritt Italiens in den Krieg, das nur noch den bevorstehenden Krieg gegen Österreich-Ungarn kennt, richtig liest, so bietet es überall eine Bestätigung des Eindrucks, den man an Hand der auf die italienische Politik dieser zehn Monate bezüglichen russischen Akten gewinnt. Man denke nur an die Versicherungen, die schon der „dreibundfreundliche" Außenminister Marquis di San Giuliano am 15. August 1914 dem russischen Botschafter Krupenski gab [4]): daß, wenn Italien die Neutralität aufgebe, es das nur täte, um mit den Mächten des Dreiverbandes und nicht gegen diese zu gehen. In dieses Zusammenspiel von Politik und militärischer Rüstung gewährt die Darstellung dem Buchstaben nach keinerlei Einblick. Um so mehr steht davon zwischen den Zeilen, ja es scheint, daß eine Reihe von Maßnahmen mit militärischen Vorwandsgründen gerechtfertigt werden, während sie tatsächlich nur politische Gründe hatten, d. h. der politisch als notwendig angesprochenen Verschleierung der letzten Absichten Rechnung tragen mußten. Man kann sich so eine annähernde Vorstellung davon machen, wieviel geheimes Material unterdrückt worden ist und wie

[4]) Krupenski an Sasonow. Rom, 15. August 1914. Das zaristische Rußland im Weltkriege. Herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen. Berlin 1927 S. 270—271.

unvollständig das geschichtliche Bild ist, das sich lediglich auf sozusagen ostensiblen Quellen gründet.

Man versteht wohl, daß ein anderes Werk in dem heutigen Italien nicht geschrieben werden kann. Trotzdem muß der italienische Generalstab es sich gefallen lassen, daß die wissenschaftliche Forschung seine kompendiöse und mühevolle Arbeit als das kennzeichnet, was sie ist: als nationalistische Erbauungsliteratur ad usum Delphini.

Neue Dokumente über die Kriegsziele der Entente.

Von Friedrich Stieve.

In Paris (in der Librairie du Travail) ist soeben der dritte Band des „Livre Noir" erschienen. Wie erinnerlich, liegen die beiden ersten Bände schon seit einer Reihe von Jahren vor und bilden seitdem eine der wichtigsten Quellen zur Vorgeschichte des Weltkrieges. Enthalten sie doch zahlreiche Schriftstücke der politischen Korrespondenz des russischen Botschafters Iswolski aus den Jahren 1910 bis zum Sommer 1914. Der dritte Band setzt nun diese Korrespondenz um nahezu ein Jahr, d. h. bis zum April 1915, fort. Die mitgeteilten Dokumente sind der Hauptsache nach Telegramme Iswolskis an das Auswärtige Amt in Petersburg. Doch befinden sich auch einige andere Urkunden, wie z. B. zwei Briefe des damaligen französischen Botschafters in Petersburg, darunter. Ein beträchtlicher Teil der wiedergegebenen Depeschen ist bereits in meinem im Jahre 1925 erschienenen Buche „Iswolski im Weltkriege" (Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin) enthalten. Unter den neuen Stücken befinden sich jedoch mehrere von ganz besonderem Wert für die historische Forschung. Vor allem scheinen mir in dieser Hinsicht einige Dokumente Beachtung zu verdienen, die ein neues Licht auf die Kriegsziele der Ententemächte werfen und die von mir veröffentlichten Einzelheiten über dieses Thema in mehreren Punkten ergänzen. Ich gebe daher die wichtigsten Urkunden, die hier in Frage kommen, in wörtlicher Übersetzung wieder, um sie der deutschen Forschung möglichst rasch zugänglich zu machen:

Brief von H. Paléologue an H. Delcassé in Bordeaux [1]).

Petrograd, den 14. September 1914.

Nr. 613.
In Chiffern.
Geheim.
Für den Minister allein.

Im Laufe einer durchaus freundschaftlichen Unterhaltung hat H. Sasonow vor Sir George Buchanan und mir seine nicht offiziellen Ideen über die Haltung entwickelt, die Rußland, England und Frankreich einnehmen müßten, wenn der gegenwärtige Erfolg ihrer Waffen von einem endgültigen Sieg gekrönt werden würde. „Wir müssen", sagte er uns, „unmittelbar einen Entwurf ausarbeiten." Ich sagte, meiner Ansicht nach müßten sich die Außenminister von Rußland, Frankreich und England noch untereinander verständigen, um die allgemeinen Grundlagen der neuen in Europa einzuführenden Ordnung festzulegen. Sie würden diese Grundlagen dann ihren Verbündeten zweiten Grades: Belgien, Serbien, Montenegro mitteilen. Darauf würden sie sie gemeinsam Deutschland und Österreich-Ungarn notifizieren. Der Entwurf würde nur die Grundlagen bestimmen, um die Friedensbedingungen festzulegen und die Schwierigkeiten zu verringern. H. Sasonow hat seinerseits diese Anschauungsweise gebilligt. Indem er jedoch auf dem Wege der Vertraulichkeiten noch weiter ging, hat er uns in großen Zügen mitgeteilt, wie er sich die Veränderungen denkt, an deren Durchführung auf der Karte und in der Ordnung Europas die drei Alliierten interessiert sein würden.

1. Das hauptsächliche Ziel der Alliierten würde sein, Deutschlands Macht und seinen Anspruch auf militärische und politische Herrschaft zu brechen.
2. Die territorialen Änderungen müssen nach dem Nationalitätsprinzip bestimmt werden.
3. Rußland würde den unteren Lauf des Niemen und den östlichen Teil von Galizien annektieren. Es würde für Polen das östliche Posen, Schlesien und den westlichen Teil von Galizien annektieren.
4. Frankreich würde Elsaß-Lothringen zurücknehmen und einen Teil des preußischen Rheinlandes und der Pfalz hinzufügen.
5. Belgien würde in . . . . . eine bedeutende territoriale Vergrößerung erhalten.

---

[1]) Un Livre Noir, Tome III, S. 11 ff.

6. Schleswig-Holstein würde an Dänemark zurückgegeben werden.
7. Das Königreich Hannover wäre neu zu errichten.
8. Österreich würde eine dreifache Monarchie einrichten, die aus dem Kaiserreich Österreich, dem Königreich Böhmen und dem Königreich Ungarn bestehen würde. Das Kaiserreich Österreich würde nur die „erblichen Provinzen" umfassen. Das Königreich Böhmen würde das heutige Böhmen und die Slowaken umfassen. Das Königreich Ungarn müßte sich mit Rumänien über Transsylvanien verständigen.
9. Serbien würde sich Bosnien, die Herzegowina, Dalmatien und den Norden von Albanien einverleiben.
10. Bulgarien würde von Serbien eine Kompensation in Mazedonien erhalten.
11. Griechenland würde sich den Süden von Albanien mit Ausnahme von Valona aneignen, das an Italien kommen würde.
12. England, Frankreich und Japan würden die deutschen Kolonien unter sich teilen.
13. Deutschland und Österreich würden eine Kriegsentschädigung zahlen müssen.

H. Sasonow hat uns, Sir George Buchanan und mich, dringend gebeten, dieser „Skizze eines Gemäldes, dessen Leinwand noch nicht gewoben sei", keine offizielle Bedeutung beizulegen. Aber einige Worte, die er mir besonders zuraunte, haben mich verstehen lassen, daß es ihm darauf ankommt, uns bereits in seine Gedankengänge einzuweihen, und daß er mehr denn je Wert darauf legt, in enger Fühlung mit uns zu sein.

II.

Brief von H. Paléologue an H. Delcassé in Bordeaux [2]).

Petrograd, den 22. November 1914.

In Chiffern.
(Der Anfang fehlt.)
Geheim. Fortsetzung.

Als die Betrachtung des Balkans beendet war, fragte mich Seine Majestät: „Und Österreich-Ungarn, was wird aus ihm werden?" Durch diese Form der Fragestellung wollte der Kaiser den persönlichen Charakter des Meinungsaustausches, zu dem er mich einlud, unterstreichen. Ich antwortete: „Österreich-Ungarn wird schwerlich die territorialen Verluste überleben, auf die der unglückliche Kaiser Franz Joseph einzugehen verpflichtet sein wird. Nachdem

[2]) ebd. S. 34.

die österreichisch-ungarische Vereinigung Schiffbruch erlitten hat, werden, wie ich glaube, die vereinigten Teile nicht mehr weiter zusammen marschieren können."

„Ich glaube es auch. Ungarn, Transsylvaniens beraubt, wird Mühe haben, die Slawen in seiner Abhängigkeit zu halten. Böhmen wird zum mindesten seine Unabhängigkeit verlangen. Österreich wird sich dann auf die alten Erbstaaten beschränken, auf das deutsche Tirol und die Länder von . . . . Hauptsächlich in Deutschland werden sich große Änderungen vollziehen. Wie ich Ihnen bereits gesagt habe, wird sich Rußland die Gebiete des alten Polen und einen Teil von Ostpreußen einverleiben. Frankreich wird sicher Elsaß-Lothringen zurücknehmen und sich vielleicht auf die rheinischen Provinzen ausdehnen. Belgien muß in der Richtung auf Aachen eine bedeutende territoriale Vergrößerung erhalten. Die deutschen Kolonien werden Frankreich und England unter sich teilen. Außerdem vermute ich, daß Schleswig-Holstein und die Zone des Kaiser-Wilhelm-Kanals zu Dänemark zurückkommen werden."

„Ich denke, daß H. Delcassé für seine Person allem zustimmen wird, was mir Eure Majestät hier sagen."

„Und Hannover? Wird es sich nicht empfehlen, es neu erstehen zu lassen? Wenn wir einen kleinen Staat zwischen Rußland und den Westen legen, werden wir den Frieden stark befestigen, denn das muß unser leitender Gedanke sein. Unser Vorgehen würde durch die Geschichte nicht gerechtfertigt werden, wenn es nicht von einer edlen Idee eingegeben wäre, nämlich von der Sorge, den Frieden der Welt für eine sehr lange Zeit zu sichern."

„Das wird also das Ende des deutschen Kaiserreiches sein?"

(Die Fortsetzung fehlt.)

III.

Memorandum Sasonows über die Meerengenfrage [3]).

Am 19. Februar/4. März 1915 hat der russische Außenminister den Botschaftern Frankreichs und Englands ein Memorandum zugestellt, in dem der Wunsch Rußlands ausgeführt wird, am Ende des gegenwärtigen Krieges folgende Gebiete zu annektieren:

Die Stadt Konstantinopel, die Westküste des Bosporus und des Marmarameeres und die Dardanellen; das südliche Thrazien bis an die Linie Enos-Midia; die Küste Kleinasiens zwischen dem Bosporus, dem Fluß Sakaria und einem noch näher zu bestimmen-

[3]) ebd. S. 122.

den Punkt am Golf von Ismid; die Inseln des Marmarameeres und die Inseln Imbros und Tenedos. Die besonderen Rechte Frankreichs und Englands in den genannten Gebieten werden vollkommen aufrechterhalten.

Die französische und die englische Regierung erklären, eine wie die andere, daß sie der Verwirklichung unserer Wünsche zustimmen, falls der Krieg siegreich endet, und unter der Bedingung, daß eine gewisse Anzahl von Ansprüchen, die Frankreich und England aufstellen und die sich auf das Gebiet des türkischen Reiches und auf andere Gebiete erstrecken, gleichfalls befriedigt werden.

Diese Ansprüche bestehen hinsichtlich der Türkei in folgendem:

1. Konstantinopel muß für den Durchgang aller Waren als Freihafen erklärt werden, ausgenommen die Waren zur Ein- und Ausfuhr nach Rußland; die Durchfahrt der Handelsschiffe in den Meerengen soll frei sein.
2. Die Rechte Frankreichs und Englands in der asiatischen Türkei werden anerkannt. Sie werden durch ein besonderes Abkommen zwischen Frankreich, England und Rußland näher bestimmt.

Die heiligen Orte des Islam werden geschützt werden, und Arabien wird der Leitung einer unabhängigen muselmanischen Autorität unterstellt werden.

Die neutrale Zone Persiens, die durch den Vertrag von 1907 zwischen England und Rußland festgesetzt worden ist, wird der englischen Einflußsphäre zugeteilt.

Die russische Regierung, die im allgemeinen diesen Ansprüchen durchaus zustimmt, hat mehrere Vorbehalte gemacht:

Um unsere Wünsche hinsichtlich der heiligen Orte des Islam zu formulieren, wäre eine unmittelbare Klärung der Frage nötig, ob diese Orte der Souveränität der Türkei unterworfen bleiben sollen, wobei der Sultan den Titel des Kalifen beibehält, oder ob man die Schaffung neuer unabhängiger Staaten ins Auge faßt. Nach unserer Ansicht wäre es wünschenswert, das Kalifat von der Türkei zu trennen. Auf jeden Fall müßte die Freiheit der Wallfahrtsorte garantiert sein.

Obwohl die russische Regierung der Einbeziehung der neutralen Zone Persiens in die englische Einflußsphäre zustimmt, hält sie es doch für gerecht zu vereinbaren, daß die Bezirke um die Städte Ispahan und Yezd Rußland vorbehalten bleiben, und ferner, daß der Teil der neutralen Zone, der zwischen der Grenze von Rußland und Afghanistan ein Eck bildet und sich bis zur russischen

Grenze nach Zulfagar ausdehnt, in die russische Einflußsphäre aufgenommen wird.

Die russische Regierung hält es für wünschenswert, zu gleicher Zeit und in derselben Weise wie die von ihr im Laufe der Verhandlungen von 1914 ausgesprochenen Wünsche die Frage der Grenze zwischen Rußland und dem nördlichen Afghanistan anzuschneiden.

* * *

Das erste der hier wiedergegebenen Dokumente, der Brief Paléologues an Delcassé vom 14. Dezember 1914, also aus der Zeit unmittelbar nach der Schlacht an der Marne, ist schon wegen des Datums bedeutungsvoll, weil daraus hervorgeht, wie früh man zwischen Petersburg, Paris und London, wenn auch inoffiziell, die Kriegsziele zu besprechen begann. Neu sind dann — im Vergleich zu den von mir mitgeteilten Telegrammen Iswolskis vom 13. Oktober 1914 (Iswolski im Weltkrieg, S. 118 ff.) — vor allem die Absichten des Zarenreiches auf ostdeutsches Gebiet, die das Bild der ins Auge gefaßten Eroberungen nach dieser Seite hin abrunden.

Die zweite Urkunde ist leider unvollständig. Sie bildet das Mittelstück aus einem Geheimbericht des französischen Botschafters in Petersburg über eine Unterredung mit dem russischen Zaren und zeigt, daß dieser gewöhnlich für ängstlich angesehene Monarch hinsichtlich der Veränderungen der Karte Europas eine kaum zu überbietende Kühnheit an den Tag legte.

Das dritte Schriftstück, das Memorandum des russischen Außenministers Sasonow zur endgültigen Lösung der Meerengenfrage, ist von großem Interesse. Endlich sehen wir ganz klar, wie man sich in Petersburg die Erreichung jenes „erhabenen" Zieles dachte, nach dem man seit Jahrhunderten mit heißer Sehnsucht gestrebt hatte: Man verlangte einfach nach der Annexion Konstantinopels und der Dardanellen nebst anliegenden Gebieten. Was man aus den bisher bekanntgewordenen Dokumenten ahnen und schließen konnte, ist nunmehr ganz klar bewiesen: Der Weltkrieg sollte der slawischen Großmacht die unumstrittene Herrschaft über die Meerengen und damit den sicheren Ausgang zum Mittelmeer bringen.

(Englische Übersetzung.)

The Librairie du Travail in Paris has just brought out the third volume of the 'Livre Noir', The first two volumes, which, it will be remembered, came out several years ago, form one of the most valuable sources for the history of the events leading up to the World War. The two volumes contained numerous documents taken

from the political correspondence of the Russian ambassador, M. Isvolsky, during the period between 1910 and the summer of 1914. The third volume continues the correspondence for nearly another year, — up to April 1915. The documents published are in the main telegrams from M. Isvolsky to the Foreign Office in St. Petersburg. Other original documents are also included, as, for instance, two letters of the then French ambassador at St. Petersburg. A considerable number of the telegrams reproduced are already contained in my book, 'Iswolski im Weltkriege' (Isvolsky in the World War), published in 1925 by the Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Among the newly published documents, however, there are several that are particularly valuable for historical research. A number of these seem to me to merit special consideration, as they throw new light on the war aims of the Entente Powers and supplement in several points the material already published by me on this question. I therefore reproduce here in literal translation the most important documents bearing on this subject in order to render them accessible to German research at the earliest possible moment.

Letter from M. Paléologue to M. Delcassé at Bordeaux [1])

Petrograd, 14th Sept., 1914.

No. 613.
In cypher.
Secret.
For the Minister alone.

In the course of a friendly conversation M. Sazonov outlined to Sir George Buchanan and myself his unofficial ideas as to the attitude which Russia, England and France ought to adopt in the event of the present success of our arms being crowned by a decisive victory. 'We must immediately work out a scheme', he said. I said that in my opinion the Foreign Ministers of Russia, France and England had still to confer with one another in order to fix the bases of the new order of things to be established in Europe. They would communicate these general bases to their allies of second degree, Belgium, Serbia and Montenegro. They would afterwards notify them collectively to Germany and Austria. The scheme would only establish the bases for the fixing of peace terms and the solving of difficulties. M. Sazonov, for his part, approved of this way of looking at matters. Continuing in this confidential vein M. Sazonov informed us in broad outline of his conception of the

[1]) 'Livre Noir', Tome III. p. 11.

alterations that it lay in the interests of the three allies to bring about on the map and in the constitution of Europe.

1. The principal object of the three allies would be to break Germany's power and her pretensions to military and political dominance.
2. Territorial modifications would have to be determined according to the principle of nationality.
3. Russia would annex the lower course of the Niemen and the eastern part of Galicia. She would annex to the Kingdom of Poland eastern Posen and Silesia and the western part of Galicia.
4. France would take back Alsace Lorraine and add thereto at its disretion a part of the Palatinate and the Prussian Rhineland.
5. Belgium would receive in . . . . . [1]) an important increase of territory.
6. Slesvig-Holstein would be given back to Denmark.
7. The kingdom of Hanover would be restored.
8. Austria would constitute a tripartite monarchy formed out of the Austrian Empire, the Kingdom of Bohemia and the Kingdom of Hungary. The Austrian Empire would be composed only of the 'hereditary provinces'. The Kingdom of Bohemia would include Bohemia as at present constituted and the Slovaks. The Kingdom of Hungary would have to come to an understanding with Roumania concerning Transylvania.
9. Serbia would annex Bosnia, Herzogovina, Dalmatia and Northern Albania.
10. Bulgaria would receive from Serbia compensation in Macedonia.
11. Greece would annex Southern Albania with the exception of Valona, which would be handed over to Italy.
12. England, France and Japan would divide among themselves the German colonies.
13. Germany and Austria would pay a war indemnity.

M. Sazonov urgently asked Sir George Buchanan and myself not to attribute any official importance to this 'sketch of a picture the canvas for which had yet to be woven'. In a few words spoken to me separately he gave me to understand that he wished to initiate us into his ideas and that he attached more importance than ever to keeping in close touch with us.

---

[1]) Not decipherable.

II.

Letter from M. Paléologue to M. Delcassé at Bordeaux [2]).

Petrograd, 22nd November, 1914.

In cypher.

(The beginning is missing).

Secret. Continuation.

When the examination of the Balkans was over, His Majesty asked me: 'And Austria-Hungary, what will become of her?' By putting the question in this form the Emperor probably wished to mark the personal character of the exchange of opinion to which he invited me. I replied: 'Austria-Hungary will hardly survive the territorial losses to which the unfortunate Emperor Francis Joseph will be obliged to consent. After the Austro-Hungarian union has suffered shipwreck, I think it improbable that the individual units will be able to continue to march together.'

'I think so, too. Hungary, deprived of Transylvania, will have difficulty in keeping the Slavs in subjection. Bohemia will demand at least her independence. Austria will then be limited to the former Hereditary States, to the German Tyrol and to the land of . . . . . It is in Germany that the chief changes will take place. As I have already told you, Russia will annex the territories belonging to the former kingdom of Poland and a part of East Prussia. France will certainly take back Alsace-Lorraine and perphaps extend her boundaries to the Rhine provinces. Belgium must receive an important increase of territory in the direction of Aix-la- Chapelle. As for the German colonies, France and England will divide them between themselves at their discretion. And, lastly, I should like to see Slesvig and the zone of the Kaiser Wilhelm Canal restored to Denmark.'

'I think that M. Delcassé, as far as he is personally concerned, will agree with all that Your Majesty has just said.'

'And Hanover? Would it not be well to reconstitute it? By setting up a small independent state between Russia and the West, we should strongly reinforce peace, and it is this that should be our objective. Unless inspired by a generous ideal, by a desire to ensure peace in the world for a very long time, our action would not be justified in the light of history.'

'Then that will be the end of the German Empire?'

(The continuation is missing.)

---

[2]) Ibid. p. 34.

Memorandum by Sazonov concerning the Dardanelles Question [3]).

On Feb. 19 and on March 4, 1915 the Russian Foreign Minister forwarded to the Ambassadors of France and England a memorandum in which he expressed Russia's desire to annex the following territories at the end of the war:

The city of Constantinople, the west coast of the Bosporus and of the Sea of Marmora; also the Dardanelles; Southern Thrace to the line of Enos-Midia; the coast of Asia Minor between the Bosporus, the river Sakaria and a point on the Gulf of Ismid yet to be determined; the islands in the Sea of Marmora and the islands of Imbros and Tenedos. The special rights of France and England in the above-named territories will be fully safeguarded. The French and British Governments both declare that they consent to the fulfilment of our wishes provided that the war ends victoriously and subject to the condition that a certain number of counterclaims formulated by France and England concerning territories belonging to the Ottoman Empire and other territories be also satisfied in their turn. These counterclaims in so far as they concern Turkey are as follows:

1. Constantinople is to be proclaimed a free port in respect of all merchandise except such as has been exported from Russia or is being imported into Russia. The Straits are to be free for the passage of merchant vessels.
2. The rights of France and England in Turkey-in-Asia are recognized. They are to be more closely defined by a special treaty between France, England and Russia.

The sacred places of Islam are to be protected and Arabia is to be placed under the administration of an independent Moslem authority.

The neutral zone of Persia which had been determined by the treaty of 1907 between England and Russia shall return within the British sphere of influence.

While agreeing generally to these claims, the Russian Government has made various reservations.

In order to formulate our wishes it would be necessary for the question to be settled at once as to whether these localities are to remain subject to Turkish sovereignty, the Sultan retaining the title of Caliph' or whether the creation of new independent states is contemplated. In our opinion it would be desirable to separate the

[3]) Ibid. p. 122.

Caliphate from Turkey. In any case the freedom of the Holy Places must be guaranteed.

Although the Russian Government agrees to the inclusion of the neutral zone of Persia in the British sphere of influence, it nevertheless regards it as only just to stipulate that the districts surrounding the towns of Ispahan and Yezd shall be reserved to Russia and that the portion of the neutral zone which forms a corner between Russia and Afghanistan and extends to the Russian frontier at Zulfagar shall be included in the Russian sphere of influence.

The Russian Government considers that it would be desirable to solve at the same time the question of frontiers between Russia and Northern Afghanistan in conformity with the desires expressed by the Russian Government in the course of the negotiations of 1914.

The first of the documents reproduced here, M. Paléologue's letter to M. Delcassé, (dated 14th September, 1914, *i. e.* from the time immediately following upon the Battle of the Marne), is important if only for the date it bears. This date shows how early discussions with regard to war aims, albeit unofficial in character, began between Petrograd, Paris and London. It is worthy of note that the designs of Russia upon East German territory are new as compared with Isvolsky's telegram of October 13, 1914, published by me (Isvolsky and the World War, p. 118). These new details complete on this side the picture of contemplated conquest.

The second document is, unfortunately, incomplete. It forms the middle part of a secret report drawn up by the French Ambassador at Petrograd concerning a conversation with the Russian Czar. In this conversation the monarch, usually held to have been of a timid nature, is shown to have displayed an audacity scarcely to be surpassed when dealing with alterations to the map of Europe.

The third document, a memorandum drawn up by M. Sazonov, the Russian Minister of Foreign Affairs, for a final settlement of the Dardanelles question, is of the greatest interest. At last we clearly see Petrograd's ideas as to how the 'sublime' goal was to be attained for which Russia had been striving with feverish longing for centuries. The Russians simply demanded the annexation of Constantinople and the Dardanelles, together with the adjacent districts. What could only be suspected and surmised from the documents hitherto published is now, therefore, clearly proven. The World War was to bring to the Slav Power the uncontested domination of the Dardanelles and a safe egress to the Mediterranean.

War Nedéljko Cabrinovic ein österreichischer Konfident?

Von Dr. Friedrich Ritter von Wiesner.

In der französischen und englischen Literatur sind in den letzten Kriegsjahren über das Attentat von Sarajewo mehrere Versionen aufgetaucht, welche dieses Attentat in seinen Ursprüngen auf Intrigen zurückführten, die in Österreich selbst gesponnen worden seien. Eine dieser Legenden wurde von Wickham Steed in die Welt gesetzt, welcher behauptete, das Attentat sei von einer Wiener Hofclique angezettelt worden, um den Erzherzog zu beseitigen, der diesem Kreise feindlich gesinnt gewesen sei. Die Ermordung des Erzherzogs sollte auch die Thronfolgefrage zugunsten der legitimen Erbfolge sicherstellen, da Franz Ferdinand sich mit der Absicht getragen habe, nach der Thronbesteigung seine nicht erbberechtigte Nachkommenschaft sukzessionsfähig zu machen. Diese Version wurde selbst von den französischen Propagandisten Denis und Chopin (Pseudonym für Pichon) als unhaltbar abgelehnt, welche ihr eine zweite Legende entgegenstellten, die dahin ging, der Erzherzog habe dieses Attentat selbst bestellt, um den von ihm gewünschten Kampf gegen das Slawentum auszulösen, weiter um die damalige katastrophale finanzielle Lage Österreich-Ungarns hinter einem Krieg zu verbergen, schließlich, um auf Grund des von ihm erworbenen Kriegsruhms die Stellung seiner Gattin, der Herzogin von Hohenberg, als künftiger Kaiserin zu sichern und seinen Nachkommen die Thronfolgerechte zu wahren. Der als Scheinattentat gedachte Mordanschlag sei nur durch unglückliche Umstände so tragisch ausgegangen.

Es ist fast überflüssig, zu bemerken, daß beide Darstellungen einer auch nur halbwegs ernsten Grundlage entbehrten. Der Erzherzog hat wiederholt untrügliche Beweise dafür geliefert, daß er die Thronfolgeordnung nicht in Frage stellen, sondern respektieren werde. Die ernste Geschichtsforschung hat längst erwiesen, daß er kein Slawenfeind war und daß ein Krieg unter der Parole „gegen das Slawentum" seinen Plänen zuwiderlief. Die angeblich trostlose Finanzlage der Monarchie aber war eine freie Erfindung. Was die französischen und englischen Autoren zugunsten ihrer Darstellungen hätten anführen können, wenn sie sich überhaupt der Mühe unterzogen hätten, ihre Thesen zu begründen, die sie als notorische Tatsachen hinstellten, wäre haltloser gesellschaftlicher Klatsch gewesen, der auf die kleinen Kämpfe und Intrigen zurückging, die

um den Hofrang der Gattin Franz Ferdinands, der Herzogin von Hohenberg, ausgefochten wurden. Ganz abgesehen davon, daß diese Kleinkämpfe nie die Bedeutung ernster Staatsaktionen hatten, entsprach es nicht den österreichischen Verhältnissen, ihnen eine blutige oder die theatralische Lösung eines Scheinattentats zu geben. Wer die österreichischen Verhältnisse kennt, der weiß, daß es am Hofe Franz Josefs keinen Kreis gab, dem es auch nur beigefallen wäre, den Dingen durch derartige verbrecherische Unternehmungen die Entwicklungslinie vorzuzeichnen oder daß der gerade und nüchterne Erzherzog Franz Ferdinand auf den Gedanken verfallen wäre, seine Pläne durch ein Scheinattentat zu fördern.

Seit Kriegsende sind denn auch diese Versionen aus der Literatur des Westens verschwunden und in aller Stille in dem Grabe beigesetzt worden, wo jener Teil der Kriegspropaganda ruht, der nur ad hoc erfunden worden war, sich als unhaltbar erwiesen und Sinn wie Zweck verloren hat. Sie werden heute selbst von den schärfsten Verfechtern der Unschuld Serbiens am Kriege, wie von Seton-Watson, als bloße Phantasien abgelehnt. Nur in der Literatur Jugoslawiens spielt die Behauptung, das Attentat von Sarajewo sei wenigstens zum Teil in Österreich-Ungarn geschmiedet worden, noch eine bescheidene Rolle. Der journalistische Verfechter dieser Auffassung ist der serbische Schriftsteller Dusan Tvrdoreka, welcher im Laufe des letzten Jahres wiederholt die Behauptung aufgestellt hat, daß von den beiden Attentätern nur Gavrilo Princip aus patriotisch-nationalen Motiven gehandelt habe, während Nedeljko Cabrinović ein Konfident der österreichischen Polizei gewesen sei und als deren Exponent an dem Attentat teilgenommen habe. Als Beweis hierfür führt Tvrdoreka an, Cabrinović sei am 4. Oktober 1913, von Triest kommend, in Volosca bei Fiume eingetroffen und habe dort nach seiner Behauptung auf die Auslieferung eines Reisepasses gewartet. Diese Behauptung des Cabrinović sei durchaus unglaubwürdig, da es in Volosca keine Behörde gegeben habe, die ihm einen Paß hätte ausfolgen können. Sein Aufenthalt in Volosca habe nur dem Zwecke gedient, um dort mit Svetozar Miljanić, einem Agenten des österreichischen Preßbüros, zusammenzutreffen und die Modalitäten des Attentats zu besprechen.

Ganz abgesehen davon, daß Tvrdoreka nicht in der Lage ist, irgend etwas über die Persönlichkeit und die Schicksale dieses angeblichen Miljanić, noch auch über dessen vorgebliche Besprechung mit Cabrinović mitzuteilen, haben die seither veranlaßten

Nachforschungen ergeben, daß weder das Presseamt des k. u. k. Ministeriums des Äußeren, noch jenes des k. u. k. Ministerratspräsidiums einen Konfidenten dieses Namens gehabt haben. Mit dieser negativen Feststellung allein wäre allerdings den Behauptungen des Herrn Tvrdoreka in den Augen einer voreingenommenen Öffentlichkeit schwer entgegenzutreten, obwohl sie offensichtlich den Stempel der Erfindung an der Stirne tragen. Nun ist es aber durch die fortschreitende Aufklärung der Vorgeschichte des Attentats gelungen, einen gewiß unverdächtigen Zeugen zu finden, welcher den von Tvrdoreka mit so viel Geheimnissen ausgestatteten Aufenthalt Cabrinović in Volosca vollkommen aufklärt. Es ist dies Dr. Ivo Orlić, ein Führer der revolutionären jugoslawischen Jugend, der schon zur Zeit der Monarchie, zusammen mit Endlicher und Jukić, in panserbischem und irredentistischem Sinn gewirkt hat. In der Nummer der Agramer „Rijeć" vom 10. Juli 1927 schreibt Dr. Orlić in einem Artikel, der betitelt ist: „Jugoslawische Reminiszenzen vom Balkankrieg bis zum Weltkrieg" unter anderem: „Der Weltkurort Abbazia eignete sich vortrefflich für die Zusammenkunft revolutionärer Elemente. Cabrinović, graphischer Arbeiter in Triest, kam von dort nach Abbazia (das mit Volosca zu einem Ort verschmolzen ist), um sich hier einen Auslandspaß für Serbien zu beschaffen. Im Hause meines Schwiegervaters traf er mit mir zusammen. Damals wurde der Attentatsplan gegen Franz Ferdinand entworfen. Auf Grund seines Arbeitsbuchs, das sich noch heute in der Registratur der Präfektur (vormals k. k. Bezirkshauptmannschaft) von Volosca befinden muß, behob ich für ihn den Paß, mit dem er sich dann nach Serbien begab. In Belgrad erhielt er einen Posten in der Staatsdruckerei, von wo er öfters an uns schrieb . . . . . Am Vidovdan 1914 war ich mit der Fiumaner Arbeiterschaft in Agram . . . . . Als ich tags darauf nach Abbazia zurückkehrte, erhielt ich aus Sarajewo eine Karte des Cabrinović folgenden Inhalts: ‚Lieber Freund! Am Vorabend meines Todes, schwerkrank, wünsche ich Ihnen und Ihrer Frau jedes Glück im neuen vereinigten Vaterland.' Diese Karte wurde von mir sorgfältig gehütet, doch habe ich sie später wegen der häufigen Hausdurchsuchungen vernichtet."

Damit werden nun wohl endlich die lächerlichen Behauptungen ein Ende finden, daß Cabrinović sozusagen als Vertrauensmann österreichischer Kreise oder gar des Erzherzogs selbst das Attentat verübt habe. Der Aufenthalt des Cabrinović in Volosca ist vollkommen aufgeklärt; er hat dort bei der zuständigen Behörde tatsächlich einen Paß erhalten, wofür Dr. Orlić, ein Mitwisser des Attentats, wohl auch in den Augen des Herrn Tvrdoreka ein

zweifellos vollgültiger Zeuge ist. Am Vorabend des Attentats schreibt Cabrinović, in sicherer Erwartung des Todes, eine Abschiedskarte an Dr. Orlić. Ein Konfident, der im Begriffe steht, ein bestelltes Scheinattentat auszuführen, würde nicht den Tod, sondern eine Belohnung erwarten. So schreibt eben nur ein wirklicher Verschwörer an einen Mitwisser.

Schneiden also die Bekenntnisse des Dr. Orlić den von Herrn Tvrdoreka fortgesponnenen Dichtungen über das von Wien bestellte Attentat endgültig den Faden ab, so reicht ihre Bedeutung noch weit über diesen Rahmen hinaus. Denn sie liefern einen weiteren wichtigen Beweis dafür, daß das Attentat gegen Erzherzog Franz Ferdinand schon im Herbst 1913 im Kreise der Verschwörer beschlossen war. Am 4. Oktober 1913 war Cabrinović aus Triest in Volosca eingelangt, und Dr. Orlić bestätigt, daß das Attentat gegen Franz Ferdinand schon damals beschlossen war, was mit den Enthüllungen über die Vorgeschichte des Attentats übereinstimmt. Damit findet auch die sonst unmotivierte und in ihren Gründen bisher noch nicht aufgeklärte Übersiedlung des Cabrinović von Triest nach Belgrad ihre Aufklärung. Er ging nach Belgrad, um dort mit den übrigen Verschwörern unter der Oberleitung des Majors Tankosić die Vorbereitungen für das Attentat zu treffen. In dieser Kette fehlt nur noch das eine Glied, wer es nämlich war, der den im Kreise der revolutionären Elemente wohlbekannten Cabrinović von Triest nach Belgrad dirigiert hat. Es wird wohl Major Tankosić gewesen sein, der ja im Auftrage des Obersten Dimitrjević seit Herbst 1913 das Attentat gegen Erzherzog Franz Ferdinand organisierte.

Prinz Max von Baden zur Kriegsschuldfrage.

Graf Max Montgelas.

Wenige sind so berufen, für das Recht des deutschen Volkes einzutreten, wie Prinz Max von Baden, denn er hat auch im Getümmel des Krieges stets das Recht der anderen Seite anerkannt.

Der Kriegsgefangenenfürsorge, die vom Herbst 1914 bis zu seiner — allzu spät erfolgenden — Ernennung zum Reichskanzler im Oktober 1918 sein Tätigkeitsgebiet war, hat er sich gewidmet nach dem Grundsatz: „Feindesliebe ist auch im Kriege das Zeichen derer, die dem Herrn die Treue halten, und auch das Zeichen derer, die Deutschland die Treue halten." Am 17. Dezember 1917 sprach er die Worte: „Der Geist des Roten Kreuzes gehört zur deutschen Armee wie der Offensivgeist. Wer dem entwaffneten Feinde den Pardon versagt, ist ebenso ein Verräter wie derjenige, der nicht alles zur Niederwerfung eines kämpfenden Feindes unternimmt." Überwältigende Zustimmung aus allen Teilen Deutschlands, am stärksten aus dem schwerringenden Heere, war die Antwort darauf.

Der Prinz war ferner von Anfang an ein warmer Anhänger eines wahren Friedens der Verständigung. Er erachtete ohne Schwanken die Wiederherstellung der vollen Souveränität und Integrität Belgiens für nötig, er wünschte die zeitliche Begrenzung des uneingeschränkten Unterseebootkrieges auf die Dauer der völkerrechtswidrigen gegnerischen Blockade, er bedauerte, daß die deutsche Regierung in Brest-Litowsk nicht die Gelegenheit benützte, um „stolz und versöhnend zugleich durch Worte und Taten das Recht Deutschlands auf Macht" vor der ganzen Welt zu erweisen.

Die Bedeutung der geistigen Waffen im furchtbaren Kampfe hat er klar erkannt. Unablässig drängte er darauf, daß von deutscher Seite eine kraftvolle moralische Offensive auch in der Frage des Kriegsausbruchs ergriffen würde. Der Initiative einer Gruppe von Männern, die später zu dem Prinzen in nähere Beziehungen trat, war es zu verdanken, daß die scharfen, zum Einlenken mahnenden Telegramme, die in der Nacht vom 29. zum 30. Juli von Berlin nach Wien gerichtet wurden, in den Jahren 1915 und 1916 — leider nur eines nach dem anderen — der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurden.

Vermöge seiner Tätigkeit war Prinz Max berechtigt, nach der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an seine amerikanischen Mitarbeiter in der Gefangenenfürsorge die Abschiedsworte zu richten:

„Ich weiß es gewiß, Sie werden auch ferne von uns Zeugnis ablegen für die Wahrheit, die Sie bei uns gefunden haben. Sie, die Sie das Amerika der Menschenfreundlichkeit, der Nächstenliebe und der tatkräftigen Güte vertreten, werden für das Deutschland zeugen, das Sie kennengelernt haben und das unsere Gegner nicht kennen wollen, das Deutschland, das, von Leid und Not selbst heimgesucht, ohne Haß Taten der Menschlichkeit vollbringt und Seele und Leib seiner Gefangenen wert hält, weil es in ihnen die leidende Menschheit wiederfindet, die nach Mitleid und Erlösung ruft."

Wie der Prinz zu diesem Appell an seine amerikanischen Mitarbeiter berechtigt war, so hat er auch heute Anspruch, daß seine Stimme vom Auslande beachtet werde, wenn er in seinem kürzlich erschienenen Buche [1]) Stellung nimmt zu der deutschen Ehrenfrage, der Frage der Verantwortlichkeit für den Kriegsausbruch. Der betreffende Abschnitt des Buches sei daher in Kürze wiedergegeben. Zunächst wird das Problem in nachstehende 10 Fragen zusammengefaßt:

„1. Wollte Serbien die österreichische Kontrolle bei der Untersuchung des Mordes von Serajewo nicht zulassen nur aus Prestigegründen oder auch aus schlechtem Gewissen?

2. Hätte Serbien das österreichische Ultimatum auch abgelehnt, wenn es sich nicht der russischen Unterstützung sicher gefühlt hätte?

3. Ordnete Rußland die allgemeine Mobilmachung an, weil es den Krieg für unvermeidlich hielt oder gerade deswegen, weil es den drohenden Frieden fürchtete?

4. War das Vertrauen auf die Unterstützung durch England der bestimmende Faktor für den Sieg der russischen Kriegspartei, wie es der belgische Geschäftsträger, Baron d'Ecailles, die „Times" und Reuter am 29., 30. und 31. Juli 1914 behaupteten?

5. Stand für die Generalstäbe und die Kanzleien in Europa fest, daß die russische Gesamtmobilmachung gleichbedeutend mit Krieg war, wie das Buchanan am 25. Juli und Oberst Repington am 31. Juli gesagt haben?

6. Welches war die Reihenfolge der Mobilmachungen?

7. Hatte Deutschland ein Recht zur Furcht (Verhältnis der Rüstungen vor dem Kriege)?

8. Wo war ein langer Wille vorhanden, territoriale Veränderungen in Europa herbeizuführen, die nur ein Krieg bringen konnte? Waren

---

[1]) Prinz Max von Baden: „Erinnerungen und Dokumente", Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart 1927. 681 Seiten. Das Werk war ursprünglich gedacht als Rechenschaftsbericht über die Kanzlerschaft des Prinzen (2. Oktober bis 9. November 1918), hat sich jedoch erweitert zu einer Geschichte der innerdeutschen Kämpfe um die Friedensziele während der ganzen Kriegsdauer.

Elsaß und Konstantinopel wirklich nur glückliche Einfälle während des Krieges oder Triebfedern der russischen und französischen Politik?

9. Warum wurde in Paris am 31. Juli 1914 die allgemeine russische Mobilmachung verheimlicht und die deutsche Gegenmaßnahme gegen die russische Bedrohung, die Erklärung des Kriegszustandes, als eine Provokation gegen Frankreich hingestellt?

10. Warum wurde Jaurès ermordet? Warum der Prozeß gegen seinen Mörder nicht geführt?"

Dann folgen Ausführungen, aus denen sich die nachstehenden Antworten ergeben:

Zu 1. „Das Vorgehen Österreichs, das als so herausfordernd dargestellt wurde, war in Wahrheit die Antwort auf die unerhörteste Herausforderung: Es steht heute fest, daß die Pläne zum Mord von Serajewo in Belgrad geschmiedet worden sind, daß serbische hohe Offiziere darum gewußt haben; daß man in der serbischen Regierung von der Abreise der Mörder Kenntnis gehabt hat, aber nach einem erfolglosen Versuch, sie an der Grenze aufzuhalten, den österreichischen Thronfolger ungewarnt in sein Verderben hat gehen lassen."

Zu 2. „Weder die Geheimbünde noch die Regierung Serbiens würden zum Schlage gegen die Donaumonarchie ausgeholt haben, wenn sie nicht Rußlands Solidarität mit den eigenen Zielen hätten voraussetzen dürfen. Rußland ermutigte Serbien und zweifelte dabei keinen Augenblick, daß es sich auf Frankreich würde stützen können."

Zu 3. „Die Haldane-Missior hatte bei allen Schürern des Krieges nervöse Beklemmungen hervorgerufen. Folgerichtig überstürzte Rußland die allgemeine Mobilmachung und den Kriegsausbruch in dem Augenblick, da durch die Einigung Englands und Deutschlands auf die sogenannte Grey-Lichnowsky-Formel [2]) der Weg zur friedlichen Lösung sich öffnete."

Zu 4. „Im August 1914 drängte der Angriffswille der verbündeten französischen und russischen Regierungen zur Tat, aus dem Gefühl heraus: Heute steht England noch auf unserer Seite, wir haben die Überlegenheit zu Wasser und zu Lande [3]). Aber wie lange noch?"

Zu 5 und 6 sind die Antworten so bekannt, daß eine Wiedergabe nicht nötig ist.

Zu 7. Die Antwort ergibt sich aus einem Vergleich der Rüstungen.

Zu 8. „Der Drang Rußlands nach Konstantinopel war seit dem Berliner Kongreß offenkundig und nur vorübergehend durch Verlockungen in Asien abgelenkt worden.

Seit Richelieu ist in der französischen Geschichte der Wille, an den Rhein zu gelangen, mit wechselndem Ungestüm lebendig. Er veranlaßte die Raubzüge Ludwigs XIV., er wies der französischen Expansion der Revolutionszeit und des ersten Kaiserreichs die Wege, er beherrschte den Imperialismus Napoleons III., und war auch in den Köpfen bestimmter

---

[2]) Gemeint ist der von Deutschland am 28. Juli gemachte, von Grey am 29. aufgegriffene Vorschlag „Halt in Belgrad". Anmerkung des Berichterstatters.

[3]) Nach der neuen englischen Dokumentenpublikation (The Outbreak of War, Headlam-Morley, London 1926, Bd. XI) ist dieser Einfluß Englands auf die russische Kriegspartei erwiesen; vgl. Privatbrief Nicolsons an Buchanan vom 28. Juli (Akten-Nr. 239).

Politiker bei Kriegsausbruch nicht erloschen. Die Rückgewinnung Elsaß-Lothringens aber war der unerfüllte Traum der französischen Nation, für Poincaré das Ziel seiner Amtsperiode."

Zu 9 und 10. Die Antwort hierauf ist von Frankreich immer noch nicht gegeben worden [4]).

Besonders eingehend werden sodann in dem vorliegenden Werke die Verantwortlichkeiten Deutschlands und Englands besprochen. Über England wird gesagt:

Grey wäre die Erhaltung des Friedens recht gewesen. Alle seine Ratschläge strebten danach, dieses Ziel zu erreichen; aber höher als der Friede stand ihm die Tripleentente. Sonst hätte er nicht versäumt, Rußland zu sagen: Unsere Teilnahme am Kriege ist abhängig von der Art der Kriegsentstehung. Wenn ihr unseren Rat mißachtet und durch eine allgemeine Mobilmachung die diplomatische Situation zerschlagt und in eine militärische verwandelt, dann weigern wir uns, an dem entstehenden Weltbrand teilzunehmen.

Obgleich Grey (seit dem 25. Juli) erstens wußte, daß die allgemeine russische Mobilmachung drohte, und zweitens sich völlig über deren unvermeidliche Folgen klar war, hat er es doch sorgfältig vermieden, solch warnende Sprache in Petersburg zu führen. Im Gegenteil: Zeichen über Zeichen gelangte nach Rußland, geeignet, die Furcht vor Englands Neutralität zu zerstreuen. Lord Northcliffe nannte es Verrat, wollte England unter irgendwelchen Umständen aus dem entstehenden Weltkrieg draußen bleiben; er sagte nach Rußland hinüber das furchtbare Wort: „Mechanismus der Entente" und ließ sich durch seinen Korrespondenten die Wirkung in Petersburg folgendermaßen quittieren: „The articles of the ‚Times' have done much to inspire hope." Die Mobilhaltung der englischen Flotte aber wirkte wie ein Sturmsignal auf Petersburg.

Churchill hat diese Maßnahme veranlaßt, Grey aber hat sie gebilligt.

Grey hätte den Weltkrieg verhindern können, wenn er Rußland mit der Neutralität, Deutschland mit dem Aufgeben der Neutralität bedroht hätte, je nachdem durch Rußlands oder der Zentralmächte Schuld der Friede in Trümmer gehen würde. Grey war doppelt gelähmt: Mit der Neutralität konnte er nicht drohen, weil er seine Ehre und die Ehre seines Volkes gebunden hatte, an jedem Kriege teilzunehmen, in den Frankreich hineingezogen würde, gleichviel, ob es im Unrecht oder im Recht war. Er war gebunden, weniger durch die Konversationen zwischen den englischen und französischen Militärbehörden, als durch die mit Frankreich vereinbarte Verteilung der Flotten. Die Küste Frankreichs war unverteidigt: „The French fleet is in the Mediterranean", sagt Grey sechsmal in der großen Rede vom 3. August 1914, mit der er den Pazifismus der Liberalen beschwören wollte. Mit dem Kriege aber konnte er Deutschland nicht bedrohen, jedenfalls nicht deutlich und brutal genug, um die deutsche Illusion über Englands Haltung gänzlich

---

[4]) Die Frage, warum der Zeitpunkt der allgemeinen russischen Mobilmachung nicht nur bei Kriegsausbruch, sondern noch neun Jahre nach Friedensschluß verheimlicht worden ist, muß nunmehr auch an London gerichtet werden, das ebenso früh wie Paris von dieser Maßnahme Kenntnis erhielt. Anmerkung des Berichterstatters.

zu zerstreuen, weil er vor seinem Parlament nun schon jahrelang die Fiktion aufrechterhielt, England habe noch die volle Freiheit des Handelns.

An Greys Wunsch, den Krieg zu vermeiden, möchte ich auch heute, nachdem die neue englische Dokumentensammlung erschienen ist, nicht zweifeln; aber dieser Wunsch wurde nicht zum festen und geradlinigen Willen. Hinter Grey — daran kann nach den jüngsten Veröffentlichungen kein Zweifel mehr sein — standen die permanent officials, die wußten, was sie wollten. Sie hinderten ihn fortgesetzt daran, irgend etwas in Petersburg zu sagen, das verstimmen konnte. Englands Freundschaft mit Frankreich und Rußland sollte um jeden Preis erhalten werden, auch um den Preis des Friedens; und letzten Endes war es ihnen recht, wenn England die gute Gelegenheit ergriff, um sich des lästigen Flottenrivalen zu entledigen. Die Entscheidung über Krieg und Frieden hätte in London fallen können und sollen. Unter dem Einfluß seiner Berater hat Grey sie nach Paris und Petersburg verlegt.

Wenn Grey sich in der Ehre gebunden fühlte nach den Abmachungen und Konversationen der letzten Jahre, Frankreich und Rußland in jedem Kriege gegen Deutschland und Österreich zu unterstützen, so kann ich das verstehen — aber um so stärker wurde meines Erachtens die Pflicht dem eigenen, seiner Bindungen unkundigen Volke gegenüber, nicht Frankreich und Rußland die Entscheidung zu überlassen, ob und wann der Krieg ausbrechen sollte."

Dem kann auf Grund der neuen englischen Dokumente noch angefügt werden: Grey wußte nicht nur, daß die allgemeine russische Mobilmachung drohte, sondern er hat Rußland die Mobilmachung gegen Österreich, die dann aus militärtechnischen Gründen die allgemeine nach sich ziehen mußte, sogar nahegelegt. Und er hat das getan in der dokumentarisch nachgewiesenen Absicht, den einzigen deutschen Vorteil, den rascherer Mobilmachung (der zudem nur gegenüber Rußland, keineswegs jedoch gegenüber Frankreich bestand), hinfällig zu machen. Er hat endlich die allgemeine russische Mobilisierung ebensofrüh erfahren wie das Pariser Kabinett, und hat selbst dann keinen Anlaß genommen, auf die fernere Unterstützung der zaristischen Regierung zu verzichten.

Über die Haltung Deutschlands während der Krise lauten die Ausführungen:

„Die Anklage: Die deutsche Militärpartei habe planmäßig den Weltkrieg entfesselt, braucht uns heute nicht mehr zu schrecken, seitdem wir wissen, daß der Chef des Großen Generalstabs v. Moltke im Grunde ein Pazifist war, ohne volles Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und ohne Glauben an Deutschlands Kraft, den Weltkrieg zu einem guten Ende zu führen. In seiner Gewissenhaftigkeit zögerte er fast länger als es die Sicherheit des Reiches erlaubte, dem Kaiser die allgemeine Mobilmachung anzuraten.

Eines aber steht für mich fest: daß wir an dem Beitritt Englands zur Entente eine Schuld haben, durch das Versagen unseres politischen

Instinkts. Ich glaube nicht, daß England jemals ein Bündnis mit Rußland und Frankreich eingegangen wäre, hätte es sich nicht durch unsere Flottenpolitik bedroht gefühlt. Wohl stand hinter unserem Schiffbau der ausgesprochene und erprobte Friedenswille des Kaisers, der in dieser Flotte eigentlich nicht mehr als eine herrliche Demonstration deutscher Macht sah und seine Freude an diesem wundervollen Instrument hatte, gänzlich unabhängig davon, wie es angewendet werden sollte. Aber daß England diese gewaltig anwachsende Seemacht als eine Gefahr empfand, war unvermeidlich; und nur dieses Gefühl, bedroht zu sein, hat den deutschfeindlichen Strömungen Geltung verschafft, im englischen Auswärtigen Amt ebenso wie in der öffentlichen Meinung. Ob die Furcht Englands vor der deutschen Flotte begründet war, das ist nicht entscheidend für die Beurteilung der Frage, ob unsere Flottenpolitik weise war oder nicht. Diese Furcht ist jedenfalls eine historische Tatsache. Das Zahlenverhältnis der Großkampfschiffe 16 : 10 war für England allein nicht ausschlaggebend. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Engländer unserer technischen Leitsungsfähigkeit nicht immer mit dem Gefühl der Ebenbürtigkeit gegenüberstanden. Wenn wir es aber unternahmen, ungewarnt durch die Erfahrungen unseres Kontinents, die größte Seemacht zu beunruhigen, dann war es wahrlich vermessen, Rußland den Weg nach Konstantinopel zu verlegen und es auf seinem nervösen Punkt durch die Mission Liman v. Sanders' noch besonders zu reizen.

Ein weiterer Vorwurf kann Deutschland nicht erspart werden. Trotz der unklaren Wendungen Greys während der letzten vierzehn Tage durfte sich bei den deutschen Staatsmännern die Illusion nicht tagelang halten, der Krieg ließe sich auf Österreich-Serbien lokalisieren. Mindestens von dem Augenblick an, als es deutlich wurde, daß Rußland Serbien den Rücken stärkte, hätte Deutschland Österreichs Wunsch, ein für allemal mit der serbischen Bedrohung ein Ende zu machen, in seiner ganzen Tragweite erkennen und seine Unterstützung versagen müssen. Die deutsche Regierung hat ohne Zweifel in der ersten Julihälfte geglaubt, Europa zur Duldung einer Strafexpedition gegen Serbien einschüchtern zu können."

Zu dieser Auffassung können zwei Einwände gemacht werden:

Was zunächst das englische Gefühl der Bedrohung durch die deutsche Flotte betrifft, so hat dieses den deutschfeindlichen Strömungen zweifellos eine starke Stütze gewährt. Zu weit scheint mir indes die Ansicht zu gehen, daß „nur" dadurch die Gegnerschaft gegen das Deutsche Reich sich habe Geltung verschaffen können. Schon bei der Marokkokrise von 1905/06, als von einer Bedrohung Englands zur See noch weit weniger die Rede sein konnte als 1914, war man in London entschlossen, und zwar sowohl die konservative als die sie ablösende liberale Regierung, im Kriegsfall auf die Seite Frankreichs zu treten. Nachdem man einmal infolge des Scheiterns der nach Deutschland ausgestreckten Bündnisfühler für Frankreich gegen Deutschland optiert hatte, war es offenbar ein Grundsatz des Foreign Office geworden, unter keinen Umständen eine abermalige Niederlage Frankreichs zuzulassen. Da

diese amtliche Auffassung von der gesamten konservativen und vom imperialistischen Flügel der liberalen Partei unterstützt wurde, hätte sie sich wohl immer durchsetzen können. Es ist fraglich, ob eine richtigere Rüstungspolitik des Deutschen Reichs, die mehr auf den Ausbau der Landmacht und weniger auf den der Seemacht bedacht gewesen wäre, die somit eine Niederlage Frankreichs noch wahrscheinlicher gemacht hätte, an dieser Sachlage etwas geändert haben würde.

Was sodann das Versagen der Unterstützung an Österreich betrifft, so ist es schwer, hierfür einen Zeitpunkt zu bestimmen. Vor der Kriegserklärung an Serbien lag dazu doch kaum ein Anlaß vor. Nach dieser Kriegserklärung wurde dann sofort die menschlichem Ermessen nach befriedigende Formel „Halt in Belgrad" gefunden, und kurz darauf folgte die allgemeine russische Mobilmachung, nach der es sich nicht mehr nur um Hilfe an Österreich, sondern ebensosehr um Verteidigung Deutschlands handelte.

Auch die deutsche Kriegsführung wird mit peinlicher Gewissenhaftigkeit geprüft.

In der belgischen Frage vertritt das Buch den Standpunkt des deutschen Kanzlers vom 4. August: „Wir haben ein Unrecht getan und müssen es wieder gutmachen."

Über den Unterseebootkrieg gelangt der Prinz zu dem Schlusse, daß er gerechtfertigt war als „Repressalie", nämlich als Vergeltungsmaßnahme gegen die über die nichtkämpfende deutsche Bevölkerung verhängte Hungerblockade. Um diese Rechtsgrundlage der „Repressalie" völlig klarzustellen, würde es zweckmäßig gewesen sein, den unbeschränkten Unterseebootkrieg zu befristen, d. h. bei seiner Ankündigung auszusprechen, er werde nur so lange geführt werden, bis die Hungerblockade aufhöre. Daß eine solche Klarstellung unterblieb, so heißt es weiter, „war die Ursache, daß die Entlarvung der Gegner und ihres Hungerkrieges vollständig erst im Waffenstillstand gelang. Die Aufrechthaltung, ja die Verschärfung der Blockade zu einer Zeit, da nicht nur der deutsche Unterseebootkrieg, sondern der ganze deutsche Krieg eingestellt war, gehört zu den großen Schandtaten des Jahrhunderts".

Was antworten die Verteidiger der Entente auf diese furchtbare Anklage?

„Die Geographischen Ursachen des Weltkrieges."

Von Karl Haushofer.

Wieder und wieder liegt ein Buch vor mir: Georg Wegeners „Geographische Ursachen des Weltkrieges" [1]), das die Geister seit seinem Erscheinen in Mitteleuropa ganz anders hätte aufrütteln, viel tiefere und nachhaltigere Wirkung äußern müssen, als ihm durch die Ungunst der Zeit beschieden war. Vielleicht war es auch eine begreifliche Schuld des weitgereisten, selbst weltumspannend denkenden Verfassers, daß er weltweites Denken und Schauen — trotz allem — mitten in einem furchtbaren Raumzusammenbruch von seinen Lesern forderte, auch von engstirnigen Menschen in einem Augenblick, da sie nur an die Rettung ihrer Parteien und Vereine dachten: also nichts weniger als ein Denken von der Größe Galileis: im Augenblick des Abschwörens der Bewegung der Erde um die Sonne ein trotzig und zukunftsicher gemurmeltes: „Und sie bewegt sich doch! —"

Aber einen Teil seiner innereuropäischen Umwelt bewegte Wegener doch. Und er bewegte sie mit dem richtigen Hebel: mit einem Hebel, dessen wahrhafte Wirkungsrichtigkeit ihm Naturgesetze verbürgten, nicht vergängliche Menschenrede, deren Weiterwirkung — ob wir uns in dem engen alten Europa dagegen stemmen oder sie klug benützen — offenbar wird: im Nahen Osten, in Arabien und Ägypten, in Indien, China, Insulinde, in den afghanischen Bergen und den Schwemmebenen Sumatras, in afrikanischen Farbigenfragen und den Indianeraufständen Bolivias, aber auch des halbindianischen Mexiko gegen die Dollar-Diplomatie an der Rio-Grande-Grenze. Es ist einer der Hebel, mit denen man allein die Erde bewegen kann, weil sie allein von Standpunkten über dem Menschengewimmel des Planeten aus zu brauchen sind, von denen aus man das politische Kraftfeld mit wissenschaftlichen Horizonten überschaut.

Darum begann Wegener sein Werk damit, daß er seinen Zeitgenossen die Beziehungen zwischen Erdkunde und Politik klarmachte und ihnen nachwies, daß ein Vorgang wie der Weltkrieg, der sich vermaß, das politische Antlitz der Erdoberfläche so gewaltsam zu ändern, auch dem Gericht nicht entrinnen könne, das in den früher auf ihr erprobten politischen Erscheinungen, Machtbildungen und ihrem Schicksal lag, einem Gericht, das vor allem hüben und

[1]) Berlin, Karl Siegismund, 1919.

drüben mit allen Kriegsschuldlügen aufräumte, für die der Vorgang viel zu groß und naturhaft war. Aber alle, die unser Volk zu einer solchen Auffassung lang vor seinem Zusammenbruch und dann wieder zur Aufraffung aus ihm führen wollten: Ratzel, vor ihm Ritter, nachher Penck, Sapper, Sieger, Volz, Wegener und viele andere — sie haben sich vielleicht der einen edlen Sünde der Unterlassung zu wenig lauten Auftretens schuldig gemacht, indem sie eine viel zu feine, wissenschaftlich verhaltene Sprache führten.

Wenn wir zusehen, mit welchen derben Hammerschlägen angelsächsischen, französischen, slawischen Massen einfachste Leitsätze der Selbsterhaltung und Machterweiterung aus dem Bereich der Erdkunde und Geschichte eingehämmert wurden, mit welchen Trompetenstößen Lloyd George, Wilson, die Ecole des Sciences Politiques, Masaryk und Danilewsky arbeiteten, was wir erblickten, wenn in den jüngsten Tagen mit der Übersetzung der „Dollar-Diplomacy“ [2]), oder etwas früher mit den ausgezeichneten Übersetzungen der derben Rassenwerke von Madison Grant und Lothrop Stoddard den fremden politisch-geographischen Methoden [3]) die Masken abgerissen wurden: dann erst kommt uns zum Bewußtsein, daß wir nicht zu wenig objektiv waren, sondern viel zu sehr, bis zum Zurücktretenlassen einer Warnerpflicht gegenüber der vernachlässigten Selbsterhaltung eigener Volkheit, vor lauter Gerechtigkeitsliebe gegen die fremden Interessen rings um uns.

Aber auch Geschichte, Staatswissenschaften und Soziologie hatten in Mitteleuropa vielfach den Staat in die Luft und auf das Papier gestellt, statt auf den gewachsenen Boden der Wirklichkeit: viele Weltanschauungszusammenbrüche jener bösen Jahre, im wahren und übertragenen Sinn des Wortes, entstanden, weil die Welt oft sehr maßgebender Männer ganz unwirklich war, auf dem Papier und in der Luft gestanden hatte und vor der Wage der politischen Wirklichkeit in Raum und Zeit nicht bestehen konnte, wie das Englandbild Bethmanns, aber auch das Amerikabild Ludendorffs, und das Rußlandbild Paléologues.

„Im Erdball und in Kontinenten und Weltmeeren denken“, das „Engwerden der Erde“ rechtzeitig fühlen: das wären die ersten Aufgaben gewesen, die unsere politische Geographie den Mitteleuropäern in ihrer europäischen Kriegskartenenge hätte beibringen müssen!

---

[2]) Nearing-Freeman: „Dollar-Diplomatie“, Berlin, Vowinckel 1927.
[3]) Madison Grant: Untergang der Großen Rasse. Lehmann, München. Lothrop Stoddard: Kultur-Umsturz.

Man kann nicht sagen, daß es ein augurium post eventum ist, das Wegener in dem Kapitel vom Engwerden der Erde ausspricht; denn diese Gedanken fanden sich 1892 schon bei Mahan und Brooks-Adams, 1904 bei Mackinder; und Wegener mag es, wie mir, draußen in Ostasien oder Indien mit Schrecken zum Bewußtsein gekommen sein, mit welcher Selbstverständlichkeit dort, aber auch in der City, in Amerika, in Rußland und in Paris und Rom das Totenlied: „Germaniam esse delendam" gesungen wurde, damit wenigstens dieser Konkurrent ausgeschaltet sei, ehe der Kampf um Ellenbogenraum der Großgrundbesitzer der Erde gegen ihre der Selbstbestimmung beraubten Proletarier beginne. Daß man damit vielleicht noch eine Menschenmasse mehr zu den Enterbten hinabstoße, deren Kraft den Ausschlag für den Endsieg einmal in der fernen Zukunft geben könnte, das bedachten nur wenige!

Die meisten blendeten geographische Nahziele, die Wegener im einzelnen meisterhaft bei Rußland und seinen kleinen slawischen Schützlingen, bei Frankreich und den großen und kleineren ozeanischen Mächten nachweist. Über diesen Nachweis aber kommt uns erneut zum Bewußtsein, was Tirpitz einmal so schmerzlich den Deutschen vorwarf, daß sie das Meer nicht verstanden haben. Motive und Methoden der ozeanischen Mächte sind im Grunde bei den Mehrheiten der mitteleuropäischen Staaten heute noch so unverstanden wie je zuvor! Gerade die Versuche, das Joch des Dawes-Planes mit echt kontinentalen, in Wallstreet völlig wirkungslosen Mitteln abzuschütteln, beweisen es uns täglich neu. Das, was uns erwürgen soll, sind ja eben die Anaconda-Methoden, die zuerst an kleinen Objekten in Lateinamerika ausprobiert worden sind, beim großen China wegen der Größe und Sowjet-Rückenanlehnung des ungeteilt widerstrebenden Bissens versagten, aber nun in Mitteleuropa sich zum erstenmal an einem ganz großen Objekt bewähren sollen, die als Kriegsfortsetzung mit anderen Mitteln echt ozeanischer Herkunft sind. Weit gefährlicher für die Lebenskraft unseres Volks in der Zukunft, als die Gewaltmethoden kurzsichtiger französischer Führer, sind in Wahrheit die Aussaugungspraktiken der großen Geldmächte und ihre Art, sich indirekt bezahlt zu machen. Nehme man doch die Selbstbestimmungskarten von Langhans und vergleiche den Fortschritt in der politisch-geographischen Entmannung der Opfer!

Er ist in Deutschland entsetzlich schnell gewesen; vergleicht man den Zustand zur Zeit des Erscheinens von Wegeners Buch mit dem von heute, so kommt die ganze Fremdbeherrschung der Eisenbahnen, wenn auch mit Hilfe deutscher Angestellter, die Ent-

wehrung der Zonen im Osten und Süden, östlich der Oder, des größten Teils von Ostpreußen, des größten Teils des bayerischen Siedlungsgebietes hinzu, freiwillige Bindungen, statt eines Zwangsdiktates, im Westen, Entwindungen wichtiger Industrien, Verschlechterungen im Zustande der Minderheiten — kurz ein politisch-geographisches Herabwirtschaften, dessen Schuld sich breit verteilt, sicher breiter als irgendwelche irgendwo auf der Welt am Kriege.

Prachtvolle geistige Waffen zur Bekämpfung weiterer Verbreitung dieser Schuld an neuen Demütigungen, wenn auch nicht Kriegen, schenkt uns das schmale Buch von Wegener, auch in seinen Anmerkungen. In seinen kurzen Schilderungen der Mittelmächte aber finden sich auch die Gründe, warum man von außen her so auf ihren guten oder bösen Willen hinauflügen mußte. Man tat es freilich so sehr, daß die Lügen sich überstürzten, gerade — bei den zahlenstarken Völkern Ostasiens z. B. — schon deshalb nicht mehr geglaubt wurden, und nun — im Aufrufen des wahren Selbstbestimmungsrechtes der Völker — das Gegenteil von dem bewirkten, was sie ursprünglich schaffen sollten: statt Entlastung eine furchtbare Belastung der Hauptkolonialmächte der Erde: des Britenreichs, Frankreichs, Belgiens, aber auch der Vergewaltiger mittels der Dollar-Diplomatie, der Vereinigten Staaten! Ihnen gegenüber erhebt sich — trotz allen Rückschlägen — die weit überlegene Millionenzahl der Unterdrückten; und, ehe wir es uns versehen, können wieder Wahlnotwendigkeiten an uns herantreten, an denen unser letztes Schicksal hängen mag. Für diese mögliche Entscheidung, vor dem Sprung ins praktische Können, das höchste Maß an politisch-geographischem Wissen in die breiten, stimm-entscheidenden Schichten zu tragen, das sollte gerade echte Demokratie, wahre Volksherrschaft am meisten verlangen; sie am meisten müßte den Männern dankbar sein, die ihr dazu so taugliche Werkzeuge liefern, wie das in neuem Gewande und erweiterter Form dringend nötige Buch von Georg Wegener. Es darf nicht vergessen werden!

Die französische Übersetzung der deutschen Aktenpublikation.

Von Friedrich Thimme.

Oft haben wir deutschen Herausgeber der jetzt mit dem Erscheinen des Personenregisters zu Band 26—39 absolut vollständig gewordenen „Großen Politik der Europäischen Kabinette“ untereinander und mit dem Verleger unserer Publikation überlegt, ob sich nicht deren Übertragung ins Französische und Englische als die gebräuchlichsten Weltsprachen ins Werk setzen lasse. Der Riesenumfang der Sammlung schien ein solches Unternehmen von vornherein auszuschließen; wer sollte auch, nachdem schon die finanzielle Durchführung unserer deutschen Ausgabe nur mit großen Mühen möglich geworden war, die Kosten für die Übertragung in fremde Sprachen und für die erneute Drucklegung aufbringen? Alles, was wir deutschen Herausgeber in dieser Hinsicht zu hoffen wagten, war, daß etwa im Anschluß an die geplante vierbändige Volksausgabe, deren Erscheinen zum Frühjahr nächsten Jahres bevorsteht, eine Übertragung der wichtigsten Dokumente unserer Gesamtpublikation in jene Weltsprachen zu erreichen sein möge. Unsere Erwartungen richteten sich dabei, offen gestanden, weniger auf Frankreich, wo man der Sammlung der deutschen diplomatischen Akten zunächst mit einem noch heute immer wieder hervorbrechenden Mißtrauen und selbst mit Abneigung begegnete, als auf England, dessen namhafteste Historiker schon nach dem Erscheinen der ersten, die Bismarckzeit umfassenden Serie unserer Publikation sich zu einer vorurteilslosen Würdigung ihres Inhalts und ihrer Tragweite aufschwangen.

Es bedeutete unter diesen Umständen eine nicht geringe Überraschung für uns deutsche Herausgeber, als wir aus der Einleitung, die der französische Deputierte Emmanuel Chaumié dem von der Zeitschrift „L'Europe Nouvelle“ unter dem 17. April 1926 den vier ersten Serien unserer Publikation gewidmeten Sonderheft vorausschickte, ersahen, daß in Frankreich selbst eine Übersetzung unserer großen Sammlung vorbereitet werde. Nähere Angaben brachte Chaumiés Einleitung noch nicht; nur das eine deutete er an, daß die Veranstalter der französischen Ausgabe dem deutschen Vorbilde nicht in der systematisch-sachlichen Anordnung des gewaltigen Aktenstoffes nach Bänden und Kapiteln folgen, sondern an deren Stelle eine rein chronologische Anordnung der Schriftstücke setzen würden. Chaumié gibt sich große Mühe, diesen Wechsel in der Editionsmethode, der natürlich der ungeheuren Sammlung von

annähernd 16 000 Dokumenten viel von ihrer, sogar französischerseits anerkannten Klarheit, Durchsichtigkeit und ihrem fesselnden Reiz [1]) nehmen muß, der französischen Öffentlichkeit plausibel zu machen. Als Illustrationsprobe für seine These, daß nur bei chronologischer Anordnung sämtlicher aus einer Epoche stammenden Schriftstücke die inneren Zusammenhänge und die wahre Bedeutung der einzelnen unter ihnen vollständig verstanden werden könne, führt Chaumié nicht etwa eins unserer Dokumente, dafür aber ein viel erörtertes, in offiziellem Wortlaut noch heute nicht veröffentlichtes Dokument aus den französischen Archiven ins Feld: das Protokoll über den französischen Ministerrat vom 6. Juni 1905, nach dem Minister Delcassé seine Entlastung gab. Man weiß, daß Delcassé, gestützt auf vermeintliche oder wirkliche Zusagen englischer Waffenhilfe für den Fall einer Zuspitzung der deutsch-französischen Marokkokrise die Gefahr eines Krieges auf sich nehmen wollte, daß er aber mit seiner Auffassung nicht durchdrang. Nach Chaumié wäre nun in dem Protokoll über den Ministerrat vom 6. Juni mit keinem Worte von der die Stellungnahme der Mehrheit der französischen Minister entscheidend beeinflussenden Tatsache die Rede, daß Rußland durch den japanischen Krieg außerstand gesetzt war, dem französischen Alliierten gegebenenfalls zu Hilfe zu kommen. Ein volles Verständnis des wichtigen Dokuments ergebe sich also erst, wenn es in den Zusammenhang sämtlicher, die damalige Lage charakterisierenden Schriftstücke und nicht bloß derjenigen über die Marokkokrise gerückt werde. In diesen Ausführungen Chaumiés liegt sicherlich etwas Wahres und Begründetes. Immerhin wird von jedem Benutzer großer historischer Dokumentensammlungen vorausgesetzt werden können, daß er sich der geschichtlichen Begebenheiten und Zusammenhänge einigermaßen bewußt ist, und daß er bei dem Studium sachlich angeordneter Dokumente sich gegenwärtig hält, daß auch die zeitlich korrespondierenden Kapitel heranzuziehen sind. Es fragt sich noch sehr, ob die Erkenntnis der tieferen Zusammenhänge für das Gros der Benutzer bei einer rein chronologischen Anordnung der Schriftstücke, wo der Gegenstand unaufhörlich wechselt, nicht wesentlich mehr erschwert werden dürfte als bei der Lektüre organisch aufgebauter Kapitel. Ich darf in dieser Beziehung auf die Ausführungen meines Mitherausgebers Albrecht Mendelssohn Bartholdy im Juli-

[1]) Vgl. Edmond Vermeil in dem bereits erwähnten Sonderheft der Zeitschrift „L'Europe Nouvelle" (p. 489): „Il convient de reconnaître que, par sa clarté et par son caractère organique, la publication allemande est un instrument d'étude vraiment unique et admirable de tous points. Elle est d'une lecture captivante, dont l'intérêt ne se dément jamais."

heft 1926 der „Europäischen Gespräche“ verweisen, wo sehr einleuchtend dargelegt wird, daß bei einer chronologischen Aneinanderreihung der Schriftstücke im Rahmen einer Publikation von dem Riesenausmaß der unsrigen die Mehrzahl der Benutzer gar nicht in der Lage sein würde, sich in dem Labyrinth zurechtzufinden. Daß die Leserwelt vor rein chronologisch angeordneten Dokumentensammlungen förmlich zurückschreckt, das hat sich mit drastischer Deutlichkeit an dem Beispiel der großen französischen Publikation über den Ursprung des Krieges von 1870/71 gezeigt. Niemals würden wir deutschen Herausgeber, das ist unsere sichere Überzeugung, bei einer rein zeitlichen Anordnung des ungeheuren Aktenstoffes unseren Zweck erreicht haben, die ganze Welt zu nötigen, an der Hand der deutschen Dokumente zur Vorgeschichte des Weltkrieges die große und brennende Frage der deutschen Kriegsschuld nachzuprüfen, während die von uns gewählte Editionsmethode uns unserem Ziele doch schon wesentlich nähergeführt hat.

Im übrigen hatten wir deutschen Herausgeber selbstverständlich gegen die von Chaumié angekündigte Absicht, daß bei der Übertragung der deutschen Sammlung ins Französische unsere Editionsmethode zugunsten einer rein chronologischen Aneinanderreihung der Schriftstücke verlassen werden solle, kaum etwas einzuwenden. Wir sind uns ja niemals im unklaren darüber gewesen, daß unsere Methode trotz der für sie sprechenden und nach unserer Ansicht überwiegenden Gründe und Rücksichten doch auch Nachteile mit sich bringe. Diese Nachteile aber konnten erheblich gemildert werden, wenn unserer deutschen, sachlich angeordneten Ausgabe eine chronologisch angelegte französische Übertragung zur Seite gestellt wurde, vor allem, wenn in dieser bei jeder Dokumentennummer ein Verweis auf die entsprechende Nummer der deutschen Ausgabe erfolgte und so die Vergleichung erleichtert würde. Selbstverständlich wären wir deutschen Herausgeber gern bereit gewesen, unseren französischen Kollegen bei den Schwierigkeiten, die sich bei einer völligen Umgruppierung der Schriftstücke ergeben mußten, in jeder etwa gewünschten Weise behilflich zu sein. Beispielsweise konnten sich leicht in den häufigen Fällen, wo mehrere Schriftstücke ein und dasselbe Datum tragen, Zweifel ergeben, in welcher genauen Reihenfolge sie abzudrucken wären; eine kurze Anfrage und eine kurze Antwort hätten hier jeden Irrtum ausgeschlossen. Ebenso mußte in den selteneren Fällen, wo von uns Schriftstücke, die mehrere Gegenstände betrafen, aufgeteilt und in verschiedenen Kapiteln abgedruckt worden waren, die Zu-

sammensetzung, die durch die chronologische Anordnung bedingt wurde, Schwierigkeiten bieten; auch hier war eine Rückfrage der gebotene Ausweg. Schließlich erhob sich noch die Frage, was bei chronologischer Anordnung mit den zahlreichen Auszügen aus Dokumenten geschehen solle, die wir in die Fußnoten verwiesen hatten. Sie einfach fortzulassen, bedeutete, der französischen Leserwelt den Einblick in das deutsche Aktenmaterial zu verkürzen. Wiederum hätte eine Rückfrage bei uns die Möglichkeit zur Ergänzung solcher Bruchstücke, falls man darauf Wert legte, geboten. Haben wir deutschen Herausgeber doch wiederholt öffentlich erklärt, daß wir ernsthaften Historikern jede gewünschte Erläuterung und Ergänzung bereitwillig zur Verfügung stellen würden. Tatsächlich haben wir diese Zusage wiederholt gegenüber englischen und amerikanischen Historikern, die uns beim Worte nahmen, erfüllt. Daß wir aber zwischen angelsächsischen und französischen Historikern einen Unterschied nicht machen würden, braucht nicht erst versichert zu werden.

Nun, es scheint, als ob bei den französischen Historikern und Publizisten die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit deutschen Kollegen viel geringer ist als umgekehrt. Wir deutschen Herausgeber sind von den uns zunächst ganz unbekannten Veranstaltern der französischen Ausgabe auch nicht ein einziges Mal in irgendeiner Weise in Anspruch genommen worden. Seit Chaumiés Andeutungen erfuhren wir nichts mehr von dem Plan und den Fortschritten der französischen Ausgabe, bis eines guten Tages im verwichenen Frühjahr der erste Band der französischen Übertragung, dem inzwischen ein zweiter gefolgt ist [2]), vorlag. Es bedeutete eine angenehme Überraschung für uns, zu sehen, daß es die Société de l'Histoire de la Guerre war, die die Übersetzung in die Wege geleitet hat, und daß deren Vizepräsident, der auch in Deutschland großes Ansehen genießende Geschichtsprofessor A. Aulard, der als der eine Herausgeber des französischen Aktenwerkes über den Ursprung des Krieges von 1870/71 auch über eine sichere editionstechnische Erfahrung verfügt, durch ein Vorwort zu dem ersten Bande die besondere Verantwortung für das Wagnis übernommen hat, der französischen Öffentlichkeit eine Übersetzung der deutschen Vorkriegsakten vorzulegen. Daß es ein Wagnis war und ist, liegt auf der Hand und hat sich seither dadurch bestätigt, daß eine förm-

[2]) La Politique Extérieure de l'Allemagne 1870—1914. Documents officiels publiés par le Ministère allemand des Affaires Etrangères. Avant-propos de A. Aulard. Tome premier 1870—1871. Traduit par Henri Audoin. Tome deuxième. Traduit par I. A. Taillebot. Paris. Alfred Costes, Editeur. 1927.

liche Kampagne gegen die Weiterführung des Unternehmens entstanden ist. Ihr Vorkämpfer ist vor allem Emile Bourgeois, der Gefährte Aulards in der Herausgabe des Aktenwerks über den Krieg von 1870/71, sonst aber sein Antipode. Als einer der Verfasser des inzwischen als Buch erschienenen, auch bereits in deutscher Übersetzung vorliegenden Berichts an den französischen Senat über „die Ursachen und die Verantwortlichkeiten des Großen Krieges *)" ist Bourgeois einer der eifrigsten Verfechter der Versailler Kriegsschuldthese. Im Mai-Juni-Heft der „Revue Historique" hat er einen fulminanten Generalangriff gleichzeitig gegen die deutsche Aktenpublikation, die er als absolut tendenziös in der Auswahl und Anordnung der Dokumente, in dem Fußnotenkommentar, ja sogar in dem Titel hinstellt, und gegen die französische Übertragung eröffnet, die er, trotz der — noch zu besprechenden — möglichsten Ausmerzung des deutschen Charakters unserer Sammlung für gefährlich und schädlich im französischen Interesse erklärt. Daß Bourgeois eifrige Nachbeter, wie den Publizisten Auguste Gauvain („Journal des Débats" vom 7. Juli) gefunden hat, ist nicht verwunderlich. Ein Artikel der „L'Information" vom 8. Juli stellt fest, daß sich gegen die Société de l'Histoire de la Guerre fast schon der Vorwurf des Landesverrats wegen der Propagierung der deutschen Dokumente erhebt. Andererseits sind den Veranstaltern der französischen Ausgabe auch Verteidiger erstanden, so in dem Historiker Emile Laloy, der im „Mercure de France" vom 15. Juli sogar uns deutsche Herausgeber vor dem Bourgeoisschen Vorwurf in Schutz nimmt, daß der zunächst in Frage kommende erste Band unserer Publikation die tendenziösesten absichtlichen Lücken enthalte [3]).

Meinerseits habe ich inzwischen mich in dem August-September-Heft der „Europäischen Gespräche" *) mit Bourgeois wegen der von ihm gegen unsere Aktenpublikation gerichteten Anklagen ausführlich auseinandergesetzt und glaube sagen zu dürfen, daß von

---

*) *Herausgegeben von Bernhard Schwertfeger, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Die Schriftleitung.*

[3]) „Il faut avouer que les auteurs de la publication allemande ne paraissent guère avoir cédé au désir d'étouffer les documents gênants. Les lacunes démontrées par la comparaison avec la publication française s'expliquent par le manque de place, nombre de documents étant publiés in-extenso qui auraient pu être abrégés. D'un bout à l'autre de la série, assez de documents allant à l'encontre du but d'innocenter l'Allemagne ont été publiés pour qu'à mon avis, les auteurs de la Große Politik aient le droit d'être félicités de leur courage et de leur impartialité comme éditeurs."

*) *Französische Kritiken zur Deutschen Aktenpublikation, von Friedrich Thimme, Europäische Gespräche, August-September 1927. Die Schriftleitung.*

ihnen nichts, aber auch gar nichts übrig geblieben ist. An dieser Stelle habe ich es mit dem Bourgeoisschen Aufsatz nur insoweit zu tun, als er sich gegen Aulard und gegen dessen Unterfangen richtet, der Welt die deutsche Dokumentensammlung im französischen Gewande vorzulegen.

Selbstverständlich hat ein so kluger Gelehrter wie Aulard, der zugleich ein gewiegter Politiker ist, den Sturm, den gerade sein Editionsgefährte Emile Bourgeois gegen ihn entfesselt hat, vorausgesehen und ihm nach Möglichkeit vorzubeugen gesucht, eben indem er der Publikation bei der Übertragung ins Französische möglichst den deutschen Charakter abstreifte und ihr durch Angleichung an die Editionsprinzipien des von ihm und Bourgeois gemeinsam bearbeiteten Dokumentenwerks über den Krieg von 1870/71 ein halbwegs französisches Gepräge verlieh. Wir deutschen Herausgeber haben für die Rücksichtnahme, die Aulard auf die französische Mentalität im allgemeinen und vielleicht auf die seines Spezialkollegen Bourgeois im besonderen nehmen zu müssen glaubte, Verständnis. Wir begreifen, daß er Anstand nahm, sich bei den Vorarbeiten zu der Übertragung an uns zu wenden, und daß er, etwa bei der Zusammensetzung der von uns aufgeteilten und in verschiedenen Kapiteln zum Abdruck gebrachten Schriftstücke, lieber einen möglichen Fehler in Kauf nahm, als uns angehen wollte. Wir nehmen ihm auch in keiner Weise übel, daß er unsere Namen als Herausgeber aus dem Titelblatt entfernte. Wir haben, wie Albrecht Mendelssohn Bartholdy einmal sehr hübsch gesagt hat, immer gewünscht, daß unsere Namen vor dem Werke selbst ganz in den Hintergrund treten möchten, und wir könnten also Aulard nur dankbar sein, wenn er dazu beizutragen sucht. Wenn Aulard freilich den bisherigen Untertitel unserer Publikation: „Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes herausgegeben von ...“ in der französischen Ausgabe durch die Worte ersetzt: „Documents officiels publiés par le Ministère allemand des Affaires Etrangères“, und wenn er so eine Angleichung an den parallelen Untertitel der französischen Publikation über die Vorgeschichte des Krieges von 1870/71 vornimmt, so läuft das auf eine Entstellung des Tatbestandes hinaus. Die französische Publikation ist ja wirklich von dem Quai d'Orsay herausgegeben, der sich auch die Drucklegung und ihre Finanzierung vorbehalten hat. Die deutsche Regierung aber hat, nachdem sie einmal den Auftrag an uns Herausgeber erteilt hatte, sich grundsätzlich jeder weiteren Ingerenz in die Ausführung des Auftrages enthalten, auch nicht etwa die Drucklegung nach Analogie

jener französischen Publikation in einer amtlichen Druckerei und auf Staatskosten bewerkstelligt, sondern sie der ganz selbständig dastehenden „Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte“ überlassen. Die Gründe, weshalb das Auswärtige Amt im Gegensatz zu dem französischen Ministerium sich so völlig zurückgehalten und alles der souveränen Initiative und Selbstverantwortung der Herausgeber und des Verlegers anheimgestellt hat, liegen darin, daß nur so der Publikation der Charakter gänzlicher Unabhängigkeit und der Unberührtheit durch irgendwelche amtliche Rücksichten und damit einer Vertrauenswürdigkeit, die amtlichen Publikationen so leicht versagt wird, verliehen werden konnte. Wir wollen natürlich nicht entfernt behaupten, daß Aulard, indem er der deutschen Publikation in aller Form einen amtlichen Stempel, den sie gerade nicht trägt, aufprägte, das Vertrauen der Welt in sie vermindern wollte. Damit aber die Änderung des Titels nicht ohne und gegen Aulards Willen diesen Erfolg hat, so sind wir genötigt, gegen die Änderung Einspruch zu erheben.

Wir können uns ebensowenig mit der Veränderung unseres Haupttitels — statt „Die Große Politik der Europäischen Kabinette“ heißt es in der französischen Ausgabe „La Politique Extérieure de l'Allemagne“ — einverstanden erklären. Auch hier unterstellen wir Aulard nicht etwa die Absicht, die Bedeutung unserer Publikation zu vermindern und sie von ihrem europäischen Range auf einen lediglich deutschen zurückzuschrauben. Offenbar hat Aulard gleich Bourgeois aus dem von uns gewählten Titel die Absicht herauslesen zu müssen geglaubt, den Anschein zu erwecken, als ob unsere Sammlung bereits die ganze große Politik der europäischen Kabinette restlos enthülle. Vor einem solchen Verdacht aber hätten wir schon durch die Energie geschützt sein sollen, mit der wir immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen haben, daß der deutschen Publikation gleichwertige Veröffentlichungen der anderen europäischen Mächte, und gerade auch Frankreichs, folgen müßten. Unser vielleicht anspruchsvoll klingender, nicht aber anspruchsvoll gemeinter Titel entsprach insofern durchaus dem Gesamtinhalt unserer Sammlung, als die Mehrzahl unserer Dokumente aus Berichten der deutschen Vertreter bei den übrigen europäischen Mächten und Ländern besteht, die fast ausschließlich deren und nicht unsere Politik behandeln. Der Aulardsche Ersatztitel ist also irreführend. Auch insofern ist er falsch, als die deutsche Sammlung keineswegs die ganze auswärtige Politik Deutschlands begreift, sondern nur in dem Ausmaße, als sie mit der europäischen Bündnispolitik als der eigentlichen Wurzel des Krieges zusammenhängt.

So gern wir uns also auch mit der Absicht Aulards einverstanden erklären möchten, der deutschen Publikation einen recht bescheidenen und anspruchslosen Titel zu geben, so wenig können wir dem von ihm gewählten als einem nicht zutreffenden zustimmen.

Merkwürdigerweise hat Aulard über die Abänderung von Haupt- und Untertitel unserer Publikation in dem Vorwort zu der französischen Ausgabe kein Wort verloren, was den Eindruck verstärken muß, daß er sie selbst nicht zu vertreten wagt und hier nur einer Rücksichtnahme auf die französische Mentalität gefolgt ist. Ausführlich begründet er hingegen zwei weitere und allerdings wichtigere Abweichungen von der deutschen Ausgabe, nämlich einmal die chronologische Anordnung aller Schriftstücke anstatt der sachlichen und sodann die Fortlassung unseres gesamten Fußnotenapparats einschließlich aller darin enthaltenen Aktenauszüge. Was Aulard an Bedenken gegen unsere sachlich-systematische Einteilung in Kapitel vorbringt, können wir gelten lassen, ohne ihm entscheidende Bedeutung beizumessen. Wenn Aulard allerdings einen Vorteil der rein chronologischen Anordnung darin sieht, daß sie gewisse zeitliche Lücken unserer Dokumentenauswahl, zumal in dem ersten, die Nachwirkungen des Frankfurter Friedens behandelnden Bande bloßlege, so will das wenig bedeuten. Wir haben ja niemals den Anspruch erhoben, aus der nach dem Gesamtplan unserer Publikation summarischer angelegten Bismarckperiode von 1871 bis 1890 mehr als die wichtigsten Schriftstücke gebracht zu haben. Eine von mir jetzt vorgenommene sorgfältige Nachprüfung der Akten des Auswärtigen Amts aus den von uns nicht berücksichtigten Zeiträumen hat im übrigen nur bestätigt, daß in ihnen wichtigere, in den Rahmen unserer Publikation fallende Dokumente überhaupt nicht vorliegen. Mit jenem von Aulard gerühmten Vorteil der chronologischen Anordnung ist es mithin nichts.

Weitere Lücken in unserem ersten Bande hat Aulard, vorsichtiger als Bourgeois, der uns aus den Korrespondenzen von Thiers, Saint-Vallier und Gontaud der absichtlichen und tendenziösen Fortlassung einiger Dutzend dort erwähnter Dokumente überführen zu können glaubte, von denen jedoch nur einige wenige im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts vorhanden sind, — siehe meinen Nachweis im August-September-Heft der „Europäischen Gespräche“ — nicht zu behaupten gewagt. Um aber in den Augen seiner Landsleute nichts zu verabsäumen, weist er wenigstens noch sehr ausführlich auf eine größere Studie des als Verfasser einer mehrbändigen diplomatischen Geschichte Griechen-

lands bekannten Historikers Michel Lhéritier in der „Revue d'Histoire de la Guerre“ (April 1926) hin, der uns die vollständige Vernachlässigung der griechischen Angelegenheiten in der Bismarckzeit vorwerfen zu können glaubte. In der Tat haben wir die griechischen Angelegenheiten in dieser früheren Zeit nur wenig berücksichtigt, einfach deshalb, weil Bismarck in der griechischen Frage stets nur einen unbedeutenden Teilkomplex der großen orientalischen Frage gesehen und ihr darum geringe Aufmerksamkeit zugewandt hat. Immerhin habe ich, nachdem die Lhéritiersche Kritik noch durch Aulard unterstrichen worden ist, mich auch daran gemacht, die auf die Bismarckpolitik Bismarcks bezüglichen Dokumente des Auswärtigen Amts zwecks einer nachträglichen Veröffentlichung zusammenzustellen. Im gleichen Sinne werde ich verfahren, falls unserer Publikation noch weitere, scheinbare oder wirkliche Lücken nachgewiesen werden sollten. Wird dann endlich der törichte, bisher nur von französischer Seite erhobene Vorwurf absichtlicher und tendenziöser Auslassungen, den Aulard allerdings nur ganz leise andeutet, fallen gelassen werden?

Wie gesagt, sehen wir deutschen Herausgeber in der Ersetzung unserer systematisch-sachlichen Anordnung durch die chronologische, wenngleich wir die französische Leserwelt bedauern, die sich statt der „lecture captivante“ unserer Ausgabe durch die rudis indigestaque moles von annähernd 16 000 Dokumenten hindurchquälen muß, insofern einen wissenschaftlichen Vorteil, als nun die sachlich-systematische und die chronologische Anordnung nebeneinander benutzt und miteinander verglichen werden können. Zu bedauern bleibt nur, daß Aulard nicht diese Vergleichung durch die Hinzufügung der jeweiligen Nummern der deutschen Ausgabe erleichtert hat. Ein französischer Leser, der auf den deutschen Urtext zurückgreifen und vielleicht feststellen will, ob und welche in der französischen Ausgabe fortgefallenen erläuternden Fußnoten zu einem seine Aufmerksamkeit erregenden Dokumente hinzugefügt sind, muß jetzt, da bei uns die von Aulard dem Abdruck der Dokumente vorausgeschickte table chronologique fehlt, schon zu den synchronistischen Zusammenstellungen der Schriftstücke in dem Schwertfegerschen Kommentar greifen, um sich zurechtzufinden. Diese Mühe hätte Aulard den französischen Lesern wirklich ersparen können.

Daß die Veranstalter der französischen Übertragung den ganzen Fußnotenapparat der deutschen Ausgabe einschließlich aller darin enthaltenen Aktenauszüge unterdrückt haben, scheint uns schon durch die chronologische Aneinanderreihung der Schrift-

stücke bedingt zu sein. Denn durch die vorgenommene Umordnung der Dokumente wären die Fußnoten, deren ursprünglicher Platz meist durch das erstmalige Vorkommen des betreffenden Gegenstandes bedingt war, vielfach an eine unrichtige Stelle gerückt worden, so daß sich ein unschönes Durcheinander ergeben hätte. Statt dieses einleuchtenden Grundes, den das französische Vorwort nicht anführt, wird die Fortlassung der Fußnoten von Aulard einmal mit der mangelnden Berechtigung, das geistige Eigentum der deutschen Herausgeber zu übernehmen, motiviert, sodann aber mit der in den Fußnoten angeblich zutage tretenden deutschen Einstellung. „Le lecteur français n'a pas à être guidé par des tendances." Beide Gründe werden bezeichnenderweise nicht einmal von Emile Bourgeois als stichhaltig anerkannt. Bezüglich des ersteren richtet er an Aulard die Frage, ob man sich denn überhaupt um unsere Einwilligung zu dem Abdruck der Fußnoten bemüht habe. Herr Aulard wird mir erlauben, an seiner Stelle Herrn Bourgeois zu erwidern: nein, man hat nicht daran gedacht, uns um unsere Erlaubnis, die wir selbstverständlich auf das bereitwilligste erteilt haben würden, zu fragen. Auch das aus der deutschen Einstellung der Fußnoten abgeleitete Motiv will Bourgeois nicht gelten lassen: gerade zum Zweck der Erkenntnis dieser tendenziösen Einstellung, ereifert er sich, hätten die Fußnoten dem französischen Leser vorgelegt werden sollen. Wir wollen uns in diesen häuslichen Streit der beiden französischen Historiker nicht weiter einmischen, glauben freilich, daß, wenn Aulard wirklich unvorsichtig genug gewesen wäre, den ganzen deutschen Fußnotenkommentar abzudrucken, er sich den leidenschaftlichsten Angriffen weiter französischer Kreise ausgesetzt gesehen hätte. Ob nicht gerade Bourgeois selbst, der jetzt in dem Wunsche, die französische Ausgabe um jeden Preis zu diskreditieren, Aulard sogar die Fortlassung der deutschen Fußnoten zum Vorwurf macht, bei ihrem wirklichen Abdruck der erste gewesen sein würde, ihm daraus ein Verbrechen zu machen?

Man darf gespannt sein, zu welchem Ende der Streit der beiden französischen Historiker Bourgeois und Aulard um die Übersetzung unserer deutschen Publikation führen wird. Unsererseits werden wir uns hüten, dem Wunsche und der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die Durchführung der großen Aufgabe, die sich die Société de l'Histoire de la Guerre gestellt hat, ungehemmt und rasch vonstatten gehen möge; denn, wie die Mentalität weiter französischer Kreise nun einmal beschaffen ist, wäre das der sicherste Weg, um die Hindernisse noch zu häufen. In dem einen scheinen ja auch

Aulard und Bourgeois völlig einig zu sein, und hier kann ich es wagen, mich mit ihnen zusammenzugesellen: in der Erkenntnis und der Betonung der Notwendigkeit, daß, nachdem die deutsche Regierung ihre Dokumente zur Vorgeschichte des Weltkriegs in 40 Bänden und 54 Teilen vorgelegt hat, nachdem England und Italien entschlossen an eine großzügige Nachahmung des deutschen Beispiels gegangen sind, Frankreich unmöglich noch länger zurückbleiben kann. Es wäre ein Armutszeugnis sondergleichen, wollte sich Frankreich, wie es fast den Anschein hat, im Gegensatz zu England und Italien auf die Veröffentlichung der Dokumente zum Kriegsausbruch beschränken. Vom französischen Standpunkte aus mag es ja das Gegebene sein, zunächst einmal die nach 20 Jahren noch immer unvollendete Publikation über den Krieg von 1870/71 durchzuführen. Das kann nicht viel Zeit in Anspruch nehmen; denn, wie Bourgeois versichert, liegen die Manuskripte der noch ausstehenden Bände seit zehn Jahren druckfertig vor. Die Fortsetzung der französischen Ausgabe unserer deutschen Publikation braucht ebenfalls den Entschluß zu der endlichen Inangriffnahme der Veröffentlichung der französischen Vorkriegsakten nicht aufzuhalten. Zwar hat Bourgeois die Besorgnis ausgesprochen, daß diese französische Ausgabe Mittel beanspruchen könne, die besser eigenen französischen Publikationen vorbehalten blieben. Aber diese Besorgnis ist gegenstandslos, da inzwischen durch Emile Laloy bekannt geworden ist, daß der Société de l'Histoire de la Guerre die für die Übersetzung der deutschen Dokumente nötigen Mittel von holländischer Seite her zufließen. Auch uns würden, darin stimmen wir Bourgeois unbedingt zu, selbständige französische Publikationen weit wichtiger erscheinen als die Übersetzung der unseren. Möge also neben Herrn Aulard auch Herr Bourgeois fortfahren, mit allem Nachdruck für die rascheste Inangriffnahme und die rascheste Durchführung der großen französischen Vorkriegspublikation, die Frankreich sich selbst und der ganzen Welt schuldet, zu wirken. Nicht leichter kann Bourgeois den schweren Alpdruck loswerden, mit dem ihn die heute beherrschende Stellung der deutschen Aktenpublikation in der Kriegsschuldfrage und ihre Propagierung durch die französische Übersetzung erfüllt.

Eine beachtliche französische Stimme zur Kriegsschuldfrage.

Von Dr. K. Schwendemann.

Zu denjenigen Ländern, in denen die zahlreichen Veröffentlichungen von Dokumenten zur Kriegsschuldfrage die öffentliche Meinung am wenigsten in einem Sinne beeinflußt hat, der darauf hinausläuft, die Kriegsschuldfrage nicht mehr als eine Cause jugée im Sinne von Artikel 231 des Versailler Vertrags und der bekannten Mantelnote zu beurteilen, gehört zweifellos Frankreich. Wenn man von der kleinen und tapferen Gruppe derer absieht, die wie Demartial und Victor Marguerite den Kampf um die Kriegsschuldfrage mit einer bei der allgemeinen Abneigung dagegen um so bewundernswerteren Energie schon lange führen, so begegnet man innerhalb der öffentlichen Meinung Frankreichs, wie sie durch die Presse und die Zeitschriften verkörpert wird, eigentlich nur immer derselben unendlich variierten Auffassung von der alleinigen deutschen Kriegsschuld, der die Schuldlosigkeit Frankreichs gegenübergestellt wird. Welche politische Bedeutung dieser Tatsache zukommt und wie diese Auffassung und Haltung der französischen öffentlichen Meinung nicht nur in die deutsch-französischen Beziehungen, sondern auch in andere große weltpolitische Fragen wie etwa die der Abrüstung hineinspielt, gäbe eine interessante und nicht unwichtige Untersuchung, die sehr dazu geeignet wäre, die politische Bedeutung der Kriegsschuldfrage ins Licht zu setzen.

Eine solche Untersuchung würde unter anderem ergeben, daß eine objektive Klarstellung der Kriegsschuldfrage, die natürlich mit einer entsprechenden Aufklärung der öffentlichen Meinung in den wichtigsten der beteiligten Länder Hand in Hand gehen müßte, nicht nur in deutschem Interesse wäre, sondern daß gerade die politische Ideologie Frankreichs dadurch eine Korrektur und Beruhigung erfahren könnte, welche die Auffassung derer erleichtern würde, die die Politik von Locarno vertreten. Für heute soll jedoch nur darauf hingewiesen werden, daß es auch ernsthafte Franzosen gibt, die, außerhalb des genannten Kreises stehend, sich langsam zu der Überzeugung durchringen, daß die bisherige Haltung der öffentlichen Meinung ihres Landes in der Kriegsschuldfrage nicht mehr hingenommen werden könne. Ein interessantes Zeugnis dafür findet sich in Nr. 16 der „Revue de Paris“ vom 15. August d. J. Diese Zeitschrift ist irgendwelcher Links- oder pazifistischer Tendenzen keineswegs verdächtig, so wenig wie ihre größere, bekanntere und

ihr auch sonst wesensverwandte Schwester, die „Revue de Deux Mondes“. In der genannten Nummer veröffentlicht sie jedoch einen recht interessanten Aufsatz von Elie Halévy über die englischen Dokumente zum Kriegsausbruch aus Anlaß des Erscheinens der von Headlam-Morley besorgten Ausgabe von Band 11 dieser Dokumentsammlung. Halévy ist Professor an der Ecole Libre des sciences politiques in Paris und ein angesehener Gelehrter. Er zitiert eine ganze Anzahl der neu veröffentlichten englischen Dokumente, deren historische Bedeutung er kurz zu umreißen versucht. Für seine Einstellung ist der Satz bezeichnend: „Wir kennen die Wahrheit, wie sie von Berlin aus gesehen wurde, wir werden sie nun kennenlernen, wie man sie von London aus sah. Möge der Augenblick nahe sein, in dem unsere Regierung uns erlauben wird, die Wahrheit zu kennen, wie man sie von Paris aus sah.“

Halévy bemüht sich im übrigen einer lobenswerten Objektivität, wenn man ihm auch nicht in allen Punkten wird zustimmen können. Er charakterisiert die Lage nach dem Mord von Sarajewo folgendermaßen: „Dieser Mord versetzte die deutsche Regierung in eine tragische Lage. Die österreichische Regierung und das österreichische Volk wollten den Krieg mit Serbien, als einen Krieg der Rache und der Vernichtung. Denn nach dem ottomanischen Reiche war nun das österreichische mit dem Untergang bedroht. Das Nationalitätenprinzip, da es auf der Balkanhalbinsel soeben seine revolutionären Wirkungen ausgeübt hatte, wanderte donauaufwärts und erregte alle Slawen unter österreichisch-ungarischer Herrschaft. Entweder mußten sie sich erheben oder Österreich mußte Serbien, den Herd der slawischen Verschwörungen, vernichten. Österreich forderte deshalb von dem verbündeten Deutschland die Hilfe, die dieses ihm nach seiner Auffassung schuldete. Konnte die deutsche Regierung sie ihm verweigern, die Eventualität eines nicht nur zwischen Österreich und Serbien, sondern vielleicht auch zwischen Österreich und Rußland zu führenden Krieges ins Auge fassen und stiller Zuschauer dieses Dramas bleiben? Das würde geheißen haben, sich selbst zu einer höchst erniedrigenden Isolierung zu verurteilen. Und wer konnte wissen, ob es nicht das sicherste Mittel war, die Gefahr eines österreichisch-russischen Krieges zu bannen, indem man sich offen auf Österreichs Seite stellte und Rußland durch diese energische Haltung einschüchterte?“ Damit legt Halévy allerdings den Finger auf eine der Kernfragen des Problems.

Sehr richtig hebt Halévy ferner die Bedeutung der neuen englischen Dokumente für die Beurteilung des Besuchs Poincarés

in St. Petersburg hervor und zählt die Verhandlungsgegenstände auf, ohne allerdings daraus die Schlußfolgerungen zu ziehen, die man in durchaus negativem Sinne auf die von Poincaré selbst so stark betonten friedlichen Absichten seines Besuchs in St. Petersburg daraus ziehen kann und muß.

Besonders erfreulich ist jedoch der Schlußpassus von Halévys Aufsatz, der folgendermaßen lautet: „Ich möchte, daß diese ungenügenden und kurzen Bemerkungen meine Leser in den Stand setzen, das Bild, das sie sich ohne Zweifel allzuoft von der letzten Zeit vor dem Weltkriege machen, zu nuancieren. Man ist in Frankreich im allgemeinen geneigt, zu glauben, daß die deutsche Regierung die Initiative zu dem österreichischen Ultimatum an Serbien ergriffen habe und daß der österreichische Kaiser nur der furchtsame Vasall gewesen sei, der gelehrig die Befehle eines mächtigen Schutzherrn ausgeführt habe. In Wirklichkeit hat Österreich Deutschland gedrängt, ihm seine Unterstützung zu gewähren, um einen kühnen Schlag der Verzweiflung zu führen. Mit ihrer Zustimmung gab die Regierung in Berlin dem Gefühl der Solidarität mit ihren Stammesgenossen nach, die, wenn sie nicht handelten, von der slawischen Flut verschlungen zu werden drohten. Der deutsche Generalstab nahm diese herausfordernde Haltung mit Freude auf, nicht minder die aufgeregte öffentliche Meinung, aber keineswegs der Kaiser und seine hauptsächlichsten nichtmilitärischen Ratgeber, erschreckt durch den Gedanken der Verantwortlichkeit, in die sie hineingezogen wurden. Im übrigen mußten die Deutschen, nachdem die Partie einmal begonnen war, innerhalb der österreichisch-deutschen Koalition den ihrer Größe entsprechenden Platz einnehmen. Der Krieg wurde von den Angehörigen der gesamten germanischen Rasse geführt, um ihre Herrschaft über die Slawen von Mittel- und Südeuropa zu sichern. Es war, nachdem das Problem einmal so gestellt war, unvermeidlich, daß zuerst Rußland eingriff, dann Frankreich und dann England.

Richtig, antworten die deutschen Historiker, und zwar deswegen, weil Frankreich der Verbündete Rußlands und weil England, wenn auch in weniger klarer Weise, der diplomatische und militärische Verbündete Frankreichs und Rußlands war, weil eben die Tripleentente uns einkreiste. Zugegeben, antworten wir wieder, aber man muß sich über den Sinn der Worte, die man anwendet, verständigen. Meint ihr, wenn ihr von Einkreisung sprecht, einen machiavellistischen Plan, der von einigen Großmächten ausgeheckt wurde, um eine schwache Macht, ein neues Polen zu verstümmeln, oder meint ihr vielmehr eine Liga, die sich durch die Macht der

Umstände und trotz vielerlei Interessengegensätze gegen eine Macht zusammenfand, deren Kraft jedermann zu stören begann? Auf diese Frage haben die Kriegsereignisse die Antwort gegeben. Um die deutsche Gefahr zu beseitigen, genügte die Tripleentente, selbst nach ihrer Verstärkung durch Italien, Japan und zahlreiche kleinere Nationen, nicht. Um die Wagschale der Entscheidung auf die Seite der Alliierten sinken zu lassen, mußten schließlich die Vereinigten Staaten eingreifen. Sie hatten doch bestimmt nicht seit langem und vorsätzlich die Einkreisung Deutschlands vorbereitet."

Diese Äußerungen Halévys sind doch recht bemerkenswert. Sie widersprechen der höchst simplistischen Auffassung der Kriegsschuldfrage, wie sie in der öffentlichen Meinung Frankreichs besteht, und versuchen das Problem in seiner historischen und politischen Verknüpfung zu entwickeln. Besonders beachtlich ist sodann der Schlußpassus, in dem Halévy doch ganz offen zugibt, daß die Tripleentente eine Mächtekombination gewesen ist, um die Machtstellung Deutschlands einzuschränken und seinen Einfluß zurückzudämmen, daß sie gegen „die deutsche Gefahr" gerichtet war. Das haben wir ja schon immer behauptet, wenn wir betonen, daß die Tripleentente gegen unsere Fortentwicklung gerichtet gewesen sei. Was die anderen „deutsche Gefahr" nannten, war die Weltgeltung, die wir uns durch Volkszahl, Wirtschaftskraft, militärische Stärke und anderes seit der Reichsgründung, wie niemand leugnen kann, auf friedlichem Wege errungen hatten. Wenn andere diese Entwicklung als eine Gefahr ansahen, der sie durch ein Bündnissystem und eventuell durch einen Krieg entgegentreten wollten, so waren wir doch wohl berechtigt, uns bedroht und eingekreist zu fühlen.

MONATSBERICHT.

AMERIKA.

Edmund von Mach †.

„Kölnische Zeitung", 29. Juli 1927, Nr. 515.

Das Blatt widmet Mach als einem der wertvollsten Stützen des Deutschtums in Amerika einen längeren Nachruf.

★

BELGIEN.

Une enquête mixte sur la légende des francs-tireurs.

„La Nation Belge", 20. August 1927.

Die Agence Belge veröffentlicht am 19. August 1927 folgende offizielle Auslassung, die im Wortlaut mit der deutschen offiziellen Mitteilung identisch ist:

„A la suite de la publication récente des travaux de la Commission d'enquête au Reichstag au sujet de certains faits de guerre de 1914, le gouvernement belge a présenté à la Chambre des Représentants trois rapports: sur la neutralité belge, sur la guerre des francs-tireurs en Belgique et sur les déportations d'ouvriers.

Deux de ces rapports ont déjà été publiés et officiellement portés à la connaissance des autres gouvernements, parmi lesquels le gouvernement allemand.

Le troisième rapport, relatif aux déportations d'ouvriers, sera publié incessamment.

Dans son rapport, en réponse aux accusations portées contre la Belgique au sujet de la guerre des francs-tireurs, le gouvernement belge a rappelé que la Belgique avait demandé une enquête à ce sujet au cours de la guerre et qu'elle n'avait aucune objection à ce que pareille enquête, même tardive, ait lieu.

Le gouvernement belge, en remettant le rapport, a attiré l'attention du gouvernement allemand sur ce passage. A la suite de cette communication, le gouvernement allemand vient de faire savoir au gouvernement belge qu'il apprécie la déclaration belge et qu'il accepte d'entrer immédiatement en pourparlers au sujet de l'institution d'une commission d'enquête impartiale.

M. Vandervelde a donné acte à M. von Keller de cette communication en ajoutant qu'il en informera incessamment ses collègues du gouvernement belge, dont plusieurs sont en congé."

Rapport über die belgischen Deportationen.

Am 20. August 1927 hat die belgische Regierung der belgischen Kammer einen Rapport über die belgischen Deportationen nach Deutschland während des Krieges zugestellt. Der Rapport soll eine Antwort auf die Feststellungen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Reichstages über das gleiche Thema darstellen. Der Rapport umfaßt 75 Seiten.

DEUTSCHLAND.

Einsetzung eines deutsch-belgischen Schiedsgerichts.

Am 20. August 1927 wird von deutscher Seite amtlich bekanntgegeben:

Die letzten Veröffentlichungen des Untersuchungsausschusses des Reichstags über gewisse Ereignisse des Weltkriegs haben die belgische Regierung veranlaßt, der belgischen Kammer drei Memoranden über die Frage der Neutralität, des Franktireurkriegs in Belgien und der Arbeiterdeportationen vorzulegen. Zwei von diesen Memoranden sind bereits veröffentlicht und den anderen Regierungen, darunter auch der deutschen Regierung, zur Kenntnis gebracht worden. Das dritte Memorandum über die Arbeiterdeportationen wird demnächst veröffentlicht werden.

In ihrem Memorandum über die wegen des Franktireurkriegs gegen Belgien erhobenen Vorwürfe hat die belgische Regierung daran erinnert, daß Belgien im Laufe des Krieges eine Enquete verlangt und daß es gegen eine solche, wenn auch verspätete Enquete nichts einzuwenden habe. Die belgische Regierung hat bei Übersendung der Denkschrift die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf diesen Passus gelenkt.

Die deutsche Regierung hat daraufhin der belgischen Regierung mitteilen lassen, daß sie die belgische Erklärung begrüße und damit einverstanden sei, alsbald in Verhandlungen über die Einsetzung einer unparteiischen Untersuchungskommission einzutreten. Herr Vandervelde hat Herrn von Keller diese Mitteilung bestätigt und hinzugefügt, daß er davon seine Kollegen in der belgischen Regierung, von denen mehrere auf Urlaub seien, alsbald verständigen werde.

Das Echo in der deutschen Presse:

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt (20. 8. 1927, Nr. 387):

„Diese Mitteilung, die zu gleicher Zeit gleichlautend in den belgischen Blättern erscheinen dürfte, ist von außerordentlicher politischer Bedeutung. Zum ersten Male erklärt sich eine frühere Ententemacht bereit, gemeinsam mit Deutschland Dinge zu untersuchen, die bisher bei den Mächten von Versailles als abgeschlossen, als res judicata im Sinne einer bewiesenen deutschen Schuld, galten. Die Initiative zu diesem Schritt ist, wie sich aus dem Kommuniqué ergibt, von belgischer Seite ausgegangen. Die deutsche Regierung hat diesen Vorschlag um so mehr begrüßt, als er einer alten deutschen Forderung entspricht. Man wird erwarten dürfen, daß die Untersuchung, die sich zunächst freilich nur auf den Franktireurkrieg bezieht, wirklich unparteiisch und gründlich geführt wird. In welcher Form sie erfolgen wird, wer der Kommission angehören wird, insbesondere ob

neben deutschen und belgischen auch neutrale Mitglieder in ihr tätig sein werden, wird erst in weiteren Verhandlungen festgesetzt werden.

Der belgische Außenminister Vandervelde hat mit diesem Entschluß vor seinem Lande und vor den anderen früheren Ententemächten den Mut eines wahren Friedensfreundes bewiesen. Gewiß ist die Untersuchung über diese Einzelfrage nur ein Anfang, aber der Weg, der damit beschritten wird, ist in der Tat der einzige, der zu einer wahren Friedensgesinnung zwischen den Völkern führen kann. Durch Reden, die nur die Kriegslügen über die Vergangenheit wiederholen, kann dieses Ziel nicht erreicht werden. Wir sind gespannt auf das Echo, das die Aktion Vanderveldes in Belgien und bei seinen ehemaligen Alliierten findet."

Die „Berliner Börsenzeitung" sagt (20. August 1927, Nr. 387):

„Die Erörterung des Gegenstandes „Schuld im Kriege", der erst jüngst wieder von Poincaré in der Orchies-Angelegenheit in so gehässiger und verleumderischer Form in den Vordergrund gestellt wurde, dürfte, wenn die Arbeiten der Kommission in befriedigender, einwandfreier Weise vor sich gehen, in ein neues Stadium gerückt werden. Die Bedeutung der Angelegenheit wird klar, wenn man bedenkt, wie sehr nach dem Kriege die Verpestung der Weltatmosphäre mit Lügen über die deutsche Kriegführung zuungunsten der allgemeinen politischen, moralischen und wirtschaftlichen Stellung Deutschlands sich ausgewirkt hat."

Der „Vorwärts" sagt (20. August 1927, Nr. 397):

„Unparteiische Untersuchung, an der die beteiligten Parteien mitwirken, ist gewiß der beste Weg, die Beschuldigungen zu klären, die in der Überhitzung des Krieges erhoben und verbreitet, aber auch in das Friedensdiktat — als seine wesentliche Stütze und Begründung — hineingeschrieben worden sind. Es ist ein großes Verdienst des Sozialisten Vandervelde, diesen Weg eröffnet zu haben."

Wozu der Lärm? von Oberst a. D. Bernhard Schwertfeger.

„Hannoverscher Kurier", 12. August 1927, Nr. 373.

Schwertfeger wendet sich gegen die von dem belgischen Kriegsminister in seinen letzten Noten an die deutsche Regierung beobachtete Verquickung der Frage der Verletzung der belgischen Neutralität mit den aktuellen Fragen der deutschen Reichswehrpolitik. Mit den von Professor Dr. Bredt in seinem Gutachten für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß aufgestellten Behauptungen über Belgien ist Schwertfeger nicht in allen Punkten einverstanden. „Die Bemerkungen von Bredt", schreibt Schwertfeger, „entsprechen nicht dem Stande der heutigen Forschung". Schwertfeger führt dann weiter aus:

„Gerade in der belgischen Frage ist es verantwortungsvollste Pflicht, in Wort und Schrift nur auf Grund der genauesten Kenntnis des einschlägigen Materials zu urteilen. Unser deutscher Kampf in der Frage der Schuld am Kriege wird durch jede Behauptung, die

nicht völlig hieb- und stichfest ist, schwer gefährdet. Es wäre daher ein Ziel von hervorragendster Bedeutung, wenn eine völlig unparteiische Kommission baldigst zusammenträte, um die noch strittigen Punkte in der belgischen Frage endlich ihrer so notwendigen völligen Klärung entgegenzuführen. Diese ganze Angelegenheit ist aber auch viel zu ernst, als daß sie zu taktischen Ablenkungsmanövern benutzt werden dürfte, wenn außenpolitische Gegensätze auf ganz anderem Gebiete ausgetragen werden. Man kann sich des beklemmenden Eindrucks nicht erwehren, daß die nach jeder Richtung hin unberechtigten Vorwürfe Broquevilles wegen unseres deutschen Reichsheeres durch die plötzliche Erörterung der Vorgänge von und bei Kriegsausbruch 1914 haben entlastet werden sollen.

Ein friedliches Nebeneinanderleben Belgiens und Deutschlands wird erst möglich sein, wenn die volle Wahrheit gefunden ist, wenn man in beiden Ländern erkannt haben wird, wieviel an den beklagenswerten Vorkommnissen von 1914 aus den hier in Betracht kommenden Verhältnissen fast zwangsläufig erwachsen ist. Belgien wurde — und diese Formulierung hat Professor Meurer zu Recht aus meiner Arbeit über den belgischen Franktireurkrieg von 1914 entnommen — zum Opfer seiner Lage auf dem strategischen Schachbrett Europas, nicht aber zum Opfer der deutschen Grausamkeit."

Neues über Orchies. Bericht eines Augenzeugen der Vorfälle von Orchies, Angehöriger eines französischen Truppenteils, jetziger Staatsangehöriger der Tschechoslowakei.

„Der Grenzbote", Heidenheim a. d. Brenz, 2. August 1927, Nr. 177.

Wir geben nachstehend den Bericht im Wortlaut wieder:

„Ich, Kleinfranz, geboren am 25. März 1889 in Prag, arbeitete vor dem Krieg in der Liller Textilindustrie, bin als Freiwilliger am 1. September 1914 nach Paris eingerückt und wurde der Munitionskolonne I/54 zugeteilt. Am 15. September 1914 kam ich als Sergeant zum Infanterieregiment Nr. 20 in Cognac und am 17. September mit 150 Mann nach Orchies, um die Bahnlinie Orchies—Somain zu besetzen. Am 20. September trafen wir dort ein. Ich kam zu dem Bauern Jaques Trochon. Der Feind (die deutschen Truppen. Anm. d. Schr.) befand sich in der Gegend von Valenciennes. Wir hatten jeden zweiten Tag Dienst. Orchies ist eine ziemlich große, schön gelegene Ortschaft. Ihr Bürgermeister hieß Targue Franzis, der erste Lehrer Dubois, der Geistliche und Krankenpfleger für den Bezirk Ducrognet aus Flines les Reches. Am 22. September hat Trochon im Wirtshaus von Orchies abfällige Äußerungen gegen die deutschen Sanitäter (deutsche Sanitätskolonnen waren schon mehrfach in Orchies gewesen. D. Schr.) vor den Einwohnern gemacht und die Leute so gehetzt, daß sie

geschworen haben, wenn nicht das Kommando eingreifen würde, sie selbst es täten. Die Sanitätskolonne soll — nach Trochons Aussage — Munition (!) holen. Am 23. September, vormittags um 9,10 Uhr, traf eine deutsche Sanitätskolonne aus Valenciennes vor Orchies ein.

Die Bauern stellten eine eigene Wache und Beobachtungsposten auf. Fast ¾ der männlichen Einwohner wurde mit Waffen versehen. Ich selbst war nicht weit von der Eisenbahnkreuzung von Somain mit der Hauptstrecke Valenciennes postiert. Die deutschen Sanitätsautos sind 200 Meter vom Bahndamm entfernt stehen geblieben. Den ersten Schuß gegen die Rote-Kreuz-Kolonne der Deutschen hat der Bauer Montier abgegeben, gleich nach ihm schossen auch andere Bauern. Die Bauern wurden von mir und meinem Kommandanten, Major Peret, aufmerksam gemacht, daß sie kein Recht und keine Veranlassung zum Schießen haben, aber umsonst. In Orchies wurde mit Glocken alarmiert und die ganze männliche Einwohnerschaft ist gegen die deutsche Kolonne ausgerückt, welche sehr schwache Bedeckung hatte. In dem Moment, als die Bauern unter Führung von Trochon vorgingen, sind auch Soldaten ohne Befehl mitgelaufen und haben ebenfalls feste geschossen. Es war ein ungeheurer Tumult. Die Deutschen verteidigten sich sehr schwach. Etliche Autos (4—5) sind wieder zurückgefahren. Ein deutscher Offizier und 10—15 Mann sind jedoch gefangen genommen worden. Die Gefangenen wurden im Gemeindearrest eingesperrt.

Am 24. September wurde ein deutscher Angriff zurückgewiesen und gegen 20 Deutsche gefangen genommen, die ebenfalls in Gemeindearrest kamen. Nachmittags sollten alle Gefangenen nach Lille abtransportiert werden. Ich bin am selben Nachmittag in mein Quartier gegangen, traf aber Trochon nicht zu Hause an. Seine Frau erklärte mir, daß die Deutschen nicht abtransportiert würden. Auf meine Frage, was dann mit ihnen geschehen solle, sagte sie: „Kurzer Prozeß!“ Ich lief nach meinem Kommandanten und sah eine große aufgeregte Menge vor dem Gemeindearrestlokal, darunter Trochon und etliche Soldaten. Es wurde mit Wut geschrien: „Nieder mit den deutschen Hunden!“ und anderes. Ich ging weiter, den Kommandanten zu suchen, traf ihn jedoch nicht, sondern nur den Leutnant Lafone, dem ich alles erzählte, aber er sagte mir, daß er nichts machen könne, nur der Kommandant sei dazu in der Lage. Beim Nachhausegehen gewahrte ich einen schrecklichen Anblick. 16 bis 18 Deutsche waren totgeschlagen, von keinen Verbrechern, sondern von französischen Bauern und ihren Frauen, welch letztere mit Scheren und Stichnadeln auf die schon Verletzten einschlugen. Unter der Menge war Trochon selbst zugegen und hat nichts getan, um einzugreifen, obwohl er Einfluß genug gehabt hätte, es zu tun. Denselben Abend sind fast alle Einwohner mit dem Bürgermeister davongelaufen.

Am 25. September traf der Geistliche und Krankenpfleger Jacques Caudon aus Lille ein. Er hat alles mit eigenen Augen gesehen und weiß, wer die Schuldigen von Orchies sind, hat aber (begreiflicherweise, da sein Bericht zugunsten der Deutschen ausfallen mußte. D. Schr.) den französischen Behörden keinen Bericht erstattet. Durch den Angriff der Deutschen am 25. September sind wir zurückgeschlagen worden.

Vorstehende Aussagen bescheinige ich als der Wahrheit entsprechend durch meine eigenhändige Unterschrift.“

Kleinfranz.

Die „Süddeutschen Monatshefte" zur Kriegsschuldfrage.

Auch im letzten Jahre haben die „Süddeutschen Monatshefte" häufig in den Kampf um die Wahrheit in der Kriegsschuldfrage eingegriffen.

Von den Aufsätzen, die unser Wissen bereichert haben, ist der Artikel von Hans Arnoldi „Im Kriegsfalle" im Januarheft 1927 zu erwähnen. Arnoldi lenkt die Aufmerksamkeit auf einen im Mai 1912 in der in England weitverbreiteten Zeitschrift „The London Magazine" erschienenen Artikel von Hilaire Belloc „Im Kriegsfalle". Der Verfasser bespricht dort aus Anlaß der politischen Spannung zwischen Deutschland und Frankreich in der Marokko-Angelegenheit von 1911 den voraussichtlichen Verlauf eines Krieges und die Stellungnahme Englands zu einem solchen. Belloc kommt zu dem Resultat, daß Belgien als Hauptkriegsschauplatz in Frage kommt. Es heißt u. a.: „Wie dem auch sei, es kann für ausgemacht gelten, daß Deutschland im Kriegsfall sein gegebenes Wort und seine Verträge geringschätzen und in Belgien einfallen würde, um die französischen Festungslinien zu umgehen. Ich habe bereits gesagt, daß für den ganzen politischen Plan Deutschlands ein unmittelbarer Erfolg bei Beginn des Krieges nötig sei, eine Verzögerung aber verhängnisvoll wäre." Weiterhin bespricht der Verfasser ganz offen die Notwendigkeit für England, im Kriegsfalle ein Kontingent nach Belgien zu senden: „Ein englisches Kontingent nach Belgien zu senden, hätte aber nicht den geringsten Zweck, wenn nicht während der ganzen Dauer der Operationen die Seeverbindungswege vollständig gesichert wären."

Das Juniheft 1926 enthält die Worte, die Georg Karo am Grabe Benno von Sieberts, des verdienstvollen Mitkämpfers in der Kriegsschuldfrage, gesprochen hat. Im Juliheft 1926 sind einige der wichtigeren französischen Bücher zur Kriegsschuldfrage ausführlicher besprochen. Im Januarheft 1927 ist das von der Zentralstelle zur Erforschung der Kriegsursachen neu herausgegebene vollständige französische Gelbbuch von 1914 von Graf Otto Stolberg einer eingehenden Würdigung unterzogen. Auch auf amerikanische Neuerscheinungen haben die „Süddeutschen Monatshefte" mehrfach hingewiesen. So ist z. B. ein Aufsatz der Freifrau von Bissing im Aprilheft 1926 zu erwähnen, in dem auf die große Bedeutung der Memoiren des Senators Lodge, des Gegners Wilsons, hingewiesen ist. Im Juliheft 1926 sind die intimen Papiere des Obersten House von dem Berliner Historiker Dietrich Schäfer unter der Überschrift „Eine amerikanische Geschichtsklitterung" scharf kritisiert worden. Das Maiheft 1927 endlich enthält eine kurze Betrachtung über den

amerikanischen Botschafter in London während der Kriegszeit, Walter Page.

Unbekannte Friedensaktionen aus dem Jahre 1915. Von Victor Augustin Wroblewski.

„Deutsche Tageszeitung", 19. Juni 1927, Nr. 284.

Der Aufsatz wirft erstmalig einiges Licht auf die Versuche, schon zu Beginn des Jahres 1915 Friedensverhandlungen anzuknüpfen. Besonderes Interesse beansprucht der im Wortlaut wiedergegebene Bericht des dänischen Etatsrats Andersen, der im Auftrage des Königs von Dänemark im März 1915 mit dem Deutschen Kaiser und dem Reichskanzler Bethmann Hollweg verhandelte. In dem Bericht heißt es u. a.: „Es war klar, daß der Kanzler nach wie vor der unerschütterlichen Überzeugung ist, Deutschland sei durch die Notwendigkeit der Selbstverteidigung in den Krieg hineingezogen worden. Er betonte, daß Deutschland ohne jede Absicht, seine Grenzen zu erweitern, in den Krieg eingetreten sei, es habe nur die Sicherung eines dauerhaften Friedens und die ruhige Entwicklung seines Welthandels im Auge gehabt."

Neben der Mission Andersens erwähnt Wroblewski einen Brief des schwedischen Königs an den Zaren und die von seiten der Mittelmächte ausgegangene Vermittlungsaktion des russischen Hoffräuleins Wassiltschikowa.

Erfolglose Friedensfühler im Weltkrieg. Von Dr. J. Lewin.

„Ost-Europa", Heft 8/9, 1927.

Lewin veröffentlicht in seinem Aufsatz außer dem vorstehend erwähnten Bericht des Etatsrats Andersen auch den Wortlaut des Briefes vom schwedischen König an den Zaren und schließt aus der Tatsache, daß weder beim Bericht Andersens noch beim Briefe König Gustafs Antwortschreiben des Zaren gefunden worden sind, daß beide Anregungen in Petersburg unberücksichtigt geblieben sind. Ferner enthält der Aufsatz den Wortlaut der Briefe der Wassiltschikowa an den Zaren.

König Eduard als Kollege.

„Vossische Zeitung", 3. August 1927, Nr. 363.

Im „Daily Telegraph" werden Auszüge aus dem demnächst erscheinenden zweiten Bande der Biographie Eduards VII., die der

vor einigen Monaten verstorbene Sir Sidney Lee noch beenden konnte, veröffentlicht. Lee berichtet, daß es der englische König war, der nach der Ermordung des serbischen Königspaares im Jahre 1903 auf den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit diesem Lande bestand. Alle Bemühungen, den König zur Wiederaufnahme der Beziehungen zu veranlassen, waren vergeblich. Endlich werden der russische und italienische Botschafter in London von ihren Regierungen zu einer Kollektivdemarche beim König in Windsor beauftragt.

„Der König hielt den beiden Diplomaten eine improvisierte Rede, in der er zuerst auseinandersetzte, daß die öffentliche Meinung Englands zu stark schockiert sei, als daß an eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen vorläufig zu denken sei. Dann fuhr der König fort: Zwischen König Alexander und ihm habe ein gewisses Band der Kollegialität bestanden. Sie hätten beide den Beruf, König zu sein, sie gehörten beide, so habe der König sich ausgedrückt, dieser „Handwerksgilde" an. Man könne als Mitglied einer Gilde aber nicht gleichgültig dagegen sein, wenn irgendwo ein anderes Mitglied derselben Gilde ermordet werde.

Edward setzte hinzu: „Wir müßten unseren Laden schließen, wenn wir, die Könige, gleichgültig sein würden gegen die Ermordung anderer Könige." Erst nach drei Jahren, als die Offiziere, die an der Ermordung von König Alexander beteiligt waren, pensioniert worden waren, stellte England die diplomatischen Beziehungen wieder her."

Die deutsche Kriegsschuld.

„Der Volksstaat", Dresden, Organ der Alten Sozialdemokratischen Partei, 1927, Nr. 171, 177 und 185.

In drei großen Aufsätzen wird das Problem der deutschen Kriegsschuld behandelt unter besonderer Berücksichtigung der „Großen Politik der Europäischen Kabinette". Der Verfasser kommt auf Grund der deutschen Akten zu dem Ergebnis, daß sich „kein Anhaltspunkt für vorhandenen deutschen Kriegswillen" ergebe. „Eine zum Kriege drängende deutsche Böswilligkeit hat es nicht gegeben; infolgedessen kann Deutschland nicht, wie es durch das Versailler Diktat geschehen ist, bestraft und zur Sühne und Verantwortung herangezogen werden. Soweit sich das Versailler Diktat auf moralische Erwägungen zu stützen suchte, hat es den Boden verloren."

Der Kampf um Albanien. Ein italienisches Eingeständnis der Kriegsschuldlüge.

„Kölnische Zeitung", 27. August 1927, Nr. 573a.

In einem Aufsatz des römischen Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung" über den schwebenden italienisch-jugoslawischen Konflikt um Albanien heißt es:

Gegenwärtig sind zwei der bekanntesten italienischen Journalisten, Zingarelli, der bisherige Chefredakteur des „Corriere della Sera", und Polverelli, der der fascistischen Regierung sehr nahe steht, in Mazedonien und Albanien unterwegs. Der erste schildert die fürchterliche Behandlung, die die Mazedonier unter der serbischen Herrschaft erleiden, die ihnen sogar den Namen „Mazedonien" genommen und es „Südserbien" umgetauft haben. Der zweite versteigt sich zu der Behauptung, daß der serbische Militarismus den scheußlichen Mord von Sarajewo angezettelt, Rußland zur Mobilmachung getrieben und damit das Unheil des Weltkriegs angerichtet habe, und bestätigt damit zum erstenmal aus italienischer Feder in vollem Maße die deutsche These über die Kriegsschuldlüge.

Selbstmordversuch des Prinzen Georg von Südslawien?

„Berliner Tageblatt", 25. August 1927, Nr. 400.

Wie das „Berliner Tageblatt" aus Belgrad berichtet, hat Prinz Georg, der Bruder des Königs Alexander von Jugoslawien, einen Selbstmordversuch verübt. —

Prinz Georg hatte nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeiger" vom 29. Juni 1914 bei seiner Anwesenheit in London, einige Zeit vor Ausbruch des Krieges, merkwürdige Andeutungen über ein bevorstehendes Attentat auf den österreichischen Thronfolger gemacht. Im Jahre 1925 wurde er für geisteskrank erklärt und auf der Staatsdomäne Belje interniert.

Das Sarajewoer Attentat und der Salonikier Prozeß. Von Professor Dr. Hans Übersberger, Wien.

„Kreuzzeitung, 24. August 1927, Nr. 396.

Professor Übersberger widmet dem neuen Buche von Dr. Boghitschewitsch: „Le Procès de Salonique" eine umfangreiche Besprechung. Er schreibt über die Bedeutung des Prozesses von Saloniki für die Kriegsschuldfrage:

„Der eigentliche Urheber und Leiter des Sarajewoer Attentats war der Chef des Evidenzbüros des serbischen Generalstabs, Generalstabsoberst Dragutin Dimitrijewitsch, genannt Apis. Er ist der eigentliche Schöpfer der südslawischen Einheit, wenn er auch sein Werk nicht mehr sah, denn er wurde am 26. Juli 1917, 4 Uhr 27 Minuten morgens, in Saloniki hingerichtet. Der Prozeß ist unter dem Namen des Salonikier Prozesses bekannt, und seine Protokolle sind seltsamerweise 1918 unter dem Titel „Eine geheime revolutionäre Organisation" in serbischer Sprache in Saloniki gedruckt worden. Allerdings ist sich die Regierung Paschitsch bald dieses Fehlers bewußt geworden, als man sich im Auslande mit dem Prozeß zu beschäftigen begann, und sie hat alle irgendwie erreichbaren Exemplare beseitigt. Das ziemlich umfangreiche Buch ist aber eine wahre Fundgrube für jeden, der die Moral und die Kultur des Vorkriegsserbien kennenlernen will. Auch gibt es keine glänzendere Rechtfertigung für die Politik des Ballplatzes Serbien gegenüber von der Annexionskrise bis zum Weltkrieg als die Protokolle dieses Prozesses."

Eine italienische Stimme.

„Deutsche Allgemeine Zeitung", 1. September 1927, Nr. 408.

Das große Werk von Alberto Lumbroso über die Ursachen des Weltkrieges ist von der italienischen Tagespresse nicht sehr beachtet worden, hingegen ist es bei den militärischen Kreisen starkem Interesse begegnet.

Die „Rivista Militare Italiana", die offizielle Zeitschrift des Großen Generalstabes, die unter den Auspizien und nach den Richtlinien Mussolinis gegründet worden ist, schreibt, „daß das Studium des weitschichtigen Materials zu nützlichen Überlegungen die Handhabe biete, um den Krieg als eingeborenes Lebensphänomen der Völker von den gefühlsmäßigen und unmittelbaren Oberflächlichkeiten zu befreien, die ihn mit den Schleiern der Legende und dem Nebel abstrakter Ideologien verdunkeln und entstellen". Bezeichnenderweise findet Lumbroso auch bei den andern Militärschriftstellern anerkennende Zustimmung, und zwar bei General Baldini, dem Herausgeber der von Mussolini gegründeten Zeitschrift „Esercito e Nazione", bei Oberst Herzog Petra di Cacuri, der in der jetzt im 66. Jahrgang erscheinenden „Rivista d'Artigleria" referiert, und beim Kommandanten Guido Po im „Bolletino" der historischen Abteilung des Großen Generalstabs.

„Die militärischen Kreise sind in Italien immer die objektivsten", sagt das „Giornale di Genova" im Hinblick auf diese ihre Stellung-

nahme. Es ist nicht das erstemal, kann der unbeteiligte Zuschauer hinzufügen, daß das Offizierkorps mit seinen Anschauungen und seiner Gesinnung zur öffentlichen Meinung des Landes im Gegensatz gestanden hat. Man denke nur an den Kriegsausbruch, wo die Kriegstreiber überall, nur nicht im Heer zu finden waren. Das italienische Offizierkorps war von jeher durch seine politische Zurückhaltung ausgezeichnet. Wenn sein objektives und besonnenes Urteil mehr als bisher auf die Volksstimmung Einfluß ausüben würde, so wäre das sicher ein Vorteil für das Land.

*

FRANKREICH.

Nachklänge zu Orchies.

Si on veut la paix. Von Léon Bailby.

„L'Intrasigeant", 27. Juli 1927.

Bailby, der Chefredakteur des „Intrasigeant", schreibt im Zusammenhang mit der Debatte, die sich anläßlich der Orchies-Rede Poincarés zwischen Deutschland und Frankreich entsponnen hatte, daß die Franzosen bereit gewesen seien, an ein gutes Deutschland zu glauben, das abrüste und die Versöhnung im Vergessen suche. „Traum und Chimäre! Locarno selbst, das für uns ein Pakt war, der den Vertrag von Versailles ergänzte, ist für Deutschland nur ein mehr oder weniger gut verhülltes Kriegsinstrument, das sich gegen die Bestimmungen und Garantien richtet, die wir ihm auferlegt haben und die abzuwälzen es geschworen hat. Mögen wir niemals diesen Schlüssel des Friedensgebäudes aus den Augen verlieren: Die deutsche Kriegsschuld! Ohne sie stürzt das ganze Gebäude zusammen!"

Toujours leur tactique. Von Léon Bailby.

„L'Intrasigeant", 29. Juli 1927.

In einem zweiten Aufsatz beschäftigt sich Bailby mit der Ankündigung der deutschen amtlichen Dokumente über Orchies. Bailby schreibt: „Also, diese Beweise sind vorhanden? Gut, rücken Sie raus damit! Meine Herren von Berlin, Sie haben zu viel oder nicht genug gesagt. Wenn Sie in Ihren Geheimarchiven sichere, unleugbare Beweise eines Verbrechens haben, das von Franzosen, Zivil- oder Militärpersonen, gegen das Völkerrecht begangen worden ist, so verpflichten wir uns im voraus, uns vor den Tatsachen zu beugen. Wir werden sagen, daß sich der Minister-

präsident als Redner zu weit vorgewagt hat und daß er leichtfertig gesprochen hat. Und in diesem klaren Punkt werden wir Ihnen Genugtuung geben. Unglücklicherweise, für Sie, werden Sie diese Dokumente nicht veröffentlichen, weil Sie wohl wissen, daß Sie nicht vorhanden sind."

Zum Unglück für Herrn Bailby sind die deutschen Dokumente am 30. Juli 1927 von der deutschen Regierung veröffentlicht worden. Wir haben aber nichts davon erfahren, daß Herr Bailby seine Versprechung wahrgemacht und „in diesem klaren Punkt" dem deutschen Volk Genugtuung gegeben hätte!

Responsabilités historiques.

„Le Figaro", 1. August 1927.

Zur Orchies-Debatte schreibt der „Figaro": „Man kann allen Diskussionen über die Kriegsursachen nicht Aufmerksamkeit genug schenken. Die Frage der deutschen Kriegsschuld spielt eine wesentliche Rolle in dem Vertrag; sie ist mit den zukünftigen internationalen Beziehungen untrennbar verbunden. Die öffentliche Meinung würde sich sehr täuschen, wenn sie in ihr eine einfache Debatte zwischen Staatsmännern oder Archivleuten über die Vergangenheit sähe. Es ist eine außerordentlich wichtige Angelegenheit. Das weiß Deutschland sehr genau und versucht mit allen Mitteln, die Geister zu verwirren. Die moralische Frage der Verantwortlichkeit hat den Krieg beherrscht und sie beherrscht auch den Frieden."

L'enquête sur les crimes allemands en Belgique.

„Journal des Débats", 22. August 1927.

Die französische Presse zeigt sich über den Vorschlag eines belgisch-deutschen Schiedsgerichts außerordentlich nervös. So schreibt das „Journal des Débats": Es sei außergewöhnlich, daß ein solcher Präzedenzfall von einer alliierten Regierung geschaffen werde, ohne daß sie sich vorher mit den anderen alliierten Regierungen darüber verständigt habe. Man könne sich sogar fragen, ob alle Kollegen Vanderveldes unterrichtet worden seien. Wenn das nicht der Fall gewesen sei, dann würden dem Brüsseler Kabinett sicher die Hände gebunden sein, da es ohne Zweifel schwierig sein würde, eines seiner Mitglieder zu desavouieren. Wenn dagegen der Beschluß eines Ministerrates vorliege, so würden sich die alliierten Regierungen einer vollendeten Tatsache gegenübersehen. Sie würden dann ohne ihr Wissen auf einen Weg geführt worden sein,

der nicht ohne Gefahr sei. Deutschland, das durch ungeheure Aktensammlungen versuche, Verwirrung unter den Geistern anzustiften, sage sich jetzt, daß bei der gegenwärtigen politischen Lage Europas eine sozusagen neutrale Rechtsprechung sich darum bemühen werde, die Verantwortung für den Weltkrieg zu verteilen. Frankreich dürfte sich auf keinen Fall mit der Eröffnung eines solchen Prozesses einverstanden erklären, denn er werde nicht in dem Wunsche nach Wahrheit gefordert, sondern als ein Mittel, die Verträge anzugreifen. Aus diesem Grunde sei es zu bedauern, daß Vandervelde es nicht für nötig gehalten habe, die befreundeten Regierungen über seinen Vorschlag zu befragen.

La légende allemande des „Francs-Tireurs" belges.

„Le Temps", 22. August 1927.

Zum deutsch-belgischen Schiedsgerichtsvorschlag nimmt der „Temps" in scharf ablehnenden Worten Stellung. Er schreibt: „Im Laufe der letzten Jahre hat die deutsche Regierung beharrlich alle Gelegenheiten benutzt, um direkt oder indirekt auf die Kriegsschuldfrage zu sprechen zu kommen. Sie versucht, entgegen der Augenscheinlichkeit der Tatsachen, die von den deutschen Truppen auf Befehl dieser kaiserlichen Regierung — die den Weltkrieg vorbereitet und entfesselt hat und die Verträge zerrissen hat, als ob sie gar nicht bestünden, entsprechend den Worten des Herrn von Bethmann Hollweg von dem „Fetzen Papier" —, begangenen Völkerrechtsverletzungen zu entschuldigen, wenn nicht gar zu rechtfertigen. Man kann wahrlich erstaunt sein, daß das republikanische Deutschland so viel Eifer darauf verwendet, die undankbare Aufgabe zu erfüllen, vor der Geschichte das kaiserliche Deutschland zu verteidigen."

Der „Temps" ist erstaunt, daß man sich in Belgien über die neue Wendung der Dinge noch zu freuen scheine. Vandervelde habe in seiner Antwort an die deutsche Regierung jedoch erklärt, daß er seine Ministerkollegen von der Angelegenheit verständigen werde. Die Gesamtheit des belgischen Kabinetts werde also mit vollem Bewußtsein ihrer Verantwortung über die Bedingungen zu entscheiden haben, unter denen eine derartige Kommission eingesetzt werden könnte.

Die Kriegsschuldfrage in den Verhandlungen der Pariser Interparlamentarischen Union.

Am 25. August wurde in Paris die Tagung der Interparlamentarischen Union eröffnet. Nach den Eröffnungsreden, die

u. a. auch eine Ansprache Poincarés brachten, hielt der deutsche Delegierte, Reichstagspräsident Löbe, eine Rede, die auf seiten der Franzosen und Belgier starken Widerspruch auslöste. Von französischer Seite meldete sich Henry de Jouvenel zum Wort, der in den letzten Tagen durch seine Niederlegung des Völkerbundmandates viel genannt worden ist. Jouvenel sagte u. a.:

„Die wahre Politik darf sich weniger mit den Motiven als mit den Folgen beschäftigen. Daher ist die Untersuchung der Kriegsschuldfrage eine gefährliche Arbeit. Jede Nation will sich verteidigen und die Frage führt zur Erbitterung. Wenn man sieht, wie kürzlich der Reichstag offizielle Dokumente veröffentlicht, aus denen hervorgeht, daß Belgien seine eigene Neutralität verletzt habe, so kann man Vertrauen nur zur Nachwelt haben, und die, welche in dieser Frage Richter sein können, sind noch nicht geboren."

In der Vormittagssitzung des 26. August sprach zunächst der Vizepräsident des belgischen Senates, Senator Charles Magnette. Er dankte zunächst de Jouvenel für seine Rede und fuhr dann fort „Herr Löbe hat gesagt, daß man vermeiden müsse, die auf dem Wege der Heilung befindlichen Wunden von neuem bluten zu lassen. Er hat recht. Wir wollen hoffen, daß er seinen großen Einfluß dazu benutzen wird, die Erneuerung ähnlicher Zwischenfälle zu verhindern, wie sie kürzlich durch unzeitgemäße und schlecht begründete Schlußfolgerungen über die Neutralität Belgiens und die Deportation belgischer Arbeiter nach Deutschland hervorgerufen worden sind." Im weiteren Verlauf seiner Rede machte Magnette der Interparlamentarischen Union den Vorwurf, daß sie, wenn sie auch den Krieg nicht habe verhindern können, nichts getan habe, um seine Schrecknisse abzuschwächen. Die Union habe kein Wort gesprochen und keine Geste gemacht, als ein neutrales und loyales Land von der Nation gemartet wurde, die selbst seine Neutralität und seine Unabhängigkeit garantiert hatte. Niemand habe während des Krieges das Verbrechen der Menschheitsbeleidigung anzeigen können, welches die Deportation belgischer Arbeiter darstelle, die gezwungen waren, gegen ihr Land zu arbeiten. „Wir waren gezwungen", fuhr Magnette fort, „dieses Schweigen müsse man brechen. Wir erwarten, daß das vom Reichskanzler von Bethmann Hollweg ausgesprochene abscheuliche Wort gemißbilligt wird. Ein Abgeordneter des englischen Parlaments sagte gestern, daß der Mangel an Vertrauen viel gefährlicher für die Konsolidierung des Friedens sei als der offen ausgesprochene Haß. Wenn man aufrichtig den Frieden will, muß man das Vertrauen wieder schaffen

und allen die Überzeugung geben, daß diesmal die Versprechen gehalten werden.“ Magnette schlug dann der Konferenz die Annahme folgender Entschließung vor:

„La conférence de l'Union interparlementaire de la paix, proclame solennellement que la paix entre les peuples est le bien suprême et l'idéal auquel doivent tendre tous les Etats et tous les gouvernements; affirme l'attachement indéféctible de tous les parlementaires, membres de la conférence interparlementaire, à la grande cause de la pacification internationale; réprouve et stigmatise par avance toute agression guerrière, toute guerre de revanche, tout recours à la force brutale pour faire prévaloir même des prétentions considérées comme légitimes;

Et considérant que la pacification des esprits et le désarmement moral sont des éléments essentiels et préalables de toute œuvre de conciliation, de rapprochement et de collaboration; considérant que la condition première de cette pacification et de ce rapprochement réside dans la reconnaissance loyale du tort causé et de l'iniquité de l'agression; considérant que sans cette reconnaissance sincère et formelle, le monde continuera à vivre dans l'équivoque et dans l'incertitude et que l'apaisement, s'il se produit, ne sera jamais que superficiel et précaire; considérant que la Belgique, dont le préjudice matériel n'a pu être et ne sera vraisemblablement jamais réparé, a droit tout le moins à une satisfaction morale qui servira grandement la cause de la paix;

Déclare unanimement que la violation de la neutralité belge, en août 1914 fut un acte hautement regrettable et répréhensible; formule l'espoir que le respect des traités sera désormais la règle de conduite stricte et invariable des peuples. Et passe à l'ordre du jour.“

(Deutsche Übersetzung.)

„Die Konferenz der Interparlamentarischen Friedensunion spricht feierlichst aus, daß der Friede unter den Völkern das höchste Ideal ist, dem alle Staaten und alle Regierungen anhängen müssen. Sie erklärt, daß alle Mitglieder der Interparlamentarischen Konferenz der großen Sache der internationalen Befriedung anhängen. Sie mißbilligt und brandmarkt im voraus jeden Angriffs-, jeden Rachekrieg und jede Anwendung brutaler Gewalt, um selbst berechtigte Forderungen durchzusetzen. Da die Befriedung der Geister und die moralische Abrüstung wesentliche Voraussetzungen jedes Werkes der Versöhnung, der Annäherung und der Zusammenarbeit sind, da die erste Bedingung jeder Befriedung und jeder Annäherung in der loyalen Anerkennung des Unrechtes und der Un-

billigkeit eines Angriffskrieges liegt, da ferner ohne eine solche aufrichtige und formelle Anerkennung die Welt weiter in Ungewißheit und in Zweifel liegen wird, da weiter Belgien, dessen materielle Schäden nicht wieder gutgemacht werden konnten und wahrscheinlich auch niemals wieder gutgemacht werden können, wenigstens Anspruch auf eine moralische Genugtuung hat, die der großen Sache des Friedens dienen soll, so erklärt die Konferenz einstimmig, daß die Verletzung der belgischen Neutralität im August 1914 eine in hohem Maße bedauerliche und tadelnswerte Handlung war. Sie drückt die Hoffnung aus, daß die Achtung vor den Verträgen fortab die strikte und unabänderliche Regel für das Verhältnis der Völker sei und geht zur Tagesordnung über."

Nach dem Senator Magnette ergriff im Namen der deutschen Delegation Professor Dr. Walther Schücking das Wort zur Abgabe einer Erklärung, in der es heißt:

„Die deutsche Gruppe sieht sich genötigt, in dieser Debatte über die Weltpolitik in meiner Person noch einen Redner sprechen zu lassen, da gewisse Ausführungen, die hier gestern von Herrn Senator de Jouvenel über die deutsche Politik gemacht worden sind, bei unserer Gruppe starkes Befremden erregt haben.

Ich fürchte, sagen zu müssen, daß diese Ausführungen dem großen Ziel der internationalen Verständigung nicht gedient haben.

Zunächst war in diesen Ausführungen ein tatsächlicher Irrtum. Niemals hat der deutsche Reichstagsausschuß den Vorwurf gegen Belgien erhoben, daß es selbst seine Neutralität verletzt hätte. Ich selbst bin der Vorsitzende dieses parlamentarischen Ausschusses und kann Ihnen versichern, daß zu der Frage der belgischen Neutralitätsverletzung der Ausschuß sich überhaupt noch nicht geäußert und alle Untersuchungen hierüber zurückgestellt hat. Es findet sich lediglich in dem Gutachten eines einzelnen Parlamentariers über das Verhalten des Reichstags während der Kriegszeit im Zusammenhang mit Äußerungen des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg eine beiläufige Bemerkung über die Verwirkung der belgischen Neutralität durch Belgien selbst. Herr Senator de Jouvenel, dessen Ausführungen meine heutige Rede veranlassen, hat ferner gegen den Gedanken einer Untersuchung der Schuld am Weltkrieg eingewandt, die Richter seien noch nicht geboren, die fähig seien, über dieses Problem zu urteilen.

Man könnte sich dieser Auffassung vollständig anschließen, wenn man nicht vor der historischen Tatsache stände, daß eben doch in der Vergangenheit sich Richter gefunden haben, die dieses

Urteil gegen uns ausgesprochen haben, und zwar waren diese Richter die andere Partei. Durch den Vorwurf der alleinigen Kriegschuld fühlt sich, auch wenn das Regierungssystem gewechselt hat, das ganze deutsche Volk in seiner Ehre getroffen. Es muß deshalb das Recht für sich wahren, die Kriegsschuldfrage weiter objektiv zu klären. An der Feststellung der Wahrheit haben alle Völker das gleiche Interesse."

Am 27. August trat der Rat der Interparlamentarischen Friedensunion zusammen, um die vom Senator Magnette eingebrachte Tagesordnung, in der die Verletzung der belgischen Neutralität als ein hochbedauerlicher und zu verwerfender Akt verurteilt wird, zu prüfen. Der Rat beschloß, eine Sonderkommission zu bilden, um besonders zu prüfen, ob die Tagesordnung der Konferenz vorgelegt werden soll. Der ernannte Unterausschuß besteht aus dem Vorsitzenden der Interparlamentarischen Friedensunion, Baron Adelsward, dem deutschen Reichstagsabgeordneten Professor Dr. Schücking und dem belgischen liberalen Abgeordneten Cocq.

Nach Abschluß der Beratungen über den letzten Punkt der Tagesordnung legte der Präsident der Union, Baron Adelsward, eine kurze Erklärung vor, nach der „der Verwaltungsrat der Interparlamentarischen Union es nicht für zweckmäßig erachte, eine neue Debatte über den Antrag Magnettes bezüglich der Verletzung der belgischen Neutralität zu eröffnen". Diese Erklärung wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Der Vorsitzende der belgischen Abordnung, Cocq, erklärte hierauf im Namen seiner gesamten Delegation mit der Lösung des Zwischenfalles sich einverstanden, der als erledigt betrachtet werde. Wie zu erwarten war, ist die Kommission, die sich mit der Angelegenheit zu befassen hatte, zu einem Kompromiß gekommen, das alle Teile befriedigt.

Bücherschau.

Bei der Schriftleitung eingegangene Bücher.

A Catalogue of Paris Peace Conference Delegation Propaganda in the Hoover War Library. Stanford University Preß, Stanford University, California, 1926, 96 S.

Gavrilo Princips Bekenntnisse. Ein geschichtlicher Beitrag zur Vorgeschichte des Attentats von Sarajewo. Im Kommissionsverlage bei Rudolf Lechner & Sohn, Wien I, Seilerstätte 5.

Diese anonym erschienene Broschüre dient offenbar propagandistischen Zwecken. Wir erwähnen sie nur deshalb hier, weil in dem Augustheft 1927 der New Yorker „Current History" größere Teile dieser Broschüre in Übersetzung veröffentlicht worden sind und der Verfasser des betreffenden Aufsatzes ihr eine Bedeutung beigemessen hat, die ihr nicht zukommt.

Ludendorff, Erich: „Vernichtung der Freimaurerei durch Enthüllung ihrer Geheimnisse." Fortschrittliche Buchhandlung, München 1927, 82 S.

In der Schrift wird u. a. ausgeführt, „daß die Weltfreimaurerei zum Weltkriege getrieben hat und heute die Klärung der Schuldlüge verhindert". Der Broschüre ist eine reichhaltige Literaturangabe über freimaurerische Schriften vorangestellt.

Mertens, Carl: „Reichswehr oder Landesverteidigung?" Ein Beitrag zu den Wehrmachtsproblemen Deutschlands. Verlag Friede durch Recht, Wiesbaden 1927, 30 S.

Pohl, Heinrich: „Die Elsaß-Lothringische Frage." Eine Studie zur Kritik des Versailler Vertrages. Verlag von Ferdinand Enke, Stuttgart 1927, 63 S.

Schwann, Hans: „Einheitsstaat oder Föderativsystem?" Verlag Friede durch Recht, Wiesbaden 1927, 29 S.

Szabo, Josef S.: „Der Protestantismus in Ungarn." In Kommission beim Verlag des Evangelischen Bundes, Berlin 1927, 72 S.

Kleine Mitteilungen.

Wir machen unsere Leser hierdurch auf die soeben von uns herausgegebene Schrift des Grafen Max Montgelas: „Leitsätze zur Kriegsschuldfrage“ aufmerksam.

Die „Leitsätze zur Kriegsschuldfrage“ können direkt durch den Verlag der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, Berlin NW. 6, zum Preise von RM. 0,50 bezogen werden.

Wir richten an unsere Leser die höfliche Bitte, überzählige Hefte aus früheren Jahrgängen unserer Zeitschrift, die nicht gesammelt werden, uns zur Verfügung zu stellen, damit wir die Möglichkeit haben, die zahlreichen Bestellungen auf frühere Jahrgänge unserer Zeitschrift ausführen zu können. Besonders dankbar wären wir für Einsendung des Juniheftes 1924.

Die Schriftleitung.

Verlag: Zentralstelle f. Erforschung d. Kriegsursachen, Berlin NW6. Postscheck: Bln. NW7 Nr. 25 558.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Alfred von Wegerer, Berlin NW 40.
Druck: Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin SW 48.

Bitte an unsere Leser!

Wir richten an unsere geehrten Leser die dringende Bitte, dem Inseratenteil unserer Zeitschrift besondere Beachtung zu schenken. Der Ausbau des Inseratenteils unserer Zeitschrift wird wesentlich gefördert, wenn unsere Leser sich bei Anfragen oder Einkäufen bei den inserierenden Firmen jedesmal auf unsere Zeitschrift beziehen.

Den Selbstbehauptungskampf Elsass-Lothringens

Die politische Entwicklung seit der französischen Annexion
Die kulturellen Fragen (Sprachenkampf, Kirchen- und Schulpolitik, Presse, Theater, Musik)
Die literarischen Neuerscheinungen in und über Elsass-Lothringen

Herausgeber:
Dr. Robert Ernst

beleuchtet kritisch durch die besten Kenner die Monatsschrift

ELSASS-LOTHRINGEN
HEIMATSTIMMEN

PROBEHEFT
UNBERECHNET

Schriftleitung und Versandstelle:
Berlin W 30 / Postschliessfach Nr. 5

DEUTSCHLAND UND DEUTSCHOESTERREICH. Postbezug (durch jedes Postamt): Vierteljährlich 1,80 Mk. Streifbandbezug (durch die Versandstelle): Vierteljährlich 2,10 Mk.
AUSLAND. Halbjahresbezug (postfrei unter Umschlag): 5,00 Mk.

Friedrich Stieve

Deutschland und Europa
1890—1914

Umfang 250 Seiten Großoktav mit 3 Karten

Preis broschiert Mk. 4.— / Gebunden Mk. 5.—

★

Kurze Darstellung
der deutsch-europäischen Politik bis zum Kriegsbeginn.
Zusammenfassung alles Wesentlichen, was die große Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes gebracht hat.
Alle zum Verständnis notwendigen Dokumente und Verträge.
Daher ein Quellenbuch ersten Ranges.

Verlag für Kulturpolitik Berlin

Wanderer

WANDERER-WERKE / SCHÖNAU BEI CHEMNITZ

AUTOMOBILE
schnell und bequem
zuverlässig u. sparsam

Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft

empfiehlt sich
zur preiswerten Anfertigung
sämtlicher Drucksachen und Massenauflagen
Zeitschriften / Zeitungen
Werke

Setzmaschinen * Stereotypie * Rotationsdruck * Flachdruck

Berlin SW 48 / Wilhelmstraße 32
Fernsprecher: Amt Hasenheide Nr. 3123—3125

100 Rasierklingen

5,80 Mark franko

Nichtgefallend: Geld zurück!

Fa. v. Münchhausen * Wesermünde-Lehe

Zur gefl. Benutzung für diejenigen Leser, die den fälligen Abonnementsbeitrag für das jetzt beginnende IV. Quartal 1927 noch nicht bezahlt haben, liegt der Inlandauflage des Oktoberheftes eine Zahlkarte bei.

Bei Anfragen, Bestellungen und Einkäufen bitten wir auf unsere Zeitschrift „Die Kriegsschuldfrage" Bezug zu nehmen. Der Verlag.

Verlag: Zentralstelle f. Erforschung d. Kriegsursachen, Berlin NW6. Postscheck: Bln. NW7 Nr. 25558.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Alfred von Wegerer, Berlin NW 40.
Druck: Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin SW 48.

Hindenburgs Rede zur Kriegsschuldfrage.

Bei der Einweihung des Tannenberg-Denkmals am 18. September 1927 hielt Reichspräsident von Hindenburg eine Rede, in der er ausführte:

(„Deutsche Allgemeine Zeitung", 19. September 1927, Nr. 465.)

„Das Tannenberg-Nationaldenkmal gilt in erster Linie dem Gedächtnis derer, die für die Befreiung der Heimat gefallen sind. Ihr Andenken, aber auch die Ehre meiner noch lebenden Kameraden, verpflichten mich dazu, in dieser Stunde und an dieser Stätte feierlich zu erklären:

Die Anklage, daß Deutschland schuld sei an diesem größten aller Kriege, weisen wir, weist das deutsche Volk in allen seinen Schichten einmütig zurück! Nicht Neid, Haß oder Eroberungslust gaben uns die Waffen in die Hand. Der Krieg war uns vielmehr das äußerste, mit den schwersten Opfern des ganzen Volkes verbundene Mittel der Selbstbehauptung einer Welt von Feinden gegenüber. Reinen Herzens sind wir zur Verteidigung des Vaterlandes ausgezogen, und mit reinen Händen hat das deutsche Heer das Schwert geführt. Deutschland ist jederzeit bereit, dies vor unparteiischen Richtern nachzuweisen."

Englische Übersetzung:

(„The Times", London, 19. September 1927.)

„The Tannenberg national monument is devoted primarily to the memory of those who fell fighting for the freedom of their country. But their memory and the honour of my still living comrades adjure me, in this hour and at this spot, to declare solemnly:

The accusation that Germany is responsible for this greatest of all wars we hereby repudiate—all classes of the German people unanimously repudiate it. It was not out of envy or hate or desire of conquest that we drew the sword. The war, on the contrary, with all the terrible sacrifices demanded from the whole nation, was the extreme measure resorted to in preservation of our existence against a host of enemies. With clean hearts we marched out to defend the Fatherland, with clean hands the German Army wielded the sword. Germany is ready at any moment to prove this fact before impartial judges."

Französische Übersetzung:

(„Le Petit Parisien", 19. September 1927.)

„Le monument national de Tannenberg est destiné à commémorer tout d'abord le souvenir de ceux qui sont tombés pour la liberté de la patrie. Leur souvenir, de même que l'honneur des survivants, me font un devoir de déclarer solennellement en cette heure et en ce lieu: l'accusation suivant laquelle l'Allemagne serait coupable d'avoir déclenché la plus terrible de toutes les guerres, nous la repoussons, et avec nous l'opinion unanime de toutes les classes du peuple allemand la rejette.

Ce n'est pas l'envie, ce n'est pas la haine, ce n'est pas l'esprit de conquête qui nous ont mis les armes à la main. Bien au contraire, la guerre n'a été pour nous qu'un supréme moyen de défense imposé à la nation, entourée d'ennemis par la dure nécessité de maintenir son existence au prix des sacrifices les plus lourds.

D'un cœur pur, nous sommes partis pour la défense de la patrie; les mains pures, l'armée allemande a combattu. L'Allemagne est prête à en rendre compte devant des juges impartiaux."

Abschluß und Ende des Rückversicherungsvertrages.

Von Professor Dr. Hans Uebersberger, Wien.

Trotz der „Großen Politik der Europäischen Kabinette“ [1]), der Enthüllungen Gorjainows [2]), der Erinnerungen Schweinitzens [3]) und Waldersees [4]) und der auf all dem fußenden vortrefflichen Arbeit Otto Beckers [5]) hat das im vergangenen Jahre von der Sowjetregierung veröffentliche Tagebuch des Grafen Lamsdorff doch wieder neue Gesichtspunkte zur Beurteilung der Frage des Rückversicherungsvertrages geliefert, so daß es notwendig erscheint, darauf zurückzukommen. Das in der Serie „Memoiren und Tagebücher kaiserlicher Würdenträger“ herausgegebene Tagebuch des Grafen W. N. Lamsdorff umfaßt die Jahre 1886 bis 1890, wobei das Jahr 1888 aber vollständig fehlt. Als Kabinettschef und vertrautester Mitarbeiter des damaligen russischen Außenministers, Nikolaj Karlowitsch Giers, war Lamsdorff nicht nur wie kein anderer in alle Geheimnisse der russischen Außenpolitik eingeweiht, sondern er hat auch, da er die einlaufenden Telegramme häufig selbst dechiffrierte, Weisungen und Briefe konzipierte, wichtige ein- und auslaufende Aktenstücke wortwörtlich für sich kopiert und seinem Tagebuch einverleibt. Daher ist sein Tagebuch gleichzeitig eine Sammlung besonders wichtiger diplomatischer Akten zur russischen Außenpolitik im angegebenen Zeitraum und damit eine historische Quelle ersten Ranges, die weit über den Rahmen dessen hinausgeht, was sonst Tagebücher und Erinnerungen der kritischen Geschichtsschreibung bieten. Der menschenscheue Sonderling, der von 1900 bis 1906 selbst Minister des Äußern wurde, war zudem ein innerlich so vornehmer Charakter und ein so treu ergebener Mitarbeiter seines Chefs, daß seine mit so fleißiger Hand gemachten Eintragungen in sein Tagebuch auf den ersten Blick Vertrauen erwecken.

---

[1]) Vgl. Bd. V—VII.

[2]) The End of the Alliance of the Emperors, The American Historical Review Bd. XXIII. Oct. 1917 to July 1918, S. 324 ff. Gorjainow war Direktor des Archivs des Ministeriums des Äußern in St. Petersburg.

[3]) Denkwürdigkeiten des Botschafters General von Schweinitz, 2 Bde., Reimer-Hobbing, Berlin 1927.

[4]) Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Alfred Grafen von Waldersee, 2 Bde., Deutsche Verlagsanstalt 1923.

[5]) Otto Becker, Bismarck und die Einkreisung Deutschlands, I. und II. Teil, Berlin, Carl Heymann, 1923 und 1925.

Anfang Jänner 1897 hatte der ehemalige russische Botschafter und Bruder des russischen Botschafters am deutschen Kaiserhofe, des Grafen Paul Schuwalow, Graf Peter Schuwalow, dem Staatssekretär des Äußern, Grafen Herbert Bismarck, in Berlin in einer Unterredung gesagt, er sei überzeugt, daß sich von Kaiser Alexander innerhalb 24 Stunden eine schriftliche, bindende Erklärung in Form eines Vertrages erreichen lasse, daß er sich in französisch-deutsche Händel niemals einlassen werde, einerlei, ob Frankreich Deutschland angreife oder Deutschland Frankreich mit Krieg überziehe und ihm 14 Milliarden Kontribution auferlege, ja selbst einen preußischen General als Gouverneur nach Paris setze. Die einzige Gegenleistung würde die Wiederholung der Erklärung des Reichskanzlers sein, daß Deutschland Rußland nicht verhindern wolle, „la fermeture des détroits" zu erlangen. Dies sei das Einzige, was Kaiser Alexander am Herzen liege, von den Bulgaren und Südslaven habe er vollkommen genug und würde sich gern mit guter Manier aus diesen Balkanprovinzen herausziehen, wenn er nur den Verschluß der Meerengen erhielte. Graf Peter Schuwalow machte dabei sogar Äußerungen über Österreich, die weniger feindselig klangen, als man sie sonst in der Wilhelmstraße direkt oder indirekt aus russischem Munde zu hören gewohnt war. Wenn Österreich Rußland an der Ausübung seines berechtigten Einflusses in Bulgarien nicht hindere, dann könne Rußland mit Österreich nicht nur in vollem Frieden und Eintracht leben, sondern Graf Peter Schuwalow ist auch der Meinung, daß russischerseits Österreich dasselbe in Serbien zugestanden werden müsse [6]).

Auf Grundlage dieser Erklärung kam es dann gelegentlich eines Diners im Hause Bismarck zwischen dem Reichskanzler und Grafen Peter Schuwalow zu dem sogenannten „Ersten Entwurf zu einem deutsch-russischen Abkommen", dessen Redaktion Graf Peter Schuwalow zugehört. Da die Entente à trois offenkundig unzulänglich sei, soll sie unter nachfolgenden Bedingungen durch eine Entente à deux zwischen Deutschland und Rußland ersetzt werden: Deutschland anerkennt Rußlands ausschließliches Recht auf Einfluß in Bulgarien, es verspricht seine Neutralität, wenn Rußland den Schlüssel zum Schwarzen Meer in seine Hände zu bekommen trachte. Dafür kann Deutschland seinerseits auf dieselbe freundschaftliche Neutralität von seiten Rußlands in jedem Konflikt mit Frankreich rechnen. Rußland und Deutschland anerkennen die Notwendigkeit der Existenz Österreich-Ungarns im Interesse des europäischen Gleichgewichtes und verpflichten sich, nichts gegen

[6]) Vgl. Große Politik, N. 1062 Bd. 5 S. 212 f.

dessen territoriale Integrität zu unternehmen, außer, Österreich ist der angreifende Teil. Beide anerkennen auch die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit des Königreiches Serbien und, wie Bismarck eigenhändig hinzufügte, „daß es so bliebe, wie es gegenwärtig unter dem Zepter König Milans sei“ [7]). Wenn man diese Fassung des Rückversicherungsvertrages mit dem vom Botschafter Grafen Paul Schuwalow am 12. Mai überreichten offiziellen Entwurf, seiner Verbesserung durch Bismarck und mit dem Texte des wirklich abgeschlossenen Vertrages [8]) vergleicht, ersieht man sofort, wie sehr dieser erste Entwurf zuungunsten Deutschlands sowohl bezüglich der Rückenfreiheit gegenüber Frankreich als auch der Bündnisverpflichtungen gegenüber Österreich-Ungarn verändert wurde. Ein Vertrag in der Redaktion Graf Peter Schuwalows hätte auch von den Nachfolgern Bismarcks ohne Bedenken und ohne Befürchtungen für ihre eigene diplomatische Unzulänglichkeit im Vergleiche zu ihrem gewaltigen Vorgänger erneuert werden können. Wohl auf Grund dieser Verhandlungen mit Peter Schuwalow hat Bismarck in seiner berühmten Reichstagsrede am nächsten Tage (11. Jänner) die Freundschaft mit Rußland so stark akzentuiert und einen Bruch mit Rußland der bulgarischen Frage wegen weit von sich gewiesen. Als aber einige Zeit seit der Abreise Peter Schuwalows verstrich, — er war am 12. Jänner bereits nach Petersburg zurückgekehrt, — ohne daß Bismarck über das Schicksal des zwischen ihnen vereinbarten Vertrages etwas hörte, da vernehmen wir in seiner Instruktion vom 24. Jänner 1887 an den preußischen Gesandten in München, Grafen von Werthern, bereits andere Töne: „„. . . aber wenn unsere Beziehungen zu Rußland, sei es von Seiner königlichen Hoheit dem Prinzregenten, sei es von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten besprochen werden, so wollen Sie darauf aufmerksam machen, daß ich Anlaß hatte, in meinen der Öffentlichkeit anheimfallenden Äußerungen (Reichstagsrede vom 11. Jänner) unsere Beziehungen zu Rußland günstiger darzustellen, als ich sie in der Tat beurteile. Das Bild, welches ich von denselben gegeben habe, entspricht im großen und ganzen der Wirklichkeit, solange man die Auffassungen des Kaisers Alexander für unwandelbar ansehen darf. Dieselben können aber durch innere sowohl wie durch auswärtige Vorgänge beeinflußt und verschoben werden. Die Elemente, welche im Innern Rußlands auf Krieg drängen, sind mächtig, und Kaiser Alexander legt ihnen mehr Gewicht bei, als mit unseren Interessen

[7]) Ebenda Nr. 1063 Bd. 5 S. 214 f.

[8]) Ebenda Nr. 1076 Bd. 5 S. 229 ff. und Nr. 1092 S. 253 ff.

verträglich ist. Die Haltung der Presse, auch solcher die vom Kaiser gelesen wird, die Stimmung der einflußreichen Moskauer Gesellschaft mit der Zeitung Katkows an der Spitze wirken an sich mächtig auf die Entschließungen des Kaisers. Dazu kommen die gesellschaftlichen und persönlichen Einflüsse, die in derselben Richtung tätig sind, ehrgeizige Generäle, politische Damen, liberalisierende Beamte, die materielle Not der Grundbesitzer und der steigende Einfluß der Orthodoxie, die alle im antideutschen Sinne tätig sind. Wenn zu diesen inneren Einflüssen die Änderung der europäischen Lage träte, welche das Ergebnis des Ausbruchs eines deutsch-französischen Krieges sein würde, so ist die Vermutung nicht ausgeschlossen, daß in einem solchen Falle die Haltung Rußlands wenigstens nicht von der Art sein würde, um uns ähnlich wie 1870 die volle Entblößung unserer Ostgrenze und die Verwendung unserer ganzen Kraft gegen Frankreich zu gestatten. Es liegt außerdem die Gefahr nahe, daß der Friede zwischen Rußland und Österreich durch die Divergenz der orientalischen Interessen beider gestört werden kann, sobald wir durch Krieg mit Frankreich gehindert sind, dem Einvernehmen der Kabinette von Wien und Petersburg dieselbe Pflege wie bisher zu widmen . . ." [9]). Diese Stelle verdiente deshalb einen Abdruck, weil sie, wie alles was Bismarck über Rußland geschrieben hat, einen solchen Einblick in die treibenden politischen Kräfte Rußlands und ihre Tendenzen verrät, wie ihn kein fremder Staatsmann jemals vor ihm noch nach ihm gewonnen hat. Sie erleichtert uns außerdem unsere weiteren Betrachtungen, weil sie die Lage am Zarenhofe und an der Sängerbrücke erschöpfend charakterisiert.

Als aber mehr als ein Monat verstrich, ohne daß eine Antwort russischerseits erfolgte, da sah sich Bismarck genötigt, das Steuerruder etwas nach der englischen Seite zu drehen, um nicht durch eine Ablehnung aus Petersburg den Kurs der deutschen Außenpolitik zu gefährden. In einem Erlasse an den deutschen Botschafter in Konstantinopel, von Radowitz, vom 17. Februar kommt dies deutlich zum Ausdruck. Er nimmt hier ausdrücklich Bezug auf seine Versprechungen an Rußland in der bulgarischen und Meerengen-Frage und sieht in dem Ausbleiben jeder Antwort doch den Beweis, daß die Neigung des russischen Kabinetts, Deutschland für die Dienste, die es ihm im Orient leisten könne, wenigstens Sicherheit gegen einen französisch-russischen Angriff zu gewähren, entweder gering oder gar nicht vorhanden sei. Die vorwiegend französische Haltung der gesamten russischen Presse, allen voran die eine Nebenregierung

[9]) Ebenda Nr. 1006 Bd. 5 S. 116 f.

ausübenden Organe Katkows, nötigen Bismarck, wie er sich ausdrückt, gegen eine feindliche Haltung Rußlands die Möglichkeit einer Anlehnung an England nicht zu zerstören. Die Verstimmung, die in England gegen Deutschland vorhanden sei und die er bisher wegen der größeren Wichtigkeit der Beziehungen zu Rußland unbeachtet gelassen habe, dürfe daher in Zukunft keiner Verschärfung entgegengeführt werden, solange man von der Gegenliebe in Petersburg nicht stärkeren Beweis habe als bisher. Radowitz erhält daher den Auftrag, bis auf weiteres in allen russisch-englischen Streitfragen nicht wie bisher die russische Auffassung aktiv zu befürworten und noch weniger der englischen entgegenzutreten, sondern volle Zurückhaltung und Unparteilichkeit zu beobachten [10]).

Am 28. Februar aber war es mit der Geduld Bismarcks zu Ende. „Wenn der Graf Peter Schuwalow der kaiserlichen Zustimmung für seine Vorschläge nicht sicher war", sagt Bismarck in einem Erlasse an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz, „so war es allerdings ein gewagtes Unternehmen, uns dieselben zu unterbreiten und eine Abmachung über den Entwurf herbeizuführen, den er mit nach Petersburg nahm. Für uns diente die letztere als Sonde, die wir anlegten und die ein vertrauenerweckendes Ergebnis nicht gehabt hat, denn keine Antwort ist auch eine Antwort" [11]). Schweinitz hat daher auch den Auftrag, Zurückhaltung zu üben und sich jeder Initiative wegen der Erneuerung des im Juli ablaufenden Vertrages à trois oder auch à deux zu enthalten.

Man hat der Meinung Ausdruck verliehen, daß diese merkwürdige Haltung Petersburgs auf Einflüsse deutschfeindlicher russischer Staatsmänner zurückzuführen sei [12]). Aus dem Tagebuche Lamsdorffs kennen wir nun die eigentliche Ursache dieses Bismarck so tief verstimmenden Ausbleibens einer russischen Antwort auf den von Peter Schuwalow mitgenommenen Entwurf eines Vertrages à deux. Peter Schuwalow hat seine Instruktionen überschritten. Die kaiserliche Familie, außerordentlich besorgt, Alexander von Battenberg könnte nach Sofia zurückkehren, hatte in einem Familienrate beschlossen, daß der Zar Kaiser Wilhelm I. und dem Großherzog von Hessen schreiben solle, damit der erstere als deutscher Kaiser, der letztere als Familienoberhaupt dem Battenberger jeden Restaurationsversuch verbiete. Der Großfürst Wladimir, der älteste Bruder des Zaren, hatte es übernommen, darüber mit dem Außenminister Giers zu sprechen. Giers war mit

[10]) Ebenda Nr. 1007 Bd. 5 S. 119.
[11]) Ebenda Nr. 1070 Bd. 5 S. 220.
[12]) Otto Becker l. c. 1. Teil S. 81.

diesem Plane einverstanden unter der Voraussetzung, daß früher in Berlin sondiert werde, damit der Zar sich nicht einer verhüllten Ablehnung aussetze und Bismarck früher verständigt werde, ohne dessen Unterstützung, wie die Erfahrung bereits gezeigt habe, jede direkte Einwirkung auf Kaiser Wilhelm vergeblich sei. Giers kam dabei der Gedanke, sich zu diesem Zwecke des aus privaten Gründen nach Berlin reisenden großen Freundes Bismarcks, des Grafen Peter Schuwalow, zu bedienen. Kaiser Alexander war mit diesem Plane vollständig einverstanden und auch Graf Peter Schuwalow fühlte sich über diese Mission sehr geschmeichelt [13]). Er hat sich auch dem Grafen Herbert Bismarck gegenüber in Begleitung seines Bruders, des Botschafters Paul Schuwalow, am 6. Jänner dieses Auftrages entledigt [14]). Alle weiteren Erklärungen über die freie Hand, die der Zar Deutschland gegenüber Frankreich zu geben bereit wäre, wofür er als Gegenleistung nur die wohlwollende Neutralität bei Ordnung der Meerengenfrage im russischen Sinne verlange, die dann in weiterer Folge bei der Aussprache mit Bismarck zum ersten Entwurf des Rückversicherungsvertrages führten, hat Peter Schuwalow auf eigene Verantwortung ohne jeden Auftrag abgegeben. Er täuschte sich selbst über die angebliche Gleichgültigkeit des Zaren sowohl gegenüber Frankreich als auch gegenüber den Bulgaren und Südslawen. In der Tat verhielt sich die Sache ganz anders, wie wir noch sehen werden. Als er daher nicht nur mit dem Versprechen Bismarcks, alles das, was Rußland in der Battenbergschen Angelegenheit verlange, seinerseits auf das nachhaltigste zu unterstützen, sondern auch mit einem Vertragsentwurf zurückkehrte, fand man in Petersburg, daß er sogar „zu gute Nachrichten" aus Berlin mitgebracht habe. Man fand es unbegreiflich, daß ein ehemaliger Botschafter und der zweite Delegierte am Berliner Kongresse ein so unernstes Programm eines Bündnisvertrages zusammenstellen konnte. Wohlwollende Neutralität Rußlands bei einem französisch-deutschen Kriege, Aufrechterhaltung der Integrität Österreichs und der Unabhängigkeit Serbiens unter dem Zepter Milans fand man in keinem Verhältnisse stehend zu den Verpflichtungen, die Bismarck Rußland gegenüber auf sich nahm. Augenscheinlich habe Graf Paul Schuwalow den Bruder über die Sachlage nicht informiert und ihn nur gebeten, dem Zaren gegenüber nicht zu stark zu betonen, welch große Bedeutung Bismarck dem Bündnisse mit Rußland beilege und wie

[13]) Tagebuch Lamsdorff S. 22 ff. Eintragungen zum 24. Dezember 1886/5. Jänner 1887.

[14]) Große Politik, Nr. 1030, Bd. 5, S. 160 ff.

sehr er die russische Feindschaft fürchte [15]). Dabei kam diese Kritik aus dem Munde derer, die wie Giers und Lamsdorff aufrichtige Freunde eines engen Zusammengehens mit Deutschland waren. Mit einem Privatbriefe, den Giers an den Berliner Botschafter, Grafen Paul Schuwalow, richtete und worin er betonte, daß er auf die Anträge des Grafen Peter Schuwalow an Bismarck wie auf Privatgespräche zweier Freunde sehe, die keine offizielle Bedeutung haben, wurde der offizielle Vertragsentwurf vom 10. Jänner beiseite geschoben. Nur eine Kopie davon fand Aufnahme im Geheimarchiv des Außenministeriums [16]). Diese Stellungnahme des russischen Außenministers und seines vertrautesten Mitarbeiters zu dem Vertragsentwurf vom 10. Jänner kann man nur verstehen, wenn man ihre schwierige Stellung gegenüber der Willensmeinung des Zaren in Betracht zieht. Am 17. Jänner hatte Giers Vortrag beim Kaiser, von dem er äußerst niedergeschlagen zurückkehrte. Unter verderblichem Einflusse, den er selbst nicht genau feststellen konnte, wenn er auch Katkow dahinter vermutete, hatte der Zar wieder einmal eine Politik vertreten, die der seines Außenministers diametral gegenüberstand. Er äußerte nicht nur seine Abneigung gegen das Dreikaiserbündnis, sondern sogar gegen ein Bündnis mit Deutschland. Es sei ihm bekannt, daß dieses Bündnis unpopulär sei und mit dem nationalen Fühlen ganz Rußlands in Widerspruch stehe. Er gestehe, daß er sich fürchte, diese Gefühle nicht zu beachten, und er wolle das Vertrauen des Landes zu seiner Außenpolitik nicht untergraben [17]). Und als er von den nationalen Antipathien gegen Deutschland sprach, sagte der Zar: „Früher glaubte ich, das sei nur Katkow, aber ich habe mich überzeugt, daß dies ganz Rußland ist." Und er fügte hinzu: „Es gab (bisher) keine Fehler, aber wenn nichtsdestoweniger das Vertrauen unserer öffentlichen Meinung in die Außenpolitik verlorengeht, dann ist alles verloren [18]). Wenn auch Giers und Lamsdorff schon ihrer Abstammung nach für diese Auffassung des Kaisers nichts übrig hatten, so muß man ihr doch eine gewisse Berechtigung zubilligen. Sie widersprach zwar den Äußerungen des Zaren gegenüber dem deutschen Botschafter Schweinitz, auch allen seinen Randbemerkungen der letzten Zeit, wie Lamsdorff ausdrücklich feststellt, aber sie widersprach nicht der Gesamtstimmung des russischen Volkes, und mit der Selbstherrlichkeit selbst Alexander III. auf dem Boden der aus-

[15]) Tagebuch Lamsdorff, Eintragungen zum 13. Jänner (n. St.) 1887, S. 29 ff.

[16]) Ebenda. Eintragungen zum 17. Jänner 1887, S. 34.

[17]) Ebenda, S. 35.

[18]) Ebenda, S. 36, Eintragungen zum 18. Jänner.

wärtigen Politik war es ebensowenig weit her wie mit der seines Vaters und Vorgängers, des Zar-Befreiers. Er fühlte, und nach all den Erlebnissen und Attentaten ist dies verständlich, den Boden unter den Füßen der Dynastie wanken, wenn er nicht wenigstens in der Außenpolitik den Antipathien jener Kreise Rechnung trug, auf die er sich bei seinem Kampfe gegen die Revolution stützen mußte. Daß ihn darin seine Gemahlin, Maria Feodorowna, die als dänische Prinzessin das Jahr 1864 nicht vergessen konnte und daher im Grunde ihrer Seele deutschfeindlich war, bestärkte, gehört auf ein anderes Blatt. Lamsdorff bedauert deshalb das arme Rußland und verzeichnet dabei die respektlose Bemerkung: „Ce ne sont plus des têtes, mais des bêtes couronnées qui occupent le trône“ [19]). Die Sorge des Zaren um die Erhaltung der Gunst der öffentlichen Meinung für seine auswärtige Politik ging so weit, daß er sich immer den Anschein gab, als ertrage er nur mit Widerwillen das Übereinkommen mit Deutschland und als sei er entschlossen, bei erster Gelegenheit damit Schluß zu machen. Sehr gegen den Willen seines Außenministers und trotz seiner so freundschaftlichen Erklärungen gegenüber dem deutschen Botschafter gab der Zar gleichzeitig dem französischen Botschafter Laboulaye gegenüber seinen Sympathien für Frankreich Ausdruck und machte direkte Andeutungen, daß Frankreich bei ihm im Falle der Notwendigkeit auch gegen Deutschland Unterstützung finden werde [20]). Giers erwartete damals täglich seine Entlassung. Nur die Betonung des neuen Finanzministers Wyschnegradskij, daß Rußland unbedingt eine feste Friedenspolitik brauche, sollte das Defizit nicht ins Ungemessene wachsen, scheint auf den Zaren nicht ohne Eindruck geblieben zu sein [21]). Das war auch wahrscheinlich ausschlaggebend dafür, daß Giers nicht entlassen wurde. Er selbst fühlte seine Stellung so untergraben, daß er es bereits für nötig fand, sich nach einer Privatwohnung umzusehen [22]). Katkow war damals in Petersburg, um zu verhindern, daß das Dreikaiserabkommen, dessen Ablauf er im März glaubte, erneuert werde. Nach seiner Meinung sei ein Bündnis mit Deutschland erniedrigend und könne nicht ertragen werden. Der einzige und wahre Bundesgenosse sei Frankreich. Deutschland sei Rußland sogar feindlicher gesinnt als Österreich. Katkows Bemühungen waren auch darauf gerichtet, Giers zu beseitigen, dem er nie verzeihen konnte, daß das Abkommen mit Deutschland, also das Dreikaiserabkommen, 1884 ohne

[19]) Ebenda, S. 37.
[20]) Ebenda, S. 40 f., Eintragungen zum 21. Jänner 1887.
[21]) Ebenda, S. 50, Eintragungen zum 24. Jänner 1887.
[22]) Ebenda, S. 47.

sein Wissen verlängert wurde [23]). Als Giers von diesen Äußerungen Katkows bei seinem Vortrage am 25. Jänner dem Zaren Mitteilung machte, äußerte sich dieser neuerdings gegen die Erneuerung des Geheimvertrages, und war sogar dafür, Katkow eine genauere Einsicht in dessen Inhalt zu geben [24]). Eben damals suchte der russische Botschafter in Paris, Baron Mohrenheim, auf alle mögliche Weise Stimmung für ein Bündnis mit Frankreich zu machen, und da er der Meinung war, daß die Tage seines Ministers gezählt seien, ging er sogar so weit, Giers den Vorwurf zu machen, daß er die Bedeutung Frankreichs nicht genügend einschätze. Und der französische Botschafter Laboulaye drang anscheinend verabredetermaßen gleichzeitig in Giers, ihm eine klare Antwort zu geben, welche Haltung Rußland im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich einnehmen werde. Werde es Frankreich moralisch unterstützen und Truppen an die preußische Grenze rücken? Als Giers ihm bedeutete, daß er an die Möglichkeit eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich nicht glaube, wenn Frankreich nur einigermaßen vorsichtig und vernünftig sei, verlangte Laboulaye eine schriftliche Antwort, ähnlich der berühmten Zirkulardepesche Gortschakoffs. Giers antwortete ihm, daß er niemals, wie sein berühmter Vorgänger, telegraphieren werde: „Nun ist der Friede gesichert“ [25]). Er hatte den Eindruck, daß der französische Botschafter auch von irgendeiner Seite aufmerksam gemacht wurde, daß irgendwelche Abkommen von Rußland im März erneuert werden müssen [26]).

Der Berliner Botschafter Paul Schuwalow drängte aber auf Abschluß eines Vertrages mit Deutschland auf Grund des Vertragsentwurfs, den sein Bruder Peter mitgebracht hatte. Er schickte zu diesem Zwecke sogar Ende Jänner den Botschaftsrat Graf Murawiew mit einem Privatschreiben an den Minister nach Petersburg. Das blieb nun auf den leicht beeinflußbaren Zaren doch nicht ohne Wirkung, und er bemerkte zu dem Schreiben Paul Schuwalows am 29. Jänner in einer Randbemerkung: „Diese Frage halte ich für äußerst wichtig, aber ich habe darüber noch keine bestimmte Meinung und kann deshalb noch nichts Endgültiges sagen. Jedenfalls ziehe ich einem Bündnis zu dreien ein solches zu zweien mit

[23]) Ebenda, S. 51.
[24]) Ebenda, S. 52.
[25]) Anspielung auf den Beginn der bekannten Zirkulardepesche Gortschakoffs vom 10. Mai 1875, „Maintenant la paix est assurée“. Vergl. Bismarcks Erinnerungen, Volksausgabe, 2. B. S. 201 und Große Politik N. 192/193, Bd. 1 S. 299 f.
[26]) Tagebuch Lamsdorff, Eintragungen zum 26. Jänner 1887, S. 52 f.

Deutschland vor“ [27]). Am 1. Februar gibt er seine Zustimmung zu einer Instruktion für Paul Schuwalow, die heikle Frage der Erneuerung des Vertrages nicht zu berühren, nachdem ihm der Minister die große Bedeutung des Geheimvertrages auseinandergesetzt und von der günstigen Lage Rußlands im gegenwärtigen Augenblick gesprochen, um dessen Bundesgenossenschaft sich Paris und Berlin bemühen. Diese Ausführungen seines Außenministers machten auf den Zaren großen Eindruck. Freilich, die erneuerten Bemühungen Paul Schuwalows, der am 26. Jänner in einem neuerlichen Schreiben in Petersburg darauf aufmerksam machte, man möge das Eisen schmieden, so lange es warm sei, und mit dem Abschluß eines Vertrages à deux eilen, blieben ohne Erfolg. Aber die Atmosphäre am Zarenhofe hatte sich doch ganz augenscheinlich zugunsten Deutschlands geändert [28]). Der Brief Kaiser Wilhelms I., in dem er jede Unterstützung des Battenbergers bei einem etwaigen Restaurationsversuche in Bulgarien ablehnte, verfehlte nicht seine Wirkung [29]).

Die Eintragungen Lamsdorffs für den Monat Februar (a. St.) sind sehr mangelhaft, der Monat März (a. St.) aber fehlt überhaupt. (Nach Neuem Stil klafft eine Lücke vom 26. Februar bis 12. April 1887). Für diese Zeit sind daher die Aufzeichnungen des deutschen Botschafters, General von Schweinitz, sehr wertvoll. Ein Brief des Staatssekretärs Grafen Herbert Bismarck vom 2. März spiegelt die Auffassung der Lage in Berlin und die verzweifelte Stimmung des russischen Botschafters deutlich wieder: „Aus verschiedenen Erlässen werden Eure Exzellenz ersehen haben, daß wir bei der von plumpem Mißtrauen diktierten Zurückhaltung Rußlands uns nach anderen Stützpunkten umsehen müssen. Paul Schuwalow ist höchst unglücklich über die unglaublich stümperhafte russische Politik und beschwört mich alle Tage, doch in Geduld zu warten, bis es dem weißen Zaren gefallen möchte, uns gute Worte und Zusicherungen zu geben. Als Abschlagstermin nennt er Anfang April; er will nämlich gleich nach Kaisers Geburtstag nach Petersburg fahren und gibt vor, den Glauben zu haben, dann dort alles durchsetzen zu können, was sein Bruder anzubahnen versuchte. Es wird aber wohl heißen, was Peter nicht konnte, kann Paul nimmermehr . . . Ich habe an Paul Schuwalow auf sein Plädieren für dilatorisches Verhalten gesagt, das könne bedenklich werden, weil nach den Gesetzen der Natur der Thronwechsel bei uns doch immer näher

[27]) Ebenda, S. 53 f., S. 56.
[28]) Ebenda, S. 57 ff.
[29]) Ebenda, S. 61 f. Große Politik N. 1033, Bd. 5 S. 165.

rücke und an jedem Tage stattfinden könne; überrascht uns derselbe, bevor wir einen Abschluß mit Rußland hätten, so würde ein solcher dann wohl nicht mehr zuwege zu bringen sein. Ich habe so durch die Blume gesprochen, weil ich nicht direkt sagen wollte, daß Rußlands bedenkliches Zaudern uns schon jetzt zum näheren Anschluß an England nötige“ [30]). Am 19. März erst wagte es Giers, mit dem Botschafter über die Erneuerung des Bündnisses zu sprechen, nachdem mehr als zwei Monate seit der Rückkehr Peter Schuwalows verflossen waren. Auffallenderweise äußerte Giers seine Geringschätzung über den Bulgarien betreffenden Teil des Dreikaiserabkommens, Bulgarien sei ihnen nun ganz gleichgültig, es müßte also etwas anderes gefunden werden. Als Hauptbedingung formulierte er vollständige Geheimhaltung und verwies dabei auf den oben erwähnten Verrat des Geheimnisses an Katkow und Laboulaye. Schweinitz hatte vollständig recht, wenn er seiner Meinung dahin Ausdruck gab, daß der Wert eines Abkommens, sei es zu zweien, sei es zu dreien, durch seine Geheimhaltung vermindert werde. Der Zar glaube, daß das Bündnis mit Deutschland für seine äußere Politik vorteilhaft sei, scheinbarer Deutschenhaß aber notwendig für seine Popularität und Sicherheit im Innern sei. „Wir dürfen also kaum hoffen“, schließt Schweinitz, „daß nach Erneuerung des Abkommens die panslawistische Agitation und die Annäherungsversuche an alle unsere Nachbarn aufhören, und wenn diese hierdurch ermutigt, die nationalen Leidenschaften in Rußland aber aufs höchste gesteigert sein werden, dann dürfte der Zar diesen zu widerstehen beim besten Willen kaum stark genug sein. Indessen liegt es mir ferne, behaupten zu wollen, daß aus diesen Gründen eine geheime, den Zaren einigermaßen bindende Abmachung nicht besser sei als gar keine“. Bismarck war allerdings nicht so skeptisch, denn sein Standpunkt war: „Hält er sie nicht, bindet sie uns auch nicht, auf den möglichen Bruch der russischen Freundschaft infolge revolutionären Druckes oder Aufruhrs müssen wir mit und ohne Vertrag gefaßt bleiben“ [31]). Augenscheinlich hat erst die Abreise Katkows nach Moskau aber die Verhandlungen über den Abschluß des Bündnisvertrages in Fluß gebracht. Katkow ist spätestens 13. oder 14. April nach Moskau zurückgekehrt und gerade um diese Zeit versprach Giers dem deutschen Geschäftsträger Bernhard von Bülow die Erneuerung der geheimen Vereinbarungen nach der Rückkehr des Berliner Botschafters Paul Schuwalows vom Lande und mit Unterstützung des Großfürsten Wladimir in die

[30]) Denkwürdigkeiten Schweinitz', II. Bd., S. 336. Über die Verhandlungen mit England vergl. Otto Becker, I. Teil S. 83 ff.

[31]) Ebenda, S. 337. Große Politik Nr. 1071, Bd. 5 S. 220 f.

Wege zu leiten [32]). Nunmehr kamen die Verhandlungen in Fluß, die dann nach der Rückkehr Paul Schuwalows nach Berlin in den ersten Maitagen gleich eine konkretere Grundlage bekamen und am 16. Juni abgeschlossen waren; der Vertrag wurde am 18. Juni in Berlin von Herbert Bismarck und Paul Schuwalow unterzeichnet [33]). Das Tagebuch Lamsdorffs ist für diese Zeit wiederum sehr lückenhaft. Die letzte Eintragung aus dem Jahre 1887 rührt vom 6./18. April her, das übrige, wie das ganze Jahr 1888, fehlen überhaupt. Zum 5./17. April vermerkt aber Lamsdorff drei Berichte des in Paris lebenden russischen Diplomaten Katakazy aus Paris, der die Notwendigkeit eines Ersatzes des Dreikaiserbündnisses durch ein Abkommen mit Deutschland betonte und eine sehr abschreckende Schilderung der anarchistischen Zustände Frankreichs, seiner Desorganisation und Irreligiosität entwarf. „Und mit diesem Lande wollen die Katkows und ihnen ähnliche Rußland verknüpfen", bemerkt Lamsdorff. Man beeilte sich, diese Berichte dem Zaren vorzulegen, und es ist möglich, daß sie, wie die Abwesenheit Katkows, ihre Wirkung in der Richtung des endgültigen Entschlusses des Zaren, mit Deutschland abzuschließen, ausübten [34]).

Während der nun folgenden Jahre der Dauer des Rückversicherungsvertrages hat sich manches ereignet, das deutlich beweist, wie schwer der russische Nachbar, das heißt der Zar Alexander III., zu behandeln war und wie sehr ihm eigentlich die sprichwörtliche Loyalität des österreichischen Bundesgenossen, Kaiser Franz Josefs, fremd war. Bismarck mußte dies schon erfahren, als nach der Thronbesteigung Kaiser Friedrich III. der ehemalige bulgarische Fürst, Prinz Alexander von Battenberg, zu Besuch in Charlottenburg in den ersten Apriltagen des Jahres 1888 erwartet wurde. Mit Rücksicht auf Rußland und den Zaren, der, wie wir gesehen haben, in den ersten Jännertagen 1887 durch den Grafen Peter Schuwalow eigens sondieren ließ, ob er sich auf Kaiser Wilhelm I. und Bismarck in der Battenbergischen Sache wohl verlassen könne, hatte Bismarck sogar die Kabinettsfrage gestellt; Kaiser Friedrich möge zwischen einem Nichtempfange Battenbergs oder seinem Rücktritte entscheiden [35]). Er konnte mit Recht erwarten, daß man ihn in Petersburg, wo er durch den Botschafter von Schweinitz von dem Tatbestande Mit-

[32]) Tagebuch Lamsdorff S. 80. Eintragungen zum 15. April 1887. Große Politik Nr. 1072, Bd. 5 S. 222.

[33]) Große Politik Nr. 1073—1094, Bd. 5 S. 223—259. Vergl. Gorjainow l. c. S. 334 ff.. Krasny Archiv I, S. 92 ff. (franz. und russ.), Becker 1. Teil S. 91 ff.

[34]) Tagebuch Lamsdorff S. 83.

[35]) Große Politik Nr. 1331 Bd. 5 S. 282 ff.

teilung machen ließ, energisch unterstützen werde. Das war aber absolut nicht der Fall. Giers konnte seine Freude, daß Bismarck in Verlegenheit sei, kaum verbergen. Die Antwort lautete, man habe ein so festes Vertrauen in Kaiser Friedrichs und des Reichskanzlers freundschaftliche Politik gegenüber Rußland und in ihre Treue gegenüber den Abmachungen über die Nichtzulassung Alexanders von Battenberg in Bulgarien, daß sie seinen Empfang in Berlin zwar bedauern, daß daraus aber keine nachteiligen Folgen für die deutsch-russischen Beziehungen zu befürchten seien [36]). Nur die Antwort, die Graf Paul Schuwalow im Namen des Zaren in Berlin überreichte, in der eine Heirat des Battenbergers mit der Prinzessin Viktoria, Tochter Kaiser Friedrich III., als sehr wenig wünschenswert und als den guten Beziehungen zu Deutschland abträglich bezeichnet wurde, befriedigte einigermaßen den Fürsten Bismarck, brachte ihn aber gegen Giers noch mehr in Harnisch. Er konnte mit Recht sagen, daß er doch nicht russischer sein könne als die russische Regierung selber. In seiner Weisung an Schweinitz hat er ganz trocken darangefügt, daß sich, wenn der russische Beistand in dieser Sache ausfalle, weil das Petersburger Kabinett nicht den Mut seiner Meinung hat oder Finesserien gegen ihn persönlich betreibe, der Sieg der englischen Politik am Berliner Hofe sich einfach vollziehen werde und infolgedessen notwendig auch sein Rücktritt [37]). Er hat in diesem Kampfe allerdings mehr Unterstützung bei Paul Schuwalow gefunden als bei Schweinitz; der innere Gegensatz zu Bismarck und eine gewisse innere Schadenfreude über die Schwierigkeiten seines Chefs lassen sich an diesen Stellen der Erinnerungen Schweinitzens unschwer erkennen.

Die Beziehungen zwischen Petersburg und Berlin wurden noch gespannter, als Kaiser Wilhelm II. den Thron bestieg. Zar und Zarin machten aus ihrer Antipathie gegen den jungen deutschen Kaiser, dessen selbstbewußtes Auftreten ihnen mißfiel, kein Hehl. Die gegen Rußland gerichteten finanziellen Maßnahmen Bismarcks und sein Bestreben, die Sicherheit Deutschlands auch außerhalb des russischen Drahts zu sichern, erbitterten das Zarenpaar natürlich auch gegen Bismarck [38]). Das Mißtrauen Alexander III. kommt auch gelegentlich in Randbemerkungen des Zaren drastisch zum Ausdruck. So wenn Bismarck durch den russischen Geschäftsträger, Grafen Murawiew, am 21. März 1889 mitteilen läßt, daß die Reise seines Sohnes Herbert nach England als Ursache „Cherchez la

[36]) Große Politik Nr. 1334 Bd. 6 S. 289 f. Schweinitz, Denkwürdigkeiten II. Bd. S. 363 ff.

[37]) Große Politik Nr. 1336 Bd. 6 S. 291 f.

[38]) Tagebuch Lamsdorff, Eintragungen zum 11. Feber 1889, S. 114.

femme“ habe und er dies nur benützen wolle, um die englische Hilfe in der Samoafrage gegen Amerika zu erhalten. Da schreibt der Zar auf das Telegramm: „Wieder führt dieses Obervieh etwas im Schilde und will uns die Augen mit der Geschichte mit den Amerikanern und Samoa auswischen! Das ist naiv!“ [39]).

Und noch mehr äußerte sich die deutschfeindliche Gesinnung des Zaren in der Frage des Gegenbesuches des Zaren als Erwiderung für den schon 1888 erfolgten Antrittsbesuch Kaiser Wilhelm II. Wenn auch Schweinitz noch im Jänner 1889 seinem Kaiser die Hauptpunkte der Beziehungen zu Rußland dahin formulierte, „daß unser Empressement das Mißtrauen und den Hochmut der Russen vermehrt und daß es durchaus notwendig sei, den Schein zu vermeiden, als ob unser Verhältnis zu Österreich gelockert sei“ [40]), handelte der deutsche Kaiser nicht danach. Er sondiert selbst den russischen Botschafter am 10. März 1889 wegen des Termins des Gegenbesuches des Zaren in Berlin, möchte den russischen Thronfolger gern als Gast bei den Manövern begrüßen, während man im russischen Ministerium des Äußern die heikle Frage des Gegenbesuches dem Zaren gegenüber kaum anzuschneiden wagt [41]). Als sich Giers endlich am 26. März entschließt, den Zaren an den Gegenbesuch in Berlin zu erinnern, wird Alexander wütend. Niemals habe der Zar so scharf gesprochen. Er habe ihn an Paul I. erinnert und während seiner vierzehnjährigen Arbeit mit dem Zaren, habe er noch niemals einen solchen Vortragstag gehabt. Er werde des 26. März immer gedenken, so beweglich klagte Giers seinem Mitarbeiter. Der Zar äußerte sich äußerst abfällig über Wilhelm II. Es sei genug, daß der Cesarewitsch in Berlin gewesen sei, nämlich auf der Rückreise von Kopenhagen. Die Bemerkung seines Ministers, daß alle Herrscher ihre Absicht kundtun, den ihnen vom deutschen Kaiser erstatteten Besuch zu erwidern, beantwortet der Zar damit, daß ihm das gleichgültig sei. „Das sind seine Vasallen, sie sollen gehen, ihm ihre Verbeugung zu machen, ich nicht.“ Dabei waren Kaiser Franz Josef, die Könige von Italien und Schweden und der eigene dänische Schwiegervater des Zaren darunter. Nachdem er sich einigermaßen beruhigt, sagte der Zar: „Vielleicht werde ich einmal auf der Durchreise eine Zusammenkunft haben, aber zu fahren, um einen Besuch in Berlin selbst zu erwidern, niemals!“ Giers ist so eingeschüchtert, daß er darauf verzichtet, noch einmal auf die Berliner Reise zurückzukommen. Er habe seine Pflicht

[39]) Ebenda S. 172 f. Eintragungen zum 23. März 1889.
[40]) Schweinitz, Denkwürdigkeiten II. Bd. S. 375.
[41]) Tagebuch Lamsdorff S. 164 f. und S. 166. Eintragungen zum 17. und 18. März 1889.

getan, den Zaren darauf aufmerksam zu machen, daß er Kaiser Wilhelm den Gegenbesuch abzustatten habe, der Zar solle jetzt tun, was er wolle. Lamsdorff gibt dabei seiner Meinung Ausdruck, daß der so starke Haß des Zarenpaares daherrühre, daß sie es nicht ertragen, daß dieser kleine preußische Prinz, dem sie keine Bedeutung beilegen zu müssen wähnten, nun eine reale Macht geworden sei, die man achte und um deren Gunst fast ganz Europa und die ganze Welt werbe [42]). Botschafter Schweinitz vermerkt übrigens noch zum 14. Juni 1889: „Durch die Verzögerung des russischen Gegenbesuches und noch weit mehr durch die würdelose Besprechung, welche dieselbe in unserer offiziösen Presse findet, ist ein peinlicher Zustand eingetreten, der den Machtverhältnissen gar nicht entspricht und das Gesamtbild der politischen Situation fälscht. Ich habe schon seit Jahresfrist meiner Berichterstattung den deutlich ausgesprochenen Satz zugrunde gelegt, daß jedes Entgegenkommen von unserer Seite, das Mißtrauen und den Übermut der Russen vermehrt. Dies hat dem Kaiser mißfallen und ist von ihm gar nicht berücksichtigt worden“ [43]). Vom 11. bis 13. Oktober erfolgte dann endlich der Gegenbesuch des Zaren in Berlin. Nach den Mitteilungen Schweinitzens war dabei besonders die Aussprache des Zaren mit dem Kanzler befriedigend. Bei dem Frühstück vor der Abreise des Zaren sei von deutscher Seite sogar eine Herzlichkeit gezeigt worden, die Schweinitz schon Rückschläge befürchten läßt [44]). Wie wir aus dem dritten Bande der Erinnerungen Bismarcks wissen, ist es ja gerade deshalb zwischen Kaiser und Kanzler zu einer ernstlichen Verstimmung gekommen. Kaiser Wilhelm II. hatte nämlich auf der Jagd in Hubertusstock sich beim russischen Zaren zu längerem Besuch angesagt, den er zum Teil auf dem kleinen Jagdschloß in Spala mit ihm zubringen wolle. Bismarck hatte davor gewarnt, der Zar liebe häusliche Zurückgezogenheit, das Jagdschloß sei zu klein und für Besuche nicht eingerichtet. Außerdem fürchtete der Kanzler, daß es bei einem zu engen Verkehr zwischen den beiden verschieden gearteten Charakteren leicht zu Konflikten kommen könnte. „Im Interesse des Einvernehmens beider Kabinette“, sagt Bismarck, „hielt ich es für bedenklich, die mißtrauische Defensive des Zaren mit der aggressiven Liebenswürdigkeit unseres Herrn ohne Not in enge und lange Berührung zu bringen und um so mehr, als durch die Anmeldung ein Vorschuß an Zutunlichkeit gewährt wurde, welcher der russischen Politik gegenüber

[42]) Gedanken und Erinnerungen, III. Bd. S. 144.
[43]) Schweinitz, Denkwürdigkeiten II. Bd. S. 389.
[44]) Ebenda II. Bd. S. 390.

kaum und der mißtrauischen Einschätzung des Kaisers Alexander gegenüber noch weniger angebracht war.“ Kaiser Wilhelm war von den Bedenken Bismarcks dort, wo er Anerkennung erwartet hatte, unangenehm berührt und ließ dies den Reichskanzler auch fühlen [45]). Der Konflikt zwischen Kaiser und Kanzler in dieser Frage kam dann neuerdings zum Ausbruch in jener denkwürdigen Aussprache vom 15. März 1890, die das Vorspiel zur Entlassung Bismarcks wurde. Der Kanzler hatte auf Grund geheimer Berichte aus Petersburg, die Graf Hatzfeldt, der deutsche Botschafter, aus London geschickt hatte, von dem vom Kaiser, wie wir gesehen haben, selbst angesagten Besuche in Rußland im Sommer 1890 neuerdings abgeraten. Mochten diese Berichte auch dem Kaiser, der sie dem Kanzler, als dieser, um ihn zu schonen, sie ihm vorenthalten wollte, aus der Hand nahm, verletzen, wir wissen heute aus dem Tagebuche Lamsdorffs, daß sie gewiß der Wirklichkeit entsprachen, während Bismarck noch annahm, daß sie übertrieben oder gefälscht waren [46]).

Der Zar war augenscheinlich über seinen Berliner Besuch sehr befriedigt und hatte auch dem deutschen Kaiser und Kanzler gegenüber es nicht fehlen lassen, dieser Befriedigung offen Ausdruck zu geben. Aber bei dem verschlossenen und hinterhältigen Charakter des Zaren fiel diese augenblickliche Stimmung nicht schwer ins Gewicht. Man wußte im Petersburger Auswärtigen Amt, daß eine solche Stimmung nicht anhielt. Lamsdorff meint, man schreibe dem Zaren fälschlicherweise unbedingte Ehrlichkeit und Glauben an sein Recht und seine Macht zu [47]). Diesem Charakter entsprechend hielt die deutschfreundliche Stimmung beim Zaren auch nicht lange vor. Als Kaiser Wilhelm ihm durch Schweinitz eine riesige Photographie, den Parademarsch vor dem Berliner russischen Botschaftspalais darstellend, übergeben lassen wollte, machte der Zar Giers gegenüber, der ihm das ankündigte, gleich eine Grimasse [48]). Schweinitz hatte dies übrigens vorausgesehen [49]). Als Giers in derselben Audienz auf die Gerüchte von einer Verlobung des Cesarewitsch mit der Prinzessin Margarete von Preußen, einer Schwester des deutschen Kaisers, zu sprechen kam, antwortete ihm der Zar: „Das fehlte uns noch; davon ist keine Rede und es würde dies in Rußland den schlechtesten Eindruck machen.“ Dabei hatte der Finanzminister Wyschnegradskij dem Chef der Kanzlei des kaiserlichen Hauptquartiers, Grafen Olsufiew, der von ihm für sein Amt irgend-

[45]) Gedanken und Erinnerungen III. Bd. S. 144.
[46]) Ebenda III. Bd. S. 83 f.
[47]) Tagebuch Lamsdorff S. 212 f. Eintragungen zum 17. November 1889.
[48]) Ebenda S. 231. Eintragungen zum 10. Dezember 1889.
[49]) Denkwürdigkeiten des Generals Schweinitz, II. Bd. S. 391.

welche Geldforderungen bewilligt haben wollte, kurz zuvor gesagt: „Bringen Sie die Hochzeit des Thronfolgers mit der Prinzessin Margarete von Preußen zustande und ich verspreche Ihnen welche Kredite immer“ [50]). In der Tat hatte sich der Kurs des russischen Rubels auf dieses bloße Gerücht hin sofort gehoben. Die Geldknappheit des Rußland vor dem französischen Goldregen ist überhaupt augenfällig; sie tritt uns auch im Tagebuche des Grafen Lamsdorff immer wieder entgegen.

Indessen beschäftigte den russischen Außenminister und seinen Mitarbeiter schon seit Anfang Dezember 1889 intensiv der Gedanke der Erneuerung des Rückversicherungsvertrages. Schweinitz hatte aber am 25. November 1889 in Friedrichsruh Bismarck gegenüber den Gedanken geäußert, daß es ihm fraglich sei, ob die Verlängerung des Rückversicherungsvertrages für Deutschland vorteilhaft wäre. „In den wirklich kritischen Momenten habe sich seine Existenz nicht wirksam erzeigt, sei vielmehr fast in Vergessenheit geraten.“ Bismarck war damit einverstanden, in der Frage der Erneuerung keine Initiative zu ergreifen, sondern daß Schweinitz, wenn Giers darauf zu sprechen komme, die Sache ad referendum nehme [51]). Daher blieben die Erwartungen des russischen Außenministers getäuscht, wenn er glaubte, daß Schweinitz davon zu sprechen anfangen werde. Er nahm sich immer vor, Schweinitz auf dieses Thema zu bringen. Aber es war vergeblich. Man dachte dabei schon damals auf das von Paul Schuwalow aus besonderem Eifer ausgeklügelte „Protocole additionnel et trés secret“, mit anderen Worten auf die Artikel über Bulgarien und die Meerengen zu verzichten [52]). Am 31. Dezember entschloß er sich endlich, bei seinem Vortrage diese wichtige Frage dem Zaren zu unterbreiten. Der Zar billigte vollständig die Absicht, den Vertrag ohne das Protokoll zu erneuern, doch wünschte er, daß auch Giers keine Initiative zur Erneuerung des Vertrages ergreife, vor allem, daß er sich damit nicht beeile. „Wir haben noch genügend Zeit“, sagte der Zar, „warten Sie bis April und dann, zwei oder drei Monate vor Ablauf des Vertrages, kann man mit Schweinitz sprechen.“ Lamsdorff äußerte, als ihm Giers davon Mitteilung machte, noch die Befürchtung, daß Paul Schuwalow ihnen zuvorkommen und irgendeine Überraschung in der Art des Artikels „über die Schlüssel zum Hause“ bereiten werde. (Anspielung auf die Phrase „prendre pour garder la clef de Son

[50]) Tagebuch Lamsdorff S. 231.
[51]) Denkwürdigkeiten Schweinitz, II. Bd. S. 392.
[52]) Tagebuch Lamsdorff, S. 226, S. 239. Eintragungen zum 4. und 20. Dezember 1889. Vergl. Große Politik Nr. 1092 Bd. 5, S. 252 f.

Empire“ in Punkt 2 des Zusatzprotokolls)[53]. Paul Schuwalow machte gelegentlich seiner Anwesenheit in Petersburg in einer Audienz beim Zaren am 14. März 1890 tasächlich Anstrengungen, um das von Giers als überflüssig empfundene Zusatzprotokoll zu retten[54]). Augenscheinlich war aber dieser Versuch vergebens. Die Zeit war überhaupt bereits so weit vorgeschritten, die Entlassung Bismarcks stand vor der Tür, daß es sich nicht mehr um einzelne Punkte des Vertrages, sondern darum handelte, ob er überhaupt noch von Deutschland zu erhalten war.

Am 16. März 7 Uhr abends brachte der reguläre Kurier aus Berlin ein sehr vertrauliches Schreiben des Botschaftsrates Graf Murawiew, damals Geschäftsträger, vom 14. März. Fürst Bismarck war am 10. März in der russischen Botschaft erschienen, um für den Zaren anläßlich seines Thronbesteigungstages die Glückwünsche persönlich zu überbringen. Bei dieser Gelegenheit klagte er, wie schwer es in seinem Alter sei, mit dem Kaiser, der unausführbare Aufträge gebe und sich für einen Friedrich Wilhelm I. halte, auszukommen. Er könne am Ende seines Lebens nicht Maßnahmen durch seine Unterschrift sanktionieren, die er nicht billige. Er habe sich daher entschlossen, sich ganz von den Geschäften zurückzuziehen und einfacher Zuschauer der Ereignisse zu bleiben. Er würde dies sofort tun, aber er wolle nicht den Anschein erwecken, daß ihn die in den Reichstag gewählten „Schweine“ erschreckten. Er wolle noch vor den neuen Reichstag treten und dann gehen. Er klagte dann noch über seine Ministerkollegen, die sich aus Opportunitätsgründen von ihm abgewandt hätten, und über die Ratschläge unverantwortlicher Personen, namentlich Hintzpeters oder irgendeines kleinen Leutnants, denen der Kaiser Gehör schenke. Er klagte auch über das Hervortreten des Kaisers in der Arbeitergesetzgebung, besonders über die auf seine Anregung einberufene internationale Konferenz zur Regelung der Arbeitslöhne, von der der Reichskanzler nichts erwartete. Da der Kaiser aber natürlich viel stärker sei als er, sei er genötigt, der Macht zu weichen und sich vollständig von den Geschäften zurückzuziehen. Als ihm Murawiew am 11. März einen Gegenbesuch abstattete, kam er wieder auf dieses Thema zurück und sagte, es gebe Schlußworte einer deutschen Ballade, die da lauteten: „Sieben Jahre habe ich die Last getragen, jetzt kann ich es nicht mehr.“ Er aber habe viermal sieben Jahre diese Last getragen und könne jetzt nicht mehr. — Murawiew fand, daß an diesem Tage die Rede Bismarcks weniger hoffnungslos ge-

[53]) Tagebuch Lamsdorff, S. 247 ff., Eintragungen zum 31. Dezember 1889.
[54]) Ebenda S. 267, Eintragungen zum 15. März 1890.

klungen habe als am Tage vorher; er wage es daher auch nicht, zu entscheiden, ob die oft wiederholte „Kanzlerkrise" nicht wiederum so ausgehen werde, wie dies früher der Fall gewesen. Er glaube aber, daß der Rücktritt des Kanzlers in der Luft liege [55]). In einem Privatbriefe versucht Murawiew, indem er sich auf seine intime Bekanntschaft mit der Familie Bismarck beruft, den eigentlichen Hintergrund der Kanzlerkrise zu geben. Nach seinen, wie er sagt, aus erster Quelle geschöpften Nachrichten hält es der Kanzler mit seiner Würde für unvereinbar, länger im Amte zu bleiben, suche aber doch mit allen Mitteln seinen Einfluß und seine Stellung zu behaupten. Bisher sei es ihm nicht gelungen, diese Aufgabe zu lösen. Seine Familie mit der Fürstin an der Spitze und den zwei Söhnen bereden ihn, zu gehen, weil sie überzeugt seien, daß er kraft der Umstände bald von neuem als Sieger an der Macht sein werde. Der Kanzler erkenne aber die Gefahr dieses Manövers, er gebe sich besser als sie, besonders als sein ältester Sohn, Rechenschaft über die Lage der Dinge in Berlin. Kaiser Wilhelm sei sehr eifersüchtig auf seine Macht und liebe es, dieselbe zu zeigen [56]).

Der Zar, dem der Bericht Murawiews vorgelegt wurde, machte darauf die Bemerkung: „Ich glaube doch nicht, daß Bismarck geht." Am 17. März, 11 Uhr nachts, traf aber ein „streng persönliches" geheimes Telegramm des Botschafters Grafen Paul Schuwalow aus Berlin ein, das Lamsdorff bis 3 Uhr nachts entzifferte. Schuwalow war am 17. März morgens in Berlin eingetroffen. Gleich nach seiner Ankunft bat ihn der Kanzler, ihm einige Minuten Zeit zu schenken. Schuwalow fand ihn in äußerster Aufregung. Seine und seines Sohnes Entlassung seien vom Kaiser angenommen. Zu den Konfliktsfragen in der inneren Politik sei nun auch eine Frage der äußeren Politik hinzugekommen. Der Kaiser mache ihm seine russophile Politik zum Vorwurf. Bismarck hätte ihm die Gefahr militärischer Maßnahmen Rußlands gegen Deutschland systematisch verheimlicht. Für den Kanzler sei es außer Zweifel, daß der Kaiser in Fragen der inneren Politik sich unter dem Einflusse des Großherzogs von Baden, in denen der äußeren unter dem Waldersees oder eines anderen Generals befinde. Die Erbitterung Bismarcks sei so groß, daß er, Schuwalow, sich frage, ob Bismarck nicht die Lage, die mit seiner Entfernung von den Geschäften entstanden sei, zu schwarz sehe. Er stelle sich auch die Frage, ob nicht die Behauptung Bismarcks, die Ursache seines Rücktritts sei seine russophile Gesinnung, nicht ein Manöver darstelle, um von russischer

[55]) Ebenda, S. 269 f. Eintragungen zum 16. März.
[56]) Ebenda, S. 271.

Seite eine Demonstration hervorzurufen, die er dann als Beweis dafür ausnützen würde, daß nur er allein die Garantie für gute Beziehungen zu Rußland biete. Es scheine ihm daher, daß bis zur Klärung der Lage äußerste Aufmerksamkeit und Vorsicht geboten seien [57]).

Das Charakteristische an diesem Telegramm, das von Gorjainov nicht mitgeteilt wurde, ist die Haltung Schuwalows, von dem Bismarck ein Eingreifen zu seinen Gunsten vielleicht erwartet hatte, der aber nicht gesonnen war, ein solches Eingreifen des Zaren zu befürworten, was er im April 1888 beim Konflikte wegen des Battenbergers nach Schweinitzens Urteil augenscheinlich getan hatte. Getreu der Haltung des russischen Außenministers in jenem Konflikte von 1888 lautet auch jetzt seine Weisung an Schuwalow: „. . . Unser erlauchter Monarch würde den Rücktritt des Fürsten Bismarck von den Geschäften sehr bedauern. Übermitteln Sie dem letzteren unsere Sympathien, ohne dabei aber außer acht zu lassen, wie wichtig es ist, die Selbstliebe Kaiser Wilhelms nicht zu verletzen." Lamsdorff hatte diese Weisung im Auftrage seines Ministers verfaßt. Man muß es der Persönlichkeit Alexander III. zugute halten, daß er weniger zaghaft als seine Diplomaten war. Das Telegramm Schuwalows hatte auf ihn außerordentlich starken Eindruck gemacht. Er bedauerte den Abgang Bismarcks aufrichtig und war sehr beunruhigt. Der Schluß der Weisung an Schuwalow schien ihm daher auch zu vorsichtig: „Was heißt das ‚Ohne dabei aber außer acht zu lassen, wie wichtig es ist'? Schuwalow wird dann gar nichts tun." Er kann aber seine Auffassung, Bismarck durch das Eingreifen des russischen Botschafters an der Macht zu halten, nicht durchsetzen. Die Weisung an Schuwalow bleibt unverändert [58]). Die ernste Stimmung des Zaren kam auch in der Audienz des nach Berlin zum Ordensfeste reisenden deutschen Botschafters am nächsten Tage zum Ausdruck. Die Versicherung des Reichskanzlers, er sei wegen seiner russophilen Politik entlassen worden, wirkte immer noch nach. Der Zar fürchtete sogar, daß Waldersees Einfluß obsiege und dieser, der den Krieg mit Rußland wolle, wahrscheinlich auch Bismarcks Nachfolger werde. Trotz der beruhigenden Versicherung Schweinitzens kam der Zar immer wiederum auf Waldersee zurück. Zum Schlusse beauftragte er den deutschen Botschafter, Kaiser Wilhelm zu sagen, er vertraue darauf, daß durch den Abgang Bismarcks weder in den politischen Beziehungen der

[57]) Ebenda, S. 272 f. Eintragungen zum 17. März. Vergl. Gorjainow l. c. S. 342 f.

[58]) Tagebuch Lamsdorff S. 274. Eintragungen zum 18. März. Alle diese wichtigen Einzelheiten fehlen bei Gorjainow vollständig.

beiden Staaten noch in den persönlichen Verhältnissen der Monarchen eine Änderung eintreten werde [59]).

Am 21. März überbrachte der Kurier den telegraphisch bereits angekündigten ausführlichen Bericht über die Aussprache Schuwalows mit Bismarck am 17. März. Der Kanzler hatte seine russische Politik ausführlich dargelegt. Als Beweis für seine loyale Haltung gegenüber Rußland hatte Bismarck dem russischen Botschafter sogar seinen Bericht an Kaiser Wilhelm vom 11. August 1877, Varzin, im Original übergeben, damit der Zar, Giers und Schuwalow ihn lesen und dann wieder zurückgeben [60]). Es ist wichtig, festzustellen, daß Bismarck auch bei dieser Gelegenheit das Dreikaiserbündnis als die ideale Lösung des Problems der Verteidigung der Monarchien gegen den ansteigenden Sozialismus und die Revolution, die von allen Seiten Europa bedrohen, bezeichnet hat. Schuwalow verwies in diesem seinen Bericht auf die Analogie mit dem April 1888, mit der Krise aus Anlaß des projektierten Besuchs Alexander Battenbergs bei Kaiser Friedrich, besonders stark und bemerkte dabei, der Kanzler wünsche augenscheinlich zu demselben Mittel zu greifen, wie damals, um sich an der Macht zu halten. Er bezweifle aber, daß dieses Mittel bei der augenblicklichen Konjunktur wirksam sein werde. In einer Randbemerkung stimmte der Zar diesem Zweifel zu. Schuwalow glaubt auch, daß der Kaiser sich von seinem Kanzler mehr aus innen- als aus außenpolitischen Gründen getrennt habe. Die Erbitterung des Fürsten Bismarck aber sei ihm, auch wenn man annehme, daß er ohne jeden Hintergedanken sprach, so stark erschienen, daß er leicht den Einfluß seiner sogenannten Feinde, denen er seine Entlassung zuschreibe, auf die Außenpolitik des deutschen Kaisers übertrieben haben könne. Auch dazu äußerte der Zar in einer Randbemerkung seine volle Zustimmung. Schuwalow betont Giers gegenüber zwar, daß er immer Bismarck als eine ungeheure Friedensgarantie betrachtet habe, weil er aufrichtig danach strebte, allen Konfliktsstoff zwischen Deutschland und Rußland zu beseitigen. Er bedauere deshalb ehrlich seinen Rücktritt, als das Verschwinden einer das Gleichgewicht erhaltenden Kraft, die geeignet sei, die bis zu einem gewissen Grade plötzlichen, willkürlichen und unberechenbaren Entschlüsse des jungen Kaisers zu

[59]) Schweinitz, Denkwürdigkeiten II. Bd. S. 369 f., S. 399.

[60]) Dieses Schreiben fehlt in der „Großen Politik". Es enthält nach Lamsdorffs Angaben das Mitgefühl des Kanzlers über die russischen Niederlagen vor Plewna, das Projekt eines europäischen Eingreifens bei der Pforte zur Verhinderung der Grausamkeiten, weiters die Auffassung, daß Kaiser Alexander II. vollständige Handlungsfreiheit gegeben werde und die volle Neutralität Deutschlands aufrechterhalten werden müßte.

regeln. Auch diesem Gedanken stimmte der Zar zu. Die Lage sei also ernst und er, Schuvalov, könne nur die Worte seines Telegramms bezüglich der jetzt notwendigen Vorsicht und Aufmerksamkeit wiederholen [61]).

In einem Privatschreiben an Giers vom 19. März glaubte Schuwalow wiederum auf den Zwischenfall mit dem Battenberger zurückkommen und warnen zu müssen, dem Fürsten Bismarck noch einmal die russische Unterstützung zu gewähren. Der Bruch zwischen dem Kaiser und dem Kanzler sei so groß, daß es wahrscheinlich unzeitgemäß wäre, zu bestimmte Sympathien für einen Minister zu zeigen, der, wie er sagte, wegen seiner zu großen Vorliebe für Rußland gefallen sei. Schuwalow empfiehlt daher, sich bis zum Ende der Krise jeder Initiative zu enthalten. Er habe den Eindruck gehabt, daß nicht mehr der Reichskanzler, sondern der zukünftige Bewohner von Varzin vor ihm stehe [62]). In der Nacht nach diesem ereignisreichen 21. März kam noch ein Telegramm Schuwalows vom Morgen desselben Tages mit dem Bericht über die Audienz, zu der ihn Kaiser Wilhelm an diesem Morgen berufen hatte. Herbert Bismarck, der damals noch Staatssekretär des Auswärtigen Amtes war, hatte dem Kaiser am 20. März gemeldet, der russische Botschafter hätte ihm am Vorabend mitgeteilt, er sei vom Zaren ermächtigt, den deutschrussischen Vertrag auf weitere sechs Jahre in der Absicht, die bezüglichen Abmachungen als dauernde anzusehen, zu verlängern. Als Graf Paul Schuwalow vom Reichskanzler vernommen, daß der Kaiser sein Entlassungsgesuch verlange, habe er seine Anerbietungen zurückgezogen. Da Schuwalow nun bis 19. März abends erfahren hätte, daß der Kaiser keinen Anstand nehme, die Entlassung des Fürsten Bismarck zu vollziehen, würde der Zar auf die Verlängerung des Geheimvertrages verzichten, da eine so geheime Angelegenheit mit einem neuen Reichskanzler nicht verhandelt werden könne. Kaiser Wilhelm hatte zu diesem Schlußsatze die Randbemerkung gemacht: „Warum?“. Darauf hat Graf Herbert Bismarck noch am selben Tage die Antwort auf diese Frage in einem zweiten Schreiben gegeben, worin er wiederholte, Graf Schuwalow habe ihm gesagt, daß man russischerseits nach der Entlassung des Reichskanzlers aus seinen Ämtern auf eine Verlängerung des Vertrages verzichte. Er könne daher nach dieser Eröffnung nicht mehr auf die Sache zurückkommen. Kaiser Wilhelm blieb aber bei seinem „Warum?“ [63]). Wir müssen heute, da wir die Be-

[61]) Tagebuch Lamsdorff S. 276 ff. Eintragungen zum 21. März.
[62]) Ebenda, S. 281 f.
[63]) Große Politik, Nr. 1366, 1367, Bd. 7. S. 3 f.

richterstattung Graf Schuwalows aus jenen kritischen Tagen genau kennen, sagen, daß diese Angaben Graf Herbert Bismarcks nicht richtig waren. Wir können zu seiner Entlastung anführen, daß er, ebenso erregt wie sein Vater und gleichfalls in einem russischen Eingreifen die letzte Rettung sehend, aus den Worten des russischen Botschafters mehr herausgehört hat, als darinnen lag. Es ist selbstverständlich, daß Paul Schuwalow, ehe er nicht den Nachfolger des Fürsten Bismarck kannte, nicht wegen Erneuerung des Geheimvertrages verhandeln konnte. Die Stellungnahme aber, die ihm Herbert Bismarck zuschrieb, war sichtlich unrichtig. Paul Schuwalow ist später so weit gegangen, dem Minister Giers gegenüber zu sagen, Bismarck Vater und Sohn hätten augenscheinlich danach gestrebt, diese Verhandlungen als Mittel zu benützen, um sich an der Macht zu erhalten[64]). Die obige Deutung des Verhaltens Paul Schuwalows sehen wir bestätigt in der Unterredung mit Kaiser Wilhelm. Der Kaiser hatte nämlich unter dem Eindruck der Mitteilungen Herbert Bismarcks den russischen Botschafter noch in der Nacht auf den 21. März für 8 Uhr morgens zu sich gebeten. Diese Unterredung ist der Inhalt des obengenannten Telegramms Schuwalows. Es ist deshalb, da es Giers zu einem späteren Zeitpunkte Schweinitz vorlas, im ganzen und großen aus der Aktenpublikation des Auswärtigen Amts bekannt[65]). Das wesentliche ist die Erklärung Kaiser Wilhelms, daß er sehr bedauern würde, wenn Schuwalow, wie ihm dies Herbert Bismarck gesagt habe, die Absicht hätte, die Verhandlungen nicht fortzusetzen, und daß er bereit sei, den Vertrag vollkommen den Wünschen des Zaren entsprechend zu verlängern. Die Antwort Schuwalows, die bisher im Wortlaut nicht bekannt war, lautete: „Ich habe wirklich dem Grafen Bismarck gesagt, daß ich mich in Anbetracht der letzten Ereignisse entschlossen habe, die vor einigen Tagen mit seinem Vater begonnenen Verhandlungen zu unterbrechen. Angesichts der grundlegenden Änderung in der Lage der Dinge und des Personenwechsels war mein Wunsch, mich vorher zu orientieren, vollständig natürlich. Deshalb hauptsächlich habe ich mich entschlossen, um neue Instruktionen zu bitten, ehe ich die durch die Ereignisse so plötzlich unterbrochenen Verhandlungen fortsetze . . . .“[66]). Aus diesem Wortlaut ist deutlich zu ersehen, daß es sich um eine durch die Umstände dem russischen Botschafter diktierte Unterbrechung handelte.

---

[64]) Tagebuch Lamsdorff S. 302. Eintragungen zum 16. April.

[65]) Große Politik, Nr. 1373, Anlage, Bd. 7, S. 20 f. Vergl. Schweinitz II. Bd., S. 400.

[66]) Tagebuch Lamsdorff S. 283 f.

Der Zar hatte dieses Telegramm Schuwalows am 22. März mit der Randbemerkung versehen: „Befriedigenderes konnte man nicht erwarten. Wir werden in Zukunft sehen, ob alles so sein wird, wie es der Kaiser sagt. In der gegenwärtigen Minute ist dies sehr beruhigend“ [67]). Er stimmte auch der von Schuwalow vorgeschlagenen persönlichen Botschaft an Kaiser Wilhelm zu, die von Lamsdorff entworfen worden war. Graf Schuwalow erhielt den Auftrag, dem Kaiser den Dank des Zaren zu übermitteln und zu sagen, dieser habe niemals an der unveränderlichen Ergebenheit seines Freundes und Bundesgenossen gegenüber den Prinzipien und Traditionen einer großen Vergangenheit, die die beste Bürgschaft für den Frieden seien, gezweifelt. Der Zar sei sehr einverstanden, den Geheimvertrag zu erneuern. Zugleich erhielt Schuwalow von seinem Minister die Mitteilung, er werde nicht ermangeln, ihn sofort mit genauen Instruktionen in dieser Frage zu versehen [68]).

Am 24. März kam der ausführliche Bericht Schuwalows über seine Unterredung mit Kaiser Wilhelm, der sich im wesentlichen mit dem Inhalt des Telegramms vom gleichen Tage deckt. Er rät hier nur, die Stellung des Deutschen Kaisers, der nach den Mitteilungen, die ihm Herbert Bismarck gemacht, eine Änderung der Absichten des Zaren befürchtete, auszunützen und mit der Durchführung der Vertragsverlängerung zu eilen. Er bittet daher um Instruktionen und Vollmachten, um mit den neuen Männern verhandeln zu können, da er daran zweifle, daß Herbert Bismarck noch lange Staatssekretär des Äußern bleibe. Es wäre auch am besten, wenn Vertrag und das Zusatzprotokoll ohne jede Änderung verlängert würden, um die Verhandlungen mit diesen leichter führen zu können; wenn sie etwas geändert wissen wollen, sollen sie selbst die Initiative ergreifen. Lamsdorff macht sich über diese Hartnäckigkeit des Botschafters, sein Werk, das „thörichte“ Zusatzprotokoll zu retten, lustig, aber auch er ist für die Beschleunigung des Abschlusses [69]). Tatsächlich billigt der Zar schon am 25. März die Instruktionen für Schuwalow, die ihm am selben Tage telegraphisch angekündigt werden. Der Vertrag soll unverändert bleiben, aber das Zusatzprotokoll muß weggelassen werden; die Dauer des Vertrages fünf statt der bisherigen drei Jahre hatte der Zar selbst eingesetzt [70]). Diese Instruktionen wurden am 26. März abends von Giers unterzeichnet und sollten am Morgen des nächsten Tages nach Berlin gehen. Da kam ein Telegramm Schuwalows vom selben Tage, das

[67]) Ebenda, S. 286. Eintragungen zum 22. März.
[68]) Ebenda, S. 285.
[69]) Ebenda, S. 287 ff. Eintragungen zum 24. März.
[70]) Ebenda, S. 291 ff. Eintragungen zum 25. März.

alles über den Haufen warf. Graf Herbert Bismarck, der in zwei Tagen sein Amt verlasse und dem er das bevorstehende Eintreffen der Instruktionen zum Vertragsabschluß mitgeteilt habe, habe ihm gesagt, er hätte dem Kaiser geraten, diesen Akt in St. Petersburg zwischen Giers und Schweinitz vornehmen zu lassen. Herbert Bismarck motivierte diesen Rat damit, daß es angesichts der vollständigen Unvertrautheit mit dieser Frage aller derer, die diese Verhandlungen führen sollen, nach seiner Meinung besser sei, die Verhandlungen in den Händen jener zu konzentrieren, die von der einen und der anderen Seite schon daran teilgenommen haben und die Lage kennen. Der Kaiser teile im Prinzip diesen Gedanken, und auch General Schweinitz billige ihn. Während Giers darüber sehr erfreut ist, hatte Lamsdorff gleich starke Zweifel. Er hatte den Eindruck, daß etwas nicht in Ordnung sei, und konnte sich der Sorge nicht erwehren, daß es doch vielleicht besser wäre, trotzdem Schuwalow die Instruktionen mit der Bemerkung zu senden, daß die Eile russischerseits durch den Wunsch Kaiser Wilhelms hervorgerufen worden sei. Aber Giers ist dagegen und so ergeht an Schuwalow die telegrafische Weisung, daß der Zar mit der Fortführung der Verhandlungen in Petersburg einverstanden sei. Nur wäre es wünschenswert, um jede Verzögerung zu vermeiden, wenn Schweinitz mit allen Vollmachten zurückkehrte, damit er hier den Vertrag unterzeichnen könne [71]). Aber schon am 30. März kam ein Telegramm Schuwalows, Schweinitz sei am Vortage ohne Vollmachten zum Vertragsabschluß auf seinen Posten abgereist, weil die neuernannten Männer nach seinen Worten mit der Lage noch nicht genügend vertraut seien, um ihre Unterschrift unter einen Akt zu geben, für den sie allein die Verantwortung tragen. Schuwalow macht dabei seinen Minister aufmerksam, daß nach seiner Meinung, wenn sich hinter den Versicherungen des deutschen Botschafters nicht ein Hintergedanke verberge, sich die Sache hinausziehen werde. Er werde daher noch gelegentlich seiner nächsten Anwesenheit in Petersburg darüber sprechen können [72]).

Inzwischen war nämlich in Berlin die Entscheidung im Sinne der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages gefallen. Hatten Bismarcks, Vater und Sohn, von einem Eingreifen des Zaren eine Wendung in der Kanzlerkrise erhofft, so war Holstein darauf bedacht, durch eine rasche Entscheidung über die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages für immer des Kanzlers Rückkehr und damit eine Gefährdung seiner eigenen Stellung auszuschließen.

[71]) Ebenda, S. 293 ff. Eintragungen zum 26. März.
[72]) Ebenda, S. 297. Eintragung zum 30. März.

In der entscheidenden Besprechung am 23. März beim Reichskanzler Caprivi, die auf Holsteins Initiative stattfand und an der außer ihm noch der Unterstaatssekretär Graf Berchem und der vortragende Rat Raschdau teilnahmen, ist die endgültige Entscheidung gegen die Erneuerung gefallen [73]). Wir kennen ja die Argumente gegen die Erneuerung aus der Aufzeichnung Berchems vom 25. März, und Becker hat sie auch schon auf ihre Stichhaltigkeit zutreffend geprüft [74]). Nur ein Argument verdient immer und immer wiederholt zu werden, weil es in seiner Kurzsichtigkeit erschütternd ist: „Die Gefahr eines Zusammengehens Frankreichs mit Rußland ist heute geringer als noch vor einigen Jahren, wir haben kein Interesse, dieses Zusammengehen zu beschleunigen, indem wir zu einem bulgarischen Abenteuer raten in einem Augenblick, da wir einen Konflikt mit Frankreich nicht wünschen können“ [75]). Man muß bei dieser Argumentation wirklich mit Becker gegen die innere Ehrlichkeit der Denkschrift stärksten Zweifel erheben [76]). Durch den Hinweis auf die Unvereinbarkeit des Rückversicherungsvertrages mit dem geheimen Vertrage mit Rumänien war Schweinitz durch Caprivi auch für die Nichterneuerung gewonnen worden. Beide erstatteten dann am 28. März 1890 in diesem Sinne dem Kaiser Vortrag, der sich auch für diese Auffassung entschied [77]). Diese kaiserliche Entschließung stand aber in direktem Gegensatze zu dem, was, wie wir gesehen haben, Wilhelm II. am Morgen des 21. März dem russischen Botschafter versichert hatte. Schweinitz fand es daher für nötig, Schuwalow in vorsichtiger Weise auf den Umschwung aufmerksam zu machen, deren Wirkung wir in dem Telegramm Schuwalows vom 30. März kennen gelernt haben. Schuwalow allerdings war konsterniert und fühlte sich seiner Regierung gegenüber bloßgestellt, um so mehr, als er, wie wir sahen, von Petersburg aus die Weisung erhalten hatte, dafür zu sorgen, daß Schweinitz mit allen Vollmachten zum Abschluß des Vertrages nach Petersburg kommen solle. Schweinitz suchte ihn zu beruhigen und riet ihm, in milder Form Herrn von Giers zu melden, daß die neuen Männer zögerten. Er fand es aber doch für notwendig, von Schuwalow der Schweigepflicht über dessen Unterredung mit dem Kaiser am 21. März entbunden, Caprivi davon Mitteilung zu machen. Das geschah alles noch am 28. März. Am 29. aber erging die Ent-

[73]) Becker, Das französisch-russische Bündnis S. 43 f.
[74]) Ebenda, S. 46 ff.
[75]) Große Politik. Bd. 7, Nr. 1368, S. 9.
[76]) Becker l. c. S. 54.
[77]) Schweinitz' Erinnerungen, II. Bd. S. 403 ff. Große Politik, Bd. 7, Nr. 1369, S. 10 f.

scheidung des Kaisers, es solle bei dem Beschlossenen bleiben. Hätte Schweinitz auf der Einlösung des kaiserlichen Wortes gegenüber dem russischen Botschafter bestanden, dann hätte Caprivi zurücktreten müssen, darüber war Schweinitz sich augenscheinlich schon in dem Augenblicke seiner Vormittagsbesprechung am 27. mit dem neuen Reichskanzler klar [78]).

Graf Schuwalow wurde übrigens bald zum Lobpreiser Caprivis. Bei seiner Anwesenheit in St. Petersburg, anfangs April, wurde er nicht müde, über die Intrigen und Machenschaften Bismarcks, die jetzt angeblich ans Licht gekommen, zu klagen und den neuen Kanzler als einen offenen und ehrlichen Mann zu loben, mit dem es für Rußland auszukommen viel leichter sein werde. Er ist deshalb auch dafür, Schweinitz in der Sache der Erneuerung des Vertrages nicht zu drängen [79]). Auch von Marschall ist er begeistert. Allerdings verschweigt er Giers nicht, daß Caprivi seiner Meinung nach den Vertrag nicht erneuern werde [80]). Trotzdem gab Giers die Hoffnung nicht auf, doch noch zu irgendeiner Abmachung mit Berlin zu kommen. In beweglichen Worten sagte er Schweinitz Mitte Mai, daß er für seinen Nachfolger etwas Bindendes zurücklassen wolle. Er wies auf das Mißliche hin, daß nach dem 18. Juni ein Nichts an Stelle des bestehenden Vertragsverhältnisses trete, und erinnerte Schweinitz an der Hand des Telegramms Schuwalows vom 21. März an die Erklärungen Kaiser Wilhelms. Schweinitz unterstützte auch seinerseits das Begehren des russischen Außenministers. Er bemerkte, daß Giers triftige Gründe haben müsse, auf das Verlangen nach einer schriftlichen Abmachung zurückzukommen, „durch welche vor allem anderen der russischen Regierung die Möglichkeit genommen wird, sich mit Frankreich zu gemeinschaftlichem Vorgehen zu koalieren". Aus seiner Bereitwilligkeit, nicht nur auf das Zusatzprotokoll, sondern auch auf die Anerkennung der „influence prépondérante et décisive en Bulgarie et en Roumelie" zu verzichten, könne Caprivi ersehen, „daß die Motive des Ministers nicht in der Absicht, aktiv auf der Balkanhalbinsel vorzugehen, zu suchen sind". Damit wären ja die Hauptbedenken der Berchemschen Denkschrift gefallen, denn daß das Bündnisverhältnis mit Österreich und Rumänien die Erneuerung des Vertrages nicht unmöglich machte, ist heute wohl allgemein anerkannt. Schweinitz betonte auch, daß nach seinem Dafürhalten der Augenblick günstig sei, um Deutschland im Falle eines französischen Angriffs die Neu-

[78]) Schweinitz' Erinnerungen, II. Bd., S. 405 f.
[79]) Tagebuch Lamsdorff S. 300. Eintragungen zum 13. April.
[80]) Ebenda, S. 302. Eintragungen zum 16. April.

tralität Rußlands zu sichern, ohne Verbindlichkeiten zu erneuern, die mit den Verträgen mit anderen Mächten unvereinbar seien. „Ich darf hierbei nicht unterlassen, die unvorgreifliche persönliche Ansicht auszusprechen, daß, wenn wir die weit entgegenkommenden Anträge des russischen Ministers völlig abweisen, er oder sein Nachfolger gezwungen sein würde, die Anlehnung, die er bei uns nicht findet, anderwärts zu suchen“ [81]). Und in einem Privatbriefe an Caprivi vom nächsten Tage, dem 16. Mai, betonte Schweinitz, daß er es nicht für ratsam halte, die Hand, welche der Zar nochmals ausstrecke, zurückzustoßen [82]). Aber es war vergebens, Holstein und unter seinem Einfluß auch Staatssekretär Marschall, aber ebenso die vortragenden Räte Kiderlen und Raschdau waren gegen die Erneuerung des Vertrages in irgendwelcher Form [83]). Unter Einfluß ihrer Argumente hat dann Caprivi beim Kaiser am 23. Mai die Ablehnung der neuen Vorschläge des russischen Außenministers vorgeschlagen, und der Kaiser entschied, daß die russischen Anerbietungen nicht dilatorisch, sondern so behandelt werden, daß sie als definitiv erledigt anzusehen seien. Die Sorge um den Dreibund, unter den Rußland nach seiner Auffassung durch einen Geheimvertrag eine Mine lege, sowie die Angst, England sich zu entfremden, waren für den deutschen Reichskanzler ausschlaggebend. Dabei war er der trügerischen Hoffnung, daß die französische Allianz für Rußland solange wertlos sei, solange die englische Mittelmeerflotte dazwischentreten könne. „Eine Allianz aber“, sagte Caprivi, „die England und Frankreich umschlösse, ist der englischen Interessen im Mittelmeer wegen durchaus unwahrscheinlich“ [84]). Diese Unwahrscheinlichkeit aber ist zum Verhängnis Deutschlands drei Lustren später zur Wirklichkeit geworden.

Am 31. Mai gingen die dieser Entscheidung entsprechenden Instruktionen, daß von einer Erneuerung des Vertrages keine Rede sein könne, sondern, daß es bei den Märzbeschlüssen bleibe, an Schweinitz ab [85]). Gerade am 29. Mai aber ging die Weisung Giers' an Paul Schuwalow, den Widerspruch zwischen den Worten Kaiser Wilhelms an ihn und dem Zögern der deutschen Regierung mit der Vertragserneuerung aufzuklären. „Unter den Ihnen vom Kaiser gegebenen Versicherungen“, heißt es dort, „ist eine der wichtigsten, die Behauptung, daß die deutsche Politik immer die Politik des Monarchen, aber nicht des Kanzlers gewesen sei und sein werde.

[81]) Große Politik Bd. 7 Nr. 1372 S. 17 ff.
[82]) Ebenda, Nr. 1373, S. 20.
[83]) Ebenda, Nr. 1374 bis 1377, S. 22 ff.
[84]) Ebenda, Nr. 1378/9, S. 29 ff.
[85]) Ebenda, Nr. 1380, S. 33 ff.

Wodurch erklärt sich nun in einem solchen Falle, daß die Entfernung des Fürsten Bismarck so auf die allerhöchsten Entschließungen, die wir, und dabei in so kategorischer Form, aus dem Munde Kaiser Wilhelms selbst gehört haben, einwirken konnte“ [86]). Schuwalow antwortete darauf am 31. Mai mit der Frage, ob er Caprivi offen um Aufklärung über den seltsamen Widerspruch zwischen den Worten des Kaisers und der gegenwärtigen Haltung seiner Regierung bitten solle. Giers und sein Mitarbeiter waren aber der irrigen Meinung, daß Schuwalow seinerzeit die Sache in Berlin verdorben und deshalb die Übertragung der Verhandlungen nach Petersburg angeregt habe, um alle Schuld des Mißerfolges auf Giers abzuwälzen. Er erhält daher in der vom Zaren am 2. Juni gebilligten Instruktion nicht die von ihm verlangte Ermächtigung, Caprivi offen zu stellen, sondern, wenn der Vertrag nicht erneuert werden sollte, auf jede Formel einzugehen, die das Festhalten an den Grundlagen der Verständigung feststelle. Aber dies sei Sache der deutschen Initiative, der Zar aber will nur, daß Schuwalow im Namen seiner Regierung und nicht im eigenen spreche [87]). Dieses Telegramm wurde nicht mehr abgesandt, denn am 4. Juni entledigte sich Schweinitz seines Auftrages. Die ganz bestimmte Weigerung, den Vertrag zu erneuern, machte auf Giers deshalb einen so unangenehmen Eindruck, weil seiner Meinung nach die angeführten Gründe wenig überzeugend und die Aufklärungen unbefriedigend waren. Auch Lamsdorff als einer der Hauptverfechter des engen Einvernehmens mit Deutschland fühlte sich durch das nach seiner Meinung inkorrekte Vorgehen Berlins beleidigt. Schuwalow wurde am 5. Juni kurz die deutsche Ablehnung mitgeteilt [88]). Zufrieden war nur der Zar. Auf den Vortrag seines Außenministers über die entscheidende Unterredung mit Schweinitz schrieb er mit roter Tinte folgende Worte: „Ich persönlich bin sehr froh, daß Deutschland als erstes den Vertrag nicht erneuern will und bedauere es nicht sehr, daß es ihn nicht mehr geben wird. Die Auffassungen des neuen Kanzlers aber über unsere Beziehungen sind sehr bezeichnend. Mir scheint, Bismarck hatte recht, als er sagte, daß die Politik des Kaisers mit seinem, Bismarcks, Abgang sich ändern werde“ [89]).

Nicht der Zar also, sondern sein Minister ist die treibende Kraft in der Bündnisfrage mit Deutschland. Der Zar empfand den Vertrag mit Deutschland als notwendiges Übel und nicht mehr. Mit dem

---

[86]) Tagebuch Lamsdorff S. 310 f. Eintragungen zum 28. Mai.
[87]) Ebenda, S. 312 f.
[88]) Ebenda, S. 313 f. Eintragungen zum 4. Juni.
[89]) Ebenda S. 317 vergl. Gorjainow l. c. S. 344.

Herzen war er längst nicht mehr, vielleicht überhaupt nie bei der Sache. Das kann nicht oft genug gesagt werden. Giers gab trotz allem seine Hoffnung nicht auf, doch zu einer Vereinbarung in irgendeiner Form zu kommen. Er beauftragte am 11. Juni Schuwalow, wenn er es für möglich halte, Caprivi den Austausch von Noten vorzuschlagen, worin beide Mächte erklären, daß sie zwar den Geheimvertrag von 1887 nicht erneuern, aber doch wünschen, die zwischen ihnen bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu erhalten; dabei solle festgestellt werden, daß die Grundlagen ihrer Vereinbarung sowohl in Balkanfragen als auch bezüglich der Unverletzlichkeit des Prinzipes der Schließung der Meerengen erhalten bleiben [90]). Und als Schuwalow von einem solchen Schritte abriet, weil Caprivi dazu kaum zu bewegen sein werde und unter Umständen der Weg zu Verhandlungen mit ihm bei seinem bevorstehenden Besuche in Rußland verrammelt werden könnte, blieb Giers trotzdem bei seiner Meinung [91]). Wieder war es der Zar, der sich für Schuwalows Ansicht entschied. „Ich neige", schrieb er auf den von dem auf Urlaub in Finnland weilenden Giers Ende Juni schriftlich erstatteten Bericht, „eher der von Schuwalow geäußerten Meinung zu. Es scheint, daß es, wenn Deutschland einmal unser Geheimabkommen nicht erneuern will, unsere Würde nicht erlaubt, zu fragen, warum und weswegen. Wenn der Kaiser und Caprivi hier sein werden, werden wir sehen, wie es steht. Es ist kein Zweifel, in Deutschland hat sich in der Politik eine Wendung vollzogen, und wir müssen auf alle Zufälle gefaßt sein." In diesem Sinne ging auch die Weisung an Schuwalow [92]). Gerade damals weilte General Graf Kutusow, der der Person des deutschen Kaisers nach alter Gewohnheit, die auf die Tage Alexander I. und Friedrich Wilhelm III. zurückgeht, zugeteilt war, in Petersburg. Die Nachrichten, die er dem Zaren brachte, waren für den deutschen Kaiser keineswegs günstig. „Gerade war Graf Kutusow bei mir", schreibt der Zar an seinen Minister, „und übermittelte mir seine Eindrücke. Sie sind nicht tröstlich und nicht beruhigend. Die Nervosität des Kaisers wächst mit jedem Tage, die Unbeständigkeit seines Charakters und seiner Überzeugungen versetzen seine Umgebung in Entsetzen, die ständig verstärkte Bewaffnung der Armee aber ergibt bei all dem einen noch beunruhigenderen Zustand" [93]). Das Mißtrauen des Zaren gegen die Person des jungen deutschen Kaisers war also neuerlich stark geweckt. Daran hat wohl auch der Besuch des Kaisers, in dessen Gefolge sich auch der

[90]) Ebenda S. 322 vergl. Gorjainow l. c. S. 345.
[91]) Ebenda S. 324 f. und S. 326 f. (Tagebuch Lamsdorff.)
[92]) Ebenda S. 328 f. vergl. Gorjainow S. 346.
[93]) Ebenda S. 330, Gorjainow l. c. S. 346.

Reichskanzler Caprivi befand, in der zweiten Augusthälfte nicht viel geändert. Wenn Giers sich auch mit dem deutschen Kanzler sehr gut verstand, so war dieser doch mit fester Marschroute nach Rußland gekommen, weder einen Vertrag zu schließen, noch in der bulgarischen und Meerengenfrage irgendwie auf die Wünsche Rußlands einzugehen [94]). Der Versuch des russischen Außenministers, den Inhalt dieses ihres Gedankenaustausches namentlich in der bulgarischen und Meerengenfrage schriftlich festzulegen, mußte daher mißlingen. Caprivi lehnte es rundweg ab, etwas Schriftliches aus der Hand zu geben, und es blieb dem russischen Geschäftsträger Graf Murawiew nichts übrig, als zu betonen, er habe dazu keinen Auftrag gehabt, sondern diesen Schritt auf eigene Verantwortung getan [95]). Ganz ungerechtfertigt schob man im russischen Außenministerium diesen letzten Mißerfolg auf Murawiew, der nicht genug geschickt vorgegangen sei. Lamsdorff aber vermerkt zum 23. September in sein Tagebuch: „So ist also unser Geheimvertrag mit Deutschland endgültig begraben“ [96]).

Es drängt sich nach all den geschilderten Phasen des Abschlusses und Endes des Rückversicherungsvertrages die Frage auf, wie sich die Lage gestaltet hätte, wenn der Vertrag 1890 auf weitere fünf Jahre verlängert worden wäre. Mit anderen Worten, wären die Nachfolger Bismarcks in der Wilhelmstraße in der Lage gewesen, den Nutzen aus dem Geheimvertrage zu ziehen, den er im Auge hatte, eine wirksame Garantie gegen den „Cauchemar des coalitions“ zu schaffen. Ich glaube, diese Frage kann ruhig mit Nein beantwortet werden. Nur die überragende, machtvolle Persönlichkeit Bismarcks und das ungeheure an Furcht vor seinem politischen Genie grenzende Ansehen, das er im russischen Volke genoß, wäre imstande gewesen, in Tagen der Entscheidung auch wirklich die Geltung des Vertrages zu sichern. Seinen Nachfolgern wäre dies wohl ebensowenig gelungen wie mit den italienischen und rumänischen Bundesgenossen im Weltkriege. Aus der ganzen Argumentation Caprivis gegen den Bündnisvertrag ist daher nur eines zutreffend, wenn er nämlich die Frage aufwirft, was Bündnisse überhaupt wert seien, wenn sie sich nicht auf Interessengemeinschaft gründen. „Seit die Nationen“, heißt es dort, „ihre Interessen und Stimmungen, in einer so viel wesentlicheren Art als etwa im Siebenjährigen Kriege an Krieg und Frieden beteiligt sind, reduziert sich der Wert einer Allianz erheblich, wenn das Bündnis nicht die

[94]) Große Politik Bd. 7 Nr. 1609 S. 347 f.

[95]) Ebenda Nr. 1611/12 S. 351 ff. Tageb. Lamsdorff S. 332 ff., Gorjainow S. 348. Vergl. Schweinitz, Denkwürdigkeiten II., S. 416.

[96]) S. 334.

Stütze in der öffentlichen Meinung findet“ [97]). Wir haben gesehen, daß der Zar schon beim Abschlusse 1887 gerade deshalb zögerte, weil die öffentliche Meinung Rußlands gegen ein Bündnis mit Deutschland sei.

Man darf nicht vergessen, daß die sogenannte traditionelle russisch-deutsche Freundschaft, die von Friedrich II. und Katharina II. durch länger als ein Jahrhundert allen Stürmen standhielt, eine rein dynastische war, also ein Band, das Hohenzollern und Romanows umschloß. Schon mit der Thronbesteigung Alexander III. war dieses Band gelockert, das übrigens noch unter seinem Vorgänger solchen Belastungsproben ausgesetzt wurde, daß Bismarck den Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses für notwendig fand. Das Gefühl der gemeinsamen monarchischen Interessen trat schon unter Alexander III. gegenüber der Rücksicht auf die Sympathien und Antipathien des russischen Volkes zurück. Unter seinem schwachen Nachfolger aber wurde die Rücksichtnahme auf die Stimmung des russischen Volkes bei der Führung der Außenpolitik noch größer. Selbst in den Tagen der Not, im Spätherbst 1905, fand sich kein russischer Staatsmann, der für die Aufrechterhaltung des Vertrages von Björkö eingetreten wäre, der von Wilhelm II. und Nikolaus II. abgeschlossen und unterzeichnet worden war.

Der Deutsche war dem russischen Volke, so vor allem auch den Bauern, seit den Tagen der Leibeigenschaft in keiner guten Erinnerung. Als Gutsverwalter, als Ökonom haben deutsche Gründlichkeit, deutscher Arbeitseifer und manchmal auch Härte aus der Arbeitsleistung der russischen Leibeigenen das letzte herauszuholen gesucht. Nach der Bauernbefreiung trat dem russischen landwirtschaftlichen und Fabriks-Arbeiter der Deutsche wieder vielfach als Guts- und Fabriksdirektor, als Werkmeister entgegen. Grundverschieden ist zudem der Charakter des Großrussen und des Deutschen, namentlich des Norddeutschen. Der „schirokaja natura“ ist deutsche Pedanterie in der Seele verhaßt. Man lese nur ohne Retouche des Übersetzers etwa Tolstojs „Krieg und Frieden“ und versuche dort einen Deutschen zu finden, der sympathische Züge aufweist, der nicht ein Streber, ein Pedant oder noch Schlimmeres ist. Und dasselbe gilt von Dostojewkijs deutschen Typen. Dieser deutsch-russische Gegensatz kommt in fein ironisierender Form in dem 1881 erschienenen „Gespräch in einem Akt“ „Der Knabe mit und der Knabe ohne Hose“ Saltykov-Schtschedrins treffend zum Ausdruck. Die „Süddeutschen Monatshefte“ haben daher mit recht

[97]) Große Politik Bd. 7 Nr. 1379 S. 32.

im Februar 1915 die erste deutsche Übersetzung dieser Skizze des größten russischen Satirikers gebracht. Dabei ist es unleugbar, daß auch im russischen Volke der Respekt vor deutscher Tüchtigkeit unverkennbar ist. Es kommt dies wohl am deutlichsten in dem Volksausspruche „Der Deutsche hat den Affen erdacht", also jenes Tieres, das durch seine Menschenähnlichkeit auf den russischen Bauer den größten Eindruck macht. Aber sympathisch war der Deutsche dem russischen Volke niemals. Von den intelektuellen Kreisen, die, ob rechts oder links gerichtet, immer mit etwas allslawischem Öle gesalbt waren, will ich gar nicht sprechen.

Wenn ich um die Jahrhundertwende jahrelang im geistigen und nationalen Zentrum Rußlands, in Moskau, lebte, diese Abneigung gegen den Deutschen manchmal recht empfindlich am eigenen Leibe spürte, habe ich nach Kriegsausbruch mich doch gesträubt zu glauben, daß der Ausbruch des Krieges gegen Deutschland im Sommer 1914 vom russischen Volke mit allgemeiner Begeisterung begrüßt wurde. Ich habe dies für eine Erfindung der deutschfeindlichen und kriegslustigen Intelligenz gehalten, und mich nicht entschließen können, dies der russischen Presse zu glauben. Heute denke ich anders. Unanfechtbare Zeugen aus dem alten revolutionären Lager belegen es, daß kein Krieg in den breiten russischen Massen je mit solcher Begeisterung begrüßt wurde als der Krieg gegen Deutschland. So bezeugt zum Beispiel Michael Lemke, der bekannte Historiker der russischen revolutionären Bewegung, in seiner vernichtenden Kritik des russischen Hauptquartiers, wohin er nach dem Rücktritte des Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch gekommen war, diese Kriegsbegeisterung der russischen Massen. Als der Zar am 1. August in den Winterpalast ging, um das Kriegsmanifest zu verlesen, knieten die Massen vor ihm an derselben Stelle nieder, wo sie am 9. Januar 1905, als sie unter Gapons Führung ihm eine Bittschrift überreichen wollten, niederkartätscht worden waren, und ihre Begeisterung kannte keine Grenzen[98]). Nicht umsonst eilten alte, erbitterte Feinde des Zarismus, wie Wladimir Burcev und der Vater des russischen Marxismus, Georgij Valentinowitsch Plechanow, nach Kriegsausbruch ihrem Vaterlande begeistert zu Hilfe. Wir haben übrigens noch eine unverfängliche Quelle. Die Petrograder Ochrana hatte im Oktober 1916 für ihre vorgesetzte Behörde, das Ministerium des Innern, einen Geheimbericht über die innere Lage Rußlands verfaßt, worin sie sogar mit einem leisen Unterton der Geringschätzung, von dem „nie dagewesenen und

[98]) Lemke, 250 Tage im Hauptquartier, Petersburg, Staatsverlag 1920, S. 3, 7.

allgemeinen Aufschwung patriotischer Begeisterung bei Kriegsausbruch und in der ersten Kriegsperiode", ja von einem „Ausbruch chauvinistischer Gefühle" spricht, der bei Hoch und Nieder keinen anderen Gedanken, als den an einen raschen und entscheidenden Sieg aufkommen ließ und so dazu beitrug, daß niemand an die Organisation des Hinterlandes für einen länger dauernden und harten Kampf dachte. „Die lärmenden und endlosen Erscheinungen des chauvinistischen Enthusiasmus der ersten Kriegstage" verflogen erst, als der Krieg sich in die Länge zog, der Kontrast zwischen den theoretischen Berechnungen der Friedenszeit und dem kolossalen Maßstab des wirklichen Krieges sich überall deutlich zu fühlen gab und der Sommerfeldzug des Jahres 1915 die Massen unter dem Einfluß der Niederlagen ernüchterte [99]).

Eine französische Stimme zur Kriegsschuldfrage.

29 Août 1927.

Monsieur le Directeur et cher confrère.

Je vous remercie pour la lettre dans laquelle vous vouliez bien exprimer le regret de n'avoir pas eu, depuis assez longtemps, ma collaboration à la Kriegsschuldfrage.

Si je ne vous ai pas écrit, ce n'est certes pas que l'oeuvre entreprise de la recherche des responsabilités de la guerre m'apparaisse vaine ou inopportune — bien au contraire! Je crois, plus que jamais, que l'inique condamnation de Versailles est à la source de toutes les difficultés, de tous les maux du temps présent.

De cette vérité essentielle nous venons d'avoir une preuve nouvelle, au cours des travaux de la Conférence interparlementaire actuellement réunie à Paris et je saisis cette occasion pour vous adresser, pour la Kriegsschuldfrage, la présente lettre.

Il importe, en effet, devant le silence de tous nos parlementaires français, à cette Conférence, que l'on sache, en Allemagne, qu'il y a, en France, dans la masse du peuple comme dans les milieux intellectuels, des hommes qui, faisant fi des préjugés nationalistes et préférant à tout la vérité et la justice, ont approuvé les paroles de

[99]) Krasny Archiv XVII, S. 4 f.

Loebe et du professeur Schücking et non pas celles de Poincaré et d'Henry de Jouvenel.

Ce dernier a été particulièrement mal inspiré, lorsqu'il s'est permis de donner, à la Conférence, l'avis que „l'enquête sur les responsabilités de la guerre est une besogne dangereuse".

Il ne pouvait pas oublier, cependant, la condamnation de Versailles, le préambule de Clemenceau à la réponse des Alliés au mémoire allemand de 1919.

Il savait que l'Allemagne avait été condamnée, que les effets de cette condamnation se manifestent de façon incessante et il n'hésitait pas, cependant, à dire que l'enquête — qui, seule, aurait pu justifier, autrefois, la condamnation — est impossible, même encore à l'heure actuelle.

Singulière conception de la justice! Singulière mentalité qui ressemble, trait pour trait, à celle de certains juges américains que nous venons de dénoncer au monde!

La réponse du professeur Schücking était facile: il a rappelé la condamnation de Versailles et toute réplique était, ainsi, interdite à Henry de Jouvenel.

La vérité, malheureusement, c'est qu'aujourd'hui, en France, il n'est pas un homme d'Etat responsable — pas plus M. Herriot que M. Poincaré, pas plus M. Briand que M. de Jouvenel — qui accepte de revenir sur la sentence de Versailles, prononcée sans cette enquête que l'on proclame, encore aujourd'hui, impossible.

Et pourquoi ne veut-on pas revenir sur la sentence de Versailles?

Mais, tout simplement, parce que l'on ne veut pas revenir sur les conséquences de cette sentence.

Le Traité de Versailles — comme les autres Traités de 1919 — a, malheureusement, ressemblé à tous les Traités de tous les temps: Traité de violence et de rapines! Extorsion de capitaux! Rapt de territoires! Et, en outre, désarmement unilatéral des vaincus!

Seulement, comme les gouvernements alliés avaient prétendu combattre pour la liberté et le droit des peuples contre l'impérialisme, ils ont voulu masquer leur trahison et ils ont affecté de juger les vaincus (sans enquête!) et de leur infliger une condamnation.

Revenir sur cette condamnation, ce serait — ils le sentent bien — revenir obligatoirement sur les injustices du Traité de Versailles, sur celles du moins qui sont encore réparables.

Comment pourrait-on, par exemple, justifier le désarmement unilatéral de l'Allemagne, si l'on renonçait à tenir pour démontré que

l'Allemagne est une nation *seule* belliqueuse, *seule* impérialiste, *seule* responsable de la guerre, qu'elle est, *seule* — comme on dit — une nation de proie?

Et nous avons ici une preuve manifeste de ce que j'avançais en commençant cette lettre, à savoir que la question des responsabilités de la guerre est à la racine de tous les problèmes, de toutes les difficultés actuelles.

Lorsqu'au printemps dernier, nous discutions, au sein du parti socialiste (Section française de l'Internationale ouvrière) la loi sur l'organisation de la nation armée, rapportée à la Chambre par Paul-Boncour, je m'évertuais à souligner la contradiction insoutenable qu'il y aurait entre les attitudes des sections allemande et française de notre Internationale, en ces matières: les uns, les socialistes allemands travaillant, de toutes leurs forces, au désarmement de l'Allemagne tandis que les autres — nous, les socialistes français — nous allions travailler aux armements et aux fortifications de notre pays.

A maintes reprises, j'essayai, d'obtenir, sur ce point, des explications de Paul-Boncour lui-même. Vainement. Il ne venait pas aux réunions contradictoires ou, lorsque, par hasard, il était présent, il ne répondait pas aux questions posées.

L'explication de son silence embarrassé est, pour moi, la suivante: il n'aurait pu soutenir, à la fois, la loi Paul-Boncour, pour la France, et le désarmement, pour l'Allemagne, qu'à la condition de rappeler la condamnation de Versailles et de tenir celle-ci pour valable et définitive.

C'est ce que j'aurais voulu lui faire dire.

Devant un public socialiste, il n'a, tout de même, pas osé aller jusqu'au bout de l'expression du nationalisme qui l'anime depuis toujours.

On me permettra d'ajouter qu'au moment de cette discussion de la loi Paul-Boncour, en France, j'ai regretté de n'avoir pas entendu s'élever la voix des chefs qualifiés de l'Internationale Ouvrière, pour dénoncer la contradiction inadmissible qu'il y aurait à voir les socialistes allemands voter le démantèlement des fortifications allemandes alors que les socialistes français voteraient un programme de fortifications évalué à sept milliards de dépenses.

J'ai écrit à Kautsky, puis à Adler, pour leur demander de faire connaitre leur sentiment. Ni l'un ni l'autre n'ont accepté de parler, sur ce sujet, à l'Internationale Ouvrière ni au Parti français.

On m'expliquera leur silence par des considérations de politique intérieure allemande; on me dira que les socialistes allemands ne

Fernand Gouttenoire de Toury

veulent pas prendre une attitude qui risquerait de les faire confondre avec les nationalistes.

C'était la même antienne, lorsqu'il s'agissait d'expliquer pourquoi, dans leur propagande, les socialistes allemands ne combattent pas énergiquement les articles 227, 228 et 231 du Traité de Versailles.

J'avoue n'avoir jamais rien compris à cette sorte de raisons, à cette politique timorée et pusillanime. Le malheur, c'est que nous n'avons plus de socialistes de la trempe d'un Bebel ou d'un Jaurès.

Lorsque celui-ci était critiqué par les marxistes intransigeants pour avoir pris position en faveur d'un bourgeois officier, dans l'affaire Dreyfus, il répondait que le socialisme — et les socialistes — doivent toujours répondre à l'appel de la vérité et de la justice.

Telle aurait dû être, à mon avis, l'attitude des socialistes de tous les pays, dans la question des responsabilités de la guerre, dans cet immense procès qui est à l'affaire Dreyfus ce que l'hécatombe monstrueuse de la grande guerre est à un sacrifice individuel.

Mais, j'en reviens à la Conférence Interparlementaire. Henry de Jouvenel, répondant aux paroles prononcées, la veille par Loebe, a déclaré, le 25 août:

„M. Loebe nous dit: „Evacuez le Rhin pour le 1er janvier 1928". Mais, l'occupation militaire du Rhin est la seule garantie de stabilité de l'Europe Orientale . . . . ."

Ainsi, d'après l'ancien rédacteur en chef du Matin, le sol allemand devrait être occupé militairement, non plus seulement jusqu'en 1935, ainsi que l'ont prévu les mauvais Traités de 1919, mais indéfiniment!

Nous trouvons là une manifestation de plus de cet état d'esprit d'après lequel l'Allemagne n'est pas une nation comme les autres, mais une nation criminelle qui doit être mise dans l'impossibilité de nuire.

Eh bien! il faut que l'on sache, Monsieur le Directeur et cher confrère, que nous sommes quelques-uns, en France, à ne pas penser, en ces matières, comme MM. Poincaré et de Jouvenel.

Pour nous, tous les gouvernements ont eu leur part de responsabilité dans les origines de la guerre; toutes les armées ont eu leur part dans les atrocités commises.

Pour avoir la paix, il faut renoncer à des accusations et surtout à des condamnations qui ne sont pas fondées juridiquement.

Il faut revenir sur les injustices commises à Versailles: avant tout renoncer au désarmement unilatéral et à l'occupation militaire des territoires allemands et permettre à l'Allemagne d'obtenir, comme les autres puissances, des mandats coloniaux.

Ce sont là, à notre avis, les conditions indispensables de tout rapprochement franco-allemand sincère et sans arrière-pensée.

Voilà ce que je vous serai reconnaissant de faire connaître aux lecteurs de la Kriegsschuldfrage.

En vous remerciant, je vous prie de croire à mes sentiments les meilleurs.

Fernand Gouttenoire de Toury.

P. S.

21 Septembre.

Le récent discours d'Hindenburg et les commentaires auxquels il a donné lieu, des deux côtés de la frontière, viennent encore à l'appui de l'opinion énoncée dans ma lettre du 29 Août: Le problème des responsabilités de la guerre est fondamental.

(Deutsche Übersetzung.)

Herr Direktor und lieber Kollege!

Paris, den 29. August 1927.

Ich danke Ihnen für das Schreiben, in dem Sie so freundlich waren zu bedauern, daß ich seit ziemlich langer Zeit nicht mehr an der „Kriegsschuldfrage" mitgearbeitet habe.

Wenn ich Ihnen nicht schrieb, so war es sicher nicht deshalb, weil das in Angriff genommene Werk der Erforschung der Kriegsschuld mir etwa vergeblich oder unzeitig erschiene — ganz im Gegenteil!

Ich halte mehr als jemals die widerrechtliche Verurteilung von Versailles für die Quelle aller Schwierigkeiten, aller Übel der Gegenwart.

Diese grundlegende Wahrheit hat soeben bei den Arbeiten der zurzeit in Paris versammelten Interparlamentarischen Konferenz eine neue Bestätigung gefunden, und ich ergreife die Gelegenheit, um Ihnen für die „Kriegsschuldfrage" dieses Schreiben zu übersenden.

Angesichts des Schweigens aller unserer französischen Parlamentarier auf dieser Konferenz ist es tatsächlich wichtig, daß man in Deutschland weiß, daß es in Frankreich in der Masse des Volkes wie in den intellektuellen Kreisen Männer gibt, die die nationalistischen Vorurteile verachten, Wahrheit und Gerechtigkeit über alles stellen und den Worten Loebes und Professor Schückings zugestimmt haben, nicht denen Poincarés und Henry de Jouvenels.

Letzterer war besonders schlecht beraten, da er sich erlaubte, auf der Konferenz der Meinung Ausdruck zu geben, „die Erforschung der Kriegsschuld sei eine gefährliche Sache".

Er kann jedoch die Versailler Verurteilung und Clemenceaus Präambel zu der Antwort der Alliierten auf die deutsche Denkschrift vom Jahre 1919 nicht vergessen haben.

Er wußte, daß Deutschland verurteilt worden ist, daß die Wirkungen dieser Verurteilung sich unaufhörlich zeigen, und doch scheute er sich nicht zu sagen, die Untersuchung — die seinerzeit einzig und allein die Verurteilung hätte rechtfertigen können — sei auch heute noch unmöglich.

Seltsame Auffassung von Gerechtigkeit! Seltsame Geisteseinstellung, die Zug um Zug der Einstellung gewisser amerikanischer Richter gleicht, die wir eben vor der Welt angeklagt haben!

Die Antwort Professor Schückings war leicht: er hat an die Versailler Verurteilung erinnert, und damit war Henry de Jouvenel jede Entgegnung abgeschnitten.

Leider liegen die Dinge so, daß heute in Frankreich kein verantwortlicher Staatsmann — Herr Herriot ebensowenig wie Herr Poincaré, Herr Briand ebensowenig wie Herr de Jouvenel — darauf eingeht, den Urteilsspruch von Versailles abzuändern, der ohne Untersuchung gefällt worden ist, die angeblich heute noch unmöglich ist.

* * *

Und warum wollen sie den Urteilsspruch von Versailles nicht abändern?

Ganz einfach deshalb, weil sie die Folgen dieses Urteilsspruches nicht abändern wollen.

Der Vertrag von Versailles glich leider — wie die übrigen Verträge aus dem Jahre 1919 — allen anderen Verträgen aller Zeiten: Es war ein Vertrag der Gewalt, ein Raubvertrag! Kapitalerpressung! Gebietsraub! Und außerdem einseitige Entwaffnung der Besiegten.

Nur wollten die alliierten Regierungen, da sie angeblich für Freiheit und Völkerrecht gegen den Imperialismus gekämpft hatten, ihren Verrat bemänteln, und so gaben sie sich den Anschein, die Besiegten zu richten (ohne Untersuchung!) und sie zu verurteilen.

Dieses Urteil abändern hieße notwendig — das fühlen sie wohl — die Ungerechtigkeiten des Vertrages von Versailles abändern, wenigstens soweit sie noch gutzumachen sind.

Wie konnte man zum Beispiel die einseitige Entwaffnung Deutschlands rechtfertigen, wenn man darauf verzichtete, es für erwiesen zu halten, daß Deutschland die einzige kriegerische, die einzige imperialistische, die einzige für den Krieg verantwortliche Nation, daß es allein — wie man sagt — eine Raubnation sei?

Hier haben wir einen offenbaren Beweis für das, was ich zu Anfang meines Schreibens vorausschickte, daß nämlich die Frage der Kriegsschuld die Wurzel aller gegenwärtigen Probleme und Schwierigkeiten ist.

Als wir im vergangenen Frühjahr innerhalb der sozialistischen Partei (französische Abteilung der Arbeiter-Internationale) das Gesetz über die Organisation des Volksheeres berieten, worüber Paul-Boncour in der Kammer berichtet hat, raffte ich mich dazu auf, den unerträglichen Widerspruch hervorzuheben, der auf diesem Gebiet zwischen der Haltung der deutschen und der französischen Abteilung unserer Internationale entstehen würde: wenn nämlich die einen, die deutschen Sozialisten, mit allen Kräften an der Entwaffnung Deutschlands arbeiteten, während die anderen, wir, die französischen Sozialisten, an der Bewaffnung und an den Befestigungen unseres Landes arbeiteten.

Mehrfach habe ich versucht, über diesen Punkt Erklärungen von Paul-Boncour selbst zu erlangen. Vergeblich. Er erschien nicht zu den Beratungen, oder, wenn er zufällig anwesend war, antwortete er nicht auf die gestellten Fragen.

Ich erkläre mir sein verlegenes Schweigen folgendermaßen: nur unter der Bedingung, daß er an die Verurteilung von Versailles erinnert und sie als rechtskräftig und endgültig hingestellt hätte, konnte er zu gleicher Zeit für Frankreich das Gesetz Paul-Boncour und für Deutschland die Entwaffnung vertreten.

Eben dazu hätte ich ihn gern veranlaßt.

Er hat es aber doch nicht gewagt, vor einem sozialistischen Publikum den Ausdruck des Nationalismus, der ihn von jeher beseelt hat, bis zum äußersten zu treiben.

Ich darf wohl hinzufügen, daß ich es bedauert habe, daß bei dieser Beratung des Gesetzes Paul-Boncour in Frankreich die berufenen Führer der Arbeiterinternationale nicht auf den unerträglichen Widerspruch hinwiesen, der darin liegen würde, wenn die deutschen Sozialisten für die Schleifung der deutschen Befestigungen stimmten, während die französischen Sozialisten für ein Befestigungsprogramm stimmten, dessen Kosten auf sieben Milliarden geschätzt werden.

Ich habe an Kautsky, dann an Adler geschrieben und sie gebeten, sich zu äußern. Keiner von beiden hat eingewilligt, über diesen Gegenstand in der Arbeiterinternationale oder in der französischen Partei zu sprechen.

Man wird sich ihr Schweigen mit innerpolitisch-deutschen Erwägungen erklären; man wird sagen, die deutschen Sozialisten wollten nicht so Stellung nehmen, daß sie Gefahr laufen könnten. mit den Nationalisten verwechselt zu werden.

Dieselbe Sache war es, als es sich darum handelte zu erklären. warum die deutschen Sozialisten in ihrer Propaganda die Artikel 227, 228 und 231 des Vertrages von Versailles nicht energisch bekämpfen.

Ich gestehe, daß ich diese Art von Gründen, diese ängstliche. kleinmütige Politik nie verstanden habe. Das Unglück ist, daß wir keine Sozialisten vom Schlage eines Bebel oder eines Jaurès mehr haben.

Als dieser von den radikalen Marxisten kritisiert wurde, weil er in der Dreyfus-Affäre für einen bürgerlich gesinnten Offizier eingetreten war, antwortete er, der Sozialismus und die Sozialisten müßten stets auf die Stimme der Wahrheit und der Gerechtigkeit hören.

So hätten sich meines Erachtens die Sozialisten aller Länder in der Kriegsschuldfrage verhalten müssen, in diesem unabsehbaren Prozeß, der sich zur Dreyfus-Affäre verhält wie das furchtbare Blutbad des großen Krieges zu einem einzelnen Opfer.

Aber ich komme auf die Interparlamentarische Konferenz zurück. Als Erwiderung auf die Worte Löbes vom Tage zuvor hat Henry de Jouvenel am 25. August erklärt:

Herr Löbe sagt: „Räumt den Rhein zum 1. Januar 1928." „Die militärische Besetzung des Rheines ist aber die einzige Garantie für die Stabilität Osteuropas . . . . . ".

Dann müßte also nach Ansicht des ehemaligen Chefredakteurs des „Matin" der deutsche Boden nicht mehr nur bis 1935 militärisch besetzt bleiben, wie es die schlechten Verträge von 1919 vorsehen. sondern unbegrenzt!

Darin liegt eine weitere Offenbarung jener Geisteseinstellung. für die Deutschland nicht eine Nation wie die übrigen ist, sondern eine verbrecherische Nation, die unschädlich gemacht werden muß.

Gut! man soll aber wissen, Herr Direktor und lieber Kollege. daß es in Frankreich auch Menschen gibt, die in dieser Beziehung nicht so denken wie die Herren Poincaré und de Jouvenel.

In unseren Augen haben alle Regierungen ihr Teil Schuld an der Entstehung des Krieges, und alle Heere ihren Anteil an den begangenen Greueltaten.

Wenn man Frieden haben will, muß man auf Anschuldigungen und besonders auf juristisch nicht begründete Verurteilungen verzichten.

Die in Versailles begangenen Ungerechtigkeiten müssen abgestellt und vor allem muß auf die einseitige Entwaffnung und auf die militärische Besetzung der deutschen Gebiete verzichtet werden, und es muß Deutschland möglich gemacht werden, wie die übrigen Mächte Kolonialmandate zu erhalten.

Das sind unseres Erachtens die unerläßlichen Vorbedingungen für jede französisch-deutsche Annäherung, die aufrichtig und ohne Hintergedanken sein soll.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie das den Lesern der „Kriegsschuldfrage" zur Kenntnis bringen wollten.

Ich danke Ihnen und versichere Sie meiner ausgezeichneten Hochachtung

Fernand Gouttenoire de Toury.

P. S.

21. September.

Die letzte Rede Hindenburgs und die ihr auf beiden Seiten der Grenze gewidmeten Kommentare unterstützen die in meinem Brief vom 29. August zum Ausdruck gebrachte Auffassung: das Problem der Kriegsschuldfrage hat grundlegende Bedeutung.

Le cas Poincaré.

Dans son article Der Stand der Kriegsschuldfrage publié dans le numéro d'août de cette revue, le professeur Barnes écrit: »Le procès de la France est devenu de plus en plus le procès de Poincaré. Comme Dupin le fait ressortir, Demartial lui-même se trompe, en attribuant à Viviani une part trop grande des responsabilités.« La question vaut qu'on la discute.

Que la correspondance secrète d'Isvolsky, miraculeusement venue au jour, dénonce en Poincaré le principal auteur de la guerre du côté français, c'est un fait aussi acquis à l'histoire que l'exécution de Louis XVI. Mais qu'on doive fondre toutes les autres responsabilités dans la sienne, c'est une autre affaire.

Et d'abord on ne peut tout de même pas négliger qu'on 1914 Poincaré était non le chef du gouvernement, mais celui de l'état, et

Georges Demartial

qu'aux termes de la Constitution en vigueur en France, le chef de l'état est irresponsable. La loi du 15 février 1875, relative à l'organisation des pouvoirs publics, dit à l'article 3: »Chacun des actes du président de la république doit être contresigné par un ministre.« L'article 6 dit: »Les ministres sont solidairement responsables devant les Chambres de la politique générale du gouvernement et individuellement de leurs actes personnels. Le président de la république n'est responsable que dans le cas de haute trahison.« Le république française n'est pas une république présidentielle comme aux Etats-Unis, elle est une république parlamentaire, avec gouvernement de cabinet.

Est-ce à dire que le président de la république ne soit qu'un »maitre des cérémonies«, et n'exerce aucune influence personnelle? Du tout. Il tient de la même loi la prérogative de »présider le conseil des ministres«. De plus l'article 8 de la loi constitutionnelle du 16 juillet 1875 lui confère celle de »négocier et de ratifier les traités«. En matière de politique extérieure notamment il n'est donc pas du tout un »roi soliveau«. Mais en aucune matière il ne peut prendre une décision sans le contreseing d'un ministre, et ce n'est jamais lui qui est constitutionellement responsable, mais le ministre.

Dans notre campagne sur les responsabilités de la guerre nous devons mettre notre honneur, et c'est d'ailleurs notre strict devoir, à ne rien dire qui puisse être contredit. Faire de Poincaré le seul homme politiquement responsable de l'entrée de la France dans la guerre serait prêter comme à plaisir le flanc à la contradiction. Il aurait beau jeu de rappeler ces paroles de Viviani à la fameuse séance du 5 juillet 1922 où fut discutée, ou plutôt escamotée devant la Chambre française la question des responsabilités de la guerre: »Du 16 juin 1914 au 1 novembre 1915, l'homme responsable, c'est moi; s'il y a des responsabilités, il faut les vider avec moi.« Je sais tout ce qu'il y a d'ostentatoire dans ces paroles. N'empêche que constitutionnellement, on ne peut rien y répliquer.

Ainsi, en droit, Poincaré n'est pas seul responsable de la guerre. L'est-il en fait? Pas davantage. Sur la question des origines de la guerre tout ce qui en France représente ou dirige l'opinion s'est solidarisé, se solidarise encore avec lui, donc partage, épouse sa responsabilité. D'ailleurs comment un homme pourrait-il à lui tout seul entrainer une démocratie dans la guerre, et lui faire croire faussement qu'elle a été attaquée? Il faut éviter les explications trop simplistes. Dire »c'est la faute à Poincaré« n'est pas plus exact que de dire »c'est la faute au capitalisme«. Mon opinion personnelle est que, sans Poincaré, il n'y aurait pas eu la guerre. Mais la guerre

n'aurait pas eu lieu non plus s'il n'avait pas possédé dans l'opinion, ou connu les moyens de possèder dans l'opinion, les appuis nécessaires. Si, aujourd'hui encore, il ne cesse de revenir sur cette question des responsabilités, ce n'est pas, comme le prétendent mélodramatiquement certains, parce qu'il serait poursuivi par le remords, mais parce qu'il sait que sa version sera applaudie par les journaux de toutes les opinions, ou du moins ne sera sérieusement discutée par aucun. Devant des fanatiques et des ignorants, on peut affirmer ce qu'on veut.

J'arrive à la plaisante critique émise par mon ami Dupin que, dans L'Evangile du Quai d'Orsay, j'aurais, »par une sorte de hantise, attribué constamment à Viviani ce qui, de notoriété mondiale, revient à Poincaré«. J'en appelle à ceux qui ont lu mon livre. Est-ce que je ne me suis pas, toutes les fois que Poincaré est en cause, montré aussi sévère, aussi dur qu'il le mérite? »Veux-je donner à penser, écrit Dupin lui-même. que M. Demartial entend ménager Poincaré? En aucune façon. Lisez seulement telle et telle page. Vous l'y verrez écrasé d'arguments comme il ne le fut jamais, et contre lesquels il est dans l'impossibilité de réagir, telle est la force de la vérité.« J'ai même appelé Poincaré l'animateur de Viviani.

Mais celà ne suffit pas à Dupin, qui aurait voulu que j'attribue à Poincaré la responsabilité formelle, unique, des actes signés Viviani. A ses yeux, il le dit expressément, si Viviani a promis aux Russes l'apprie de la France, ou dit aux Anglais que la mobilisation n'était pas la guerre, c'est Poincaré seul qui en est responsable. Parce que, tout en recherchant si la responsabilité des faux du Livre jaune n'incombe pas aussi à Poincaré et en me prononçant pour l'affirmative, j'écris qu' »officiellement« c'est Viviani, ministre des affaires étrangères, le responsable Dupin me reproche »de me placer sur un terrain conventionnel et bureaucratique qui ne saurait être celui des chercheurs indépendants«.

Je préfère donc n'être qu'un chercheur tout court. J'ai dit que Poincaré avait été »l'animateur de Viviani«, parce qu'une montagne de documents authentiques le prouve. Je ne peux pas dire que Viviani n'a pas sa part de responsabilité de l'entrée de la France dans la guerre, d'une part parce que c'est lui qui agissait, de l'autre parce qu'il eût précisément suffi qu'il se refusât à suivre Poincaré pour qu'il n'y eut pas la guerre. Imaginez seulement un Caillaux à la place d'un Viviani.

G. Demartial.

Grenzverletzungen vor Kriegsausbruch 1914.

Graf Max Montgelas.

Bei Besprechung der ersten Auflage der „Origines immédiates de la Guerre“ von Pierre Renouvin habe ich die in so vielen Punkten hinsichtlich der Tatsachen bestehende Übereinstimmung freudig hervorheben können, dabei allerdings auch bedauern müssen, daß in dem Buche Zweifel an den von deutscher Seite festgestellten Grenzverletzungen durch französische Truppen vor Eintritt des Kriegszustandes geäußert wurden [1]). In der soeben erschienenen zweiten Auflage [2]) hält der französische Forscher seine Zweifel aufrecht und wiederholt, daß meinen Behauptungen nur dann ein Wert zuerkannt werden könne, wenn sie durch einwandfreie Dokumente belegt würden. Meiner Ansicht nach ist zwar die Frage der Grenzverletzungen, soweit sie für die Verantwortlichkeit am Kriegsausbruch in Betracht kommt, längst erledigt, denn für die unparteiische Forschung steht fest, daß zahlreiche Grenzverletzungen auf beiden Seiten vorgekommen sind, und zwar auf beiden Seiten nicht nur gegen den Willen der Zivilregierung, sondern auch gegen die ausdrücklichen Befehle der obersten militärischen Leitung. Es gab eben auf beiden Seiten tatendurstige Heißsporne unter den jüngeren Heeresangehörigen, die den Ruhm haben wollten, als erste mit dem Feind in Berührung gekommen zu sein. Im Hinblick auf die an der Richtigkeit der deutschen Darstellung noch immer geäußerten Zweifel muß ich jedoch die Leser mit diesen unwichtigen Einzelheiten behelligen und eine Anzahl genau nachgeprüfter Meldungen über französische Grenzverletzungen im Wortlaut anführen.

1. August.

Telegramm der 39. Infanteriedivision (Colmar)
an das Generalkommando XV. Armeekorps (Straßburg):

„Colmar, 2. August 1914.

Meldung, betreffend Grenzverletzung durch Franzosen.

(Nr. 1—4) [3]). Jägerbataillon 14 meldet: Am 1. August zwischen 8 und 8 Uhr 30 abends je eine französische Jägerpatrouille deutsche

---

[1]) „Kriegsschuldfrage“ 1925, S. 472.

[2]) Besprechung der zweiten Auflage siehe Bücherschau S. 1038 f.

[3]) Die den Meldungen in Klammern beigesetzten durchgehenden Nummern sind in den Originalmeldungen natürlich nicht vorhanden.

Grenze westlich Hergauchamps, westlich Hochbrück und südwestlich Höhe 988 westlich Kasino einige hundert Meter weit überschritten. Bei Ruine Eckerich Klein-Rumbachthal [4]) 11 Uhr 30 abends Posten Jäger durch anscheinend französische Patrouille beschossen.

(Nr. 5). 4. Eskadron Dragonerregiments 14 meldet: Leutnant Seer in Steinabrück [5]) westlich Metzeral nachts durch Franzosen beschossen.

(Nr. 6). II. Bataillon Infanterieregiments 171 meldet: Französische Patrouille zwischen 12 und 2 Uhr nachts vom Hoheneck die Grenze überschritten, ist gegen vorgeschobene Feldwache Leutnant Weber 8. Kompagnie Infanterieregiments 171 ins Gefecht getreten.

(Nr. 7). Feldwache 4 der 8. Kompagnie Infanterieregiments 171 am Westausgang Mühlbach [6]) hatte nachts Feind dicht gegenüber.

39. Infanteriedivision."

Eintrag im Kriegstagebuch des Jägerbataillons 14 (XV. Armeekorps) am 1. August:

(Nr. 8): „Von 9 Uhr abends ab überschreiten französische Patrouillen die Grenze an der Schlucht und eröffnen damit die Feindseligkeiten, während von unserer Seite die Grenze nicht überschritten wurde" [7]).

Telegramm von Hauptmann Stiebitz Infanterieregiments 142 (XV. Armeekorps) aus St. Amarin 1. August, 11 Uhr 30 vormittags:

(Nr. 9): „Nach Meldung der u. v. 2 (sic! vielleicht Unteroffiziersfeldwache 2 gemeint) Werschmatt sind heute morgen fünf französische Infanteristen auf dem Weg Wesserling—Langenbach—Strässel (richtig: Strößle) [8]) auf deutschem Boden gesehen worden. Dieselben sind in Richtung Felleringerkopf zurückgegangen. Bitte um Befehl, wie sich Patrouillen im Wiederholungsfalle einer Grenzüberschreitung verhalten sollen" [7]).

Telegramm von Rittmeister Freiherrn von Gregory der 1. Eskadron des Regiments Jäger zu Pferde 5 (XIV. Armeekorps) aus Wesserling vom 2. August 3 Uhr 44 nachmittags:

---

[4]) Auf deutschem Boden 2½ Kilometer von der Grenze.
[5]) Auf deutschem Boden 4 Kilometer von der Grenze.
[6]) Auf deutschem Boden 6 Kilometer von der Grenze.
[7]) Sperrdruck von mir.
[8]) Alle drei Orte auf deutschem Boden. Strößle dicht an der Grenze, Langenbach 2 Kilometer landeinwärts, Wesserling weit im Innern.

(Nr. 10): „Bei Wegeerkundung am Nachmittag des 1. August feindliche Infanteriepatrouille fünf Mann stark am Hange südlich Werschmatt [9]) angetroffen, ging in Richtung Felleringerkopf zurück. Feuergefecht fand nicht statt."

Dieser Vorfall vom Nachmittag des 1. August ist vielleicht identisch mit einem der beiden Vorgänge, die in nachfolgendem Ferngespräch des Rittmeisters Gregory vom 2. August 10 Uhr 30 vormittags erwähnt werden. Beide Fälle sollen daher nur eine Nummer erhalten:

(Nr. 11): „4—5 französische Infanteristen überschritten bei Ventron am Nachmittag des 1. August die Grenze, liefen, als sie den Posten der 1. Eskadron sahen, zurück."

„Etwas später wiederum 4—5 Infanteristen, gingen den Hang bei Werschmatt herunter. Sergeant Wobrock attackierte diese Leute, worauf sie wie Schafsleder ausrissen."

2. August.

Eintrag im Kriegstagebuch der 58. Infanteriebrigade (XIV. Armeekorps) vom 2. August:

„Der Gesamteindruck der Lage ist folgender:

Etwas Ernstliches hat sich bisher nicht ereignet. Feind ist mit st(arken) Abteilungen unserer Brigade gegenüber wenigstens bisher nirgends vorgegangen. Dagegen ist bereits zwischen Patrouillen geschossen worden, so z. B. in der Nacht bei Reppe (Nr. 12) und heute vormittag bei Altmünsterol (Nr. 13) [10]). Dort sind Patrouillen über die Grenze gegangen und haben also die Feindseligkeiten eröffnet [7]). Es verlautet, daß bei dem Schießen in der Nacht ein franz(ösischer) Kav(allerist) getötet sei. Bestimmt war dies bei der Dunkelheit nicht festzustellen."

Vorfall Nr. 13 wird bestätigt durch eine Meldung der Linienkommandantur Z an das Generalkommando XXI. Armeekorps vom 2. August 12 Uhr mittags:

„Die Franzosen haben heute 10 Uhr 30 vormittags bei Altmünsterol (südlich Mülhausen) das Feuer eröffnet. Meldung eines Leutnants vom Pionierbataillon 20."

Telegramm des Rittmeisters Gregory aus Wesserling vom 2. August 3 Uhr 44 nachm.:

---

[7]) Sperrdruck von mir.

[9]) Dieselbe Gegend wie in Meldung Nr. 9. Werschmatt 2½ Kilometer von der Grenze.

[10]) Reppe 1½, Altmünsterol 1 Kilometer östlich der Grenze.

(Nr. 14): „Am Vormittag des 2. August ein fdl. Inf. (sic! vermutlich: eine feindliche Infanteriepatrouille) auf der Straße Werschmatt—Ventronpaß ungefähr 1—1½ Kilometer von der Grenze entfernt, wurde von der Patrouille des Sergeant Wobrock attackiert, verschwand in den Büschen."

Einträge im Kriegstagebuch der 58. Infanteriebrigade (XIV. Armeekorps) vom 2. August:

(Nr. 15): „3 Uhr 15 morgens Meldung Feldwache Gildweiler Dragonerregiments 22 hat sich in Obertraubach [11]) seit 12 Uhr mit feindlicher Patrouille beschossen."

(Nr. 16): „5 Uhr nachmittags Meldung des Rittmeisters von Gregory St. Amarin: Feindliche Abteilungen von je 10—20 Mann stark haben Grenze überschritten. Feindliche Patrouillen gehen auf Urbis [12]) zu."

3. August.

Aus den gesammelten Meldungen und Befehlen der 39. Infanteriedivision (XV. Armeekorps) vom 3. August:

„Jägerbataillon meldet aus Markirch um 5 Uhr vormittag:

(Nr. 17): Heute nacht kam um 2 Uhr Meldung vom Posten bei Hergauchamps, daß er von anscheinend starker feindlicher Schützenlinie angegriffen werde; er wurde auch beschossen. Die Stärke der Schützenlinie wurde auf 30—40 Mann geschätzt."

Telegramm der 39. Infanteriedivision an Generalkommando XV. Armeekorps:

(Nr. 18): „Posten Hergauchamps Jäger 14 hat grenzüberschreitende französische neun Mann starke Patrouille Jäger 10 beschossen. Ein Franzose tot, Kopfschuß. Liegt 20 Meter von Grenze auf deutschem Gebiet."

Originalmeldung des Jägerbataillons 14 dazu ist gleichfalls noch vorhanden.

Auffällig ist die große Anzahl von Grenzüberschreitungen schon am 1. August. Dazu kommt noch ein auffälliges Auftreten an der Grenze. Im Kriegstagebuch des Jägerbataillons 14 findet sich an diesem Tage folgender Eintrag:

„Meldung des Postens bei Casino. An der Grenze unmittelbar west(lich) Chaume de Lusse zeigen sich während des ganzen Tages franz(ösische) Soldaten, teils in Felduniform, teils in roten Hosen und blauen Röcken."

---

[11]) Gildweiler liegt sieben, Obertraubach vier Kilometer östlich der Grenze.

[12]) An der Straße vom Col de Bussang nach Wesserling.

Soweit es sich um Grenzverletzungen am späten Nachmittag und Abend des 1. August sowie in der Nacht 1./2. August handelt, ist sehr wohl eine Erklärung möglich. Sie sei als Vermutung hier angeführt.

Der Befehl, zehn Kilometer von der Grenze abzubleiben, wurde am 30. Juli 4 Uhr 55 nachmittags gegeben, als der Grenzschutz — einen Tag früher als in Deutschland — aufgestellt wurde. Dazu ist zunächst zu bemerken, daß von den im Befehle genannten 54 Ortsbezeichnungen 24 näher als zehn Kilometer an der Grenze liegen, 12 nur sechs Kilometer oder noch weniger weit davon entfernt sind [13]). Das ist durchaus begreiflich, da es sich um Punkte im Gelände handelte, die militärisch wichtig waren. Nur würde es jetzt, nachdem das „Manöver" seine Wirkung auf die englischen Verbündeten längst ausgeübt hat, an der Zeit sein, die legendäre Zehnkilometerzahl fallen zu lassen.

Nun wird am 1. August um 3 Uhr 30 nachmittags der Mobilmachungsbefehl unterzeichnet und 3 Uhr 55 mit äußerster Dringlichkeit vom Haupttelegraphenamt Paris verbreitet [14]). Bei den besonderen, für die Verbreitung dieses Befehls vorgesehenen Maßnahmen wird er die Grenztruppen sehr rasch erreicht haben. Manche, möglicherweise viele Kommandeure werden angenommen haben, daß dadurch der „10-Kilometer-Befehl" aufgehoben war und die im Frieden für den Mobilmachungsfall ausgegebenen Instruktionen in Kraft zu treten hatten. Diese Instruktionen sahen jedenfalls Besetzung dicht an der Grenze vor. Vielleicht sogar sofortige Aufklärung über die Grenze?

Auch das französische Kriegsministerium selber hegte offenbar Zweifel, ob die Truppen den einschränkenden Befehl noch als gültig ansehen würden. Denn um fünf Uhr nachmittags erließ es eine Weisung, worin das Abbleiben von der Grenze erneut eingeschärft wurde, und zwar mit der bekannten Begründung „um uns die Mitarbeit unserer englischen Nachbarn zu sichern" [15]). Wann dieses Telegramm vom Telegraphenamt befördert worden ist, läßt sich aus den bisherigen Quellen nicht ersehen, auch trägt es keinen Dringlichkeitsvermerk. Es wird somit erst einige Stunden nach dem Mobilmachungsbefehl zu den Truppen gekommen sein, vermutlich n a c h d e m auf Grund der Mobilisierung schon an die Grenze vorgerückt war.

[13]) „Les Armées françaises dans la Grande Guerre" I. S. 75/76 und Annexe 15.

[14]) loc. cit. S. 81.

[15]) loc. cit. und Annexe 25.

Das französische Kriegsministerium hatte dieselbe Vermutung. Es erließ um 10 Uhr 30 abends ein neues sehr scharfes Telegramm, betonte, daß das Verbot auch für die Kavalleriepatrouillen gelte, und drohte mit kriegsgerichtlichem Einschreiten gegen Verfehlung. Diese Depesche hatte noch einen eingeklammerten, vom französischen Generalstabswerk im Textband weggelassenen Schlußsatz, der lautete: „Das bezieht sich besonders auf das XX. Korps wegen seiner Nähe am Feinde, und eine glaubwürdige Persönlichkeit hat eine Ulanen- und eine Husareneskadron einander auf Nasenlänge gegenüber gesehen" (quelqu'un digne de foi a vu nez à nez un escadron de uhlans et un escadron de hussards)[16]). Der Minister hatte sonach sehr starke Zweifel, ob der Mobilmachungsbefehl nicht zu Mißverständnissen über Annäherung an die Grenze Anlaß gegeben habe. Er hielt eine Mitteilung für glaubwürdig, daß die Truppen sich über das Verbot hinweggesetzt hätten.

Wenn Renouvin schließlich meint, vielleicht habe es sich nur um Grenzüberschreitungen durch die bekanntlich an der Grenze belassenen militärisch organisierten „Forstbeamten" gehandelt, so ist nicht einzusehen, inwiefern die Sachlage dadurch gebessert würde. Auch die „forestiers" hatten doch kein Recht, ihre Patrouillengänge auf deutsches Gebiet auszudehnen. Die Grenzüberschreitungen müßten im Gegenteil noch strenger beurteilt werden, da bei diesen, mit Weg und Steg genauestens vertrauten Beamten jeder Irrtum ausgeschlossen war, der bei Soldaten aus dem Innern des Landes sehr wohl möglich war. Der Annahme widersprechen schließlich auch die genauen Angaben mancher Meldungen über Waffengattung und Bekleidung.

[16]) loc. cit. und Annexe 26. Mit „uhlans" ist deutsche, mit „hussards" französische Kavallerie gemeint.

Militärisches aus den Britischen Dokumenten zum Kriegsausbruch.

Von Rudolf Kiszling.

„Die Britischen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges" enthalten eine Fülle von Meldungen und Nachrichten über die deutsche und österreichische Armee und Flotte aus den Tagen kurz vor dem Kriege, die von sehr sachverständiger Seite in den nachfolgenden vier Aufsätzen einer kritischen Beurteilung unterzogen worden sind. Aus dem Ergebnis der eingehenden Untersuchungen möchten wir besonders hervorheben, daß die Mitteilungen über die deutschen und österreichischen militärischen Vorbereitungen größtenteils übertrieben und zum Teil gänzlich unzutreffend waren. Weiter wird durch die Aufsätze bestätigt, daß die deutschen Rüstungsmaßnahmen in den Tagen vor Kriegsausbruch weit hinter denjenigen Rußlands und Frankreichs zurückgeblieben sind, und daß die Meldungen in Paris und London fast durchweg mit einer Voreingenommenheit aufgefaßt wurden, die zeigt, wie sehr bereits in jenen Tagen der Sinn für eine richtige Beurteilung militärischer Dinge bei den Diplomaten der Alliierten getrübt war. Wenn man dagegen die Berichte ansieht, die der Deutsche Generalstab dem Auswärtigen Amt zuschickte und die in der Neuausgabe der „Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch" jetzt vollständig enthalten sind, wird jedem unbefangenen Beurteiler auffallen, wie sehr sich der Deutsche Generalstab befleißigt hat, die militärischen Dinge bei unseren Nachbarn auch während der kritischen Tage dem Auswärtigen Amt gegenüber mit größter Sachlichkeit und ohne jede Voreingenommenheit darzustellen.

Die Schriftleitung.

Die englischen Attachéberichte über Österreich-Ungarns militärische Maßnahmen bei Ausbruch des Weltkrieges.

Im Februarheft „Die Kriegsschuldfrage" hat Graf Max Montgelas auf Grund der von Headlam-Morley veröffentlichten Dokumente des Britischen Auswärtigen Amtes dargelegt, wie es zum Eintritt Englands in den Weltkrieg gekommen ist. Diesen sehr interessanten, zusammenfassenden Ausführungen sollen nun noch einige Worte über die Berichte des bei der englischen Botschaft in Wien eingeteilt gewesenen Militärattachés Baronet Thomas Montgomery-Cuninghame und des Marineattachés Kapitän John Segrave beigefügt werden. Gleichzeitig wird versucht, aufzuzeigen, ob und inwieweit diese Meldungen die Politik Großbritanniens in den kritischen Tagen des Kriegsausbruches beeinflußt haben.

Durch einen Bericht des am Wiener Hofe akkreditierten Botschafters Sir de Bunsen an den Außenminister Sir Edward Grey [1]) war dieser schon am 16. Juli von dem voraussichtlichen Inhalt der Note, die der Ballhausplatz an Serbien zu richten beabsichtigte, ziemlich zutreffend orientiert worden. Man war daher in Downing-Street in die Lage versetzt worden, die kommenden Ereignisse ruhig zu erwägen und die künftige Haltung der englischen Regierung in ihren Grundzügen festzulegen. Am besten ist diese vorgefaßte Absicht zu erkennen aus einer vertraulichen Mitteilung Greys an den englischen Botschafter am Zarenhofe Sir G. Buchanan, die am 25. Juli, aber noch v o r Bekanntwerden der serbischen Antwort und v o r Abbruch der Beziehungen zwischen Wien und Belgrad, abgesendet worden war [2]). In ihr wurde eine unbefriedigende Antwort Serbiens und eine deswegen erfolgende Mobilisierung in Österreich-Ungarn als sicher bevorstehend angenommen. Grey war aber auch der Ansicht, daß eine österreichische Mobilisierung eine Mobilmachung Rußlands zum Schutze Serbiens nach sich ziehen werde. Wegen der daraus entstehenden Gefahr eines großen Krieges plante Grey schon damals die Einberufung einer Konferenz der vier am Streitfall direkt weniger interessierten Großmächte Deutschland, England, Frankreich und Italien vorzuschlagen. Nicht zuletzt lag Grey daran, hierdurch eine sofortige Mobilmachung Deutschlands zu verhindern, um Rußland einen Vorsprung in der Bereitstellung seines Heeres zu ermöglichen. Dies war die Atmosphäre im englischen Außenministerium, als am 25. Juli abends schon die erste Meldung Cuninghames eintraf. Sie war, so wie alle folgenden, für den Leiter der Operationsabteilung des Generalstabes bestimmt und dürfte jedenfalls sofort dorthin weitergeleitet worden sein. Wie diese Berichte dann ausgewertet worden sind, welches Bild sich der Generalstab hieraus geformt hat und in welcher Weise die daran interessierten Minister des Auswärtigen, des Krieges und der Marine orientiert wurden, ist aus der Aktenpublikation leider nicht zu ersehen. Man ist hier nur auf Mutmaßungen und Rückschlüsse angewiesen. Vorgreifend kann aber schon gesagt werden, daß der englische Militärattaché und wahrscheinlich auch das durch ihn unterrichtete Operationsbüro sich ein nur wenig zutreffendes Bild über den Verlauf der Mobilisierung in Österreich-Ungarn machten. Doch soll ohne weiteres zugegeben werden, daß die militärischen Verhältnisse in der Donaumonarchie

[1]) Britische Dokumente (BD) Nr. 50.
[2]) BD Nr. 132.

recht kompliziert waren [3]). Es dürfte sich der englische Militärattaché, der erst seit Herbst 1912 zu Wien im Amte saß, daher kaum mit den Heereseinrichtungen bereits vollkommen vertraut gemacht haben. Noch viel weniger dürfte er das infolge des Streitfalles mit Serbien und des diesem nachfolgenden Kriegfalles mit Rußland sich für die Donaumonarchie ergebende Problem des Zweifrontenkrieges und die hierfür getroffenen Maßnahmen erfaßt haben, insoweit die ihm zugekommenen, vielfach unrichtigen vertraulichen Nachrichten eine derartige Beurteilung überhaupt möglich gemacht hatten.

In der ersten Meldung, die Cuninghame noch vor Bekanntwerden des Abbruches der Beziehungen zwischen dem Habsburgerreiche und Serbien absandte [4]), gab er wohl an, daß vor dem Eintreffen der serbischen Antwort keine Mobilisierungsmaßnahmen getroffen wurden. Er weiß aber schon über angebliche „vorbereitende Mobilmachungsmaßnahmen" des XV. (Sarajewo), XVI. (Ragusa), XIII. (Agram), V. (Preßburg), VII. (Temesvár) Korps und zweier Honved- (ungarischer Landwehr-) Divisionen zu berichten. Außerdem vermutete er, daß auch das XII. (Hermannstadt) Korps, noch eine weitere Honveddivision und die drei galizischen Korps wahrscheinlich gleichzeitig mobilmachen dürften. Abgesehen davon, daß die teilweise Mobilisierung am 25. Juli erst um 9 Uhr abends angeordnet wurde, der keine vorbereitende Mobilisierungsmaßnahmen vorangegangen waren, ruft diese Meldung die ganz irrige Vorstellung hervor, daß auch das an Rumänien grenzende XII. und die Rußland zunächst stehenden Korps Nr. I (Krakau), X. (Przemysl) und XI. (Lemberg) [5]) schon bei einem Kriegsfalle mit Serbien aufgerufen werden würden. In der nächsten Depesche militärischen Inhaltes [6]), die nach der Mitteilung über die Abreise des österreichisch-ungarischen Gesandten aus Belgrad am 26. Juli 1 Uhr nachmittags eintraf, berichtete Cuninghame schon über die mutmaßliche Zusammensetzung der gegen Serbien aufgebotenen österreichisch-ungarischen Armeen. Wie nicht anders zu erwarten, war hier Richtiges und Unrichtiges vermischt. Zutreffend war die naheliegende Annahme, daß Feldzeugmeister Potiorek, als Armeeinspektor in Sarajewo, die beiden in Bosnien, Herzegowina und Dalmatien garnisonierenden Korps Nr. XV und XVI befehligen werde. Die Angabe, daß dem General der Infanterie v. Frank das

[3]) Siehe hierüber auch den im Juniheft 1926 „Die Kriegsschuldfrage" erschienenen Aufsatz des Verfassers.

[4]) BD Nr. 124.

[5]) Siehe die im vorgenannten Aufsatz des Juniheftes von 1926 enthaltene Skizze 1 (fälschlich mit Nr. 2 bezeichnet).

[6]) BD Nr. 136.

XIII. und Teile des III. (Graz) und II. (Wien) Korps unterstehen werden, traf nur hinsichtlich des XIII. Korps zu, denn das III. Korps war Reserve der Heeresleitung, und das Wiener Korps war von der teilweisen Mobilmachung ebensowenig betroffen wie das VI. (Kaschau) und XII. Korps und die 41. Honveddivision, die hier genannt wurden, wie überhaupt nicht sechs — wie Cuninghame behauptete —, sondern nur vier der vorhandenen acht Honveddivisionen auf Kriegsstand versetzt worden waren. Die schließlich noch gemeldete Mobilmachung des VII. und IV. (Budapest) Korps war wohl zutreffend, doch stand nicht General der Infanterie v. Auffenberg an ihrer Spitze, denn dieser befehligte die 4. Armee gegen Rußland.

Schon zwei Stunden später traf die dritte Meldung des Militärattachés [7]) in London ein, in der er nach französischen Nachrichten aus Budapest nochmals über die richtige Zusammensetzung der Armee Potioreks und die zum Teil unrichtige Kriegsgliederung der Armeen Franks und Auffenbergs berichtete. Abermals wurde der ganz unrichtigen Version Erwähnung getan, daß das XII. Korps gegen Rumänien und die drei galizischen Korps gegen Rußland bereitgehalten würden. Neu, aber zum größten Teil falsch war die Mitteilung über eine Reservearmee, die aus dem XIV. (Innsbruck), VIII. (Prag), IX. (Leitmeritz), II. und III. Korps bestehen sollte, weil hiervon nur die beiden böhmischen Korps Nr. VIII und IX zum Kampfe gegen Serbien bestimmt waren. Ganz wirr sind die Stärkeangaben über die verschiedenen von Cuninghame kombinierten Armeen; außerdem erwähnt er Marschdivisionen und Reservebrigaden, deren es in Österreich-Ungarn gar keine gab. Das wesentliche aber war, daß Cuninghame in diesen drei Meldungen schon aller sechzehn österreichisch-ungarischen Korps Erwähnung tat, so daß in London leicht der Eindruck erweckt werden konnte, die ganze Heeresmacht der Donaumonarchie sei mobil gemacht worden. Da der Botschafter Sir M. de Bunsen aus Wien aber meldete, daß Österreich-Ungarn kein serbisches Gebiet annektieren wolle [8]), wäre die Annahme nicht unbegründet gewesen, Österreich-Ungarns Machtaufgebot sei für den Krieg gegen Serbien zu groß bemessen und richte sich auch noch gegen eine andere Macht. Tatsächlich hatte die Donaumonarchie nur 8 Korps mit 23 Infanterie-, 3 Kavalleriedivisionen sowie einige Marsch- und Landsturmbrigaden für den Krieg gegen die serbischen Ruhestörer bestimmt, was keineswegs zu viel war, da Serbien 11 Infanterie- und eine Kavalleriedivision,

[7]) BD Nr. 142.
[8]) BD Nr. 150.

Montenegro 4 Infanteriedivisionen ins Feld stellen konnte. Aber auch über die Schnelligkeit des österreichischen Aufmarsches hatte Cuninghame ganz irrige Anschauungen, da er berechnete, daß die Operationsbereitschaft der gegen Serbien aufgebotenen Heeresmacht schon am 5. August erreicht sein könnte [9]). Tatsächlich war dies erst am 12. August der Fall.

Diese übertriebenen Meldungen Cuninghames blieben nicht ohne Wirkung. Schon am 27. Juli orientierte Unterstaatssekretär Sir Eyre Crowe in einer Amtsnotiz den Außenminister dahin, daß die Mobilisierung in Österreich-Ungarn eine ernste Bedrohung Rußlands darstelle, da er annahm, daß die russische Mobilmachung doppelt so lange dauere als in Deutschland und im Donaureiche und daß man von Rußland daher nicht verlangen könne, daß es seine eigene Mobilmachung hinausschiebe [10]). Tatsächlich war aber am 27. Juli noch nicht ein einziger Mann gegen Rußland mobilisiert worden, während der Zar schon am 25. den Beginn der Kriegsvorbereitungsperiode angeordnet hatte. Man war in London eben noch gar nicht darüber im Bilde, daß von Wien aus nur eine teilweise Mobilisierung und diese nur gegen Serbien und Montenegro angeordnet worden war.

Erst am 28. Juli vermochte Cuninghame eine ziemlich zutreffende Liste der von der teilweisen Mobilisierung betroffenen Einheiten nach London zu drahten [11]). Nun erwähnt er auch ausdrücklich, daß die drei galizischen Korps noch nicht auf Kriegsstand wären. Doch schon am 30. berichtete er, daß das Lemberger Korps am Vortage doch die Mobilisierungsorder erhalten habe, und zweifelte, ob nicht auch die beiden anderen galizischen Korps auf Kriegsstand versetzt worden seien. Auch erhielt sich hartnäckig das Gerücht, daß die Kavallerieregimenter von Wien und Budapest am 27. und 28. nach Galizien abgefahren wären. Später hieß es, daß die ganze Kavallerie am 30. mobil sei [12]). Daran war kein Wort wahr. Wohl verfaßte der Chef des Generalstabs am 29. Juli einen Antrag an die Militärkanzlei des Kaisers auf vorzeitige Verlegung starker Kavalleriekräfte nach Galizien, um eventuelle Masseneinbrüche russischer Reiterei abwehren zu können. Doch der Antrag wurde — um Rußland nicht Anlaß zu Gegenmaßregeln zu geben — gar nicht abgesandt und infolge der am 31. Juli angeordneten allgemeinen Mobilisierung gegenstandslos, da in diesem

[9]) BD Nr. 165 und 166.
[10]) BD Nr. 170.
[11]) BD Nr. 251.
[12]) BD Nr. 312, 200, 251 und 327.

Falle ohnehin alle Kavalleriedivisionen gegen Rußland Verwendung fanden.

Merkwürdigerweise bereitete es Cuninghame Schwierigkeiten, die Kriegsvorbereitungen, die in Wien getroffen wurden, richtig zu erkennen. In der Reichshauptstadt standen nämlich — außer anderen heimatszuständigen Truppen — auch je ein Infanterieregiment des IV., VI., XII., XIII. und zwei des VII. Korps, die im Kriegsfalle zu ihren ergänzungszuständigen Korps einzurücken hatten. Da nun das IV., VII. und XIII. Korps von der teilweisen Mobilisierung betroffen waren, wurden die Regimenter Nr. 16, 29, 39 und 44 in die Aufmarschräume ihrer Korps abbefördert. Nun widerfuhr Cuninghame das Mißgeschick, daß er das Infanterieregiment Nr. 16 mit dem die gleichen Kragenaufschläge tragenden Regiment Nr. 99, das aber beim II. Korps verblieb, verwechselte. Außerdem vermeinte er, daß die zu dem in Bosnien stehenden Bataillon des Wiener Hausregiments Nr. 4 abgehenden Ergänzungen auf den Kriegsstand schon die Mobilisierung und den Abtransport des ganzen Regiments bedeuteten, was gemeinsam mit obenerwähnter Verwechslung und der naturgemäß großen militärischen Bewegung, die in Wien geherrscht hatte, bei Cuninghame neuerlich den irrigen Eindruck einer Mobilmachung des ganzen II. Korps hervorrief.

Spät meldete sich der Marineattaché zum Wort. Erst am 28. nachts drahtete er an die englische Admiralität, daß die Donaumonitore am 24. in Budapest ihre Mannschaftsbestände aufgefüllt und vermutlich nach Semlin und Pancsova an die serbische Grenze abgefahren seien. Dies traf im wesentlichen zu, doch fuhren die Monitoren nur bis Mohács. Am 29. meldete er die Versammlung der österreichischen Flotte bei Cattaro, was auch nur zum Teil richtig war, da mit der teilweisen Mobilisierung nur die Indienststellung einer Eskader von 6 Schlachtschiffen, 7 Kreuzern, 9 Torpedofahrzeugen und 12 Torpedobooten erfolgte.

Unterdessen hatte man in London von der russischen Teilmobilmachung gegen die Donaumonarchie Kenntnis erlangt, die selbst aber noch keinen Mann gegen Rußland aufgeboten hatte, weiter erfuhr das englische Außenamt am 30. nachmittags, daß das Zarenreich aus strategischen Gründen die Umwandlung von Teil- in Gesamtmobilmachung schwerlich aufschieben könne. Trotz dieser offensichtlichen russischen Angriffsabsichten bemerkte Unterstaatssekretär Nicolson auf einem Bericht Bunsens vom 30. Juli: „Sicher war es doch Österreich, das vor Rußland mobilisiert hat“[13]),

[13]) BD Nr. 311.

doch er unterließ, beizufügen, daß diese Mobilisierung nur gegen Serbien gerichtet war. Und tags darauf, als sich Rußland schon im Stadium der allgemeinen Mobilisierung gegen Österreich-Ungarn und Deutschland befand, notierte er: „Rußland trifft ganz angemessene und sehr verständige Vorsichtsmaßregeln, die in keiner Weise als herausfordernd ausgelegt werden können“[14]). Das heißt wohl, die Dinge mit zweierlei Maß messen, wie auch aus zahlreichen anderen Bemerkungen Greys und namentlich seiner beiden Gehilfen die unfreundliche Beurteilung aller österreichischen und deutschen Maßnahmen im Gegensatz zu jenen Rußlands und Frankreichs hervorleuchtet.

Als am 1. August früh Cuninghames Meldung über die Verlautbarung der allgemeinen Mobilisierung in Österreich-Ungarn in London eintraf (die diesbezügliche Depesche des Marineattachés hinkte um 24 Stunden nach)[15]), kam den Attachéberichten aus Wien keine besondere Bedeutung mehr zu. In den ersten Tagen der Krise waren die vielfach übertriebenen Angaben über österreichische Truppenbereitstellungen wohl geeignet gewesen, die Stimmung in Downing-Street gegen die Mittelmächte zu verschärfen. Die späteren teilweisen Richtigstellungen wurden aber kaum mehr zur Kenntnis genommen, und bis zum 1. August war der stets zunehmende Kriegswille der englischen Regierung bereits so weit gesteigert, daß man in London eigentlich nur noch nach einem Vorwande suchte, um — ohne sich mit der Schuld am Ausbruche des Weltkriegs zu belasten — mit bewaffneter Hand eingreifen zu können.

Die deutschen Mobilmachungsvorbereitungen gegen Frankreich im Lichte der britischen amtlichen Dokumente.

Von Wolfgang Foerster.

Im amtlichen Werk des Reichsarchivs über den Weltkrieg (Band I S. 101 ff.) sind die vorbereitenden Maßnahmen aufgeführt, die von deutscher Seite in der Spannungsperiode vor Erlaß des Mobilmachungsbefehls für Heer und Flotte getroffen worden sind. In zeitlicher Reihenfolge waren es folgende:

---

[14]) BD Nr. 337.
[15]) BD Nr. 387 und 427.

Dienstag, 28. Juli: Verstärkte Bahnüberwachung durch Eisenbahnangestellte, also Zivilpersonen, unter Heranziehung von Organen der öffentlichen Sicherheit sowie der Strombauverwaltungen, in den der Grenze naheliegenden Bezirken und im Bezirk der Eisenbahndirektion Berlin;

Rückberufung derjenigen von ihren Standorten abwesenden Truppenteile, die im Mobilmachungsfall für Zwecke des Grenzschutzes und für bestimmte Sonderaufgaben „sofort" oder „beschleunigt" marschbereit sein sollten;

Bewachung der Großfunkenstationen durch Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes.

Mittwoch, 29. Juli: Rückberufung aller sonstigen auf Märschen und Übungsplätzen befindlichen Truppenteile und der Urlauber in die Standorte; militärische Sicherung der Luftschifferanlagen sowie wichtiger Kunstbauten an Eisenbahnlinien und Wasserstraßen in den Grenzgebieten;

Ausbau von Armierungsstellungen, soweit auf reichseigenem Boden vorgesehen, für die Grenzbefestigungen durch aktive Truppen.

Donnerstag, 30. Juli: Zustand der „Sicherung" für die deutsche Flotte, im Zusammenhang damit für das Landheer die Bereitstellung der zum Schutze der Inseln Borkum, Pellworm und Sylt bestimmten aktiven Truppen — im ganzen 5½ Infanterie-Bataillone, 1 Pionier-Kompagnie, 1 Fußartillerie-Bataillon einschließlich Artilleriegerät, Munition und Verpflegungsbedarf.

Freitag, 31. Juli: 1 Uhr nachm. Ausspruch der „drohenden Kriegsgefahr"; Inkrafttreten aller im Frieden vorbereiteten Maßnahmen für den militärischen Grenz-, Bahn- und Küstenschutz.

Sonnabend, 1. August: 5 Uhr nachm. Befehl zur Mobilmachung von Heer und Flotte.

Bei der kritischen Betrachtung der in der britischen amtlichen Dokumentensammlung veröffentlichten Nachrichten und Meldungen, die der Londoner Regierung in der Spannungsperiode über die deutscherseits gegen Frankreich gerichteten Mobilmachungsvorbereitungen zugingen, muß zweierlei beachtet werden, einmal die Quellen, aus denen diese Nachrichten und Meldungen stammten, und dann die Wirkung, die sie auf die Gedankengänge der maßgebenden Persönlichkeiten des britischen Außenministeriums ausübten. Dabei ergibt sich zunächst die auffallende

Tatsache, daß der weitaus größte Teil dieser Mitteilungen nicht durch Vermittlung der hierzu in erster Linie berufenen Organe, nämlich des britischen Botschafters und des britischen Militärattachés in Berlin, zur Kenntnis der Londoner Regierung gebracht worden ist, sondern von Stellen außerhalb Deutschlands, insbesondere von Paris. Und es ergibt sich weiter die nicht minder beachtenswerte Tatsache, daß der großenteils unzutreffende und alarmierende Inhalt jener Mitteilungen bei mehreren für die Haltung der britischen Außenpolitik maßgebenden Persönlichkeiten in London auf wohlvorbereiteten Boden gefallen ist und zur Verschärfung ihres von Anfang an deutschfeindlichen Standpunktes beigetragen hat.

Es sind im ganzen rund 30 Schriftstücke der britischen Aktenveröffentlichung, die sich mit dem fraglichen Gegenstande befassen. Nur neun davon sind Mitteilungen des britischen Botschafters in Berlin Sir Edward Goschen bzw. des britischen Militärattachés in Berlin; dazu kommen noch drei Mitteilungen des britischen Generalkonsuls in Hamburg. Wenn auch gelegentlich gewisse Irrtümer und Übertreibungen in der Berichterstattung dieser amtlichen britischen Organe in Deutschland mitunterliefen, so war die Regierung in London doch durchaus in der Lage, sich auf Grund dieser Berichterstattung Tag für Tag ein im großen und ganzen zutreffendes, natürlich in Einzelheiten nicht immer erschöpfendes Bild der vorbereitenden Maßnahmen zu machen, die in Wirklichkeit von deutscher Seite vom 29. Juli bis zum Erlaß des Mobilmachungsbefehls am 1. August getroffen worden sind. Stellte das Londoner Außenministerium das so gewonnene Bild unbefangen und sachlich in Vergleich mit den Nachrichten und Meldungen, die ihm gleichzeitig über die militärischen Vorbereitungen der Gegner Deutschlands zugingen, so konnte das Urteil über Deutschland unmöglich belastend lauten. Ob und inwieweit Sir Edward Grey selbst in dieser Frage sich die nötige Unbefangenheit bewahrt hat, ist aus der britischen Aktenveröffentlichung schwer erkennbar. Ganz unverkennbar hingegen ist die starke Subjektivität und Voreingenommenheit, mit der seine beiden einflußreichen Gehilfen, der ständige Unterstaatssekretär Sir Arthur Nicolson und der Hilfsunterstaatssekretär Sir Eyre Crowe, von vornherein nicht nur der amtlichen Berichterstattung der britischen Organe in Deutschland gegenüberstanden, sondern auch alles, was ihnen von deutschfeindlicher Seite, also besonders aus Paris und Petersburg, zugetragen wurde, für bare Münze nahmen und zum Nachteil Deutschlands auslegten.

Als der britische Generalkonsul in Hamburg am 30. Juli über die deutscherseits zur Sicherung der Nordseeküste getroffenen Maßnahmen berichtet (Nr. 298 a und b und Nr. 314), macht Crowe bereits den Vermerk: „Das sind Kriegsvorbereitungen gegen England“ [1]). Das ist denn doch selbst seinem gewiß auch nicht deutschfreundlichen Kollegen Sir Arthur Nicolson zuviel, der dagegen vermerkt: „Oder Verteidigungsmaßnahmen gegen einen englischen Angriff“. Am gleichen Tage bemerkt der britische Militärattaché in Berlin (Nr. 313) „ungewöhnliche militärische Tätigkeit“ in Deutschland. Dieser an sich dehnbare Begriff braucht noch nicht als eine Entstellung des tatsächlichen Zustandes in Deutschland aufgefaßt zu werden. Hingegen haben die von ihm, übrigens nur als „Gerücht“ verzeichneten „Bahntransporte von Truppenverbänden sowohl nach Ost- wie Westgrenze Deutschlands“ am 30. Juli noch nicht stattgefunden. An diesem Tage sind — abgesehen von den Rücktransporten einiger Truppenteile von Übungsplätzen in ihre Standorte (s. S. 1) — nur ganz vereinzelte Transporte für die zum Schutz der Nordseeinseln bestimmten aktiven Truppen gefahren worden. Erst am Nachmittag des 31. Juli nach Ausspruch der „drohenden Kriegsgefahr“ setzte die Truppentransportbewegung ein, und zwar wurden zunächst die „verschiebbar“ bearbeiteten Transporte für Grenz-, Bahn- und Küstenschutz gefahren, ferner zur Überführung der ostpreußischen Gestüte und Remontedepots nach dem Innern des Landes und für den Abtransport der Reitschulkommandos. Nach Ausspruch der Mobilmachung am 1. August begannen dann die Mobilmachungs- und Kriegstransporte zu rollen [2]). Crowe ist indessen schon so stark voreingenommen, daß er unter diese unzutreffende Mitteilung vom 30. Juli den Vermerk setzt: „Ohne Zweifel sind in allen Ländern unausgesetzt Mobilmachungsarbeiten von beträchtlichem Umfang im Gange.“ Das traf für Deutschland in jenem Zeitpunkt jedenfalls noch nicht zu und war auch vom britischen Militärattaché in Berlin nicht behauptet worden.

---

[1]) Hervorhebung durch Sperrdruck hier wie in den späteren Zitaten von mir.

[2]) Damit ist auch die Unrichtigkeit der Behauptung des russischen Botschaftsrates in London von Etter erwiesen, der am 1. August Sir Eyre Crowe nach dessen Vermerk (Nr. 385) erzählt hat: „Die deutschen Eisenbahnen waren nach allen Richtungen hin mit Truppentransporten angefüllt.“ Es ist freilich nicht ersichtlich, an welchem Tage Etter mit dem Nordexpreß durch Deutschland gefahren ist. Da er am Mittwoch, d. h. am 29. Juli, Petersburg verlassen hat, muß man aber annehmen, daß er am 30. Juli durch Deutschland gefahren ist.

Die gleiche Voreingenommenheit zeigt Crowe gegenüber einer vom britischen Gesandten in Dresden Grant Duff am 30. Juli an Grey übermittelten Nachricht (Nr. 315). Dieser wollte gehört haben, „daß das 1. Grenadier-Regiment der sächsischen Armee Marschbefehl an die schlesische Grenze erhalten habe und heute Dresden verlasse". Crowe versieht diese gänzlich aus der Luft gegriffene Nachricht mit dem Kommentar: „Das ist entschieden ominös. Es ist klar, daß Deutschland, obschon es den Gebrauch des Wortes „Mobilmachung" vermeidet, doch mobil macht." Tatsächlich hat das sächsische 1. Grenadier-Regiment erst am 6. August seinen Standort Dresden verlassen [3]).

Inzwischen hatte von Paris aus die systematische und zielbewußte Beeinflussung des britischen Außenministeriums in dem Sinne eingesetzt, daß Deutschland heimlich mobilisiere. Der französische Botschafter in London Paul Cambon überreichte am 30. Juli Grey ein vom Pariser Außenministerium verfaßtes Schriftstück (Anlage zu Nr. 319), das zeigen sollte, „daß die militärischen Vorbereitungen Deutschlands weiter vorgeschritten seien und einen offensiveren Charakter an der Grenze trügen als alles, was Frankreich bislang getan". In diesem Schriftstück sind die historischen Tatsachen, soweit sie die deutsche Seite betreffen, in gröbster Weise entstellt. Die dort behauptete Verstärkung der Truppen der Festung Metz durch „Elemente, die mit der Bahn aus Standorten im Innern wie Trier oder Köln herangeführt" seien, gehört ebenso in das Reich der Fabel wie die Angabe, daß die Armierung der Grenzbefestigungen und die militärische Bewachung der Bahnhöfe in Deutschland am 25. Juli begonnen haben. Als dreiste Erfindung aber, die auf planmäßige Irreführung der Londoner Regierung berechnet war und die eigenen Mobilmachungsvorbereitungen als erzwungene Gegenmaßnahmen hinstellen sollte, muß die Behauptung bezeichnet werden, daß Deutschland seine „dispositifs de couverture" an der ganzen Grenze von Luxemburg bis zu den Vogesen getroffen und seine Deckungstruppen in Gefechtsstellungen nahe der Grenze (einige hundert Meter oder einige Kilometer entfernt) geführt habe. Bekanntlich ist am 30. Juli nicht der deutsche Grenzschutz in Kraft getreten, wohl aber der französische. Natürlich brüstet sich schon an diesem Tage die französische Regierung bei der Mitteilung der letzteren Tatsache nach London damit, daß ihr Grenzschutz unter Wahrung der sogenannten 10-km-

[3]) Vergl. die von Pfarrer Hermann geschriebene Geschichte des sächsischen Leibgrenadier-Regiments S. 30.

Zone aufgestellt und ein Teil des eigenen Gebietes damit schutzlos dem plötzlichen Angriff des Feindes preisgegeben würde. Solcher Hinweis an einem Tage, wo der deutsche Grenzschutz überhaupt noch nicht aufgestellt war, sagt dem kritisch rückschauenden Betrachter genug. Es ist ganz klar, daß dieser von nun an immer wiederholte Hinweis nur die wahren Motive Frankreichs verhüllen und in England das Wohlgefallen an dem friedfertigen Verbündeten wachrufen sollte. Übrigens ist die 10-km-Zone vom französischen Grenzschutz durchaus nicht überall innegehalten worden. So lief zum Beispiel beim französischen VII. Armeekorps (Belfort) die Postenaufstellung in der Linie Delle—St. Germain—Giromagny—Ballon de Servance—Bussang—Cornimont—La Bresse—Longemer, das heißt durchweg erheblich unter 10 km, zum Teil 2—3 km von der Grenze entfernt. Auch Joffre hat von vornherein seiner Regierung erklärt, daß er sich nicht strikte an die Innehaltung der 10-km-Zone halten könne [4]).

Die vom britischen Botschafter in Paris Sir Francis Bertie am späten Abend des 30. Juli an Grey weitergegebene Mitteilung (Nr. 318): „Französische Regierung hat zuverlässige Nachricht, daß um Diedenhofen und Metz deutsche Truppen kriegsbereit zusammengezogen sind", bewegt sich in der gleichen Richtung bewußter Irreführung. Sir Bertie selbst lag übrigens jede derartige Absicht vollkommen fern. Er hatte schon am 29. Juli [5]) an Grey einen Bericht des britischen Militärattachés in Paris gesandt (Nr. 321 nebst Anlage), in dem dieser auf Grund seiner eigenen Umschau in den letzten Tagen in und um Paris folgende Feststellungen über die französischen Mobilmachungsvorbereitungen gemacht hatte (gekürzt): „Alle einer Mobilmachung vorausgehenden Vorsichtsmaßregeln sind ausgeführt worden, und man braucht jetzt nur noch auf den Knopf zu drücken, um die nötigen Reservisten einzuberufen... Sämtliche im Urlaub befindliche Offiziere und Mannschaften sind zu ihren Truppenteilen zurückgekehrt oder kehren so rasch als möglich dorthin zurück [6]). Die auf Übungsplätzen befindlichen

[4]) Vergl. La Revue de France August 1921. Angabe des Kriegsministers Messimy.

[5]) Grey hat diesen Bericht erst am 31. Juli erhalten.

[6]) Bereits am 25. Juli hatte das französische Kriegsministerium die Generalität (vom Brigadegeneral aufwärts), soweit sie nicht in ihren Standorten war, auf ihre Posten zurückberufen. Am 26. Juli wurden alle beurlaubten Offiziere zurückberufen und die Grenzschutzkorps in ihre Standorte beordert, am 27. Juli mußten sie ihre Urlauber zurückrufen. In der Nacht vom 27./28. Juli wurde dieser Befehl auf sämtliche Urlauber ausgedehnt. Bemerkung des Verfassers.

Truppen wurden in ihre Standorte zurückbefördert. Höhere Offiziere sind angestrengt beschäftigt . . . Sämtliche Bahnhöfe und Eisenbahnlinien sind stark bewacht. Die Pariser Bahnhöfe sind von Truppen besetzt, während die Bahnlinien und Brücken zwischen den Städten und Dörfern von Gendarmen und Förstern abpatrouilliert werden. Dieser Bahnschutz begann vergangenen Sonntag [7]) . . . . Der Eifelturm ist ebenfalls durch Polizei und Soldaten bewacht."

Am 30. Juli wies Sir Francis Bertie selbst in einem Bericht an Grey (Nr. 320 a) ganz offen auf die „Truppenbewegungen von der Mitte Frankreichs nach der Ostgrenze" hin und gab auch die ihm gegenüber gefallene Äußerung des spanischen Botschafters in Paris Urrutia weiter (Nr. 320 b), „daß die couverture der Truppen an der Ostgrenze Frankreichs durchgeführt" sei. Nach dem, was wir heute wissen, ist diese Erklärung insofern nicht ganz korrekt, als die Aufstellung des französischen Grenzschutzes — es handelte sich dabei bekanntlich um 11 Infanterie-Divisionen und 10 Kavallerie-Divisionen, d. h. ein starkes Viertel des französischen Feldheeres — am 30. Juli noch ohne Inanspruchnahme von Eisenbahntransporten und ohne Reservisteneinberufungen erfolgte. Diese Einschränkungen fielen erst am folgenden Tage fort. Wenn aber der Herausgeber der britischen Aktenveröffentlichung J. W. Headlam-Morley in seiner Einleitung hierzu schreibt: „Die durch nichts gestützte Bemerkung eines fremden Diplomaten über den Stand der französischen militärischen Vorbereitungen ist augenscheinlich ohne wirkliche Beweiskraft", so verrät solche Bemerkung eine bedauerliche Außerachtlassung der geschichtlichen Tatsache, daß die „mise en place des troupes de couverture" an der Ostgrenze bereits am 30. Juli stattgefunden hat, wenn sie auch an diesem Tage noch nicht zum Abschluß gebracht worden ist. Das preußische Kriegsministerium hingegen hat bekanntlich am 30. Juli den Antrag des Metzer Generalkommandos auf Ausrücken des Grenzschutzes ausdrücklich abgelehnt. Er ist erst am 31. Juli nach Ausspruch der „drohenden Kriegsgefahr" in Kraft getreten.

Am 31. Juli setzte Paris die erfolgreich begonnene Bearbeitung der Londoner Regierung fort. Der französische Botschafter Paul Cambon überreichte einen neuen vom gleichen Tage datierten Schriftsatz des französischen Außenministeriums (Nr. 338), in dem wiederum auf die berühmte 10-km-Demarkationslinie Bezug genommen war als Beweis dafür, „daß der Angreifer in keinem Falle Frankreich sein würde". Deutschlands „Angriffsabsichten" wurden mit angeblichen Grenzverletzungen deutscher Patrouillen,

[7]) d. h. am 26. Juli. Bemerkung des Verfassers.

die bereits am 30. Juli begangen sein sollten, sowie mit der präziser als tags zuvor ausgesprochenen, nichtsdestoweniger unwahren Behauptung begründet, daß das XVI. Armeekorps in Metz durch einen Teil des VIII. aus Trier und Köln verstärkt worden sei. Ebensowenig traf die Angabe zu, daß in Deutschland Reservisten „par dizaines des milliers" einberufen seien. Es wurde das als das letzte Stadium vor der Mobilmachung bezeichnet. In Wahrheit ist der deutsche Grenzschutz am 31. Juli ohne Einziehung von Reserven ausgestellt worden. Das Werk des Reichsarchivs (Band I S. 102) sagt hierüber: „Es wurden keine Ergänzungsmannschaften eingezogen, auch keine Truppenverbände aus dem Inneren des Reichs an die Grenzen gefahren, vielmehr übernahmen die Truppen der Grenzkorps auf Friedensfuß den Schutz der Grenzen wie der Bahnen im Korpsbereich." Schließlich verstieg sich auch dieses von Cambon überreichte Schriftstück wieder zu der natürlich beweislos vorgebrachten Behauptung, daß die deutschen „préparatifs" bereits am Sonnabend, d. h. am 25. Juli, begonnen hätten. Das stimmte freilich für Frankreich (siehe Fußnote S. 9). Sir Arthur Nicolson nahm diese Mitteilungen Cambons zum Anlaß, seinem Minister schriftlich auseinanderzusetzen (Nr. 339), daß „Deutschland, obwohl es Mobilmachungsbefehl noch nicht erlassen hat, in Wirklichkeit doch bereits mobilisiert." Die in Kürze zu erwartende französische Mobilmachungsorder suchte er seinem Chef durch den aus Paris suggerierten Satz schmackhaft zu machen: „Französische Regierung glaubt, daß Deutschland das Pariser Kabinett aufreizen will, Mobilmachungsorder zuerst herauszugeben, um so Frankreich als Angreifer erscheinen zu lassen." Auch gab sich Nicolson Mühe, diese Auffassung durch die Angabe eines aus Köln eingetroffenen Agenten glaubaft zu machen, nach der durch Köln „fortgesetzt Truppentransporte in der Richtung nach der Grenze" durchkämen. Demgegenüber genügt der Hinweis auf die Feststellung des Reichsarchivs (Band I S. 103), daß „in dem wenig bedrohten Abschnitt von Kaldenkirchen bis Echternach während der Zeitspanne der „drohenden Kriegsgefahr" der Grenzschutz nur durch Gendarme, Zoll-, Forstschutz- und Straßenaufsichtsbeamte" ausgeübt wurde. Transporte der zum Handstreich gegen Lüttich bestimmten Truppen, die durch Köln liefen, haben erst nach Ausspruch der Mobilmachung am 1. August begonnen.

Bei ihren Bemühungen, die eigenen schon getroffenen Vorbereitungen und die nahe bevorstehende Mobilmachungsorder England gegenüber als aufgezwungene Notwehrakte hinzustellen, bediente sich die Pariser Regierung übrigens nicht nur des amtlichen Weges über Paul Cambon—Crowe—Nicolson, sondern auch

der Presse. Hierfür enthüllt die britische Aktenveröffentlichung mehrere bezeichnende Vorgänge. Zunächst ein vertraulicher Bericht Sir Francis Berties an Grey vom Nachmittag des 31. Juli (Nr. 353): „Berichterstatter der ‚Times' wurde ins Außenministerium bestellt und erhielt dort eine Liste der deutschen militärischen Vorbereitungen an französischer Grenze, die, wie man erklärt, französische Vorsichtsmaßnahmen weit übertreffen; Außenministerium gibt zu, daß solche Vorsichtsmaßnahmen — aber später als in Deutschland — getroffen wurden. Französische Presse wird nur in allgemeinen Wendungen darüber unterrichtet. Berichterstatter der ‚Times' glaubt, das Außenministerium wünschte, er solle öffentliche Meinung Englands auf Mobilmachung, die jeden Augenblick befohlen werden kann, vorbereiten und ihr Ansicht beibringen, daß diese Maßnahme Frankreich aufgezwungen wurde." Der Berichterstatter der „Times" in Paris wurde ferner am Abend des 31. Juli durch den französischen Unterstaatssekretär des Äußeren von der welterschütternden Tatsache in Kenntnis gesetzt, daß „Deutsche sich mehrere französische Lokomotiven an der Grenze angeeignet haben. Auf deutscher Seite ist Teil der Strecke aufgerissen und mit Maschinengewehren besetzt". Man sollte es kaum für möglich halten, daß Sir Eyre Crowe unter diese vom Botschafter Bertie an Grey weitergeleitete Nachricht (Nr. 358) folgenden Vermerk setzt: „Der Vorwand Deutschlands, daß es unter dem Zwange der französischen und russischen Mobilmachung handelt, wird immer absurder. Es steht in seinen drastischen Maßnahmen keiner anderen Regierung nach. Die deutsche Regierung streut uns Sand in die Augen, um jene britischen Vorbereitungen hinauszuschieben, wenn nicht zu verhindern, die allein uns die Teilnahme am Kampf ermöglichen, sollten wir schließlich die Tatsache erkennen, daß wir keine andere Wahl haben." Und Sir Arthur Nicolson ergänzt seinen Kollegen durch das kurze Wort: „Deutschland treibt seit ein paar Tagen sein Spiel mit uns". Daß Bertie der Mitteilung des „Times"-Korrespondenten noch die Nachricht angeschlossen hatte: „Allgemeine französische Mobilmachung wurde nicht angeordnet, sondern nur Mobilmachung der Grenzkorps", gab Crowe und Nicolson keinen Anlaß zu irgendeiner Randbemerkung über den Verbündeten.

Dieser Vorgang bildet fürwahr das würdige Seitenstück zu der, man muß schon sagen böswilligen Voreingenommenheit, mit der die beiden Gehilfen Greys zu gleicher Zeit das Verhalten Deutschlands gegenüber den russischen Kriegsrüstungen beurteilten. Gegen Mittag des 31. Juli hatte Sir Edward Goschen (Nr. 337) über sein Gespräch mit Bethmann Hollweg berichtet, in dem dieser nach dem

wahrheitsgemäßen Hinweis auf die russischen Mobilmachungsmaßnahmen gegen Deutschland in ehrlicher und loyaler Weise sagte, „es sei sehr wohl möglich, daß sich die deutsche Regierung in ganz kurzer Frist, vielleicht noch heute zu einem sehr ernsten Schritt entschließen müsse". Dieses Gespräch hatte bekanntlich kurz vor Ausspruch der „drohenden Kriegsgefahr" stattgefunden. Crowe vermerkt zu dem Berichte Goschens: „Dies stellt einen Versuch dar, die Schuld für militärische Vorbereitungen auf Rußland zu wälzen. Alle unsere Nachrichten weisen darauf hin, daß — bis auf den ausdrücklichen Erlaß des tatsächlichen „Mobilmachungbefehls" — die deutsche Mobilmachung schon seit einiger Zeit an den drei deutschen Grenzen lebhaft im Gange ist". Und Sir Arthur Nicolson schlägt natürlich auch ganz in dieselbe Kerbe: „Rußland trifft ganz angemessene und sehr verständige Vorsichtsmaßregeln, die in keiner Weise als herausfordernd ausgelegt werden können. Natürlich möchte nun Deutschland, das unausgesetzt gerüstet hat, die Schuld auf Rußland schieben — ein recht durchsichtiges Manöver. Jeder Kommentar ist jedoch überflüssig." Gewiß, jeder Kommentar ist überflüssig! Das wird auch heute der kritische Betrachter sagen müssen, freilich in anderem Sinne, als es damals der erste Berater des britischen Außenministers sich gedacht hat. Man sieht, es lag System in diesem Spiel.

Während sich der britische Botschafter in Berlin im weiteren Verlauf des 31. Juli in seiner Berichterstattung nach London auf die sachliche Mitteilung beschränkt (Nr. 346), daß in Deutschland die „drohende Kriegsgefahr" ausgesprochen worden sei, bemüht sich in London der französische Botschafter Paul Cambon spät abends in einem Privatbrief an Sir Arthur Nicolson (Nr. 364), auf Grund eines ihm vom Pariser Außenministerium zugegangenen Telegramms den Beweis zu liefern, daß Deutschland schon auf französischem Gebiet „véritables actes de guerre" begehe. Man sieht sie in angeblichen jenseits der Grenze ausgeführten Schienen- und Telegraphenunterbrechungen und in der Beschlagnahme einiger französischer Lokomotiven. Es ist mir nicht möglich gewesen, diese Behauptungen auf ihre Richtigkeit nachzuprüfen. Wahrscheinlich verhält es sich damit ebenso wie mit den Grenzverletzungen durch Patrouillen und kleine Abteilungen, die nachweislich auf beiden Seiten, auf französischer sogar in größerem Umfange als auf deutscher, vorgekommen sind. Sir Arthur Nicolson aber ist sogleich bereit, auf der von Anbeginn des Konflikts verfolgten Linie die Konsequenzen für das eigene Handeln zu ziehen, und schreibt an Grey (Nr. 368): „Wie unsere künftige Haltung hin-

sichtlich einer Intervention auch sein möge, erscheint es mir überaus wichtig, unverzüglich den Befehl zur Mobilmachung der Armee zu geben. Es nützt nichts, unsere Augen vor der Tatsache zu verschließen, daß Deutschland möglicherweise innerhalb der nächsten 24 Stunden die französische Grenze überschreiten wird. Ist die öffentliche Meinung — jetzt so verwirrt und nur teilweise unterrichtet — im Falle deutscher Invasion bereit, sich auf seiten Frankreichs zu stellen, so würde unsere Hilfe, wenn wir nicht mobil sind, zu spät kommen. Mobilmachung ist eine Vorsichts- und keine herausfordernde Maßnahme, und sie ist meiner Meinung nach unbedingt notwendig." Was Deutschland seit Tagen angedichtet und ihm als Verbrechen angerechnet wurde, galt also in den Augen des britischen Staatsmanns für die Feinde Deutschlands als eine „unbedingt notwendige Vorsichts- und keine herausfordernde Maßnahme". Auch Grey ist jetzt einen Augenblick in Versuchung, die Maske zu lüften, und vermerkt: „Darin liegt viel Wahres. Wir müssen uns vorbereiten, und ich meine, die Sache sollte morgen früh erwogen werden". Hinterher besinnt er sich aber doch eines Besseren und wahrt nach außen noch die bisherige Zurückhaltung.

Auch am 1. August bleibt die Berichterstattung der britischen Organe in Berlin über Deutschlands militärische Maßnahmen korrekt und zutreffend. Schon in der Nacht vom 31. Juli zum 1. August unterrichtet der Botschafter Sir Edward Goschen seinen Minister (Nr. 385), daß, falls Rußland die ihm von deutscher Seite gestellte Forderung auf Rückgängigmachung der Mobilmachung nicht binnen 12 Stunden erfüllen würde, Deutschland genötigt sei, unverzüglich zu mobilisieren. Mittags folgt die Meldung des britischen Militärattachés in Berlin (Nr. 401), „daß an den Grenzen und zum Bahnschutz alle notwendigen Maßnahmen getroffen wurden. Vorbereitungen so vorgeschritten, daß normale Dauer der Mobilmachungsperiode sich verkürzen wird" [8]). In einer zweiten gleichzeitig abgesandten Meldung (Nr. 404) fügte er hinzu, daß „bis jetzt viele Reserve-Offiziere, aber noch keine Mannschaften einberufen" seien. Abends folgt dann die Mitteilung Goschens (Nr. 457): „Allgemeine Mobilmachung von Armee und Flotte wurde soeben befohlen. 2. August erster Mobilmachungstag."

---

[8]) Diese Annahme war irrig. Die deutsche Mobilmachung verlief planmäßig innerhalb der für sie vorgesehenen Zeitspanne. Bemerkung des Verfassers.

Demgegenüber trägt die Berichterstattung aus Paris auch am 1. August ganz das bisherige Gepräge bewußter Übertreibung und Entstellung der deutschen, Beschönigung der eigenen und der russischen Maßnahmen. Mittags gibt Sir Francis Bertie den Inhalt eines Gespräches mit Poincaré (Nr. 403) weiter: „Er sagt, daß deutsche Regierung versuche, Schuld für kritische Lage auf Rußland zu schieben; daß Kaiser von Rußland allgemeine Mobilmachung erst nach Erlaß der allgemeinen Mobilmachung in Österreich angeordnet habe; daß die von deutscher Regierung bereits getroffenen Maßnahmen, obschon nicht als allgemeine Mobilmachung bezeichnet, dieser doch in Wirklichkeit entsprechen; daß Frankreich hinsichtlich deutscher militärischer Vorbereitungen schon 48 Stunden im Rückstand sei und in Selbstverteidigung zur allgemeinen Mobilmachung genötigt werde; daß, während deutsche Truppen tatsächlich an französischer Grenze stünden und an manchen Stellen eingefallen seien, französische Truppen Befehl hätten, nicht näher als 10 km an deutsche Grenze heranzugehen, um jeden Grund zu Anklagen, Deutschland sei provoziert worden, zu vermeiden . . . .“ Um 5,45 Uhr nachm. muß Sir Francis Bertie dann berichten (Nr. 425), daß die allgemeine Mobilmachung der französischen Armee um 3,40 Uhr befohlen worden sei. Der französische Kriegsminister habe dem britischen Militärattaché bei Mitteilung dieser Tatsache gesagt: „Das geschah, weil Kriegsminister weiß, daß Deutsche unter ihrem System des „Kriegszustandes“ sechs Klassen einberufen haben; drei genügen, um ihre Deckungstruppen auf Kriegsstärke zu bringen, und übrige drei werden Reserve bilden. Er vertritt Ansicht, daß dies der Mobilisierung gleichkommt und daher eine Mobilmachung unter anderem Namen ist. Den französischen Streitkräften an der Grenze stehen acht Armeekorps auf Kriegsfuß gegenüber [9]), und er erwartet jeden Augenblick einen Angriff. Deshalb ist es unbedingt notwendig, sich davor zu schützen. Er hat eine Zone von 10 km zwischen französischen Truppen und deutscher Grenze gelassen. Franzosen werden nicht angreifen, und Kriegsminister liegt viel daran, daß erklärt werde, dieser Akt der Mobilmachung sei rein defensiv.“

Man muß sich vergegenwärtigen, daß diese beiden Berichte (Nr. 403 und 425) noch ohne Kenntnis der deutschen Mobilmachungserklärung aufgesetzt und abgesandt worden sind. Sie bilden den würdigen Abschluß des raffinierten Spiels, in dem Paris seine Bälle nach London warf. „Jeder Kommentar ist überflüssig“!

[9]) Tatsächlich standen auf deutscher Seite an der französischen Grenze nur 4½ Armeekorps (16. I.-D., XVI., XXI., XV., XIV. Armeekorps) im Grenzschutz, bis zum Ausspruch der Mobilmachung auf Friedensfuß.

Rußlands Weg zum Kriege im Spiegel der englischen Dokumente.

Von Gunther Frantz.

Wenn auf die Mitteilungen, die der Petersburger Berichterstatter des „Matin“ am 20. Juli 1914 in seinem Blatte brachte, und die „aus berufenster militärischer Quelle“ stammen sollten, Verlaß ist, war Rußland jederzeit bereit, deutsche Heeresverstärkungen um das Doppelte und Dreifache zu überbieten (69) [1]). Jener „Matin“-Artikel trägt deutlich den Stempel einer von amtlicher Stelle in Petersburg ausgehenden Mahnung an Frankreich, alles zu tun, um seine Bündnispflichten zu erfüllen, wie Rußland auch seinerseits bereit sei, mit Deutschland um die Wette zu rüsten, seinen Pflichten nachzukommen im Bündnisfalle und — nach Frankreichs Wunsch — auch gegen Deutschland offensiv zu werden. Diese Betonung der Offensivbereitschaft war wohlbedacht. War doch bei den Konferenzen der Generalstäbe der beiden verbündeten Länder in den letzten Jahren den Russen die Bereitwilligkeit zur Offensive gegen Deutschland von den französischen Generalstabschefs mühsam abgerungen worden und eine ganz wesentliche Voraussetzung des französischen Operationsplanes im Kriege gegen Deutschland. Ebenso verwies das Petersburger Telegramm des „Matin“ ganz bewußt auf die schnelle Marschbereitschaft des russischen Heeres — in 16 Tagen, „dank“ der neuen strategischen Bahnen, die mit französischem Gelde gebaut waren und noch wurden. In dieser Beleuchtung charakterisiert sich der Artikel des „Matin“ als eine Neuauflage jener bekannten Worte: „Rußland ist bereit, Frankreich muß es auch sein!“ — Worte [2]), die wenige Wochen zuvor Suchomlinow in den „Birshewyja Wjedomosti“ „den Alarmisten jenseits der Grenze“ [3]) zugerufen hatte.

Einer Erklärung Suchomlinows nach dem Kriege zufolge war Rußland für einen „längeren Krieg nicht gerüstet“, konnte aber „einen Feldzug von vier bis sechs Monaten ohne sonderliche Bedenken unternehmen“ [4]). Der ehemalige russische Kriegsminister glaubte, daß erst nach zwei Jahren, nach Durchführung der wichtigsten Neuerungen des „Großen Programms“ im Jahre 1916 Rußland befähigt sei, die Lösung aller kontinentalen Probleme zu seinem Vorteile zu finden. Im Januar 1914 hatte er in einer Kabinetts-

[1]) Die Zahlen in Klammern bezeichnen die entsprechenden Nummern der Britischen Dokumente.

[2]) „Das deutsche Weißbuch über die Schuld am Kriege“, Anlage X. 5.

[3]) Suchomlinows „Erinnerungen“ S. 377.

[4]) „Die Kriegsschuldfrage“ November 1925.

sitzung „kategorisch die volle Bereitschaft Rußlands zum Zweikampf mit Deutschland“ erklärt. Ungeachtet dessen hat Sasonow, der an jener Kabinettssitzung 1914 teilgenommen hat, jetzt, nach dem Kriege, behauptet, die Rüstungen Rußlands zum Kriege seien „bedauernswert und hoffnungslos rückständig in jeder Beziehung“ gewesen [5]).

Daß Rußland 1914 am Anfange einer großen Heeresorganisation stand, die 1916/17 abgeschlossen sein konnte, wissen wir. Dieses „Große Programm“ war seit Jahren geplant, setzte schon im Herbst 1913 ein und bildete eine der Gegenleistungen für die Milliardenanleihen in Paris. Suchomlinow hat die Stärke des Friedensheeres in dem erwähnten Artikel der „Birshewyja Wjedomosti“ mit 2 300 000 Mann angegeben. Diese Zahl war auch in die französische Presse gelangt (52). Was „Matin“ und „Temps“ berichteten, war dem englischen Botschafter in Paris bedeutsam genug, es amtlich nach London zu melden, weil der Petersburger Berichterstatter des „Matin“ „vielleicht der bekannteste Sonderberichterstatter“ war, und seine Artikel in Paris „immer viel beachtet“ wurden. Nach seinen Angaben sollte die Friedensstärke des russischen Heeres bis zum Winter 1916 „die kolossale Zahl“ von 2 245 000 Mann erreichen (66). Diese Pressemeldungen, die, nicht zufällig, in die Zeit des Besuches von Poincaré in Petersburg fielen, waren wohl geeignet, den Bündniswert des Zarenreiches der öffentlichen Meinung Frankreichs recht drastisch zu zeigen, in einer Zeit, in der nach dem Sarajewoer Morde die politische Atmosphäre aufs äußerste gespannt war, und, wie wir aus der Feder des französischen Obersten Duval wissen [6]), schon vor Bekanntwerden des Wiener Ultimatums an Serbien in Petersburg zwischen den Vertretern des französischen Generalstabes, die der Mission zugeteilt waren, und dem russischen Generalstabschef Januschkewitsch die letzten Vereinbarungen getroffen waren, weil nach ihrer damaligen Auffassung der Kriegsausbruch unvermeidlich war.

Schon vor Überreichung des Ultimatums in Belgrad waren amtliche Stellen in Belgrad der Überzeugung, Rußland werde sich bei einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Serbien und Österreich auf die Seite seines slawischen Schützlings stellen (61, 80). In ähnlichem Sinne ist auch die Äußerung des russischen Botschafters in Wien gegenüber dem englischen Botschafter zu deuten (97). Wir wissen nicht, auf welche Zusicherungen aus Petersburg sich die serbische Regierung stützen konnte. Vielleicht

[5]) „Die Kriegsschuldfrage“ April 1926, S. 218.
[6]) Desgl., Juni 1927, S. 594.

werden darüber noch spätere Dokumentenveröffentlichungen der Sowjetregierung Aufschluß geben. Immerhin sprachen Vertreter der serbischen Regierung die Gewißheit, Rußland an ihrer Seite im Kriege zu sehen, so bestimmt aus, daß irgendwelche bindenden Zusagen von offizieller russischer Stelle vorgelegen haben müssen. Es scheint sogar schon eine Art Feldzugsplan bestanden zu haben; denn Serbien wollte, wie der englische Geschäftsträger am 28. Juli aus Belgrad nach London meldete, die Österreicher „ins Innere locken", um sie „anderswo zu schwächen" (221).

Als am 24. Juli das Ultimatum in Petersburg bekannt geworden war, erklärte Sasonow dem englischen Botschafter, daß dieser Schritt Österreichs den Krieg bedeute. Auch Nicolson in London gewann aus dem Bericht des britischen Botschafters in Petersburg über seine Rücksprache mit Sasonow und dem französischen Botschafter am 24. Juli die Gewißheit, daß Rußland und Frankreich zum Kriege entschlossen seien (101). Im Petersburger Generalstabe setzte an diesem Tage fieberhafte Tätigkeit ein. Der Generalstabschef, General Januschkewitsch, bestellte am 24. Juli vormittags den Chef der Mobilmachungsabteilung zum Vortrage über die Mobilmachungsvorarbeiten zu sich und wies auf die Möglichkeit einer Teilmobilmachung gegen Österreich-Ungarn hin. Zunächst wurde nur die Beförderung der Fähnriche zu Offizieren, die Schließung der Kriegsakademien, die Rückberufung der Truppen von den Übungsplätzen in ihre Garnisonen, die Erklärung der Kriegsvorbereitungsperiode und die Verhängung des Kriegszustandes über die Festungen vorbereitet. Bevor über diese Maßnahmen endgültig verfügt wurde, erließ Dobrorolski am 25. Juli nachmittags an die Armee telegraphisch die Anweisung, den Abmarsch aus den Lagern vorzubereiten, und nach der Kabinettssitzung am 25. Juli nachmittags, an der auch der Generalstabschef teilnahm, ging an demselben Tage noch, spät abends, der endgültige Befehl an die Truppe zur Rückkehr in die Garnisonen heraus [7]). Das waren die „notwendigen einleitenden Vorbereitungen für die Mobilmachung", von denen Buchanan am 25. Juli abends nach London berichtete (125), und damit ist auch die Meldung des englischen Konsuls aus Odessa über die Rückkehr der Truppe aus den Lagern nach Odessa in Verbindung zu bringen (167).

Nach der Rückkehr Januschkewitschs vom Kabinettsrat in Krasnoje Sjelo am 25. Juli abends wurden in der Nacht zum 26. Juli vom Generalstabe — nicht vom Kriegsminister — die Be-

[7]) Gunther Frantz: „Rußlands Eintritt in den Weltkrieg", Anl. 128—129.

fehle für die Inkraftsetzung der Kriegsvorbereitungsperiode und für die Erklärung des Kriegszustandes in den Festungen erlassen [8]).

Eine ganze Reihe von amtlichen Meldungen aus Rußland berichtet über die militärische Tätigkeit, die zwischen dem 26. und 30. Juli kraft der Kriegsvorbereitungsperiode einsetzte. So wurde nach London gemeldet, daß die Südwestbahn als im Kriegszustande befindlich erklärt (167) sei, daß die Rigaer Zoll- und Hafenbeamten dem Kommandanten der Festung unterstellt (228), daß auf den Bahnen Einschränkungen des Gütertransportes eingetreten (279), und daß an den Küsten die Leuchtfeuer gelöscht seien (279, 280), daß die Eisenbahnbrücken bewacht, Schiffe vom Staate beschlagnahmt (304) und Festungen von der Zivilbevölkerung geräumt würden (405).

Alle diese Maßnahmen lassen sich in die Kriegsvorbereitungsperiode einordnen und beweisen, wie weit die Russen dank dieser Einrichtung der eigentlichen Mobilmachung vorgriffen. Über Sinn und Wesen der Kriegsvorbereitungsperiode ist auch in den Blättern der „Kriegsschuldfrage" bereits ausführlich gesprochen [9]). Wir können nur von neuem wieder mit allem Nachdruck betonen, daß sich mit der Einrichtung dieser Periode die russische Regierung ein Mittel geschaffen hatte, ohne offizielle Mobilmachungserklärung im geheimen einen wesentlichen Teil der unter die Mobilmachung fallenden Arbeiten vorwegzunehmen, dadurch Zeit zu gewinnen und diplomatisch mit scheinheiliger Ehrlichkeit erklären zu können: wir machen nicht mobil, sondern treffen nur einige notwendige militärische Vorbereitungsmaßregeln. Für die eigentliche Mobilmachung fehlte nur noch die Erhöhung der Friedensstärken auf Kriegsstand. Aber selbst diese letzte Maßnahme konnte, wenn genügend Zeit vorhanden war, wenigstens bei den Grenzkorps noch vor der amtlichen Mobilmachungserklärung durchgeführt werden. Die Kriegsvorbereitungsperiode bot die Handhabe dazu; sie gestattete Reservisten über das vorgesehene Maß zu Übungen einzuberufen und unter Anlehnung an die Mannschaftsverteilungspläne für den Krieg den Grenzkorps zu überweisen [10]).

Meldungen amtlicher englischer Stellen sprechen auch von Truppenbewegungen (234, 405). Nach einer Meldung vom 30. Juli sollten täglich Truppentransporte Petersburg verlassen, nach der anderen, vom 28. Juli, sollten Infanterieabteilungen von Warschau

[8]) Desgl., Anl. 90—91.

[9]) April 1924.

[10]) „Die Kriegsschuldfrage" April 1924, S. 94, B. 1 und S. 97, B. 1.

an die Front gehen. Die reichlich unbestimmte Formulierung dieser Meldung läßt es frei, in diesen Transporten Aufmarschtransporte zu sehen. Rußland hätte demnach schon vor der Mobilmachungserklärung mit dem Aufmarsch an der Grenze begonnen. Wir wissen, daß man sich in Petersburg mit dem Gedanken trug, die für die deutsche Front bestimmte 5. Kavalleriedivision aus Kasan schon vor der Mobilmachung an die Grenze zu fahren [11]). An einen vorzeitigen Abtransport des Garde-, I. oder XVIII. Korps aus Petersburg vermöchten wir indes nicht zu glauben, weil wir wissen, daß das XVIII. Korps für den Schutz der Hauptstadt im Verbande der 6. Armee bestimmt war, und daß das Gardekorps und I. Korps, ursprünglich für die Wilnaer 1. Armee bestimmt, während der Transportbewegung Anfang August nach Warschau abgedreht wurden, um dort zu einer, auf Wunsch der Franzosen neu zu bildenden neuen Armee zu treten. Liegt somit keine zwingende Veranlassung vor, in obigen Meldungen des englischen Botschafters — sofern sie überhaupt den Tatsachen entsprechen — die Anzeichen für einen Beginn des Aufmarsches vor der Mobilmachung zu sehen, so schließt es natürlich nicht aus, daß schon vor der Mobilmachung einige Vorkommandos in das Aufmarschgebiet oder Abteilungen zum Grenz- und Brückenschutz abgingen. Eine restlose Klärung dieser Fragen ist nach den vorhandenen Quellen nicht möglich.

Der Entschluß zu einer Teilmobilmachung war prinzipiell bereits im Kronrat am 25. Juli vormittags gefaßt. Am 25. Juli berichtete der englische Botschafter nach London die Mitteilung, die Sasonow ihm und Paléologue gemacht habe, daß nämlich der Zar den Entwurf eines Ukases für die Teilmobilmachung genehmigt habe, der erst veröffentlicht werden solle, wenn der Außenminister den Augenblick für seine Inkraftsetzung für gekommen erachte (125, 302). Damit hatte der Außenminister den Befehl für die Teilmobilmachung in der Tasche, eine Art Blankovollmacht. Zunächst aber war beschlossen, „bis auf weiteres die Mobilmachung nicht zu verkünden, jedoch alle Vorbereitungsmaßnahmen für ihre schleunige Durchführung im Notfalle zu treffen“ [12]). Das waren eben jene Maßnahmen, die der Generalstab bereits am 24. Juli in einem Memorandum entworfen hatte: Rückkehr der Truppen aus den Lagern, Beförderung der Fähnriche zu Offizieren, Verhängung des Kriegszustandes über die Festungen und die Inkraftsetzung der Kriegsvorbereitungsperiode.

---

[11]) „Rußlands Eintritt in den Weltkrieg“, Anl. 94.

[12]) „Der Beginn des Krieges 1914“, Tagesaufzeichnungen des ehemaligen russischen Außenministeriums, S. 10.

Die Teilmobilmachung sollte nach den diplomatischen Meldungen 1 100 000 Mann (125), die 13 Korps (173, 302) der vier südlichen Bezirke Odessa, Kiew, Moskau und Kasan (258, 307) oder, wie es schließlich auch heißt, die für Operationen an österreichischer Grenze bestimmten 31 Divisionen umfassen (295). In dem „südlichen" Militärbezirk Moskaus lag ein Teil der Garnisonen näher der Ostsee und dem Nördlichen Eismeer, als dem Schwarzen Meer! Zu dem Bezirke Kasan gehörten die Gebiete der Ural-, Orenburg- und Astrachan-Kasaken. Außerdem erfaßte die Teilmobilmachung aber auch das für den Ersatz sehr ergiebige Donland und vom Militärbezirk Kaukasus die Gebiete der Kuban- und Tarak-Kasaken.

Ebensowenig treffend wie die Version von den „südlichen" Bezirken, mit denen eine trügerische Selbstentschuldigung euphemistisch vorweggenommen war, ist die Meldung, daß nur die gegen Österreich bestimmten Korps mobilgemacht würden. Zu den 14, nicht 13 Korps, mit 29 Friedensdivisionen und 2 Schützenbrigaden, insgesamt also 30 Infanterie- und 9½ Kavalleriedivisionen der vier Bezirke wurden automatisch auch noch 26 von 32 planmäßig aufzustellenden Reservedivisionen mobil. Von diesen 26 Reservedivisionen war ein erheblicher Teil für die deutsche Front bestimmt, ebenso wie ein Teil der in den Kasakengebieten mobil werdenden Regimenter 2. Aufgebots. Die englischen Diplomaten werden sich damals über diese Fragen nicht im klaren gewesen sein; ihre Meldungen dürfen wir deshalb nicht für bewußt entstellt halten; die tatsächlichen Verhältnisse haben sie aber nicht richtig wiedergegeben, sondern sehr viel harmloser, als sie es wirklich waren.

Das hinderte Nicolson nicht, grundsätzlich in den sehr viel weiter vorgeschrittenen Kriegsvorbereitungen Rußlands „ganz angemessene und sehr verständige Vorsichtsmaßregeln" zu sehen, „die in keiner Weise als herausfordernd ausgelegt werden können" (337). Als Nicolson dies niederschrieb, wußte er aus einer Meldung des Konsuls in Riga, daß schon am 28. Juli der Güterverkehr auf gewissen Strecken „wegen Truppenbewegungen" eingestellt sei (228), und aus Warschau war am 28. gemeldet, daß Infanterieabteilungen an die Front abgingen (234). Das waren „die angemessenen und verständigen Vorsichtsmaßregeln" Rußlands in der Vorstellung eines Beamten des englischen Auswärtigen Amtes, der zweifellos nicht ohne Einfluß auf die Auffassung und Entschlüsse Greys war. Als aber drei Tage später, am 31. Juli, irgendeine unverantwortliche Persönlichkeit, ein Agent, aus Köln deutsche Truppentransporte meldete, sprach er seinem Minister gegenüber die Überzeugung aus,

daß Deutschland, ohne den Mobilmachungsbefehl erlassen zu haben, „in Wirklichkeit doch bereits mobilisiere“ (339). Und doch war ihm aus einer neuen Meldung aus Warschau vom 30. Juli bekannt, daß dort täglich Truppentransporte abgingen (405). Waren solche in Rußland „Vorsichtsmaßregeln“ und in Deutschland Zeichen einer aggressiven Mobilmachung?! Wir sehen: es wurde in London von amtlich verantwortlichen und einflußreichen Persönlichkeiten mit zweierlei Maß gemessen; von Beamten, die berufen gewesen wären, auf die Entschlüsse ihres Ministers kühl und sachlich einzuwirken, wurden in unbegreiflicher Voreingenommenheit, von einem ganz klar dokumentierten antideutschen Standpunkte aus die eingehenden Nachrichten gewertet und bereits in ihrer nüchternen Sachlichkeit entstellt dem Minister vorgelegt. Als etwas ganz Selbstverständliches wird in diesen Kreisen, die vorurteilslos und objektiv die Entwicklung der Lage hätten beurteilen sollen, Deutschland der böse Wille supponiert. Zahlreich sind in den Dokumenten die Stellen, die bei den Beratern und Gehilfen Greys eine durchaus einseitige deutschfeindliche Auffassung erkennen lassen. Ohne den leisesten Schatten einer Berechtigung war schon in jenen Tagen, ehe die Krise zum Bruche führte, in den Augen der für die englische Außenpolitik maßgebenden Männer Deutschland der böswillige Angreifer, der neben Österreich-Ungarn ein „höchst zynisches und verwegenes“ Spiel trieb (174), der seine Gegner mit heimlicher Mobilmachung hinterging und sich bemühte, Rußland als den aggressiven und herausfordernden Teil hinzustellen (174, 403, 249). Warum aber sah denn Crowe in dem österreichisch-serbischen Austrag lokaler Differenzen eine Bedrohung Rußlands (170), warum wäre es bei einem Streit Habsburgs mit Serbien „weder möglich noch gerecht und klug, Rußland irgendwie von der Mobilmachung abzuhalten“? Zumal da er der Überzeugung war, daß diese die Mobilmachung Deutschlands und diese wieder die Mobilmachung Frankreichs auslösen würde, woran er die Möglichkeit eines englischen Präventivkrieges knüpft, an das Beispiel Preußens erinnernd, das sich 1805 nicht an die Seite Habsburgs stellte und deshalb 1806 eine Beute des Siegers von Ulm und Jena wurde (170). Es scheint, daß die von Buchanan bereits am 23. Juli aus Petersburg gemeldete Auffassung, daß Rußland bei aggressiverer Haltung Österreich-Ungarns gegen Serbien früher oder später gezwungen sein werde, auf die eine oder andere Weise einzugreifen (164), auch für die Beamten in London, die eigentlich einen überparteilichen, objektiven Standpunkt hätten einnehmen sollen, die nicht weiter diskutable Basis war, von der aus alle politischen Vorgänge betrachtet und bewertet wurden. Wenn man aber in London von Rußland in nächster Zeit eine gewisse

Aktivität erwartete, so war es schlechterdings nicht angebracht, die russischen Kriegsvorbereitungen für berechtigte „Vorsichtsmaßregeln" zu halten und den Bericht des Herrn von Etter, in Rußland sei bei seiner Abreise nicht die geringste Mobilmachung in Gang gewesen, für bare Münze hinzunehmen (385), während man in den Transporten in Deutschland, wo am 29. Juli die Truppen von den Truppenübungsplätzen in ihre Garnisonen zurückkehrten — drei Tage später als in Rußland —, bereits Zeichen der Mobilmachung erblickte.

Auch in den englischen Dokumenten suchen wir vergeblich nach sachlichen und historisch verbürgten Gründen für die russische Gesamtmobilmachung. Zur Rechtfertigung dieser, auch nach Crowes Ansicht zwangsläufig die deutsche Mobilmachung auslösenden Maßnahmen dienen nur ganz allgemein gehaltene Nachrichten über Schritte Deutschlands, die tatsächlich nie stattgefunden haben. Buchanan berichtete am 30. Juli, die russische Regierung habe den „absoluten Beweis, daß Deutschland militärische und maritime Vorbereitungen gegen Rußland treffe, und zwar besonders in Richtung auf Finnischen Meerbusen" (302); am 31. Juli meldete er, Rußland habe Grund zu der Annahme, daß Deutschland „aktive militärische Vorbereitungen" treffe (347). Auch in der Botschaft des Zaren an den König von England ist die Rede von „geheimen militärischen Vorbereitungen Deutschlands", die den Zaren zur allgemeinen Mobilmachung gezwungen hätten (490).

Besondere Bedeutung scheint der englische Generalstab der Meldung des russischen Militärattachés bei der Athener Gesandtschaft beigelegt zu haben, der am 30. Juli auf der Reise von Petersburg durch Deutschland in den beobachteten Truppentransporten bereits die ersten Schritte für den Aufmarsch erblickt haben will. Seine Meldungen gaben dem Generalstab in Petersburg zu der Annahme Veranlassung, daß in Deutschland der 30. Juli bereits der erste Mobilmachungstag war [13]). Mit demselben Maßstabe messend, wären wir berechtigt, den Beginn der russischen Gesamtmobilmachung auf den 26. Juli zu verlegen.

Alles in allem sind es vornehmlich militärische Argumente, die die russische Regierung zu dem Schritte bestimmt haben, der den Krieg auslösen mußte. Was an wirklich positiven Nachrichten nach Petersburg gelangte, durch wen und auf welchem Wege diese Nachrichten gewonnen wurden, erfahren wir nicht. Vermutlich waren es in der Hauptsache die übereifrigen zahlreichen Spione in russischem

[13]) Jurij Daniloff: „Rußland im Weltkriege 1914—1915", S. 26.

Solde, die den Beweis ihrer Daseinsberechtigung erbringen wollten. Welche Kriegsvorbereitungen soll denn Deutschland in Richtung des Finnischen Meerbusens getroffen haben? Hat Deutschland, das selbst mit einer Landung des Feindes in Schleswig-Holstein rechnete und eine russische Landung in Pommern für möglich hielt, auch nur ein Schiff oder einen Mann für Unternehmungen über See bereitgestellt? Die Geschichte muß diese Frage verneinen, und ebenso muß jede ernste Prüfung der tatsächlich getroffenen Kriegsvorbereitungen zugunsten Deutschlands entscheiden und Rußland nach Zeit und Umfang der ergriffenen Maßnahmen schwer belasten.

Ebenso unergiebig wie in ihrer Auskunft über die Beweggründe, die in Petersburg zur Erklärung der Mobilmachung geführt haben, sind die englischen Dokumente in ihrer Berichterstattung über die Vorgänge, die mit dem Ausspruch der Mobilmachungen in Petersburg im Zusammenhang stehen. Neue Aufschlüsse bekommen wir überhaupt nicht; allerdings wird der Kampf angedeutet, der sich innerhalb der Reichsleitung um die Mobilmachungserklärungen abgespielt hat. Am 29. Juli abends meldete Buchanan: „Befehl für die Teilmobilmachung wurde heute unterzeichnet", und übermittelte daran anschließend eine Äußerung Sasonows, daß man beschlossen habe, „die von militärischen Spitzen energisch befürwortete allgemeine Mobilmachung nicht anzuordnen" (276). Das ist alles, was Buchanan über die Ereignisse dieses äußerst kritischen Tages zu berichten weiß. Man kann bei dieser Meldung überhaupt die Frage aufwerfen, ob der Botschafter von Sasonow richtig informiert war. Der russische Außenminister hatte auch Berlin über die für den 29. Juli beabsichtigte Teilmobilmachungserklärung unterrichtet (258). Als historisch einwandfreie Tatsache steht aber fest, daß am 29. Juli der Befehl für die Gesamtmobilmachung von Januschkewitsch, dem Chef des Generalstabes, ausgegeben, von den drei zuständigen Ministern bereits unterschrieben war und auch schon zur Beförderung in das Reich auf dem Telegraphenamt lag, wo er noch in letzter Minute, abends um 9½, angehalten und dann durch den Befehl für die Teilmobilmachung ersetzt wurde. Wir wissen auch, daß am 29. Juli eine Art Vorbefehl des Inhaltes nach Warschau gegangen war, daß am 30. Juli der erste Tag der allgemeinen Mobilmachung sein würde [14]). Trotz aller gegenteiligen Versicherungen Sasonows stand also am 29. Juli die Gesamtmobilmachung im Vordergrunde aller Erörterungen bei den leitenden Regierungsstellen. Der Zar hatte sich also trotz der Opposition der militärischen Spitzen bestimmen lassen, noch einmal zur Teilmobil-

[14]) „Rußlands Eintritt in den Weltkrieg", Anlage 143—145.

machung zurückzukehren. War diese Schwenkung schon erfolgt, als Buchanan mit Sasonow am 29. Juli sprach? Wir vermögen diese Frage nicht mit Sicherheit zu beantworten. Buchanans Telegramm ist 8,40 abends abgegangen; zwischen seinem Besuch bei Sasonow und dem Abgange des Telegramms liegt eine Zeitspanne von unbestimmbarer Dauer. Dobrorolski behauptet, er habe auf dem Telegraphenamt um 9½ Uhr abends von Januschkewitsch den telephonischen Befehl erhalten, die Telegramme mit dem Befehl für die Gesamtmobilmachung nicht zu befördern. Dobrorolski glaubt die Sinnesänderung des Zaren auf ein Telegramm Kaiser Wilhelms zurückführen zu sollen. Die Zeitangaben sprechen dafür, daß zur Zeit des Besuches Buchanans bei Sasonow der Entschluß für die Abänderung des Mobilmachungsbefehles noch nicht gefaßt war. Trifft diese Annahme zu, so wird die Vermutung zur Gewißheit, daß Sasonow den englischen Botschafter nicht richtig informiert hat. Es sei denn, daß, was wir kaum glauben möchten, Januschkewitsch den Befehl für die Gesamtmobilmachung ohne Wissen des Außenministers erlassen hätte.

Bekanntlich hat der Zar lange geschwankt, ehe er sich zu dem letzten folgenschweren Schritte entschloß. Wir wissen, daß die Gegenströmung von seiten der militärischen Stellen gegen eine Teilmobilmachung, die auch der Zar in seiner Botschaft an den König von England erwähnt (490), tatsächlich bestand. Ich meine nicht die fanatisch deutschfeindlichen, panslawischen Kriegshetzer, sondern die Männer, die in hohen Stellungen des Generalstabes und Kriegsministeriums für den glatten Verlauf der Mobilmachung und des Aufmarsches verantwortlich waren. Diese waren der Überzeugung, daß die Umwandlung der Teilmobilmachung in eine Gesamtmobilmachung das ganze Gebäude der Landesverteidigung aus den Fugen bringen würde. General Dobrorolski, der ehemalige Chef der Mobilmachungsabteilung, macht gar keinen Hehl aus seiner Auffassung. Er hielt die Teilmobilmachung für einen „unglücklichen Gedanken", für eine „völlige Unmöglichkeit" und „Torheit in strategischer Beziehung". Da man in den Kreisen des Petersburger Generalstabes fürchtete, für die Katastrophe, die nach ihrer Ansicht mit der Einleitung der Teilmobilmachung verbunden sein würde, verantwortlich gemacht zu werden, unterließ es der Generalstabschef nicht — soweit Dobrorolski berichtet —, den Kaiser auf die Schwere der Verantwortung hinzuweisen, die er mit dem Befehl der Teilmobilmachung übernommen habe; „die Vertreter des Militärressorts hätten von sich aus alles getan, damit es zur allgemeinen Mobilmachung komme". Auch General Danilow, damals Generalquartier-

meister im Generalstabe, in dessen Händen die Bearbeitung des Aufmarsches und des Operationsplanes lag, setzte sich für die Gesamtmobilmachung ein. Wie er berichtet, gelang es ihm am Nachmittage des verhängnisvollen 30. Juli, einen Beamten des Außenministeriums, der das besondere Vertrauen Sasonows genoß, von den „Gefahren" einer Teilmobilmachung zu überzeugen. Schon vorher hatte er, am 26. Juli vom Urlaub zurückgekehrt, eine Denkschrift ausgearbeitet, in der er dringend auf die „absolute Unzweckmäßigkeit" einer Teilmobilmachung hinwies. Seiner Ansicht nach bedeutete ein derartiger Schritt „nur eine unzweckmäßige Improvisation" mit „schädlichen Rückwirkungen" auf den Operationsplan [15]). Und schließlich hatte sich auch der Kriegsminister schon im Kronrat vom 25. Juli gegen eine Teilmobilmachung ausgesprochen.

Die englischen Dokumente streifen dann weiter ein sehr wichtiges Problem: die Eröffnung der Feindseligkeiten. Der absurde Gedanke, daß 1 200 000 Russen operationsbereit an der Grenze der Doppelmonarchie stehen könnten, und daß unter deren drohendem Druck die Verhandlungen um Serbien ihren Fortgang nehmen sollten, taucht schon zeitig in den Köpfen der englischen Diplomaten auf (146). Grey und Nicolson glauben, trotz der Mobilmachung von über einer Million Russen den Frieden erhalten zu können, wenn während der Verhandlungen aktive militärische Operationen unterbleiben und ein Überschreiten der Grenze vermieden würde (146, 170). Wie würden sie Englands Stellung in einer außenpolitischen kritischen Situation beurteilen, wenn eine mehr als doppelt so starke feindliche Flotte kampfbereit vor ihren Häfen läge?! Der Gedanke, nach der Teilmobilmachung mit der Eröffnung der Feindseligkeiten zu warten, wurde von Sasonow gern aufgenommen (170, 276), und später, als es sich um die Mobilmachung gegen Deutschland handelte, pflegte Sasonow die Idee der Nichteröffnung der Feindseligkeiten noch bereitwilliger, weil sie Rußlands Position außerordentlich stärkte. Am 31. Juli, also am ersten Mobilmachungstage in Rußland, berichtete Buchanan, der Zar habe „sich verpflichtet, auch nicht einen Mann die Grenze überschreiten zu lassen, solange Besprechungen mit Österreich andauerten" (393), und noch am 1. August meldet der englische Botschafter die Äußerung Sasonows: „Auf keinen Fall würde Rußland Feindseligkeiten eröffnen" (459). Wir dürfen aber nicht vergessen, daß damit die Frage über Krieg und Frieden eine für Deutschland unerträgliche Wendung nahm. Mobilmachung, Aufmarsch und Hin-

[15]) Revue d'Histoire de la Guerre Mondiale, Oktober 1923.

ausschiebung des Operationsbeginns — das war der Weg, den die russischen Staatslenker seit Jahren als den gangbarsten ins Auge gefaßt hatten, eine Wendung, die den Russen nur Vorteile, Deutschland ebenso schwere Nachteile brachte, daß eben Deutschland diesen Weg überhaupt nicht gehen konnte. Wenn in den englischen Dokumenten mehrfach die russischen Mobilmachungen damit gerechtfertigt werden, daß Rußland zu diesen Schritten gezwungen sei, nur angesichts der angeblichen Vorbereitungen seiner künftigen Gegner zeitlich nicht in Rückstand zu geraten (170, 302, 347), so ist das ein Argument, das für Deutschland in noch viel schärferem Maße bestimmend war, weil ja Rußland mit einem Vorsprung von mehreren Tagen tatsächlich Kriegsvorbereitungen traf. Aber nirgends in den englischen Dokumenten ist Deutschlands Recht, mit Rußland gleichen Schritt zu halten, auch nur angedeutet worden.

In den Blättern dieser Zeitschrift ist die Frage, warum Deutschland die Initiative in der Hand behalten mußte, warum es die russische Gesamtmobilmachung nicht nur mit der Gegenmobilmachung, sondern mit dem Beginn der Feindseligkeiten beantworten mußte, eingehend behandelt [16]). Aber nochmals möchten wir an dieser Stelle einen Satz zitieren, der sonnenklar die Hintergedanken und das unehrliche Spiel der russischen Staatsleitung beleuchtet; es heißt in russischen Dokumenten: „Andererseits kann es sich als vorteilhaft erweisen, aufzumarschieren, ohne die Feindseligkeiten zu beginnen, damit dem Gegner nicht unwiderbringlich die Hoffnung genommen wird, der Krieg könne noch vermieden werden. Unsere Maßnahmen können hierbei durch geschickte diplomatische Verhandlungen maskiert werden, um die Befürchtungen des Gegners einzuschläfern. Wenn solche Maßnahmen die Möglichkeit geben, einige Tage zu gewinnen, so müssen sie unbedingt ergriffen werden. In Anbetracht dieser Ausführung erscheint es nützlich . . .[3]): die Eröffnung der Feindseligkeiten selbst in Einklang mit unserer Bereitschaft zu bringen. Dabei ist anzustreben, die erforderliche Zeit zu gewinnen, weshalb ohne Notwendigkeit die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen sind“ [17]).

Diese Sätze geben die Richtschnur für Sasonows Politik. Weil Deutschland nicht in den Hoffnungstraum verfiel, in den es durch die Petersburger Taktik versetzt werden sollte, und weil es das Netz zerriß, das Sasonows Politik in der Gewißheit auf Frankreichs und Englands Hilfe bereithielt — deshalb tragen wir die Alleinschuld am Kriege!

[16]) April 1926, S. 217.
[17]) „Rußlands Eintritt in den Weltkrieg“, Anlage 82.

Die deutsche Flotte in den britischen Dokumenten.

Von Norbert von Baumbach.

Unter den zahlreichen Meldungen und Berichten militärischer Art, die die Britischen Dokumente zum Kriegsausbruch enthalten, treten solche über maritime Vorgänge in den Hintergrund. Der einzige Bericht des britischen Marineattachés in Berlin, Kapitän W. Henderson, der sich unter den Dokumenten befindet, betrifft den Besuch des britischen Geschwaders in Kiel im Juni 1914 und ist von dem damaligen Geschäftsträger Sir H. Rumbold einem Bericht über den gleichen Vorgang als Anlage beigefügt. Seinem Datum (3. Juli 1914) entsprechend, enthält dieser Bericht nichts, was auf eine bevorstehende Krise Bezug nimmt; er beschäftigt sich ganz allgemein mit den in der Vorkriegszeit auf der Tagesordnung stehenden Fragen des deutschen Flottenbaues, einer möglichen Annäherung zwischen England und Deutschland und der Stimmung unter den deutschen Marineoffizieren. Während der Krise findet nur einmal eine Meldung des britischen Marineattachés in einem Telegramm des Botschafters [1]) vom 2. August des nebensächlichen Inhalts Erwähnung, daß das Reichsmarineamt Freiwillige, Flieger, Sanitätsoffiziere und Personal einstelle. In seinem abschließenden Bericht vom 6. August über den Ausgang der Krise [2]) erwähnt der britische Botschafter mit besonderem Lob die Arbeit des Botschaftspersonals während der Krise. Alle ohne Ausnahme, darunter auch der Marineattaché, hätten Tag und Nacht fast ohne Rast gearbeitet. Von den Meldungen und Berichten, die Henderson demnach während der Krise geliefert haben muß, ist unter den übrigen 677 Dokumenten leider nichts enthalten. Die spärlichen Meldungen aus anderen Quellen über die deutsche Flotte, die unter den übrigen Dokumenten auftauchen, lassen sich in folgenden Gruppen zusammenfassen:

Meldungen über:

a) Die Rückkehr der deutschen Flotte aus Norwegen.

b) Die Bewegungen der deutschen Flotte in den heimischen Gewässern.

c) Rückkehr verschiedener Kriegsschiffe von Danzig nach Kiel.

d) Militärische Vorbereitungen an der Nordseeküste.

e) Die Bewegungen der „Goeben" im Mittelmeer.

---

[1]) Brit. Dok. Nr. 518.
[2]) Brit. Dok. Nr. 671.

Nur die Meldungen über die Rückkehr der deutschen Flotte aus Norwegen sind hierbei von größerer Tragweite. Der Aufenthalt der gesamten Seemacht Deutschlands in norwegischen Gewässern war eine Tatsache von höchster politischer und militärischer Bedeutung. Nur mit größter Genauigkeit und absoluter Zuverlässigkeit hätte über die Bewegung dieser gewaltigen Streitmacht berichtet werden dürfen. Die Telegramme des britischen Gesandten in Norwegen, Mr. Findlay, lassen die Erfüllung dieser Anforderungen vermissen. Bereits in seinem ersten Telegramm [3]) tritt eine schwerwiegende Unrichtigkeit auf. Gestützt auf die Meldungen von Morgenzeitungen telegraphierte Mr. Findlay am 26. Juli, die deutsche Flotte, zusammen achtundzwanzig große Schiffe, habe Befehl erhalten, sich während der vergangenen Nacht (also in der Nacht vom 25. zum 26. Juli) bei einem vorher bestimmten Punkt an der norwegischen Küste zu sammeln. Tatsächlich hat die deutsche Flotte, die im Laufe des 25. Juli eingelaufen war, die norwegischen Fjorde erst am 26. Juli nachmittags verlassen. Das Sammeln des Flottenflaggschiffes mit den Geschwadern erfolgte sogar erst am 27. Juli abends zwischen 7 und 8 Uhr [4]). Da die deutschen Schiffe etwa zehn Tage in See gewesen waren, war ihr Kohlenvorrat erschöpft. Die Kohlenübernahme erforderte, obwohl sie im Interesse der Beschleunigung auf die Ergänzung des notwendigsten Vorrats beschränkt wurde, recht erhebliche Zeit. Die Linienschiffe brauchten 5—7 Stunden, der kleine Kreuzer „Stralsund" sogar 9½ Stunden. Verzögernd wirkte, daß die Schiffe nicht gleichzeitig mit der Arbeit anfangen konnten. Es standen nur wenige Kohlendampfer zur Verfügung, die nacheinander von einem Schiff zum anderen verholten. So kam es, daß z. B. „Hannover" am 25. Juli um 10 Uhr vormittags mit dem Kohlen anfing und um 2½ Uhr nachmittags fertig war. „Moltke" dagegen, der in demselben Hafen lag, konnte erst nachts um 12 Uhr anfangen

[3]) Brit. Dok. Nr. 137.

[4]) Ich benutzte diesen Anlaß, einen Fehler aus meiner Beschreibung der Bewegungen der deutschen Flotte während der Juli-Krise zu beseitigen (Kriegsschuldfrage, Nr. 1, Januar 1927, S. 45), der mir durch neues Quellenmaterial bekannt wird. Gestützt auf eine Angabe Admiral Scheers und auf die tatsächlichen Distanzen zwischen den Liegeplätzen in Norwegen und dem Sammelpunkt der Flotte schloß ich, daß die Angabe des Admirals Scheer richtig und das Sammeln bereits am 26. Juli, abends, erfolgt sei. Die Loggbücher verschiedener Schiffe, insbesondere des Flottenflaggschiffs, die mir erst jetzt zugänglich werden, erweisen jedoch, daß am Abend des 26. Juli nur das Sammeln einzelner Verbände (so des Scheerschen Geschwaders und der Aufklärungsgruppen) stattfand. Da das Flottenflaggschiff, offenbar als letztes Schiff, erst am 27. Juli 8 Uhr früh aus dem Sogne-Fjord in See ging, konnte das Sammeln der Flotte tatsächlich erst am 27. Juli, 7 Uhr nachmittags, erfolgen.

und war erst in den Morgenstunden des 26. Juli fertig. Diese Umstände gestatteten der deutschen Flotte das Auslaufen im besten Falle nach eintägigem Aufenthalt, tatsächlich erst nach anderthalbtägigem. In den norwegischen Hafenplätzen, dem Sitz britischer Konsulate, war dies leicht zu übersehen, nicht aber in London. Mr. Findlay hätte deshalb die offensichtlich falsche Zeitungsmeldung, die deutschen Schiffe hätten bereits einen halben Tag nach dem Auslaufen wieder in See gesammelt, besser nicht überhastet und ungeprüft weitergeben sollen. Seine Meldung traf indessen am 26. Juli, mittags 1 Uhr, in London ein und wurde erst 24 Stunden später durch eine zweite Meldung berichtigt. Welchen Einfluß die Vorstellung, daß die deutsche Flotte seit der letzten Nacht in See gegangen sei, ohne daß man ihr Ziel kannte, an diesem Tage im britischen Auswärtigen Amt und besonders in der Admiralität ausübte, ist bisher nicht bekannt. Gerade in der letzteren Behörde wurden an diesem Tage militärische Entscheidungen von höchster politischer Bedeutung gefällt, die wahrscheinlich von dieser Meldung beeinflußt sind. Am Mittag dieses Tages (26. Juli, 12 Uhr) telephonierte der Erste Seelord der Admiralität, Prinz Louis Battenberg, mit dem auf dem Lande befindlichen Marineminister Churchill, um über die allgemeine Lage zu berichten. Es waren, nach Churchill [5]), zwar nur Neuigkeiten ohne entscheidende Bedeutung zu melden; doch ließ sich eine „ständige Erhöhung der Temperatur feststellen". Churchill beschloß deshalb, nach London zurückzukehren, und befahl dem Ersten Seelord, inzwischen alles Erforderliche zu veranlassen. Eine Stunde später ging im Britischen Auswärtigen Amt die Findlaysche Nachricht ein. Als Churchill abends in der Admiralität eintraf, hatte daher Prinz Battenberg den politisch hochwichtigen Befehl des Zusammenbleibens der Flotte, durch die, nach Churchill [6]), ihre allgemeine Mobilmachung eingeleitet wurde, von sich aus erteilt. Churchill verschärfte die Maßnahme politisch durch ihre offizielle Bekanntgabe, die in Petersburg die Kriegspartei ermuntert haben soll [7]). Der Anlaß für die Battenbergsche Anordnung soll nach Churchill das Telephongespräch zwischen ihm (Churchill) und Battenberg gewesen sein. Die Findlaysche Falschmeldung mußte in der Admiralität auch dann alarmierend wirken, wenn sie nicht aus dem autoritativen Munde eines britischen Gesandten stammte, und hat sicherlich einen

---

[5]) Weltkrisis S. 146.
[6]) Weltkrisis S. 147.
[7]) Siehe diesbezüglich auch die im Januarheft erschienene Arbeit des Verfassers.

wesentlichen Teil zu den Schritten Battenbergs und Churchills beigetragen.

Erst 24 Stunden später, am 27. Juli mittags, traf eine zweite Meldung Findlays [8]) ein, in der es hieß, alle Kriegsschiffe hätten Kohlen eingenommen und „sollten um acht heute morgen auslaufen". Dies Telegramm ist um 11,15 vormittags am 27. Juli aus Christiania abgegangen und eine Stunde später in London eingetroffen. Die deutschen Kriegsschiffe waren jedoch, mit Ausnahme des Flottenflaggschiffs, schon am Nachmittag des Vortages in See gegangen. Wenn dies Telegramm daher auch ebensowenig richtig ist wie das erste Telegramm, so widerruft es doch inhaltlich die vorige Falschmeldung. Auf den Widerspruch zwischen beiden Telegrammen hinzuweisen, bzw. den Inhalt des ersten ausdrücklich als falsch zu bezeichnen, hält Findlay allerdings nicht für notwendig. Auch ein drittes Telegramm Findlays [9]), das sich auf eine Meldung des britischen Vizekonsuls in Molde stützt, enthält ungenaue Angaben; es berichtet über das Auslaufen von sieben deutschen Schiffen von Molde, das am 26. Juli, 3 Uhr nachmittags, erfolgt sein soll. Nach meinen Feststellungen haben mindestens vier von diesen Schiffen noch einige Stunden nach 3 Uhr dort zu Anker gelegen. Die letzte Meldung Findlays [10]) ist im wesentlichen richtig. Sie ist in Christiania am 29. Juli vormittags abgegangen und lautet: „Alle deutschen Schiffe sollen nach guter Quelle norwegische Gewässer verlassen und gestern Skagen passiert haben." Unrichtig ist an dieser Meldung nur die Darstellung, daß alle deutschen Schiffe Skagen passiert hätten. Bekanntlich hat sich die deutsche Flotte vor dem Skagerrak in zwei Hälften geteilt. Es ist bedauerlich, daß die ausdrückliche Betonung friedlicher Gesinnung, die in dieser Teilung lag [11]), der britischen Regierung durch die Findlaysche Darstellung vorenthalten blieb.

Die übrigen Meldungen maritimer Art, die die Britischen Dokumente enthalten, sind von geringerer Bedeutung. Die Nachprüfung ihrer Richtigkeit ist jedoch wegen der allgemeinen Beurteilung des Wertes der militärischen Nachrichten dieser Dokumentensammlung von Interesse. Am 2. August nachmittags meldet Sir E. Goschen [12]): der französische Marineattaché habe aus guter Quelle vernommen, das zweite und dritte Geschwader der

[8]) Brit. Dok. Nr. 168.
[9]) Brit. Dok. Nr. 168, Anm.
[10]) Brit. Dok. Nr. 254.
[11]) Siehe auch diesbezüglich die im Januarheft erschienene Arbeit des Verfassers S. 43 ff.
[12]) Brit. Dok. Nr. 489.

deutschen Hochseeflotte sei in der vergangenen Nacht durch den Nord-Ostsee-Kanal nach der Elbe gefahren. Tatsächlich war dies bereits eine Nacht vorher geschehen. Die Schiffe lagen seit dem 1. August früh in Wilhelmshaven. Angesichts der großen Beweglichkeit moderner Seestreitkräfte ist eine solche Nachricht nur von Wert, wenn sie genaue und einwandfreie Zeitangaben enthält.

Gestützt auf Meldungen des britischen Konsulatsverwesers in Danzig berichtet Sir E. Goschen am 28. und 29. Juli [13]) das Auslaufen des Kleinen Kreuzers „Magdeburg" und mehrerer deutscher Torpedoboote aus Danzig. Diese Angaben können nicht nachgeprüft werden, da die Loggbücher dieser Kriegsschiffe nicht auffindbar sind. Es liegen ferner einige Meldungen [14]) der britischen Vizekonsulate Emden und Bremerhaven vom 30. Juli und 2. August vor, die sich auf Maßnahmen zur Verteidigung der Nordseeküste beziehen. Sie sind schwer nachprüfbar, mögen jedoch richtig sein, da sie bereits in die Sicherungs- bzw. Mobilmachungsperiode hineinfallen.

Wichtiger ist indessen eine Meldung des britischen Generalkonsulats in Brindisi über den deutschen Schlachtkreuzer „Goeben" [15]). Das Schiff hatte am 1. August die Reede von Brindisi für zwei Stunden angelaufen und war um 4 Uhr wieder in See gegangen. Am nächsten Tage um 11,30 vormittags sandte der britische Generalkonsul ein Telegramm ab: „Deutsches Schiff ‚Goeben' in Tarent." Zu dieser Zeit stand der deutsche Schlachtkreuzer jedoch in der Gegend des Kaps Spartivento, das zwei Breitengrade oder 120 Seemeilen südlicher als Tarent liegt, und war im Begriff, nach Messina einzulaufen. Auch diese Meldung ist daher falsch.

Die wenigen Meldungen, die die Britischen Dokumente über die deutsche Flotte enthalten, tragen gemeinsam den Charakter der Fehlerhaftigkeit und Ungenauigkeit. Sie dürften meist ohne nähere Nachprüfung abgeschickt worden sein. Wieweit sie politische Folgen gezeitigt haben mögen, ist oben angedeutet. Militärisch dürften sie angesichts ihrer Lückenhaftigkeit, abgesehen von den Meldungen über das Auslaufen der deutschen Flotte, nur geringe Bedeutung gewonnen haben.

---

[13]) Brit. Dok. Nr. 217 und 261.
[14]) Brit. Dok. Nr. 298 und 314.
[15]) Brit. Dok. Nr. 480.

MONATSBERICHT.

DEUTSCHLAND.

Hindenburgs Rede zur Kriegsschuldfrage und ihr Echo in der deutschen Presse.

Wir geben nachstehend eine Übersicht über die Kommentare der deutschen Presse, ohne selbst zu den einzelnen Stimmen Stellung zu nehmen:

Der **„Vorwärts"** (19. September, Nr. 443) sagt, alle Welt wisse heute, „daß der Weltkrieg nicht von den damaligen Machthabern Deutschlands bewußt und absichtlich herbeigeführt" worden sei.

„Sie weiß, daß der brave Bethmann mit kummervoller Sorgfalt, aber mit wenig Geschick über dem Frieden wachte; sie weiß auch, daß sein Brotherr ein redseliger Neurastheniker war, der zwar die rasselnden Redensarten liebte, aber sofort das Knieschlottern bekam, wenn die Sache irgendwie ernst wurde. Die Welt weiß aber auch, daß damals an allen Höfen und politischen Zentren Europas — von Wien angefangen — frivol und kopflos mit dem Schicksal der Völker gespielt wurde, bis man, wie Herr von Tirpitz ausnahmsweise einmal richtig sagte, in den Krieg „hineinschlitterte".

Eine unparteiische Untersuchung der Kriegsursachen würde sicher keinen „Alleinschuldigen" am Kriege feststellen können, wohl aber würde sie zeigen, wie unverantwortlich und gewissenlos in Deutschland und in ganz Europa vor dem Kriege regiert worden ist. An dem Vertrag von Versailles würde sie nichts ändern.

Die unparteiische Untersuchung wird aber nicht kommen. Die Welt wird auf den Appell des Reichsoberhauptes mit einem Achselzucken antworten. Ob mit einem solchen Erfolg dem Ansehen Deutschlands gedient ist? Auf diese Frage mögen diejenigen antworten, die einstweilen dabei sind, die Rede des Generalfeldmarschalls als eine große Tat zu feiern."

Die **„B. Z. am Mittag"** (19. September, Nr. 245) schreibt:

„Die Rede des Reichspräsidenten bei der Einweihung des Tannenberg-Denkmals hat in politischen und in diplomatischen Kreisen einigermaßen überrascht. Man hatte nicht erwartet, daß Hindenburg bei dieser Gelegenheit, bei der er nicht in erster Linie als Reichspräsident fungierte, vielmehr, in dieser Stunde, als Generalfeldmarschall des alten Heeres, ein Bekenntnis ablegen würde, das, auf den ersten Blick jedenfalls, politischen Charakter von weittragender Bedeutung hat."

Die **„Berliner Morgenpost"** (19. September) schreibt:

„Was Hindenburg gesagt hat, ist nichts weiter als eine sehr lapidare und daher nur in rohen Umrissen gehaltene Wiederholung dessen, was deutsche Regierungen schon zweimal den ausländischen Regierungen zur Kenntnis gebracht haben. Beide Male hat die Reichsregierung sich eine diplomatische Schlappe zugezogen. Die ehemals feindlichen Staaten haben es abgelehnt, die Frage überhaupt zu erörtern, und als vor kurzem

der belgische Außenminister Vandervelde eine Teilfrage der Kriegsbeschuldigungen, den Franktireur-Streit, einer unparteiischen Kommission zur Klärung überwiesen wissen wollte, hat das Schicksal dieses Vorschlages gezeigt, daß die Zeit dazu nicht reif ist."

Die **„Berliner Morgenzeitung"** (20. September, Nr. 266) erklärt:

„Wogegen sich die öffentliche Meinung in Deutschland verwahrt, mit Fug und Recht verwahrt, das ist die Lüge von der Alleinschuld Deutschlands am Weltkrieg. Wenn die französische Presse so tut, als ob das von uns erpreßte Schuldbekenntnis ein Beweisstück sei, so ist das eine schändliche Heuchelei, die als solche längst von allen ehrlich Denkenden auch im Ausland anerkannt worden ist."

Das **„Berliner Tageblatt"** (19. September, Nr. 443) führt aus:

„Der Reichspräsident von Hindenburg hat in seiner Rede bei der Einweihung des kolossalen Tannenberg-Denkmals — das kein Denkmal, sondern ein altertümlicher Burghof ist — seine Ansicht über die sogenannte Kriegsschuldfrage gesagt. Er hat erklärt, das deutsche Volk in allen seinen Schichten weise die Anklage, daß Deutschland schuld an diesem größten der Kriege sei, einmütig zurück. Nicht Neid oder Eroberungsgeist gaben uns die Waffen in die Hände! Reinen Herzens habe das deutsche Heer das Schwert geführt, und Deutschland sei jederzeit bereit, sich unparteiischen Richtern zu stellen. Dem Wunsche, der in diesen letzten Worten liegt, schließen wir uns an. Jenes Versailler Diktat, das Deutschland mit der Alleinschuld belastet, gilt für uns nicht, da es ohne irgendeine Rechtsgarantie, ohne Anhörung des Verklagten von parteiischen, interessierten und zum Teil selbst der Mitschuld verdächtigen Richtern beschlossen worden ist. Wenn der „Temps" und ähnliche Blätter andauernd von einer „chose jugée" sprechen, so zeigt das nur aufs neue, was man von ihrem Rechtsgefühl zu halten hat. Deutschland kann und muß, wenn überhaupt die Schuldfrage noch eine Rolle spielen soll, eine unparteiische Untersuchung verlangen."

Die **„Frankfurter Zeitung"** (19. September, Nr. 697) sagt:

„Die Worte, die der Reichspräsident gebraucht hat, sind eine Zurückweisung der „Anklage", daß Deutschland am Kriege schuld sei. Er hat vollkommen recht, wenn er sagt, daß das deutsche Volk ihm zustimme. Die große Mehrheit der Deutschen hat den Krieg nicht gewollt. Aber es bleibt stets die entscheidende Frage, ob die Politik der kaiserlichen Regierung ganz dazu angetan war, den Krieg zu vermeiden. Lloyd George hat gesagt, die Staatsmänner seien „hineingetorkelt". In diesem Sinne hat das deutsche Volk mit dem alten Regime abgerechnet, und es muß auch weiter seine Aufgabe bleiben, hier die Wahrheit zur Ehre zu bringen. Dann aber müssen auch die anderen Völker sich entschließen, mit der Formel von der Alleinschuld Deutschlands aufzuräumen und die lächerlichen Märchen zu zerstören, die ihre Regierungen als die reinsten Friedensengel erscheinen lassen.

Die Kriegsschuldfrage kann durch solche einseitige Erklärungen so wenig wie durch die Schuldparagraphen des Versailler Vertrages entschieden werden, ihre Lösung hängt von ganz anderen Faktoren ab, in erster Linie davon, wielange es noch dauern wird, bis eine ruhige und

nicht von innerpolitischen Rücksichten bestimmte internationale Diskussion über die Frage möglich ist. So viel Distanz zu den Kriegsereignissen haben aber die Völker, mag in dieser Hinsicht seit dem Friedensschluß sich auch manches gebessert haben, heute noch nicht. In den ehemals feindlichen Staaten ist die Erkenntnis, daß Deutschland nicht mit der Alleinschuld am Kriege belastet werden darf, schon ziemlich weit verbreitet. Nur die Zeit kann das übrige tun."

Das **„Hamburger Fremdenblatt"** (19. September, Nr. 259) wirft die Frage auf:

„Gibt es etwas Überzeugenderes für den Glauben, daß wir am Kriege nicht schuld sind und daß wir den Krieg menschlich und ehrenvoll geführt haben, als daß wir uns bereit erklären, uns unparteiischen Richtern zu unterstellen? Die Hoffnung dafür, daß diejenigen Mächte, die den Kriegsschuldparagraphen zurechtgedreht haben, nun den moralischen Mut aufbringen werden, in eine solche Untersuchung einzuwilligen, ist sehr gering, denn eben erst hat Vandervelde den von ihm selbst gemachten Vorschlag, die deutsche Kriegführung in Belgien einem unbefangenen Untersuchungsausschuß zu unterbreiten, wieder zurückziehen müssen. Welche törichten Gründe führt man gegen eine Nachprüfung der Anklagen an, mit denen Deutschland überhäuft worden ist! Es sei noch zu früh, um Wahrheit und Lüge zu trennen. Aber es war nicht zu früh, mitten im Kriegshaß Urteile zu fällen, die nun wie rochers de bronce feststehen sollen."

Die **„Germania"** (19. September, Nr. 436) schreibt:

„Die maßgebenden Regierungsstellen sind selbstredend über den Inhalt der Rede unterrichtet gewesen. Trotzdem dürfte es kaum richtig sein, von einer diplomatischen Aktion zu reden, denn zu deren Einleitung ist die Reichsregierung zuständig. Man kann der Meinung sein, daß die ganze Kriegsschulddebatte überflüssig und nicht geeignet ist, den Frieden Europas zu befestigen. Aber wenn die Siegermächte, wenn vor allem Frankreich immer wieder von der Schuld Deutschlands als einer feststehenden Tatsache reden, kann es Deutschland niemand verübeln, wenn es durch den Mund seines ersten Repräsentanten dagegen Verwahrung einlegen und zum Ausdruck bringen läßt, daß es sich mit dem Urteil eines parteiischen Gerichtshofes und mit der Propaganda für dieses Privaturteil nicht abfindet. Darin kann man keinerlei Angriffsabsichten oder Störungsversuche erblicken. Wenn die Kriegsgegner so von der Gerechtigkeit ihrer Sache überzeugt sind, mögen sie endlich auf den von Hindenburg wiederholten Vorschlag eingehen, den ganzen Fragenkomplex durch einen wirklich neutralen Gerichtshof untersuchen zu lassen. Die Ablehnung eines solchen Vorschlages spricht doch gerade nicht für ein reines Gewissen."

Die **„Kölnische Zeitung"** (20. September, Nr. 621a) ist der Ansicht:

„Die amtliche deutsche Außenpolitik hat mit Erklärungen über die Kriegsschuld nichts zu tun. Nur in den Kreisen von Illusionspolitikern mag man noch glauben, daß durch Erklärungen über die Kriegsschuldlüge der Versailler Vertrag ins Wanken gebracht werden könnte. Nicht einmal der Spruch eines unparteiischen Gremiums, der Deutschland völlig von der Schuld am Kriege freispräche, würde uns aus den Fesseln des

Versailler Vertrages lösen. Die großen Fragen der Außenpolitik sind Machtfragen und können nur in stetem Ringen um die Verbesserung der deutschen Stellung unter den Völkern gelöst werden. Unabhängig davon bleibt freilich die Frage der Kriegsschuld, vor allen Dingen, soweit sie das alte Heer betrifft, eine Ehrenangelegenheit des deutschen Volkes, und es liegt außerhalb aller Tagespolitik, wenn bei feierlichen Gelegenheiten und von berufener Stelle darauf hingewiesen wird, daß die einseitige Verurteilung des deutschen Volkes in Versailles von diesem nicht anerkannt wird, daß es aber im Bewußtsein seiner guten Sache jederzeit bereit ist, mit seinen ehemaligen Gegnern vor ein unparteiisches Gericht zu treten. Bei solchen Feststellungen, namentlich wenn sie an den Gräbern der für ihr Vaterland gefallenen Staatsbürger aller Parteien erfolgen, sollte ohne Rücksicht auf eine törichte Kritik des Auslandes das ganze deutsche Volk einig sein und der Mahnung des Reichspräsidenten gedenken, daß an der Liebe und Treue zum gemeinsamen Vaterland stets der innere Hader zerschellen möge."

Dazu schreibt die **„Tägliche Rundschau"** (22. September, Nr. 444):

„Diesen Sätzen (den vorerwähnten Sätzen der „Kölnischen Zeitung". Die Schriftl.) können wir nicht zustimmen. Zum Ringen um die Verbesserung der deutschen Stellung unter den Völkern gehört auch die deutsche Ablehnung der Kriegsschuld. Denn fällt das Machtgewicht unserer ehemaligen Kriegsgegner gegen Deutschland zugunsten des Versailler Vertrages in die Wagschale, so geschieht es nicht zuletzt deswegen, weil den Völkern des einstigen Feindbundes von ihren Führern der Glaube an Deutschlands Kriegsschuld eingeflößt worden ist. Gelingt es, mit Hilfe der Wissenschaft oder eines unparteiischen Spruches auch nur einen Teil der beteiligten Völker von der Haltlosigkeit jenes Glaubens zu überzeugen, dann mindert sich die Macht, die an der Verewigung des Versailler Vertrages arbeitet, dann wird ein Zugang zur Änderung der psychologischen Voraussetzungen angebahnt, auf den der Versailler Vertrag ruht. Das dürften wohl auch die Erwägungen gewesen sein, aus denen das Reichskabinett dem Entwurf der Hindenburg-Rede einmütig zugestimmt hat."

Die **„Deutsche Allgemeine Zeitung"** (20. September, Nr. 439) hebt hervor:

„Wenn man in Paris so sicher wissen will, daß Deutschland die Schuld am Kriege hat, warum öffnet man denn nicht die französischen Archive und warum beruft man nicht schleunigst ein unparteiisches Richterkollegium ein? Archive und Richterspruch müßten ja nach französischer Behauptung dann Deutschland verurteilen! Der Kampf gegen Archivöffnung und unparteiischen Richterspruch ist deshalb nichts anderes als das Eingeständnis, daß sich beide Maßnahmen gegen Frankreich auswirken müßten."

Die **„Berliner Börsenzeitung"** (19. September, Nr. 438) sagt:

„In Deutschland haben zwar Wissenschaftler und Politiker in gründlicher Gelehrtenarbeit den einwandfreien Nachweis erbracht, daß die Schuldigen in Petersburg und Paris saßen, und daß Deutschland sich vergeblich bemüht hat, den Ausbruch der Katastrophe zu verhindern. Mit diesem einwandfreien Ergebnis, das wir nicht auszumünzen verstanden,

hätten Länder wie etwa Frankreich, die sich auf die Bearbeitung der Propagandatrommel besser verstehen als wir, viel lauter und eindringlicher für ihre Interessen gearbeitet und ohne Zweifel auch schon viel größere Erfolge erzielt. Wir können uns vorstellen, daß, wenn Frankreich jetzt in der gleichen Lage wäre wie Deutschland, Herr Poincaré wesentlich anders gesprochen hätte als Hindenburg. Wir sind der Meinung, daß derartige Kundgebungen so lange wiederholt werden müßten, bis ein sichtbarer Erfolg eingetreten ist."

In der **„Deutschen Tageszeitung"** (19. September, Nr. 219) heißt es:

„Wie eine Erlösung von schwerem Druck haben die breitesten Schichten des deutschen Volkes den feierlichen Widerruf der Kriegsschuldlüge durch den geliebten und verehrten Reichspräsidenten empfunden. Als Wahrzeichen stehen diese ehernen Worte, an denen es kein Deuteln mehr gibt, nun neben dem gewaltigen Tannenberg-Denkmal. Neben der weltgeschichtlichen Befreiungstat die Erfüllung eines sittlichen Gebotes, die uns in der Zukunft den Weg ins Freie bahnen soll."

Stresemann verteidigt Hindenburg. Erklärungen im Pariser „Matin". **„B. Z. am Mittag"**, 24. September 1927, Nr. 250.

Der Reichsaußenminister Stresemann hat dem Genfer Sonderberichterstatter des „Matin", Sauerwein, bedeutsame Erklärungen über die Kriegsschuldfrage und die Rede des Reichspräsidenten Hindenburg in Tannenberg gegeben. Diese Erklärungen lauten in wörtlicher Übersetzung:

„Ich bin nicht nur überrascht, sondern auch erstaunt darüber, daß die Rede des Reichspräsidenten Hindenburg bei der Einweihung des Denkmals von Tannenberg eine derartige Sensation in Frankreich hervorgerufen hat. Zunächst bringt diese Rede nichts anderes als die schon öfter, z. B. vom Reichskanzler Marx am 29. August 1924 in viel schärferen Ausdrücken und von mir selbst in meiner Eigenschaft als Reichskanzler in Hagen in Westfalen unter der Präsidentschaft von Fritz Ebert während des Ruhrkonflikts ausgesprochenen Ansichten.

Übrigens, die in Frage stehenden Erklärungen des Reichspräsidenten verstehen sich sehr wohl für den, der sie wirklich verstehen will, aus den Umständen und der Entwicklung der Situation in der letzten Zeit.

Man muß sich zunächst daran erinnern, daß es in Deutschland viel weniger oft als in Frankreich derartige Denkmalseinweihungen gibt, die von Ministerreden begleitet zu sein pflegen. In Frankreich ist die Erinnerung an den Krieg ewig, und Ausflüge in die Vergangenheit finden ständig statt. Als Beweis möchte ich nur die offiziellen Empfänge der amerikanischen Legion durch die französische Regierung und die militärischen Zeremonien, die sich dabei abwickelten, erwähnen. Wenn ich mich nicht täusche in meiner Erinnerung, hat der Reichspräsident Hindenburg noch nicht ein einziges Mal ein Kriegerdenkmal eingeweiht, seit er im Amte ist.

Aber Tannenberg ist sein Werk, mit dem seine Persönlichkeit und sein Leben ständig verbunden bleiben. In Tannenberg stand er auf historischem Boden, wo alle Kriegsereignisse, die seinen Namen ebenso bekanntgemacht haben wie seine spätere Rolle als Reichspräsident, wieder vor seinem inneren Auge auferstanden sind. Fügen Sie dem noch hinzu, daß er in kurzer Zeit zusammen mit dem ganzen Volk seinen

80. Geburtstag feiern wird. 80 Jahre sind ein Alter, höher als es die Bibel dem Menschen zubilligt, und ein Alter, das nur wenige erreichen. Da fühlte Hindenburg zu tief, daß er eines Tages Rechenschaft ablegen müsse vor dem göttlichen Gericht für sein Leben und seine Handlungen.

Was er bei dieser Gelegenheit gesagt hat, woran er vor den ehemaligen Kriegern erinnert hat — daß nämlich das deutsche Heer mit reinem Herzen und reinen Händen in den Krieg gezogen ist und daß das deutsche Volk sich gegen die ihm drohenden Gefahren verteidigt habe —, ist nichts anderes als der Ausdruck eines allen deutschen Herzen gemeinsamen Gefühls. In Tannenberg hat Hindenburg sich wieder einmal gegen die gegen das deutsche Volk geschleuderte Anklage erhoben, daß es den Krieg mit Grausamkeit geführt hätte. Ich glaube, ich brauche nicht gerade in einer französischen Zeitung daran zu erinnern, daß in der letzten Zeit mehrere Reden gehalten wurden, die dem Reichspräsidenten reichlich Anlaß dazu gegeben haben.

Der Hauptpunkt in der Rede des Reichspräsidenten übrigens — und das ist ein schon hundertmal ausgesprochener Wunsch — ist nur, daß ein unparteiischer Schiedsgerichtshof die Vorgänge prüfen und festlegen möge, die im Sommer 1914 im Laufe des diplomatischen Notenaustausches stattfanden, und daß der Schiedsgerichtshof gleichzeitig die Ereignisse präzisieren möge — was meiner Ansicht nach noch viel wichtiger ist —, die noch auf frühere Jahre zurückgehen.

Briand hat doch selbst in Genf seine Rede geschlossen mit den Worten: „Friede durch Schiedsgericht.“ Man verlangt das Schiedsgericht für wirtschaftliche Fragen, man verlangt es für finanzielle Fragen, man verlangt es für die verschiedenartigsten Konflikte. Wenn das Prinzip des Schiedsgerichts das einzige wirksame für die Befriedung der Völker ist, warum sollte es dann nicht anwendbar sein auf die moralischen Fragen, die höchsten der Menschheit, auf die Fragen, die auf einem Volk schwerer lasten als die ungünstigsten Willkürentscheidungen in einem rein materiellen Konflikt?

Ich möchte dann noch einen wichtigen Punkt hervorheben, die lebhafte Strömung, die seit langem schon im deutschen Volk herrscht und darauf hinausläuft, es von der Behauptung zu befreien, die alle Schuld am Kriege auf es allein abwälzt, zeigt doch gerade deutlich, welchen hohen moralischen Wert man in Deutschland dem Gedanken des Friedens beimißt. Das deutsche Volk empfindet als die schlimmste Beleidigung die These, die auf die deutsche Initiative allein die furchtbare Katastrophe des Weltkrieges zurückführt. Es ist sehr gut verständlich, daß das deutsche Volk sich nicht vor einem Urteilsspruch beugen kann, wo der Kläger zugleich Richter war. Gerade deshalb steht dieser tiefste Wunsch unseres Volkes nicht im Widerspruch mit der Friedenspolitik, die wir mit unerschütterlichem Vertrauen verfolgen.

Niemand, der sich auf einen höheren, die ganze Tätigkeit des Völkerbundes überschauenden Standpunkt stellt, kann den Gedanken eines derartigen Schiedsgerichts tadeln. Wenn das Schiedsgericht nicht schon jetzt eine konkrete Form annimmt, so wird es doch unweigerlich gebildet von allen Geschichtsschreibern, die sich auf die immer reichlicher fließenden Quellen über die Ereignisse in dieser Periode stützen. Vor dem endgültigen Urteil der Geschichte können und müssen sich alle Völker beugen!“

* * *

Französische Kritiken zur Deutschen Aktenpublikation, von Friedrich Thimme.

„Europäische Gespräche", August/September 1927.

Thimme wendet sich gegen eine Kritik der Deutschen Aktenpublikation, die der französische Historiker Emile Bourgeois vor einigen Monaten in der „Revue Historique" veröffentlicht hat. Bourgeois erhebt in seiner Kritik gegen die deutschen Herausgeber den Vorwurf der Lückenhaftigkeit. Er versucht diesen Vorwurf aus einer allgemeinen Vergleichung der deutschen Publikation mit der französischen Veröffentlichung über den Krieg von 1870/71 und aus einer speziellen Vergleichung des ersten Bandes der deutschen Ausgabe mit dem im Jahre 1903 erschienenen, aus den Papieren von Thiers zusammengestellten Dokumentenwerke „Occupation et Libération du Territoire 1871 à 1875" herzuleiten. Gegenüber diesen Vorwürfen ist Thimme in der Lage, den Nachweis zu führen, daß von den ungefähr 25 Schriftstücken, deren absichtliche Unterdrückung Bourgeois den deutschen Herausgebern vorwirft, sich nur ganz wenige bei den Akten des deutschen Auswärtigen Amts befinden. Und bei diesen wenigen handelt es sich nur um solche, denen die deutschen Herausgeber eine größere Bedeutung nicht beizulegen vermochten.

Der Prozeß von Saloniki und die Kriegsschuldfrage. Von Alfred von Wegerer.

„Deutscher Offizierbund" 1927, Nr. 25.

Der vorstehende Aufsatz stellt eine Besprechung des bei André Delpeuch in Paris erschienenen Buches von Dr. Boghitschewitsch über den Prozeß von Saloniki dar, das nach Wegerers Urteil für die Beurteilung der großserbischen Propaganda und des Attentats von Sarajewo eine unerläßliche Vorbedingung bildet.

Lloyd George für Revision der Verträge von 1919 und 1920.

„Frankfurter Zeitung", 8. September 1927, Nr. 668.

Im Zusammenhang mit der Kampagne des Lord Rothermere, der sich in der letzten Zeit für eine Revision des Vertrags von Trianon eingesetzt hat, wird nunmehr ein Brief bekannt, den Lloyd George an den Ungarn Herrn Földiak geschrieben hat. Lloyd George erklärt in diesem Brief, daß er nachdrücklichst betonen wolle, daß die Autoren der Friedensverträge von 1919 und von 1920 diese Verträge niemals als so vollkommen betrachtet hätten, als daß sie keine Änderung mehr erfahren dürften.

Der Wahrheit zum Siege! Von A. B.
„Berliner Morgenpost", 6. September 1927, Nr. 213.

Der Verfasser dieses sehr beachtlichen Aufsatzes setzt sich für die Gründung einer „Internationalen Forschungsgesellschaft für die Geschichte des Weltkriegs" ein. Er ist der Ansicht, daß es vorläufig darauf ankomme, den Widerstand der Historikerzunft zu brechen, die glaube, aus den Pergamenten, alten Handschriften und Inschriften und aus den Archiven reine leidenschaftslose Wahrheit schöpfen zu können, während es doch sehr wesentlich sei, die Angaben und Meinungen der Personen unserer Zeit festzuhalten, die in erster Linie die Ereignisse selbst miterlebt haben. „Warum also soll die Forschungsarbeit am Weltkrieg auf eine Zeit hinausgeschoben werden, in der alle lebendigen Quellen der Überlieferung versickert sind, und nichts übriggeblieben ist als beschriebenes Papier und die Kraft der alles Leben überlebenden Legende."

Wir können der Auffassung des Verfassers, die im Widerspruch mit der Meinung des Blattes vom 19. September (siehe Seite 1018) steht, daß die Zeit für eine unparteiische Nachprüfung der Kriegsschuldfrage noch nicht reif sei, nur recht geben. Mit jedem Jahr verringert sich die Anzahl der Persönlichkeiten, die während der Krisis von 1914 an entscheidender Stelle mitgewirkt haben. Man könnte sie heute noch vor ein internationales Schiedsgericht laden und von ihnen Auskunft erbitten, wie sich die Dinge 1914 zugetragen haben. Anstatt diese lebenden Zeugen für den größten Prozeß, den die Weltgeschichte bis jetzt gesehen hat, heranzuziehen, verzichtet man hierauf und beschränkt sich auf die Dokumente, in denen wirklich nicht alles steht, was für die Geschichte des Kriegsausbruchs von Interesse ist.

Wir möchten in diesem Zusammenhang nur daran erinnern, daß vor kurzem der Konfident der serbischen Regierung Milan Ciganovitsch in der Nähe von Üsküb gestorben ist. Wäre es gelungen, bis jetzt ein internationales Schiedsgericht zusammenzubringen, so hätte dieser Mann voraussichtlich mehr Auskunft geben können, als in den ganzen serbischen Dokumenten jemals zu finden sein wird. Die Auffassung, daß eine unparteiische Untersuchung der Kriegsschuldfrage jetzt noch nicht möglich sei, ist eine Ansicht, über die jeder, der in seinem Leben einmal eine Untersuchung geführt hat, nur den Kopf schütteln kann.

Vandervelde's Mißerfolg. Von Oberst a. D. Bernhard Schwertfeger.
„Hannoverscher Kurier", 5. September 1927, Nr. 414.

An eine Darstellung des mißglückten Vorschlags einer deutsch-belgischen Untersuchungskommission über die Franktireurfrage

knüpft Schwertfeger folgende Betrachtungen: „Ein Gutes haben die hier behandelten Vorgänge doch gehabt: sie haben den allzuvielen Deutschen, die immer noch glauben, der Frage der Schuld am Kriege komme keinerlei aktive politische Bedeutung zu, die Augen zu öffnen und ihnen zu zeigen vermocht, wo wir heute stehen und wieviel uns noch zu tun übrig bleibt . . . . Von unserer Regierung müssen wir erwarten, daß sie hinfort jede Gelegenheit benutzt, um mit immer steigendem Nachdrucke die Revision des Fehlspruchs von Versailles zu fordern."

Der Letzte einer alten Zeit.

„B. Z. am Mittag", 14. September 1927, Nr. 241.

Zu Anfang September ist Fürst Montenuovo, der Oberst-hofmeister Kaiser Franz Josefs gestorben. Sein Name ist nach dem Mord von Sarajewo viel genannt worden. Mit tiefem Haß stand er dem Erzherzogthronfolger Franz Ferdinand gegenüber, und selbst bei den Feierlichkeiten, die der Beisetzung vorausgingen, ließ er noch seinen Empfindungen freien Lauf. Er hat damals nicht nur die Gefühle der breiten Massen des österreichischen Volkes tief verletzt, sondern auch in seinem Haß den staatspolitischen Notwendigkeiten empfindlich geschadet. Der österreichische Außenminister Graf Berchtold hatte die Absicht, möglichst viele europäische Souveräne zur Leichenfeier einzuladen, weil er annahm, „daß, wenn der alte Kaiser seine fürstlichen Genossen persönlich an der Bahre der Toten bitten würde, ihm Genugtuung zu verschaffen, die Herren aus ihrem monarchischen Bewußtsein heraus sich dieser Bitte kaum widersetzen könnten. Aber der Obersthofmeister widersetzte sich dieser Idee, um die Beerdigung möglichst prunklos vor sich gehen zu lassen, und verschanzte sich hinter dem Gesundheitszustand des Kaisers, der eine solche „Aufregung" nicht vertragen würde. Das wirkt lächerlich bei einer Persönlichkeit wie Franz Joseph, und doppelt lächerlich, wenn man bedenkt, was alles der alte Herr die nächsten zwei Jahre zu ertragen hatte."

Die letzten Wurzeln der Katastrophe. Von Dr. Friedrich Thimme.

„Berliner Tageblatt", 14. September 1927, Nr. 434.

Dr. Thimme wendet sich gegen die Besprechung, die Fürst Lichnowsky im „Berliner Tageblatt" den Denkwürdigkeiten des Botschafters von Schweinitz gewidmet hat. Thimme ist nicht der Ansicht, die Lichnowsky äußerte, daß die Memoiren von Schweinitz den Glauben an die Unfehlbarkeit Bismarcks gründlich erschüttert

hätten, indem sie darlegten, daß die letzten Wurzeln der Katastrophe auf ihn zurückreichten. Thimme glaubt, daß erst die verkehrte Anwendung des österreichischen Bündnisses und des Dreibundes durch die Epigonen Bismarcks das deutsche Schicksal besiegelt habe. In gewissem und eingeschränktem Sinne behalte allerdings Lichnowsky recht mit seiner These, daß die letzten Wurzeln des Weltkriegs auf Bismarck zurückgingen. Der Dreibund habe den europäischen Machtverhältnissen den Anstoß auf die Herausbildung der beiden europäischen Bündnissysteme gegeben, und damit habe eine schicksalhafte Entwicklung begonnen, gegen die alle Künste der Diplomatie sich schließlich machtlos erweisen sollten.

Neues zur serbisch-russischen Kriegsschuld. Von Gustav Roloff.
„Gießener Anzeiger", 9. August 1927, Nr. 184.

Um die internationale Untersuchung der Schuldfragen. Von Adolf Diehl.
„Der Beobachter" (Stuttgart), 10. September 1927, Nr. 36.

Bund zur Revision der Friedensverträge.
„Deutsche Allgemeine Zeitung", 17. September 1927, Nr. 436.

Über Sofia und Bukarest kommen Meldungen über das Entstehen eines Bundes zur Revision aller Friedensverträge. Angeblich ist Präsident Noel Bukston vom Londoner Balkankomitee, das eine Untersuchung in Mazedonien und in der Dobrudscha über die Lage der dortigen bulgarischen Bevölkerung veranstaltet, von diesem Komitee beauftragt worden, eine ähnliche Aktion wie Lord Rothermere zu entfalten.

★

ENGLAND.

Zu Hindenburgs Rede.

„Times" (20. September 1927) beklagt es, daß die Tannenbergfeier durch ihre Begleitumstände zu einer Kundgebung der extremen Nationalisten geworden sei und sagt: Es bestehe eine sehr allgemeine Bereitwilligkeit, anzunehmen, daß Deutschland eine Politik der Versöhnung verfolgt und daß es, von zahlreichen Behinderungen bereits befreit, gewillt ist, in Gemeinschaft mit seinen vormaligen Feinden sein Äußerstes zu tun, um die bitteren Erinnerungen des Krieges zu begraben. „Die Erklärung des Präsidenten Hindenburg ist ein Schlag gegen solche Voraussetzungen.

Ob die deutsche Regierung für den genauen Wortlaut der Erklärung verantwortlich ist oder nicht — was eine offene Frage bleibt, wenn auch der Reichskanzler selbst bei der Feier zugegen war —, die Tatsache kann schwerlich geleugnet werden, daß das Oberhaupt des Reichs, das persönlich hohe Achtung genießt, sehr unangebrachterweise ermutigt wurde, an einer Bekundung extremer nationalistischer Gefühle teilzunehmen und diesen Gefühlen Ausdruck zu geben in einer Form, die eine Herausforderung an die neue Ordnung in Europa bedeutet. Dieses Versehen, vorausgesetzt, daß es ein Versehen war, ist entmutigend, um nicht zu sagen beunruhigend, und es liegt eine traurige Ironie in der Tatsache, daß gerade in Tannenberg, über das die Sachverständigen in Deutschland so lebhafte Meinungsverschiedenheiten haben, mit solcher absoluter Sicherheit erklärt wurde, daß jeder andere für den Weltkrieg zu tadeln, daß aber Deutschland vollkommen schuldlos ist."

Wie sehr sich die „Times" irrt, wenn das Blatt annimmt, daß die Rede Hindenburgs nur „eine Bekundung extremer nationalistischer Gefühle" sei, geht aus der Übersicht der deutschen Pressestimmen ohne weiteres hervor. Mit einer so oberflächlichen Betrachtungsweise läßt sich der im ganzen deutschen Volk vorhandene Wille, eine gerechte Lösung der Kriegsschuldfrage herbeizuführen, nicht abtun.

„Westminster Gazette" (20. September 1927) vermag keinen Grund zu entdecken, Klage darüber zu führen, daß die Deutschen in ihren Protesten fortfahren. Das liberale Blatt sieht in diesen Protesten nur die natürliche Folge der „plumpen Anmaßung" der Alliierten, die versucht hätten, in Versailles das Urteil der Geschichte vorauszunehmen. Das Blatt fährt dann fort: „Wenn Präsident von Hindenburg den Entrüstungsprotest seiner Landsleute wiederholt, dann laßt uns vor allem die Tatsache vermerken, daß dieser alte preußische Krieger die Anstiftung eines Krieges für ein Verbrechen und für eine Sünde hält, und laßt uns hoffen, daß er ebenso gedacht haben würde, wenn der große Krieg einen anderen Ausgang genommen haben würde. Dies ist bedeutungsvoll für die Zukunft, und es ist ein so erhebliches und willkommenes Abweichen von der preußischen Doktrin, die Nietzsche, Treitschke und Bernhardi vor dem Kriege geprägt haben, daß wir sie ohne Kritik oder Ärger akzeptieren können."

„Daily News" (20. September 1927) findet die Erklärung Hindenburgs begreiflich, da die Beschuldigung, daß Deutschland die Schuld

am Kriege trage, ihm ein unerträgliches Odium auferlegt. Das Blatt fährt fort: „Aber selbst, wenn Hindenburg seinen Willen hätte, würde der „unparteiische Gerichtshof", statt Deutschland von dem Odium zu befreien, es vielleicht verewigen, und auf jeden Fall würde er verhängnisvolle Rückwirkungen auf die europäischen Beziehungen haben." Herr Stresemann tue in Genf mehr, um Deutschlands „moralische Gleichheit" unter den Nationen wiederzugewinnen als durch irgendeine schematische Prüfung des üblen Charakters der deutschen Hegemonie vor dem Kriege erreicht werden könnte.

Die Befürchtung der „Daily News", daß ein unparteiischer Gerichtshof das Odium für Deutschland „vielleicht verewigen" würde, kann uns nicht schrecken. Auch hierzu möchten wir bemerken, daß die Kriegsschuldfrage, soweit die Beseitigung des Versailler Urteils in Frage kommt, keineswegs eine Frage ist, die allein der Geschichte gehört, sondern eine Frage der lebenden Generation, des Deutschlands und der Welt von heute.

Es ist ein Irrtum des Blattes, zu glauben, daß eine gerechte Lösung der Kriegsschuldfrage den Haß zwischen den Völkern wieder erwecken könnte. Gerechtigkeit ist zu allen Zeiten die Vorbedingung jedes wirklichen Friedens und jeder wahren Aussöhnung gewesen. Warum sollte es in der Kriegsschuldfrage auf einmal anders sein?

„Manchester Guardian" schreibt am 21. September in einem Leitartikel zur Tannenbergrede Hindenburgs: „Als der deutsche Reichspräsident die Anschuldigung zurückwies, daß Deutschland allein für den Krieg verantwortlich ist, drückte er nur die bekannte Ansicht aller seiner Landsleute aus. Die Leute, die eine praktische Ansicht der Dinge haben, sahen nichts in der Äußerung, wogegen Einwand zu erheben ist, obgleich sie vielleicht der Ansicht waren, daß die Form, in der sie erfolgte, eher den Eindruck erweckte, daß er auch Deutschlands Feinde der alleinigen Verantwortung beschuldigte. Die meisten vernünftigen Leute haben seit langem aufgehört, über die Kriegsschuld nachzudenken und begnügen sich damit, sie den Historikern zu überlassen, aber der bekannte Feldmarschall sei das Haupt des deutschen Staates, und seine Rede sei voraussichtlich vom deutschen Kabinett gebilligt worden, bevor sie gehalten wurde. Sie kann daher als eine vollamtliche Erklärung angesehen werden. Als solche erscheint sie den Franzosen, die sich immer noch an die Auffassung klammern, daß das von den deutschen Delegierten in Versailles erpreßte und in den Friedensvertrag ein-

geschlossene Eingeständnis der Kriegsschuld Teil des öffentlichen Gesetzes Europas ist. Daß ein Eingeständnis nicht Gesetz, sondern Gewaltmaterial ist, und daß ein erpreßtes Eingeständnis nicht einmal Beweismaterial ist, scheint ihnen nicht klar zu sein. Alles, was sie darin sehen, ist ein Angriff auf die Friedensregelung, während alles, was die Deutschen darin sehen, die Feststellung einer augenscheinlichen Tatsache ist; und daher bedeutet dieses eine weitere Periode gefährlicher und zweckloser Polemiken."

*

FRANKREICH.

Französische Stimmen zur Rede Hindenburgs.

Der **„Figaro"** schreibt am 19. September: Man erlebe wieder die Geschichte der schrecklichen Jahre. Während in Paris, in Verdun, in Douaumont in erhebenden Reden die Toten verherrlicht würden, habe Hindenburg gestern mit großem Pomp das Denkmal zur Erinnerung an „seinen" Sieg von Tannenberg eingeweiht, umgeben vom Reichskanzler, Minister, Offizieren und zahlreichen anderen Persönlichkeiten. Den Versailler Vertrag zunichte zu machen und die Debatte über die Verantwortlichkeit wieder zu eröffnen, das schlage der Reichspräsident „feierlich" vor. Die Stunde sei glücklicherweise noch nicht gekommen, um in diesem Punkt nachzugeben. Vielleicht sei es gut, daß die Ansprache von Tannenberg Frankreich noch einmal mehr offiziell die wahre Sprache Deutschlands zu Gehör gebracht habe.

Der sozialistische **„Populaire"** (19. September 1927) sagt: „Wir sind der Ansicht, daß diese politisch-militärischen Kundgebungen in den Jahren nach dem Waffenstillstand mehr als überflüssig sind. Es gibt wahrlich hier wie in Deutschland anderes zu sagen und zu tun. Der Geist von Verdun und der Geist von Tannenberg können nicht ohne Gefahr in beiden Ländern kultiviert werden. Es wäre besser, den Geist des Völkerbundes zu entwickeln und sich entschlossen der Zukunft, der Wiederaussöhnung und dem Frieden zuzuwenden, anstatt mit Wohlgefallen kriegerische Erinnerungen wachzurufen, die nur den Haß wieder wecken können."

Der **„Temps"** (19. September 1927) überschreibt seinen Leitartikel vom 19. September: „Die beiden Deutschland und der Frieden". Hindenburg habe gegen die Schuld Deutschlands protestiert. Er habe geleugnet, daß Haß und Eroberungsgeist das deutsche Volk zum Handeln veranlaßt hätten, und er habe behauptet,

selbst gegen die endgültig vor der Geschichte festgestellten offenkundigen Tatsachen, daß Deutschland in dem Kriege nur ein letztes Verteidigungsmittel erblickt habe, daß die Deutschen reinen Herzens zum Schutz ihres Vaterlandes ausgezogen seien und das deutsche Heer mit reinen Händen gekämpft habe. Reine Hände des deutschen Heeres, das doch die Massaker von Dinant, die barbarischen Zerstörungen von Löwen und Reims organisiert und sich der zynischsten Verletzungen des Völkerrechts schuldig gemacht habe, das sei wirklich zum Träumen! Sicherlich habe nicht die Rede Hindenburgs das Vorhandensein eines neuen Geistes in Deutschland bekundet. Es sei zweifellos nicht unnütz, sich hierüber in voller Offenheit zu äußern, denn es würde ernste Ungelegenheiten mit sich bringen, wollte man sich in Deutschland über einen Geisteszustand täuschen, der in Frankreich durch Warnungen veranlaßt werde, deren Ernst nach alledem, was man von der Entwicklung der deutschen Politik seit Unterzeichnung des Vertrages von Versailles und den Schwierigkeiten, die tagtäglich der nationalistische Einfluß der Aktion Stresemanns bereite, zu verkennen schwer sein würde.

L'Esprit de Tannenberg. „Le Temps", 25. September 1927.

Der **„Temps"** schreibt über den Artikel 231 des Versailler Vertrages: „Dies ist der grundlegende Artikel des Friedensvertrages, der das Eingeständnis seiner Verantwortlichkeit durch Deutschland selbst enthält und seine Verpflichtung zur Wiedergutmachung als Folge der Tatsache, die man durch die Forderung einer „unparteiischen" Untersuchung über die Verantwortlichkeit des Reiches in Frage stellen möchte, daß der von ihm erfolgte Angriff den Krieg den anderen Nationen aufgezwungen hat. Wollte man dies jemals annehmen, so würde dies in der Tat die Revision des Versailler Vertrages mit allen Folgen, die dies auf allen Gebieten nach sich ziehen würde, bedeuten."

„Journal des Débats" schreibt am 19. September 1927: Der Reichspräsident spreche nicht einmal mehr von geteilter Verantwortung. Er proklamiere, Deutschland habe sich gegen einen Angriff der Alliierten verteidigt. Das berühmte Manifest der 93 von Ende 1914 habe nicht mehr behauptet, nicht nur Deutschland sei in keiner Weise schuldig, sondern es sei sogar ein Opfer gewesen. Diese These formuliere wie eine Art Herausforderung die höchste Autorität des gegenwärtigen Deutschland. Worauf warte man in Berlin denn noch? Wilhelm II. auf seinen Thron zu setzen. Man brauchte dann nur noch dem kaiserlichen Deutschland seine Macht von 1914 wiederzugeben und Belgien zu bestrafen, das die Schuld

auf sich genommen habe, an den Seiten der Alliierten an dem Angriff, über den Deutschland sich beschwere, teilgenommen zu haben . . . . Diejenigen, die in Frankreich oder anderswo dieser Frage dieser Kriegsverantwortung keine Bedeutung beilegen, bewiesen größte Leichtfertigkeit. Hier liege der Prüfstein für die Aufrichtigkeit derer, die im Namen Deutschlands sprechen.

„Echo de Paris" schreibt am 21. September zur Rede Hindenburgs in Tannenberg: Schon oft hätten deutsche offizielle Persönlichkeiten eine ähnliche Sprache geführt, aber was diesmal den Worten des Reichspräsidenten Hindenburg besondere Tragweite gebe, sei, daß sie mit der Regierung verabredet gewesen seien, um einen formellen Widerruf des Schuldbekenntnisses, wie es im Versailler Vertrag enthalten sei, zu bilden. Was werden die Alliierten tun? Schweigen sie, dann werde die Rede des Marschalls bleiben und ihr Schweigen als Zustimmung betrachtet werden. Protestieren sie, dann werde Deutschland die Gelegenheit benutzen, um den Prozeß über die Kriegsverantwortung wieder zu erörtern. Als von der Zulassung Deutschlands in den Völkerbund die Rede gewesen sei, habe Frankreich von Deutschland ein neues und freiwilliges Eingeständnis seiner Schuld gefordert. Man habe damals entgegnet: Denken wir doch nicht mehr an die Vergangenheit; die Sicherheit der Zukunft fordert gebieterisch deutsch-französische Aussöhnung. Seid doch Männer der Zukunft! Die französische Regierung habe sich überzeugen lassen, daß Deutschland sich im Völkerbund allerdings sehr aufmerksam im Hinblick auf die Zukunft gezeigt habe. Es habe sehr wohl begriffen, daß der Völkerbund nach Auffassung seiner Schöpfer, wie dies auch Art. 19 des Statuts besage, Werkzeug zur Revision der Verträge gewesen sei und daß der Ehrgeiz der einen und der Kleinmut der anderen ihm bei Verwirklichung seiner Umgestaltungshoffnungen helfen wird. Das habe man französischerseits voraussehen müssen, das hätten sogar die Anhänger der Locarno-Politik, wenn sie logisch sein wollten, erklären müssen, wobei sie diese friedliche Revision als einziges Mittel, die Revision durch Gewalt zu vermeiden, hätten empfehlen müssen. Wenn aber Stresemann sich in Genf zur Aufgabe gemacht habe, durch Überredung die Revanchen der Zukunft vorzubereiten, so scheine es, daß Hindenburg sich weiter mit der Vergangenheit beschäftige und sich die Aufgabe gestellt habe, das Deutschland von 1914 zu rehabilitieren. Diese beiden Arten Politik, die dem Anschein nach zueinander in Widerspruch ständen, ergänzten einander. Der Außenminister habe die Rede des Präsidenten gekannt und gebilligt. Das republikanische und friedliche Deutschland

erkläre sich mit dem kaiserlichen und kriegerischen Deutschland solidarisch. Das sei nicht dazu angetan, Frankreich Vertrauen einzuflößen, denn selbst wenn man mit Hindenburg annehmen wollte, daß der Krieg 1914 dem deutschen Volke aufgezwungen worden sei, wer garantiere dann Frankreich dafür, daß dem deutschen Volk nicht auch in der Zukunft ein Krieg aufgezwungen werde?

Das „Echo de Paris" hat sehr richtig erkannt, wie Frankreich durch die Rede Hindenburgs über die Kriegsschuldfrage in eine Zwickmühle gekommen ist. Ob sie schweigen oder protestieren, jedesmal kommt der Erfolg einer gerechteren Auffassung in der Kriegsschuldfrage zustatten. Aus diesem Eingeständnis des „Echo de Paris" geht so recht deutlich hervor, daß durch die Rede Hindenburgs die Lage Deutschlands in der Kriegsschuldfrage nur verbessert werden konnte.

„Gaulois" schreibt am 21. September: Die Schuld Deutschlands am Krieg sei im Versailler Vertrag als Grundlage der politischen, militärischen und finanziellen Verpflichtungen Deutschlands enthalten. Ein unverantwortliches Deutschland würde nicht mehr schuldig sein. Es hätte sogar Anrecht darauf, Kompensationen zu fordern, denn irgend jemand müsse doch Unrecht haben. Diese Verantwortungslosigkeit bemühe sich Deutschland zu beweisen. Nicht mehr durch sterile Pressepolemik, sondern durch einen internationalen Gerichtshof, wie es ihm Belgien vorschlug. Habe doch Stresemann zweifelsohne im Hinblick darauf in Genf die berühmte fakultative Klausel der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit ratifiziert. Die Archivisten in Berlin hätten genau ihre Akten vorbereitet, sie hätten aus Moskau Akten erhalten, die mit jenem den Sowjets eignen Geschick der Lüge ausgesucht und korrigiert worden seien. Im gegebenen Augenblick werde Deutschland Revision seines Prozesses fordern, woraus sich, wenigstens hoffe Deutschland das, logischerweise die Revision des Versailler Vertrags ergeben werde. Sei das nicht die Bedeutung der Rede von Tannenberg?

Aus der „Evolution".

Die ausgezeichnete Pariser Monatsschrift, die unter der Leitung von Victor Margueritte und Armand Charpentier sich in hervorragender Weise für die Aufklärung des französischen Volkes in der Kriegsschuldfrage einsetzt, hat in ihren letzten Heften wieder einige wertvolle Arbeiten zur Kriegsschuldfrage gebracht.

Im Juliheft widmet Ebray dem Buch von Georges Demartial „L'Evangile du Quai d'Orsay" eine ausführliche Besprechung. Demartial selbst wendet sich in interessanten Darlegungen gegen die Behauptung, daß die Franzosen, die in der Kriegsschuldforschung arbeiten, von vornherein Poincaré haßerfüllt gegenüberständen. Der Prozeß Poincaré habe nichts mit Persönlichem und nichts mit Politik zu tun, es handle sich um den Prozeß einer ganzen Epoche. Im Augustheft weist Professor Barnes auf das ausgezeichnete Buch des Senator Owen „The Russian Imperial Conspiracy" hin, das Septemberheft bringt vom gleichen Verfasser eine größere Arbeit über den Stand der Kriegsschuldfrage in den europäischen Ländern.

Victor Basch zur Kriegsschuldfrage.
„Berliner Tageblatt", 6. September 1927, Nr. 421.

Professor Basch prüft in der „Volonté" die Frage, ob es schon jetzt ratsam sei, eine Untersuchung über die Verantwortung für den Kriegsausbruch zu unternehmen. Basch schreibt:

„Der Wunsch Deutschlands ist vollkommen gerechtfertigt. Entgegen den Behauptungen der französischen offiziösen Presse hat die Liga für Menschenrechte immer erklärt, daß die Verurteilung Deutschlands im Vertrage von Versailles nicht rechtsgültig sei. Man kann unmöglich dem Grundsatz beistimmen, daß der Ankläger zugleich Richter sein darf. Die französische Regierung hat unrecht, wenn sie ihre Archive nicht öffnet." Basch ist jedoch der Meinung, daß die Zeit noch nicht gekommen sei, in der eine unparteiische Untersuchung möglich ist. Weder die Regierungen noch die Gelehrten könnten heute bereits vollkommen objektiv sein. Auch der Völkerbund oder das Haager Schiedsgericht oder selbst ein Kollegium neutraler Gelehrter würde noch unter den Eindrücken des Krieges stehen, auch wenn sie sich gegen diese Eindrücke wehrten. Basch glaubt deshalb, daß eine Untersuchung, auch wenn sie mit dem besten Willen unternommen und mit größter Energie geführt wird, heute nur alte Wunden aufreißen würde. Er schlägt die folgende Kompromißlösung vor: „Die Pflicht der Alliierten wäre es, öffentlich zu erklären, daß das im Vertrage von Versailles enthaltene Schuldbekenntnis Deutschlands null und nichtig ist, nicht, weil Deutschland unschuldig ist, was noch zu untersuchen bleibt, sondern weil dieses Schuldbekenntnis gewaltsam erzwungen wurde. Damit müßte sich Deutschland zufrieden geben und das weitere der Zukunft überlassen."

Wir glauben, dem Vorschlag Victor Baschs zustimmen zu können, nur müßte in der Begründung noch mit angegeben werden, daß das in Versailles abgegebene Urteil auf Grund eines gänzlich unzureichenden und zum Teil gefälschten Materials erfolgt ist.

Poincaré über Frankreichs Kriegsverlängerung.
„Kölnische Zeitung", 22. September 1927, Nr. 625a.

In seiner Rede zur Einweihung des Gefallenendenkmals von Douaumont sagte Poincaré am 21. September:

„Als die Vereinigten Staaten sich uns zur Seite stellten, wußten sie aus den wiederholten Erklärungen des Präsidenten und der Regierung der Republik, daß wir, die wir, ohne eine Herausforderung begangen zu haben, angegriffen worden waren, niemals die Waffen niederlegen würden, bevor wir nicht in der Lage wären, von Deutschland Entschädigungen, Garantien und die Herausgabe unserer Provinzen zu erlangen. Damit die Vereinigten Staaten dem zustimmten, daß sie auch ihrerseits sich die von uns als unerläßlich erachteten Bedingungen zu eigen machten, war es notwendig, daß sie in die Tatkraft und Hartnäckigkeit unseres Volkes Vertrauen hatten."

In diesen Worten des französischen Kriegspräsidenten liegt ein sehr beachtenswertes Eingeständnis, wie sehr Frankreich für die lange Dauer des Krieges verantwortlich gemacht werden muß.

★

ITALIEN.

Italienische Stimmen zur Rede Hindenburgs.

Der römische Korrespondent des „Secolo" (20. September 1927) schreibt:

„Italien interessiert die Angelegenheit nicht viel, weil sie größtenteils überlebt ist. Auf Grund der nach dem Kriege, besonders aus russischer Quelle veröffentlichten diplomatischen und militärischen Dokumente kann aber zugegeben werden, daß der Krieg durch das österreichische Ultimatum an Serbien verursacht wurde, andere Ursachen die Stimmung und die Kriegsatmosphäre vorbereitet haben. Es ist hinlänglich erwiesen, daß Serbien als Lockspitzel Rußlands handelte und daß Deutschland von einer Umkreisungspolitik umgeben war."

Der „Corriere della Sera" (20. September 1927) sagt:

Frankreich und Deutschland täuschten sich, wenn sie meinten, daß die europäische Politik sich ewig bei dem Doppelpol ihrer Rivalität aufhalten wolle. Neue Elemente, neue und wachsende Notwendigkeiten führten neue Verbindungen herauf, denen gegenüber das Problem der Verantwortlichkeit für einen Krieg, der vor 13 Jahren begonnen habe, gar keine Bedeutung mehr habe und daher praktisch die moralische und politische Lage der Staaten und Völker nicht mehr ändern könne. Deutschland und Österreich-Ungarn hätten als erste den Krieg erklärt und wären „geschlagen" worden, Grund genug, um vor dem Forum der Geschichte streng verurteilt zu werden. Das Blatt schreibt, für Italien seien derartige Auseinandersetzungen sehr uninteressant und ebenso auch für andere Völker. Im übrigen wird den Deutschen Mangel an juristischer Begabung und eine unheilbare Tendenz für Romantik vorgeworfen. Es wird allerdings zugegeben, daß einer der Fehler des Vertrages von Versailles gerade darin bestehe, die Ansprüche der „Sieger" auf die deutsche Kriegsschuld zu gründen, und es wird hinzugefügt, daß die Deutschen hierauf ihre Revisionsansprüche aufbauen wollten. Für Italien liege der Fall anders. Die Unverletzlichkeit der Verträge gründe sich nicht auf die moralische Verantwortung, die einen unmöglichen Prozeß zur Voraussetzung habe, sondern auf das heilige Recht des „Sieges" und

auf die nationalen Ansprüche, die durch Jahrhunderte lebendig geblieben wären.

Die beiden italienischen Stimmen zeichnen sich durch eine robuste Ehrlichkeit aus.

*

JUGOSLAWIEN.

Ein Mitschuldiger von Sarajewo gestorben.

„Berliner Tageblatt", 29. September 1927, Nr. 460.

„Die Erinnerung an den Sarajewoer Mord wird durch den gestern in Skoplje, dem früheren Üsküb, erfolgten Tod des früheren Eisenbahnbeamten Milan Ziganowitsch wieder wach. Ziganowitsch, den die österreichischen Behörden als Mitverschwörer am Sarajewoer Attentat bezeichneten, war in Bosnien geboren und kam 1908 als politischer Emigrant nach Belgrad. Er schlug sich dort zu dem Hauptmann Tankositsch, der die bosnische Annexionskrise schuf. (? Die Schriftleitung.) Hier keimten, wie „Politika" in ihrem Nachruf als eigene Worte Ziganowitschs anführt, „die ersten Gedanken für die späteren Geschehnisse". Die letzten Jahre seines Lebens verbrachte Ziganowitsch als Ansiedler in der Nähe von Skoplje."

*

SCHWEDEN.

Eine schwedische Stimme zur Kriegsschuldfrage.

„Der Tag", 1. Oktober 1927, Nr. 235.

Die Zeitung „Nya Dagligt Allehanda" bringt heute (30. September) bereits einen sympathischen Aufsatz zu Hindenburgs Geburtstag aus der Feder Blomquists, des früheren Presseattachés der schwedischen Gesandtschaft in Berlin. Er schildert Hindenburgs Persönlichkeit und die beabsichtigten Feiern. Der Schluß des Aufsatzes lautet: „Das germanische Parteiwesen, das auch in nördlicheren Ländern hervortritt, hat auch hier Anlaß zu einer unliebsamen Pressepolemik gegeben. Die ehrlichen und mannhaften Worte des alten Feldherrn hätte man wohl in Deutschland billigen können, aber die Kriegsschuldfrage gehört nun einmal zum Parteiprogramm, und man will außerdem das Kaisertum mit Schuld belasten. Ich bin selbst zu der Überzeugung gekommen, daß weder der Kaiser noch die große Masse des deutschen Volkes den Krieg gewollt haben. Man hat auch keinen Anlaß, anders zu denken, als es Hindenburgs klare und ehrliche Überzeugung ist. Ich meine, daß dem Reichspräsidenten Dank und nicht Undank für seine Tannenbergrede gebührt. Warum soll ein Staatsoberhaupt und alter Krieger nicht seinen patriotischen Gefühlen Ausdruck geben?"

Bücherschau.

Demartial, G.: „La Guerre de 1914. La Mobilisation des Consciences." Deuxième Edition. Les Editions Rieder, Paris 1927, 337 Seiten.

Diplomaticus: „Une Apologie du Bourrage de Crânes." L'Indépendance Belge et les „Mensonges Allemands". André Delpeuch, Paris 1927, 31 Seiten.

Eckardstein, Freiherr von, Hermann: „Persönliche Erinnerungen an König Eduard aus der Einkreisungszeit." Carl Reißner Verlag, Dresden 1927, 143 Seiten.

Hallmann, Hans: „Krügerdepesche und Flottenfrage." Verlag von W. Kohlhammer, Stuttgart 1927, 98 Seiten.

Holmes, John Haynes: „Woodrow Wilson, America and the Great War: A. Judgment After Ten Years", Published by The Community Church, New York City, 1927, 30 Seiten.

Japikse, Nicolaus: „Europa und Bismarcks Friedenspolitik." Herausgegeben vom Niederländischen Komitee zur Untersuchung der Ursachen des Weltkrieges, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1927, 202 Seiten.

Linnebach, Karl: „Die Entmilitarisierung der Rheinlande und der Vertrag von Locarno." Verlag Rheinischer Beobachter, Berlin 1927, 227 Seiten.

Litzmann, Karl, General der Infanterie a. D.: „Lebenserinnerungen", erster Band, Verlag R. Eisenschmidt, Berlin 1927, 437 Seiten.

Der erste Band der Lebenserinnerungen des aus dem Kriege vornehmlich durch den Durchbruch bei Brzeziny bekannten Generals schließt mit den Sommerschlachten 1915 an der russischen Front ab. Neben den ausschließlich vom militärischen Standpunkt aus geschriebenen Schilderungen der alten deutschen Armee und der kriegerischen Ereignisse im ersten Kriegsjahr kommt auch der scharfe Beobachter der politischen Lage in Europa zu Wort. Er erkennt die Deutschland von allen Seiten drohende Gefahr und wird nicht müde, als Mitarbeiter der „Täglichen Rundschau" und Vorstandsmitglied des „Deutschen Wehrvereins" zu warnen und zu mahnen. Bei Ausbruch des Balkankrieges im Herbst 1912 veröffentlicht Litzmann in der „Täglichen Rundschau" einen Aufsatz, in dem er fragt, „ob nicht Rußland im Hinblick auf die Meerengen, Frankreich im Hinblick auf Elsaß-Lothringen, England im Hinblick auf den wachsenden Rivalen im Welthandel seine Zeit für gekommen hält?" Eine Reise durch die kriegführende Balkanhalbinsel bestärkt ihn in der Auffassung von der wachsenden Kriegsgefahr. Und zum Kriegsausbruch schreibt er: „1914 dachte niemand daran, den Krieg zu wünschen, weder der Kaiser, noch die Regierung, noch der Generalstab, noch das deutsche Volk. Keiner war so töricht, ein Würfelspiel zu wollen, das mit so sicherer Gefahr verknüpft war." Wroblewski.

Nowak, Karl Friedrich: „Versailles." Verlag für Kulturpolitik, Berlin 1927, 345 Seiten.

Renouvin, Pierre: „Les Origines immédiates de la Guerre." Alfred Costes, Paris 1927, 326 Seiten. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage.

Die Besprechung der zweiten Auflage kann nicht viel anderes sagen als die Besprechung der ersten („Kriegsschuldfrage" 1925 S. 451 ff. und 1926 S. 32 ff.). Übereinstimmung bleibt bestehen da, wo sie bisher vorhanden war. Ebenso dauert leider auch die Meinungsverschiedenheit in anderen Punkten fort.

Über den grundlegenden Anlaß zur großen Welttragödie, das Attentat von Sarajewo, sind zwar wie auch in allen anderen Kapiteln, die seit der ersten Auflage bekannt gewordenen neuen Momente angeführt, trotzdem bleibt das Urteil unverändert, daß nur eine indirekte, keine direkte Verantwortlichkeit der serbischen Regierung für die Mordtat bestehe (S. 35). Ich meine denn doch, daß, wenn die öffentliche Meinung der Welt alles gewußt hätte, was sie heute da, wo ihr die Wahrheit nicht künstlich vorenthalten wird, zu wissen in der Lage ist, sie das anfängliche Vorgehen Österreichs nicht nur gebilligt, sondern selbstverständlich gefunden hätte.

Keine Verbesserung der geschichtlichen Darstellung ist es, daß dem Einfluß des Botschafters Tschirschky auf den Wiener Entschluß zum Kriege gegen Serbien größere Bedeutung beigemessen wird als früher (S. 66 ff.). Dabei wird übersehen, daß Tisza am 14. Juli dem Botschafter sehr offen die Gründe auseinandergesetzt hat, warum er nunmehr militärische Maßnahmen gegen Serbien für nötig erachte. Diese Gründe haben mit deutscher Beeinflussung nichts zu tun, und Tisza war nicht gewohnt, die wahren Gründe seines Handelns zu verschweigen.

Ausführlicher als vor zwei Jahren wird versucht, die These zu begründen, daß Deutschlands Haltung durchweg und fast ausschließlich von den aus London eingehenden Nachrichten abhängig war. Eine Meldung des deutschen Marineattachés und optimistische Schilderungen Ballins über die Absichten der englischen Staatsmänner werden in direktem Zusammenhang mit der Ablehnung des Konferenzvorschlages gebracht (S. 104/5). Zugegeben, daß die deutsche Politik während der Krise Schwankungen unterworfen war. Trotzdem bleibt es eine künstliche Konstruktion, die Sache so darzustellen, als ob man in Berlin wegen einer günstigen Nachricht aus London am Mittag des 27. Juli vermittlungsfeindlich, infolge einer ungünstigen Nachricht von der Themsestadt am Abend desselben Tages plötzlich vermittlungsfreundlich gewesen sei. Übersehen wird von den Verfechtern dieser These, daß Unterstaatssekretär Zimmermann schon am 18. Juli dem bayerischen Geschäftsträger gesagt hatte, daß England, falls es zum Kriege komme, wahrscheinlich auf seiten Rußlands und Frankreichs stehen würde. Zudem macht der Verfasser selber auf ein bisher wenig beachtetes, seine These sicherlich nicht bestätigendes Dokument aufmerksam, nämlich ein Telegramm der deutschen Marineleitung an den Befehlshaber des Geschwaders in Tsingtau vom 11. Juli, worin für den Fall eines Krieges England als „möglicher Gegner" bezeichnet wird (S. 50).

Sehr bedauerlich ist, daß der französische Forscher sich nicht dazu aufschwingen konnte, mit gewissen Verdächtigungen endgültig Schluß zu

machen. Wiederum liest man, daß Botschafter von Schoen das Telegramm, das die Kriegserklärung an Frankreich enthielt, vielleicht selbst verstümmelt habe (S. 242). Ebenso wird wiederholt, daß die deutschen Feststellungen über Grenzverletzungen durch französische Truppen vor Eintritt des Kriegszustandes nicht der Wahrheit entsprechen (S. 245). Dieser Punkt ist in diesem Heft in besonderem Aufsatz eingehender behandelt.

Sehr gering ist der Eindruck, den die neuen englischen Dokumente auf Renouvin gemacht haben. Der Leser erfährt nichts über die Blankovollmacht Frankreichs an Rußland vom 24. Juli, über die Ermutigung Rußlands zur Mobilmachung gegen Österreich durch Grey am 25., über die Gesinnung, die aus dem Briefe Nicolsons vom 28. spricht. Mit außerordentlicher Milde werden die kriegshetzerischen Randglossen der Mitarbeiter Sir Edwards beurteilt. Schweigen wird auch gebreitet über die hochbedenklichen Fälschungen des englischen Blaubuches 1914, die nunmehr ans Licht gebracht worden sind.

Hinsichtlich der „Schlußfolgerungen" könnte ich nur wiederholen, was ich zur ersten Auflage bemerkt habe. Ich vermag der Logik nicht zu folgen, daß zwar die deutsche allgemeine Mobilmachung den Krieg bedeutet, nicht jedoch die russische, obwohl zugegeben wird, daß sie notwendig die den Krieg bedeutende deutsche nach sich ziehen muß.

Zum Schluß möchte ich noch auf einen Irrtum aufmerksam machen, der sich schon in der Vorrede zur ersten Auflage findet. Dort wird die Meinung ausgesprochen, in den Deutschen Dokumenten zum Kriegsausbruch fehle vielleicht doch das eine oder andere Aktenstück, das auf die Seite geräumt worden sei, bevor Kautsky Zutritt zu den Archiven erhielt. Dabei wird übersehen, daß ein gewissenhafter Forscher an den Nummern der Berichte, Weisungen und Telegramme immer feststellen kann, ob ihm etwas vorenthalten wird oder nicht. Zudem sind jetzt von der Korrespondenz, in der sich solche „kompromittierende" Dinge am ehesten finden müßten, nämlich von der Korrespondenz Berlin-Wien und Wien-Berlin alle Telegramme in lückenloser Reihenfolge bekanntgegeben. Was soll noch fehlen? Max Montgelas.

Schenk, Erwin: „Der Fall Zabern." Verlag von W. Kohlhammer, Stuttgart 1927, 137 Seiten.

Un Livre Noir. Diplomatie d'Avant-Guerre et de Guerre d'après les Documents des Archives Russes (1910—1917), Préface de René Marchand. Tome Troisième, Août 1914 — Avril 1915. Librairie du Travail, Quai de Jemmapes, 96, Paris 1927, 137 Seiten.

Berichtigungen und Ergänzungen.

In dem Aufsatz des Septemberheftes von Paul Herre: „Das italienische Generalstabswerk im Lichte der Kriegsschuldfrage" sind ohne Schuld des Verfassers einige Druckfehler stehen geblieben.

Der Titel des italienischen Generalstabswerkes lautet richtig: Ministero della guerra, Comando del Corpo di Stato maggiore —

Ufficio storico: L'Esercito italiano della grande guerra (1915—1918). Vol. 1 u. 1 bis: Le forze belligeranti. 316 S. u. 71 Anlagen. Roma, Provveditorato generale dello Stato, Libreria 1927 — Anno V. Zu Seite 870: Der letzte Satz des ersten Absatzes muß lauten: „Sie war wirklich eine „Schraube ohne Ende", wie die Österreicher sagten, und der tief sittliche Kanadier John S. Ewart spricht namens des Weltgewissens, wenn er in seinem bekannten Werke über „Die Wurzeln und Ursachen der Kriege (1914—1918)" über das berüchtigte Wort Salandras vom Sacro Egoismo sich dahin äußert, daß der Ausdruck Egoismus gut gewählt sei, nur müßte das Adjektiv statt heilig viel mehr räuberisch, imperialistisch oder verräterisch lauten."

Im Augustheft Seite 789 ff. wurden die französischen Dokumente über Orchies nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 29. Juli, Nr. 350, veröffentlicht. Ein nachträglicher genauer Vergleich mit der Wiedergabe dieser Dokumente im „Temps" vom 30. Juli hat ergeben, daß in der Wiedergabe des angeführten Blattes nachstehender Satz ausgelassen worden ist:

„Nur der für den Zwischenfall verantwortliche Offizier, ein Leutnant mit Namen Lichtenberger, zog sich unverletzt zurück. Es gelang ihm bei der allgemeinen Verwirrung, sich hinter einer Hecke zu verbergen, und er wurde erst entdeckt, nachdem sich die berechtigte Entrüstung unserer Territorialtruppen gelegt hatte."

Kleine Mitteilungen.

Wir richten an unsere Leser die höfliche Bitte, überzählige Hefte aus früheren Jahrgängen unserer Zeitschrift, die nicht gesammelt werden, uns zur Verfügung zu stellen, damit wir die Möglichkeit haben, die zahlreichen Bestellungen auf frühere Jahrgänge unserer Zeitschrift ausführen zu können. Besonders dankbar wären wir für Einsendung des Juniheftes 1924.

Die Schriftleitung.

Dem Oktoberheft liegt ein Prospekt der Weingroßhandlung Wilhelm Wasum in Bacharach a. Rh. bei, den wir der Beachtung unserer Leser empfehlen.

Neue Aufschlüsse über die Hohe Politik Rußlands
während des Weltkrieges

Das Zaristische Rußland im Weltkriege

(„Царская Россия в мировой войне")

**Neue Dokumente
aus den Russischen Staatsarchiven über den
Eintritt der Türkei, Bulgariens, Rumäniens und
Italiens in den Weltkrieg**

Herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung
der Kriegsursachen

LIX, 337 Seiten. Groß-Oktav.
Preis in Pbd. M. 20.— / Ganzleinen M. 25.— / Halbleder M. 30.—

In seinem Vorwort schreibt Alfred von Wegerer:

„... Wer die Dokumente über den Kriegsausbruch aus den Farbbüchern der am Kriege beteiligten Grossmächte, die 1914 in Konflikt geraten sind, durchgelesen hat, wird in den offiziellen Schriftstücken immer wieder Spuren entdecken, dass mit wenigen Ausnahmen die verantwortlichen Staatsmänner die Pflicht in sich fühlten und auch zum Ausdruck brachten, den Krieg, wenn möglich, doch zu vermeiden. In den vorliegenden Dokumenten, die den Eintritt der genannten Staaten in den Krieg enthalten, wird man vergebens nach derartigen Sentimentalitäten suchen. Nachdem zwischen den Grossmächten der Konflikt offen ausgebrochen war, scheint jede Scheu vor dem Kriege an sich geschwunden zu sein, und wir sehen, wie in den Verhandlungen zwischen Russland und der Türkei, Bulgarien, Rumänien und Italien nur rein materielle Gesichtspunkte die Politik beherrschen. Ungeschickt und brutal tritt der Krieg als Geschäft in die Erscheinung. Der ganze hier vorliegende diplomatische Schriftwechsel charakterisiert sich als ein Feilschen der russischen Regierung mit den Regierungen der Länder, die es in den Krieg an seiner Seite hineinziehen will. Unverhüllt zeigen die vorliegenden Dokumente, wie man Monate hindurch angesichts der Verheerungen des Krieges mit kühler Ruhe darüber verhandelte, unter möglichst günstigen Bedingungen „zum Kriege zugelassen" zu werden."

**Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik
und Geschichte m. b. H. / Berlin W 8 / Wilhelmstraße 66**

Beiträge zur Schuldfrage

Herausgegeben von der
Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen

FÜNFTES HEFT

DAS FRANZÖSISCHE GELBBUCH von 1914

Berichtigter und durch die nachträglich bekanntgewordenen Dokumente ergänzter Wortlaut der ersten amtlichen Veröffentlichung der Französischen Regierung über den Kriegsausbruch

MIT EINEM VORWORT
VON ALFRED VON WEGERER

Die Aufgabe des neuen Französischen Gelbbuches von 1914, mit den von deutscher Seite festgestellten Verbesserungen und Ergänzungen, besteht darin, den an der Klärung der Kriegsursachen Interessierten in aller Welt zu zeigen, wie dringend notwendig es ist, die Forderung nach endlicher Erschließung auch der französischen Archive zu erheben. Nachdem die Regierungen Deutschlands, Österreichs, Rußlands und jetzt auch die Englische Regierung ihre Archive über den Kriegsausbruch geöffnet haben, kann und darf die Französische Regierung mit der Bekanntgabe ihres Aktenmaterials nicht länger zögern, wenn sie nicht den Verdacht auf sich laden will, daß sich hinter den verschlossenen Türen der französischen Archive Dokumente befinden, durch welche die Französische Regierung von 1914 in ärgster Weise kompromittiert werden könnte.
Wenn mit Locarno ein neuer Geist unter den westeuropäischen Völkern eingezogen sein soll, wird es höchste Zeit, durch Öffnung der bisher noch verschlossen gebliebenen Archive den mit Worten hinreichend bezeugten guten Willen auch durch die Tat zu beweisen; denn jede Verständigung zwischen den europäischen Völkern, die nicht auf der Grundlage der Wahrheit beruht, muß und wird über kurz oder lang hilflos in sich zusammenbrechen.

In Pappe gebunden **M. 9.—**; in Ganzleinen **M. 12.—**; in Halbleder **M. 14.—**

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

Bitte an unsere Leser!

Wir richten an unsere geehrten Leser die dringende Bitte, dem Inseratenteil unserer Zeitschrift besondere Beachtung zu schenken. Der Ausbau des Inseratenteils unserer Zeitschrift wird wesentlich gefördert, wenn unsere Leser sich bei Anfragen oder Einkäufen bei den inserierenden Firmen jedesmal auf unsere Zeitschrift beziehen.

Sie sind gut informiert

über

Wirtschaft und Politik

insbesondere über die Landwirtschaft

wenn Sie die

Deutsche Tageszeitung

lesen

*

Eigene Berichterstatter an allen bedeutenden Plätzen der Welt

*

Ausgezeichnete Handelsbeilage * Interessanter Unterhaltungsteil * Große wöchentliche Bilderbeilage * Wirtschaftlich wertvoller Anzeigenteil

*

Verlangen Sie kostenfreie Probelieferung vom Verlag

Berlin SW 11, Dessauer Str. 6/8

Lord Edward Grey
25 Jahre Memoiren

2 Bände mit zusammen 700 Seiten.
Gebunden in Leinen RM. 18,—, broschiert RM. 15,—.

Jedenfalls kann sich kaum ein Memoirenwerk an politischer und auch menschlicher Bedeutung mit diesem messen . . . Grey stand aber ein Dokumentenmaterial zur Verfügung wie kaum einem Zweiten . . . So kann man nur von diesem glänzend geschriebenen und klugen Werke sagen, daß es wirklich in keiner Bibliothek eines Menschen unserer Zeit fehlen darf. *Der Tag, Wien*

. . . Lord Greys Memoiren werden vielleicht das meist umstrittene, sicher das meist gelesene Buch der Weltkriegsliteratur werden. *Hannov. Landeszeitung.*

Am Zarenhof
während des Weltkrieges

Tagebücher und Betrachtungen des ehem. französischen Botschafters in Petersburg
Maurice Paléologue

2 Bände in Oktavformat mit zusammen 985 Seiten. In 2 biegsamen Leinenbänden RM. 16,50, in einem Band gebunden RM. 15,—. Dritte Auflage.

Der russische Totentanz! . . . Manches erschütternde Werk über die gewaltige Katastrophe im europäischen Osten haben wir gelesen, aber keines, das uns so erschütterte und uns einen so umfassenden und intimen Einblick geben könnte. *Dresdner Neueste Nachrichten.*

Die beiden Bände lesen sich nicht nur wie ein Roman, sondern so fesselnd wie das dramatische Szenarium eines Films. *Frankfurter Zeitung.*

Europäische Politik
unter Eduard VII.

von **J. A. Farrer**

Mit einer Einleitung von Prof. Dr. G. Karo

352 Seiten. Broschiert RM. 7,50, in Leinen gebunden RM. 9,—.

. . . ist kein mir bekanntes Werk so aufschlußreich, wie das von Farrer und kaum eines so vernichtend für die englische Politik, wie das dieses englischen Historikers . . . aus vielen Gründen gerade für uns Deutsche besonders wichtig und lesenswert. *Deutscher Offiziersbund, Berlin.*

. . . Es ist nicht weniger, als eine auf umfassendstem Quellenstudium basierende Geschichte der gesamteuropäischen Politik während der zehn Jahre der Regierung König Eduards VII. *Magdeburger Tageszeitung.*

VERLAG F. BRUCKMANN A.-G., MÜNCHEN

Wanderer

WANDERER-WERKE / SCHÖNAU BEI CHEMNITZ

AUTOMOBILE
schnell und bequem
zuverlässig u. sparsam

Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft

empfiehlt sich
zur preiswerten Anfertigung
sämtlicher Drucksachen und Massenauflagen
Zeitschriften / Zeitungen
Werke

Setzmaschinen * Stereotypie * Rotationsdruck * Flachdruck

Berlin SW 48 / Wilhelmstraße 32
Fernsprecher: Amt F 5, Bergmann Nr. 3123—3125

100 Rasierklingen

5,80 Mark franko

Nichtgefallend: Geld zurück!

Fa. v. Münchhausen * Wesermünde-Lehe

Den Selbstbehauptungskampf Elsass-Lothringens

Die politische Entwicklung seit der französischen Annexion
Die kulturellen Fragen (Sprachenkampf, Kirchen- und Schulpolitik, Presse, Theater, Musik)
Die literarischen Neuerscheinungen in und über Elsass-Lothringen

Herausgeber:
Dr. Robert Ernst

beleuchtet kritisch durch die besten Kenner die Monatsschrift

ELSASS-LOTHRINGEN
HEIMATSTIMMEN

PROBEHEFT
UNBERECHNET

Schriftleitung und Versandstelle:
Berlin W 30 / Postschliessfach Nr. 5

DEUTSCHLAND UND DEUTSCHOESTERREICH. Postbezug (durch jedes Postamt): Vierteljährlich 1,80 Mk. Streifbandbezug (durch die Versandstelle): Vierteljährlich 2,10 Mk.
AUSLAND. Halbjahresbezug (postfrei unter Umschlag): 5,00 Mk.

Herausgegeben von
Professor Dr. Otto Hoetzsch, M. d. R.

Ost-Europa
Zeitschrift
für die gesamten Fragen des europäischen Ostens

Im Auftrage der **Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas** in Verbindung mit Otto Auhagen, Berlin / Otto Goebel, Hannover / Arthur Luther, Leipzig / Fritz Karl Mann, Institut für ostdeutsche Wirtschaft, Königsberg / Richard Salomon, Hamburg / Friedrich Schönborf, Ost-Europa-Institut, Breslau / Hermann Schumacher, Berlin / Max Sering, Berlin / Kurt Wiedenfeld, Leipzig

Das ausgezeichnete Organ zur Erschließung der Probleme des Ostens

Politik / Kriegsschuldfrage / Wirtschaft / Geistesleben

Erscheint monatlich. — Vierteljahrspreis 6.— RM.

Verlangen Sie ein unberechnetes Probeheft auf Grund dieser Anzeige

Ost-Europa-Verlag, Berlin W 35 und Königsberg i. Pr.

Jahrzehntelange Erfahrungen

sind in der Osram-Lampe verkörpert.

OSRAM

Wer

Aufbauarbeit

leisten will, lese die Monatshefte

Heimat und Volk

die über nationale Fragen eingehend unterrichten, den bodenständigen Heimatgedanken pflegen und vertiefen, den berufsständischen Gedanken pflegen und fördern und den Weg weisen, wie der Neuaufbau unseres Volkes und Vaterlandes geschehen kann.

*

Bezugspreis vierteljährlich nur **1.25** RM., für das Ausland halbjährlich **3.00** RM. — Bezug durch die Hauptgeschäftsstelle, **Berlin S. 14.** Postscheckkonto: Berlin 107928.

Milan Ciganović †

Von Dr. Friedrich Ritter von Wiesner.

Nach den Meldungen der serbischen Presse ist Milan Ciganović am 28. September d. J. in Üsküb gestorben. Wie bekannt, war er einer der Hauptorganisatoren des Attentates von Sarajewo und später, im Saloniker Hochverratsprozeß, einer der Hauptbelastungszeugen gegen Oberst Dragutin Dimitrijević und die anderen angeklagten Mitglieder der „Schwarzen Hand". In diesen beiden Eigenschaften geht Ciganović, der sonst ein „unbekannter Soldat" in den Reihen der Kämpfer für die großserbische Idee geblieben wäre, in die äußere und innere Geschichte Serbiens ein. In beiden Fällen hat er — wenn auch nicht aus eigener Initiative, so doch als ein bedenklos, entschlossen und verläßlich ausführendes Organ — eine entscheidende Rolle gespielt und bewußt an der Schaffung des zum Weltkriegsausbruch führenden letzten Konfliktes zwischen Österreich-Ungarn und Serbien sowie an der Vernichtung der „Schwarzen Hand" mitgewirkt, deren Mitglied er selbst war. Sind diese zwei Taten des Ciganović die einzigen in seinem Leben, die geschichtliche Bedeutung haben, so ist es interessant und für die serbische Politik der letzten Generation bezeichnend, daß gerade sie nicht öffentlich eingestanden werden können. Jeder politisch gebildete Serbe kennt und würdigt sie, aber keines der serbischen Blätter gedenkt ihrer in den oft umfangreichen Nekrologen, die dem Andenken dieses Mannes gewidmet sind. Mit leisen Andeutungen huschen sie über die von Österreich-Ungarn gegen Ciganović erhobene Beschuldigung hinweg, er habe in hervorragendem Maße an der Vorbereitung des Sarajewoer Attentats mitgewirkt — ohne sich in dieser für die Kriegsschuld Serbiens so wichtigen Frage auf eine den Staat kompromittierende Bejahung oder auf eine die Verdienste des Ciganović schmälernde Verneinung einzulassen. Und

womöglich noch vorsichtiger gleiten sie über die Rolle hinweg, die der Verstorbene im Saloniker Prozeß gespielt hat, in jenem großen politischen Drama, das in den Kreisen der lautersten serbischen Patrioten noch heute so stark nachzittert, daß es als staatsgefährlich gilt, an die Wunden zu rühren, die damals geschlagen wurden. So entstanden jene Nachrufe für Ciganović, deren ansehnlicher Umfang im umgekehrten Verhältnisse zu ihrem ärmlichen Inhalte steht, der nur ein bewegtes Komitatschileben widerspiegelt, wie es deren Dutzende gibt. Als ein Beispiel dieser Nekrologe sei hier jener wiedergegeben, den die Belgrader „Politika“ in ihrer Nummer vom 29. September d. J. brachte. Außer biographischem Material, das bisher nicht allgemein bekannt war, enthält er auch einige wertvolle Hinweise darauf, wie die angeblich auf bosnischem Boden gewachsene jungbosnische Bewegung erst in Serbien durch staatliche Organe und unter den Augen der Regierung ihren hochverräterischen Charakter erhielt. Dieser Artikel der „Politika“ lautet:

„Im März 1888 in Bosnisch-Petrovac (bei Bihać) geboren, von serbischen Eltern aus der Lika (Kroatien) abstammend, besuchte er zuerst die Volksschule in Srb und dann eine vierklassige Handelsschule in Bihać, wo sein Vater Beamter der Finanzbehörde war. Einem Wunsche seines Vaters folgend, ging er 1905 nach Prizren, um sich an der dortigen orthodoxen Theologie-Schule für das Priesteramt auszubilden. Ohne jedoch die Studien zu beginnen, ging er aus Abneigung gegen den ihm aufgezwungenen Beruf bald nach Bosnien durch. Sein Vater brachte ihn nun bei der Steuerabteilung in Bihać unter. Aber auch die Beamtenkarriere sagte ihm nicht zu. Achtzehn Monate nach seinem Eintritt verschwand er auch aus Bihać und wurde an der serbischen Grenze, die er überschreiten wollte, von einer Gendarmerie-Patrouille angehalten und nach Bihać zurückgebracht. Während der im Jahre 1908 aus Anlaß der Annexionskrise in Bosnien herrschenden Bewegung brannte er seinen Eltern wieder durch und begab sich im geheimen nach Semlin, wieder in der Absicht, von dort nach Serbien zu gelangen. Nach einigen Tagen, während welcher ihn der Hunger sehr plagte, gelang es ihm unter merkwürdigen Umständen nach Belgrad zu kommen. Ciganović erzählte diese Begebenheit wie folgt: „An diesem glücklichen Tage bin ich in Semlin am Kai auf- und abgegangen. Da kam ein hübscher junger Mann daher, sprach mich an und fragte, wer ich sei, wohin ich gehe und was ich hier suche. Da ich glaubte, dieser Herr sei aus Belgrad, und da er sagte, er sei Maturant, heiße Bozidar Purić, und da ich durch Einsicht in seinen Paß, den er mir zeigte, feststellen konnte, daß dieser auch für mehrere seiner Familienmitglieder gelte, teilte ich ihm meine Absicht mit, nach Bel-

grad zu gehen und schlug ihm vor, mich auf seinen Paß mitzunehmen. Er war sofort einverstanden und fuhr mit mir mit einem Schiff nach Belgrad hinüber. Die Schwabas (gemeint sind damit die Beamten der ungarischen Grenzpolizei), welche die Pässe kontrollierten und denen ich sagte, ich sei der im Paß eingetragene Radojka Purić (Radojka ist ein Frauenname!), konnten offenbar nicht unterscheiden, was ein männlicher und weiblicher Vorname sei und ließen mich passieren.

Als ich nach Belgrad kam, geriet ich sofort in den Trubel der gegen Österreich-Ungarn gerichteten feindlichen Demonstrationen und Bewegungen. In diesen Tagen wurde der Komitatschikurs in Cuprija unter dem Kommando des Hauptmanns Voja Tankosić aufgestellt. Wir waren unserer viele aus allen Gegenden, Studenten, Gymnasiasten, Gewerbetreibende, alles junge Leute. Hier kam mir zum ersten Male der Gedanke: Hier arbeitet das junge Bosnien. In Cuprija sind wir von den politischen Ansprüchen Serbiens auf Bosnien überzeugt worden. Damals haben wir eine Ceta (d. i. Bande, Freischar) von 30 Mann gebildet. Zum Führer erwählten wir den Risto Toholj, doch hat Hauptmann Tankosić diese Wahl wieder annulliert."

Nach Cuprija erhielt Ciganović eine Anstellung in der Direktion der serbischen Staatsbahnen. Er zog dann als Cetnik (Bandenmitglied, Freischärler) in die Türkei. Seine ersten Führer waren Petko Ilić und Todor Krstić. Der Chef aller dieser Banden war Vuk Popović. Da Ciganović dessen strenges Regiment nicht ertragen konnte, ging er zu Tankosić zurück, mit dem er nun mehr oder weniger bis zu dessen Tod (er fiel 1915 vor dem Feinde) zusammenarbeitete.

Vor dem Kriege mit der Türkei bildeten die bosnischen Emigranten eine revolutionäre Gruppe, welche sich „Ognjiste" (d. i. „Herd") nannte. Dort arbeiteten insbesondere Risto Toholj, Gjuro Sarac, M. Majkić, Dragutin Kesić und Ciganović. Während des Krieges standen alle unter Major Tankosić, doch waren sie nicht immer auf demselben Platze, sondern in verschiedenen Verwendungen tätig.

Zu Beginn des Weltkrieges 1914 behauptete Österreich-Ungarn, daß auch Ciganović in das Attentat von Sarajewo verwickelt sei und nannte seinen Namen im Ultimatum.

Als eine Zahl Freiwilliger aus Amerika nach Serbien kam, wurde Ciganović deren Führer (das war im Jahre 1915). Er wurde nach Üsküb geschickt. Bald darauf begann der allgemeine Rückzug.

und dabei kam er nach Korfu. Dort wurde Ciganović durch eine ärztliche Kommission vom Militärdienst befreit und ging an die Salonik-Front. Nach dem bekannten Prozeß (gemeint ist der Saloniker Hochverratsprozeß gegen Oberst Dragutin Dimitrijević und die anderen Mitglieder der „Schwarzen Hand") ging Ciganović unter dem Namen Milan Danilović nach Belgrad. Unter dem Namen Ciganović war er nur seinen nächsten Kameraden bekannt. Das letzte Jahr seines Lebens verbrachte er auf einer Ansiedlung in Südserbien, von wo er in den letzten Tagen in schwerkrankem Zustande nach Üsküb gebracht wurde. Dort starb er am 28. September laufenden Jahres."

Soweit der Bericht der „Politika", der die auffallende Tatsache verschweigt, daß die Leiche des Milan Ciganović nicht von dem berufenen serbischen Geistlichen, sondern von einem russischen Popen eingesegnet wurde, und daß an der Bestattung der Bezirkshauptmann von Üsküb in offizieller Eigenschaft teilnahm.

Wie zwei leere Augenhöhlen starren uns aus dieser Porträtskizze des Milan Ciganović die beiden Lücken entgegen, die in seinem Leben jenen Raum ausmachen, in dem sich sein geschichtliches Tun abspielte. Diese Lücken seien hier in knappen Umrissen ausgefüllt. Vorausgeschickt sei nur noch, daß es bekannt ist, daß Ciganović 1908 in Cuprija in der Komitatschi-Schule des Hauptmanns Tankosić stand. Trifko Krstanović hat dies in seiner am 19. Juli 1914 vor dem Kreisgericht in Sarajewo abgelegten Zeugenausgabe bereits angegeben [1]), in jener Zeugenaussage, die seinerzeit von der serbischen und französischen Kritik als eine Mache der österreichisch-ungarischen Behörden hingestellt worden ist und deren Inhalt inzwischen in allen Punkten Bestätigung gefunden hat.

Über die Mitwirkung des Ciganović bei Vorbereitung des Attentates haben die Attentäter Princip, Cabrinović und Grabez folgendes mitgeteilt [2]). Als sie darüber einig waren, das Attentat gegen den Erzherzog Franz Ferdinand zu verüben — es war dies im April 1914 —, handelte es sich darum, sich mit den hierfür nötigen Waffen auszurüsten. Da die Verschwörer nicht über die Mittel verfügten, um sich Bomben und dergleichen zu beschaffen, und da auch Major Milan Pribičević und Zivojin Dačić in Belgrad nicht anwesend waren, beschlossen sie, sich an den ehemaligen Komitatschi Milan Ciganović, einen Beamten der serbischen Staats-

[1]) Österr.-ungar. Rotbuch 1919, II. Teil, Seite 95, in Beilage 5 zum Memorandum.

[2]) Österr.-ungar. Rotbuch 1919, II. Teil, Seite 99 ff., in Beilage 8 zum Memorandum.

bahnen, zu wenden, der ihnen persönlich bekannt war und von dem sie wußten, daß er in der Lage sei, ihnen die gewünschte Hilfe zu leisten. Princip und Cabrinović setzten sich nun mit Ciganović, der mit ihnen in verschiedenen Verschwörerzirkeln zusammentraf, in Verbindung und weihten ihn in ihren Attentatsplan ein, den er vollkommen billigte. Ciganović versprach darüber nachzudenken, wie er ihren Wunsch erfüllen könne. Es fanden über den Gegenstand noch verschiedene weitere Besprechungen statt, in deren Verlauf Ciganović den beiden Verschwörern und dem inzwischen hinzugekommenen Grabez mitteilte, daß er den Major Tankosić von der Sache unterrichtet habe, der bereit sei, die Waffen zur Verfügung zu stellen. Am 24. Mai 1914 wurde Grabez dem Major Tankosić von Ciganović vorgestellt. Bei diesem Anlasse gab Tankosić dem Ciganović den Auftrag, den Verschwörern Schießunterricht zu erteilen. Am Tage darauf begab sich Ciganović mit den Verschwörern in einen Wald nächst Topčider, wo er sie im Schießen mit Browningpistolen und im Gebrauch von Bomben unterwies. Am 27. Mai übergab Ciganović dem Princip, Cabrinović und Grabez sechs Bomben, vier Browningpistolen, dazugehörige Munition, eine Tube mit Zyankali und Reisegeld, worauf die Komplottanten am 28. Mai 1914 Belgrad verließen. Ihre Reise von Belgrad richteten sie genau nach den Weisungen ein, die ihnen von Ciganović erteilt worden waren. Dieser hatte ihnen vorgeschrieben, über Sabac und Loznica nach Tuzla zu reisen und sich dort an Misko Jovanović zu wenden. In Sabac sollten sie sich beim dortigen Grenzhauptmann Major Rade Popović melden und diesem ein Einführungsschreiben übergeben, das Ciganović ausgefertigt hatte. Es ist bekannt, daß die auf der vorgeschriebenen Route durchgeführte Reise der Verschwörer und ihre Durchschmugglung über die serbisch-bosnische Grenze glatt vor sich ging, und daß dieser geheimnisvolle Transport den Verschwörern selbst auffällig gut organisiert schien.

Wie aus diesen gerichtsordnungsmäßig festgestellten Tatsachen ersichtlich ist, war Ciganović der eigentliche Organisator des Attentats, für das er nicht nur die Mittel zur Ausführung beschaffte, sondern auch den Transport der Verschwörer und ihres kleinen Arsenals von Belgrad über die Grenze bis nach Sarajewo sicherstellte. Wir wissen heute, daß Ciganović dies nicht aus eigener Initiative, sondern als ausführendes Organ des Majors Voja Tankosić getan hat, und zwar im Rahmen der Organisation der „Schwarzen Hand", welcher er seit 18. Juni 1911 gemeinsam mit Tankosić angehörte, dessen rechte Hand er war.

Als im Zuge der Untersuchung gegen die Attentäter die Mitwirkung des Ciganović festgestellt war, erhielt die Gesandtschaft in

Belgrad den Auftrag, den Aufenthalt des Ciganović auszuforschen. Sie berichtete am 8. Juli 1914 in einer Chiffre-Depesche, Milan Ciganović sei am Tage des Attentats in Belgrad gewesen, habe diese Stadt drei Tage später verlassen, um einen ihm angeblich bewilligten einmonatlichen Urlaub in Ribare zu verbringen. Der Polizeipräfekt in Belgrad erklärte zur selben Zeit, daß er einen Mann namens Milan Ciganović nicht kenne, doch stellte sich kurz nachher heraus, daß es der Polizeipräfekt selbst gewesen war, welcher Ciganović zur Abreise aus Belgrad veranlaßt hatte.

In dem an die serbische Regierung gerichteten Ultimatum verlangte die österreichisch-ungarische Regierung im Punkte 7: „. . . mit aller Beschleunigung die Verhaftung des Major Tankosić und eines gewissen Milan Ciganović, serbischen Staatsbeamten, vorzunehmen, welche durch die Ergebnisse der Untersuchung kompromittiert sind." In der Beilage zum Ultimatum waren die Beschuldigungen dargelegt, welche gegen Ciganović erhoben wurden.

In Beantwortung dieser Forderung des Ultimatums erklärte die serbische Regierung im Punkte 7 ihrer Note vom 25. Juli 1914: „Was den Milan Ciganović anbelangt, der ein Angehöriger der österreichisch-ungarischen Monarchie ist und der bis zum 15. Juni 1914 (als Aspirant) bei der Eisenbahndirektion bedienstet war, so konnte dieser bisher nicht ausgeforscht werden, weshalb ein Steckbrief gegen ihn erlassen wurde." Hierzu ist noch zu bemerken, daß Ciganović, wie erst nach dem Kriege bekannt wurde, in diesen Tagen von Major Srb in Mladenovac, nicht weit von Ribare, gesehen worden ist, wo er sich frei bewegte und wohlbekannt war.

Aus diesem Verhalten der serbischen Behörden ist klar ersichtlich, daß man den Ciganović geflissentlich versteckt hielt und bestrebt war, seine Spur zu verwischen, da man ihn als bosnisch-herzegowinischen Landesangehörigen auf ein Auslieferungsbegehren hin den österreichisch-ungarischen Behörden hätte übergeben müssen. Damit erklärt sich auch, warum die serbische Regierung den Major Tankosić am Tage der Beantwortung des Ultimatums pro forma für einige Stunden in Haft setzte, den sie ja nicht auszuliefern hatte, und warum sie sich des Ciganović nicht bemächtigte. Hierin liegt aber auch ein wichtiges Indiz dafür, daß die serbische Regierung von der Mitschuld des Ciganović am Attentat Kenntnis hatte, da sie andernfalls nicht schon kurz nach dem Attentat dessen Entfernung aus Belgrad verfügt, dann nachträglich seine angebliche Entlassung aus dem Staatsdienst veranlaßt und schließlich die falsche Auskunft über seine Unauffindbarkeit erteilt hätte. Wie wenig unauffindbar Ciganović gewesen sein muß, geht daraus her-

vor, daß er schon bei Beginn der Mobilisierung wieder in der Umgebung des Major Tankosić aufgetaucht, und — nach den Protokollen des Saloniker Prozesses — am 8. August 1914 bei dem Massaker anwesend war, das die Bande des Tankosić am Torlak, südlich Belgrad, unter den politischen Gegnern der „Schwarzen Hand" veranstaltete.

Der Artikel der „Politika" erwähnt, daß Ciganović nach dem Saloniker Prozeß unter dem Namen Milan Danilović nach Belgrad gekommen sei. Dies ist nach den Protokollen dieses Prozesses unzutreffend. Denn schon lange vor dem Prozesse führte er den Namen Milan Danilović, erhielt seine ganze Korrespondenz unter diesem Namen an das Eisenbahnbeamtendepot in Salonik und erklärte im Prozeß als Zeuge ausdrücklich: „Milan Danilović, das bin ich." Damals und lange Zeit vorher war er nur mehr als der Eisenbahnbeamte Milan Danilović bekannt, so daß die Wahrscheinlichkeit besteht, daß schon kurz nach dem Attentat der Staatsbahnbeamte Milan Ciganović tatsächlich aus den Listen der serbischen Staatsbeamten verschwand, gleichzeitig aber an seiner Stelle der Staatsbahnbeamte Milan Danilović dort auftauchte. Jedenfalls steht heute fest, daß Ciganović 1917 noch genau so im Dienste der serbischen Staatsbahnen stand wie im Juni 1914, so daß die Erklärung der Belgrader Regierung in ihrer Note vom 25. Juli 1914, er sei seit 15. Juni 1914 nicht mehr bei der Eisenbahndirektion bedienstet, eine bewußte Unwahrheit war. Wie eifrig man darauf bedacht war, die Identität des Milan Danilović mit Milan Ciganović zu verbergen, geht auch daraus hervor, daß im Saloniker Prozeß der Geburtsort des Danilović als „Petrovac" angegeben wurde, einem Ort in Serbien nächst Požarevac, während er richtig „Bosnisch-Petrovac" hieß.

Welche Gründe waren es, daß die Regierung diesen Milan Ciganović alias Danilović, ein tätiges Mitglied der „Schwarzen Hand" und einen Mitwisser aller ihrer Geheimnisse, insbesondere auch des Mordkomplottes, nicht nur nach dem Sarajewoer Attentat schützte, sondern auch bei Vernichtung der „Schwarzen Hand" vor dem Verderben bewahrte, das sie allen anderen tätigen Mitgliedern dieser Organisation bereitete? Im Saloniker Prozeß erklärte Ciganović bei seiner Vernehmung als Zeuge, er sei schon sehr bald nach Gründung dieser Vereinigung mit deren Tätigkeit auf innerpolitischem Gebiet nicht einverstanden gewesen; er habe besonders beanstandet, daß sie Heer und Gesellschaft „korrumpierte". Ganz offen gab Ciganović bei dieser Einvernehmung zu, daß er für die Regierung gegen die „Schwarze Hand" Spionagedienste geleistet habe.

Dies und seine weiteren Aussagen in diesem Prozesse, mit denen er als Kronzeuge gegen den Obersten Dragutin Dimitrijević und die anderen Mitangeklagten, ja selbst gegen seinen intimsten Freund und Vorgesetzten Major Tankosić auftrat, führen zu dem Schluß, daß Ciganović schon vor dem Attentat ein Vertrauensmann der Regierung im Kreise der „Schwarzen Hand" war und daß von ihm alles belastende Material stammt, das die Regierung gegen die „Schwarze Hand" besaß. So war die Rolle, die er bei Vorbereitung des Attentats gespielt hat, keine andere als jene, die ihm im Saloniker-Prozeß zufiel. Als Vertrauter der Regierung Pasić nahm er an der Vorbereitung des Attentats teil, das damals der Regierung in ihr Konzept paßte, und das auch ihm selbst als großserbischem Revolutionär genehm war.

So klären sich langsam die Zusammenhänge. Denkt man an die Enthüllungen des Ljuba Jovanović, der ja bestätigt, daß die serbische Regierung schon von der Vorbereitung des Attentats auf den Erzherzog Franz Ferdinand Kenntnis hatte, dann wird man in Milan Ciganović die Person finden, welche der serbischen Regierung von dem Mordkomplott Kenntnis gegeben hat.

Das ist der wahre Lebensinhalt des Milan Ciganović, einer Verschwörer- und Verrätergestalt großen Zuschnitts. Wenn die serbische Presse gerade diese seine Taten verschweigt, so geschieht dies nicht deshalb, weil sie dem Manne selbst oder seinem Adoptivvaterlande zur Unehre gereichen würden. Im Gegenteil. Taten, wie diese, sind nach der serbischen Tradition Ruhmestitel für den Täter, der — wie Obilić und Sindelić — in der Überlieferung als nationaler Held fortlebt, der seinem Volke die größten Dienste geleistet hat. Wenn man also dem Milan Ciganović vorläufig noch nicht seinen Platz in der serbischen Walhalla anweist, so geschieht dies nur, weil die den Mittelmächten aufgelastete Kriegsschuld dadurch im Punkte der unmittelbaren Kriegsursache erschüttert und auf Serbien überwälzt werden würde.

Das französische Generalstabswerk.

Von Graf Max Montgelas.

I.

Das Werk der kriegsgeschichtlichen Abteilung des französischen Generalstabes über die französischen Armeen im Weltkrieg [1]) beginnt mit einer Polemik gegen das deutsche Generalstabswerk über den Krieg 1870/71, das als „Propagandaarbeit" zum Zweck einer „geschichtlichen Offensive" hingestellt wird. Insbesondere wird der frühe Zeitpunkt des Erscheinens getadelt. Nun sind die ersten Hefte zwar schon 1872 veröffentlicht worden; der nur bis zur Schlacht von Gravelotte (einschließlich) reichende erste Band war jedoch nicht früher als 1874, der letzte der fünf Bände nicht früher als 1881 vollendet. Nach deutscher Auffassung war das reichlich spät. Man darf bezweifeln, ob die herkömmliche Arbeitsmethode des Service historique wirklich vorzuziehen ist. Er hat sein Werk über den Krieg 1870/71 bis heute noch nicht fertiggestellt, er hat sogar über die Feldzüge Napoleons I. zwar eine große Anzahl von Dokumenten veröffentlicht, jedoch immer noch nicht die gewiß dankbare Aufgabe gelöst, die Taten dieses Feldherrn in einer großzügigen zusammenhängenden Arbeit kritisch zu schildern. Auch in Frankreich scheint man die frühere Langsamkeit nicht gerade als einen Vorzug zu empfinden; denn das Kriegsministerium erteilte Anfang 1919 der kriegsgeschichtlichen Abteilung den Befehl, sobald als möglich in einem wissenschaftlich angelegten und durchgeführten Werke in großen Zügen die Leitung des Krieges durch das französische Oberkommando und den allgemeinen Verlauf der Operationen zu schildern.

Bei Ausführung dieses Befehls ist man nicht gerade sehr wissenschaftlich vorgegangen, sondern hat unter Verzicht nicht nur auf Kritik, sondern auch auf geschichtlichen Zusammenhang und allmähliche Entwicklung der operativen und taktischen Anschauungen sowie der technischen Hilfsmittel von den in Aussicht genommenen neun Teilen (tomes) bis Frühsommer 1927 veröffentlicht:

vom I. Teil — Operationen bis zum Erstarren der Westfront Mitte November 1914 — drei Bände Text mit drei Bänden Anlagen und Karten,

vom III. Teil — 1. Mai 1915 bis 20. Februar 1916 — vier Bände Anlagen nebst Karten ohne Textband,

[1]) „Les Armées françaises dans la Grande Guerre". Paris. Imprimerie Nationale.

vom VII. Teil — 18. Juli 1918 bis 28. Juni 1919 (also sieben Monate nach Waffenstillstand) — einen Textband mit zwei Bänden Anlagen nebst Karten.

Das Ganze wird nicht eine Geschichte des Krieges werden, sondern nur Unterlagen, allerdings sehr ausführliche, für den Anteil der französischen Armeen am Kriege liefern.

Für die Besprechung in dieser Zeitschrift kommen nur die Abschnitte in Betracht, die mit der Verantwortlichkeit für den Kriegsausbruch in Zusammenhang stehen, das sind die ersten Kapitel des ersten Bandes, die von den Operationsplänen, den Heeresstärken, der weiteren Vorgeschichte des Krieges und von der Krise 1914 handeln.

I. Operationspläne.

Die französische Ostgrenze ist nach 1871 alsbald auf Grund eines genialen Planes befestigt worden. Die vier großen Plätze Verdun, Toul, Epinal und Belfort riegelten in Verbindung mit zahlreichen kleineren Sperren den ganzen Raum zwischen Luxemburg und der Schweiz derart ab, daß nur zwischen Toul und Epinal eine knapp 60 Kilometer breite Lücke blieb. Der französische Generalstab erwartete daher schon ab 1878, daß das deutsche Heer die unangreifbar gewordene Front über luxemburgisches und belgisches Gebiet umgehen würde. Das blieb lange Zeit ein Irrtum. Denn zunächst suchte der deutsche Generalstab das Problem des Zweifrontenkrieges auf andere Weise zu lösen. Erst nachdem das Anwachsen der Heeresstärken, die dadurch bedingte außerordentliche Erweiterung der Operationsfronten sowie die Umgruppierung der russischen Armee (Räumung von Polen) völlig neue Verhältnisse geschaffen hatten, und die bisherigen Pläne bei der Erprobung auf Generalstabsreisen und bei operativen Kriegsspielen andauernd zu unbefriedigenden Ergebnissen führten, reifte im Winter 1898/99 der schwerwiegende Entschluß zu einem Durchmarsch durch neutrales Gebiet [2]). Schon zwanzig Jahre früher also hatte der französische Generalstab diese Maßnahme als für Deutschland geboten angesehen und daher 1878 Pläne entworfen (Plan III und IV), die einer Verletzung der luxemburgischen und belgischen

[2]) Das Suchen nach anderen Lösungen, die einen solchen Durchmarsch vermieden, wurde auch später noch fortgesetzt. So wurde beim operativen Kriegsspiel im Winter 1910/11 die Offensive mit der Hälfte des deutschen Heeres und dem gesamten österreichisch-ungarischen gegen Rußland, auf der Generalstabsreise im Sommer 1911 der frontale Angriff gegen die französische Ostfront nochmals versucht. Dieser Angriff scheiterte, die Offensive gegen Rußland wurde für die Deutschen nahezu zur Katastrophe.

Neutralität, ja sogar einer deutsch-belgischen Allianz (!) entgegentreten sollten. Leider wird nicht mitgeteilt, welches die damals beabsichtigten Gegenmaßnahmen gewesen sind.

Anfang 1887 entstand in Frankreich im Vertrauen auf die große Stärke der Ostfront und den Ausbau des Eisenbahnnetzes ein Plan VII entschiedener Offensive mit Beginn des Vormarsches schon am 11. Mobilmachungstag. Die Richtung der Offensive wird nicht angegeben.

Die folgenden Pläne VIII (Ende 1887), IX (1888), X (1889) und XI (1891) scheinen wieder ein defensives Verhalten gegenüber Deutschland beabsichtigt zu haben. Plan XI faßte indessen eine begrenzte Offensive gegen Italien (mit zwei Armeekorps) ins Auge, um die Hauptkräfte der italienischen Armee auf sich zu ziehen, d. h. von einem Abtransport auf den Hauptkriegsschauplatz abzuhalten. Varianten für den Fall eines deutschen Durchmarsches durch Belgien waren wiederum vorgesehen.

Plan XII (1892) und XIII (1895) waren im Hinblick auf den Abschluß der Allianz mit Rußland neuerdings auf sofortige Offensive gegen Deutschland eingestellt, und zwar mit dem Hauptnachdruck auf dem rechten Flügel, um die Entscheidung in Lothringen zu suchen. Die Ausdehnung des linken Flügels ist nicht angegeben. Von nun ab wurde auf jede Offensive gegen Italien verzichtet, die Truppen an der dortigen Grenze erheblich geschwächt.

Plan XIV (1898) sah die Bildung der Feldarmeen nur aus Truppen des Friedensstandes und den jüngsten Klassen der Reserve vor, was das Fortbestehen offensiver Absichten vermuten läßt. Zunächst war indessen lediglich eine „Bereitstellung beschlossen, die verschiedene Möglichkeiten je nach den über den Feind eingehenden Nachrichten zuließ". Infolge der Ereignisse von Faschoda führte das „gespannte Verhältnis zu England" 1899—1900 zu Modifikationen des Planes, über die nur mitgeteilt wird, daß das XIX. Armeekorps in Algier verbleiben sollte. Aus anderen Quellen ist bekannt, daß Frankreich auf der Konferenz der verbündeten Generalstäbe 1900 durchsetzte, Rußland solle im Falle eines französisch-englischen Krieges 300 000 bis 380 000 Mann an der Grenze Afghanistans bereitstellen, während Frankreich im Falle eines russisch-englischen Krieges 100 000 bis 150 000 Mann an der Kanalküste aufstellen wollte, um mit einer Landung zu drohen [3]).

[3]) „Les Alliés contre la Russie avant, pendant et après la Guerre mondiale" (A. Delpeuch, Paris 1926) S. 9.

Plan XV (1903) war gleichfalls zunächst nur eine Bereitstellung an der Ostfront zwischen der Schweizer und Luxemburger Grenze. Vom März 1906 an hielt man einen deutschen Durchmarsch durch Belgien immer mehr für wahrscheinlich und traf daher Maßnahmen gegen eine Umfassung von Norden. Klar erkennbar ist der Zusammenhang dieser Variante mit dem Gespräch, das der britische Militärattaché Oberst Barnardiston mit dem belgischen Generalstabschef Ducarne im Januar geführt hatte. Über die um die gleiche Zeit beginnenden militärischen Besprechungen mit England wird nichts mitgeteilt. Ebenso wird verschwiegen, daß auf der französisch-russischen Generalstabskonferenz von 1906 Frankreich begreiflicherweise von den sechs Jahre vorher gegen England getroffenen Verabredungen nichts mehr wissen wollte und sich auch von der in der Militärkonvention vereinbarten sofortigen Offensive gegen Deutschland lossagte [4]).

Im folgenden Jahre (1907) wurde die Bereitstellung noch etwas weiter gegen Norden verschoben, bis in die Gegend nördlich Verdun (Plan XV bis).

Plan XVI (1909) zog die Folgerungen aus der Einführung der zweijährigen Dienstzeit und der „Verbesserung der Beziehungen zu England". Reservetruppen wurden in größerem Umfang als bisher der Feldarmee zugeteilt. Der Aufmarsch blieb nicht mehr eine Bereitstellung mit der Möglichkeit verschiedener Entschlüsse je nach den Nachrichten über den Feind, sondern „sah im Keime schon die Operationen vor, mit denen der Oberfeldherr den Feldzug beginnen wollte". Über diese Operationen wird nichts mitgeteilt.

Im Jahre 1911 entwarf General Michel, Vizepräsident des obersten Kriegsrates und als solcher nach der damaligen Organisation zum Generalissimus im Kriege designiert, einen Plan, nach dem der französische Aufmarsch „in Voraussicht eines deutschen Durchmarsches auch durch das nördliche Belgien" sich nordwärts bis zum Meere ausdehnen sollte. Zur Gewinnung der nötigen Kräfte für diese breite Front sollten Feld- und Reservetruppen schon in der Brigade vermischt und so die Stärke der Feldarmee auf 40 Armeekorps gebracht werden. Der Vorschlag wurde vom obersten Kriegsrat abgelehnt. Nach den im vorliegenden Werk

[4]) loc. cit. S. 16 und 17. Im Aprilheft der „Kriegsschuldfrage" S. 283 und 284 sagt General Kabisch, daß nach der französisch-russischen Militärkonvention nur Rußland zum Angriff, Frankreich hingegen lediglich zum „Kampf" gegen Deutschland verpflichtet gewesen sei. Das ist vielleicht auf eine fehlerhafte Übersetzung von mir in meiner Schrift „Glossen zum Kautsky-Buch" zurückzuführen. In Wirklichkeit war Frankreich ebenso wie Rußland zum Angriff auf Deutschland verpflichtet (pour attaquer l'Allemagne).

beigebrachten Belegen müßte man annehmen, lediglich oder doch vorwiegend aus dem Grunde, weil man eine so weitgehende Vermischung von Feld- und Reservetruppen nicht mit Unrecht für unzweckmäßig hielt. Wie aus anderen Quellen bekannt, war der Hauptgrund jedoch der, daß im obersten Kriegsrat die Anhänger unbedingter Offensive die Oberhand gewonnen hatten, und daß diese in der Vorstellung befangen waren, Reservetruppen eigneten sich wenig für Angriffsschlachten, diese müßten vielmehr von der durch die jüngsten Reserveklassen auf Kriegsstärke ergänzten „armée de caserne" geschlagen werden. Es blieb daher auch nicht bei der bloßen Ablehnung des Vorschlages Michels, sondern es wurde der gesamte Oberbefehl neu organisiert und Ende Juli 1911 General Joffre zum Chef des Generalstabes ernannt, womit nunmehr der Oberbefehl im Kriege verbunden war.

Mit Joffre, der stark unter dem Einfluß jüngerer Mitglieder seines Stabes gestanden haben soll, begannen die Vorarbeiten für energische Offensive sofort bei Kriegsbeginn. Auf der vom Service historique versehwiegenen Konferenz der verbündeten Generalstäbe im August 1911 bekannte sich Frankreich wieder zu den 1906 aufgesagten Verpflichtungen. Von beiden Seiten wurde mit Bestimmtheit erklärt, daß „für die russischen und französischen Armeen die unbedingte Notwendigkeit bestehe, eine kraftvolle Offensive zu ergreifen, und zwar, soweit wie möglich, gleichzeitig gemäß Artikel 3 der Militärkonvention" [5]). Joffre verfügte auch schon im September, und zwar ohne vorheriges Befragen des obersten Kriegsrats, im Vertrauen auf die immer fester werdende „Entente" mit England (Agadir!) und mit Rücksicht auf die Bindung eines Teiles der italienischen Armee durch den Krieg mit der Türkei, Änderungen des Planes XVI in offensivem Sinne. Die beiden aktiven Korps an der italienischen Grenze wurden beim Aufmarsch sofort für die deutsche Front bestimmt, mit dem ungestörten Antransport des algerischen Korps wurde sicher gerechnet. Die Kräfte auf dem nördlichen Flügel wurden verstärkt, offenbar, um den westlich Maubeuge zu erwartenden Engländern leichter die Hand reichen zu können.

Die Änderungen vom September 1911 leiteten schon hinüber zum Plan XVII, der im Frühjahr 1913 fertiggestellt und auch 1914 noch gültig war. Der Plan ging von folgenden Erwägungen aus: Infolge des Sieges der Balkanstaaten über die Türkei kann Deutschland nicht mehr so sicher wie früher auf den ungeschwächten Bei-

[5]) „Materialien zur Geschichte der französisch-russischen Beziehungen 1910—1914". Moskau 1922. I. S. 700.

stand Österreich-Ungarns rechnen. Italien wird aller Wahrscheinlichkeit nach „anfangs eine abwartende Haltung einnehmen und nach den ersten Entscheidungen auf der Seite eingreifen, wo es auf die Erfüllung seiner Eroberungsabsichten rechnen kann". Deutschland verstärkt „infolge hiervon" sein Heer, das „binnen zwei Jahren" ein furchtbares Kriegsinstrument sein wird. Rußland hat große Fortschritte gemacht. Es kann „die Operationen am 15. Mobilmachungstag beginnen und die Offensive mit 24 aktiven Armeekorps zwischen dem 20. und 23. Tag zur vollen Entfaltung bringen". Wenn alles gut geht, können die Russen am 35. Tag die Linie Königsberg—Allenstein—Thorn erreicht, also fast ganz Ostpreußen besetzt haben (S. 47). England hat zwar keine schriftliche Verpflichtung eingehen wollen. „Zur See dürfen wir jedoch zuversichtlich (sans témérité) auf die wirksame Hilfe seiner Flotte rechnen." Zu Lande sieht die „Entente" mit dem britischen Generalstabe die Verwendung von 120 000 Mann auf dem äußersten linken Flügel vor; diese Unterstützung ist indes zweifelhaft.

Plan XVII beabsichtigte unter allen Umständen (en tout état de cause) den Angriff des in fünf Armeen gegliederten Heeres (S. 54). Dazu sollten am 12. Mobilmachungstage die 1. und 2. Armee aus der Linie Belfort—Epinal—Toul in den Raum zwischen Straßburg und Metz, die 5. Armee aus der Gegend nördlich Verdun in den Raum nördlich Metz vorgehen. Die 3. Armee hatte die Verbindung zwischen der Nord- und Südgruppe zu halten, die 4. Armee in zweiter Linie zu folgen.

Doch schon am 2. August, 7 Uhr 30 abends, wurde eine von Anfang an vorbereitete Variante in Kraft gesetzt (S. 87 und Anl. 32, 33), die den Aufmarsch weiter nach Norden verschob „infolge des deutschen Einmarsches in Luxemburg und wegen des immer wahrscheinlicher werdenden deutschen Einmarsches in Belgien". Die um 7 Uhr abends (Pariser Zeit) in Brüssel übergebene deutsche Sommation konnte um 7 Uhr 30 in der französischen Hauptstadt noch nicht bekannt sein, noch weniger die am nächsten Tage 7 Uhr morgens erfolgende belgische Antwort. Andererseits ist zuzugeben, daß durch den frühzeitigen Einmarsch in Luxemburg auch der in Belgien wahrscheinlich wurde. Durch die angeordnete Variante wurde die 5. Armee (bisher nördlich Verdun) nach Norden mit dem linken Flügel 40 Kilometer südlich Maubeuge (wo Anschluß an Engländer) verschoben, die 4. Armee (bisher in zweiter Linie) nach Verdun und Gegend nördlich in die erste Linie vorgezogen. Vormarschrichtung für die Nordgruppe (5., 4. und linken Flügel der 3. Armee) wurde nunmehr das südliche Belgien, die für die Südgruppe (1. und 2. Armee) blieb unverändert.

Über das Verhalten der deutschen Armeen machte sich der französische Generalstab in seinen Erwägungen zu Plan XVII folgendes Bild (S. 40): In der schon lange bestehenden Annahme eines deutschen Vormarsches durch Belgien wurde er durch unvorsichtige Äußerungen der deutschen Militärliteratur und durch das Studium von Kriegsspielen des deutschen Generalstabs bestärkt, die ein offenbar vorzüglich arbeitender Nachrichtendienst ihm übermittelt hatte. Immerhin blieb er auf Vermutungen angewiesen, „wie weit diese Umfassungsbewegung des deutschen Nordflügels ausholen würde". Infolge einer wenig zutreffenden Berechnung der Ausademöglichkeiten im Raume nördlich Trier kam er zu der Auffassung, daß dort nur elf Korps aufmarschieren könnten. (Tatsächlich marschierten zwischen Trier und Duisburg drei Armeen mit 16 Korps — 10 Armeekorps und 6 Reservekorps — auf.) Man glaubte daher, daß sehr starke deutsche Kräfte bei Metz-Diedenhofen versammelt werden würden und rechnete auch damit, daß „aus politischen und moralischen Gründen" die Hochebene von Lothringen eine starke Anziehungskraft auf die Deutschen ausüben würde.

Zusammenfassend ergibt sich aus der Entwicklung der französischen Operationspläne seit 1871:

1. Die bisher auf Grund zahlreicher Veröffentlichungen der französischen Vor- und Nachkriegsliteratur in Deutschland bestehende, beim Fehlen anderer Quellen auch vom Werk des Reichsarchivs (I. S. 85) noch vertretene Auffassung, daß vor 1911 alle französischen Operationspläne auf die Abwehr, äußerstenfalls auf Gegenoffensive eingestellt gewesen seien, läßt sich nicht mehr aufrechterhalten. Sofortige Offensive war geplant Anfang 1887, dann wieder 1892—1898, die Möglichkeit sofortiger Offensive wenigstens noch offengelassen 1898—1903, die Verpflichtung zur sofortigen Offensive wurde erst 1906 gekündigt, 1911 wieder in bündigster Form anerkannt.

2. Wie bereits aus anderen Quellen bekannt, ist der französische Generalstab durch den deutschen Einmarsch in Belgien in keiner Weise überrascht worden. Neu ist, daß er schon sechsunddreißig Jahre lang (seit 1878) mit dieser deutschen Maßnahme als durch die französischen Befestigungen veranlaßt gerechnet hat.

3. Es wird zugegeben, daß die deutsche Heeresverstärkung von 1913 eine Folge der Umgestaltung der Machtverhältnisse auf dem Balkan gewesen ist, und daß sie erst nach zwei Jahren, also 1915, die angestrebte Wirkung haben konnte. Tatsächlich würde sie erst nach Ablauf von 25 Jahren für alle Wehrpflichtsklassen sich ausgewirkt haben.

4. Rußland konnte ab 1913 zwischen dem 20. und 23. Mobilmachungstag die Offensive mit 24 aktiven Armeekorps beginnen. Wenn es also durch geschickte diplomatische Verhandlungen gelang, einige Tage Vorsprung für die russische Mobilmachung zu gewinnen, so waren 24 Korps ebenso früh operationsbereit wie das deutsche Heer und früher als das österreichisch-ungarische.

5. Die wirksame Hilfe der britischen Flotte wird als sicher angesehen, gleichviel aus welchem Grunde der Krieg entsteht, gleichviel ob ein deutscher Einmarsch in Belgien erfolgt oder nicht. Ist es denkbar, daß das britische Weltreich in den Riesenkampf einer Kraftabmessung zwischen den vier größten Militärmächten des Kontinents nur mit einem Arm eingegriffen hätte? Und wenn England auch den anderen Arm lieh, wohin sollte dann bei der geplanten und Rußland bestimmt zugesagten französischen Offensive das britische Expeditionskorps aus seinem schon 1906 gegenüber der belgischen Grenze ausgesuchten Versammlungsraum [6]) vormarschieren, falls Deutschland nicht durch Belgien geht?

II. Heeresstärken.

Nichts ist mehr geeignet, die Behauptung der Kriegspropaganda von der erdrückenden Überlegenheit (supériorité écrasante) des deutschen Heeres zu widerlegen als die im vorstehenden Abschnitt nachgewiesenen, auf viele Jahre zurückreichenden, nach einiger Unterbrechung mit größter Entschiedenheit 1911 wieder aufgenommenen Offensivpläne des französischen Generalstabes. Wer sich in einer so uneinnehmbaren Festung befindet, wie die Front Belfort—Epinal—Toul—Verdun sie darstellte, der stürmt nicht aus dieser Festung heraus, wenn er befürchten muß, im freien Felde auf „erdrückende Überlegenheit" zu stoßen.

Die eigenen Stärkeangaben des Service historique beweisen, daß der französische Generalstab keineswegs erwartete, auf deutsche Übermacht zu treffen. Er berechnete (S. 40) das deutsche Westheer auf 20 aktive Korps, 10 Reservekorps und 8 Reservedivisionen, zusammen 68 Divisionen, was hinsichtlich der Summe genau stimmt [7]). Dazu kamen noch 2 Festungsdivisionen (Metz und Straßburg). Überraschend für Frankreich waren nur die ab 20. August auf dem westlichen Kriegsschauplatz eingesetzten

[6]) Viscount Haldane „Before the War", S. 31 und 168.

[7]) Nur die Zusammensetzung der 68 Divisionen war etwas anders, nämlich 22 aktive und 12 Reservekorps ohne selbständige Reservedivisionen.

6½ Ersatzdivisionen. Selbst einschließlich dieser ergibt sich immerhin erst eine deutsche Gesamtstärke von

76½ Divisionen [8]).

Das französische Kriegsheer zählte nach dem hier besprochenen Werke

48 aktive und 26 Reservedivisionen, zusammen 74 [9]).

Wenn man eine auf mehrere Armeekorps verteilte Division des (weißen) Kolonialkorps und die an 18 Armeekorps zugeteilten Reservebrigaden (von je 4 Bataillonen) in Divisionen umrechnet, so erhöht sich die Stärke auf

49 aktive und 32 der Reserve, zusammen 81 [10]).

Frankreichs Kriegsheer war also, wie General Buat mit berechtigtem Selbstbewußtsein ausführt, zu Beginn der Feindseligkeiten auch ohne Einrechnung der 11 englischen und belgischen Divisionen für sich allein an Zahl der großen operativen Einheiten (Divisionen) „seinem gefürchteten Gegner zum mindesten gewachsen, wenn nicht überlegen". Im deutschen Osten gegen Rußland standen nur 6 aktive und 3 Reservedivisionen, so daß man damit die These der „erdrückenden Überlegenheit" wahrlich nicht begründen kann.

Auch die Verwendung der deutschen Reservetruppen war dem französischen Generalstabe nicht so unbekannt geblieben, wie man früher auf Grund der fremden Militärliteratur annehmen mußte. Im Mai 1914 hatte er sich den deutschen Mobilmachungsplan zu ver-

---

[8]) Unter Abrundung auf 77 richtig angegeben von General Buat in seiner Schrift „L'Armée allemande pendant la Guerre de 1914—1918", S. 8.

[9]) Erster Aufmarsch an der Ostgrenze . 46 akt., 14 Res. (S. 52—54)
Außerdem sofort mobil . . . . . 2 „ 12 „
wie oben . . . 48 akt., 26 Res.

Die beiden aktiven Divisionen sind:
Alpenjäger (S. 164—172, 191, 213, 296)
marokkanische Division (S. 142).

Die 12 Reservedivisionen sind:
3 zur Verfügung des Kriegsministers (S. 54),
4 Festungsdivisionen (Belfort, Epinal, Toul und Verdun),
4 an der italienischen Grenze, alsbald zur „Armée de Lorraine" herangezogen (S. 363/64),
1 Reservedivision Alpenjäger (S. 296 und annexe 818)
12

[10]) Buat gibt loc. cit. die Zahl der französischen Divisionen auf 79 an. Der bedeutungslose Unterschied erklärt sich dadurch, daß vermutlich die verteilte Kolonialdivision und eine Anzahl Alpenjägerbataillone nicht als Division gerechnet sind.

schaffen gewußt (S. 39)[11]) und darin den Satz gefunden: „Die Reservetruppen werden wie die aktiven verwendet.“ In merkwürdiger Selbsttäuschung las man in Paris einen Unterschied zwischen Reservekorps und Reservedivisionen heraus und nahm entgegen dem klaren Wortlaut an, daß nur die Korps und nicht die selbständigen Divisionen der Reserve gleich den aktiven Truppen Verwendung finden würden. Da man irrigerweise beim deutschen Westheer 8 selbständige Reservedivisionen vermutete, dürfte man statt mit 68 nur mit 60 deutschen Divisionen in vorderster Linie gerechnet haben.

Wegen dieser, trotz des entwendeten Mobilmachungsplanes fehlerhaften Einschätzung eines Teiles, nicht der Gesamtheit, der deutschen Reservetruppen und wegen der im vorigen Abschnitt erwähnten unrichtigen Beurteilung der Auslademöglichkeiten nördlich Trier kam der französische Generalstab zu der bekannten Auffassung, daß der deutsche Vormarsch sich gegen Norden nicht über die Maas werde ausdehnen können. In diesen Rechenfehlern beim Entwurf des Operationsplanes lag die Überraschung, die Joffre und seinem Stabe durch die gewaltige, bei einer Führung der deutschen Operationen im Geiste Schliefens kriegsentscheidende Umfassung des französisch-englischen Nordflügels bereitet wurde. In diesen Rechenfehlern und nicht in der „erdrückenden zahlenmäßigen Überlegenheit“ und nicht in dem seit 1878 erwarteten Betreten belgischen Gebiets.

Der Service historique widerlegt, wie wir gesehen haben, in dankenswerter Weise die Kriegspropaganda der übergroßen Stärke des mobilen deutschen Heeres. Was sagt er nun über das deutsche Friedensheer? Auch hier leistet er gute Dienste zur Widerlegung der These der französischen Chauvinisten. Nach seinen Angaben (S. 31 und 38) betrugen die taktischen Einheiten im Frieden:

	Deutschland	Frankreich
Bataillone	669	686
Eskadronen	547	365
Feldbatterien	663[12])	885[13])

[11]) A. Heider „Die Kampagne im Sundgau 1914“ (S. 12) meint, es habe sich um den „deutschen Aufmarschentwurf“ gehandelt. Das war selbstverständlich ausgeschlossen. Der entwendete Mobilmachungsplan war eine freilich geheime Druckschrift, die jedoch keinerlei Angaben über den Aufmarsch enthielt und die in vielen hundert Exemplaren auch an nachgeordnete Dienststellen verteilt wurde.

[12]) Richtig 642, nämlich 609 fahrende zu je 6 und 33 reitende zu je 4 Geschützen, zusammen 3786 Feldgeschütze.

[13]) Zu je vier Geschützen, zusammen 3540 Feldgeschütze. Die französische Artillerie war jedoch etwas reichlicher mit Munition ausgestattet

In der Hauptwaffe, der Infanterie, hat Deutschland 17 Bataillone weniger als Frankreich. An Reiterei besitzt es eine Überlegenheit von 50 Prozent, was angesichts der russischen Kavalleriemassen immer noch wenig ist. Die Zahl der Feldgeschütze ist um ein Geringes höher, was durch die bessere französische Organisation mehr als ausgeglichen wird. Auch die bisher von mir gehegte Auffassung von nennenswerter zahlenmäßiger Überlegenheit der deutschen schweren Artillerie des Feldheeres erweist sich als irrig. Dem französischen Heere wurden bei der Mobilmachung 67 schwere Batterien zugeteilt (S. 52/53); die 22 aktiven Korps des deutschen Westheeres konnten mit etwa 80 ausgestattet werden [14]). Nur die schwere Artillerie für den Festungsangriff war in Deutschland zahlreicher und beweglicher als in Frankreich.

Trotz aller dieser Eingeständnisse versucht das französische Geschichtswerk dennoch bei oberflächlichen Lesern die Vorstellung einer Überlegenheit des deutschen Friedensheeres zu erwecken, indem es folgende Zahlen nennt:

für Frankreich	736 000 (S. 30)
für Deutschland	870 000 (S. 38).

Selbst wenn diese Zahlen richtig wären, würden sie das Gegenteil des Gewollten beweisen und zeigen, daß das Deutsche Reich im Verhältnis zur Bevölkerung sehr viel schwächer gerüstet war als sein westlicher Nachbar. Der Zahl von 736 000 in Frankreich mit einer Volksziffer von knapp 40 Millionen würde in Deutschland bei 65 Millionen Einwohnern eine Friedensstärke von 1 196 000 entsprochen haben. Deutschland hatte somit selbst nach den obigen — wie sich zeigen wird — unrichtigen Angaben im Verhältnis 326 000 Mann weniger unter den Waffen als Frankreich.

Das Zurückbleiben der Rüstungen der Mittelmächte wird noch mehr veranschaulicht durch nachstehende Angaben:

Österreich-Ungarn	450 000 (S. 41)
Rußland	1 350 000 (S. 47) [15]).

---

als die deutsche (S. 23). Trotz geringerer Geschützzahl stellte sie daher vermöge der besseren Organisation zum mindesten die gleiche, wenn nicht sogar eine höhere Gefechtskraft dar.

[14]) 3—4 Batterien bei jedem aktiven Korps. Die Reservekorps hatten keine schweren Batterien. Für einen Vergleich der beiderseitigen Friedensorganisationen der schweren Artillerie sind die Angaben des Service historique nicht ausreichend.

[15]) Die Zahl für Österreich ist niedrig gehalten, anscheinend ohne Offiziere; deutsche Berechnung ist 478 000. In Rußland hingegen sind augenscheinlich 40 000 Offiziere und 70 000 Kosaken nicht mitgerechnet.

Hieraus folgt, immer nach den französischen Angaben:

Mittelmächte zusammen 1 320 000
Frankreich-Rußland . . . . . 2 086 000.

Nun sind obendrein die französischen Angaben noch arg irreführend. Die Zahl 736 000 für Frankreich umfaßt nur die „hommes", das sind nach französischem militärischen Sprachgebrauch Unteroffiziere und Soldaten ohne Offiziere; die Zahl bezieht sich ferner nur auf die im Mutterlande (sur le territoire de la métropole) stehenden Truppen. Die wahre Gesamtstärke des französischen Heeres teilt Buat (S. 9) mit:

30 900 Offiziere
813 000 weiße Unteroffiziere und Soldaten
67 000 Eingeborene

zusammen: 910 900.

Durch ihre Kunstgriffe verheimlicht also die französische Kriegschronik dem flüchtigen Leser nicht weniger als 174 000 Mann, außer sämtlichen Offizieren und den Eingeborenen noch 77 000 Weiße. Von diesen standen 41 000 in Marokko [16]). Die restlichen 36 000 entfallen auf die nicht in Marokko verwendeten Teile des XIX. Armeekorps (Algier) und der Fremdenlegionäre sowie auf kleinere weiße Besatzungen in anderen Kolonien [17]).

Während so einerseits für Frankreich eine zu geringe Stärke vorgetäuscht wird, ist die Zahl von 870 000 für Deutschland zu hoch. Sie ist der Schrift Buats (S. 6/7) entnommen und dort erläutert wie folgt:

36 000 Offiziere
6 000 höhere Beamte
114 000 Unteroffiziere und Unterbeamte
660 000 Soldaten
18 000 Einjährig-Freiwillige
37 000 überzählige Rekruten

zusammen: 871 000.

Genaue deutsche Berechnung ergibt dem gegenüber 761 000 [18]). Abgesehen von kleineren Differenzen sind die Unterschiede:

---

[16]) Die Stärke des Okkupationskorps in Marokko betrug nach dem vorliegenden Werke 82 000, davon die Hälfte Weiße (S. 139).

[17]) Meine bisherigen Angaben der französischen Friedensstärke von 794 000 Mann (ohne Eingeborene) beruhten auf Unkenntnis der hohen Zahl weißer Truppen in Marokko.

[18]) Im einzelnen nachgewiesen und auch an den statistischen Ergebnissen des Ersatzgeschäftes für das deutsche Heer nachgeprüft in Heft 1 des 1. Unterausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses S. 107 f.

a) Die 6000 höheren Beamten sind die der Intendantur und der Justiz. Sie wurden im deutschen Haushalt nicht beim Heeresetat vorgetragen. Da indessen die Obliegenheiten dieser Beamten in Frankreich vielfach durch Offiziere erledigt wurden, ist das Verfahren Buats, sie der Kopfstärke zuzurechnen, als gerechtfertigt anzuerkennen.

b) Überzählige Rekruten wurden seit Einführung der zweijährigen Dienstzeit (1893) eingestellt, um die während des Dienstjahres eintretenden Abgänge (durch Tod, Dienstunbrauchbarkeit, dringende häusliche Verhältnisse usw.) zu decken. Diese Überzähligen waren in der Regel schon bald nach Mitte des Dienstjahres aufgebraucht. Anfang August dürften kaum noch solche vorhanden gewesen sein. Da in Frankreich ein solches Verfahren nicht bestand und bei der dort üblichen Einstellung aller irgend Diensttauglichen auch gar nicht bestehen konnte, ist die Einrechnung der überzähligen Rekruten durch Buat erklärlich, jedoch nicht gerechtfertigt [19]).

c) Die Ziffer von 660 000 bei den Soldaten ist die Zahl, die erst im Oktober 1914 bei Einstellung der zweiten erhöhten Rekrutenquote auf Grund des Wehrgesetzes 1913 erreicht werden sollte. Dieses Gesetz bestimmte, daß die Friedenspräsenzstärke an Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten (ausschließlich der Einjährig-Freiwilligen) allmählich derart erhöht werden sollte, daß sie im Laufe des Rechnungsjahres 1915 die Zahl von 661 176 erreicht und in dieser Höhe bis zum 31. März 1916 bestehen bleibt. Es ist unverkennbar, daß die von Buat für 1914 angegebene Zahl 660 000 die abgerundete, erst nach dem Oktober vorgesehene Ziffer 661 176 darstellt [20]).

Nach den Ausführungen unter a, b und c kann daher der französischen Rechenmethode nur zugestanden werden, daß die deutsche

---

[19]) Das französische Generalstabswerk gibt diese Überzähligen auch nur für Anfang 1914 an (au début de 1914), als tatsächlich noch ein großer Teil von ihnen vorhanden war. Buat hingegen nimmt sie noch bei Kriegsausbruch (à l'heure de la déclaration de la guerre) als vorhanden an, was völlig ausgeschlossen ist. Übrigens ist die Zahl 37 000 an und für sich zu hoch. Die Quote war neun Prozent, bei einer Gesamteinstellung ohne Einjährige von 338 000 im Herbst 1913 daher rund 28 000.

[20]) Woher sollen die 715 000 Soldaten, Einjährigen und Überzähligen kommen? Gesamteinstellung 1912 und 1913 war 641 000 (einschließlich Einjährige). Im dritten Dienstjahre standen bei den berittenen Waffen rund 21 000. Zusammen 662 000. Davon sind schon entlassen 18 000 Einjährige des Jahres 1912, ferner mindestens 45 000 andere der Jahrgänge 1912 und 1913 (Abgänge wegen Tod, Dienstunbrauchbarkeit, häusliche Verhältnisse usw.), was bei mehr als 4500 Kompagnien, Eskadronen usw. durchschnittlich etwa fünf Mann auf die taktische Einheit im Jahr ergeben würde, eine sicher nicht zu hoch greifende Annahme.

Berechnung von 761 000 um die höheren Beamten auf 767 000 zu erhöhen ist.

Es würde ermüdend sein, eine Reihe weiterer unrichtiger Stärkeangaben des Service historique zu besprechen. Zusammenfassend ergibt sich ohne jede Korrektur der französischen Zahlen:

1. Das deutsche Kriegsheer (West- und Ostheer) hätte — bei gleichem Verhältnis zur Bevölkerungszahl wie das französische — aus 130 Divisionen (aktive, Reserve- und mobile Ersatzdivisionen) bestehen müssen anstatt aus nur 87½.

2. Das deutsche Friedensheer hätte — bei gleichem Verhältnis zur Bevölkerungszahl wie das französische — 1 196 000 Köpfe zählen müssen.

3. Das mit Frankreich verbündete Rußland hatte ein dreimal so starkes Friedensheer wie das mit Deutschland verbündete Österreich-Ungarn.

Nach Korrektur der französischen Zahlen darf angefügt werden:

4. Das deutsche Friedensheer hätte — bei gleichem Verhältnis zur Bevölkerungszahl wie das französische, auch wenn dessen farbige Truppen zum Vergleich nicht herangezogen werden — nicht nur 1 196 000, sondern 1 357 000 Köpfe zählen, also fast ebenso stark sein müssen wie das russische. Tatsächlich zählte es nur 83 000 Köpfe mehr als die Hälfte dieser Ziffer.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

Die Memoiren Sasonoffs[1]).

Von Professor Gustav Roloff.

Russische und deutsche Weltpolitik.

Nach den bisher zugänglichen Quellen, den russischen wie den nichtrussischen, muß man sich etwa folgendes Bild von Sasonoffs Persönlichkeit und Politik entwerfen. Er war ein Mann ohne politische Schöpferkraft und ohne eigene politische Ideen, folgte daher im allgemeinen den Impulsen, die die russische öffentliche Meinung belebten, ohne sie beherrschen und seiner politischen Taktik dienstbar machen zu können. Im Verkehr mit den Diplomaten war er bald liebenswürdig, bald reizbar und nervös, nicht selten

[1]) S. D. Sasonoff, Kaiserlich Russischer Außenminister a. D., Sechs schwere Jahre. 1927. Berlin, Verlag für Kulturpolitik. 383 S. 8°.

unaufrichtig, obgleich er mit Vorliebe seine Offenheit betonte. Seine Politik wurde bestimmt durch das Streben nach der Herrschaft über Konstantinopel und die Meerengen sowie nach einer vorwaltenden Stellung auf der Balkanhalbinsel und im Nahen Orient überhaupt; wie der panslawistisch gesinnten öffentlichen Meinung schwebte auch ihm eine Protektor- und Führerrolle Rußlands über alle Slawen vor, so daß seine Politik notwendig grundsätzlich einen den Mittelmächten, insbesondere Österreich-Ungarn, feindlichen Charakter tragen mußte. Er hatte auch keinen Zweifel, daß in absehbarer Zeit ein Zusammenstoß zwischen ihnen und Rußland erfolgen mußte, und sein Land diplomatisch wie militärisch auf diesen Kampf, der alle jene Probleme entscheiden sollte, vorzubereiten, war sein Lebenszweck. In den wichtigsten europäischen Krisen während seiner Ministerschaft (1910—1916) läßt sich diese Politik erkennen. Während der Balkanwirren 1912/13 nahm er Serbiens Partei gegen Österreich, weil Serbien ein brauchbares Werkzeug der russischen Politik bildete; nicht ihm, sondern der Mäßigung der Mittelmächte, vornehmlich Deutschlands, und der Abneigung Englands gegen einen Krieg bei der damaligen Konstellation war die Erhaltung des Friedens zu danken. In der Julikrisis von 1914 endlich ist seine Parteinahme noch viel schärfer und kriegerischer. Obgleich die Rüstungen Rußlands, namentlich die strategischen Eisenbahnen im Westen noch nicht völlig beendet waren, war er doch entschlossen, es auf einen Krieg mit den Mittelmächten ankommen zu lassen, wenn Österreich auf ernsthafter Bestrafung Serbiens bestand, und er gab sich alle Mühe, seine Bundesgenossen für denselben Standpunkt zu gewinnen. Die öffentliche Meinung Rußlands und sein Prestige im Orient verlangten es so: er war überzeugt, daß eine Revolution in Rußland ausbrechen und Serbien sich vom Zarenreiche abwenden werde, wenn die Petersburger Regierung jetzt die großserbische Bewegung, die man so lange gefördert hatte, im Stich ließe. Daher hat er den Krieg vom ersten Tage der Krisis an als wahrscheinlich betrachtet.

Der Memoirenschreiber Sasonoff würde das freilich für kein Porträt, sondern für eine Karikatur erklären. Seine Politik, versichert er mehr als einmal, sei wie die Stimmung des russischen Volkes durchaus friedlich gewesen. Rußland habe nichts weiter gewollt als die Bewahrung des europäischen Gleichgewichts und den Schutz seiner natürlichen Rechte, d. h. die Erhaltung eines gewissen Einflusses auf der Balkanhalbinsel, worauf ihm die großen Opfer, die es zur Befreiung der Balkanslawen vom Türkenjoch gebracht habe, einen historischen Anspruch verliehen. Ebenso habe es in bezug auf die Meerengen nur gerechte Ziele gehegt:

Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes, wenn er auch in mancher Hinsicht unvorteilhaft für Rußland war, „oder Zulassung einer Veränderung hieran nur unter der strikten Bedingung einer völligen Garantie unserer unbestreitbaren Rechte und Lebensinteressen". Militärische und kommerzielle Notwendigkeiten hätten verboten, Konstantinopel und die Meerengen jemals in fremde Hände fallen zu lassen. Aber eine gewaltsame Eroberung lag der russischen Politik fern: schon die Unfertigkeit der russischen Rüstungen schloß ein solches Beginnen aus. Zur Begründung verweist er auf die bekannte Minister-Konferenz vom Februar 1914. Sie sollte bei dem „herannahenden Zerfall der Türkei" die Maßnahmen erörtern, die Rußland „jeden Augenblick" aufgezwungen werden könnten. Da die Umstände Rußland zu „einer aggressiven Bewegung in der Richtung auf Konstantinopel" zwingen konnten, sollte die Konferenz vornehmlich die Transportmittel Rußlands zu Wasser und zu Lande besprechen. Da ergab sich das Resultat, daß hier noch viel fehlte und jahrelange Arbeit nötig war, um „über die Mittel zur schnellen und entschiedenen Durchführung von Maßnahmen" verfügen zu können. „Ich erinnere mich noch, unter welchem hoffnungslosen Eindruck unserer völligen militärischen Unvorbereitetheit ich diese Beratung verließ. Ich nahm aus ihr die Überzeugung mit mir, daß wir, wenn wir auch fähig sein sollten, die Ereignisse vorauszusehen, doch nicht imstande sein würden, sie abzuwenden. Zwischen der Bestimmung des Ziels und seiner Erreichung lag bei uns ein ganzer Abgrund. Das war das größte Unglück Rußlands."

Die Frage, ob es in Rußlands Macht lag, die verderblichen Ereignisse abzuwenden, lassen wir hier beiseite, aber seine positiven Angaben sind falsch. Denn die Konferenz war nicht von defensivem, sondern von offensivem Geiste beseelt. „Unsere historische Aufgabe", heißt es in einer der Konferenz zugrunde gelegten und dem Zaren nachher mitgeteilten Denkschrift, „bezüglich der Meerengen besteht in der Ausdehnung unserer Herrschaft auf dieselben." Also nicht Erhaltung des geltenden Zustandes, sondern Eroberung Konstantinopels. Die Meerengenfrage, heißt es weiter, werde wahrscheinlich während eines europäischen Krieges gelöst werden. „Die Möglichkeit aber, zur Ausführung der Operationen zur Besetzung der Meerengen zu schreiten und der Erfolg dieser Operationen ist natürlich eng mit der internationalen Konjunktur verbunden. Einen günstigen politischen Boden dafür vorzubereiten, bildet gegenwärtig die Aufgabe der zielbewußten Arbeit des Ministeriums des Äußern in dieser Frage." (Deutschland schuldig? S. 172.) Deutlich ist da ausgesprochen, daß man

sich nicht nur von den Ereignissen treiben lassen will, wie Sasonoff behauptet, sondern sie zu beeinflussen sucht, um die russische Lösung herbeizuführen. Da diese Lösung ohne europäischen Krieg nicht möglich war, so hieß das zugleich Vorbereitung eines Weltbrandes, und zwar wird ein solches Ereignis in derselben Denkschrift in naher Zukunft erwartet. Damit stimmt überein, daß Sasonoff bereits im Jahre 1913 mit Delcassé Kriegsziele erörtert hat, nach denen Frankreich Elsaß-Lothringen, Rußland die Meerengen und anderes Gebiet in Anspruch nahm. (Iswolski an Sasonoff 13. Oktober 1914.)

Und eine tiefe Depression über Rußlands militärische Unfertigkeit kann der Minister ebenfalls nicht empfunden haben. Denn die Beschlüsse der Konferenz gaben unter anderen Vorbereitungen dem Marineminister auf, in der nächsten Zeit ein Mittel zu finden, „die für die Überführung der ersten Staffel der Landungsarmee im Umfange eines Armeekorps erforderliche Zeitdauer auf 4—5 Tage, gerechnet vom Tage der Erteilung eines diesbezüglichen Befehls, herabzumindern". Weit größere Vorbereitungen für einen Angriff auf Konstantinopel zu Wasser und zu Lande sollten in den nächsten 3—4 Jahren beendet werden. Und einem europäischen Kriege fühlten sich die verantwortlichen militärischen Ratgeber unbedingt gewachsen: in einer Konferenz vom 13. Januar erklärte der Kriegsminister „die volle Bereitschaft Rußlands zum Zweikampf mit Deutschland, von einem Zweikampf mit Österreich schon gar nicht zu reden". (Pokrowsky, „Drei Konferenzen", S. 42.) Gemeinsam mit Frankreich, auf das man immer rechnen konnte, mußte man sich danach doch wohl den Mittelmächten überlegen fühlen, zumal Sasonoff selbst immer verächtlich von Österreichs Macht spricht. Und daß vollends Englands Mitwirkung Deutschland verhängnisvoll werden müsse, hat Sasonoff selbst seinen Ministerkollegen auseinandergesetzt: binnen sechs Wochen werde Deutschland dadurch „einer völligen sozialen inneren Katastrophe" entgegengeführt werden. (Pokrowsky S. 41.) Nimmt man dazu die unausgesetzten Bemühungen der russischen Regierung, die Türkei zu Lande und zu Wasser schwach zu erhalten, so ist kein Zweifel, daß sie beabsichtigt hat, in einigen Jahren die Frage der Meerengen aufzuwerfen und ohne Scheu vor einem europäischen Kriege zu lösen, aber auch der Möglichkeit einer früheren Lösung auf demselben Wege nicht auszuweichen.

Wenn so nach Sasonoff die russische Politik nichts Unrechtes erstrebte, muß die Schuld am Weltkriege auf seiten der Gegner liegen. Deutschland wollte durch seine „Weltpolitik" die Weltherrschaft erlangen und jede nationale Freiheit unterdrücken;

im Orient insbesondere wollte es durch Beherrschung Konstantinopels sich Kleinasien und Mesopotamien sichern, ein phantastisches „Kalifat“ vom Rhein bis Bagdad gründen und Rußland hier beiseite drängen; Österreich wollte Serbien erobern und Rußland vom Balkan ausschließen. Alle Gegensätze zwischen Rußland und den Mittelmächten sind also auf deren Übergriffe zurückzuführen. Schließlich vereinigten sich beide „germanischen“ Mächte zum Kampfe gegen das Slawentum und brachten mit Vorsatz die Katastrophe von 1914 hervor, weil ihnen der Moment zum Losbruch günstig erschien. Irgendwelche moralische Bedenken kannten ihre Regierungen nicht, hat doch Deutschland die Theorie erfunden, daß man seinen Feinden mit allen Mitteln schaden dürfe, wobei es insbesondere die Unterstützung der Ukraine im Auge hat. Immer wieder werden solche und ähnliche Behauptungen bei den verschiedensten Gelegenheiten ausgesprochen, um durch die Wiederholung sie dem Leser einzuprägen. Es ist selbstverständlich, daß auch manche mittlerweile rostig gewordene Waffen aus dem Arsenal der Kriegspropaganda nicht fehlen: die geistige Minderwertigkeit Deutschlands im letzten halben Jahrhundert, die Abhängigkeit der deutschen Politik von alldeutschen Professoren und Militärs, die Wiedersinnigkeit des österreichisch-ungarischen Staatswesens, in dem alle nichtdeutschen Nationalitäten unterdrückt worden seien u. dergl. Die Widerlegung wäre nicht schwer: man könnte fragen, warum Deutschland und Österreich, wenn sie solche Pläne hegten, die besseren Gelegenheiten der Jahre 1904—1906 oder 1908 vorübergehen ließen; man könnte daran erinnern, daß Deutschland der beste Schutz für die europäischen Kleinstaaten war, die ohne das Deutsche Reich zwischen dem russischen, englischen und französischen Imperialismus unterdrückt worden wären, daß das deutsche Geistesleben den Vergleich mit keinem andern zu scheuen hatte und daß gerade in Rußland seine Überlegenheit empfunden wurde, daß Österreich-Ungarn mit seinen Nichtdeutschen viel humaner verfuhr als Rußland mit seinen „Fremdstämmigen“, die es durch die von Sasonoff hochgepriesenen „Reformen“ Stolypins aus der Duma ausschloß. Die Bemerkung gegen die Unterstützung der Ukraine entlarvt er selbst als Pharisäismus, denn mit Genugtuung erzählt er, wie sehr er die antihabsburgische tschechische Bewegung vor und im Kriege zu fördern bemüht gewesen sei.

Mit Recht betont er dagegen den unversöhnlichen Gegensatz zwischen Deutschland und Rußland in der Meerengenfrage, nur hütet er sich, ihn in die richtige Beleuchtung zu setzen. Deutschland erstrebte die Erhaltung und Stärkung der Türkei, Rußland ihre Schwächung und Vernichtung; Deutschland wollte durch den

Schutz Konstantinopels allen europäischen Nationen den Zutritt zu Kleinasien und Mesopotamien sichern, Rußland diese Länder nach Beschlagnahme der Meerengen nach dem Beispiel seiner sonstigen Expansionspolitik für sich reservieren; Deutschland arbeitete für die Entwicklung des Orients und die gleichberechtigte wirtschaftliche Tätigkeit aller Völker, Rußland wollte dem Orient Knechtung unter russischer Herrschaft bringen und die europäische wirtschaftliche Betätigung einschränken.

Historische Rückblicke.

Da England und Frankreich dieselbe friedliche und gerechte Politik befolgten wie Rußland, so war nach Sasonoff die Gruppierung von 1914 die allein natürliche. Um diese These zu beweisen, unternimmt er einige Ausflüge ins historische Gebiet, die charakteristisch für sein geistiges Niveau sind. „Auf dem Boden einer Nebenbuhlerschaft im Nahen Osten erwuchs die jahrhundertlange Feindschaft zwischen Wien und Petersburg", die früher oder später zum blutigen Zusammenstoß führen mußte. Daß dieser Gegensatz verhältnismäßig jungen Datums ist, daß beide Kaisermächte im 18. Jahrhundert sogar Bundesgenossen gegen die Pforte waren und bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts von einer solchen Todfeindschaft nichts zu spüren ist, scheint dem ehemaligen Minister des Auswärtigen ebenso unbekannt zu sein wie die Tatsache, daß die Serben ihre Befreiung vom Türkenjoche nicht weniger den Siegen des Prinzen Eugen als den russischen Waffen verdanken. Wenn also Sasonoff auf das historische Recht Rußlands auf der Balkanhalbinsel hohen Wert legt, so konnte Österreich mit demselben Anspruch aufwarten.

Ganz anders ist dagegen die Geschichte der englisch-russischen Beziehungen seit 200 Jahren: da hat es ernsthafte Ursachen zur Feindschaft nie gegeben, obgleich man oft im Gegensatz zueinander lebte. „Wenn ich auf diese Zeit der Konkurrenz und der Feindschaft zurückblicke, die so viele bittere Früchte getragen hat, kann ich mich der Überzeugung nicht erwehren, die sich in mir in verhältnismäßig jungen Jahren meines Lebens während meines sechsjährigen Aufenthaltes in England gebildet hat, daß nämlich die Feindschaft Englands gegen Rußland und umgekehrt nichts anderes vorstellt als das Ergebnis eines langdauernden Mißverständnisses, wie solche nicht nur zwischen einzelnen Personen im Privatleben, sondern auch zwischen Völkern vorkommen." Eine der Hauptursachen der gegenseitigen „Mißverständnisse" lag in dem grundsätzlichen Unterschied der inneren Verfassung der beiden Völker: infolgedessen führte auch der erste ernstliche Versuch einer An-

näherung unter Eduard VII. binnen kurzem zum Abschluß der Entente. Eine flachere Auffassung des großen Gegensatzes in Europa und Asien ist wohl nicht möglich, und sie verrät keinen großen Respekt vor der politischen Intelligenz der beiden Völker, die ihre wahren Interessen aus nichtigen Gründen so lange völlig verkennen. Sollte sich Sasonoff nie klar gemacht haben, daß erst der Verzicht Englands auf den Schutz der Pforte und Rußlands Niederlage im japanischen Kriege die Annäherung ermöglicht haben?

Manches Treffende enthält dagegen seine Darstellung der Beziehungen zwischen Polen und Russen. Die Angliederung Kongreßpolens erklärt er für einen großen Fehler, weil sie Rußland mit einer fremden feindlichen Nationalität belastet habe. Alexander I. hätte lieber ganz Polen den Österreichern und Preußen überlassen und damit diesen unversöhnliche Feinde in ihren Staatsgrenzen erwecken sollen. Das historische Fundament ist freilich auch hier schwach. Die Teilungspolitik Rußlands hält er im Gegensatze zu den Beschlüssen von 1815 für gerechtfertigt, weil Rußland darin nur „urrussische", ihm früher entrissene Länder wiedererhalten habe: Litauen und Kurland sind hiernach also urrussische Länder, und den Urkainern gesteht er keine nationale Verschiedenheit von den Großrussen zu. Warum denn aber, darf man fragen, wollte Rußland die Errichtung einer ukrainischen Universität in Lemberg nicht dulden? Warum wollte es in einem solchen Beginnen einen Kriegsgrund sehen? (Kokowzow in der Duma 1913.) Das konnte doch nur Sinn haben, wenn man den Ukrainern die Fähigkeit zu einer eigenen Kultur zutraute und davon Gefahren für das Moskowitertum witterte. Übrigens liefert diese Drohung eine neue Illustration zu der friedlichen und niemand bedrohenden Politik Rußlands unter Sasonoffs Führung.

Die bosnische Krise und die Balkankriege.

Als Einleitung zur Geschichte seiner eigenen Ministerschaft gibt Sasonoff einen Überblick über die Annexion Bosniens im Jahre 1908. Stets fällt aller Schatten auf den Widersacher: der vertrauensselige Iswolski ist von dem eitlen und gewissenlosen Aehrenthal hinters Licht geführt worden, wider Recht und Billigkeit hat Österreich die türkischen Provinzen an sich gebracht, und Deutschland hat, als Rußland im Interesse der Gerechtigkeit und serbischen Freiheit gegen die Gewalttat protestierte, die russische Einrede unter brutaler Drohung beiseite geschoben, weil Rußland noch nicht kampfbereit war. Es ist nicht notwendig, auf diese oft widerlegten Dinge hier einzugehen, es sei nur hervorgehoben, daß Sasonoff die Grundlage für die Krisis von 1908 völlig verschiebt: aus bloßer

Eroberungslust lassen sich Österreich und Deutschland bestimmen, kein Wort hört man von der großserbischen Agitation gegen Österreich. Auch später, um es gleich hier zu bemerken, ist davon nie die Rede, immer erscheinen die Serben als die von dem großen ausdehnungslustigen Nachbar unschuldig Bedrohten und Angegriffenen. So ist er von vornherein außerstande, die Entstehung des Weltkrieges richtig zu würdigen.

Über die Marokkokrise des Jahres 1911 geht er kurz hinweg, da er damals erkrankt war und die Geschäfte nicht selbst führte, eingehend beschäftigt er sich aber mit den Balkanwirren. Allerdings kann man sich aus seiner sprunghaften Darstellung, die keinen Wert auf eine kausale und chronologische Entwicklung legt und die Erzählung oft durch allerlei Betrachtungen unterbricht, kein klares Bild von den Ereignissen machen. Seine Grundanschauung ist, daß das „kriegslustige Germanentum" Attentatspläne gegen die nationale Existenz der Balkanstaaten im Schilde führt, und daß Rußland im Interesse der Völkerfreiheit in Fortsetzung seiner Befreierrolle dagegen auftreten muß. Für sich erstrebt es, wie erwähnt, nur den Schutz eines freien Eingangs zum Mittelmeer und Sicherheit seiner Küste gegen die Gefahr eines feindlichen Durchbruchs durch die Dardanellen. Es habe dasselbe angestrebt, was in viel größerem Maßstabe England durch Besetzung zahlreicher strategischer Punkte und Deutschland in der Nord- und Ostsee getan hätten. Der Memoirenschreiber dürfte wohl die Antwort schuldig bleiben, wenn er sagen sollte, wo Deutschland außerhalb seines nationalen Gebietes in der Nord- und Ostsee derartige Positionen besetzt habe: es müßte schon nach Kopenhagen und Malmö greifen, wenn es in der Ostsee ein analoges Ziel wie Rußland in den Meerengen suchen wollte.

Und die Freiheit der Balkanvölker: da war Rußland ein schlechter Schirmherr. Rumänien hat bekanntlich seine Selbständigkeit im Gegensatz zu Rußland durch Europa erlangt, und die ersten Regungen der bulgarischen Selbständigkeit führten zum Zusammenstoß mit dem Vormund in Petersburg. Aber, entgegnet Sasonoff auf diesen Einwand, Bulgarien begriff die ihm drohende Gefahr nicht „unter dem Einfluß der Hypnose, unter der sie der deutsche Prinz und österreichische Offizier hielt, den die vereinigten Bemühungen der Berliner und der Wiener Diplomatie auf den bulgarischen Thron gesetzt hatten". Ist das Unkenntnis oder frivole Verdrehung der Tatsachen? Sollte es dem russischen Minister unbekannt sein, daß sowohl Bismarck wie Kalnoky schroff die Unterstützung der Koburger Kandidatur abgelehnt haben, und daß Bismarck sogar nichts gegen die gewalt-

same Vertreibung Ferdinands durch Rußland einzuwenden hatte? Wie es mit der Bedrohung Serbiens durch Österreich und der friedlichen Meerengenpolitik aussieht, haben wir bereits gesehen.

Da die Balkanvölker so beständig bedroht waren, hat die russische Regierung die von Serbien ausgehenden Bemühungen um einen Balkanbund „mit der nötigen Vorsicht gefördert". Die „Vorsicht" bestand bekanntlich darin, daß der Zar und Iswolski Serbiens Zukunft von dem Zerfall Österreichs abhängig machten und zur Vorbereitung des Kampfes des Slawentums gegen das Germanentum mahnten. (Deutschland schuldig? S. 114.) Im weiteren gibt er dann doch zu, daß der Balkanbund Eroberungen in Mazedonien bezweckte, daß seine Förderung also im Gegensatz stand zu der den Mittelmächten immer wieder gegebenen Versicherung, Rußlands oberstes Ziel sei die Erhaltung des status quo auf der Balkanhalbinsel. Indessen dies Zugeständnis wiegt nicht schwer, denn, sagt er, die Gefahr eines Balkankrieges mit seinen unberechenbaren Folgen war beim Beginn der Verhandlungen nicht groß, erst der italienisch-türkische Krieg habe sie drohend erscheinen lassen. „Durch Herrn Danew, der im Jahre 1911 nach Rußland gekommen war, waren wir über die Stimmung in Bulgarien unterrichtet und dadurch in unserem Gedanken bestärkt worden, daß in nächster Zukunft neue Verwicklungen auf dem Balkan unvermeidlich seien." (S. 66.) Um die „Zuspitzung der Lage abzumildern", blieb nur übrig, bei der Annäherung der Balkanmächte untereinander mitzuwirken. Ein eigentümliches Verfahren, die wohlbekannte Angriffslust der Balkanstaaten dadurch zu lähmen, daß man ihre auf Herbeiführung eines Angriffsbündnisses, das damals noch keineswegs fertig war, gerichteten Verhandlungen begünstigte! Gleich darauf verrät er auch, daß ihn noch andere als friedliche Gedanken belebten: „Wir hofften, daß es für ihre vereinten Anstrengungen leichter sein würde, das mit dem Kampf verbundene Risiko zu übernehmen, der ihnen unvermeidlich gegen die Türkei der Jungtürken infolge des Aufbrechens des mazedonischen Geschwürs bevorstand, vielleicht aber auch gegen Österreich-Ungarn, falls dieses, was immer möglich war, den Versuch machte, weiter auf dem Balkan vorzurücken." Allerdings sollte nicht von den Balkanstaaten die Zukunft abhängen: „Unsere Beteiligung an dem Abschluß des serbisch-bulgarischen Bündnisses gab uns das Recht, die Schritte der Verbündeten zu kontrollieren und zugleich ein Veto gegen Schritte derselben einzulegen, die den Anschauungen der russischen Politik nicht entsprachen." Leider habe sich diese Garantie später als unzureichend erwiesen und den Balkankrieg nicht verhindern können.

Sasonoffs wenig anschauliche und von inneren Widersprüchen

nicht freie Darstellung bestätigt also das Ergebnis der bisherigen Forschung, daß die russische Regierung sich in dem Balkanbunde einen Sturmbock zu schaffen suchte, um ihn je nach Bedarf gegen die Pforte oder Österreich-Ungarn zu verwenden, daß aber die Balkanstaaten dem Petersburger Zügel nicht folgten und den Krieg auf eigne Faust begannen, ohne daß die russische Regierung, gehemmt durch ihre panslawistische öffentliche Meinung, ihnen in den Weg treten konnte. Falsch ist freilich die Behauptung, Frankreich sei der Bildung des Balkanbundes abgeneigt gewesen. Geschow, der frühere bulgarische Minister des Auswärtigen, bezeugt das Gegenteil, und wir wissen überdies, daß Frankreich durch Verweigerung einer Anleihe einen Druck auf Bulgarien ausgeübt hat. (Siebert S. 155.)

Völlig unhaltbar ist dann die Darstellung bis zum Ausbruch des Krieges. Zunächst erwähnt er die Kaiserzusammenkunft in Baltisch-Port. „Der Besuch Kaiser Wilhelms in Baltisch-Port fand im Mai 1912 statt, zu einer Zeit, wo in der internationalen Politik eine Stille eingetreten war und Europa keine aufregende Krisis durchmachte. Dank dem war die Stimmung in Petersburg wie in Berlin ruhig.“ Eigentümlich ist, daß Sasonoff die Zusammenkunft auf den Mai statt den Juli verlegt, aber von diesem Lapsus abgesehen, ist die Charakteristik der Lage falsch, mag sie nun auf den Mai oder Juli bezogen werden. Er erwartete nach seinen eigenen Worten seit dem Herbst 1911 Verwicklungen am Balkan und er wußte, daß seit dem Abschluß des serbisch-bulgarischen Bündnisses (März 1912) diese Gefahr beträchtlich gestiegen war, und er machte, wie aus zahlreichen Aktenstücken (Siebert S. 522, 526, 155) bekannt ist, täglich die Erfahrung, daß die Bulgaren seine Mahnungen zur Ruhe in den Wind schlugen und mit baldigem Losbruch drohten. Er ließ sich also eine Illoyalität zuschulden kommen, wenn er trotzdem in mehreren Unterredungen weder Bethmann Hollweg noch dem Kaiser Andeutungen über eine nahe Kriegsgefahr im Osten machte, vielmehr trotz anscheinend offener Aussprache über die allgemeine Lage in den deutschen Gästen die Überzeugung von der Sicherheit des Friedens zu erwecken suchte. (Große Politik 31. S. 440.) Nicht minder illoyal war es, daß er von dem Bestehen eines Balkanbundes nichts verlauten ließ und es später sogar ausdrücklich ableugnete. Nichtsdestoweniger beteuert er mit Emphase, er habe sich im Gedankenaustausch mit der deutschen Regierung die größte Offenheit zur Pflicht gemacht, „weil sie noch von den Zeiten des Fürsten Bismarck her am Verfolgungswahn litt und sich beständig einbildete, Gegenstand feindlicher Bestrebungen ihrer

westlichen und östlichen Nachbaren zu sein". Er habe durch seine Offenheit, so weit es von ihm abhing, „beruhigend auf diesen kranken Seelenzustand" einwirken wollen (S. 76). Im übrigen teilt Sasonoff ein Gespräch mit dem Kaiser mit, der ihn in einem langen Erguß für eine Konsolidierung und militärische Kräftigung Chinas habe gewinnen wollen. Sasonoff will sofort kategorisch abgelehnt haben, da ein starkes China für Rußland gefährlicher sei als Japan. Offenbar hat der Kaiser, meint er, Rußland in asiatische Händel verstricken wollen, um den Weg für seine Offensivpolitik frei zu haben. Eine Möglichkeit, diese Behauptungen zu kontrollieren, haben wir nicht, aber auf Zuverlässigkeit können sie nach den sonstigen Proben der Sasonoffschen Berichterstattung keinen Anspruch erheben. Überdies hat er in einer ausführlichen Mitteilung an den russischen Botschafter in London nichts von solchen Äußerungen des Kaisers erwähnt. (Siebert S. 706.)

Was er dann über seine Zusammenkunft mit Poincaré im August 1912, seine Reise nach Paris und London mitteilt, ist unerheblich. An dieser Stelle hat er einmal eine anerkennende Bemerkung für die deutsche Politik: er habe bei seiner Durchreise durch Berlin (Anfang Oktober) festgestellt, daß auch die Berliner Regierung das drohende Balkanfeuer zu ersticken oder wenigstens einzudämmen versucht habe. Daß sie ihn aber für die gefährliche Lage ausdrücklich verantwortlich gemacht hat, verschweigt er, gibt daher abermals ein falsches Bild von den Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg. Auch was er über die weiteren internationalen Ereignisse des Jahres 1912 bringt, ist belanglos; über einige Bosheiten, z. B. daß der deutsche Generalstab als Bildner der türkischen Armee für ihre Niederlagen sich mitverantwortlich gefühlt habe, kann man hinweggehen. Wichtiger ist, daß er die panslawistische Gesinnung der russischen öffentlichen Meinung durchaus anerkennt, und daß er große Mühe hatte, dem allgemeinen Wunsche nach einem Kriege gegen Österreich, für den Frankreich geringe und England gar keine Sympathie hatte, zu widerstreben. Immer wiederholt er, zur Bekräftigung seiner Friedensliebe, daß er den Serben, die während der Verhandlungen über den Adriahafen und über die mazedonische Beuteverteilung am liebsten einen Weltkrieg entfesselt hätten, Ruhe gepredigt habe, aber er erzählt nicht, daß seine Friedensmahnungen doch nur sehr relativer Natur waren: sie liefen darauf hinaus, daß Serbien sich einstweilen mit dem Erreichten begnügen und seine Hoffnungen auf den baldigen Erwerb österreichischen Gebietes setzen solle; es sei stark genug, Österreich zu erschüttern, das schon Zeichen der Zersetzung aufweise, ein Krieg in diesem Augenblick werde dagegen seine Agonie hinausschieben. (Deutschland

schuldig? S. 97/98.) Allen seinen Phrasen von der russischen Friedenspolitik ist damit der Boden entzogen.

Im Vorübergehen sei bemerkt, daß Sasonoff behauptet, Österreich habe im Herbst 1912 durch militärische Maßregeln auch Rußland zu Rüstungen gezwungen; wir werden auf diesem Gebiete noch viel stärkere Verdrehungen konstatieren können.

Im Anschluß an die Balkanfragen behandelt Sasonoff die Beziehungen zu Rumänien, das Deutschland auf die Erwerbung Bessarabiens verwiesen und dadurch zum Anschluß an den Dreibund verlockt hatte — natürlich ohne einen Versuch zu machen, diese Behauptung zu beweisen. Die von den deutschen Diplomaten beobachteten Versuche, Rumänien seinen Bundesgenossen zu entfremden (Große Politik, Bd. 39), bestätigt er, und gibt auch verblümt zu, Bratianu ebenso wie Pasitsch die Eroberung ungarischer Gebietsteile nahegelegt zu haben. Wir können diesmal ausnahmsweise seine Darstellung aus den Urkunden bestätigen und hinzufügen, daß Sasonoff wie der Zar zur Ausführung dieser Ideen einen neuen Balkanbund herbeizuführen bestrebt waren. (Deutschland schuldig? S. 128/130.) Trotzdem wagt er zu behaupten, daß im Jahre 1914 ein Balkanbund weder beabsichtigt noch geplant gewesen sei. (201/202.)

Da Sasonoff den höchsten Nachdruck auf die Meerengenfrage legt, so spielt natürlich die Sendung des Generals Liman von Sanders eine ganz besondere Rolle bei ihm. Er kann sie nicht scharf genug tadeln: Deutschland wollte dadurch die Türkei unter seine Herrschaft bringen, die anderen Mächte in der Türkei in eine unwürdige Lage versetzen und sich den besten Teil der türkischen Erbschaft im voraus sichern. Schon im Jahre 1912 nach den türkischen Niederlagen habe der deutsche Generalstab die Reorganisation der osmanischen Armee beschlossen, und die Politik habe die Sache mit unehrlicher Heimlichkeit betrieben, so daß die russische Regierung im Herbst 1913 davon völlig überrascht wurde. Tatsächlich ging die Initiative von der Pforte aus, und Sasonoff kann nicht so sehr überrascht gewesen sein, denn schon im Mai rechnete er mit der Sendung deutscher Offiziere nach Konstantinopel, und er kann auch nicht leugnen, daß der Kaiser mit dem Zaren davon gesprochen und dieser ihn wieder orientiert hat. Seine Beschwerden, fährt er fort, seien zuerst brüsk abgewiesen worden, dann habe sich Bethmann Hollweg in einer Unterredung mit Kokowzow, dem russischen Ministerpräsidenten, wegen seiner „Nachlässigkeit", die Angelegenheit in Petersburg nicht ausdrücklich mitgeteilt zu haben, entschuldigt, und endlich habe dann die russische Mäßigung das bekannte Kompromiß

über Limans Stellung ermöglicht. Indessen von einer schroffen Abweisung seiner Vorstellungen ist keine Rede, einige Unterredungen, die er mit Pourtalès gehabt haben will, haben gar nicht stattgefunden, da beide zu der angegebenen Zeit nicht in Petersburg waren, und zu einer solchen Entschuldigung hatte Bethmann Hollweg keinen Anlaß. Weder in seiner Aufzeichnung über die Unterredung noch in dem Bericht Kokowzows an den Zaren ist etwas davon enthalten. Endlich ist von Mäßigung und Versöhnlichkeit in der russischen Politik nichts zu spüren. Sasonoff hätte am liebsten durch einen Druck der Entente die Pforte gezwungen, den Reorganisationsvertrag mit Deutschland zu kündigen, mochte daraus auch ein europäischer Krieg entspringen (Pokrowsky S. 32). Diese Wünsche verschweigt er ebenso wie seine Preßhetze gegen Deutschland und seine nachherigen Versuche, die Stellung der deutschen Mission in Konstantinopel zu beeinträchtigen (Große Politik Bd. 38).

Eine Art Exkurs stellt seine Behandlung der armenischen Frage dar. Wir gehen auf Einzelheiten nicht ein, sondern heben nur hervor, daß sie ein Schulbeispiel für die Sasonoffsche Unehrlichkeit darstellt. Er habe, behauptet er, allen Mächten gleichzeitig Ende 1912 vorgeschlagen, Reformen für die armenischen Vilajets auszuarbeiten, aber von Deutschland, dem Schützer der Pforte, auf Schritt und Tritt Hemmungen erfahren. In Wirklichkeit hat er nicht alle Mächte, sondern nur die Entente zu einer Reformkonferenz aufgefordert und mehrere Monate lang versucht, Deutschland von der Beteiligung auszuschließen, um seinen Einfluß in Konstantinopel zu schädigen. Deutschland setzte indessen die Beteiligung des Dreibundes durch und spielte eine wichtige Rolle als Vermittler zwischen der Pforte und den Mächten (Große Politik Bd. 38).

In den Abschnitten über den Ursprung des Weltkriegs erwartet man natürlich die interessantesten Mitteilungen, aber man wird auch hier tief enttäuscht. Eine zusammenhängende Darstellung gibt Sasonoff nicht, sondern mehr eine lose Sammlung von Episoden untermischt mit langatmigen und salbungsvollen Betrachtungen über die Bosheit der Wiener und die Unfähigkeit der Berliner Politik. Es bleibt daher nur übrig, eine Anzahl Einzelheiten zu prüfen und danach ein Urteil über das Ganze zu fällen.

Rußland und Österreich-Ungarn im Juli 1914.

Wie schon erwähnt, sieht Sasonoff den Grund zum Konflikt ausschließlich in der Wiener Eroberungslust. Es sei „unsinnig“ gewesen, die serbische Regierung für die Ermordung des Erzherzogs mitverantwortlich zu machen, ihre Unschuld sei durch die öster-

reichische Untersuchung an Ort und Stelle erwiesen worden, aber Österreich habe schon vor dem Morde einen Plan, Serbien zu unterdrücken, entworfen und Deutschland ihm zugestimmt. Über die angebliche Unschuld der serbischen Regierung braucht heute nach dem, was an dieser Stelle hierüber veröffentlicht worden ist, kein Wort mehr gesagt zu werden, und zur Zeit der Krisis hat sich Sasonoff vor dem österreichischen Botschafter anders geäußert: Serbien habe eine Lektion verdient, das österreichische Ziel sei legitim, nur der Weg ungeschickt (26. Juli). Falsch ist auch die Charakteristik der Wiener Pläne vor dem 28. Juni: man erwog vielmehr gerade die Möglichkeit, mit Serbien eine dauernde Verständigung zu suchen. Natürlich sieht Sasonoff in den Bemühungen Deutschlands und Österreichs, mit Bulgarien und Rumänien die Fäden enger zu ziehen, die Vorbereitung eines Vorgehens gegen die Balkanslawen und Rußland: daß indessen hierin nur eine berechtigte Verteidigungsmaßregel zu sehen ist, dürfte nach den oben skizzierten gleichzeitigen Bestrebungen Sasonoffs und des Zaren einleuchten.

Auf Schritt und Tritt folgen dann Unwahrheiten. Die österreichische Regierung hat den Versuch Sasonoffs, die Friedensaussichten durch Verlängerung der im Ultimatum gegebenen zweitägigen Frist zu erhöhen, ohne Begründung abgelehnt: tatsächlich ist dem russischen Geschäftsträger eine Begründung auf Berchtolds Anordnung gegeben worden. (25. Juli.) Sodann habe Österreich den russischen Vorschlag, durch direkte Verhandlungen zwischen dem Grafen Szapary und Sasonoff einen Weg zu suchen, wie man das Ultimatum modifizieren und Rußlands Besorgnis vor einer Vernichtung Serbiens beseitigen könne, nach 48 stündigem Zaudern schroff abgewiesen. Indessen die Wiener Regierung hat nicht auf ihren Entschluß warten lassen; sofort auf die erste Anfrage hat Berchtold dem Botschafter die Unmöglichkeit dargelegt, die Note an Serbien zu ändern (28. Juli), Besprechungen aber, in denen die Besorgnisse Rußlands entkräftet werden sollten, hat sie nicht abgelehnt. Tatsächlich haben die Verhandlungen in Wien und Petersburg hierüber nicht aufgehört; noch am 30. spricht sich der Botschafter Schebeko anerkennend darüber aus. Sasonoff hatte also Gelegenheiten genug, mit Österreich auf die Verhandlungsbrücke zu treten und sich Garantien gegen einen Mißbrauch der Strafexpedition gegen Serbien geben zu lassen. Aber er hat diese Möglichkeit abgewiesen, obgleich ihm auch Graf Pourtalès eindringlich den österreichischen Verzicht auf Annexionen und sein Versprechen, auf die russischen Interessen Rücksicht nehmen zu wollen, vorgehalten hat. (D. D. 401, 412.)

Deutschland und Österreich.

Nicht weniger schuldig an der Unmöglichkeit, sich zu verständigen als Österreich war Deutschland. Da Österreich im blinden Vertrauen auf die Unüberwindlichkeit seines Bundesgenossen den Konflikt hervorgerufen habe, habe dieser die doppelte Pflicht gehabt, den Wienern zur Vernunft und Versöhnlichkeit zu raten, und seinem Wort hätten sie sich fügen müssen. Der Kaiser habe sich zwar vorübergehend der Auffassung hingegeben, daß die serbische Antwort auf das Ultimatum befriedigend sei, „aber keine Unterstützung bei den Leitern der deutschen äußeren Politik" gefunden. Trotz mancher Schwankungen des Reichskanzlers erscholl „in Wien kein warnendes Wort". Bethmann Hollwegs Hauptsorge in den kritischen Tagen war „nicht die Erhaltung des Friedens, sondern die Ereignisse so darzustellen, daß Deutschland zum Kriege gezwungen scheine". Den Beweis sieht er in der Note vom 28. Juli nach Wien (D. D. Nr. 323.) Aber diese Note ist gerade bestimmt, der österreichischen Regierung nachdrücklich die Berücksichtigung der serbischen Antwort und beruhigende Erklärungen an Rußland zu empfehlen, und lebhaft weist Bethmann Hollweg darauf hin, daß jetzt der günstige Moment für solche Versicherungen sei, da ja auch Sasonoff die Notwendigkeit, Serbien zu züchtigen, anerkannt habe. Wenn dann Rußland, sagt Bethmann, die Berechtigung des österreichischen Vorgehens trotzdem verwirft, so wird es die öffentliche Meinung der Welt gegen sich haben. Es soll also nicht als verantwortlich am europäischen Kriege s c h e i n e n, sondern verantwortlich dafür s e i n. Lehne Österreich dagegen den empfohlenen Weg ab, so falle ihm die Verantwortung mit allen ihren üblen Folgen zu. Es ist also ein starker Appell an die Gewissenhaftigkeit wie an die politische Einsicht des Verbündeten: die Note bedeutet also das gerade Gegenteil von dem, was Sasonoff in sie hineinlegt, und seine hieran geknüpfte Kritik an der Fähigkeit und dem guten Willen Bethmann Hollwegs fällt zu Boden. Die übrigen Mahnungen des Reichskanzlers in Wien — am 29. nicht weniger als fünf — werden einfach nicht berücksichtigt. In ganz derselben irreführenden Weise interpretiert er eine Mahnung Bethmann Hollwegs vom 30., worauf hier nicht mehr eingegangen zu werden braucht.

Telegrammwechsel zwischen Kaiser und Zar.

Der Depeschenwechsel zwischen den beiden Monarchen liefert Sasonoff weitere Beweise für die Friedensliebe Rußlands und den Mangel an gutem Willen auf der Gegenseite. Natürlich ist er von unbefangener Quellenbenutzung weit entfernt. Wir hören nichts davon,

daß der Kaiser die Erregung der russischen öffentlichen Meinung anerkennt, die Berechtigung und den Umfang des österreichischen Vorgehens darlegt und sich freiwillig als Vermittler anbietet; es ist für Sasonoff ein Zeichen schlechter Gesinnung, daß der Kaiser in der Ankündigung von „äußersten Maßregeln" im ersten Zarentelegramm eine versteckte Drohung erblickt, und daß er die Charakteristik des österreichischen Vorgehens als „unwürdigen Krieg" in einer Randbemerkung kritisiert. Vollends ist Sasonoff aber sittlich entrüstet über die Aufnahme, die ein der eigensten Initiative des Zaren entsprungenes Telegramm vom 29., den österreichisch-serbischen Streit dem Haager Schiedsgericht vorzulegen, erfahren habe: diese von tiefster Friedensliebe zeugenden und der höchsten Bewunderung würdigen Worte „fanden kein Echo außer einem von Wilhelm II. auf dem Rand des Telegramms eigenhändig niedergeschriebenen ausdrucksvollen Ausruf, der dem Berliner Jargon entlehnt ist". Hier macht sich unser Autor mehr als einer Fälschung schuldig. Zunächst verschweigt er, daß der Zar den Gedanken, das Haager Tribunal anzurufen, nicht erst am 29., sondern schon am 27. geäußert hat — zwar nicht dem deutschen Kaiser, aber seinem eigenen Minister des Auswärtigen, der nach dem Wunsche Nikolais sich schleunigst mit den Mächten darüber verständigen sollte. Sasonoff hat dieser Mahnung keine Folge gegeben: aller Fluch, den er auf den Deutschen Kaiser häuft, daß aus diesem „rettenden" Vorschlag (S. 250) nichts geworden sei, trifft also sein Haupt! Zweitens enthielt das Zarentelegramm nicht nur diesen friedenatmenden Vorschlag, sondern vorher einen Vorwurf, daß die vom Grafen Pourtalès heute (am 29.) übergebene Mitteilung in ganz anderm Tone gehalten sei, als ein versöhnliches und freundschaftliches Telegramm des Kaisers von demselben Tage „Bitte dich, diese Verschiedenheit aufzuklären". Hierauf, und nicht auf den folgenden Vorschlag bezieht sich die Sasonoffs Zartgefühl verletzende Randbemerkung des Kaisers, und sie lautete: „Nanu!" Gewiß ein berechtigter und milder Ausdruck des Erstaunens über die Kritik und Zumutung des Zaren.

Der sachliche Wert des Vorschlags erledigt sich rasch. In dem Augenblick, als Rußland gegen Österreich bereits offiziell mobilisiert hatte und gegen Deutschland insgeheim Vorbereitungen traf, hätte ihm ein Prozeß im Haag nur eine willkommene Rüstungsfrist verschaffen können, ganz abgesehen davon, daß Österreich-Ungarn die Entscheidung über seine Lebensbedingungen unmöglich einem internationalen Schiedsspruch ausliefern konnte. Aus diesem Grunde offenbar hat die deutsche Regierung auch einer früheren Äußerung des Fürsten Trubetzkoi vor dem deutschen Militärbevollmächtigten keine Beachtung geschenkt. Sie hatte dazu um so

weniger Anlaß, als es sich nicht um einen offiziellen Antrag, sondern um eine hingeworfene Äußerung einer nicht maßgebenden Persönlichkeit handelte.

Endlich behauptet Sasonoff, Nikolaus II. habe das Telegramm ohne sein Wissen abgeschickt, er selbst habe erst durch Zufall im Dezember davon erfahren. Aber das ist ausgeschlossen. Denn die Depesche enthielt, wie bemerkt, außer jenem Vorschlag noch andere Dinge, und überdies hat der Kaiser auf das Telegramm geantwortet (am 30. 3.30) und jene angebliche Differenz zwischen seiner und des Botschafters Sprache zurückgewiesen. Sasonoff, der dies kaiserliche Telegramm sofort kennen gelernt hat, hätte damit auch von der Depesche, die die kaiserliche Antwort hervorgerufen hat, Kenntnis erhalten müssen.

Rüstungsfragen.

Werfen wir noch einen raschen Blick auf Sasonoffs Darstellung der militärischen Vorbereitungen während der Verhandlungen, einen hochwichtigen Punkt, weil sich ja hieran schließlich der Krieg entzündet hat.

Anklagen auf Anklagen häuft er da gegen die Mittelmächte. Österreich habe, während Rußland sich die größte Mühe zur Beilegung des Streites gab, seine Armee mobilisiert und nicht nur Serbien, sondern auch Rußland bedroht: schon am 26. habe es die Mobilisation beschlossen und am 28. sei „der Befehl der allgemeinen Mobilmachung“ unterschrieben worden. Wenn man hier schon die Eisenstirn Sasonoffs, der ganz genau weiß, daß die österreichische Regierung am 25. Juli abends nur acht Korps gegen Serbien, und zwar weit entfernt von der russischen Grenze, auf Kriegsfuß setzte, bewundern kann, so übertrifft er sich selbst in der Schilderung der russischen Rüstungen. Infolge der Kriegserklärung Österreichs an Serbien (28. Juli) kam man in Petersburg „zu dem Schluß, daß entsprechende Vorsichtsmaßregeln unbedingt ergriffen werden müßten, um der Gefahr zu entgehen, von den österreichischen Vorbereitungen unvermutet überrascht zu werden“. Am 28. beschließt daher ein Kronrat als ersten Schritt zur Rüstung die Teilmobilisation gegen Österreich, und am 29. kommt der Ukas heraus. Ist es heute noch notwendig, alle die militärischen Maßregeln aufzuzählen, die Rußland unter Sasonoffs Mitwirkung seit dem 24. Juli geplant und getroffen hat? Sollen wir ihn z. B. auf seine eigenen Worte an den englischen Botschafter vom 25. Juli verweisen, worin er sofortige einleitende Vorbereitungen für die Mobilisation von 1,1 Million Mann ankündigt? An den Beschluß der „Kriegsvorbereitungsperiode“ vom 26., der sich auch gegen Deutschland richtete? Man braucht

heute hierauf nicht mehr im einzelnen einzugehen und nur an das triumphierende Wort des Generals Palizyn aus dem Jahre 1915 zu erinnern: „Insgesamt haben wir 12 Tage (gegenüber den Mittelmächten) gewonnen!“ Wie in den Denkwürdigkeiten sprach er auch 1914 bewußt die Unwahrheit, wenn er die Teilmobilisation mit österreichischen Rüstungen in Galizien begründete: er wußte, daß es keine gab, und er kann heute so wenig wie damals positive Tatsachen anführen. Die Schilderung seiner Beziehungen zu den Mittelmächten in den letzten Julitagen baut er zum guten Teil auf der Priorität der österreichischen Rüstungen auf: allen diesen Ausführungen ist mit der Feststellung der bewußt falschen Grundlage der Boden entzogen.

Bei der Sinnesart Sasonoffs ist es nicht verwunderlich, daß die Umwandlung der am 28. angeblich beschlossenen Teilmobilisation in allgemeine Mobilmachung zum Teil auf die Falschmeldung des „Lokal-Anzeigers“ über die deutsche Mobilisation vom 30. Juli zurückgeführt wird. Längst ist nachgewiesen, das dieser Zwischenfall gar keine Bedeutung gehabt hat, denn als die Nachricht nach Petersburg kam, war der Ukas für die Gesamtmobilisation bereits unterschrieben (etwa 1 Uhr nachmittags). Zur Charakteristik der Sasonoffschen Akribie sei nur angeführt, daß er die Falschmeldung am 30. zwischen zwei und drei Uhr nachmittags erhalten haben will, während sie nachweislich erst kurz vor Mitternacht in Berlin abgeschickt worden ist. Seine Freude am Verleumden beweist, daß er die Legende wieder aufwärmt, das Telegramm des russischen Botschafters, das die Falschmeldung dementierte, sei von Deutschland absichtlich zurückgehalten worden in der Absicht, durch die Falschmeldung eine Beschleunigung der russischen Rüstungen zu veranlassen, damit Deutschland einen Kriegsgrund daraus machen könne. Diese durch Grey zum ersten Male 1916 erhobene Beschuldigung ist von Bethmann Hollweg sofort aktenmäßig widerlegt worden: Grey hat sich gescheut, diese Kriegserfindung in seinen Denkwürdigkeiten wieder auszusprechen, Sasonoff greift sie wieder auf!

Eine Kette von Lügen ist dann die Darstellung von der Entstehung der Gesamtmobilmachung; die Angaben Dobrorolskis und anderer sind für ihn nicht vorhanden. So verschweigt er selbstverständlich, daß er schon am 28. die Generalmobilisation verlangt hat, erst am 30., nachdem er das Extrablatt des „Lokal-Anzeigers“ erhalten haben will, soll ihm durch die Generale Januschkewitsch und Suchomlinow die Notwendigkeit nahegelegt worden sein, angesichts der weit vorgeschrittenen Rüstungen Deutschlands dem Zaren die Gesamtmobilmachung vorzuschlagen. Welche Heuchelei,

wenn der Mann, der schon vor zwei Tagen dasselbe verlangt hatte, zu diesem Ansinnen der Generale schreibt: „Ich brauche nicht davon zu sprechen, mit welchem Gefühl ich die Erfüllung dieser Bitte übernahm, die ein mir völlig fremdes Gebiet betraf und die ihrem Wesen nach mit meinem Charakter und meinen Anschauungen schwer vereinbar war.“ Indessen, die Amtspflicht, für Rußlands Sicherheit zu sorgen, trug es über die Abneigung, die Spannung zu vermehren, davon, er fuhr nach Peterhof, berichtete zwischen drei und vier Uhr dem Zaren über die Ansichten der Generale, die Ablehnung aller Vermittlungsvorschläge durch die Mittelmächte, die heimliche Förderung der deutschen Rüstungen und ließ keine Hoffnung mehr auf Erhaltung des Friedens. Der Zar war auf alles das vorbereitet durch ein Telegramm des Kaisers Wilhelm, das ihm am Morgen zugekommen und dem Minister noch unbekannt war. Inhalt und Ton der Depesche hatten ihn beleidigt: „nur Drohungen und kein Wort als Antwort auf den Vorschlag, den österreichisch-russischen Konflikt dem Haager Gerichtshof zu unterbreiten“. Zar und Minister waren rasch einig in der Überzeugung, daß Kaiser Wilhelm Rußland angesichts des mobilisierten Österreich waffenlos machen und zu einer schimpflichen Kapitulation vor den Mittelmächten zwingen wollte; nach einigen Minuten qualvollen Schweigens sagt daher der Zar, indem er mit Mühe die Worte hervorbrachte: „Sie haben recht. So bleibt nichts anderes zu tun übrig, als den Angriff abzuwarten. Übermitteln Sie dem Generalstabschef meinen Befehl zur Mobilmachung.“

In dieser Erzählung, deren flache Sentimentalität in der Sasonoffschen Breite noch viel stärker hervortritt als in dem hier gegebenen kurzen Auszuge, ist zunächst die Zeit der Unterredung falsch: Bereits gegen 1 Uhr hat Sasonoff dem General den Befehl übermittelt. Sodann ist die Rolle des kaiserlichen Telegramms erfunden; dasjenige, das Sasonoff hier nach dem Inhalt allein im Auge haben kann, ist nicht am Morgen des 30. eingetroffen, denn es ist in Berlin frühestens 3½ Uhr nachmittags abgegangen, der Zar kann es also während dieses Gesprächs noch nicht gehabt haben. Daß der Inhalt tendenziös entstellt ist, braucht nicht erst gesagt zu werden. Aber die Perfidie der Erfindung wird erst vollends deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß allerdings ein kaiserliches Telegramm in der russischen Mobilisationsfrage eine Rolle gespielt hat. Am 29. morgens, als der Zar soeben auf den Antrag seiner Minister die Gesamtmobilmachung genehmigt hatte, erhielt er ein Telegramm des Kaisers, das an die friedliche Gesinnung des Zaren appellierte und auf die deutsche Vermittlung in Wien hinwies: es bewirkte, daß der Zar den eben gefaßten Beschluß widerrief und an die Stelle der

Gesamtmobilisation die Teilmobilisation gegen Österreich setzte. Also, aus einer den Frieden fördernden Wirkung des Kaisertelegramms wird kurzer Hand eine den Frieden mordende gemacht.

Interessant ist, daß der Schwindler bei der Schilderung dieser Szene sich in den eigenen Worten gefangen hat. „Sie wissen", läßt er den Zaren sagen, „daß ich den Mobilmachungsukas zweimal zurückgehalten habe und schließlich einer Teilmobilmachung zugestimmt habe." Während Sasonoff wenige Zeilen vorher die militärischen Angelegenheiten als ein ihm ganz fremdes Gebiet bezeichnet hat, wird er hier vom Zaren als Eingeweihter behandelt, und während er einige Seiten weiter zurück erzählt hat, erst seit dem 28. sei man zu dem Schluß gekommen, militärische Vorbereitungen zu treffen, erfahren wir hier, daß der Zar zweimal sich einer Gesamtmobilmachung widersetzt und schließlich der Teilmobilmachung zugestimmt hat. Die zweimalige Ablehnung muß nach Sasonoffs Darstellung vor dem 28. gefallen sein, denn an diesem Tage ist ja nach seinen Worten die Teilmobilisation beschlossen worden. Das heißt, die russische Regierung ist bereits vor dem 28. unter Beteiligung Sasonoffs an den Zaren mit der Forderung der Gesamtmobilisation herangetreten. Natürlich darf man auf diese dem Zaren von Sasonoff in den Mund gelegten Worte keine Rekonstruktion der Vorgänge im einzelnen aufbauen, aber in ihrem allgemeinen Inhalt stehen sie in Übereinstimmung mit der Darstellung Dobrorolskis. Die Erinnerung an die Wirklichkeit hat hier dem späteren Fälscher einen Streich gespielt: wo wir einmal seine Mitteilungen als richtig nachweisen können, dienen sie zu seiner Blosstellung als Minister und Schriftsteller.

Endlich verdient in dieser Szene noch Beachtung ein Satz, in dem Sasonoff auf die schon weitgetriebene deutsche Mobilisation hinweist. Die Vollkommenheit der deutschen militärischen Organisation habe es gestattet, „ohne Aufsehen durch persönliche Einziehung einen beträchtlichen Teil der Mobilmachungsarbeit zu erledigen und diese nach der Erklärung der Mobilmachung in kürzester Frist zu vollenden". Daß am 30. in Deutschland nur ganz unbedeutende Vorsichtsmaßregeln getroffen worden waren, ist nach den Akten längst klargestellt und die Unwahrheit überrascht nicht mehr. Aber was soll die „persönliche Einziehung ohne Aufsehen" bedeuten? Man kann schwerlich etwas anderes herauslesen, als daß Sasonoff meint, Deutschland habe in den Tagen vor dem 30. Juli durch Einzelschreiben Reservisten und Landwehrleute eingezogen und seine Truppen auf Kriegsstärke gebracht, und alles das sei „ohne Aufsehen", also insgeheim möglich gewesen. Ein neuer Beweis, daß Sasonoff sich vor nichts scheut, wenn es Deutschland zu

verleumden gilt: ebensowenig vor Lügen wie vor offenbarem Nonsens.

Die Möglichkeit zu kritischen Erörterungen ist hiermit noch lange nicht erschöpft, aber immer wieder würde man zu dem Ergebnis kommen, die Darstellung ist ein Gemisch von halben und ganzen Unwahrheiten; willkürlich werden die Tatsachen verändert oder verschwiegen, willkürlich die Zusammenhänge verschoben, kurz, es ist ein tendenziöses Werk ohne den Willen zur Ehrlichkeit. Insbesondere ist sein Versuch, seine Politik als gerade und friedlich zu erweisen, völlig gescheitert, der Memoirenschreiber bestätigt vielmehr den Ruf, den sich der Staatsmann bereits verschafft hatte. Das Buch erbringt aufs neue den Beweis, daß die These von der Schuld Deutschlands und der Unschuld seiner Gegner nur bei schlechtem Willen und mit verwerflichen Mitteln aufrechtzuerhalten ist.

„Neue Enthüllungen in der europäischen Diplomatie."

Von Harry Elmer Barnes.

Der Verfasser dieses nützlichen Buches, George Peabody Gooch, ist einer der begabtesten Engländer unserer Zeit. Auf wissenschaftlichem Gebiet hat er als Geschichtsschreiber in moderner Historiographie Hervorragendes geleistet als ein trefflicher Künder des frühmodernen englischen politischen Denkens, als der Verfasser der besten Geschichte der europäischen Diplomatie unserer Zeit, als der Biograph Lord Courtneys und als Herausgeber der Papiere von Lord John Russell, der Cambridger Geschichte der britischen Außenpolitik wie auch der kürzlich veröffentlichten Dokumente der Krisis des Jahres 1914. Außerdem ist er kein Philosoph im engen Kämmerlein oder ein Buchgelehrter, sondern hat sich auch im politischen Leben Englands hervorgetan, indem er eine Reihe von Jahren Parlamentsmitglied unter der im Jahre 1905 gewählten liberalen Regierung war. Ferner hat er Reisen gemacht und im Ausland vielerlei Studien getrieben, und seine Kenntnis der europäischen Staatsmänner, Geschichte und Politik bildet einen vieles aufklärenden Gegensatz zu der Unwissenheit des Viscount Grey auf diesen selben Gebieten. Ein Buch über den Ausbruch des Weltkrieges von einem solchen Mann ist ein internationales Ereignis.

Das Buch bildet die Fortsetzung und Weiterentwicklung einer unter demselben Titel im Jahre 1922 veröffentlichten Broschüre. In einer Reihe von Kapiteln ordnet und charakterisiert der Verfasser Land nach Land, die diplomatischen Dokumente, Erinnerungen, Tagebücher und Monographien, die seit 1918 das Problem der Verantwortung für den Weltkrieg behandeln. Bei weitem der größte Raum ist den Dokumenten und Erinnerungen gewidmet, und von den allgemeinen Darstellungen der Kriegsschuld sind wenige selbst nur erwähnt. In bezug auf die letzteren scheint der Verfasser keine feste Regel befolgt zu haben. Montgelas' Verteidigung der Mittelmächte und das Werk von Renouvin sind mitaufgenommen und richtig klassifiziert, aber die wichtigen Werke von Fabre Luce und Lowes Dickinson werden nicht erwähnt. In dem Kapitel über die Vereinigten Staaten tritt Dr. Gooch äußerst vorsichtig auf und wagt es nicht, in dem heißen Kampf um die Kriegsschuld, der in diesem Lande tobt, irgendeiner Partei beizutreten. Selbst die milden und unparteiischen Artikel von Professor Fay werden mit Stillschweigen übergangen.

Das Buch erfüllt den Zweck, für den es geplant war — eine zusammenfassende Darstellung des Quellenmaterials zur Kriegsschuldfrage —, in ausgezeichneter Weise. In diesem Buche, wie auch in seiner Geschichte der modernen Geschichtsschreibung, entfaltet Dr. Gooch eine seltene Kraft in der Zusammenraffung eines gewaltigen analytischen Materials über Männer und Bücher auf einen geringen Raum, ohne langweilig oder verwirrend zu wirken. Es gibt heute wenig oder gar keine Schriftsteller, die diese Gabe wie er besitzen, laufende bibliographische Erklärungen geradezu hinreißend für diejenigen zu machen, die mit dem Material vertraut sind.

Im ganzen ist die Liste des Materials vollständig, und die Erklärungen sind gerecht und genau. Die Fälschungen und Verdrehungen in dem „Eisner-Dokument" sind nicht genügend klargestellt. Unerwähnt bleibt Montgelas' vor kurzem erfolgte Zerstörung der Schmitt-Kanner-Legende, die darauf hinausging, daß der Moltke-Conrad-Briefwechsel der Jahre 1909 und 1914 den deutschen Willen zum Kriege beweist. Die elenden Ausflüchte, Quengeleien und Täuschungen in Seton-Watsons „Serajevo" werden auch nicht erwähnt, und der nicht eingeweihte Leser gewinnt den Eindruck, daß dieses Buch wichtiger ist als Miß Durhams „The Serajevo Crime" (Das Verbrechen von Sarajewo). Man wundert sich mit Recht darüber, daß die heftige Polemik von Bourgeois und Pagès, die immer noch ganz feierlich die Potsdamer Konferenz als nüchterne Wahrheit wiederholt, als das „wichtigste

französische Werk über Kriegsschuld" hingestellt wird. Poincarés Memoiren sind keineswegs eine so erfolgreiche Rechtfertigung, wie Dr. Gooch schließen läßt. Und wer entweder Asquiths „Genesis of the War" (Die Entstehung des Krieges) oder Professor Fays Kritik darüber gelesen hat, wird wenigstens mit leiser Verwunderung erfahren, daß das Werk „im Ton und in der Stimmung bewundernswert" ist.

Ein Schlußkapitel von acht Seiten bringt Dr. Goochs Schlußfolgerungen zur Frage der Verantwortlichkeit für den Weltkrieg, und es verdient eine sorgfältige und achtungsvolle Prüfung. Es enthält das heutige Urteil der gemäßigten und unterrichteten englischen Meinung etwa in der Mitte zwischen den scharfen Angriffen Morels und seiner Gruppe auf das Epos der Entente auf der einen Seite und den jämmerlichen Rechtfertigungen der „Unentwegten" („die-hards") und „Kleinigkeitskrämer" von der Art Headlam-Morleys und Seton-Watsons auf der anderen Seite.

Zunächst wird man dadurch überrascht sein, daß die Schlußfolgerungen in dem gegenwärtigen Bande fast Wort für Wort übereinstimmen mit denen in der Broschüre des Jahres 1922 und mit seiner „Geschichte des modernen Europa", die im selben Jahre geschrieben wurde. Und doch ist in der Zerstörung der Entente-Mythologie zwischen 1922 und 1927 fast ebensoviel Fortschritt gemacht wie zwischen 1918 und 1922. Gleichzeitig weist Dr. Gooch die im Kriege beliebte Auffassung von der alleinigen deutsch-österreichischen Verantwortlichkeit durchaus zurück und tritt voll und ganz für eine geteilte oder gleiche Verantwortlichkeit im buchstäblichen Sinne des Wortes ein. Keine Macht oder Gruppe von Mächten wollte im Jahre 1914 einen europäischen Krieg, aber infolge der damaligen Gruppierung in Europa wurden sie in eine positive Reaktion zu den Kräften gedrängt, die Princips Pistole wachgerufen hatte. Die führenden Staatsmänner, zu schwach, den Krieg abzuwenden, stolperten gegen ihren Willen und ihre Neigungen hinein.

Die Schlußfolgerung von Dr. Gooch ist milde, freundlich und tröstlich und mehr als jede andere dazu geeignet, als Grundlage für die Beseitigung der Vorurteile der Kriegszeit zu dienen. Dazu ist sie ebenso vernichtend für die Grundlagen der Verträge von Versailles, St. Germain und Trianon wie die Stellungnahme der heftigsten prodeutschen Optimisten. Und doch glauben wir nicht, daß die Tatsachen in bezug auf die Verantwortlichkeit für den Krieg, wie sie uns heute bekannt sind, es rechtfertigen, daß man bei der These von der geteilten oder gleichen Verantwortlichkeit für die Krise des Jahres 1914 haltmacht, wie sehr wir dies auch aus

strategischen und pädagogischen Erwägungen heraus wünschen mögen.

Im Lichte der jetzt bekannten Tatsachen in bezug auf die serbischen Pläne und Ränke ist es zweifelhaft, ob Österreichs Entschluß, Serbien im Jahre 1914 anzugreifen, wirklich so „kurzsichtig" war, wie Dr. Gooch behauptet. Mit jedem Jahre wurden Frankreich und Rußland besser für den Krieg vorbereitet, und selbst ein so vorsichtig abwägender Schriftsteller wie Professor Lowes Dickinson gibt zu, daß Rußland zweifellos in zwei oder drei Jahren nach 1914 einen europäischen Krieg entfacht haben würde. Es war offenbar Deutschlands Rolle, Österreich den Rücken zu decken bis zu dem Punkte, wo die wirkliche Gefahr eines europäischen Krieges eintrat. Deutschlands großer Fehler bestand darin, daß es nicht auf einer genaueren Kenntnis und Kontrolle der österreichischen Politik im Juli 1914 bestand. Noch mehr läßt sich einwenden gegen Dr. Goochs Darstellung des Falles Rußland. Die Krise des Jahres 1909 wird hingestellt als eine absichtliche und durch nichts veranlaßte Herausforderung von Rußlands Stolz und Würde, während die Annexion von Bosnien und Herzegowina Österreich in Wirklichkeit von dem russischen Außenminister vorgeschlagen wurde und die eigentliche Zurückweisung russischer Bestrebungen damals nicht von Österreich und Deutschland, sondern von England kam. Noch auch entspricht es der Nachricht, Rußland als den dauernden und besorgten Schutzherrn des „tapferen und unschuldigen kleinen Serbien" hinzustellen. Nicht nur hat es Serbien im Jahre 1909 verraten, sondern im Jahre 1911 bot es dem „unnennbaren Türken" ein Bündnis gegen alle Balkanstaaten an, wenn die Türkei Rußland den Bosporus öffnen wollte. Auch brauchte Rußland im Jahre 1914 nicht dazwischenzutreten, um Serbien vom Untergang zu retten, da Österreich Rußland ein bestimmtes Versprechen gegeben hatte. und zwar, ehe es in Serbien einrückte, daß es das Gebiet und die Hoheitsrechte Serbiens achten werde.

„Frankreich", sagt Dr. Gooch, „hatte kein Verlangen nach Krieg und tat keinen Schritt, ihn herbeizuführen." Wir möchten Dr. Gooch bitten, uns anzugeben, wie irgendein Land hätte deutlicher sein Verlangen nach Krieg im rechten Augenblick beweisen können, als Frankreich es tat vom März 1912 bis zum August 1914. oder wie Poincaré noch entscheidender hätte handeln können, als er es wirklich tat, um den Krieg im Jahre 1914 zum Ausbruch zu bringen. Bei seinem Besuche in St. Petersburg im Jahre 1914 ermutigte er die Russen dazu, lieber den Krieg zu beginnen, als eine Demütigung Serbiens durch Österreich zu dulden, und er verhinderte Sir Edward Greys staatsmännischen Plan, die Feindseligkeiten

durch direkte Besprechungen zwischen Wien und St. Petersburg abzuwenden. Bei seiner Rückkehr nach Paris drängte er die Russen, mit ihren Mobilisierungsplänen weiterzugehen, die, wie er wußte, einen allgemeinen Krieg unvermeidlich machen würden. Als er dann wußte, daß der Krieg auf diese Weise unvermeidlich gemacht war, erfand er eine Anzahl sehr geschickter diplomatischer Ausflüchte und Fälschungen, um die Völker Frankreichs, Italiens und Englands hinters Licht zu führen. Wir möchten an Dr. Gooch die Frage richten, was Poincaré unter den Umständen sonst noch hätte tun können, um den Krieg sicher zu machen und Frankreich und Rußland vor der öffentlichen Meinung der Welt in ein gutes Licht zu setzen. Wir würden eher geneigt sein der Darstellung, die Dr. Gooch von dem Verhalten Belgiens als „einer entrüsteten Antwort auf einen brutalen Angriff" zuzustimmen, wenn er hinzugefügt hätte, daß Deutschlands Verhalten gegen Belgien an Brutalität und Verletzung neutraler Rechte nicht zu vergleichen sei mit der späteren Behandlung Griechenlands durch Großbritannien. Auch können wir Dr. Goochs Behauptung, daß es im Interesse Großbritanniens gewesen sei, sich an der Seite Frankreichs und Rußlands in den Kampf zu stürzen, nicht so ohne weiteres hinnehmen. Ein Sieg der Entente, mit einem von dem imperialistischen Zarentum noch beherrschten Rußland, wäre sicher eine schwerere Drohung für Großbritannien gewesen als ein deutscher Sieg im Falle britischer Neutralität. Und als England in den Kampf eintrat, hielt man einen kurzen Krieg und einen entscheidenden Triumph der Entente für selbstverständlich. Bis zu dem Augenblick, wo England Deutschland den Krieg erklärte, waren sich die führenden liberalen Zeitungen und Denker in Großbritannien klar genug über die relative Drohung, die ein russischer oder deutscher Sieg in sich schloß. Ganz besonders müssen wir dagegen Verwahrung einlegen, daß sich Dr. Gooch die These Lloyd Georges zu eigen macht, wonach die Führer im Jahre 1914 „einfach in den Krieg hineinstolperten". Heute ist es klarer als je, daß die Staatsmänner Serbiens, Frankreichs und Rußlands zu Anfang der Krisis Stellung nahmen in voller Erkenntnis dessen, was es bedeutete, und daß sie hartnäckig durchhielten. Sie wußten ganz genau, was sie wollten und wohin ihre Politik sie führen mußte. Ohne Frage gab es etwas „Stolpern" in Österreich, Deutschland und England, aber durch die Handlungen dieser Mächte wurde Europa im Jahre 1914 nicht in den Krieg gestürzt.

Aber der Beweis dafür, daß der Versuch, gleiche Verantwortlichkeit anzunehmen, völlig gescheitert ist, wird klipp und klar erbracht, wenn Dr. Gooch zugibt, daß er nur durchführbar ist bei

der Annahme, daß es ebenso gerechtfertigt ist, zum Zweck des Raubes zu morden, wie in Selbstverteidigung zu schießen. „Es trifft zu, daß, während Österreich unter dem Banner der Selbsterhaltung kämpfte, Rußland, dem an keiner Seite ein Angriff drohte, im Namen des Prestiges in den Kampf zog; aber in der allgemein anerkannten Wagschale nationaler Werte sind Sicherheit, Ehre und Prestige Triebkräfte von ungefähr gleichem Gewicht." Noch aufrichtiger und realistischer ist die Schlußfolgerung Lowes Dickinsons: „Die Entente-Mächte sagen, daß der Anstoß zum Kriege durch Deutschlands Rückendeckung von Österreich kam. Die Deutschen sagen, daß der Anstoß durch Rußlands Rückendeckung von Serbien kam. Hierum dreht sich in der Tat der ganze Streit. Nach meiner Ansicht ist die deutsche Stellung die vernünftigere." Man darf Dr. Goochs Werk in Wahrheit als das Requiem der These von der gleichen Verantwortlichkeit für den Weltkrieg betrachten. Diese Hypothese konnte keinen gelehrteren, überzeugenderen, vernünftigeren und versöhnlicheren Vertreter finden, aber selbst er kann sie nur aufrechterhalten auf Grund von Bewertungen, Schätzungen und Überlegungen, die er bei jedem anderen Gegenstand unter der Sonne mit Entrüstung zurückweisen würde.

Die Unterlagen des Versailler Urteils über die Schuld am Ausbruch des Weltkrieges.

Alfred von Wegerer.

Anfang 1919 trat in Paris die Vorfriedenskonferenz über den Weltkrieg zusammen und beschloß in einer Vollsitzung vom 25. Januar, eine aus 15 Mitgliedern bestehende Kommission einzusetzen, um die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges und die entsprechenden Sanktionen hierfür festzustellen[1]). Die Kommission bestand aus je zwei Mitgliedern für die Vereinigten Staaten von Amerika, Groß-Britannien, Frankreich, Italien und Japan sowie aus fünf Mitgliedern, die aus der Gesamtheit der besonders am Kriege beteiligt gewesenen kleineren Mächte ausgewählt waren. Die Kommission war damit beauftragt worden,

[1]) Vergl.: „Das deutsche Weißbuch über die Schuld am Kriege", Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1927.

verschiedene Punkte zu prüfen und darüber der Konferenz Bericht zu erstatten. An erster Stelle stand:

„Die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges."

In einer Sitzung am 27. Januar wurden von den kleineren Mächten, die zu der Kommission einen Vertreter zu entsenden hatten, Belgien, Griechenland, Polen, Rumänien und Serbien ausgewählt.

Der Kommission gehörten folgende Delegierte aus den einzelnen Ländern an:

Die Vereinigten Staaten von Amerika: The Hon. Robert Lansing, Herr James Brown Scott.
Großbritannien: The Rt. Hon. Sir Gordon Hewart oder Sir Ernest Pollock, The Rt. Hon. W. F. Massey.
Frankreich: Herr André Tardieu (mit der Möglichkeit, ersetzt zu werden durch: Herrn Hauptmann Masson), Herr F. Larnaude.
Italien: Herr Scialoja (mit der Möglichkeit, ersetzt zu werden durch: Herrn Ricci Busatti, darauf durch Herrn G. Tosti), Herr Raimondo, dann Herr Brambilla (3. Februar) und darauf durch Herrn M. d'Amelio (16. Februar).
Japan: Herr Adatci, Herr H. Nagaoka, dann Herr S. Tachi (15. Februar).
Belgien: Herr Rolin-Jaequemyns.
Griechenland: Herr N. Politis.
Polen: Herr C. Skirmunt, dann Herr L. Lublienski (14. Februar).
Rumänien: Herr S. Rosental.
Serbien: Herr S. Jowanovitsch (mit der Möglichkeit, ersetzt zu werden durch: Herrn K. Koumanoudi oder Herrn Nowakowitsch).

Die Kommission selbst tagte ab Ende Januar und legte nach zwei Monate langer Arbeitszeit am 29. März der Vorfriedenskonferenz einen Bericht über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges vor: „Rapport présenté à la Conférence des Préliminaires de Paix par la Commission des Responsabilités des auteurs de la Guerre et sanctions".

Dieser Bericht, den wir in folgendem kurz mit „Rapport" bezeichnen wollen, beschäftigt sich in seinem I. Kapitel mit der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges und in einem weiteren Kapitel mit der Verletzung der Kriegsgesetze und -gebräuche. In dem ersten Abschnitt des I. Kapitels wird die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges behandelt und wird zwischen Deutschland und Österreich und zwischen der Türkei und Bulgarien unterschieden. Der zweite Abschnitt betrifft die Verletzung der

belgischen und luxemburgischen Neutralität. Der Bericht selbst kommt zu dem bekannten Ergebnis:

„Der Krieg ist von den Zentralmächten ebenso wie von ihren Verbündeten, der Türkei und Bulgarien, mit Vorbedacht geplant worden, und er ist das Ergebnis von Handlungen, die vorsätzlich und in der Absicht begangen wurden, ihn unabwendbar zu machen.

In Übereinstimmung mit Österreich-Ungarn hat Deutschland vorsätzlich daran gearbeitet, die zahlreichen vermittelnden Vorschläge der Ententemächte auf die Seite zu schieben und ihre wiederholten Bemühungen, um den Krieg zu verhüten, zunichte zu machen."

Auf den Inhalt des „Rapports" selbst einzugehen, ist nicht beabsichtigt, da dies einer späteren größeren Arbeit vorbehalten ist. Wir wollen hier nur untersuchen, welcher Wert den von der Kommission zu ihrem Bericht über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges verwandten Unterlagen beigemessen werden muß.

Über die benutzten Unterlagen selbst geben uns die dem „Rapport" beigefügten Fußnoten Aufschluß. Es sind dies in der Hauptsache die nach Kriegsausbruch herausgegebenen Farbbücher der Regierungen und einige andere amtliche Schriftstücke sowie Veröffentlichungen nichtamtlichen Charakters. Im einzelnen sind nachstehende Quellen bei der Abfassung des „Rapports" benutzt worden.

An amtlichen Farbbüchern wurden von der Kommission benutzt: Das deutsche Weißbuch von 1914 bzw. 1915, das österreichische Rotbuch von 1915, das englische Blaubuch von 1914, das französische Gelbbuch 1914, das russische Orangebuch 1914, das serbische Blaubuch von 1914, das griechische Weißbuch 1913, eine Denkschrift der serbischen Delegation und aus den von der serbischen Delegation gelieferten Urkunden der Vertrag vom 24. August/6. September 1915 zwischen Österreich-Ungarn und Bulgarien.

An sonstigen amtlichen Schriftstücken erwähnt der „Rapport": Die Botschaft des Kaisers Franz Joseph an sein Volk, einen Bericht des bayerischen Gesandten von Lerchenfeld vom 18. Juli 1914 und einen weiteren Bericht des Grafen Lerchenfeld vom 31. Juli nach der Veröffentlichung von Kurt Eisner.

An nichtamtlichen Schriftstücken wurden benutzt:

Die Denkschrift Lichnowskys, die Denkschrift des Dr. Mühlon, H. Morgenthau: Geheimnisse des Bosporus, London 1918, Basri Bey: Der entbalkanisierte Orient und Albanien.

Im folgenden wollen wir das Material im einzelnen auf seinen Wert als Unterlage für den „Rapport" nachprüfen.

Das deutsche Weißbuch von 1914.

An deutschem amtlichen Urkundenmaterial über die Julikrisis und den Kriegsausbruch standen der Kommission: Das deutsche Weißbuch von 1914 und die erweiterte Ausgabe vom Mai 1915 zur Verfügung. Während das deutsche Weißbuch von 1914 in der Hauptsache eine in großer Eile und unter Schonung Österreichs abgefaßte Denkschrift enthielt, der einige Dokumente zum Teil mit Kürzungen und Umstellungen im Wortlaut als Anlage beigegeben waren, enthielt das deutsche Weißbuch von 1915 an 30 deutsche Dokumente.

Wie unvollständig das deutsche Material war, wird ohne weiteres klar, wenn wir es mit den von der deutschen Regierung im November 1919 herausgegebenen deutschen Dokumenten zum Kriegsausbruch, den sogenannten Kautsky-Akten vergleichen, die im ganzen 879 Dokumente aufweisen. Über die Unvollständigkeit des deutschen Weißbuchs von 1915 konnten die Mitglieder der Kommission wohl kaum im Zweifel sein. Auch durfte die Kommission vermuten, daß die in dem deutschen Weißbuch veröffentlichten Dokumente genau wie in ihren eigenen Farbbüchern zum Teil erheblich gekürzt und zur Wahrung des Schlüsseltextes paraphrasiert wiedergegeben worden sind. Daß dies nicht der Fall war, sondern in den veröffentlichten Dokumenten nur kleine, meist unwesentliche Änderungen und Auslassungen stattgefunden haben, ändert daran nichts [2]). Die Kommission hat es jedenfalls nicht für nötig erachtet, von der deutschen Regierung irgendwelches weiteres Urkundenmaterial für ihren Spruch über die Verantwortlichkeit der Mittelmächte am Kriege einzufordern.

Wie sehr einzelne mit Rücksicht auf Österreich im Jahre 1915 nicht veröffentlichte Dokumente zur Entlastung Deutschlands hätten beitragen können, soll hier nur an Hand einzelner Dokumentenstellen gezeigt werden, die der Kommission infolge Unkenntnis des deutschen Aktenmaterials vorenthalten blieben. So schrieb der Reichskanzler von Bethmann Hollweg zur persönlichen Orientierung des deutschen Botschafters in Wien, Herrn von Tschirschky, am 29. Juli unter anderem folgendes:

„In Petersburg erklärt sie (die österreichische Regierung. Der Verf.) territoriales Desinteressement, uns läßt sie ganz im unklaren über ihr Programm, Rom speist sie mit nichtssagenden Redensarten über die Kompensationsfrage ab, in London verschenkt Graf Mensdorff Teile Serbiens an Bulgarien und Albanien und setzt sich in Gegensatz zu den feierlichen Erklärungen Wiens in Petersburg. Aus diesen Widersprüchen

---

[2]) Siehe den Aufsatz von August Bach „Das erste deutsche Weißbuch", „Die Kriegsschuldfrage" Novemberheft 1925.

muß ich den Schluß ziehen, daß die in Telegramm Nr. 83 mitgeteilte Desavouierung des Grafen Hoyos für die Galerie bestimmt war, und daß die dortige Regierung sich mit Plänen trägt, deren Geheimhaltung vor uns sie für angezeigt hält, um sich auf alle Fälle der deutschen Unterstützung zu versichern und nicht durch offene Bekanntgabe einem eventuellen Refus auszusetzen“ [3]).

Am 30. Juli gibt der Reichskanzler an den Botschafter in Wien den Vorschlag Greys, eine Vermittlung zu vieren nach der Besetzung von Belgrad oder anderen Plätzen wieder aufzunehmen, unter folgendem Zusatz an den Botschafter weiter:

„Wir stehen somit, falls Österreich jede Vermittlung ablehnt, vor einer Konflagration, bei der England gegen uns, Italien und Rumänien nach allen Anzeichen nicht mit uns gehen würden und wir zwei gegen vier Großmächte ständen. Deutschland fiele durch Gegnerschaft Englands das Hauptgewicht des Kampfes zu. Österreichs politisches Prestige, die Waffenehre seiner Armee sowie seine berechtigten Ansprüche Serbien gegenüber, könnten durch Besetzung Belgrads oder anderer Plätze hinreichend gewahrt werden. Es würde durch Demütigung Serbiens seine Stellung im Balkan wie Rußland gegenüber wieder stark machen. Unter diesen Umständen müssen wir der Erwägung des Wiener Kabinetts dringend und nachdrücklich anheimstellen, die Vermittlung zu den angegebenen ehrenvollen Bedingungen anzunehmen. Die Verantwortung für die sonst eintretenden Folgen wäre für Österreich und uns eine ungemein schwere“ [4]).

Am gleichen Tage gibt der Reichskanzler eine Meldung des Grafen Pourtalès nach Wien weiter, die mit folgenden Worten schließt [5]):

„Wir können Österreich-Ungarn nicht zumuten, mit Serbien zu verhandeln, mit dem es im Kriegszustand begriffen ist. Die Verweigerung jeden Meinungsaustausches mit Petersburg aber würde schwerer Fehler sein, da er kriegerisches Eingreifen Rußlands geradezu provoziert, das zu vermeiden Österreich-Ungarn in erster Linie interessiert ist.

Wir sind zwar bereit, unsere Bündnispflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. Auch in italienischer Frage scheint Wien unsere Ratschläge zu mißachten.

Bitte sich gegen Graf Berchtold sofort mit allem Nachdruck und großem Ernst aussprechen.“

Diese Beispiele ließen sich natürlich durch eine Unzahl anderer Dokumente erweitern. Die wenigen Angaben dürften aber schon ausreichen, um zu zeigen, daß das Urteil der Versailler Richter über die Schuld am Kriege ohne Kenntnis dieser Dokumente nicht zutreffend sein konnte.

Wir wenden uns jetzt dem Österreichischen Rotbuch von 1915 zu.

---

[3]) Deutsche Dokumente Nr. 361.
[4]) Deutsche Dokumente Nr. 395.
[5]) Deutsche Dokumente Nr. 396.

Das österreichische Rotbuch 1915.

Hier liegen die Dinge ähnlich wie bei den deutschen Weißbüchern. Das österreichisch-ungarische Rotbuch, das der Kommission vorlag, war am 3. Februar 1915 abgeschlossen worden und enthielt 69 Dokumente. Wie unvollständig auch dieses Material war, ist daraus ersichtlich, daß die im September 1919 in drei Teilen erschienene Neuausgabe Ergänzungen und Nachträge enthielt, die zusammen 352 Dokumente ausmachen [6]). Auch in diesem Fall darf man von der Kommission ohne weiteres annehmen, daß sie über die Unvollständigkeit des ihr vorliegenden Dokumentenmaterials unterrichtet war, trotzdem hat die Kommission es nicht für notwendig erachtet, Schritte zu unternehmen, um weiteres Dokumentenmaterial zu erhalten.

Das englische Blaubuch 1914.

Die Sammlung enthielt 159 Dokumente, denen noch zwei Berichte der britischen Botschaft in Berlin und Wien sowie eine historische Einleitung hinzugefügt waren. Wie aus den Ende 1926 herausgegebenen britischen Dokumenten zum Kriegsausbruch mit ihren 677 Dokumenten festgestellt werden konnte, war auch diese Dokumentensammlung, obgleich sie wesentlich mehr Dokumente wie das deutsche Weißbuch und das österreichische Rotbuch enthielt, außerordentlich unvollständig. Dazu kommt noch, daß, wie sich aus einem Vergleich des englischen Blaubuchs von 1914 mit den britischen Dokumenten aus dem Jahre 1926 ergibt, von den 169 Dokumenten des englischen Blaubuchs etwa 100 Dokumente gekürzt oder „paraphrasiert" waren. Dabei handelte es sich keineswegs um Kürzungen, die Nebensächliches enthielten und sich etwa auf Raumersparnis zurückführen ließen, sondern die Auslassungen sind fast ausnahmslos solche Stellen, die einer starken Entlastung Deutschlands in der Kriegsschuldfrage hätten dienen müssen. Hier trifft die englische Regierung der Vorwurf, daß sie der Kommission Material zur Verfügung gestellt hat, über dessen Unvollständigkeit sie ebenso unterrichtet sein mußte wie darüber, daß die Auslassungen zu gänzlich falschen Auffassungen von seiten der Kommissionsmitglieder führen mußten. Die Kommissionsmitglieder, die sich der großen Verantwortung ihres Spruchs hätten bewußt sein müssen, haben, soviel wir wissen, nichts getan, um sich von der Vollwertigkeit der im englischen Blaubuch veröffentlichten Dokumente zu überzeugen.

---

[6]) In dieser Zahl sind einige Dokumente enthalten, die bereits im Jahre 1915 veröffentlicht worden sind.

Auch hier wollen wir durch Anführen einiger Beispiele zeigen, daß das Blaubuch von 1915 ungeeignet war, einen entscheidenden Spruch über die Schuld der Mittelmächte am Kriege abzugeben. Wir verweisen dabei zunächst auf die von uns im Januarheft dieser Zeitschrift unter Hervorhebung der ausgelassenen Stellen durch Rotdruck wiedergegebenen britischen Dokumente Nr. 101, 125 und 265. Diese Beispiele wollen wir hier noch durch das britische Dokument Nr. 132 ergänzen, eines der vielen Dokumente, das im Blaubuch 1914 nicht enthalten war, also auch der Kommission nicht vorgelegen hat, das aber für die Beurteilung der Schuldfrage nicht entbehrt werden kann [7]). Die entscheidenden Stellen sind hier durch Fettdruck hervorgehoben.

(34 450) Nr. 132.

Sir Edward Grey an Sir G. Buchanan.

Nr. 295. Vertraulich.

Auswärtiges Amt, den 25. Juli 1914.

Euere Exzellenz!

Ich teilte Graf Benckendorff heute mit, was ich diesen Morgen dem deutschen Botschafter über die Möglichkeit eines gemeinsamen Zusammenwirkens von Deutschland, Italien, Frankreich und England gesagt hatte, um den Frieden zu wahren, nachdem Österreich und Rußland mobilisiert hätten *).

Graf Benckendorff war sehr besorgt, meine Äußerungen möchten in Deutschland den Eindruck erwecken, als wären Frankreich und England uneins mit Rußland **).

Ich bemerkte, Frankreich und England würden meiner Anregung gemäß nicht uneiniger mit Rußland sein als Deutschland mit seinem Verbündeten Österreich. Ich hätte dem Fürsten Lichnowsky gegenüber betont, daß die Teilnahme Deutschlands an solch einer diplomatischen Vermittlung eine Hauptbedingung sei, und die Lage gestalte sich für Rußland gewiß nicht unbefriedigend, wenn Frankreich und England an sich hielten, vorausgesetzt, daß Deutschland ein Gleiches tue.

Graf Benckendorff drang darauf, ich solle Deutschland zu erkennen geben, daß wir im Kriegsfalle nicht unbeteiligt bleiben würden.

Ich erwiderte, ich hätte durch nichts zu verstehen gegeben, daß wir unbeteiligt bleiben würden; ich hätte dem deutschen Botschafter im Gegenteil gesagt, daß ich mich nicht zur Einmischung berechtigt fühle, solange es sich um einen Streitfall zwischen Österreich und Serbien handle, daß aber in dem Augenblick, wo er auf Österreich und Rußland übergreife, eine Frage des europäischen Friedens daraus würde, die

---

[7]) „Die Britischen Amtlichen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges 1898—1914", herausgegeben von Hermann Lutz, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte.

*) Nr. 116.

**) Eigentlich „von Rußland getrennt" (detached from Russia).

uns alle angehe. Ich wäre ferner bei meiner Unterredung von der Annahme ausgegangen, daß Rußland mobilisieren werde, während die deutsche Regierung bisher offiziell angenommen habe, daß Serbien keine Unterstützung erhalten würde; und meine Äußerungen müßten die deutsche Regierung veranlassen, die Sache ernst zu nehmen. **In der Tat verlangte ich von der deutschen Regierung, die die österreichischen Forderungen an Serbien unterstützt habe, sie solle, wenn Rußland gegen Österreich mobilisiere, Österreich auffordern, unter der Drohung der russischen Mobilmachung eine Einschränkung seiner Forderungen in Betracht zu ziehen.** Das zu tun wäre nicht leicht für Deutschland, selbst wenn wir gleichzeitig Rußland vereint ersuchen würden, eine Aktion aufzuschieben. Ich befürchtete auch, Deutschland würde antworten, daß seine Mobilmachung eine Frage von Stunden, die russische eine Frage von Tagen sei, **und daß ich tatsächlich verlangt hätte, Deutschland solle im Falle der russischen Mobilmachung gegen Österreich, anstatt gegen Rußland zu mobilisieren, seine Mobilmachung aufschieben und sich unserer Intervention in Wien anschließen, wodurch es seinen Zeitgewinn opfere; denn wenn die diplomatische Intervention fehlschlüge, würde Rußland mittlerweile Zeit für seine Mobilmachung gewonnen haben.** Es sei zwar richtig, daß ich direkt nichts darüber gesagt hätte, ob wir im Falle eines europäischen Konfliktes daran teilnehmen würden oder nicht, und ich könne das auch nicht sagen; aber mein der deutschen Regierung gemachter Vorschlag biete Rußland absolut keinen Anlaß für eine Klage, und ich befürchte nur, daß sich bezüglich seiner Annahme durch die deutsche Regierung Schwierigkeiten ergeben könnten. Ich hätte den Vorschlag auf meine eigene Verantwortung gemacht und bezweifle nicht, daß er der beste im Interesse des Friedens sei.

Ich bin usw.

E. Grey.

Das Dokument, das die denkbar schwerste Belastung für die Greysche Politik im Juli 1914 darstellt, sollte nach den späteren Erklärungen von Sir Edward Grey unter Nummer 28 des Blaubuchs erscheinen, es sei aber dann mit Rücksicht auf den russischen Botschafter in London im letzten Augenblick aus dem schon fertigen Satz gestrichen worden. Die angegebene Begründung mag dabei mitgesprochen haben oder nicht, sicherlich hat aber auch der Inhalt des Dokuments bei dieser Entschließung eine bedeutsame, wenn nicht ausschlaggebende Rolle gespielt. Wenn die Kommission dieses Dokument gekannt haben würde, hätte sie bei objektiver Prüfung zu der Schlußfolgerung kommen müssen, daß Sir Edward Grey bereits am 25. Juli die Russen zu einer Teilmobilmachung ermuntert und damit die Fortführung der von ihm später eingeleiteten Vermittlungsaktion selbst sabotiert hat.

Das Fehlen eines Dokuments unter Nr. 28 des Blaubuchs war bekannt, und hätte die Kommission bei gewissenhafter Arbeit die Vorlage des Dokuments fordern müssen.

Das französische Gelbbuch 1914.

Hier liegen die Dinge am schlimmsten. Das von der französischen Regierung am 1. Dezember 1914 herausgegebene Gelbbuch enthielt 159 Dokumente, von denen sechs aus dem Jahre 1913 stammen und dem propagandistischen Zweck dienten, den deutschen Militarismus in übertriebener Weise zur Darstellung zu bringen. Eines dieser sogenannten Dokumente bildete die gefälschte Denkschrift des Generals Ludendorff. Im übrigen trifft für das französische Gelbbuch dasselbe, nur in noch stärkerem Maße zu, was wir über das englische Blaubuch gesagt haben. Wenn wir auch zahlenmäßig heute noch nicht nachweisen können, wie unvollständig das französische Gelbbuch von 1914 gewesen ist, da die französischen Archive über den Kriegsausbruch immer noch verschlossen sind, gehen wir aber in der Annahme wohl kaum fehl, daß die von Frankreich nicht veröffentlichten Dokumente ebenfalls mehrere hundert Schriftstücke umfassen, die sicherlich längst veröffentlicht wären, wenn sie das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen brauchten. Ganz abgesehen von dieser Lückenhaftigkeit enthält das französische Gelbbuch aber nachweisbar mehrere Dokumente, deren Wortlaut sinnentstellend und in einer für Deutschland ungünstigen Weise gefälscht, ja sogar einzelne Dokumente vollständig frei erfunden sind. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf das von der „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen“ 1926 herausgegebene „Französische Gelbbuch von 1914“ [8]), in dem die nachweisbaren Fälschungen im einzelnen ersichtlich sind. Wir möchten nur noch hervorheben, daß von seiten der französischen Regierung bis jetzt nichts geschehen ist, um die nachgewiesenen Fälschungen, unter denen sich, wie bereits erwähnt, auch die mehrere Seiten umfassende Denkschrift des Generals Ludendorff befindet, auf welche Fälschung der General bereits im Jahre 1919 in einer besonderen Schrift [9]) hingewiesen hat, zu dementieren oder richtigzustellen.

Um die Irreführungen der Mitglieder der Kommission durch das französische Gelbbuch nachzuweisen, wollen wir hier nur den wirklichen und den frei erfundenen Text des französischen Gelbbuchs Nr. 118 aufführen. Die Meldung, die der französische Botschafter in Petersburg Paléologue an den Ministerpräsidenten und Minister des Äußern, Herrn René Viviani, über die russische Mobilmachung am 31. Juli abgegeben hat, lautete kurz und bündig:

---

[8]) Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte.

[9]) Ludendorff: „Französische Fälschung meiner Denkschrift von 1912 über den drohenden Krieg“. Ein Beitrag zur „Schuld“ am Kriege. Ernst Siegfried Mittler und Sohn, Berlin 1919, 24 S.

Nr. 318. Petersburg, den 31. Juli 1914.
Aufgegeben 10 Uhr 45 a. m.
Angekommen in Paris 8 Uhr 30 p. m.

Die allgemeine Mobilmachung der russischen Armee ist angeordnet.

Paléologue [10]).

Statt dessen enthielt das offizielle Gelbbuch von 1914 nachstehende Meldung:

„St. Petersburg, den 31. Juli 1914.

Auf Grund der allgemeinen Mobilmachung Österreichs und der von Deutschland seit sechs Tagen geheim, aber unausgesetzt betriebenen Mobilisierungsmaßnahmen ist der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung des russischen Heeres erlassen worden, da Rußland nicht ohne die schwerste Gefahr sich weiter zuvorkommen lassen kann; in Wirklichkeit entsprechen seine militärischen Maßnahmen nur den von Deutschland getroffenen.

Aus gebieterischen strategischen Gründen konnte Rußland, nachdem es erfahren hatte, daß Deutschland rüste, die Umwandlung der teilweisen Mobilisierung in die allgemeine Mobilisierung nicht länger hinausschieben. Paléologue."

Dieses frei erfundene Dokument setzt sich aus lauter Unwahrheiten zusammen: Die allgemeine österreichische Mobilmachung ist nach der russischen Generalmobilmachung angeordnet worden. Deutschland hatte beim Aufgaben dieses Telegramms weder „geheim" noch „unausgesetzt", geschweige denn seit sechs Tagen Mobilisierungsmaßnahmen angeordnet, von einem Zuvorkommen Deutschlands konnte also gar nicht die Rede sein. Dagegen war es genau umgekehrt, Rußland war Deutschland um mehrere Tage zuvorgekommen, da es seit dem 25. mit seinen Mobilmachungsmaßnahmen offiziell begonnen hatte.

Wir wenden uns jetzt dem russischen Orangebuch zu.

Das russische Orangebuch 1914.

Die russische Regierung hatte gleichzeitig mit der englischen Regierung am 6. August eine Dokumentensammlung über die Julikrisis herausgegeben. Eine große Menge dieser Dokumente war in einer für Deutschland nachteiligen Weise gekürzt worden. In sehr anschaulicher Weise wurden von deutscher Seite im Jahre 1922 „Die Fälschungen des russischen Orangebuches" von Freiherrn von Romberg [11]) herausgegeben. Die ganze Unvollständigkeit des

[10]) Wortlaut und Zeitangaben nach Pierre Renouvin: „Les Origines immédiates de la Guerre", S. 146.

[11]) Vergl. Frhr. von Romberg „Die Fälschungen des russischen Orangebuches", Walter de Gruyter & Co., Berlin 1922.

russischen Orangebuches von 1914 geht aus der von der „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen“ herausgegebenen neuen Ausgabe „Das russische Orangebuch von 1914“ [12]) hervor, das 227 Dokumente enthält, während das Orangebuch von 1914 überhaupt nur 79 Dokumente aufwies.

Um die Auslassungen innerhalb der einzelnen Dokumente des russischen Orangebuches an einem Beispiel hervortreten zu lassen, bringen wir die Meldung des russischen Geschäftsträgers in Frankreich, Sewastopulo, aus der Rombergschen Veröffentlichung zum Abdruck. Die ausgelassenen, der Kommission nicht bekannt gewordenen Stellen sind auch hier durch Rotdruck hervorgehoben.

Der Geschäftsträger in Frankreich
an den Minister des Äußern.
Telegramm Nr. 184. Paris, den 11./24. Juli 1914.

Die Abschrift der in Belgrad übergebenen Note wurde heute unter Hinzufügung ausführlicher Begründungen, welche bereits in den Zeitungen veröffentlicht wurden, durch den österreichischen Botschafter der französischen Regierung offiziell zur Kenntnis gebracht. Später besuchte der deutsche Botschafter den Minister *) und las ihm eine Mitteilung vor, in der die österreichischen Argumente angeführt waren und darauf hingewiesen war, daß Österreich, wenn Serbien sich weigern oder eine herausfordernde Haltung annehmen sollte, gezwungen sein würde, einen Druck auszuüben und im Notfalle auch zu militärischen Maßnahmen zu greifen; zum Schlusse wurde gesagt, Deutschland sei der Ansicht, daß diese Frage der unmittelbaren Entscheidung zwischen Österreich und Serbien unterliege und daß es im Interesse der Mächte sei, die Angelegenheit zu lokalisieren und [12a]) den an ihr interessierten Mächten zu überlassen. Deutschland wünscht heiß die Lokalisierung des Konfliktes, da die Einmischung einer anderen Macht auf Grund der bestehenden Verträge unberechenbare Folgen nach sich ziehen müsste. Der der Unterredung beiwohnende Direktor der politischen Abteilung **) fragte den Botschafter ob man den Schritt Österreichs für ein Ultimatum oder nur für eine mise en demeure halten müsse, mit anderen Worten, ob unvermeidlich kriegerische Handlungen folgen würden, wenn Serbien sich nicht bedingungslos den Forderungen Österreichs fügte. Der Botschafter wich der Antwort aus, indem er sich darauf berief, keine Instruktionen zu haben; aber aus seinem Ton konnte man ersehen, daß die Hoffnung auf eine Beilegung des Zwischenfalles durch österreichisch-serbische Verhandlungen nicht verloren ist. Wie mir Berthelot noch erzählte, hat der frühere Minister Pichon heute eine Unterredung mit dem österreichischen Botschafter gehabt, aus der er ebenfalls den Eindruck gewonnen hat, daß Österreich-Ungarn seinen Schritt nicht für ein bedingungsloses Ultimatum hält.

Sewastopulo.

---

[12]) Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte.

*) Bienvenu-Martin, französischer Justizminister, Stellvertreter des Ministers des Auswärtigen während dessen Besuches in Petersburg.

[12a]) Die letzten drei Worte fehlen bei Romberg.

**) Berthelot.

Um zu veranschaulichen, von welcher Wichtigkeit die ausgelassenen Dokumente teilweise waren, geben wir noch nachstehendes Telegramm aus der Rombergschen Veröffentlichung wieder:

Der Botschafter in Frankreich an den Minister des Äußern.
Telegramm Nr. 222. Paris, den 19. Juli/1. August 1914.

Ihr Telegramm über die Kriegserklärung Deutschlands an uns habe ich um 11 Uhr erhalten. Ich teilte es unverzüglich persönlich dem Präsidenten der Republik mit, der sofort den Ministerrat zusammenberief. Poincaré erklärte mir in der allerkategorischsten Form, daß sowohl er selbst als auch das gesamte Kabinett fest entschlossen seien, die Frankreich durch den Bündnisvertrag auferlegten Verpflichtungen völlig und ganz zu erfüllen. Hierbei entstünden jedoch eine Reihe überaus verwickelter Fragen, sowohl politischer als auch strategischer Natur. Vor allem ist laut der französischen Verfassung zur Kriegserklärung ein Beschluß des Parlaments erforderlich, zu dessen Einberufung man wenigstens zwei Tage brauche. Obwohl Poincaré an diesem Beschluß nicht zweifelt, würde er es vorziehen, eine öffentliche Debatte über die Anwendung des Bündnisvertrages zu vermeiden. Aus diesem Grunde und aus Erwägungen, die hauptsächlich England betreffen, wäre es besser, wenn die Kriegserklärung nicht von seiten Frankreichs, sondern von seiten Deutschlands erfolgte. Ferner muß man berücksichtigen, daß heute nur der erste Tag der französischen Mobilmachung ist, und daß es für beide Verbündeten vorteilhafter wäre, wenn Frankreich die militärischen Operationen erst beginnen würde, nachdem die Mobilisation schon weiter fortgeschritten wäre. Übrigens ist Poincaré überzeugt, daß Deutschland die Kriegserklärung Frankreichs nicht abwarten, sondern dieses unverzüglich angreifen wird, ohne ihm die Beendigung der Mobilmachung zu gestatten. Poincaré wird mich nach Beendigung der Erörterung aller dieser Fragen im Ministerrat sofort zu sich berufen, um mir das Ergebnis mitzuteilen.

Iswolski.

Im Anschluß hieran möchten wir darauf hinweisen, daß der ganze von Friedrich Stieve herausgegebene „Diplomatische Schriftwechsel Iswolski's" der Kommission nicht vorgelegen hat, ihr Urteil aber fraglos hätte stark beeinflussen müssen.

Das serbische Blaubuch von 1914.

Die serbische Regierung veröffentlichte am 18. November 1914 ein 52 Schriftstücke zählendes Blaubuch über die Zeit vom 29. Juli bis 6. August. Da eine vollständige Ausgabe der serbischen Dokumente über den Kriegsausbruch bis heutigen Tages nicht erschienen ist und auch vereinzelt Dokumente über den Kriegsausbruch in der Zwischenzeit nicht bekannt geworden sind, läßt sich ein Nachweis über die Unvollständigkeit des serbischen Blaubuches nicht erbringen. Trotzdem kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das serbische Blaubuch mindestens genau so lückenhaft ist wie die übrigen Farbbücher. So bringt das Blaubuch bei-

spielsweise aus dem gewiß sehr umfangreich und sicherlich aufschlußgebenden Telegrammwechsel Belgrad-Petersburg nur drei völlig nichtssagende Schriftstücke, und aus dem Depeschenwechsel Belgrad-Paris, der über die Mitwirkung Frankreichs bei der Abfassung der serbischen Antwortnote sehr aufschlußreich sein würde, nur zwei Dokumente, von denen das eine vom 2. Juli nur drei Zeilen umfaßt und das andere vom 4. Juli bedeutungslos ist. Infolge der heftigen Angriffe, die im Jahre 1924/25 anläßlich der Enthüllungen des ehemaligen Kultusministers Ljuba Jovanovitsch gegen die serbische Regierung wegen ihrer Mitwisserschaft beim Attentat von Sarajewo vorgebracht worden sind, hat die jugoslawische Regierung die Herausgabe eines neuen Blaubuches ankündigen lassen, ohne daß bis heutigen Tages auch nur ein einziges neues serbisches Dokument über den Kriegsausbruch veröffentlicht worden wäre. Aus diesem Grunde ist es uns auch nicht möglich, nachzuprüfen, ob die in dem serbischen Blaubuch nachgedruckten Dokumente den tatsächlichen Urkunden entsprechen. Nur auf einen heute schon nachweisbaren Fehler, über dessen Ursprung wir kein Urteil abgeben können, wollen wir aufmerksam machen.

Der Gesandte in Wien Jov. M. Jovanovitsch richtete am 16. 8. an den Ministerpräsidenten Pasitsch ein Schreiben, in dem er erwähnt, daß zu Beginn des Monats Juli in der Haltung Österreichs eine Änderung eingetreten sei und sagt in diesem Zusammenhang, daß der Generalstabschef Conrad von Hötzendorff bald im Süden, bald im Osten und dann im Norden der Monarchie war, „wo er sich mit dem deutschen Generalstabschef Graf von Moltke in Böhmen, ich glaube in Karlsbad, traf". (Serbisches Blaubuch Nr. 52.)

Diese Geschichte, die selbst im Jahre 1922 noch in der „Times" sogar von einem britischen Vizekonsul Mr. Gann[13]) kolportiert wurde, ist, wie aus den Veröffentlichungen des Feldmarschalls Conrad[14]) hervorgeht, sowie auf Grund anderer Feststellungen nachgewiesen werden kann, nicht richtig. Conrad sah Moltke zuletzt am 12. Mai.

Die sonstigen amtlichen Schriftstücke.

Neben diesen Dokumentensammlungen wurde von der Kommission, wie wir bereits erwähnt haben, zu ihrem Spruch über die Kriegschuldfrage noch „Das griechische Weißbuch" herangezogen. Eine nähere Kritik dieses Farbbuches dürfte sich erübrigen. Ferner

---

[13]) „Times" vom 1. Mai 1922.
[14]) Conrad, Band III, Seite 673.

lag der Kommission noch eine „Denkschrift der serbischen Delegation" vor, die mehrere Kapitel umfaßte und von der wir nur wissen, daß ihr auch Urkunden beigegeben waren, u. a. der Vertrag vom 24. August/6. September 1915 zwischen Österreich-Ungarn und Bulgarien [15]). Es wäre außerordentlich wertvoll, wenn diese bis jetzt nicht bekannte Denkschrift der serbischen Delegation veröffentlicht und damit der wissenschaftlichen Kritik zugänglich gemacht werden würde.

Der „Rapport" erwähnt ferner eine Stelle aus der Botschaft des Kaisers Franz Joseph an sein Volk. Wenn dieses Dokument auch das einzige ist, an dem eine Kritik nicht geübt werden kann, müssen wir leider feststellen, daß die Verfasser des „Rapports" den angeführten Text aus diesem Dokument dennoch falsch wiedergegeben haben. Nach dem „Rapport" lautet die angeführte Stelle: „Das ist die Tat einer kleinen irregeleiteten Menge", während der richtige Wortlaut des Dokuments lautet: „Der Wahnwitz einer kleinen Schar Irregeleiteter vermag jedoch nicht an den geheiligten Banden zu rütteln, die mich und meine Völker umschlingen, . . ." [16]).

Weiter wird im „Rapport" ein Bericht des Grafen Lerchenfeld vom 18. Juli angeführt. Dieser Bericht stammt nicht vom Grafen Lerchenfeld selbst, sondern von dem damaligen Geschäftsträger der bayerischen Gesandtschaft Legationsrat von Schoen. Zu dem Bericht selbst ist zu sagen, daß der Bericht, wie 1922 im Fechenbachprozeß festgestellt worden ist, „sich als eine Fälschung darstellt".

Der zweite angeführte Bericht des Grafen Lerchenfeld vom 31. Juli, „nach der Veröffentlichung von Kurt Eisner", war kein Bericht, sondern ein Telephonat der bayerischen Gesandtschaft in Berlin an das Ministerium des Äußern in München. Die Veröffentlichung des Textes nach Kurt Eisner zeigt ebenfalls eine Abänderung des wirklichen Textes, die als Fälschung gewertet werden muß.

Wir wollen aber nicht vergessen hervorzuheben, daß für die Fehlerhaftigkeit dieser hier angeführten Quellen nicht die Verfasser des „Rapports", sondern Kurt Eisner verantwortlich zu machen ist. Ob der Kommission die Fälschungen Eisners, der am 21. Februar 1919 ermordet wurde, bekannt geworden sind, konnten wir nicht feststellen.

Wir wenden uns jetzt dem nichtamtlichen Material zu.

---

[15]) Vergl. hierzu: Pribram „Austrian Foreign Policy 1908—18", London 1923, S. 90 u. 91, Burian „Drei Jahre aus der Zeit meiner Amtsführung im Kriege", Berlin 1923, S. 104.

[16]) Siehe Schultheß' Europäischer Geschichtskalender 1914, Seite 463.

Das nichtamtliche Material.

Wie wir eingangs erwähnt haben, handelt es sich hierbei um folgende Stücke: Die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky, die Denkschrift des Dr. Mühlon, das Buch des amerikanischen Botschafters in Konstantinopel H. Morgenthau „Secrets of the Bosphorus" (Geheimnisse des Bosporus), London 1918, und „Der entbalkanisierte Orient und Albanien" von Basry Bey.

Die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky.

Der deutsche Botschafter in London, Fürst Lichnowsky, hatte im Sommer 1916 private Aufzeichnungen, die für sein Familienarchiv bestimmt waren, gemacht, ohne daß ihm dabei Aktenmaterial oder Notizen aus der Zeit seiner amtlichen Tätigkeit zur Verfügung gestanden hätte. Diese Aufzeichnungen, denen er die Überschrift „Meine Mission in London" gab, hatte er an den Direktor der Hamburg-Amerika Linie Albert Ballin, an den Direktor der Deutschen Bank Arthur von Gwinner und an den Chefredakteur des „Berliner Tageblattes" Theodor Wolff gesandt. „Jeder von den Genannten hat — wie Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt" vom 25. März 1918 schrieb — die gefährliche Gabe im tiefsten Schreibtischfach verwahrt." Ein weiteres Exemplar geriet aber in die Hände eines Hauptmannes, der, ohne Wissen des Fürsten Lichnowsky, die Denkschrift vervielfältigen ließ und an hochstehende Persönlichkeiten versandte. Die Denkschrift gelangte hierbei auf irgendeinem Wege ins neutrale Ausland und wurde im März 1918 in dem schwedischen sozialistischen Organ „Politiken" veröffentlicht. Wie Fürst Lichnowsky seine Denkschrift selbst bewertete, geht aus einem an den Reichskanzler Graf Hertling gerichteten Brief des Fürsten vom 5. März 1918 hervor, den wir hier im Wortlaut wiedergeben [17]):

„Ew. Exz. ist es bekannt, daß rein private Aufzeichnungen, die ich im Sommer 1916 niederschrieb, durch einen unerhörten Vertrauensbruch den Weg in weitere Kreise gefunden haben. Zur Erläuterung der Angelegenheit darf ich nachstehendes berichten: Es handelt sich im wesentlichen um subjektive Betrachtungen über unsere gesamte Auslandspolitik seit dem Berliner Kongresse. Ich erblickte in der seitherigen Abkehr von Rußland und in der Ausdehnung der Bündnispolitik auf orientalische Fragen die eigentlichen Wurzeln des Weltkriegs. Daran anschließend unterzog ich auch unsere Marokko- und Flottenpolitik einer kurzen Beleuchtung. Meine Londoner Mission konnte hierbei naturgemäß um so weniger unberücksichtigt bleiben, als ich das Bedürfnis empfand, der Zu-

---

[17]) Schultheß' Europäischer Geschichtskalender (LIX. Band, I. Teil, 1922, Seite 120 f.).

kunft gegenüber und zu meiner eigenen Rechtfertigung die Einzelheiten meiner dortigen Erlebnisse und Eindrücke zu notieren, ehe sie meiner Erinnerung entschwanden. Diese gewissermaßen nur für das Familienarchiv bestimmten Aufzeichnungen, die ich ohne Aktenmaterial oder Notizen aus der Zeit meiner amtlichen Tätigkeit aus dem Gedächtnisse niederschrieb, glaubte ich einigen ganz wenigen politischen Freunden, zu deren Urteil ich das gleiche Vertrauen besaß wie zu ihrer Zuverlässigkeit, gegen die Zusicherung unbedingter Verschwiegenheit zeigen zu können. Leider hat einer dieser Herren ohne mein Wissen einem in der Politischen Abteilung des Generalstabes angestellten und mir unbekannten Offizier, der sich für die einschlägigen Fragen lebhaft interessierte, meine Schrift zu lesen gegeben. In völliger Verkennung der Tragweite seines Schrittes hat letzterer die Schrift vervielfältigt und an eine Reihe mir meist unbekannter Persönlichkeiten verschickt. Als ich den Unfug erfuhr, war es leider schon zu spät, um alle ausgegebenen Exemplare restlos einziehen zu können. Ich habe mich dem damaligen Reichskanzler, Herrn Dr. Michaelis, daraufhin zur Verfügung gestellt und ihm mein tiefstes Bedauern über die ganze peinliche Angelegenheit zu erkennen gegeben. In steter Fühlung mit dem Auswärtigen Amt bin ich seither bestrebt gewesen, der weiteren Verbreitung meiner Betrachtungen möglichst entgegenzuwirken, leider ohne den gewünschten Erfolg. Ew. Exzellenz wollen mir gestatten, mein bereits mündlich vorgebrachtes lebhaftes Bedauern über den höchst ärgerlichen Vorfall noch in dieser Form zu erneuern. In aufrichtiger Verehrung Ew. Exz. ganz gehorsamer gez. Lichnowsky."

Die Denkschrift kann daher nicht als ein abschließendes Urteil über die Auffassungen des Fürsten Lichnowsky zum Kriegsausbruch gelten, sondern stellt sich mehr als ein Entwurf dar, den die Mitglieder der Kommission nicht als Unterlage für ihren Bericht hätten verwenden dürfen [18]).

Die Denkschrift des Dr. Mühlon.

Es handelt sich hier um ein in Briefform abgefaßtes, an eine Reihe von Personen versandtes und später vervielfältigtes Rundschreiben eines Dr. Mühlon, der zur Zeit des Kriegsausbruches Mitglied des Kruppschen Direktoriums gewesen ist. Die Zeit der Abfassung des Briefes selbst ist uns nicht bekannt. Nach dem Brief ist Dr. Mühlon in der zweiten Hälfte Juli mit Dr. Helfferich und Herrn Krupp von Bohlen und Halbach zusammengewesen und erzählte angebliche Äußerungen dieser beiden Herren, aus denen er den Schluß zieht, daß es der deutschen Regierung im Jahre 1914 an dem Willen zum Frieden gefehlt habe. Nach Schultheß' Geschichts-

[18]) Zur Beurteilung der Denkschrift des Fürsten Lichnowsky verweisen wir auf die Bemerkungen des Staatssekretärs von Jagow vom 20. März 1918, die in der „Vossischen Zeitung" vom 24. März 1918 veröffentlicht worden sind. Die Kommission hätte also von dieser Kritik Notiz nehmen können.

kalender, Jahrgang 1918, I. Teil, dem wir diese und die folgenden Angaben entnehmen, haben sich, wie in der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages vom 16. 3. mitgeteilt wurde, die beiden Herren dahin geäußert, daß es sich bei Dr. Mühlon „um einen nervenkranken Mann handle, der schon zur Zeit seiner Tätigkeit in Essen nicht habe in einen Raum eintreten können, in dem mehrere ihm unbekannte Herren versammelt seien und der nach seinem Austritt aus dem Direktorium wiederholt mit seinen Nerven zusammengebrochen sei und längere Zeit ausschließlich seiner Erholung habe leben müssen. Eine absichtliche Schädigung des Vaterlandes durch denselben nehmen sie nicht an, widersprechen dagegen bestimmt den ihnen in den Mund gelegten Äußerungen, aus denen Dr. Mühlon seine Schlüsse ziehen wollte. Sie könnten seine Niederschrift nur als pathologisch bezeichnen."

Zur Richtigstellung des von mehreren Zeitungen abgedruckten Briefes von Dr. Mühlon veröffentlicht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 22. März 1918 folgende halbamtliche Darlegungen:

„Aus schriftlichen Äußerungen der beiden Herren, auf deren angebliche Mitteilungen Dr. Mühlon seine Darlegung stützt, ergibt sich als tatsächlicher Sachverhalt folgendes: Dr. Mühlon, damals Mitglied des Direktoriums der Firma Fr. Krupp Aktiengesellschaft, hatte im Juli 1914 eine Besprechung mit Dr. Helfferich, damals Direktor der Deutschen Bank, in der ihm der letztere mitteilte, daß sich die Deutsche Bank genötigt sähe, einige große Geschäfte, über die sie mit der Firma Krupp seit längerem in Unterhandlungen stände, angesichts der infolge des Mordes in Sarajewo bedrohlich gewordenen politischen Lage dilatorisch zu behandeln. Ebenso hat Herr Krupp von Bohlen und Halbach Anfang Juli gegenüber den Mitgliedern seines Direktoriums, die für die Versorgung der Firma mit Rohstoffen und Lebensmitteln zuständig waren, sich dahin ausgesprochen, er halte nach der Ermordung des Thronfolgerpaares die ganze politische Lage doch für ernst genug, daß es ihm geboten erscheine, Vorsorge für alle Fälle zu treffen. Die Erzählungen, mit denen Dr. Mühlon in seinem Brief diesen Sachverhalt ausschmückt und deren Tendenz dahin geht, Deutschland die Schuld am Kriegsausbruch zuzuschieben, werden sowohl von Herrn Dr. Helfferich als auch von Herrn Krupp von Bohlen-Halbach als unzutreffend und phantastisch zurückgewiesen. Der Stellvertreter des Reichskanzlers hat im Hauptausschuß des Reichstags hinzugefügt, daß eine Prüfung der Behauptungen der beiden Herren, soweit sie objektiv kontrollierbar gewesen seien, ergeben hat, daß die behaupteten Äußerungen nicht gefallen sein könnten, da sie mit den Tatsachen in unlösbarem Widerspruch ständen. Zur Sache selbst stellen wir folgendes fest: 1. Über einen angeblichen Kriegsrat oder Kronrat oder eine Konferenz unter Vorsitz S. M. des Kaisers und unter Beteiligung österreichisch-ungarischer Vertreter am Sonntag, den 5. Juli, scheinen schon vor Kriegsausbruch Gerüchte im Umlauf gewesen zu sein. Diese Gerüchte entbehren der Begründung. Weder am 5. Juli noch an einem anderen Tage in jener Zeit hat ein solcher Rat stattgefunden. 2. Die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn über die durch den Mord von Sarajewo geschaffene schwierige Lage sind ausschließlich vom Reichs-

kanzler und dem Auswärtigen Amt geführt worden. Die verfassungsmäßig zuständigen Instanzen tragen für den Gang dieser Verhandlungen formell und materiell allein die Verantwortung. 3. Die Politik der Kaiserl. Regierung war in vollem Einklang mit den Intensionen S. M. des Kaisers von Anfang an auf die Erhaltung des Friedens gerichtet. Allerdings konnte und durfte der Friede nicht durch die Preisgabe des verbündeten Österreich-Ungarn erkauft werden. In der Überzeugung, daß Klarheit und Offenheit in verwickelten Lagen die beste Politik ist, hat die Kaiserliche Regierung nach keiner Seite einen Zweifel darüber aufkommen lassen. 4. Ebensowenig hat die Kaiserliche Regierung speziell die russische Regierung darüber im unklaren gelassen, daß eine russische Mobilmachung nicht nur eine sofortige deutsche Mobilmachung, sondern aus zwingenden Gründen den Krieg bedeutet. 5. Innerhalb dieser durch Bündnis, Pflicht und Selbsterhaltung gegebenen Grenzen ist, wie oft genug dargelegt worden ist, von S. M. dem Kaiser und seiner Regierung bis zum letzten Augenblick das Menschenmögliche geschehen, um die Katastrophe abzuwehren. Wo die an dem Weltenbrand Schuldigen sitzen, hat der Suchomlinow-Prozeß auch für Zweifler, denen deutsche Aussagen und Dokumente allein nicht genügen, unumstößlich erwiesen."

Aus dem Mitgeteilten geht wohl ebenfalls zur Genüge hervor, zu welch fehlerhaften Schlüssen die Verfasser des „Rapports" kommen mußten, indem sie sich auf die erwähnten Ausführungen des Dr. Mühlon stützten. Neben dieser sogenannten Denkschrift Dr. Mühlons gibt es noch eine in Buchform erschienene Veröffentlichung „L'Europe dévastée" in französischer Sprache, die durch die Propaganda der Alliierten ebenfalls stärkste Verbreitung gefunden hat. Ob neben der „Denkschrift" auch das Buch des Dr. Mühlon von Mitgliedern der Kommission als Quelle benutzt worden ist, entzieht sich unserer Kenntnis.

Die übrigen nichtamtlichen Veröffentlichungen.

Wie wir bereits eingangs erwähnt haben, handelt es sich hier um die Schrift des amerikanischen Gesandten H. Morgenthau in Konstantinopel „Geheimnisse des Bosporus". Die Schrift selbst ist uns nicht bekannt, dagegen besitzen wir „Ambassador Morgenthau's Story" (Botschafter Morgenthau's Erzählungen), die 1918 in New York bei Doubleday Page u. Courtany herausgegeben worden ist, sowie eine französische Übersetzung dieses Buches unter dem Titel „Memoires de l'ambassadeur Morgenthau", die bei Payot & Cie, Paris, erschienen ist. Wir vermuten, daß es sich hierbei um die gleiche Veröffentlichung handelt und die der Kommission vorliegende Ausgabe die gleiche Schrift nur mit einem anderen Titel war.

Was das angeführte Buch Morgenthaus selbst anbelangt, verweisen wir auf die schneidende Kritik des amerikanischen Historikers Sidney B. Fay „Herrn Morgenthaus Legende vom Pots-

damer Kronrat", die im Februarheft 1925 unserer Zeitschrift veröffentlicht worden ist.

Die ferner im „Rapport" noch angeführte Schrift Basry Beys „Der entbalkanisierte Orient und Albanien" ist uns bis jetzt leider unbekannt geblieben. Über ihren Wert können wir daher ein Urteil nicht abgeben. Jedenfalls läßt sich aber hier so viel sagen, daß diese Schrift, selbst wenn es eine zuverlässige Quelle sein sollte, Entscheidendes für das Urteil des „Rapport" nicht enthalten haben dürfte.

* * *

Wir sind am Ende unserer Betrachtungen angelangt. Die wichtigsten Unterlagen für den „Rapport" bildeten die während des Krieges herausgegebenen Farbbücher. Diese Veröffentlichungen enthielten, wie wir gezeigt haben, durchweg nur einen geringen Bruchteil des vorhandenen Dokumentenmaterials und es waren die einzelnen Dokumente selbst durch Auslassungen und Umstellungen gekürzt und entstellt. Die Farbbücher der drei Großmächte England, Rußland und Frankreich zeigen dabei deutlich die Tendenz, das auszulassen, was ihre eigene Politik belastet, die Mittelmächte aber entlastet haben würde. Das „Französische Gelbbuch" enthielt außerdem noch gefälschte Dokumente, die dem gleichen Zweck dienten.

Die übrigen amtlichen Schriftstücke wiesen zum Teil einen unrichtigen Text auf, der auf Fälschungen beruhte, für die die Kommission zwar nicht verantwortlich gemacht werden kann. Bei der Auswahl der nichtamtlichen Schriftstücke zeigt sich bei der Kommission aber deutlich das Bestreben, Material zu verwerten, über dessen höchst zweifelhaften Wert sie für den vorliegenden Zweck unterrichtet sein mußte.

Wir kommen somit zu dem Ergebnis, daß die Kommission als Unterlage für ihren „Rapport" über die Verantwortung für den Weltkrieg Material verwendet hat, das im höchsten Grade unvollständig, lückenhaft, tendenziös, falsch und zum Teil sogar gefälscht war.

Daß auf Grund eines derartigen Materials ein auch nur einigermaßen zutreffendes Urteil über die Verantwortlichkeit am Kriege nicht abgegeben werden konnte, liegt auf der Hand. Es kommt noch hinzu, daß die Verurteilten nicht gehört wurden, das vorliegende Material demnach die alleinige Unterlage des Spruchs bildete.

Um das Ungeheuerliche dieser Tatsache zu begreifen, muß man sich vor Augen halten, was dieser „Rapport" bedeutete.

Auf ihn gründete sich das schwerwiegende Urteil von der Schuld an diesem Krieg, und auf diesem Schuldurteil wiederum beruht, wie die Alliierten selbst nachdrücklich und wiederholt hervorgehoben haben, der Versailler Friedensvertrag. Der „Rapport" bildet demnach eines der folgenschwersten Schriftstücke, die jemals verfaßt worden sind.

Wir möchten den Aufsatz nicht schließen, ohne an die Verfasser des „Rapports", die größtenteils noch heute im politischen Leben stehen, die Frage zu richten, ob sie unter Hinweis auf die Unzulänglichkeit und teilweise Verwerflichkeit des für den „Rapport" benutzten Materials noch zu ihrem Spruch stehen, und was sie selbst zu tun gedenken, um das Urteil einer Revision zu unterziehen.

Zum Rückversicherungsvertrag.

Von L. Raschdau.

Im Oktoberheft dieser Zeitschrift bringt der Wiener Professor Dr. Hans Übersberger eine Arbeit, betitelt Abschluß und Ende des Rückversicherungsvertrages, die sich in der Hauptsache auf das von der Sowjetregierung 1926 veröffentlichte Tagebuch des Grafen Lambsdorff stützt, der als Kabinettschef des Auswärtigen Ministers Giers wie kein anderer in der Lage war, die mit jenem Geheimvertrage zusammenhängenden Vorgänge auf russischer Seite zu beobachten. Diese Darstellung ist von nicht geringem historischen Interesse. Sie beleuchtet in voller Deutlichkeit die Stellung, die der Zar Alexander III. nicht bloß zu dem Vertrage, sondern auch zum deutschen Kaiser persönlich und zu Deutschland eingenommen hat. Es sind recht unerfreuliche Feststellungen, die da ans Licht kommen, und sie beweisen in vollem Maße die Berechtigung des Mißtrauens, das deutscherseits — und davon ist der große Kanzler nicht ausgeschlossen — in die Tragweite des Vertrages und die Zuverlässigkeit der Handelnden gesetzt worden ist.

Es ist nicht zu verwundern, wenn der Herr Verfasser angesichts dieser Feststellungen zu der Überzeugung gelangt, daß nur die machtvolle Persönlichkeit Bismarcks und sein ungeheures Ansehen im russischen Volk imstande gewesen war, auch wirklich die Geltung des Vertrages zu sichern, seinen Nachfolgern dies aber nicht gelungen wäre. Das ist genau und stellenweise wörtlich das Urteil, das ich seit Jahren in meinen Veröffentlichungen über den Geheim-

vertrag niedergelegt habe. Jetzt erfahren wir, daß selbst Lambsdorff das Zusatzprotokoll zu dem Vertrage gelegentlich als „töricht" bezeichnet hat, und es darf danach um so auffallender erscheinen, daß es zu einer solchen formellen Bindung Deutschlands in der bulgarischen und in der Meerengenfrage hat kommen können. Professor Übersberger billigt trotz seines eben angeführten Urteils keineswegs das Verhalten der Nachfolger, und das wird niemand tun, soweit es sich um die diplomatischen Formen der Lösung des Vertrages und unser kurz abweisendes Verhalten zu den wiederholten, so viel bescheidener gewordenen Anerbietungen des Ministers Giers handelt. Übersberger verhält sich in der Hauptsache rein referierend. Hier aber muß ich ihm in einem Punkt widersprechen. Er sagt, „daß Holstein und Marschall, aber ebenso Kiderlen und Raschdau gegen die Erneuerung des Vertrages in irgendwelcher Form waren". In solcher Fassung tut er mir Unrecht. Ich bin, verschieden von den Genannten, sowohl in der Konferenz vom 23. März wie in meinem inzwischen veröffentlichten Gutachten vom Mai 1890 für die Fortführung der Verhandlungen mit Rußland eingetreten, wenn ich mich auch gegen den Vertrag in seiner bisherigen Form aussprach. Wäre dieser Vorschlag, mit dem ich damals allein stand, angenommen worden, so wäre zunächst der peinliche Zwischenfall der Kompromittierung Kaiser Wilhelms anläßlich seiner Unterhaltung mit dem russischen Botschafter vermieden worden, und dann hätten die wiederholten Anregungen des Generals von Schweinitz zu einer Erledigung des Falls führen können, die uns das Odium der Auflösung des Vertrages abgenommen hätte.

Moltke und der Präventivkrieg.

Von Hermann Lutz.

Erster Teil.

Im Juniheft 1927 dieser Zeitschrift wendet sich Herr Oberstleutnant a. D. Theobald von Schäfer in dem Artikel „Wollte Generaloberst von Moltke den Präventivkrieg?" (Seite 543 ff.) gegen meine Auffassung von der Haltung Moltkes während der Julikrise 1914, wie ich sie in meinem Buche „Lord Grey und der Weltkrieg" (Berlin 1927) auf Grund der mir verfügbar gewesenen Belege dargelegt habe. Th. von Schäfer bemüht sich insbesondere, das „Kernstück" meiner Beweisführung, den bekannten Bericht des

bayerischen Militärbevollmächtigten in Berlin, Generalmajors von Wenninger, vom 29. Juli 1914 als unzutreffend zu entkräften; Wenninger habe seine „Eindrücke“ aus „dritter Hand“ erhalten und sein Bericht stehe im Widerspruch mit anderen Überlieferungen aus jener Zeit. Th. von Schäfer hat Ähnliches bereits in dem Organ „Deutscher Offizier-Bund“ vom 14. Dezember 1926, Seite 1510 bis 1512, ausgeführt (siehe „Die Kriegsschuldfrage“, Januar 1927, Seite 76 bis 78), aber ich vermisse in beiden Artikeln eine Angabe darüber, wer denn wohl die „dritte Hand“ war, aus der Wenninger, der als Generalleutnant im Felde fiel, seine „Eindrücke“ bezog, und ich vermisse vor allem eine Angabe über etwaige Versuche, die Berichte der damaligen Kollegen Wenningers, des württembergischen und des sächsischen Militärbevollmächtigten in Berlin, zur Kontrolle heranzuziehen.

Ich möchte von vorneherein feststellen, daß ich nicht das geringste Interesse daran habe, „belastendes“ Material über Moltke zusammenzusuchen; ich würde mich im Gegenteil herzlich freuen, wenn ich hier und in aller Welt auf Grund neuer Nachforschungen erklären könnte, daß ich mich in bezug auf Moltke als Generalstabschef getäuscht habe. Ich sage hier auch gar nicht, daß Wenninger am 29. Juli ganz zutreffend berichtet hat (das wird noch zu beweisen sein). Ich stelle jedoch mit allem Nachdruck die Forderung, daß, ehe die deutsche Forschung ein Dokument wie den Bericht Wenningers als ungültig beiseiteschiebt, sie alle möglichen Versuche unternommen haben muß, um den überzeugenden, auch für den Nichtdeutschen überzeugenden Nachweis zu erbringen, daß Wenninger falsch berichtet hat. Im Einklang mit dieser meines Erachtens auch für das Ansehen der deutschen Forschung ganz unerläßlichen Forderung habe ich, seitdem ich von der Absicht der „Kriegsschuldfrage“, den Artikel Schäfers gegen meine Auffassung zu veröffentlichen, Kenntnis erhalten, eine Reihe von Schritten zur Aufklärung getan, über die ich nachstehend, soweit zulässig, kurz berichte.

Das Bayerische Kriegsarchiv in München hat mir auf Anfragen vom 24. März und 9. April 1927 bereitwillig Auskunft und Fingerzeige gegeben. Im Nachlaß des Generalleutnants von Wenninger haben sich weder Briefe noch sonstige Aufzeichnungen gefunden, die aufklären könnten, von wem Wenninger um den 29. Juli 1914 seine „Eindrücke“ bezogen hat. Auch konnte nicht ermittelt werden, ob Wenninger damals etwa an vertraute Freunde geschrieben hat. Ein amtlicher Mitarbeiter Wenningers vermochte Sachdienliches nicht anzugeben. Der damalige bayerische Kriegsminister, an den die Berichte meist persönlich gerichtet waren, sah sich nicht in der

Lage, mir auf meine schriftliche Anfrage über die Zuverlässigkeit der Berichterstattung Wenningers irgendeinen Aufschluß zu geben. In der Hinterlassenschaft des damaligen bayerischen Gesandten in Berlin, Graf Hugo von Lerchenfeld, fand sich nichts über die Sache vor, und der damalige Legationsrat Hans von Schoen wußte gleichfalls nichts darüber anzugeben.

Nun heißt es eben in dem Bericht Wenningers vom 29. Juli 1914:

„Die drei Militärbevollmächtigten sind für ihre Information heute an den Chef A I (Oberstleutnant von Wrisberg) gewiesen worden, mit dem sie täglich zweimal (½11 Uhr vormittags und 6 Uhr nachmittags) zusammentreten. Heute vormittag wurde uns zunächst der Inhalt des gestrigen Telegramms an die drei Kriegsministerien . . . bekanntgegeben“ [1]).

Da der Bericht, wie aus einer Stelle deutlich hervorgeht, nach Mittag geschrieben wurde, kann man daraus folgern, daß hier die Quelle für die „Eindrücke“ Wenningers feststeht: nämlich die Abteilung A I des Kriegsministeriums, bezw. der spätere General von Wrisberg, der leider vor einigen Monaten plötzlich verschied, ehe ich mich an ihn wenden konnte. Ob tatsächlich Wrisberg die Informationsquelle war, wird sich vielleicht aus den Berichten der beiden Kollegen Wenningers ergeben. Sie zur Kontrolle heranzuziehen, ist ganz offensichtlich von allergrößter Wichtigkeit für die Frage: hat Wenninger recht oder falsch berichtet, und welche Unterlagen hatten die drei Militärbevollmächtigten für ihre Berichte. Um diese vermutlich ausschlaggebenden Dokumente zuzüglich der einschlägigen Gesandtenberichte von der württembergischen und der sächsischen Regierung zu erhalten, habe ich schon am 22. April 1927 in eingehend begründeten Gesuchen die ersten Schritte getan. Bedauerlicherweise pflegen derlei Dinge sich nicht rasch abzuwickeln, weshalb ich vorerst nicht imstande bin, den Hauptpunkt der Meinungsverschiedenheit zwischen Th. von Schäfer und der „Kriegsschuldfrage“ einerseits und meiner Wenigkeit andererseits zu klären, soweit die Haltung Moltkes im Juli 1914 in Betracht kommt. Ich darf aber heute schon die Zuversicht zum Ausdruck bringen, daß die erwähnten Akten der Forschung in nicht zu ferner Zeit an einer geeigneten Stelle zur Verfügung stehen werden [2]).

---

[1]) „Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch“, herausgegeben von Dr. P. Dirr, dritte erweiterte Auflage, München 1925, Seite 222. Einklammerungen von Wenninger.

[2]) Um Mißdeutungen vorzubeugen, sei folgendes festgestellt. Die vorliegende Arbeit habe ich schon am 14. Juni 1927 der „Kriegsschuldfrage“ zugeleitet, die sich vordem bereit erklärt hatte, meine Entgegnung zu ver-

Inzwischen ist es geboten, einige Ausführungen über die Haltung Moltkes während des vorausgegangenen Jahrzehnts zu machen.

Je mehr ich mich mit Generaloberst Helmuth von Moltke beschäftige, desto mehr festigt sich in mir der Eindruck, daß man den Menschen Moltke vom Offizier, insbesondere vom verantwortungsbeladenen Generalstabschef, trennen muß. Unzweifelhaft war Moltke ein vornehmer Charakter und an sich ganz und gar kein kriegslüsterner Eisenfresser. In seinen Briefen stehen nicht wenige Stellen über die Greuel eines Krieges, die ewig als Zeugnisse für das edle Menschentum Moltkes dienen werden. Auch ist heute keine Frage mehr, daß Moltke seiner Aufgabe nicht gewachsen war, daß er das fühlte und daß er schwer an der großen Verantwortung trug, die ihm als Träger eines berühmten Namens aufgebürdet wurde. Ferner ist zu berücksichtigen, daß Moltke schon einige Zeit vor Kriegsausbruch sehr leidend war.

Im Sommer 1905 hat sich Moltke wiederholt entschieden ablehnend über einen Krieg geäußert [3]). Auch nachdem er an Neujahr 1906 Chef des Generalstabes geworden war, d. h. im weiteren Verlauf der Marokkokrise und während einer militärisch überaus günstigen Zeit für einen Präventivkrieg, im Sommer 1906, ist die Friedensliebe der militärischen Spitzen in Berlin, worunter Moltke gerechnet werden muß, von Lord Haldane, dem damaligen britischen Kriegsminister, bezeugt [4]). Anders im Frühjahr 1909. Th. von Schäfer hat das private Schreiben Moltkes an Conrad von Hötzendorf vom 19. April 1909 ausführlich behandelt, und ich stimme ganz mit ihm darin überein, daß hierbei folgende wichtige Punkte zu berücksichtigen sind: das Schreiben war die Antwort auf einen Brief Conrads vom 10. April; die bosnische Krise, der Anlaß zu dem Schriftwechsel, war eben beigelegt worden (bekanntlich hatte Conrad damals zu einem Krieg gegen Serbien gedrängt); folglich konnte das tiefste Bedauern Moltkes über die verpaßte Gelegenheit

---

öffentlichen. Inzwischen habe ich (Ende August) die Nachricht erhalten, daß mir jetzt die Militärbevollmächtigten-Berichte in Abschrift zur Verfügung stünden. Ihre Verwertung darf zunächst aber nur für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Reichstags erfolgen. Ich habe jedoch allen Grund zur Annahme, daß meine Darstellung im Grey-Buch sich als zutreffend erweisen wird. Man wolle sich aber mit einem Endurteil über Moltke gedulden, bis die Nachforschungen abgeschlossen sind und auch Herr von Schäfer Gelegenheit gehabt hat, zu den neuen Dokumenten Stellung zu nehmen.

[3]) „Erinnerungen — Briefe — Dokumente", herausgegeben von Eliza von Moltke, Stuttgart 1922, Seite 331, 332, 333, 334, 336, 337, 338.

[4]) Viscount Haldane, „Before the War", London 1920, Seite 26.

in keiner Weise etwa anreizend auf Conrad oder kriegfördernd wirken; und schließlich war Moltke ja „fest überzeugt", daß die Lokalisierung des österreichisch-serbischen Krieges gelungen wäre. Man muß aber doch den darauf folgenden Nachsatz Moltkes gebührend einschätzen, den auch Schäfer anführt und der lautete:

„Selbst wenn Rußland aktiv geworden wäre und ein europäischer Krieg sich entwickelt hätte, wären die Vorbedingungen für Österreich und Deutschland jetzt besser gewesen, als sie in einigen Jahren voraussichtlich sein werden." [5])

Gewiß ist daraus weder der Wunsch noch der Wille Moltkes zu entnehmen, einen europäischen Krieg zu erleben oder ihn gar herbeiführen zu helfen, sondern es handelt sich da um eine für den verantwortlichen Chef des Generalstabs natürliche Betrachtung über die jetzige Lage im Vergleich zu einer vermutlichen späteren Lage; aber das Zitat kommt doch dem nunmehrigen Einverständnis mit einem europäischen Kriege gleich, der durch einen von Österreich-Ungarn als notwendig erachteten Präventivkrieg gegen Serbien hervorgerufen worden wäre [6]).

Im Sommer 1911, während der zweiten Marokkokrise, ist bei Moltke ebenfalls ein Wechsel im Unterschied zu den Jahren 1905 bis 1906 zu verzeichnen. Er schrieb am 19. August 1911:

„Die unglückselige Marokko-Geschichte fängt an, mir zum Halse herauszuhängen. Es ist gewiß ein Zeichen lobenswerter Ausdauer, unentwegt auf Kohlen zu sitzen, aber angenehm ist es nicht. Wenn wir aus dieser Affäre wieder mit eingezogenem Schwanz herausschleichen, wenn wir uns nicht zu einer energischen Forderung aufraffen können, die wir bereit sind mit dem Schwert zu erzwingen, dann verzweifle ich an der Zukunft des Deutschen Reiches. Dann gehe ich. Vorher aber werde ich den Antrag stellen, die Armee abzuschaffen und uns unter das Protektorat Japans zu stellen, dann können wir ungestört Geld machen und versimpeln" [7]).

---

[5]) Feldmarschall Conrad, „Aus meiner Dienstzeit 1906—1918", Band I, Wien 1921, Seite 165.

[6]) Rückschauend schrieb Moltke im Februar 1913: „Es war unmittelbar nach der bosnischen Annektionskrisis, kann auch Herbst 1909 gewesen sein. Der General von Conrad vertrat wieder einmal sehr lebhaft seinen Standpunkt, man hätte die Gelegenheit ausnutzen sollen, um mit Serbien endgültig abzurechnen — er mag ja unter Berücksichtigung der damaligen Schwäche Rußlands wohl recht gehabt haben." („Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914", herausgegeben von J. Lepsius, A. Mendelssohn Bartholdy und Friedrich Thimme, 34. Band, Berlin 1926, Nr. 12 793.)

[7]) „Erinnerungen" usw. Seite 362.

Ich bin weit davon entfernt, diese für die Öffentlichkeit nicht bestimmte Niederschrift auf die Goldwage zu legen. Auch kann man nicht den Wunsch nach einem Kriege, von einem Präventivkrieg ganz zu schweigen, aus diesen im Unmut hingeworfenen Zeilen entnehmen. Dagegen scheinen mir die darin zum Ausdruck kommende Nervosität und die Verdrossenheit über die sinkende Machtstellung Deutschlands beachtenswert zu sein.

Während der Balkankriege, insbesondere zu Beginn des Jahres 1913, hat sich Moltke dann wieder für den Frieden ausgesprochen. Zu der Anfang Februar 1913 nach Berlin mitgeteilten Äußerung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Franz Ferdinand, man müsse jetzt ruhig zusehen und die Balkanstaaten „sich gegenseitig die Schädel verhauen lassen", machte Moltke die Randbemerkung: „Wenn der Erzherzog das will, dann soll er den Konfliktsstoff mit Rußland aus der Welt schaffen, d. h. die galizischen Korps demobilisieren. Zum Zusehen braucht man keine mobile Armee" [8]). Und wenige Tage später, am 10. Februar 1913, schrieb er im Einverständnis mit der Reichsleitung u. a. an Conrad, er sei nach wie vor der Ansicht, daß ein europäischer Krieg über kurz oder lang kommen müsse, „der Angriff muß aber von den Slawen ausgehen" [9]). Auch dies Schreiben hat Schäfer behandelt. Indes sagte der deutsche Militärattaché Graf Kageneck am 27. April 1913 zu Conrad, „daß Kaiser Wilhelm nicht für den Krieg sei, ebenso seien breite Kreise dagegen, im Generalstab wäre man aber von der Unvermeidlichkeit dieses Krieges überzeugt und rechne mit ihm, also auch mit dem Kriege gegen Rußland" [10]). Das deckt sich noch mit Moltkes Schreiben vom Februar 1913, wennschon ein bestimmterer Ton unverkennbar ist, der durch Graf Kageneck persönlich angeschlagen worden sein mag. Wie verhält es sich jedoch mit der Mitteilung Kagenecks am 2. Mai 1913, „daß Deutschland absolut zur Monarchie halte und für die große Austragung des Konfliktes wäre" [11])? Wir haben hier einen offensichtlichen Widerspruch mit dem zitierten Brief Moltkes vom Februar 1913. Man muß dabei beachten, daß Kageneck allgemein von „Deutschland" sprach (angenommen, die Aufzeichnung Conrads war in dieser Hinsicht genau), und unter diesen allgemeinen Begriff brauchte Moltke nicht zu fallen, obwohl Kagenecks amtliche Stellung auf den Generalstab hinwies. Aber da der Fall zweifelhaft ist, scheint mir

[8]) „Große Politik", 34. Band, Nr. 12 788.
[9]) Conrad Band III, Wien 1922, Seite 146—147; „Große Politik", 34. Band Nr. 12 824, Anlage.
[10]) Conrad Band III, Seite 275.
[11]) Conrad Band III, Seite 294. Sperrung von Lutz.

diese Mitteilung Kagenecks nicht als Beleg für Präventivkriegsgedanken bei Moltke im Jahre 1913 verwertbar zu sein; immerhin ist der Widerspruch beachtenswert. Dem ist nachzutragen, daß sich Moltke im Juli 1913 brieflich nochmals für den Frieden und zugleich voll Abscheu über die von den Balkanvölkern aneinander verübten Greueln geäußert hat [12]).

Aus den eingangs erwähnten Gründen ist es mir vorerst nicht möglich, die Haltung Moltkes im Jahre 1914 abschließend zu behandeln. Zwei irrige Behauptungen Schäfers seien aber jetzt schon herausgegriffen, damit ich den zweiten Teil dieser Arbeit nicht unnötig belasten muß.

Schäfer bemerkt auf Seite 548, man weise im Zusammenhang mit der Darlegung über Moltkes Kriegswillen „auch darauf hin, daß Moltke nach den im Winter abgeschlossenen Vereinbarungen mit Italien auf dessen Hilfe bestimmt gerechnet habe", was Schäfer jedoch ernstlich in Zweifel zieht; er meint, in der „Kriegsschuldfrage" brauche nicht weiter nachgewiesen zu werden, daß von Moltke „kein unbedingtes Vertrauen zur tatsächlichen Durchführung der Zusagen des italienischen Generalstabschefs hatte", und er sagt dazu in Anmerkung 14, „alles Wissenswerte hierüber" enthalte der Aufsatz des Oberstleutnants Wolfgang Foerster „Die deutsch-italienische Militärkonvention" im Maiheft 1927 dieser Zeitschrift, Seite 395 ff. Ich bin nicht dieser Meinung, da Herr Foerster dort meines Erachtens wichtiges einschlägiges Material außer acht gelassen hat. Freilich hat sich Moltke im Frühjahr 1914 wiederholt sehr skeptisch über die italienischen Zusicherungen geäußert, aber schließlich hat sich offenbar bei ihm doch die bestimmte Erwartung auf die aktive Hilfe Italiens durchgesetzt. Am 30. Juli 1914 berichtete der bayerische Gesandte in Berlin nach einem Gespräch mit Bethmann Hollweg, „Italien stehe zum Dreibund und habe nur eine gewisse Modifikation seiner Hilfeleistung angekündigt" [13]). Tags darauf telegraphierte Graf Lerchenfeld: „Stellung Italiens und Rumäniens noch unklar, aber Hoffnung, daß Italien beim Dreibund, Rumänien neutral bleibt" [14]). Am gleichen Tage schrieb Lerchenfeld ferner: „Von Italien glaubt man, daß es bei dem Dreibund beharren

[12]) „Erinnerungen" usw. Seite 373, 374. Moltke schrieb am 22. Juli 1913 über die Bulgaren: „Sie sind nach den von ihnen verübten Greueltaten nicht mehr als kriegsführender Staat, sondern als eine Horde von Verbrechern zu betrachten . . . die reinen Hunnen" (Seite 374).

[13]) Bayerische Dokumente Nr. 55.

[14]) Bayerische Dokumente Nr. 66.

werde, daß es aber bei dieser Gelegenheit etwas erwerben wolle“ [15]). Erst am 1. August ist in Berlin die Hoffnung auf Italien geschwunden [16]). Und wenn man einwendet, daß es sich da um die Reichsleitung, nicht aber um den Generalstab gehandelt habe, dann wolle man nur in mehreren Berichten Wenningers nachlesen, welche Verstimmung der Ausfall Italiens in Berlin erzeugt hat [17])

Doch man braucht all das gar nicht als entscheidend für Moltke anzusehen, da wir eine Aufzeichnung von ihm selbst haben, die jeden Zweifel beheben sollte. Er schrieb nämlich im November 1914 in einer Art Rechenschaftsbericht:

„Seit Jahren stand die Entente dem Dreibund feindlich gegenüber. Daß letzterer bei der Probe des Ernstfalles versagen, daß Italien seinen bindenden Verpflichtungen nicht nachkommen werde, war allerdings nicht zu erwarten. Noch im Vorjahr des Krieges waren die schon früher bestehenden Abmachungen zwischen Italien und Deutschland revidiert und erneuert worden, noch im Frühjahr 1914 waren diese Abmachungen in bindender Form erneut festgelegt. Italien hatte sich verpflichtet, im Falle des Krieges zwischen Deutschland und Frankreich 2 Kavallerie-Divisionen und 3 Armeekorps Deutschland zur Verfügung zu stellen, der als Führer dieser Hilfstruppen bestimmte General Zuccari hatte mich in Berlin aufgesucht, der Transport der Truppen war unter Mitwirkung des österreichischen Generalstabes ausgearbeitet. Alles war genau besprochen. Ebenso war ein Marineabkommen zwischen Deutschland, Italien und Österreich formell abgeschlossen und unterzeichnet, nach dem eine gemeinsame Aktion der österreichischen und italienischen Flotte unter Hinzutritt der bei Ausbruch des Krieges im Mittelmeer anwesenden deutschen Schiffe stattfinden sollte. Alle diese Abmachungen waren so klar und so bindend getroffen, daß ein Zweifel an der Bundestreue Italiens kaum entstehen konnte. Die darüber entstandenen Aktenstücke, die von italienischer Seite namens der Regierung abgegebenen Erklärungen, die die Zustimmung des Königs erhalten hatten, liegen in unseren Archiven. — Trotzdem hat Italien sein Wort gebrochen. Es erklärte seine Neutralität und setzte sich gleichmütig über alle Verträge hinweg. Ein schmählicherer Wortbruch ist vielleicht in der Geschichte nicht zu finden [18]).

[15]) Bayerische Dokumente Nr. 71.

[16]) Bayerische Dokumente Nr. 74, 78.

[17]) Bayerische Dokumente, Berichte Wenningers Nr. 10, 11, 13, 15.

[18]) „Erinnerungen“ usw., Seite 8—9. Vgl. Conrad Band IV, Seite 377. In bezug auf ein Schreiben Moltkes vom Mai 1914, das schon in der Schrift „Hat der deutsche Generalstab zum Kriege getrieben“, Berlin 1919, auszugsweise veröffentlicht und nun auch von Schäfer herangezogen wurde (Seite

Es geht denn doch wirklich nicht an, derartige Zeugnisse unbeachtet zu lassen oder als nebensächlich zu behandeln. Wer diese Einzelausführungen aus der Feder Moltkes, wenig mehr als drei Monate nach Kriegsausbruch niedergeschrieben, liest, kann sich der Überzeugung nicht erwehren, daß Moltke bestimmt auf die Hilfe Italiens gerechnet hat[19]). Das hat mir kürzlich ein ehemaliger Generalstabsoffizier aus eigener Sachkenntnis bestätigt; er war nämlich gleich zu Kriegsbeginn ins Elsaß beordert und erhielt den Befehl, die Fühlung mit den anschließenden Italienern aufzunehmen. Das erregte damals seine Verwunderung, weil er persönlich nicht an die Hilfe Italiens geglaubt hat. Auch sei hier darauf verwiesen, daß selbst Conrad von Hötzendorf, der in früheren Jahren den Präventivkrieg gegen Italien wollte, 1914 annahm, „daß Italien dem Wesen seiner Bundespflichten voll entsprechen würde“ [20]).

549—550), muß auffallen, daß dort zwar von Frankreich, Rußland, Rumänien und Österreich, aber nicht von Italien die Rede ist. Geschieht das in dem nicht veröffentlichten Teil? Wenn ja, in welcher Weise? Wenn nein, aus welchen Gründen nicht?

[19]) Das wird durch eine Reihe von Zeugnissen im dritten Bande Conrads erhärtet. Der österreichische Militärattaché in Berlin berichtete am 20. Mai 1913: „Exzellenz von Moltke versicherte mir, wie schon wiederholt, daß er ... die feste Überzeugung von der vollen Loyalität Italiens gewonnen hat“ (Seite 328). Moltke am 29. Juni 1913 schriftlich an Conrad: „. . . ich habe die volle Überzeugung gewonnen, daß er (Pollio) und seine Regierung in loyalster Weise auf dem Boden des Dreibundes stehen“ (Seite 425). Über den Beginn des Jahres 1914 hat Conrad in bezug auf Italien geschrieben (Seite 598): „Ob man diesen Verpflichtungen traute oder nicht, sie waren nicht von der Hand zu weisen; vor allem auch, weil Deutschland auf sie baute und sie für den operativen Kalkül im Kriegsfalle in Rechnung stellte.“ Anfangs Mai 1914 „betonte Graf Waldersee“, wie der österreichische Militärattaché in Berlin berichtete, „erneuert seinen Eindruck von der vollsten Loyalität des italienischen Generalstabes“ (Seite 668). Und Mitte Mai 1914 „betonte“ Moltke im Gespräch mit Conrad nach dessen Aufzeichnung, „daß er von der wirklichen Loyalität der italienischen offiziellen Kreise, speziell General Pollios, überzeugt sei“ (Seite 671; siehe ferner Seite 87, 368 f., 609). Man beachte, daß es sich da nicht allein um die Person Pollios gehandelt hat, sondern daß der deutsche Generalstab ausdrücklich die italienischen offiziellen Kreise, die italienische Regierung einbezogen hat.

[20]) Conrad Band IV, Wien 1923, Seite 111; vgl. Seite 120 und 154 sowie das Interview, das Conrad im Juli 1919 einem Vertreter des Wiener Korrespondenzbüros gewährt hat, zitiert von Emile Bourgeois im „Rapport de la Commission d'Enquête sur les Faits de la Guerre“, Sénat Nr. 704, Paris 1919, Seite 74, deutsche Ausgabe: „Die Ursachen und die Verantwortlichkeiten des Großen Krieges“ von Emile Bourgeois und Georges Pagès, herausgegeben von Bernhard Schwertfeger, Berlin 1926, Seite 73. Ferner berichtete der bayerische Gesandte in Wien am 2. August: „. . . über die Treulosigkeit Italiens herrscht in dem kleinen Kreise an Eingeweihten höchste Indignation“ (Bayerische Dokumente Nr. 79).

Bei dem zweiten Irrtum handelt es sich gar nicht um Moltke, ich muß aber darauf eingehen, da Herr Theobald von Schäfer den Punkt auf Seite 556 hereinzog. Dort heißt es, der Kanzler „hat — wie es Lutz ausdrückt — ‚mit allen Kräften gegen die Militärs gebremst', und zwar ‚mit vollem Erfolg'" [21]). Dann fährt Schäfer fort:

„Leider übersieht Lutz, daß er (Bethmann Hollweg) dadurch auch die Mitverantwortung auf sich genommen hat für den verunglückten Aufmarsch des österreichisch-ungarischen Heeres und dessen schlimme Folgen für die Kämpfe in Ostgalizien wie an der serbischen Front."

Ich muß gestehen, daß mich diese Stelle wirklich erstaunt hat. Mein Gegner steht mit seinem Irrtum allerdings nicht allein; merkwürdigerweise wird der Irrtum gerade von militärischer Seite immer wieder begangen [22]). Um endgültig damit aufzuräumen, muß ich näher darauf eingehen.

Baron von Conrad hatte seit seiner Ernennung zum Generalstabschef stets den Fall im Auge, daß sich aus einem Balkankrieg durch das Eingreifen Rußlands ein allgemeiner Krieg entwickeln würde. Demgemäß gestaltete er den Aufmarsch. Feldmarschall Conrad hat bereits im 1. Band seines Erinnerungswerkes auf den Seiten 409 und 410 anläßlich der bosnischen Krise den Fall auseinandergesetzt. Analog dazu heißt es im 3. Bande von „Aus meiner Dienstzeit" in dem Abschnitt „Konkrete Kriegsvorbereitungen 1913" auf Seite 534:

---

[21]) Bekanntlich hat Generalmajor von Wenninger am 29. Juli 1914 aus Berlin berichtet: „Diesen treibenden Elementen gegenüber (Kriegsministerium und Generalstab) bremst der Reichskanzler mit allen Kräften und wünscht alles zu vermeiden, was ... den Stein ins Rollen bringen könnte" (Bayerische Dokumente Seite 221, Einklammerung von Lutz). Unmittelbar an diese Stelle anschließend habe ich in meinem Grey-Buch geschrieben: „Die Reichsleitung hat aber nicht nur vom Abend des 28. Juli ab „mit allen Kräften" gegen die Militärs gebremst, sondern sie hat das — was sehr viel wichtiger ist — mit vollem Erfolg getan." Der Schlußteil des Satzes bezieht sich also darauf, daß der Reichskanzler mit vollem Erfolg alles vermieden hat, was den Stein hätte ins Rollen bringen können. Wie aus meinem Buch hervorgeht, handelte es sich dabei um die „Schuld"frage: was ist von verantwortlicher deutscher Seite geschehen, um den europäischen Krieg zu verhindern, was ist geschehen, um ihn zu fördern.

[22]) So heißt es in dem vom Reichsarchiv bearbeiteten Werk „Der Weltkrieg 1914—1918", 1. Band, Berlin 1925, Seite 34: „Inzwischen aber war für das österreichisch-ungarische Heer durch den vorher eingeleiteten Aufmarsch gegen Serbien eine Lage entstanden, aus der der Frontwechsel gegen Rußland nur noch unter Zeitverlust ausführbar war. So war auch die Donaumonarchie mit dem Beginn ihres Aufmarsches den Russen gegenüber um mehrere Tage in Nachteil geraten." Das ist nachweisbar unrichtig und erweckt einen falschen Eindruck.

„Ich komme jetzt auf eine der wichtigsten Maßnahmen bezüglich des Aufmarsches.

Sie entsprang der Befürchtung, daß die zögernde Politik, nachdem sie die Zeit der Schwäche Rußlands ungenützt hatte verstreichen lassen, nunmehr die Monarchie in jene Lage bringen würde, die ich stets als die gefährlichste[23]) erachtet habe. Nämlich, daß Österreich-Ungarn zuerst[23]) in einen kriegerischen Konflikt am Balkan gebracht, zur Mobilisierung und Aktion gegen Serbien gezwungen, in der Folge aber von Rußland angegriffen werden würde. Es handelte sich für diesen Fall darum, von den bereits in Versammlung gegen Serbien begriffenen Kräften die für den russischen Kriegsfall, also nach Galizien bestimmten Kräfte dahin zu überführen, sobald der Krieg gegen Rußland einsetzen würde. Dem entsprechen zu können, waren diese Kräfte für den Aufmarsch gegen Rußland als Queue-Korps instradiert, so daß sie, wenn auch vorher gegen Serbien versammelt, den vorerst im Transport nach Galizien begriffenen Korps ohne Zeitverlust nachrollen konnten“[24]).

Es handelte sich dabei um die 2. Armee, und der Frontwechsel war, wie der Chef des Eisenbahnbüros am 1. April 1913 zu Conrad sagte, „am leichtesten bis zum fünften Mobilisierungstag durchführbar“; „dann ginge es noch bis zum sechzehnten Mobilisierungstag, nach Beginn der Operationen gegen Serbien würde es aber immer schwieriger“ (III, Seite 535).

Im österreichisch-ungarischen Ministerrat am 7. Juli 1914 bemerkte daher Conrad auf Fragen des Kriegsministers:

„Es ist möglich, zuerst gegen Serbien zu mobilisieren und erst nachträglich, wenn sich die Notwendigkeit dazu ergibt, auch gegen Rußland; auch ist dieser Fall vorbereitet; doch müßte die Entscheidung hierüber bald (etwa bis zum fünften Mobilisierungstag) erfolgen; dann wäre auch im Aufmarsch gegen Rußland kein wesentlicher Zeitverlust zu besorgen. Später würde es immer schwieriger“[25]).

Am 26. Juli sagte Conrad zu Graf Berchtold, „es wäre erwünscht, bis zum 4., längstens 5. August“ Klarheit über das Verhalten Rußlands zu gewinnen[26]); am 28. Juli antwortete er aber dem österreichisch-ungarischen Außenminister, daß er „bis 1. August

---

[23]) Sperrung von Conrad.

[24]) Sperrung von Lutz. Man beachte „ohne Zeitverlust“.

[25]) Band IV Seite 53—54. Einklammerung von Conrad. Man beachte „kein wesentlicher Zeitverlust“.

[26]) Band IV Seite 132.

wissen müßte, ob wir auch zum Krieg gegen Rußland gezwungen seien, da, wenn dies bis dahin nicht feststünde, alle Transporte gegen Serbien abrollen würden“ [27]).

Bekanntlich ist dann die Entscheidung auch bis 1. August gefallen. Dazu Conrad:

„Im übrigen waren unserseits die konkreten Kriegsvorbereitungen derart getroffen, daß, wenn bis zum fünften Tag der Mobilisierung gegen Serbien (und das war der 1. August) der Kriegsfall gegen Rußland einträte, die Überführung der anfänglich gegen Serbien versammelten 2. Armee nach Galizien noch ohne wesentlichen Zeitverlust erfolgen konnte, wie es ja auch tatsächlich geschehen ist“ [28]).

Conrad kommt immer wieder auf diesen Umtransport zu sprechen, so auf Seite 267 und 303, wo es heißt:

„Der ganze Aufmarsch gegen Serbien konnte am 11. August beendet sein. Der Kalkül ergab, daß die aus diesem Aufmarsch nunmehr nach Galizien zu transportierenden Truppen dort genau zur selben Zeit einzutreffen vermochten, als wenn sie direkt von ihren Mobilisierungsstationen dahin befördert worden wären. Nur folgende Truppen konnten noch vom Ablauf gegen Süden zurückgehalten und direkt nach Norden geführt werden: 19. I.-D., 20. I.-D., 26. I.-D., 11. K.-D., 36., 102. Ls.-B., 4., 7., 9. M.-B., ferner 10. I.-D., 95. Ls.-B. und das III. Korps“ [29]).

Conrad schrieb daher auch am 3. August 1914 an Helmuth von Moltke:

„Was die gegen Süden gerichteten Transporte anlangt, so waren diese bereits im Rollen, als durch die dezidierte Stellungnahme Deutschlands der große Krieg entfesselt wurde [30]); wir hatten

---

[27]) Band IV Seite 137.

[28]) Band IV Seite 157. Einklammerung von Conrad, Sperrung von Lutz. Man beachte „ohne wesentlichen Zeitverlust . . . tatsächlich geschehen . . .“

[29]) Sperrung von Lutz. Man beachte, daß von der 2. Armee direkt nach Galizien befördert wurden: 1 Korps, 4 Infanterie-Divisionen, 1 Kavallerie-Division und 6 Brigaden.

[30]) Dieser grobe Irrtum Conrads dürfte dadurch entstanden sein, daß für ihn weder die russische Teilmobilmacnung noch die österreichisch-ungarische allgemeine Mobilmachung den Krieg mit Rußland bedeutete, wie das auch vollkommen der russisch-französischen Militärkonvention entsprach. Anders mit der Mobilmachung Rußlands, Frankreichs und Deutschlands: sie bedeuteten ohne weiteres den Krieg. Siehe darüber mein Grey-Buch Seite 236 ff. und 243 ff. Die Entfesselung des Weltkrieges erfolgte daher durch Rußland.

da nur mehr die Wahl, die bereits rollende Bewegung zu inhibieren oder sie auslaufen zu lassen, um darauf erst die unten angelangten Truppen nach Galizien zu transportieren; ersterer Modus hätte zu einem Chaos geführt; wir haben daher letzteren gewählt, um so mehr, als damit eine wirksame Drohung gegen Serbien verbunden ist und keine nennenswerte Verspätung in der Versammlung im Norden eintritt.

Wir hatten nämlich in Voraussicht des Falles, welcher jetzt tatsächlich eingetreten ist, dafür Vorsorge getroffen, daß die nur für einen großen Krieg gegen Serbien bestimmten Korps bei einem später notwendig werdenden Krieg gegen Rußland im Transport als Queue-Korps laufen, so daß diese Korps, wenn sie nicht gegen Süden gelaufen wären, den Beginn ihres Abtransportes in ebenso langer Dauer in ihren Mobilisierungsstationen hätten abwarten müssen, als die Dauer ihres Transportes nach Süden und von dort wieder nach Galizien beträgt. Es resultierten als Nachteil daher nur die Unbequemlichkeiten und Kosten einer längeren Bahnfahrt[31])."

Mir ist, offen gesagt, nicht verständlich, daß von deutscher militärischer Seite — ich verweise oben auf Fußnote *22* — das hier nicht einmal vollständig herangezogene Beweismaterial[32]) aus demjenigen Werk, das doch für den vorliegenden Fall von ausschlaggebendem Gewicht ist, so wenig beachtet wird.

Hierzu noch ein Nebenpunkt. Nach Conrads Plänen durfte, wie wir sahen, beim Umtransport der *2.* Armee ein nennenswerter Zeitverlust nicht entstehen und ist nach seiner Angabe auch nicht entstanden. Das ist so jedoch nicht zutreffend. Ich sehe dabei von der Frage ab, welche Verzögerungen etwa auf dem Bahntransport entstanden sind, da die gleichen Verzögerungen ja wohl auch beim direkten Transport erfolgt wären. Auf jeden Fall konnten diese Verzögerungen keine wesentliche Rolle spielen. Dagegen

[31]) Band IV Seite *323—324*. Sperrungen von Lutz. Vgl. Seite *321* die gleichlautenden Notizen Conrads zu dem Schreiben.

[32]) Heinrich Kanner bemerkt in seiner Schrift „Der Schlüssel zur Kriegsschuldfrage", München 1926, Seite 88, Conrad habe den Umtransport der *2.* Armee, „diesen Trick seines Operationsplanes" an „zahlreichen Stellen seines Werkes — wir zählen deren mindestens 16 im vierten Band — mit dem Ausdruck der größten Selbstzufriedenheit" erwähnt und expliziert. Mir scheint, daß Schäfer bei manchen seiner Bemerkungen diese Schrift Kanners im Auge hat. Dazu möchte ich feststellen, daß ich die Ausführungen Kanners in entscheidenden Fragen ganz und gar nicht teile, wenn er auch hinsichtlich des Umtransportes der *2.* Armee, soweit oben behandelt, recht hat; siehe bei Kanner Seite *36, 42, 87—88*.

steht fest, daß beträchtliche Teile der 2. Armee verspätet nach Galizien gelangten. Das hatte offenbar Herr von Schäfer bei dem Versehen im Auge, das mir passiert sein soll. Wie verhält es sich nun damit? Der Leser braucht da nur den 4. Band Conrads von Seite 434 an achtsam durchzusehen und er wird folgendes feststellen: Feldzeugmeister Potiorek wollte ehrgeizigerweise einen entscheidenden Schlag gegen Serbien führen und bestürmte Conrad, ihm dazu Teile der 2. Armee (außer der ganzen 5. und 6., die ihm gegen Serbien zur Verfügung standen) zu überlassen. Das gelang Potiorek trotz dem hartnäckigen Widerstande Conrads durch Mittel, deren Erörterung hier zu weit führen würde [33]). So geschah es, daß, wie Generalstabsoberstleutnant a. D. Rudolf Kißling-Wien im Märzheft 1927 dieser Zeitschrift auf Seite 237 richtig bemerkte, „das k. u. k. IV. Korps der 2. Armee gegen den Willen des Chefs des Generalstabes südlich der Save eingesetzt" wurde und „dadurch verspätet nach Galizien" kam, „was für den Ausgang der ersten Schlacht bei Lemberg von folgenschwerer Bedeutung war [34]).

Wie Herr Oberstleutnant von Schäfer bei der geschilderten Sachlage meinen kann, daß Bethmann Hollweg sich durch sein „Bremsen" mitverantwortlich gemacht habe für den „verunglückten Aufmarsch des österreichisch-ungarischen Heeres und dessen schlimme Folgen für die Kämpfe in Ostgalizien wie an der serbischen Front": das ist mir ein Rätsel, auf dessen Lösung ich gespannt bin. Aber wie die Erklärung auch sein mag, ich glaube, den Lesern der „Kriegsschuldfrage" hier den geschichtlich einwandfrei feststehenden Sachverhalt in bezug auf den Umtransport der 2. Armee von der serbischen an die galizische Front nachgewiesen zu haben.

Erwiderung.

Von Theobald von Schäfer.

Zum vorstehenden Aufsatze „Moltke und der Präventivkrieg" von Hermann Lutz schicke ich voraus, daß es mir bei meinen Ausführungen im Junihefte dieser Zeitschrift fern gelegen hat, Lutz' Grey-Buch anzugreifen, das mir durch seinen reichen Quellennachweis durchaus begrüßenswert schien. Ich schrieb, es sei erfreulich, daß Lutz bis auf einen geringen Rest von der Auffassung abrücke, daß Moltke den Präventivkrieg gewollt habe. Sein

[33]) Siehe z. B. Conrad Band IV Seite 113.

[34]) Man beachte vor allem auch Kißlings Ausführungen im Juniheft 1926 der „Kriegsschuldfrage", Seite 376.

vorstehender Aufsatz läßt mich aber zweifeln, ob ich mich darin nicht getäuscht habe. — Nun zu den Einzelheiten, wobei ich den Hauptgegenstand ans Ende setze:

Herr Lutz glaubt zwei „Irrtümer“ in meiner Darstellung gefunden zu haben! — Um hier Klarheit zu schaffen, bin ich leider genötigt, auf Fragen näher einzugehen, von denen die eine mit dem Hauptgegenstande nur noch in losem, die andere in gar keinem Zusammenhange steht.

1. Italienische Hilfe.

Lutz behauptet im Gegensatz zu meiner Darstellung, daß Moltke mit der Hilfe Italiens sicher gerechnet habe, und meint, Wolfgang Foerster, auf dessen Aufsatz ich mich bezog, habe „wichtiges einschlägiges Material außer acht gelassen“. Als solches führt Lutz zunächst Stellen aus den Bayerischen Dokumenten im Wortlaut an. Die aber beziehen sich — wie er selbst zugibt — sämtlich auf die Auffassung der Reichsleitung, beweisen also für Moltke nichts. Noch weniger beweisen die Stellen über Verstimmung wegen der Haltung Italiens in den Wenninger-Berichten, auf die Lutz hinweist, ohne ihren Wortlaut anzuführen. In ihnen ist aber gar nicht — wie man nach Lutz annehmen könnte — von Verstimmung beim Generalstabe, sondern nur ganz allgemein von Verstimmung in Berlin die Rede!

Wenn Lutz ferner mitteilt, daß ein deutscher Generalstabsoffizier noch Anfang August 1914 das Eintreffen der Italiener im Elsaß vorbereiten sollte, so beweist auch dieser Vorgang nichts, denn es lag in der Natur der Dinge, daß die Mobilmachungsvorarbeiten auch das Eintreffen der Italiener umfaßten und daß die einmal vorbereiteten Maßnahmen auch planmäßig abrollten. Schlüsse irgendwelcher Art können also aus dieser Reise nicht gezogen werden, selbst wenn außer der Fahrt des einen Offiziers etwa auch noch die Durchführung weiterer gleichgerichteter Maßnahmen erfolgt wäre.

Dann aber bringt Lutz als wichtigstes Beweismaterial das, was Moltke im November 1914 in „einer Art Rechenschaftsbericht“ geschrieben habe. Diese Stelle ist allerdings in Foersters Aufsatz in der Kriegsschuldfrage nicht angeführt, da sich der dortige Aufsatz auf das vor Kriegsausbruch entstandene Material beschränkt. Wohl aber hat Foerster in ihm ausdrücklich auf eine vorausgegangene Veröffentlichung im „Deutschen Offizierbund“ verwiesen, die gerade von der erwähnten November-Aufzeichnung Moltkes ausgeht und nachweist, daß Moltkes Auffassung über die Zuverlässigkeit der italienischen Hilfe bis zum Kriege anders gewesen ist, als wie sie sich dem von seiner Stellung enthobenen Generalstabschef bei

Niederschrift seines „Rechenschaftsberichtes“ rückschauend darstellte. Die nachträgliche Niederschrift hat also keineswegs die Beweiskraft, die Lutz ihr beimißt. Im übrigen steht auch in ihr nichts davon, daß Moltke mit der Durchführung der Truppensendungen gerechnet habe, sondern nur, daß an der „Bundestreue Italiens“ kaum ein Zweifel entstehen konnte.

Lutz' Ausführungen über Moltke und Italien gehen eben zu einem erheblichen Teile an den meinigen überhaupt vorbei, denn im Zusammenhange meiner Darlegungen kam es auf die vom italienischen Generalstabschef zugesagte wirksame aktive militärische Hilfe durch Truppensendung nach Deutschland an, da an der Alpenfront gegen Frankreich bekanntlich nicht viel zu machen war. Wirksame italienische Hilfe war aber für das Mobilmachungsjahr 1914 — wie ich schrieb — auch im besten Falle erst so spät zu erwarten, daß man den Krieg beginnen mußte, „als ob die Italiener überhaupt nicht kämen“ [1]). In ähnlichem Sinne hat Moltke dann auch noch am 2. August, als er vom Auswärtigen Amte die endgültige Klärung der Haltung Italiens forderte, ausgeführt: „Ich lege keinen Wert darauf, daß Italien die uns zugesagten Truppensendungen nach Deutschland in vollem Umfange erfolgen läßt. Kann Italien der allgemeinen politischen Lage wegen nur ganz geringe Truppen nach Deutschland entsenden, und sei es selbst nur eine Kavalleriedivision, so genügt mir dies. Es kommt nicht darauf an, daß Italien uns mit starken Kräften aktiv unterstützt, sondern darauf, daß der Dreibund als solcher im Kriege geschlossen auftritt. Das ist erreicht mit der geringst denkbaren Truppenentsendung“ [2]).

2. Aufmarsch des österreichisch-ungarischen Heeres.

Lutz stützt sich ausschließlich auf das Werk des Feldmarschalls Grafen Conrad, dessen Darstellung er im Gegensatz zu der des amtlichen Kriegswerkes des Reichsarchivs für zutreffend hält. Dazu ist zu sagen:

Die Conradsche Darstellung enthält wie alle Memoirenwerke gewisse Einseitigkeiten. Aber selbst aus den von Lutz angeführten Sätzen dieser Darstellung ergibt sich, daß der große Balkanaufmarsch für einen späteren Aufmarsch in Galizien Zeitverlust (wenn nach Conrad auch nur geringen) mit sich gebracht hat. Conrad schrieb aber auch [3]): „Wenn . . . . der Entschluß Deutschlands

[1]) Moltke an Conrad, vom 13. März 1914 (Conrad III, S. 609 ff.).

[2]) Deutsche Dokumente Nr. 662. — Im Entwurf für ein Schreiben Moltkes vom Mai 1914 ist von Italien überhaupt nicht die Rede: damit sei die Frage in Anm. 18 von Lutz beantwortet.

[3]) Conrad, IV. S. 157.

zum Kriege gegen Rußland früher erfolgt wäre, wären von Haus aus alle K. u. K. Streitkräfte außer der gegen Serbien und Montenegro bestimmten Minimalgruppe nach Galizien gerollt. Das anfänglich zögernde Verhalten Deutschlands sprach also dabei mit." — Er wies ferner am 1. August hin auf die „großen Schwierigkeiten, welche dadurch entstehen, daß die Transporte nach Süden bereits im Laufen sind, was vor zwei Tagen noch hätte inhibiert werden können" [4]). Diese beiden Stellen mag Lutz übersehen haben. Er scheint aber auch übersehen zu haben, daß alles, was er aus Conrads Werk vorbringt, bei der Darstellung des österreichisch-ungarischen Aufmarsches im II. Bande des amtlichen Kriegswerkes [5]) längst verarbeitet ist, allerdings (wie dort auch erkenntlich gemacht) unter gleichzeitiger Benutzung anderer wichtiger Quellen und unter Mitwirkung bester Kenner der Verhältnisse in Wien.

Im übrigen höre man, was Feldmarschalleutnant Ritter v. Hoen schreibt, der verstorbene Direktor des Wiener Kriegsarchivs, im Felde Leiter des Pressequartiers bei Conrad [6]): „Daß der Aufmarsch gegen Serbien nun schon den zweiten Tag rollte, bedeutete eine schwere Komplikation. Die Bereitstellung der Eisenbahnen für die Massentransporte erforderte viel mehr Zeit, als ohne diesen Zwischenfall nötig gewesen wäre. Der am 31. Juli erlassene allgemeine Mobilmachungsbefehl setzte deshalb erst den 4. August als 1. Mobilisierungstag fest." Als sich Conrad in der Nacht vom 31. Juli zum 1. August über diesen Zeitverlust klar wurde, wollte er zum Ausgleich die 2. Armee auf der Eisenbahn kehrtmachen lassen, damit sie am Anfang, statt wie sonst vorgesehen am Ende, der Transportbewegung nach Norden rolle. Das aber stellte sich als technisch unmöglich heraus. Der Aufmarschtransport gegen Rußland hat daher tatsächlich erst am 6. August begonnen!

„Der Aufmarsch der 2. Armee gegen Serbien bedeutete auch in anderer Hinsicht eine Belastung der Entschlußkraft der obersten Führung", schreibt Hoen ferner [7]). Die Versammlung so starker Kräfte im Süden sei einem Wink des Schicksals gleichgekommen, dort reinen Tisch zu machen und sich im Norden einstweilen ver-

[4]) Conrad, IV. S. 159; Sperrung auch dort!

[5]) S. 24 ff. — Lutz bekämpft das in Band I in einen Satz zusammengefaßte Ergebnis dieser ausführlichen Darstellung.

[6]) M. Schwarte: Der große Krieg 1914—1918, Bd. V, „Der österreichisch-ungarische Krieg" S. 19 f.

[7]) a. a. O. S. 20.

teidigungsweise zu verhalten. Solcher Versuchung hat Conrad zwar widerstanden, er hat aber doch nicht zu verhindern vermocht, daß Teile der 2. Armee zunächst im Süden in den Kampf geworfen wurden und dann durch Verluste geschwächt teilweise erst mit großer Verspätung, teilweise überhaupt nicht mehr nach Galizien kamen.

All dieses zusammen „brachte Österreich-Ungarn ganz um den Vorteil, den es sonst infolge seiner rascheren Mobilisierung und kürzeren Aufmarschdauer Rußland gegenüber als Ausgleich für seine zahlenmäßige Unterlegenheit hätte ausnutzen können“ [8]).

Es kann danach kein Zweifel darüber sein: Deutschlands bis zum äußersten getriebene Friedensliebe hat mit dazu beigetragen, daß in Österreich-Ungarn militärische Maßnahmen getroffen wurden, die sich in den entscheidenden Kämpfen überaus schädlich auswirkten.

Ich komme zum eigentlichen Gegenstande der Erörterung:

Wollte Moltke den Präventivkrieg?

Es will mir scheinen, daß Lutz dieser Frage doch nicht ganz so unbefangen gegenübersteht, wie er es im Eingang seiner Ausführungen hinstellt, indem er schreibt, er würde sich „herzlich freuen“, wenn er auf Grund neuer Forschung erklären könnte, daß er sich in seinem Urteil über Moltke als Generalstabschef getäuscht habe. Wenn dem so wäre, vermöchte ich nicht einzusehen, warum er für die Zeit bis kurz vor Kriegsausbruch, für die er schon in seinem Grey-Buche keinen Willen zum Präventivkriege bei Moltke gefunden hat, nochmals alles zusammenträgt, was doch für einen solchen sprechen könnte, um dann zum Schluß — so ist die Wirkung auf den Leser — nur wegen Mangels an Beweisen einstweilen zu einem Freispruch zu kommen.

Lutz' jetzige Ausführungen nötigten mich nun dazu, seine Beweisführung näher nachzuprüfen. Dabei ergab sich folgendes: Er schrieb in seinem Grey-Buche, aus dem Wenninger-Bericht sei für Moltke der „Wille zum Präventivkrieg einwandfrei erwiesen, wofür noch weitere Zeugnisse vorliegen. Es war die allenthalben übliche militärische Denkweise, die in Anbetracht der Lage vom militärischen Standpunkt aus begreiflich ist“ [9]). Das zu beweisen reicht aber der Wenninger-Bericht nicht aus, und die „weiteren Zeug-

[8]) Rudolf Kißling: „Die österreichisch-ungarischen Kriegsvorbereitungen und die Mobilisierungsmaßnahmen gegen Rußland 1914“. Kriegsschuldfrage Juni 1926 S. 376.

[9]) „Lord Grey und der Weltkrieg“ S. 230. Was ich hier gesperrt wiedergab, ist dort durch besonderen Druck hervorgehoben.

nisse“ erst recht nicht. Lutz gibt als solche den Hinweis auf nicht weniger als 16 verschiedene Buchstellen. Wer sich die Mühe macht, ihren Wortlaut festzustellen, findet kaum in einer von ihnen ein „weiteres Zeugnis“ für Moltkes Willen zum Präventivkrieg. Für einige Stellen gibt Lutz das in seinen jetzigen Ausführungen auch selbst zu; einige zeigen, daß Moltke die Ansicht vertrat, die militärische Lage der Mittelmächte werde sich mit der Zeit nicht bessern, sondern verschlechtern; andere enthalten nur allgemeine Redensarten oder Vermutungen, eine überhaupt nichts, was mit der Frage in Zusammenhang steht. Aber auch der I. Band des Reichsarchivwerkes wird als Zeugnis für Moltkes Präventivkrieg-Willen herangezogen. Es kann nur die Stelle gemeint sein[10]): „So konnte der deutsche Generalstabschef dem Kriege, den er für unvermeidlich hielt, stets nur mit berechtigter ernster Sorge entgegensehen. Den Krieg herbeizuwünschen oder herbeizuführen, lag ihm völlig fern.,.“ Wie Lutz darin ein weiteres „Zeugnis“ für den Willen zum Präventivkrieg bei Moltke sehen kann, ist mir unverständlich.

Die entscheidende Stützung seiner Auffassung erwartet Lutz jetzt aus Dokumenten, die der Öffentlichkeit bisher nicht zugänglich waren und auch jetzt noch nicht zugänglich sind. Daß solche Erwartung in Erfüllung geht, möchte ich bezweifeln. Selbst wenn das neue Material ergeben sollte, daß Moltke sich in den aufgeregten letzten Julitagen bei irgendwelcher Gelegenheit in einem Sinne geäußert hat, der Wenningers „Eindrücke“ zutreffend erscheinen lassen könnte, sie vielleicht erst hervorgerufen hat, so würde solche Äußerung gegenüber allem, was dagegen steht, noch nicht viel beweisen. In diesen Tagen höchster Spannung kann man sich nicht an jedes einzelne Wort klammern, das im Wechsel der Eindrücke und Erwägungen vielleicht einmal gefallen ist, sondern es kommt darauf an, welchen Standpunkt der Generalstabschef an entscheidender Stelle, also gegenüber Kaiser und Kanzler, amtlich vertreten hat. Da aber ist von einem Drängen zum K r i e g e niemals die Rede, es handelt sich immer nur um S i c h e r h e i t gegenüber den Maßnahmen der Gegner. Schließlich aber stand am 29. Juli wirklich nicht mehr zur Frage, den K r i e g h e r b e i z u f ü h r e n, sondern nur noch, ob man d e r d r o h e n d e n G e f a h r a u s w e i c h e n o d e r i h r d i e S t i r n b i e t e n s o l l t e. Moltkes Auffassung war damals ebenso wie im Januar/Februar 1913: W e n n d e r K r i e g u n s a n g e t r a g e n w i r d, d a n n i n G o t t e s N a m e n d r a u f; d e r A n g r i f f m u ß a b e r v o m G e g n e r a u s g e h e n.

[10]) „Der Weltkrieg 1914—1918“, Bd. I, S. 24.

MONATSBERICHT.

AMERIKA.

Pashitch, the Last of the Balkan Pashas. By Hamilton Fish Armstrong.

„Current History", Juli 1927.

Der Verfasser gibt ein Bild der Persönlichkeit von Nikola Pasitsch. Hamilton Fish Armstrong erwähnt hierbei auch, daß Pasitsch im Frühjahr 1925 ihm selbst gegenüber wiederholt habe, daß die bekannten Enthüllungen von Ljuba Jovanowitsch eine Lüge gewesen seien.

Wir bedauern, daß Herr Hamilton Fish Armstrong nicht auch Gelegenheit genommen hat, Herrn Ljuba Jovanowitsch aufzusuchen und ihn nach der gleichen Angelegenheit zu befragen. Vielleicht hätte er die Äußerungen Pasitschs dann nicht kritiklos wiederholt. Dem Aufsatz ist neben einem guten Bild des Königs Alexander eine häßliche serbische Karikatur von Kaiser Franz Joseph und Graf Berchtold beigegeben.

Fateful Documents of the World War. By Hamilton Fish Armstrong.

„Current History", Oktober 1927.

Der Aufsatz enthält mehrere Faksimiles zwischen Österreich-Ungarn und Serbien während der Julikrisis gewechselter, bereits bekannter Noten, darunter ein Faksimile des Telegramms des Grafen Berchtold vom 28. Juni 1914 mit der Kriegserklärung Österreichs an Serbien.

Der den Faksimiles beigefügte Text enthält nichts Besonderes. Der Verfasser versucht, mit nichtigen Gründen die jugoslawische Regierung in Schutz zu nehmen, daß sie bis jetzt eine Veröffentlichung weiterer Dokumente noch nicht hat bewerkstelligen können.

Clarence Russell Williams: Seton-Watson. Sarajevo: A Study in the Origins of the Great War.

„Political Science Quarterly", Vol. XLII, Nr. 3, September 1927.

Der Verfasser schließt seine Betrachtungen mit folgenden Worten:

> Diejenigen, die sich seit den Enthüllungen Ljuba Jovanowitschs für den Gegenstand interessiert haben und in der Versammlung der Amerikanischen Historischen Gesellschaft zu Richmond die Professoren Seton-Watson und Sidney B. Fay sprechen hörten, sowie diejenigen, die weiterhin die Veröffentlichungen dieser Historiker und ebenso die von Miß Edith Durham, von Boghitschewitsch und anderen verfolgt haben, werden wahrscheinlich mit mir darin übereinstimmen, daß der Verfasser

(Seton-Watson) den Beweis für seine Behauptung nicht erbracht hat. Sein sehnlich erwartetes Buch hat zwar einiges neue Material hinzugefügt, im übrigen aber darf es von denen, die die Wahrheit über dieses faszinierende, aber verwickelte historische Problem, den Ursprung des Verbrechens von Sarajewo, suchen, nur mit großer Vorsicht benutzt werden.

Die amerikanischen Historiker und die Kriegsschuldfrage während des Weltkrieges von C. Hartley Grattan.

„The American Mercury", August 1927.

In seinem etwas satyrisch gefärbten Artikel beleuchtet der Verfasser die Haltung der amerikanischen Historiker in den Jahrzehnten, die dem Weltkriege vorangingen, und ihre Stellungnahme während des Krieges selbst, die ihren früheren Grundsätzen geradezu entgegengesetzt war. Während um die Wende des Jahrhunderts die amerikanische Geschichtsforschung durch das Streben nach strengster Objektivität und eine schon beinahe schwerfällig zu nennende Gewissenhaftigkeit und Genauigkeit ausgezeichnet war, sehen wir seit den Sommertagen des Jahres 1914 die amerikanischen Geschichtsforscher im Banne der Zeitereignisse und eben jener Vorurteile, von denen sie sich früher so ängstlich freizuhalten bemühten.

Einige freilich suchten nach wie vor ihre objektive Haltung zu bewahren, so Professor John William Burgess, William Milligan Sloane und einige andere. Aber die große Mehrzahl war vollständig befangen und ließ sich durch die von Lord Northcliff, Mr. Headlem Morley und Mr. Tardieu verbreiteten Ansichten beeinflussen. Am schlimmsten fast trieb es der ehemalige Vorkämpfer objektiver Geschichtsforschung und spätere Präsident der Amerikanischen Historischen Gesellschaft Mr. William Roscoe Thayer. Er verfaßte in diesen Tagen u. a. „Deutschland gegen die Zivilisation" und „Schüsse eines Nichtkämpfers". Was Grattan aus diesen beiden Büchern an Aussprüchen anführt, will uns freilich mit dem Geiste ernster Wissenschaft kaum vereinbar erscheinen.

Nächst Dr. Thayer steht Prof. Dr. Charles Downer Hazen, dem Thayer sein ebengenanntes Buch gewidmet hatte. Er gehörte zu den ganz besonders hervorragenden Schülern des Seminars von Herbert Baxter Adams auf der John Hopkins Universität und war während des Krieges Professor der modernen europäischen Geschichte in Columbia. Sarkastisch bemerkt Grattan: „Nach dem Kriege wurde Chevalier Hazen gebührend belohnt dadurch, daß er Austausch-Professor in Straßburg wurde. Er hat uns leider niemals mitgeteilt, was für einen Eindruck es auf ihn machte, als er entdeckte, daß die Einwohner von Elsaß-Lothringen unter französischer Herrschaft noch weniger glücklich sind als unter deutscher."

Besonders hebt der Verfasser noch die Rolle hervor, die Professor George Lincoln Burr, der vor dem Kriege der Hauptverfechter der Toleranz unter den amerikanischen Historikern war, während des Krieges gespielt hat. Er hatte damals, gerade als der Krieg ausbrach, seine Antrittsrede als Präsident der Amerikanischen Historischen Gesellschaft gehalten über das Thema „Die Freiheit der Geschichtsforschung", nämlich von Vorurteilen. Aber kaum ertönten die Trompeten, da wandelte sich seine Auffassung. „Er lebte zwei Jahre lang in der Furcht, daß plötzlich ein deutsches Periskop aus den Wassern des oberen Cayuga auftauchen möchte oder die hunnischen Feinde über die Hügel

von Tompkins county stürmen möchten, um seine kostbare Andrew D. White Bibliothek in Flammen aufgehen zu lassen. Er schrieb nicht sehr viel Unvernünftiges, aber sein Fall beweist, wie wenig Gelehrsamkeit und Begeisterung für geistige Freiheit in Wahrheit bedeuten, wenn Mars einherschreitet."

Dagegen wird in den folgenden Absätzen die Stellungnahme von Männern wie Professor Burgess, Professor Sloane und Professor Harry Elmer Barnes rühmend hervorgehoben. Sie bekämpften es auch, daß ihre Kollegen die englische Darstellung hervorragender Persönlichkeiten Deutschlands kritiklos übernahmen. Die Bestrebungen, durch die Zusammenarbeit englischer und amerikanischer Historiker eine stärkere Annäherung zwischen England und Amerika zu schaffen, die zu Veröffentlichungen führten, welche jeder wissenschaftlichen Objektivität Hohn sprachen, konnten auf die Dauer nicht zum Erfolge führen, besonders als die Männer, die sie als Vorkämpfer erkoren hatten, Professor Shotwell und Professor Barnes, sich nicht zu Werkzeugen dieser Art von Wissenschaft hergeben wollten. Diese beiden Gelehrten zugleich mit einigen anderen, wie z. B. Professor Sidney B. Fay, haben es dann nach Beendigung des Weltkrieges in unermüdlicher Arbeit endlich erreicht, daß man sich in Amerika darüber klar wurde, es gäbe auch noch eine andere Methode, die Ursachen des Weltkrieges darzustellen und zu erforschen.

Russo-French Pact Caused World War. By Cyril Arthur Player. „The Detroit News", 28. August 1927.

Eine Besprechung des bekannten Buches des Senators Robert L. Owen „The Russian Imperial Conspiracy 1892—1914" (Alfred & Charles Boni).

Auf der ersten Seite bringt das Blatt in großer Aufmachung die hauptsächlichsten Persönlichkeiten, die nach seiner Ansicht den Weltkrieg herbeigeführt haben: M. Sasonoff, Raymond Poincaré, M. Iswolski, Viscount Grey, Grand Duke Nicholas. Der Hintergrund des Bildes zeigt den Zaren bei der Abnahme einer Parade.

Manitoba Free Press, Winnipeg, Montag, den 5. September 1927.

Eine ausführliche Besprechung der englischen Ausgabe des bekannten Buches von Professor Erich Brandenburg „Von Bismarck zum Weltkrieg".

The Concord Society of America. Von Dr. Robert Rößler. „Buffalo Volkfreund", 10. September 1927, Nr. 26.

Der Schilderung des jährlichen Banketts der Concord Gesellschaft, das in diesem Jahr im Atlantic Hotel in Chicago am 20. August stattfand, entnehmen wir:

„Der nächste, der die Ehrenmitgliedschaft der Concord Society erhielt, war unser so hochverehrter und jedem ehrlichen Amerikaner, besonders aber jedem Deutschamerikaner bekannte Senator Robert L. Owen. Mit rasender Begeisterung wurde er von den Concord-Leuten

und ihren Gästen empfangen. Aus seiner Rede sei nur erwähnt, daß er sagte, er trete für das deutsche Volk ein nicht als Deutscher, sondern als 100prozentiger Amerikaner, und er könne dies behaupten, denn seine Vorfahren seien Cherokee-Indianer, und der Beweggrund für seine Handlungsweise sei, für die Wahrheit zu kämpfen. Wenn seine politische Karriere auch dadurch ein Ende fände, so sei er seiner inneren Stimme gefolgt und der eigenen Genugtuung, seine Pflicht getan zu haben. Mit prophetischem Wort erwiderte ihm der Toastmeister Dr. L. A. Fritsche, daß er seine politische Laufbahn nicht aufgeben solle und daß er hoffe, ihn 1932 ins Weiße Haus gewählt zu sehen."

„Cleveland Press" vom 21. September 1927.

In einer Besprechung des Buches von Owen „The Russian Imperial Conspiracy", das das Blatt anläßlich der Tannenbergrede Hindenburgs erwähnt, findet sich auch die Mitteilung, daß der Historiker Charles E. Tansil von der russischen und französischen Verantwortlichkeit am Kriege überzeugt ist. Sein Buch, das auf Veranlassung der Regierung verfaßt worden war und somit als ein Dokument der Regierung angesehen wird, konnte aus diplomatischen Rücksichten nicht veröffentlicht werden. Wörtlich schreibt das Blatt:

„The document, a study of World War responsibility, was prepared by the library on order of the U. S. Senate. The order was contained in a resolution presented by Owen and adopted by the Senate in 1925.

In his book, „The Russian Imperial Conspiracy", just published, Owen asserts, „Under the U. S. Senate resolution to collate the evidence on the origin of the World War, Charles E. Tansil, expert historian, was assigned the task and is now convinced of the Russian and French responsibility. His book has not been published as a government document for reasons of diplomatic amity."

„Boston Daily Globe" vom 28. September 1927.

Das Blatt führt in einem Leitartikel zu einer Meldung des Pariser Korrespondenten der „New York Times" über die Kriegsschuldfrage folgendes aus:

„Es ist wahr, daß der Vertrag, der Deutschlands Verantwortlichkeit annimmt, die Grundlage der augenblicklichen Weltordnung ist. Doch ist Deutschland das einzige große Land, das im voraus zustimmte, die Entscheidungen des Weltgerichtshofes anzunehmen, und es hat so einen guten Beweis gegeben, daß es nicht beabsichtigt, die Bedingungen des Vertrages durch physische Gewalt zu stören. Gegen den Gebrauch moralischer Gewalt und gesetzlicher Methoden zur Besserung von Deutschlands Stellung kann es keinerlei Einspruch geben. Ohne Zweifel haben die Untersuchungen der Historiker während der vergangenen neun Jahre die Theorie ins Wanken gebracht, daß Deutschland der einzige Verbrecher war. Die in Leningrad, Berlin und Wien durch die Revolution geöffneten Archive haben Handlungen russischer, französischer und britischer Staatsmänner sowohl als die ihrer Feinde in Frage gestellt.

Und die Tatsache, daß Paris und London ihre Archive nicht freiwillig geöffnet haben, verstärkt den Eindruck, daß die Hände ihrer Führer nicht ganz weiß waren. In der letzten Analyse ist der wichtige Punkt nicht das Finden der Verbrecher oder die Frage, welche Nation zuerst den Fehdehandschuh aufgenommen hat, sondern das Studium der Ursachen des Krieges."

Zur Rede Hindenburgs.

Die amerikanische Presse zeigte der Rede Hindenburgs gegenüber größte Zurückhaltung. Die großen Morgenblätter „Times", „Tribune" und „World" geben sachliche Berichte über die Tannenbergfeier und die Rede Hindenburgs, enthalten sich aber jeden weiteren Kommentars. Einzelne Blätter bringen die immer wiederkehrende törichte Behauptung, daß die Zeit noch nicht geeignet sei, um die Kriegsschuldfrage aufzuwerfen. Auch wird erwähnt, daß es noch verfrüht sei, über die Frage ein abschließendes Urteil abzugeben.

Die „New York Times", die am 19. September die Rede Hindenburgs im Wortlaut gebracht hat, schreibt in einem Leitartikel vom 21. September 1927 folgendes:

Kriegsschuld und Versailles: Wie nicht anders zu erwarten stand, haben sich die Deutschnationalen der Erklärung des Präsidenten Hindenburg bemächtigt, Deutschland habe „mit reinen Händen" einen Abwehrkrieg geführt, und sie weit über das beabsichtigte Maß hinaus ihren Zwecken dienstbar gemacht. Für sie liegen die Dinge nicht besonders günstig. Ihr erfolgreicher Kandidat für den Posten des Reichspräsidenten hat seinen der Republik geleisteten Treuschwur ehrlich gehalten und seinen Einfluß für Befriedung im Innern und für gutes Einvernehmen mit den Alliierten eingesetzt. Wenn auch unter vielen Verwahrungen, haben die Deutschnationalen doch allmählich den Sachverständigenplan, die Locarno-Verträge und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund gutgeheißen. Ehe sie in die jetzige Regierung aufgenommen wurden, mußten sie sich zur Republik bekennen. Hindenburgs Zurückweisung der Versailler „Kriegslüge" kommt ihnen nach langem Umherirren in der Wüste wie ein erquickendes Manna. Damit ist nicht gesagt, es sei die ausgesprochene Absicht des Präsidenten gewesen, die Deutschnationalen zu versöhnen. Denn bei seiner Zurückweisung der Beschuldigung, Deutschland allein trage die Schuld am Kriege, ist an seiner Aufrichtigkeit nicht zu zweifeln.

Sicherlich hat es nicht in Hindenburgs Absicht gelegen, daß seine gelegentlich der Tannenbergfeier gesprochenen Worte zum Ausgangspunkt einer starken Bewegung für die Revision der Versailler Verträge werden sollten, wie sie jetzt von der deutschnationalen Presse gefordert wird. Der alte Soldat dürfte aber wohl weiter schauen als die deutschnationalen Heißsporne, denen die Begründung des Vertrages von Versailles mit der Kriegslüge bereits als hinfällig, Oberschlesien und der polnische Korridor als zurückgewonnen und die Reparationszahlungen als aufgehoben gelten. Warum nicht gleich einen Schritt weiter? Wurde Deutschlands Unterschrift unter den Vertrag tatsächlich mit der Pistole in der Hand erzwungen, so täte man besser daran, gleich den ganzen Vertrag über Bord gehen zu lassen. Da ist, um ein Beispiel anzuführen,

ja auch noch Elsaß-Lothringen. Sieben Jahre nach Versailles gab sich Deutschland in den Locarno-Verträgen, die die Grenzen zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien verbürgen, mit der Abtretung dieser Provinzen zufrieden. Zu behaupten, der Versailler Friede bedeute eine übermäßig schwere Belastung, ist eine Sache für sich und läßt immer noch gewisse Unterschiede zwischen den Abmachungen für den Westen und denen für den Osten zu. Wollte man aber behaupten, Deutschland habe Versailles nach einem Kriege schlucken müssen, den es nicht gewollt, so hieße dies alle dem Kriege entsprungenen Regelungen in Frage stellen.

Ohne Zweifel weist das deutsche Volk in seiner Mehrheit die Behauptung zurück, Deutschland allein trage die Schuld am Kriege, doch ist es mehr als fraglich, ob sich eine deutsche Mehrheit hinter die Folgerungen und das Programm der Deutschnationalen stellt. Wenn Millionen nicht deutschnational gesinnter Deutschen eine Revision der Ostgrenzen erhoffen, so ist dies nicht dadurch zu erreichen, daß man den Ringkampf von Versailles noch einmal wiederholt, sondern lediglich durch gutes Einvernehmen und das Gewinnen gegenseitigen Vertrauens. Im Locarno-Vertrage mit Polen verbürgt Deutschland zwar die Grenzen auf dieser Seite nicht, gibt dafür aber sein Wort, von Gewaltmitteln abzusehen.

★

DEUTSCHLAND.

Der Reichspräsident und die Schuldfrage. Von L. Raschdau. „Tägliche Rundschau", 26. September 1927, Nr. 450.

Raschdau wendet sich gegen die deutschen Kreise, die nach wie vor gegen jede offizielle Zurückweisung der Kriegsschuldthese Einspruch erheben und ihre Stellungnahme damit motivieren, „in Frankreich werde die Zeit schon die heilende Wirkung üben, die den Streit über die Schuld am Kriege überflüssig machen würde". Der Verfasser verweist auf das starre Festhalten des amtlichen und verantwortlichen Frankreich an der Alleinschuld Deutschlands sowie auf die dauernden französischen Vertragsverletzungen am Rhein und an der Saar und sieht als Mittel dagegen nur das der öffentlichen Verwahrung und des dazugehörenden unausgesetzten Widerspruchs gegen die Anklage der Kriegsschuld. Bei dem engen Zusammenhang aller schwebenden Fragen, wie Reparation, Rheinbesetzung, Kolonial- und Mandatsfrage, Abrüstung und Sicherheiten sei es unerfindlich, „wie ein praktischer Politiker die amtliche deutsche Außenpolitik völlig loslösen will von der Kriegsschuldfrage."

Kriegsschuld und Frieden. Von Dr. Ritter-Waldeck. „Kreuz-Zeitung", 7. Oktober 1927, Nr. 473.

Auch Ritter-Waldeck wendet sich gegen den „wohlmeinenden" Rat, über die Frage der Kriegsschuld kein Wort mehr zu verlieren.

Er verweist auf den französischen Professor Dujardin, der die Ansicht vertritt, daß nicht eher dauernder, wahrer Frieden in Europa und in der ganzen Welt sein wird, ehe nicht die Kriegsschuldfrage gelöst, ehe nicht die Lüge von der Schuld Deutschlands am Kriegsausbruch ausgelöscht ist.

Zur Psychologie der Kriegsschuldfrage.
„Danziger Neueste Nachrichten", 1. Oktober 1927, Nr. 230.

Der Aufsatz knüpft an den im September 1925 erschienenen, von 220 Franzosen unterzeichneten Aufruf an, der die unparteiische Untersuchung der Kriegsschuldfrage verlangte, und untersucht die Entwicklung der Kriegsschuldfrage in Frankreich während der letzten Jahre. Die Diplomatie des französischen Außenamtes wird als die „Hochburg gegen eine unparteiische Prüfung der Kriegsschuldfrage" bezeichnet. Dann heißt es: „Die zukünftigen „Historiker" der Pariser Gymnasien, nationalistische Schriftsteller und Akademiker, Politiker der äußersten Rechten bilden heute die Klientel der poincaristischen Darstellung über die „Entstehung des großen Krieges". In den breiten Volksschichten Frankreichs ist man längst der Lesart überdrüssig, daß Poincaré und Viviani in Petersburg eine edle Friedensmission erfüllten, und daß die Ermordung Jean Jaurès die Tat eines „Irrsinnigen" gewesen sei.

Die Ehrlichkeitsprobe. Von Dr. Paul Rohrbach.
„Revaler Bote", 26. September 1927, Nr. 218.

Rohrbach begrüßt die von Deutschland durch den Mund des Reichspräsidenten angebotene Gelegenheit einer unparteiischen Untersuchung der Kriegsschuld und ist der Ansicht, daß, wenn die Gegner Deutschlands den von ihnen erhobenen Vorwurf wirklich für so sonnenklar erwiesen halten, sie sich nicht scheuen sollten, die Untersuchung geschehen zu lassen. Er schreibt dann weiter: „Tun sie es nicht, so geschieht es darum, weil sie voraussehen, daß ihre Vorwürfe, wenn sie geprüft werden, den Weg des südafrikanischen Blaubuches gehen würden. So oder so — die Wahrheit marschiert, und eine Feigheit, die aus schlechtem Gewissen kommt, ist das am wenigsten geeignete Mittel, sie dauernd fernzuhalten."

Ein für allemal? Von Dr. Paul Rohrbach.
„Breslauer Zeitung", 4. Oktober 1927, Nr. 463.

Rohrbach wendet sich gegen die Auffassung, der Artikel 231 „sei nicht so überaus schlimm, weil nicht ausdrücklich von dem deutschen „Verbrechen" darin die Rede ist" und die Mantelnote von

Deutschland nicht unterschriftlich anerkannt sei. Er verweist auf eine Auslassung des „Temps", wonach Deutschland ein für allemal seine Verantwortung für den Ausbruch des Krieges anerkannt habe und die französische Regierung niemals eine Revision des Artikels 231 zulassen werde, „da damit die rechtliche Basis des ganzen Friedensvertrages zusammenbrechen würde". Rohrbach zieht hieraus den logischen Schluß, daß es dem „Temps" gleichgültig ist, ob der Friede, der Deutschland in Versailles diktiert wurde, ein gerechter oder ein Lügenfriede ist!

Kriegsschuldfrage und Verständigungspolitik. Von Dr. Berthold Widmann.

„Deutsche Stimmen" (Berlin), 5. Oktober 1927, Nr. 19.

Widmann wirft die Frage auf, ob man sich mit der Erörterung der Kriegsschuldfragen in einen unlösbaren Widerspruch zu dem stellt, was die Kursrichtung der Verständigungspolitik anstrebt, und antwortet: Nein. Er schreibt: „Wer die Verständigungspolitik aufrichtig wünscht, muß auch konsequenterweise die Fortführung der wissenschaftlichen, nicht auf propagandistische Wirkungen abzielenden Kriegsschulddiskussion verlangen . . . Wir sehen . . . in der Schulddiskussion wiederum ein spontanes Bemühen, aus dem durch die Versailler Thesen geschaffenen Zwangszustand herauszukommen, der für die am feinsten empfindenden Organe beider kontrahierenden Seiten unerträglich ist und so, vergleichsweise gesprochen, die anatomisch lebenswichtigsten Organe des Körpers in ihren Funktionen stört."

Die Verantwortlichkeit des Kaisers für den Weltkrieg. Dr. Kurt Jagow.

„Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung", 9. Oktober 1927, Nr. 476.

Nach einigen innerpolitischen Auseinandersetzungen und einer kurzen Schilderung der Ereignisse vor der Julikrisis kommt der Verfasser zu nachstehenden Feststellungen:

> Wer aufmerksam die deutschen Akten prüft, muß zu dem Ergebnis kommen, daß von einer persönlichen Verantwortlichkeit des Kaisers nur in folgenden Fällen gesprochen werden kann: in der Zurückberufung der Flotte aus den baltischen Gewässern, in der Einleitung der Bündnisverhandlungen mit der Türkei, in dem Bestreben, Österreich zu bewegen, mit dem Belgrader Faustpfand die Durchsetzung des Ultimatums restlos zu erzwingen, und endlich in der durch die irrtümlichen Meldungen des Botschafters Lichnowsky vom 1. August zunächst befohlenen Anordnung eines Krieges nur gegen Rußland.
>
> Die Zurückberufung der Flotte, die entgegen dem Willen des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes am 25. Juli vom Kaiser angeordnet wurde, entsprach durchaus der politischen Notwendigkeit angesichts der

seit dem 16. Juli bei Portland mobil versammelten ganzen englischen Flotte; mit Recht wies der Kaiser auf das warnende Beispiel von Port Arthur hin. Die späteren Ereignisse des Juli und August haben seinen Befehl vom 25. Juli in jeder Weise gerechtfertigt.

Daß der Kaiser bemüht war, das Bündnisangebot der Türkei entgegen den Warnungen des deutschen Botschafters in Konstantinopel, Freiherrn von Wangenheim, so schnell wie möglich in die Tat umzusetzen, war nicht nur berechtigt, sondern auch staatsmännisch klug gehandelt. Wir wissen heute aus den von der Sowjetregierung veröffentlichten Dokumenten, welch starker Druck von Petersburg aus schon in den letzten Julitagen auf Konstantinopel ausgeübt wurde, um den frühzeitigen Anschluß der Türkei an die Triple-Entente durchzusetzen. Ein längeres Zaudern von seiten Deutschlands hätte sicherlich bei dem innerlich gespaltenen türkischen Kabinett zu einem diplomatischen Mißerfolg der Mittelmächte geführt.

Am Morgen nach seiner Rückkehr von der Nordlandreise las der Kaiser den Wortlaut der serbischen Antwortnote auf das österreichische Ultimatum. In einer Randbemerkung, die er unter dem unmittelbaren Eindruck der Lektüre niederschrieb, gab er seiner Überzeugung Ausdruck, daß es sich hier um einen großen moralischen Erfolg für Wien handle, auf Grund dessen er niemals Mobilmachung befohlen hätte. Er begnügte sich nicht mit dieser passiven Meinungsäußerung, sondern wandte sich sofort in einem längeren Privatschreiben an den Staatssekretär von Jagow und unterbreitete dem Leiter der deutschen auswärtigen Politik den sehr aussichtsreichen Vorschlag eines „Halt in Belgrad“ für Österreich-Ungarn als Garantie für die restlose Durchführung der im Ultimatum aufgestellten Forderungen. Durch seinen Generaladjutanten, den Generaloberst von Plessen, ließ er eine gleiche Mitteilung an den Generalstabschef von Moltke ergehen, in der diesem klar zum Ausdruck gebracht wurde, daß nach Auffassung des Kaisers durch die serbische Antwortnote jeder Anlaß zum Kriege für Österreich-Ungarn entfalle. Es ist aus der Geschichte des Kriegsausbruches bekannt, daß der britische Staatssekretär des Äußern, Sir Edward Grey, einen Tag später die Anregung des Kaisers aufgriff, da er in seinem Vorschlag eine praktische Lösung des österreichisch-serbischen Konfliktes sah. Leider wurde durch das renitente Verhalten des Grafen Berchtold einerseits und durch die frühzeitigen russischen Mobilmachungen andererseits die Auswirkung des kaiserlichen Vorschlages verhindert.

Kurz nachdem am 1. August im Schloß der Mobilmachungsbefehl für das deutsche Heer vom Kaiser unterzeichnet worden war, traf aus London eine Depesche des Fürsten Lichnowsky ein, aus der hervorzugehen schien, daß England für den Fall, daß Deutschland Frankreich nicht angreifen würde, seinerseits neutral bleiben und die Passivität Frankreichs verbürgen würde. Mit dieser Depesche war eine völlig neue Sachlage geschaffen, die schnellste Entschlüsse erforderte und vor allem die deutschen verantwortlichen Persönlichkeiten vor die schwerwiegende Frage stellte, ob die Mobilmachung angehalten werden könne. Es kam im Schloß zu heftigen Zusammenstößen zwischen der politischen und militärischen Leitung. In diesem Augenblick griff der Kaiser ein und befahl, daß die Mobilmachung auslaufen solle, aber die luxemburgische Grenze nicht, wie ursprünglich vorgesehen, sofort überschritten werden dürfe. Damit war von seiten des Kaisers ein Entschluß gefaßt worden, dessen Auswirkung für den deutschen Aufmarsch und damit für die

Sicherheit Deutschlands außerordentlich gefährlich werden konnte, wenn es zu spät sich herausstellen sollte, daß der englische Vorschlag nicht unbedingt ernst gemeint war. Wir wissen heute, daß Lichnowskys Telegramm, das die Entscheidung des Kaisers hervorgerufen hatte, tatsächlich auf einem Mißverständnis beruhte, daß am späten Abend des 1. August die vom Kaiser getroffene Entscheidung zurückgenommen und dem Generalstabschef wieder volle Freiheit des Handelns gewährt wurde. Aber die Vorgänge am Nachmittag des 1. August im Schloß bleiben ein historisches Zeugnis für den Willen des Kaisers, den europäischen Frieden, selbst unter Preisgabe wesentlicher deutscher Vorteile, zu bewahren.

Zusammenfassend sagt Jagow gegen Schluß seines Aufsatzes: „daß Kaiser Wilhelm II. während der Julikrise 1914 die ihm von der Reichsverfassung vorgeschriebenen Grenzen seiner Macht in keiner Weise überschritten hat. Er hat seinen verantwortlichen Ratgebern, wie es sein gutes Recht war, Vorschläge gemacht, und er hat in einigen Fällen als Oberster Kriegsherr Befehle für die Marine und das Landheer erteilt. Es ist naturgemäß nicht möglich, im Rahmen eines Zeitungsaufsatzes diese ungemein verzweigten und ineinander übergreifenden Ereignisse des Juli 1914 auch nur annähernd klarzulegen. Aber wir glauben gezeigt zu haben, daß der Kaiser während der Julikrise nichts getan und nichts veranlaßt hat, was den Weltkrieg herbeiführen mußte . . . ."

Widerlegung der Schuldlüge.
„Deutsche Zeitung" vom 12. Oktober 1927, Nr. 239.

Das Blatt bringt in großer Aufmachung eine ausgezeichnete Zusammenstellung von Ausführungen ausländischer Politiker und Geschichtsforscher über die Grundlage des Versailler Vertrages.

Hindenburgs Tannenberg-Rede. Von Alfred von Wegerer.
„Berliner Börsenzeitung", 20. September 1927, Nr. 440.

Der Verfasser weist auf die widerspruchsvollen Kommentare der englischen und französischen Presse zur Hindenburg-Rede hin und gibt eine gedrängte Übersicht über die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung in der Kriegsschuldfrage.

Die Wahrheit — auch Frankreichs Ehre! Von Alfred von Wegerer.
„Tägliche Rundschau" *), 29. September 1927, Nr. 451.

Der Verfasser greift das Wort aus der Rede Barthous auf: Die Wahrheit könne niemals dementiert oder entstellt werden, und die Wahrheit über die Kriegsschuld bedeute auch die Ehre Frankreichs. Hiermit sei ein Boden für die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich gegeben, allerdings unter der Voraus-

*) Am Schluß des ersten Absatzes auf der zweiten Spalte wurden von der Redaktion des Blattes einige Änderungen vorgenommen, die den Sinn einer Stelle des Aufsatzes etwas entstellt haben.

setzung, daß das französische Volk dem deutschen die gleiche Gesinnung zubilligt, die es für sich beansprucht und anerkennt, daß die Feststellungen der Schuld am Kriege die deutsche Ehre berühren, und daß auch Deutschland nur einer Wahrheit die Ehre geben kann, die weder dementiert noch entstellt werden kann. Diese gemeinsame Auffassung führe folgerichtig zu dem Vorschlag eines Schiedsgerichts, einem Gedanken, dem seit den Tagen der Revolution alle deutschen Regierungen, und zwar zuerst die sozialdemokratische, Ausdruck verliehen und den Hindenburg am Tannenberg-Denkmal wiederholt hat.

Wie Sasonow den Frieden sabotierte. Von Georges Demartial. „Berliner Börsenzeitung", 25. September 1927, Nr. 449.

Demartial wendet sich gegen die anläßlich der dreizehnten Wiederkehr der Julitage 1914 von Sasonow in der „Revue des Deux Mondes" vom 1. und 15. August 1927 veröffentlichten Aufsätze. Demartial widerlegt besonders den Vorwurf Sasonows, daß Kaiser Wilhelm das Telegramm des Zaren vom 29. Juli 1914, in dem letzterer den Vorschlag machte, den österreichisch-serbischen Streitfall dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten, nicht beantwortet hat.

Deutschland und Europa von 1890 bis 1914. Von Professor Bertold Bretholz (Brünn).

„Freie Welt", 23. September 1927, Heft 173.

Der Aufsatz beschäftigt sich mit dem Buch von Friedrich Stieve, das „ein guter Führer durch die halbhundertbändige ‚Große Politik'" genannt wird und dem Leser nach der Lektüre das Gefühl gibt, „die ganze Epoche noch besser zu beherrschen, zu überschauen und zu verstehen".

*

ENGLAND.

Die neuen englischen Dokumente zum Kriegsausbruch.

Die beiden ersten Bände der „Britischen Dokumente über den Ursprung des Krieges", die die Zeit 1898—1904 umfassen, sind Anfang September in London erschienen. Die deutsche Ausgabe liegt noch nicht vor. — Die großen englischen Zeitungen bringen fast alle Auszüge aus den Britischen Dokumenten.

King Edward VII.

Der soeben herausgekommene zweite Band der Biographie König Eduards VII. von Sir Sidney Lee gibt den englischen Blättern

Veranlassung, sich mit diesem Memoirenwerk eingehend zu befassen. Wir erwähnen folgende Aufsätze: „The Times“ Nr. 44 709, „Daily Mail“ Nr. 9818, Auszüge und einen Aufsatz von Lytton Strachey, „The Morning Post“ und „The Manchester Guardian“ Nr. 25 310. Sämtliche Aufsätze sind vom 11. Oktober 1927.

Wir werden in einem der nächsten Hefte noch in einer besonderen Besprechung auf das Werk eingehen. Das auffallend große Interesse, das die englischen Blätter der Veröffentlichung entgegenbringen, ist mit darauf zurückzuführen, daß das Werk eine wertvolle Ergänzung der soeben herausgekommenen Britischen Dokumente bildet.

„Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 14. Oktober 1927, Nr. 482.

Dem Blatt wird aus London berichtet:

„Die jetzt veröffentlichte Biographie Eduards VII. ist bereits am Tage ihres Erscheinens Anlaß eines Gerichtsverfahrens geworden. Es hat sich herausgestellt, daß ganze Abschnitte des Buches wörtlich aus einem früher erschienenen Buche des Historikers Raymond Thompson entnommen sind. Der betroffene Verlag hat daher bei Gericht eine Schadenersatzforderung wegen Verletzung des Copyrights eingereicht. Falls die beiden Verlage sich nicht rechtzeitig einigen, ist anzunehmen, daß die Auflage zurückgezogen werden muß. Der Biograph Eduards VII., Sir Sidney Lee, ist nach Erscheinen des ersten Buches im vorigen Jahre gestorben. Seine Mitarbeiter fanden unter seinen Akten längere Aufzeichnungen, die sie zur Fertigstellung des zweiten Bandes verwendeten. Bei diesen Aufzeichnungen hat es sich jedoch anscheinend nur um Materialsammlungen gehandelt, die auf diese Weise als eigene Arbeit des Verfassers in die Biographie übergingen. Ein Fall von bewußtem Plagiat liegt also nicht vor.“

★

FRANKREICH.

La paix allemande.

„La Dépêche“, 18. September 1927, Nr. 21 503.

Das Blatt schreibt zur Rede Stresemanns über die Kriegsschuldfrage:

Die Deutschen seien nicht so kriegerisch gestimmt, wie man in Frankreich vielfach glaube, selbst vor dem Kriege nicht. „Sie hatten sich nur eingeredet, daß sie sich gegen unsere kriegerischen Hintergedanken verteidigen müßten, und ohne Zweifel glaubten sie, der Kaiser dränge sie zu einem Präventivkrieg, den er als Rettung ansähe. Wenn sie sich dieser Täuschung hingaben, so trifft die Schuld dafür den Kaiser. Aber es war auch unser Fehler oder, richtiger gesagt, derjenige des Herrn Delcassé. Man weiß sehr wohl, daß dieser Botschafter derartig von Diplomateneitelkeit und Großmannssucht besessen war, daß er sich dem Zaren gegenüber selbst wie der Kaiser vorkam . . . Jedem, der ihm in den Weg lief, erzählte er, daß er Deutschland „einkreise“. Er kreiste nichts und niemanden ein. Er forderte Deutschland einfach heraus. Der Kaiser, der den Krieg wollte, verstand es, seinem Volk

klarzumachen, daß die Stunde gekommen sei, sich gegen die „Einkreisung“ Delcassés zu wehren. Von da an nahm der Krieg nur die Form nationaler Verteidigung an. Wenn die Deutschen nicht getäuscht worden wären, so hätten sie den Reden von dem „trockenen Pulver“ weniger ihr Ohr geliehen und nichts weiter gewünscht, als glücklich und in Ruhe zu leben . . . . Das Unrecht der Deutschen lag darin, daß sie sich auf den Kaiser verließen und ihm das Schicksal Deutschlands anvertrauten. Die Deutschen sind so geschaffen, daß sie sich selbst Herren geben, um diesen die ganze Leitung ihrer Politik zu überlassen. Sie denken nicht einmal daran, der Regierung eine Parole zu geben. Im Gegenteil, sie verlangen diese von ihr. Und das ist es, was der Rede Stresemanns ihren Wert verleiht. Das macht, daß diese Rede eine Tat ist, eine große Tat, daß sie Deutschland eine Richtschnur gibt . . . Stresemann hat ebensoviel Aussicht, seine friedlichen Ideen durchzusetzen, wie sie der Kaiser hatte, um die Annahme des Krieges zu erzwingen.“ Stresemann schaffe mit solchen Worten, meint der Verfasser des Artikels, eine „Atmosphäre des Vertrauens“.

Nach Genf und Tannenberg.

„Petit Parisien“, 10. Oktober 1927, Nr. 18 486.

Zu Hindenburgs Rede am Tannenberg-Denkmal sagt der Verfasser des uns vorliegenden Artikels, sein Protest gegen die Belastung Deutschlands mit der Schuld für den Kriegsausbruch habe die verdiente Antwort erhalten.

„Worum handelt es sich im Grunde genommen bei diesem Streit?“ fragt er. „Bei dieser sonderbaren Gedankenverwirrung, in welcher der größte Teil der Deutschen hinsichtlich des Vertrages von Versailles lebt? Er macht Deutschland bis zu einem gewissen Grade bürgerlich verantwortlich für die von ihm verursachten Schäden. Er beruft sich weder auf die perverse Lust noch auf die teuflische Absicht, Europa systematisch und bewußt in einen Abgrund voll Blut gestürzt zu haben. Er stellt die begangenen Verwüstungen fest und verlangt Schadenersatz. Ich sehe nicht ein, warum die Ansicht der führenden deutschen Persönlichkeiten mit dieser kühlen, in Tatsachen begründeten Auffassung unvereinbar sein sollte. Die meisten unter ihnen geben wenigstens die entsetzliche Dummheit einer Diplomatie zu, die mit der Unterstützung der österreichischen Ansprüche Deutschland in einen Krieg getrieben hat, dessen hassenswerte Initiative auf es zurückfallen und die zivilisierte Welt empören mußte. Diese intellektuelle Verantwortlichkeit genügt vollkommen, um die Schadenersatzforderungen zu rechtfertigen. Aber sie ist kein Thema, das ein Staatsoberhaupt vor der Öffentlichkeit behandeln kann. Der gläubige Hindenburg bereitet sich vor, dem höchsten Richter für seine Taten Zeugnis abzulegen; daher die verzweifelte Anstrengung, die Stimme seines Gewissens mit seiner Vergangenheit in Einklang zu bringen. Das ist seine Sache. Uns genügt es, daß dieser innere Zwiespalt unsere Schuldforderung nicht antastet. Davon ist und wird nie die Rede sein.“

Aus der „Evolution“ Nr. 21, September 1927.

Im Septemberheft dieser verdienstvollen Zeitschrift schildert der bekannte amerikanische Professor H. Elmer Barnes seine Eindrücke von seiner letzten Europareise über die in den europäischen Ländern

herrschenden Ansichten von der Kriegsschuldfrage. Er ist erstaunt über die Gleichgültigkeit der großen Masse der Deutschen gegenüber diesem so wichtigen Problem. Die theoretische Frage über die Kriegsverantwortlichkeit sei zum Teil eine parteipolitische geworden, da die linksstehenden Gruppen die Errichtung der Republik mit der angeblichen Schuld der kaiserlichen Regierung am Kriegsausbruch zu rechtfertigen suchen. Überall aber werde die moralische Seite der Frage weit stärker betont als die materielle, sich aus der schweren Belastung Deutschlands mit den Reparationsleistungen ergebende. — Daß die Schuldfrage in Österreich die Geister weit weniger beschäftige als in Deutschland, liegt, wie Barnes meint, vor allem an den einschränkenden Bestimmungen über die Veröffentlichung von archivarischen Dokumenten, die die jetzt von der einstigen Doppelmonarchie losgerissenen Gebiete betreffen. — In Ungarn, wo man die Hoffnung auf die Wiedergewinnung der alten Grenzen noch nicht aufgegeben habe und eine eifrige Propaganda gegen den Vertrag von Trianon betreibe, werde sie dagegen lebhaft erörtert. — Die Tagespresse Bulgariens werde von der Behandlung innerpolitischer Angelegenheiten und der wirtschaftlichen Lage des Landes so sehr in Anspruch genommen, daß sie der Kriegsschuldfrage nur wenig Raum widmen könne; dafür stoße diese in den Kreisen der Intellektuellen auf das regste Interesse.

Barnes geht dann in seinen Auseinandersetzungen, die wir hier nur in aller Kürze andeuten können, über zu den Siegerstaaten der Entente. In England haben die politischen Parteien, die Tagespresse und die Schriftsteller sich seinerzeit derartig der Propaganda für den Krieg hingegeben, daß es ihnen jetzt schwer wird, einen Stimmungsumschwung mitzumachen. Abgesehen von einigen mutigen Vorkämpfern für die Wahrheit glaubt die große Masse daher noch immer an die Legende von einem Kreuzzug zur Befreiung des vergewaltigten Belgiens. In Grey sieht sie das Symbol eines Englands verkörpert, das sich für ein hohes Menschheitsideal opferte. Dazu kommt, daß die politischen Parteien ihre von 1914 bis 1918 getanen Äußerungen zur Lage nicht ungeschehen machen können. — Nicht überraschend ist es, daß Frankreich das Märchen vom Überfall durch die Deutschen lebendig erhält und sich einer ernsten Prüfung der Schuldfrage verschließt. Es weiß, warum es so handelt. Politiker von Einfluß und Ruf befürchten ihre Stellung zu gefährden, wenn sie sich für eine Revision der Friedensverträge aussprächen. Wie in England gibt es auch in Frankreich unter der Tagespresse kein bedeutendes Organ, das für eine solche eintritt. Hingegen sind zahlreiche hervorragende Werke französischer Schriftsteller gegen die Schuldlüge von Versailles erschienen. — Im Italien Mussolinis wird der Glaube an die eigene Größe und den Anteil an der Umgestaltung Europas bis ins Größenwahnsinnige künstlich gesteigert. Dort ist kein Platz für eine objektive Beurteilung der Kriegsursachen. Keine politische Partei, keine Zeitung wagt bei einer solchen Geistesverfassung von Regierung und Volk für die Revision der Schuldfrage einzutreten. Nur einige wenige Schriftsteller hatten bisher den Mut der Wahrheit. — Obwohl in Rußland einige aufklärende Werke herausgekommen sind, spielt auch dort das Problem der Weltkriegsursachen keine ausschlaggebende Rolle in der öffentlichen Meinung. Die bolschewistische Regierung erkennt allerdings voll die Schuld der zaristischen an, betrachtet aber die Schuldfrage nur als eine Folge der kapitalistischen Politik und Wirtschaft. Die aus den diplomatischen

Archiven veröffentlichte Dokumentensammlung ist von großem Wert für das historische Studium der Vorkriegszeit. Von seiten Belgiens, das in allem Frankreich treue Gefolgschaft leistet, ist bisher nichts für die Förderung der Wahrheit geschehen. — Serbische Historiker und Publizisten hingegen beteiligen sich rege an der Erforschung der wahren Kriegsursachen und geben die Schuld ihres Landes am Ausbruch der Katastrophe zu. — Die Neutralen, besonders Holland und die skandinavischen Staaten, haben wohl eine Bewegung zugunsten der Verantwortlichkeitsprüfung begünstigt, doch scheiterte diese an Meinungsverschiedenheiten darüber, wieweit man bei der gegenwärtigen politischen und diplomatischen Lage Europas gehen dürfe.

Zusammenfassend bemerkt Barnes, daß „bei einer solchen geistigen Einstellung der verschiedenen europäischen Staaten wenig Aussicht für eine baldige Bewegung zugunsten einer allgemeinen Revision der Friedensverträge vorhanden sei". Richard Förster.

★

JUGOSLAWIEN.

Ciganović †.

Anläßlich des Todes von Milan Ciganović bringen die serbischen Zeitungen mehrere Nachrufe, die übereinstimmend die Tendenz zeigen, einerseits die Verdienste Milan Ciganović' anzudeuten, sich andererseits aber bemühen, seine Rolle bei den Vorbereitungen des Attentats nicht hervortreten zu lassen.

Auf den Artikel in der Belgrader „Politika" vom 28. September mit dem Nachruf für Milan Ciganović brauchen wir hier nicht näher einzugehen, da Dr. von Wiesner ihn in seinem Aufsatz in dieser Zeitschrift wiedergegeben hat.

Die Belgrader „Vreme" vom 29. September 1927 berichtet über das Begräbnis des Freischärlers Milan Ciganović in Skoplje folgendes:

„Feierlich wurde heute hier der Kolonist und Freischärler Milan Ciganović bestattet, der sich vor zwei Jahren in der Freischärler-Ansiedlung in Trubarevo bei Skoplje niedergelassen hatte. Sein Name ist aus unserem nationalen Kampfe für Befreiung und Einigung bekannt. Dem Zuge voraus trug der Freischärler Herr Vladimir Zarković die Fahne der Freischärlervereinigung „Für Ehre und Vaterland"; neben dieser Fahne wurde auch die Fahne der Serbischen Nationalen Jugend im Zuge getragen. An dem Begräbnis nahm der Obergespan des Departements Skoplje, der Vorstand Herr Rade Krmenać, und Herr Punischa Racić, Abgeordneter und Vorsitzender der Freischärlervereinigung „Für König und Vaterland" teil. Am Grabe verabschiedete sich von dem Toten Herr Graovać mit einigen ergreifenden Worten, in denen er das nationale Wirken und den Charakter des Dahingeschiedenen hervorhob."

Das Blatt kommt dann am 1. Oktober noch einmal auf das Begräbnis zurück und berichtet nach einer allgemeinen Klage über die Verwahrlosung der Freischärlergräber,

„daß das Begräbnis des alten nationalen Kämpfers M. Ciganović sehr bescheiden gewesen sei. Es wurde durch Beiträge seiner Gefährten und Freunde bestritten. Die religiöse Zeremonie nahm der Geistliche gratis vor. Dem Kreuze folgten zwei Fahnen, die der Freischärler und der Srnao (Srbska nacionalna Omladina, Serbisch-nationale Jugend). Es gab nur fünf Kränze: von der Schwester, der Freischärlervereinigung, dem Freischärlerkomitee aus Skoplje und von einigen Gefährten. Hinter dem Sarge schleppte sich weinend die 70 jährige Mutter Militza mit ihrem Holzbein, gestützt von der Tochter Mileva und der Schwiegertochter. Neben einer Reihe namentlich angeführter Freischärler waren auch ein paar Bürger aus Skoplje anwesend, unter ihnen Herr Vildović, der sich privat als Bekannter des Verstorbenen beteiligte. „Bitter wurde die Abwesenheit der Militär-, Verwaltungs- und Kommunalbehörden sowie der Militärmusik empfunden."

„Der Name Ciganović", heißt es zum Schluß, „ist mit zwei großen Ereignissen unserer neueren Geschichte verknüpft: mit dem Sarajewoer Attentat und dem Salonikier Prozeß. Nach der Befreiung heiratete Ciganović und ließ sich mit seiner Frau Mileva und dem Sohne Duschan in Duschanovatz bei Skoplje nieder. Vollständig von der Welt zurückgezogen, bewegte er sich nur im engsten Kreise seiner alten und erprobten Freunde. Hier beschloß er in größtem Elend sein Märtyrerdasein." (Ciganović starb im Skopljer Krankenhaus.)

„Nach der Tannenberger Rede."

Belgrader „Vreme" vom 2. Oktober 1927.

Nach einigen allgemeinen Bemerkungen über die Rede Hindenburgs bei Tannenberg und den bekannten Ausführungen Dr. Stresemanns im Anschluß an die Tannenberg-Rede schreibt das Blatt:

„Wenn man die ganz natürliche Überzeugung des deutschen Volkes im Auge hat, daß es, nach Hindenburgs Worten, mit reinen Händen in den Krieg gezogen sei, so wüßte man wirklich nicht, wie der einstige deutsche Heerführer anders vor dem Volke, das sich von Europa ungerecht verfolgt glaubt, hätte sprechen sollen. Die Rede Hindenburgs ließe sich so auffassen und teilweise auch rechtfertigen, wenn sie nicht eine neue und noch viel schwerere Verantwortung nach sich zöge, die, eine gefährliche Täuschung aufrechtzuerhalten, die natürlicherweise im Volke die Idee der Revanche nähren muß. . . . Nach Behauptung deutscher Blätter hat Hindenburg seine Rede im Einverständnis mit der Regierung gehalten, um die Frage der Kriegsschuld wieder aufzurollen. Der Marschall selbst erklärte, daß Deutschland bereit sei, vor ein unparteiisches Gericht zu treten. Und auch Stresemann hat in seiner Erklärung zum Vertreter des „Matin" auf die Nützlichkeit der Arbitrage in einer so wichtigen Frage hingewiesen. . . . Die neuerliche Aufrollung der ein für allemal gelösten Frage der Kriegsverantwortung würde die Erweckung des Geistes der alten Feindschaft und einen Schritt nach rückwärts bedeuten. Darum wäre es besser, sie nicht wieder hervorzuholen, denn kein unparteiisches Forum der Welt könnte heute ein anderes Urteil fällen, als es bereits gefällt worden ist."

Die letzte Bemerkung zeigt, was sich ein Belgrader Blatt noch heute in der Kriegsschuldfrage leisten darf.

„Erkünstelte Aufregung nach der Rede Hindenburgs."
Belgrader „Politika" vom 2. Oktober 1927.

Das Blatt schreibt unter anderem:

„In Wirklichkeit ist das, was Hindenburg bei der Enthüllung des Tannenberger Denkmals gesagt hat, weder etwas besonders Neues noch besonders Wichtiges. Die deutsche Regierung hat ja zu wiederholten Malen ähnliche Erklärungen abgegeben und zweimal sogar amtliche Schritte bei den Mächten getan, um die Kriegsverantwortung vom Deutschen Reiche abzuwälzen. (Im folgenden gibt der Verfasser eine Übersicht der diesbezüglichen Schritte der deutschen Regierung seit 1924.) Die Rede Hindenburgs ist die Fortsetzung und Ausführung eines schon im Jahre 1924 aufgestellten Programms."

Bücherschau.

Callwell, Sir C. E. K. C. B., Major-General: Field-Marshal Sir Henry Wilson, Bart. G. C. B., D. S. O. His Life and Diaries. 2 Bände, Verlag Cassell and Company, Ltd. London, Toronto, Melbourne and Sydney, 1927, 364 und 390 Seiten.

Eine sehr beachtliche Besprechung dieser Memoiren, auf die wir im nächsten Heft noch zurückkommen, bringt „Svenska Dagbladet" vom 11. Oktober 1927 unter dem Titel „Ein Tagebuch als Zeugnis". Das Blatt schreibt:

„Das Aufsehen, welches das posthum herausgegebene Tagebuch des Feldmarschalls Sir Henry Wilson erregt hat, machte das Werk innerhalb vierundzwanzig Stunden berühmt . . . . Deswegen bekommen Veröffentlichungen wie das Wilsonsche Tagebuch oder die beiden am Montag herausgekommenen Teile des englischen Gegenstücks zu Deutschlands denkwürdigen Vorkriegsakten die soeben angegebene, einzig dastehende Bedeutung; sie unterwühlen die Ordnung des Versailler Friedens. Die Frage wird sein, ob die Strömungen und die Kräfte, die der Vertrag aufgestaut hat, beizeiten durch eine Politik kanalisiert werden können, die klüger ist als die von 1919, oder ob es zur Katastrophe kommen soll . . . . ."

Eine weitere Besprechung bringt Generalmajor a. D. von Frankenberg und Proschlitz in der „D. A. Z." vom 25. Oktober 1927, Nr. 499, der wir folgende Stelle entnehmen:

Und was schreibt dieser famose Gentleman über Deutschland in jenen kritischen Tagen, „als es losgehen sollte", in sein Tagebuch?

Am 26. Juli 1914: „Haufen Kriegsdepeschen. Österreich, Rußland, Serbien scheinen zu mobilisieren. Keine Nachrichten, daß Deutschland sich rührt." Am 27. Juli: „Ein Haufen Depeschen, aber kein Anzeichen einer deutschen Mobilmachung." Am 28. Juli: „Teilmobilmachung in Rußland und Österreich. Frankreich und Deutschland ruhig. 3 Uhr

nachmittags: Order von Asquith „Precantionary Period“ (Drohende Kriegsgefahr). Warum, da sich in Deutschland nichts rührt?“ Am 30. Juli: Deutschland hat Rußland 12 Stunden Zeit gegeben, die Mobilmachung abzublasen. Rußlands Antwort war die „Generalmobilisation“.

Giesl, Baron Wladimir, General der Kavallerie: „Zwei Jahrzehnte im Nahen Orient.“ Herausgegeben von Generalmajor Ritter von Steinitz. Verlag für Kulturpolitik, Berlin 1927, 331 Seiten.

Haintz, Dr. Otto: „Die Kriegsschuldfrage“, Verlag B. G. Teubner, Leipzig-Berlin, 64 Seiten.

Das kleine, nur 64 Seiten zählende Heft ist für den geschichtlichen Unterricht an den höheren Schulen bestimmt. Wenn unser Volk über diese seine Lebensfrage in weiteren Kreisen aufgeklärt werden soll, so muß auch der langwierige Weg durch die Schule beschritten werden. Und es ist zu hoffen, daß von dort belebende Wirkung ausstrahlt, die Gleichgültigkeit zu bekämpfen, die auch in gebildeten Kreisen leider immer noch vorherrscht und die in der Hauptsache auf Unwissenheit beruht. Hier kann das Heft gute Dienste leisten.

Es ist für die Hand des Schülers im Sinne des modernen Arbeitsunterrichts zusammengestellt, der hier tatsächlich mit Erfolg angewendet werden kann. Der darstellende Text fehlt; die Sammlung enthält lediglich charakteristische Proben aus amtlichen Dokumenten und Akten, aus den Memoiren der Staatsmänner und den Beurteilungen der Geschichtsforscher.

Der Verfasser geht von der Anschuldigung Deutschlands durch den Versailler Vertrag aus und gibt die wichtigsten Stücke aus der Mantelnote und dem Ultimatum vom 16. Juni 1919 wieder. Damit hat er einen sicheren Ausgangspunkt gewonnen. Denn es kann sich für die Schule nur darum handeln, Klarheit zu gewinnen über die Anklagen, die gegen Deutschland im Sinne von Versailles erhoben werden und die in ganz bestimmten Behauptungen gipfeln. Sie deutlich ins Auge zu fassen, klarzustellen und an der Hand von Tatsachen zu prüfen — das ist es, worauf es bei der Behandlung der ganzen Frage in der Schule ankommt.

Die gegebenen Stücke sind sorgfältig ausgesucht. Man findet bei genauer Prüfung, daß die wichtigsten Seiten der Kriegsschuldfrage durchaus befriedigend behandelt werden, so daß sich ein zusammenhängendes Bild nachher ergeben muß. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß dies Heft recht gute Dienste leisten wird und den Fachgenossen bestens empfohlen werden kann.

Professor Schrader, Bielefeld.

Knesebeck, von dem, Dr. phil. Ludolf Gottschalk: „Die Wahrheit über den Propagandafeldzug und Deutschlands Zusammenbruch.“ Selbstverlag München 1927, 168 Seiten.

Die Schrift enthält u. a. 20 Originalbriefe Ludendorffs an den Chefredakteur der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ Dr. h. c. Alexander Wyneken aus der Zeit vom Herbst 1915 bis zum April 1919.

Lee, Sir Sidney: „King Edward VII, a Biography." Verlag Macmillan and Co., limited St. Martins Street, London 1927, 769 Seiten.

Wir kommen auf dieses Buch ebenfalls noch zurück.

Lipmann, Otto, und Plaut, Paul: „Die Lüge", in psychologischer, philosophischer, juristischer, pädagogischer, historischer, soziologischer, sprach- und literaturwissenschaftlicher und entwicklungsgeschichtlicher Betrachtung. Verlag von Johann Ambrosius Barth, Leipzig 1927.

Man sollte meinen, daß ein Buch, das sich zur Aufgabe gemacht hat, die eigenartigen Züge der Lüge „in Wissenschaft und Leben, die mannigfachen Widersprüche zwischen Theorie und Praxis" zu beleuchten, vor allen Dingen vermeiden müßte, etwas zu bringen, was selbst wiederum in Anwendung der dargelegten Grundsätze zu den Spielarten der Lüge gerechnet werden muß. Leider ist dies hier nicht überall der Fall. So finden wir in dem Kapitel „Die amtliche politische Lüge", in dem im ersten Absatz die Fälschungen der Buntbücher behandelt werden, Auffassungen, die zwar „sachlich-systematisch" in den Rahmen der Lüge hineinpassen, denen wir aber deswegen entgegentreten müssen.

So ist es eine „Verheimlichung wichtiger Tatbestände", wenn in dem vorliegenden Buch zur Charakterisierung des englischen Blaubuches nur die Ausführungen des Professors Kantorowicz in der „Friedenswarte" vom Jahre 1925 herangezogen werden und die eine richtige Beurteilung des Blaubuches ermöglichenden „Britischen Dokumente zum Kriegsausbruch", die im Dezember 1926 herausgegeben worden sind, überhaupt keine Erwähnung finden.

Eine „Täuschung" ist darin zu erblicken, daß die Behauptung aufgestellt wird, im französischen Gelbbuch ließen sich die Fälschungen nicht unmittelbar nachprüfen, während die Fälschungen im österreichisch-ungarischen Rotbuch deutlicher hervortreten. Das von der „Zentralstelle" herausgegebene „Französische Gelbbuch von 1914" läßt es durchaus zu, die schwerwiegenden Fälschungen nachzuweisen.

Zur „vollendeten Lüge" führt die Behauptung, wenn es in dem Kapitel heißt: „Aber noch von einer anderen Seite erwächst eine Gefahr. Wie schon Kantorowicz erwähnt, schließt sich unmittelbar an den Wahrheitsfeldzug: die Aufdeckung der tatsächlichen politischen Hintergründe des Krieges, die Unschuldskampagne an. Das heißt also, daß die gefälschten Dokumente, um deren Wahrheitsgehalt man sich je nach der Tendenz, in der man „Wahrheit" sucht, bemüht, dazu dienen, neue Fälschungen aufzubringen oder die entscheidenden Stellen, trotz ihrer Klärung, weiter so zu verschleiern, daß ein völlig sinnwidriges und vor allem auch tatsachenwidriges Resultat herauskommt."

Diese Sätze schließen die Behauptung in sich, daß der deutsche Kampf gegen die Versailler Kriegsschuldthese sich gefälschter Dokumente bediene, um neue Fälschungen aufzubringen!

Mehr zu sagen ist überflüssig!

A. v. W.

Manger, J. B.: L'Entente Cordiale. Revue d'Histoire de la Guerre Mondiale. (Extrait du numéro de Juillet 1927.) Alfred Costes, Paris. 26 Seiten.

Man hat meistens dem König Eduard von England die Initiative zu einer Einkreisungspolitik gegen Deutschland zugeschrieben; Manger erklärt aber, aus inzwischen bekanntgewordenen Dokumenten erhelle, daß nicht er, sondern Balfour und Landsdowne, nach Beilegung kolonialer Differenzen besonders in Ägypten und Marokko, eine Politik der Annäherung an Frankreich begonnen hätten, die mit dem Abschluß der Entente vom 8. April 1904 gekrönt wurde. Deutschland trat für seine Interessen in Marokko ein. In dieser kritischen Zeit stellte sich England auf die Seite Frankreichs. So wurde die Grundlage für eine bisher zwischen den beiden Mächten nicht vorgesehene Zusammenarbeit der Generalstäbe der britischen und der französischen Armee geschaffen. Sir Edward Grey, seit Dezember 1905 Außenminister, unterstützte diesen Plan, ohne den Ministerrat zu befragen; allerdings behielt sich seine Regierung vor, selbst zu entscheiden, ob sie bei einem etwaigen französisch-deutschen Kriege eingreifen werde. Bereits im Sommer 1912 jedoch wurden Vorbereitungen zu einem gemeinsamen bewaffneten Vorgehen gegen Deutschland getroffen. Marinefragen wurden erörtert: England zog seine Kriegsschiffe aus dem Mittelmeer in die Nordsee, und Frankreich konzentrierte seine Flotte im Mittelmeer, „eine Maßnahme, die in einem französisch-deutschen Kriege logischerweise Großbritannien verhindern mußte, eine strikte Neutralität zu bewahren".

Nach Manger sind vier Fragen zu beantworten: 1. Welches ist das Prinzip der englischen Politik? 2. Warum hat England die Entente mit Frankreich abgeschlossen? 3. Warum hat England die militärischen Verhandlungen gebilligt? 4. Welche Tragweite hatte der Schriftwechsel zwischen Grey und Cambon?

Zu 1: Das Hauptziel Greys war, eine Vereinigung der kontinentalen Reiche zu verhindern, um in Konfliktszeiten die britische Hegemonie zur See nicht gegen fünf zusammengeschlossene Mächte verteidigen zu müssen.

Zu 2: Seit 1900 fürchtete England eine gemeinsame Aktion der Flotten Frankreichs, Rußlands und Deutschlands. Eine oder zwei dieser Mächte von einer derartigen Gruppierung fernzuhalten, erschien ihm als unbedingt erforderlich; da nun Deutschland seine Vorschläge abgelehnt hatte, wandte es sich an Frankreich. Zudem löste die Verstärkung der deutschen Flotte in Großbritannien ernste Besorgnisse aus. Um so mehr glaubte es, sich Garantien gegen einen gemeinsamen Angriff dieser und der französischen Seestreitkräfte verschaffen zu müssen.

Zu 3: Dreibund und Zweiverband hatten bis 1904 einander das Gleichgewicht gehalten. Seit der Niederlage des Zarenreichs im Russisch-Japanischen Kriege und der russischen Revolution 1905 waren für lange Zeit die russischen Streitkräfte ausgeschaltet. Das war für Deutschland vorteilhaft, weil es vorläufig nicht mehr mit der Eventualität eines Zweifrontenkampfes zu rechnen hatte; aber gleichzeitig wurde seit der Schlacht von Mukden ein Anschluß Frankreichs an England angebahnt, wenn es auch nicht sofort zu einem Offensivbündnis kam. Zusammenfassend kann gesagt werden: die Entente wurde aus Furcht vor der verstärkten deutschen Flotte abgeschlossen, aber die militärischen Vereinbarungen waren eine direkte Folge des Ausfalls der russischen Streitkräfte aus dem russisch-französischen Bündnis. Nach Churchills

Ansicht soll allerdings auch die deutsche Flotte die englischen und französischen Marinebefehlshaber an den gemeinsamen Verhandlungstisch gebracht haben.

Zu 4: Wenn auch im Notenwechsel zwischen Grey und Cambon zum Ausdruck kommt, daß „die Verteilung der französischen und englischen Seestreitkräfte eine Verpflichtung zu gemeinsamer Aktion im Kriegsfalle nicht einschlösse", so hatte doch in den kritischen Tagen des Jahres 1914 die Verschiebung der beiden Flotten schwere Folgen. Am 2. August 1914 gab Grey an Cambon die Zusicherung ab, daß bei Operationen der deutschen Flotte im Kanal und gegen die französische Küste die britische — unter Voraussetzung der Billigung des Parlaments — bereit sein werde, schützend einzugreifen. England war also nicht mehr „frei". Diesen Eindruck hatte auch Sasonow. Grey aber, meint Manger, sei in seinen Verhandlungen mit Frankreich nur so weit gegangen, als er es zur Sicherung seines Landes für unbedingt notwendig erachtete. Die Errichtung einer deutschen Vorherrschaft auf dem Kontinent hielt er für „möglich". Und „eine große Nation kann ihre Sicherheit nur auf der Macht begründen. Sie muß die andern zwingen, auf jede Verletzung ihrer Sicherheit zu verzichten. Diese Erwägung ist es, die die Engländer bestimmt hat, die Entente abzuschließen und weiter auszubauen".

Richard Förster.

Meisner, Heinrich Otto: „Aus dem Briefwechsel des Generalfeldmarschalls Alfred Grafen von Waldersee"; erster Band: Die Berliner Jahre 1886—1891. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, Berlin und Leipzig 1928. 446 Seiten.

Nowak, Karl Friedrich: „Versailles". Verlag für Kulturpolitik, Berlin 1927, 345 Seiten.

Aus öffentlichen Dokumenten, vertraulichen Schriftstücken und Aufzeichnungen von Staatsmännern, Diplomaten und hohen Militärs, die offenbar durch persönliche Nachfragen noch vervollständigt worden sind, hat Nowak, der bereits durch seine Werke „Der Weg zur Katastrophe", „Der Sturz der Mittelmächte" und „Chaos" sich als ein Weltkriegsforscher von ungewöhnlicher Begabung und tief schürfendem Wissen erwiesen hat, eine Schilderung der Entstehungsgeschichte des Friedensvertrags von Versailles geschaffen, die in der Bewältigung des schwer übersichtlichen Stoffes als meisterhaft bezeichnet werden muß. Klar gesehen und scharf gezeichnet sind die Bilder der Männer, die in jenen verhängnisvollen Tagen das Schicksal Europas lenkten. Die Tragödie Deutschlands, die uns in atemraubende Spannung bannt, erleben wir mit bis zur Katastrophe der Unterzeichnung der schmachvollen Friedensbedingungen. Jetzt, wo über ein freies Manneswort des deutschen Reichspräsidenten unbelehrbare Minister und eine feile Presse in den alliierten Ländern sich unberechtigterweise empören und ein Raymond Poincaré immer wieder die abgedroschene Leier von dem ahnungslos überfallenen Frankreich anstimmt, kommt Nowaks Buch gerade zur rechten Stunde. In einer eindringlichen Kürze und einer einprägsamen Sprache von oft dichterischem Schwung läßt er uns auf die Entstehung der Kriegsschuldfrage und der alleinigen Belastung der Mittelmächte, insbesondere Deutschlands, mit der Verantwortlichkeit für den Weltkrieg zurückblicken.

Wilsons Stellung zu ihr wird sehr charakteristisch geschildert. Er, der Grübler über Moral und Recht, hatte Ordnung bringen wollen unter die entmenschten, kriegführenden Völker Europas, ohne diese, weltfremd, wie er war, überhaupt zu kennen. Die Schuldigen am Weltkriege waren für ihn die Deutschen, deren Horden das kleine, friedfertige Belgien überfallen hatten. Mit der Untersuchung, ob sein Schuldspruch nicht vielleicht unvollständig, nicht ein Fehlspruch überhaupt sein konnte, gab er sich nicht ab. Er brauchte nur auf Belgien hinzudeuten. Das Unrecht lag offen vor aller Augen. Nie hatte er darüber nachgedacht, „ob der Einmarsch in Belgien mit dem Ursprung des Krieges, mit der Verantwortlichkeit am Kriege überhaupt etwas zu tun hatte. Er sah den Einmarsch. Daß vorher noch etwas gewesen sein mußte, daß der Einmarsch nur die Folge von Zusammenhängen sein konnte: dies fragte er sich nicht. Ihn kümmerte nicht, was etwa Rußland dazu beigetragen hatte, den Brand in die Welt zu schleudern. Der Thronfolgermord in Sarajewo war kein Ereignis, das nach seiner Ansicht irgendwie den Krieg und Kriegsausbruch betraf . . . Was der russische Außenminister Sasonow tat, um die Katastrophe, vor der der Zar selbst zurückschreckte, im äußersten Augenblick noch zu erzwingen, war eine Angelegenheit, die nichts mit Belgien zu tun hatte". Wilson dachte gar nicht an eine wirkliche Aufklärung über Schuld und Unschuld, die er durch Befragen lebender Zeugen über die tatsächlichen Vorgänge leicht hätte erlangen können. Ihre Aussagen würden gewiß auch die Archive zum Sprechen gezwungen haben. Aber wozu diese schwierigen Ermittlungen? Belgien war überfallen worden. „Auch war es Nebensache, ob Deutschland in zugestandener, völkerrechtswidriger Notwehr gehandelt hatte, nachdem der Krieg einmal ausgebrochen war. Mit dem Überfall auf Belgien begann für den Präsidenten der Vereinigten Staaten Schuld und Krieg. In diesem Punkte war seine Haltung entschieden: Deutschland, überhaupt die Mittelmächte, waren die Übeltäter. Sie brauchten nicht mehr gehört zu werden. Sie waren zu bestrafen." Der Präsident war blind wie die Göttin der Gerechtigkeit, die die Binde vor den Augen trägt. Daß er Gerechtigkeit suchte und Unrecht vorbereitete, leuchtete ihm nicht ein.

Während in den Sitzungen des deutschen Kabinetts nach Abschluß des Waffenstillstandes vielfach die Kriegsschuldfrage erörtert wurde und der Staatssekretär Erzberger durch ein demütiges Bekenntnis unserer angeblichen Schuld den Einmarsch feindlicher Truppen in deutsches Land zu verhüten und mildere Friedensbedingungen zu erlangen hoffte, war der Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau sich klar darüber, daß die Häufung der Schuld auf Deutschland allein die letzte große Offensive des Gegners und der Versuch zu Deutschlands endgültiger Vernichtung sein werde. Darum war er für die sofortige Aufrollung der Schuldfrage, für ihre Aufklärung und Ausnutzung als Kampfmittel bei den Versailler Verhandlungen. Als für Clemenceau die „Stunde der Abrechnung" gekommen schien und er der deutschen Delegation, deren Führer Graf Brockdorff-Rantzau war, das „Buch des Friedens" mit den erniedrigenden und unerfüllbaren Bedingungen überreichte, da sagte der deutsche Außenminister: „Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen am Krieg bekennen; ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge . . . In den letzten 50 Jahren hat der Imperialismus aller europäischen Staaten die internationale Lage chronisch vergiftet. Die Politik der Vergeltung wie die Politik der

Expansion und die Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker hat zu der Krankheit Europas beigetragen, die im Weltkrieg ihre Krisis erlebte. Die russische Mobilmachung nahm den Staatsmännern die Möglichkeit der Heilung und gab die Entscheidung in die Hand der militärischen Gewalten."

Im Berliner Kabinett wollte man alles vermeiden, was den Gegner reizen konnte, und es hat dort nicht an Stimmen gefehlt, welche die Auseinandersetzung über Schuld oder Nichtschuld zunächst nur als ein „moralisches Kapitel" bezeichneten und denen sämtliche anderen Kapitel des Friedensvertrages wichtiger erschienen. „Aber in Versailles hielt sie Graf Brockdorff-Rantzau nicht bloß für ein moralisches Kapitel. Hinter ihr sah er verschiedene Dinge, die nur nach Deutschlands Verdammung der Gegner zu fordern den Mut haben konnte." Er befahl dem Ministerialdirektor Dr. Simons die Fertigstellung der Schuldnote, und der Kampf um Ehre, Sicherheit, Land, Menschen und Vermögen ging weiter. Die Mantelnote blieb die letzte Möglichkeit, bei der Friedenskonferenz bessere Bedingungen für Deutschland zu erreichen. Der Außenminister hatte über die Kriegsschuldfrage schon zweimal gesprochen. „Jetzt wiederholte er das Thema beim Problem der Wiedergutmachung, die er für Deutschland begrenzt verlangte und allein durch die Klarstellung der Kriegsschuldfrage beschränkter zeigte." Am 29. Mai 1919 ging die deutsche Note an die Friedenskonferenz ab mit einem Begleitschreiben des Grafen Brockdorff. „Eine einzige Forderung erhob er darin und unterstrich sie. Auf Klarheit und Feststellung, auf eine internationale Untersuchung der Schuldfrage wollte er nicht verzichten. Denn nur die Reinigung einer Frage, die im Augenblick alle Völker mit Mißtrauen erfüllte, vermöchte die Atmosphäre für einen Völkerbund zu schaffen."

Er drang mit seiner Ansicht nicht durch, und darum verließ er seinen Posten, um sich nicht selbst untreu werden zu müssen. Was weiter folgte, ist bekannt. Graf Brockdorff war der erste, der die Kriegsschuldfrage vor haßerfüllten Anklägern aufrollte, die sich auch zu unseren Richtern selbstherrlich aufwarfen. Deutschland darf nicht eher ruhen, als bis vollendet ist, was er begonnen hat.

Richard Förster.

Sasonoff, S. D.: „Sechs schwere Jahre." Verlag für Kulturpolitik, Berlin 1927. 385 Seiten.

Siehe die Besprechung von Prof. Roloff in diesem Heft.

Steffen, Gustaf F.: „Demokrati och Maktpolitik." Albert Bonniers Förlag, Stockholm 1927, 378 Seiten.

Stackelberg-Sutlem, Eduard Freiherr von: „Ein Leben im Baltischen Kampf." J. F. Lehmanns Verlag, München 1927, 183 Seiten.

Vom Vorposten deutscher Kultur im Osten verfolgt Stackelberg mit scharfem Blick die innere Entwicklung des Zarenreiches. Besorgt hört er aus dem Durcheinander der geistigen Strömungen Rußlands immer wieder einen Grundton heraus: Abneigung und steigenden Vernichtungs-

willen des intellektuellen Slaventums gegen das Deutschtum. Zum Besuch Eduards VII. und Fallières in Reval schreibt er: „Diese Allianz mit Frankreich und englische Freundschaft mußte zum Kriege führen! Nichts konnte fortab die slavische Welle niederhalten, in wenigen Jahren mußte die Entscheidung fallen!“

Bei der Schriftleitung eingegangene Bücher.

Baschdaroff, G.: „Die Makedonische Frage.“ Makedonische Studentenvereine im Auslande. Nr. 2, 1925, 53 Seiten.

Braun, Werner: „Ultimatum und Démarche“ (erläutert an der österreichisch-ungarischen Note an Serbien vom 23. Juli 1914). Sonderabdruck aus Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie. Verlag von Walter de Gruyter & Co. Berlin und Leipzig. 7 Seiten.

Makedonische Frage, Die. Eine Antwort an Hermann Wendel. Makedonische Studentenvereine im Auslande, 1927. 16 Seiten.

Mileff, Prof. Nikola: „Das ruhelose Makedonien.“ Makedonischer Studentenverein in Berlin, 1926. 32 Seiten.

Quidde, Ludwig: „Der erste Schritt zur Weltabrüstung.“ Denkschrift, verfaßt im Auftrage des deutschen Friedenskartells. Verlag Hensel & Co. Berlin W. 30, 1927. 32 Seiten.

Vergriffen!

1. Aus unserem Leserkreise wird gesucht:

   Dr. Konrad Friedrich: „Kant und Rousseau“, Dissertation Berlin 1878.

2. Wir selbst suchen:

   Barthou: „Qui est responsable de la guerre“. Verlag der Union Française Association nationale pour l'expansion morale et matérielle de la France. Paris.

   „Die Kriegsschuldfrage“, Jahrgang 3, Nr. 5, Mai 1924.

   „Die Kriegsschuldfrage“, Jahrgang 3, Nr. 6, Juni 1924.

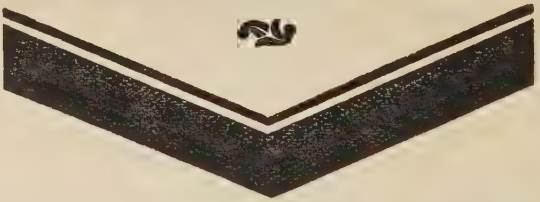
   „Serbisches Blaubuch“. Herausgegeben vom Auswärtigen Amt, Verlag Heymann, Berlin.

Verlag: Zentralstelle f. Erforschung d. Kriegsursachen, Berlin NW6. Postscheck: Bln. NW7 Nr. 25558.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Alfred von Wegerer, Berlin NW 40.
Druck: Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin SW 48.

Tägliche Rundschau

Unabhängige nationale Zeitung mit 12 Beilagen

Bilderbeilagen: Bild zum Text, Tag u. Technik.
Unterhaltungsbeilage, Literarische Rundschau
Wissenschaft u. Hochschule, Wirtschaft u. Börse
Ehe und Familie, Deutscher Sport und deutsche
Jugend, Großdeutschland, Dienst am Volk
Kino und Kultur, Reise- und Bäder-Rundschau



Es genügt nicht, sich über die politischen Strömungen der Gegenwart zu informieren. Die Förderung der Presse, die dem deutschen Ansehen im Auslande dient, ist wirtschaftliche und politische Pflicht.

Probenummer durch den Verlag gratis!

Berlin W 57, Bülowstraße 66

Sie sind gut informiert

über

Wirtschaft und Politik

insbesondere über die Landwirtschaft

wenn Sie die

Deutsche Tageszeitung

lesen

*

Eigene Berichterstatter an allen bedeutenden Plätzen der Welt

*

Ausgezeichnete Handelsbeilage * Interessanter Unterhaltungsteil * Große wöchentliche Bilderbeilage * Wirtschaftlich wertvoller Anzeigenteil

*

Verlangen Sie kostenfreie Probelieferung vom Verlag

Berlin SW 11, Dessauer Str. 6/8

Eine Aufklärungsschrift von besonderer Bedeutung ist das soeben erschienene Sonderheft:

MASSENWAHN

von Kurt Baschwitz

Inhalt des Hauptteils:

Der Propaganda-Aberglaube | Massenwahnlehre und Psychoanalyse Völkerhaß und Klassenhaß | Kehrbilder des Massenwahns | Spiegelgedanke und zweierlei Maß | Die Beherrschung des Massenwahns Möglichkeiten der Propaganda | Ketzer- und Verbrecherherrschaft

Was der bekannte Verfasser hier über seine neuesten Forschungsergebnisse berichtet, ist in unserer Zeit so vieler massenseelischer Erscheinungen — mit Kriegsschuld und Kriegsgreueln beginnend, bis zu Sacco und Vanzetti — von solcher Wichtigkeit, daß kein Gebildeter, sei er Politiker, Staatsmann, Arzt oder Werbefachmann, daran vorübergehen kann.

Preis M. 1.50

Vierteljahrespreis der Süddeutschen Monatshefte M. 4.—

Zu beziehen durch jede Buchhandlung

Süddeutsche Monatshefte G. m. b. H. München

Amalienstraße 6

Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft

empfiehlt sich

zur preiswerten Anfertigung

sämtlicher Drucksachen und Massenauflagen

Zeitschriften / Zeitungen

Werke

Setzmaschinen * Stereotypie * Rotationsdruck * Flachdruck

Berlin SW 48 / Wilhelmstraße 32

Fernsprecher: Amt F 5, Bergmann Nr. 3123—3125

NEUERSCHEINUNG

Im Oktober erschien das erste Heft einer neuen wirtschaftswissenschaftlichen Zeitschrift, welche dem Liberalismus und Sozialismus entgegengesetzt ist und eine deutsche Wirtschaftstheorie begründen will. Mit ausschließlich wissenschaftlichem Rüstzeug wird in dieser Zeitschrift die These einer nationalen, organischen, im Gegensatz zu einer bisher offen oder versteckt herrschenden freihändlerisch orientierten, kausal-mechanisch vor sich gehenden Wirtschaft verfochten.

Sie heißt:

Nationalwirtschaft

Blätter für organischen Wirtschaftsaufbau

Herausgeber:

Oberfinanzrat Dr. Bang-Berlin
Dr. v. Eickstedt-Stettin
Prof. Kloss-Berlin
Prof. Mayer-Würzburg
Prof. Preyer-Königsberg
Prof. Schwarz-Greifswald
Prof. Spann-Wien
Prof. Wundt-Jena
Prof. Binder-Göttingen
Prof. Jung-Marburg
Prof. Lent-Erlangen
Prof. Pesl-München
Prof. Rein-Jena
Prof. Spahn-Köln
Prof. Voigt-Frankfurt

Schriftleiter: Dr. Longert-Berlin

Jährlich 6 Hefte, das Heft zu Mk. 4.80

Bestellungen nehmen an: die Geschäftsstelle (Postscheckkonto Berlin Nr. 5822) und jede Buchhandlung

Geschäftsstelle und Schriftleitung:
Berlin W 57, Bülowstraße 20 III.

Lord Edward Grey
25 Jahre Memoiren

2 Bände mit zusammen 700 Seiten.
Gebunden in Leinen RM. 18,—, broschiert RM. 15,—.

Jedenfalls kann sich kaum ein Memoirenwerk an politischer und auch menschlicher Bedeutung mit diesem messen . . . Grey stand aber ein Dokumentenmaterial zur Verfügung wie kaum einem Zweiten . . . So kann man nur von diesem glänzend geschriebenen und klugen Werke sagen, daß es wirklich in keiner Bibliothek eines Menschen unserer Zeit fehlen darf. *Der Tag, Wien.*

. . . Lord Greys Memoiren werden vielleicht das meist umstrittene, sicher das meist gelesene Buch der Weltkriegsliteratur werden. *Hannov. Landeszeitung.*

Am Zarenhof
während des Weltkrieges

Tagebücher und Betrachtungen des ehem. französischen Botschafters in Petersburg
Maurice Paléologue

2 Bände in Oktavformat mit zusammen 985 Seiten. In 2 biegsamen Leinenbänden RM. 16,50, in einem Band gebunden RM. 15,—. Dritte Auflage.

Der russische Totentanz! . . . Manches erschütternde Werk über die gewaltige Katastrophe im europäischen Osten haben wir gelesen, aber keines, das uns so erschütterte und uns einen so umfassenden und intimen Einblick geben könnte. *Dresdner Neueste Nachrichten.*

Die beiden Bände lesen sich nicht nur wie ein Roman, sondern so fesselnd wie das dramatische Szenarium eines Films. *Frankfurter Zeitung.*

Europäische Politik
unter Eduard VII.

von **J. A. Farrer**

Mit einer Einleitung von Prof. Dr. G. Karo

352 Seiten. Broschiert RM. 7,50, in Leinen gebunden RM. 9,—.

. . . ist kein mir bekanntes Werk so aufschlußreich, wie das von Farrer und kaum eines so vernichtend für die englische Politik, wie das dieses englischen Historikers . . . aus vielen Gründen gerade für uns Deutsche besonders wichtig und lesenswert. *Deutscher Offiziersbund, Berlin.*

. . . Es ist nicht weniger, als eine auf umfassendstem Quellenstudium basierende Geschichte der gesamteuropäischen Politik während der zehn Jahre der Regierung König Eduards VII. *Magdeburger Tageszeitung.*

VERLAG F. BRUCKMANN A.-G., MUNCHEN

Den Selbstbehauptungskampf Elsass-Lothringens

Die politische Entwicklung seit der französischen Annexion
Die kulturellen Fragen (Sprachenkampf, Kirchen- und Schulpolitik, Presse, Theater, Musik)
Die literarischen Neuerscheinungen in und über Elsass-Lothringen

Herausgeber:
Dr. Robert Ernst

beleuchtet kritisch durch die besten Kenner die Monatsschrift

ELSASS-LOTHRINGEN HEIMATSTIMMEN

PROBEHEFT UNBERECHNET

Schriftleitung und Versandstelle:
Berlin W 30 / Postschliessfach Nr. 5

DEUTSCHLAND UND DEUTSCHOESTERREICH. Postbezug (durch jedes Postamt): Vierteljährlich 1,80 Mk. Streifbandbezug (durch die Versandstelle): Vierteljährlich 2,10 Mk.
AUSLAND. Halbjahresbezug (postfrei unter Umschlag): 5,00 Mk.

Wer
Aufbauarbeit
leisten will, lese die Monatshefte
Heimat und Volk

die über nationale Fragen eingehend unterrichten, den bodenständigen Heimatgedanken pflegen und vertiefen, den berufsständischen Gedanken pflegen und fördern und den Weg weisen, wie der Neuaufbau unseres Volkes und Vaterlandes geschehen kann.

*

Bezugspreis vierteljährlich nur **1.25** RM., für das Ausland halbjährlich **3.00** RM. — Bezug durch die Hauptgeschäftsstelle, **Berlin S. 14.** Postscheckkonto: Berlin 107928.

Lesen Sie die in ihrer Art einzig dastehende Zeitschrift

DIE AUSLESE

Internationale Zeitschriftenschau

Verlag: O. H. Luken, Berlin SW 68, Zimmerstraße 71

Postscheckkonto Berlin 78344 — Telephon Dönhoff 7638

„Hamburgischer Correspondent“, 18. August 1927:

„Diese monatlich erscheinende Zeitschrift nimmt in veränderter Form den glücklichen Gedanken wieder auf, den seinerzeit „Das Echo“ vertrat. Sie läßt durch ihre Mitarbeiter Hunderte von Zeitschriften des In- und Auslandes verfolgen und bringt eine Auswahl der wesentlichsten Aufsätze, die in diesen führenden Journalen erscheinen. Neben Deutschland fanden wir in den uns vorliegenden Heften vertreten die Schweiz, Frankreich, England, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rußland, Bulgarien, Niederlande, Belgien, Nordamerika, Venezuela. Die Auslese vertritt keine einseitigen Tendenzen, sondern ist völlig überparteiisch. So wird die Zeitschrift allseitig Interesse finden.“

„Die Literarische Welt“, Berlin, 20. Mai 1927:

„Ein Unternehmen, das dem eiligen und doch nach möglichster Intensität und Weite seiner Lektüre begierigen Leser empfohlen werden kann, ist „Die Auslese“. Das sind kleine Monatshefte, in bequemem Taschenformat, die auszugsweise Artikel aus allen Zeitschriften der Welt nachdrucken. Stichproben aus dem März-Heft ergeben z. B. diese Themen: Ford, Gandhi, Pestalozzi, Naturwissenschaft und Religion, Krebs, Schubert, Faschismus, Energieschulung, nochmals Ford, Religionsprobleme in Mexiko, Chinafragen, Goethes Farbenlehre und noch zwanzig andere Themen. Ein immerhin annehmbarer Ersatz für das Halten von fünfzig ersten Zeitschriften aus zwei Weltteilen.“

Einzelheft M. 1.— 3 Monate M. 2.50

(Probeheft unter Bezugnahme auf diese Anzeige 50 Pf.)

Iswolski und die Besprechungen in Buchlau.

Von Eduard Ritter von Steinitz.*)

In einem Schreiben des Chefs des Generalstabes, Feldmarschallleutnant Conrad von Hötzendorf, vom 19. November 1907 an Baron Aehrenthal finden wir den Vorschlag, für den Fall, daß Rußland demnächst die Meerengenfrage aufrollen würde, die Gelegenheit zu ergreifen und als Gegenleistung vom St. Petersburger Kabinett die Zustimmung zur Annexion Bosniens und der Herzegowina zu verlangen[1]). Ob Conrad der geistige Vater dieses Tauschhandels war oder in seinem Briefe eine vom Außenminister in einem vorangegangenen Gespräch geäußerte Ansicht durch Wiederholung bloß bekräftigte, tut hier nichts zur Sache.

Zunächst geriet jedoch die Ausführung des Planes ins Stocken, weil die von Aehrenthal aufgeworfene Sandschakbahnfrage in den ersten Monaten des Jahres 1908 zu einem diplomatischen Streite geführt hatte, der eine tiefgehende Verstimmung zwischen dem österreichisch-ungarischen Außenminister und seinem russischen Kollegen Iswolski hinterließ und für eine geraume Weile jeden Gedankenaustausch ausschloß. Soweit wir unterrichtet sind, soll Iswolski der erste gewesen sein, der sich um die Wiederanknüpfung des gerissenen Fadens bemüht hat. Eine am 6. Juli vom Botschafter Fürsten Urussow am Ballhausplatz übergebene russische Denkschrift bezeichnet bereits ein vorgerücktes Stadium der Verhandlungen; sie enthält die Zustimmung zu allen auf der Balkanhalbinsel geplanten Bahnbauten, wobei auch in entgegenkommendster Weise eine Ausdehnung der Grenzen des Sandschaks bis über Mitrowitza hinaus zugebilligt wird. Die wichtigste Textstelle lautet:

*) Verfasser von „Von Königgrätz bis an die Donau“ und Herausgeber der Memoiren Giesl's „Zwei Jahrzehnte im nahen Orient“.

[1]) Feldmarschall Conrad: Aus meiner Dienstzeit. (Rikola-Verlag 1921) 1. Bd. S. 516.

„Namentlich beharren wir in der Ansicht, daß die in Artikel XXV des Berliner Vertrages festgesetzte Zustandsänderung, d. h. die Einverleibung Bosniens, der Herzegowina und des Sandschaks Novibazar, einen ausgesprochen europäischen Charakter hat und nicht geeignet ist, durch eine Sonderverständigung zwischen Rußland und Österreich-Ungarn geregelt zu werden.

Andererseits sind wir bereit, anzuerkennen, daß der gleiche Vorbehalt seine Anwendung auch auf die Konstantinopel, das umliegende Gebiet und die Meerengen betreffenden Fragen findet.

Nichtsdestoweniger würde die Kaiserliche Regierung bei der außerordentlichen Wichtigkeit, die für beide Länder eine ihren beiderseitigen Interessen gerecht werdende Lösung obenerwähnter beider Fragen haben würde, bereit sein, eine Erörterung derselben im Geiste freundschaftlicher Gegenseitigkeit anzunehmen."

Die Einschränkung ist zu beachten, daß eine Sonderverständigung als unzulässig betrachtet wird; es fällt auf, daß das Petersburger Kabinett auch gegen eine Annexion des Sandschaks Novibazar mit erweiterten Grenzen keine Einwendung erheben wollte. Wenn Aehrenthal aber im Gespräch mit dem deutschen Botschafter von Tschirschky am 3. Oktober behauptete, Iswolski habe ihm schon am Anfang des Sommers die Annexion „förmlich angeboten gegen wohlwollende Haltung in der Meerengenfrage" [2]), so findet diese Behauptung wenigstens in der angeführten Textierung keine Bestätigung. Indes sind häufig — worauf immer wieder hingewiesen werden muß — wichtige Aufschlüsse namentlich über Zwischenphasen diplomatischer Unterhandlungen nicht in den Akten, sondern in schwer auffindbaren Privatbriefen enthalten. So vielleicht auch in diesem Falle.

Aehrenthal antwortete am 27. August gleichfalls mit einer Denkschrift, deren deklarativer Schlußpassus hier wiedergegeben wird:

„Die beiden Kabinette halten an ihrer Entschließung fest, den gegenwärtigen Status quo in der Türkei, solange es die Umstände gestatten werden, aufrechtzuerhalten; sie enthalten sich jedweden Eingriffs im nahen Orient, es sei denn, daß zuvor zwischen ihnen eine Übereinkunft hierüber getroffen wäre.

Wenn bei alledem Österreich-Ungarn durch das unabweisliche Gebot der Umstände genötigt werden sollte, sich Bosnien und die Herzegowina einzuverleiben, so würde die Kaiserliche Regierung versichern, diesem Schritte gegenüber eine wohlwollende und freundschaftliche Haltung beobachten zu wollen.

Ihrerseits verpflichtet sich die k. u. k. Regierung, sofort nach Verkündigung der Einverleibung ihre Truppen gleichzeitig aus dem Sandschak zurückzuziehen und endgültig auf jede Besetzung dieses Gebietes zu verzichten.

Die k. u. k. Regierung ist überzeugt, daß das St. Petersburger Kabinett in dieser Art des Vorgehens nur eine neue Bestätigung und eine in die

[2]) „Die Große Politik der Europäischen Kabinette" (G. P.) 26/1 Nr. 8942. Siehe auch Fußnote.

Augen fallende Bekundung des Grundsatzes der Nichtbeteiligung *(an territorialen Erwerbungen am Balkan)* [2a]) erblicken würde, von dem das Abkommen der beiden Reiche getragen ist.

Da die Kaiserliche Regierung die Konstantinopel, das umliegende Gebiet und die Meerengen betreffende Frage berührt, erklären wir uns eintretendenfalls durchaus zu einem vertraulichen und freundschaftlichen Gedankenaustausch hierüber bereit" [3]).

Bei dieser Gelegenheit möge der große Wert des „Wegweisers" hervorgehoben werden, der die Benutzung der Aktensammlung ganz außerordentlich erleichtert.

Kein Wort im zweiten Absatze läßt auf eine Absicht Aehrenthals schließen, vor der Annexion die Zustimmung der übrigen Signatarmächte des Berliner Vertrages einzuholen. Auf diese Denkschrift erfolgte vorerst keine russische Antwort.

Bevor noch dieser Schriftenwechsel begann, waren am 9./10. Juni das englische und russische Herrscherpaar, begleitet von Staatsmännern und Militärs in Reval zusammengetroffen. Man vereinbarte dort auch eine verstärkte Mitwirkung Englands bei der mazedonischen Reformtätigkeit. Die Anfang Juli ausgebrochene jungtürkische Revolution machte allen diesen Bestrebungen ein Ende, drängte aber auch die Donaumonarchie, in Bälde an die Einverleibung Bosniens und der Herzegowina zu schreiten. Daß Iswolski trotz der Revaler Abschwenkung in die vorgeschilderten Verhandlungen eintrat, diese in offensichtlichem Entgegenkommen und sogar unter Wahrung des Geheimnisses führte, beweist, wie sehr ihm die Lösung der Meerengenfrage am Herzen lag. Demgegenüber dürften ihm die Angliederung der beiden Provinzen und die serbischen Aspirationen herzlich wenig gegolten haben.

Als Aehrenthal dem Petersburger Kabinett am 27. August antwortete, hatte eine Woche vorher in Wien eine Sitzung des gemeinsamen Ministerrates stattgefunden, bei der die Notwendigkeit ehebaldigster Annexion Bosniens und der Herzegowina von allen Teilnehmern anerkannt, der genaue Zeitpunkt jedoch noch nicht fixiert worden war.

Unterdessen hatte Iswolski seine Sommerreise angetreten. Er traf Mitte August zum Kurgebrauch in Karlsbad ein, hatte dort am 24. eine Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau — vorher war er bei König Eduard VII. im benachbarten Marienbad gewesen — sagte aber weder dem einen noch

---

[2a]) Einklammerungen in Kursiv hier und später vom Verfasser.

[3]) Beide Denkschriften in G. P. 26/1 Nr. 9055. Übersetzung ins Deutsche nach: „Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914. Ein Wegweiser durch das große Aktenwerk der Deutschen Regierung" von Bernhard Schwertfeger. (1926. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W. 8) 5. Teil I, S. 236 und 238.

dem anderen ein Sterbenswort von seiner schicksalhaften Korrespondenz mit Aehrenthal. Daß sich jedoch Iswolski unausgesetzt mit der bevorstehenden Annexion beschäftigte und sich mit dem Gedanken vertraut gemacht hatte, lehrt ein Gespräch mit dem serbischen Minister des Äußeren Milowanowitsch am 4. September in Karlsbad. Diesem legte er die Idee einer Kompensation im Falle eventueller Einverleibung der Länder südlich der Save durch Österreich-Ungarn nahe. Das schien dem serbischen Minister so einleuchtend, daß er unter dieser Voraussetzung keinerlei Bedenken gegen die Aktion geltend machte [4]).

Da Iswolski im Vorjahre einen Besuch auf dem Ballhausplatz abgestattet hatte, durfte er mit Recht eine Erwiderung erwarten; sein Wiener Botschafter ließ es auch nicht an Anspielungen fehlen, die Aehrenthal zu einer Reise nach Karlsbad bewegen sollten. Dem russischen Minister muß es dringend um eine Aussprache zu tun gewesen sein, denn er ließ durchblicken, daß er auf eine Einladung hin bereit wäre, selbst wieder in der Donauresidenz zu erscheinen. Aehrenthal zögerte. Nach den peinlichen Auseinandersetzungen anläßlich der Balkanbahnen hegte er kein lebhaftes Bedürfnis nach einer Begegnung mit dem reizbaren Iswolski [5]). Da machte der österreichisch-ungarische Botschafter in St. Petersburg, Graf Berchtold, allen Etikettefragen dadurch ein Ende, daß er beide Minister zu sich auf Schloß Buchlau einlud.

Die Zusammenkunft in Buchlau.

Im östlichen Mähren wird ein bewaldeter Bergkegel des Marsgebirges von der alten Burg Buchlau gekrönt. In eine Bodenfalte der von dort gegen Südosten abfallenden Hänge schmiegt sich der Marktflecken Buchlowitz mit dem herrlichen Schlosse, dessen Gesamteindruck durch die Abbildungen vermittelt wird. Hier empfing Berchtold am Abend des 15. September 1908 zahlreiche Gäste. Von Wien kam Baron Aehrenthal mit einem Stabe von Diplomaten: dem Sektionschef Graf Esterházy, dem Botschafter in Rom Graf Lützow und dem Kabinettschef am Ballhausplatz Baron Gagern — aus Karlsbad der russische Außenminister Iswolski, dem sich der erste Sekretär der Wiener russischen Botschaft Fürst Demidow angeschlossen hatte.

Die beiden Minister widmeten sechs Stunden des nächsten Tages ihren Besprechungen, die auf Spaziergängen im Park und in einem Zimmer des Schlosses stattfanden. Aehrenthal reiste schon

---

[4]) Boghitschewitsch: Kriegsursachen S. 152.
[5]) G. P. 26/1 Nr. 8926.

Kaminecke in Schloß Buchlau, wo am 16. September 1908 die Besprechung Aehrenthals mit Iswolski stattfand.

Die Inschrift der aus diesem Anlaß über dem Kamin angebrachten Gedenktafel lautet:
C'est ici que le Comte D'Aehrenthal Ministre des Affaires Étrangères D'Autriche-Hongrie et Mr. Iswolsky Ministre des Affaires Étrangères De Russie, ont tenu conférence dans la journée du 16 Settembre 1908.

am Abend mit seinen Herren nach Wien zurück. Hierauf erschien in der Presse ein Kommuniqué, in dem — wie üblich — weniger als nichts gesagt wurde. Doch hatte Aehrenthal dem Hausherrn am Nachmittag des 16. den Inhalt des zeugenlos geführten Gesprächs erzählt, und diesem Beispiel war auch Iswolski am Morgen des 17. vor seiner Abreise nach Tegernsee gefolgt. Diese beiderseitigen Mitteilungen deckten sich sachlich vollkommen, und Graf Berchtold gewann den bestimmten Eindruck, daß eine Verständigung erzielt worden sei. Freilich sollen nach mehrfach verbürgten Angaben die Besprechungen durchaus nicht glatt verlaufen sein, wofür schon das hitzige Temperament des Russen gesorgt haben mochte. Wie gleichfalls bestätigt, schied man aber befriedigt voneinander, was die Annahme erhärtet, daß es zu einem restlosen Ausgleich etwa entgegenstehender Anschauungen und Wünsche gekommen war [6]).

Zwei Tage nach seiner Rückkehr sagte Aehrenthal zu dem deutschen Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau: „Iswolski war eigentlich ganz verständig. Er ist ja ein Choleriker und wollte die Vergangenheit wieder aufwärmen, wir haben uns aber schließlich ganz gut ausgesprochen“ [7]).

Sowohl Aehrenthal als auch Berchtold berichteten dem Kaiser Franz Josef über den 16. September. Indes hat sich das Wiener Staatsarchiv bedauerlicherweise noch nicht zu einer Veröffentlichung der diplomatischen Dokumente entschlossen, so daß wir vornehmlich auf die deutsche Aktenpublikation (G. P.) angewiesen sind. Ob Iswolski hiernach und in welcher Hinsicht berechtigt war, von einem der Begegnung entsprungenen Mißverständnisse zu sprechen, oder sich gar als das Opfer einer geschickten Düpierung

---

[6]) Diese Schilderung der Zusammenkunft nach „Alois Graf Aehrenthal. Sechs Jahre äußere Politik Österreich-Ungarns“. Von Berthold Molden. (Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart und Berlin 1917) S. 59 f., und Heinrich Friedjung: „Das Zeitalter des Imperialismus 1884—1914“ (Verlag Neufeld und Henius, Berlin 1922), 2. Bd. S. 227 ff.

Die Angaben dieser beiden Bücher sind außerordentlich wertvoll, denn Molden stand in enger Fühlung mit vielen leitenden Personen des Wiener Außenministeriums, Friedjung insbesondere mit dem Grafen Aehrenthal. Nur der erste Band des Werkes „Das Zeitalter des Imperialismus“ ist Alleinschöpfung Friedjungs; nach seinem Ableben am 14. Juni 1920 hatte der Freund des Verewigten, Universitätsprofessor Alfred Francis Pribram, die weitere Bearbeitung und Herausgabe auf Grund eines hinterlassenen Manuskripts in Erfüllung eines letztwilligen Wunsches bewirkt. Der hier wiederholt erwähnte zweite Band gelangte bereits unter Mitwirkung des berühmten Historikers zur Veröffentlichung; wichtige Feststellungen von dokumentarischem Charakter sind darin enthalten.

[7]) G. P. 26/1 Nr. 8932.

durch Aehrenthal hinzustellen, möge in den folgenden Abschnitten erörtert werden. Sicherlich bedeutet Buchlau einen Markstein in der Weltgeschichte. Berchtold ließ später, als man die Auswirkungen der Zusammenkunft übersehen konnte, das Zimmer, in dem die Konferenz der beiden Staatsmänner stattgefunden hatte, durch eine über dem Kamin angebrachte Gedenktafel zieren, wie dies auch aus der Abbildung zu entnehmen ist.

Der Inhalt der Buchlauer Besprechungen.

Was war nun eigentlich im Schlosse Buchlau verhandelt und was abgemacht worden? Zweifellos haben die russische und österreichisch-ungarische Denkschrift von Anfang Juli bzw. Anfang August den Besprechungen als Grundlage gedient. Da das Thema beiden Teilen wohlbekannt war, dürfte es kaum zu überraschenden Eröffnungen gekommen sein. Der beiläufige Verlauf der Gespräche läßt sich aus drei Dokumenten der deutschen Aktensammlung rekonstruieren, und zwar:

1. einem Schreiben des Freiherrn von Aehrenthal vom 26. September 1908 [8]),
2. einem zweiten aus Budapest vom 15. Oktober, beide an den deutschen Reichskanzler Fürst Bülow. Das letztere sollte diesen anläßlich Iswolskis bevorstehenden Besuches in Berlin ausführlicher über Buchlau unterrichten, als es im ersteren geschah [9]), schließlich
3. einem Berichte des Staatssekretärs im Berliner Auswärtigen Amte von Schön an Bülow vom 26. September über einen Besuch, den ihm Iswolski am 25. und 26. von Tegernsee aus in Berchtesgaden abgestattet und wobei der russische Minister eingehend über den 16. gesprochen hatte [10]).

Wir beziehen somit unsere Informationen von beiden Seiten, wobei sich die Glaubwürdigkeit der einzelnen Angaben von selbst in der Textierung abzeichnet. Um nun dem Leser einen rascheren Überblick zu schaffen, sollen, statt diese Schriftstücke nacheinander anzuführen, die gleichartigen Verhandlungsgegenstände aus allen dreien nebeneinandergereiht und die wichtigsten Stellen im Wortlaut zitiert werden. Der Inhalt der drei Dokumente möge nach folgender Gliederung wiedergegeben werden:

A. Annexion Bosniens und der Herzegowina. Die Meerengenfrage.

---

[8]) Ebenda Nr. 8934.

[9]) Ebenda Nr. 9055. Aehrenthal befand sich während der Tagung der Delegationen in der ungarischen Hauptstadt.

[10]) Ebenda Nr. 8935.

B. Was wurde in Buchlau über den europäischen Charakter der Annexion gesprochen?

C. Sonstige Veränderungen auf der Balkanhalbinsel, endlich

D. Beziehungen der Großmächte zueinander.

Der spätere Streit der beiden Minister drehte sich hauptsächlich um A und B. Iswolski leugnete, daß er der Annexion zugestimmt habe, gab an, daß er durch den Zeitpunkt ihrer Durchführung vollständig überrascht, und daß als Bedingung für die Einverleibung der Provinzen die vorherige Einholung der Zustimmung sämtlicher Signatarmächte des Berliner Vertrages vereinbart worden sei. Nach diesen Gesichtspunkten müssen die nun angeführten aktenmäßigen Angaben unter die Lupe genommen werden.

A. Annexion Bosniens und der Herzegowina. Die Meerengenfrage.

Aehrenthal schreibt am 26. September:

„In Buchlau hat Iswolski nach einer von mir vorgebrachten eingehenden Darlegung unserer Beweggründe *(für die Annexion)* sich mit der von mir in Aussicht genommenen Vorgangsweise im Prinzip einverstanden erklärt[11]) und eine freundschaftliche Haltung Rußlands zugesichert . . . . . Iswolski denkt sich auch den Augenblick gekommen, wo er auf sein großes Ziel — eine Modifizierung der Bestimmungen, betreffend die Meerengenfrage — zusteuern könnte . . . . . Iswolski perhorresziert jeden territorialen Anspruch in und um Konstantinopel . . . . Die Meerengen blieben somit nach wie vor unter der Herrschaft der Türkei. Die Änderung würde sich bloß auf die Einräumung des Rechtes an die Uferstaaten des Schwarzen Meeres beziehen, daß Kriegsschiffe einzeln die Meerengen passieren dürfen. Als Gegenleistung für die freundschaftliche Haltung Rußlands bei der Durchführung der Annexion Bosniens habe ich Iswolski eine gleich freundschaftliche Haltung der Monarchie in Ansehung des erwähnten russischen Petites in Aussicht gestellt, jedoch nur unter der ausdrücklich betonten Voraussetzung, daß die an den geltenden Bestimmungen vorzunehmenden Änderungen die Selbständigkeit und die Sicherheit der Residenz des Sultans nicht tangieren dürfen . . . . Mir gegenüber versicherte er *(Iswolski)*, daß er in der Meerengenfrage kein Engagement mit England eingegangen ist."

Aehrenthal schreibt am 15. Oktober:

(Diesem Schreiben hatte der Minister Abschriften der erwähnten russischen und österreichisch-ungarischen Denkschrift beigelegt.)

„Ich habe mit dem russischen Minister *(in Buchlau)* den ganzen Komplex der Balkanfragen eingehend durchgesprochen; wir sind am Schlusse unserer Besprechung zu der Aufstellung gewisser Grundsätze gelangt, deren Beobachtung allen Eventualitäten am Balkan gegenüber ein einvernehmliches Vorgehen Österreich-Ungarns und Rußlands auch in Zukunft ermöglichen würde.

[11]) Sperrdruck dieser Stelle vom Bearbeiter veranlaßt.

Diese Grundsätze waren:

. . . . . .

freundschaftliche Haltung Rußlands in dem Momente, wo Österreich-Ungarn sich zur Annexion Bosniens und der Herzegowina gezwungen sehen würde. Ebensolche Haltung Österreich-Ungarns gegenüber den russischen Wünschen in der Meerengenfrage *(unter den im Briefe vom 26. September angeführten Bedingungen und Voraussetzungen).*"

Schön berichtet am 26. September:

„Baron Aehrenthal, mit dem er *(Iswolski)* kürzlich eine Begegnung gehabt, hat ihn in seine Pläne eingeweiht, deren Stichworte sind: Annexion von Bosnien und der Herzegowina, Verzicht auf den Vormarsch nach Saloniki, Zurückziehen der Garnisonen aus dem Sandschak, Bereitwilligkeit, mit Rußland über dessen Wünsche nach freier Durchfahrt durch die Meerengen zu sprechen."

Die diesem Berichte Schöns entnommenen weiter folgenden Äußerungen des russischen Ministers verdienen ganz besondere Beachtung:

„Herr Iswolski hat den Eindruck, daß Baron Aehrenthal, vielleicht mehr durch innerpolitische wie durch äußere Erwägungen gedrängt, schon bald an die Lösung dieser Probleme heranzutreten wünsche. Ohne bestimmte Angaben in dieser Richtung von Baron Aehrenthal erlangt zu haben, neigt er der Annahme zu, daß der österreichisch-ungarische Minister bereits den bevorstehenden Delegationen den Plan der Annexion Bosniens und der Herzegowina vorlegen möchte."

Viel positiver drückte sich Aehrenthal in einem im November mit Tschirschky geführten Gespräche aus, er habe Iswolski ausdrücklich gesagt, „die Aktion wegen der Annexion werde wohl noch v o r Zusammentritt der Delegationen gemacht werden müssen" [12]). Diese Vertretungskörper hatten ihre Tagung am 8. Oktober in Budapest begonnen.

B. Was wurde in Buchlau über den europäischen Charakter der Annexion gesprochen?

Aehrenthal schreibt am 26. September:

„Um nun die Frage der Annexion mit dem geringsten Risiko zu verbinden, war eine vorgängige Verständigung mit Rußland nötig . . . Iswolski hat natürlich die Gelegenheit *(in Buchlau)* wahrgenommen, um die Rückwirkung der Annexion Bosniens und der Herzegowina auf die Balkanverhältnisse sowie auf die spezifisch russischen Verhältnisse zur Erörterung zu bringen. Er glaubt, daß sowieso eine Revision zahlreicher Bestimmungen des Berliner Vertrages sich als unerläßlich herausstellen dürfte und diese Revision auf friedlichem Wege durchzusetzen sein werde."

In dem Briefe Aehrenthals vom 15. Oktober wird diese Seite der Angelegenheit nicht berührt.

---

[12]) G. P. 26/1 Fußnote auf S. 31.

Schloß Buchlau in Mähren.

Dagegen berichtet Schön, Iswolski habe dargelegt:

„. . . Kurz, es ergäbe sich eine Fülle teils nützlicher, teils notwendiger Veränderungen, die nicht ohne eine gründliche Revision des Berliner Vertrages vollzogen werden könnten, daher vielleicht einen neuen Kongreß erwünscht erscheinen ließen. Er für seine Person würde nicht den Mut haben, all diese großen Fragen in Bewegung zu setzen; wenn dies aber durch die Initiative Österreich-Ungarns geschehen sollte, so würde die russische Politik für eine gründliche Lösung aller auftauchenden Balkanprobleme eintreten, immer nur von dem aufrichtigen Bestreben beseelt, einen Ausgleich auf friedlichem Wege herbeizuführen."

Eine weit belangreichere und auch sicherlich zutreffende Feststellung enthält das Buch Berthold Moldens. Dort heißt es, Iswolski schien, als er sich am 17. September in Buchlau vom Grafen Berchtold verabschiedete, von dem Ergebnisse der Unterhaltungen mit Aehrenthal befriedigt und erklärte, „er sei sehr erfreut, daß es zu der Aussprache gekommen", und äußerte keine sachliche Einwendung. Er sprach nur die Ansicht aus, Baron Aehrenthal habe das ganze Gebäude des Berliner Vertrages angetastet, denn wenn ein Stein daraus weggenommen sei, könne man nicht wissen, wie weit die Sache noch gehen werde. Er fügte hinzu, er sei mit Aehrenthal übereingekommen, daß, wenn auch durch Verhandlungen zwischen Kabinett und Kabinett die Angelegenheit festgelegt sei, eine Schlußkonferenz schwerlich zu vermeiden sein dürfte. Was den Zeitpunkt der Annexion betraf, so hatte Iswolski nur den Wunsch geäußert, daß ihm noch Zeit bleibe, die öffentliche Meinung in Petersburg vorzubereiten, worauf Aehrenthal erwiderte, er hoffe, daß es möglich sein werde, so lange zu warten [13]).

Nach den ad A und B zitierten Textstellen hatte sich Iswolski gegen die Annexion durchaus nicht gesträubt. Aehrenthal versichert Bülow sogar, der russische Staatsmann habe sich „im Prinzip einverstanden erklärt". Auch über den nahen Zeitpunkt war gesprochen worden. Keinem Zweifel unterliegt ferner, daß Iswolski die europäische Bedeutung der Frage kräftig unterstrichen hatte, fraglich bleibt es allerdings, ob er schließlich seinen in der Juli-Denkschrift gekennzeichneten Standpunkt: Sonderverständigung zwischen Österreich-Ungarn und Rußland genügt nicht, zur Gänze aufrechterhalten hat. Nirgends finden wir aber, daß er klipp und klar ausgesprochen hätte, v o r Proklamierung der Annexion müsse die Zustimmung der Unterschriftmächte im Wege von Verhandlungen zwischen Kabinett und Kabinett oder im Wege einer Konferenz eingeholt werden.

---

[13]) Molden, Aehrenthal. S. 60.

Wir haben bei diesen Schlußfolgerungen vorerst nur den Text der vorbezeichneten drei Aktenstücke in Betracht gezogen. Bei Auslegung der Besprechungspunkte ad C und D gab es in der Folge keine nennenswerten Differenzen zwischen den Verhandlungspartnern.

C. Veränderungen auf der Balkanhalbinsel.

Die Gespräche in Buchlau wandten sich auch den sonstigen Verhältnissen auf dem Balkan zu. Beide Staatsmänner kamen dahin überein, keine Änderung an dem gegenwärtigen Besitzstande des ottomanischen Reiches eintreten zu lassen. Dieser Grundsatz sollte jedoch, abgesehen von Bosnien und der Herzegowina, der Öffnung der Meerengen und des österreichisch-ungarischen Verzichtes auf die Rechte im Sandschak, auch im Falle einer Unabhängigkeitserklärung Bulgariens oder einer Angliederung Kretas an Griechenland keine Anwendung finden. Diesen letzteren Eventualitäten gegenüber beschloß man, eine wohlwollende Haltung einzunehmen. Weiter gedachte die k. und k. Regierung auf die im Artikel XXIX des Berliner Vertrages enthaltenen, die Souveränität Montenegros einschränkenden Bestimmungen (Hafen- und Gesundheitspolizei in Antivari und an der montenegrinischen Küste betreffend) zu verzichten, wie dies auch später geschah.

Iswolski bezweifelte Schön gegenüber, ob sich die neue Türkei mit der Preisgabe des Sandschaks abfinden lassen und nicht weitere Kompensationen, etwa die Revision der Kapitulationen und gewisser auf Mazedonien bezüglicher Bestimmungen des Berliner Vertrages, verlangen werde. Bulgarien werde seine Selbständigkeit wahrscheinlich auf dem Wege eines Waffenganges mit der Türkei zu erlangen suchen, wobei Rußland einem unterliegenden Bulgarien unter dem Drucke der öffentlichen Meinung Schutz gewähren müsse, einem siegreichen aber nicht gestatten könne, sich Konstantinopels zu bemächtigen. Außer den Zugeständnissen an Montenegro werde sich Aehrenthal doch entschließen müssen, Serbien durch einen kleinen Gebietszuwachs auf Kosten von Bosnien-Herzegowina abzufinden. Im Sinne dieser Bemerkungen mag der Russe auch in Buchlau gesprochen haben.

D. Beziehungen der Großmächte zueinander.

Nach Aehrenthals Brief vom 26. September hatte Iswolski in Buchlau nachdrücklichst betont, er hoffe, durch Deutschlands und Österreich-Ungarns Politik nicht in die Arme Englands getrieben

zu werden[14]); er hege den lebhaftesten Wunsch, mit Deutschland auf den besten Fuß zu kommen. Auch über seine Unterredung mit Clemenceau in Karlsbad habe Iswolski erzählt. Der französische Kabinettschef sei sehr pessimistisch gewesen und halte den Krieg zwischen Deutschland und England für unvermeidlich. Deutschland werde sich dann mit aller Wucht auf Frankreich werfen und dieses zu zertrümmern suchen. Um dieser Gefahr zu entgehen, wünsche Clemenceau, jedes weitere Engagement mit England zu vermeiden.

In Berchtesgaden wiederholte der russische Minister seine Werbung um die deutsche Freundschaft, wobei er bedenkenlos erklärte, „daß er persönlich das Bündnis mit Frankreich als einen verhängnisvollen Fehler der russischen Politik betrachte, als eine lästige Fessel, der sich Rußland bis auf weiteres freilich nicht zu entwinden vermöchte".

Soweit die Rekonstruktion des Inhaltes der Buchlauer Besprechungen auf Grund der drei an den deutschen Reichskanzler gerichteten Schriftstücke. Eine wesentliche Differenz in den Angaben der beiden Gäste des Grafen Berchtold tritt nicht zutage.

Iswolskis Wandlungen während seiner Rundreise.

Zwei Diplomaten haben unabhängig voneinander der Meinung Ausdruck gegeben, Iswolski hätte nach Buchlau, statt eine Rundreise nach Italien, Frankreich, England und Deutschland anzutreten, unverzüglich nach Petersburg zurückzukehren gehabt, um sich dort mit den leitenden Kreisen ins Einvernehmen zu setzen und die Stimmung im Lande zu beeinflussen[15]). Man kann den Vertretern dieser Ansicht, dem russischen Botschafter in Rom N. V. Murawiew — übrigens ein naher Verwandter seines Chefs — und dem englischen Botschafter in Wien Sir Fairfax Cartwright hierin nicht

[14]) Iswolski teilte Aehrenthal den Inhalt des Abkommens von Reval mit, und versicherte dabei, es nur notgedrungen abgeschlossen zu haben, es handle bloß von Persien und Zentralasien. (Friedjung, Imperialismus. 2. Bd. S. 154 Fußnote.) Diese Eröffnung war zurechtgemacht, die Vereinbarungen über Mazedonien wurden von Iswolski verschwiegen.

Aehrenthal stellte in Buchlau fest: „England wolle sich auf dem two power-standard erhalten, schließe Ententen mit Frankreich und Rußland ab und verlange von Deutschland die Anerkennung der britischen Souveränität zur See. Daß auf diesem Wege eine Besserung der Verhältnisse beider Staaten nicht zu erreichen sei, sei wohl selbstverständlich, und ich hatte mit dieser meiner Meinung auch gegenüber Sir Charles Hardinge nicht zurückgehalten." (Ebenda. S. 225 Fußnote.) Letzteres bezieht sich auf den Besuch König Eduard VII. am 13. August 1908 bei Kaiser Franz Joseph in Ischl; Unterstaatssekretär Hardinge befand sich im Gefolge seines Monarchen.

[15]) G. P. 26/1 Nr. 9076 und 9164.

unrecht geben, auch daß letzterer das entgegengesetzte Vorgehen des russischen Außenministers als „leichtsinnig“ bezeichnete. Naiv mutet es allerdings an, daß Sir Fairfax meinte, Aehrenthal hätte seinem Kollegen die Heimkehr anraten sollen. Hatte doch Iswolski selbst in Buchlau gebeten, man möge ihm Zeit zur Vorbereitung der öffentlichen Meinung auf die Annexion lassen und mußte wissen, daß ihm aller Voraussicht nach hierfür nur etwa drei Wochen zur Verfügung stünden. Doch ebenso wie Aehrenthal, unterschätzte er die Wirkung des ihm angekündigten österreichisch-ungarischen Schrittes auf Europa. Freilich hatte er aus taktischen Gründen in Buchlau mannigfache Bedenken geäußert, innerlich mochte er jedoch gleich wie der k. und k. Minister in der Legalisierung eines seit dreißig Jahren bestehenden Zustandes kein weltbewegendes Ereignis erblickt haben. Niemand wurde geschädigt, ja die Türkei erhielt ihren Sandschak als unbeschränktes Eigentum zurück. Mochte sich der Ärger in Belgrad gelegentlich selbst in heftigen Explosionen äußern, weitergehenden Aktionen hatte er doch durch seine Unterredung mit dem serbischen Außenminister in Karlsbad vorgebeugt, und Milowanowitsch hatte in Anbetracht der in Aussicht gestellten Entschädigungen kein Haar darin gefunden. So erschien Iswolski die Aufgabe wichtiger und näherliegender, das russische Schäflein ins trockene zu bringen; an der Gewinnung der Regierungen in Rom, Paris und London für die ihm vorschwebende Lösung der Meerengenfrage wollte er sein diplomatisches Talent erproben, damit womöglich sein Name mit der großen, heiß und langersehnten Errungenschaft unmittelbar verknüpft bleibe.

So begab er sich denn nach der Begegnung mit Schön in Berchtesgaden zunächst über München nach Desio, einem Marktflecken an der Eisenbahn Mailand—Como, und stattete dem italienischen Außenminister Tittoni auf dessen Landgut einen Besuch ab, besprach sich mit diesem am 29. und 30. September und wurde hierauf in Racconigi von König Viktor Emanuel III. empfangen.

Aus dem Echo, das alsbald von Desio nach Wien und Berlin drang, war jedoch zu entnehmen, daß Iswolski den Buchlauer Besprechungen eine ganz wesentlich geänderte Färbung zu verleihen beliebt hatte. Tittoni war von Aehrenthal bei ihrer Salzburger Zusammenkunft am 4. September auf die beabsichtigte österreichisch-ungarische Aktion vorbereitet worden; letzterer hatte allerdings, wie er selbst zugibt, die Annexionsfrage in mehr akademischer Weise erörtert [16]). Am 26. September, somit drei Tage vor dem

[16]) Ebenda. Nr. 8934.

Eintreffen Iswolskis in Desio, erhielt Tittoni einen Brief Aehrenthals, worin die unmittelbar bevorstehende Proklamation der Einverleibung Bosniens und der Herzegowina angekündigt wurde[17]). Wenn dieses Datum stimmt, so kann bei der herrschenden Intimität angenommen werden, daß die Sache für den russischen Minister kein Geheimnis blieb. Der Annexionsplan wurde damals von der Consulta ruhig aufgenommen; dies änderte sich erst einige Zeit nachher, als England heftigen Widerstand leistete. Nur der frühe Ausführungstermin mißfiel Tittoni, vermutlich glaubte er, die Kompensationsfrage bedürfe noch eingehenderer Regelung. Vielleicht gab er Iswolski gegenüber seinem Wunsche nach Verzögerung der österreichisch-ungarischen Aktion Ausdruck, wie er einen solchen einige Tage später in Wien aussprechen ließ[18]). Der russische Minister, dem an dem Zustandekommen der Entente zu Dreien (Rußland, Österreich-Ungarn und Italien) offenbar viel gelegen war, mochte sich hierauf der Situation rasch angepaßt haben, schwächte die Abmachungen von Buchlau ab und entkleidete sie jeden bindenden Charakters. Seine geänderte Haltung erfuhr man natürlich in kürzester Frist auf dem Ballhausplatz und in der Wilhelmstraße[19]). So habe Iswolski in Desio, wie hier aus mehreren Aktenstücken zusammenfassend angeführt wird, behauptet, er hätte in Buchlau keine formelle Erklärung über Bosnien und die Herzegowina abgegeben, und von einem Termin sei keine Rede gewesen (!). Wohl hätte ihm sein Partner eröffnet, daß die staatsrechtlichen Verhältnisse in diesen Provinzen in absehbarer Zeit geregelt werden müßten, was nur so zu verstehen gewesen wäre, daß bei sich darbietender Gelegenheit und erst „nach Jahren“ eine im Konzert der Mächte zu erzielende Regelung der Frage beabsichtigt, keinesfalls aber eine unmittelbar bevorstehende und einseitige Aktion zu gewärtigen wäre. Die Annexion und die Zurückziehung der Truppen aus dem Sandschak trügen internationalen Charakter. Erstere könne nur mit Zustimmung aller Signatarmächte des Berliner Vertrages durchgeführt werden. Gleichwohl würde Rußland keine Opposition machen, falls gewisse Bedingungen (Artikel XXIX, dann Öffnung der Meerengen für die Kriegsschiffe aller Uferstaaten des Schwarzen Meeres) erfüllt würden. Seine Gegenforderung wegen

---

[17]) Ebenda. Nr. 8946. So teilte dies Tittoni dem deutschen Botschafter in Rom Grafen Monts mit. Das inhaltlich ähnliche Schreiben Aehrenthals an Iswolski, vom 30. September datiert, soll erst am 4. Oktober in die Hände des Adressaten gelangt sein. Vergl. auch Fußnote * zu Nr. 8946.

[18]) Ebenda. Vgl. Nr. 8941.

[19]) Ebenda. Vgl. Nr. 8943, 8945 und 8946.

der Meerengenfrage habe Iswolski in Buchlau nur ganz allgemein „für den Fall, daß die Annexion eintreten sollte", gestellt.

Worin hätten dann eigentlich die Abmachungen vom 16. September bestanden?

Als Gegenbeweis zeigte Aehrenthal dem deutschen Botschafter einen Brief des Fürsten Urussow, den dieser im Auftrage seines Chefs geschrieben hatte, wonach in Desio „alle Details" im Sinne der Buchlauer Unterhaltung besprochen wurden [20]).

Was sich Iswolski auf dem harmloseren Fechtboden in Italien an Verdrehungen geleistet hat, waren nur Finten seines diplomatischen Rapiers, auf den ernsteren Kampfstätten in Paris und London holte er, ins Gedränge gekommen, mit den gleichen Argumenten zu viel heftigerem Stoße gegen Aehrenthal aus. War aber die Entrüstung ganz echt, die ihn später ausrufen ließ, Tittoni sei gerade so „betrogen" worden wie er selbst [21])?

Als die Annexionskrise längst ihre friedliche Lösung gefunden hatte, traf Fürst Bülow am 11. April 1909 in Venedig mit dem italienischen Außenminister zusammen. Bei diesem Anlasse berührte Tittoni die „Inkonsequenz" seines russischen Kollegen, der ursprünglich die Annexionspläne Aehrenthals „gar nicht ungern gesehen" habe, in der Hoffnung, bei dieser Gelegenheit die Dardanellenfrage zu regeln. „Erschrocken und verängstigt durch das Geschrei der Panslawisten" habe er später „immer schärfer gegen Österreich Stellung genommen" [22]).

Die entschiedene Wandlung Iswolskis in seinen Beziehungen zu Aehrenthal und seiner Interpretation von Buchlau trat aber erst in Paris ein, wo der Reiselustige Anfang Oktober eintraf. Der österreichisch-ungarische Außenminister, mit dem er inzwischen in unausgesetzter Fühlung stand, hatte ihm am 21. September geschrieben:

„Quant à la question de la Bosnie et l'Herzégovine je ne suis pas encore à même de Vous donner des informations sur la date précise à laquelle nous procéderons à l'annexion de ces provinces. Vous pouvez cependant compter sur ma promesse de Vous avertir de ce fait un moment plus tôt [23])."

Deutete schon dieses Schreiben auf den baldigen Eintritt des gewärtigten Ereignisses hin, so wurde Iswolski durch einen weiteren Brief Aehrenthals vom 30. September verständigt, die

---

[20]) Ebenda. Nr. 9084. Vgl. auch Friedjung, Imperialismus 2. Bd. Fußnote 2 auf S. 231.

[21]) Ebenda. Nr. 9065.

[22]) Ebenda. 26/2. Nr. 9507.

[23]) Friedjung, Imperialismus, 2. Bd. Fußnote 1 auf S. 231. Wann dieser Brief einlangte, ist leider nicht bekannt.

Annexionserklärung werde am 7. Oktober ausgesprochen werden, der Minister hoffe auf Grund der Buchlauer Besprechung auf eine „wohlwollende und sympathische“ Haltung Rußlands[24]). Diese Benachrichtigung soll Iswolski erst am 4. Oktober erhalten haben; die Verspätung dürfte mit dem Ortswechsel des Adressaten zusammenhängen. Immerhin blieb noch Zeit, um Einspruch zu erheben. Iswolski hat diese Gelegenheit nicht ausgenützt und weder gegen den Zeitpunkt protestiert, noch auf die fehlende Zustimmung der Signatarmächte hingewiesen.

Am 5. Oktober proklamierte Fürst Ferdinand in Tirnowo die Unabhängigkeit des „Königreiches“ Bulgarien und tagsdarauf erfuhr die Welt, dass Bosnien und die Herzegowina zu einem Bestandteile der Habsburgischen Monarchie geworden waren. Dass der russische Minister mit diesem Zeitpunkte gerechnet hatte, ergibt sich auch aus seiner Bemerkung zu Vesnitsch, dem serbischen Gesandten in Paris, am 5. Oktober: „Ich habe diesen Schritt Österreich-Ungarns vorausgesehen und er hat mich nicht überrascht . . . Ich begreife Eure Aufregung nicht. Faktisch verliert Ihr gar nicht, sondern Ihr gewinnt unsere Unterstützung[25]).“

Für seine Absicht, nunmehr den eigenen Anteil an dem Geschäfte einzuheimsen: die Öffnung der Meerengen, fand Iswolski den Boden in Paris denkbar schlecht vorbereitet. Statt, daß er die französischen Staatsmänner allmählich in seine und Aehrenthals Pläne einweihen konnte, wussten sie bereits über alles besser Bescheid wie ihr russischer Gast und Clemenceau überhäufte den Besucher mit Vorwürfen, daß sich dieser hinter dem Rücken des Bundesgenossen in Verhandlungen mit dem Leiter der österreichisch-ungarischen Außenpolitik eingelassen habe[26]). Gegen seine Instruktion hatte nämlich der k. und k. Botschafter in Paris Graf Khevenhüller schon am 3. Oktober dem Präsidenten der französischen Republik Mitteilung von der bevorstehenden Annexion gemacht, und was das übelste daran war, sich auf die Zustimmung Rußlands und Italiens berufen. Das konnte weder Iswolski noch Aehrenthal passen, wie immer auch die Zusage des russischen Ministers in Buchlau — restlos oder verklausuliert — gelautet haben mochte.

In seinem Briefe an den Fürsten Bülow vom 15. Oktober beklagte denn auch Aehrenthal, daß sein Botschafter von einer

[24]) Ebenda. S. 232.
[25]) Boghitschewitsch, Kriegsursachen. S. 152 f.
[26]) Vgl. Friedjung, Imperialismus S. 247, und Molden, Aehrenthal S. 64.

bereits erfolgten formellen Zustimmung der beiden Regierungen gesprochen habe [27]). In den Delegationen, fährt der Schreiber fort, habe er nur erklärt, daß bezüglich Bosniens und der Herzegowina eine Aussprache mit Rußland und Italien stattgefunden und zu einem befriedigenden Resultate geführt habe.

Doch, wie uns Friedjung mitteilt, telegraphierte der russische Minister am 8. Oktober höchst aufgebracht an seinen Wiener Botschafter, daß er die von Khevenhüller vertretene Auffassung Aehrenthals bestreite; er wolle seine freundliche Gesinnung — dies fügte Fürst Urussow mündlich hinzu — nicht in Abrede stellen, lege aber den größten Wert darauf, daß der Anschein vermieden werde, die Annexion sei auf Grund einer Verständigung zwischen dem Wiener und dem Petersburger Kabinett erfolgt. Unwillkürlich sieht man das dräuende Haupt des „Tigers" hinter dem in die Enge getriebenen Iswolski. Nach der gleichen Quelle habe Aehrenthal auf diese Demarche erwidert, er räume ein, eine vorherige Zustimmung Rußlands und Italiens zur Annexion habe nicht stattgefunden [28]). Die Vermutung ist naheliegend, daß der k. und k. Minister das ihn wahrscheinlich mit Iswolski verbindende Geheimnis dem Fürsten Urussow vorerst nicht preisgeben wollte, denn zwei Tage später drohte Aehrenthal seinem Kollegen telegraphisch, falls dieser auf seiner Ableugnung beharre, werde er ihren Noten- und Briefwechsel über die Balkanfrage veröffentlichen [29]).

Wir fahren in der Sammlung des in der deutschen Aktenpublikation verstreuten Beweismaterials für den Standpunkt Aehrenthals fort.

In seinem, wiederholt erwähnten Schreiben vom 15. Oktober weist der Minister betreffs der Zustimmungsfrage auf eine geheime Depesche hin, die Iswolski an Tscharykow [30]) gerichtet und die dieser dem Grafen Berchtold mitgeteilt hatte. Die betreffende Stelle lautet:

„Nous sommes prêts à reconnaître les résultats de l'échange de vues à Buchlau et à Desio comme acquis et devant définir d'avance les grandes lignes de l'attitude de la Russie, de l'Autriche-Hongrie et de l'Italie à la future conférence."

Demnach divergiere die Auffassung Iswolskis über die Unterredungen an beiden Orten nicht von der seinen.

---

[27]) Berchtold erhielt den Auftrag, in Petersburg zu erklären, Aehrenthal bedauere das „impetuöse" Vorgehen des Pariser Botschafters. (Friedjung, Imperialismus 2. Bd. Fußnote auf S. 247.)

[28]) Friedjung, Imperialismus, 2. Bd., Fußnote auf S. 249.

[29]) Ebenda S. 250.

[30]) Tscharykow leitete das Petersburger Außenministerium während der Abwesenheit Iswolskis.

Der russische Minister hatte es am 16. September übernommen, die Buchlauer Abmachungen schriftlich niederzulegen. Hiervon handelt ein Brief, den er am 23. September aus Tegernsee an Aehrenthal schrieb. Wie bald er eine entscheidende Nachricht seines Kollegen gewärtigte, zeigt der Vermerk:

„Le premier octobre je compte arriver à Paris, et c'est là (à l'ambassade de Russie) que je Vous prierai de m'adresser les communications que Vous auriez à me faire."

Wichtiger ist jedoch die vorangehende Briefstelle:

„J'ai déjà expedié à St. Petersbourg, pour être soumis à Sa Majesté l'Empereur, mon projet de réponse a Votre dernier mémorandum que j'ai redigé sur la base de notre entretien à Buchlau. Si ce projet obtient la sanction de mon Auguste Maître notre mémorandum responsif Vous sera transmis dans le plus bref délai possible [31])."

Daß Aehrenthal die Antwort nicht abgewartet hatte, bevor er die amtliche Kundgebung der Angliederung der beiden Provinzen veranlaßte, machte ihm der Zar in Unkenntnis der Lage zum Vorwurfe. Dies geht aus Briefen hervor, die Nikolaus II. — vermutlich nach dem Diktate Iswolskis — an die Kaiser Franz Josef und Wilhelm richtete [32]).

Die Zustimmungsfrage beleuchten auch Äußerungen Kaiser Franz Josefs und des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand. Ersterer versicherte Wilhelm II., als dieser Anfang November 1908 in Wien weilte, Iswolski sei vorgängig über die Absichten Österreich-Ungarns in der bosnischen Frage genau informiert gewesen und bleibe nicht bei der Wahrheit, wenn er dies jetzt bestreite [33]). Viel später — am 17. März 1909 — bemerkte der Erzherzog zum Grafen Brockdorff-Rantzau [34]): „. . . die Haltung Iswolskis ist mehr als zweifelhaft; er belügt seinen kaiserlichen Herrn. Wir haben seine Zustimmung zur Annexion schwarz auf weiß; er hat jetzt sogar in Berlin durch den Grafen Osten-Sacken [35]) bitten lassen, daß wir veranlaßt werden, von der Veröffentlichung der Schriftstücke Abstand zu nehmen [36])."

Wie schon erwähnt, Iswolskis Werbungen fanden Anfang Oktober keine freundliche Aufnahme in Frankreich. Clemenceau

---

[31]) G. P. 26/1, Fußnote auf S. 31.

[32]) G. P. 26/2 Nr. 9187 (Deutsche Übersetzung bei Schwertfeger, 5. T. I, S. 244) und „Briefwechsel zwischen Kaiser Franz Josef und Zar Nikolaus II. über die Annexion von Bosnien und der Herzegowina". („Die Kriegsschuldfrage". April 1926. S. 245.)

[33]) G. P. 26/1 Nr. 9088.

[35]) Russischer Botschafter in Berlin.

[34]) Erster Sekretär bei der deutschen Botschaft in Wien.

[36]) G. P. 26/2 Nr. 9453.

war mit Recht verstimmt. Beträchtliches französisches Kapital lag in der Türkei investiert, weshalb man an der Erschütterung dieses Staatsgebäudes nicht mitwirken wollte. Auch möge dahingestellt bleiben, ob sich die Franzosen damals trotz der Bundesgenossenschaft sonderlich über das Auftauchen russischer Kriegsschiffe im Mittelmeere gefreut hätten. Endlich lenkte auch noch der Zwischenfall bei Casablanca die Aufmerksamkeit des Quai d'Orsay wieder auf den unter der Asche glimmenden marokkanischen Streit mit Deutschland. Nein . . . weitere Komplikationen der Lage konnte man nicht brauchen!

Iswolski flüchtete hinter den Konferenzgedanken. Schon am 6. Oktober begab er sich zu Khevenhüller und kündigte diesem die Absicht an, wegen der Balkanangelegenheiten eine Konferenz einzuberufen [37]). Bei einem Besuche des deutschen Geschäftsträgers Frhr. v. d. Lancken wies der Minister auf die starke Gärung in Serbien hin; die europäische Lage sei unter diesen Umständen sehr ernst geworden. Alle Schuld an den Verwicklungen trage Aehrenthal, den er mit starken Worten bedachte. Dieser habe sich nur von seinem persönlichen Ehrgeiz leiten lassen. Im weiteren Verlaufe operierte Iswolski mit den gleichen Ausflüchten wie in Desio, er habe in Buchlau geglaubt, es handle sich zunächst bloß um eine allmähliche Gewinnung der Mächte für das Annexionsprojekt. Aehrenthal habe ihm nicht widersprochen, als er auf die Notwendigkeit hinwies, die Verwirklichung des Planes von der Zustimmung der Signatarmächte abhängig zu machen. Jetzt wolle der österreichisch-ungarische Minister die ganze Sache nur mit der Türkei allein regeln [38])!

Dem russischen Staatsmanne kann bei diesen Ausführungen nicht ganz wohl zumute gewesen sein, denn er fügte in Erinnerung an den 16. September hinzu — ähnlich wie es im „Temps" stand —, er wolle trotz alledem keinen feindseligen oder grundsätzlichen Widerstand gegen Österreich-Ungarn zeigen. Sonach wollte er aber doch glauben machen, in Buchlau sei vereinbart worden: zuerst die Konferenz und dann die Annexion! Wie stellte er sich dies vor? Vermutete er, daß Aehrenthal den Delegationen und damit der europäischen Öffentlichkeit seine Absicht bloß ankündigen und erst dann unter dem Geschimpfe in Konstantinopel, Belgrad und

---

[37]) G. P. 26/1 Nr. 9008. — Im „Temps", von dem sich Iswolski interviewen ließ, erschien am 7. Oktober ein Artikel, der diesen Gegenstand behandelte. Die Konferenz müsse nicht nur zur Annexion, sondern auch zur bulgarischen Unabhängigkeitserklärung Stellung nehmen. Ebenda. Fußnote auf S. 118.

[38]) Ebenda Nr. 9010.

Schloß Buchlau in Mähren.

Cetinje den Bittgang zu den Kabinetten von London und Paris antreten werde?

Aus einer späteren Zeit finden sich in der deutschen Aktensammlung weitere Aufschlüsse, die überdies noch einen ganz wesentlichen Beitrag zur Zustimmungsfrage liefern. Im Gefolge Kaiser Wilhelms II. bei dessen Begegnung mit dem Zaren am 17./18. Juni 1909 in den finnischen Schären befand sich auch der deutsche Staatssekretär Frhr. v. Schoen. Wie dieser aufzeichnet, war er höchlichst überrascht, als Iswolski nach den üblichen Klagen über Aehrenthal plötzlich mit aller Bestimmtheit erklärte, er sei seinerzeit mit ihm in Buchlau nicht nur über die Annexion einig geworden, sondern vor allem auch über die Frage einer Konferenz, ja sogar über den Ort derselben. Er müsse daher Aehrenthal nicht nur der Unverläßlichkeit, sondern auch des Wortbruches zeihen, weil dieser gegen die Lösung der Annexionsfrage auf solchem Wege aufgetreten sei [39]). Der österreichisch-ungarische Minister, dem man diese Angabe sogleich mitteilte, bezeichnete sie als wahrheitswidrig. Im Laufe der Unterredung sei darüber gesprochen worden, daß die Annexion und die damit in Verbindung stehenden Fragen „in irgendeiner Weise, vielleicht auf dem Wege einer Konferenz" geregelt werden müßten. Seinem Vorschlage, die Botschafter in Konstantinopel mit dieser Arbeit zu betrauen, habe sich Iswolski entschieden abgeneigt gezeigt. Dann sei die Frage einer Konferenz mit keinem Worte wieder berührt worden [40]).

Am 9. Oktober verließ Iswolski Paris, um sein Glück in London zu versuchen. Indes erwies sich die Stimmung in England seinem Vorhaben noch weniger günstig als in Frankreich. Die Londoner Regierung war nicht gesonnen, weder die Annexion, die als eklatanter Vertragsbruch angesehen wurde, noch die Unabhängigkeit Bulgariens anzuerkennen. Der liberal gewordenen Türkei flogen alle Sympathien der englischen Liberalen zu; diese verdammten jede Störung der Entwicklung des neuen Regimes. Dazu kam, daß man sich angesichts der ernsten Gefahren der anglophoben Bewegung in Ägypten und Indien auf die Türkei und den Islam stützen wollte [41]). Der Antagonismus gegen Österreich-Ungarn nahm so heftige Formen an, daß sich sogar Iswolski in Sorge um das Gelingen seines Tauschhandels bemüßigt fühlte, die Aufgeregten zu beschwichtigen. Obgleich der russische Minister während seines sechstägigen Aufenthalts in der britischen Metro-

[39]) G. P. 26/2 Nr. 9552.
[40]) Ebenda Nr. 9558.
[41]) G. P. 26/1 Nr. 9059.

pole gesellschaftlich in geradezu glänzender Weise gefeiert wurde, bekam er dazwischen doch manches bittere Wort über seine Geheimniskrämerei im allgemeinen und im besonderen über seine Verschlossenheit gegenüber dem König in Marienbad zu hören.

Gelegentlich seines Besuches bei dem deutschen Botschafter Grafen von Metternich leugnete er neuerlich, seine Zustimmung zur Annexion erteilt zu haben; er sei der öffentlichen Meinung gegenüber in die schwierigste Lage geraten und werde daher die gegenteilige Behauptung in der Duma dementieren [42]). Hierauf geißelte er das angeblich in Budapest zwischen Aehrenthal und Fürst Ferdinand ausgeheckte Komplott [43]); im Gegensatz zu Buchlau paßte ihm jetzt die bulgarische Unabhängigkeitserklärung nicht, weil es doch viel besser ausgesehen hätte, wenn das Angebot der bulgarischen Zarenkrone nur von Rußland allein ausgegangen wäre. Damit wäre das vielumstrittene Land gänzlich unter die Botmäßigkeit des einstigen Befreiers gekommen!

Mit Sir E. Grey und dem französischen Botschafter Paul Cambon arbeitete Iswolski den Entwurf eines Konferenzprogramms aus [44]) und erörterte die Meerengenfrage unermüdlich mit Politikern und Journalisten [45]), ohne jedoch die Aufnahme eines bezüglichen Punktes in das Programm durchsetzen zu können. Die englische Regierung war nicht geneigt, auf die bedrängte Türkei einen Druck auszuüben, und verwies Rußland auf das direkte Einvernehmen mit der Pforte, eine kaum verschleierte Absage.

Aehrenthal war über den Konferenzplan wenig entzückt, besprach aber diese Idee in seinem hier immer wieder hervorgeholten Briefe vom 15. Oktober an den Reichskanzler in nicht durchaus abgeneigtem Sinne. Es wäre ihm sogar wünschenswert erschienen, wenn Rußland auf dem Kongreß innewürde, daß der Widerstand gegen die Öffnung der Meerengen nicht von Deutschland und Österreich-Ungarn, sondern von den an der Newa verwöhnten Westmächten ausging. Aber eine Diskussion der Annexionsfrage auf der Konferenz wollte er, von der Wilhelmstraße kräftig unterstützt, nicht zulassen, und Kompensationen für Serbien auf Kosten Bosniens und der Herzegowina hatte er schon in Buchlau abgelehnt [46]).

---

[42]) Auch ein Kommuniqué in der „Times“ vom 15. Oktober, ohne Namensnennung, aber von Iswolski veranlaßt, enthielt ein schroffes Dementi der österreichisch-ungarischen Auslegung der Buchlauer Konversation. G. P. 26/1 Nr. 9043.

[43]) Über alle diese Äußerungen: Ebenda Nr. 9023, 9031 und 9040.

[44]) Ebenda Nr. 9044.

[45]) Ebenda Nr. 9062.

[46]) Friedjung, Imperialismus, 2. Bd., S. 230.

So zeigte sich wenig Aussicht auf das Zustandekommen der Konferenz. Rußland sollte hiernach leer ausgehen und einen empfindlichen Prestigeverlust auf dem Balkan erleiden. Hatte auch Österreich-Ungarn die Meerengen nicht allein zu vergeben, so richtete sich dennoch der ins Maßlose gesteigerte Grimm Iswolskis ausschließlich gegen Aehrenthal, und das persönliche Duell zwischen den beiden Staatsmännern, dessen unheilvolle Folgen die Weltgeschichte verzeichnet, nahm seinen Anfang. Aehrenthal hatte ganz recht, als er Kaiser Wilhelm am 7. November in Wien sagte, Iswolskis feindselige Haltung erkläre sich aus dem starken Widerstand, auf den er in London mit Beziehung auf die Dardanellenfrage gestoßen sei [47]).

Schweren Herzens fuhr der russische Staatsmann wieder über den Kanal zurück, um sich in der Zeit vom 17. bis zum 20. Oktober im geliebten Paris von den seelischen Strapazen von London zu erholen und neuerlich mit Clemenceau und Pichon in Fühlung zu treten. Natürlich besuchte er auch den deutschen Botschafter Fürsten von Radolin. Diesem gegenüber bewegten sich seine Redensarten in dem sattsam bekannten Geleise. In höchster Erregung beschwerte er sich über die Vorgangsweise Aehrenthals; er müsse weitere persönliche Unterhandlungen mit ihm ablehnen und könne in Zukunft nur auf die Vermittlung der Wilhelmstraße bauen. Die bosnische Frage sei nicht, wie Aehrenthal behaupte, zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei, sondern nur im Konzert der Mächte zu lösen. Das Vorgehen der Wiener Regierung wäre wohl nicht als casus belli anzusehen, werde aber eine tiefe Verstimmung gegen die Donaumonarchie hervorrufen, zumal, wenn man sich am Ballhausplatze nicht entschlösse, Kompensationen — namentlich den Serben — zu gewähren [48]).

Personen, die in diesen Pariser Tagen mit Iswolski zu tun hatten, entging die starke Depression nicht, unter der er litt. Auch seine Aufnahme in der offiziellen Welt ließ zu wünschen übrig, und ein diplomatisches Festessen verlief, wie der deutsche Botschafter berichtete, „in seltener Kälte". Gleich nach Tisch verschwand Clemenceau, ohne Rücksicht auf Iswolski zu nehmen [49]).

Die letzte Station seiner europäischen Pilgerfahrt war Berlin. Über Baden-Baden traf er am 23. Oktober in der deutschen Reichshauptstadt ein, wo er bis zum 26. blieb. Der stets wiederkehrende Grundgedanke seiner Auslassungen bei Gesprächen mit Fürst Bülow

[47]) G. P. 26/1 Nr. 9088.
[48]) Ebenda Nr. 9050.
[49]) Ebenda Nr. 9058.

und Staatssekretär von Schoen war die Anklage gegen die illoyale Politik Aehrenthals. Seine Zuhörer versetzte Iswolski durch die gegen seinen Gegenspieler gebrauchten Ausdrücke wie „mensonge effronté", „manque de foi absolu", „politique d'aventurier" u. a. in arge Verlegenheit. Das in London gebraute Konferenzprogramm fand in wesentlichen Punkten nicht den Beifall der deutschen Staatsmänner; ihr Entschluß, fest und loyal an der Seite des österreichisch-ungarischen Bundesgenossen zu stehen, trat zur geringen Freude des Besuchers offensichtlich hervor. Auch wollte sich Deutschland an einer Konferenz nicht beteiligen, von der sich die Doppelmonarchie fernhielt. So wurde auch Iswolskis Ansinnen, Berlin möge auf Wien einen Druck ausüben, daß es die Annexionsfrage vor die Konferenz bringe und in territoriale Kompensationen für Serbien und Montenegro willige, abgelehnt. Am ärgerlichsten für den russischen Minister war es, daß ihn Kaiser Wilhelm wohl höflich empfing, aber auf Rat des Reichskanzlers nicht über Politik mit ihm sprach. Iswolski hat sich später bitter über die kühle Aufnahme in Berlin beklagt [50]).

Iswolskis Heimkehr.

Nach fast dreimonatiger Abwesenheit brachte der Schnellzug Rußlands Außenminister endlich wieder nach Petersburg zurück. Drei Wochen früher war dort die Nachricht von der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und der Annexion Bosniens und der Herzegowina mit grimmigem Zorn aufgenommen worden, der sich aber hauptsächlich gegen die Donaumonarchie kehrte. An einen Krieg dachte in Rußland wohlweislich niemand. Dazu war es mit der Schlagfertigkeit der Armee nach dem unglücklichen Feldzug gegen Japan noch zu übel bestellt; die Geldmittel hatten gefehlt, um rasche Fortschritte bei ihrer Reorganisation zu machen, und auch die Nachwehen der Revolution hinderten die Wiedererstarkung der bewaffneten Macht. Um so sehnlicher hoffte man, auf unblutigem Wege Kompensationen zu erlangen, und erwartete von einer europäischen Konferenz mit Bestimmtheit die Erfüllung des alten Lieblingswunsches: die freie Durchfahrt aus dem Schwarzen in das Ägäische Meer. Diese Entschädigung für den Schiffbruch im Fernen Osten schuldete Rußland der Himmel. Indes brachten die einlangenden Nachrichten Enttäuschung über Enttäuschung. Dabei schwankten die Ansichten der Vertreter der öffentlichen Meinung über den Anteil Iswolskis an den Geschehnissen; manche glaubten, er sei von allem unterrichtet gewesen, habe sich jedoch von Aehren-

[50]) Ebenda Nr. 9064, 9065, 9066, 9074 und 9137.

thal überrumpeln lassen, und forderten daher seinen Rücktritt, andere wieder — und das war für den eitlen Mann die empfindlichere Lesart — hielten ihn für das unschuldige Opfer der Ränke seines überlegenen Gegenspielers. Über die Annexion besonders verstimmt, verweigerte der Zar dem österreichisch-ungarischen Botschafter bis auf weiteres eine erbetene Audienz [51]).

Als nun Graf Berchtold von den Ableugnungen Iswolskis erfuhr, begab er sich zu Tscharykow und berief sich auf die Darstellung der Buchlauer Abmachungen aus dem eigenen Munde Iswolskis, die er am Morgen des 17. September zu hören bekommen hatte. Der russische Minister widerlege jetzt die damals von dem Botschafter an Kaiser Franz Josef und Aehrenthal erstatteten Berichte und stelle den ganzen Akkord, der auf dem mährischen Schlosse so glücklich zusammengeschweißt worden sei, auf den Kopf. Berchtold könne nicht umhin, das, was ihm Iswolski in Buchlau gesagt habe, als Irreführung zu bezeichnen. Ein weiteres Verbleiben auf seinem Botschafterposten sei unter diesen Umständen für ihn ausgeschlossen. Tscharykow müsse seinen Chef telegraphisch von dem peinlichen Befremden des Botschafters über die jüngste Darstellungsweise des Buchlauer Paktes in Kenntnis setzen [52]).

Iswolski war nun zurückgekehrt. Schon am 30. Oktober fand eine Unterredung Berchtolds mit dem sichtlich sehr erregten Manne statt. Der Botschafter wies dabei auf eine ihm von Aehrenthal übermittelte Aufzeichnung der Buchlauer Besprechung hin, nach der dieser seinem Partner deutlich zu verstehen gegeben habe, die Annexion werde eventuell schon in der ersten Oktoberhälfte erfolgen. Der russische Minister leugnete dies nicht, meinte aber, er sei nicht auf einen „acte brutal" gefaßt gewesen, sondern habe angenommen, daß sein österreichisch-ungarischer Kollege in Gemäßheit der diplomatischen Gepflogenheit den Weg vertraulicher Fühlungnahme mit den Kabinetten betreten werde [53]).

Die leidenschaftlichen Ausbrüche Iswolskis klangen nach dem Berichte Berchtolds „in wehmütigen Reflexionen persönlicher Natur aus. Er sei ein gebrochener Mann. In welch qualvolle Situation sei er seinem kaiserlichen Herrn gegenüber gebracht! Und wie schwierig, ja aussichtslos gestalte sich seine Stellung in Anbetracht der Stimmung der öffentlichen Meinung! Nicht einmal der Ausweg der Demission bleibe ihm offen, denn von einer solchen

---

[51]) Ebenda Nr. 9004, 9005 und 9075.
[52]) Friedjung, Imperialismus, 2. Bd., S. 249.
[53]) Ebenda, Fußnote auf S. 229.

könne nun bei der allgemeinen Unruhe und der Sorge um den Stand der russischen Werte nicht die Rede sein. Er müsse auf seinem Posten bleiben, mißachtet und angefeindet von allen Seiten . . . . .[54])".

Zusammenfassung.

Die österreichisch-ungarische Annexionserklärung wurde und wird vielfach ungünstig beurteilt; man brandmarkt sie häufig als unangebrachte Herausforderung Europas, sträfliche Mißachtung geheiligter Verträge und frivole Friedensstörung.

Dabei wird nun doch die Zwangslage des politischen Leiters auf dem Ballhausplatz unterschätzt, der unhaltbaren und gefährlichen Zuständen ehetunlichst ein Ende bereiten wollte. Man konnte sich doch Bosnien und die Herzegowina nicht wieder entreißen lassen! Es wäre ein Unding gewesen, daß die neue Türkei die Segnungen des Parlamentarismus genoß, während in den okkupierten Provinzen das absolutistische Regiment weiterwirkte. Längst war die Erteilung einer Verfassung für diese Länder beabsichtigt, dem mußte aber die Einverleibung vorangehen. Damit war auch der erste Schritt zu der von Aehrenthal geplanten Lösung der südslawischen Frage durch Schaffung einer trialistischen Struktur des Habsburger Reiches getan. Aber die Zeit drängte. Sicherlich hätte einer Abänderung des Berliner Vertrages die Zustimmung der Signatarmächte voranzugehen gehabt. Schlug man aber diesen ordnungsmäßigen, langwierigen Weg ein, so war vorauszusehen, daß die neuen Machthaber im ottomanischen Reich das Volk zu bewaffneter Auflehnung aufstacheln und Serbien und Montenegro sich dieser Bewegung in leidenschaftlicher Hast anschließen würden. Wie leicht konnte die in den letzten Monaten verstärkt einsetzende großserbische Agitation irgendeinen bedenklichen Zwischenfall herbeiführen oder die Frage parlamentarischer Einrichtungen für Bosnien und die Herzegowina den Widerstand der selbstbewußten Jungtürken wachrufen! Anzeichen lagen vor, daß diese an eine Berufung von Abgeordneten aus den okkupierten Provinzen in ein Konstantinopeler Zentralparlament dachten. Störende faits accomplis würden sich dann der glatten Verwirklichung der Wiener Absichten entgegenstellen. Diese Argumente sind auch in einem Schreiben Kaiser Franz Josefs an den Zaren vom 7. Dezember 1908 aufgezählt. Der Monarch legt dar, daß er das Mittel des fait accompli auf Grund ernster Erwägungen gewählt habe. Die Türkei und vermutlich auch einige andere Staaten hätten

[54]) Ebenda S. 263.

eine Absage erteilt, oder „zum mindesten mit ihrer Einverständniserklärung gefeilscht . . . . wenn ich sie vorher darum angegangen hätte . . . . Wahrscheinlich hätte man zu den Waffen greifen müssen, und zwar in einer Angelegenheit, deren Endziel der Aufschub blutiger Zusammenstöße auf dem Balkan ist“ [55]).

Immerhin wandte sich der Minister zunächst einmal an die Dreibundgenossen, kündigte Anfang September Tittoni in Salzburg und Schoen in Berchtesgaden seine Absicht an, und da nächst Italien Rußland der Hauptinteressent war, auch diesem bei der Buchlauer Unterredung. Nach den alten Verträgen von 1881 und 1884 hatte sich das Zarenreich der Annexion niemals entgegengestellt und schien jetzt durch den Meerengenplan sogar völlig gewonnen.

Angesichts der geschilderten Umstände und der Haltung Bulgariens in der Frage der Orientbahn gab es kein Zuwarten mehr; die Einholung einer Willensäußerung der Großmächte hätte zu verhängnisvoller Verzögerung geführt. Es galt, von zwei Übeln das geringere zu wählen und sich über Bedenken rein formaler Natur hinwegzusetzen, denn das moralische Recht Österreich-Ungarns, die beiden Provinzen nach dreißigjähriger und allgemein anerkannter Kulturarbeit der Monarchie anzugliedern, war unbestreitbar. Die österreichisch-ungarische Regierung entschloß sich daher, die europäische Welt in elfter Stunde durch eine Zirkulardepesche an die großmächtlichen Kabinette und durch ein Handschreiben Kaiser Franz Josefs an die Staatsoberhäupter mit ihrem Entschlusse bekanntzumachen [56]).

Die Nachricht entfesselte einen Sturm des Unwillens. Unter Anführerschaft Greys wurde die Angelegenheit absichtlich in einer Weise aufgebauscht, die in gar keinem Verhältnis zu dem Geschehnis stand. Das hatten weder Aehrenthal noch Iswolski vorausgesehen. Worin lag denn das große Verbrechen? Mit der Zurückziehung der österreichisch-ungarischen Truppen aus dem Sandschak war ja ein endgültiger Verzicht der Donaumonarchie auf Erweiterung ihres Territorialbesitzes auf dem Balkan ausgesprochen, und die Angliederung Bosniens und der Herzegowina bedeutete nicht die geringste effektive Schädigung der Eigentumsrechte anderer Staaten.

Gemessen an zahlreichen geschichtlichen Beispielen, kann diese geringfügige und lediglich formale Vertragsverletzung sicherlich nicht als völkerrechtliche Todsünde gewertet werden. Statt einer Aufzählung von Präzedenzfällen aus älterer oder jüngerer Ver-

---

[55]) „Die Kriegsschuldfrage“. April 1926. S. 243.

[56]) Ebenda S. 238 ff. enthält das an den Zaren gerichtete Handschreiben.

gangenheit sei hier nur auf ein zeitlich nächstliegendes Faktum hingewiesen. Die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens, die als Parallelaktion der Einverleibung Bosniens und der Herzegowina galt, bedeutete eine viel einschneidendere Verletzung des Berliner Vertrages — mehr als ein Drittel seiner sämtlichen Artikel betreffen Bulgarien und Ostrumelien — als die Annexion. Ohne sich um Europa zu kümmern, ging aber Rußland eigene Pfade, als es die Königswürde Ferdinands von Bulgarien bei dessen Anwesenheit in Petersburg Ende Februar 1909 im Wege höfischen Zeremoniells anerkannte. Die Ausrede, es habe sich nur um einen persönlichen Courtoisieakt gehandelt, war bei den Haaren herbeigezogen.

Wenn Iswolski durchblicken ließ, Aehrenthal habe die Annexion durchgesetzt, weil er den Abmachungen von Buchlau eine der Wahrheit widersprechende Auslegung gegeben hat, so kann man diese Unterstellung leicht in ihr Gegenteil verkehren. Der seelische Niederbruch und die jämmerlichen Klagen des russischen Ministers bei der vorgeschilderten Unterredung mit Berchtold muten wie ein Schuldbekenntnis an. Ein lückenloser, rechtsgültiger Beweis, daß Iswolski gefehlt hat, läßt sich aber mit Hilfe des hier aufgezeigten dokumentarischen Materials nicht erbringen. Große Wahrscheinlichkeit, ja fast Gewißheit besteht trotzdem. Hoffentlich werden die Aufzeichnungen Aehrenthals und Berchtolds über Buchlau einmal veröffentlicht werden, vielleicht gelangt auch Iswolskis Entwurf der Antwortnote auf die österreichisch-ungarische Denkschrift vom 27. August ans Tageslicht; nach dem Briefe des Ministers vom 23. September aus Tegernsee behandelte dieser Entwurf zugleich auch das Ergebnis der Besprechungen im Schlosse Berchtolds.

Ist es aber außer dem offiziellen noch zu einem streng vertraulichen Pakt von Mann zu Mann gekommen, von dem Aehrenthal aus Ritterlichkeit, sein Partner aus Klugheit niemals gesprochen hat, dann wird es uns für immer verwehrt sein, die letzten Schleier zu lüften. Solche sekrete Vereinbarungen gehörten gelegentlich zum Diplomatenbrauch und bereiten den Geschichtsforschern schweres Kopfzerbrechen.

Heinrich Friedjung, der Aehrenthal gut gekannt und in seinem letzten Werke trefflich geschildert hat, führt bei der Charakteristik des Ministers an, daß er es in bedenklichen Fällen verstanden habe, das nun einmal nicht Wegzuleugnende in längere Perioden einzuwickeln oder die Tatsache, von der er den Hörer ablenken wollte, in einem tonlos gesprochenen Nebensatze zu verstecken [57]). Diejenigen, die glauben, er habe es in Buchlau ebenso gemacht, um

[57]) Imperialismus 2. Bd. S. 239.

seinen russischen Kollegen hineinzulegen, unterschätzen den listenreichen Gegenspieler und erfahrenen Diplomaten, der doch sicherlich gespannt zugehört hat und sich mit halbverschluckten Gesprächswendungen nicht hätte abspeisen lassen, ohne energisch bis zu ihrem eigentlichen Sinne durchzudringen. Dazu war ihm auch das Thema zu geläufig. Ein anderes ist es aber, ob er das Zwielicht nicht absichtlich bestehen ließ, um zunächst einmal zu sehen, wohin der Hase lief. Er, der auch in Paris nach dem Eintreffen des Aehrenthal-Briefes vom 30. September keinen Finger rührte, behielt sich damit vor, nach Umständen sich zu dem ungeschriebenen Pakte zu bekennen oder ihn, wie er es später tat, zu bestreiten.

Und ein Pakt war es, wie Aehrenthal behauptet, und kein bloßer Gedankenaustausch, wie Iswolski glauben machen will; denn letzterer sollte doch die Abmachungen redigieren und in präzis formulierte Punkte fassen. Er will dies auch in Tegernsee getan haben, aber das Produkt seiner Feder kam der Gegenseite niemals zu Gesicht.

Wenn das Geschäft mit den Meerengen geglückt wäre, so hätte der russische Minister nie mehr ein Wort über Buchlau gesprochen, schon deshalb nicht, weil er wahrscheinlich den heimatlichen Panslawisten gegenüber kein reines Gewissen gehabt haben mag. Durch seine offiziellen Ableugnungen schimmerte immer eine gewisse Vorsicht hindurch, ganz wollte er es sich mit Aehrenthal doch nicht verderben, und als dieser mit Enthüllungen drohte, suchte der Russe ängstlich Schutz hinter den Kollegen in der Wilhelmstrasse, die er beschwor, den Widersacher von seinem Vorhaben abzuhalten. Aber nicht die Geheimverträge, die aus den Archiven des Ballhausplatzes zutage gefördert werden konnten, waren für ihn persönlich gefährlich. Im Gegenteil, es ist bekannt, daß es ihm gar nicht unlieb gewesen wäre, wenn man in Petersburg und Moskau aus der Belastung des Zarenreiches durch frühere Abkommen mit Österreich-Ungarn erkannt hätte, daß Gortschakow, Giers und seine übrigen Vorgänger mit Beziehung auf Bosnien und die Herzegowina viel weniger russisch gedacht hatten als er [58]). Aber Buchlau . . . das scheint der empfindliche Punkt gewesen zu sein!

Aus den sich im Kreise bewegenden Behauptungen und Widerlegungen geht eines mit Bestimmtheit hervor: über den nahen Zeitpunkt der Annexion war Iswolski unterrichtet, wenn er dies auch, je nach dem Zuhörer, bald nur verlegen zugab, bald glatt bestritt. Ob er der Einverleibungserklärung für die okkupierten Provinzen zugestimmt hat? Prinzipiell zweifellos. Er war es, der im September

[58]) G. P. 26/1 Nr. 9089.

auf eine Aussprache drängte, und nicht der österreichisch-ungarische Minister. Iswolski steuerte seinem Ziele, Konstantinopel, zu — die Öffnung der Meerengen war ja trotz gegenteiliger Versicherung doch nur die erste Etappe auf dem traditionellen Pfade Rußlands —, dafür wollte er den Preis, Bosnien und die Herzegowina, zahlen. Sein guter Wille spricht schon aus der Juli-Denkschrift, und die Angaben Kaiser Franz Josefs und Erzherzog Franz Ferdinands lassen eigentlich hierüber gar keinen Zweifel aufkommen. Fraglich bleibt es allerdings, und hier dürfte die Lücke in unserer Kenntnis der Buchlauer Besprechungen klaffen, ob die Zusage nicht in irgendeiner Form verklausuliert war, in einer — wie vorhin angedeutet — zwischen den beiden Staatsmännern im tiefsten Geheimnisse vereinbarten Bindung, durch die Iswolski Rußland, aber auch seine eigene Person vor künftigen Rekriminationen sichern wollte.

Was nun die Frage der vorgängigen oder nachherigen Abänderung des Berliner Vertrages betrifft, so ist diese durch die uns vorliegenden Dokumente gleichfalls nicht genügend geklärt. Als Aehrenthal nach Buchlau reiste, dürfte er den Hauptzweck der Besprechung darin erblickt haben, die einzige Differenz der beiden kürzlich gewechselten Denkschriften, die gerade diesen Punkt betraf, zu bereinigen. Vielleicht trachtete er sogar, darüber hinausgehend, zu erreichen, daß Rußland der Annexion nicht nur zustimme, sondern sich aus Erkenntlichkeit für den abfallenden, unvergleichlich größeren Gewinn als Wegbereiter bei der ihm näherstehenden Mächtegruppe: Frankreich, England und de facto auch Italien, nützlich mache. Aus den früher erörterten Gründen glaubte Aehrenthal, auf eine vorherige Befragung der Großmächte verzichten zu müssen. Seine Befriedigung am Nachmittag des 16. September deutet darauf hin, daß der Russe im wohlverstandenen eigenen Interesse keine nennenswerten Schwierigkeiten gemacht hatte.

Für Iswolski stürzte aber das ganze Gebäude, das er bisher mit vergnügten Augen betrachtet hatte, ein, als ihm in London, wenn auch verblümt, zugerufen wurde: Hände weg!

Aehrenthal bemühte sich nach der Heimkehr seines schwer enttäuschten Kollegen eifrigst, diesen „freundschaftlich und nachdrücklichst" davon abzuhalten, der Welt glauben zu machen, er sei von ihm in Buchlau hintergangen worden[59]). Iswolski verzieh die seiner Eitelkeit geschlagene Wunde niemals. In dem persönlichen Duell der Annexionskrise trug der österreichisch-ungarische Minister mit seiner nüchternen Sachlichkeit und kräftigen Entschiedenheit den Sieg über das unbeherrschte Temperament des

[59]) G. P. 26/1 Nr. 9084.

Gegners davon. Von Buchlau schreibt sich die bis zu erbittertem Hasse gesteigerte Abneigung Iswolskis gegen seinen Überwinder und das von diesem vertretene Donaureich her. Der Groll und der Vergeltungsdurst des Unterlegenen wucherten als verderbliches Schlinggewächs noch über das Grab des Verhaßten und entlockten dem nachmaligen Pariser Botschafter bei Ausbruch des Weltkrieges die teuflischen Worte: „Vier Jahre auf meinem Posten haben mir genügt, um mein Ziel zu erreichen [60])."

Kriegsschuldforschung und italienische Rückständigkeit.

Von Paul Herre.

An einem und demselben Tage sind zwei von italienischer Seite stammende Aufsätze zur Kriegsschuldfrage erschienen, die unser Interesse in hohem Maße in Anspruch nehmen. Es handelt sich dabei nicht nur um Äußerungen hochstehender Verfasser, sondern sie sind zugleich der Niederschlag der Auffassung, die unter dem gegenwärtigen italienischen Regime vorherrscht und allein zugelassen ist.

Der erste Aufsatz erschien anonym im Oktoberheft der „Revue des deux mondes" und hat den Titel „L'Italie et les Responsabilités Austro-Allemandes de la Guerre" [1]); der zweite geht unter dem Verfassernamen Verax, trägt die Überschrift „Le Dichiarazioni di Hindenburg circa la Responsabilità della Guerra" [2]) und steht im Oktoberheft der „Nuova Antologia". Der Verfasser des zweiten Aufsatzes wird im Mailänder „Corriere della Sera", der am 4. Oktober über den Inhalt berichtet, als ein hervorragender Staatsmann und unmittelbarer Kenner der internationalen Verhältnisse bezeichnet. Man wird nicht irregehen, wenn man Antonio Salandra hinter diesem Pseudonym vermutet, den Ministerpräsidenten, der bei Kriegsausbruch Italiens Neutralität aussprach und sein Land schließlich in den Krieg führte. Dagegen darf man als den Verfasser des französischen Aufsatzes Tommaso Tittoni, der 1903—1909 Minister

---

[60]) Boni de Castellane. Wie ich als armer Mann Paris entdeckte. (Verlag für Kulturpolitik in Berlin.) S. 141.

[1]) „Italien und die österreichisch-deutsche Kriegsschuld."

[2]) „Die Erklärungen Hindenburgs über die Kriegsschuld."

der auswärtigen Angelegenheiten Italiens war und dann bis über den Ausgang des Krieges hin den Botschafterposten in Paris bekleidete, ansehen. Sowohl die Art, wie Tittoni dort als Quelle fungiert, wie auch die Behandlung, die er als auftretender Staatsmann darin erfährt, schließen eigentlich jeden Zweifel in dieser Richtung aus.

Seit der großen Kapitolsrede vom 3. Juni 1915, die den Eintritt Italiens in den Krieg rechtfertigen sollte, hat Salandra häufig sich zur Kriegsschuldfrage geäußert, wie es nicht anders sein kann, stets mit scharfen Anklagen gegen Österreich-Ungarn und Deutschland. Aber seine Kundgebungen hatten durchgängig politischen Charakter oder beschränkten sich auf kurze Zeitungsartikel zu Einzelfragen [3]). In dem Aufsatz der „Nuova Antologia" nimmt er zum erstenmal in geschichtlicher Argumentation zu dem ganzen Problem Stellung. Das hebt diese Äußerung über die früheren weit hinaus.

Auch Tittoni hat bereits einmal, und zwar in umfassendem Sinne, zur Kriegsschuldfrage das Wort ergriffen. Die Reden und Aufsätze, die er 1916 unter dem bescheidenen Titel „Il giudizio della storia sulla responsabilità della guerra" [4]) herausgab und die sogleich ins Französische und Englische übersetzt worden sind, haben in den Kriegs- und Nachkriegsjahren zur Meinungsbildung in den Ententeländern stark beigetragen, sind in Deutschland jedoch so gut wie unbekannt geblieben. Sie sehen in der Aggressivität Österreich-Ungarns gegen Serbien die Hauptursache für den Krieg und legen das Schwergewicht der Darstellung wie der Beschuldigung auf die Vorgänge der Balkankrisen. Der neue Aufsatz weist eine außerordentliche Ähnlichkeit mit dieser früheren Veröffentlichung auf und läßt auch unter diesem Gesichtspunkt die gleiche Verfasserschaft erkennen. Im Grunde nichts anderes als ein Neuaufguß der wichtigeren Beiträge der Kriegspublikation, ist er dem größeren Zeitabstande entsprechend in einzelnen Teilen stark gekürzt, in anderen an Hand dokumentarischer Quellen, die Giolitti in seinen Erinnerungen veröffentlicht hat, sowie auf Grund einiger Äußerungen der beiden italienischen Staatsmänner Salandra und Luzzatti und des rumänischen Gesandten Prinz Ghika erweitert, doch unterscheidet er sich weder stofflich noch auffassungsmäßig von seinem Vorgänger.

Es erweckt den bestimmten Eindruck, daß die beiden Aufsätze nicht zufällig zu dem gleichen Zeitpunkt erschienen sind, sondern die Aufgabe haben, einander vor der französischen und italienischen

---

[3]) Von den wichtigeren Äußerungen wird im weiteren die Rede sein.

[4]) „Das Urteil der Geschichte über die Schuld am Kriege." (Milano bei Treves als Band 11—12 der „Pagine dell'ora".)

Öffentlichkeit zu ergänzen und zu stützen. Sie stehen sich nach Inhalt wie Urteil außerordentlich nahe, und zwar in dem Maße, daß sie geradezu eine und dieselbe Persönlichkeit zum Verfasser haben könnten [5]). Der Tittoni zuzuschreibende Aufsatz behandelt, der Kriegsveröffentlichung folgend, nur die zwischen Italien und Österreich-Ungarn spielenden Vorgänge. Salandras Artikel rückt zwar auch wieder die Balkanvorgänge in den Vordergrund der Betrachtung, beschäftigt sich aber auch mit den weiteren Zusammenhängen. Für beide Aufsätze ist der italienische Gesichtswinkel allein bestimmend. Eben deshalb sind sie von besonderer Bedeutung.

I.

Wenden wir uns zunächst dem französischen Aufsatz Tittonis zu, so gibt er sich zwar formell als eine geschichtliche Darstellung, ist jedoch ganz unter der Fragestellung der Kriegsschuld geschrieben, und zwar unter bewußter Beschränkung auf Österreich-Ungarn und Deutschland. Schon bei der Stoffauswahl kommt die Einseitigkeit des Verfassers scharf zum Ausdruck. Während alles für Italien Ungünstige unterdrückt wird, tischt er alles für die Mittelmächte Ungünstige breit auf, und jede Maßnahme wird in absolut Österreich feindlicher Einstellung der Donaumonarchie zum Strick gedreht. Sicherungshandlungen der Wiener Regierung sind stets und von vornherein ein Unrecht und eine Bedrohung, serbische Schuldhandlungen gibt es nicht. Italien erscheint nur ehrlich friedliebend. Auch ausfallende Bemerkungen gegen Deutschlands Militarismus und Weltherrschaftsstreben zeigen die völlige Voreingenommenheit des Verfassers.

Der Gang der Untersuchung knüpft am besten an die sechs Kapitel an, in die der Aufsatz geteilt ist.

1. Die Krise von 1908/09.

Von der These ausgehend, daß Deutschland und Österreich-Ungarn den Krieg entfesselt haben, beginnt der Verfasser seine Betrachtung bei dem Zeitpunkt, wo Italien mit einer gefährlichen Politik Österreich-Ungarns und Deutschlands zu rechnen anfing, bei der Balkankrise von 1908/09. Schon hier ist Kritik zu üben. Warum setzt die Erzählung nicht mit den Vorgängen um die Jahr-

[5]) Die Frage der Verfasserpersönlichkeit ist für die folgende Untersuchung von untergeordneter Bedeutung. Es ist im Grunde für die Beurteilung der beiden Aufsätze gleichgültig, in welcher Arbeitsteilung Salandra und Tittoni an ihnen beteiligt sind, da auch das auf sie zurückgehende Quellenmaterial ineinander überfließt.

hundertwende oder mit der ersten Marokkokrise ein? Offenbar, weil hier für Italien und die späteren Ententeverbündeten Belastendes zu sagen wäre. Nur im Sinne der erst noch zu beweisenden, aber schon als bewiesen angesehenen These ist der Ausgangspunkt 1908 zu erklären.

Die Darstellung verfolgt die Tendenz, die Annexionspolitik Aehrenthals als eine kriegsgefährliche Herausforderung hinzustellen, die ohne jede vorherige Verständigung erfolgt und Italiens Interesse schwer geschädigt habe. Demgegenüber ist zu bemerken, daß Tittoni im Laufe der Balkankrise allerdings dahingehend Stellung genommen hat, aber keineswegs von Anfang an, sondern erst unter dem Drucke einer von England entfachten nationalistischen Bewegung. Bei der Besprechung, die er Mitte September mit Aehrenthal in Salzburg hatte, war er auf die bevorstehende Annexion Bosniens und der Herzegowina in ähnlicher Weise vorbereitet worden, wie das bei der Begegnung Aehrenthals mit Iswolski in Buchlau diesem gegenüber geschehen war. Er hatte sich dem Plan nicht widersetzt, weil er die Veränderung von der Okkupation zur Annexion nicht sehr groß erachtete und den von Aehrenthal ausgesprochenen Verzicht auf die Artikel 25 und 29 des Berliner Vertrages als eine bedeutende Konzession ansah. In diesem Sinne verteidigte er in der großen Kammerrede vom 4. Dezember 1908 seine Politik gegen die heftigen Angriffe der Nationalisten, allerdings mit starken inneren Vorbehalten, aber er sah die Aufrechterhaltung des Dreibundes als notwendig an und befand sich dabei in genau der gleichen Lage wie die deutsche Regierung, die dem österreichischen Schritte gegenüber ebenfalls gute Miene zum bösen Spiel machen mußte.

Praktisch trat Tittoni freilich sogleich nach der Annexionserklärung, anders als Deutschland, in das Österreich unfreundliche Lager über[6]). Vor allem griff er die von England vertretene Konferenzidee auf mit dem Ziele, bei der Erörterung der Angelegenheit vor einem internationalen Forum für Italien eine Entschädigung herauszuschlagen, auf die es nach der Salzburger Zusammenkunft zweifellos keinen Rechtsanspruch hatte. Der Aufsatz tadelt mit scharfen Worten die ablehnende Haltung Österreich-Ungarns gegenüber diesem Konferenzvorschlag sowie die Zurückhaltung Deutschlands gegenüber der späteren Anregung eines gemeinsamen Schrittes der Großmächte in Wien und Belgrad.

---

[6]) Diese Haltung läßt sich auch an Hand der deutschen Akten deutlich erkennen. Große Politik, Band 26, 1 u. 2.

Das Schwergewicht der Darstellung liegt auf den Vorgängen vor und nach dem sogenannten Ultimatum Deutschlands an Rußland (März 1909), wobei die früheren Ausführungen Tittonis von 1916 in aller Breite nacherzählt werden. Zumal hier enthüllt sich seine volle Voreingenommenheit. Zunächst ist von großem geschichtlichen Interesse, was er über seine Haltung in jenen Märztagen bekanntgibt. Russischer als die Russen wollte er, ähnlich wie Nicolson in Petersburg, Rußlands Einlenken nicht anerkennen, und all sein Zorn richtete sich nun plötzlich gegen Deutschland, das mit seinem Vorgehen einen neu von ihm in die Debatte geworfenen Konferenzvorschlag zunichte machte. In der Darstellung muß Graf Monts, dessen Skepsis bezüglich der Verläßlichkeit Italiens in Rom bekannt war, den ganzen Unwillen des gekränkten Ministers über sich ergehen lassen, gerade so, als ob Österreich-Ungarn freudig bereit war, die Regelung der Annexionsfrage durch die Konferenz anzunehmen. Gewiß kann man die Frage aufwerfen, ob das geringe Objekt der Annexion Bosniens und der Herzegowina den großen politischen Aufwand wert war, den Aehrenthal zu seiner Erlangung in Bewegung setzen mußte, und selbst hochstehende österreichische Diplomaten wie Graf Lützow, Prinz Lichtenstein und Graf Széscen verurteilten die Aktion wegen der dadurch verursachten internationalen Erregung [7]). Mit größtem Rechte können zumal von deutscher Seite derartige Einwendungen gemacht werden, denn im Grunde war es das deutsche Schwert, das Aehrenthal dabei in die Wagschale warf. Aber man soll nicht übertreiben: im ganzen war die Aktion doch nur eine Sicherungsmaßnahme, und insbesondere Italiens Stellung erfuhr durch die Annexion keinerlei Schwächung, um so weniger, als Österreich auf wesentliche Rechte auf dem Balkan Verzicht leistete.

Am wenigsten hat Italien ein Recht, Deutschland in diesem Zusammenhange einen Vorwurf zu machen. Man mag über den deutschen Schritt in Petersburg denken, wie man will, und ihn für einen politischen Fehler halten, was ich für meine Person unbedingt tue, aber es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß er von dem Willen diktiert war, den Frieden zu erhalten, und in dieser Hinsicht sein Ziel erreichte. Man vergesse auch nicht, daß die englische Regierung fast gleichzeitig den gleichen Schritt in Wien tat [8]), ganz zu schweigen von der vorherigen Erklärung Frankreichs, daß es das verbündete Rußland im Ernstfall nicht im Stich lassen würde [9]).

---

[7]) Große Politik, Band 26, 1 S. 336 Anm.
[8]) Ebenda, Band 26, 2 Nr. 9466.
[9]) Philippe Crozier in der „Revue de France", 15. Mai 1921.

Meines Wissens sind diese Demarchen noch niemals in dem Schuldsinne ausgelegt worden, der für den deutschen Schritt noch immer üblich zu sein scheint.

Tittoni redet in großer Ausführlichkeit über die Balkankrise von 1908/09 und Österreich-Ungarns und Deutschlands Angriffe auf den Frieden. Er verschweigt, was sich anschloß. Kein Wort verlautet von der Bereitwilligkeit Aehrenthals, dem Artikel 7 des Dreibundvertrags eine erweiterte Auslegung zu geben und den Sandschak von Novibazar in die Gebiete einzubeziehen, auf die sich Italiens Kompensationsrecht erstreckte. Kein Wort von Italiens Annäherung an Rußland und von dem Abkommen von Racconigi, das Österreich-Ungarn auf dem Balkan Halt gebieten sollte. Kein Wort vollends von der durch und durch illoyalen Antwort, die Tittoni damals auf Iswolskis Frage hinsichtlich des weiteren Verbleibens Italiens im Dreibund erteilte: „Wir werden eines Tages austreten, aber dies wird sein, um Krieg zu führen“ [10]). Man stelle ein solches Wort neben jene Handlungen und Unterlassungen, deren sich die beiden Mittelmächte in den Augen des italienischen Außenministers schuldig gemacht haben sollen, und man wird zu der Frage gedrängt, ob dieser Mann das geringste Recht besitzt, gegen die einstigen Verbündeten Vorwürfe zu richten.

Unter geflissentlicher Umgehung dieser Zusammenhänge behandelt der Verfasser vielmehr nun

2. Die österreichisch-ungarische Animosität.

In diesem Kapitel beschäftigt sich Tittoni in naheliegender Tendenz mit den gegen Italien gekehrten Plänen des Generals Conrad von Hötzendorf, wenn er auch selbst zugeben muß, daß sich Graf Aehrenthal den Präventivkriegabsichten des Generalstabschefs mit Erfolg widersetzt habe. Der Italiener mag Grund haben, sich über diese Vorgänge zu entrüsten, aber es ist keine objektive Geschichtsschreibung, daraus einseitig eine Schuld Österreich-Ungarns herzuleiten. Die ganze Voreingenommenheit Tittonis zeigt sich in dem Versuch, die militärischen Angriffspläne Conrads mit der Erdbebenkatastrophe in Messina kausal zu verknüpfen. Rätsel gibt es auf, wenn auf eine Ausarbeitung Conrads Bezug genommen wird, die der spätere Ministerpräsident Salandra dem Archiv der Consulta [11]) entnommen haben soll. Unstatthaft ist es, gewisse vom

[10]) Iswolski an Sasonow. Paris, 28. Juli 1914. „Das zaristische Rußland im Weltkriege“ S. 268.

[11]) d. h. des italienischen Außenministeriums, das sich bis 1923 im Palast der früheren Consulta befand.

Minister Luzzatti weitergegebene Äußerungen des Grafen Monts bezüglich österreichischer Grenzrüstungen dahin aufzubauschen: Deutschland sei außerstande, Österreich vom Kriege gegen Italien abzuhalten, und müsse sich darauf beschränken, sein möglichstes zu tun, um die Differenzen zwischen den beiden Verbündeten zu zerstreuen, denn Österreich-Ungarn sei sein einziger zuverlässiger Verbündeter. Man hat berechtigten Grund anzunehmen, daß diese Äußerungen (wie sind sie überhaupt überliefert?) nicht in diesem Wortlaut und Sinn getan sind, und wird die Erklärung in der Richtung suchen, daß der Italiener aus den Worten des unbeliebten Grafen Monts mehr herauszuhören geneigt war, als er gesagt hat.

Ebenso unglaubhaft ist die andere vom Verfasser weitergegebene Angabe Luzzattis, daß General Conrad gelegentlich der Teilnahme an den Schweizer Manövern mit einigen Generalstabsoffizieren das Thema besprochen habe, welche moralische Unterstützung die Schweiz gewähren könne für den Fall, daß Österreich-Ungarn Italien den Krieg erkläre. In dem damals bestehenden Mißtrauen zwischen den beiden verbündeten Mächten mochten solche Märchen geglaubt und zum Anlaß von Gegenmaßregeln genommen werden: heute sollte man sie nicht als Tatsachen auftischen. Wenn es doch geschieht, so zeugt das von tiefster Urteilslosigkeit oder bösestem Willen. Mit geschichtlicher Forschung hat ein solches Verfahren nichts zu tun.

3. Während des italienisch-türkischen Krieges.

Dieses Kapitel offenbart in bezeichnender Weise die naive italienische Denkweise, die für das eigene Land nur Rechte und für die anderen nur Pflichten kennt, zumal die Pflicht, alles hinzunehmen, was Italien in seinem sacro egoismo für gut und billig hält. Der Überfall auf Tripolis wird unter dem Gesichtspunkt gerechtfertigt, daß sowohl die Ententemächte wie die Dreibundgenossen dazu ihre Zustimmung gegeben hatten und daß demnach die Zweiteilung Europas nach den beiden bestehenden Bündnissystemen nicht in Frage kam. Es wird auch der Vorwurf zurückgewiesen, daß die Balkanvölker durch diesen Krieg gegen die Türkei mobilgemacht seien; das wäre auch ohnedem früher oder später geschehen: eine Methode, mit der man bequem alles rechtfertigen kann.

Im übrigen wird zwar von einigen österreichischen Einwendungen gegen die italienische Kriegführung gesprochen, mit keinem Wort aber von den heftigen Auseinandersetzungen mit

England und Frankreich, die Italien wieder stärker ins Dreibundlager zurückführten und den Außenminister Marquis San Giuliano sogar die Frage an Kiderlen-Wächter richten ließen, ob Italien bei einem Krieg aus Anlaß der Aufbringung zweier französischer Postdampfer mit Kriegskonterbande auf die bewaffnete Unterstützung Deutschlands und Österreich-Ungarns rechnen könne. Natürlich fehlt auch jeder Hinweis auf die wenig rühmliche Abstempelung, die die italienische Politik unter dem Eindruck dieser Unzuverlässigkeit und Skrupellosigkeit nach beiden Seiten erfuhr.

Dagegen könnte die Gegenüberstellung 1912 : 1914, d. h. der strengen Haltung Österreich-Ungarns gegenüber der italienischen Aktivität in den balkanischen Gewässern und des zwei Jahre später geltend gemachten Verlangens der Donaumonarchie, die Bestrafung Serbiens zuzulassen, Eindruck machen. Aber es ist zu bedenken, daß Österreich-Ungarn sich 1914 in einer Notlage befand (was nur italienische Voreingenommenheit bestreiten kann), Italien aber 1912 einen vom Zaune gebrochenen Kolonialkrieg führte und gewillt war, diesen leichtfertig in Europas Brandherd zu übertragen. Ach ja, es kommt doch sehr darauf an, wie man die Dinge frisiert!

4. Die Drohung von 1913.

Auf Grund eines Materials, das ganz den Memoiren Giolittis entnommen ist[12]), werden in diesem Kapitel die „aggressiven" Vorstöße Österreich-Ungarns gegen Serbien und Montenegro im April und August 1913 behandelt, die im Sinne der Grundthese (d. h.: Österreich-Ungarn hat durch seine Aggressivität gegen Serbien den Krieg verschuldet) von italienischer Seite besonders betont werden. Völlig außer acht gelassen werden Vorgeschichte und Verlauf der Balkankrise von 1912/13, während deren sich die Donaumonarchie unter der Einwirkung Deutschlands dem zweifellos aggressiven Verhalten Rußlands und Frankreichs gegenüber zurückhielt. Ebenso wird über das Zusammengehen Österreich-Ungarns mit Italien (Verständigung von Pisa und San Rossore 21. und 23. Oktober 1912) und über die ostentative Erneuerung des Dreibundvertrags vom 5. Dezember mit völligem Stillschweigen hinweggegangen. Wiederum wird der Stoff in tendenziösester Weise ausgewählt und

---

[12]) Nur der Wortlaut der (recht nebensächlichen) gutachtlichen Befragung Tittonis hinsichtlich der von Italien zu treffenden Entscheidung in Sachen einer gemeinsamen österreichisch-italienischen Aktion gegen Montenegro und seiner Antwort entstammt der früheren Publikation Tittonis.

gruppiert. Demgemäß verlautet auch nichts über die peinliche Bestellung, die kein anderer als Tittoni damals in Paris ausrichten mußte: der Vertrag Italiens mit Österreich über Albanien gehe den Verträgen mit Frankreich und Rußland voraus und sei für die italienische Regierung unbedingt verpflichtend!

Was die österreichischen Drohungen selbst angeht, so gehören sie bekanntlich der letzten Phase der Balkankrise an. Bequemerweise werden Serbien und Montenegro von dem Verfasser als eine Einheit behandelt, obschon sie das durchaus nicht waren, sogar so weit, daß nicht die Montenegriner König Nikolas, sondern die Serben, die dazu nur einige Hilfstruppen gestellt hatten, als die Belagerer von Skutari gelten. Bei Beurteilung dieser Vorgänge vom April 1913 darf man sich nicht einfach auf den montenegrinischen Standpunkt stellen, wie das Tittoni tut und vor ihm schon Giolitti getan hat, denn Nikola tanzte den Großmächten auf der Nase herum, indem er bewußt mit ihrer Uneinigkeit rechnete. Sicherlich war Österreichs Politik stark von Prestigegründen bestimmt, aber das entsprach realpolitischen Notwendigkeiten. Wie berechtigt ein entschiedeneres Auftreten der Wiener Regierung war, geht aus einer Äußerung des ebenso ruhigen wie kompetenten italienischen Botschafters Herzog von Avarna hervor, der sich unter dem Eindruck des böswilligen Verhaltens Montenegros am 24. April zu seinem deutschen Kollegen Tschirschky dahin aussprach, daß, wenn die Monarchie jetzt nicht ihrem Willen Geltung zu verschaffen vermöchte, der innere Zersetzungsprozeß reißend fortschreiten würde [13]). Das war die allein mögliche Auffassung vom Standpunkt der Bündnisgemeinschaft. Der Kritiker möchte nur hinzufügen, daß man heute doch historischer denken und urteilen und nicht weiter billige, ja letzten Endes verfälschende Propagandapolitik treiben sollte.

Gegen Deutschland aber sind in diesem Zusammenhange überhaupt keine Vorwürfe geltend zu machen. Schon Giolitti stellt in seinen Erinnerungen diese Tatsache fest, und es wäre Tittonis Pflicht gewesen, darauf hinzuweisen, wenn er einigermaßen objektiv verfahren wollte.

Österreich-Ungarns Schritt vom 9. August schließlich, die Genehmigung seiner Verbündeten zum Einmarsch in Serbien zu gewinnen, ist von der Frage nach der Kriegsschuld her gesehen gänzlich bedeutungslos, denn am Tage vor dem Bukarester Frieden

---

[13]) Große Politik, Band 34, 2 Nr. 13 203.

stellte er lediglich einen letzten Auflehnungsversuch gegen die durch die beiden Balkankriege verursachte Minderung seiner Machtstellung auf dem Balkan dar. Vollends in diesem Zusammenhange waren Deutschland und Österreich-Ungarn keineswegs in Übereinstimmung, und es ist wiederum nicht überflüssig zu bemerken, daß die Bedeutung des deutschen Widerspruchs in dem Telegramm San Giulianos an Giolitti vom 9. August ausdrücklich anerkannt wird.

Die ganze Betrachtung dieser Vorgänge kommt immer wieder auf das vereinfachende Verfahren hinaus, einseitig einen österreichischen Dolus für die während der Krise bestehende Kriegsgefahr verantwortlich zu machen. Österreichs Aktion nach der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand stellt für den normalen Italiener nur den dritten Versuch dar, Serbien zu vernichten. Daß für die richtige Beurteilung dieser Balkanzusammenhänge weit mehr die aggressiven Bestrebungen der Südslawen und ihrer Großmachtshintermänner in Betracht kommen, will oder kann die italienische Voreingenommenheit nicht anerkennen.

5. Die Agonie des Dreibunds.

Dieses Kapitel beginnt mit einer Enthüllung, dem einzigen neuen geschichtlichen Aufschluß, den der Aufsatz gibt. Wir erfahren von einer Schwenkung, die der italienische Außenminister seit Mitte 1913 vollzog. Nach Tittonis Mitteilungen war das Vertrauen, das San Giuliano in die Dauer des Dreibundes gesetzt hatte, durch die Vorgänge der Balkankrise stark erschüttert worden. Demgemäß übersandte er im Sommer an den König und den Ministerpräsidenten eine Aufzeichnung, in der er darlegte, daß er den Augenblick voraussehe, wo Italien nicht mehr in Übereinstimmung mit dem Wiener Kabinett marschieren könne und eine Krise des Dreibunds sich auftun werde. Der Abgeordnete und Völkerrechtslehrer Fusinato, dem er das Schriftstück im Bade Fiuggi zeigte, soll davon ganz erschüttert gewesen sein.

Man darf diesen Angaben Glauben schenken. Es passen dazu nicht nur die Äußerungen, über die der deutsche Botschafter von Flotow Anfang Juni nach Berlin berichtet [14]), sondern auch die Mitteilungen, die Salandra im Oktober vorigen Jahres über die Haltung seines Außenministers vor und bei Kriegsausbruch gemacht

---

[14]) Große Politik, Band 36, 2 Nr. 14 477.

hat[15]). Unter Hinzunahme der Enthüllungen, die wir den russischen Archiven aus den Juli-, August- und Septembertagen 1914 verdanken[16]), darf man hinsichtlich der bundesfreundlichen Haltung San Guilanos in der Julikrise heute skeptischer urteilen, als das bisher erlaubt war.

Die Schwenkung des italienischen Außenministers ist jedoch durchaus nicht in dem einseitigen Sinne gegen Österreich auszubeuten, wie das Tittoni tut. Sie beweist gewiß, wie sehr sich Italien und Österreich-Ungarn entfremdet hatten, nicht aber, daß die Donaumonarchie daran schuldiger war als der Apenninstaat. Im Sinne ruhiger geschichtlicher Betrachtung liegt es vielmehr geradezu umgekehrt. Die ganze Politik Italiens seit der Jahrhundertwende ist eine wachsende Abwendung von den Dreibundinteressen mit immer entschiedenerer Frontstellung gegen das verbündete Österreich-Ungarn[17]). In der letzten Phase ist auch San Giuliano von dieser Tendenz erfaßt worden: ein Beweis, wie sehr das Adriainteresse in dem außenpolitischen System Italiens die Oberhand gewonnen hatte.

Noch weniger begründet ist der ausfallende Ton, der in der Darstellung der Vorgänge vom Sommer 1913/14 gegen Deutschland angeschlagen wird. Der von Giolitti und San Giuliano gezeigte Optimismus, dem die Marine- und Militärkonventionen von 1913 und 1914 entwachsen sind, wird, wenn auch höchst vorsichtig, verurteilt, und es werden, entsprechend dem vom Verfasser vertretenen Skeptizismus, heftige Anklagen gegen Wilhelm II. Weltherrschaftspläne erhoben, denen gegenüber Bethmann Hollweg mit seiner Tschinovnik-Natur und Jagow mit seiner Schwäche nicht aufkommen konnten. Wenn der Kaiser friedliche Worte spricht, so ist das für den Italiener eitel Heuchelei.

All das wird ohne jeden Beweis vorgetragen. Am Schluß des Kapitels hat der Verfasser dann aber doch das begreifliche Bedürfnis, für seine Behauptungen irgendwelche dokumentarischen

---

[15]) „Corriere della Sera" vom 19. und 28. Oktober 1926. Besonders wichtig ist die Mitteilung, San Giuliano sei sich bei Ausbruch des Krieges mit Salandra insgeheim über die Notwendigkeit einer Sprengung des Dreibunds einig gewesen. Der Minister habe seine letzte Lebensenergie der Vorbereitung dieses unvermeidlichen Ereignisses gewidmet, d. h. der Abkehr Italiens von den alten Verbündeten, insbesondere sei er bemüht gewesen, den mißtrauischen österreichischen Botschafter Macchio einzuschläfern.

[16]) Siehe „Das zaristische Rußland im Weltkriege" S. 263 ff.

[17]) Ich darf hinsichtlich dieser Feststellung auf meinen im Aprilheft 1927 der „Kriegsschuldfrage" (S. 309 ff.) erschienenen Aufsatz „Italiens Rolle in der Kriegsschuldfrage" verweisen.

Beiege zu bringen. Es geschieht das in Gestalt von drei Gesprächen, die der rumänische Gesandte in Rom, Prinz Ghika, im Mai, Juni und Juli 1914 mit dem deutschen Botschafter von Flotow gehabt und in denen dieser die Erwartung ausgesprochen haben soll, daß Rumänien im Kriegsfall seinen Bündnispflichten nachkommen und daß auch Bulgarien den Dreibundmächten zur Seite treten werde. Welch durchschlagender Beweis für Deutschlands Kriegswillen! Es ist wirklich eine mehr als eigenartige geschichtliche Argumentation, aus einem Gespräch zwischen zwei auswärtigen Vertretern vertraglich verbündeter Mächte, das angesichts einer gefährlichen Zuspitzung der internationalen Verhältnisse den Ernstfall erörtert, Folgerungen im Sinne der Kriegsschuld zu ziehen. Man möchte dem Verfasser nachdrücklich die Beschäftigung mit Sieberts Publikation oder dem Livre noir empfehlen, die bekanntlich ein wenig in die Ententesalons hineinleuchten. Wie oft begegnet man da Gesprächen befreundeter Diplomaten über den Kriegsfall; wie leicht wäre da der Beweis mit dem umgekehrten Vorzeichen zu führen! Auch hier bringt ein klarblickender Italiener die rechte Korrektur an. Kein anderer als der Generalstabschef Pollio sprach Ende April zu dem deutschen Militärattaché von dem eisernen Ring, der sich um den Dreibund gelegt habe und der gesprengt werden müsse, wenn sich die Verbündeten nicht eines Tages einem ihnen aufgezwungenen Kriege gegenübersehen wollten [18]). Nicht die von Tittoni verkörperte Gesinnung der inneren Doppelzüngigkeit wird einmal vor der Geschichte ihre Rechtfertigung finden, sondern dieses klare Fußen auf der Bundestreue und der sittlichen Pflicht im Völkerleben.

6. Die Neutralitätserklärung.

Italiens Entschluß zur Neutralität wird selbstverständlich mit dem friedlichen Geist begründet, der die italienische Politik immer erfüllt habe, sowie mit der Aggressivität Deutschlands und Österreich-Ungarns, die Italien seiner Bündnispflichten enthoben habe. Die Darstellung arbeitet namentlich mit den Angaben Salandras, auf die ich meinerseits bei früherer Gelegenheit bereits hingewiesen habe [19]), und ergeht sich in anklagenden Bemerkungen gegen den deutschen und österreichischen Militarismus als die eigentlich Schuldigen. So werden die Vorgänge, die sich von der Ermordung des Erzherzogs bis zur Neutralitätserklärung in Rom abspielten,

[18]) Wolfgang Foerster, Die deutsch-italienische Militärkonvention. „Die Kriegsschuldfrage", Maiheft 1927 S. 407.

[19]) In dem eben zitierten Aufsatz S. 327 Anm. 13.

in entsprechender Einseitigkeit erzählt, ohne daß etwas Neues dabei mitgeteilt wird. Von Rußland, Frankreich und England ist mit keinem Wort die Rede. Die Kriegsschuld Deutschlands und Österreich-Ungarns steht unverrückbar fest, und im Gegensatz zu ihrem verbrecherischen Kriegsdrängen leuchtet Italiens Entscheidung als der reine Ausdruck friedlicher Gesinnung empor. Der Kenner weiß, was er von diesem pharisäischen Gerede zu halten hat: für die eigentlichen Betreiber war die Neutralitätserklärung nur der vorbereitende Schritt für den Abfall von den Verbündeten und den Entschluß zum Kriege an der Seite der Ententemächte.

Zur Belastung der beiden Mittelmächte kann es sich der Verfasser nicht versagen, sogar das Märchen vom Potsdamer Kronrat aufzuwärmen, zwar nicht zur Erklärung und Rechtfertigung des Verhaltens Italiens, denn die „Tatsache" jener Kriegsverschwörung wurde ja erst später bekannt, aber doch in rückblickender historischer Beschuldigung. Sie gründet sich auf den vom italienischen Botschafter in Konstantinopel, Marquis Garroni, weitergegebenen Äußerungen des deutschen Botschafters von Wangenheim, die den von Morgenthau mitgeteilten Aussagen parallel gehen [20]). Die kritiklose Wiederaufnahme der Anklage läßt erkennen, wie wenig der Verfasser über den heutigen Stand der Kriegsschuldforschung im Bilde ist. Denn kein ernst zu nehmender Historiker und Politiker wagt mehr, mit diesem propagandistischen Schlagwort vom Potsdamer Kronrat zu operieren, seitdem die Vorgänge vom 5. Juli 1914 dokumentarisch klargestellt sind. Es muß allerdings angenommen werden, daß Wangenheim, der sich in der ersten Julihälfte in Berlin aufgehalten hat, nach seiner Rückkehr nach Konstantinopel auf Grund törichter Gerüchte über Dinge gesprochen hat, die gar nicht geschehen sind und für die er selbst keine Augen- und Ohrenzeugenschaft besaß, aber es darf auch als sicher gelten, daß solche unvorsichtigen Äußerungen, die sich der Botschafter um so weniger hätte zuschulden kommen lassen dürfen, als es sich um leere Redereien handelte, wie eine große Sensation angehört und aufgebauscht weitergegeben worden sind. In der Zeit, da die Völker im Kampfe standen und das Böseste sich zutrauten, mögen solche Meldungen gläubig hingenommen worden sein. Heute sollte mit solch minderwertigem Quellenmaterial nicht mehr gearbeitet werden.

---

[20]) Daß es mit dem Zeitpunkt und der Art der Weitergabe der Äußerungen Wangenheims durch Garroni eine besondere Bewandtnis hat, interessiert in diesem Zusammenhang nicht. Siehe dazu Garronis letzte Erklärung im „Corriere della Sera" vom 16. September 1926.

Zum Schluß läßt sich Tittoni nochmals selbst sprechen, indem er seine mit der Auffassung der Regierung wie Giolittis übereinstimmende Äußerung vom 26. Juli 1914 nochmals abdruckt, die die Rechtmäßigkeit und Notwendigkeit der italienischen Neutralitätserklärung betont. Aber — so sagt er, nun die zeitliche Aufeinanderfolge umdrehend — die Entscheidung Italiens brachte die Staatsmänner in Berlin und Wien nicht zur Vernunft. Von denen in Paris, Petersburg und London ist wieder mit keinem Wort die Rede!

II.

Der von Verax gezeichnete zweite Aufsatz in der „Nuova Antologia", der Salandra zum Verfasser haben dürfte, scheint einen anderen Charakter zu haben als der eben besprochene, bewegt sich aber doch in der gleichen Richtung. Indem er von der Erklärung Hindenburgs bei der Tannenberg-Feier ausgeht, verurteilt er die erzwungene Unterschrift Deutschlands zum Versailler Vertrag, der Deutschland der alleinigen Schuld am Kriege bezichtigt. „Aber" — so heißt es sogleich — „das will nicht besagen, daß Deutschland, oder besser gesagt, Deutschland und Österreich-Ungarn, nicht schuldig am Kriege sind." Allerdings trügen nicht die ganzen Völker die Schuld, wohl aber die beiden Herrscher, unterdurchschnittliche Persönlichkeiten, deren Gehirn das Gleichgewicht verloren oder denen das Greisenalter den klaren Blick genommen hatte. „Sie waren ohne Zweifel die Urheber (artefici) und Veranlasser (provocatori) des Krieges." Nach einem vielversprechenden Anfang sind wir also wieder bei der einseitigen Beschuldigung Deutschlands und Österreich-Ungarns angelangt, und zwar in besonders flacher Auffassung.

Zur Klarlegung des wahren Ursprungs des Krieges — so meint der Verfasser — bedarf es der Untersuchung von drei Punkten: der rohen Aufforderung Deutschlands an Rußland im März 1909, der Agadir-Angelegenheit 1911 und des Scheiterns der Sendung Haldanes nach Berlin 1912. Diesen Vorgangsreihen ist die eigentliche Untersuchung gewidmet.

Die Erörterung der Vorgänge von 1909 rückt wieder den Konferenzvorschlag in den Vordergrund, spricht übertreibend von der Geneigtheit Aehrenthals zu einer solchen Regelung und stellt die drohende Note Deutschlands an Rußland als Zerstörung dieser Lösung hin. Auch hier tritt uns die von dem ersten Artikel bekannte Voreingenommenheit und Einseitigkeit deutlich entgegen, diesmal noch mit der neuen Mitteilung, der Zar habe geschworen, in Zukunft niemals eine ähnliche Beleidigung ertragen zu wollen.

Dabei haben in Wahrheit Herrscher und Regierung Rußlands Deutschland für das von besten Absichten und vor allem auch von friedfertigster Gesinnung getragene Eingreifen gedankt, und erst ein von den Verbündeten, zumal England, aufgehetztes Nationalgefühl hat den deutschen Schritt zu einer Demütigung Rußlands gestempelt. Daß die Note ein politischer Fehler war, sei auch hier wieder betont; aber mit der Frage der Kriegsschuld hat sie nichts zu tun.

Bei Besprechung der Agadir-Angelegenheit von 1911 kann man es zunächst begrüßen, daß die Handlungen Frankreichs (und nachfolgend Spaniens) als eine Verletzung der Algeciras-Akte anerkannt werden, gegen die Deutschland das Recht hatte, Einspruch zu erheben [20a]). Auch das Auftreten Lloyd Georges mit seiner provokatorischen Rede vom 21. Juli wird gerügt und der schließliche Kompromiß zwischen Deutschland und Frankreich als für Frankreich außerordentlich günstig bezeichnet. Daß Frankreich trotzdem in Kammer und Presse seine Unzufriedenheit zeigte, soll dem Kaiser, der entgegen dem Staatssekretär Kiderlen-Wächter [21]) lebhaft für den Ausgleich mit Frankreich als eine Basis für dauernde Verständigung eintrat, derart gereizt haben, daß nun die Idee eines Krieges gegen Frankreich in ihm reifte. Hier wird also die geschichtliche Wahrheit wieder im Sinne der Deutschland belastenden These ins Gegenteil verkehrt, nachdem die vorangehenden Dinge richtig dargestellt sind, denn tatsächlich hatte ja der durch den deutschen Einspruch ins Leben gerufene französische Esprit nouveau für die weitere Verschlechterung der deutsch-französischen Beziehungen die Initiative.

Die Sendung Haldanes nach Berlin 1912 schließlich wird ganz in dem Sinne dargestellt, daß Deutschland die englische Neutralität hätte gewinnen können, wenn es von seinen Flottenplänen Abstand genommen hätte, und Kaiser Wilhelm wird wegen seiner Bemerkung in den „kindlichen Ereignissen und Gestalten" gerügt, daß er aus nationalen Gründen die Beschränkung der Flottenrüstung hätte ablehnen müssen. Mit der Vorhaltung, er habe gegen Bismarcks weise Mahnung verstoßen, daß Deutschland auf keinen

---

[20a]) Dieses überraschende Zugeständnis erklärt sich offenbar aus der Situation der heutigen Tanger-Frage, in der Italien eine der damaligen Rolle Deutschlands in der Marokko-Angelegenheit höchst ähnliche Rolle spielt.

[21]) Es wird als eine weniger bekannte Tatsache angeführt, daß dieser die Kongo-Vereinbarung nicht unterschreiben wollte. Das ist indessen, wie die Akten des Auswärtigen Amtes und die Publikation Jäckhs beweisen, unrichtig.

Fall England und Rußland zusammen gegen sich haben dürfe, wird dem Kaiser vorgeworfen, daß er eine seltene Gelegenheit, diese Gefahr zu beseitigen, hätte vorübergehen lassen.

Das scheint eine geschichtliche Feststellung, und manches ist richtig daran, aber zu guter Letzt kommt die Darlegung doch wieder auf eine einseitige Beschuldigung Deutschlands hinaus, und zwar mit Hilfe des billigen und vereinfachenden Verfahrens, alle gegen die andere Seite sprechenden Argumente zu unterdrücken. Abgesehen davon, daß schon die Bezugnahme auf die Erinnerungen des Kaisers, die die Dinge keineswegs von einem einfachen Prestige-Standpunkt behandeln, unrichtig ist, verlautet kein Wort von der geheimen französischen Einflußnahme, die die englische Konzession bedeutungslos machte, kein Wort von der nachfolgenden Verständigung zwischen England und Deutschland, die die Flottenfrage doch aus den Beziehungen der beiden Mächte ausschaltete. Objektive Geschichtsschreibung ist hier nicht geleistet.

Nun weist der Verfasser aber auf die zahlreichen Versuche in Deutschland, Frankreich, England und Italien [22]) hin, Deutschland hinsichtlich der Kriegsschuld zu entlasten und Poincaré, Iswolski und Grey als die eigentlichen Schuldigen zu brandmarken. Es ist höchst interessant, wie er sich mit diesen Behauptungen abfindet. Man darf sagen, daß seine Beweisführung in hohem Maße rückständig und teilweise kaum ernst zu nehmen ist.

Was Poincaré angehe, so wolle er sich in einem Zeitpunkt, wo dieser das Haupt der französischen Regierung sei, zurückhalten. Das sei um so eher möglich, als die große Mehrheit des französischen Volkes unbestreitbar den Krieg nicht wünschte und, nicht provoziert, ihn nicht erklärt hätte. Zu einer solchen Argumentation ist wohl von wissenschaftlicher Seite nichts zu bemerken, da sie sich ohne weiteres selbst richtet. Aber auch der Hinweis auf jenen österreichisch-französischen „Flirt“ im Frühjahr 1914, der eine Verständigung über die Balkanbahnen zum Schaden der deutschen und italienischen Interessen zum Gegenstand hatte, berührt mehr als seltsam. Gewiß sind diese Vorgänge verhältnismäßig unbekannt und verdienten eine nähere Untersuchung [23]), aber wenn sie nach der politischen Seite etwas be-

[22]) Es verdient Beachtung, daß der Verfasser hier bewußt anderer Stimmen in der Kriegsschulddiskussion gedenkt und sich zu ihnen in Gegensatz stellt. Um so erstaunlicher ist die Leichtfertigkeit seines eigenen Baues.

[23]) Im allgemeinen politischen Zusammenhang habe ich selbst sie in dem weltpolitischen Abschnitt der von mir herausgegebenen „Weltgeschichte der neuesten Zeit“ kurz gewürdigt (S. 605).

weisen, so entlasten sie im Sinne der Kriegsschuldfrage nicht die Entente, sondern die Mittelmächte, denn dieser „Flirt" minderte, wenn auch nicht in dem Maße wie Italiens durchaus illoyale „Extratouren", den Zusammenhalt des Dreibundlagers und läßt alles andere denn Kriegswillen erkennen. Es ist kaum zu begreifen, daß der Verfasser zu einer entgegengesetzten Auffassung kommen kann.

Daß Iswolski mit dem Panslawismus für den Krieg gearbeitet hat, wird dagegen offen anerkannt. Aber — so wird weiter argumentiert — statt daraus die Konsequenzen zu ziehen und die Beziehungen zu England zu verengern, hätte Wilhelm II. durch Reden, Kundgebungen und vor allem durch den Flottenbau die englisch-deutsche Freundschaft zerstört. „Eduard VII. bestieg den Thron mit der Absicht, den Zudringlichkeiten des Neffen einen Damm zu setzen." So hätten die deutschen Drohungen 1904 zur Vereinbarung Lansdowne-Delcassé und schließlich zur Entente cordiale und der englisch-russischen Verständigung geführt. Man braucht die Fehlerhaftigkeit der deutschen Politik nicht zu beschönigen und wird doch sagen müssen, daß auch diese Darstellung eine völlige Verzeichnung ist, deren Dolosität sicherlich größer ist, als die der deutschen Politik war. Die flache Zuspitzung der Probleme auf persönliche Fehlgriffe des Kaisers und auf deren Zurückweisung macht übrigens dem historischen Verständnis des Verfassers wenig Ehre und beweist nur von neuem, daß wir es bei all diesen Urteilen mit ebensowenig gutem Willen wie Können zu tun haben. Es lohnt wirklich nicht, auf eine solche unwissenschaftliche Argumentation näher einzugehen.

Dies gilt schließlich auch für die Ausführungen, die dem Kriegsausbruch gewidmet sind. So viel Worte, so viel Verdrehungen und Entstellungen; daran ändert auch nicht, daß alles, was Deutschland und Österreich-Ungarn in diesen Krisentagen getan haben, glattweg als „kindlich" und „lächerlich" bezeichnet wird. So ist es falsch, daß das österreichische Ultimatum unannehmbar für Serbien gemacht worden sei, daß Serbien es trotzdem hinuntergeschluckt habe, daß Deutschland — wie die Dokumente im Übermaß beweisen sollen — Antreiber und Mitverschwörer gewesen sei. Die russische Mobilisation wird gerechtfertigt, weil sie erst erfolgt sei, nachdem Österreich das serbische Gebiet angegriffen habe, und es sei kindlich gewesen, anzunehmen, daß Rußland Serbien ohne Einspruch würde überfallen lassen, weil das den Todesstoß für seinen Einfluß auf der Balkanhalbinsel bedeutet hätte. Unter demselben Gesichtspunkt wird Italiens Stellungnahme gerechtfertigt und natürlich auch die Sicherung „seiner heiligen

nationalen Rechte". Es liegt mir fern, die habsburgische Politik mit ihren Unüberlegtheiten und Starrsinnigkeiten in Schutz zu nehmen, aber es geht doch nicht an, die Verteilung von Schuld und Unschuld in dieser Weise zu „vereinfachen". Das Verfahren des Verfassers kommt darauf hinaus, daß Österreich-Ungarn alles Recht der Selbstbehauptung abgesprochen wird, während seinen Rivalen das Recht zuerkannt wird, ohne Einschränkung ihre Machtinteressen vertreten zu dürfen.

Besonders charakteristisch sind die Ausführungen über die russische Mobilmachung. Zunächst wird irreführend betont, daß die österreichische ihr voranging und daß diese ohne weiteres dem Angriff auf Serbien diente. Demgegenüber wird — unter Hinweis auf die parallelen Vorgänge von 1908/09 und 1912/13 — erklärt, daß die russische Mobilisation keineswegs zum Krieg zu führen brauchte. Weiß der Verfasser wirklich nichts von den französisch-russischen Abmachungen von 1892 und von der Erneuerung des russischen Befehls vom 30. 9. 1912, daß Mobilmachung mit Eröffnung der Feindseligkeiten gleichbedeutend sei?

In der gleichen oberflächlichen Art wird von den aufrichtigen Bemühungen Englands um die Aufrechterhaltung des Friedens gesprochen, und zwar unter Berufung auf die „ehrenwerte" Publikation Asquiths [24]), und Deutschland mit der Verletzung der Neutralität Belgiens die Schuld an dem Eintritt Englands in den Krieg zugewiesen: also gänzlich unverändert die Anklagen, die uns aus den Kriegsjahren geläufig sind. Die neuen Quellen und die darauf gegründeten Forschungen sind spurlos an dem Verfasser vorübergegangen. Von Frankreich ist überhaupt mit keinem Wort die Rede.

Einen letzten Höhepunkt der Voreingenommenheit und Verständnislosigkeit erklimmt der Verfasser mit der Darstellung des Versuches Kaiser Wilhelms vom 30. 7., das verbündete Österreich-Ungarn zum Rückzug zu bewegen, und des Verhaltens der Wiener Regierung. Mit dem Bericht über die Beschlüsse des österreichischen Ministerrats vom 31. 7., der an den gegen Serbien ergriffenen Maßnahmen festzuhalten beschloß, und mit dem emphatischen Schlußsatz „Das Schicksal sollte sich erfüllen und erfüllte sich" wird der Eindruck erweckt, als ob damit die Entscheidung zum Kriege gefallen war. In Wahrheit hatte bekanntlich Berchtold am Tage vorher auf das deutsche Drängen hin direkte Verhandlungen mit Rußland über eine Revision des Ulti-

[24]) Gerade Asquiths Erinnerungen sind bekanntlich das wenigst sagende Memoirenwerk der Kriegsschuldliteratur.

matums an Serbien und daraus zu ziehende Folgerungen aufgenommen, und die allgemeine russische Mobilmachung war es, die den Faden endgültig zerriß.

* * *

Wir stehen am Ende unseres kritischen Berichtes. Blickt man auf die beiden Aufsätze zurück, die von italienischer fachmännischer Seite Abschließendes über die Kriegsschuldfrage zu sagen beanspruchen, so bleibt ein tieftrauriger Eindruck. Die Untersuchung hat gezeigt, daß wir es mit ernst zu nehmenden geschichtlichen Darlegungen bei ihnen nicht zu tun haben. Für die Klarstellung der Schuld am Kriege sind sie, von so hochstehender Stelle sie auch stammen, völlig wertlos. Mit ihrer Voreingenommenheit gegen Deutschland und Österreich-Ungarn gehen sie fast über die Auffassung des französischen Nationalismus hinaus. Es interessiert hier nicht, unter welchen Gesichtspunkten sie entstanden und veröffentlicht sind: man kann an persönliche wie an sachliche Motive denken. Jedenfalls scheint es, daß wir in absehbarer Zeit auf andersgeartete Äußerungen aus dem faschistischen Italien nicht zu rechnen haben. Die selbständigen Arbeiten eines Gatti, Barbagallo und Lumbroso liegen mehrere Jahre zurück. Die heutige italienische Wissenschaft ist in die politische Front eingeschwenkt oder schweigt. Man mag darüber denken, wie man will: die Tatsache besteht.

Das französische Generalstabswerk.

(Fortsetzung und Schluß [1]).)

Von Graf Max Montgelas.

III. Weitere Vorgeschichte des Krieges.

Dieser Abschnitt wird eingeleitet durch den lapidaren Satz: „La guerre s'annonçait depuis le début du siècle“ (S. 68).

Welcher Krieg war denn zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Sicht? Damals wütete der Burenkrieg. In Frankreich hatte sich die Erbitterung über die Demütigung von Faschoda durch Großbritannien (Herbst 1898) noch nicht gelegt. Zwar hatte der an die Spitze des Außenministeriums berufene Delcassé sich nach einigem Zögern zum Nachgeben entschlossen und im März 1899 den Ver-

[1]) Ersten Teil siehe „Kriegsschuldfrage“, Novemberheft.

trag mit London über die Abgrenzung der Interessensphären in Afrika, den Vorläufer des großen Kolonialabkommens vom April 1904, zustande gebracht; zwar haben schließlich am Quai d'Orsay jene gesiegt, die der Meinung des Botschafters Baron Courcel am Hofe von St. James waren, daß „Frankreich nur einen Feind habe, und das sei Deutschland". Immerhin waren die Ansichten maßgebender französischer Politiker längere Zeit geteilt und schwankend, ob nicht der Zeitpunkt für eine englandfeindliche Orientierung gekommen sei.

So berichtete Botschafter Fürst Münster aus Paris am 20. Dezember 1899: „Die kriegerische Stimmung gegen England wird immer stärker, und von russischer Seite wird sehr geschürt [2])." Als weitere Beweise für die schwankende Auffassung kann man ansehen die drei vergeblichen, im Oktober 1900 vom französischen Botschafter Marquis de Noailles, dann im Januar 1900 und Oktober 1901 von Rußland, sicher nicht ohne vorheriges Einvernehmen mit Frankreich, unternommenen Sondierungen, ob Deutschland zu einer diplomatischen Intervention im Burenkriege geneigt sei. Mag sein, daß diese Fühler nur ein Manöver waren, um Deutschland gegebenenfalls in London anschwärzen zu können. Sicherlich aber haben die französischen Militärhistoriker beim Niederschreiben des lapidaren Einleitungssatzes sich nicht an die wichtige Tatsache erinnert, daß gerade zu Beginn des Jahrhunderts der Generalstab ihres Landes mit dem russischen Bundesgenossen Abmachungen für den Fall eines Krieges gegen England getroffen hat [3]).

Wie der Burenkrieg, so wird auch der russisch-japanische und die daran sich anschließende erste russische Revolution mit Stillschweigen übergangen. Es würde freilich allzu störend für die These des „seit der Jahrhundertwende drohenden" — d. h. natürlich von Deutschland geplanten — Krieges gewesen sein, wenn man den Leser an jene Zeit erinnert hätte, da das Zarenreich zu jeder wirksamen Hilfe unfähig war und das britische Expeditionskorps nicht vor zwei Monaten, und selbst dann nur in der geringen Stärke von 80 000 Mann, auf dem Kontinent erscheinen konnte [4]). An jene Zeit, in der Frankreich es nur der grundsätzlichen Abneigung der deutschen Politik gegen jeden Präventivkrieg zu danken hatte, daß es nicht — gleichen Verlauf der Operationen wie 1914 angenommen — binnen sechs Wochen eine entscheidende Niederlage erlitt.

---

[2]) Hierzu und zu den Interventionsfühlern siehe „Große Politik der Europäischen Kabinette" Bd. 15, Kapitel 103, und Bd. 17, Nr. 5069—71.

[3]) Näher ausgeführt im ersten Teil Novemberheft S. 1051.

[4]) Viscount Haldane: „Before the War" S. 165.

Daß die Konferenz von Algeciras 1906 ein Mißerfolg für die deutsche Diplomatie war, ist richtig; man muß jedoch hinzusetzen, daß sie auch eine Niederlage des internationalen Rechts und ein Sieg seltener Doppelzüngigkeit gewesen ist. Denn mehrere Unterzeichner der Algecirasakte, in der die Unabhängigkeit und Integrität Marokkos anerkannt wurde, hatten schon 1904 Verträge mit geheimen Klauseln abgeschlossen, die sich über beides hinwegsetzten, und zum mindesten ein Unterzeichner war entschlossen, sich auch künftig darüber hinwegzusetzen.

Sehr mangelhaft sind die Angaben über den deutsch-französischen Zwischenfall von Casablanca im Herbst 1908, der dadurch entstand, daß deutsche Konsulatsbeamte durch ein formal-juristisch nicht einwandfreies, nach dem höheren ungeschriebenen Gesetz der Menschlichkeit jedoch voll berechtigtes Vorgehen einigen unglücklichen Männern, die ein Opfer der unsittlichsten militärischen Institution der Welt, der französischen Fremdenlegion, geworden waren, zur Rettung aus dieser Hölle verhelfen wollten[5]). Gänzlich aus der Luft gegriffen ist die Behauptung, daß die deutsche Diplomatie „zur Rache für die (zweieinhalb Jahre zurückliegende!) Niederlage von Algeciras" den Streitfall zu verbittern (envenimer) gesucht habe. Vielmehr ordnete Reichskanzler Fürst Bülow sofort auf die erste Meldung am 29. September an: „Dieser unliebsame Vorfall sollte ohne beiderseitige Rechtsschikanen r a s c h und g u t w i l l i g[6]) beigelegt werden." Als sich herausstellte, daß ein Unterbeamter des deutschen Konsulats in Casablanca auch für drei nichtreichsdeutsche sogenannte „Deserteure" einen Ausweis zur Heimfahrt auf deutschen Schiffen hatte ausfertigen lassen, wünschte Kaiser Wilhelm — in einem entschieden zu weitgehenden Entgegenkommen gegen Frankreich — die sofortige Entlassung dieses Beamten. Fürst Bülow äußerte sich schriftlich dahin, daß Deutschland in der Frage „keine ganz reine Weste" habe[7]) und meinte, die deutsche Presse sollte „sich nicht sentimental für Deserteure erwärmen, sondern lieber auf die Verwerflichkeit und Unwürdigkeit, das für die Nation S c h m a c h v o l l e[6]) dieses Landsknechtstums übelster und niedrigster Sorte hinweisen".

Die Verhandlungen von Kabinett zu Kabinett zogen sich lange hin, vornehmlich deshalb, weil die französischen Behörden in un-

[5]) Zum Zwischenfall von Casablanca siehe „Große Politik" Bd. 24 Kap. 180.

[6]) Sperrdruck im Original.

[7]) Kann sich nur auf die formal-juristische Seite der Angelegenheit beziehen.

verständlicher Verschleppungstaktik ihr Material über den Vorfall erst am 7. November, sechs Wochen nach dem Ergebnis, in Berlin zur Kenntnis brachten. Nunmehr einigte man sich rasch dahin, die Sache einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Dieses mußte, wie das bei Schiedsgerichten leider der Fall ist, seinen Spruch nach dem Buchstaben des formalen Rechts fällen. Die erst acht Monate nach dem Vorfall, am 22. Mai 1909, bekanntgegebene Entscheidung mußte daher die den „Deserteuren" vom deutschen Konsul und dessen Unterbeamten gewährte Unterstützung tadeln, war jedoch weit entfernt, „une décision favorable à la France" zu sein, wie der französische Berichterstatter glaubt. Es hieß darin vielmehr:

„Zu Unrecht haben die französischen Militärbehörden den im Namen des deutschen Konsulats über die Deserteure ausgeübten tatsächlichen Schutz nicht soweit irgend möglich respektiert.

Selbst abgesehen von der Verpflichtung, den konsularischen Schutz zu respektieren, berechtigten die Umstände französische Militärpersonen weder zur Bedrohung mit einem Revolver noch zur Fortsetzung der dem marokkanischen Konsulatssoldaten zugefügten Schläge."

Hoffentlich wird es in Zukunft einmal Schiedsgerichte geben, die nicht nur die tätlichen Angriffe auf fremde Konsulate verurteilen, sondern auch menschenfreundliche Hilfeleistung an Leute gutheißen, die aus freiem Willen aus einer Landsknechtsorganisation „übelster und niedrigster Sorte" wieder ausscheiden wollen.

Die große Nachgiebigkeit der deutschen Regierung beim Zwischenfall von Casablanca bildet einen weiteren Beweis dafür, wie wenig bei der gleichzeitig beginnenden bosnischen Annexionskrise der Wille zur Entfachung eines europäischen Krieges in Berlin bestanden hat, obwohl auch damals in Anbetracht der noch nicht behobenen militärischen Schwäche Rußlands die Verhältnisse für einen präventiven Waffengang günstig lagen. Der Anklage, Österreich-Ungarn habe durch die Umwandlung der seit zwanzig Jahren auf Grund internationalen Vertrages bestehenden Okkupation in Annexion „eine Epoche der Balkanwirren mit allen ihren Folgen eingeleitet" (S. 69), darf zunächst die Tatsache entgegengehalten werden, daß das Heer der Donaumonarchie nach französischer Angabe (S. 41) eine Stärke von nur 450 000 Mann hatte, während es — bei gleichem Verhältnis zur Bevölkerung wie das französische (ohne Farbige) — über eine Million hätte zählen müssen. Was sodann die Einleitung der Balkanwirren mit allen ihren Folgen betrifft, so hat Jaurès anders darüber geurteilt: Weil Frankreich 1911 ein Protektorat über Marokko errichtete, hielt Italien die Zeit für gekommen, nach Tripolis zu gehen, und der hierdurch vom Zaune gebrochene

Krieg mit der Türkei bildete begreiflicherweise für die Balkanstaaten das Signal zum Losschlagen gegen Konstantinopel.

Die zweite Marokkokrise (1911) wird eingeleitet durch den Satz, Frankreich sei deshalb nach Fez marschiert, weil „der von Rebellen eingeschlossene Sultan die Hilfe der französischen Armeen angerufen habe". Seinerzeit hat die französische Diplomatie anfänglich nicht mit dem Hilferufe des Sultans, sondern mit der Gefährdung des Lebens der in Fez lebenden Europäer operiert[8]). Der belgische und russische Gesandte in Tanger, nach belgischem Bericht sogar der französische Geschäftsträger in Fez haben die militärische Expedition nicht für nötig gehalten. Erst als sich der Vorwand einer Gefährdung der Europäer nicht mehr aufrechterhalten ließ, erklärte man in Paris, es handle sich um die Stärkung der Gewalt des Sultans, wobei es ein immerhin eigentümliches Verfahren war, das Ansehen eines angeblich unabhängigen Herrschers dadurch zu heben, daß man seine Hauptstadt durch fremde Truppen besetzte. Noch am 10. Mai versicherte man, daß keine Besetzung durch französische Truppen geplant werde, am 15. erklärte man, sie sei plötzlich nötig geworden. Als einige Wochen später Spanien innerhalb seiner marokkanischen Zone in gleicher Weise vorging, erhob sich in der französischen Presse ein Sturm der Entrüstung wegen „Verletzung der Akte von Algeciras". Am Quai d'Orsay hatte man inzwischen geheime Abmachungen mit dem angeblich unabhängigen Sultan getroffen, die neben vielem anderen „die Einmischung der französischen Militärmission in die innere Verwaltung" zugestanden.

Auf deutscher Seite war man weit entfernt, die Franzosen an einer Festsetzung in Marokko hindern zu wollen. Staatssekretär von Kiderlen entwarf vielmehr Anfang Mai folgenden Plan, nach dem später verfahren wurde, und der sich kurz zusammenfassen läßt wie folgt:

„Die Unabhängigkeit des Sultans ist nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die Franzosen werden nach Fez marschieren. Deutsche Proteste dagegen werden nichts nützen. Besser ist es daher, die Franzosen gewähren zu lassen und Deutschland Kompensationen zu sichern. Auch Deutschland hat das Recht, seine Staatsangehörigen zu schützen. In Mogador und Agadir sind große deutsche Firmen ansässig. Deutsche Schiffe könnten sich zum Schutze dieser Firmen in jene Häfen begeben. Sie könnten dort ganz fried-

[8]) Zu den Ereignissen von 1911 siehe „Große Politik" Bd. 29, Kap. 227 und 228. Die Denkschrift Kiderlens vom 3. Mai ist in Nr. 10 549, die Zimmermanns vom 12. Juni in Nr. 10 572 wiedergegeben.

lich[9]) stationiert werden, nur um das Zuvorkommen anderer Mächte in diesen wichtigsten Häfen des südlichen Marokkos zu hindern. Im Besitze dieser beiden Häfen kann Deutschland in Ruhe abwarten, ob Frankreich in seinem Kolonialbesitz geeignete Kompensationen anbieten wird, für die Deutschland dann die beiden Häfen verlassen könnte."

Der Staatssekretär war sich wohl bewußt, daß England in der marokkanischen Frage auf seiten Frankreichs stehen müsse, um seinen Dank für die Auslieferung Ägyptens abzutragen, nahm jedoch irrigerweise an, daß in Anbetracht der weiten Entfernung der beiden genannten Häfen vom Mittelländischen Meere das Londoner Kabinett keine Schwierigkeiten machen werde. Er war ferner der auch von Kaiser Wilhelm geteilten, durch die späteren Ereignisse widerlegten Auffassung, daß es für die Erhaltung des Friedens an der deutschen Westgrenze vorteilhaft sein werde, wenn die Franzosen sich für längere Zeit militärisch in Marokko festlegten.

Die gleichen Gedanken wie in der Denkschrift Kiderlens finden sich in einer solchen von Unterstaatssekretär Zimmermann vom 12. Juni. Vierzehn Tage später, am 26., genehmigte Kaiser Wilhelm, der sich schon im April, ohne daß damals ein diesbezüglicher Antrag vorlag, gegen die Entsendung von Schiffen ausgesprochen hatte, statt der beantragten Entsendung von je zwei Schiffen nach Agadir und Mogador nur die des einen kleinen Kanonenbootes „Panther" nach dem ersteren Hafen. Bei der Notifikation der getroffenen Maßnahme an die Signatarmächte der Akte von Algeciras (1. Juli) konnte der — erst durch die deutsche Dokumentenpublikation allgemein bekanntgewordene — Umstand verwertet werden, daß kurz zuvor eine Reihe deutscher im südlichen Marokko interessierter Firmen die Reichsregierung um ein Einschreiten „zur Sicherung der deutschen wirtschaftlichen Interessen in diesem Gebiet" gebeten hatten.

Welches immer die deutschen Rechenfehler bei Vornahme des „Panthersprungs" gewesen sein mögen, dokumentarisch steht nunmehr fest:

Deutschland dachte nicht daran, die marokkanische Frage zum Anlaß eines Krieges mit Frankreich zu machen;

Deutschland beabsichtigte auch nicht, durch diplomatische Mittel die Festsetzung der Franzosen in Marokko zu erschweren, sondern wünschte geradezu diese Festsetzung in der trügerischen Hoffnung, dadurch den Frieden in Europa zu festigen;

[9]) Sperrdruck von mir.

der Zweck der deutschen Aktion war, den marokkanischen Zankapfel in einer für Frankreich und England annehmbaren Weise aus der Welt zu schaffen und

als Gegenleistung dafür, daß Frankreich seinen großen Kolonialbesitz um ein weiteres Gebiet von mehr als 400 000 Quadratkilometern mit drei Millionen Einwohnern vergrößerte, einige Kompensationen für das hinsichtlich der Kolonien an sechster Stelle der europäischen Staaten stehende Deutsche Reich zu erlangen. Dabei ist von Interesse, daß nach den deutschen Akten die erste Anregung zum Austausch des gesamten französischen Kongos gegen das deutsche Togo von französischer, nicht von deutscher Seite ausgegangen ist.

Zum Schlusse wirft der französische Generalstab der deutschen Politik vor, sie habe beim Ausgang der Balkankriege von 1912 und 1913

durch die Erhebung des Prinzen von Wied zum Fürsten von Albanien sich einen neuen Stützpunkt auf der Balkanhalbinsel verschafft, ferner immer mehr

die Eroberung (conquête) des ottomanischen Reiches und

die Gewinnung eines Zuganges zum Persischen Golf durch die Bagdadbahn angestrebt.

Alle drei Behauptungen zeugen von gänzlicher Unkenntnis des wahren Sachverhalts.

Bei der Schaffung Albaniens handelte es sich nicht um einen deutschen Stützpunkt, sondern — abgesehen von dem Rechte der kleinen Nationen — um die Erfüllung österreichischer und italienischer Wünsche [10]). Die Wahl des Prinzen von Wied erfolgte auf Grund einer Vereinbarung zwischen Wien und Rom unter freudiger Zustimmung von Bukarest. Die deutsche Regierung hielt sich dabei vollkommen zurück. Kaiser Wilhelm war ein Gegner der Kandidatur und bemerkte zu einem Zeitungsartikel über die österreichisch-italienische Wahl: „Ich habe es ihm verboten. Er kriegt meine Erlaubnis nicht." Als bekannt wurde, daß auch Rußland sich für die Kandidatur Wied entschieden habe, machte der Kaiser die Randbemerkung: „Trotzdem ist sie ein Unsinn! Er ist nicht dafür geeignet." Sir Edward Grey hingegen hatte schon lange unter der Hand zu verstehen gegeben, daß auch England keinen Einwand gegen die Wahl des Prinzen habe, und regte an, daß der offizielle Vorschlag, da der Prinz ein Deutscher sei, von Berlin ausgehen solle. Auf diese Weise kam es dazu, daß das Berliner Auswärtige

[10]) Zur Schaffung Albaniens und Kandidatur Wied siehe „Große Politik" Bd. 36 I, Kap. 279.

Amt die Zustimmung der übrigen fünf europäischen Großmächte zu der vom deutschen Kaiser persönlich nicht begrüßten Kandidatur einholte.

Nicht besser als über den Prinzen Wied ist der Service historique über die „conquête" des Osmanenreiches unterrichtet. Als nach den Siegen der Balkanstaaten die fast völlige Verdrängung der Türkei aus Europa um die Jahreswende 1912/13 entschieden war, trafen in Berlin durch Meldungen der Dreibundbotschafter in Konstantinopel sowie aus anderen Quellen zahlreiche Nachrichten ein, die befürchten ließen, daß die Entente auch die Frage der Liquidation der asiatischen Türkei aufrollen werde [11]). Insbesondere war die Rede von Absichten der Russen auf Armenien und der Franzosen auf Syrien. Bedenklich mußte auch stimmen, daß Sir Edward Grey auf eine Anregung des Fürsten Lichnowsky, die Mächte sollten gemeinsam den jetzigen Besitzstand der Türkei garantieren, eine ausweichende Antwort erteilt hatte (24. Januar 1913).

Gegenüber diesen bedrohlichen Meldungen über Gelüste der Entente nahm man in Berlin und Wien den Standpunkt ein, daß für beide Mächte die Erhaltung der Türkei solange als irgend möglich ein „vitales Interesse" darstelle, daß ihr Zerfall „mit allen Mitteln verhindert oder wenigstens hinausgeschoben" werden müsse, und daß ihr daher nach Friedensschluß jede mögliche Unterstützung zur Wiederherstellung und Kräftigung zu gewähren sei. Sollte jedoch der Zusammenbruch der ottomanischen Herrschaft auch in Kleinasien eintreten, so wollte man begreiflicherweise verhindern, daß Deutschland und seine beiden Bundesgenossen bei der Aufteilung leer ausgingen. Ein rechtzeitiges Anmelden der Ansprüche der Dreibundmächte erschien auch als das geeignetste Mittel, um vorzeitige Auflösungsbestrebungen der Entente im Keime zu ersticken. Von diesem Gesichtspunkte aus wurde versucht, die „Arbeitszonen" Deutschlands, Österreich-Ungarns und Italiens in Kleinasien, d. h. die Gebiete für deren wirtschaftliche Tätigkeit abzugrenzen unter ständiger Betonung des dringenden Wunsches nach Fortbestand eines selbständigen türkischen Reiches. Diesen Standpunkt „tunlichste Erhaltung der Türkei, jedoch Beteiligung an allenfallsiger Liquidation" hat das Deutsche Reich auch in London mit voller Offenheit wiederholt zur Kenntnis gebracht.

Als König Georg und Zar Nikolaus bei ihrem Besuch in Berlin im Mai 1913 jede Absicht auf eine Aufteilung der Gebiete des Sultans

[11]) Zu diesem Abschnitt siehe „Große Politik" Bd. 34 I, Kap. 268, und Bd. 37, Kap. 297.

in Abrede stellten, wurde diese Versicherung von der Reichsregierung mit Freude begrüßt, ebenso als im folgenden Monat Sir Edward Grey dem Präsidenten und dem Außenminister der französischen Republik eine gleiche Erklärung abgab. Ein nicht genannter Gewährsmann des deutschen Botschafters in London wollte damals wissen, daß die beiden französischen Staatsmänner ihr Einverständnis mit dieser Politik ausgedrückt hätten. Hingegen hat der verstorbene Ahmed Djemal Pascha, 1914 Minister der Marine, dann Armeekommandant in Syrien, auf 20 Druckseiten Dokumente beigebracht, aus denen er den Schluß zog, daß die französische Regierung in den letzten Jahren vor dem Weltkriege „mit heißem Eifer bemüht war, die Annexion Syriens unter dem Vorwand des Schutzes der Araber vorzubereiten“ [12]). Jedenfalls kann ein französischer Geschichtsschreiber die „Arbeitszonen“ der Zentralmächte und Italiens nicht zum Anlaß eines Vorwurfs gegen Deutschland ausnützen, denn Frankreich war ebenso bestrebt, sich eine solche recht ausgiebige Zone zu sichern [13]). Schließlich dürfte sogar in den Arbeitsräumen des französischen Generalstabes nicht ganz unbekannt sein, daß Rußland viel mehr als nur eine „Arbeitszone“ auf beiden Ufern der Meerengen anstrebte, und daß Frankreich unter der Führung Poincarés zu weitgehendster Unterstützung dieser Petersburger Politik bereit war.

Was endlich die Bagdadbahn betrifft, so war am 15. Februar 1914 ein deutsch-französisches Abkommen zwischen der Deutschen Bank und der Banque Impériale Ottomane erzielt worden [14]), das die nicht im extrem nationalistischen Fahrwasser segelnden Pariser Zeitungen als „einen Beweis für die in den deutsch-französischen Beziehungen eingetretene erfreuliche Entspannung“ bezeichneten. Die Chauvinisten jenseits der Vogesen waren freilich unzufrieden. Mit Beziehung auf diesen Teil seiner Landsleute klagte damals der französische Botschafter J. Cambon dem belgischen Gesandten in Berlin:

---

[12]) „Erinnerungen eines türkischen Staatsmannes“ (1922) S. 257—277. Wenn Djemal Pascha im Anschluß daran auch von Absichten Englands auf den Irak und Palästina spricht, so dürfte es sich dabei angesichts der bestimmten Erklärungen des Königs und Greys doch wohl nur um „Eventualabsichten“ im Falle eines Zusammenbruchs der türkischen Herrschaft handeln. Freilich darf nicht übersehen werden, daß das Schlagen der „Landbrücke“ von Ägypten nach Indien schon lange ein Lieblingsplan der britischen Imperialisten gewesen ist, den dann der „Weltfriede gegen den Frieden“ infolge des „Nichtselbstbestimmungsrechts“ aller nicht zur Entente gehörigen Nationen verwirklicht hat.

[13]) Telegramm Iswolskis an Sasonow vom 14. Juni 1913 bei Fr. Stieve „Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914“ III S. 176.

[14]) „Große Politik“ Bd. 37 II, Kap. 286, Nr. 14998.

„Wir haben seit der Dreyfus-Affäre auch in Frankreich eine militaristische und nationalistische Partei, die um keinen Preis etwas von einer Annäherung an Deutschland wissen will, und die einen großen Teil der Zeitungen in ihrem aggressiven Ton bestärkt. Die Regierung müßte mit ihnen und der Partei, deren Sprachrohr sie sind, rechnen, falls sich wiederum ein ernsterer Zwischenfall zwischen den beiden Nationen ereignen sollte [15])."

Auch mit England war kurz vor Ausbruch der Krise, am 16. Juni 1914, ein völliges Einverständnis über die Bagdadbahn erzielt worden. Darin erklärte Deutschland ausdrücklich, daß es „unter keinen Umständen" eine Bahn von Basra nach dem Persischen Golf führen oder am Golf einen Hafen oder eine Bahnstation einrichten oder die Einrichtung von solchen unterstützen werde, es sei denn, daß zuvor eine völlige Übereinstimmung zwischen der deutschen und großbritannischen Regierung erzielt sei [16]). Das ist das genaue Gegenteil der französischen Behauptung.

Bei Abfassung seiner Vorgeschichte des Krieges konnte manches, was hier aus der großen Aktenpublikation des Berliner Auswärtigen Amtes angeführt worden ist, dem Service historique noch nicht bekannt sein. Aber selbst wenn man diesem Umstande Rechnung trägt, muß man von dieser Vorgeschichte sagen, daß sie mit geschichtlicher Wahrheit nichts, aber auch gar nichts zu tun hat, sondern ein von blindem Haß eingegebenes, auf Klatsch schlimmster Art beruhendes Phantasiegebilde aus der Zeit der Kriegspsychose darstellt.

IV. Die Krise 1914.

Bei Darstellung der Krise 1914 bestätigt der französische Generalstab in dankenswerter Weise, wie früh man im westlichen Nachbarlande die Mobilmachung vorbereitet und eingeleitet, wie sehr man mit allen Maßnahmen den Vorsprung gegenüber Deutschland sich zu wahren verstanden hat. Für die Schilderung der deutschen Anordnungen stützt er sich leider sehr stark auf das Gelbbuch seiner Regierung, was an sich begreiflich, der Wahrheit jedoch verhängnisvoll ist.

Am 2. Juli habe der französische Botschafter Dumaine, so erfährt der Leser, aus Wien berichtet, das österreichische Kabinett wolle in Belgrad eine Untersuchung über die Mordtat von Sarajewo fordern unter Bedingungen, die „mit der Würde der serbischen

[15]) Bericht Beyons vom 20. Februar 1914, Schwertfeger: „Die belgischen Dokumente zur Vorgeschichte des Weltkrieges", 1. Ergänzungs-Bd. S. 303.
[16]) „Große Politik" Bd. 37 I, Nr. 14907.

Regierung nicht vereinbar" seien. Wenn der Wortlaut der Meldung richtig wiedergegeben ist — was bei der Eigenartigkeit des Gelbbuches bezweifelt werden darf —, so hat sich bei Dumaine bald darauf ein starker Wechsel der Auffassung vollzogen. Denn noch vor Monatsende berichtete er nach Paris, wie zwar nicht aus dem hierüber schweigenden Gelbbuch, sondern aus einem Telegramm des britischen Botschafters vom 29. Juli hervorgeht, er habe auf Grund von Mitteilungen des serbischen Gesandten in Wien die Überzeugung gewonnen, daß „der Zustand in den südslawischen Provinzen die Monarchie nötige, entweder in die Lostrennung dieser Provinzen sich zu fügen oder eine verzweifelte Anstrengung zu ihrer Festhaltung zu machen. Österreich-Ungarn sei sich klar, daß es nicht länger warten könne [17])".

Am 21. Juli wird aus dem Gelbbuch die Meldung des französischen Botschafters in Berlin J. Cambon angeführt, es sei ihm „versichert" worden, daß die in Zeiten politischer Spannung üblichen „vorläufigen Benachrichtigungen über Mobilmachung" (avis préliminaires de mobilisation) an die dafür in Betracht kommenden Jahresklassen der Reserve ausgegeben worden seien. Dazu ist zu bemerken:

1. Solche vorläufige Benachrichtigungen in Zeiten politischer Spannung waren in Deutschland nicht üblich. Ich habe weder 1905/06 als Chef des Stabes eines Armeekorps noch 1908/09 als Brigadekommandeur noch 1911 als Oberquartiermeister im Großen Generalstabe noch 1914 als Divisionskommandeur solche „avis" empfangen oder selber angeordnet oder irgendwie davon gehört.

2. Keine der verschiedenen Auflagen der geheimen Druckvorschrift „Mobilmachungsplan", die mir seit meiner Tätigkeit als Brigadeadjutant (1891/92) sämtlich bekannt geworden sind, noch die ergänzenden Bestimmungen der drei bayerischen Generalkommandos erwähnen etwas davon. Daß irgend ein anderes Generalkommando an der Grenze die „avis" angeordnet haben sollte, ist wenig wahrscheinlich, denn auch bayerische Truppen standen an der Grenze, darunter die 1914 zu meiner Friedensdivision gehörende 8. bayerische Infanteriebrigade in Metz.

3. Wenn Cambon wirklich gemeldet hat, die Ausgabe der „avis" sei ihm „versichert" worden, so hat er, gelinde gesagt, sehr ungenau berichtet. Denn es handelte sich um ein nicht nachgeprüftes Ge-

[17]) Vollen Wortlaut der oben nur im Auszug wiedergegebenen Meldung des Botschafters de Bunsen — Englische Dokumente Nr. 265 — siehe „Kriegsschuldfrage" Februar 1927 S. 112.

rücht, wie aus der folgenden Meldung des russischen Geschäftsträgers in Berlin vom 9./22. Juli hervorgeht:

„Vertraulich. Der französische Marineattaché hat mir heute mit Wissen Cambons ein Gerücht mitgeteilt, das ihm eben sein englischer Kollege erzählte, ein Gerücht, das noch keiner von ihnen nachgeprüft hat, und demzufolge hier einigen in Reserve befindlichen deutschen Soldaten vorbereitende Benachrichtigungen über die Möglichkeit einer Mobilisierung zugestellt worden sind“ [18]).

Der britische Marineattaché, der das Gerücht verbreitete, scheint sich alsbald von dessen Unrichtigkeit überzeugt zu haben, denn seine Botschaft hat nichts darüber gemeldet. Auch der russische Geschäftsträger ist nie mehr auf die Sache zurückgekommen.

4. Noch am 22. Juli sind deutsche Reservisten, die zu einer Übung einberufen waren, nach deren Beendigung vom Truppenübungsplatz Arys in Ostpreußen nach ihrer Heimat entlassen worden, wie sich an einer Eisenbahnfahrtliste nachweisen läßt. Auch ohne solchen Nachweis besteht kein Zweifel, daß selbst später noch alle Reservisten, deren Übung vor dem 30. Juli zu Ende ging, wieder entlassen worden sind.

5. Das Gerücht ist vermutlich dadurch entstanden, daß eine Anzahl Reservisten, die zu gewöhnlichen Friedensübungen, insbesondere zu den Manövern im September, herangezogen werden sollten, um den 21. Juli herum die betreffenden Einberufungen zugestellt erhielten.

Am Abend des 25. Juli schon traf der französische Kriegsminister eine „erste Vorsichtsmaßnahme“, indem er alle aus ihren Standorten abwesenden Generale und „chefs de corps“ zurückrief. Zur Begründung dieser frühzeitigen Anordnung wird angeführt: „Schon hatte man erfahren, daß in Deutschland seit dem 25. gewisse vorbereitende Maßnahmen getroffen worden seien: Einberufung der (also aller?) beurlaubten Offiziere, Bewachung gewisser Kunstbauten, ferner Arbeiten und Truppenbewegungen in Grenzfestungen.“

Dadurch wird zunächst einmal das Gerücht von den am 21. ausgegebenen „avis“ durch den Generalstab selber widerlegt.

Was sodann die Einberufung beurlaubter deutscher Offiziere betrifft, so ist diese erst am 27. Juli vom französischen General-

[18]) „Krasny Archiv“ Bd. I. Sperrdruck von mir. Das Telegramm ist auch im „Journal des Débats“ Nr. 275 vom 4. Oktober 1922 abgedruckt, wäre daher dem Service historique für Nachprüfung der Meldung Cambons leicht zugänglich gewesen.

konsul in Basel gemeldet [19]), kann also doch nicht eine am Abend des 25. getroffene Anordnung begründen. Die Nachricht ist zudem in dieser allgemeinen Fassung sicher falsch. Bei der in Deutschland den unteren Dienststellen — im Gegensatz zu der in Frankreich herrschenden Zentralisierung — gelassenen Freiheit ist es allerdings möglich, daß einige übervorsichtige Regimentskommandeure ihre nach dem Auslande beurlaubten Offiziere schon am 23. (wie es in der Baseler Meldung vom 27. heißt) einberufen haben. Das waren aber, wenn es überhaupt geschehen ist, ganz vereinzelte Ausnahmen. Ein Befehl des Preußischen Kriegsministeriums ist erst am 29. Juli, drei Tage später als in Frankreich, ergangen [20]).

In Deutschland sind am 25. nicht einmal wie in Frankreich die Generale, ja nicht einmal die Armeeführer zurückberufen worden. Ich befand mich damals im bayerischen Gebirge in Urlaub und fragte am 26., nachdem der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Wien und Belgrad bekanntgeworden war, bei dem in derselben Gegend sich aufhaltenden Kronprinzen von Bayern an, ob er als Armeeführer sich nach seinem Mobilmachungsorte München begeben werde. Die Antwort war verneinend. Ich persönlich habe den am 29. vom preußischen Kriegsministerium erlassenen Befehl — vermutlich wegen verspäteter Weitergabe nach Bayern — überhaupt nicht erhalten, sondern bin erst am 31. aus eigenem Entschluß in meine Garnison Würzburg zurückgekehrt, wo ich am Nachmittag meinen eben aus der Schweiz ankommenden Generalstabsoffizier im Reiseanzug antraf. Das war am 31. die Lage bei einer Division, von der, wie erwähnt, eine Brigade in Metz stand. Der dort kommandierende General meldete noch am 27.: „Von einer Zurückberufung der beurlaubten Offiziere und Mannschaften habe ich wegen des mit einer solchen Maßnahme verbundenen Aufsehens noch abgesehen."

Die verstärkte Bahnbewachung durch Eisenbahnangestellte wurde erst am 27. vom Chef des Generalstabes beantragt, erst am 28. vom Reichskanzler genehmigt, erst am 29. aktiven Truppen übertragen.

Die Arbeiten und Truppenbewegungen in den Grenzfestungen beschränkten sich nach Meldung des Generalkommandos Metz noch am 27. darauf, daß die „Werke der Westfront Metz sowie die des Platzes Diedenhofen außer durch die ständigen Wach-

---

[19]) Gelbbuch Nr. 60.

[20]) Genaue Belege für die deutschen militärischen Maßnahmen während der ganzen Krise siehe Parlamentarischer Untersuchungsausschuß 1. Unterausschuß Heft 2.

kompagnien auch durch Fußartillerie und Maschinengewehre besetzt wurden".

Am 26. Juli eilte Frankreich den deutschen Maßnahmen noch mehr voraus. Nach dem Service historique wurden an diesem Tage zwischen 1 Uhr nachmittags und 9 Uhr abends angeordnet:

a) Einstellung der Beförderung von Truppen auf die Übungsplätze,
b) Aufhebung der Befugnis zur Urlaubserteilung an Offiziere und Mannschaften,
c) Einberufung der Armeeverbindungsoffiziere zum Generalstab der Armee,
d) Rückberufung der beurlaubten Offiziere,
e) erste vorläufige Benachrichtigung der Eisenbahngesellschaften,
f) Rückbeförderung der aus den Standorten abwesenden Truppen, soweit sie den fünf zum Grenzschutz bestimmten Armeekorps angehörten,
g) Befehl an den Gouverneur von Paris und alle Kommandierenden Generale, die „beschränkte Sicherung" (dispositif restreint de sécurité) durchzuführen, jedoch nur mit Hilfskräften der Zivilbevölkerung,
h) Befehl an den Kommandierenden General XIX. Armeekorps, beschleunigt die Aufstellung einer möglichst hohen Zahl von Formationen aus den Reservisten der algerischen und tunesischen Schützen vorzubereiten,
i) Ersuchen an den Minister des Innern, durch die Präfekten auf die Presse einzuwirken, damit diese das den Umständen entsprechende Stillschweigen über militärische Vorgänge beobachte.

Von diesen neun Maßnahmen sind drei, nämlich a, b und d, in Deutschland erst am 29., also drei Tage später, verfügt worden.

c entspricht ungefähr der in Deutschland am 28., also zwei Tage später, erfolgten Einberufung der Offiziere des Kriegsministeriums und der wichtigsten Offiziere des Großen Generalstabes [21]).

f kann der in Deutschland am 28., also gleichfalls zwei Tage später, angeordneten Rückbeförderung der „sofort" oder „beschleunigt" marschbereiten Truppen gleichgesetzt werden.

Für g und h gab es in Deutschland nichts Analoges.

[21]) Bericht des Bayerischen Militärbevollmächtigten in Berlin vom 29. Juli, „Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch" (neue Ausgabe 1927), 4. Bd., S. 154.

i kann vielleicht mit der Ausgabe des Merkblattes an die Presse in Deutschland verglichen werden, einer Maßnahme, die mit der Erklärung des „Zustandes drohender Kriegsgefahr" am 31., also fünf Tage später, vor sich ging.

Was Maßnahme e betrifft, so behauptet das französische Generalstabswerk, daß auch in Deutschland schon am 26. die „vorbereitenden Maßnahmen der Eisenbahnen für den Aufmarsch" (les mesures préparatoires pour la concentration) befohlen worden seien. Entweder hat der Agent, der das berichtete, sich getäuscht oder der Service historique gibt dessen Meldung unrichtig wieder. Die am 26. Juli vom Großen Generalstab an die Linienkommandanturen erlassene Weisung lautete wörtlich:

„Mit Rücksicht auf die zahlreichen gegenwärtig aus den Standorten abwesenden Truppenteile ist es erforderlich, daß umgehend geprüft wird, auf welche Weise das Leermaterial für den beschleunigten Rücktransport der ausgerückten Truppenteile rechtzeitig bereitgestellt und den Einladestationen zugeführt wird. Nach den vorliegenden Meldungen der Linienkommandanturen dauert der Abtransport, falls er in den nächsten Tagen befohlen werden sollte, etwa 36 Stunden. Es ist nochmals mit den Herren Bahnbevollmächtigten in Verbindung zu treten, ob und auf welche Weise eine größere Beschleunigung des Rücktransports, insbesondere auch durch frühzeitige Bereitstellung des Leermaterials, ermöglicht werden kann" [22]).

In Deutschland ist also am 26. keinerlei Anweisung für den Aufmarsch (concentration) ergangen, sondern nur vorbereitende Anordnungen für Rückbeförderung der aus ihren Standorten abwesenden Truppenteile, während in Frankreich an demselben Tage schon die Ausführung dieses Rücktransports für den vierten Teil der Armee (fünf Grenzkorps) befohlen wurde.

An demselben 26. Juli erhielt man in Paris noch eine andere falsche Nachricht eines Agenten aus Diedenhofen, daß vier Klassen der Reserve sich zur Verfügung der dortigen Kommandantur zu halten hätten. Nun stand jedoch deutschen Kommandanturen, wie dem französischen Generalstab bekannt sein dürfte, überhaupt keinerlei Befehlsbefugnis über die Mannschaften des Beurlaubtenstandes zu.

Am 27. Juli erweiterte Frankreich seine Kriegsvorbereitungen noch mehr und ordnete an:

a) Durchführung der „beschränkten Sicherung" auch mit militärischen Hilfskräften,
b) Rückberufung der beurlaubten Unteroffiziere und Mannschaften bei den fünf Grenzkorps,

[22]) Original der Weisung im Reichsarchiv in Potsdam.

c) Anweisung an den Gouverneur von Marokko, im Falle eines europäischen Krieges nur die unbedingt nötige Truppenzahl dort zu belassen.

Analoge Maßnahmen gab es in Deutschland nicht. Durch Agenten wollte man in Paris erfahren haben:

a) Rückberufung der Urlauber seit mehreren Tagen im Gange. Demgegenüber sei nochmals auf den erst am 29. erlassenen Befehl des Preußischen Kriegsministeriums hingewiesen.

b) Folgende Tatarennachricht: „Les effets de la collection de guerre sont distribués", zu deutsch: „Die Anteilscheine (?) des Kriegsbeitrags sind ausgegeben." Was nur kann mit diesem Beitrag gemeint sein? Zufällig habe ich gefunden, daß mir am 31. Juli von der Steuerbehörde der Veranlagungsbescheid zu dem im Frühjahr 1913 beschlossenen „Wehrbeitrag" zugestellt worden ist. Aus dieser Friedenssteuer wird eine collection de guerre, ein Kriegsbeitrag gemacht. Der französische Leser, der diese Nachricht unter anderen angeblichen deutschen Kriegsvorbereitungen findet und natürlich vom Wehrbeitrag 1913 nichts weiß, muß annehmen, in Deutschland habe am 27. Juli eine Geldsammlung für den bevorstehenden Krieg stattgefunden!

c) Eine dritte falsche Nachricht, daß in Deutschland der Grenzschutz aufgestellt werde. Tatsache ist, daß noch drei Tage später, am 30. Juli, abends 6 Uhr, der vom Metzer Generalkommando am 29. schriftlich gestellte und am 30. unter Hinweis auf die weitgehenden Vorkehrungen in Frankreich telegraphisch wiederholte Antrag, wenigstens bei diesem einen Korps den Grenzschutz ausrücken zu lassen, vom Kriegsministerium abgelehnt wurde.

Auf Grund dieser drei falschen Nachrichten dehnte man in Paris in der Nacht 27./28. Juli den für die Grenzkorps schon erlassenen Befehl zur Rückberufung der beurlaubten Unteroffiziere und Mannschaften auf sämtliche Armeekorps aus.

Am 28. Juli wurden auch die nicht zu den Grenzkorps gehörenden, aus ihren Standorten abwesenden Truppenteile zurückbefördert. In Deutschland konnte das, weil erst am Abend des 29. angeordnet, nicht vor dem 30., also erst zwei Tage später, geschehen, Ferner ergingen Anordnungen des französischen Kriegsministeriums für den Schutz wichtiger Gebäude, Überwachung der Grenze, Aufstellung von Schranken und Sperren auf den Straßen an der Grenze.

Über Deutschland wird behauptet:

a) „Einzeleinberufungen" von Reservisten. Solche Einzelberufungen waren in Deutschland überhaupt nur noch in ganz wenigen Fällen vorgesehen [23]).

b) Vorschieben von Truppenteilen „näher an die Grenze". Kein deutscher Truppenteil hat an diesem und den nächstfolgenden Tagen seinen Friedensstandort außer zum Abtransport auf Übungsplätze verlassen. Die französischen Agenten haben augenscheinlich jede gewöhnliche Felddienstübung als ein Vorschieben an die Grenze gemeldet. Schon das Tragen der alten blauen Uniformen bei diesen Übungen hätte solche Falschmeldungen verhindern müssen.

c) „Die zwischen Château-Salins und Delme errichteten Batterien haben ihre Bedienungsmannschaften erhalten." Gerade diese Strecke Delme—Château-Salins war später beim Aufmarsch meiner Division zugewiesen. Wir haben dort weder vorbereitete Artilleriestellungen noch Kanoniere vorgefunden.

Es handelt sich also wiederum um Phantasien von Agenten, die auf gute Belohnung hofften. Doch sind es wirklich Agentennachrichten? Wenn alle diese Nachrichten, die seit dem 25. Juli angeblich eingingen, wirklich vorlagen, wie konnte dann Oberstleutnant Dupont, Chef der 2. Abteilung des französischen Generalstabes (der das Nachrichtenwesen über Deutschland oblag), am 28. sein Erstaunen äußern, daß „die Sicherheitsmaßnahmen Deutschlands so gering seien und von denen Frankreichs weit übertroffen würden"?

Auch die Haltung der deutschen Diplomatie soll am 28. Juli sowohl in Berlin wie in Paris „immer beunruhigender" geworden sein. Gerade an diesem Tage machte jedoch Deutschland den unter den gegebenen Verhältnissen zweckmäßigsten Vorschlag zu friedlicher Lösung der Krise durch Anregung des „Halts in Belgrad". Gerade von diesem Tage datiert auch Professor Renouvin das „revirement" Deutschlands zum Frieden. Aus welchen Geschichtsquellen schöpft der Service historique?

Am 29. Juli wird in Frankreich an der ganzen Grenze erhöhte Bewachung, Einrichtung von Funkenstationen, ständiger Horchdienst und Armierung der Festungen angeordnet.

---

[23]) Die Mannschaften des Beurlaubtenstandes erhielten schon im Frieden Anweisungen, aus denen hervorging, an welchem Mobilmachungstage und wohin sie einzurücken hätten. Es bedurfte daher bei Erlaß des Mobilmachungsbefehls nur der Bekanntgabe der Daten der ersten Mobilmachungstage.

Aus Deutschland werden wieder Meldungen über Aufstellung des Grenzschutzes und Einberufung von drei Klassen Reserven vorgebracht. Auf ständige Widerlegung solcher Falschmeldungen wird von nun an unter Hinweis auf die schon angeführten aktenmäßig feststehenden deutschen Maßnahmen verzichtet. Nur wegen der angeblichen Einziehung von drei Reserveklassen sei noch bemerkt, daß die Reservisten nicht nach Jahrgängen, sondern bei Ausspruch der Mobilmachung (1. August) insgesamt aufgeboten wurden, und daß noch am 30. Juli eine Anregung Kaiser Wilhelms, bei den Grenzkorps die Reservisten einzuziehen, auf Vortrag des Kriegsministers unterblieben ist.

Endlich ist am 29. auch eine zutreffende Nachricht zu verzeichnen, die Rückberufung der Ernteurlauber der bayerischen Infanteriebrigade in Metz [24]). Diese Nachricht widerlegt schlagend alle die vorzeitigen Meldungen über Einberufung von Reservisten. Wenn die aktiven Mannschaften der Brigade, die im Kriegsfalle die einzige Feldtruppe der Metzer Festungsbesatzung bildete, erst am 29. Juli einrücken, dann werden doch nicht vorher schon Reservisten eingezogen sein!

Am 30. Juli vormittags beschloß der französische Ministerrat die Aufstellung des Grenzschutzes ohne Einziehung von Reserven. Das geschah angeblich „in Anbetracht der Verschlimmerung der diplomatischen Lage". Tatsächlich hatte sich die diplomatische Situation durch den immer stärker werdenden Druck Berlins auf Wien gebessert, die militärische freilich wegen der im vorliegenden Werke zugegebenen Mobilmachung Rußlands gegen Österreich außerordentlich verschlechtert.

4 Uhr 55 nachmittags ging das Telegramm ab, das Alarmbereitschaft (alerte) sowie Mobilmachung der Garnisonen dicht an der Grenze (ohne Reservisten) und Ausrücken des Grenzschutzes ohne Bahnbenutzung anordnete. Daran schlossen sich Maßnahmen für Grenzschutz, Armierung der Festungen, Pferdeaushebung in den

[24]) Der Ernteurlaub wurde in Bayern in weit größerem Umfang als bei den anderen deutschen Truppen gewährt. Diese der Ausbildung sehr schädliche Maßnahme war notwendig, um durch Einsparen von Löhnung und Verpflegung die Kosten für besondere bayerische Einrichtungen — Kriegsministerium, Generalstab, Festung Ingolstadt — zu decken. Infolge des ausgedehnten Ernteurlaubs befand sich die bayerische Infanterie in der Zeit von Mitte Juli bis Mitte August in einem der Auflösung nahekommenden Zustand, da die Kompagnien mitunter nur noch 30—40 Mann zählten. Es ist klar, daß ein solcher Zustand mit der Sicherheit von Metz unvereinbar war. Deshalb wurde für diese eine Brigade der Ernteurlaub am 27. Juli aufgehoben, was bis 29. durchgeführt war.

Grenzbezirken, ferner Einberufung von Reservisten und Territorialen (also doch Reservisten und sogar Territoriale!) der bekanntlich völlig militärisch organisierten Gendarmerie, womit für genügenden militärischen Schutz der durch den Schachzug der 10 Kilometer von Truppen entblößten Grenzstriche gesorgt war [25]). Am Abend erging dann noch ein Telegramm nach Marokko, sofort 7 Bataillone, nach Ausspruch der Mobilmachung weitere 29 Bataillone, 2 Kavallerieregimenter und 3 Batterien nach Frankreich zu senden.

Um dieselbe Nachmittagsstunde, da in Frankreich die Grenzgarnisonen mobilisiert wurden (ohne Reservisten außer bei den Gendarmen), verkündete Reichskanzler von Bethmann Hollweg in der Sitzung des preußischen Staatsministeriums seinen Sieg über die Militärs: „Militärischerseits sei der Wunsch geäußert, die „drohende Kriegsgefahr" auszusprechen, er habe jedoch seinen abweichenden Standpunkt Sr. Majestät gegenüber erfolgreich vertreten, und man habe sich auf den militärischen Bahnschutz beschränkt" [26]).

Die der französischen Maßnahme entsprechende „Erklärung des Zustandes drohender Kriegsgefahr" erfolgte in Deutschland bekanntlich erst am folgenden Tage, 31. Juli, und zwar erst nach und infolge der 11 Uhr 40 vormittags eintreffenden amtlichen Meldung über die allgemeine russische Mobilmachung um 1 Uhr nachmittags [27]).

Gleichfalls noch am 30. erhielten die französischen Eisenbahnen den gesamten für die Mobilmachung nötigen militärischen Apparat, was in der Darstellung zur Täuschung des Lesers erst am folgenden Tage nachgetragen wird (S. 79).

Am 31. Juli steht gedruckt:

„Man erfährt, daß die allgemeine Mobilmachung ungefähr gleichzeitig in Österreich und Rußland angeordnet worden ist."

Nun ist es ja möglich, daß der französische Generalstab 1914 von seiner Regierung so mangelhaft unterrichtet wurde, daß er damals an die ungefähre Gleichzeitigkeit der beiden Mobilmachungen geglaubt hat. Ist es aber Geschichtsschreibung, heute zu

[25]) Wie wenig die zehn Kilometer eingehalten wurden, ist im Oktoberheft „Grenzverletzungen 1914 vor Eintritt des Kriegszustandes" nachgewiesen.

[26]) „Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch" (neue Ausgabe 1927), 2. Bd., S. 165. Sperrdruck im Original.

[27]) Auf eine Widerlegung der Phantasien Vivianis in seiner Depesche vom 30. nach London (Gelbbuch 106) wird verzichtet. Sie ist bei Besprechung der englischen Dokumente genügend gekennzeichnet („Kriegsschuldfrage", Februar 1927, S. 126).

verschweigen, daß die russische Mobilmachung der österreichischen um rund einen Tag vorangegangen ist? Ist es ferner nicht Aufgabe gerade eines militärischen Geschichtswerkes, darauf hinzuweisen, daß die allgemeine Mobilmachung in Österreich schon durch die russische Teilmobilmachung vom 29. gerechtfertigt, ja nach den strengsten pazifistischen Grundsätzen geboten war?

Weiter steht am 31. gedruckt:

„Um 1 Uhr 30 nachmittags (2 Uhr 30 deutsche Zeit) trifft die Nachricht ein, daß Deutschland ein Ultimatum an Rußland geschickt hat."

Nun ist aber die deutsche Sommation nach Petersburg erst 3 Uhr 30 zum Haupttelegraphenamt Berlin gebracht und um Mitternacht an der Sängerbrücke ausgerichtet worden. Die Mitteilung davon an den deutschen Botschafter in Paris ist um die gleiche Zeit abgesandt und um 7 Uhr abends (8 Uhr deutsche Zeit) an Viviani weitergegeben worden [28]).

Auch die Meldung Cambons über eine Unterredung mit Staatssekretär von Jagow, worin dieser ihn von den deutschen Entschlüssen unterrichtete (Gelbbuch 116), kann um 1 Uhr 30 unmöglich in Paris vorgelegen haben. Denn diese Unterredung hat nicht vor 3 Uhr nachmittags (deutsche Zeit) stattgefunden. Es ist ausgeschlossen, daß Jagow dem französischen Botschafter die deutschen Entschlüsse mitgeteilt hat, bevor die zwischen 3 Uhr 10 und 3 Uhr 30 abgefertigten Notifikationen dieser Entschlüsse an die vier Hauptstädte Petersburg, Paris, London und Rom entworfen waren [29]).

Cambon hatte freilich schon vor dieser Unterredung mit Jagow eine andere, im Gelbbuch unterdrückte Meldung abgeschickt, des Inhalts, daß „Graf Pourtalès den Befehl zur allgemeinen Mobilmachung in Rußland gemeldet habe". Dieses der Öffentlichkeit vom Gelbbuch vorenthaltene Telegramm ist beim Haupttelegraphenamt Berlin aufgeliefert worden um 12 Uhr 57 [30]), also bevor noch der um

---

[28]) Petersburg siehe „Deutsche Dokumente" Nr. 490 und 536, Paris siehe Nr. 491 und 528.

[29]) Das Telegramm nach Petersburg ist vom Reichskanzler, die drei anderen vom Staatssekretär entworfen, alle vier jedenfalls in gemeinsamer Beratung noch durchbesprochen (Deutsche Dokumente Nr. 488, 490—492).

[30]) Inhalt und Aufgabezeit des Telegramms Cambons mitgeteilt in Bourgeois und Pagès „Die Ursachen und Verantwortlichkeiten des Großen Krieges", deutsche Ausgabe, S. 33.

In der Sonderschrift „Das französische Gelbbuch von 1914" (Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte 1926) ist die für das unterdrückte Telegramm geltende Aufgabezeit von 12 Uhr 27 auf Seite 142 irrtümlich bei Gelbbuch Nr. 116 beigesetzt.

1 Uhr nachmittags[31]) angeordnete „Zustand drohender Kriegsgefahr", geschweige denn die anderen Entschlüsse dem Botschafter bekannt sein konnten. Wann ist diese unterschlagene Depesche in Paris eingetroffen?

Auch eine Agentennachricht über die deutsche Aufforderung zur Einstellung der russischen Mobilisierung kann 1 Uhr 30 dem französischen Generalstab nicht vorgelegen haben. Viviani hat erst 7 Uhr abends durch den deutschen Botschafter davon Kenntnis erhalten. Es ist undenkbar, daß der Generalstab eine solche Nachricht über fünf Stunden für sich behalten hat, ohne sie an die politische Leitung weiterzugeben.

Die Behauptung des Service historique kann sonach nicht richtig sein. Sie dient dazu, das schroffe Ultimatum erklärlich erscheinen zu lassen, das General Joffre 3 Uhr 30 nachmittags an das französische Kabinett richtete:

„Wenn der Zustand der Spannung andauert und wenn die Deutschen unter dem Deckmantel diplomatischer Besprechungen ihre planmäßige Mobilmachung (leur plan de mobilisation) fortsetzen, wie sie das unter Vermeidung des Wortes zurzeit tun, so muß die Regierung sich unbedingt klar darüber werden, daß von heute abend an jede 24 stündige Verzögerung in Einberufung der Reservisten und in Anordnung der couverture[32]) eine Zurückverlegung unseres Aufmarsches zur Folge haben wird, das heißt die Preisgabe eines Teiles unseres Gebiets, und zwar 15 bis 20 Kilometer für jeden Tag der Verzögerung. Der Oberbefehlshaber kann die Verantwortung dafür nicht übernehmen."

Das ist die Sprache eines militärischen Diktators. Joffre spricht als „Oberbefehlshaber", was er noch gar nicht ist. Wie würden die Gegner es ausnützen, wenn sie solche Worte Moltkes ausfindig machen könnten. „Nach Kenntnisnahme von dieser Note, die Viviani billigte, beschloß der 5 Uhr nachmittags versammelte Ministerrat das Telegramm der couverture loszulassen."

5 Uhr 40 nachmittags ging nach vorheriger Benachrichtigung der Eisenbahnen der telegraphische Befehl ab:

---

[31]) „Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch" (neue Ausgabe 1927), 2. Bd., Nr. 479, Anm. 3.

[32]) Der militärische Ausdruck „couverture" wird durch Grenzschutz nur sehr mangelhaft wiedergegeben, da bei der couverture ohne einschränkenden Zusatz die Mobilmachung der fünf Grenzkorps inbegriffen ist. Daher ist hier ab 31. Juli der französische Ausdruck beibehalten.

„Truppen der couverture abrücken. Beginn 9 Uhr abends.“ Damit wurden 11 Infanteriedivisionen und 3 Kavalleriedivisionen, das ist der vierte Teil der französischen Felddivisionen, mobil. In dem auf zwei Fronten bedrohten Deutschland war noch kein einziges Regiment mobil.

Nicht wegen irgendwelcher Nachricht aus Deutschland, sondern infolge der ultimativen Forderung des zum Generalissimus ausersehenen Offiziers war der Schritt erfolgt.

Um 7 Uhr abends richtete Herr von Schoen seinen Auftrag am Quai d'Orsay aus, und zwar nach dem Zeugnis des Gelbbuches in so schonender Form, daß niemand darin eine Drohung erblicken konnte. Zur Ergänzung der französischen Berichterstattung muß angefügt werden, daß etwa gleichzeitig ein Telegramm Paléologues aus Petersburg eintraf, das jeden Zweifel darüber beheben mußte, daß Rußland seinen früheren Mitteilungen über den Beginn der allgemeinen Mobilmachung nunmehr den öffentlichen Befehl dazu hatte folgen lassen, und zwar schon seit den ersten Morgenstunden (tatsächlich noch früher).

Wegen dieser Nachricht trat der Ministerrat nochmals zusammen. Nach seiner Beendigung in der Nacht 31. Juli/1. August um 1 Uhr telegraphierte der Kriegsminister an alle Kommandierenden Generale:

„Wahrscheinlich wird der Mobilmachungsbefehl heute, 1. August, im Laufe des Nachmittags erlassen werden. Treffen Sie ohne Verzug alle innerdienstlichen Maßnahmen, um die Mobilmachung zu erleichtern.“

Wiederum muß die französische Darstellung etwas ergänzt werden. Denn sie vergißt hinzuzufügen, daß um dieselbe Stunde der französische Kriegsminister in gehobenem herzlichen Tone zum erwartungsvoll harrenden russischen Militärattaché sagte:

„Die Regierung ist zum Kriege fest entschlossen und bittet Sie, erneut die Hoffnung des französischen Generalstabes zu melden, daß Rußland alle seine Anstrengungen gegen Deutschland richten und Österreich als quantité négligeable behandeln werde.“

Entschluß zum Kriege und Entschluß zur Mobilmachung kann zeitlich nicht genauer zusammenfallen, als hier geschehen. Bedarf es noch eines weiteren Beweises, daß die Worte Boisdeffres

„La mobilisation c'est la déclaration de guerre“

nicht nur für die deutsche, sondern ebenso für die französische Mobilmachung gelten?

Am 1. August vormittags verfaßte General Joffre ein zweites Ultimatum, dieses Mal in Form eines Berichtes an den Kriegsminister. Nach Aufzählung der angeblichen (vom Service historique nicht wiedergegebenen und daher nicht nachprüfbaren) Maßnahmen Deutschlands hieß es darin:

„Man kann also sagen, daß die deutsche Armee am 4. August auch ohne Mobilmachung vollkommen mobilisiert sein wird, wodurch sie einen Vorsprung von 48 Stunden, vielleicht sogar drei Tagen vor der unsrigen gewinnt."

Was konnte gegenüber solcher kategorischen Erklärung der höchsten militärischen Autorität die Zivilregierung tun? Sie mußte glauben und glaubte vielleicht gerne an das Wunder, daß ein Land im Herzen Europas, in dem viele hundert Diplomaten und Konsuln und zahlreiche geheime Agenten fremder Mächte wohnen und Tausende von Reisenden aus allen Ländern sich aufhalten, bei nach Westen, Osten, Süden und Norden geöffneten Grenzen während mehrerer Tage Millionen von Wehrmännern unter die Waffen rufen, Hunderttausende von Pferden, Zehntausende von Fahrzeugen, Kraftwagen usw. ausheben, den ganzen Eisenbahnverkehr sperren könne, ohne daß davon etwas bekannt werde [33]). Die Zivilregierung gehorchte, und viele mit Poincaré an der Spitze wohl mit Freude und Begeisterung.

3 Uhr 30 nachmittags wurde der Mobilmachungsbefehl unterzeichnet.

Die wenig erfreuliche Nachprüfung der französischen militärischen Berichterstattung über die Krise 1914 führt zu folgendem Ergebnis:

1. Schon lange war bekannt, daß Frankreich in seinen militärischen Vorbereitungen Deutschland voraus war. Immerhin wirkt es überraschend, zu sehen, wie groß dieser Vorsprung gewesen ist. Besonders auffallend ist dieser Vorsprung am 26. Juli. Unverkennbar

---

[33]) Im Bericht Joffres ist auch auf den Doppelsinn des Wortes „mobiliser" hinzuweisen, der so viel Unklarheit in die Erörterung der Bedeutung einer Mobilmachung hineingetragen hat. Joffre versteht darunter natürlich nur die Mobilmachung im engeren Sinne, die Ergänzung des Heeres vom Friedensfuß auf Kriegsstärke, und zwar nur die Ergänzung der aktiven Truppen; siehe dazu die Berechnung über die deutsche Operationsbereitschaft auf S. 39 vorl. Abs. des französischen Generalstabswerkes — wo sechs Tage für die aktiven Truppen angesetzt sind —. Dem Ministerrat jedoch konnte Joffre mit den Worten „être mobilisée" den Schrecken einjagen, daß das deutsche Heer am 4. August vollkommen aufmarschiert an den Grenzen Frankreichs stehen werde.

ist hier der Zusammenhang mit der Anordnung der „Kriegsvorbereitungsperiode“ in Rußland. In mancher Beziehung gehen die französischen Maßnahmen fast weiter als die seines Verbündeten.

2. Geradezu phantastisch sind manche der Nachrichten, die dem französischen Generalstab von seinen in Deutschland tätigen Agenten zugetragen wurden. Anscheinend wurde damals schon jene Gattung von Spitzeln unterhalten, die auch heute noch durch ihre abenteuerlichen Schilderungen von geheimen deutschen Rüstungen die Atmosphäre zwischen beiden Ländern vergiften.

3. Unbegreiflich ist die Leichtgläubigkeit der Pariser Stellen gegenüber solchen Phantasien.

Ein Musterbeispiel übelster Propaganda ist die Verfälschung des Wehrbeitrags in eine „collection de guerre“.

Unverständlich sind die Ausführungen Joffres über die geheime, bis 4. August vollzogene Mobilmachung des deutschen Heeres.

4. Über die französischen Maßnahmen wird mit anerkennenswerter Offenheit berichtet. Völlig verschwiegen werden hingegen bis zur Teilmobilmachung gegen Österreich die gesamten Kriegsvorbereitungen Rußlands, die doch für Deutschland ebenso bedrohlich waren wie die französischen. Dadurch wird das ganze militärische Bild der Krise gefälscht.

5. Ein Rätsel bleibt für mich einstweilen noch die angebliche Nachricht vom 31. Juli, 1 Uhr 30 nachmittags, über die nach Petersburg gerichtete deutsche Sommation. Dieses Rätsel hat indessen die eine gute Folge gehabt, daß die Aufmerksamkeit auf das unterschlagene Telegramm Cambons von demselben Tage 12 Uhr 57 nachmittags gelenkt worden ist, auf ein Dokument, das vielleicht noch besondere Bedeutung erlangen wird, wenn einmal der Weg für freie Forschung in Frankreich offen steht.

Murawjews Denkschrift aus dem Jahre 1900 und die englisch-russische Konvention von 1907.

Victor Augustin Wroblewski.

Der Weltkrieg 1914/18 ist in Europa entstanden. Die Beteiligten waren in erster Linie europäische Staaten; veranlaßt wurde der Krieg durch ein auf europäischem Boden unternommenes Attentat und unter den Streitobjekten stand das im Herzen von Europa liegende Elsaß-Lothringen im Vordergrund. Es ist daher vollkommen naturgemäß, daß die internationale Kriegsschuldforschung sich bisher fast nur mit der Untersuchung der in Europa ruhenden „Wurzeln und Ursachen" des Krieges beschäftigt hat.

Diese Untersuchung darf heute im großen und ganzen als abgeschlossen gelten. Wer unvoreingenommen die Ergebnisse der Kriegsschuldforschung betrachtet, muß von der Haltlosigkeit der Versailler Schuldthese überzeugt werden und wird zugeben müssen, daß die Unterschiede in der Bewertung der Tatsachen nur gradueller Natur sind.

Ist nun aber die Kenntnis der Vorgeschichte des Weltkrieges durch die dokumentarische Feststellung der in Europa liegenden Zusammenhänge vollständig? Diese Frage muß verneint werden! Weit außerhalb Europas lagen allenthalben wirtschaftspolitische Gebiete, auf denen sich die Kraftlinien der europäischen Großmächte trafen. Von diesen Kraftlinienfeldern haben für die Vorgeschichte des Krieges die in Vorder- und Mittelasien liegenden besondere Bedeutung, vollzog sich doch gerade auf diesen der große Umschwung der russischen Außenpolitik, der das Zustandekommen der politischen Konstellation im Sommer 1914 wesentlich gefördert hat.

Zu Beginn des Jahrhunderts stand Rußland in schärfstem Gegensatz zu England. England war nach der russischen öffentlichen Meinung der Erbfeind.

Im Januar 1900 verfaßt der damalige russische Außenminister Murawjew eine große Denkschrift, die den englisch-russischen Gegensatz klar zum Ausdruck bringt und gleichzeitig die außenpolitischen Ambitionen des Zarenreiches um die Jahrhundertwende in plastischer Weise aufzeigt.

Es ist überaus lehrreich, den Gedankengängen Murawjews in seiner im „Krasny Archiv" Band XVIII veröffentlichten Denkschrift nachzugehen. Die Denkschrift wurde dem Zaren zur Begutachtung

vorgelegt und trägt die Randbemerkung „Allerhöchst gebilligt 25. Januar 1900".

Murawjew stellt fest, daß anläßlich des Burenkrieges die europäischen Staaten wie auch Amerika ausdrücklich für die Buren Partei genommen haben. England habe durch seine habsüchtige Politik fast alle kontinentalen Staaten gegen sich aufgebracht. Es sei daher ganz erklärlich, wenn die öffentliche Meinung und die Presse Europas die Notwendigkeit betone, Englands Schwierigkeiten in Südafrika zu benutzen, um die größtmöglichen politischen Vorteile für sich herauszuschlagen.

Diese Stimmung ergriff auch in Rußland alle Gemüter, was zur Folge hatte, daß die englischen Zeitungen den Russen ganz fest umrissene Pläne zuschrieben: Einnahme von Kabul, Herat, der Häfen am Persischen Golf usw. Murawjew stellt diese Behauptungen zwar in Abrede und betont, Rußland habe nie aus Opportunitätsgründen zu den Waffen gegriffen, sondern nur zum Schutze geknechteter rechtgläubiger Völker. Er weist die Forderung, Rußland solle den Buren zu Hilfe kommen, zurück; die gewährte sanitäre Hilfe sowie verschiedene, die englische Handlungsfreiheit beschränkende Maßnahmen militärischer Natur hätten die Stellung der Kaiserlichen Regierung deutlich dokumentiert. Dann erhebt er aber doch selbst die Forderung, daß Rußland versuchen müsse, aus der gegenwärtigen Lage Vorteile zu ziehen, wie das schon andere Kontinentalmächte getan hätten. Rußland brauche keine territorialen Erwerbungen, wohl aber könne es jetzt die eine oder andere auf der Tagesordnung stehende politische Frage lösen.

Bei der Untersuchung der Art und Weise, wie das zu bewerkstelligen sei, kommt Murawjew zu der Überzeugung, daß es für Rußland ausgeschlossen sei, eine der anderen Mächte als Bundesgenossen gegen England zu gewinnen. Frankreich sei zu stark mit innerpolitischen Sorgen und den Vorbereitungen zur Weltausstellung beschäftigt, als daß es sich trotz Faschoda zu einem Waffengang mit England bewegen lassen werde. Mit dieser Auffassung bleibt der russische Außenminister zu sehr an der Oberfläche haften. Der wahre Grund lag ganz wo anders, wie das Friedrich Stieve sehr überzeugend ausführt, wenn er in seinem Buch „Deutschland und Europa 1890—1914" auf Seite 50 schreibt, „daß die Republik wegen kolonialer Eroberungen keinen Kampf mit Großbritannien wagte, weil sie dadurch im Hinblick auf die Erreichung ihres wichtigsten Zieles auf dem europäischen Kontinent, der Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens, um Jahrzehnte zurückgeworfen worden wäre".

Italien war nach Murawjews Ansicht mit England im Einverständnis, ja England beabsichtigte, im Falle es seine Truppen aus Ägypten nach Südafrika werfen müßte, das Nilland von italienischen Truppen okkupieren zu lassen.

Was Deutschland anbetrifft, so stellt die Denkschrift fest, daß Kaiser Wilhelm entgegen der öffentlichen Meinung ein Abkommen mit England anstrebe. Aus diesem Teil der Denkschrift verdient hervorgehoben zu werden, daß hier der entstehende Gegensatz zwischen Deutschland und Rußland in der türkischen Frage angedeutet wird. England beabsichtige, durch seine Zustimmung zur Verlängerung der Bahn über Bagdad nach Basra „eine ernste Unzufriedenheit Rußlands gegen Deutschland hervorzurufen und auf diese Weise ihre gegenseitigen Beziehungen im türkischen Orient zu verschärfen".

Die russische Presse wollte die Gelegenheit benutzen, um im Schwarzen und Mittelländischen Meer Hafenplätze zu erwerben, einzelne Orte in Kleinasien gewaltsam zu besetzen, den nördlichen Teil von Persien und Afghanistan zu okkupieren und schließlich strategische Positionen im Fernen Osten zu erlangen. Bei diesem nicht gerade bescheidenen Programm hatte man im Mittelmeer Ceuta im Auge! Murawjew muß in seiner Denkschrift hierzu feststellen, daß das Marineministerium sich im Hinblick auf die Schwierigkeit, einen solchen Platz im Kriegsfall zu verteidigen, ablehnend verhalten habe. Auch den anderen Plänen hätten schwerwiegende Bedenken entgegengestanden, so daß sie aus der Betrachtung ausgeschaltet werden.

Dann heißt es aber in der Denkschrift: „Eine völlig andere Bedeutung hätte aber die Verwirklichung der überkommenen historischen Berufung Rußlands — Festsetzung an den Ufern des Bosporus. Die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit dieses Vorgangs ist so fest im Bewußtsein aller eingewurzelt, daß es sich erübrigt, die Vorteile des Besitzes der Meerengen zu beweisen."

Wie drei Jahre vorher (vgl. „Die Kriegsschuldfrage", März 1926), war man sich auch jetzt in Petersburg darüber klar, daß bei der Verwirklichung dieses Planes alles von der Schnelligkeit abhänge, verkannte aber gleichzeitig nicht die drohende Gefahr europäischer Verwickelungen. In Anbetracht der Unmöglichkeit, sich um die Jahrhundertwende einen sicheren Bundesgenossen zu verschaffen, erwägt Murawjew, ob Rußland nicht auf friedlichem Wege Vorteile erlangen könnte, durch welche die deutsche Bagdadbahnkonzession kompensiert werden würde. Er glaubt solche in der Zusicherung der Türkei, im nördlichen Kleinasien keiner auswärtigen Macht irgendwelche Konzessionen zu gewähren, sowie in der Verpflichtung, den Bosporus nicht zu befestigen, gefunden zu haben.

Gleichzeitig will er sich aber doch von Deutschland das Recht sichern lassen, gegebenenfalls den Bosporus zu besetzen, wie aus folgenden Ausführungen der Denkschrift hervorgeht:

„Um auf diesem Gebiete allen Mißverständnissen vorzubeugen, halten wir es jedenfalls für notwendig, in Berlin ganz offen die Frage aufzuwerfen, unter welchen Bedingungen wir die nächste Nachbarschaft mit den Deutschen am Schwarzen Meer für möglich halten; ohne gegen die Bestrebungen Deutschlands, sich in der Türkei neue Absatzmärkte für seine Industrieartikel zu sichern, Einspruch zu erheben, werden wir es unter keinen Umständen zulassen, daß jenes den Versuch macht, am Bosporus die erste Rolle zu spielen, wo wir unbestreitbare historische Aufgaben zu erfüllen haben.

Wie aus den häufigen Unterredungen mit unserem Botschafter hervorgeht, bemühte sich Kaiser Wilhelm zu versichern, daß es nie in Deutschlands Plänen gelegen habe, Rußland bei der Verwirklichung seiner politischen Ziele in der Türkei Hindernisse in den Weg zu legen, und daß daher auch von irgendeinem Zusammenstoß unserer gegenseitigen, ihrem Wesen nach ganz verschiedenen Interessen keine Rede sein könne.

Ungefähr in demselben Sinne hat sich mehr als einmal der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen[1]) ausgesprochen. Da wir uns aber offenbar in einer so wichtigen Frage nicht mit der nur platonischen Anerkennung unserer wichtigsten politischen Interessen in der Türkei durch die deutsche Regierung begnügen können, ist unser Botschafter in Berlin[2]) beauftragt worden, in einem weiteren diesbezüglichen Meinungsaustausch den Boden zu einem Abkommen vorzubereiten, welches klar und deutlich die seinerzeit von dem Großvater Kaiser Wilhelms, seinem Vater und ihm selbst gegebene Zusicherung bestätigt, daß nämlich Deutschland tatsächlich Rußlands ausschließliches Recht zum Schutze und notwendigenfalls zur faktischen Besetzung des Bosporus anerkennt."

Wenn Petersburg somit um 1900 schon Gegensätzlichkeiten zwischen Deutschland und Rußland nicht für ausgeschlossen hält, so beherrscht die Feindschaft England gegenüber alles andere so stark, daß Murawjew eine sieben Jahre später zur Tatsache gewordene Verständigung mit England über Persien und Afghanistan mit den Worten ablehnt: „Was schließlich die Teilung der Interessensphären zwischen Rußland und England anbetrifft, so kann ein solches Abkommen, ganz abgesehen von seinem den Traditionen der russischen Politik in Persien widersprechenden Charakter, in Teheran in einer für uns höchst unvorteilhaften Weise ausgelegt

[1]) Graf von Bülow.
[2]) Graf Osten-Sacken.

werden, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß die Teilung der Interessenphären für uns in der Praxis völlig nutzlos wäre."

Nachdem Murawjew ein aggressives Vorgehen in Afghanistan und im Fernen Osten für den gegenwärtigen Zeitpunkt ablehnt — im Fernen Osten besonders auf Grund eines Gutachtens des Kriegsministeriums! —, faßt er seine Ausführungen dahin zusammen, daß es für Rußland vorteilhaft sei, an allen in der Denkschrift besprochenen Grenzen eine abwartende, mit Vorbereitungen verbundene Haltung einzunehmen, besonderes Augenmerk aber auf die Vorbereitung geeigneter Maßnahmen zur Besitzergreifung des Bosporus zu richten.

Bekanntlich hat die russische Außenpolitik sich nicht an diese Richtlinien gehalten. Das von Murawjew abgelehnte aggressive Vorgehen im Fernen Osten trat in den folgenden Jahren immer stärker in den Vordergrund. Allerdings darf nicht überschen werden, daß die ostasiatische Politik weniger von den verantwortlichen Leitern der russischen Außenpolitik gemacht wurde, sondern auf privatwirtschaftliche Interessen einflußreicher Kapitalisten zurückzuführen ist, als deren Exponent der zum Statthalter im Fernen Osten ernannte General Alexejew angesehen werden kann.

Diese Politik mußte nach dem Abschluß des englisch-japanischen Vertrages von 1902 den Gegensatz zu England immer mehr verschärfen. Seinen Höhepunkt erreichte der Antagonismus zu Beginn des Russisch-Japanischen Krieges. Die Russen haben damals die Grenztruppen in Zentralasien um keinen Soldaten und kein Geschütz zugunsten des mandschurischen Kriegsschauplatzes geschwächt, und England erwartete im März 1904 „einen starken militärischen Druck Rußlands von Zentralasien aus auf die indische Grenze". (Große Politik Band 19 II, S. 646.)

Im September 1904 machte sich zum erstenmal ein leiser Umschwung bemerkbar. Das russische Blatt „Nowosti" führte damals aus, „daß Rußland und England in Asien die gleichen Ziele verfolgten, daß sie mit den gleichen Feinden, mit denselben Gefahren zu tun hätten. Daher seien die beiden Großmächte solidarisch und sollten die Erfolge der einen nicht den Neid und den Unwillen der anderen erwecken". (Große Politik Band 19 II, S. 650.)

Zwar brachte der Oktober 1904 anläßlich des Zwischenfalls an der Doggerbank noch einmal einen harten Zusammenstoß zwischen den beiden Mächten; daß es aber damals schließlich doch nicht zum Kriege gekommen ist, zeigt, daß das Streben nach einer Verständigung mit Rußland ein wirksamer Faktor der Londoner Politik geworden war und man sich die Möglichkeit einer solchen durch

den offenen Bruch auf lange Zeit hinaus genommen hätte. Nach der friedlichen Beilegung des erwähnten Zwischenfalls gehört die Möglichkeit eines Abkommens über die asiatischen Streitfragen zur Tagesordnung der außenpolitischen Kombination in London und Petersburg.

Der Schlüssel zum Verständnis dieser gleichzeitigen Kursschwenkung an der Themse und an der Newa ist in der Wirtschaftsexpansion des deutschen Kapitals über Konstantinopel nach Vorderasien zu suchen. Am 25. Oktober 1904 war die erste Strecke der Bagdadbahn Konia—Eregli feierlich eröffnet worden. In diesem ohne englisches Kapital begonnenen Eisenbahnunternehmen glaubte England eine stärkere Gefährdung seiner asiatischen Machtposition zu erblicken als in der russischen Rivalität, wie aus dem Ausspruch Lord Ellenboroughs vom Jahre 1904 hervorgeht: „Lieber sehen wir Rußland in Konstantinopel als ein deutsches Kriegsarsenal am Persischen Golf". („Krasny Archiv" Band X S. 57.)

England befürchtete, die wirtschaftlichen Kraftlinien der deutschen Expansion aus Nordwesten und der russischen aus Norden könnten sich zu einer gemeinsamen vereinigen, so daß in diesem Parallelogramm der Kräfte seine eigene Stoßkraft aus Süden unwirksam werden könnte. Es galt nun für England, die russische Kraftlinie umzubiegen und in eine Richtung abzulenken, wo sie der deutschen entgegengesetzt wirken mußte. Dieser Gedanke kommt in einem Bericht des damaligen deutschen Geschäftsträgers in London Grafen Bernstorff vom 25. 9. 1905 sehr klar zum Ausdruck. Es heißt dort u. a.: „Die englischen Beförderer des Gedankens einer Verständigung mit Rußland sind sich noch nicht ganz klar darüber, mit Hilfe welcher Konzessionen sie ihren Zweck erreichen können bzw. wollen. Die Ansicht ist hier weit verbreitet, daß Rußland sein in Ostasien verlorenes Prestige anderwärts wiederzugewinnen suchen werde. Man erwartet daher eine Aktion russischer Politik in Vorder- und Mittelasien. Nachdem — so ist die Rechnung — der anglo-japanische Vertrag einen Vorstoß gegen die indische Grenze unmöglich mache, werde sich Rußlands künftiges Vordringen gegen Konstantinopel und Persien wenden. Aus naheliegenden Gründen möchte man den Rivalen in die erstgenannte Richtung drängen, damit er sich in der letzteren beschränke. Zur Öffnung der Dardanellen ist die hiesige öffentliche Meinung bereit. Sie würde sich auch mit einem vollkommenen „désinteressement" Englands hinsichtlich Konstantinopels einverstanden erklären, wenn Rußland sich in Persien zu einer vertragsmäßigen Abgrenzung von Interessensphären bereit finden ließe." (Große Politik Band 19 II, S. 661.)

In diesem Bericht sind auch die für Petersburg maßgebenden Antriebe zum Kurswechsel klar herausgearbeitet.

Nachdem im Spätherbst 1905 der bisherige englische Botschafter in Petersburg Hardinge, der schon dort eifrig an einer russisch-englischen Verständigung gearbeitet hatte, zum ersten Unterstaatssekretär im Foreign Office ernannt worden war, wurde der Gedankenaustausch über die erstrebte Annäherung immer lebhafter. In Anbetracht der Schwierigkeit der Materie zogen sich die Verhandlungen aber sehr in die Länge, und das Jahr 1906 brachte noch keinen Abschluß der Konvention. Erst im Frühjahr 1907 trat England an Petersburg mit konkreten Vorschlägen heran.

Inzwischen war der Bau der Bagdadbahn immer weiter fortgeschritten. In dieser Zeit hat Sir Edward Grey den Ausspruch getan: „Im Falle einer weiteren Stärkung der deutschen Position im Rayon von Bagdad und des Erscheinens von deutschen Agenten in Afghanistan werden wir gezwungen sein, die äußersten Maßnahmen zu ergreifen." (Bericht Benckendorffs an Iswolsky vom 5. April 1907, auszugsweise veröffentlicht in „Krasny Archiv" Band X S. 57 und 59.)

Am 14. April 1907 trat in Petersburg ein Ministerrat zusammen, um zu den englischen Vorschlägen Stellung zu nehmen. Auf diesem Ministerrat sagte Iswolsky in seiner Programmrede u. a.:

„Die durch den Krieg und die ihm folgenden inneren Unruhen entstandene Sachlage zwingt uns, Pläne, die den wirklichen Kräften des Landes nicht entsprechen, aufzugeben und uns nur auf den Schutz unserer Lebensinteressen zu beschränken. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen wir an die afghanische Frage herangehen und die von England vorgeschlagenen Punkte untersuchen." („Krasny Archiv" Band X S. 55.)

Der Ministerrat kam zu der Überzeugung, daß die englischen Vorschläge annehmbar seien, wobei er sich von dem in einer Denkschrift des früheren russischen Botschafters in Konstantinopel Sinowjew ausgesprochenen Gedanken leiten ließ, „daß gegenwärtig nichts wünschenswerter sein kann, als unsere Schwarzmeerflotte aus der Untätigkeit, zu der sie verurteilt ist, zu befreien und ihr den Zugang zum Mittelmeer zu öffnen. Diese Frage kann aber nur unter der Bedingung aufgeworfen werden, daß es gelingt, die aufrichtige Unterstützung Englands zu gewinnen . . . . Im Falle England bereit ist, die Lösung der Meerengenfrage zu fördern, könnten wir unsererseits ihm Konzessionen in der zentralasiatischen Frage machen". („Krasny Archiv" a. a. O.)

Vier Monate später, am 31. August 1907, kam es in Petersburg zum offiziellen Abschluß der russisch-englischen Konvention. Ihre

Bedeutung für die Vorgeschichte des Krieges liegt nicht in ihren Bestimmungen, sondern vielmehr darin, was in ihr nicht ausgesprochen war. Die Konvention änderte an den tatsächlichen Verhältnissen in Mittelasien für Rußland, bei Licht besehen, herzlich wenig. Hinsichtlich Tibets wurde die vor Abschluß des Vertrages bestehende Lage fixiert; Afghanistan wurde dem russischen Einfluß zwar entzogen, dafür hatte sich Rußland wieder eine ziemlich weit nach Süden ausgebogene Grenzlinie seiner Einflußsphäre in Persien zu sichern gewußt. Berücksichtigt man aber die Tatsache, daß die fruchtbarsten Gebiete sowie vor allem die Petroleumquellen innerhalb der englischen Sphäre verblieben und das den Russen freigegebene Gebiet in Persien vom eigentlichen Rußland durch sterile Gebiete getrennt ist, so wird man den wirtschaftlichen Gewinn Rußlands nicht zu hoch veranschlagen dürfen.

Die Bedeutung der Konvention liegt allein in der vom erwähnten Ministerrat angestrebten stillschweigenden Voraussetzung der russischen Konzessionen: Begünstigung der russischen imperialistischen Meerengenpläne durch England. Wenn man bei internationalen Verträgen überhaupt von Moral oder Unmoral sprechen will, so muß die englisch-russische Konvention von 1907 als ein ausgesprochen unmoralischer Vertrag bezeichnet werden. Der wahren politischen Pläne der beiden vertragschließenden Parteien wird in dem als Wirtschaftsabkommen frisierten Vertrage mit keinem Worte gedacht. Rußland sprach von wirtschaftlichen Konzessionen in Nordpersien und meinte Eroberung von Konstantinopel, und England wiederum äußerte den Wunsch, „einen langen und dauernden Frieden aufrechtzuerhalten“ und wußte genau, daß es mit dem Rußland hingeworfenen Köder — Konstantinopel — das Zarenreich in schärfsten Gegensatz zur Türkei und den am Fortbestand der letzteren interessierten Zentralmächten brachte.

Die doppelte Fälschung eines französischen Dokumentes.

1. Fälschung.

Nr. 115 des französischen Gelbbuches von 1914 enthält ein Telegramm des französischen Botschafters in Wien vom 31. Juli 1914 an den französischen Außenminister mit nachstehendem Wortlaut:

„Die allgemeine Mobilmachung, die alle Männer von 19 bis 42 Jahren betrifft, ist heute früh am Morgen[1]) von der österreichisch-ungarischen Regierung verfügt worden.

Mein russischer Kollege ist noch der Meinung, daß diese Maßnahme nicht unbedingt im Widerspruch mit den gestrigen Erklärungen des Grafen Berchtold stehe."

Nach Band IV Seite 459 der Memoiren Poincarés hat diese Depesche im Original folgenden Wortlaut:

„Die allgemeine Mobilmachung, die alle Männer von 19 bis 42 Jahren betrifft, ist von der österreichisch-ungarischen Regierung angeordnet worden.

Mein russischer Kollege ist noch der Meinung, daß diese Maßnahme nicht unbedingt im Widerspruch mit den Erklärungen des Grafen Berchtold stehe. Er vermutet, daß Österreich mit Hilfe dieser Bereitstellung der Truppen an seinen Grenzen eine Lokalisierung des Konfliktes zu erzwingen versucht, aber er erkennt an, daß das Wiener Kabinett Gefahr läuft, durch dieses Zwangsmittel die Krise hervorzurufen, die es vorgeblich vermeiden will. Die öffentliche Meinung in Wien betrachtet einen allgemeinen Zusammenstoß als unmittelbar bevorstehend . . ." [2]).

Aus einem Vergleich dieser beiden Fassungen geht eindeutig hervor, daß in der Veröffentlichung der Depesche im französischen Gelbbuch die Worte „heute früh am Morgen" absichtlich hinzugefügt worden sind. Die Einschaltung war falsch und hatte, wie wir noch zeigen werden, einen ganz bestimmten, unehrlichen Zweck.

2. Fälschung.

Im Dezember 1924 wandte sich die französische „Liga für Menschenrechte" an den Ministerpräsidenten Herriot und bat um Mitteilung der genauen Abgangs- und Ankunftszeit des erwähnten Telegrammes. Am 18. Februar 1925 hat Ministerpräsident Herriot

[1]) Sperrdruck vom Verfasser.

[2]) Wie die Punkte andeuten, ist das Telegramm hier noch nicht zu Ende. Der Schluß des Telegramms wird also auch jetzt noch verheimlicht.

dem Präsidenten der französischen „Liga für Menschenrechte“ folgendes geantwortet:

„Nach den im Chiffrierbüro angestellten Untersuchungen ist das Telegramm Nr. 115 in Wien am 31. Juli um 6 Uhr morgens aufgegeben worden und in Paris am gleichen Tage um 20 Uhr 30 eingetroffen“ [3]).

Nunmehr teilt Poincaré mit, daß diese Depesche in Wien am 31. Juli 6 Uhr abends aufgegeben worden ist und nicht, wie der Ministerpräsident Herriot angegeben hat, am 31. Juli 6 Uhr morgens. Das ist die zweite an diesem Dokument vorgenommene Fälschung!

* * *

Die Bedeutung dieser mit so großer Hartnäckigkeit betriebenen Fälschung liegt in folgendem:

Schon während der Julikrise 1914 waren die französischen Staatsmänner mit Erfolg bemüht, die Chronologie der Mobilmachungen zu verfälschen. Am frühen Morgen des 1. August 1914 hat der englische Botschafter in Paris, Sir F. Bertie, Poincaré aufgesucht und ihm mitgeteilt, daß der König von England in der Nacht vom 1. August den Zaren gebeten habe, das nach Ansicht des Königs in den diplomatischen Verhandlungen entstandene Mißverständnis (gemeint ist die russische allgemeine Mobilmachung) zu beseitigen, „um für Unterhandlungen und Friedensmöglichkeiten noch freien Raum zu lassen“ [4]). Der englische Botschafter erhielt darauf von Poincaré die unrichtige Antwort, daß der Zar die allgemeine Mobilmachung „erst nach Erlaß der allgemeinen Mobilmachung in Österreich angeordnet habe . . .“ [5]).

Diese falsche Angabe zu stützen, ist wohl der Grund gewesen, das unter Gelbbuch 115 veröffentlichte Telegramm in dem Sinne zu fälschen, als ob die österreichische allgemeine Mobilmachung schon vor der russischen verfügt worden ist. Mit anderen Worten, die falsche Angabe der Zeiten für die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung in Österreich sollte den fehlenden Grund für die allgemeine Mobilmachung in Rußland ersetzen. Daß Poincaré jetzt selbst von der Fälschung abrückt, ist ein erfreulicher Fortschritt.

August Bach.

[3]) Les Cahiers des Droits de l'Homme, 25. März 1925.

[4]) Die britischen amtlichen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges. Deutsche Ausgabe, herausgegeben von Hermann Lutz, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Band XI, Nr. 384.

[5]) a. a. O. Nr. 403.

Die Inschrift auf dem Kriegerdenkmal in Treis a. d. Mosel:

Wie aus dem soeben erschienenen IV. Band der Memoiren Poincarés Seite 444 hervorgeht, ist auch Poincaré auf diese Inschrift hereingefallen!

Das „Journal des Débats“ als Historiker.

Es ist kein Geheimnis, daß in Stein gemeißelte Inschriften auf Denkmälern zu den wertvollsten geschichtlichen Urkunden gerechnet werden. Diese Weisheit hat wohl auch das „Journal des Débats“ veranlaßt, in seiner Ausgabe vom 10. Oktober 1927, Nr. 281, nachstehendes zur Frage der Verantwortlichkeit am Kriege zu veröffentlichen:

„In dem Augenblick, wo der Feldmarschall Hindenburg in Tannenberg erklärt, daß Deutschland mit „reinen Händen“ und nur zu seiner Verteidigung in den Krieg gezogen sei, wo der Minister Stresemann dieselbe Versicherung in Genf wiederholt und unterstützt, indem er hinzufügt, er mache sich zum Dolmetscher „aller deutschen Seelen“ („Matin“, 25. September), ist es vielleicht nicht ohne Interesse, dem unparteiischen Leser eine Inschrift vor Augen zu führen, die an einem Denkmal in Treis a. Mosel angebracht ist: „Auf dieser Stelle der Ehre traten am 31. Juli 1914 unsere ersten Kämpfer an.“ Jeder Kommentar ist überflüssig: am 31. Juli 1914! Zwei Tage vor der französischen Mobilmachung! Ein ebenso stolzes wie offenes Bekenntnis! Die deutsche Regierung spricht jetzt von einem Schiedsgericht. Wohlan, aber hier ist eine Urkunde mehr für das Dossier der Kriegsschuldfrage.“

Auf eine entsprechende Anfrage der „Zentralstelle“ teilte der Bürgermeister von Treis mit, daß in der Tat dort ein Kriegerdenkmal errichtet worden ist, das die vorstehende Inschrift sogar mit genauester Zeitangabe enthält. Die Inschrift lautet:

„An dieser Stelle der Ehre traten am 31. Juli 1914, abends 8.15, unsere ersten Kämpfer an.“

Ein Kommentar wäre, wie „Journal des Débats“ meint, überflüssig, gewiß, wenn das Blatt über die elementarsten Kenntnisse des Kriegsausbruchs verfügte. Dies ist aber nicht der Fall. Wie aus den wenigen Worten des „Journal des Débats“ hervorgeht, bildet sich das Blatt nichts geringeres ein, als daß durch diese Inschrift der Beweis erbracht sei, die deutsche Mobilmachung hätte zwei Tage vor der französischen begonnen. Daß dies reiner Unsinn ist und den hundertmal festgestellten Tatsachen keineswegs entspricht, brauchen wir den Lesern unserer Zeitschrift nicht zu sagen. Wie aber erklärt sich die rätselhafte Inschrift, mit deren Hilfe das „Journal des Débats“ bei dem von ihm angeblich gar nicht gefürchteten Schiedsgericht historische Triumphe feiern will?

Am 31. Juli 1914 wurde bekanntlich um 1 Uhr nachmittags als deutsche Antwort auf die russische allgemeine Mobilmachung der

„Zustand drohender Kriegsgefahr“ angeordnet[1]). Mit dieser Maßnahme trat automatisch die Bewachung der wichtigsten Eisenbahnkunstbauten, Brücken, Straßen usw. in Kraft[2]). So war es auch in dem kleinen Moselstädtchen Treis. Hören wir aber, was uns der Bürgermeister selbst hierzu mitzuteilen hat:

„Infolge des Kriegszustandes mußten von der Gemeinde zur Bewachung der Provinzialstraßen und der Moselfähre einige Mann gestellt werden. Auf meine Bekanntmachung hin meldeten sich freiwillig zehn Mann, zumeist gediente Leute (Reservisten und Wehrleute). Diese Leute traten am 31 7. 1914 8.15 Uhr abends auf der Stelle, wo jetzt das Kriegerdenkmal steht, behufs Übernahme ihres Wachtdienstes an. Infolge Ausbruchs des Krieges wurden sämtliche Wachmannschaften am 6., 7. usw. August 1914 einberufen und sind fast alle im Kriege gefallen.“

Die Hoffnung des „Journal des Débats“, mit dieser Inschrift bei einem etwaigen Schiedsgericht die Tatsache über den Haufen zu werfen, daß die deutsche Mobilmachung erst am 1. August, 5 Uhr nachmittags, also 20 Minuten nach der französischen angeordnet worden ist, dürfte hierdurch wohl entschwunden sein. Wenn das „Journal des Débats“ aber in der Bewachung einer Provinzialstraße oder der Moselfähre am 31. trotzdem eine Mobilmachungsmaßnahme erblicken sollte, die die Sicherheit Frankreichs vorzeitig bedroht habe, möchten wir der Redaktion des Blattes empfehlen, einmal den 1. Band des französischen Generalstabswerkes durchzublättern. Auf Seite 74 dieses Werkes könnte sie leicht feststellen, daß in Frankreich bereits am 28. Juli ähnliche Anordnungen des französischen Kriegsministeriums, wie Aufstellung von Schranken und Sperren auf den Straßen nach der Grenze hin, erlassen worden sind.

Wie mag aber die dem „Journal des Débats“ so aufschlußreich erschienene Inschrift an das Blatt gelangt sein? Vom 8. bis 14. September dieses Jahres war infolge der französischen Manöver Treis mit französischen Truppen belegt. Der Generalstab der 4. französischen Kavalleriedivision war in einem Hause dem Denkmal gegenüber einquartiert. Natürlich haben die französischen Offiziere dieses Denkmal auch besichtigt, und es erscheint nicht unwahrscheinlich, daß sie freudig erregt ihren Fund dem „Journal des Débats“ mitgeteilt haben. Wenn dies zutrifft, kann man hieraus nur den Schluß ziehen, wie mangelhaft der französische Generalstab noch heute über den Kriegsausbruch unterrichtet ist.

[1]) Deutsche Dokumente Nr. 499.
[2]) Vgl. „Die Kriegsschuldfrage“ Januar 1926.

Das Kriegerdenkmal in Treis a. d. Mosel.

Wenn wir in unserer Zeitschrift ein Bild dieses Denkmals und der denkwürdigen Inschrift veröffentlichen, so tun wir es nicht ohne eine gewisse Besorgnis. Unter der Inschrift ist nämlich noch ein römischer Pfeilschütze in Stein gemeißelt. Wird nicht am Ende das „Journal des Débats" hieraus den Schluß ziehen, daß schon am 31. Juli mit Pfeilen, natürlich mit vergifteten, von Treis aus geschossen worden ist, oder gar, daß der „römische Schütze" ein untrüglicher Beweis dafür ist, daß die niemals eingetroffene italienische Unterstützung bereits an jenem Tage in dem heute so friedlich daliegenden Moselstädtchen Schießübungen abgehalten hat? Man kann es nicht wissen, beim „Journal des Débats" ist manches möglich.

Alfred von Wegerer.

Kleine Mitteilungen.

Persönliche Bemerkung zu Fürst Lichnowskys „Auf dem Wege zum Abgrund".

Auf Seite 21 des ersten Bandes seines Buches schreibt Fürst Lichnowsky:

> „Leider bin ich nicht mehr in der Lage, einige an mich gerichtete recht interessante Briefe dienstlichen Charakters der Herren von Bethmann Hollweg, von Jagow und von Stumm zu benutzen, die ich originaliter einem der Herausgeber der sogenannten Kautsky-Akten (Deutsche Akten zum Kriegsausbruch) zur Verwertung übergeben hatte, da sie bald darauf aus dessen Berliner Wohnung auf rätselhafte Weise verschwanden."

Diese geheimnisvolle Andeutung bezieht sich offenbar auf folgenden Vorgang. Einige Zeit nach dem Zusammenbruch des Herbstes 1918 teilte mir Fürst Lichnowsky mit, daß er aus seiner Londoner Botschafterzeit einige interessante Briefe besitze. Meiner Anregung, sie im Benehmen mit seinen Korrespondenten zu veröffentlichen, kam der Fürst nicht nach, sondern schickte mir die Schreiben zu. Eine „Verwertung" meinerseits konnte selbstverständlich erst in Frage kommen, nachdem ich die Ermächtigung der Verfasser dieser Privatbriefe eingeholt hatte. Noch bevor ich irgendeinen Schritt in dieser Richtung unternommen hatte, mußte ich zu meiner Bestürzung die peinliche Entdeckung machen, daß ich die Briefe nicht mehr auffinden konnte.

Eine Entwendung der Schriftstücke halte ich für ausgeschlossen, da ja niemand wußte, daß sie mir übergeben waren. Wahrscheinlich sind sie bei einem Umzuge durch mein Versehen

unter auszumusternde Papiere geraten. Diese Vermutung teilte ich seinerzeit auch sofort dem Fürsten mit, der meinen Mangel an Sorgfalt damals sehr nachsichtig hinnahm. Unser freundschaftlicher Verkehr dauerte trotz erheblicher Meinungsverschiedenheiten über die Ursachen des Weltkrieges noch jahrelang fort. Erst im vorigen Winter bemerkte ich zu meinem Bedauern einen Wechsel in der Haltung des Fürsten mir gegenüber.

Was den Inhalt der Briefe betrifft, so handelte es sich meiner Erinnerung nach im wesentlichen um eine Korrespondenz mit Herrn von Jagow aus dem Jahre 1913 und vielleicht den ersten Monaten des Jahres 1914. Ob sich auch der eine oder andere Brief Herrn von Bethmanns oder Herrn von Stumms darunter befand, ist mir nicht mehr erinnerlich. Der Briefwechsel bekundete teils Übereinstimmung des Botschafters mit der amtlichen deutschen Politik, teils Meinungsverschiedenheiten über die Österreich-Ungarn gegenüber einzunehmende Haltung, wie sie ja auch in der großen Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes zum Ausdruck kommen.

Berlin, November 1927. Max Graf Montgelas.

MONATSBERICHT.

AMERIKA.

Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914. Besprochen von Professor Sidney B. Fay.

„The American Historical Review", Oktober 1927.

Fay gibt eine Inhaltsübersicht der Bände 26—39 der deutschen Aktenveröffentlichung. Er kommt zu folgendem Schlußergebnis:

„Diese neuen deutschen Dokumente bringen ein reiches Material, aus dem Gelehrte eine genauere Kenntnis der diplomatischen Verwicklungen der Vergangenheit schöpfen können, und sie gestatten ein gesunderes Urteil über die Kriegsverantwortlichkeit der einzelnen Länder. Als ihr erster Kritiker begrüße ich sie auf das wärmste in dem vertrauensvollen Glauben — magna est veritas et praevalebit."

Sir Edward Grey and the War. Von Professor Raymond Beazley.

„American Monthly", November 1927.

Eine Würdigung des Buches von Hermann Lutz „Lord Grey und der Weltkrieg".

★

BELGIEN.

Après le discours de Tannenberg. Les mains „pures" du soldat allemand.

„L'Etoile Belge" Nr. 268, 25. September 1927, 28. September 1927, 2., 6., 9. und 22. Oktober 1927.

In einer großen Artikelserie mit zeichnerischen Darstellungen gibt der „Etoile Belge" im Anschluß an Hindenburgs Tannenberg-Rede eine einseitige Schilderung der diplomatischen Verhandlungen vor Kriegsausbruch 1914, in der alle Schuld Deutschland und Österreich-Ungarn zugesprochen wird.

Eine belgische Zeitschrift für die Revision der Friedensverträge.

Am 15. November 1927 ist in Brüssel unter der Leitung von L. Duquesne die erste Nummer einer neuen Zeitschrift erschienen, die den Namen führt: „Les Nouveaux Jours" Revue internationale des problèmes de la paix. (Brüssel, 11, rue du Pélican.) Die Zeitschrift will für eine Revision der Friedensverträge eintreten und wird auch die Entwicklung der Kriegsschuldforschung in ihren Spalten aufmerksam verfolgen.

*

DEUTSCHLAND.

Reichskanzler Marx zur Kriegsschuldfrage!

„Germania", 31. Oktober 1927, Nr. 508.

In einer Rede, die der Reichskanzler Marx am 30. Oktober 1927 vor seiner Partei in Essen hielt, hat er zur Kriegsschuldfrage folgendes ausgeführt:

„Auffallend war das Aufsehen, das die Rede des Reichspräsidenten von Hindenburg bei der Enthüllung des Tannenberg-Denkmals in manchen Kreisen des Auslandes erregt hat, eine Rede, die sowohl von mir wie auch von dem Herrn Reichsaußenminister gebilligt worden war; auffallend, weil bezüglich der uns vorgeworfenen Schuld am Kriege sowohl von mir als von anderen verantwortlichen deutschen Staatsmännern bei früheren Gelegenheiten vielleicht noch schärfere Worte gebraucht worden sind als der Reichspräsident sie anwendete. Ich weise hier insbesondere auf die Erklärung hin, die ich namens der Reichsregierung am 29. August 1924 anläßlich der Annahme der Dawes-Gesetze im Reichstage abgegeben habe. Ich bin der Meinung, daß allerdings die Frage der Kriegsschuld nicht durch Reden hin und her entschieden werden kann. Ernste wissenschaftliche Forschung und unparteiische Prüfung muß die Wege und Pläne aufdecken, die zum unseligen Beginn

des Weltkrieges 1914 geführt haben. Dem Urteil, das sich daraus ergibt, muß sich jedes Volk unterwerfen, wenn auch das Urteil schmerzlich wäre. Aber ein anderes habe ich schon öfters mit der Besprechung der Frage der Kriegsschuld verbunden. Wir müssen und wollen in dieser Frage lediglich vom Standpunkt der Moral und der Ehre aus kämpfen.

Wir werfen die Frage nach der Kriegsschuld in der Überzeugung auf, daß eine wahre Versöhnung der Nationen unmöglich ist, solange ein Mitglied der großen Völkerfamilie in den Augen der anderen gebrandmarkt wird und bleibt. Wir empfinden die Behauptung, als habe Deutschland den europäischen Brand entfesselt, als eine schwere und tiefverletzende Ungerechtigkeit. Wenn die deutsche Regierung und das deutsche Volk aus dieser Empfindung heraus die Aufdeckung der Wahrheit fordern, so ist das also kein taktisches Mittel, um sich von irgendwelchen Verpflichtungen materieller Art zu befreien.

Die uns aus den Verträgen obliegenden materiellen Verpflichtungen haben wir bisher auf das loyalste erfüllt und werden das auch weiterhin tun. Lediglich um unserer Ehre willen, die jeder Nation als das höchste Gut gelten muß, haben wir an die Geschichte appelliert. Lediglich zu diesem Zweck haben wir unsere Archive geöffnet, damit die ehrlichen Erforscher der Vergangenheit in der Lage sind, die Ursachen der Katastrophe von 1914 klarzulegen."

Die Rolle des Zaren. Von Professor Robert Hoeniger.
„Deutsche Allgemeine Zeitung", 2. November 1927, Nr. 514.

In einer längeren Abhandlung über die politische Verantwortung des Zaren für den Ausbruch des Krieges sagt Hoeniger: „In der Tat spricht das Verhalten des Zaren gegenüber der politischen und militärischen Kriegsvorbereitung Rußlands deutlich genug für seine Bereitwilligkeit, es auf einen Krieg auch gegen Deutschland ankommen zu lassen, wenn als Siegesbeute die Besitzergreifung Konstantinopels und der Meerenge winkte und die Waffenhilfe nicht nur Frankreichs, sondern auch Englands gesichert war."

Die Einstellung des deutschen großen Generalstabes zum Balkan- und Orientproblem in der Vorkriegszeit. Von Major a. D. Dr. Mühlmann.

„Wissen und Wehr", 1927, Nr. 6.

Eine wertvolle Skizzierung der deutschen und österreichischen militärischen Beurteilung der Balkanprobleme vor Kriegsausbruch 1914.

Das Ausland und die deutsche Aktenpublikation. Von Professor Dr. Gerhard Budde.

„Der Tag", 3. November 1927, Nr. 263.

Budde weist auf die erfreuliche Wirkung hin, die die Herausgabe der deutschen diplomatischen Dokumente im Ausland, insbesondere in England, gehabt hat.

Sasonow und der Weltkrieg. Von Gunther Frantz.

„Deutsche Allgemeine Zeitung", 18. November 1927, Nr. 539.

Der Verfasser gibt eine scharfe, aber sehr treffende Charakterisierung und Kritik der Memoiren Sasonows. „Produkte, wie diese Sasonowschen Aufzeichnungen — schreibt Frantz — sind heute nicht mehr zeitgemäß. Das deutsche Publikum ist gewöhnt, Schriften vorgelegt zu erhalten, die sachlicher gehalten sind und auf einem höheren Niveau stehen. Von den Stellen, deren Aufgabe der Kampf gegen die Kriegsschuldlüge ist, dürfen wir erwarten, daß sie gründlich und energisch mit Sasonow Abrechnung halten."

Hinter den Kulissen des Dardanellenfeldzuges. Von Victor Augustin Wroblewski.

„Deutsche Tageszeitung", 25. Oktober 1927, Nr. 502.

Der Aufsatz behandelt die Belastungsprobe, der die Einheitsfront der Alliierten während des Dardanellenfeldzuges unterworfen war. Der Verfasser führt unter Hinweis auf von der Sowjetregierung über die Meerengenfrage veröffentlichte Dokumente aus, daß es vielleicht möglich gewesen wäre, Rußland einem Separatfrieden geneigt zu machen, wenn es den verbündeten Westmächten gelungen wäre, Konstantinopel zu besetzen, da die russische Regierung in diesem Fall mit Recht hätte befürchten müssen, daß die Entente sich letzten Endes weigern werde, die von ihr allein eroberten Meerengen Rußland zu überlassen.

Die Sozialdemokratie bei Kriegsausbruch. Von Georg Ledebour.

„Die Weltbühne", 15. November 1927.

In sehr interessanten Ausführungen gibt Ledebour zum erstenmal ein klares Bild der sozialdemokratischen Haltung bei Kriegsausbruch 1914.

Am 29. Juli 1914 trat in Brüssel das Internationale Sozialistische Büro zusammen. Hier wurde beschlossen, am 9. August 1914 den internationalen Sozialistenkongreß in Paris abzuhalten und einstimmig nachstehende Resolution angenommen:

„Das Internationale Sozialistische Bureau hat in seiner Sitzung vom 29. Juli die Vertreter aller durch den Weltkrieg bedrohten Nationen die politische Lage in ihren Ländern darstellen hören. Einmütig hat sie den Proletariern aller interessierten Nationen die Verpflichtung auferlegt, verstärkte Kundgebungen zu veranstalten gegen den Krieg, für den Frieden und für die schiedsrichterliche Beilegung des austro-serbischen Zwistes.

Die deutschen und französischen Proletarier werden auf ihre Regierung einen immer energischeren Druck ausüben, damit Deutschland auf Österreich einen mäßigenden Einfluß ausübe, und damit Frankreich von Rußland verlange, daß es sich nicht in den Konflikt einmische. Die Proletarier Großbritanniens und Italiens werden ihrerseits diese Bemühungen mit allen Kräften unterstützen.

Der in Paris zusammentretende außerordentliche Kongreß wird diesen Friedenswillen des Weltproletariats kräftig zum Ausdruck bringen."

Zu dem Kongreß ist es nicht mehr gekommen. Der Brüsseler Beschluß führte aber dazu, Hermann Müller als Parteisekretär mit dem Auftrag nach Paris zu entsenden, mit Jaurès eine Erklärung zu formulieren, die zur Begründung einer Ablehnung der Kriegskredite im deutschen und französischen Parlament verlesen werden sollte. Hermann Müller reiste am 30. Juli von Berlin ab. Bei seinem Eintreffen in Paris war Jaurès ermordet. Die beabsichtigte Unterredung konnte daher nicht mehr stattfinden. Die Haltung der französischen Sozialisten war bereits umgeschlagen. Sie erklärten Hermann Müller, daß sie die Kredite bewilligen müßten, da sie die Überzeugung hätten, Frankreich sei der angegriffene Teil, und ihre Regierung wäre durchaus friedlich gesonnen. Inzwischen hatte auch bei den deutschen Sozialisten die gleiche Sinnesänderung stattgefunden. Am 4. August stimmte die sozialdemokratische Fraktion geschlossen für die Bewilligung der Kriegskredite.

Jean Jaurès und die Kriegsschuldfrage. Von Robert Schmölder. „Kölnische Zeitung", 1927, Nr. 639 a.

Der Aufsatz enthält eine Zusammenstellung interessanter Stellen aus den Reden und Schriften von Jaurès. Schmölder bringt auch ein Zitat aus dem bekannten Buch von Viktor Margueritte: „Die Verbrecher", wonach Poincaré bei seiner Landung in Dünkirchen dem Senator Trystram auf dessen Frage, ob der Krieg noch vermieden werden könne, geantwortet habe: „Das wäre ein großer Jammer. Wir werden niemals wieder günstigere Umstände finden."

Aus dem vierten Bande der Memoiren Poincarés (Seite 362 ff.) geht hervor, daß diese Mitteilung von Margueritte nicht den Tatsachen entspricht.

*

ENGLAND.

Lloyd George über die Revisionsmöglichkeiten des Versailler Vertrages.

Theodor Wolff, der Chefredakteur des „Berliner Tageblattes", war im Oktober bei Lloyd George zu Tisch geladen. Über die sehr beachtliche Unterhaltung mit Lloyd George berichtet Theodor Wolff ausführlich in Nr. 502 des „Berliner Tageblattes" vom 23. Oktober. Unter anderem sagte Lloyd George zu Theodor Wolff: „Übrigens bin ich sehr erstaunt darüber, daß man bisher in Deutschland in der Diskussion über die Revisionsmöglichkeiten sich fast niemals auf das von Clemenceau unterzeichnete Schreiben, das dem Grafen Brockdorff-Rantzau in Versailles übergeben wurde, sondern immer nur auf den Artikel 19 des Friedensvertrages berufen hat. Der Artikel 19 spricht das Recht des Völkerbundes, unanwendbar gewordene Verträge zu revidieren, doch eigentlich weniger klar aus als dieser Brief. Wilson und ich — Wilson war, nebenbei bemerkt, in den Ostfragen noch polnischer als selbst die Franzosen, denn er stand unter dem Einfluß von Paderewski — haben die Sätze, die sich auf die Revision beziehen, zusammen mit Clemenceau formuliert. Gegen den Artikel 19 könnte man vielleicht einwenden, er betreffe nur einzelne Vertragsbestimmungen, nicht das ganze Werk. Das Schreiben ist für Deutschland viel verwendbarer, aber natürlich muß — hier hob Lloyd George den Zeigefinger in die Höhe und betonte seine Worte — der Weg immer über den Völkerbund gehen."

Lloyd George hatte die Mantelnote der Alliierten und Assoziierten Mächte vom 16. Juni 1919 im Auge, die, von Clemenceau im Namen der Verbündeten unterzeichnet, zusammen mit dem Ultimatum vom gleichen Tage, dem Grafen Brockdorff-Rantzau in Versailles übergeben wurde. Die Stelle in der Mantelnote, an die Lloyd George dachte, hat nach der amtlichen deutschen Übersetzung folgenden Wortlaut:

„Sie sind der Ansicht, daß dieser Vertrag nicht nur eine gerechte Erledigung dieses großen Krieges darstellt, sondern daß er auch die Grundlage schafft, auf der die Völker Europas in Freundschaft und Gleichheit zusammen leben können. Er schafft aber auch gleichzeitig den Apparat für die friedliche Erledigung aller völkerrechtlichen Fragen durch Aussprache und Übereinstimmung, wodurch die im Jahre 1919 geschaffene Regelung selber von Zeit zu Zeit abgeändert werden und neuen Ereignissen und neu entstehenden Verhältnissen angepaßt werden kann."

Der in dieser Stelle erwähnte „Apparat für die friedliche Erledigung aller völkerrechtlichen Fragen“ ist die im Versailler Vertrag enthaltene Völkerbundssatzung, deren Artikel 19 lautet:

„Die Bundesversammlung kann von Zeit zu Zeit die Bundesmitglieder zu einer Nachprüfung der unanwendbar gewordenen Verträge und solcher internationalen Verhältnisse auffordern, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte.“

So stellen die Ausführungen Lloyd Georges gewissermaßen einen circulus vitiosus dar: er hält die Stelle aus der Mantelnote für wirksamer als den Artikel 19 der Völkerbundssatzung, obgleich sich die Ausführungen der Mantelnote auf diesen selben Artikel 19 gründen; somit ist an und für sich von Lloyd George nichts Neues gesagt worden, doch es ist beachtenswert, wie dieser für den Frieden von Versailles in erster Linie verantwortliche Staatsmann heute nach Mitteln und Wegen sucht, um sein eigenes Werk einer Revision unterziehen zu können. Eine bessere moralische Unterstützung der Revisionsbewegung läßt sich eigentlich nicht denken!

France's Policy of Reinsurance.

„Manchester Guardian“, 10. 11. 27.

Der Pariser Korrespondent des „Manchester Guardian“ berichtet über französische Pressestimmen zum Abschluß des französisch-jugoslawischen Vertrages. Von ganz besonderem Interesse ist dabei die Stellungnahme, die Aymard in der „Liberté“ einnimmt. Er schreibt: „Wenn wir diesen französisch-jugoslawischen Vertrag unterzeichnen, werden wir Italien für immer gegen uns haben. Und zu wessen Gunsten tun wir das? Zugunsten eines Staates, der in nicht weniger als zehn Jahren seine Heeresmacht verfünffachte, um Kriege hervorzurufen, zuerst die Balkankriege von 1912 und zuletzt den großen Krieg von 1914. Stellen wir uns vor, daß morgen auf dem Balkan ein Krieg ausbrechen und Italien zur Verteidigung seiner berechtigten Interessen intervenieren würde. Was würden wir tun? Nein, ich liebe die Serben keineswegs. Sie haben uns schon genug gekostet mit ihrem Attentat von Sarajewo.“

Dazu bemerkt der „Manchester Guardian: „Es ist erfrischend, in dieser Weise über die Ursachen des Großen Krieges aus der Feder eines französischen konservativen Journalisten belehrt zu werden.“

A Sound German Historian. Von Joseph King.

„Foreign Affairs“, November 1927.

In einer Besprechung der Werke von Friedrich Stieve schreibt King über Stieve: „Er ist ein sorgfältiger, gewissenhafter Schrift-

steller; seine Bücher sind lesbar, denn er ist objektiv und will keine spezielle Theorie vorbingen, obwohl die Darstellung der Materie typisch deutsch ist; er schreibt als Historiker und nicht als deutscher Politiker, und das tritt auch in seinem Kriegsschuldwerk hervor."

*

FRANKREICH.

Französische Stimmen zur Reichskanzlerrede in Essen.

Die große französische Presse hat der Rede des Reichskanzlers in Essen die größte Aufmerksamkeit gewidmet und wie immer in solchen Fällen die Bedeutung der Ausführungen des Reichskanzlers über die Kriegsschuldfrage besonders hervorgehoben.

Im **„Echo de Paris"** vom 1. November 1927 schreibt Pertinax, daß der Reichskanzler Dr. Marx in seiner Essener Rede zwei Hauptforderungen aufgestellt habe. Er verlange die vorzeitige Räumung des Rheinlandes und die Eröffnung einer wissenschaftlichen Erforschung der Kriegsursachen.

„In dem einen wie in dem anderen Fall wird das Ziel verfolgt, die sehr einfache und klare Linie der Ereignisse unter einem Wust von Papieren verschwinden zu lassen. Die Erdrosselung Serbiens (nach dem Zeugnis Giolittis zum erstenmal 1913 versucht), der Anspruch, die Rückgabe von Toul und Verdun durchzusetzen, der Einmarsch in Belgien, die Lüge von Nürnberg, die hartnäckige Ablehnung jeder Vermittlung und jeden Schiedsgerichtes, ebenso wie die außerordentlichen Konzessionen, die Deutschland wenige Tage vor dem Drama bewilligt wurden (Bagdad-Vertrag usw.), das sind Tatsachen, die vollkommen klar sind.

Warum gibt Herr Marx nicht nach? Weil es stets möglich ist, in einem Lande stets nur Zweifel hervorzurufen, und weil die große Masse, die nur in einer oberflächlichen Weise die Ereignisse verfolgen konnte, als sie sich abspielten, und die später nicht die Zeit oder die Fähigkeit hat, ein dick angeschwollenes Aktenstück zu studieren."

Im „Petit Parisien" vom 1. November 1927 schreibt A. Jullien: „Es ist klar, daß Frankreich sich vor keiner noch so ausgedehnten und gründlichen Untersuchung über den Ursprung des Krieges würde fürchten müssen. Das Volk, das, obwohl angegriffen, nicht gezögert hat, seine Armeen um 10 Kilometer zurückzuziehen in der Hoffnung, noch in der elften Stunde den Ausbruch des Konfliktes aufzuhalten, hat ein ruhiges Gewissen und kann es haben. Aber

ganz abgesehen davon, daß es denen, die in Belgien eingefallen sind, schwer werden wird, ihre Schuldlosigkeit zu beweisen, sehen wir nur Gefahren darin, Ereignisse zur Sprache zu bringen, die uns noch viel zu nahe liegen, als daß man darüber leidenschaftslos verhandeln könnte."

In der **„Volonté"** vom 1. November 1927 heißt es: „Die Revision des einseitigen Urteils von Versailles ist für Deutschland eine Ehrensache. Es handelt sich also nicht um ein taktisches Manöver zum Zweck, die materiellen Verpflichtungen zu verleugnen. Die Bestätigung ist wesentlich. Die Annahme einer Enquete wäre also für Frankreich und für seine Kampfgenossen eine Frage der Ehre und der Würde."

Im **„Journal des Débats"** vom 1. November 1927 schreibt Auguste Gauvain: Man habe niemals behauptet, daß Deutschland allein für die Entfesselung des Krieges verantwortlich sei, sondern immer die Verantwortlichkeit Wiens und Berlins miteinander verbunden. Wenn die jetzigen deutschen Regierungen aufrichtig wären und nicht Hintergedanken hätten, würden sie es sich angelegen sein lassen, die Verantwortung für die Weltkatastrophe auf ihre militaristische Regierung von 1914 und auf die Tollheit der österreichisch-ungarischen Regierung abzuwälzen. Das hätten loyalerweise 1919 die sozialistischen Wiener und Berliner Minister durch Veröffentlichung eines für die beiden kaiserlichen Regierungen niederdrückenden Weiß- bezw. Rotbuchs getan. Aber die folgenden Minister hätten sich, nachdem sie die Ermordung der deutschen Führer, die entschlossen gewesen seien, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen, zugelassen hätten, beeilt, das Weißbuch zu beschlagnahmen und wegen einiger unbedeutender, aus den russischen Archiven von den Bolschewisten hervorgezogener Dokumente großen Lärm zu schlagen.

Die Auffassung des Herrn Gauvain ist gänzlich unverständlich. Was für ein Weißbuch soll denn die deutsche Regierung beschlagnahmt haben? Auch ist es nicht erfindlich, wie man die von den Sowjets veröffentlichten Dokumente als „unbedeutend" bezeichnen kann, es sei denn, man hat sie nicht gelesen.

Der **„Gaulois"** vom 1. November 1927 schreibt: Man wisse, was es bedeute, wenn der Chef der Reichsregierung die These eines internationalen Schiedsurteils wieder aufnehme. Akten von Berlin und Moskau, in geschickter Weise vorbereitet, seien gesammelt worden, Deutschland gedenke sich ihrer zu bedienen, um die

juristischen Grundlagen des Versailler Vertrages zu unterminieren. Ein unverantwortliches Deutschland wäre den Alliierten, die dann für den Krieg verantwortlich wären, gegenüber quitt. Diese wären sogar Deutschland Entschuldigungen und Reparationen schuldig. Welch schöne Gelegenheit, das Gewissen Europas in Verwirrung zu bringen und an der Demoralisierung eines von der antimilitaristischen und kommunistischen Propaganda bearbeiteten Frankreich zu helfen!

Pensionsminister Marin zur Kriegsschuldfrage.

Am 11. November ist in Versailles der Kongreß der „Generalstaaten des gemarterten Frankreichs" mit einer Rede des Pensionsministers Marin eröffnet worden. Der Minister begann seine Rede mit folgenden Worten:

„An dieser Feier eines in der Geschichte Frankreichs und der Welt unsterblichen Tages haben sich Franzosen versammelt, die das Geschlecht des kriegerischen Mutes und des Sieges vertreten. Wie ihr Vaterland, so wurden auch sie unerwartet das Opfer des Angriffs. Ihre Hände sind wie die ganz Frankreichs rein von jeder Schuld an dem Ausbruch des Krieges."

*

HOLLAND.

Die Unmöglichkeit des Versailler Diktates.

„Deutsche Tageszeitung", 3. November 1927, Nr. 518.

Der bedeutende holländische Rechtsgelehrte Professor de Louter setzt sich im Amsterdamer Telegraaf für eine Revision des Versailler Diktates ein. Über den Artikel 231 schreibt de Louter:

„Artikel 231, durch den Deutschland gezwungen wird, anzuerkennen, der einzig Schuldige an dem Kriege und seine unheilvollen Folgen zu sein, ist nicht nur eine höchst anfechtbare These, sondern außerdem eine unerhörte und unzulässige Verhöhung des geschlagenen Feindes und könne nur Unmut und Ärger erwecken.

Welchen Wert hat der Spruch eines Richters, der sich herausnimmt, in einer Sache, in der er selbst Hauptpartei ist, zu urteilen? War dieser Spruch vielleicht als Grundlage der harten Friedensbedingungen nötig? Nein, er sei höchstens Vorwand! Die Friedensbedingungen ruhen bei der Übermacht des Siegers. Artikel 231 erniedrigt und erbittert den Gegner. Er vergiftet die Zukunft!"

*

ITALIEN.

La Polemica della „Nuova Antologia" col Maresciallo v. Hindenburg. Von Alberto Lumbroso.

„Giornale di Genova", 21. Oktober 1927.

Lumbroso gibt zunächst die Stelle über die Kriegsschuldfrage aus der Tannenbergrede Hindenburgs wieder und deutet sie dahin, daß Hindenburg im Sinne der hinreichend bekannten deutschen Stellungnahme die Alleinschuld Deutschlands und Österreichs bestritten habe. Lumbroso wendet sich dagegen, daß gerade dieser „Verax", der vor dem Kriege eine erhebliche außenpolitische Rolle gespielt habe, in der „Nuova Antologia" Hindenburg die Kompetenz zu einer Stellungnahme in der Kriegsschuldfrage abspreche, da der Reichspräsident als einer der Führer im Kriege kein leidenschaftsloses Urteil haben könne. Lumbroso verweist demgegenüber auf die Tatsache, daß Hindenburg an den politischen Ereignissen vor und bei Kriegsausbruch völlig unbeteiligt gewesen sei.

Lumbroso macht sich über die mangelnde Logik von „Verax" lustig, der einerseits feststelle, das Deutschland im Versailler Vertrag aufgezwungene Schuldbekenntnis habe keinerlei Wert, andererseits aber gerade die deutsche Kriegsverantwortlichkeit nachweisen wolle.

Wenn „Verax" entscheidet, daß die zwei Alleinverantwortlichen, die beiden Kaiser, Wilhelm II. und Franz Joseph, „kleine Leute unter dem Durchschnitt des Mittelmäßigen" gewesen seien, so verweist Lumbroso demgegenüber auf Nikolaus II., der als erster das Dekret der allgemeinen Mobilmachung unterzeichnet habe. Hierauf entwickelt Lumbroso in Übereinstimmung mit der deutschen Kriegsschuldforschung die Reihenfolge der Mobilmachungen.

Die Behauptung von „Verax", daß die Mobilmachung nicht notwendig zum Kriege führe, bestreitet Lumbroso auf Grund des bekannten Gesprächs zwischen dem Zaren und dem französischen General Boisdeffre bei der Verhandlung des französisch-russischen Militärvertrags (vergl. im übrigen hierzu den Aufsatz von Paul Herre in diesem Heft).

Bücherschau.

Neuerscheinungen.

Beyer, Hermann Wolfgang, Prof.: „Die Ethik der Kriegsschuldfrage." Verlag Ratsbuchhandlung L. Bamberg, Greifswald 1927. 17 Seiten.

Professor Beyer wendet sich in seinem Vortrag (Seite 15 ff.) gegen die Versailler Kriegsschuldthese. Er ist der Ansicht, „daß die Kriegsschuldfrage, wie sie der Artikel 231 des Versailler Diktats aufwirft und beantwortet, eine Torheit, ja daß sie in dieser Form tief unethisch ist. Denn sie kann objektiv den Punkt, an dem die wahre Verantwortung liegt, nie treffen, und dazu ist sie nicht einmal subjektiv aus dem reinen und lauteren Verlangen nach der Wahrheit heraus gestellt — sondern bedeutet ein Kampfmittel, ein grausameres als Handgranaten und Minenwerfer, weil es Seelen vergiftet, und ein folgenschwereres, weil es über den Krieg hinaus die Grundlage des Friedens zerstört."

Burgess, John W.: „The Sanctity of Law." Ginnand & Co., Boston 1927.

Worauf beruht die Heiligkeit und Unverletzlichkeit der Gesetze? Burgess gibt eine doppelte Antwort: 1. In der Legitimität ihres Ursprungs, 2. in der Übereinstimmung ihres Inhalts mit den Forderungen der Vernunft. Die Anschauungen über den legitimen Ursprung der Gesetze waren Wandlungen unterworfen wie die Verfassungen der Staaten selbst, und so verfolgt Burgess in dieser Abhandlung die geschichtliche Entwicklung der europäischen und späterhin auch der Vereinigten Staaten von Amerika, von der römischen Kaiserzeit an bis zur Ära des Völkerbundes, und streift dabei auch die Vorgeschichte des Weltkrieges.

Im Laufe seiner Untersuchung kommt Burgess zu dem Ergebnis, daß Europa im 19. Jahrhundert auf dem besten Wege gewesen sei, ein gesundes System großer, lebensfähiger Nationen zu schaffen, wobei er unter Nation eine durch natürliche geographische Grenzen und gleiche wirtschaftliche Bedingungen geschaffene Einheit versteht, während ethnologische Momente dabei für ihn nur eine untergeordnete Rolle spielen. Der Berliner Kongreß 1878 aber habe den Abschluß einer solchen Entwicklung in Mittel- und Südosteuropa gehemmt. In den Bestimmungen dieses Kongresses, den er selbst als junger Student in Berlin erlebte, erblickt Burgess die Konfliktsmöglichkeiten, die früher oder

später unvermeidlich zum Weltkrieg führen mußten, und als spiritus rector des Kongresses erscheint ihm der englische Premierminister Disraeli Lord Beaconsfield, dessen unvergleichliche diplomatische Jonglierkunst damals selbst Bismarck zu täuschen vermocht hätte.

Die Balkanhalbinsel wurde in eine Menge verschiedenartiger kleiner Staatengebilde zerrissen, nicht, wie es dem Verfasser dieses Buches als natürliche Lösung erschienen wäre, so geteilt, daß das Land nördlich des Balkangebirges, der Unterlauf der Donau, an Österreich-Ungarn und alles südlich davon gelegene Gebiet an Griechenland gefallen wäre, so daß auch in Südosteuropa zwei große abgerundete Nationalstaaten entstanden wären.

Vor allem sei Disraelis Kopf der Plan entsprungen, Bosnien und die Herzegowina als Mandatprovinzen an Österreich zu übertragen, ohne sie doch ganz von der türkischen Oberhoheit zu lösen, ohne feste Regelung der Kompetenzen Österreichs. Dies Danaergeschenk mußte Verwirrung stiften. Hatte England auf dem Berliner Kongreß scheinbar Österreich-Ungarn den Rücken gestärkt, um seinen gefährlichen Rivalen in Asien nicht übermächtig werden zu lassen, so änderte es diese Haltung in dem Augenblick, in dem Rußland, durch den Krieg mit Japan geschwächt, den Schwerpunkt seiner Ausdehnungsbestrebungen vom Osten nach dem Westen verlegte, und war nun bereit, Rußland den Weg zu den Dardanellen zu ebnen. Sehr bald war man sich darüber klar, daß dieser Weg über Berlin führe. Als Österreich 1908 seine Mandatsprovinzen Bosnien und die Herzegowina okkupierte — nach Burgess' Auffassung nur ein folgerichtiger Schritt vorwärts auf dem Wege zum Nationalstaat innerhalb seiner natürlichen Grenzen —, wäre die von Disraeli gesäte Saat fast schon damals aufgegangen, wenn nicht England unschlüssig gewesen wäre, ob es Rußland in diesem Augenblick rückhaltlos unterstüzen solle. Die Balkankriege von 1912/13 führten zu immer weiterer Zersplitterung Süosteuropas, und dem Bestreben der österreichisch-ungarischen Regierung, die Donaumonarchie zum föderativen Nationalstaat in Anlehnung an das Vorbild der Vereinigten Staaten auszubauen, wobei man des Verfassers Rat erbeten hatte, setzte das Attentat von Sarajewo ein Ende, und entfesselte den Brand, dessen Funken schon seit 1878 verborgen glommen. So haben nach Burgess' Meinung England und die Entente die natürliche Entwicklung Europas gehemmt. Die 1915 aufgezeichneten Kriegsziele der Entente zeigen dieselbe Tendenz, und der Vertrag von Versailles drückte diesen Bestrebungen das

Siegel auf — nicht nationale Konsolidierung, sondern Balkanisierung Europas. Eva von Plotho.

Dupin, Gustave: „Les Croniques d'Ermenonville." André Delpeuch, Paris 1927. 235 Seiten.

Ein merkwürdiges, ein sehr interessantes Buch, wie es in dieser Art wohl nur ein Franzose schreiben kann. Insgesamt 144 Aphorismen, zumeist sehr satirischer Färbung, über Vorkommnisse im innerpolitischen und internationalen Leben Frankreichs, über wirtschaftliche und wissenschaftliche Probleme, über militärische Fragen, über Volksmoral, Presse und vieles andere, das einzeln aufzuzählen uns zu weit führen würde. Flüchtig hingeworfene, aber scharf gesehene Skizzen von Männern des öffentlichen Lebens, deren Taten mit ihren großprahlerischen Versprechungen und übernommenen Verpflichtungen sehr wenig übereinstimmen. Schäden der menschlichen Gesellschaft werden aufgedeckt, und im Schlußwort sagt Dupin, wenn er diese auch nicht reinigen (nettoyer) könne, so habe er wenigstens bewiesen, daß er weit von ihr abrücke. Am schwersten geht der Verfasser mit Poincaré ins Gericht, den er glühend zu hassen scheint. Mit ganz außerordentlichem Sammelfleiß sind Zitate aus Reden und Schriften prominenter Politiker zusammengetragen, die deren „Mentalität" beleuchten.

Damit ist jedem, der mit der Vorgeschichte des Weltkrieges vertraut ist, nichts Neues gesagt, die Form aber, in der hier die ungeschminkte Wahrheit gezeigt wird, und die dokumentarische Begründung aller Behauptungen ist bei einem Franzosen beachtenswert. Richard Foerster.

Giesl, Baron Wladimir: „Zwei Jahrhunderte im nahen Orient." Herausgegeben von Generalmajor Ritter von Steinitz. Verlag für Kulturpolitik, Berlin 1927, 331 Seiten.

Man bekommt es oft zu hören: es werde über den Krieg zu viel geschrieben; das sei ganz überflüssig und zwecklos, denn Geschehenes lasse sich nicht mehr ändern und, von einigen wenigen Militärs abgesehen, verlange niemand mehr etwas vom Kriege zu hören; ganz im Gegenteil: jedermann sei froh, wenn er nicht mehr an jene furchtbare Zeit erinnert werde. So begreiflich dieses Raisonnement vom Standpunkte der breiten Öffentlichkeit auch ist, so ist es darum doch keineswegs richtig, denn es handelt sich um die Feststellung der historischen Wahrheit

und die völlige Entlarvung der dreisten Lüge, die die Verträge von Versailles, Saint-Germain, Trianon und Sèvres diktiert hat. Aus diesem Grunde schon muß man jedes Buch mit Genugtuung begrüßen, das uns der Wahrheit um ein Wegstück näher bringt und der Kriegsschuldlüge wieder einen Flitterfetzen vom morschen Leibe reißt . . .

Zu diesen wertvollen Büchern darf man auch die Erinnerungen Giesls rechnen, die von Generalmajor E. von Steinitz mit sehr zweckmäßigen Erklärungen versehen worden sind. Der Verfasser hat die letzten, historisch so bedeutsamen zwanzig Jahre vor dem Kriege als Militärbevollmächtigter und später als Gesandter Österreich-Ungarns auf dem Balkan zugebracht und war an sämtlichen dortigen Höfen akkreditiert, mit Ausnahme des rumänischen, der ihm aber auch nicht ganz fremd geblieben ist. Er hatte sonach reichlich Gelegenheit, die Entwicklung der politischen Verhältnisse auf dem Balkan aus nächster Nähe und mit Muße zu beobachten, wozu ihm außer der Kenntnis der serbischen auch die der nur den wenigsten Diplomaten geläufigen türkischen Sprache sehr zustatten kam. Er war dazu um so mehr in der Lage, als sich gerade in diesen zwanzig Jahren auf dem Balkan die folgenschweren Umwälzungen vollzogen, die letzten Endes zum Weltkriege führten: die Insurrektion auf Kreta, der griechisch-türkische Krieg von 1897, die armenischen Metzeleien, die mazedonischen Wirren, die Annexion Bosniens und der Herzegowina, die Aufstände in Albanien, der italienisch-türkische Krieg, die beiden Balkankriege und, als tragisches Finale seiner diplomatischen Tätigkeit auf dem Balkan, die Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers, sowie im Zusammenhange damit die Überreichung der als „Ultimatum" bekannten vielverlästerten Note Österreich-Ungarns an die serbische Regierung. Mit diesem Dokument, das eines der berühmtesten der gesamten Weltgeschichte geworden ist, weil es der Entente zum Vorwande für den Weltkrieg gedient hat, ist der Name des Verfassers unlösbar verknüpft . . .

Baron Giesl gehörte nicht zu den bequemen Dutzenddiplomaten, die ihr Leben in Klubsesseln, an wohlbesetzten Tafeln, mit eleganten Damen und hinter dem Schreibtische zu verbringen pflegen. Er war überall dabei, wo auf dem Balkan etwas „los" war, und dafür sorgten schon die immer wiederkehrenden Eruptionen dieses ruhelosen und gefährlichen Vulkans. Er scheute weder Strapazen noch Lebensgefahr, besah sich die Kämpfe auf Kreta und machte den türkisch-griechischen Krieg mit, und zwar keineswegs bloß im Hauptquartier Edhem-Paschas, sondern auch

an der Front im Kugelregen. Überdies unternahm er eine abenteuerliche und gefährliche Reise durch Kleinasien, um die Verhältnisse in Armenien aus eigener Anschauung kennen zu lernen; eine Reise, die er als Kavallerieoffizier im Sattel zurücklegte und die durch wüste Einöden, wildromantische Berglandschaften, über blumengestickte Matten wie durch tobende Schneestürme führte. Nur von wenigen, zudem unzuverlässigen Reitern begleitet, war er in diesen von kurdischen Räubern durchstreiften Wildnissen keine Stunde seines Lebens sicher, und er durfte von Glück sagen, daß er heil wieder nach Konstantinopel zurückzukehren vermochte; just nicht zur Freude des Sultans Abdul Hamid, der es nicht ungern gesehen hätte, wenn er den Rückweg nicht mehr gefunden hätte, und der allem Anscheine nach seinen Beamten auch in diesem Sinn einen bedeutsamen Wink gegeben hatte. Doch waren die mit dieser „Mission" betrauten kurdischen Räuber zu spät gekommen . . .

Übrigens trachtete man Giesl auch noch ein zweites Mal nach dem Leben; in Montenegro während des Balkankrieges, wo man seine Gegenwart — er war damals k. u. k. Gesandter in Cetinje — ebenfalls als höchst unbequem empfand und sich des lästigen Beobachters nach orientalischer Sitte zu entledigen trachtete. Rechtzeitig gewarnt, entging er aber dem Anschlage . . . Als sich König Nikolaus bald darauf gelegentlich nach seinem Befinden erkundigte — er hatte kurz vorher eine schwere Operation an sich vornehmen lassen —, erwiderte er: „Majestät, ich bitte dringend, sich nicht weiter um meine Gesundheit zu bekümmern. Als ich mit einer schweren Operationswunde in Ihr Land kam, verweigerten Arzt und Apotheker jedwede Hilfeleistung, die man selbst bei wilden Völkern dem Feinde nicht vorenthält . . ."

Seine Stellung in Cetinje gab ihm überhaupt zu den peinlichsten Erfahrungen Gelegenheit; nicht zum wenigsten durch die ohnmächtige Rolle, zu der er sich durch die Leisetreterei auf dem Wiener Ballplatze, wo man jedem Konflikte ängstlich auszuweichen suchte, dauernd verurteilt sah und die dem energischen, von lebhaftem Ehrgefühl erfüllten Manne bittere Stunden bereitete. Mußte er es doch Tag für Tag schweigend mit ansehen, wie Nikita allen Mahnungen und Forderungen der Monarchie — übrigens auch der andern Mächte — dreist Hohn sprach und sich in seinen Absichten nicht beirren ließ, wohl wissend und darauf pochend, daß die Entente-Diplomatie sich dabei heimlich ins Fäustchen lachte. Erschwert wurde dem Verfasser seine an sich schon so mißliche Stellung durch die inner-

politischen Schwierigkeiten der Monarchie, deren Gefährlichkeit sie zu fortwährendem vorsichtigen Lavieren nötigte und jedes energische Vorgehen seinerseits hemmte und lähmte; nicht zuletzt auch durch die Intrigen seines deutschen Kollegen, Herrn von Eckardt, der, statt bundesfreundliche deutsche Politik, antiösterreichische panslawistische trieb . . . Im übrigen schildert der Verfasser den Herrn der Schwarzen Berge nicht unsympathisch, als eine seltsame Mischung von patriarchalischer Bonhomie und levantinischer Geriebenheit, durch seinen ewigen Geldmangel, ungeachtet seiner Stellung als russischer Vorposten, genötigt, es mit Österreich-Ungarn nicht zu verderben, um sich hierdurch nicht eine für ihn sehr wichtige Einnahmequelle zu verstopfen.

Neben Nikita sind es besonders Abdul Hamid, Ferdinand von Bulgarien und Georg von Griechenland, mit deren Charakterbildern der Verfasser sich eingehend befaßt, so daß sie aus der verwirrenden Fülle der Gestalten plastisch herausragen. Im Gegensatz hierzu bleiben die Persönlichkeiten Peters von Serbien und des serbischen Kronprinzen im Hintergrunde, da der Verfasser trotz seiner Stellung als k. u. k. Gesandter in Belgrad mit ihnen nur selten und flüchtig in nähere Berührung kam. Um so schärfer treten uns dort die Gestalten Pasić' und Hartwigs, des russischen Gesandten, entgegen. Letzterer sei, erzählt der Verfasser, die einflußreichste Persönlichkeit Belgrads gewesen, einflußreicher sogar als Pasić, dabei ein sehr liebenswürdiger Mann, mit dem er, ungeachtet ihres politischen Antipodentums, mehr gesellschaftlichen Verkehr unterhalten habe als mit allen anderen Kollegen, die des Dreibundes ausgenommen. Herr von Hartwig sei geselliger Natur, ein Freund guter Diners und ein Bewunderer Wiens gewesen. „Leben kann man nur in Wien", pflegte er zu sagen. Dabei litt er an einem schweren Herzleiden, dem er bei dem Besuche der k. u. k. Gesandtschaft, den er nach der Rückkehr Giesls aus Wien abstattete, plötzlich erlag. Ein unglücklicher Zufall, der dem maßlosen Hasse der serbischen Öffentlichkeit gegen die Monarchie willkommensten Anlaß zu den wütendsten Ausbrüchen gab und Giesl des tückischen Mordes an Hartwig zieh. Ganz abgesehen von der Unsinnigkeit dieser Beschuldigung, war dem Tode Hartwigs nicht etwa, wie man ja leicht vermuten könnte, eine erregte Auseinandersetzung vorausgegangen; die Unterredung der beiden Diplomaten hatte sich vielmehr, wie Giesl versichert, in den verbindlichsten Formen bewegt, ganz „en ami", wie Hartwig wiederholt betont habe. Er — Giesl — habe sich zuerst nach dem Ge-

sundheitszustande Hartwigs erkundigt, worauf dieser die Absicht geäußert habe, sich am zweitnächsten Tage über „sein geliebtes Wien“ nach Bad Nauheim zu begeben. Dann habe er das Gespräch auf das politische Gebiet gelenkt: „Maintenant, cher ami, j'ai quelques questions à Vous poser — mais en ami, n'est ce pas?“ Es sei nicht wahr gewesen, daß die Nationalflagge auf der russischen Gesandtschaft anläßlich des tragischen Endes Franz Ferdinands nicht auf Halbmast gehißt oder gar ganz eingezogen war; man habe diese Trauerbezeigung sogar bis zur Beerdigung des Thronfolgers in Artstetten beibehalten; doch habe der Wind das Flaggentuch offenbar hinter das Gesimsornament getragen und dadurch versteckt (??). Er — Hartwig — sei es gewesen, der dem Doyen des diplomatischen Korps, dem belgischen Gesandten, diese Kundgebung empfohlen habe, wiewohl sie eigentlich nur beim Tode von Souveränen üblich sei. Er habe auch als erster in der k. u. k. Gesandtschaft kondoliert und später der Trauermesse beigewohnt, wobei er „mit Stolz“ den Stern der österreichischen Eisernen Krone getragen habe.

Giesl erklärte diese Angelegenheit daraufhin für erledigt, worauf Hartwig fragte, was Österreich-Ungarn nun in bezug auf Serbien zu tun gedenke.

Giesl erwiderte, dies hänge ganz vom Ergebnisse der in Sarajewo geführten Untersuchung ab. Stelle sich dabei heraus, daß es sich bloß um die Tat eines einzelnen handle, so werde es in der Monarchie niemand in den Sinn kommen, Serbien deshalb zur Verantwortung ziehen zu wollen. Sollte sich aber erweisen, daß ein Komplott vorliege, so werde Österreich darauf bestehen, daß Serbien dagegen Schritte tue und die schuldigen Organisationen bestrafe und aufhebe. Im übrigen solle die Souveränität Serbiens nicht angetastet werden. Bei einigem guten Willen der serbischen Regierung werde die ganze Angelegenheit sich in gütlicher Weise beilegen lassen.

Hartwig schien von dieser Auskunft befriedigt zu sein, habe sich noch eine Weile über die Machtverhältnisse Rußlands und Serbiens geäußert und sich dann erhoben, um zu gehen. Giesl die Hand drückend, habe er noch gesagt: „Merci, Vous m'avez soulagé et maintenant encore une chose, mais aussi en ami . . .“ Was für eine Sache das war, das zu erklären, sei er nicht mehr dazu gekommen, denn er sei plötzlich zusammengestürzt . . . . Giesl spricht die immerhin überraschende Ansicht aus, daß es, wäre sein russischer Kollege am Leben geblieben, nicht zum Kriege gekommen wäre; aus dessen Äußerungen bei dieser letzten

Rücksprache mit ihm habe er — Giesl — nämlich den Eindruck gewonnen, als hätte er — Hartwig — den Zeitpunkt zu einem Kriege gegen die Monarchie weder für Serbien noch für Rußland als geeignet erachtet. Und bei dem großen Einflusse, dessen er sich sowohl in Belgrad als in Petersburg erfreut habe, würde es ihm, so meint Giesl, auch gelungen sein, den ihm noch nicht erwünschten Krieg hintanzuhalten. Er habe für diesen offenbar einen späteren Termin im Auge gehabt . . .

Mag dem nun so gewesen sein oder nicht — wir können uns der Ansicht des Verfassers, offen gestanden, in diesem Punkte nicht anschließen —: jedenfalls hat der unter so ungewöhnlichen Umständen erfolgte Tod Hartwigs den Konflikt zwischen Serbien und der Monarchie noch verschärft und Öl ins Feuer gegossen. Angesichts der an Wahnsinn und Tobsucht grenzenden Wut, die in Serbien gegen Österreich-Ungarn herrschte, habe Giesl den Krieg für unausweichlich gehalten, wofern die Monarchie nicht auch noch die letzten, nur mehr sehr dürftigen Reste ihres Ansehens auf dem Balkan einbüßen wollte.

Der Verfasser ist mutig genug, den Bericht, den er am 21. Juli 1914 dem Grafen Berchtold über die Vorgänge in Belgrad erstattet und in dem er den Krieg mit Serbien für die Monarchie als unvermeidlich bezeichnete, auch heute, ein Dezennium später, „Wort für Wort" aufrechtzuerhalten. Mit Recht erinnert er daran, daß England nach der Ermordung des serbischen Königspaares Serbien boykottiert und seinen Gesandten abberufen habe; mit Recht verweist er auf das Ultimatum Italiens an die Pforte wegen Tripolis, an das Englands an Ägypten nach der Ermordung des Sirdars. „Nur Österreich-Ungarn sollte nicht das Recht gehabt haben, für die Ermordung seines Thronfolgers Genugtuung zu verlangen? . . . In Österreich, diesem klassischen Lande der Selbstbeschmutzung, hat man hinterher, als alles verloren war, die Note an Serbien als ein ungeheures Verbrechen angeprangert und die verantwortlichen Staatsmänner, ja den greisen Herrscher selber als Schurken und Dummköpfe. Und in gewissen Kreisen Deutschlands hat man, froh, einen Sündenbock zu haben, in diesen Schimpfchorus eifrigst eingestimmt. Was aber hätte Deutschland getan, tun müssen, wenn seinem Thronerben etwa in Straßburg das widerfahren wäre, was dem österreichischen in Sarajewo geschehen ist? . . .

Die Worte, die der deutsche Botschafter in Wien, Herr von Tschirschky, an Giesl richtete, als sie einander nach dem Morde von Sarajewo wiedersahen, lauteten: „Wenn Ihr Euch das gefallen

laßt, dann seid Ihr nicht wert, daß man Euch an . . . . .“ Das war nicht gerade zartfühlend gesprochen, aber so hat man eben damals in den Kreisen Deutschlands gedacht, in denen man auf Ehre hielt. Und so hat Giesl selber gefühlt und gedacht.

Theodor von Sosnosky.

Gooch, G. P. and Temperley, Harold: „British Documents on the Origins oft the War 1898—1914.“ His Majesty's Stationery Office, London 1927, Band I und II. Die deutsche Übersetzung des I. Bandes erscheint etwa Mitte Dezember.

Hartung, Fritz: „Die Marokkokrise des Jahres 1911.“ Einzelschriften zur Politik und Geschichte. Herausgegeben von Dr. Hans Roeseler, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1927, 70 Seiten.

Lasswell, Harold D.: „Propaganda Technique in the World War.“ Trubner & Co., London, Alfred A. Knopf, New York 1927. 233 Seiten.

Lichnowsky, Fürst: „Auf dem Wege zum Abgrund.“ Karl Reißner, Verlag, Dresden 1927, 2 Bände, 360 und 346 Seiten.
Wird noch besprochen.

Niemann, A.: „Revolution von oben — Umsturz von unten.“ Verlag für Kulturpolitik, Berlin 1927, 448 Seiten.

Oxford and Asquith, The Earl of: „Speeches“ Hutchinson & Co., London, 1927, 320 Seiten.

Poincaré, Raymond: „Neuf années de souvenirs. Au Service de la France. IV.: L'Union Sacrée. 1914.“ Librairie Plon, Paris 1927, 551 Seiten.
Wird noch besprochen.

Pourtalès, Graf F.: „Meine letzten Verhandlungen in St. Petersburg Ende Juli 1914.“ Tagesaufzeichnungen und Dokumente, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1927, 198 Seiten.

Sazonov, S.: „Les Années Fatales.“ Souvenirs. Payot, Paris 1927, 344 Seiten.

Stieve, Friedrich, Montgelas, Graf Max: „Rußland und der Weltkonflikt.“ Verlag für Kulturpolitik, Berlin 1927.

Dr. Stieves neue Arbeit ist eine Erwiderung auf Sasonows Buch: „Sechs schwere Jahre." Sachlich, mit Tatsachen, an der Hand von Dokumenten geißelt der Autor Sasonows Heuchelei und Unaufrichtigkeit, überführt ihn der Fälschungen und Verdrehungen, weist ihm Unwahrheiten und Entstellungen nach. Die Hiebe sitzen — jedenfalls vor Augen dessen, der überhaupt fähig ist, Geschichte objektiv zu betrachten.

Sehr gründlich entwickelt Dr. Stieve die tatsächlichen Vorgänge anläßlich der bosnischen Krise 1908/09 und entkräftet die Anschuldigung Sasonows, das Vorgehen der Donaumonarchie bedeute einen „diplomatischen Betrug", einen „Gaunerkniff" mit einer Provokation Rußlands und Serbiens, die von Deutschland gestützt und mit den Mitteln seiner staatlichen Macht gedeckt worden sei.

Dr. Stieve weist nach, daß die Anregung zur Aufrollung der Balkanfragen vom russischen Außenminister Iswolski ausging, daß Iswolski und Aehrenthal sich am 16. September in Buchlau durchaus einig über ihre Ziele waren, und daß neben der vorsichtigen Zurückhaltung Italiens die bestimmtere Abneigung Englands gegen die Aufrollung der Balkanfrage Iswolski statt des erhofften diplomatischen Gewinnes mit einem vollen Mißerfolge von seinem Besuche bei den Großmächten im Herbst 1908 nach Petersburg zurückkehren ließ. Was uns besonders wertvoll erscheint, ist die Beweisführung Dr. Stieves, daß man in Rußland nach diesem mißglückten Versuch einer Neuregelung der Meerengenfrage den Kampf gegen die Doppelmonarchie fest ins Auge faßte, eine Abrechnung mit ihr für die Zukunft beschloß und auf die Rüstungen zu diesem Kampfe hinarbeitete. Für Iswolski war, wie Dr. Stieve sagt, die Annexionskrise „der Ausgangspunkt einer wohlüberlegten und mit Umsicht eingeleiteten diplomatischen Arbeit gegen die Mittelmächte".

Gekränkt in seinem Ehrgeiz und deshalb voll Haß gegen die beiden Kaiserstaaten ging Iswolski nach Paris. Sasonow hatte sein Werk in Petersburg weiterzuführen. Er suchte zunächst Rußlands Stellung und Einfluß bei den Balkanslawen weiter zu fördern. Die Gelegenheit dazu sollte sich bald bieten. Mit dem Ausbruch des Krieges zwischen Italien und der Türkei 1911 begann Iswolskis Politik von Racconigi Früchte zu tragen. Italien sollte Bresche in die Türkei schlagen. Einen Sieg Italiens brauchte Rußland nicht zu fürchten; denn Italien würde sich nicht an den Meerengen festsetzen. Das Vorgehen Italiens löste aber die

Begehrlichkeit der Balkanslawen aus. Sie wurden unruhig und machten sich bereit, sich ihren Anteil an der türkischen Beute zu sichern. Ein Zusammengehen Serbiens und Bulgariens lag im russischen Interesse und wurde deshalb von Rußland gefördert. So entstand unter russischer Protektion der Balkanbund, den Dr. Stieve „ein überaus wichtiges Instrument der russischen Politik gegen die Türkei und Österreich-Ungarn" nennt. Dr. Stieve widerlegt Sasonows Behauptung, der Balkanbund sei nicht auf Veranlassung, sondern nur mit Wissen und Einverständnis der russischen Regierung gegründet worden, und formuliert nach sorgfältiger Untersuchung der einschlägigen Dokumente den Anteil Rußlands an der Bündnisbildung wie folgt: „Die Politiker des Zarenreiches haben den Anstoß gegeben, die Entstehung Schritt für Schritt überwacht, haben mitgeholfen bis zum letzten Augenblick und zugleich erreicht, daß Rußland das Recht der Überwachung für die Folgen des Unternehmens übertragen wurde." Für Rußland hatte der Balkanbund ein defensives Ziel gegen Habsburg, ein offensives gegen die Türkei, deren europäischer Besitz unter die Balkanslawen aufgeteilt werden sollte; beides lag auf dem Wege zu dem großen Endziel der russischen imperialistischen Außenpolitik und zur Verwirklichung der russischen „Jahrhunderte alten historischen Aufgabe: festen Fuß zu fassen an den Ufern des Bosporus, dem Eingangstor des Russischen Sees". Mit diesen Worten hatte Hartwig in Belgrad „den geheimen Sinn und die Bedeutung der Politik Rußlands im nahen Orient" charakterisiert. Stieve meint: nach Vorgeschichte und Entstehung des Balkanbundes könne kein Zweifel bestehen, daß die Schöpfung des Balkanbundes, dieser „Kriegsvertrag", wie ihn Poincaré nannte, den Übergang von der Defensive im nahen Orient zum entschlossenen Angriff gegen den status quo auf dem Balkan vorbereitete. Iswolski habe 1908 diesen neuen Kurs eingeschlagen, Sasonow sei ihm mit dem Balkanbunde gefolgt; diese aggressive Balkanpolitik sei die „loyale" (!) Antwort Sasonows auf das Potsdamer Angebot Deutschlands gewesen, Österreich-Ungarn in seiner Balkanpolitik nicht zu unterstützen!

Es kam der Balkankrieg. Außer der Schwächung der Türkei und der empfindlichen Niederlage der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik brachte er Rußland einen dritten Gewinn: den völligen Umschwung in der Auffassung der Pariser Regierung über die Balkanfragen. Frankreich war, wie Stieve an der Hand zahlreicher Dokumente nachweist, „ein sicherer Faktor für die

großslawischen Ziele in Europa geworden". Man wußte jetzt in Petersburg, daß bei einer Abrechnung mit Habsburg auf die französische Hilfe sicher zu rechnen war. Für die künftige Einstellung der Petersburger Politik mußte diese Erkenntnis von entscheidender Bedeutung sein.

Den weiteren klaren und überzeugenden Erwiderungen Dr. Stieves auf Sasonows Entstellungen und Unwahrheiten zu folgen, müssen wir uns leider aus Raummangel versagen, um noch einige Worte den Ausführungen über die Krise selbst widmen zu können. Dr. Stieve hat, nachdem er selbst die Vorgeschichte des Weltkonfliktes behandelt hat, für die Erwiderung auf Sasonows Darstellung des Kriegsausbruches die Feder dem Grafen Montgelas als ausgezeichnetem Sachkenner übergeben.

Gestützt auf umfassende Kenntnis des gesamten einschlägigen Akten- und Dokumentenmaterials hat es Graf Montgelas verstanden, überzeugend Punkt für Punkt die Sasonowschen bewußten oder unbewußten Irrtümer bloßzustellen und den unvereinbaren Widerspruch vieler Angaben des ehemaligen russischen Ministers mit den dokumentarisch feststehenden Tatsachen zu beweisen. Auch hier können wir uns nur auf Hinweise beschränken.

Es ist hauptsächlich die Entstehung der Mobilmachungsbefehle in Petersburg, die uns als der entscheidende Vorgang für den Ausbruch des Weltbrandes von größter Bedeutung erscheint. Das, was uns Sasonow berichtet, bringt uns keine neuen Aufschlüsse. Er kolportiert alte Märchen und plumpe Verdächtigungen oder stützt sich auf Angaben, die der geschichtlichen Wahrheit ins Gesicht schlagen. Mit ausgezeichneter Präzision weist Graf Montgelas an der Hand des reichen, uns heute bekannten Dokumentenmaterials und sonstiger Veröffentlichungen sachverständiger, auch russischer Persönlichkeiten nach, daß die Sasonowschen Behauptungen teils direkt falsch sind, oder daß seine Begründungen der entscheidenden Schritte jener Tage sich auf Material stützen, das historisch einer ernsten Prüfung nicht standhält. Ich meine: die angebliche Meldung aus Wien vom 28. Juli über die allgemeine Mobilmachung der österreichisch-ungarischen Wehrmacht, die Verdächtigungen der deutschen Regierung, sie habe das Dementi Swerbejews über seine erste Meldung von der Mobilmachungsmitteilung des Lokalanzeigers absichtlich zurückgehalten, ferner den angeblichen Einfluß der Falschmeldung des Extrablattes auf die russische Mobilmachung

und schließlich die angeblichen Meldungen über die fortschreitenden Kriegsvorbereitungen Deutschlands. Die Klarheit und Sicherheit der Beweisführung des Grafen Montgelas, mit der er den Entstellungen Sasonows jeden sachlichen Boden entzieht, müßte jeden Leser, der sich nicht bewußt der Wahrheit verschließen will, überzeugen.

Gunther Frantz.

Tharaud, Jérome und Jean: „Die Herrschaft Israels." Amalthea Verlag, Zürich, Leipzig, Wien 1927. 281 Seiten.

Das Buch ist in guter Kenntnis ungarischer Verhältnisse geschrieben und bemüht sich in belletristischer Form ein richtiges Licht auf die Vorgeschichte des Weltkrieges und insbesondere auf die Rolle, die Graf Tisza bei Ausbruch und während des Krieges gespielt hat, zu werfen. Erstmalig werden hier die letzten Lebenstage und die Ermordung des Grafen Tisza exakt geschildert.

Bei der Schriftleitung eingegangen:

Ewart, John S.: „British Foreign Policy and the Next War, the Zulu War." The Independence Papers Nr. 9, Verlag John S. Ewart. Ottawa 1927. 71 Seiten.

Fisher, H. H.: „The Famine in Soviet Russia 1919—1923." The Macmillan Company, New York 1927. 609 Seiten.

Krisztics, Alexander L., LL. D.: „Bibliography of the Hungarian Administration, Based on the Laws, Orders and Sentences passed in 1925." Ferdinand Pfeifer (Zeidler Brothers), Verlag, Budapest 1927. 347 Spalten.

Krisztics, LL. D., Alexander L.: „Bibliography of Social Sciences, based on the acquisitions of the Budapest Public Librairies in 1925." Verlag Ferdinand Pfeifer (Zeidler Brothers), Budapest 1927. 1301 Spalten.

Die von Professor Krisztics herausgegebene ausgezeichnete ungarische Bibliographie bringt auf Spalten 271—280 eine wertvolle Auswahl der wesentlichsten Bücher und Zeitschriftenaufsätze über die Kriegsschuldfrage. Besonders beachtenswert ist die Zusammenstellung auf Spalten 279 und 280 der Literatur über den Mord von Sarajewo.

Nation und Staat

Deutsche Zeitschrift
für das europäische Minoritätenproblem

Herausgegeben von
Jacob Bleyer, Rud. Brandsch, Paul Schiemann, Joh. Schmidt-Wodder

Monatlich ein Heft $4^1/_2$ Bogen Gr.-8°, beste Ausstattung ℛℳ 2,—

Inhalt des 3. (November-) Heftes: P. Schiemann: Die Spaltung im Nationalitätenkongreß. C. G. Bruns: Die rechtliche Bedeutung der Petition im Minderheitenschutzverfahren vor dem Völkerbund. Beck-Managetta: Zur Frage der deutschen Schulautonomie in der Tschechoslowakei. Katalonien und das Direktorium. Die Lage. Die Tagung des Generalrats der Völkerbundligenunion in Sofia.

Das Dezemberheft enthält u. a.: W. Hasselblatt: Geistige Verkehrshindernisse. Dr. Junghann: Die minderheitenpolitische Arbeit der Völkerbundligen.

Inhalt des 2. Heftes: J. Robinson: Die Juden Osteuropas als nationale Minderheit. O. Ulitz: Die Instanzen für den Minderheitenschutz in Oberschlesien. F. K. Hennersdorf: Der Faszismus und Südtirol. R. Brandsch: 5 Jahre deutscher Minderheitenarbeit. G. Graßl: Die Deutschen im südslawischen Wahlkampf. — Inhalt des 1. Heftes: W. Hasselblatt: Die Kulturautonomie der Slowenen in Kärnten. Dr. E. v. Jakabffy: Mussolini, Mello Franco und die Times. J. Schmidt-Wodder: Wir Deutschen als Volk. Dr. P. Schiemann: Volksgemeinschaft und Staatsgemeinschaft. Die Lage. Der 3. Kongreß der organisierten nationalen Gruppen Europas.

Die neue Zeitschrift wendet sich an die Politiker ohne Unterschied der Nationalität und Parteifärbung, an alle Wissenschaftler, deren Forschungsarbeit mit den nationalen Fragen Europas zusammenhängt, an jeden, der an eine kulturelle Zukunft Europas glaubt.

RAIMUND FRIEDRICH KAINDL

Österreich-Preußen-Deutschland

Deutsche Geschichte in großdeutscher Beleuchtung

Gr.-8°, XXVII und 321 Seiten

Brosch. ℛℳ 10,—, in Ganzlein. ℛℳ 14,—

„Auch wenn sich seine politischen Schlüsse als unrichtig erweisen sollten, bleibt Kaindl das große Verdienst, zum Umdenken in der Beurteilung der deutschen Geschichte des vergangenen Jahrhunderts angeregt und namentlich das Verhältnis Oesterreichs zu Deutschland in neues Licht gerückt zu haben. Sein Buch zeichnet sich durch energische Führung des Gedankenganges und packende Lebendigkeit der Darstellung aus."
„Züricher Post"

Der Völkerkampf und Sprachenstreit in Böhmen

im Spiegel der zeitgenössischen Quellen

Mit einem Anhang:

Ausblick in die Zukunft

Gr.-8°, VIII und 72 Seiten. Brosch. ℛℳ 2,70

Die Schrift bietet in ihrem Hauptteile etwa 110 Quellenstücke, Akten u. dgl. aus der Zeit vom 10. bis zum 20. Jahrhundert und damit die Möglichkeit, sich ein genaues Bild der Entwicklung des Völkerkampfes und des Sprachenstreites zu bilden. Voraus geht zum besseren Verständnis ein geschichtlicher Überblick dieser Ereignisse. So beleuchtet die Schrift überaus klar die historischen Vorgänge.

WILHELM BRAUMÜLLER, WIEN, LEIPZIG